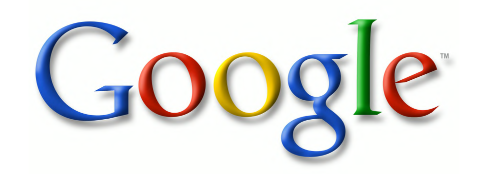


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Digitized by Google

Bernard Moses.

IN MEMORIAM
BERNARD MOSES



Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Geschichte

der

neuesten Zeit.

Zweiter Band.

Digitized by Google

Digitized by Google

Geschichte
der
neuesten Zeit

UNIV. OF CALIFORNIA

vom

Sturze Napoleon's

bis

auf unsere Tage.

In übersichtlicher Darstellung

von

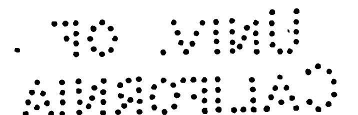
Dr. Karl Hagen,
Professor in Heidelberg.

Zweiter Band.

Braunschweig,
Druck und Verlag von George Westermann.
1851.

Digitized by Google

D359
H13
v.2



Bernard Moses

Entered according to Act of Congress, in the year 1851, by
G. & B. WESTERMANN BROTHERS,
in the Clerk's Office of the District Court of the United States for the
Southern District of New-York.

Digitized by Google

Vorwort zum zweiten Bande.

Endlich kann ich dem Leser den Schluß des zweiten Bandes dieses Werkes vorlegen. Es hat mannichfache Unterbrechungen erlitten, welche jedoch meistens ihren Grund in den Zeitereignissen hatten. Als ich diese Geschichte gegen Ende des Jahres **1847** begann, war meine Absicht, den ersten Band längstens bis Ende **1848** und den zweiten bis Ende **1849** zu vollenden. Aber kaum waren die ersten Hefte fertig, so brach die französische Februarrevolution aus und gleich darauf die deutsche Märzbewegung. In Folge dieser wurde meine Thätigkeit auf einem andern Schauplatze in Anspruch genommen. Ich trat als Abgeordneter des Wahlbezirks Heidelberg in das deutsche Parlament. Um die Zeit, als dieß geschah, waren die ersten **5** Hefte des ersten Bandes fertig geworden. Während des Parlaments war es mir nicht möglich, an dem Werke fortzuarbeiten. Die Aufgabe, welche die Nationalversammlung zu lösen hatte, war eine zu große und gewaltige, als daß nicht alles Andere vor ihr hätte zurücktreten müssen. Es gelang mir nur ein Heft, das sechste, zu Stande zu bringen. Nach der Auflösung des Parlaments im Juni **1849** und dem entsetzlichen Schiffbruche, welchen die deutsche Bewegung erlitten, war allerdings wieder Muße für schriftstellerische Arbeiten vorhanden, zumal da mir mein früherer Wirkungskreis als academischer Lehrer auch noch ent-

783946

Digitized by Google

zogen wurde: ich wurde wegen der politischen Richtung, zu der ich mich als Abgeordneter der Nationalversammlung bekannt, von der badischen Regierung meiner Professur enthoben. So vollendete ich denn den ersten Band bis zum Schlusse des Jahres 1849. Den zweiten Band gedachte ich längstens bis Ostern 1851 zu vollenden. Auch wäre dieses der Fall gewesen, da ich Anfang April bereits mit dem 44. Bogen fertig geworden war, als mich am 9. April dieses Jahres ein ganz entsetzliches Unglück traf, der unvermuthete plötzliche Tod meiner Frau Julie, gebornen Hepp.

Dieses in jeder Beziehung von der Natur reich ausgestattete, an Geist und Herz gleich ausgezeichnete Wesen, das Muster vollkommenster Weiblichkeit, deren Andenken verdiente, auf die Nachwelt zu kommen*), war mir seit nicht ganz 6 Jahren als Gattin verbunden. Durch diese Ehe erstieg ich den höchsten Gipfel menschlichen Glücks. Es bestand zwischen uns eine Harmonie der Seelen, wie sie größer nicht gefunden werden kann. Unsere Liebe gewährte uns eine solche Fülle von Wonne und Seligkeit, daß wir uns für das glücklichste Paar auf der Erde hielten, daß wir für uns keinen Wunsch mehr hatten, daß selbst die politischen Verfolgungen, denen auch ich ausgesetzt gewesen, wirkungslos an uns abprallten. Dieses außerordentliche Glück, das mir durch den Besitz des herrlichen Weibes zu Theil geworden, übte natürlich auch auf meine literarischen Arbeiten eine große Wirkung aus: es gewährte mir die nothwendige Freudigkeit, welche sonst unter den Einflüssen der trostlosen Gegenwart leicht verloren gehen konnte, hielt die Geisteskräfte in beständiger Frische und belebte mich mit neuem Muthe. Auch nahm Julie den lebhaftesten Antheil an Allem,

*) Ich habe vor, nächstens eine Charakteristik derselben zu veröffentlichen.

Digitized by Google

was ich schrieb: ich gab nichts in den Druck, ohne es ihr vorgelesen und ihr Urtheil gehört zu haben: so namentlich dieses Werk wurde ihr von Capitel zu Capitel vorgelesen, ich hielt keinen Abschnitt für vollendet, ehe er die Probe ihres Urtheils bestanden. Und wenn etwa die Leser in diesem Buche manch Schönes und Anerkennenswerthes finden, so gebührt Julien ein nicht geringer Theil des Verdienstes. Der Verlust dieser theuern Gattin war daher für mich ein ungeheurer Schlag. Sechs Wochen lang war ich gänzlich unfähig für jede geistige Arbeit, und als ich mich endlich wieder an die Vollendung des Werkes wagte, so merkte ich, daß mir die andere Hälfte meines Wesens fehlte: ich mußte mich zu der Arbeit zwingen, die mir sonst nur Freude gewährte. Wenn daher der Leser in den letzten vier Bogen einen Unterschied in der Darstellung im Vergleich mit der früheren bemerken sollte, so möge er dieß auf die Rechnung meiner Stimmung schreiben.

Mit diesem zweiten Bande ist unser Werk vorderhand beendet. Es war von Anfang an blos bis zum Jahre 1840 berechnet. Doch gebe ich den Gedanken nicht auf, es weiter fortzusetzen, und nach einiger Zeit wenigstens noch zwei Bände folgen zu lassen. Der erste würde die Zeit von 1840 bis 1848 begreifen und sich mit der Entwicklung der Ideen und Zustände beschäftigen, welche die Revolution von 1848 hervorgerufen haben: der zweite würde die Bewegungen von 1848 und 1849 bis zum Untergange der ungarischen Revolution darstellen.

Das Werk ist vom deutschen Publicum mit Beifall aufgenommen worden, und auch im Auslande, wie in Frankreich und England, hat es Anerkennung gefunden; in Holland ist sogar eine Uebersetzung davon erschienen. Ich glaube, die Ur-

Digitized by Google

sache dieser günstigen Aufnahme unter Anderem darin finden zu dürfen, daß ich mich möglichst unparteiisch gehalten. Wenigstens war mein Bestreben dahin gerichtet, der Welt zu zeigen, daß man bei aller Entschiedenheit der politischen und religiösen Richtung die Geschichte der Gegenwart sine ira et studio schreiben könne. Nur darf man freilich die Unparteilichkeit nicht in dem Mangel aller Gesinnung und nicht in der Scheu suchen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wenn man die Geschichte seiner Zeit von dem Standpunkte aus schreiben will, von dem ich es unternommen, nämlich von dem Standpunkte der Ideen aus, so muß man schlechterdings eine Meinung darüber haben, nach welchem Ziele die Entwicklung der Menschheit hinsteuert, und dieses Ziel muß man im Verhältniß zu den Gewalten, welche die Erreichung desselben hemmen wollen, als das richtige und wahre anerkennen: denn des Volkes Stimme ist Gottes Stimme. Was die Menschheit in ihrer großen Mehrheit erstrebt, kann, wenn auch blos mit Rücksicht auf eine bestimmte Zeit und auf bestimmte Verhältnisse, nur das Richtige sein. Ich mußte mich daher auf die Partei des Fortschritts stellen, wenn ich nicht meine ganze Auffassung der Entwicklung der gegenwärtigen Menschheit Lügen strafen wollte.

Auch sprechen die Thatsachen deutlich genug für die Richtigkeit dieser Auffassung. Eine Idee, die in sich selber keinen Halt hat, wird leicht überwunden und verschwindet spurlos. Die Ideen der Freiheit, von welchen Europa seit mehr denn sechszig Jahren erfüllt ist, sind zwar bisher öfter denn einmal überwunden worden, aber sie haben sich immer wieder von Neuem erhoben und zwar mit beständig gesteigerter Kraft. Dieses von Jahr zu Jahr zunehmende Wachsthum derselben

Digitized by Google

bürgt für ihren endlichen Sieg. Die Entwicklung, welche sie bisher durchlaufen, ist der gewöhnliche Weg, den die Weltgeschichte zu nehmen pflegt. Eine neue Richtung siegt nicht mit ihrem ersten Auftreten. Sie muß oft Jahrhunderte ringen, bis sie zur Herrschaft gelangt. Der Zeitabschnitt, seitdem der Kampf der neuen Ideen mit den herrschenden Gewalten begonnen hat, der bisher äußerlich mit ihrer Niederlage geendet, ist noch lange nicht groß genug, um Veranlassung zu geben, an ihrem endlichen Siege zu verzweifeln. Und gerade die Gegenwart, so trostlos sie auch sein mag, trägt in sich die kräftigsten Keime zu einer schönen Zukunft. Die Reaction ist endlich an dem Punkte angelangt, ihre Rettung nur in dem gänzlichen Abbrechen aller ihrer bisherigen moralischen Stützen zu erblicken: sie hat jedes positive Recht mit Füßen getreten, jede Spur von Gesetzlichkeit, und baut nur auf die rohe Gewalt. Mit bloßer Gewalt, zumal wenn sie mit solcher Willkür und Rohheit ausgeübt wird, wie von der jetzigen Reaction, läßt sich aber Europa nicht regieren: die europäische Menschheit verlangt eine sittliche Grundlage der Herrschaft. Schon sind genug Anzeichen vorhanden, daß selbst in den höchsten Kreisen der Gesellschaft Zweifel an der Haltbarkeit des jetzigen Systems aufgestiegen sind, bedeutungsvolle Vorboten einer nahen Bewegung. Sicherlich wird diese nicht lange mehr auf sich warten lassen. Denn die Periode, welche mit der Revolution von **1848** begonnen, ist nicht etwa in der Weise geschlossen, wie die Bewegung nach der Julirevolution um die Mitte der dreißiger Jahre: vielmehr ist die Reaction seit **1849** bis heute nur als eine Episode in der großen Revolution zu bezeichnen, in welcher wir heute noch stehen: diese Revolution wird denselben Umfang, ja noch einen größeren

Digitized by Google

haben, wie die von **1789** und wir dürfen noch lange nicht hoffen, ruhigen Zeiten entgegenzugehen, falls nicht alle Parteien, welche den Absolutismus und die rohe Gewalt nicht wollen, einmüthig zusammen gehen, um mit Einem Schlage diese Feinde des gegenwärtigen Geschlechts zu vernichten und auf dem Ruin derselben neue Ordnungen zu gründen, welche dem Wunsche der Mehrheit entsprechen. Niemals aber war die Vereinigung aller Parteien dringender noth als in dem gegenwärtigen Augenblicke: denn es gilt jetzt eine Barbarei der Knechtschaft abzuhalten, wie sie Europa noch nie gesehen. — —

Heidelberg, den **22.** Juli **1851.**

Karl Hagen.

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichniß des zweiten Bandes.

Viertes Buch.

Die Juli-Revolution und die europäische Bewegung in den Jahren 1830 und 1831.

Digitized by Google

Fünftes Buch.

Kampf des Liberalismus mit der Reaction und Sieg der letzteren.

Digitized by Google

Sechstes Buch.

Die orientalische Frage. Anfänge zu einem Umschwunge der Meinung.

Digitized by Google

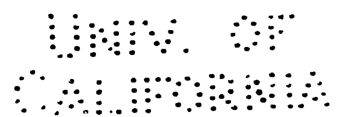
Digitized by Google

Viertes Buch.

Die
Julirevolution und die europäische Bewegung
in den Jahren 1830 und 1831.

Digitized by Google

Digitized by Google


UNIV. OF CALIFORNIA

Erstes Capitel.

Frankreich unter Karl X.

Die Verhältnisse bis zum Sturze Villèle's.

Mit Karl X. gelangte die Meinung, daß man Frankreich in die Zustände vor 1789 wieder zurückführen könne und müsse, auf den französischen Thron. Zwar hatte es unmittelbar nach dem Regierungsantritte des Königs den Anschein, als ob er sich einer freisinnigeren Verwaltung hinneige: denn er hob die unter seinem Bruder eingeführte Censur bereits im September 1824 wieder auf, und bald hernach ertheilte er auch eine Amnestie politischer Verbrecher. Allein diese Maßregeln waren nur dem Herkommen zuzuschreiben, daß ein neuer Herrscher bei dem Beginne seiner Regierung einige Acte der Milde zeige. Die fernere Handlungsweise Karls X. ließ hingegen nicht den mindesten Zweifel darüber aufkommen, daß er sich in seiner Richtung keineswegs geändert habe, daß es vielmehr sein entschiedener Wille sei, sie, welche er als Kronprinz vertreten, auch auf dem Throne zu bethätigen.

Karl X. war von jeher ein Feind der Charte, aller der Revolution entstammenden Beschränkungen der königlichen Gewalt gewesen. Diese wünschte er daher in ihrer früheren Ausdehnung wieder hergestellt. Bezeichnend hiefür ist, daß er für den Thronfolger, den Herzog von Angoulême, wieder den Titel Dauphin bestimmte. Doch beschränkte sich seine politische Ansicht nicht blos auf diese Herstellung der reinen Monarchie. Zugleich gab er sich den Einflüssen der strengaristokratischen und der übereifrigen kirchlichen Partei hin, welche nicht sowohl

1*

Digitized by Google

für die Würde und die Macht des Thrones als vielmehr nur für sich selber sorgten, und wenn sie auch im Interesse desselben zu kämpfen schienen, dieß doch nur in der Absicht thaten, um auf den Thron ihre eigene Herrschaft zu gründen. Die Aristokratie suchte vielmehr, wie sie dieß bereits in der unauffindbaren Kammer und später gethan, die Centralisation der Verwaltung, welche dem Königthume eine so große Gewalt verliehen, aufzulösen und an die Stelle derselben solche Einrichtungen zu setzen, welche dem Adel einen überwiegenden Einfluß auf die Provincialverwaltung verschafften. Auch dem Gerichtswesen drohte sie mit einer Veränderung, und zwar dergestalt, daß auch hier die alten Ordnungen vor 1789, mit mehr oder weniger Unterschied, und natürlich ebenfalls mit Ueberwiegen des aristokratischen Elementes wieder hergestellt werden sollten. Mit noch größerem Eifer, als der Adel, bemühte sich die Kirche, die alte Herrschaft zu erringen: seit Jahren hatte sie darnach gestrebt: die Abneigung Ludwigs XVIII. gegen ihre Absichten war ihr ein Hinderniß gewesen: in dem Augenblicke, wo dasselbe gefallen, wo ein ihr ergebener König den Thron bestiegen, glaubte sie auch nicht länger damit zögern zu dürfen, so schnell und so umfassend wie möglich ihre Entwürfe auszuführen.

Die aristokratisch-kirchliche Partei hatte sich lange schon Karls X. bemächtigt. Er war um so mehr in ihren Händen, als er zu jenen schwachen Geistern gehörte, welche vermeinen, selbstständig zu sein, während ihre Umgebung den Kunstgriff gebraucht, ihnen ihre Gedanken dergestalt unterzulegen, als wären sie ihre eigenen. Besonders die pfäffische Partei hatte Karl X. vollständig umstrickt: er war, als er den Thron bestieg, bereits zu ihrem Werkzeuge herabgesunken.

Wie weit diese schon gekommen zu sein glaubte, geht aus mehreren Thatsachen hervor. Der Erzbischof von Rouen erließ im März 1825 einen Hirtenbrief, welcher erklärte, daß jede blos bürgerliche Ehe nichtig sei, daß sie erst eine wahre werde durch die Weihe der Kirche, jede blos bürgerliche Ehe sei daher als Concubinat zu betrachten. Ferner: wer dreimal hinter einander die Sonntagsmesse versäume, solle nach canonischem Rechte excommunicirt und ihm das

geistliche Begräbniß versagt werden. Die aufgehobenen Feiertage sollten wieder gefeiert und mit drei neuen vermehrt werden. Die Kirchengeräthe von Zinn oder von vergoldetem Kupfer seien sogleich durch silberne zu ersetzen. Bei Strafe der Excommunication müßten die Kinder acht Tage nach der Geburt getauft werden. Alle Schullehrer könnte jeden Oktober jedes Jahres die Strafe der Absetzung treffen. — In Paris bewirkten die Pfaffen eine polizeiliche Durchsuchung der Leseanstalten, wobei 70 Werke der ausgezeichnetsten französischen Schriftsteller, eines Voltaire, Lafontaine, Rousseau, Raynal, d'Alembert, nebst allen Schriften, welche auf Napoleon Bezug hatten, weggenommen und ihre Titel für immer aus den Verzeichnissen der Leihbibliotheken gestrichen wurden. Sie verfolgten, wie sie konnten, die freisinnigen Blätter, welche in Bezug auf Religion und Kirche einer anderen Ansicht huldigten, wie namentlich den Courrier und den Constitutionnel, verklagten sie unablässig bei den Gerichten und ließen nicht nach, auch wenn sie, wie es mehrmals der Fall war, mit ihren Klagen abgewiesen wurden.

Und während sie auf diese Weise die Erzeugnisse einer freisinnigen Literatur verfolgten, bemühten sie sich ihrerseits die abgeschmacktesten Bücher unter das Volk, selbst unter die höheren Stände zu bringen. Ein gewisser Graf von Vigny schrieb ein Buch, Eloa betitelt. Das ist die Geschichte einer von Jesus geweinten Thräne, die in einen Engel weiblichen Geschlechts verwandelt, später mit dem Teufel in ein Liebesverhältniß verwickelt und darum in der Hölle zur Königin erhoben wurde. Dieß Buch fand unter den höheren Ständen eine große Verbreitung, es gehörte zum guten Tone, daß die hoffähigen Damen es in ihrem Boudoir liegen hatten.

Diese Partei hatte also den König umsponnen: sie beherrschte ihn: er war ganz in ihren Händen. Villèle, obschon er zu nüchtern war, als daß er aus Ueberzeugung derselben angehangen, hatte doch sein Portefeuille zu lieb, als daß er sich ihr entgegengesetzt. Er und sein ganzes Ministerium, wie es bereits in den letzten Zeiten der Regierung Ludwigs XVIII. dieser Partei große Zugeständnisse gemacht,

Digitized by Google

gab sich ihr jetzt ganz gefangen, nur um auf seinem Posten zu bleiben.

Gleich die Vorschläge, welche vom Ministerium den Kammern von 1824 auf 1825 gemacht wurden, ließen diese Richtung des Ministeriums klar erkennen. Der erste Vorschlag sollte der Aristokratie zu Gute kommen, die beiden anderen der Kirche. Jener betraf die Entschädigung der Emigranten, eine Forderung, welche unter Ludwig XVIII. zu wiederholten Malen von der Aristokratie gestellt worden war, aber niemals hatte durchdringen können. Karl X. kündigte diesen Gegenstand bereits in der Thronrede an, und bald darauf wurde der betreffende Gesetzesentwurf den Kammern unterbreitet. Darnach mußte freilich eine Milliarde Schulden mehr gemacht werden: es fehlte wohl auch nicht an Widerspruch, weder in der Deputirtenkammer, wo sich besonders der General Foy durch eine der glänzendsten Reden auszeichnete, noch bei den Pairs: aber das Gesetz erlangte, wie nicht anders zu erwarten war, die Mehrheit in beiden Kammern und wurde im April 1825 verkündet. Das zweite, von dem Ministerium an das Parlament gebrachte Gesetz war das Sacrilegiumsgesetz. Darnach sollte die Entweihung heiliger Gefäße, auch Diebstahl, an denselben verübt, als todeswürdiges Verbrechen erklärt und auch mit dem Tode bestraft werden. Auch dieses Gesetz, obschon von den Pairs in einigen Punkten gemildert, wurde im Wesentlichen doch nach dem Entwurfe des Ministerium angenommen. Das dritte Gesetz betraf die Einführung schwesterlicher Vereine. Es sollte der Wiederherstellung klösterlicher Orden den Weg bahnen, darum die gesetzliche Existenz religiöser Congregationen und Genossenschaften, zunächst weiblicher Personen, feststellen. Das Gesetz ward angenommen, jedoch mit der von der Pairskammer bewirkten Veränderung, daß solche Vereine nicht anders, als durch das Gesetz zulässig sein sollten, also mit der Verwahrung gegen ministerielle und jesuitische Eigenmächtigkeit.

Durch diese Gesetze beurkundete Karl X. hinlänglich seine aristokratische und pfäffische Gesinnung. Die feierliche Krönung in Rheims sollte ihn den Franzosen noch von einer andern Seite zeigen. In

Digitized by Google

Rheims sind bekanntlich die ehemaligen französischen Könige gekrönt worden. Ludwig XVIII. verzichtete auf dieses Schauspiel, einmal, weil er selber nicht viel auf dergleichen Dinge hielt, und zweitens, weil er fürchtete, durch diese den früheren Jahrhunderten entstammende Feierlichkeit bei den Franzosen des 19. Jahrhunderts anzustoßen. Aber Karl X. war nicht der Fürst, welcher sich eine Feierlichkeit versagen konnte, wobei das Königthum in seinem ganzen ehemaligen Pomke erscheinen mußte. Er erblickte in dieser Krönung zu Rheims das Sinnbild des entschiedenen Sieges der alten Herrschaft über die revolutionairen Ideen des Jahrhunderts. Darum ergriff er diese Feierlichkeit mit Eifer. Monate lang wurden die Vorbereitungen dazu getroffen: die Kammern mußten dazu über 12 Millionen bewilligen: es wurden eigene Kleider, Mantel, Tricots, Krone und anderer Schmuck für den König und den Hof verfertigt, und diese eine Zeit lang zu Paris ausgestellt, daß sie Jedermann sehen konnte. Am meisten Freude empfand aber der König darüber, daß sich noch ein kleiner Rest von dem heiligen Oele erhalten hatte, womit bereits Chlodwig und nach ihm alle französischen Könige gesalbt worden. Das Fläschchen, in welchem dieses Oel aufbewahrt war, war freilich in der Revolution zerschlagen worden: glücklicher Weise aber hatte ein Priester und ein Paar fromme Bürger die Scherben gerettet und sorgfältig die Oeltropfen zusammengelesen. Es wurde ein eigenes Protokoll über diese Thatsachen aufgenommen, um ja dem Könige keinen Zweifel übrig zu lassen, daß er in der That mit demselben Oele gesalbt werde, welches Chlodwigs Stirne umflossen.

Karl X. gab dadurch dem Königthume eine gefährliche Blöße: es wurde lächerlich, ein Umstand, welcher, wie überhaupt, so namentlich bei den Franzosen seine große Wirkung hat.

Und dabei wurde der pfäffische Druck und die pfäffische Anmaßung von Tag zu Tag unerträglicher. Im Jahre 1826 wurde der Bischof Tharin von Straßburg, bekannt als einer der strengsten Eiferer, zum Erzieher des künftigen Thronerben, des jungen Herzogs von Bordeaux, ernannt: zwei andere fanatische Kirchenfürsten, der Erz-

Digitized by Google

bischof de Latil von Rheims und der Cardinal Clermont-Tonnerre, Erzbischof von Toulouse, traten in den geheimen Rath des Königs ein. Seitdem wurde die Proselytenmacherei ins Große getrieben. Ein Netz von geistlichen Vereinen dehnte sich über ganz Frankreich aus. Sie hatten zugleich den Zweck, der Kirche Geld einzubringen: denn jeder Theilnehmer eines solchen Vereins war verpflichtet, wöchentlich einen Beitrag zu liefern. Nur von der ärmsten Classe betrugen diese Beiträge jährlich über eine Million. Man verschmähte nicht, um die Massen zu gewinnen, zu den verwerflichsten Mitteln seine Zuflucht zu nehmen. Es tauchte eine Art von Ablaßunfug wieder auf. So erklärte die Gesellschaft des heiligen Franz Xaver jedes Mitglied derselben aller Sünden ledig, welches täglich ein Pater Noster und ein Ave betete, eine Messe hörte und richtig seine 15 Centimen zahlte. Die Jesuiten, welche im Widerspruch mit den Gesetzen längst schon im Stillen in Frankreich gewirkt, traten jetzt offener hervor: sie drängten sich wieder in die Schulen ein und schienen darnach zu trachten, den ganzen Unterricht an sich zu reißen. Der Einfluß dieser pfäffischen Partei war nach allen Richtungen hin zu bemerken: selbst im Militair zeigte er sich. Schon im Jahre 1824 wurden mehrere hundert Generale aus der napoleonischen Schule in den Ruhestand versetzt. Seitdem hing die Beförderung vorzugsweise von der religiösen Richtung der Offiziere ab. Das Zeugniß des Feldpredigers galt mehr, als das der militairischen Oberen. Man wollte auch das Heer streng-katholisch und bigot machen. Processionen aller Art wurden veranstaltet, um den Glanz und die Macht der Geistlichkeit recht auffallend zu Tage treten zu lassen: keine Gelegenheit wurde versäumt, um dieses erneuerte Ansehen der Kirche den Franzosen in frische Erinnerung zu bringen: Karl X. gab sich selber zu dergleichen Schaustücken her. Die Wallfahrten, Bußübungen und andere sogenannte fromme Werke kamen wieder an die Tagesordnung, und wurden namentlich von den höheren Ständen eifrig gepflegt und zur Schau getragen. Man braucht nicht erst zu bemerken, daß Unduldsamkeit gegen Andersgläubige, gegen Protestanten sowohl, wie gegen freisinnige Ka-

Digitized by Google

tholiken ebenfalls gewöhnlich war. Der Fürst Salm wurde aus Frankreich verwiesen, weil er in Straßburg zur protestantischen Kirche übergehen wollte. Ein theologischer Schriftsteller, Touquet, welcher ein Werk über das Evangelium herausgegeben, in dem er Jesum als einen edeln, weisen Menschen, nicht als Gott dargestellt, wurde deßhalb vom Pariser Zuchtpolizeigericht zu neunmonatlichem Gefängniß und zu 100 Franken Geldstrafe, das Buch selbst zur Vernichtung verurtheilt. Und während dergleichen geschah, durfte der Abbé de la Mennais in seiner Schrift „über die Religion in Beziehung zur bürgerlichen und staatlichen Ordnung" ungestraft die Protestanten wie die Jansenisten Atheisten schelten; die Charte verdammen, weil sie die Freiheit des Cultus anerkenne; die Erziehung des Volks ausschließlich für die Priester in Anspruch nehmen; jede Regierung gottlos nennen, welche sich darein mische, und offen aussprechen, daß die Regierung erst durch die Priester legitime Rechte erhalte, gleichwie, daß derselben gegen die Priester keine Rechte zuständen.

Gegen solche Bestrebungen sprach sich die öffentliche Meinung von Tag zu Tag entschiedener aus. Man konnte das am auffallendsten in der Presse bemerken. Die oppositionellen Journale, namentlich der Courrier und der Constitutionnel, erfreuten sich eines immer mehr steigenden Absatzes, während die Zeitschriften der Regierung und der Pfaffenpartei trotz aller darauf verwendeten Gelder ihre Abonnenten verloren: bereits im Jahre 1826 war das Verhältniß so, daß die liberalen Zeitungen sechs- bis achtmal mehr Abonnenten zählten, als die reactionairen. Hie und da, wenn sich eine Gelegenheit dazu bot, zeigte sich die Stimmung des Volks auch auf andere Weise. So bei dem Leichenbegängnisse des Generals Foy, welches am 28. November 1825 statt fand. Dieser Mann war einer der Führer der liberalen Opposition in der zweiten französischen Kammer, ebenso ausgezeichnet durch seine großen parlamentarischen Talente, wie durch seine uneigennützige hingebende Liebe zu Freiheit und Vaterland. Sein Tod, welcher den kaum 50 Jahre zählenden Mann dahin raffte, war ein großer Verlust, und wurde auch allgemein betrauert. Aus diesem Grunde,

Digitized by Google

aus wahrer Verehrung des Verstorbenen, zugleich aber auch, um gegen die Regierung eine Demonstration zu machen, wurde das Leichenbegängniß Foy's auf eine großartige Weise gefeiert. Massen von Menschen zogen mit der Leiche, und die ältesten Leute konnten sich einer ähnlichen Feier nicht erinnern. Es fehlte natürlich nicht an passenden Reden, welche von dem Volke verschlungen wurden. — Dagegen wurden die Processionen, Wallfahrten, und andere feierliche geistliche Aufzüge nicht selten von dem Volke verspottet, und öfters kam es zu Thätlichkeiten, wie z. B. in Rouen, welche zu so bedeutenden Störungen anwuchsen, daß die bewaffnete Macht einschreiten mußte.

Diese unverholen hervortretende öffentliche Meinung verfehlte zuletzt auch nicht, auf die Kammern zu wirken, obschon diese bis jetzt in ihrer großen Mehrheit ganz mit dem Ministerium und der herrschenden Partei gegangen waren. Zwar die Pairs hatten schon länger Gesinnungen an den Tag gelegt, welche von größerer Unabhängigkeit zeugten, und hie und da waren die Vorlagen des Ministeriums von ihnen verändert worden. Nachgerade aber wuchs diese oppositionelle Stimmung gegen die Regierung, je gröber das Pfaffenunwesen wurde und je weniger staatsmännische Selbstständigkeit Villèle zu beweisen schien. Von nicht geringem Einflusse war, daß Chateaubriand kräftig die Opposition unterstützte. In der zweiten Kammer hatte das Ministerium weit mehr Anhänger. Aber allmählig nahmen auch hier die Parteien verschiedene Stellungen ein. Außer der liberalen Partei, welche jedoch, wie früher erwähnt, nur in sehr geringer Anzahl vertreten war, trat eine Abtheilung der Rechten, meist aus persönlichen Absichten gegen das Ministerium auf: eine andere setzte sich der Regierung entgegen, weil sie zwar gut royalistisch oder aristokratisch, aber nicht pfäffisch gesinnt war. Wieder auf einen andern Theil der Kammer mochte die Luft der öffentlichen Meinung einwirken.

Schon in der Sitzung von 1825 auf 1826 hatte das Ministerium Gelegenheit, diese Veränderung wahrzunehmen. Zunächst erlitt

Digitized by Google

es eine Niederlage bei den Verhandlungen über den von ihm vorgelegten Gesetzesentwurf, welcher die Einführung des Rechtes der Erstgeburt bei allen Erbschaften von mindestens 300 Franken Grundsteuer zum Zwecke hatte. Dieser Entwurf, welcher dem in der Charte aussprochenen Grundsatze von der Gleichheit vor dem Gesetze geradezu ins Gesicht schlug, sollte den Anfang zu der Wiederherstellung feudaler Ordnungen machen. Die Pfaffenpartei unterstützte diesen Vorschlag aus vollen Kräften. Allein die Pairs, denen er zuerst unterbreitet ward, bekämpften ihn und warfen ihn ab. Auch die Deputirtenkammer stimmte hierauf ebenfalls gegen das Gesetz. — Sodann gab der Prozeß von Ouvrard, welcher in dem spanischen Kriege der Hauptlieferant gewesen, und dem man die größten Unterschleife und Betrügereien Schuld gegeben, Veranlassung, das Ministerium von Seiten der Finanzverwaltung anzugreifen und überhaupt einen Blick in die Corruption der Inhaber der höchsten Civil- und Militairämter zu thun. Der spanische Krieg hatte über 204 Millionen Franken gekostet. Endlich erfolgte ein ganz entschiedener Angriff gegen das Pfaffenunwesen, namentlich gegen die Jesuiten. Er ging vom Grafen Montlosier aus, welcher von jeher ein strenger Royalist gewesen, was seinem Angriffe eine erhöhte Bedeutung geben mußte. Er wies in einer eigenen Denkschrift mit gründlicher Sachkenntniß die verwerflichen Bestrebungen der Jesuitenpartei in der vergangenen wie in der gegenwärtigen Zeit nach, und als der Bischof Fraissinous im Parlamente selber das Bestehen der Jesuiten in Frankreich eingestand, obschon mit Beschönigung ihrer eigentlichen Wirksamkeit, so wandte sich Montlosier an die königlichen Gerichtshöfe, und verlangte von ihnen, mit Bezugnahme auf die in seiner Denkschrift enthaltenen Angaben, kräftige Maßregeln gegen den widerrechtlich in Frankreich bestehenden Jesuitenorden. Die Pairskammer entschied sich gleichfalls in diesem Sinne: sie beschloß, daß Montlosier's Petition an den Ministerrath gebracht und dieser zum Einschreiten gegen die Jesuiten aufgefordert werden sollte.

Die Priesterpartei erblickte die Ursache von dieser Wendung der

Digitized by Google

Dinge in der „Zügellosigkeit“ der Presse. Sie trachtete also darnach, die Freiheit derselben zu untergraben. Einführung der Censur wagte sie nicht vorzuschlagen, da der König sie bei seiner Thronbesteigung aufgehoben: es mußte daher ein anderes Mittel gefunden werden, welches der Censur gleich käme. Die willfährigen Minister legten in der That den Kammern von 1826 auf 1827 ein Preßgesetz vor, welches, ohne die Censur einzuführen, die Presse geradezu todtschlagen mußte. Alle Schriften von 20 Bogen und darunter sollten, jene fünf, und diese zehn Tage vor der Ausgabe bei der Polizei niedergelegt, Unterlassung mit Beschlagnahme der ganzen Auflage und einer Geldbuße von 3000 Franken bestraft werden. Die Drucker wurden verantwortlich gemacht. Eigenthümer von Journalen sollten nicht über fünf sein; Bürgschaft, Geldbuße, Gefängniß für jede Art Vergehen gesteigert und vervielfältigt. „Verläumdung“ wurde in einer solchen Ausdehnung als Vergehen bezeichnet, daß jedes freimüthige Wort bestraft werden konnte *). Endlich sollten Schriften von fünf Bogen und darunter dem Stempel unterliegen, was die Zeitungen dermaßen vertheuerte, daß die Zahl ihrer Abnehmer mindestens auf die Hälfte herabsinken mußte. Man kann sich denken, wie die öffentliche Meinung dadurch aufgeregt ward: besonders Alles, was sich mit Schriftstellerei und den dahin einschlagenden Gewerben beschäftigte, war auf das Höchste entrüstet. Selbst die französische Academie wurde besorglich: sie beschloß, eine Deputation an den König zu schicken und ihm eine Vorstellung zu überreichen. Das verbot nun zwar Karl X., als er es erfuhr, und drei Mitglieder, Villemain, Lacretelle und Michaud verloren ihre Stellen. Aber dergleichen Maßnahmen vermochten das dem Preßgesetze bevorstehende Geschick nicht abzuhalten. In der Kammer der Abgeordneten erhob man sich fast von allen Parteien, mit Ausnahme der pfäffischen, dagegen und es war bereits vollkommen umgestaltet, als es zu den Pairs gelangte, welche ihrerseits nun nicht unterließen, dasselbe noch einmal in seiner ganzen

*) S. Wachsmuth Geschichte von Frankreich IV. S. 613.

Digitized by Google

Nichtswürdigkeit hinzustellen, so daß das Ministerium es für gerathen fand, das Gesetz noch vor der Abstimmung in der Pairskammer zurückzunehmen.

Nicht viel besser war das Schicksal eines Gesetzesentwurfes über die Geschwornengerichte, welchen die Minister ebenfalls einbrachten. Nach diesem Entwurfe sollten die Geschwornen blos aus den Wahlherren genommen werden, d. h. aus derjenigen Classe, bei welcher Uebereinstimmung mit den ministeriellen Ansichten in der Regel anzunehmen war. Die Pairskammer veränderte jedoch gerade diesen Artikel des Entwurfes dergestalt, daß die Absicht der Minister wiederum nicht durchdrang, daß sie also auch hier eine Niederlage erlitten. Und zuletzt erfuhr Villèle noch die Demüthigung, daß ihm ein nicht unbeträchtliches Deficit nachgewiesen wurde.

Dies waren bedenkliche Anzeichen genug von dem Umschwunge der Meinung. Es sollte aber noch ein unzweideutigeres hinzu kommen. Am 29. Mai 1827 hielt Karl X. eine Musterung der Pariser Nationalgarde. Statt des erwarteten: „Es lebe der König" schallte ihm aus den Reihen derselben der Ruf: „Nieder mit den Ministern! Nieder mit den Jesuiten!" entgegen. Ein Nationalgardist trat sogar aus den Reihen zu ihm heran, um ihm eine Vorstellung in gleichem Sinne, im Namen seiner Genossen zu machen. Karl X. merkte auf dergleichen Erscheinungen nicht: an dem Abende desselben Tages wurde vielmehr die Auflösung der Pariser Nationalgarde verordnet. Der Befehl überraschte: aber es erfolgte keine Widersetzlichkeit Seitens des Volkes: mit dumpfem vielsagenden Schweigen nahm es ihn hin.

Villèle glaubte nun die Dinge mit Gewalt zwingen zu können. Im Juni führte er die Censur wieder ein, und im November 1827 löste er die zweite Kammer auf; zugleich ließ er durch den König 76 neue Pairs ernennen, um dadurch die Mehrheit in der Pairskammer zu bekommen.

Aber wenn Villèle glaubte, eine neue Abgeordnetenkammer erlangen zu können, welche ihm und dem Regierungssysteme günstiger

Digitized by Google

sei, als die aufgelösste, so täuschte er sich gewaltig. Er hatte es zwar für nothwendig erachtet, die im Juni eingeführte Censur wieder aufzuheben, um dadurch die Meinung besser für sich zu stimmen. Es war aber umsonst. Die der Regierung feindselige Stimmung hatte in den letzten Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht. Die liberale Partei wandte jetzt alle ihre Thätigkeit an, um die Wahlen in ihrem Sinne zu leiten. Selbst ein Theil der Rechten wirkte mit den Liberalen zusammen, um gegen das Ministerium zu arbeiten. So kams, daß von 428 Abgeordneten nur 125 für das Ministerium gewählt wurden. Villèle sah, daß seine Zeit vorüber sei. Er dankte ab, bereits im December 1827.

Das Ministerium Martignac.

Karl X. ernannte am 4. Januar 1828 ein neues Ministerium: Martignac für das Innere, Portalis für die Justiz, la Ferronays für die auswärtigen Angelegenheiten, de Caux für das Kriegswesen, St. Cricq für Handel und Colonien, Roy für die Finanzen, Vatismenil für die Universität und den öffentlichen Unterricht, Hyde-de-Neufville für die Marine, Feutrier, Bischof von Beauvais, für den Cultus. Chef des Ministeriums war Martignac. Dieser gehörte zu den Männern, welche, obschon eifrige Anhänger der Bourbons, doch zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß man sich den Forderungen der öffentlichen Meinung nicht entziehen könne und daher ihr Zugeständnisse machen müsse. Eben darum aber konnte sich dieses Ministerium niemals des Beifalls Karls X. erfreuen, welcher im Augenblicke nur durch die drohende Lage der Dinge veranlaßt worden war, es zu ernennen, mit der Absicht, es bei der ersten Gelegenheit wieder fallen zu lassen.

Martignac ließ sich jedoch dadurch nicht irren. Vor Allem dachte er daran, eine Veränderung in dem Personale der Verwaltungsbeamten zu bewerkstelligen, die schlechtesten von den unter dem Ein-

Digitized by Google

flusse der reactionairen Partei Angestellten zu entfernen und constitutionell Gesinnte an ihre Stellen zu setzen. Hier stellte ihm jedoch der König die größten Hindernisse entgegen. Dann legte er den Kammern mehrere Gesetzesentwürfe vor, welche von der Nation mit Freude aufgenommen wurden. Der erste betraf die jährliche Revision der Listen von Wählern und Geschwornen, wodurch den ministeriellen Umtrieben und Verfälschungen eine Schranke gesetzt wurde. Das Gesetz wurde von den Kammern angenommen und am 2. Juli 1828 verkündet. Das Gesetz über die periodischen Schriften, ebenfalls von der Kammer angenommen und am 18. Juli erlassen, hob die Censur, die königliche Autorisation und die Tendenzprocesse auf und verlangte nur Stellung einer Caution und Verantwortlichkeit der Gerants der Journale. Dieß Gesetz trug wesentlich dazu bei, der liberalen Presse einen neuen Schwung zu geben. Endlich trat Martignac mit großer Entschiedenheit gegen die Anmaßungen der Priesterpartei auf. Durch das Gesetz vom 16. Juni 1828, welches die acht kirchlichen Secondairschulen zu Aix, Billom, Bordeaux, Dole, Forcalquier, Montmorillon, St. Acheul und St. Anna d'Auray, die bisher von Jesuiten geleitet wurden, unter die Aufsicht der Universität stellte und Jedem die Zulassung zum Unterricht verbot, welcher nicht schriftlich erklärte, daß er keiner in Frankreich gesetzlich nicht erlaubten religiösen Congregation angehöre, war den Jesuiten der Todesstreich versetzt. Zwar setzte sich Anfangs Karl X. selber diesem Gesetze entgegen; zwar tobte die Priesterpartei darüber und begann eine heftige Opposition wider das Ministerium; aber die öffentliche Meinung war zu gewaltig, so daß selbst der Papst an die widerspenstige Geistlichkeit die Weisung ergehen ließ, sich zu fügen. Die Jesuiten wanderten nun großen Theils aus Frankreich aus, um sich nach der Schweiz und Savoyen zu begeben.

Ueber all dieß war Karl X. sehr ärgerlich und bereits am Schlusse des Jahres 1828 ging er damit um, das Ministerium zu verändern. Damals schon hatte er den Gedanken, dasselbe seinem Günstling Polignac zu übergeben. Daß er diesen Gedanken nicht

Digitized by Google

ausführte, daran hinderte ihn, wie wir schon an einem anderen Orte ausgeführt, Frankreichs äußere Politik, der Einfluß der russischen Diplomatie. Er behielt also vorderhand das bisherige Cabinet bei, und wartete auf eine andere Gelegenheit. Inzwischen erschwerte er ihm seine Stellung immer mehr, durchkreuzte seine Absichten, setzte sich seinen Vorschlägen entgegen. Dadurch kam es auch zu den Kammern in ein unglückseliges Verhältniß. Im Allgemeinen überwog in ihnen das liberale Element, obschon auch die rechte Seite des Hauses bedeutend vertreten war. Ging das Ministerium im Sinne des Liberalismus voran, so konnte es auf die Mehrheit rechnen, wie dieß bei den Gesetzesentwürfen des Jahres 1828 der Fall gewesen. Schien es jedoch der Linken nicht genug zu thun, so konnte es leicht kommen, daß diese und die Rechte, natürlich aus ganz entgegengesetzten Beweggründen, zugleich gegen das Ministerium stimmten, wodurch eine Mehrheit zum Nachtheile desselben herauskam. Dieser Fall trat bei der Berathung des Gesetzes über die Gemeinde- und Departementalordnung ein, welches das Ministerium im Anfange des Jahres 1829 den Kammern vorlegte. Ein solches Gesetz war schon lange Bedürfniß gewesen: nur dadurch konnte die übermäßige Gewalt der Bureaukratie beschränkt und der Centralisation der Verwaltung, welche alle Selbstständigkeit des politischen Lebens in den einzelnen Kreisen und Provinzen ausschloß, ein heilsames Gegengewicht gegeben werden. Die darauf bezüglichen von Martignac vorgelegten Gesetzesentwürfe gingen von diesem Gesichtspunkte aus. Der über die Communalverfassung sowohl wie der über die Departementalordnung stützten sich auf den Grundsatz, den Gemeinden, wie den Bezirken und den Departementen eine größere Selbstständigkeit zu gewähren und namentlich die rein örtlichen oder provinciellen Angelegenheiten fast ganz in ihre Hände zu legen. Freilich, was die Ausführung im Einzelnen betrifft, so ließ diese noch Manches zu wünschen übrig, namentlich für die liberale Partei. Sie tadelte, daß die Maires wie die Municipalräthe in den Städten noch von dem Könige ernannt, ferner, daß die von dem Volke zu ernennenden Be-

Digitized by Google

hörden, wie die Gemeindeausschüsse, Bezirks- und Departementalräthe nur von und aus den Höchstbesteuerten gewählt werden sollten. So wenig nun die liberale Partei mit diesen Gesetzesentwürfen ganz einverstanden war, weil ihr nicht genug gethan zu sein schien, so wenig erfreuten sie sich des Beifalls der Royalisten. Diese sahen darin einen Angriff auf die Vorrechte der Krone und ein äußerst gefährliches Zugeständniß an die Demokratie. Genug: als die Sache im Parlamente zur Sprache kam, so wurden die Vorlagen des Ministeriums von den entgegengesetztesten Seiten angegriffen, und gleich bei der ersten Abstimmung erlitt es eine Niederlage. Es handelte sich nämlich darum, welcher von beiden Entwürfen, ob der über die Gemeindeverfassung oder der über die Departementalordnung, zuerst zur Verhandlung kommen sollte. Die Minister waren für jenen, weil sich gegen sie ein geringerer Widerstand Seitens der Kammer gezeigt hatte: aber die Kammer entschied für die Priorität der Departementalordnung und zwar wurde dieß Ergebniß nur durch das Zusammenstimmen der Rechten und der Linken bewirkt. Als darauf die eigentliche Verhandlung über den Inhalt des Gesetzes begann, so wurde das Ministerium von beiden Seiten auf das Lebhafteste bekämpft: bei der nächsten Abstimmung konnte es wieder nicht die Mehrheit erlangen, es zog daher (8. April) beide Gesetzesentwürfe zurück. Dieß hatte Karl X. gewünscht; es war ihm lieb, daß sein Ministerium die Kammer nicht mehr auf der Seite hatte, und nicht mit Unrecht wirft man ihm vor, daß das Ergebniß der Verhandlungen sein Werk gewesen. Die Rechte wenigstens handelte auf seinen Befehl und mit seiner Uebereinstimmung.

Schon damals war Karl X. Willens, sein Ministerium zu entlassen. Nur wollte er noch den Schluß der Sitzungen abwarten, da er auf keinen Fall hoffen durfte, daß die Mehrheit des Parlaments mit dem von ihm beabsichtigten Cabinette sich zufrieden zeigen werde. So lange wollte er das Ministerium Martignac beibehalten. Dessen Stellung zu der Kammer wurde aber mit jedem Tage unhaltbarer. Es erfolgten fast bei jeder passenden Gelegenheit Angriffe auf dasselbe,

Digitized by Google

sowohl von den Liberalen, wie von den Royalisten, und besonders war dieß bei den Verhandlungen über das Budget der Fall. Am 30. Juli erfolgte der Schluß der Sitzungen, acht Tage darauf wurde das Ministerium Martignac entlassen, und nun endlich führte Karl das schon lange gehegte Vorhaben aus: er ernannte (8. August) ein neues Cabinet, an dessen Spitze der Fürst von Polignac stand.

Digitized by Google

Zweites Capitel.

Das Ministerium Polignac und die Julirevolution.

Die Ereignisse bis zu den Verordnungen des 25. Juli. Eroberung Algiers.

Das Ministerium Polignac war ganz der Ausdruck jener ultraroyalistischen Richtung, welche seit der Wiederherstellung der Bourbons unablässig darauf hingearbeitet hatte, die Dinge auf den Stand vor 1789 zurückzuführen. Der Mann selbst, von dem das neue Cabinet den Namen führte, Fürst Julius von Polignac, war eine äußerst unbedeutende Persönlichkeit, von sehr untergeordneten Geisteskräften, ohne alles selbstständige Urtheil in politischen Dingen, ein blinder Eiferer für das System der Ultra, ein unbedingter Ausführer des königlichen Willens, dabei mit einer außerordentlichen Meinung über seine staatsmännischen Fähigkeiten begabt, die ihn hinderte, fremdes Urtheil anzuerkennen, wenn es dem seinigen widersprach: daher eigensinnig und starrköpfig, welche Eigenschaften er aber, wie von solchen Naturen zu geschehen pflegt, mit Charakterfestigkeit verwechselte. Polignac erhielt das Ministerium des Auswärtigen. Die übrigen Minister waren Labourdonnaye für das Innere; Bourmont für das Kriegswesen, den Franzosen besonders verhaßt, weil sie seinem Verrathe den Verlust der Schlacht bei Waterloo zuschrieben; Haussez für das Seewesen; Chabrol für die Finanzen; Courvoisier für die Justiz; Montbel für den öffentlichen Unterricht. Unter diesen war Labourdonnaye an Fähigkeit und Willenskraft offenbar der bedeu-

Digitized by Google

tendste. Da er sich jedoch mit Polignac nicht vertragen konnte, so trat er schon nach einigen Monaten zurück. An seine Stelle kam dann Montbel, während für das Ministerium des öffentlichen Unterrichts Guernon de Ranville eintrat, bisher Generalprocurator zu Grenoble.

Die Nation war sich nicht im Mindesten unklar darüber, was dieses Ministerium bedeute. Ein Schrei des Unwillens und der Entrüstung ging durch ganz Frankreich, fast durch alle Parteien hindurch. Selbst die entschiedenen Royalisten waren tief betrübt über diese Wahl des Königs. Die Presse begann sofort die lebhaftesten Angriffe auf das neue Cabinet: seit lange war sie nicht mit dieser Kühnheit, mit dieser Kraft, mit diesem edlen Zorne aufgetreten. Und selbst die gemäßigten Journale stimmten in diesen Ton ein. Zugleich mit der Presse entfaltete das Vereinswesen seine Wirksamkeit. Es bildeten sich keine geheimen Gesellschaften, sondern offene, gesetzliche, unter den Augen der Verwaltung. Von großer Bedeutung war hier die Gesellschaft: „Hilf Dir selbst, so wird Dir der Himmel helfen". Man wollte den gesetzlichen Widerstand gegen die gefürchteten Eingriffe in die Rechte des Volkes organisiren. Vor Allem dachte man an Steuerverweigerung. Dieser Gedanke, in der Bretagne zuerst ausgesprochen, wurde von ganz Frankreich mit Lebhaftigkeit ergriffen: überall bildeten sich Steuerverweigerungsvereine, welche zunächst den Zweck hatten, diejenigen, welche durch ihre Weigerung zu Schaden gekommen, gemeinschaftlich zu unterstützen. Und während auf diese Weise die Nation entschlossen schien, etwaigen Gewaltmaßregeln der Regierung den entschiedensten nachhaltigsten Widerstand entgegen zu setzen, drückte sich die Stimmung des Landes ebenso unzweideutig bei den Reisen Lafayette's im südlichen Frankreich aus. Lafayette, dieser Sohn der Revolution, dieser Vertheidiger der Volksfreiheit, der unter allen Wechselfällen des Geschicks sich treu geblieben, wurde auf seiner Reise allenthalben wie ein König empfangen: Triumphbogen wurden ihm errichtet, Bürgerkronen überreicht, ihm das Geleite gegeben, wie einem Herrscher. All' dieß natürlich galt nicht sowohl Lafayette,

Digitized by Google

als vielmehr der politischen Richtung, die er vertrat, den Grundsätzen, welchen er huldigte.

Man kann nicht sagen, daß diese Stimmung der öffentlichen Meinung allen Ministern unbekannt geblieben sei, daß sie auf sie keinen Eindruck gemacht habe. Einige von ihnen, namentlich Guernon de Ranville, erwarteten nichts Gutes und warnten vor falschen Maßregeln. Auch geschah in den ersten Monaten von Seiten des Ministeriums nichts, was das Mißtrauen des Volkes gerechtfertigt hätte. Aber Karl X. war von einer Camarilla umstrickt, welche, froh, den König einmal in eine entschiedene Bahn einlenken zu sehen, Alles aufbot, um ihn vorwärts zu drängen, und ihm zu diesem Behufe die Lage der Dinge ganz anders schilderte, als sie war und als sie wohl selber wissen mochte. Auch sorgten die Journale der Ultrapartei, wie die Quotidienne, die Gazette, dafür, daß die öffentliche Meinung über die Absichten des Ministerums nicht verändert wurde: denn sie sprachen immer von der Nothwendigkeit, die Feinde des Königs zu vernichten und wiesen auf den Artikel 14 der Constitution hin, welcher dem Könige das Recht gibt, die zur Sicherheit des Staats nöthigen Verfügungen zu erlassen, woraus sie das Recht zur Aufhebung der bestehenden Gesetze ableiteten. Genug: der Geist des Widerstandes nahm in der Nation mit jedem Tage zu, während Karl X. mehr und mehr mit dem Gedanken umging, nöthigen Falls mit einem Gewaltstreiche die seinen Absichten entgegenstehenden gesetzlichen Hindernisse niederzuwerfen.

Am 2. März 1830 wurden die Kammern wieder eröffnet. Das Ministerium hatte vergebens versucht, die wichtigsten Männer der Mehrheit zu sich herüberzuziehen: selber die gemäßigte royalistische Partei wollte mit ihm nichts zu thun haben. Nun glaubte Karl X. es mit Drohungen zwingen zu können. In der Thronrede warf er der Kammer den Handschuh hin, indem er deutlich genug den Entschluß aussprach, selbst wider die Mehrheit des Parlaments seinen Willen durchzusetzen. Bei diesen Worten gerieth er in so heftige Bewegung, daß ihm der Hut vom Kopfe fiel: der Herzog von Orleans hob ihn auf.

Digitized by Google

Was that die Kammer? Sie antwortete erstens durch die Wahl des Präsidenten. Drei Männer der linken Seite, Royer Collard, Casimir Perier und Sebastiani wurden von ihr vorgeschlagen, der erstgenannte vom Könige ernannt. Darauf berieth sie die Adresse auf die Thronrede. Sie enthielt das stärkste Mißtrauensvotum wider das Ministerium Polignac, obschon in anständigen Formen. Vergebens setzten sich die Minister dieser Adresse entgegen: alle von ihrer Partei vorgeschlagenen Veränderungen wurden von der Mehrheit abgeworfen: mit 221 gegen 181 Stimmen wurde die Adresse angenommen.

Karl war auf das Tiefste entrüstet. „Die Kammer spielt hohes Spiel, sagte er, es kann ihr übel bekommen, so meine Krone zu verletzen. Ich will mit ihnen reden, mit diesen Deputirten". Kalt und finster empfing er die Abgeordneten, welche ihm die Adresse überbrachten. Er sei betrübt, erwiderte er in hohem, königlichem Tone, sich zu überzeugen, daß von Seiten der Kammer die Mitwirkung mangle: aber seine Entschlüsse seien unwandelbar, die Minister würden ihr seine Absichten eröffnen. Dieß geschah: bald darauf wurde die Kammer auf den 1. September vertagt. „Es lebe der König!" riefen die Royalisten des Parlaments, als ihnen diese Entschließung verkündet wurde. „Es lebe die Charte!" antworteten die Liberalen.

Im Ministerium und am Hofe gab es zwei Parteien. Die eine, zu welcher von den Ministern Chabrol, Courvoisier und Guernon de Ranville gehörten, rieth, nachzugeben und mit den Kammern in Verhandlungen zu treten. In der That wurde ein Versuch dazu gemacht: im April wollte man die Pairs gewinnen. Da er aber scheiterte, so gewann die Partei der Camarilla, welche zu Gewaltmaßregeln rieth, die nur zu sehr mit Karls eigenen Wünschen übereinstimmten, die Oberhand. Am 16. Mai wurde die Kammer der Abgeordneten für aufgelöst erklärt, die Wahlcollegien — vom 23. Juni bis 20. Juli — zusammenberufen, und die Eröffnung der neuen Kammer bis auf den 3. August verordnet. Chabrol und Courvoisier wurden aus dem Ministerium entlassen und an ihre Stelle kam Peyronnet und Chantelauze, von welchen man sich größere Energie in Ausfüh-

Digitized by Google

nung der Absichten des König versprach. Für Capelle wurde ein eigenes Ministerium, das der öffentlichen Bauten, errichtet.

Es versteht sich von selbst, daß nun die Regierung Alles aufbot, um die neuen Wahlen in ihrem Sinne ausfallen zu machen. Karl X. selbst erließ eine Ansprache an das französische Volk, im Ganzen würdig gehalten, und darauf berechnet, Eindruck zu machen. Dann wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, welche der herrschenden Gewalt zu Gebote standen: die Verwaltungsbeamten aufgefordert, Alles zu thun, um einen erfreulichen Ausgang herbeizuführen: solche, auf deren monarchische Gesinnungen man sich nicht verlassen konnte, wurden entlassen und durch strenge Royalisten ersetzt. Endlich glaubte der Hof ein Mittel gefunden zu haben, welches alle anderen an Kraft und Erfolg überbieten sollte: den kriegerischen Ruhm. Eben um jene Zeit wurde die Unternehmung gegen Algier begonnen.

Mit dem Dey von Algier bestanden schon seit geraumer Zeit Mißhelligkeiten. Bereits im Jahre 1818 war zwischen ihm und der französischen Regierung Streit entstanden, weil er für die Plünderung eines französischen Schiffes Entschädigung verweigert hatte. Ein fernerer Handel war der mit den algierischen Handelshäusern Bacri und Busnach, welche an Frankreich für 7 Millionen Francs Getreide abgeliefert hatten, ohne daß ihnen diese Summe entrichtet worden wäre. Der Dey nahm sich seiner Handelshäuser an, und ärgerte sich bei dieser Veranlassung so sehr über den französischen Generalconsul, welcher den Forderungen des Deys allerlei Einwendungen entgegensetzte, daß er ihm mit dem Fliegenwedel ins Gesicht schlug. Der französische Generalconsul verließ sofort Algier: der Dey ließ hierauf die französischen Niederlassungen auf seinem Gebiete zerstören. Dieß geschah schon im Jahre 1828. Die französische Regierung forderte vom Dey Genugthuung: sie wurde verweigert. Hierauf ließ sie Algier blokiren, aber ohne irgend einen Erfolg. Eine Zeitlang ging sie damit um, sich mit Mehemed Ali von Aegypten zu verbinden, und diesen zum Angriff auf Algier zu vermögen. Es wurde jedoch wieder aufgegeben, theils weil nicht zu erwarten stand, daß derselbe die

Digitized by Google

Erlaubniß zu einem solchen Schritte von der Pforte, deren Vasall auch der Dey von Algier war, erhalten hätte, theils wegen der zu besorgenden Einmischung Englands. So hatten sich die Dinge bis in den April des Jahres 1830 hineingezogen, ohne daß von Seite der französischen Regierung energische Maßregeln gegen den Dey unternommen worden wären. Jetzt aber, in dem Augenblicke, wo sie gegen die Freiheiten des französischen Volkes ernstlich vorangehen wollte, glaubte die Regierung, den Krieg gegen Algier mit aller Kraft betreiben zu müssen. Sie hoffte durch den Glanz des Kriegsruhmes die französische Nation, die so empfänglich für dergleichen Lorbeeren ist, mit sich aussöhnen und zugleich in den nach Algier entsendeten siegreichen Truppen ein Heer heranziehen zu können, welches bereit sei, alle ihre Entwürfe auszuführen. So wurde denn bereits am 20. April 1830 an den Dey von Algier der Krieg erklärt, und Ende Mais ging die französische Flotte unter Segel, an ihrem Bord 38,000 Mann führend, unter dem Oberbefehle des Kriegsministers, General Bourmont, der sich in Algier den Marschallsstab erkämpfen sollte.

Die Unternehmung glückte vollkommen. Am 13. Juni landete die französische Armee in Algier. Am 19. wurde sie von den Arabern, ohngefähr 40,000 Mann, in ihrem Lager angegriffen. Der Angriff wurde zurückgeschlagen, der Sieg verfolgt, das Lager der Araber bei Staoneli von den Franzosen erstürmt und das ganze Heer in die wildeste Flucht gejagt. Der Dey gab sich aber noch nicht überwunden. Am 24. ließ er das von den Franzosen eroberte Lager bei Staoneli noch einmal wiewohl vergeblich angreifen, that ihnen durch einzelne Streifzüge großen Abbruch, wobei er ihnen einen nicht unbeträchtlichen Theil von Kriegsbedarf wegnahm, und setzte die Franzosen so in Schrecken, daß sie nicht wagten, in kleineren Abtheilungen sich von der Hauptmacht zu entfernen. Jetzt schickten sie sich zu der Belagerung Algiers an. Am 4. Juli begann der Hauptsturm, der mit so großem Erfolge geleitet wurde, daß der Dey sich zur Uebergabe entschloß. Am 5. Juli befanden sich die Franzosen im Besitze

Digitized by Google

der Stadt und Festung: 1500 Kanonen, 70 Kriegsfahrzeuge und ein Schatz von 70 — 80 Millionen Fr. fielen in ihre Hände. Der Dey wurde auf seinen Wunsch nach Neapel gebracht.

So glücklich nun auch diese Unternehmung gegen Algier ausgefallen war, so täuschte sich doch die französische Regierung ganz gewaltig in den von ihr gehofften Wirkungen derselben. Die Franzosen ließen sich durch den unter der weißen Fahne erworbenen Kriegsruhm nicht irre machen, die inneren Zustände scharf im Auge zu behalten und alle Kräfte anzustrengen, um ihre Freiheit zu behaupten. Ohnedieß erschien den Franzosen dieser Kriegsruhm in einem minder glänzenden Lichte, als es wohl sonst der Fall gewesen wäre. Es haftete an ihm ein Makel, der durch nichts wegzubringen war: der Oberfeldherr war jener Bourmont, dessen Verrath an Napoleon die Franzosen nie verzeihen konnten, den sie daher aus dem Grunde ihrer Seele haßten und verachteten. Schon vor der Unternehmung drückte sich diese ihm feindselige Gesinnung aus. Bei den prunkhaften Heerschauen in Lyon und Marseille wurde Bourmont vom Volke ausgepfiffen. Es machte dann auch keinen Eindruck, als er später zum Marschall ernannt wurde. Die Dankfeste, welche Karl X. zur Feier seines Sieges veranstalten ließ, fanden beim Volke keine Theilnahme. In Paris sollte am Abende jenes Festes eine große Beleuchtung statt finden: aber nur die öffentlichen Gebäude wurden erleuchtet: an Privatwohnungen, wenn sie nicht von Ultra's bewohnt wurden, war nichts zu sehen. Dagegen betheiligte sich das Volk mit dem größten Interesse an den vorzunehmenden Wahlen. Alle Versuche der Regierung, die Mehrheit der Wahlen in ihrem Sinne ausfallen zu machen, scheiterten an dem gesunden Sinne der Nation, an der Thätigkeit der Vereine. Von den 221 Abgeordneten, welche für das Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Polignac gestimmt, wurden 207 wieder gewählt. Ueberhaupt ergaben sich 272 liberale Wahlen, während das Ministerum nur 145 durchbringen konnte.

Die Nation hatte gesprochen. Es fragte sich, ob sich die Regierung eine Lehre daraus nehmen wollte. Unter den Ministern war es

Digitized by Google

wiederum Guernon de Ranville, welcher von Gewaltmaßregeln abrieth und den parlamentarischen Weg zu gehen wünschte. Auch schloß sich ihm wohl Anfangs der eine und der andere seiner Genossen an. Aber die Camarilla, insbesondere von dem päpstlichen Nuntius unterstützt, drängte den König vorwärts: sie glaubte, jetzt sei der rechte Zeitpunkt gekommen, um rücksichtslose Energie zu zeigen. Die Mehrzahl der Minister war ihrer Meinung. Man wollte vor Allem die Preßfreiheit aufheben, die Kammer noch vor ihrem Zusammentritte auflösen und ein neues schlechtes Wahlgesetz octroyiren. Einige Zeit hindurch beschäftigte sich der Ministerrath ausschließlich mit diesen Fragen. Endlich näherten sich die Verhandlungen ihrem Abschluß. Man kann sich denken, daß das hohe Spiel, welches man spielte, doch manchem bedenklich vorkommen mochte, trotz der Zuversicht des Königs, trotz des Vertrauens Polignac's auf einen glücklichen Ausgang. Die Zweifelnden wollten sich wenigstens versichern, daß man die gehörigen Streitmittel besitze, um den Gewaltstreich durchführen zu können. In einer der letzten Sitzungen wurde daher Polignac gefragt, welche Truppenmacht ihm zu Gebote stehe. Polignac sprach von 42,000 Mann. In der That aber befanden sich in Paris nicht mehr als 13,000 Mann, oder noch weniger. Diese Macht erschien den Meisten als viel zu gering, sie gaben sich jedoch zufrieden, als Polignac versicherte, daß die übrigen Truppen in der Nähe von Paris ständen, die im Augenblicke dahin gezogen werden könnten.

Am 25. Juli begaben sich die Minister zum Könige nach St. Cloud. Es sollte endlich die Entscheidung erfolgen. Die Minister fragten den König, ob er entschlossen sei, auch dann durchzubringen, wenn sich die Minister zurückzögen. Auf die bejahende Antwort Karl's X. unterzeichneten sie. Tags darauf, am 26. Juli, erschienen die Verordnungen im Moniteur. Es waren folgende:

Die erste Verordnung hob die Gesetze auf, welche die Freiheit der Presse verbürgten, rief die Verfügungen vom 21. October 1814 wieder ins Leben, legte jedem Journale die Bedingung auf, nicht ohne königliche Bewilligung erscheinen zu dürfen, und drohte, daß

Digitized by Google

alle Pressen und Schriften derjenigen Journale, welche sich einer Uebertretung des königlichen Befehls schuldig machten, vernichtet werden sollten.

Die zweite Verordnung sprach die Auflösung der Kammer aus, noch ehe sie zusammengetreten.

Die dritte Verordnung hob das bisherige Wahlgesetz auf und setzte ein anderes an dessen Stelle, wonach die Zahl der Abgeordneten von 430 auf 230 herabgesetzt wurde. Die Bezirkscollegien wurden auf den Vorschlag der Candidaten beschränkt; die Departementscollegien, wobei der große Besitz und die Bureaukratie überwog, brauchten nur die Hälfte der vorgeschlagenen Candidaten zu wählen. Endlich wurde das Stimmengeheimniß aufgehoben und die Justizbeamten von der Bildung der Wahllisten ausgeschlossen, diese lediglich den absetzbaren, durchaus von der Regierung abhängigen Verwaltungsbeamten übertragen.

Alle diese drei Verordnungen waren eine Verletzung der Charte: alle drei übertraten zu Recht bestehende Gesetze, welche ohne Mitwirkung der Kammern nicht aufgehoben werden durften. Diese drei Verordnungen enthielten daher den Gewaltstreich. Eine vierte Verordnung bestimmte den Tag der Versammlung der Wahlcollegien: eine fünfte bestellte den Marschall Marmont zum Befehlshaber der Truppen in Paris, überhaupt der ersten Militairdivision.

Die drei Tage *).

Die Ordonnanzen kamen am 26. Julius den Parisern zu Gesicht. Der Eindruck, den sie machten, war ein außerordentlicher. Man war zwar schon lange auf einen Gewaltstreich gefaßt; aber das wirkliche Eintreten desselben überraschte nichts desto weniger. Man fühlte sich

*) Vergl. insbesondere Louis Blanc histoire de dix ans, I. Histoire de France pendant la dernière année de la restauration par un ancien magistrat, 1839, und Capefigue l'Europe depuis l'avénement du roi Louis-Philippe, I und II. Paris 1845.


Digitized by Google

Anfangs wie betäubt: dann mußte das Erstaunen der Wuth weichen, dem Hasse und der Rache: durch die Bevölkerung ging das Gefühl, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo etwas gethan werden müsse, wo man sich für die vielen Unbilden rächen könne, die man von den Bourbonen erduldet.

Doch zeigte sich am 26. keine ernstliche Bewegung. Wohl traten auf den Straßen Gruppen zusammen: die Ordonnanzen wurden verlesen, darüber geschimpft, hie und da fiel wohl auch eine revolutionaire Rede, aber es war immer noch nicht bedenklich. Das Einzige, was spät Abends geschah, war, daß an dem Wagen Polignac's von einem Haufen Volks die Fenster eingeworfen wurden.

Inzwischen hatten die gebildeten Classen über die Ordonnanzen bereits ihr Urtheil gefällt. An der Börse zeigte sich große Bestürzung: die Papiere fielen um ein Bedeutendes. Im Institut, wo Arago eben einen Vortrag halten sollte, nahm dieser Gelehrte Gelegenheit, einige mißbilligende Worte über die neuen Verordnungen einfließen zu lassen, was einen Sturm des Beifalls unter den Zuhörern hervorrief. Gegen Abend kamen mehrere Wähler zusammen, um sich über das, was zu thun sei, zu berathen. Dieser Versammlung wohnten mehrere radicale Abgeordnete, wie Schonen und Laborde bei. Die Stimmung war revolutionair, und die beiden Abgeordneten verfehlten nicht, diese Stimmung zu verstärken. Auch mehrere Abgeordnete hielten diesen Tag Berathung über die zu befolgende Taktik. Es waren unter ihnen einige, wie z. B. Mauguin, Audry de Puyraveau, welche zur Revolution drängten, zumal seitdem Schonen und Laborde Mittheilungen über die Stimmung jener Versammlnng der Pariser Wähler gemacht hatten. Aber die Mehrheit der Abgeordneten, vor Allem durch Casimir Perier's Ansehen bestimmt, wagte keine energische Maßregel zu beschließen. Die einzige bedeutende That, welche überhaupt diesen Abend beschlossen und ausgeführt wurde, war die Protestation der Journalisten.

Denn auch die Journalisten hielten eine Zusammenkunft, um sich über die Schritte, die sie thun sollten, zu berathen. Zwar nicht

Digitized by Google

alle nahmen daran Theil. Die ministeriellen Blätter, wie die Quotidienne, die Gazette, der Univers, holten natürlich, den Ordonnanzen gemäß, die Erlaubniß für ihr ferneres Erscheinen ein. Auch die Débats und der Constitutionnel, obschon sie keineswegs ministeriell waren, vielmehr zur Opposition gehörten, fügten sich den Ordonnanzen: diese Blätter zählten unter allen die meisten Abonnenten: die Furcht, ihr bisheriges großes Einkommen zu verlieren, bestimmte sie, eine Handlungsweise einzuschlagen, welche ihren Grundsätzen zuwiderlief. Es fanden sich also nur die Redacteure und Besitzer der kleineren oppositionellen Journale zusammen, welche im Ganzen den fünften Theil der Abonnenten haben mochten. Indessen schloß sich diesen auch der Constitutionnel an. Die Zusammenkunft fand in dem Bureau des National statt, welchen Thiers redigirte. Man beschloß zuletzt, eine Protestation gegen die Verordnungen zu entwerfen und diese am nächsten Tage, am 27., in den verschiedenen Blättern erscheinen zu lassen. Die Protestation, an welcher Thiers einen großen Antheil hatte, setzte klar die Gesetzwidrigkeit der königlichen Ordonnanzen auseinander, und die Pflicht, sich denselben zu widersetzen. Sie hielt sich selbst innerhalb des Gesetzes, sie forderte nicht zur Revolution auf, sie überließ es nur „Frankreich selber, zu beurtheilen, bis wie weit sein eigener Widerstand sich ausdehnen solle".

Aber sie wirkte außerordentlich. Mit Begierde wurden die liberalen Zeitungen, in denen sie enthalten war, verschlungen: der National allein verkaufte stündlich 2000 Exemplare. Diese Protestation wurde auf öffentlicher Straße vorgelesen: man stellte sich auf Bänke, Brunnen und dergleichen, um von den Massen besser verstanden zu werden. Stündlich wuchsen diese an: sie durchwogten alle Gassen von Paris. Große Haufen sammelten sich namentlich vor den Tuilerien und vor dem Palais Royal. Bald wurde neue Erbitterung in sie hineingeworfen. Die Polizei brach in die Bureaux der liberalen Zeitungen ein, welche trotz der Ordonnanzen am 27. erschienen waren und die Protestation der Journalisten mitgetheilt hatten: sie versiegelte oder zerstörte die Druckereien. Die Eigenthümer entließen nun die

Digitized by Google

Arbeiter: „sie könnten ihnen kein Brod mehr geben, da es die Regierung ihnen selber entziehe". Voll Erbitterung schlossen sich die entlassenen Arbeiter aus den Druckereien der Volksmenge an: sie steigerten durch die Erzählung der eben erlebten Vorgänge den Haß, die Wuth gegen die Regierung, und die revolutionaire Simmung. „Nieder mit den Ministern! Es lebe die Charte! Es lebe die Freiheit!" hörte man aus den Reihen des Volkes ertönen. Da erschien auf einmal Einer mit einer dreifarbigen Fahne. Dieser Anblick übte eine zauberhafte Wirkung. Noch heftiger und leidenschaftlicher geberdete sich jetzt das Volk. Es konnte sich nicht länger vom Kampfe zurückhalten. Vor dem Palais Royal entspann sich zuerst ein Gefecht mit den königlichen Truppen. Das Volk war kaum bewaffnet: es wurde daher zurückgedrängt: aber der Kampf erneuerte sich an andern Punkten: in der Rue St. Honoré fing man an, Barricaden zu bauen. Das Volk brach in die Magazine, in die Buden der Schwertfeger, in alle Gebäude ein, wo es Waffen zu finden hoffte. Ueberhaupt bereitete es sich in der Nacht vom 27. auf den 28. zum ernstlichen Kampfe vor.

Und wie benahm sich nun das Ministerium diesen drohenden Bewegungen gegenüber? Es war ein Unglück für die Bourbons, daß fast Alles in die Hände Polignac's gelegt war. Dieser hatte nämlich zu der Präsidentschaft und zu dem Ministerium des Auswärtigen neuerdings auch noch einstweilen, da Bourmont sich in Algier befand, das des Kriegs übernommen. In dieser letzteren Eigenschaft versäumte er aber fast alle nothwendigen Maßregeln zu treffen. Er sorgte nicht dafür, daß zu rechter Zeit die in der Umgegend von Paris liegenden Truppen den Befehl erhielten, in die Stadt zu rücken. Er sorgte nicht für die nöthigen Lebensmittel, nicht einmal für genug Kriegsbedarf für die in Paris anwesenden Truppen. Er dachte so wenig an die Möglichkeit einer unglücklichen Wendung der Dinge, daß er auch durch die Bewegungen des Volkes am Abende des 27. Juli nicht im Geringsten beunruhigt ward. Auf seinem Gesichte war beständig jenes nichtssagende einfältige Lächeln zu bemerken, welches

Digitized by Google

das Zeichen eines unbedeutenden Menschen ist, und welches bei ihm unbedingte Zuversicht ausdrücken sollte. Auch dem Könige schrieb er Berichte in diesem Sinne: er möge sich nur vollkommen beruhigen: der Widerstand gegen die Ordonnanzen sei von gar keiner Bedeutung.

Marmont übernahm jetzt den Oberbefehl über die bewaffnete Macht. Auch die Wahl dieses Mannes war eine sehr unglückliche. Bei den Franzosen war er ohnedieß nicht beliebt wegen der Capitulation von Paris im Jahre 1814, wegen des Verrathes, den er an Napoleon verübt. Die Aufgabe, die er nun übernommen, machte ihn doppelt verhaßt. Marmont selbst hatte kein rechtes Vertrauen. Die Ordonnanzen fand er ebenso unklug, wie andere Männer. Mit Widerstreben zog er den Degen zur Vertheidigung derselben. Dann täuschte er sich nicht über die Unzulänglichkeit der militairischen Mittel, die ihm zu Gebote standen, über die vielen Versäumnisse Seitens des Kriegsministeriums. Nichts destoweniger schickte er sich an zur Ausführung des übernommenen Auftrags. Er erklärte Paris in Belagerungszustand. Die Tuilerien nahm er zu seinem Hauptquart ere. Von da aus sollte ein Theil seiner Truppen längs der Seine bis zum Greveplatz vordringen, um sich des Stadthauses zu bemächtigen: ein anderer Theil sollte über die Boulevards gehen, nach der Bastille zu: von da aus sollten diese Truppen den anderen auf dem Greveplatze die Hand reichen. Eine dritte Abtheilung sollte die Straße St. Denis besetzen, welche von der Seine an bis zu den Boulevards den inneren Theil der Stadt gerade durchschneidet. Diese Abtheilung sollte den Bau von Barricaden in dieser Straße verhindern, um sowohl an den Boulevards, wie in den der Seine näher gelegenen Straßen die dortigen Truppen nöthigen Falls unterstützen zu können.

Aber der Ausführung dieses Planes stand die geringe Anzahl seiner Truppen und die von Stunde zu Stunde anwachsende Ausdehnung des Aufstandes entgegen. Seit dem Morgen des 28. Juli bemächtigte sich die Empörung fast aller Theile von Paris. Aus den Vorstädten zogen die Arbeiter, bekannt durch ihren Muth, ihre Tapferkeit, ihre Körperkraft und Ausdauer, gegen die Boulevards heran, um sich an

Digitized by Google

dem Kampfe in dem Innern der Stadt zu betheiligen. Auch die Nationalgarde, seit 1827 aufgelöst, erschien jetzt wieder in ihrer Uniform und mischte sich unter die Reihen der Kämpfenden. Fast alle Stände, alle Geschlechter, alle Alter nahmen Theil an dem Kampfe. Frauen schleppten Steine in die Wohnungen, um sie auf die Soldaten herabzuschleudern, verbanden die Verwundeten, erquickten die Ermatteten, brachten ihren kämpfenden Gatten und Brüdern mitten unter dem Kugelregen der Feinde Waffen und Schießbedarf. Selbst Knaben von 12 bis 14 Jahren bemerkte man unter den ersten Reihen des kämpfenden Volks. Sie sprangen wohl unter die Pferde der Lanciers, hängten sich an die Gurte derselben, stießen ihnen Messer, Dolche oder was sie gerade für Waffen hatten, in die Weichen und machten sie zusammenstürzen. Die großartigsten Züge von Heldenmuth und edler Gesinnung zeigten sich in diesen Straßenkämpfen von Paris: der Gedanke, für die Freiheit zu fechten, hatte alle anderen verschlungen. Alle Kräfte wurden auf den höchsten, oft unglaublichen Grad angespannt: auch die geistigen. Von den armen Arbeitern dachte Niemand daran, auch nur im Geringsten das Eigenthum zu verletzen. Es galt ja eine heilige Sache, die Freiheit. Wenn wohl hie und da — meist durch die während des Kampfes aus den Gefängnissen entsprungenen Verbrecher — ein Diebstahl verübt wurde, so wurde vom Volke selbst an dem Diebe augenblicklich die strengste Justiz vollzogen: er wurde erschossen.

Seit 8 Uhr des Morgens hatte sich bereits der Kampf zwischen dem Volke und den Truppen entsponnen. Das erstere besaß aber keine Führer, handelte am wenigsten nach einer oberen Leitung. Dieser Mangel wurde indeß aufgewogen durch die sich von Minute zu Minute vergrößernde Anzahl der Kämpfenden, durch ihren Muth und ihre Kampfbegierde. Sodann stellten sich die Zöglinge der polytechnischen Schule, welche schon Tags vorher das größte Interesse am Kampfe genommen, und im Laufe des Vormittags des 28. entlassen worden waren, an die Spitze der einzelnen Volksmassen. Bekannt wegen ihrer liberalen Gesinnung wurden sie vom Volke über-

Digitized by Google

all mit Freuden empfangen und zu Führern erkoren; auch rechtfertigten sie durch ihre Kühnheit und Todesverachtung das Vertrauen des Volkes. Offenbar haben sie durch ihre heldenmüthige Handlungsweise ein wesentliches Theil zum Siege beigetragen. Nicht minder kühn kämpften die Studenten.

Marmont's Plan konnte nur theilweise ausgeführt werden. Eine Abtheilung seiner Truppen rückte allerdings bis an den Greveplatz vor; eine andere drang die Boulevards entlang bis an die Bastille, und eine dritte besetzte die Straße St. Denis. Aber hinter den Rücken der beiden letzten Abtheilungen erhoben sich Massen von Barricaden, so daß ihnen der Rückzug abgeschnitten ward. Auf diese Weise wurden die zwei in der Straße St. Denis aufgestellten Bataillone durch das Volk von einander getrennt, beide den lebhaftesten Angriffen Preis gegeben. Die Abtheilung, welche über die Boulevards bis zur Bastille vorgegangen war und von da aus durch die Straße St. Antoine bis an den Greveplatz vordringen wollte, wurde durch das Volk zurückgeschlagen und mußte sich auf das andere Ufer der Seine zurückziehen, wo sie ihren Rückmarsch gegen die Tuilerien antrat. Inzwischen wüthete der furchtbarste Kampf auf dem Greveplatz, wo es sich um den Besitz des Stadthauses handelte. Mehrmals wurde dieses genommen und wieder verloren. Die Garde, wie die Schweizer fochten hier gegen das Volk mit dem ausdauerndsten Muthe, während dieses, durch vielfache Verluste nicht entmuthigt, immer wieder neue Kräfte auf den Kampfplatz führte, immer größere Anstrengungen machte.

Es konnte kein Zweifel mehr obwalten; der Widerstand der Pariser war zu einer förmlichen Revolution angewachsen, welche mit jedem Augenblicke neue Kräfte gewann. Aber während das Volk sich schlug, mit der größten Kühnheit und Todesverachtung, hielten die Abgeordneten Sitzungen, mit Bangen und Zagen, ohne zu irgend einem energischen Beschlusse zu kommen. Seit dem Abende des 26. kamen sie mehrmals, in verschiedenen Localen zusammen, immer mit demselben Erfolge. Die Minderheit machte allerdings fortwährend

Digitized by Google

Anträge, sich mit Entschiedenheit an die Revolution anzuschließen, und besonders Lafayette, welcher am Abende des 27. in Paris angekommen war, versäumte nicht, das Gewicht seines Namens in diesem Sinne geltend zu machen. Er wurde jedoch durch die Mehrheit überstimmt, auf welche Casimir Perier, Sebastiani, Guizot mit ihrer furchtsamen Politik einen großen Einfluß übten. Endlich, am 28., als von allen Seiten der wachsende erfolgreiche Aufstand gemeldet ward, entschlossen sie sich zu einer Protestation gegen die Verordnungen vom 25. Juli, welche aber noch matt und farblos genug war, und zu der Abschickung einer Deputation an den Marschall Marmont und Polignac, welche das Einstellen der Feindseligkeiten, die Rücknahme der Ordonnanzen und das Abtreten des Ministeriums Polignac verlangen sollte.

Bei dem Marschall Marmont hatte sich bereits vorher ein alter Freund von ihm, Arago, eingefunden, um ihn zur Niederlegung seines Commandos zu bewegen. Marmont ging zwar nicht darauf ein, aber er war sichtbar durch die Vorstellungen Arago's erschüttert. Die Deputation der Abgeordneten, bestehend aus Laffitte, Casimir Perier, Gerard, Lobau und Mauguin, vermehrte nur seine trostlose Stimmung. Auch diesmal zwar gab er nicht nach, er versprach jedoch, den König von dem Stande der Dinge in Kenntniß zu setzen und ihm Nachgiebigkeit anzurathen. In der That schrieb er in diesem Sinne dem Könige nach St. Cloud. Aber der Eindruck, den sein Bericht hätte machen können, wurde durch den Polignac's wieder aufgehoben. Dieser Minister, welcher die Abgeordneten nicht einmal vorließ, nachdem er von ihrem Begehren gehört hatte, dachte immer noch nicht an die Möglichkeit eines Sieges von Seiten des Volks; vielmehr schrieb er an den König, daß der Aufstand wohl bald besiegt werden würde.

Und doch schwand mit jedem Augenblicke eine Hoffnung nach der andern. Es war keine Aussicht mehr vorhanden, Hülfe von den in der Nähe liegenden Truppen zu erhalten. Das Volk war bereits im Besitz aller Barrieren, aller Communicationsmittel: es hielt die

Digitized by Google

Couriere der Regierung auf, während es in die Provinzen die Nachricht von dem siegreichen Aufstande der Pariser entsendete. Der Mangel an Lebensmitteln wurde den Truppen immer fühlbarer. Niemand verabreichte ihnen Brod, Wein, selbst nicht um theures Geld, während das Volk mit allen diesen Dingen auf das Reichlichste versehen ward. Schon schwankten einige Regimenter, namentlich die von der Linie. Das Volk machte sich augenblicklich diese Stimmung zu Nutzen. „Es lebe die Linie!“ rief es ihnen zu: hie und da mischten sich Männer aus dem Volke unter die Soldaten und suchten sie zum Abfalle zu bewegen. Am Abende des 28. waren die Dinge schon so weit gediehen, daß Marmont es für nöthig hielt, alle seine Truppen aus den einzelnen Theilen der Stadt zurückzuziehen, um in der Nähe der königlichen Schlösser eine feste Stellung einzunehmen. So gerieth endlich das Stadthaus, um welches den ganzen Tag über mit der größten Erbitterung gestritten wurde, für immer in die Hände des Volks.

Unter diesen Umständen hielten es die Pairs für nöthig, auch ihrerseits einen Versuch zu machen, um den König zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Sie gaben dem Herrn von Semonville und dem Herrn von Argout den Auftrag, mit Polignac zu unterhandeln, und wenn dieses nichts fruchten sollte, zum Könige selber nach St. Cloud zu gehen. Am Morgen des 29. besuchten Semonville und Argout Polignac in den Tuilerien. Alles war daselbst bereits ängstlich geworden, auch die Minister; nur Polignac war aus seiner Sicherheit nicht herauszubringen. Semonville wandte seine ganze Beredsamkeit an, um ihn zu überzeugen. Vergebens! „Sie stürzen, sagte er endlich zu ihm, durch Ihre Halsstarrigkeit den König und die Monarchie ins Verderben!“ Polignac erwiderte: „Das ist die Sprache eines Aufrührers! Statt Monarchie und König ins Verderben zu stürzen, rett' ich sie gerade. In ein Paar Stunden sollen Sie den Beweis davon haben!“ „Ich bin zu alt, um mit einem Verrückten zu streiten!“ sagte hierauf Semonville, und verließ ihn. Er begab sich zu Marmont und zum Gouverneur der Tuilerien, Herrn von

Digitized by Google

Glandeves. Beide sahen die Tollheit Polignac's ein; der Letztere erbot sich sogar, die Minister gefangen zu nehmen. Dazu konnte sich aber Marmont nicht entschließen.

Nun fuhren Semonville und Argout nach St. Cloud. Aber Polignac war ihnen zuvorgekommen. Sie erhielten jedoch Audienz beim Könige. Karl X. war während des ganzen Aufstandes von demselben Gefühle der Sicherheit bestrickt, wie sein Premierminister. Außer den Berichten Marmont's, welche seit dem Nachmittage des 28. immer ungünstiger lauteten, waren ihm noch von anderen Seiten Aufklärungen über den wahren Stand der Dinge gegeben worden. Aber Alles vermochte keinen Eindruck auf ihn zu machen. Semonville, welcher mit der ergreifendsten Sprache die Verhältnisse schilderte, und ihn beschwor, nachzugeben, weil es sich um die Krone handle, hörte er ruhig an und erwiderte kalt darauf: „Ich habe nicht Lust, wie mein Bruder, auf den Karren zu steigen. Lieber steige ich zu Pferd!„ Semonville warf sich ihm zu Füßen: er erinnerte ihn an die Dauphine, die Herzogin von Angoulème, welche sich damals in Vigny befand, der bei dieser Aufregung des Volks ein Unglück zustoßen könnte. Das machte Anfangs einigen Eindruck auf Karl X., bald aber verschwand er wieder. Er blieb auf seinem Kopfe.

Indessen hatte der Kampf in Paris wieder begonnen. Das Volk griff die Truppen am Louvre, am Palais Royal, am Vendômeplatze an. Es beginnt mit der Linie zu fraternisiren. Zwei Regimenter treten zum Volke über. Um Mittag wird das Louvre genommen, welches lange hinfort von den Schweizern aufs Tapferste vertheidigt worden war. Die Truppen ziehen sich jetzt auf die Tuilerien zurück. Auch diese werden vom Volke erstürmt. Nun reißt Entmuthigung, Verzweiflung, Verwirrung unter den Truppen ein. Ein Theil hält noch das Palais Royal, auch dieser wird geworfen. Um 3 Uhr Nachmittags hört der Kampf auf: das Volk ist Sieger. Marmont ertheilt den Befehl zum Rückzug nach St. Cloud.

Digitized by Google

Die Generalstatthalterschaft des Herzogs von Orleans.

Der Sieg des Volks war, wie gesagt, erfochten worden, ohne daß irgend eine oberste Leitung vorhanden gewesen wäre. Erst am Abende des 28. hielten einige Männer, welche sich an der Revolution auf das Lebhafteste betheiligt hatten, die Errichtung einer provisorischen Regierung für nöthig. Sie verkündeten daher das Zusammentreten einer solchen, angeblich aus Lafayette, General Gerard und dem Herzog von Choiseul bestehend. Dieß war aber eine bloße Täuschung. Indessen bestellten sich am 29. einige Journalisten, Baude und Franque, aus eigener Machtvollkommenheit zu Secretairen der nicht bestehenden provisorischen Regierung, und ein ehemaliger napoleonischer Offizier, Oberst Dubourg, erbot sich, den Oberbefehl über die Volksmacht zu übernehmen. Die Versammlung der Abgeordneten, davon benachrichtigt, erschrak, in der Besorgniß, die Leitung der Dinge ihren Händen entschlüpfen zu sehen, und da sie nun sich überzeugt, daß der Sieg des Volks entschieden, also keine Gefahr mehr vorhanden sei, so entschloß sie sich, ihrerseits eine provisorische Regierung zu ernennen, der sie aber den bescheidenen Namen einer Municipalcommission ertheilte. Sie wählte anfänglich in dieselbe fast lauter gemäßigte Männer, die aber, weil sie es ausschlugen, durch einige Radicale, wie Mauguin, Aubry de Puyraveau, von Schonen, ersetzt wurden. Dem General Lafayette wurde der Oberbefehl über die bewaffnete Macht übergeben. Noch am 29. nahmen sie Besitz vom Stadthause: willig überließen ihnen die Männer, welche bisher dort geherrscht, ihre Plätze. Der Name Lafayette's allein genügte sie dazu zu bestimmen.

An die Wiederherstellung der Bourbons war nicht mehr zu denken. Im Laufe des Kampfes hätte vielleicht eine rechtzeitige Rücknahme der Ordonnanzen Karl X. noch retten können. Aber nachdem das Volk den Sieg über ihn davon getragen, wollte es auch nichts mehr von ihm wissen. Karl X. machte allerdings noch einen Versuch. Er entschloß sich nach der Nachricht von der entschie-

Digitized by Google

denen Niederlage seiner Truppen endlich, die Ordonnanzen zurückzunehmen, das Ministerium Polignac zu entlassen, die Wiederherstellung der Nationalgarde, den Zusammentritt der aufgelösten Kammern am 3. August zu verfügen und ein neues Ministerium zu ernennen, dessen Präsident der Herzog von Mortemart sein sollte: Casimir Perier sollte die Finanzen, General Gerard den Krieg übernehmen. Die Herren von Semonville und Argout eilten mit diesen Nachrichten noch am Abende des 29. nach Paris; da sie aber nichts Schriftliches bei sich hatten, wurden von den Abgeordneten sowohl, wie von der Municipalcommission ihre Mittheilungen als keine offiziellen betrachtet, und sie hatten daher keine Wirkung. Auch konnte sich der Herr von Semonville bereits auf dem Stadthause von der herrschenden Stimmung in Paris überzeugen, welche durchaus feindselig gegen die Bourbons war. In der Nacht vom 29. auf den 30. Juli begab sich auch der Herzog von Mortemart nach Paris, wo er am andern Morgen ankam. Er verlor aber auf dem Wege und in Paris selbst eine kostbare Zeit, und als er endlich den Kammern und der Municipalcommission die neuen Verordnungen mittheilen ließ, wurde ihm geantwortet, es sei zu spät. Für die ältere Linie der Bourbons war die Krone verloren.

Was sollte nun aber geschehen? Was sollte an die Stelle der Regierung gesetzt werden, die man so eben gestürzt?

Offenbar hatten bei dem Siege der Volkssache während der drei Tage jene drei Parteien zusammen gewirkt, welche seit der Restauration den Widerstand gegen die Bourbons gebildet hatten: die liberalconstitutionelle, die napoleonische und die republicanische. Sie hatten sich vereinigt, um den Sturz der bisherigen Regierung, die ihnen allen gleich verhaßt war, zu bewirken. Nachdem aber dieser nächste Zweck erreicht war, suchte jede dieser Parteien an die Spitze zu kommen. Von ihnen hatte vorerst die napoleonische die geringste Aussicht. Sie entbehrte eines persönlichen Mittelpunktes: der Sohn Napoleons, der Herzog von Reichstadt, an den die Partei natürlich zunächst denken mußte, war fern, noch dazu ein östreichischer Prinz. Die Zustände

Digitized by Google

erforderten aber ein augenblickliches kraftvolles Einschreiten. Dagegen hatte die republicanische Partei viele Chancen für sich. Sie hatte das Meiste zur Erringung des Sieges gethan. Denn jene tapferen Arbeiter, jene unerschrockenen Jünglinge, jene kühnen Journalisten, welche immer zur Revolution drängten und nicht nachließen, bis die bisherige Herrschaft zu Boden geworfen war, sie gehörten fast alle zur republicanischen Partei. Thatsächlich besaß diese, wenigstens unmittelbar nach der Beendigung des Kampfes, die Herrschaft. Dazu kam, daß sie auch einen Namen aufweisen konnte, an welchen sich die ruhmvollsten Erinnerungen der ersten französischen Revolution knüpften, und der deßhalb augenblicklich den größten Einfluß besaß, den General Lafayette. In der That war Lafayette, als Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Herr von Paris: er war allmächtig. Man kann wohl sagen, von ihm hing das Schicksal Frankreichs ab. Er konnte den Dingen eine Wendung geben, die wesentlich verschieden von derjenigen war, welche wirklich eintrat. Aber Lafayette war alt geworden, es fehlte ihm jene Energie des Geistes und des Willens, welche nothwendig ist, um die öffentlichen Zustände in bestimmte Bahnen zu leiten. Ohnedieß von jeher mehr Gefühlspolitiker, als ein beobachtender und tiefblickender Staatsmann, hatte er sich immer mehr von den Ereignissen bestimmen lassen, als daß er ihnen selber die Richtung gegeben. Obschon die mannichfaltigsten Erfahrungen und Erlebnisse einer großen reichen Zeit an ihm vorübergegangen waren, war es ihm doch nicht gelungen, sich eine tiefere Menschenkenntniß zu erwerben: er gehörte zu jenen Naturen, an deren sanguinischem Gemüthe alle Schläge des Schicksals, alle Täuschungen wirkungslos abprallen, welche bei jedem neuen Sonnenblicke wieder vertrauen, sich noch einmal täuschen lassen.

Bei dieser Eigenthümlichkeit des Mannes, welchen die republicanische Partei als ihr Haupt betrachtete, konnte es der constitutionellen nicht schwer fallen, ihr den Rang abzulaufen. Sie bestand vorzugsweise aus dem höheren und mittleren Bürgerstande. Sie hatte allerdings während der Revolution wenig gethan. Wir haben gesehen,

Digitized by Google

wie ängstlich sich die Vertreter dieser Partei, die Abgeordneten, benommen, und daß sie sich nicht eher an die Volkssache angeschlossen, als bis der Sieg gewiß war. Die Nationalgarde, größtentheils dieser Partei angehörend, hatte sich im Ganzen nur spärlich am Kampfe betheiligt. Einzelne Abtheilungen derselben waren nur in der Absicht unter den Waffen erschienen, um das, wie sie meinten, bedrohte Eigenthum zu schützen. Wie gering nun auch der Antheil war, den der Bürgerstand an dem eigentlichen Kampfe genommen, um so größere Thätigkeit glaubte er jetzt entfalten zu müssen, um eine, wie er glaubte, verderbliche Wendung der Dinge zu verhüten. Er fürchtete die Republik, die er sich nur im Gewande der Schreckenszeiten während der ersten Revolution denken konnte: er hatte einen Gräuel vor der Herrschaft des Volks, die er sich unzertrennlich von der Gefährdung des Besitzes, von einer furchtbaren Anarchie dachte, obschon gerade die drei Tage ihm Beweise genug von der Uneigennützigkeit und dem Edelmuthe der niederen Classen gegeben hatten. Er war also entschlossen, der Republik mit aller Kraft entgegen zu treten. Die Nationalgarde erschien jetzt auf einmal äußerst zahlreich, um Ruhe und Ordnung zu erhalten, und die Versuche der Republicaner zu vereiteln. Demgemäß befand sich die constitutionelle Partei im Besitze einer geregelten bewaffneten Macht. Aber es stand ihr auch eine moralische zu Gebote, die Mehrheit der Abgeordneten, welche, obschon nicht vollzählig, dennoch ihre Sitzungen in ihrem gewöhnlichen Locale bereits begonnen hatten.

Wen wollte nun die constitutionelle Partei zur Herrschaft befördern, da von den ältern Bourbons ein für allemal keine Rede mehr sein konnte? Laffitte bezeichnete ihr den künftigen Thronerben.

Laffitte, ein reicher Pariser Banquier, galt von jeher als eines der Häupter der liberalen Partei. Sein Salon war schon seit den ersten Zeiten der Restauration der Versammlungsort für sie gewesen. Ein eifriger Anhänger des constitutionellen Regierungssystems, hatte er Anfangs gehofft, die Bourbons zur aufrichtigen Befolgung desselben vermögen zu können, und suchte sich daher dem Hofe zu nähern.

Digitized by Google

Als er diese Hoffnung gescheitert sah, warf er sich mit Eifer in die Opposition und bethätigte diese auch in der Kammer der Abgeordneten, in welche er 1817 das erste Mal gewählt wurde. Er gehörte der entschiedeneren Schattirung der Opposition an, Laffitte's Name hatte daher bei der liberalen Partei einen guten Klang. Sein Einfluß war aber auch anderwärts von Bedeutung wegen des großen Vermögens, das er besaß, und wegen des Rufes eines ehrenwerthen Charakters. Laffitte war aber auch vorsichtig und schlau, kannte die Menschen und die Dinge, und wußte die Verhältnisse für seine Zwecke wohl zu benutzen. Während der drei Tage war er einer der Ersten gewesen, welche die Natur und den wahrscheinlichen Ausgang des Kampfes richtig durchschaut hatten, und schon am 28. reihte er sich denen unter den Abgeordneten an, welche für entschiedene Maßregeln stimmten. Als Mitglied der Deputation an den Marschall Marmont scheute er sich nicht, demselben zu erklären, daß er sich mit aller Kraft in die begonnene Bewegung werfen werde. Dieß that er denn auch. In der Nacht vom 28. auf den 29. war Laffitte's Haus einer der Mittelpunkte des Aufstandes. Von dort aus wurden die Kämpfer des Volkes mit Lebensmitteln, Waffen, Pulver, Geld unterstützt: es stand Allen offen, welche für die Sache des Volkes stritten. Er hatte auch großen Einfluß auf die Abgeordneten, deren Sitzungen er gewöhnlich leitete. Er war daher in jenen Momenten einer der Männer, welche wohl die Leitung der Geschicke übernehmen konnten: nach verschiedenen Seiten hin hatte er seine Beziehungen, übte er eine unverkennbare Wirkung aus. Dieser Laffitte gedachte nun den Herzog von Orleans auf den Thron von Frankreich zu befördern.

Ludwig Philipp, Herzog von Orleans, war der Sohn jenes berüchtigten „Egalité,“ welcher in der ersten französischen Revolution eine so bedeutende Rolle gespielt, und zuletzt sein Leben unter der Guillotine beenden mußte. Ludwig Philipp, 1773 geboren, war beim Ausbruch der Revolution noch ein ganz junger Mensch. Er warf sich mit dem ganzen Eifer der Jugend in die Bewegung und

Digitized by Google

focht die ersten Schlachten des Revolutionskrieges bei Valmy und bei Jemappes mit. Als die Schreckensregierung begann, entfloh er zuerst zum Prinzen von Coburg, dem Feldherrn der feindlichen Heere, später in die Schweiz, wo er sich durch Unterricht sein Leben fristen mußte. Nach einiger Zeit begab er sich nach England und Amerika, endlich 1809 nach Palermo, wo er die Tochter des Königs Ferdinand IV. von Sicilien, Marie Amalie, heirathete. Nach der zweiten Restauration, im Jahre 1816, kehrte er nach Frankreich zurück. Der Hof behandelte ihn als Verwandten, als königlichen Prinzen, als welcher er auch eine Appanage bezog. Ludwig Philipp lebte indessen zurückgezogen und schien sich nur mit seinen Vermögensverhältnissen zu beschäftigen, welche er zu einem glänzenden Stande erhob, indem er die ehemaligen reichen Besitzthümer seiner Familie wieder zusammenbrachte. Die Bourbons trauten ihm indessen nicht: weder Ludwig XVIII., noch die Herzogin von Angoulème. Sie konnten nicht vergessen, was sein Vater gethan, und vermutheten in dem Sohne das Fortleben der väterlichen Plane. Auch war allerdings einiger Grund zum Mißtrauen vorhanden. Denn nach dem zweiten Sturze Napoleons dachte eine Partei an ihn als König von Frankreich, und vielfach wurde damals sein Name in den diplomatischen Kreisen genannt. Ludwig Philipp schien durch sein äußeres Verhalten dieses Mißtrauen Lügen zu strafen: er betrachtete sich als Mitglied der königlichen Familie, er that so, als gehöre er zum Hofe. Insgeheim jedoch unterhielt er Verbindungen mit der Oppositionspartei, und insbesondere mit Laffitte stand er in einem sehr guten Vernehmen. Auch trug er in seinem sonstigen Verhalten eine gewisse Bürgerlichkeit zur Schau, wie er denn z. B. seine Kinder höchst einfach erziehen ließ, sie in die öffentlichen Schulen schickte, und dergleichen. Freilich war Ludwig Philipp vorsichtig genug, jede Gelegenheit zu vermeiden, wo seine politische Gesinnung unumwunden sich hätte aussprechen müssen. So blieb er in der Regel von den Sitzungen der Pairskammer weg, deren Mitglied er war, wenn Gegenstände von wichtiger politischer Bedeutung daselbst verhandelt wurden. Trotz alledem aber, wie gesagt, durch-

Digitized by Google

schauten ihn die Bourbons. Besonders die Herzogin von Angoulème konnte ihn niemals ohne eine innere Beklemmung betrachten: manchmal traten wohl auch ihre geheimsten Gedanken über die Lippen. Als Ludwig Philipp einst beim Bohnenspiel den Preis davon trug, sagte sie zu ihm: „Nun sind Sie doch König ohne Verbrechen!“ Ludwig Philipp erwiderte darauf: „Doch wird der Verlust dieser Krone leichter zu verschmerzen sein, als der einer andern!“

Diesem Manne wollte nun Laffitte die Krone von Frankreich übertragen. Gewiß bestimmten ihn dazu die Umstände, da im Augenblicke, wenn man die Republik nicht einführen und die Bourbons nicht beibehalten wollte, kein anderer Ausweg geboten war. Aber sicherlich war die Eitelkeit und die Aussicht auf eine große politische Rolle kein geringer Beweggrund für seine Handlungsweise. Laffitte schickte bereits am 28. Boten nach Neuilly, wo sich der Herzog von Orleans befand, und lud ihn zur schleunigen Rückkunft nach Paris ein. Am 29. wiederholte er diese Aufforderung. Zugleich ließ er durch die Presse für Ludwig Philipp wirken. Am Morgen des 30. brachten der National, der Courrier français und das Journal du Commerce einen Artikel, welcher auf den Herzog von Orleans als die einzige Möglichkeit im gegenwärtigen Augenblicke hinwies. Dann suchte er auch die einzelnen Abgeordneten für seinen Plan zu gewinnen. Die Mehrheit derselben, constitutionell gesinnt, von dem Wunsche beseelt, sobald wie möglich aus dem Zustande der Herrenlosigkeit herauszukommen, und zugleich überzeugt, daß die Bourbons unmöglich seien, ging lebhaft auf diesen Gedanken ein. Als daher Laffitte in der Kammer den Antrag stellte, dem Herzog von Orleans vorläufig die Generalstatthalterschaft des Königreichs zu übertragen — wohlweislich begann er mit diesem unschuldigeren Titel, mit dem sich noch alle Parteien zufrieden geben konnten —, so wurde derselbe alsobald angenommen und der Herzog eingeladen, sich sofort nach Paris zu begeben.

Ludwig Philipp begab sich noch in derselben Nacht, am 30., nach Paris und gelangte um Mitternacht im Palais Royal an. Er hatte gleich darauf eine Unterredung mit dem Herzog von Mortemart,

Digitized by Google

dem er versicherte, daß er um keinen Preis die Krone annehmen werde. Am Morgen des 31. um 8 Uhr besuchte ihn die Deputation der Abgeordneten, um ihm den Beschluß der Kammer mitzutheilen. Ludwig Philipp war noch sehr im Zweifel, ob er die Statthalterschaft annehmen sollte. Er gab auch der Deputation keine bestimmte Antwort, sondern ersuchte sie, einige Zeit zu warten. Mittlerweile sandte er zum Fürsten Talleyrand, den er um seine Meinung fragen ließ. Talleyrand erwiderte: „Man muß annehmen!“ Ludwig Philipp trat nun nach Verlauf von 3/4 Stunden wieder zu den Abgeordneten und ertheilte ihnen die bejahende Antwort. Er erließ zugleich an die Pariser eine Proclamation, in welcher er ihnen diesen seinen Entschluß verkündete. Der Schluß enthielt die Phrase: „Eine Charte wird von nun an eine Wahrheit sein!“ Dieß sollte sagen, daß dem Volke eine neue Verfassung gegeben werden würde. Später ließ jedoch Ludwig Philipp erklären, daß das „eine“ ein Druckfehler gewesen sei: es sollte heißen: „die Charte wird von nun an eine Wahrheit sein“.

Ludwig Philipp wußte sehr wohl, warum er dem Volke die Aussicht auf eine neue Verfassung eröffnete. Die republicanische Partei war noch nicht gewonnen: sie beobachtete vielmehr eine drohende Haltung. Die Nachricht von der Wahl des Herzogs von Orleans zum Reichsstatthalter wurde von den Massen mit sichtbarem Unwillen aufgenommen. „Keine Bourbons mehr!“ riefen sie. „Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik.“ Auch die Municipalcommission, bei welcher die radicalen Elemente sich im Uebergewichte befanden, und welche sich den moralischen Einflüssen der siegenden Massen nicht entziehen konnte, wollte anfänglich von dem durch die Abgeordneten getroffenen Auswege nichts wissen. Unter solchen Umständen galt es vor Allem, Lafayette von der republicanischen Partei abzuziehen und ihn für Orleans zu gewinnen. Laffitte setzte zu diesem Ende alle Hebel in Bewegung. Er selber, wie seine Freunde, bearbeiteten den General, sprachen ihm Vieles von den großherzigen Gesinnungen Ludwig Philipps, setzten ihm die Unmöglichkeit der

Digitized by Google

Durchführung der Republik so überzeugend wie möglich auseinander, und sorgten dafür, daß er in nicht zu genaue Berührung mit der lebhaften republicanischen Jugend kam. Sie erreichten wenigstens so viel, daß Lafayette unschlüssig wurde, und dieß war genug, da die Constitutionellen mit aller Entschiedenheit zu handeln begannen.

Laffitte sah ein, daß der Generalstatthalter vor Allem einen Besuch auf dem Stadthause abstatten müßte, wo sich die provisorische Regierung befand und welches so zu sagen der Sitz und der Mittelpunkt der republicanischen Partei war. Wurde er daselbst anerkannt, so war Alles gewonnen. Demzufolge setzten sich alle Abgeordneten nach dem Palais Royal in Bewegung, um den Herzog von Orleans in großem Zuge auf das Stadthaus zu begleiten. Laffitte, an der Spitze der Abgeordneten in einer Sänfte einhergetragen — er war am Fuße verwundet und konnte nicht gehen — hielt an den Herzog eine passende Anrede, und wurde von ihm umarmt. Hierauf setzte sich der Herzog von Orleans zu Pferde und ritt an der Spitze der zu Fuße nachfolgenden Abgeordneten gegen das Stadthaus zu. Die Straßen waren mit Massen von Menschen angefüllt. Anfangs wurde Ludwig Philipp mit „Lebehochs" empfangen; aber je näher er dem Stadthause kam, je mehr verstummten diese Beifallsbezeugungen: im Gegentheile konnte er hier drohende Gebährden bemerken, und nicht selten erscholl der Ruf durch die Reihen: „Nieder mit den Bourbons! Keine Könige mehr." Indessen kam der Zug am Stadthause an. Lafayette kam dem Herzog entgegen und empfing ihn mit weltmännischer adeliger Höflichkeit. In dem Saale des Stadthauses wurde von Laffitte die Erklärung der Abgeordneten verlesen, durch welche sie die Wahl des Herzogs von Orleans zum Generalstatthalter verkündeten und zugleich einige Abänderungen der Verfassung zu Gunsten der Freiheit namhaft machten. Darauf sprach Ludwig Philipp die Worte: „Als Franzose beklage ich das Uebel, welches dem Lande widerfahren, und das Blut, das vergossen ist; als Prinz bin ich glücklich, zur Wohlfahrt der Nation beitragen zu können." Die Abgeordneten gaben ihren Beifall zu erkennen, während die Mitglieder der Munici-

Digitized by Google

palcommission und die übrigen Anwesenden keineswegs von dem ganzen Vorgange erbaut zu sein schienen. Doch wagte Niemand, einen entschiedenen Widerspruch laut werden zu lassen. Nur der General Dubourg führte den Herzog an das Fenster, zeigte ihm das dort versammelte bewaffnete Volk und sagte zu ihm die drohenden Worte: „Sie kennen unsere Rechte: wenn Sie dieselben vergessen, werden wir sie Ihnen zurückrufen.“ Ludwig Philipp antwortete, daß man ihn verkenne, er sei ein Mann von Ehre: er habe immer seine Pflichten gekannt, und könne sie um so weniger verkennen, wenn das Vaterland rufe. Lafayette gab ihm nun eine dreifarbige Fahne in die Hand und erschien mit ihm am Fenster. Nun erscholl der Ruf: „Es lebe Lafayette! Es lebe der Herzog von Orleans!“ Seine Anerkennung als Generalstatthalter war erreicht.

Indessen glaubte die republicanische Partei, nachdem Ludwig Philipp das Stadthaus verlassen, doch etwas thun zu müssen, um von Orleans wenigstens die Zusicherung der wichtigsten Volksrechte zu erhalten. Sie entwarf daher ein Programm und beauftragte Lafayette, bei seinem in Palais Royal abzustattenden Gegenbesuche die Anerkennung desselben von Ludwig Philipp zu erwirken. Dieser kannte aber seinen Mann. Als Lafayette bei ihm erschien, so empfing er ihn mit der zuvorkommendsten Freundlichkeit. Er ließ sich mit ihm sogleich in ein politisches Gespräch ein und nahm ihn dadurch, daß er ihm versicherte, ganz seiner Meinung zu sein, ganz von sich ein. „Sie wissen, sagte Lafayette, daß ich Republicaner bin und die Verfassung der Vereinigten Staaten für die vollkommenste von allen halte, welche jemals bestanden.“ — „Ich denke gerade wie Sie, erwiderte der Herzog von Orleans. Es ist unmöglich, zwei Jahre in Nordamerika gelebt zu haben und nicht derselben Meinung zu sein. Aber glauben Sie, daß es uns in der gegenwärtigen Lage Frankreichs und nach der allgemeinen Meinung zuträglich sei, dieselbe anzunehmen?“ — „Nein, antwortete Lafayette, was gegenwärtig dem französischen Volke noth thut, ist ein populärer Thron, umgeben von republicanischen Einrichtungen!“ — „Ganz meine Ansicht,“ sagte hierauf Ludwig Philipp. Lafayette war

Digitized by Google

entzückt über die Gesinnungen des Herzogs und vergaß ganz, das Programm aus seiner Tasche zu ziehen, das ihm auf dem Stadthause übergeben worden war. Die republicanische Partei war freilich sehr ungehalten darüber: Lafayette that aber das Seinige, um überall die Großherzigkeit Ludwig Philipps zu verkünden und dadurch seine Herrschaft zu befestigen. Für eine republicanische Verfassung war keine Aussicht mehr vorhanden und eben so wenig für die ältere Linie der Bourbons.

Ausgang Karls X.

Nach der Niederlage seiner Truppen dachte Karl X. nicht mehr an einen Kampf. Er zog sich von St. Cloud nach Trianon, später nach Rambouillet zurück, und ließ die Garden nachfolgen. So hartnäckig er sich bis zum letzten entscheidenden Augenblicke während des Kampfes benommen, so niedergeschlagen und kraftlos benahm er sich jetzt. Ebenso der Dauphin, der Herzog von Angoulème, welcher ohne eigenes selbstständiges Urtheil nur das Echo seines Vaters war und in den letzten Tagen die einleuchtendsten Beweise von seiner gänzlichen Unfähigkeit gegeben hatte. Die Herzogin von Angoulème, von der ganzen königlichen Familie die gescheidteste, war während der letzten Zeit in Vigny abwesend. Erst einige Tage nach dem unglücklichen Ausgange des von ihrem Oheim versuchten Gewaltstreiches kam sie in Rambouillet an. Man sagt, daß sie vorher absichtlich entfernt worden sei, weil man ihren Widerspruch gegen die Ordonnanzen gefürchtet. Gewiß ist, daß sie höchst ungehalten über Polignac war. Auch sie, das Unglück vielleicht tiefer empfindend, als alle Anderen, dachte an keine Rettung mehr.

Inzwischen gebot Karl X. doch noch über ein ansehnliches Heer. 12,000 Mann Garden standen noch zu seinem Befehle, lauter tapfere und wohlgeschulte Truppen, welche kampflustig waren und sich bis zum letzten Augenblicke für den König geschlagen hätten. Dieser Umstand

Digitized by Google

kam den neuen Gewalten in Paris gefährlich vor, und insbesondere auch Ludwig Philipp fand sich unangenehm dadurch berührt. Man fühlte die Nothwendigkeit der Entfernung Karls X. aus der Nähe von Paris. Es wurde daher eine Deputation an ihn geschickt, bestehend aus dem Herzog von Coigny, welchen der Herzog von Mortemart beauftragte, aus dem Marschall Maison, von Ludwig Philipp erwählt, und aus Odilon Barrot und Schonen, welche das Stadthaus vertraten. Sie sollten von Karl X. die Abdankung für sich und den Dauphin und die Entfernung von Rambouillet verlangen. Karl ließ jedoch nur den Herzog von Coigny vor sich. Er widersetzte sich Anfangs den ihm gemachten Vorschlägen: als aber auch der russische Gesandte, Pozzo di Borgo, ihm zuredete, so entschloß er sich (1. August) wirklich zur Abdankung für sich und den Dauphin zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux und zur Ernennung des Herzogs von Orleans zum Generalstatthalter. Er fügte der Urkunde, welche diese Entschlüsse enthielt, auch einen Brief an den Herzog von Orleans bei, in welchem er sein vollkommenes Vertrauen zu ihm ausdrückte und die Rettung der Krone für den Herzog von Bordeaux ihm ans Herz legte. Von der Entfernung aus Rambouillet war aber keine Rede: im Gegentheile erklärte Karl, wenn er angegriffen würde, sich bis aufs Aeußerste vertheidigen zu wollen.

Diese Lage der Dinge beunruhigte die orleanistische Partei außerordentlich. War es nicht möglich, daß Karl dennoch den Kampf fortsetzte, wenn auch nur für den Herzog von Bordeaux? Und wer konnte wissen, ob nicht ein Theil der nächst liegenden Provinzen für ihn Partei genommen hätte? Um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, dessen Ausgang noch sehr zweifelhaft war, schien es daher der orleanistischen Partei vor Allem nothwendig, die Entfernung der königlichen Familie aus Frankreich zu bewirken. Und Ludwig Philipp selber hat das Seinige dazu beigetragen. Er ließ sich mit großem Unwillen über die Entschließungen Karls vom 1. August aus: er sprach von der Treulosigkeit der Bourbons, von ihrer Absicht ihn durch die Ernennung zum Generalstatthalter dem Volke zu verdächtigen, und ließ nicht un-

Digitized by Google

deutlich durchblicken, daß Karl X. einen neuen Kampf beabsichtige. Genug: im Volke verbreitete sich auf einmal das Gerücht, daß Karl mit seinen Garden gegen Paris heranzurücken im Begriffe sei. Alles schrie nun zu den Waffen, und in Kurzem war eine Schaar von 6000 Menschen beisammen, welche nach Rambouillet ziehen wollten, um daraus den König zu verjagen. Diese Schaar war nicht in der Verfassung, um einen Angriff der Garden aushalten zu können; Lafayette gab ihr daher eine Abtheilung Nationalgarde mit, und ein alter General, Pajol, wurde zu ihrem Befehlshaber bestimmt. Aber auch so durfte man die Besorgniß vor dem unglücklichen Ausgange eines Zusammenstoßes mit den königlichen Truppen hegen. Ludwig Philipp hielt es daher für nöthig, noch ein anderes Mittel anzuwenden, um zum Zwecke zu gelangen. Er sandte noch einmal jene Deputation (Marschall Maison, Schonen und Odilon Barrot — der Herzog von Coigny lehnte den Auftrag ab —) an Karl X. Diese mußte ihm vorstellen, daß es zu einem furchtbaren Blutvergießen kommen würde, wenn Karl nicht augenblicklich sich entferne. Der alte König wollte nicht nachgeben. „Was wollen die Pariser von mir? fragte er. Ich und mein Sohn haben abgedankt zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux.“ Die Abgeordneten erklärten, daß das Volk ihm mißtraue, daß es neue Angriffe von ihm fürchte, und Marschall Maison log ihm vor, daß 60,000 Mann in Anzuge seien. Dieß machte wohl Eindruck auf Karl X., aber doch nicht genug, um ihn zur Abreise zu bestimmen. Da setzte ihm aber Odilon Barrot aus einander, daß selbst die Erhaltung der Krone für den Herzog von Bordeaux die Abreise fordere. In Strömen Bürgerblutes könnte dieselbe nicht gerettet werden. Dieß entschied. Karl X. beschloß nun sogleich seine Abreise, und noch am 4. August trat er sie an. Die Commissaire hatten den Auftrag, ihn zu begleiten, bis er den Boden Frankreichs verlassen, eines Theils um ihn vor Unbilden zu schützen, dann aber auch, um ihm den Weg, den er nehmen sollte, anzuweisen.

Karl X. war immer noch der Meinung, daß der französische Thron für seinen Enkel, den Herzog von Bordeaux, gesichert sei.

Digitized by Google

Deshalb gedachte er auch Anfangs denselben in Frankreich zurückzulassen. Die Commissaire aber, besonders Maison, welche darin die Möglichkeit einer Wendung zum Nachtheil der neuen Ordnung der Dinge erblickten, gaben sich Mühe, den alten König zu überzeugen, daß es im Augenblicke gerathener sei, wenn der Herzog von Bordeaux die Familie ins Exil begleite: bliebe er, sei er einer Menge von Gefahren ausgesetzt; hätten sich die Gemüther in Frankreich etwas beruhigt, so könne er mit desto größerer Sicherheit wieder zurückkehren. Karl X. ließ sich überzeugen: der Herzog von Bordeaux wurde also mitgenommen.

Der Hof des Exkönigs bot einen traurigen Anblick dar. Die meisten seiner ehemaligen Anhänger hatten ihn bereits unter allerlei Vorwänden verlassen, um sich der neuen Sonne zuzuwenden. Nur wenige Getreue hielten aus. Aber auch die Garde bewahrte bis zum letzten Augenblicke ihre Treue und Anhänglichkeit an den gestürzten König. Die Garde zu Fuß begleitete die königliche Familie bis Dreux: hier wurde sie entlassen, während die Garde zu Pferde Karl X. das Geleite bis nach Cherbourg gab. Diese Reise ließ ihn noch recht die ganze Bitterkeit seines Unglücks empfinden. Die Bevölkerung, deren Landschaften die königliche Familie durchzog, hatte für sie kein Zeichen der Ehrfurcht, der Achtung, nicht einmal des Mitleids. Im Gegentheile, finsterer Unmuth war auf den Gesichtern des Volkes zu bemerken, welches meist in großen Haufen an der Straße stand, um die flüchtige Familie zu betrachten. Je weiter der Zug sich von Paris entfernte, je drohender gebährdete sich das Volk, und es bedurfte oft der ganzen Beredsamkeit der Commissaire, um es von persönlichen Beleidigungen abzuhalten. Karl X. behauptete in diesem Unglücke seine königliche Würde: er ertrug es mit Fassung und Ergebung. Der Herzog von Angoulême, unbedeutend und unfähig, wußte die Größe des Unglücks nicht einmal ganz zu begreifen, und erschien deshalb gefaßt, sogar heiter; man bemerkte wenigstens bei ihm dasselbe nichtssagende Lächeln, welches er auch in den Tagen des Glücks gewöhnlich zu zeigen gepflegt. Die lebenslustige Herzogin von Berry ließ sich das erlittene Unglück auch nicht so stark anfechten: sie hoffte für ihren Sohn, den Herzog von Bordeaux. Nur die Herzogin von

Digitized by Google

Angoulême, ein tieferes Gemüth und entschiedener Charakter, ergriff das Unglück in seiner ganzen Größe: sie hegte am wenigsten Hoffnung, besonders seitdem Karl X. die Abdankung für sich und den Dauphin unterzeichnet hatte, womit sie gar nicht übereinstimmte. Auch rechtfertigte sich bald ihr Mißtrauen. Denn noch auf dem Wege, zu Argenteau, am 9. August, erfuhr die königliche Familie die erschütternde Nachricht, daß der Herzog von Orleans zum Könige der Franzosen ernannt sei. Jetzt war Alles verloren.

Am 15. August kam der Zug in Valognes an. Hier nahm Karl X. Abschied von den acht Schwadronen der Leibwache, die ihn bis daher begleitet hatten. Ergriffen von Rührung, stürzten ihm die Garden zu Füßen, um seine Hände mit Thränen zu benetzen. Karl X. bewahrte eine königliche Würde., „Beruhigt euch, meine Freunde, sagte er, muß ich es sein, der euch tröstet?" Die Garden stellten sich darauf wieder in ihre Reihen, und der König nahm nun ihre Fahnen in Empfang. „Ich nehme diese Fahnen, sagte er mit erhobener Stimme, ihr habt sie ohne Makel zu erhalten gewußt: ich hoffe, daß eines Tags mein Enkel das Glück haben wird, sie euch zurückzugeben."

Tags darauf, am 16. August, fuhr die königliche Familie auf einem amerikanischen Schiffe von Cherbourg ab, um sich nach England zu begeben. Karl wollte zuerst in Portsmouth aussteigen. Die Bevölkerung sprach aber ihren Unwillen so deutlich darüber aus, daß er es unterließ und nach der Insel Wight fuhr, wo er in Cowes landete. Von da begab er sich nach Dorsetshire, wo er vorerst in Ludworthschloß, dem Eigenthum eines streng katholischen Edelmanns, seinen Aufenthalt nahm. Aber schon nach kurzer Zeit siedelte er nach Edinburgh über, um in dem alten Schlosse Holyrood, ihm von seiner früheren Verbannung bekannt, seinen Wohnsitz aufzuschlagen. In England blieb er mit seiner Familie bis zum Herbst 1832. Darauf ging er nach Böhmen, wo er sich abwechselnd in Prag und in Töplitz, später in Görz aufhielt. Hier endete er sein Leben am 6. November 1836, 79 Jahre alt. Acht Jahre darauf, 1844, starb sein Sohn, der Herzog von Angoulême.

Digitized by Google

Drittes Capitel.

Ludwig Philipp König der Franzosen. Frankreich bis zum Schlusse des Jahres 1830.

Thronbesteigung des Herzogs von Orleans.

Nach der Flucht Karls X. konnte kein Zweifel mehr sein, daß der bisherige Generalstatthalter den französischen Thron einnehmen werde.

Ludwig Philipp strebte offenbar nach der Krone, seitdem die Dinge eine solche Wendung genommen, daß dieses Ziel ohne Gefahr für ihn erreicht werden zu können schien. Aber er wollte keinen revolutionairen Thron. Einmal deshalb nicht, weil er fürchtete, daß ein solcher die europäischen Regierungen, wenigstens die mächtigsten unter ihnen zu offenbaren Feinden haben werde, zweitens aber, weil ein solcher zu sehr von dem Volkswillen abhängig gewesen, weil er sich genöthigt gesehen hätte, dem demokratischen Principe umfassende Zugeständnisse zu machen. Ludwig Philipp war aber nicht gesonnen, die Gewalt der Krone schmälern zu lassen, vielmehr gedachte er das Regierungssystem, wie es durch die Restauration eingeführt worden, im Wesentlichen aufrecht zu erhalten und höchstens mit mehr Klugheit zu Werke zu gehen, als die ältere Linie der Bourbons anzuwenden für gut befunden.

Die Ausführung dieser Gedanken war aber mit großen Schwierigkeiten verbunden. Denn trat Ludwig Philipp mit seinen eigent-

Digitized by Google

lichen Regierungsansichten entschieden hervor, so konnte er auf einen höchst energischen Widerstand gefaßt sein, welcher vielleicht so stark anschwellen konnte, daß ihm die Krone doch noch entging. Denn durch die Julirevolution waren die Leidenschaften, wie die Hoffnungen in dem höchsten Grade aufgeregt. Noch war die revolutionaire Kraft nicht wieder in das Geleise des gewöhnlichen Lebens zurückgewichen. Die republicanische Partei hatte zwar im Augenblicke das Heft aus den Händen gegeben: dieß war aber eigentlich nur deshalb geschehen, weil ihr Versprechungen gemacht worden waren. Es war jedoch zu fürchten, daß sie im Augenblicke wieder mit der in der Revolution bewiesenen Kraft sich erheben würde, wo man einen offenbaren Treubruch begehen würde. Außerdem aber gab es unter den Constitutionellen eine nicht geringe Partei, welche ebenfalls Zugeständnisse im Sinne der Demokratie verlangte. Sie wollte die langwierige Opposition während der letzten Zeiten der Restauration, sie wollte die ungeheuren Anstrengungen während der drei Tage nicht umsonst gemacht haben: sie forderte Einrichtungen, welche den Individuen eine größere Freiheit gewährten und die Staatsgewalt zu Gunsten der öffentlichen Meinung beschränkten. Diese Ansichten waren so allgemein und erhielten durch die revolutionaire Stimmung der Bevölkerung ein so bedeutendes Gewicht, daß sie nicht ungestraft übersehen werden konnten.

Gab aber Ludwig Philipp dieser Stimmung zu sehr nach, ließ er sich augenblicklich zu Zugeständnissen bewegen, welche die Forderungen der öffentlichen Meinung in der That befriedigt hätten, so befand er sich wiederum in einer höchst peinlichen Lage. Denn da es sein Plan war, das System der Restauration fortzuführen, so konnte er diese Zugeständnisse nur in der Absicht gewähren, um sie später wieder zu brechen. Dies war aber äußerst gefährlich, wie ihm das Schicksal Karls X. zeigen konnte, und außerdem mußten ihn diese, wenn auch nur vorläufigen und scheinbaren, Zugeständnisse an die Demokratie zu den auswärtigen Mächten in ein feindseliges Verhältniß setzen.

Digitized by Google

Man sieht, es bedurfte großer Schlauheit und Verstellungskunst, um durch diese verschiedenen Klippen sicher hindurch zu schiffen. Aber Ludwig Philipp war der Mann dazu. Seine Taktik bestand darin, vorerst dafür zu sorgen, daß seine Thronbesteigung rechtlich nicht als das Ergebniß der Revolution, sondern der Abdankung Karls X. und des Dauphins sich darstelle, sodann für seine Person so liberal und freisinnig wie nur immer möglich aufzutreten, um der Bevölkerung Zutrauen in seine Gesinnungen und Absichten einzuflößen, während zu gleicher Zeit durch Andere dafür gesorgt war, daß die staatliche Ordnung in Frankreich so wenig wie möglich verändert würde.

In dieser Taktik wurde er freilich durch mancherlei unterstützt. Er durfte sowohl auf die Zustimmung der Abgeordnetenkammer, wie auf die Mitwirkung seines Ministeriums rechnen. Von dem Charakter, welchen die Mehrheit der Abgeordnetenkammer an den Tag legte, haben wir bereits gesprochen. Sie war nicht im Geringsten revolutionair gestimmt, zeigte sich vielmehr zu allen Maßregeln geneigt, welche dazu führen konnten, die Revolution wieder einzudämmen. Außerdem schmeichelte ihr Ludwig Philipp dadurch, daß er ihr das Recht, ihren Präsidenten selber zu ernennen, einräumte — bisher hatte sie blos das Recht, drei Candidaten vorzuschlagen, aus denen der König den Präsidenten wählte. Was das Ministerium betrifft, so hatte dieses zwar noch die provisorische Regierung ernannt, allein Ludwig Philipp nahm so wenig Anstand, dasselbe beizubehalten, als es überwiegend aus gemäßigten Elementen bestand. Nur der einzige Dupont de l'Eure war Republicaner. Die anderen waren meistens Doctrinaire, wie Guizot, welche von jeher die Theorie von der Nothwendigkeit einer starken Regierungsgewalt aufgestellt und während der drei Tage sich nicht im Geringsten als revolutionair gesinnt bewiesen hatten. Diese, denen jetzt noch dazu die Aussicht eröffnet ward, zur Regierung zu kommen, dachten natürlich nicht daran, ihre eigene Gewalt zu schmälern, sondern sie suchten sie von vornherein zu befestigen und gingen also schon aus eigenem Antriebe die Wege,

Digitized by Google

welche Ludwig Philipp eingeschlagen wünschte. Endlich gab es eine Menge von Menschen, welche in der Hoffnung, zu Glück, Ansehen und Stellen zu gelangen, sich der neuen Regierungsgewalt zuwendeten und von vornherein Alles unterstützten, was dieser angenehm zu sein schien.

Die Intelligenz, die höhern Stände, wie die Kammern, waren also leicht zu gewinnen. Von ihnen war anzunehmen, daß sie sich Ludwig Philipps Regierungssysteme gerne fügen würden. Es galt also nur noch, das Volk günstig für den neuen Thron zu stimmen und dieses glauben zu machen, daß der Liberalismus fortan auf dem Throne herrschen werde. Und hierin entwickelte Ludwig Philipp eine unvergleichliche Geschicklichkeit. Er ließ sich in diesen Tagen gegen Jedermann in dem liberalsten Sinne vernehmen, mischte sich unter das Volk, theilte da und dort Händedrücke aus, scheute sich wohl auch nicht, gelegentlich aus dem Glase eines Arbeiters zu trinken, und entzückte Jeden, der in seine Nähe kam, durch seine Liebenswürdigkeit. Besonders ließ er sich angelegen sein, die Häupter der Volkspartei zu gewinnen. Lafayette hätschelte er auf alle Weise, mußte ihn immer um sich haben, sprach mit ihm nach seinem Sinne über Politik. Selbst der alte Dupont de l'Eure ließ sich von ihm bestechen. Dieser ärgerte sich wohl über die Doctrinaire im Ministerium, von denen er mit Recht argwöhnte, daß sie das alte Regierungssystem fortführen würden; aber auf Ludwig Philipp setzte er alle Hoffnung. Darin eben bestand die Kunst des Herzogs von Orleans, die mißliebigen Maßregeln seiner Regierung als blos von seinen Ministern ausgegangen erscheinen zu lassen, während er selber vollständig damit übereinstimmte.

Auf diese Weise hatte Ludwig Philipp Alles gehörig für seine Thronbesteigung vorbereitet. Es galt jetzt, den Plan zur Ausführung zu bringen.

Schon am 3. August war die Kammer feierlich von ihm eröffnet worden. Er theilte in der Eröffnungssitzung die Abdankung Karls X. und seines Sohnes mit, verheimlichte aber wohlweislich,

Digitized by Google

daß diese Abdankung zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux geschehen sei. Nun wäre es ihm lieb gewesen, wenn die Kammer der Abgeordneten, ohne an der Charte etwas zu ändern, ihn sofort zum Könige ernannt hätte. Dieß ging aber nicht gut an, da die Hoffnungen auf freisinnige Veränderungen der Verfassung zu allgemein waren. Man mußte sich wenigstens zu einigen, wenn auch unbedeutenden Zugeständnissen entschließen. Außerdem machte auch der Abgeordnete Berard einen Strich durch die Rechnung. Dieser brachte nämlich einen Vorschlag in die Kammer, bezüglich der mit der Charte vorzunehmenden Veränderungen. Er verlangte außer der Wiederherstellung der Nationalgarde, außer der Mitwirkung der Bürger bei der Bildung der Departemental- und Municipalverwaltungen, außer der Verantwortlichkeit der Minister und der untergeordneten Verwaltungsbeamten, außer dem gesetzlich zu bestimmenden Etat des Militairs, außer der Wiedererwählung der Abgeordneten, die zu öffentlichen Aemtern befördert worden sind, lauter Punkte, welche bereits zugesichert worden waren, noch folgende Veränderungen: vollständige Religionsfreiheit und Gleichheit der Culte vor dem Gesetz; die Ausstoßung fremder Truppen aus dem Heere; Initiative der Kammern bei der Gesetzgebung; Aufhebung des doppelten Wahlrechts; Ermäßigung des Alters und des Census bei den Wahlen; endlich gänzliche Veränderung der Pairie.

Diese Vorschläge waren den Ministern unangenehm. Sie setzten sich also mit Berard in Verbindung, veränderten aber seinen Entwurf dergestalt, daß von ihm nichts von Bedeutung übrig blieb. Nach ihnen sollte die Erwählung Ludwig Philipps nur die Folge von Karls X. Abdankung sein, so daß der neue Thron eine legitime Grundlage hätte; von der Herabsetzung des Census war keine Rede, die übrigen Forderungen beschränkten sich auf leere allgemeine Redensarten. Berard ging jedoch nicht darauf ein, sondern brachte am 6. August seine ursprünglichen Vorschläge vor die Kammer. Diese würde indessen auf die Wünsche des Ministeriums ohne Weiteres eingegangen sein, wenn nicht das Volk in großen Massen sich vor dem Sitzungsgebäude gesammelt und in dem dunkeln Gefühle, betro-

Digitized by Google

gen zu werden, bereits angefangen hätte, Unruhen zu machen. Es drohte die Abgeordneten in die Seine zu werfen, wenn sie die Revolution verriethen, es verlangte namentlich gänzliche Abschaffung der Pairie, gegen welche man seit dem Siege der Volkssache besonders erbittert war. Die Abgeordneten geriethen in große Angst. Endlich beschwichtigte Lafayette das Volk durch allerlei Versprechungen und stellte die Ruhe wieder her. Aber die Kammer sah sich doch veranlaßt, am andern Tage, 7. August, noch einige Veränderungen mit der Charte vorzunehmen, welche geeignet waren, wenn auch nicht ganz zu befriedigen, so doch wenigstens den Anschein von wesentlichen Verbesserungen zu gewähren. Ludwig Philipp erreichte in der Hauptsache doch seinen Zweck.

Gleich die Thronerledigungserklärung entsprach seinen Wünschen. Die Kammer erklärte nämlich, da Karl X. und die gesammte ältere Linie der Bourbons im Augenblicke den französischen Boden verlassen, den Thron von Frankreich faktisch und rechtlich für erledigt, und erkennt unter den gegenwärtigen Umständen die unabweisbare Nothwendigkeit, denselben wieder zu besetzen. Nach dieser Erklärung erscheint Karl X. nicht als aus Frankreich vertrieben, sondern er geht nur daraus fort, und der Herzog von Orleans besteigt den Thron nur, weil er erledigt ist. Die radicale Partei der Kammer wollte nun zwar sofort an die Spitze der veränderten Charte einen Artikel setzen, welcher die Volkssouveränität aussprach, wodurch natürlich der neue Thron eine ganz andere Grundlage erhalten hätte. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgeworfen: die conservative Partei entgegnete den Radicalen, daß ein besonderer Paragraph über die Volkssouveränität nicht nöthig sei, indem die Unterdrückung des Eingangs der Charte von 1814 genüge, welcher den Franzosen Rechte zu verleihen scheine, die ihnen von selber zugehörten. Die übrigen Veränderungen, welche mit der Charte vorgenommen wurden, waren folgende. Es wurde gestrichen der Art. 6., daß die römisch-katholische Religion Staatsreligion sei. Dem Art. 8. über die Presse wurde hinzugefügt, daß die Censur nie hergestellt werden dürfe. Der Art. 14.,

Digitized by Google

welcher von den Bourbons dergestalt mißbraucht worden war, daß sie aus ihm das Recht der einseitigen Aufhebung der bestehenden Gesetze ableiteten, wurde dahin abgeändert, daß der König zwar die nöthigen Anordnungen und Verfügungen zur Ausführung der Gesetze zu erlassen habe, „ohne jedoch jemals die Gesetze selbst weder aufzuheben, noch sich von ihrer Ausführung zu entbinden.“ Auch wurde diesem Artikel noch hinzugefügt, daß fortan keine fremden Truppen ohne ein Gesetz zugelassen werden sollen. Die Kammern erhielten sodann das Recht der Initiative zugleich mit dem Könige: die Oeffentlichkeit der Pairskammer wurde festgesetzt. Das Alter eines Abgeordneten wurde von 40 auf 30, das eines Wählers von 30 auf 28 Jahre herabgesetzt. Ueber den Census wurde noch nichts bestimmt: diese Frage wollte man wohlweislich noch offen lassen. Dagegen wurde zugegeben, daß die Präsidenten der Wahlcollegien von den Wählern selber ernannt werden sollten, ebenso wie auch die Abgeordnetenkammer ihren Präsidenten selber zu erwählen fortan das Recht habe. Ferner wurde die Einsetzung außerordentlicher Gerichtshöfe unbedingt verboten. Ein Zusatzartikel stellt die drei Farben wieder her und verbietet eine andere Cocarde als die dreifarbige zu tragen. Außerdem fügte die Kammer diesen Veränderungen noch folgende Beschlüsse hinzu: Alle Pairsernennungen unter Karl X. sind null und nichtig erklärt. Der Art. 27. der Charte (welcher sich auf die Pairsernennungen bezieht) soll einer neuen Prüfung unterworfen werden. Die Kammer erklärt, daß es nothwendig ist, in kürzester Zeit für folgende Gegenstände neue Gesetze zu erlassen: 1) Anwendung des Geschwornengerichts auf Preßvergehen und politische Verbrechen; 2) Verantwortlichkeit der Minister und anderer Staatsbeamten; 3) Wiedererwählung der Abgeordneten, welche zu öffentlichen Aemtern befördert worden; 4) jährliche Bestimmung der Truppenanzahl; 5) Organisation der Nationalgarde, unter Mitwirkung der Nationalgarden bei der Wahl ihrer Offiziere; Bestimmungen zur Sicherstellung des Offizierstandes in der Armee und Flotte; Departemental- und Municipaleinrichtungen, gegründet auf ein Wahlsystem; öffentlicher Unter-

Digitized by Google

richt und Lehrfreiheit; Abschaffung der doppelten Stimme bei Abgeordnetenwahlen und Bestimmung der Bedingungen für Wahlbefugniß und Wählbarkeit. Endlich erklärte die Kammer, daß das „allgemeine und dringende Interesse des französischen Volkes den Herzog von Orleans und seine Nachfolger auf den französischen Thron berufe." Er solle demnach eingeladen werden, vorgenannte Clauseln und Verbindlichkeiten anzunehmen und zu beschwören, und wenn er dieß vor den versammelten Kammern gethan, den Titel eines Königs der Franzosen anzunehmen.

Man sieht, diese Verbesserungen waren, im Vergleich zu einer so gewaltigen Revolution, wie die der drei Tage, unbedeutend genug. Sie beschränkten die bisherige Regierungsgewalt im Wesentlichen gar nicht; sie verliehen dem Volke keine wesentlichen neuen Rechte. Ueber die wichtigsten Punkte, wie über das Wahlrecht, über die Gemeindeverfassungen, über Verantwortlichkeit der Minister, wurde noch nichts entschieden, vielmehr die Regelung dieser Verhältnisse der Zukunft überlassen. Nichts destoweniger hatte die verbesserte Charte doch den Anschein, als ob sie in die Ideen des Julius eingegangen wäre, und was sie gewährte, reichte gerade hin, um das Volk, welches in diesen Tagen äußerst unzufrieden gewesen, wieder zu beruhigen und es von Gewaltthätigkeiten abzuhalten. Noch am 7. August begaben sich die Abgeordneten in feierlichem Zuge, den Präsidenten Laffitte an ihrer Spitze, nach dem Palais Royal, um Ludwig Philipp seine Erwählung anzuzeigen. Der Herzog von Orleans antwortete passend darauf, und erschien mit Laffitte und Lafayette auf dem Balcon, wo er von den Volksmassen mit dem Ruf: „Es lebe der König" empfangen wurde. Damals soll Lafayette, auf die Brust des neuen Königs deutend, ausgerufen haben: „Das ist die beste der Republiken!"

All' dieß war einseitig von der Abgeordnetenkammer ausgegangen. Sie hatte es nicht für nöthig befunden, sich mit den Pairs in Vernehmen zu setzen, um so weniger, als der Grimm des Volks in diesen Tagen insbesondere gegen die Pairs gerichtet war, welche

Digitized by Google

man wenigstens der Mehrzahl nach für Anhänger der gestürzten Regierung hielt. Außerdem reizten sie die öffentliche Meinung gegen sich durch die bevorrechtete Stellung, welche sie einnahmen. Denn der Ruf der Freiheit und der Gleichheit ließ sich in der Julirevolution nicht minder, wie in der ersten vernehmen. „Nieder mit den Pairs! Wir wollen keine Erblichkeit!“ tönte besonders in diesen Tagen durch die Reihen des Volkes. Die Abgeordnetenkammer gab in dieser Beziehung der öffentlichen Meinung nach, wie man schon aus ihrem Beschlusse, die neuernannten Pairs auszustoßen, ersehen kann. So lud sie auch die Pairskammer nicht ein, mit ihr in Gemeinschaft den neuen König zu wählen und die Charte zu verändern. Nachdem all' dieß geschehen, wurde es einfach der Pairskammer angezeigt.

Die Pairskammer fügte sich indessen dem Strome der öffentlichen Meinung. In ihr so wenig, wie in der Abgeordnetenkammer, wo nur einige Wenige (Coeny, Hyde-de-Neufville, Berryer) zu Gunsten der vertriebenen Familie gesprochen, zeigte sich ein ernstlicher Widerstand gegen die neue Ordnung der Dinge: nur Chateaubriand hielt eine Rede für die Legitimität, in welcher er indessen nicht verhehlte, daß die Bourbons das Unglück auf sich selbst herabgeschworen hätten. Die Pairskammer nahm alle von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Veränderungen der Charte an, nur den Artikel, welcher die Ausschließung der unter Karl X. ernannten Pairs betraf, „überließ sie der Weisheit des Königs,“ und begab sich ebenfalls zu Ludwig Philipp, um auch ihrerseits ihm die Krone anzubieten.

Der 9. August war für die feierliche Thronbesteigung bestimmt. Ludwig Philipp beschwor vor den versammelten Kammern die veränderte Charte und wurde sodann zum Könige erklärt. Die Rede, welche er darauf hielt, war klug berechnet, und zwar nach den verschiedenen Richtungen, die er ins Auge zu fassen hatte. „Ich fühle den ganzen Umfang der Pflichten, welche ich übernehme, sagte er. Ich bin mir bewußt, daß ich sie erfüllen werde. Mit voller Ueberzeugung habe ich den Vertrag angenommen, der mir vorgelegt wor-

Digitized by Google

den ist. Ich hätte lebhaft gewünscht, niemals den Thron einnehmen zu müssen, zu dem mich soeben die Nation berufen hat; aber Frankreich, angegriffen in seinen Freiheiten, sah die öffentliche Ordnung in Gefahr; die Verletzung der Charte hatte Alles verwirrt; man mußte die Herrschaft der Gesetze wiederherstellen, und die Kammern hatten die Pflicht, dafür zu sorgen. Sie haben es gethan, meine Herren! Die weisen Veränderungen, welche wir soeben an der Charte gemacht, bürgen für die Sicherheit der Zukunft, und Frankreich, so hoffe ich, wird fortan glücklich sein im Innern, geachtet nach Außen, und der Friede Europas mehr und mehr gesichert."

Frankreich bis zum Ende des Jahres 1830.

Stellung der Parteien.

Nach seiner Thronbesteigung führte Ludwig Philipp die Rolle des „Bürgerkönigs", wie er sich nennen ließ, noch eine Zeitlang mit großer Geschicklichkeit durch. Er entwickelte ein ungewöhnliches Talent, die verschiedensten politischen Richtungen für sich zu gewinnen. Er umgab sich mit den Berühmtheiten fast aller Parteien: die napoleonischen Generale und Staatsmänner, die Ueberbleibsel der alten republicanischen Zeit, die bedeutendsten Schriftsteller, Advocaten, Journalisten, die Banquiers und die Industriellen — alle hatten Zutritt an seinem Hof: für Jeden hatte er ein artiges Wort, Jedem sprach er nach seinem Sinne. Dazwischen schmeichelte er der tapferen feurigen Jugend, renommirte mit seinen republicanischen Erinnerungen, mit den Schlachten von Jemappes und Valmy: ergötzte sich an der Marseillaise und der Parisienne, welche in diesen Tagen immer und ewig von dem Pariser Volke gesungen und gespielt wurden, ja er sang sie wohl selber mit oder schlug den Tact dazu, sei es im Theater oder auf seinem Balcon. Sein Hofstaat erhielt einen durchaus bürgerlichen Zuschnitt. Das Ceremoniel der Bourbons verschwand, Jedermann konnte am Hofe mit Stiefeln erscheinen. Die Wache am Schlosse bestand nur aus Nationalgarden: und zwar wur-

Digitized by Google

den sie durchaus herzlich und freundlich behandelt. Der König ging inzwischen aus: zu Fuß, in einfachem Ueberrocke, weißem Filz, einen schlechten Regenschirm unter dem Arm, grüßte links und rechts, ließ sich in Gespräche ein mit dem ersten besten Spießbürger, führte wohl auch einen dieses Standes, der ihn nicht kannte, unter seinem Schirm bis an seine Wohnung, um ihn vor dem Regen zu schützen, und unterhielt sich dazwischen mit ihm über Politik: zufällig erfährt der Mann, wer sein Begleiter gewesen, und kann nicht genug Rühmens machen von der Leutseligkeit des Königs. Kurz, Ludwig Philipp spielte seine Rolle gut und mit dem besten Erfolg.

Und es bedurfte allerdings dieser Schlauheit und Vorsicht. Denn der neue Thron war keineswegs schon ganz sicher.

Es fragte sich, wie sich die Provinzen zu der Revolution verhalten würden. Der Norden erklärte sich allerdings sofort für dieselbe und nahm die neue Ordnung der Dinge an. Aber vom Süden und von der Vendée konnte man dieß nicht behaupten, wo das Volk, durch die Pfaffen aufgereizt, von dem neuen Könige nichts wissen wollte, wo es sogar, wie in Nismes, über die Protestanten herfiel und nur durch das Einschreiten bewaffneter Macht an weiteren Gewaltthätigkeiten verhindert werden konnte. Diese Unruhen, welche im August und Herbste 1830 statt fanden, legten sich nun zwar, aber dafür wirkte die Pfaffenpartei im Stillen gegen die jetzige Regierung und suchte die Elemente des Widerstandes zusammenzufassen und zu kräftigen. Bildete sich nun hier eine legitimistische Opposition, so waren in anderen Bezirken republicanische Ideen thätig, welche, wenn sie auch die Revolution anerkannten, diese doch in einem ganz anderen Sinne, als es der Regierung lieb war, verstanden. Die Bewegung theilte sich zauberhaft schnell und mit der ganzen mächtigen Wirkung, wie sie in der Hauptstadt entfaltet, den Provinzen mit. Alle die großen Hoffnungen und unbestimmten Freiheitsgefühle, welche sich mit dem Siege des Volkes in der Hauptstadt verknüpften, kehrten in den Provinzen wieder. Der gemeine Mann träumte schon goldene Berge: er hoffte die Last, unter der er geseufzt, nun abschüt-

Digitized by Google

teln zu können: allenthalben bildete sich die Meinung, daß man nun keine Steuern mehr zu zahlen brauche. Es fehlte nicht an Gewaltthätigkeiten gegen die Steuereinnehmer und gegen sonstige mißliebige Verwaltungsbeamte. Und in diese Aufregung der Bevölkerung hinein fiel nun auch hie und da die Auflösung der Mannszucht unter den Soldaten, welche meistens mit dem Volke gemeinsame Sache gemacht. Die Soldaten von fünf Regimentern, welche in Metz, Sargemund, Pont a Mousson standen, setzten aus eigener Machtvollkommenheit ihre Offiziere, meist adelige ab, und wählten sich neue aus Unteroffizieren und Gemeinen.

Aber noch gefährlicher sah es in Paris selber aus. Der neue Thron hatte sofort mit drei nicht zu verachtenden Gegnern zu kämpfen, mit der republicanischen Partei, der napoleonischen und der legitimistischen.

Die republicanische Partei war in jenen Zeiten offenbar die mächtigste und gefährlichste. Sie hatte zwar den neuen Thron sich gefallen lassen, aber eigentlich nur, weil sie durch ihn überrascht worden war und weil man ihr allerlei Versprechungen gemacht hatte. In demselben Grade jedoch, als sich das System der neuen Regierung zu enthüllen begann, steigerte sich der Widerstand der republicanischen Partei und sie nahm jetzt eine drohende Stellung ein. Und man durfte ihre Macht nicht gering schätzen. Denn wie schon bemerkt, zu ihr gehörten alle jene rüstigen Arbeiter, welche in den Julitagen so ruhmvoll gefochten und zuletzt den Sieg des Volkes herbeigeführt hatten. Sie schlossen sich an die republicanische Partei an, weil sie in der von dieser verlangten Staatsform eine Aussicht auch für die Verbesserung ihrer Lage erblickten. Die Verhältnisse dieses Standes der Arbeiter, dieser Proletarier, erschienen ihnen gerade in diesen Tagen um so unerträglicher, als sie es auf der einen Seite waren, welche die Revolution thatsächlich gemacht, während sie zugleich hungern mußten: denn durch die Revolution war begreiflich Handel und Wandel in Stocken gerathen. Die Fabriken stellten theilweise ihre Arbeiten ein; der Credit sank, und so waren Massen von

Digitized by Google

Proletariern augenblicklich ohne Brod. Dieses Mißverhältniß regte natürlich allerlei Gedanken an, und wie eine Zeit der Revolution überhaupt die mannichfachsten Ansichten und Richtungen zum Vorscheine bringt, so wurde denn auch die sociale Frage jetzt zum ersten Male den Massen näher gerückt. Es ist von Bedeutung, daß eben jetzt die Saint Simonisten, welche unter der Restauration fast unbekannt gewesen, anfangen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Diese socialen Mißverhältnisse sind es denn besonders, welche die niederen Stände, vielleicht ihnen unbewußt, zur republicanischen Partei hintreiben und sie diese mit um so regerem Eifer ergreifen lassen, als sie durch sie eine Erlösung aus ihrer Noth erwarteten.

Die Republicaner entwickelten nun großen Eifer, um ihrer Richtung immer größere Verbreitung zu verschaffen und die revolutionaire Stimmung der Bevölkerung rege zu erhalten. Unmittelbar nach der Revolution gründeten sie eine Menge politischer Vereine, unter denen besonders der der Volksfreunde, noch aus den Zeiten der Restauration bekannt, sich auszeichnete. In diesen Clubs wurden alle politischen Fragen verhandelt, und namentlich der Club der Volksfreunde stellte sich die Aufgabe, den der Jakobiner von der ersten französischen Revolution zu ersetzen. Zugleich sollte durch sie die republicanische Partei organisirt werden. Die in Folge der Revolution freigegebene Presse wurde von ihnen im großartigsten Style ausgebeutet. Es thaten sich eine Menge demokratischer Blätter auf: zahllose politische Broschüren erschienen, welche um niedern Preis verkauft unter die Massen geworfen wurden: die politische Carricatur begann eine neue Aera und erhielt bald eine bisher nie gekannte Ausdehnung. Und während also die Presse benutzt ward, wurde auch dafür gesorgt, daß das Volk sich beständig seiner Massenhaftigkeit, seiner Gewalt bewußt blieb. Dieß geschah durch allerlei Aufzüge, Feierlichkeiten, Bankette u. s. w. Besonders das Pantheon, welches durch eine Ordonnanz wieder hergestellt ward, wurde dazu benutzt. Die Beisetzungen von Foy, Manuel, Benjamin Constant, welcher im December 1830 starb, gaben zu großen Feierlichkeiten Veranlassung.

Digitized by Google

Und nun muß man noch bedenken, daß die republicanische Partei sogar einen Theil der öffentlichen Gewalt in den Händen hatte. Der General Lafayette, der zu ihr gehörte und den sie immer noch als ihr Haupt betrachtete, obschon seine Haltung das neue Königthum ermöglicht hatte, besaß unmittelbar nach Ludwig Philipp's Thronbesteigung noch die ganze Gewalt, welche die Julirevolution in seine Hände gegeben. Er war Oberbefehlshaber der Nationalgarden von ganz Frankreich, und Ludwig Philipp hütete sich wohl, ihn dieser Stelle vorderhand zu entheben. In dieser Eigenschaft aber war er der Herr einer ganz außerordentlichen bewaffneten Macht. Denn die Nationalgarden, deren Organisation Lafayette mit großem Eifer betrieben, zählten gegen anderthalb Millionen. Sie nahmen nur von ihm Befehle an: alle Ansprachen des Königs gingen durch seine Hand. Lafayette war der eigentliche Herrscher, der factische König von Frankreich. Von allen Seiten wurde er gesucht, gefeiert, befragt. Er galt als der Heros der Freiheit. Sein Salon war der Mittelpunkt aller politischen Notabilitäten aller Länder der Erde. Und nicht blos die Liberalen, die Revolutionaire suchten ihn auf, sondern auch die europäische Diplomatie bewarb sich um seine Gunst und holte in seinem Salon Erkundigungen ein über den wahren Stand der französischen Politik: denn daß diese von ihm abhing, schien eine Zeitlang außer Zweifel. Alle Abordnungen aus den Provinzen, welche etwas von den Ministern oder vom Könige wollten, kamen zuerst zu Lafayette, um sich von ihm Raths zu erholen oder durch ihn eingeführt zu werden. Was Lafayette wünschte, schien geschehen, was er nicht wünschte, unterbleiben zu müssen. Auch ist nicht zu läugnen, daß er die große Gewalt, die ihm die Zustände in die Hände gegeben, häufig benutzte, um seinen Willen durchzusetzen. Weder die Minister noch der König wagten zu widersprechen, wenn Lafayette einen entschiedenen Wunsch ausgesprochen oder wenn er an dem Hofe Leute aus den Provinzen vorführte: einmal stellte er Ludwig Philipp sogar freigelassene Galeerensklaven vor, welche freilich wegen politischer Verbrechen zu dieser Strafe verdammt worden waren. Und

Digitized by Google

wir brauchen nicht erst zu bemerken, daß Lafayette, wenn er auch für das Königthum des Herzogs von Orleans gewirkt, doch keineswegs seine politische Farbe verändert habe: er blieb sich in seinen Sympathien und Richtungen gleich, immer der Verehrer der Freiheit. Für die neue Regierung hatte er sich nur unter der Voraussetzung entschieden, daß sie die liberalen Ideen begünstige, daß der Thron sich in der That mit republicanischen Einrichtungen umgebe. Sah er sich aber in diesen seinen Voraussetzungen getäuscht, so war zu fürchten, daß er mit derselben Kraft, wie ehedem gegen die Restauration, so jetzt wider das Julikönigthum auftreten und daß er die große Gewalt, die in seine Hand gegeben worden, in republicanischem Sinne anwenden werde.

Mit Lafayette genau verbunden und derselben politischen Richtung waren noch zwei andere Männer, deren augenblickliche Stellung ihnen eine große Bedeutung gab. Das war Dupont de l'Eure und Odilon Barrot. Jener war Justizminister und Siegelbewahrer, dieser Seinepräfect. Durch jenen hatte Lafayette und mit ihm die republicanische Partei einen Fuß im Ministerium, das sonst aus Doctrinairen bestand: durch diesen gebot man über die Pariser Bevölkerung. Die drei Männer bildeten so zu sagen ein Triumvirat, und es war äußerst bedenklich, sie oder nur Einen von ihnen aus ihren Stellungen zu entfernen, da dieses im Augenblicke zu den entschiedensten Unruhen Veranlassung gegeben hätte, deren Ende und Ziel nicht abzusehen war. Dupont de l'Eure wußte das wohl und drohte alle Augenblicke mit seiner Entlassung, wenn man ihm nicht nachgeben wollte.

Man sieht daher: die republicanische Partei war noch mächtig genug und immerhin noch in der Lage, den neuen Thron auf das Heftigste zu erschüttern, wo nicht umzustoßen. Aber außer dieser Partei hatte Ludwig Philipp auch die Napoleonisten und die Legitimisten gegen sich. Diese beiden letzteren hatten zwar nicht die Bedeutung der ersteren: immerhin aber entwickelten sie ansehnliche Kräfte des Widerstandes, welche insbesondere in Verbindung mit der repu-

Digitized by Google

plicanischen Opposition der neuen Ordnung der Dinge beträchtlichen Schaden zufügen konnten. Die legitimistische Partei hatte außer der Aristokratie, außer den vielen Beamten und Offizieren, welche in Folge der Revolution von ihren Stellen vertrieben wurden, auch noch die gesammte katholische Geistlichkeit auf ihrer Seite. Denn wie ein wesentliches Element der Restauration die Herrschaft des Pfaffenthums gewesen, so erfolgte mit dem Sturze der Bourbons zugleich auch der Sturz des Pfaffenthums, und die Julirevolution bewies ihren Charakter gerade auch darin, daß sie die Geistlichkeit verfolgte, ihre Religion verspottete, ihren politischen Einfluß vernichtete. Auch in dieser Beziehung folgte die neue Regierung dem Strome der öffentlichen Meinung, und wir haben gesehen, wie in diesem Sinne die Charte verändert ward. Es war natürlich, daß die Geistlichkeit, welche unter den Bourbons die Süßigkeit der Herrschaft in einem so hohen Grade genossen, alle Kräfte aufbot, um den neuen Zustand sich nicht befestigen zu lassen und dagegen Vorbereitungen zu der Wiederkehr der Bourbons zu treffen. Wir haben bereits bemerkt, wie es ihr gelungen, den Fanatismus der südlichen Bevölkerung anzufachen: obschon vorderhand diese Bewegungen unterdrückt worden waren, so verminderte dieß doch nicht ihre Thätigkeit, reizte sie nur noch mehr *). Was nun die Napoleonisten anbetrifft, so hatten sie allerdings im Augenblicke keine Aussicht, obschon Joseph Bonaparte von Amerika aus in einem Briefe an Lafayette den französischen Thron für den Sohn Napoleons in Anspruch nahm. Aber es war natürlich, daß in einer Zeit der Aufregung und des Freiheitsgefühls, nach diesen glorreichen Kämpfen des Julius, alle dem französischen Ruhme verwandten Empfindungen sich wieder geltend machten und daß man mit

*) Die legitimistische Opposition fand nun bald Gelegenheit, auch den Privatcharakter Ludwig Philipp's anzugreifen. Der Tod des Prinzen Ludwig von Conde, eines Greises von 75 Jahren, welcher in seinem Testamente den vierten Sohn Ludwig Philipp's, den Herzog von Aumale zum Erben eingesetzt, mit Uebergehung der näheren Ansprüche der Rohans, kam ihr äußerst erwünscht. Der Prinz sollte, wie die Regierungsblätter meldeten, sich selbst getödtet haben: die bekannt gewordenen näheren Umstände ließen aber auf einen Mord schließen.

Digitized by Google

erneuter Liebe an jene Zeit dachte, in welcher Frankreich der Beherrscher des europäischen Festlandes gewesen. Es begann von Neuem die Verherrlichung Napoleons: seine Thaten wurden auf die Theater, auf die Circus gebracht: er wurde wieder der Held des Tages. Und dieser Umschwung der Stimmung mußte in der Folge der napoleonischen Partei zu gute kommen, zumal wenn die neue Regierung, wie es bereits den Anschein hatte, sich bestrebte, mit dem Auslande in dem bestmöglichen Vernehmen zu bleiben.

Diesen Elementen gegenüber fühlte sich also die neue Regierung noch keineswegs dermaßen sicher, daß sie mit Entschiedenheit die Bahn betreten zu dürfen glaubte, welche zu dem vorgesteckten Ziele führen konnte. Ludwig Philipp ernannte am 11. August sein Ministerium: es bestand, wie schon bemerkt, größtentheils aus conservativen Elementen: Gerard für den Krieg, Molé für das Auswärtige, Sebastiani für das Seewesen, Broglie für den öffentlichen Unterricht und Cultus, Louis für die Finanzen, Guizot für das Innere: außerdem Laffitte, Casimir Perier, Dupin und Bignon ohne Portefeuille. Nur Dupont de l'Eure, der Justizminister, gehörte zur entschieden freisinnigen Partei. Nichts desto weniger hatte der letztere, wie schon bemerkt, einen großen Einfluß, da er die revolutionaire Partei hinter sich stehen hatte, und das Ministerium mußte sich zu manchen Handlungen und zu manchen Unterlassungen bequemen, die eigentlich mit seinen Absichten im Widerspruche standen.

Indessen: für die Zukunft konnte Ludwig Philipp und das von ihm beabsichtigte System doch auf den Sieg rechnen: denn auf seiner Seite standen mächtige Elemente.

Zuerst die Bourgeoisie, der besitzende Bürgerstand. Dieser war eigentlich der durch die Julirevolution zur Herrschaft gelangte Stand. In diesem Sinne war Ludwig Philipp in Wahrheit ein Bürgerkönig. Die feudalen Ordnungen, welche die Bourbons im Widerspruche gegen das Bürgerthum wieder zur Geltung hatten bringen wollen, waren durch die drei Tage endlich gänzlich beseitigt: die Aristokratie, welche während der Restauration der Bourgeoisie noch die Herrschaft

Digitized by Google

streitig gemacht, war gebrochen: und nicht ohne tiefere Bedeutung die Erscheinung, daß sich die Bewegung sofort auch wider die Pairskammer richtete, als ein Institut, welches im Widerspruche mit dem Grundsatze der Gleichheit stehe. Aber der Grundsatz der Gleichheit kam nicht in vollständigem Maße zur Anwendung. Nicht das gesammte Volk, nicht alle Classen sollten desselben theilhaftig werden, sondern eben nur der höhere oder besitzende Bürgerstand, die Bourgeoisie. Mit der Sicherheit des Instinctes hatte die Bourgeoisie schon während der drei Tage herausgefühlt, daß die Bewegung, wenn man ihr den naturgemäßen Verlauf lasse, zuletzt zum Nachtheile ihrer selbst ausschlagen würde, indem sie die niederen Classen zur Herrschaft brächte, was jedenfalls ihr Besitzthum in Frage zu stellen drohte. Darum hatte sie sich so schnell für ein neues Königthum erklärt, und darum glaubte sie auch jetzt mit aller Kraft wider die republicanischen Bestrebungen auftreten, sich dagegen eng um den neuen Thron schaaren zu müssen. Denn sie hoffte, durch diesen die Herrschaft übernehmen zu können, welche ihr unter den Bourbons versagt gewesen war.

Die Bourgeoisie aber hatte den Besitz, die Bildung, kurz einen großen Theil der materiellen und geistigen Kräfte auf ihrer Seite, und mit der Bourgeoisie gewann Ludwig Philipp noch zwei andere wesentliche Elemente: die Kammer und die Nationalgarde. Die Kammer war vollkommen der Ausdruck der Bourgeoisie. Während und unmittelbar nach der Revolution hatte sie sich bereits in diesem Sinne bewiesen und sie änderte diese ihre Gesinnungen nicht im Geringsten. Die Volkspartei fühlte das und verlangte daher wiederholt die Auflösung der Abgeordnetenkammer, da sie noch unter der Herrschaft der Restauration nach einem theilweise ungesetzlichen Wahlgesetze gewählt worden und jedenfalls nicht mehr der reine Ausdruck der öffentlichen Meinung sei. Die linke Seite der Kammer, namentlich auch Lafayette, befürwortete diese Ansicht. Aber die Mehrheit ging nicht darauf ein, und als im October 1830 für einen Theil der Abgeordneten — meist Legitimisten, die nicht in die Kammer kamen — neue Wahlen vorgenommen werden mußten, natürlich auch noch nach dem

Digitized by Google

alten Wahlgesetze, so wurde dadurch das Element der Bourgeoisie nur verstärkt: sie fielen fast alle im Sinne der Kammermehrheit aus. Allerdings äußerte die revolutionaire Stimmung der Bevölkerung vorderhand auch auf die Kammer ihre Wirkung: sie wagte so wenig, wie das Ministerum in entschieden conservativem Sinne voranzugehen: vielmehr hielt sie es für nöthig, einige Beschlüsse zu fassen, welche die öffentliche Meinung befriedigen sollten, ohne daß sie gerade einen wesentlichen Einfluß auf die staatliche Ordnung ausübten. So wurden die unter der Restauration Verbannten, mit Ausnahme der Napoleoniden, wieder zurückgerufen. So wurde die unter der Restauration angeordnete jährliche Todesfeier Ludwigs XVI. aufgehoben. So wurde das Sacrilegiumsgesetz beseitigt, mit dem übrigens die Pairs vorangegangen. Und bei jeder schicklichen Gelegenheit ergingen sich die Redner, selbst der Mehrheit der Abgeordnetenkammer, in Schmeicheleien an das Volk, an die heldenmüthigen Kämpfer des Julius.

Auf die Kammer also konnte Ludwig Philipp bauen. Ebenso auf die Nationalgarde, wenigstens im Allgemeinen, da auch sie meistentheils aus dem besitzenden Bürgerstande bestand. Dieß war jedoch so lange nicht ganz gewiß, als Lafayette ihr Oberbefehlshaber war. Die Taktik der Regierung mußte daher darauf hinausgehen, Lafayette aus dieser seiner Stellung ohne großes Aufsehen herauszubringen.

Dieß war im Wesentlichen die Stellung der Parteien in den ersten Monaten nach der Julirevolution. Die Gegensätze standen natürlich nicht blos theoretisch neben einander, sondern sie äußerten sich auch in Handlungen, in gegenseitigen Feindseligkeiten. Paris ist eine Zeitlang der Schauplatz beständiger Unruhen und Straßenkämpfe.

Schon im August und September erfolgten Aufläufe von Seiten der brodlos gewordenen Arbeiter. Die Erbitterung ist besonders auf die Fabriken gerichtet, welche mit Maschinen arbeiten. Man sieht: schon ist den Proletariern klar geworden, was eigentlich ihre unglückliche Lage macht. Es spielt bereits das sociale Bewußtsein eine bedeutende Rolle. Die Unruhen wurden jedoch wieder beschwichtigt.

Digitized by Google

Die Regierung ergriff die geeigneten Maßregeln, um der augenblicklichen Noth abzuhelfen. Der König ließ aus seiner Privatschatulle eine ansehnliche Summe unter die Arbeiter vertheilen. Das Ministerium ließ die öffentlichen Arbeiten wieder in Angriff nehmen, und verlangte dazu von der Kammer einen Credit von fünf Millionen, der ihr bewilligt ward. Es suchte der Industrie durch Banken aufzuhelfen. Es forderte auf, unter das Heer zu treten, welches ohnedieß einer durchgreifenden Erneuerung bedurfte.

Gefährlicher waren die Unruhen, welche im October wegen der Minister Karl's X. erfolgten.

Nach der Julirevolution suchten sich die Minister, welche die Ordonnanzen unterzeichnet hatten, durch die Flucht zu retten. Nur Einigen gelang dieß; die anderen, Polignac, Peyronnet, Chantelauze und Guernon de Ranville wurden auf der Flucht ergriffen und nach Vincennes in das Gefängniß gebracht. Es fragte sich nun, was mit ihnen geschehen sollte. Darüber konnte zwar kein Zweifel sein, daß sie von der Pairskammer gerichtet werden mußen, da diese ohnedieß der Gerichtshof für die höchsten politischen Verbrecher war, außerdem aber auch einige von den angeklagten Ministern selber Pairs waren, die auch nur von ihres Gleichen gerichtet werden konnten. Aber was nun für eine Strafe gegen sie ausgesprochen werden sollte, darum handelte es sich. Die öffentliche Meinung verlangte ihren Tod. Damit stimmten jedoch weder Ludwig Philipp, noch das Ministerium, noch überhaupt die conservativen Elemente überein. Man wollte durch eine solche Handlungsweise nicht an die Zeiten von 1792 erinnern, man wollte insbesondere das Ausland nicht gegen die neue Ordnung in Frankreich erbittern. Um die Minister vor der Todesstrafe zu sichern, kam man nun auf den Ausweg, die Todesstrafe für politische Verbrechen überhaupt durch ein Gesetz abzuschaffen. In der Abgeordnetenkammer wurde dieser Vorschlag gemacht, und zwar, da dieß unmittelbar vor der Vertagung geschah, dergestalt, daß der König ersucht wurde, in diesem Sinne ein vorläufiges Gesetz zu erlassen. Dieß geschah am 9. October. Die Bevölkerung von Paris

Digitized by Google

war aber wüthend darüber, weil sie wohl sah, daß dieser Beschluß nur zu Gunsten der gefangenen Minister gefaßt worden wäre. Am 18. October sammelten sich große Haufen vor dem Palais Royal: ein anderer wälzte sich nach Vincennes, um dort die Auslieferung der Minister zu begehren. Die Geistesgegenwart des Befehlshabers, General Daumesnil, seine festige ruhige Haltung, seine taktvolle Behandlung der Massen, deren Ehrgefühl er aufzuregen wußte, rettete die Gefangenen. Und in Paris stellten endlich die Nationalgarden spät Abends die Ruhe wieder her. Man fühlte sich indessen keineswegs sicher, man fürchtete jeden Augenblick die Wiederholung ähnlicher Scenen, die wohl auch zu Weiterm führen könnten. Odilon Barrot, der Seinepräfect, erließ nun am andern Tage an die Pariser eine Aufforderung, in welcher er sie zwar sehr bitter über die vorgefallenen Ruhestörungen tadelte, aber zugleich einen Ton anstimmte, der in die politischen Sympathien der Massen einging, während er zugleich die Kammer wegen ihres Beschlusses rügte und überhaupt in seiner ganzen Haltung an eine unabhängige Behörde, an die Bedeutsamkeit des Pariser Stadtraths während der ersten französischen Revolution erinnerte. Die Proclamation that ihre Wirkung: das Volk blieb ruhig.

Aber Ludwig Philipp, wie das Ministerium war darüber aufgebracht, und man beschloß, Odilon Barrot, der schon längst unbequem war, von seiner Stelle zu entfernen. Dem setzte sich jedoch Dupont de l'Eure mit aller Kraft entgegen, und auch Lafayette bot seine Entlassung an. Man konnte noch nicht wagen, diese drei Männer zu beleidigen. Sie blieben also: aber dafür traten aus dem Ministerium alle die Männer aus, welche besonders heftig gegen Odilon Barrot aufgetreten waren, nämlich Guizot, der Herzog von Broglie, Graf Molé, Casimir Perier, Dupin und Bignon. Ludwig Philipp bildete nun (2. November) ein neues Ministerium: Laffitte, Präsident und Finanzminister, Dupont de l'Eure, Justizminister, Merilhou, dessen Freund, Minister des öffentlichen Unterrichts, Gerard, Kriegs-, Sebastiani, Marineminister, Bassanon von Montalivet, Minister des Innern, Marschall Maison, Minister des Auswärtigen. Es erlitt in-

Digitized by Google

dessen noch im Laufe des Novembers einige Veränderungen: an Gerards Stelle trat Marschall Soult als Kriegsminister: im Ministerium des Auswärtigen wurde Maison durch Sebastiani ersetzt: und zum Marineminister wurde d'Argout ernannt. Dieß Ministerium war scheinbar ein Zugeständniß an die liberalere Richtung: aber Ludwig Philipp wollte es nur benutzen, um unter seinem Schilde seine Plane reifen zu lassen.

Die Ereignisse kamen ihm dabei trefflich zu Hülfe. Die Voruntersuchungen zu dem Proceß der Minister waren geschlossen. Am 15. December begannen die Verhandlungen vor der Pairskammer. Sie dauerten sechs Tage. Die Minister sowohl, wie ihre Vertheidiger boten Alles auf, um sie zu retten. Die Pairskammer verurtheilte sie zu lebenslänglichem Gefängniß, Polignac außerdem auch noch zum bürgerlichen Tode. Während der Verhandlungen befand sich das Volk in einer fieberhaften Aufregung und man konnte zum Voraus auf die größten Unruhen gefaßt sein, wenn die Minister nicht zum Tode verurtheilt würden. In der That begannen sie bereits am 20. December, obschon damals das Urtheil noch nicht gesprochen war. Massen von Menschen sammelten sich vor dem Palais Luxembourg, um die Pairskammer einzuschüchtern. Noch bedeutender wurden die Unruhen am 21. und 22.: es waren in diesen Tagen in der Bevölkerung von Paris genug Elemente vorhanden, um mit ihnen einen neuen Aufstand ins Werk zu setzen, der vielleicht Erfolge gehabt hätte. Denn selbst auf die Nationalgarde konnte sich die Regierung nicht ganz verlassen, da ein großer Theil derselben unzufrieden darüber war, daß sie für das Leben der Minister Karl's X. und zwar gegen das französische Volk kämpfen sollte. Die Artillerie der Nationalgarde war noch dazu meist demokratisch gesinnt und hätte sogar die Hand zu einer republicanischen Bewegung geboten. Indessen es war Niemand da, welcher die revolutionaire Stimmung der Bevölkerung zu einem bestimmten politischen Ziele hätte leiten können oder wollen. Die Führer der republicanischen Partei selber waren darüber nicht einverstanden. Außerdem aber standen gerade diesmal die Männer, auf welche die radicale Par-

Digitized by Google

tei immer schaute, Lafayette, Odilon Barrot, Dupont, auf der Seite der Regierung. Lafayette hatte in der Abgeordnetenkammer selber für die Aufhebung der Todesstrafe gesprochen: er setzte eine Ehre darein, das Leben der Minister, welche seine Feinde gewesen, zu retten. Weit entfernt also, in dieser Frage mit dem Volke zu gehen, bot er sein Ansehen auf, um es wieder zu beschwichtigen. Ebenso Odilon Barrot und Dupont, der nicht minder aus Ueberzeugung für die Rettung der Minister war. Es ist gar nicht zu läugnen, daß dieser Umstand wesentlich daran Schuld war, daß die Bewegung keine weitere Folge hatte und sich am dritten Tage, am 22. December, verlief.

Aber Ludwig Philipp benutzte diese Emeute vortrefflich in seinem Sinne. Er hatte bemerkt, daß allerdings große Gefahr vorhanden gewesen, wenn man die physischen Kräfte in Anschlag brachte, die der revolutionairen Partei zu Gebote standen. Er hatte aber zugleich wahrgenommen, daß diese Partei noch nicht genug organisirt und noch nicht mit sich selber über das Ziel und die Mittel, es zu erreichen, im Reinen sei. Der Ausgang der Bewegung in den letzten Tagen mußte eine Entmuthigung zurücklassen, welche jedenfalls die Wirkung hervorbrachte, daß die revolutionaire Partei in nächster Zeit nichts unternehmen würde. Man konnte also jetzt wagen, mit reactionairen Maßregeln hervorzurücken, die man sich bis jetzt immer gescheut, anzuwenden, die aber nothwendig waren, um der Volkspartei das Heft aus den Händen zu winden. Die eine dieser Maßregeln war die Enthebung Lafayette's von dem Oberbefehl der Nationalgarde des Königreichs. Offenbar hatte Lafayette Ludwig Philipp durch seine ganze Haltung seit der Julirevolution, namentlich aber in den Tagen des 20. und 22. December die größten Dienste geleistet. Aber er war doch unbequem, weil er die Regierung hinderte, die Wege zu gehen, die zu ihrem eigentlichen Ziele führten, weil er beständig an das Versprechen erinnerte, daß der neue Thron sich mit republicanischen Institutionen umgeben wollte, und weil er, wie gesagt, der politischen Richtung, die er vertrat, auch durch eine materielle Macht nachhelfen konnte. Er mußte also fallen. Und eben jetzt war der rechte Zeitpunkt gekom-

Digitized by Google

men. Denn Lafayette hatte in diesen Tagen des December offenbar an seiner Popularität verloren: das Volk verübelte ihm bedeutend seinen Eifer für die Erhaltung des Lebens der Minister und würde schon deshalb weniger für ihn in die Schranken getreten sein. Ludwig Philipp dachte jedoch nicht daran, die Absetzung Lafayette's als von ihm selbst ausgegangen erscheinen zu lassen. Vielmehr mußte die Abgeordnetenkammer diese Aufgabe übernehmen. Am 24. December wurde in ihr der Vorschlag gemacht, den Titel eines Oberbefehlshabers der gesammten Nationalgarden von Frankreich ganz und gar aufzuheben. Dieser Vorschlag ging durch, troß des Widerspruchs der Freunde Lafayette's. Lafayette, welcher in der Sitzung nicht gegenwärtig war, erkannte sofort, was man damit beabsichtige, und ohne darauf zu warten, bis man ihm den Oberbefehl wirklich abnehme, bat er den König schriftlich um seine Entlassung. Ludwig Philipp stellte sich, als ob er von dieser ganzen Sache nichts wisse, bat Lafayette, er möge doch auf seiner Entlassung nicht bestehen — er wußte wohl, daß Lafayette's Stolz und gekränkte Eitelkeit es ihm nicht erlaubten, anders zu handeln — und wußte zuletzt diesem Handel den Anschein zu geben, als ob Lafayette aus Eigensinn seine Stelle niedergelegt habe, troß der Bitten des Königs, dieselbe beizubehalten. Es versteht sich, daß er nicht einmal den Oberbefehl über die Pariser Nationalgarde beibehielt. Mit Lafayette gab auch Dupont de l'Eure seine Entlassung ein, die man ihm ebenfalls gab, da man ihn auch nicht mehr brauchte, wie denn noch mehrere andere Personen, die zu diesen beiden Männern in genauen Beziehungen gestanden und ihre politischen Ansichten getheilt hatten, von ihren zum Theil einflußreichen Posten entfernt wurden.

Ludwig Philipp glaubte über die Revolution Herr geworden zu sein. Aber wenn sie sich auch nicht sobald auf der Oberfläche zeigten, so gährten die Elemente doch in der Tiefe des politischen Lebens: die Revolution hatte ihren Lauf noch lange nicht geschlossen.

Digitized by Google

Die Julirevolution und die Cabinette.

Man kann sich denken, welch mächtigen Eindruck die Julirevolution auf die europäischen Cabinette, namentlich auf die absolutistischen geübt. Sie fürchteten in dem ersten Augenblicke, daß die siegreiche Revolution sofort die französischen Grenzen überschreiten und den Krieg wider die alten Dynastien in derselben Weise beginnen werde, wie dieß die erste Umwälzung gethan. Und in der That: dergleichen Befürchtungen waren nicht grundlos. Denn die revolutionaire Partei, wie sie in den ersten Monaten im Innern Frankreichs den Ton angegeben und sich mit einer durchgreifenden Veränderung der Verfassung getragen hatte, hegte natürlich den Wunsch, daß die eben siegreichen Ideen sich auch über die andern Länder Europas verbreiten und dort ähnliche Umwandlungen hervorbringen möchten; denn nur dadurch schien die französische Revolution dauerhaft gesichert. Es war natürlich, daß die Idee einer revolutionairen Propaganda aufkam. Selbst Lafayette war derselben nicht fremd. Er äußerte offen gegen den Herrn v. Humboldt, der ihn im Auftrage Preußens über die äußere Politik Frankreichs befragte, daß das französische Volk zwar den Frieden bewahren, daß es nicht selber die benachbarten Völker zur Empörung wider ihre Regierungen aufreizen werde, daß es aber nichts dagegen habe, wenn sie aus eigenem Antriebe Revolutionen machten und daß es jedenfalls dann zu Gunsten der Freiheit einzuschreiten gesonnen sei, wenn von anderer Seite diese Bestrebungen wieder mit Waffengewalt unterdrückt werden sollten. Außerdem that sich sofort eine eigentliche Kriegspartei hervor, bestehend aus den alten Genossen Napoleons oder seinen Verehrern, welche glaubten, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo die französische Nation wieder den alten Waffenruhm herstellen und neue Eroberungen machen könnte, deren Ziel mindestens die Rheingrenze sei. Und die Regierung gab auch hier um so mehr der öffentlichen Meinung nach, als das Kriegswesen überhaupt in einem sehr schlechten Zustande sich befand. Auf alle Fälle mußte dasselbe auf einen bessern Fuß gebracht werden. Es wurden

Digitized by Google

daher Aushebungen in einem umfassenden Maßstabe veranstaltet. All' dieß bestimmte die auswärtigen Mächte, besonders Oesterreich, Preußen und Rußland, sofort die geeigneten Maßregeln zu treffen, um sich auf den Kriegsfuß zu setzen.

Indessen Ludwig Philipp's Absicht war es keineswegs, sich mit den europäischen Cabinetten zu verfeinden. Er wünschte sich vielmehr mit ihnen in einem friedlichen Verhältnisse zu erhalten: er wünschte seinen Thron von allen anerkannt zu sehen. Nur dadurch glaubte er auf die Dauer sein System der inneren Politik befestigen und fortführen zu können. Ein auswärtiger Krieg gab ihn auf alle Fälle dem Wechsel des Glückes preis: und außerdem lieferte er ihn mehr oder weniger in die Hände der Bewegungspartei, der er dann Zugeständnisse machen mußte. Ludwig Philipp richtete daher von Anfang an seine auswärtige Politik in dem angegebenen Sinne ein. Er zeigte seine Thronbesteigung den verschiedenen Cabinetten mit der Versicherung an, daß er blos im Interesse der Monarchie, zur Erhaltung des europäischen Friedens und der bestehenden Verhältnisse die Krone angenommen habe: seine Regierung wolle daher auch den Frieden mit Europa und die bisherige Stellung Frankreichs in dem Systeme der europäischen Großmächte erhalten, und nichts daran rütteln: nur wenn Frankreich von Außen angegriffen würde, müsse eine allgemeine Störung der öffentlichen Zustände eintreten.

Diese Friedensversicherungen des neuen französischen Königs wurden von den europäischen Cabinetten gern gehört und freundlich aufgenommen. Der König von England war der erste, welcher das Julikönigthum ohne Rückhalt anerkannte. Aber auch die sogenannten drei nordischen Mächte, obschon sie durch dasselbe das Princip der Legitimität auf das Schnödeste verletzt sahen, bequemten sich dazu. Der Fürst von Metternich kannte die Dinge und die Menschen zu gut, um nicht zu wissen, daß ein feindseliges Auftreten gegen die neue Ordnung in Frankreich nur dazu diente, die revolutionaire Kraft dieses Landes zu steigern und daß eine über das ganze Festland sich verbreitende revolutionaire Propaganda die nothwendige Folge davon wäre. Er

Digitized by Google

wußte, daß Frankreich, von Außen angegriffen, alle Mittel aufböte, um seinen Gegnern zu schaden, daß es die Flammen der Empörung nach Deutschland, nach Italien werfen werde, und das Ende dieser Dinge ließ sich nicht absehen. Metternich's Politik bestand darin, den Status, quo zu erhalten, was nur mittelst des Friedens möglich war: er scheute sich, die Dinge aus dem Geleise des gewöhnlichen Lebens heraustreten zu lassen, weil er fürchtete, daß sich ihrer sodann feindselige Elemente bemächtigen würden, deren Bändigung nicht mehr in seiner Macht lag. Metternich machte daher gute Miene zum bösen Spiel. Oestreich erkannte den neuen König an, der noch dazu so vielsagende Versprechungen machte, verlangte aber auch mit Bestimmtheit, daß sich Frankreich weder um die innern Zustände Italiens, noch Deutschlands kümmere. Auch der König von Preußen fügte sich der Nothwendigkeit: auch vom Berliner Cabinette erfolgte die Anerkennung des Julithrones. Am schwierigsten wurde Ludwig Philipp die Anerkennung von Seite Rußlands. Der Kaiser Nikolaus wurde durch die Julirevolution auf das Heftigste erbittert und unmittelbar nach der Nachricht davon ertheilte er die gemessensten Befehle, sich zum Kriege zu rüsten. Ludwig Philipp glaubte daher besondere Sorgfalt anwenden zu müssen, um den Kaiser günstig zu stimmen. Er schrieb ihm einen ziemlich demüthigen Brief, in welchem er sich gleichsam entschuldigte, den französischen Thron angenommen zu haben, und die Gründe darlegte, warum er es gethan. Er versäumte nicht, auf seine gut monarchischen conservativen Gesinnungen hinzuweisen und ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich in Aussicht zu stellen. Später mußte der Herzog von Mortemart, den Ludwig Philipp als Gesandten nach Petersburg schickte, weil er wußte, daß er dem Kaiser persönlich angenehm war, mündlich erklären, daß der Herzog von Orleans die Krone mehr als ein Depositum für den rechtmäßigen Eigenthümer, als für sich selber angenommen habe, und daß er sie zu seiner Zeit an jenen zurückerstatten werde. All' dieß jedoch reichte nicht hin, um den Kaiser mit der Julirevolution und der durch sie erhobenen Dynastie auszusöhnen. Obschon er, bestimmt durch Oestreich und Preu-

Digitized by Google



ßen, vorderhand von einer entschieden feindseligen Haltung gegen das neue Cabinet absah, so konnte er sich doch nicht enthalten, in dem Antwortschreiben an Ludwig Philipp seine ganze bittere Stimmung über die „beklagenswerthen Ereignisse", die den König zu einer grausamen Alternative hingedrängt hätten, auszulassen. Auch versäumte er, den König mit dem gewöhnlichen Beiwort „Bruder" anzureden. Indessen: auch Rußland verweigerte zuletzt die Anerkennung des neuen Thrones nicht. Die Staaten zweiten und dritten Ranges blieben auch nicht zurück. Nur der Herzog von Modena schickte das Schreiben Ludwig Philipp's unerbrochen und mit der Erklärung zurück, daß er mit keinem Revolutionair und Usurpator unterhandle.

Darnach schien also die Julirevolution in den europäischen Zuständen keine Störungen verursachen zu wollen? Allerdings, insoweit die Erhaltung der Ruhe und der bisherigen staatlichen Ordnungen von den Cabinetten abhängig war. Aber sie allein bestimmen nicht die Ereignisse. Mit ganz anderen Gefühlen wurde die Umwälzung in Frankreich von den Völkern aufgenommen. Fast von allen wurde der Sieg des französischen Volkes mit unbegrenztem Jubel begrüßt: sie alle fühlten, daß der Sieg in Paris zugleich auch für sie erfochten sei: der politische Druck, der bisher auf ihnen gelastet, wurde ihnen nun doppelt klar: der Haß gegen ihre bisherigen Dränger und Einrichtungen trat in immer schärferen Zügen hervor: und schon schickten sie sich an, in derselben Weise, wie die Franzosen ihre Fesseln zu zerbrechen und eine neue staatliche Ordnung zu gründen.

Die Bewegung, welche die Julirevolution hervorgerufen, ist noch weit umfassender und großartiger, als die im Beginn der zwanziger Jahre. Sie erstreckte sich nicht blos, wie jene, auf den Süden und Osten Europas: sie umfaßte die pyrenäische wie die italienische Halbinsel, die Niederlande wie die Schweiz, England wie Deutschland, Griechenland und die Türkei, und sollte endlich auch den russischen Koloß in einer Weise erschüttern, wie er seit dem Sturze Napoleons niemals erfahren.

Die erste Revolution, welche in Folge der französischen ausbrach, war die belgische.

Digitized by Google

Viertes Capitel.

Die Revolution in Belgien.

Ursachen der Revolution *).

Wir haben früher schon von dem unseligen Mißgriffe des Wiener Congresses gesprochen, zwei an Geschichte, Sitte und Volksthümlichkeit so verschiedenartige Stämme, wie die Holländer und die Belgier, an einander zu schmieden. Denn an das gegenseitige Aufgehen beider Volksthümlichkeiten und an das Entstehen einer neuen war nicht zu denken, da beide Stämme bereits zu ausgeprägt waren in ihrer Eigenthümlichkeit und noch dazu gleich groß, der belgische sogar noch zahlreicher, als der herrschende, der holländische. Außerdem ließ das Verhalten der niederländischen Regierung bald keinen Zweifel mehr übrig, wie sie das Verhältniß zu den Belgiern auffaßte. König Wilhelm I., der ehemalige Generalstatthalter von Holland, betrachtete Belgien nur als einen Gebietszuwachs, gleichsam als erobertes Land, nicht als einen Theil des Ganzen, der in Allem und Jedem ebenso berechtigt sei, wie der andere. Die Belgier, obschon, wie bemerkt, den Holländern an Zahl überlegen — im Jahre 1829 zählte Belgien fast 4 Millionen, während Holland kaum $2^1/_2$ — wurden doch den letztern in allen bürgerlichen und Kriegsämtern nachgesetzt: namentlich zu den höchsten Stellen konnten Belgier nur in äußerst ge-

---

*) Vergl. unter anderem: Ignaz Euranda Belgien seit seiner Revolution, 1846, besonders das eilfte Capitel. Ferner: Theodor Juste Geschichte der Gründung der constit. Monarchie in Belgien. Erster Band. 1850.

Digitized by Google

ringer Anzahl emporsteigen. So wurden denn auch die wichtigsten Anstalten in den Norden verlegt. Und endlich wurde die belgische Nationalität aufs Tiefste dadurch verletzt, daß bei den Gerichtshöfen die holländische Sprache eingeführt ward statt der bisher üblichen französischen, an welche die Belgier gewöhnt waren.

Zu dieser Verletzung des Nationalgefühls kamen nun noch andere politische Momente hinzu.

Wir haben früher angegeben, daß Wilhelm I. im Ganzen constitutionel regierte und der öffentlichen Meinung, wie den Wünschen der Generalstaaten Rechnung zu tragen sich bemühte. Im Laufe der Zeit trat jedoch hierin eine Veränderung ein. Der König befolgte die Theorie des Constitutionalismus, wie sie seit der Reaction von 1823 von den Regierungen angenommen worden, nach welcher im Wesentlichen alle Gewalt eben doch nur bei dem Fürsten steht. Wilhelm I. war nicht dazu zu bewegen, den Grundsatz von der Verantwortlichkeit der Minister zuzugestehen: er behauptete, sie seien Niemand verantwortlich, als ihm. Und dennoch ist ohne diesen Grundsatz jede constitutionelle Monarchie eine Täuschung. Die Verfassung versprach Unabhängigkeit der Gerechtigkeitspflege. Aber in der Wirklichkeit verhielt es sich ganz anders. Die Geschwornengerichte, welche ehedem in Belgien bestanden, wurden aufgehoben, trotz des Widerspruchs der öffentlichen Meinung und nicht wieder eingeführt, so dringend dieselben auch von ihr gefordert wurden. Man verlangte nun wenigstens Unabsetzbarkeit der Richter. Aber auch hierzu wollte sich Wilhelm I. nicht verstehen: er betrachtete auch die Justizbeamten als die unmittelbaren Vollzieher seines Willens. Wie oft er auch angegangen worden war, über die Stellung der Richter einen Gesetzesentwurf vorzulegen — es war umsonst. Die Verfassung verbürgte ferner Preßfreiheit. Aber auch dieses Recht wurde nachgerade zur Täuschung. Die Regierung erlaubte sich die größten Eingriffe in dieses Recht, sie behandelte die Presse nach Ausnahmsgesetzen und Ordonnanzen und verfuhr gegen freimüthige Schriftsteller hartherzig und übermüthig. Endlich gaben die Finanzverhältnisse zu den bittersten Klagen Veranlassung.

Digitized by Google

Die Niederländer wurden außerordentlich besteuert: nächst den Engländern hatten sie unter allen Völkern Europas verhältnißmäßig am Meisten Steuern zu entrichten, und den Belgiern wurden diese Steuern doppelt drückend, da sie auf der einen Seite die holländischen Schulden mit übernehmen und die Colonien mit unterhalten mußten, während sie doch offenbar nicht gleiche Vortheile mit den Holländern genossen und auch von den Colonien keinen unmittelbaren Gewinn ziehen konnten. Aber über die Verwendung der Steuern wurde von der Regierung nie eine ordentliche Vorlage gemacht, so daß die Stände nicht wußten, wo das viele Geld hinkomme. Die Regierung wurde in diesem Treiben durch die eigenthümlichen Bestimmungen der Verfassung unterstützt, welche besagte, daß für die ordentlichen Ausgaben immer für zehn Jahre die Steuern bewilligt werden sollten, während für andere, außerordentliche Ausgaben immer eine jährliche Bewilligung statt finde. Die Finanzminister warfen nun das zehnjährige und jährliche Budget ineinander und richteten dadurch eine solche Verwirrung an, daß sich die Stände nicht herauszufinden vermochten. So viel jedoch sah Jedermann, daß es mit den Finanzen nicht richtig stehe, und das Gerücht, daß der König die Staatseinnahmen zu Privatspeculationen benutze, erhielt dadurch nur zu große Wahrscheinlichkeit.

Während nun König Wilhelm sowohl das Nationalgefühl wie die politischen Ueberzeugungen der Belgier beleidigte, trat gegen ihn noch ein dritter Feind auf, der ebenso gefährlich, vielleicht noch gefährlicher war, wie jene beiden. Das war die katholische Geistlichkeit. Wir haben früher schon angedeutet, daß sie gleich Anfangs gegen die Regierung in Opposition trat. Offenbar war es nichts anderes, als jene pfäffische Richtung, welche keine Freiheit der Meinung und des Glaubens anerkennt, sondern unduldsam und ausschließend, wie sie ist, die Wahrheit und damit die Herrschaft nur für sich allein in Anspruch nimmt, jene Richtung, welche in Frankreich den Thron für sich gewonnen, während in den Niederlanden derselbe ihrem Treiben ganz entschieden gegenübertrat. Wilhelm I., ein guter Protestant, freisinnig und aufgeklärt, bei allen seinen sonstigen Mängeln, haßte

Digitized by Google

das Verdummungssystem der katholischen Geistlichkeit von ganzem Herzen und setzte ihr die wirksamsten Mittel entgegen. Leidenschaftlich und heftig von Natur, hielt er sich bei diesem seinen Auftreten wider den belgischen Klerus nicht immer in den Schranken der Klugheit und der königlichen Würde. So verfolgte er den Bischof von Gent, Herrn von Broglie, der allerdings eines der fanatischesten Oberhäupter der belgischen Geistlichkeit war, in einer Weise, welche die Katholiken auf das Tiefste empören mußte: er ließ ihn wegen der Veröffentlichung einiger päpstlichen Bullen, die dem Könige nicht vorgelegt worden waren, von den Gerichten zur Deportation verurtheilen und dieses Urtheil an den Pranger nageln zwischen zwei gleichzeitig am Pranger stehenden Dieben. Vor Allem aber glaubte Wilhelm dem Treiben der bigotten Geistlichkeit dadurch einen Damm entgegensetzen zu können, daß er das Unterrichtswesen ganz und gar unter die Aufsicht der Regierung stelle. Es ist gar nicht zu läugnen, was Wilhelm dafür gethan hat, verdient die vollste Anerkennung; er hat im Juni und Juli 1824 eine Reihe von dahin einschlagenden Verordnungen erlassen, welche die kräftigsten und einsichtsvollsten Maßregeln trafen, um in Schulen, Gymnasien und Universitäten der Volkserziehung eine gesunde ersprießliche Richtung zu geben. Aber er ging noch weiter. Er gründete im Jahr 1825 das philosophische Collegium in Löwen, welches fortan alle diejenigen besuchen mußten, die sich dem geistlichen Stande widmeten: keiner durfte an ein bischöfliches Seminar übergehen, ohne vorher an diesem Collegium ein Examen bestanden zu haben. Durch diese Einrichtung gedachte er den bigotten Geist des katholischen Klerus wenigstens für die Zukunft brechen zu können. Man kann sich aber denken, wie erbittert die Geistlichkeit durch alle diese Maßregeln wurde, sie sah sich in ihrem innersten Herzen angegriffen und kämpfte nun auf Leben und Tod. Sie wandte jetzt allen Einfluß auf, den sie auf das gemeine Volk übte, um dieses zu immer größerem Hasse gegen die Regierung zu entflammen.

Diese verschiedenen Elemente der Opposition wirkten schon ge-

Digitized by Google

raume Zeit, jedoch vereinzelt, nicht selten sogar gegen einander selber in die Schranken tretend. Daher kam es, daß sie keine Erfolge erzielten. In den Generalstaaten gingen die Anträge der Belgier niemals durch. Denn die Belgier lieferten zu denselben eben so viel Abgeordnete, wie Holland, nämlich 55, was im Grunde genommen auch wieder eine Ungerechtigkeit war. Von diesen 55 belgischen Abgeordneten fielen aber in der Regel immer einige zur Regierung ab, oder die Opposition spaltete sich, je nach dem Gegenstande, der zur Verhandlung kam. Andere Interessen verfolgten nämlich die Liberalen, andere die katholische Geistlichkeit. Nachgerade aber gelangten diese beiden großen Bruchtheile, aus denen die belgische Opposition bestand, zu der Ueberzeugung, daß sie nur durch Vereinigung ihrer Kräfte etwas erreichen könnten. Sie näherten sich daher gegen Ende der zwanziger Jahre, und kamen über eine gemeinsame Taktik überein. Der katholische Klerus nahm nun ein liberales Gewand an, er stimmte mit den Liberalen für Verantwortlichkeit der Minister, für Unabhängigkeit der Richter, für Geschwornengerichte, für Preßfreiheit; dagegen stimmten die Liberalen für Freiheit des Unterrichts, ein Grundsatz, welcher die wirksamste Maßregel der Regierung gegen die Geistlichkeit zu Boden schlug, denn mit diesem Grundsatz hoffte die letztere die Volkserziehung wieder in ihre Hände zu bekommen. Durch diese Vereinigung gewann die nationale Opposition der Belgier in Kurzem um ein Bedeutendes an Stärke und Kraft, und schon in den Kammern des Jahres 1828 konnte man es bemerken, welch breiten Boden bereits die Opposition erobert hatte. Zugleich entfaltete die Presse die ganze Kraft, die ihr zu Gebote stand, sie wurde immer kühner in ihren Angriffen auf die Regierung, immer lebhafter in der Vertheidigung belgischer Nationalität, immer dringender in ihren Aufforderungen an das Volk, seinen gerechten Forderungen die Erfüllung zu verschaffen. Auch ließ dieses es an nichts fehlen. Petitionen, von vielen tausend Unterschriften bedeckt, wurden von allen Theilen des Landes an die Generalstaaten eingesendet, um die Gewährung jener oben angegebenen Punkte zu verlangen: Preßfrei-

Digitized by Google

heit, Geschwornengericht, Verantwortlichkeit der Minister, Unabsetzbarkeit der Richter, Unterrichtsfreiheit. Und die Generalstaaten befürworteten diese Forderungen, selbst ein Theil der holländischen Abgeordneten war dafür.

Und wie benahm sich nun die Regierung dieser Bewegung gegenüber? Sie blieb hartnäckig auf ihrem System. Weit entfernt, in den angegebenen Punkten irgend eine Milderung eintreten zu lassen, legte sie vielmehr den Ständen einen Strafcoder mit so harten Bestimmungen vor, daß derselbe verworfen wurde; brachte sie einen Preßgesetzentwurf vor die Generalstaaten, welcher der Regierung eine so große Willkür gestattete, daß die Preßfreiheit dadurch thatsächlich aufgehoben wurde: auch dieser Entwurf wurde daher von den Ständen bekämpft; erlaubte sie sich die offenbarsten Eingriffe in das Wahlrecht, indem sie durch Ordonnanzen alle diejenigen Beamten desselben beraubte, welche von der Regierung einmal ihrer Stellen entsetzt worden waren, und dieses Schicksal widerfuhr ihnen, weil sie in den Generalstaaten mit der Opposition gestimmt hatten. Zugleich wurden die Maßnahmen wider die Presse immer gewaltthätiger. Ende des Jahres 1828 wurden fünf Redacteure von Zeitungen und der als freimüthiger Schriftsteller bekannte de Potter ins Gefängniß geworfen: man wollte ihnen mit Gewalt den Mund verstopfen.

Natürlich trug all dieß nur dazu bei, den Grimm gegen die Regierung zu vermehren. De Potter war nie so populär gewesen, als seitdem er das Märtyrerthum für die Freiheit des Wortes erduldet. Von seinem Gefängniß aus erließ er einen Aufruf an das Volk, welcher gewaltig zündete und den Geist des Widerstandes um das Zehnfache vermehrte. Die Wirkung zeigte sich bald. In der Mitte des Jahres 1829 wurden neue Wahlen für die Generalstaaten vorgenommen. Niemals war eine so lebhafte Bewegung gewesen, wie dieses Mal. Die Oppositionspartei setzte alle Hebel in Bewegung und mit dem glücklichsten Erfolge. Fast alle belgischen Wahlen fielen im liberalen Sinne aus.

Der König bereiste um diese Zeit die belgischen Provinzen. Er

Digitized by Google

hätte Gelegenheit genug gehabt, die Stimmung der Bevölkerung kennen zu lernen. Aber er verschloß hartnäckig Augen und Ohren vor den Warnungen des öffentlichen Geistes. Im Gegentheile, er benahm sich auf dieser Reise noch recht auffallend hochfahrend und ungnädig. In Lüttich, dem Mittelpunkte des Liberalismus, entblödete er sich nicht, gegen eine Abordnung der Bürgerschaft das Betragen der Belgier ein „infames“ zu nennen. Augenblicklich theilte sich dieses Wort wie ein Lauffeuer allen belgischen Provinzen mit. Man kann sich denken, wie sehr es die Aufregung der Gemüther vergrößerte. Auf das Heftigste äußerten sich die Zeitungen darüber. Es wurde selbst eine Denkmünze geprägt, auf der einen Seite das Grundgesetz darstellend, auf der andern die Worte enthaltend: Fidèle jusqu'à l'infamie (Treu bis zur Infamie).

Im October 1829 wurden die Generalstaaten eröffnet. Die Adresse auf die Thronrede war gleich in oppositionellem Geiste gehalten. Sie verlangte eine Veränderung des bisherigen Regierungssystems, eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, keine Regierung mehr mittelst bloßer Ordonnanzen. Nicht undeutlich war auch auf einen Ministerwechsel hingewiesen. Besonders verhaßt war der Justizminister van Maanen, den man als die eigentliche Seele des Ministeriums betrachtete. Im Laufe der Versammlungen entwickelte die Opposition eine immer größere Stärke und die Regierung erlitt von ihr bedeutende Niederlagen, namentlich in Hinsicht auf Finanzfragen, wo alle Forderungen derselben zurückgewiesen wurden. Auch wurde schärfer, wie je, auf die Verantwortlichkeit der Minister gedrungen, der Freiheit der Presse das Wort geredet, Geschwornengericht, wie Freiheit des Unterrichts beantragt.

Die Regierung gab aber nicht nach. Absichtlich behandelte sie die Opposition, wie all' die zahllosen Petitionen, welche sich von Tag zu Tag vermehrten, mit Haß und Verachtung. Die Botschaft des Königs vom 11. December 1829 schlug der öffentlichen Meinung geradezu ins Gesicht. Der König nannte die Vertreter derselben Unruhestifter und erklärte auf das Entschiedenste, daß er nun und nim-

Digitized by Google

mermehr die allgemein verlangte Verantwortlichkeit seiner Minister zugestehen werde. Recht im Widerspruch mit der verlangten Unabhängigkeit des Richterstandes erließ der Justizminister van Maanen im Anfang des Jahres 1830 eine Verordnung an die Justizbeamten, wornach Jeder angewiesen wurde, in politischen Fragen nie ein anderes Urtheil, als welches die Regierung wolle, zu fällen, widrigenfalls sie mit der Absetzung bestraft würden. Alle die Staatsbeamten, welche in den Generalstaaten gegen die Regierung gestimmt, wurden ohnedieß auch dieses Mal sofort ihrer Stellen entsetzt. Gegen die Presse wurde fortwährend auf das Härteste verfahren. De Potter ließ der König zu 8jähriger Verbannung verurtheilen. Vergebens war seine Appellation. Er wurde durch alle Instanzen abgewiesen. Aber ehe er den belgischen Boden verließ, schrieb er an den König noch einen Brief, in dem er ihm das bevorstehende Schicksal voraussagte.

In all' diesen Dingen hatte die Regierung genug ihren bösen Willen kundgegeben, ihre Absicht, der öffentlichen Meinung nichts zu Gefallen zu thun. Als sie nun doch, gedrängt durch die Stände und durch die immer drohender werdende Stimmung des Landes, in einigen Punkten nachgab, so konnte das wenig Eindruck mehr machen. So veröffentlichte sie endlich ein Preßgesetz, an welchem die stärksten Beschränkungen der Freiheit von den Generalstaaten beschnitten worden waren. Auch im Unterrichtswesen gab sie etwas nach, wie denn z. B. das philosophische Collegium in Löwen aufgehoben wurde. Ebenso wurde die Verordnung zurückgenommen, daß in den belgischen Gerichtshöfen die holländische Sprache angewendet werden sollte: es wurde vielmehr den betreffenden Provinzen überlassen, selber die Sprache zu bestimmen, in welcher die Gerichtsverhandlungen geleitet werden sollen. All' dieß half nichts mehr. Ohnedieß wurde der günstige Eindruck, den etwa die Nachgiebigkeit der Regierung hätte machen können, wieder aufgehoben durch die schnöde Art und Weise, wie die Generalstaaten am 2. Juni 1830 entlassen wurden, durch

Digitized by Google

die leidenschaftlichen und bissigen Bemerkungen, wodurch das Betragen der belgischen Abgeordneten gezüchtigt werden sollte.

Die Ereignisse vom 25. August bis zum Zusammentritt des Nationalcongresses.

Man sieht, in Belgien war seit Jahren genug Zündstoff aufgehäuft; es waren alle Elemente einer Revolution vorhanden, und es bedurfte nur eines äußeren Anstoßes, um den Funken zur Flamme anzufachen. Dieser Anstoß wurde gegeben durch die Julirevolution. Sie brachte eine außerordentliche Aufregung in den Gemüthern hervor. Mit der äußersten Spannung erwartete und las man die Pariser Zeitungen, man hörte nicht auf, den Heldenmuth des französischen Volkes zu bewundern; der Gedanke war sehr natürlich, daß man es in Belgien eben so machen könne wie in Paris, und nicht so bald war er gedacht, so wurde er auch ausgesprochen. Dazwischen kamen französische Sendlinge, welche heimlich zur Empörung aufreizten, und wohl hie und da auch Geld unter die Arbeiter vertheilten.

Es war am 25. August, als in Brüssel die ersten Unruhen ausbrachen. Abends wurde im Theater die Stumme von Portici gegeben. Vor dem Theater sammelten sich Haufen von Menschen, meist den niedern Ständen angehörend, die sich eine Zeitlang ruhig verhielten, dann aber auf einmal unter dem Geschrei: „Es lebe de Potter! Nieder mit van Maanen!“ Gewaltthätigkeiten begannen. Sie stürzten sich auf die Häuser verhaßter als Ministerielle bekannter Personen, zerstörten die Wohnung des ministeriellen Redacteurs Libry, machten es ebenso mit dem Palaste des Ministers van Maanen und mit dem Hause des Polizeidirectors von Knyff. Die Polizei scheute sich, diesen Unordnungen Einhalt zu thun. Am andern Tage wurden sie fortgesetzt, das Haus des königlichen Procurators Scheurmans wurde geplündert, ebenso einige Waffenläden; in der Umgegend wurden einige Fabriken in Brand gesteckt.

Digitized by Google

Die Bürgerschaft von Brüssel, welche für das Eigenthum fürchtete, errichtete sogleich eine Bürgergarde, zu deren Befehlshaber der Baron von Hooghvorst ernannt wurde. Diese suchte, so gut es ging, Ordnung und Ruhe zu erhalten. Die Aufregung war aber so mächtig, daß es unmöglich war, die Dinge wieder in das gewöhnliche Geleise zurückzuführen. Alle sahen ein, daß etwas gethan werden müsse. Die angesehensten Bürger hielten Versammlungen und beschlossen, eine Abordnung an den König zu schicken, welche von demselben, zur Wiederherstellung der Ruhe, Aenderung des bisherigen Verwaltungssystems, Entlassung der Volksfeinde aus dem Ministerium und schleunige Zusammenrufung der Generalstaaten verlangen sollte. Am 29. August reisten bgesandtendie A nach dem Haag ab.

Indessen hatte sich die Bewegung auch anderen Städten mitgetheilt, so Lüttich, Antwerpen, Löwen, Mons, Tirlemont, Verviers, Gent, Brügge. Fast überall dieselben Erscheinungen: Unordnungen, durch Volkshaufen verübt, dann Zusammentreten von Bürgerwehren, um die Ruhe wieder herzustellen, zugleich aber die ernstliche Absicht, endlich die Bewilligung der so lange und oft gestellten Forderungen durchzusetzen.

Wie benahm sich nun die Regierung? Der König empfing die Brüsseler Gesandtschaft scheinbar wohlwollend, gab aber keine bestimmte Antwort, eher eine solche, welche schließen ließ, daß er nicht gesonnen sei, in das Begehren der Brüsseler einzugehen, denn er sprach davon, daß er sich nicht die Pistole auf die Brust setzen lassen wolle, und während er die Brüsseler Abordnung mit allgemeinen Redensarten abspeiste, ließ er mehrere Truppenabtheilungen nach Belgien, besonders gegen Brüssel vorrücken. All' dieß steigerte das Mißtrauen, die Aufregung, den Fanatismus.

Der Prinz von Oranien, des Königs ältester Sohn, eilte nun selbst nach Brüssel. Die Leute, welche an der Spitze der Bürgerschaft standen, gingen ihm entgegen, betheuerten ihm den guten Geist der Bürger, versicherten ihn aber zu gleicher Zeit, daß das Einrücken holländischer Truppen zu dem furchtbarsten Blutbade führen werde

Digitized by Google

und daß das Aeußerste zu besorgen sei. Der Prinz begab sich nun allein in die Stadt. Es wurde, 3. Sept., eine Versammlung der angesehensten Einwohner veranstaltet, welcher der Prinz beiwohnte. Hier kam zum ersten Male die Forderung einer Trennung Belgiens von Holland zu Tage. Von einer Lossagung von der Dynastie Oranien war keine Rede: Belgien sollte nur seine besondere Verwaltung und Gesetzgebung erhalten. Der Prinz versprach, diesen Wunsch seinem Vater vorzutragen: er eilte nach dem Haag. Unterdessen zogen sich die holländischen Truppen, welche der zweite Sohn des Königs, Prinz Friedrich, befehligte, auf den Wunsch der Brüsseler einige Meilen von der Stadt zurück.

Die Dinge standen so, daß ein rasches rückhaltloses Eingehen in die Forderungen der Belgier noch hingereicht hätte, den Sturm zu beschwichtigen. Aber weniger als was die Brüsseler verlangt, durfte nicht bewilligt werden. Denn der Gedanke einer Trennung Belgiens von Holland, wenn auch noch unter dem Hause Oranien, flog wie ein Blitz durch alle Städte und Landschaften und wurde als unabweisliche Forderung aufgestellt. Dieser von Tag zu Tag zunehmenden Aufregung der Gemüther gegenüber, welche entschiedenes Handeln erheischte, sei es im friedlichen, sei es im feindlichen Sinne, benahm sich die Regierung schwach, taktlos, ohne Plan und Consequenz. Sie zögerte, Forderungen zu einer Zeit zu bewilligen, als die Gewährung derselben noch etwas geholfen hätte, und wenn sie endlich dieselben zugestand, war es zu spät. Sie stellte sich auf der einen Seite, als ob sie nicht abgeneigt wäre, in die Forderungen der Belgier einzugehen, zugleich aber verhehlte sie nicht den Aerger über die Bewegung, und gewisse Aeußerungen in den Proclamationen des Königs waren der Art, daß die Belgier daraus die ärgsten Schlüsse ziehen konnten. Ohnedieß hörten die Truppenbewegungen gegen den Süden nicht auf, und an einzelnen Orten, wie in Löwen, war es bereits zum Kampfe zwischen den Soldaten und den Bürgern gekommen.

Am 13. September eröffnete der König die außerordentliche Sitzung der Generalstaaten. Die Thronrede trug ganz den Charakter

Digitized by Google

der bisherigen Politik. Sie besprach die Unruhen in Belgien in Ausdrücken, welche die Gemüther nur noch mehr reizen mußten. Zugleich versprach sie zwar Untersuchung der obwaltenden Verhältnisse, und forderte namentlich die Generalstaaten auf, ihr Gutachten darüber abzugeben, was insbesondere von der Trennung Belgiens von Holland zu halten. Aber all' dieß genügte nicht, weil bei den Generalstaaten voraussichtlich die Holländer in der Mehrheit sich befanden, außerdem die Verhandlungen nach gewohnter Weise so langsam geführt wurden, daß es unerträglich war. Schon verließen einige belgische Abgeordnete die Versammlung, weil sie sahen, daß doch nichts dabei herauskomme.

Die Erbitterung steigerte sich von Tag zu Tag, der Geist der Empörung wuchs um so gewaltiger an, je weniger Entschiedenheit die Regierung zeigte. Ihre Rathlosigkeit wurde bald offenbar. In Brüssel besonders gewann der Aufruhr bald vollständig das Uebergewicht; die Bürgergarde, der Sicherheitsausschuß mußte sich auflösen, die Herrschaft gerieth ganz in die Hände des Volks. Von allen Seiten zogen sich Freiwillige dahin, besonders viele Franzosen waren da zu bemerken. Aber auch von den benachbarten belgischen Städten, wie namentlich von Lüttich, war bedeutender Zuzug gekommen.

Jetzt erließ der Prinz Friedrich eine Proclamation, von Antwerpen aus, am 21. September, in welcher er erklärte, daß er in Brüssel einrücken und über die Aufrührer strenge Strafe verhängen werde. In der That rückte er mit ohngefähr 7000 Mann vor. Aber die Freischaaren in Brüssel warteten nicht auf den Angriff, sondern sie griffen selber an. Sie zogen noch am 21. aus den Thoren, und bald entspann sich zwischen ihnen und den Truppen ein Gefecht, welches aber mit dem Rückzuge der Brüsseler endete. Am 22. wurde es fortgesetzt: die Holländer drangen bis an die Stadt vor, an den Thoren entspann sich noch ein furchtbarer Kampf, die Freischaaren wurden indessen geworfen, die Barrikaden von den Truppen überstiegen, und das königliche Schloß, der Park und die Königsstraße von ihnen in Besitz genommen. Die gewonnenen Vortheile wurden jedoch von den

Digitized by Google

Holländern nicht gehörig benützt. Die Brüsseler gewannen nun wieder frischen Muth und erneuerten am andern Tage das Gefecht. Besonders zeichnete sich die Lütticher Freischaar durch ihren Muth und ihre Tapferkeit aus. Inzwischen wurden die Brüsseler stündlich durch Zuzüge aus der Umgegend unterstützt, dadurch wuchs ihr Muth und ihre Kampfbegierde. Schon am 23. errangen sie einige Vortheile über die holländischen Truppen, noch mehr am 24., wo dieselben bis in den Park zurückgedrängt wurden. Am 25. kam nun in die Aufständischen mehr militairischer Zusammenhang. Ein spanischer Offizier, Don Juan van Halen, übernahm den Oberbefehl, unterstützt durch einen französischen General, Mellinet. Die Holländer, in dem Parke eingeschlossen, von allen Seiten den Angriffen ausgesetzt, erlitten furchtbare Verluste, gegen 4000 Soldaten waren bereits gefallen. Endlich entschloß sich Prinz Friedrich zum Rückzuge. Dieser erfolgte in der Nacht vom 26. auf den 27. September.

Dieser Kampf in Brüssel bildet den entscheidenden Wendepunkt in der belgischen Revolution. Während des Kampfes hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, bestehend aus dem Baron von Hooghvorst, dem Ingenieur Jolly, dem Advokaten Rogier, Anführer der Lütticher Freischaar, und dem General van Halen, welchen später de Potter, der von der Verbannung zurückkehrte, Gendebien, van de Weyer, Merode, Vanderlinden, Nicolai, Coppin beigegeben wurden. Mit Muth und Kraft übernahm sie die Leitung der Revolution: sie sah ein, daß man nur durch das entschiedenste Vorangehen zum Ziele gelangen könne: sie sprach aus, daß nun alle Bande, welche Belgien an Holland geknüpft hätten, zerrissen wären, daß die belgischen Provinzen von nun an einen unabhängigen Staat bildeten.

Die Nachricht vom Siege der Brüsseler, welche sich in Kurzem über ganz Belgien verbreitete, entflammte überall die Begeisterung; fast in allen Städten griffen die Einwohner zu den Waffen, um die Besatzungen und Beamten zu vertreiben. Die belgischen Soldaten gingen sofort zum Volk über, die holländischen sahen sich gezwungen, sich zurückzuziehen. Bald waren sämmtliche Städte in den Händen der

Digitized by Google

Belgier, mit Ausnahme blos Antwerpens und Mastrichts, wo sich noch holländische Besatzungen befanden.

Jetzt erst gab die Regierung nach. Die Generalstaaten hatten schon am 28. September sich für die Trennung Belgiens von Holland erklärt, der König am 4. October diesem Beschlusse seine Zustimmung gegeben, bald darauf den Prinzen von Oranien mit der Regierung der südlichen Provinzen betraut und diesen dahin mit der Vollmacht abgeschickt, Alles anzuwenden, um Belgien wieder zum Gehorsam zurückzuführen. Der Prinz erließ nun am 5. October von Antwerpen aus eine Proclamation in durchaus versöhnlichem Sinne: alle Forderungen der Belgier nach unabhängiger Verwaltung und Gesetzgebung waren darin anerkannt. Es war zu spät! Die provisorische Regierung schrieb jetzt die Wahlen zu einer Nationalversammlung aus und erklärte, daß diese allein das souveraine belgische Volk vertrete: diese Versammlung habe auch zu entscheiden, ob der Prinz von Oranien als Regent angenommen werden solle oder nicht. Der Prinz fügte sich auch dieser Entscheidung. In einer Proclamation vom 16. October erkannte er Belgiens Unabhängigkeit an, unterwarf er sich sogar dem Grundsatze der Wahl durch das Volk, erklärte er, sich selbst an die Spitze der Bewegung stellen zu wollen. Auch dieß war zu spät. Ohnedieß war der Prinz viel weiter gegangen, als sein Vater gewollt. Seine Proclamationen standen im Widerspruch mit den sonstigen Handlungen der Regierung, weßhalb sie auch bei den Belgiern kein rechtes Vertrauen fanden. Der König zog endlich die seinem Sohne gegebenen Vollmachten zurück, gebot den Befehlshabern der holländischen Truppen in Belgien, auf keinen Befehl des Prinzen mehr zu achten und ließ die Festungen Antwerpen, Mastricht und Vanloo in Belagerungsstand erklären.

Nun war an eine friedliche Ausgleichung nicht mehr zu denken. Trostlos verließ der Prinz von Oranien am 25. October Antwerpen. Die blutigen Ereignisse, welche gleich darauf in dieser Stadt vorfielen, machten vollends den Bruch unheilbar. Am 24. October griffen die belgischen Corps unter Mellinet und Nillon die Holländer

Digitized by Google

bei Barchem an und verfolgten sie bis nach Antwerpen hinein. Hier kam es am 26. zwischen den holländischen Truppen und den Belgiern zum mörderischen Kampfe: jene wurden geworfen und zogen sich in die Citadelle zurück. Der General Chassé, welcher dieselbe befehligte, ließ nun von da aus die Stadt bombardiren und dadurch eine fürchterliche Verheerung anrichten. Ueber 200 Häuser wurden in Trümmer geschossen: der Schaden, welchen das Bombardement angerichtet, wurde von den Einwohnern auf 55 Millionen gerechnet. Denn es waren fast alle Magazine der Kaufleute in Feuer aufgegangen.

Der Nationalcongreß und die belgische Verfassung.

Unter dem Eindrucke dieses furchtbaren Ereignisses, welches die Erbitterung der Belgier auf den höchsten Grad steigerte, versammelte sich der Nationalcongreß. Er wurde am 10. November eröffnet. Seine Aufgabe war, die Ergebnisse der Revolution zu befestigen und Belgien in einen neuen geordneten Zustand hinüberzuführen. Und diese Aufgabe hat er mit seltenem Geschicke gelöst. Freilich war ihm hierin bereits durch die provisorische Regierung auf das Kräftigste vorgearbeitet, und sodann wurde er nicht wenig vom Glücke begünstigt.

Was die provisorische Regierung anbetrifft, so verfuhr sie, wie schon bemerkt, mit unermüdlichem Eifer und großer Energie, und zwar nach allen Richtungen hin, sowohl in Bezug auf die inneren Angelegenheiten, als auf die auswärtigen Verhältnisse. Dabei vermied sie es, die dictatorische Gewalt, welche ihr die Verhältnisse in die Hände gegeben, in irgend einer Weise zu mißbrauchen. Mit ächt patriotischem Sinne und edler Selbstverläugnung betrachtete sie sich nur als die zeitweilige Ausführerin des Volkswillens: sie hütete sich daher, demselben in Dingen vorzugreifen, worüber er nicht bereits entschieden hatte, und ging nur in solchen Punkten mit Entschiedenheit voran, über welche die öffentliche Meinung sich schon längst ausgesprochen

Digitized by Google

hatte und bei welchen Gefahr im Verzuge gewesen wäre. So verkündete sie alsbald Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Unterrichtsfreiheit, Freiheit des Cultus. Auch setzte sie einen Ausschluß nieder, welcher sich mit der Ausarbeitung eines dem Congresse vorzulegenden Verfassungsentwurfes beschäftigen sollte.

Vom Glücke wurde die belgische Revolution in so fern begünstigt, als die großen Mächte gegen sie keineswegs eine feindselige Stellung einnahmen. König Wilhelm I. wandte sich zwar Anfang Octobers an die fünf Großmächte, England, Frankreich, Preußen, Oestreich und Rußland, um von ihnen als den Garanten der Verträge von 1815 Unterstützung gegen die Belgier zu erlangen. Und in der That schien Anfangs Rußland geneigt, dieser Bitte zu willfahren, wie auch das Cabinet von St. James. Bei näherer Betrachtung jedoch mußten die Mächte zu der Ueberzeugung gelangen, daß ein feindseliges Auftreten gegen die belgische Revolution einen allgemeinen Krieg nach sich zu ziehen drohte. Es war nicht zu erwarten, daß das Cabinet der Tuilerien ein feindliches Einmischen der Großmächte in die belgischen Angelegenheiten geduldig mit ansehen würde, da sie in denselben nur das Vorspiel zu einem Kriege gegen die neue Ordnung der Dinge in Frankreich zu erblicken berechtigt war. Die französische Regierung mußte Belgien als das Bollwerk von Frankreich betrachten, dessen Erhaltung ihm zugleich seine eigene Unabhängigkeit verbürgte. Und wäre auch das Ministerium kurzsichtig genug gewesen, die wahre Lage der Dinge zu verkennen, so wurde es schon durch die inneren Zustände Frankreichs, durch die Aufregung der Gemüther, welche gerade in jenen Zeiten einen so hohen Grad erstiegen hatte, zu der Befolgung der angedeuteten Politik bewogen: ein Preisgeben Belgiens hätte die ganze oppositionelle Partei um das Doppelte verstärkt, hätte die Kriegspartei in Kurzem zur herrschenden gemacht. Die provisorische Regierung in Brüssel erkannte im Augenblicke die volle Bedeutung, welche die Haltung Frankreichs zu der belgischen Revolution haben mußte und sandte daher gleich Anfang Octobers einen Bevollmächtigten, Gendebien, nach Paris, um sich der

Digitized by Google

freundschaftlichen Gesinnung des französischen Cabinets zu vergewissern, und zu diesem Ende Ludwig Philipp's zweitem Sohne, dem Herzog von Nemours, einstweilen den belgischen Thron anzutragen. Das Letztere wurde nun zwar von Ludwig Philipp abgelehnt, aber er versicherte den belgischen Abgesandten, daß er eine Einmischung der Großmächte in Belgien nicht dulden werde. Von dieser Seite her war man also gesichert. Bei so bewandten Umständen beschlossen nun die Großmächte, die belgischen Wirren auf eine friedliche Weise auszugleichen, und es traten daher noch Ende Octobers die Bevollmächtigten derselben, Talleyrand, Esterhazy, Bülow, Aberdeen und Mastuzewicz in London zu einer Conferenz zusammen. Die provisorische Regierung sandte augenblicklich auch dahin einen Bevollmächtigten, van de Weyer, welcher die dort versammelten Diplomaten über die eigentliche Lage der Dinge in Belgien aufklärte. Am 4. October brachten sie das erste Protocoll zu Stande, welches eine Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Belgien und Holland vorschlug und als vorläufige Gränze Belgiens diejenige festsetzte, welche vor dem Pariser Vertrage vom 30. Mai 1814 bestanden hatte. Diese Entscheidung war immerhin schon eine günstige. Aber noch im Laufe des Monats November traten zwei Ereignisse ein, welche die Zukunft Belgiens noch sicherer zu stellen vermochten. Das war der Sturz des Ministeriums Wellington in England, welches durch ein Whigcabinet ersetzt wurde, das wie im Innern, so auch gegen Außen ein viel freiere Politik befolgte: und der Ausbruch der polnischen Revolution, welcher Rußland abhielt, seine Waffen gegen die revolutionairen Bewegungen des Westen zu richten.

Der belgische Nationalcongreß benutzte nun diese günstige Stellung, in welche ihn die Weltlage versetzt hatte, auf das Geschickteste. Er ging rasch zu Werke, um seine Aufgabe so bald wie möglich zu Ende zu bringen, sicherte dabei vollkommen die Freiheiten, um derentwillen die Revolution gemacht worden war, und entzog, indem er zugleich mit Umsicht und Besonnenheit verfuhr, der Reaction einen Vorwand, gegen sie aufzutreten.

Digitized by Google

Am 10. November wurde der Congreß eröffnet, welcher Surlet de Chokier zu seinem Präsidenten ernannte. Am 12. legte die provisorische Regierung ihre Gewalt in die Hände des Congresses nieder, wurde jedoch von ihm mit der ferneren Fortführung der ausübenden Gewalt betraut. Am 18. sprach der Congreß die Unabhängigkeit Belgiens aus, unbeschadet der Verhältnisse Luxemburgs zum deutschen Bund. Gleich darauf ging er in die wichtige Frage über die zukünftige Regierungsform des neuen Staates ein.

Gleich von Anfang an bestanden darüber zwei verschiedene Ansichten. Die eine Partei, an deren Spitze de Potter sich befand, wollte die Republik: die andere die Monarchie, jedoch mit einer demokratischen Grundlage. Für jene waren besonders die jüngeren exaltirten Männer, welche die Frage mehr vom theoretischen Standpunkte aus betrachteten. Die Besonneneren, Umsichtigeren, welche zugleich auch die auswärtigen Verhältnisse in Betracht zogen, erklärten sich für die Monarchie. Schon in der provisorischen Regierung war diese Frage angeregt worden: aber Alle mit Ausnahme de Potter's hatten der monarchischen Regierungsform den Vorzug gegeben. Dasselbe Verhältniß fand in dem Verfassungsausschusse statt. Hier entschied sich nur Tielemans für die Republik. Als die Frage im Congresse zur Verhandlung kam, hatten sich inzwischen die diplomatischen Beziehungen so gestaltet, daß sie den Ausschlag zu Gunsten der Monarchie geben mußten. Die Großmächte waren günstig für Belgien gestimmt: sie verhehlten jedoch nicht, daß diese Gesinnung nur so lange Bestand haben werde, als Belgien keinen Anlaß zur Störung des monarchischen Principes gebe: die Einführung der Republik daselbst würde sie ohne Weiteres gegen es in eine feindselige Stellung versetzt haben. Und in diesem Sinne sprach sich namentlich auch das französische Cabinet aus, von dessen freundlicher Haltung doch so viel abhing. Als daher über die Regierungsform abgestimmt wurde, so entschieden sich 174 für die constitutionelle Monarchie und nur 13 für die Republik. Dieses Ergebniß war auch der vollkommene Ausdruck der öffentlichen Meinung. Für die Republik war auch im Volke nur eine sehr geringe Minderheit. De Potter erkannte dieß

Digitized by Google

selber an, weshalb er sich von der provisorischen Regierung, wie überhaupt von dem öffentlichen Leben zurückzog.

Wenn nun aber auch der Congreß, besonders mit durch die auswärtigen Verhältnisse bestimmt, sich für die Monarchie entschieden hatte, so war er doch keineswegs gewillt, derselben eine Macht zu verleihen, welche die Freiheit hätte beeinträchtigen können. Er wollte in der That den neuen Thron mit demokratischen Einrichtungen umgeben und alle Vorkehrungen treffen, um die Freiheit des Volks gegen alle etwaigen Eingriffe der Regierungsgewalt sicher zu stellen. So brachte denn der Congreß eine Verfassung zu Stande, welche zu den freiesten unter allen seit 1815 bestehenden gehörte und in manchen Punkten die norwegische sowohl wie die spanische von 1812 übertraf. Dabei ist rühmend anzuerkennen, daß diese Verfassung nicht blos aus politischen Theorien hervorgegangen ist, sondern daß sie sich an die geschichtlichen Verhältnisse des Landes anlehnte, daß der Congreß mit großer Gründlichkeit und Umsicht alle Fragen verhandelte und dennoch in Zeit von kaum drei Monaten mit seinem Werke zum Abschluß gekommen ist. Denn am 7. Februar 1831 wurde über die gesammte Verfassung abgestimmt und dieselbe einstimmig angenommen.

Die belgische Verfassung wendet besonders den Punkten, welche sich auf die Freiheit der Einzelnen beziehen, eine große Aufmerksamkeit zu. Sie bestimmt vollkommene Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, hebt daher die Vorrechte des Adels auf. Sie verbürgt in ausgedehntestem Sinne die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Erforderlichkeit eines richterlichen Beschlusses zu jeder Verhaftung, das Eigenthumsrecht, weshalb die Güterconfiscation für immer verboten ist; vollkommene Religionsfreiheit, Unabhängigkeit der Kirche und ihre vollständige Trennung vom Staate; vollkommene Unterrichtsfreiheit; vollkommene Preßfreiheit; Vereins- und Versammlungsrecht, mit Ausnahme der Versammlungen unter freiem Himmel, welche den Polizeigesetzen unterliegen; endlich gerichtliche Verfolgung gegen die Beamten, welche ihre Gewalt überschritten haben. Die Gerichtsverfassung ist ebenfalls nach den freiesten Principien ge-

Digitized by Google

ordnet: Geschwornengericht, Unabsetzbarkeit der Richter. Ferner freie Gemeinde- und Provinzialverfassungen, besonders mit Rücksicht auf frühere Gesetze und Bestimmungen.

Die gesetzgebende Gewalt wird von zwei Kammern ausgeübt, beide vom Volke gewählt. Aber zur ersteren sind nur solche Bürger berechtigt, welche 40 Jahre zählen und mindestens 1000 Gulden Steuern zahlen. Zur zweiten Kammer ist jeder Mann aus dem Volke wählbar, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und geborener Belgier ist. Die Wahlberechtigung hängt jedoch von einem gewissen Census ab, niederer auf dem Lande, höher in den Städten. Beide Kammern haben die Initiative bei der Gesetzgebung, Steuerbewilligungsrecht, Anklage der Minister und überhaupt all' die Rechte, welche den Kammern in freien Verfassungen zukommen. Alle Jahre versammeln sie sich von selbst am 2. November.

Um der Volksvertretung die Unabhängigkeit der Meinung zu sichern und Einflüsse der Regierung zu verhüten, ist bestimmt, daß ein Abgeordneter, welcher im Laufe der Sitzungen ein öffentliches Amt erhält, aus der Kammer treten muß, wenn er nicht wieder gewählt wird.

Die Verfassung stellt als Grundsatz die Volkssouveränität auf. Alle Staatsgewalt geht daher vom Volke aus. Auch der König hat seine Gewalt von der Nation. Er nimmt nicht eher vom Throne Besitz, als bis er die Verfassung feierlich beschworen. Er hat einen Antheil an der gesetzgebenden Gewalt, insoferne als er gleich den Kammern Gesetze vorschlagen darf und die Verkündigung derselben ihm allein zusteht. Er hat auch die zu der Vollziehung derselben nothwendigen Verordnungen und Verfügungen zu erlassen, ohne jedoch die Gültigkeit der Gesetze selbst jemals unterbrechen, noch von ihrer Vollziehung entbinden zu können. Er besitzt überhaupt die vollziehende Gewalt in dem gewöhnlichen Umfange, nur unterliegen Handelsverträge, so wie solche, welche den Staat belasten oder einzelnen Belgiern Verpflichtungen auflegen könnten, der Zustimmung der Kammern. Kein vom Könige ausgehender Act ist gültig ohne die

Digitized by Google

Unterschrift eines Ministers. Die Minister sind verantwortlich und können von der Kammer der Volksvertreter in Anklagestand versetzt werden. Der Cassationshof richtet über sie. Für die rechte Ordnung im Finanzwesen ist durch den Rechnungshof gesorgt, dessen Mitglieder von der zweiten Kammer ernannt werden. Derselbe ist mit der Prüfung der Rechnungen der allgemeinen Verwaltung und Aller, welcher der Staatscasse Rechnung ablegen müssen, beauftragt. Er wacht darüber, daß kein Posten des Ausgabebudgets überschritten werde und keine Uebertragung statt finde.

Dieß sind im Wesentlichen die Grundzüge der belgischen Verfassung, deren Anerkennung und feierliche Beschwörung der Congreß von demjenigen Fürsten verlangte, welcher die belgische Krone tragen sollte.

Verhandlungen über die Besetzung des Throns. Leopold von Coburg, König der Belgier.

Aber wer sollte nun den neuen Thron besteigen?

Diese Frage rückte dem Congresse immer näher, und schon vor der gänzlichen Beendigung des Verfassungswerkes hielt er es für seine Pflicht, sich damit zu beschäftigen.

Denn so lange die Zukunft des neuen Königreichs noch nicht gesichert war, so lange gaben die verschiedenen Parteien die Hoffnung nicht auf, zuletzt doch noch den Sieg zu erringen: sie benutzten den provisorischen Zustand dazu, neue Anhänger zu erwerben, in die bisherige Mehrheit Spaltungen zu bringen und auf diese Weise die Revolution selbst wieder in Frage zu stellen. Außer der nationalen Partei, welche die Mehrheit des Congresses ausmachte und zu der auch die Mehrheit des Volkes gehörte, welche die Unabhängigkeit Belgiens unter der Form einer demokratischen Monarchie verlangte, bestanden noch drei andere: die republikanische, von welcher wir schon gesprochen; die französische, welche einen gänzlichen Anschluß an Frankreich beab-

Digitized by Google

UNIV. OF

schtigte, und endlich die oranische, welche mit einer neuen Unterwerfung unter das Haus Oranien umging. Jede dieser Parteien machte ihre Umtriebe; am thätigsten war jedoch die letztere, welche an manchen Orten schon den Versuch zu einer förmlichen Contrerevolution gemacht hatte.

Außerdem aber hatten die Verhandlungen der Londoner Conferenz eine für Belgien ungünstigere Wendung genommen. Die Conferenz nahm zwar im Protocoll vom 20. December definitiv die Trennung Belgiens von Holland an; aber es blieb noch die Frage übrig, unter welchen Bedingungen diese Trennung erfolgen, welche die gegenseitigen Gränzen beider Staaten sein sollten. Das Protocoll vom 20. Januar beantwortete endlich auch diese Frage, aber zum Nachtheile Belgiens. Holland sollte nämlich die Gränzen erhalten, welche die ehemalige Republik der vereinigten Niederlande im Jahre 1790 besessen, Belgien aber aus dem ganzen übrigen Gebiete gebildet werden, das in dem Jahre 1815 den Namen Königreich der Niederlande erhalten hatte, mit Ausnahme des Großherzogthums Luxemburg, welches bei dem Hause Nassau, d. h. bei dem Könige von Holland verbleiben sollte. Gegen diesen Beschluß legte der belgische Congreß Verwahrung ein, indem er der Conferenz das Recht bestritt, die Gränzen Belgiens zu bestimmen. Bei den Verhandlungen über diese Frage im Congresse fehlte es nicht an leidenschaftlichen Reden, welche nicht geeignet waren, die Conferenz günstiger für die Belgier zu stimmen. Schon kam bei den Cabinetten der Gedanke einer Theilung Belgiens auf, und zwar zwischen Holland, Preußen, Frankreich und England, welchem letzteren Antwerpen zugefallen wäre.

All' diese Dinge sprachen für die Nothwendigkeit, so schnell wie möglich den provisorischen Zustand Belgiens zu beendigen, und dieß hoffte man am ersten durch einen König zu erreichen. Aber wen wollte man wählen?

In der ersten Zeit der Revolution, als Belgien sich nothgebrungen an Frankreich anlehnte, von dem es am ersten Schutz erwarten durfte, kam der Gedanke auf, einen französischen Prinzen zum Könige zu er-

Digitized by Google

nennen, und wir haben bereits angedeutet, daß schon im October 1830 Gendebien von der provisorischen Regierung mit der Anfrage nach Paris gesendet wurde, ob der Herzog von Nemours die belgische Krone annehmen werde. Damals schon erklärte sich Ludwig Philipp dagegen, da er sehr wohl einsah, daß die Mächte niemals damit übereinstimmen würden. Nichtsdestoweniger wurde der Gedanke nicht aufgegeben, und Seitens der belgischen Regierung wurde zu wiederholten Malen beim französischen Cabinette darüber angefragt, die Antwort blieb jedoch immer dieselbe. Nun fiel ein Theil des Congresses auf den Herzog August von Leuchtenberg, den Sohn des ehemaligen Vicekönigs Eugen, und dieser Prinz, an dessen Namen sich so viele rühmliche Erinnerungen knüpften, gewann bald die öffentliche Meinung dermaßen für sich, daß die Erwählung desselben durch den Congreß kaum mehr zu bezweifeln war, zumal da er hatte erklären lassen, daß er die Wahl, wenn sie auf ihn fiele, annehmen werde. Mit diesem Throncandidaten war jedoch Ludwig Philipp gar nicht zufrieden. Er erblickte in der Wahl dieses Napoleoniden eine Gefährdung seines eigenen Throns und zögerte nicht, die nöthigen Mittel anzuwenden, um die Erwählung des Herzogs von Leuchtenberg zum Könige von Belgien zu hintertreiben. Er erklärte den Belgiern offen, daß er denselben niemals als König von Belgien anerkennen, daß er vielmehr die Wahl desselben als einen Act entschiedener Feindseligkeit betrachten werde. Diese Sprache Ludwig Philipps erbitterte die Belgier: sie sahen dadurch ihre nationale Selbständigkeit in Frage gestellt, sich zu Vasallen Frankreichs erniedrigt, und wollten nun gerade erst den Herzog von Leuchtenberg erwählen. Als Ludwig Philipp sah, daß sein erstes Mittel den entgegengesetzten Erfolg gehabt, so griff er nach einem anderen. Er ließ nun unter der Hand der provisorischen Regierung in Belgien zu wissen thun, daß er jetzt der Wahl des Herzogs von Nemours seine Zustimmung nicht mehr versagen werde. Seine Agenten in Brüssel waren angewiesen, Alles aufzubieten, um die Wahl des französischen Prinzen durchzusetzen. Zugleich versuchte er noch ein anderes Mittel, um seine in Belgien etwas geschwächte Po-

Digitized by Google

pularität wieder herzustellen. Er ließ durch seinen Minister des Auswärtigen, Grafen Sebastiani, den Belgiern zu wissen thun, daß er mit dem Protocoll der Londoner Conferenz vom 20. Januar nicht einverstanden sei und daß er die Protestation billige, welche der Congreß dagegen eingelegt. All' dieß verfehlte nicht seine Wirkung. In dem Augenblicke, wo man sich von der Londoner Conferenz ungerecht behandelt glaubte, wo man die Möglichkeit einer feindseligen Stellung der Mächte gegen Belgien sich aufs Neue nahe gerückt sah, setzte man wieder neue Hoffnungen auf Frankreich, und glaubte dadurch allein, daß man sich ihm in die Arme werfe, Belgien retten zu können. Indessen war dieß doch nicht die Ansicht Aller, nicht einmal einer großen Mehrzahl. Es fehlte nicht an Stimmen, welche vor der Wahl eines französischen Prinzen warnten, wodurch man die belgische Selbständigkeit aufgebe, ohne zugleich Europa befriedigen zu können. Als die Frage endlich (3. Februar 1831) zur Abstimmung kam, so wurde der Herzog von Nemours allerdings gewählt; aber erst in der zweiten Wahlhandlung erhielt er die nöthige Stimmenzahl, nicht eine einzige darüber: die anderen fielen auf den Herzog von Leuchtenberg und auf den östreichischen Erzherzog Karl.

Ludwig Philipp hatte seinen Zweck erreicht, die Ausschließung des Herzogs von Leuchtenberg. Er dachte aber nicht daran, den Prinzen von Nemours die belgische Krone wirklich annehmen zu lassen. Dieß war ohnedieß nicht mehr möglich ohne einen allgemeinen Krieg. Denn die Londoner Conferenz hatte in einem geheimen Protocoll vom 1. Februar 1831 bereits die Ausschließung des Herzogs von Nemours vom belgischen Throne ausgesprochen — das Nämliche beschloß sie freilich auch bezüglich des Herzogs von Leuchtenberg —, und am 7. Februar, als ihr die Wahl des Herzogs Nemours mitgetheilt worden war, erklärte sie noch einmal ausdrücklich, daß derselbe niemals von den Großmächten als König von Belgien anerkannt werden würde. Ludwig Philipp selbst ertheilte der belgischen Deputation am 17. Februar die abschlägige Antwort.

In Belgien äußerte der Erfolg dieser ersten Königswahl eine

Digitized by Google

sehr niederschlagende Wirkung. Viele Patrioten wurden entmuthigt, während jene anderen oben erwähnten Parteien, besonders die oranische und die republikanische, darin neue Aussichten für das Gelingen ihrer Plane erblickten. Jene ließ nicht nach, ihre Reihen zu verstärken, und es gelang ihr besonders unter dem Adel und bei dem Mittelstande, welche das Hereinbrechen einer allgemeinen Anarchie fürchteten: diese benutzten das Vereinsrecht dazu, um ihre Ansichten in immer weiterem Kreise zu verbreiten. Schon wurde im Congresse selbst von der republikanischen Partei der Vorschlag gemacht, nunmehr ohne Weiteres die Republik zu verkünden. Die Mehrheit der Versammlung ging jedoch diesmal so wenig darauf ein, wie im November vorigen Jahres. Vielmehr beschloß sie, an die Stelle der bisherigen Regierung eine andere ausübende Gewalt zu setzen, welche der in der Verfassung angenommenen mehr entspräche. Sie ernannte am 24. Februar einen Regenten in der Person des bisherigen Präsidenten des Nationalcongresses, Surlet de Chokier.

Die neue Regierung hatte noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese bestanden außer dem fortwährenden aufgeregten Zustande der Bevölkerung besonders in den Unterhandlungen über die belgischen Gränzen, welche, wie bemerkt, die Londoner Conferenz bereits bestimmt, gegen welche aber der Congreß Verwahrung eingelegt hatte, und in den Verhandlungen über die Besetzung des belgischen Thrones. Was Letzteres anbetrifft, so dachte die belgische Regierung an den Prinzen Leopold von Coburg, denselben, dem auch die Griechen ihren Thron angeboten hatten. Es wurde bei ihm angefragt, und er ertheilte zuletzt seine Zustimmung, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Belgier sich den Vorschlägen der Londoner Conferenz fügten. Denn nur dadurch glaubte er den neuen Thron halten zu können. Der belgische Nationalcongreß erwählte nun am 4. Juni den Prinzen zum Könige von Belgien. Gleich darauf begab sich eine Deputation zu ihm nach London, um seine Antwort zu holen. Eine andere Gesandtschaft, aus Devaux und Nothomb bestehend, wurde an die Conferenz abgeschickt. Dieselbe' sollte nun auf die Conferenz einwirken, um bessere Bedingungen zu erhal-

Digitized by Google

ten, und es gelang ihr auch. Denn die Conferenz entschloß sich endlich am 26. Juni 1831 zu den sogenannten 18 Artikeln, in welchen zwar die Grundlage des Protocolls vom 20. Januar aufrecht erhalten wurde, jedoch mit der bedeutenden Beschränkung, daß vorderhand die Frage über Luxemburg in der Schwebe bleiben sollte. Den Tag darauf, am 27. Juni, empfing Prinz Leopold die belgische Deputation und erklärte, die Krone annehmen zu wollen, wenn der Congreß die 18 Artikel annehme. Der Congreß nahm sie nach stürmischen Verhandlungen, welche über eine Woche dauerten, am 9. Juli wirklich an. Am 21. hielt darauf Leopold seinen Einzug in Brüssel und wurde an demselben Tage vom Congresse feierlich zum Könige von Belgien eingesetzt, nachdem er die Verfassung beschworen.

Die belgische Revolution war nunmehr gesichert.

Um dieselbe Zeit, als in Belgien die Revolution ausgebrochen, begann sie sich auch Deutschlands zu bemächtigen.

Digitized by Google

Fünftes Capitel.

Die politischen Bewegungen in Deutschland.

Allgemeine Zustände bis 1830.

Die Romantik und der Liberalismus.

Seit der Besiegung der liberalen Bestrebungen der zwanziger Jahre hatte die Reaction in Deutschland gewonnenes Spiel und sie versäumte nicht, die politischen Zustände in die engsten Bande zu schnüren. Eine Zeitlang gingen die Verfolgungen der sogenannten Demagogen mit der gewohnten Strenge fort und die Mainzer Centraluntersuchungscommission verbreitete fortwährend Schrecken unter den Gemüthern. Die Reaction erreichte bald ihren Zweck. Niemand wagte mehr in einer den Machthabern mißfälligen Weise aufzutreten, zu wirken oder sonstwie sich zu äußern. Tiefste Ruhe schien in Deutschland wiedergekehrt: die Regierungen durften thun, was sie wollten, sie brauchten keines Widerspruches gewärtig zu sein. Unter solchen Umständen konnte man es schon wagen, im Jahre 1828 die Mainzer Centraluntersuchungscommission wegen demagogischer Umtriebe aufzulösen. Selbst diese Thatsache war ein Zeichen, daß die Regierungen an das Dasein revolutionairer Stimmungen nicht mehr glaubten.

Die gesetzliche Opposition, wie sie jetzt nur noch in den Kammern constitutioneller Staaten auftreten konnte, fürchteten sie nicht. Denn wie wir schon früher angedeutet, auch in diesem Punkte herrschte die Reaction. Es gelang ihr, durch Bestechung, Einschüchterung,

Digitized by Google

schlechte Mittel aller Art auf die Wahlen zu den Ständeversammlungen einzuwirken und diese in ihrem Sinne zusammenzusetzen. Außerdem waren den Regierungen genug Mittel geboten, um etwaige widerstrebende mißliebige Elemente von der Volksvertretung auszuschließen. Und im schlimmsten Falle brauchten sie sich selbst an den entschieden ausgesprochenen Willen der Stände nicht zu kehren: denn in ihren Händen befand sich die Gewalt: was vermochte gegen sie eine Ständeversammlung, welche nicht einmal eine sich selbst bewußte Volkskraft hinter sich hatte?

Die Verhandlungen der deutschen Kammern boten daher bis zum Jahre 1830 nicht das mindeste Interesse dar. Kaum, daß sich da und dort eine kleine Opposition bemerklich machte, welche aber niemals Erfolge hatte. Die Stände sagten zu allen Vorschlägen der Regierung ja und bewilligten die verlangten Steuern. Man kann sich denken, daß sie dadurch nicht beitrugen, bei dem Volke die Vorliebe für die constitutionelle Regierungsform zu erhöhen. Die Lauheit und Gleichgültigkeit gegen die öffentlichen Zustände stieg vielmehr von Jahr zu Jahr, und es kam wohl vor, daß von Bürgern eines constitutionellen Staates (in Baden z. B. im Jahre 1825) Adressen an den Fürsten gesendet wurden, welche die Aufhebung der Verfassung verlangten.

Eine niederdrückende Theilnahmlosigkeit lag über dem ganzen Volke. Das Interesse an der Politik, welches noch kurz vorher sein innerstes Leben ergriffen hatte, schien plötzlich aus ihm verschwunden zu sein. Die Reaction war nicht blos eine von außen aufgedrungene: sie hatte sich auch der Geister bemächtigt. Diese Stimmung zeigte sich auch in der Literatur. Die Tagespresse, welche freilich schon durch die Censur verhindert war, sich frei zu äußern, schleppte sich in tödtlicher Langweile dahin: die Mittheilung trockener politischer Thatsachen hie und da durch einen poetischen Erguß über die Geburt eines Prinzen oder die Vermählung einer Prinzessin unterbrechend, außerdem mit Theilnahme der Beobachtung der Witterung und schädlicher Naturereignisse zugewendet. Der Geist der Nation wandte sich von den

Digitized by Google

vergeblich erstrebten großen staatlichen Umwandlungen wieder zurück zu den heitern Spielen der Phantasie, und suchte in ihnen theils Beruhigung, theils Entschädigung für den Verlust der Ideale, die ihn seit den Freiheitskriegen gefangen gehalten. Es ist begreiflich, wie man sich mit allem Eifer wieder auf Poesie, Kunst, Musik und Theater warf, und das öde Dasein des gewöhnlichen Lebens durch den Genuß, den diese boten, zu würzen trachtete. Aber selbst die Art und Weise, wie man diese Sphären menschlicher Thätigkeit anbaute oder sich an ihnen ergötzte, trug den Stempel der Zeit. War dieser Drang doch nicht hervorgegangen aus den Trieben einer in ihrer innersten Lebenskraft aufgeregten Nation — denn nur eine solche vermag auch auf dem Gebiete der Kunst Großes zu leisten —, sondern war er blos das Ergebniß des Unglücks und der Schmach, welche noch dadurch sich vergrößerte, als sich das Volk sagen mußte, daß seine Schwäche keine geringe Schuld daran trug! Jene Beschäftigung mit Kunst und Literatur war dem Volk, möchte ich sagen, moralisches Bedürfniß: es suchte sich dadurch vor sich selber zu retten, sich vor seiner eigenen Schwäche zu verstecken. Daher trägt auch die künstlerische und dichterische Richtung der Restaurationsepoche nicht einen frischen, freien, ursprünglichen Charakter, sondern einen gezwungenen, manierirten, leeren und faden. Sie lehnt sich entweder an die bereits anerkannten alten Autoritäten an, welche mit nichtssagender feiler Wohldienerei gepriesen und in den Himmel erhoben werden; oder, wenn sie selbstthätig auftreten wollte, wiederholte sie nur längst behandelte Gegenstände, innere Stimmungen, Seelenzustände; selbst einer der ausgezeichneteren Dichter, Rückert, bewegt sich nur im Liebeslied und im Glück des häuslichen Lebens. Die eigentliche Unterhaltungsliteratur, der Roman und die Novelle, sank zur Plattheit und Unbedeutendheit herab, wie das Drama sich zur hohlen Schicksalstragödie aufspreizte. Es ist bezeichnend, daß in jener Zeit die Götheabgötterei ihre höchste Stufe erstieg, welche sich eben darin bewies, daß sie nicht in das innerste Wesen dieses großen Geistes eindrang, sondern sich nur dazu hergab, Alles, was von ihm ausge-

Digitized by Google

gangen, sei es auch das Unbedeutendste, vortrefflich zu finden. Es charakterisirt ferner die Zeit, daß im Roman Clauren, im Drama die Raupach's und die Müllner's den Geschmack des Publicums beherrschten, und daß die ästhetische Kritik sich im Allgemeinen nur in hohlen Phrasen, in abgeschmackten Bewunderungen bewegte, welche die Leere des Inhalts verdecken sollten, während man sich zugleich in Vergötterung einer Sängerin oder Tänzerin überstürzte.

Man würde sich aber täuschen, wenn man glauben wollte, daß diese Richtung, welche sich allerdings besonders breit machte, die alleinige der Nation gewesen sei. Der Geist der Freiheit und des Fortschritts war nur in Fesseln gehalten, schlummerte gleichsam nur: aber inzwischen sammelte er neue Kräfte, stählte er sich zu neuem Kampf. Wie sehr auch der äußere Schein den Beobachter zu der Annahme berechtigen mochte, daß die Nation sich gleichgültig und willenlos dem neuen Despotismus unterworfen, sich sogar unter ihm heimisch fühle, so wenig war dieß doch eigentlich der Fall. Die Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen nahm vielmehr in demselben Grade zu, als die Reaction glaubte, dieselbe überwunden zu haben.

Und wie konnte es anders sein? Wenn man nur auf den einen Punkt blickte, welcher für die Masse des Volks der Prüfstein für die Güte einer Regierung zu sein pflegt, auf die sogenannten materiellen Interessen, so boten diese allein übergenug Stoff zur Rüge, ja zur Verwerfung des herrschenden Systems. Was war von den deutschen Regierungen für die Hebung des Kunstfleißes und des Handels geschehen? Seit dem Wiener Congresse stellte die Nation unablässig darauf bezügliche Forderungen: hie und da schienen auch einzelne Regierungen, wie im Anfange der zwanziger Jahre, darauf einzugehen, aber die Unterhandlungen führten zu keinem Resultate: es blieb bei dem unseligen Verhältnisse, daß das Ausland den deutschen Markt mit seinen Waaren überschwemmte, während die Deutschen in ihrem Innern durch ebenso viele Zollschranken von einander getrennt waren, als es Bundesstaaten gab. Der deutsche Kunstfleiß und

Digitized by Google

Handel blieb gebunden, siechte offenbar dahin und ließ das Volk mehr und mehr verarmen. Gegen Ende der zwanziger Jahre wurden zwar von einzelnen Staaten Versuche gemacht, durch größere Vereinigungen diesem unseligen Verhältniß ein Ende zu machen. So suchte Preußen sein Zollsystem auf die von seinem Gebiete eingeschlossenen und auf einige der benachbarten Staaten auszudehnen: im Jahre 1828 trat auch Hessen-Darmstadt hinzu. In demselben Jahre schlossen Baiern und Würtemberg und die beiden Hohenzollern einen Zollverein: und zugleich bildete sich der mitteldeutsche Handelsverein, bestehend aus dem Königreich Sachsen, Hannover, Kurhessen, Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Nassau, Sachsen-Altenburg, Coburg, Meiningen, Hessen-Homburg, Reuß, Schwarzburg-Rudolstadt, Bremen und Frankfurt. Aber diese Vereine leisteten im Grunde doch keine Abhülfe wider die herrschenden Uebelstände. Die innere Industrie erhielt dadurch keinen Aufschwung, und die auswärtige Concurrenz wurde keineswegs aufgehalten. Die Verarmung nahm täglich zu, und doch verminderten sich die Steuern nicht, trotz des Friedens: sie erhöhten sich vielmehr und drückten gerade die niederen Stände, welche von den schlechten Handelsverhältnissen am meisten zu leiden hatten, am empfindlichsten. Wie war unter solchen Umständen Zufriedenheit des Volks mit dem Systeme der Machthaber zu erwarten? Eine düstere Stimmung zog vielmehr durch die niederen Schichten der Gesellschaft, die sich wohl hie und da in kecker Verhöhnung des Gesetzes aussprach, wie in den zahllosen Schmugglerbanden, welche an den Gränzen der deutschen Gebiete organisirt waren und nicht selten mit den Zollwächtern in's Handgemenge geriethen, ja sogar oft förmliche Gefechte gegen sie lieferten. Der größte Haß richtete sich offenbar gegen die Mautheinrichtungen, welche die Unvernunft der herrschenden Zustände am augenscheinlichsten erkennen ließen: aber wenn man an einem Theile des Systemes rüttelte, mußten nicht auch die andern wankend werden?

Es war indessen nicht blos diese Vernachlässigung der materiellen Interessen durch die Regierungen, welche den Geist des Widerstandes

Digitized by Google

nährte: er wurde auch noch von einer andern Seite her gefördert. Jene Ideen politischer und wahrhaft menschlicher Freiheit, welche die französische Nation hervorgerufen, um welche sich Europa mehrere Jahrzehende gestritten, welche den Sturz des neuen Cäsar zu Stande gebracht, welche den Kern der europäischen Bewegungen seit dem Wiener Congresse gebildet und an welchen Deutschland einen so lebhaften Antheil genommen — jene Ideen waren auch aus Deutschland nicht verschwunden; sie waren allerdings durch die Reaction der Oberfläche des Lebens nothgedrungen entrückt: aber im Innern der Nation gährten die Elemente fort und kamen wohl auch hie und da zu Tage. Wie war auch zu erwarten, daß eine so lebhafte geistige Bewegung, wie sie in und nach den Zeiten der Freiheitskriege zu Tage gekommen, welche das innerste Leben der Nation ergriffen hatte, auf einmal spurlos verschwinden sollte, nicht einmal jene Triebe zurücklassend, aus denen sie hervorgegangen?

Das aber ist auf keine Weise zu verkennen: eine Veränderung war allerdings mit dem Geiste der Zeit vorgegangen: die öffentliche Meinung erhielt einen Umschwung: der Charakter der zwanziger Jahre, sofern wir damit die freiheitlichen Bestrebungen bezeichnen wollen, ist wesentlich verschieden von dem in den Befreiungskriegen.

Wir bemerkten damals in Deutschland eine Vermischung der verschiedenartigsten Elemente. Die positive, gläubige, historische Richtung sowohl, wie die freiheitliche, fortschreitende, den Ideen der Revolution sich anschließende, hatten sich damals für einen Augenblick vereinigt, um die Fremden aus dem Vaterlande zu vertreiben und sodann einen neuen Aufbau des Staats und der Gesellschaft zu errichten. Das Nationalgefühl war der Kitt gewesen, welcher beide Richtungen zusammengehalten, und die Begeisterung für des Vaterlandes Größe und Ruhm ließ wohl eine Zeitlang die Gegensätze verschwinden, welche zwischen beiden Richtungen vorhanden gewesen. Aber schon bald nach dem Sturze Napoleons traten sie hervor; noch deutlicher mußten sie sich in den Bewegungen beim Beginne der zwanziger Jahre und nach dem Siege der Reaction entwickeln. Die positive,

Digitized by Google

gläubige, historische Richtung erschien bald als Täuschung und nur dazu bestimmt, um unter allerlei Vorwänden die Menschheit von ihrem natürlichen Fortschreiten auf der Bahn der politischen wie der geistigen Freiheit abzuhalten.

Diese Richtung wird gewöhnlich mit dem Namen der Romantik bezeichnet. Sie hatte früherhin offenbar ihre großen Verdienste, indem sie in die schaalen öffentlichen wie geistigen Zustände der Nation einen Gehalt zu bringen und sie mit neuen, einer tieferen Auffassung des Volkslebens entnommenen Ideen zu befruchten trachtete. Sie machte gegen die Willkür und Bevormundung des modernen Staates die Lebensfülle jener Ordnungen geltend, wie sie in den volksthümlichen Entwickelungen der Staaten des Mittelalters so häufig zum Vorscheine gekommen; sie setzte der Gleichmacherei der Revolutionszeit die Nothwendigkeit einer Gliederung nach den natürlichen Verhältnissen der Gesellschaft entgegen; sie verlangte statt der Aufklärung des vorigen Jahrhunderts, welche nicht selten in Flachheit und Frivolität ausgeartet, eine Erneuerung des christlichen Bewußtseins, eine tiefere Auffassung der Religion und eine gewisse Unabhängigkeit der Kirche von der Bevormundung des Staats; sie suchte endlich der Poesie und Kunst eine edlere Richtung zu geben und ihr namentlich einen nationalen Geist einzuhauchen. Auch dürfen wir nicht verkennen, daß sie wesentlich mit beigetragen, jenen großen Aufschwung des deutschen Volkes in den Zeiten der Befreiungskriege hervorzurufen.

Aber die Romantik, bei allen ihren edeln Bestrebungen, war sich doch sowohl über ihr Ziel unklar, als über die Mittel, welche zu diesem, wenn auch nur im Allgemeinen gedacht, führen konnten. Vorzugsweise der Gemüthswelt entsprungen, entbehrte sie jener scharfen Auffassung der Verhältnisse, welche nur ein klarer, in praktischen Dingen geübter Verstand gewähren kann. Sie schwebte in Idealen, deren Verwirklichung die Gewalthaber sowohl, wie der fortschreitende Geist der Zeit sich entgegenstemmten. Indem sie gegenüber den modernen politischen Bestrebungen auf die Gestaltungen des Mittelalters hinwies, damit eine historische, volksthümliche Entwicklung des Staats-

Digitized by Google

wesens fordernd, vergaß sie, daß die Gegenwart nichts Anderes wollte, als was sie selber verlangte, und daß die Kämpfe der Völker um eine zeitgemäße Ordnung des Staats nicht minder historisch berechtigt waren, als jene angeführten Beispiele des Mittelalters. Indem die Romantiker zurückwiesen auf jene ständischen Gliederungen der Vorzeit, welche sie wieder eingeführt wünschten, vergaßen sie, daß das Streben der Gegenwart nach politischer Gleichheit eine nothwendige Stufe in der allgemeinen politischen Entwicklung war, welche beschritten werden mußte, wenn man der ewig sich neu gebährenden Geschichte nicht gewaltsam Fesseln anlegen wollte. Indem sie das christliche Bewußtsein zu erneuern trachteten, verkannten sie, daß die Menschheit keine Rückschritte macht und daß der entfesselte Geist der Forschung seine eigenen Bahnen durchmißt. Indem sie in Poesie und Kunst einen neuen Aufschwung zu bringen suchten und einen nationalen Geist, übersahen sie, daß dieser sich nicht in verschwimmenden nebligen Gebilden einer längst entschwundenen Vorzeit äußert, sondern in der kräftigen lebensfrohen Ergreifung der Gegenwart.

Es erfolgte die Reaction. Gegen sie trat die freiheitliche Richtung der Epoche mit erneuter Kraft in die Schranken. Die Gegensätze traten immer schärfer heraus. Es galt jetzt, entschieden Partei zu nehmen. Aber sollte die Romantik sich auf die Seite des Liberalismus stellen, der ein Sohn der Revolution war, dieselbe sogar immer wieder erzeugte? sie, welche gegen die modernen Entwicklungen, wenigstens gegen ihre Auswüchse, so oft und so lebhaft zu Felde gezogen? Zudem lehnte sich die Reaction an manche Grundsätze der Romantik an, wenn auch aus ganz anderen Absichten, als diese ursprünglich gehabt hatte. Sie nahm von der Romantik das historische Moment auf, vorgebend, dieses zu vertheidigen, indem sie das thatsächlich Bestehende mit dem Historischen verwechselte, und unter jenem wiederum nichts Anderes, als die Willkür der Throne verstand. Sie nahm ferner von der Romantik die unklare Idee von der organischen Gliederung der Stände auf, indem sie unter dieser die politische Ungleichheit der Volksclassen, oder vielmehr die Bevorzugung des Adels

Digitized by Google

verstand, welcher von den meisten Regierungen, von den nördlichen und der östreichischen wenigstens, in seinen alten Stellungen gelassen wurde. Sie huldigte der Romantik in ihrer nationalen Richtung, darunter aber den Haß gegen Frankreich, d, h. gegen die liberalen Institutionen dieses Landes verstehend, während sie mit dem Deutschthum nichts Anderes meinte, als die geduldige Unterwerfung unter den Willen der Machthaber. Sie näherte sich ferner der Romantik in ihren religiösen und kirchlichen Ansichten, indem sie das rückschreitende Princip in der Theologie für ihre Zwecke zu benutzen suchte, da sie wohl einsah, daß eine Niederhaltung des Geistes der Forschung auf dem religiösen Gebiete eine ähnliche Wirkung auf dem politischen haben werde. Sie unterstützte endlich die romantische Richtung in Poesie und Kunst, da diese, sich an längst vergangene Zeiten und Formen anlehnend, über träumerischem Sichversenken in mystische Ideale, die Kraft verlor, sich an der Gegenwart und ihren Forderungen zu versuchen.

Es erfolgte also eine Annäherung zwischen der Reaction und der Romantik. In demselben Grade aber erweiterte sich die Kluft zwischen dieser und der freiheitlichen fortschreitenden Richtung der Epoche. Die charakteristischen Unterschiede beider Richtungen traten immer schroffer heraus und bald gegen einander in die Schranken, und hiemit verschwanden auch mehr und mehr die Momente, welche sie in der Zeit der Befreiungskriege mit einander gemein gehabt hatten. Die Romantik verliert das freiheitliche volksthümliche Element, der Liberalismus das deutschthümelnde anti-französische. Bald schwindet auch die letzte Spur der früheren Gemeinsamkeit, und die Romantik erscheint fast nur im Dienste und im Gefolge der Reaction.

Wir sagen: fast nur. Denn zu läugnen ist nicht, daß manche Repräsentanten der Romantik sie in ihrer ehemaligen Reinheit, namentlich in soferne sie in Verbindung mit der Freiheit auftrat, bewahrt haben. Hieher sind namentlich zwei Männer zu rechnen, welche wir früher als glänzende Vertreter der öffentlichen Meinung zur Zeit der Befreiungskriege aufgeführt: Arndt und Jahn. Beide waren von

Digitized by Google

der Reaction verfolgt und aus ihren Stellungen vertrieben worden: beide waren zu einer unfreiwilligen Zurückgezogenheit von der Bühne des öffentlichen Lebens verdammt. Aber auch ohne das wäre ihre Stellung mitten in dieser Zerspaltung und Zerklüftung der Meinungen und Richtungen eine peinliche und unhaltbare gewesen. Denn während sie auf der einen Seite an der Idee der politischen Freiheit festhielten, konnten sie doch den idealen gläubigen Boden der Freiheitskriege nicht verlassen, der aber in der Wirklichkeit nicht existirte, konnten sie sich mit dem Inhalte und den Formen des Liberalismus nicht befreunden, der auf einer wesentlich verschiedenen Grundlage beruhte. Ihre Zeit war vorüber: die Zukunft gehörte anderen Geschlechtern an. Aber während Arndt und Jahn sich von dem Kampfplatze zurückzogen, damit wenigstens sich das Peinliche einer Abtrünnigkeit von früheren Richtungen oder einer Unkenntniß des Geistes der Zeit ersparend, betheiligte sich der dritte unter den Männern, den wir früher als Vertreter der öffentlichen Meinung bezeichnet, Görres, mit Lebhaftigkeit an dem neuen Kampfe. Er aber ging in das Lager der Reaction hinüber, hier als Ritter für die katholische Kirche und den Mysticismus auftretend. Man würde übrigens Görres Unrecht thun, wenn man ihn der Abtrünnigkeit beschuldigen wollte. Diese seine neue Richtung war nur die naturgemäße Entwicklung seiner früheren: diese schon huldigte mit Vorliebe dem Mittelalter: sie erhielt nur jetzt, allerdings unter den Einflüssen der Zeit und der Weltlage, ihre schärfere Ausprägung. Aber andere Schüler der Romantik sind allerdings nicht mit reinem Gewissen zur Reaction übergetreten. Gar viele wie Gentz und Friedrich Schlegel wurden durch Genußsucht, und durch andere unedle Beweggründe dazu bestimmt, wie denn ein großer Theil derjenigen, welche ehedem den Ideen der Freiheitskriege angehangen, seitdem sie in öffentliche Stellungen eingetreten, denselben untreu geworden sind und dadurch die Reihen der Reaction vergrößert haben.

Die Romantik, seit ihrer Verbindung mit der Reaction, tritt in dreifacher Gestalt auf. In der Politik vertheidigt sie das Bestehende, die Aristokratie und das Königthum von Gottes Gnaden; in der

Digitized by Google

Religion erscheint sie als Ultramontanismus und Pietismus; in Poesie und Kunst verhindert sie, indem sie mittelalterliche Muster anempfiehlt, das selbständige Ergreifen und Darstellen der Gegenwart.

Aber seitdem diese Veränderung vor sich gegangen, bildet sich die freiheitliche Richtung zu immer entschiedeneren Formen aus. Die ganze Zeit seit den Befreiungskriegen erscheint ihr als eine Reihe von Täuschungen, welche die Fürsten und die Gewaltigen über ihre Völker verhängt haben, und sie wird mit um so größerem Grolle erfüllt, je weniger es ihr gestattet ist, hervorzutreten und Umwandlungen in ihrem Geiste anzubahnen. Sie erblickt in den gegenwärtigen staatlichen Ordnungen neue Bollwerke für die fürstliche Willkür und wünscht sie daher wo möglich gänzlich zu beseitigen. Unter dem Druck der gegenwärtigen Zustände nur ein Streben, nämlich das nach Freiheit, im Auge behaltend, glaubt sie auch einfach sein zu können in Bezug auf die Verwirklichung dieses Strebens. Sie beschränkt sich im Ganzen auf einige wenige allgemeine Grundsätze, hierin den Gegensatz bildend zu den Forderungen der Romantik. Im Ganzen ist es immer noch die constitutionelle Monarchie, die sie erstrebt, aber mit freisinnigen Grundlagen, welche diese Regierungsform nicht mehr zur Täuschung erniedrigen. Man will freies Wahlsystem, Preßfreiheit, Geschwornengericht, Bürgschaften gegen die Willkür der Regierung. Man ist weit entfernt, in der Politik nach den Ordnungen des Mittelalters zurückzugreifen. Vielmehr bekämpft man dieses auf das Lebhafteste, nicht selten mit Verkennung des eigentlichen Wesens dieser Periode der Weltgeschichte: denn man erblickt in ihr die Zeit der Barbarei und den Ursprung all' jener Einrichtungen, deren Fortdauer jetzt noch die politische Freiheit verhinderte. Man haßt vor Allem den mittelalterlichen Standesunterschied, welcher den Gegensatz zu der Idee des allgemeinen Staatsbürgerthums und der politischen Gleichheit bildete, ein Grundsatz, den der Liberalismus als einen der wichtigsten von der französischen Revolution aufgenommen, und weshalb er die Aristokratie in demselben Grade bekämpfte, wie die Willkür der Regierungen. Und, wie oben schon angedeutet,

Digitized by Google

ein wesentliches Element des Liberalismus ist, daß er von dem Franzosenhaß der Befreiungskriege zurückgekommen. Dieser Franzosenhaß, dieser Befreiungskrieg — was hatte er genützt? Man hatte zwar die Fremden vom heimischen Boden vertrieben, aber im Innern war die Unfreiheit noch ebenso groß, wie vordem. Die Reaction suchte den Franzosenhaß zu nähren, nicht aus Furcht vor einem neuen Ueberfalle dieser Nachbarn, sondern weil von Paris aus die freien politischen Ideen nach Deutschland herüberkamen. Aber eben diese Bestrebungen der Reaction ließen dem Liberalismus Frankreich nur um so bedeutender erscheinen. Es war gar nicht zu verkennen: von dort gingen immer neue Anregungen aus. Zumal aber seit dem Sturze Villèle's entwickelte sich daselbst ein außerordentlich bedeutungsvoller Kampf, welcher den Deutschen um so mehr Interesse gewährte, je weniger Erbauliches die eigenen politischen Zustände darboten. Der deutsche Liberalismus verfolgte den parlamentarischen Kampf in Frankreich mit der größten Spannung, und schon lange nährte er die Hoffnung, daß von dort auch für ihn die Erlösung erfolgen könne. In diesem Sinne war die freiheitliche Richtung in Deutschland allerdings ein französirende. Aber sie war es auch noch in einem anderen.

Es kam wohl auch etwas von der französischen Leichtfertigkeit und Frivolität zu uns herüber. Wir waren empfänglich dafür durch unser Unglück und das Jammervolle unserer Zustände. Diese Erscheinung tritt unter ähnlichen Verhältnissen immer ein. Während die Einen sich im Grimm gegen die Welt abschließen, machen sich leichtfertige Naturen lustig über die Erbärmlichkeit und decken sie wohl auch mit Lust und Behagen auf, damit einen Genuß sich und Anderen bereitend. Aber es war auch bei uns dem Witz und Hohne das weiteste Feld geöffnet. Bot nicht die romantische Richtung in ihren mannichfachen Uebertreibungen, bot nicht der Pietismus und die Orthodoxie den reichlichsten Stoff dar? Aber wie sie auf der einen Seite die Ironie reizten, so verführten sie durch ihre Abgeschmacktheit auch zur Frivolität und zur Leichtfertigkeit.

Digitized by Google

Doch bewegte sich der Deutsche immerhin auch auf dem Felde der ernsten Wissenschaft. Den Bestrebungen des Ultramontanismus und der protestantischen Orthodoxie gegenüber suchte die freie Forschung, wie sie zur Zeit der Aufklärung emporgekommen, sich in ihrer Berechtigung zu behaupten. Sie tritt zunächst als Rationalismus auf. Die Fehden, welche dieser mit dem Pietismus und der Orthodoxie, und gelegentlich auch mit dem Jesuitismus geführt, bilden einen nicht geringen Theil von dem Geistesleben jener Epoche und haben immerhin dazu beigetragen, das Element des Fortschritts zu stärken und ihm neue Waffen zu liefern.

Und so ist denn jene politische und geistige Richtung, wie wir sie früher als öffentliche Meinung der Befreiungskriege geschildert, im Laufe der Zeit wieder in ihre verschiedenen Bestandtheile auseinander gefallen. Was davon dem gläubigen, historischen, positiven Elemente angehörte, schlug sich mit wenigen Ausnahmen zur Reaction: was übrig blieb, das fortschreitende freiheitliche Element, erschien als Liberalismus in der Politik, in der Religion als Rationalismus, und trat mit nicht geringerem Eifer gegen die Reaction der Regierungen, als gegen jene Richtungen auf, die wir als Romantik bezeichneten. Und es ist gar nicht zu läugnen: seitdem die Romantik das freiheitliche Element von sich ausgestoßen, gewinnt der Liberalismus ein immer größeres Gebiet: er gelangt nachgerade zu dem Punkte, wo es ihm gelingen zu müssen schien, als öffentliche Meinung aufzutreten.

Und sollten diese Umwandlungen im Geistesleben unseres Volkes nicht auch in unserer Literatur hervorgetreten sein? Allerdings. Und so bemerken wir denn neben jenen oben erwähnten unerfreulichen Erzeugnissen unserer Literatur eine Reihe von Schriftstellern, welche die innerliche geistige Entwicklung der Nation darstellen, und als Kämpfer für eine neue schöne freie Zeit wider die Erbärmlichkeit der gegenwärtigen auftreten.

Betrachten wir zuerst die schöne Literatur. Hier begegnen wir zunächst dem Grafen Platen. An diesem dichterischen Genius spie-

Digitized by Google

gelt sich vielleicht am klarsten jene geistige Entwicklung, welche die deutsche Nation in dem dritten Jahrzehnd dieses Jahrhunderts durchgelebt. Ein männlicher klarer Geist reißt er sich bald von den Banden los, in welchen ihn eine Zeitlang mannichfache Beziehungen zu den unerfreulichen Elementen der Epoche festgehalten, und er überschaut nun von dem Standpunkte des Dichters den ganzen Jammer der Zeit, den er vielleicht tiefer, wie jeder Andere empfunden. Es tritt ihm allerdings zunächst die Schaalheit und Leerheit der poetischen Richtung vor das Auge: aber auf diese schüttet er auch den ganzen Spott seiner dichterischen Kraft aus: er geißelt den schlechten Geschmack des Publicums, er vernichtet die verschwimmende saftlose Romantik in ihrer künstlerischen, wie in ihrer religiösen und wissenschaftlichen Richtung, und weist dafür die Nation zu jener klaren und gediegenen Schönheit der Griechen hin, die er selber in fast unerreichten Formen gehandhabt. Aber Platen steigt noch höher. Er fühlt, daß der Mangel einer großartigen lebenskräftigen Poesie und des Verständnisses einer solchen von Seite der Nation noch eine tiefere Quelle habe, nämlich die politische Unbedeutendheit des Vaterlandes, die Sklaverei, unter welcher das Volk von den Machthabern gehalten ward. Eine große dichterische Zukunft der Nation scheint ihm also nur erreichbar durch eine große politische. Aber diese letztere stellt sich ihm erst in weiter Ferne dar, da der Jammer der Zeit, die Schwäche des Volkes nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung bietet. Das Herz des Dichters erfüllt darob der tiefste Schmerz: er vermag nicht länger im Vaterlande zu weilen, er rettet sich in die sonnigen, blühenden Gefilde Italiens, die ihm ein fruchtbarerer Boden für seine Muse erscheinen: aber die Sehnsucht nach Deutschland und nach einer glücklichen Wendung seiner Geschicke verläßt ihn nicht, und fast in jeder seiner späteren Poesien kommt er darauf zurück, obschon er die Kraft nicht in sich fühlt, größere dichterische Erzeugnisse zu liefern, welche in Wahrheit den Namen nationaler verdienten.

Platen ist also ganz der Dichter jener unglückseligen Epoche, in soferne er ihre Schlechtigkeit und Leerheit in ihrer vollen Tiefe er-

Digitized by Google

kennt: zugleich aber ist er auch der Vorbote einer neuen Zeit, indem er diese erstrebt, ersehnt, obgleich ihm durch die Trübe der Gegenwart die Kraft versagt ist, sie, auch nur dichterisch, zu erringen.

In diesem Sinne steht Adalbert von Chamisso mit ihm auf gleicher Stufe. Auch dieser Dichter ist auf das Tiefste von dem Jammer der Zeit ergriffen; und dieser ist die Folie fast für alle seine poetischen Erzeugnisse, wenigstens in seiner späteren Periode. Aber während Platen denselben von einer höheren Warte aus überschaut, führt uns Chamisso in die unglücklichen Zustände des kleinen bürgerlichen und socialen Lebens, die er denn mit herzzerreißender Wahrheit schildert, so daß er gewöhnlich darüber die dichterische Versöhnung vergißt. Denn auch bei Chamisso tritt dieselbe Erscheinung, nur noch ausgeprägter und schärfer, hervor, wie bei Platen, daß er an der Gegenwart verzweifelt: das Unglück des Lebens wird daher nicht durch einen Blick in eine schöne Zukunft gemildert, sondern es erscheint nur als ein unabweisliches Schicksal, zumeist durch den Uebermuth der Herrschenden auf uns herabgeschleudert, dem wir uns willenlos fügen müssen, das daher in der Brust nur Groll und Haß zu erzeugen vermag.

Dagegen tritt uns in Heinrich Heine eine ganz andere Richtung entgegen. Heine ist der Dichter jener leichtfertigen frivolen Richtung, von welcher wir oben gesprochen. In seinen früheren lyrischen Ergüssen in sich selber den Prozeß des Ueberganges von der Romantik zu ihrem Gegensatze darstellend, indem er, anfänglich der romantischen Anschauungsweise huldigend, später diese verhöhnte und persiflirte, wandte er sich in den Reisebildern zu vollkommener Ironie und Verspottung der gegenwärtigen Zustände, und hat offenbar durch das außerordentliche Talent, welches er hiebei entwickelte, wesentlich zur Auflösung des Glaubens an die herrschenden Autoritäten, Richtungen und Zustände beigetragen. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint Heine's literarische Wirksamkeit von einer großen Bedeutung. Er vertritt eine neue Stufe in unserer geistigen Entwicklung. In ihm ist der Schmerz und die Trauer über die Trostlosigkeit der Gegenwart, welche ein freudiges thatkräftiges Fortschreiten in einem schöneren Sinne verhin-

Digitized by Google

dern, überwunden: Spott und Witz befreien die Seele von den sie beängstigenden Banden und bereiten sie für neue Strebungen vor. Es liegt freilich in der Natur einer frivolen Richtung, daß sie zunächst nur verneinend auftritt und mit dem Glauben an schlechte Ueberlieferungen auch manche ewige Wahrheit und manche edlere Momente über Bord wirft. Dieß gilt auch von Heine und von seiner literarischen Wirksamkeit. Immerhin aber war diese im Großen und Ganzen eine nothwendige Stufe in unserer geistigen Entwicklung und zudem wurden die schlimmen Seiten der frivolen Richtung wieder von anderen ernsteren aufgehoben.

Denn noch haben wir einen Schriftsteller zu erwähnen, welcher im Bezug auf die neue geistige und politische Richtung unseres Volkes gewissermaßen die Krone der bisherigen Entwicklung bildet. Das ist Börne. Dieser Mann, welcher Anfangs auch in soferne der Zeit huldigte, als er seine Thätigkeit vorzugsweise der schönen Literatur und ihrer Kritik zuwandte, ergriff doch schon früh die Ideen politischer Freiheit in ihrem vollen Umfange und in ihrer vollen Größe und hat dieses Ziel mit der ganzen Stärke einer männlichen Seele verfolgt. Ihn hinderte nicht der Jammer der Zeit, den er ebenfalls vollständig erkannte, an einer freudigen Wirksamkeit für eine schönere Zukunft: er geißelte wohl auch die Erbärmlichkeit, aber ohne je in Frivolität auszuarten: sein Streben nach Freiheit war vielmehr ein ernstes, ja heiliges, das einzige Ziel, dem er sich zuwandte, vor dem die Persönlichkeit als etwas Untergeordnetes verschwand, welche gerade bei Heine eine so große Rolle spielte. Die beiden letzten Männer machen nun auch noch in soferne Epoche, als sie über die bisherigen üblichen Formen der schönen Literatur hinausgehen, sich neue schaffen, und durch die Anmuth und Lieblichkeit der Darstellung weitaus die bisherigen Schriftsteller übertreffen, ein Umstand, der wesentlich dazu beitrug, ihren Einfluß beim Publicum zu erhöhen und sichern.

So spiegelte sich bereits in der schönen Literatur der Geist einer neuen Zeit ab. Die ernste blieb nicht zurück. Aber freilich war ihr Einfluß weniger bemerklich und nicht so allgemein. Nur zwei Er-

Digitized by Google

scheinungen sind hier noch anzuführen, welche nicht mindere Wirkung übten, wie jene Dichter. Das ist die Hegel'sche Philosophie und die Rotteck'sche Weltgeschichte.

Die Hegel'sche Philosophie, so sehr sie auch durch ihre eigenthümlichen Kunstausdrücke und durch ihre schwerfällige kunstlose Darstellung ein allgemeineres Verständniß erschwerte, hatte nichts desto weniger eine große Wirkung, obschon sich dieselbe nur auf den gebildeten Theil der Nation beschränkte. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie der Orthodoxie und dem Pietismus gegenüber, welche die freie Forschung verhindern wollten, und das Volk von Neuem unter die Fesseln der alten Dogmen zu schmieden trachteten, wieder die Berechtigung der Vernunft und zwar als alleiniger Quelle der Erkenntniß geltend machte. Es kam aber hinzu, daß Hegel in Berlin, der besuchtesten Universität von ganz Deutschland, lehrte, mitten an einem Hofe, welcher einer der Mittelpunkte der Reaction und der Romantik war, und daß er dadurch dieser ein Gegengewicht zu halten vermochte. Und wir dürfen nicht vergessen, daß Hegel, wie vorsichtig er sich auch ausdrücken mochte, dennoch auch in politischer Beziehung ebenso den freien Ideen huldigte, wie in der Wissenschaft: er mißt dem Staate und dem öffentlichen Leben seine volle Bedeutung zu, und verlangt sogar — was in Preußen viel war — die constitutionelle Monarchie. Hegel hat während der Zeit, daß er in Berlin gelehrt, viele Schüler gezogen, die später zum Theil in höhere Stellungen eingetreten sind. Der Same, den er ausgestreut, hat Früchte getragen und wesentlich zu einer freien Entwickelung des Geisteslebens unter den höheren Classen des preußischen Staates mitgewirkt.

Eine noch größere, weil unmittelbarere Wirkung hatte Karl von Rotteck, der als der eigentliche Führer des deutschen Liberalismus betrachtet werden muß. Ist Hegel vorzugsweise der Mann der Wissenschaft, der tiefe Denker, so Rotteck, obschon ebenfalls Professor, zuerst der Geschichte, dann der Staatswissenschaften in Freiburg, der Volksmann. Schon durch die parlamentarische Thätigkeit, welche er gleich beim ersten badischen Landtage als Mitglied der ersten Kammer — er

Digitized by Google

war von der Universität Freiburg gewählt — entwickelte, erregte er die Aufmerksamkeit des Volkes. Denn er war eines der hervorragendsten Talente und einer der entschiedensten Oppositionsmänner. Diese Thätigkeit wurde zwar in Folge der Reaction in den zwanziger Jahren unterbrochen: denn es gelang der badischen Regierung, wie fast sämmtliche oppositionelle Elemente, so auch Rotteck von dem folgenden Landtage auszuschließen. Aber dafür zeigte sich Rotteck's Bedeutsamkeit für den Liberalismus auf einem andern Gebiete. Wir meinen damit seine allgemeine Weltgeschichte. Dieses Werk, 1812 begonnen, 1826 mit dem neunten Bande beendet, betrachtete die Geschichte lediglich von dem Standpunkte der freiheitlichen Richtung aus. Es legte kaum einen andern Maßstab an die Thatsachen, als den, ob sie der Freiheit förderlich oder schädlich gewesen. Man mag diesen Standpunkt einseitig nennen, man kann einräumen, daß er eine wahrhaft objective Auffassung der Geschichte verhindere, wie denn z. B. das Mittelalter von Rotteck offenbar schief beurtheilt worden ist, nichts desto weniger aber muß man zugeben, daß das Rotteck'sche Geschichtsbuch selber die Wissenschaft gefördert hat, indem es die Geschichte von Einem großen leitenden Gedanken bewegt darstellte und an die Stelle trockener, bloße Thatsachen bringender Bearbeitungen eine solche gesetzt hat, welche die Ideen in der Geschichte verfolgte. Aber noch ungleich größer war eine andere Wirkung dieses Werkes. Es weckte in dem Volke das politische Bewußtsein: es erregte Haß gegen die Willkür der Machthaber, von welchen alles Unglück der Völker ausgegangen, es begeisterte für die Freiheit, welche allein schöne und glückliche Zustände ermöglichte: mit Einem Worte, es förderte und verbreitete die Ideen und die Anschauungsweise des Liberalismus. Und diese Wirkung wurde erreicht durch das große Darstellungstalent des Verfassers. In der That, Rotteck verstand es, wie nicht leicht ein Anderer, populär zu schreiben. Er wußte von dem überreichen Stoffe eine äußerst glückliche Auswahl zu treffen: er wußte die Begebenheiten durch einzelne treffende Züge zu beleben: es gelang ihm überhaupt, seine Darstellung anschaulich zu machen, ihr sogar hie und da das Gewand der Plastik zu verleihen.

Digitized by Google

Für das größere Publicum waren diese Vorzüge von großem Werthe: das Rotteck'sche Werk erschien daher nicht blos als ein Buch zur Belehrung, sondern auch zur Unterhaltung: es wurde ein Lesebuch für das Volk. Schon im Jahre 1826, als die zwei letzten Bände ausgegeben wurden, waren von den ersteren bereits sechs Auflagen erschienen: im Jahre 1830 mußte schon die siebente veranstaltet werden. Man ersieht daraus die außerordentliche Wirkung dieses Buches, man ersieht daraus, wie der Verfasser den Ton und die Anschauungsweise des Volks und der Zeit getroffen, man kann aber auch daraus auf die unermeßliche Wirkung schließen, welche die darin ausgesprochenen politischen Ideen üben mußten. —

Bei aller scheinbaren politischen Fühllosigkeit und Unthätigkeit des deutschen Volks war es also innerlich doch weiter gekommen. Es durchlebte eine große geistige Entwicklung: es schied allmählig die Gläubigkeit in politischen wie in religiösen Dingen von sich aus und wandte sich mit einer größeren Entschiedenheit den Ideen des Fortschritts und der Freiheit zu.

Und wie wir früher die öffentliche Meinung in der Jugend, namentlich auf den Universitäten sich wiederspiegeln sahen, so ist dieß auch jetzt wieder der Fall. Durch die Reaction in den zwanziger Jahren wurden die Burschenschaften noch heftiger verfolgt, wie zuvor: sie wurden wiederum allenthalben aufgelöst. Aber nach einiger Zeit bildeten sie sich von Neuem. Ja, in einem deutschen Staate, in Baiern, wurden sie seit dem Regierungsantritt des Königs Ludwig sogar polizeilich erlaubt. Sofort thaten sich burschenschaftliche Verbindungen in München, in Würzburg, in Erlangen auf und gediehen hier in Kurzem zu großer Blüthe. Aber es dauerte nicht lange, so traten Spaltungen unter ihnen ein. Sie gingen von Erlangen aus, wo sich seit dem Jahre 1827 drei burschenschaftliche Verbindungen bildeten, die Teutonia, Arminia und Germania, welche alle einander feindlich gegenüberstanden, weil sie von verschiedenen Grundsätzen ausgingen und verschiedene Zwecke verfolgten. Und in diesen Verbindungen stellen sich eben nur die verschiedenen Richtungen dar, von welchen das öffentliche und geistige Leben der Nation zerklüftet war.

Digitized by Google

Wie in der Nation die verschiedenen Bestandtheile, aus denen die öffentliche Meinung der Befreiungskriege bestanden, auseinander fallen, so war es auch bei der Burschenschaft der Fall. Auch diese trennt sich in die verschiedenen Elemente, aus denen sie ursprünglich zusammengesetzt gewesen. Wir sahen damals die sittliche, wissenschaftliche, religiöse, vaterländische und politische Richtung auf gleiche Weise in ihr vertreten. Diese verschiedenen Richtungen trennen sich jetzt und bilden sich zu Gegensätzen durch. In der Teutonia ist es das religiöse mystische Element, welches hier zur ausschließlichen Geltung kommt, und wie um jene Zeit die Romantik überhaupt, und mit ihr die durch sie vertretene religiöse Richtung, zur Reaction übergeht, so geschieht es, daß auch diese burschenschaftliche Verbindung als eine reactionaire sich darstellt, soferne ihr die Politik als gleichgültig erscheint: spottweise wurde die Teutonia nur die königlich baierische Burschenschaft genannt. In der Arminia dagegen hat sich jenes Element der Burschenschaft erhalten, welches vor Allem auf eine Erneuerung des academischen Lebens drang und dieses besonders durch strenge Sittlichkeit und wissenschaftliches Streben zu erreichen hoffte. Dabei bewahrte sie noch ferner den vaterländischen deutschen Sinn, obschon nicht mehr mit der früheren Ausschließlichkeit, und auch die Politik war ihr nicht fremd: nur betrachtete sie die Aufgabe, welche hier die Burschenschaft zu lösen habe, als einzig darin bestehend, daß sich die Mitglieder derselben auf der Universität für das praktische Leben tüchtig vorbereiten sollten, um dereinst in diesem auf dem Wege der Reform zu einer Umgestaltung der öffentlichen Zustände im Sinne der Einheit und der Freiheit mitzuwirken. Die Germania endlich geht über diese beiden Verbindungen hinaus: sie vertritt eigentlich die radicale Richtung der Zeit: ihr Zweck ist ein rein politischer. Sie will die Freiheit und die Einheit des Vaterlandes herstellen. Aber der Weg der Reform ist ihr zu langsam: sie glaubt diesen Zweck nur durch Revolution erreichbar. Und auch diese soll nicht in weite Ferne gerückt sein: sie selber als Studentenverbindung will daran Theil nehmen: ihre Thätigkeit ist vorzugsweise auf dieses Ziel gerichtet. Und so wie sie sich denn mit

Digitized by Google

Lebhaftigkeit in die politischen Fragen geworfen, nimmt sie auch die Richtung, welche der Liberalismus angenommen, in sich auf. Sie wirft das deutschthümelnde Gewand von sich und hegt französische Sympathien. Auch in soferne nimmt sie die radicale Richtung der Zeit auf, als sie der Leichtfertigkeit und Frivolität sich nicht verschließt. Sie bekennt sich nicht nur in der Religion zu den weitestgehenden Ansichten und verspottet alte Autoritäten und Anschauungen, sondern sie entfernt sich auch von jenen Forderungen strenger Sittlichkeit, welche die ehemalige Burschenschaft aufgestellt und an welche sich auch noch die Arminia gehalten. In ihrer äußern Erscheinung tritt sie daher nicht selten mit einer gewissen Rohheit auf. Immerhin aber war in ihr, im Vergleich mit den übrigen Burschenschaften, noch die meiste Kraft und Energie und offenbar am meisten Verständniß der Gegenwart und der Zukunft. Auch in der Verfassung tritt bei diesen burschenschaftlichen Verbindungen eine merkliche Verschiedenheit ein. Die frühere Burschenschaft gab sich im Gegensatz zu den aristokratisch-monarchischen Landsmannschaften eine demokratische Verfassung. Alle Burschen waren sich an Rechten und Pflichten gleich. Seitdem aber die Burschenschaft gezwungen wurde, sich unter den Schild des Geheimnisses zu flüchten, hob sie die ehemalige demokratische Verfassung auf und machte einen Unterschied zwischen engeren Mitgliedern, welche erst nach Prüfung aufgenommen wurden, und zwischen weiteren oder Renoncen. Die Letzteren hatten weiter keine Rechte: die Gesellschaft wurde nur von der Aristokratie der engeren Verbindung geleitet. Mit der Trennung in die drei verschiedenen Burschenschaften kam aber auch hier eine Verschiedenheit auf. Die ersten beiden kehrten zu der demokratischen Verfassung zurück, während die Germania, obschon die radicalste, die Aristokratie beibehielt. Dieß war natürlich, da jene ersten Verbindungen keine unmittelbaren politischen Zwecke verfolgten, während die letztere, die dieses that, sich erst genau von der Zuverlässigkeit ihrer Mitglieder, ehe sie dieselbe einweihete, überzeugen mußte.

Diese Gegensätze in der Burschenschaft bildeten sich in Erlangen, wo sie zuerst zum Durchbruche gekommen, auch am entschiedensten

Digitized by Google

durch. Es wurden hier zwar verschiedene Versuche zur Vereinigung, namentlich zwischen Arminia und Germania gemacht: sie mißlangen jedoch. Aber diese Gegensätze finden sich mehr oder minder auf allen Universitäten, wo Burschenschaften existirten, und zwar, was höchst bedeutungsvoll, fast immer mit Vorwiegen der Germania.

Es ist nicht zu läugnen: die Burschenschaften haben offenbar auch ihren Einfluß auf das praktische Leben geäußert, obschon derselbe nicht zu hoch anzuschlagen ist. Die Mitglieder bemühten sich, ihre Ideen unter das Volk zu verbreiten, und besonders die Germania ließ es sich angelegen sein, welche auch in dieser Beziehung sich am meisten an die freiheitliche Richtung anlehnte, indem sie den Unterschied zwischen den Bürgern oder sogenannten Philistern und den Studenten, die später Beamte werden sollten, aufzuheben suchte.

Ueberblicken wir denn noch einmal die deutschen Zustände, so ersehen wir: es gährte in der Nation gewaltig. Unzufriedenheit fast überall: wenn sie sich auch nicht zu äußern wagte, doch wie unterirdisches Feuer in den Gemüthern glimmend: der Liberalismus, obschon äußerlich besiegt, dennoch in gewaltigem Fortschreiten begriffen, einen Theil der Literatur beherrschend: dazu eine thatkräftige Jugend, welche entschlossen war, selbst die Hand anzulegen, um dem Vaterlande bessere Zustände zu bereiten.

In diese gährenden Elemente hinein fiel nun die Nachricht von der Julirevolution. Sie wurde überall vom Volke mit der größten Begeisterung aufgenommen. Sie zündete fast allenthalben wie ein elektrischer Funken. Denn sofort begann eine große Regsamkeit der Geister, und diese Nation, welche noch kurz vorher in Theilnahmlosigkeit an den öffentlichen Zuständen versunken zu sein schien, war wie plötzlich zu neuem Leben erwacht und gesonnen, die Politik nun ebenfalls in die Hand zu nehmen. Gesteigert wurde noch die Bewegung durch die Nachricht der belgischen Revolution und ihrer Erfolge. Was die Pariser und die Belgier vermocht, konnten dies nicht auch die Deutschen thun? Freilich, eine auf ein allgemeines Ziel gerichtete Bewegung kam zunächst noch nicht zu Tage: aber sofort beeilten sich

Digitized by Google

die einzelnen deutschen Länder, die Zustände abzuwerfen, die sie am meisten drückten und neue staatliche Ordnungen sich zu erkämpfen.

Bewegungen in den Rheinprovinzen und in den beiden Hessen.

Die ersten Unruhen erfolgten in der preußischen Rheinprovinz, in den Orten, welche an der belgischen Gränze lagen. Dort war in Verviers am 28. und 29. August der Aufruhr ausgebrochen. Von da aus setzte sich ein bewaffneter Haufen nach Eupen, dem nächsten preußischen Städtchen, in Bewegung, kehrte aber auf das falsche Gerücht, daß preußische Truppen in Anmarsch seien, wieder um. Aber in Aachen kam es am 30. August zu viel bedeutenderen Auftritten. Die Fabrikarbeiter dieser Stadt waren erbittert durch die Herabsetzung des Lohnes, welchen einer der Fabrikherren vor 14 Tagen angeordnet hatte. An dem angegebenen Tage begannen sie die Unruhen damit, daß sie diesem die Maschinen zerstörten. Hierauf zogen sie gegen die Wohnung eines anderen Fabrikherrn, Cockerill, der das Maschinenwesen zuerst in Aufnahme gebracht hatte, und zertrümmerten Alles. Auch geplündert wurde dabei. Die Polizei, ohnedieß schwach, vermochte gegen die Rotte nichts. Endlich ermannten sich die bemittelten Einwohner, welche fürchteten, daß es dabei auf ihr Eigenthum abgesehen sei, und stellten sich den Unruhestiftern entgegen. Besonders die Schützengilde zeichnete sich dabei aus. Die Rotte wurde angegriffen, zurückgeworfen, zerstreut, theilweise gefangen. Es wurde nun aus den angeseheneren Einwohnern eine Bürgergarde gebildet, welche die Ruhe der Stadt wieder herstellen und bewahren sollte. Aehnliche Bewegungen, wie in Aachen, fanden in Jülich, in Elberfeld statt: auch hier jedoch wurden sofort Bürgergarden gebildet. Außerdem wurden von den preußischen Behörden die geeigneten Maßregeln getroffen, um durch die bewaffnete Macht dergleichen Unruhen sogleich in der Geburt zu ersticken. Auch wurde die Ruhe ferner nicht gestört. Nichts desto weniger war die Angst groß, denn zu verkennen war auf keine

Digitized by Google

Weise, daß sich ein Geist der Unzufriedenheit und der Neuerung über die ganze Rheinprovinz verbreitet hatte, der nicht blos auf die ungebildete Classe sich beschränkte, sondern auch in die höheren Schichten hinaufgriff.

Einen ganz anderen Charakter, als diese Unruhen in der Rheinprovinz, trugen die Bewegungen, welche bald darauf im Churfürstenthum Hessen ausbrachen.

In diesem Lande war seit 15 Jahren genug Brandstoff angehäuft. Das Volk entbehrte einer landständischen Verfassung, obschon ihm dieselbe versprochen worden war, und fühlte dagegen den ganzen Druck büreaukratischer und fürstlicher Willkür. Die Polizei lastete wie ein Alp auf dem Lande: es wurde ein geheimes Spionirsystem unterhalten, welches sehr kostspielig war und natürlich nicht im Geringsten dem Staate frommte: die freie Meinungsäußerung, welche schon in der Presse vollständig unterdrückt war, durfte nun auch in der Gesellschaft nicht laut werden. Die Willkür griff auch in den Gang der Gerichte ein, auf deren Unabhängigkeit der vorige Churfürst noch etwas gehalten hatte: die jetzige Regierung setzte ihren Willen, wie in anderen Dingen, so auch in der Justiz, wenn es ihr beliebte, an die Stelle des Gesetzes. Dabei nun die Finanzverwaltung in großer Zerrüttung: der Staatshaushalt kostete sehr viel, theils wegen der fehlerhaften Organisation, theils wegen des vielen Militairs — der Churfürst hielt um ein Drittel mehr Truppen, als wozu er nach den Bundesgesetzen verpflichtet war. — Daher wurden die Steuern von Jahr zu Jahr erhöht, und das Volk zuletzt so angestrengt, daß es die Abgaben, bei der zunehmenden Nahrungslosigkeit, kaum mehr erschwingen konnte. Und nun kam hinzu, daß man wohl wußte, daß die vielen Steuern nicht einmal für die Staatsbedürfnisse verwendet wurden: ein sehr großer Theil floß in die Privatcasse des Fürsten, welche dieser von der Staatscasse absichtlich nicht geschieden hatte, ja nicht einmal in die Privatcasse des Fürsten blos, sondern in die Hände seiner Maitresse, der Gräfin Reichenbach, welche sich bereicherte, während das Volk darbte. Dieses Verhältniß

Digitized by Google

empörte zugleich das sittliche Gefühl des hessischen Volkes und trug wesentlich dazu bei, die Achtung und die Verehrung vor dem Fürsten zu untergraben: denn man erzählte sich scandalöse Dinge davon, welche von Mund zu Mund gingen und um so leichter geglaubt wurden, je weniger der Churfürst sich Mühe gab, seiner Gemahlin, einer preußischen Prinzessin, gegenüber auch nur den nothwendigsten äußeren Anstand zu beobachten. Die Unzufriedenheit des Volkes hatte daher nach allen Seiten hin Nahrung erhalten, und die niederen Classen besonders hatten sich in der letzten Zeit daran gewöhnt, die bestehenden Gesetze zu verhöhnen, in soferne sie einen kleinen Krieg gegen das Mauthsystem führten, welches an der hessischen Gränze auf eine vorzugsweise harte und unverständige Weise gehandhabt wurde.

Unter solchen Umständen bedurfte es in Churhessen nur einer leisen äußeren Anregung, um einen Widerstand gegen die bestehende Ordnung der Dinge hervorzurufen. Die Julirevolution äußerte, wie nicht anders zu erwarten, hier sogleich ihre mächtige Wirkung, und die Bewegung, wie sie in Belgien, in den Rheinprovinzen zum Ausbruch gekommen, theilte sich sofort auch dem hessischen Volke mit. Schon am 6. September 1830 kam es in Cassel zu bedeutenden Unruhen. Die Veranlassung war zwar eine scheinbar unpolitische, nämlich eine Brodvertheuerung, weshalb denn die Angriffe der Massen, die sich am Abende dieses Tages zusammengerottet hatten, zunächst den Bäckerläden galten, welche man zu zerstören sich anschickte. Aber selbst hierin lag eine Anklage gegen die Regierung: denn man beschuldigte sie, daß sie den Wucher der Bäcker begünstige, weil sie selber Vortheil daraus ziehe. Indessen wurden die Unruhen beigelegt: theils durch die bewaffnete Macht, welche ganz aufgeboten werden mußte, theils durch die Bemühungen der bemittelteren Bürger, und so schien am andern Tage die Ruhe wieder hergestellt.

Aber nun erst nahm die Bewegung einen rein politischen Charakter an. Die Bürgerschaft wollte sich endlich von dem Drucke befreien, der auf dem ganzen Lande lastete und glaubte vor Allem auf

Digitized by Google

die Berufung der Landstände bringen zu müssen, die dann eine neue Verfassung zu Stande bringen sollten. Zu diesem Ende wurde eine Adresse an den Churfürsten vorbereitet, welche bald von vielen Unterschriften bedeckt war. Der Churfürst, welcher sich längere Zeit in Karlsbad aufgehalten, war am 12. September in Wilhelmshöhe angekommen. Dorthin sollte sich eine Abordnung der Bürgerschaft, bestehend aus dem gesammten Magistrate, den wackern Bürgermeister Schomburg und den beim Volke beliebten wegen seines Freimuths bekannten Küfermeister Herbold an der Spitze, begeben, um dem Churfürsten die Adresse zu überreichen, welche die Wünsche des Volkes ausspreche. Dieß geschah auch am 14. September. Der Churfürst wollte Anfangs die Abordnung nicht vor sich lassen, gab dann zwar nach; aber sein Bescheid war kein günstiger, er vertröstete mit seiner Antwort auf den anderen Tag. Die Nachricht von diesem schlechten Erfolge erbitterte die Einwohner von Cassel ungemein: die Bürgerschaft begann sich zu bewaffnen: schon erklärten sich kühne junge Leute bereit, das Zeughaus zu erstürmen: selbst auf das Militair war kein rechter Verlaß mehr. Am Morgen des 15. begab sich der Magistrat zu den Ministern und erklärte ihnen unverholen, daß bei einer abschlägigen Antwort des Fürsten auf die Ruhe der Stadt nicht mehr zu zählen sei. Inzwischen wogte das Volk durch die Gassen, und besonders der Platz vor dem Schlosse war dicht mit Menschen angefüllt, welche auf den Churfürst warteten. Dieser kam endlich von Wilhelmshöhe angefahren. Er wurde mit Grabesstille empfangen: kein Lebehoch, kein Zeichen der Freude machte sich laut. Im Schlosse angekommen, empfing er noch einmal die Abordnung der Bürgerschaft. Er sah ein, daß längere Weigerung die bedenklichsten Folgen haben könne: selbst seine Umgebung, seine Minister riethen ihm zu, und so gab er denn endlich nach, obschon mit schwerem Herzen: er versprach die Stände einzuberufen.

Die Freude über diesen Entschluß des Churfürsten war allgemein, und mehrere Tage überließ sich die Einwohnerschaft ganz der Begeisterung für eine neue schönere Zukunft. Auch die übrigen Theile

Digitized by Google

des Landes waren freudig davon überrascht: denn auch sie hatten bereits ähnliche Schritte wie die Casseler gethan, um eine bessere Gestaltung der politischen Zustände zu erwirken.

Aber die politische Aufregung ließ sich selbst durch die endliche Nachgiebigkeit des Churfürsten nicht mehr beschwichtigen. Das Mißtrauen in die Regierung war zu tief gewurzelt, und außerdem bot sie durch ihr ganzes Verhalten genug Veranlassung dazu dar. Der Churfürst zeigte große Angst: er ließ die Beurlaubten zu den Regimentern einberufen, nach Cassel immer frische Truppen ziehen, so daß es daselbst von Soldaten wimmelte, die Wachen an Wilhelmshöhe und am Casseler Schlosse verstärken, und gab sogar den Befehl, daß die Soldaten bei Kirchenparaden ihre Waffen mit in die Kirche nehmen sollten. Die Bürgerschaft wollte eine Garde bilden, um nöthigenfalls selber die Ruhe in der Stadt zu erhalten, und verlangte aus dem Zeughause die nöthigen Gewehre. Die Regierung, mißtrauisch, verweigerte es, so daß es zu einem höchst bedenklichen Auftritte kam, und endlich mußte die Regierung doch nachgeben. Dergleichen Vorfälle reizten nur immer mehr die Stimmung der Einwohnerschaft: schon scheute man sich nicht mehr, den Churfürsten persönlich anzugreifen, indem man Spottgedichte auf die Gräfin Reichenbach verfaßte and verbreitete. Die Polizei wagte nicht dagegen einzuschreiten. Ja, als die Gräfin selber es wagte, nach Wilhelmshöhe zu kommen, wurde die Bewegung in Cassel unter allen Classen der Einwohner so lebhaft, daß man die größten Besorgnisse hegen durfte: eine Adresse, von mehreren Tausend Unterschriften bedeckt, verlangte vom Churfürsten augenblickliche Entfernung der Gräfin aus dem Lande, und der Churfürst mußte diesem drohend genug ausgesprochenen Wunsche nachgeben.

Und wie in der Hauptstadt, so war auch in den Provinzen eine bedenkliche Stimmung verbreitet. An manchen Orten kam es zu bedauerlichen Auftritten, zumeist durch den Haß gegen das Mauthsystem hervorgerufen. So in Fulda, Felsberg, Wolfhagen, Hanau. Am bedeutendsten waren die Unruhen in dieser letzteren Stadt. Die

Digitized by Google

Bürgerschaft hatte fast gleichzeitig mit der Casseler eine Abordnung mit einer Adresse an den Churfürsten abgeschickt, in welcher sie außer einer Volksvertretung die Aufhebung der Douanengesetze verlangte, welche die Provinz Hanau besonders drückten. Die Hanauer Deputation, welche nach dem 15. September in Wilhelmshöhe ankam, wurde aber vom Churfürsten nicht vorgelassen. Darüber wurde die Einwohnerschaft der Stadt Hanau erbittert, und die Volkswuth richtete sich sofort gegen die allgemein verhaßten Mauthgebäude. In der Nacht vom 25. September wurden sie von Volkshaufen erstürmt, und alle Geräthe, Papiere, Waarenvorräthe zerstört. Auch das Haus eines Kornwucherers wurde zu Grunde gerichtet. In den übrigen Ortschaften der Provinz Hanau erfolgten ähnliche Auftritte. Ueberall richtete man sich gegen die Mauthgebäude: zugleich ließ das Volk aber auch seine Rache gegen mißliebige Beamte aus, und mißhandelte sie. Diese Unruhen erschienen dem Churfürsten so bedenklich, daß er eiligst seinen Sohn, den Churprinzen, nach Hanau sendete, der dann gleich bei seiner Ankunft, am 27. September, dem Volke verkündete, daß die verhaßten Mauthgesetze abgeschafft werden sollten. Die Ruhe stellte sich hierauf scheinbar wieder her. Auch in Hanau bildete sich eine Bürgergarde, welche die Ordnung zu handhaben sich verpflichtete, aber auch an den neu erworbenen Rechten festhielt. Die Regierung schürte auch hier von Neuem das Mißtrauen. Sie legte noch mehr Militair in die Stadt, entfernte das bisher daselbst garnisonirende Regiment, welches mit der Einwohnerschaft in gutem Vernehmen stand, und ersetzte es durch ein anderes, welches durch rohes Betragen die Gemüther erbitterte. Am 20. November kam es zu neuen Unruhen. Die Polizei erhöhte nämlich die Brodpreise und reizte dadurch die niedern Classen. Diese sammelten sich in großen Massen vor dem Hause eines besonders verhaßten Bäckers und versuchten es zu zerstören. Die Bürgergarde trat dazwischen und beschwichtigte die Unruhestifter. Aber nun rückte das Militair an und begann zu feuern, wobei mehrere Unschuldige getroffen wurden. Jetzt wuchs die Erbitterung, und mehrere Tage hindurch kam es zu den heftigsten

Digitized by Google

Kämpfen zwischen Militair und Proletariern; selber die Bürger waren über das Verhalten des Militairs so empört, daß sie keinen Soldaten mehr in die Quartiere aufnehmen wollten. Erst nach einigen Tagen stellte sich auch diesmal die Ruhe her, obschon der Geist des Unmuthes und der Unzufriedenheit nicht beschwichtigt werden konnte.

Mitten unter dieser Aufregung der Gemüther versammelten sich die Stände, am 16. October. Obschon dieselben nach dem alten Wahlgesetze von 1815 zusammengesetzt worden waren, so waren die Wahlen doch überwiegend in liberalem Sinne ausgefallen. Unter den Ständemitgliedern zeichneten sich besonders der Professor Jordan von Marburg, der Bürgermeister Schomburg von Cassel, Eberhard von Hanau und Kepler von Fulda aus. Der Churfürst, eingeschüchtert durch die immer weiter um sich greifende politische Bewegung, versprach den Ständen sofort Uebernahme der Landesschulden, Trennung der fürstlichen Privatcasse von der öffentlichen, Milderung der Steuern und auch eine Amnestie wegen der neuerlich stattgehabten Unruhen wurde verkündet. Den Ständen wurde von der Regierung der Entwurf einer Verfassungsurkunde vorgelegt, welcher sich wesentlich an die früheren Verhältnisse anlehnte, und den Forderungen der Zeit keineswegs entsprach. Die Stände ernannten sofort einen Ausschuß zur Prüfung des Entwurfes: und dieser, bei welchem Jordan von Marburg offenbar den größten Einfluß übte, brachte denn bald einen anderen Entwurf vor die Stände, welcher von diesen und zuletzt auch von den Regierungs-Bevollmächtigten nach einigen nicht unwichtigen Veränderungen angenommen wurde. Die Verhandlungen der Stände dauerten ohngefähr sechs Wochen. Schon beim Ablaufe des Jahres 1830 waren sie mit ihren Arbeiten fertig.

Die churhessische Verfassungsurkunde gehörte zu den freisinnigsten, welche bis dahin das deutsche Vaterland gekannt. Außer den gewöhnlichen Bestimmungen, wie sie in den süddeutschen Verfassungsurkunden enthalten sind, zeichnete sie sich vortheilhaft aus durch die Anerkennung des Grundsatzes vollkommener Preßfreiheit, obschon der Beschränkung derselben einige Hinterthüren offen gelassen waren, durch die Tren-

Digitized by Google

nung der Verwaltung von der Rechtspflege, und durch die Unabhängigkeit der letztern. Auch die Einrichtung des Ständewesens bot manche wichtige freisinnige Bestimmungen dar. Die Stände bilden nur eine Kammer: bestehend aus 4 Prinzen, den Standesherren, 16 Mitgliedern des Bürgerstandes, 16 Mitgliedern des Bauernstandes und den Abgeordneten der Ritterschaft. Das bürgerliche Element war aber das bei Weitem überwiegende. Die Wahl ist direct und bei der Hälfte der Abgeordneten findet außerdem kein Census statt.

Der Churfürst unterzeichnete am 5. Januar 1831 die Verfassungsurkunde, und am 8. wurde sie öffentlich verkündet und beschworen.

Wilhelm hatte mit widerstrebendem Herzen und nur durch die Umstände genöthigt, in die Veränderung der Regierungsform eingewilligt. Aber er sollte auch noch in anderer Beziehung von der Bewegung auf das Unangenehmste berührt werden. Wir haben schon angeführt, wie sich der Grimm des Volkes besonders auch gegen seine Maitresse, die Gräfin Reichenbach, gewendet und wie er sich schon im November 1830 genöthigt gesehen hatte, dieselbe aus dem Lande zu entfernen. Im Anfange des Jahres 1831 kam sie aber wieder nach Wilhelmshöhe. Bei der Kunde davon ward die Einwohnerschaft von Cassel von Neuem erbittert, und es bereitete sich ein furchtbarer Tumult vor. Man ließ die Soldaten unter das Gewehr treten, aber auch die Bürgergarde säumte nicht; außerdem war die Stimmung des Militairs nicht von der Art, daß es geneigt gewesen wäre, um der Gräfin Reichenbach willen Bürgerblut zu vergießen. Bürgermeister und Polizeidirector eilten nach Wilhelmshöhe, um den Churfürsten zu vermögen, in die Entfernung der Gräfin zu willigen; selber die Minister und die Generale erklärten, daß ohne das die Ruhe nicht zu erhalten sei. So gab denn der Churfürst nach. Er ließ die Gräfin, von Gensd'armen begleitet, aus dem hessischen Gebiete bringen. Die Casseler Bürgerschaft überreichte aber dem Churfürsten eine neue Adresse, in welcher sie von ihm Entfernung seiner mißliebigen verhaßten Räthe verlangte. Auch dazu mußte sich der Fürst entschließen. Er ernannte ein neues Ministerium, welches mehr im constitutionellen Sinne zusammenge-

Digitized by Google

setzt war. An der Spitze desselben stand der Justizminister Schenk von Schweinsberg; von Kopp übernahm das Auswärtige und die Finanzen; Rieß wurde Minister des Innern und der Generaladjutant Müldner von Mülnheim Kriegsminister.

Durch alle diese Vorgänge war aber dem Churfürsten der Aufenthalt in Cassel so verleidet, daß er am 23. März 1831 seine Residenz verließ, um sie nie wieder zu betreten. Er begab sich vorerst nach Hanau. Alle Bitten der Casseler, ihn zur Rückkehr zu bestimmen, waren vergebens. Nach der Verfassungsurkunde aber durfte der Sitz der Regierung nicht außer Landes verlegt werden. Endlich entschloß sich der Churfürst, unter dem 30. September 1831 seinen Sohn den Churprinzen zum Mitregenten zu ernennen, der denn von nun an die eigentliche Regierung führte.

Von Churhessen aus theilte sich die Bewegung dem benachbarten Hessen-Darmstadt mit. Auch hier war kein geringer Grund zur Unzufriedenheit vorhanden. Die Regierung, welche seit der Verleihung der Verfassungsurkunde im Jahre 1820 eine freisinnigere Richtung einschlagen zu wollen schien, huldigte seit dem allgemeinen Umschwunge im Jahre 1823 ebenso der Reaction, wie dieß anderswo der Fall war. Besonders fühlte sich der gemeine Mann gedrückt, nicht blos durch die schweren Steuern, die er zu entrichten hatte, sondern auch durch den Despotismus der Beamten, welche gegen das Volk auf die übermüthigste Weise verfuhren. Zu der Person des Fürsten konnte die Kunde von der eigentlichen Lage des Volkes nicht durchdringen, denn die Beamten verboten, Petitionen an den Großherzog zu bringen; ja sie gingen sogar so weit, denjenigen Leuten, welche sich nicht anständig kleiden konnten, zu verbieten, auf der Straße zu erscheinen, wenn der Landesfürst die Orte durchreiste, damit dieser, welcher nur wohlgekleidete Menschen erblickte, von dem Elende der niederen Classen keine Ahnung erhalte. Die Stände waren von keiner Bedeutung, denn seit 1823 wirkte man Seitens der Regierung in jeder Art auf ihre Zusammensetzung zu Gunsten des reactionairen Systems ein. Erst der Landtag von 1829 auf 1830 führte seit langer Zeit wieder eine entschiedenere Sprache. Das Haupt

Digitized by Google

der Opposition war Ernst Emil Hoffmann, den aber eben darum die Regierung so viel wie möglich verfolgte. Während der Sitzungen des Landtages starb der alte Großherzog Ludwig I., am 6. April 1830, und ihm folgte sein Sohn Ludwig II. in der Regierung nach. Diese Gelegenheit ergriff die Opposition, um den Staatshaushalt einer genaueren Prüfung zu unterwerfen, und hiebei ergab sich denn, daß außerordentlich viel verschleudert worden sei. Die Stände drangen nun auf Ersparungen und schmälerten die Vorschläge des Finanzministeriums um ein Bedeutendes. Auch in anderer Beziehung gingen sie im Sinne des Liberalismus voran. Sie forderten Preßfreiheit, die in der Verfassung zugesagte, konnten aber, da sich die erste Kammer dagegen stemmte, nicht durchdringen. Mitten in die Verhandlungen hinein erscholl nun die Kunde von der Julirevolution, und man kann sich denken, wie dieses Ereigniß die Opposition nur noch weiter treiben mußte. Auch das Volk nahm nun einen lebhafteren Antheil an den Verhandlungen. Die Bewegung der Geister wurde jetzt aber noch gesteigert durch die Nachrichten aus Churhessen, von der Revolution in Cassel, von den Unruhen in der Provinz Hanau. Schon gährte es in den Köpfen, und besonders die niederen Classen fühlten das Bedürfniß, sich des bisherigen Drucks und ihrer Dränger zu entledigen. Da fielen gegen Ende Septembers von der Provinz Hanau einige Volkshaufen in die Provinz Oberhessen ein. Sie forderten die benachbarten Orte zum Beitritte auf: es gelte zunächst die verhaßten Mauthgebäude zu zerstören, den Druck, der auf dem Landmanne laste, aufzuheben, Freiheit und Gleichheit zu erringen. Fast in allen Orten, welche sie durchzogen, schlossen sich ihnen Leute an: in Kurzem war der Haufe auf mehrere Tausend angewachsen. Die Leute waren schlecht bewaffnet, mit einigen alten Flinten und Säbeln, meist Sensen, Mistgabeln, u. s. w. Aber sie imponirten durch ihre Masse und durch den Schrecken, welchen sie vor sich hertrugen. So nahmen sie ohne allen Widerstand von Büdingen, Ortenberg, Nidda, Schotten, Florstadt Besitz, schon fürchtete Gießen, Friedberg, und selbst in Darmstadt hegte man die größte Besorgniß. Die Aufrührer richteten ihre Wuth zu-

Digitized by Google

nächst gegen die Mauthgebäude und die Wohnungen der Beamten, die sie zerstörten; dann verbrannten sie die Acten, und wo sie irgend einen der verhaßten Beamten in die Hände bekamen, wurde ihm übel mitgespielt. Auch hielten sie sich nicht frei von Plünderung, was besonders verhinderte, daß sich die besseren Einwohner ihnen anschlossen. So gefährlich nun auch dieser Aufstand aussah — man fürchtete, ihn bald zu einem völligen Bauernaufruhr anwachsen zu sehen, und meinte, der einzige Umstand, daß ihm ein Haupt gemangelt, habe seine größere Bedeutung verhindert — so bald zerging er in sich selber. Die hessische Regierung sandte ansehnliche Truppenmassen unter dem Oberbefehl des Prinzen Emil in jene Gegenden, welcher sofort das Kriegsrecht verkündete: bei der Annäherung derselben zerstoben die Massen und zerstreuten sich. Das Militair, das aber nicht umsonst marschirt sein wollte, beging nun die gröbsten Ausschweifungen gegen unschuldige Bürger, welche an dem Aufstande gar keinen Theil gehabt hatten. Dieß regte erst recht die Einwohner auf, und es ist gar nicht zu verkennen, daß der Geist der Unzufriedenheit sich keineswegs beschwichtigte, sondern den ganzen Winter fortgährte, beständig genährt durch die Unruhen im benachbarten Churfürstenthume und durch politische Flugschriften, welche auf den Ortschaften verbreitet wurden.

Bewegungen in den sächsischen Ländern.

Um dieselbe Zeit, wie in Hessen, brach die Bewegung in den sächsischen Landen aus.

Das Königreich Sachsen gehörte zu denjenigen deutschen Staaten, in welchen der Widerspruch der bestehenden Einrichtungen mit den Anforderungen der Zeit am schroffsten hervorgetreten war. Hier bestand, wie wir schon früher erwähnt, eine landständische Verfassung, aber ganz nach dem Maaßstab des vorigen Jahrhunderts. Die Stände bestehen aus der Ritterschaft und aus den Bürgermeistern

Digitized by Google

einiger Städte: ihre Rechte beschränkten sich darauf, Steuern zu verwilligen, aber ohne daß die Regierung es für nöthig gehalten hätte, ihnen irgend einen Nachweis über die Verwendung derselben vorzulegen: von einem Einwirken in die Gesetzgebung war nun vollends keine Rede. Dabei waren die landständischen Verhandlungen in das tiefste Dunkel des Geheimnisses gehüllt: nicht nur, daß dem Publicum aller Zutritt zu denselben verwehrt war, so wurden sie nicht einmal durch die Presse veröffentlicht. Von den Verhandlungen wurden nur so viel Exemplare gedruckt, daß jedes Ständemitglied eines davon erhalten konnte, aber nur gegen das Versprechen, es Niemandem weiter mitzutheilen. Unter solchen Umständen war die sächsische Regierung thatsächlich eine absolutistische. Sie verfuhr auch willkürlich genug. Die Polizei hemmte die freie Bewegung nach allen Richtungen hin, besonders auch in der Presse; denn nicht nur die Tagespresse stand unter strenger Censur, sondern auch die geschlossene Literatur: daß darunter der sächsische Buchhandel, namentlich Leipzig, leiden mußte, braucht nicht erst bemerkt zu werden. Zu diesem kam noch ein unsäglicher Steuerdruck, der besonders auf dem Mittelstande lastete. Denn die Rittergüter waren frei: die Staatsbedürfnisse mußten also blos von den bürgerlichen Ständen gedeckt werden. Diese aber befanden sich wegen der unseligen Handelsverhältnisse in einer sehr traurigen Lage. Die Regierung war zwar im Jahre 1828 dem mitteldeutschen Handelsvereine beigetreten, aber dadurch wurden die Verhältnisse nicht besser. Denn gegen die drei größten angränzenden Länder, welche der sächsischen Industrie einen Markt hätten eröffnen können, gegen Preußen, Oestreich und Baiern, fand kein freier Absatz statt. Außerdem befolgte die Regierung den Grundsatz, die Erzeugnisse der ausländischen Industrie entweder ganz frei oder gegen sehr geringe Abgaben ins Land zu lassen, während die eingeführten Rohstoffe unmäßig besteuert wurden: die Folge war der gänzliche Ruin der sächsischen Industrie. Boten nun diese allgemeinen Zustände Grund genug zur Unzufriedenheit, so wurde dieselbe noch mehr genährt durch die heillosen Mißbräuche, welche in dem Gemeindewesen eingerissen waren. Die Magistrate in

Digitized by Google

den Städten ergänzten sich selbst, wurden durch keinerlei Art von Bürgervertretung beaufsichtigt, und schalteten also willkürlich über das Gemeindevermögen, wie sie denn auch willkürlich die Gemeindeauflagen bestimmten. Diese waren verhältnißmäßig nicht minder drückend, wie die allgemeinen. Zu allen diesen Dingen kamen nun endlich noch die religiösen Verhältnisse hinzu. Sachsen ist bekanntlich die Heimath des Protestantismus, und die Einwohner waren von jeher stolz darauf. Die fürstliche Familie war aber schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts zum Katholicismus übergetreten. Dieser Mißstand machte sich jetzt besonders fühlbar. Denn nachgerade hatte sich die streng-katholische Partei des Königs bemächtigt und ihn zu manchen Maßregeln verleitet, welche auf feindselige Absichten gegen den Protestantismus schließen lassen konnten: wußte man doch, daß ein Theil der unter dem Ministerium Martignac aus Frankreich entwichenen Jesuiten sich in Sachsen niedergelassen hätten und in der unmittelbaren Nähe des Hofes sich befänden, daß für diese Emigration jährlich 52,000 Thaler verwendet würden, während ein antijesuitisches Blatt, der von Alexander Müller herausgegebene „katholische Wächter" verboten wurde, und deshalb nach Halle übersiedeln mußte. Zu den vielen politischen und socialen Mißständen kam also noch gerechte Besorgniß in Hinsicht der Religion, und dieser Punkt trug nicht wenig dazu bei, die üble Stimmung gegen die Regierung zu erhöhen.

So standen die Dinge, als mit dem Anfange des Jahres 1830 die Landstände wieder zusammentraten. Es ist nicht zu läugnen, der Geist der Zeit hatte auch auf sie eingewirkt, und so gingen denn von ihnen, wenigstens von Einzelnen, manche Forderungen aus, welche eine wesentliche Veränderung des Systems im Sinne des Fortschritts bezweckten. So wurde eine Vorlage des Ministeriums über den Staatshaushalt und über die Verwendung der bewilligten Steuern verlangt: der Abgeordnete von Watzdorf verlangte sogar schon eine vollständige Veränderung des Ständewesens, eine eigentliche Volksvertretung. Aber diese Forderungen wurden, wie gewöhnlich, von der Staatsregierung einfach abgewiesen. Die Stände begnügten sich

Digitized by Google

sodann, die verlangten Steuern zu bewilligen und gingen wieder auseinander.

Die Unzufriedenheit stieg aber zusehends unter der Bevölkerung, woran das immer übermüthiger werdende Benehmen der Polizei eine nicht geringe Schuld trug. Dieß war besonders in Leipzig der Fall, wo sich der Polizeipräsident von Ende durch seine Härte allgemein verhaßt gemacht hatte. Schon im Juni fielen hier einige Unruhen vor, in deren Folge mehrere unschuldige Bürger von der Polizei mißhandelt wurden und einer sogar sein Leben einbüßte. Auch in Dresden kam es schon zu Reibungen zwischen dem Volke und der Polizei. Bald darauf kam die Nachricht von der Julirevolution. Sie fand unter der sächsischen Bevölkerung einen wohlvorbereiteten Boden. Die Aufregung stieg von Tag zu Tag, es bedurfte nur einer kleinen Veranlassung, um auszubrechen.

Eine solche Veranlassung wurde zuerst in Leipzig durch die Polizei geboten. Am 2. September 1830 versammelte sich vor einem Hause ein Schwarm muthwilliger Jungen, um den Vorabend einer Hochzeit nach alter Sitte mit Zerbrechen von irdenen Gefäßen zu feiern. Die Polizei wollte das nicht dulden und schritt ein. Die Jungen zerstreuten sich, kamen aber bald wieder und neckten die Polizeisoldaten. Diese, weil sie der Jungen nicht habhaft werden konnten, ergriffen einen Schmiedelehrling, der unter der Thüre seiner Werkstatt gestanden und den Neckereien zugesehen hatte. Der junge Mensch wehrte sich, weil er nichts verbrochen und wurde dafür von der Polizei auf das Gröblichste mißhandelt. Sofort sammelten sich Haufen von Menschen, namentlich von Handwerksburschen, die sich des jungen Menschen annahmen und über die Polizeisoldaten herfielen. Von Minute zu Minute wuchs die Masse an, und bald ging sie zu ernsten Thätlichkeiten über. Sie wandte sich zu dem Hause des Polizeipräsidenten von Ende, warf die Fenster ein und zerbrach die Thüren. Nach einiger Zeit zerstreute sie sich. Aber am Abende des andern Tags erneuerten sich die Unruhen. Polizei und Militair, welche ihnen Einhalt thun wollten, wurden geworfen: die Häuser

Digitized by Google

mehrerer verhaßten Beamten wurden demolirt. Ebenso ging es am dritten Tage. Die Massen schwollen immer mehr an: nichts schien ihnen Widerstand leisten zu können: sie zertrümmerten Alles, was sie in den Häusern der verhaßten Beamten fanden, auch die Freudenhäuser wurden zerstört. Endlich am 5. September bildete sich eine Bürgergarde, welcher sich die Studirenden anschlossen, die dann zwar die Ruhe wieder herstellten aber nur unter der Bedingung, daß sich die Polizei nicht mehr blicken ließ, und in der Absicht, mit politischen Forderungen hervorzutreten.

Kaum war der Aufruhr in Leipzig einigermaßen gedämpft, so brach er in Dresden aus. Und zwar war dieser weit bedenklicher. Volkshaufen, nicht blos aus den niedersten Classen bestehend, wandten sich am Abende des 9. September gegen das Rathhaus, erstürmten es und zerstörten Alles, was sie darin fanden: Acten, Stühle, Tische und sonstiges Geräthe, Alles wurde auf die Straße geschleudert und dort verbrannt. Ein anderer Haufe drang in das Polizeigebäude ein, zerstörte auch hier Alles, was zu zerstören war, und verbrannte die Acten. Die Regierung sendet den Volkshaufen Truppen entgegen: jene stellen sich aber zur Wehre, es kommt zum heftigen Kampf, selber die Bürger, von denen ein Theil unter dem Namen der Nationalgarde regelmäßig bewaffnet war, nehmen daran Theil, und zwar für das Volk: das Militair wird geworfen, das Volk bleibt Sieger.

Die Regierung, in Angst und Schrecken, setzt am anderen Tage eine Commission nieder, aus beim Volke beliebten Staatsbeamten bestehend, deren Vorsitz der Prinz Friedrich führte, dessen Namen ebenfalls beim Volke einen guten Klang hatte. Diese Commission forderte nun die Dresdener Bürgerschaft auf, sich zu bewaffnen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Einwohner kamen dieser Aufforderung nach: in Kurzem hatte sich auch hier eine Bürgergarde gebildet, welche fortan ähnliche Scenen wie am 9. verhütete und überhaupt die Ordnung erhielt. Allein die Dresdener Bürgerschaft nahm nun die Bewegung, gerade so wie die Casseler, selber in

Digitized by Google

die Hand: sie verlangte entschieden Abhülfe ihrer vielfachen Beschwerden, vor Allem Einführung einer Repräsentativverfassung, Freiheit der Presse, größeren Schutz für die inländische Industrie, Einschränkung der Staatsausgaben, Beseitigung der religösen Beschwerden, namentlich Entfernung der Jesuiten, Veränderung der polizeilichen Einrichtungen, Umgestaltung der Gemeindeverfassung, beruhend auf dem Grundsatze der Gemeindevertretung, und endlich Abhülfe gegen eine Menge Beschwerden, welche mehr localer Natur waren. Diese Dinge wurden mit solchem Nachdrucke gefordert, daß die Regierung wohl einsah, wozu eine Weigerung führen würde.

Zugleich waren ähnliche Unruhen fast überall im Lande ausgebrochen: in Chemnitz, Freiberg, Frankenberg, Stollberg, Schneeberg, Kirchberg, Auersbach, Plauen, Königsberg, dann in der Oberlausitz, wo fast in allen Fabrikdörfern der Aufruhr ausbrach, namentlich in Neukirch, Seifhennersdorf und Waltersdorf in der Nähe von Zittau. Es war meist der unsägliche Druck, der hier die Einwohner zur Empörung gebracht hatte: sie wollten sich theils an ihren Drängern rächen, an Beamten oder Gutsbesitzern, theils verlangten sie augenblickliche Verbesserung ihrer Lage, Erhöhung des Arbeitslohnes, oder Nachlassung von Steuern.

Die Bewegung, die plötzlich sich über das ganze Königreich verbreitet hatte, eröffnete dem Könige alsobald die eigentliche Lage der Dinge. Er warf dem bisherigen Ministerpräsidenten, Grafen von Einsiedel, vor, daß er ihn über die Stimmung des Landes getäuscht habe, worauf dieser sich damit entschuldigte, daß er selber getäuscht worden sei. Der Graf von Einsiedel wurde entlassen, und an die Spitze des neuen Ministeriums trat der Herr von Lindenau, von dessen liberalen Gesinnungen und allgemein anerkannter Ehrenhaftigkeit das Volk die besten Hoffnungen für die Zukunft hegte. Zugleich wurde der Prinz Friedrich, der Neffe des Königs und späterer Thronfolger, zum Mitregenten ernannt, nachdem sein Vater, der Prinz Maximilian, dem Thron entsagt hatte: auf diesen Letzteren hatte das Volk kein rechtes Vertrauen, während der Prinz Friedrich, wie schon

Digitized by Google

bemerkt, allgemein beliebt war. Diesen wichtigen Veränderungen wurde nun noch das Versprechen beigefügt, jene oben gestellten Forderungen in der Hauptsache bewilligen zu wollen: namentlich wurde eine Repräsentativverfassung in Aussicht gestellt, welche mit den alsbald einzuberufenden Ständen berathen werden sollte und wozu die Regierung die Vorarbeiten sogleich in Angriff nehmen werde.

Nach diesen Versprechungen stellte sich die Ruhe wieder her. Aber die geistige Aufregung konnte so wenig wieder unterdrückt werden, wie in Hessen: sie erhielt außerdem Nahrung durch die Veränderungen, welche sofort mit den Gemeinderäthen und der städtischen Verwaltung überhaupt vorgenommen wurden. Und da mit den allgemeinen Veränderungen ziemlich lange gezögert wurde, wuchs wieder das Mißtrauen und die Unzufriedenheit, die schon im Februar 1831 in Dresden zu bedenklichen Unruhen führte. Diese wurden zwar wieder unterdrückt. Nun bildete sich aber ein Bürgerverein, aus fast lauter Männern bestehend, die der freisinnigsten Richtung angehörten, in der Absicht, auf die Gestaltung der neuen Constitution einzuwirken. Die Regierung gebot die Auflösung dieses Vereins. Als dem keine Folge geleistet wurde, ließ sie im April 1831 zwei der Widerspenstigsten verhaften. Dieß führte zu einem neuen Tumulte, der am 18. April zu einem förmlichen Barricadenkampfe anwuchs. Nach heftiger Gegenwehr wurde zwar die Regierung des Aufruhrs Meister; die Stimmung erschien ihr aber doch so bedenklich, daß sie noch einmal die baldige Erfüllung der gemachten Zusagen versichern zu müssen glaubte.

Die Landstände waren indessen wirklich am 1. März 1831 zusammengetreten, um eine neue Verfassung zu berathen. Jedoch dauerten die Verhandlungen darüber immerhin noch sechs Monate, bis sie zum Abschlusse gediehen. Am 4. September 1831 war sie endlich fertig und wurde vom Könige und Mitregenten feierlich beschworen. Auch diese Verfassung nahm im Wesentlichen die Principien der süddeutschen Verfassungsurkunden auf: Freiheit der Person und des Eigenthums, allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienst, Gewissensfreiheit,

Digitized by Google

Gleichheit der drei christlichen Culte, gleiche Berechtigung zu allen Staatsstellen, Freiheit der Presse mit Sicherung gegen den Mißbrauch und unter Berücksichtigung der Bundesgesetzgebung, Gleichheit der Besteuerung, Verantwortlichkeit der Minister. Die Stände erlangen ebenfalls die Rechte, welche sie in den süddeutschen Staaten besaßen: an ihre Zustimmung ist die Erlassung neuer Gesetze gebunden; sie haben das Steuerbewilligungsrecht, ihnen muß der Staatshaushalt vorgelegt werden; sie haben das Recht der Petition und das Recht, die Minister in Anklagestand zu versetzen. Die Stände bestehen aus zwei Kammern. Die erste wird gebildet aus den Prinzen des königlichen Hauses, den Standesherren, dem Abgeordneten der Universität Leipzig, dem protestantischen Oberhofprediger, 12 Abgeordneten der Ritterschaft, 10 vom Könige ernannten Rittergutsbesitzern, den Bürgermeistern von Dresden und Leipzig und noch 6 anderen Städten. Die zweite besteht aus 20 Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, 25 Abgeordneten der Städte, 25 Abgeordneten des Bauernstandes und 5 Vertretern des Handels und Fabrikwesens. Es ist ein im Verhältniß zu früher im Ganzen mäßiger Census für das Wahlrecht wie für die Wählbarkeit festgestellt. Die Abgeordneten müssen jedoch in dem Bezirke ansässig sein, von welchem sie gewählt werden. Oeffentlichkeit der Sitzungen beider Kammern, Unverletzlichkeit des Abgeordneten bezüglich seiner Meinungsäußerung sind ebenfalls festgestellt. Außerdem wird nach dem Vorbilde der würtembergischen Verfassung ein Staatsgerichtshof niedergesetzt, bei dessen Zusammensetzung die Stände mitwirken. Er hat über die angeklagten Minister zu richten, wie überhaupt zu entscheiden, wenn zwischen Regierung und Ständen über die Auslegung einzelner Punkte der Verfassung Streit entstehen sollte.

So war denn auch das Königreich Sachsen in die Reihe der constitutionellen Staaten eingetreten. In den übrigen sächsischen Ländern fehlte es ebenfalls nicht an Unruhen. In Sachsen-Altenburg, wo das Volk über die schweren Steuern, den Druck der Beamten und die schlechten Gemeindeverfassungen nicht minder erbittert war,

Digitized by Google

wie im Königreich Sachsen, erfolgte am 13. September 1830 ein Aufstand in der Residenzstadt, welcher mit der Zerstörung der Wohnungen der Beamten und mit der Mißhandlung dieser selbst begann und hierauf sich zur Erstürmung des fürstlichen Schlosses anschickte. Der Herzog erschien nun auf dem Rathhause und versprach Abhülfe aller Beschwerden, namentlich Verbesserung des Gemeindewesens und Einführung einer zeitgemäßen repräsentativen Verfassung. Am 29. April 1831 war dieselbe bereits fertig: auch diese lehnte sich im Wesentlichen an die süddeutschen Constitutionen an. Nicht minder war das Großherzogthum Sachsen-Weimar, wo Karl August bereits im Jahre 1828 gestorben war, dem sein Sohn Karl Friedrich in der Regierung folgte, von der Bewegung ergriffen. Es erfolgten Unruhen in Jena, in der Stadt Sulza und an anderen Orten, welche zunächst zur Errichtung von Bürgergarden führten: dann aber nahmen die Bürger wie anderwärts die Bewegung in die Hand und verlangten Abhülfe ihrer verschiedenen Beschwerden, die sich meistens auf die Gemeindeverhältnisse und auf den Druck der Steuern bezogen, worauf dann von der Regierung eingegangen wurde. In den reußischen Landen, namentlich in Gera, zeigte sich ebenfalls eine nicht unbedeutende Aufregung: auch diese wurde jedoch bald durch die Nachgiebigkeit des Fürsten beschwichtigt, welcher Abhülfe der verschiedenen Beschwerden versprach und die mißliebigen Beamten von ihren Stellen entfernte. Die Unruhen wiederholten sich jedoch im März 1831, sie wurden zwar augenblicklich wieder gedämpft, die Stimmung der Einwohnerschaft erschien jedoch so bedenklich, daß die Regierung sich genöthigt sah, bei Preußen nöthigenfalls um Hülfe nachzusuchen. In Gotha ließ der Herzog von selber die Bürger zusammenkommen und forderte sie auf, ihm freimüthig ihre Beschwerden vorzulegen, die er dann, wenn sie gegründet wären, beseitigen wollte. Zu einem ähnlichen Verfahren sah sich der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen veranlaßt. Da jedoch die Wünsche der Einwohner nicht sobald eine Erledigung fanden, so drangen sie das Jahr darauf mit Entschiedenheit auf die Verleihung einer zeitgemäßen landständischen Verfassung, welche aus der

Digitized by Google

Vereinbarung zwischen dem Fürsten und der Volksvertretung hervorgehen sollte.

Dergestalt wogte die politische Aufregung durch Mitteldeutschland. Aber schon hatte sie auch den Norden ergriffen. In Braunschweig war sie bereits so mächtig geworden, daß sie sogar zur Verjagung des Fürsten führte.

Revolution in Braunschweig*).

Friedrich Wilhelm, der heldenmüthige Herzog von Braunschweig, welcher im Jahre 1809 den berühmten Zug von den Gebirgen Böhmens mitten durch den Feind bis nach der Nordseeküste ausgeführt, welcher in der Schlacht von Quatrebras im Jahre 1815 für die deutsche Sache sein Leben gelassen, hinterließ zwei Söhne, Karl und Wilhelm, von denen der erste elf, der andere neun Jahre alt war. Friedrich Wilhelm hatte in seinem Testamente den König von Großbritannien, der zugleich König von Hannover war, zum Vormunde seiner Kinder ernannt. Dieser übernahm daher die vormundschaftliche Regierung durch den Grafen von Münster, welcher wiederum ein Geheimraths-Collegium ernannte, an dessen Spitze von Schmidt-Phiselbeck stand. Im Jahre 1820 wurde dem Lande eine landständische Verfassung verliehen, oder vielmehr es wurde die alte mit einigen unbedeutenden Veränderungen erneuert. Diese Verfassung nach dem Muster der hannöverischen entsprach durchaus nicht den Forderungen der Zeit. Das aristokratische Element überwog auf ungebührliche Weise. Außer dem Adel und den Prälaten waren nur noch die Städte vertreten durch ihre Bürgermeister. Von einer Vertretung des Bauernstandes

*) Vergl. darüber besonders den Aufsatz von Steinacker in den Supplementen zum Welker'schen Staatslexikon und die Denkwürdigkeiten des Herzogs Karl von Braunschweig, Cassel 1844, welche letzteren jedoch nur mit Vorsicht zu gebrauchen sind.

Digitized by Google

war keine Rede. Die Stände besaßen zwar das Recht der Steuerbewilligung, der Mitwirkung bei der Gesetzgebung, der Beschwerde, aber das war nur Schein. Thatsächlich besaßen die Stände keine Macht; ihre Bedeutung war der Regierung gegenüber untergegangen.

Inzwischen erhielt der junge Herzog Karl eine allem Anscheine nach fehlerhafte Erziehung. Man scheint in der Wahl der Personen, welchen diese wichtige Aufgabe übertragen worden war, entschieden unglücklich gewesen zu sein. Sie wußten den jungen Fürsten sicherlich nicht zu behandeln. Er wünschte nun so bald wie möglich aus diesem drückenden Abhängigkeitsverhältniß sich zu befreien, ein Ziel, welches er im Jahre 1822 zu erreichen hoffte. Denn in diesem Jahre wurde er 18 Jahre alt, nach braunschweigischen Rechten das Alter der Volljährigkeit für den Regenten. Aber sein Vormund wollte unter allerlei Ausflüchten nicht in die Thronbesteigung des jungen Herzogs willigen. Karl wandte sich an den Congreß von Verona: vergebens! dann an den Fürsten Metternich, den er in Wien besuchte. Dieser nahm ihn sehr freundlich auf und versprach, ihm zur Regierung zu verhelfen, doch dürfe er sich nicht wie sein Vetter, der König von Würtemberg, an die Demagogen anschließen. In der That brachte es Metternich dahin, daß Karl das Jahr darauf die Regierung übernahm. Dieser mußte ihm aber versprechen, zunächst keine Aenderung im Regierungspersonale vorzunehmen.

Im Jahre 1823 trat Herzog Karl die Regierung an. Die ganze bisherige vormundschaftliche Regierung war ihm verhaßt, und um so mehr, als er in den ersten Jahren nichts an ihr ändern durfte, vielmehr alle die Personen, seinem Versprechen gemäß, in ihren Stellen belassen mußte, welche er als die Creaturen seines Vormundes betrachtete. Drei Jahre lang ertrug er dieses Verhältniß; aber im Jahre 1827 nahm er auf einmal eine ganz andere Sprache an. Er verlangte Rechenschaft über die frühere Verwaltung. Schmidt-Phiselbeck, der an der Spitze derselben gestanden, verlangte nun seinen Abschied. Er wurde ihm vom Herzoge verweigert; jener entfloh auf hannöverisches Gebiet. Hierauf kam es zwischen Herzog Karl und Han-

Digitized by Google

nover zu bedauerlichen Zwisten. Karl verlangte von Hannover die Auslieferung Schmidt-Phiselbeck's; sie wurde verweigert. Es wurden nun Staatsschriften hin und her gewechselt, wobei der Anstand nicht immer beobachtet wurde; der Herzog ließ sogar einmal den Grafen Münster zum Zweikampfe fordern. Endlich kam die Sache an den Bundestag, der sich indessen, nachdem mehrere Jahre darüber verhandelt worden war, gegen den Herzog Karl entschied.

Während dieser Streitigkeiten mit Hannover waren im Innern des Landes bedauerliche Veränderungen eingetreten. Schon seit seinem Regierungsantritte hatte der Herzog die Stände nicht zusammenberufen. Im Jahre 1827 sprach er nun unverholen aus, daß er die Verfassung von 1820 nicht anerkenne. In seinen Denkwürdigkeiten hat er als Grund dieser seiner Handlungsweise angeführt, daß jene Verfassung zu aristokratisch gewesen und das eigentliche Volk zu wenig berücksichtigt habe. Aber wenn dem Herzog eine freisinnige, auf den Grundsatz der Volksvertretung gegründete Verfassung wünschenswerth erschien, so durfte er sie nur wollen; sicherlich hätten sich ihm wenig Hindernisse entgegengestellt. Aber Karl strebte damals offenbar nach unumschränkter Willkür, vor welcher sich allerdings auch die Aristokratie, die er haßte, aber nicht minder das ganze übrige Volk beugen sollte.

Diese Absichten des Fürsten brachten in Kurzem die öffentliche Meinung gegen ihn auf. Denn obschon im Volk für die Verfassung von 1820 keineswegs große Sympathien herrschten, so erschien ihm die Nichtachtung derselben doch als offenbare Rechtsverletzung. Und außerdem war der ganze Charakter der herzoglichen Regierung der Art, daß er ein jedes sittliche Gefühl empören mußte. Fast sämmtliche Räthe aus der früheren Verwaltung wurden entlassen. Dagegen umgab sich der Fürst mit den schlechtesten Subjecten, mit mittelmäßigen Köpfen, Vagabunden, die gewissenlos genug waren, zu Allem bereitwillig die Hand zu bieten, was der Fürst, selbst in offenbarem Widerspruche mit den Gesetzen des Landes, ausgeführt wünschte. Es dauerte gar nicht lange, so bemerkte man, wie der Herzog darauf ausgehe, sich

Digitized by Google

auf Kosten des Staates zu bereichern. Während die Steuern erhöht wurden, wurden doch zugleich die Gehalte der Staatsdiener beschränkt, leer gewordene Stellen nicht wieder besetzt, andere verkauft, dringende Ausgaben verweigert, und zuletzt mit dem Verkaufe der Domainen begonnen. Alle daraus gewonnenen Summen flossen in die Privatcasse des Fürsten und seiner Räthe. Es konnte nicht fehlen, daß sich die Unzufriedenheit über diese Handlungsweise hie und da äußerte. Der Herzog glaubte, auch dagegen seine Maßregeln treffen zu müssen. Er würdigte die Justiz zu einer Cabinetsjustiz herab, er ließ Briefe erbrechen, richtete ein geheimes Spionirsystem ein, und verfolgte einzelne Personen, deren ihm feindliche Gesinnungen er kannte, auf das Härteste. Den Oberjägermeister von Sierstorpff, welcher die ihm zugedachte Pensionirung in etwas derber Weise abgelehnt, verwies er des Landes. Das Landesgericht erklärte diese Maßregel für rechtswidrig und ungültig, und nun ließ der Herzog diese Entscheidung in Gegenwart der sämmtlichen Mitglieder des Gerichts durch einen Regierungsbeamten zerreißen. Der Kammerherr von Cramm wurde seiner Stelle entsetzt, weil er in ständischen Angelegenheiten nach Frankfurt zum Bundestage gereist war. Allen Staatsdienern des Landes wurde der Umgang mit diesem Manne mit der Drohung untersagt, sonst ihre Stellen zu verlieren. Der Hausarzt Cramm's erhielt einen Verweis darüber, daß er immer noch ärztliche Hülfe in der Familie leiste, während ein anderer vom Herzoge ein Geschenk deshalb erhielt, weil er der Gemahlin Cramm's seinen Beistand in Kindesnöthen versagt hatte!

All dieß war schon hinreichend, um alle Classen des Volkes gegen die Regierung aufzureizen. Dazu kam aber endlich noch der Lebenswandel des Herzogs, von dem man sich die ärgsten Scandale erzählte, welche vollends die Achtung des Volkes untergraben mußten.

Im Frühlinge des Jahres 1830 begab sich der Herzog nach Paris. Er war hier noch anwesend, als die Revolution ausbrach. Er bekam über sie einen solchen Schrecken, daß er in aller Hast aus Paris flüchtete und unter den mannichfachsten Abenteuern nach Hause eilte. Aber die Katastrophe in Paris hatte keine Aenderung in seiner

Digitized by Google

Gesinnung hervorgebracht. Er tadelte nur Karl X., daß er nicht energischer verfahren wäre, und bemerkte, daß er in einem ähnlichen Falle anders zu handeln entschlossen sei. Dabei war aber seine Angst vor dem Volke sehr groß. Denn er ließ sich täglich bei der Polizei nach der Stimmung der Einwohnerschaft erkundigen und ritt nie ohne Pistolen aus.

Zwei Begebenheiten drängten den Unmuth des Volkes bis zum Ausbruch hin. Der Freiherr von Sierstorpff hatte wegen der über ihn verhängten Verbannung beim Bundestage geklagt und daselbst — eine freilich seltene Sache — Recht erhalten. Er wollte nun nach Braunschweig zurückkehren. Auf die Nachricht hiervon beschloß die Einwohnerschaft, ihn mit einem Fackelzuge feierlich zu empfangen. Der Herzog aber verordnete, wenn dieß geschähe, so sollte man mit Kartätschen unter das Volk feuern lassen. Darauf hin ging Sierstorpff nicht nach Braunschweig, aber die Wuth des Volkes gegen den Herzog stieg immer höher.

Das zweite Ereigniß war folgendes: Der Viceoberstallmeister von Oeynhausen, der unter des Herzogs Vater sich im Kriegsdienste ausgezeichnet hatte, wurde von Karl auf alle Weise gekränkt. Er wurde krank: der Herzog besuchte ihn, aber nicht um ihn zu trösten, sondern um ihm noch seine letzten Tage zu verbittern. Endlich starb er. Da besuchte Karl den Todten und ließ dabei die Worte fallen: „Ich muß mich ja an Leichen gewöhnen!“ Diese Worte in Verbindung mit einem Gerüchte von der Vergiftung Oeynhausens, wurden von den Einwohnern so ausgelegt, als wären sie zu Leichen ausersehen: die Erbitterung hatte den höchsten Grad erreicht.

Am 1. September begab sich eine Abordnung der Bürgerschaft zum Herzoge und verlangte von ihm Abstellung ihrer Beschwerden. Er antwortete damit, daß er die Wachen verdoppeln, ihnen scharfe Patronen geben und 16 Kanonen vor der Aegidien-Kaserne auffahren ließ. Seit dieser Zeit bereitete sich eine Verschwörung vor. Daß dieselbe besonders von dem Adel betrieben worden ist, unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr. Aber eben so sicher ist, daß der Adel allein

Digitized by Google

nichts ausgerichtet haben würde, wenn er nicht von dem gesammten Volke unterstützt worden wäre. Am Abende des 6. September sammelten sich in den Straßen zahlreiche Volkshaufen. Sie warteten auf den Herzog, der aus dem Theater kommen sollte. Dieser war aber schon vorher von dem, was gegen ihn beabsichtigt wurde, unterrichtet und entsprang noch glücklich in seinen Wagen. Hinter ihm her aber wälzte sich der Haufe, unter dem Geschrei: „Nieder mit dem Herzog! Nieder mit dem Tyrannen!“ gegen das Schloß zu. Dort ließ der Herzog sofort die Infanterie unter die Waffen treten, Kanonen auffahren, er selber hielt mit gezogenem Degen vor den Truppen, und ertheilte dem General von Herzberg den Befehl, mit Kartätschen auf das Volk feuern zu lassen. Herzberg weigerte sich indessen, und nach einiger Zeit zerstreuten sich die Massen. Am 7. September begannen die Unruhen schon des Morgens. Die Bürgerschaft verlangte vom Herzog die Erlaubniß zur Gründung einer Bürgergarde und zu diesem Ende Gewehre aus dem Zeughause. Karl wies sie Anfangs ab und bewilligte zuletzt nur Bewaffnung mit Piken und Säbeln, und nur unter der Bedingung daß sich keine Bürgerabtheilung in der Nähe des Schlosses blicken lasse. Er selber traf alle Vorbereitungen, um das Volk, wenn sich die unruhigen Auftritte wiederholen sollten, mit einem furchtbaren Kartätschenfeuer zu empfangen. Nichts desto weniger begann Abends das Volk den Sturm auf das Schloß. Er glückte vollkommen, da man von einer nicht bewachten Seite in dasselbe eingedrungen war, während der Herzog alle seine Truppen auf dem Schloßplatze aufgestellt hatte: ohnedieß hatte das Militair keine Neigung zum Widerstande. Der Herzog, von einer Escadron Husaren begleitet, entfloh. Und nun ließ das Volk seiner Wuth die Zügel schießen. Fast das ganze Schloß wurde verbrannt: man ließ keine Feuerspritzen zu, es sollte an dem „Höllenneste“ kein Stein auf dem anderen bleiben! Erst am andern Tage bildete sich eine Bürgergarde, welche für die Wiederherstellung der Ordnung und Erhaltung der Sicherheit sorgte.

Ein paar Tage darauf, am 10. September, kam der jüngere

Digitized by Google

Bruder des vertriebenen Herzogs, Wilhelm, von Berlin an: er übernahm auf den allgemeinen Wunsch einstweilen die Regierung, umgab sich mit Männern des öffentlichen Vertrauens, und rief die Landstände zusammen, die ihn baten, wegen der Unfähigkeit seines Bruders die Zügel der Regierung definitiv zu ergreifen.

Da auch die Agnaten des Herzogs damit einverstanden waren, so trat Wilhelm später, am 25. April 1831, die Regierung von Braunschweig als die eigene an.

Karl war inzwischen nach London entflohen, um den König von England zu vermögen, sich für ihn zu verwenden. Er fand aber hier eine so unzweideutige Abneigung, daß er bald darauf London wieder verließ und nach Frankfurt eilte. Von da erließ er mehrere Proclamationen an die Braunschweiger, in denen er ebenso maßlos an Versprechungen war, als er sich früher an Gewaltthätigkeit bewiesen hatte. Er wollte kein stehendes Militair mehr halten, verhieß die Ablösung sämmtlicher Zehnten und Herrendienste zu den niedrigsten Preisen, Freiheit der niederen Classen von Steuern, Geschwornengericht, Recht der Gemeinden, ihre Beamten und Pfarrer selbst zu wählen, Volksvertretung nach der Kopfzahl, Vertheilung des Vermögens der Hochverräther unter das Volk u. s. w. Doch Niemand traute diesen Versprechungen. Als daher der Herzog im November 1830 wieder das Braunschweiger Gebiet betrat, um eine Gegenrevolution durchzuführen, so fand er nicht den mindesten Anklang. Ein ihm entgegengeschicktes Jägerbataillon schüchterte ihn so ein, daß er die Flucht ergriff. In Osterode, wo er die Nacht zuzubringen gedachte, versammelten sich die Einwohner vor dem Gasthofe, wo er logirte, in der Absicht, ihn zu mißhandeln. Mit genauer Noth rettete er sich dadurch, daß er aus dem Fenster des zweiten Stockwerkes entsprang und mit Zurücklassung seines Wagens zu Fuße nach Nordheim entfloh. Seit dieser Zeit hat sich der Herzog Karl mannichfach in der Welt herumgetrieben: er hat mehrere Versuche gemacht, sich wieder in den Besitz seines Herzogthums zu setzen: sie waren aber alle vergebens. In seinen politischen Gesinnungen scheint er indeß der Ver-

Digitized by Google

änderung, welche in den erwähnten Proclamationen sich bemerklich machte, treu geblieben zu sein: denn er spielte von dieser Zeit an den entschiedensten Demokraten.

Die Bewegungen in Hannover.

Nicht lange nach der Revolution in Braunschweig griff die Bewegung auch nach Hannover hinüber.

Hier waren die öffentlichen Zustände nicht minder traurig, wie in Hessen und Sachsen. Das System, welches der Graf von Münster, seit 1814 an der Spitze der hannöverischen Regierung, durchführte, war im strengsten Sinne ein aristokratisch-büreaukratisches und litt in vollem Maße an allen den Mängeln, Gebrechen und Verderblichkeiten, die ein solches System zu begleiten pflegen. In Hannover bestand zwar eine landständische Verfassung: wir haben aber schon früher angeführt, daß sie den Forderungen der Zeit durchaus nicht entsprach. Die Stände hatten keine Wirksamkeit, theils wegen ihrer aristokratischen Zusammensetzung, theils wegen der Beschränkung ihrer Rechte. Der Graf Münster hatte ihnen eigentlich nur das Recht des Beiraths gelassen, und selbst das Steuerbewilligungsrecht wurde ihnen ganz bedeutend beschnitten: so wurden die Domainen, welche jährlich doch über vier Millionen eintrugen, ihrer Aufsicht ganz entzogen: darüber schaltete die Regierung unumschränkt. Man war so sehr gewohnt, von den Ständen durchaus keine Erleichterung der Zustände zu hoffen, sie vielmehr zu allen Vorschlägen der Regierung ja sagen zu sehen, daß man von Seite der Wahlberechtigten — außer dem Adel nur die Städte und einige wenige nicht adelige freie Gutsbesitzer — sich gar nicht mehr um die Wahl des Abgeordneten kümmerte. Gewöhnlich wurden solche dazu genommen, welche um das wenigste Geld die Stelle mit übernahmen; denn die Abgeordneten bekamen keine Diäten aus der Staatscasse, sondern mußten unmittelbar durch ihre Wähler unterhalten werden: da griff man denn meistens nach Beam-

Digitized by Google

ten, die ihren Wohnsitz in der Residenz selber hatten, und wie diese sprachen und stimmten, konnte man sich denken. Es trat auch in Hannover ein, was wir schon bei Sachsen bemerkt: trotz der landständischen Verfassung war die Regierung doch eine unumschränkte und willkürliche. Und wenn sie es nur wenigstens verstanden hätte, die Verwaltung klug, verständig und tüchtig zu handhaben. Aber diese Eigenschaften konnte man der hannöverischen Regierung nicht nachrühmen. Vielmehr nahmen von Jahr zu Jahr die Mißbräuche mehr und mehr überhand. Wie konnte es anders sein? Hatte doch die Regierung bei der Anstellung der Beamten nicht die Tüchtigkeit im Auge, sondern nur die Geburt. In die ersten Staats- und Militairstellen kamen nur Adelige, und bei den untergeordneten Zweigen der Verwaltung bekam sicherlich der Adelige vor dem Bürgerlichen immer den Vorzug, wenn der letztere auch in jeder Beziehung den ersten übertreffen mochte. Der hannöverische Adel benutzte den Staatsdienst nur dazu, um sich zu bereichern, nicht um die ihm obliegenden Pflichten zu erfüllen. Und Gelegenheit zur Bereicherung wurde ihm genug geboten. Denn außer den verhältnißmäßig sehr hohen Besoldungen besaßen die Beamten schon durch die unselige Vermischung von Verwaltung und Rechtspflege Mittel genug, um sich auf unrechtmäßigem Wege Geld zu erwerben. Je bevorzugter nun diese Kaste war, in um so gedrückteren Verhältnissen befand sich der Bauernstand. Dieser war seit 1814 wieder in die Hörigkeit, ja theilweise Leibeigenschaft zurückgestoßen worden: auf ihm lastete noch der ganze Druck des Feudalwesens. Daß unter solchen Umständen der Ackerbau nicht gedeihen konnte, verstand sich von selbst. Aber die Regierung that auch nichts für die Hebung der Industrie und des Handels. Und so kam es, daß neben dem Landmann auch der Bürger und Kaufmann verarmte. Und trotz alledem wurden doch die Steuern fast mit jedem Jahre erhöht: man rechnete aus, daß sie sich von 1813 bis 1830 gerade um das Doppelte vermehrt hatten. Daß eine solche Regierung die öffentliche Meinung nicht für sich haben konnte, ist also erklärlich. Aber diese konnte sich nicht aussprechen, weil die Presse durch die

Digitized by Google

Censur gefesselt war, die hier mit der äußersten Strenge gehandhabt wurde. Nichts desto weniger aber steigerte sich von Jahr zu Jahr die Unzufriedenheit, besonders unter den niederen Classen; und als die Julirevolution ähnliche Bewegungen in Belgien, in Hessen, in Sachsen, in Braunschweig hervorgerufen, so säumten auch die Hannoveraner nicht, nachzufolgen.

Schon im September 1830 begannen einige Unruhen in Lüneburg, Hildesheim, Hannover. Sie gingen von den niedersten Classen aus und trugen denselben Charakter, wie ähnliche Unruhen in andern Städten. Die Leute verlangten eine augenblickliche Erleichterung ihrer unglücklichen Lage, Herabsetzung des Brodpreises oder Erhöhung des Lohnes, oder sie suchten an mißliebigen Persönlichkeiten ihre Rache auszulassen. Diese Unruhen wurden jedoch leicht wieder gedämpft. Nachhaltiger schien die Stimmung in Osnabrück zu sein, wo die Beschwerden des Landvolkes frei erörtert wurden. Noch heftiger war die Unzufriedenheit in den südlichen Gegenden, besonders auf dem Harze. Allenthalben wurden Bittschriften an den Landesherrn besprochen und abgeschickt, welche Abstellung der verschiedenen Beschwerden, namentlich Erleichterung des Steuerdruckes verlangten. Da auf jene Bittschriften nicht geantwortet ward, stieg die Erbitterung; schon sprach man von Steuerverweigerung, begann man sich da und dort zu bewaffnen.

Der Ausbruch einer revolutionairen Bewegung sollte endlich in Göttingen erfolgen, an dem Sitze der berühmten Georgia Augusta. Die Universität Göttingen trug nichts weniger als einen revolutionairen Charakter. Vielmehr zeichnete sie sich durch ihre Servilität, durch ihre Vornehmthuerei, durch ihr abgeschmacktes Wetteifern mit Aristokratie und Büreaukratie in steifen geselligen Formen und reactionairer Gesinnung auf eine höchst unvortheilhafte Weise aus. Aber damals befanden sich an ihr einige junge Docenten, welche von den Ideen der Zeit ergriffen und muthig genug waren, sie sogleich zur Ausführung zu bringen. Es waren die Doctoren Ahrens, Schuster, von Rauschenplat, an welche sich einige Advocaten, unter denen besonders Seidensticker und Eggeling von Bedeutung waren, anschlossen.

Digitized by Google

Ahrens hatte zum Behufe seiner Habilitation eine Abhandlung über den deutschen Bund geschrieben, deren Druck vom academischen Senate verweigert wurde. Rauschenplat und Schuster machten nun diese Sache in dem in Leipzig herauskommenden „Eremiten" bekannt und ließen zugleich die Abhandlung drucken. Sie erhielten dafür von der Regierung einen Verweis, mit dem Bemerken, daß sie im Hannöverischen niemals angestellt würden. Dieß schon erbitterte die Gemüther, namentlich der Studenten. Es kam hinzu, daß den jungen Männern die Gründung eines Lesevereins untersagt wurde, den sie allerdings vorzugsweise in politischem Sinne hatten benutzen wollen. Bald darauf fiel aber noch etwas Anderes vor. Ein Student aus dem Badischen, der in Cassel Umtriebe gemacht und dann nach Göttingen gegangen war, wurde auf Verlangen der hessischen Regierung auf dem Concilienhause in Göttingen festgesetzt. Da zogen am 3. December 1830 4—500 Studenten vor das Concilienhaus, verjagten die Polizeiwache, erbrachen die Thüren und befreiten den Gefangenen. Dieß geschah, ohne daß von Seite der öffentlichen Behörden irgend eine Ahndung dieses Schrittes erfolgte; so drohend erschien ihnen bereits die Stimmung.

Jene vorhin erwähnten jungen Männer glaubten nun, darauf eine weiter gehende Unternehmung bauen zu können. Sie setzten sich mit der Stadt Osterode in Verbindung, wo die Advocaten Dr. König und Freitag die Einwohner bearbeiteten. Sie hatten bereits einen neuen Gemeinderath gebildet, die Bürger bewaffnet und dieselben zur Abschickung einer sehr scharfen Adresse bestimmt. Die Regierung handelte hier jedoch sehr rasch, beorderte schnell eine Abtheilung Truppen dahin: die beiden Advocaten, als die Häupter der Bewegung, wurden alsbald gefangen genommen und in Ketten nach Hannover geführt, ohne daß an einen Widerstand von Seiten der Einwohner zu denken gewesen wäre.

Jetzt erst kam die Bewegung in Göttingen zum Ausbruch. Für die Anstifter derselben war es höchste Zeit, denn schon hatte die Regierung den Befehl zu ihrer Verhaftung gegeben. Die Bürgerschaft

Digitized by Google

war von den jungen Männern leicht bearbeitet worden, da unter ihr besonders wegen der städtischen Verfassung und Verwaltung eine große Unzufriedenheit herschte. Natürlich ließ man es auch nicht an allerlei Gerüchten fehlen, wie, daß bereits überall im Lande der Aufruhr ausgebrochen sei, und daß daher Göttingen nicht allein stehe. Am 8. Januar 1831 zogen bewaffnete Bürger und Studenten, von Seidensticker, Ahrens, Schuster, Rauschenplat angeführt, auf den Markt. Von da aus wandten sie sich gegen das Rathhaus und verlangten die Absetzung des Polizeidirectors Westphal, welche sofort gewährt wurde. Dann wurde eine Proclamation verlesen, nach welcher der König um eine freie durch die Vertreter des Volkes zu machende Verfassung gebeten ward. Es bildet sich sofort eine Nationalgarde, aus 2000 Bürgern und 500 Studenten bestehend; der alte Gemeinderath wird abgesetzt, ein neuer kommt an seine Stelle, bei welchem jene jungen Doctoren ebenfalls mit thätig waren; die ganze Stadt wird revolutionirt, die Professoren müssen ihre Vorlesungen einstellen, Göttingen gewinnt das Ansehen eines bewaffneten Lagers. Zugleich wurde eine Deputation an den Herzog von Cambridge, den Bruder des Königs, gesendet, welche ihm die Adresse der Göttinger überbringen sollte. Uebrigens hatten die Anstifter dieser Revolution noch einen größeren Plan im Hintergrunde. Sie hofften, daß das ganze Land sich erheben werde: man hätte dann im Fluge das Königreich in Besitz genommen, eine deutsche Legion gebildet und diese in die benachbarten Länder, namentlich nach Preußen hinein gesendet, um auch diesen Staat zu revolutioniren. Man hoffte so, von Göttingen aus die Empörung über ganz Norddeutschland verbreiten zu können.

Inzwischen säumte die Regierung nicht. Sie sandte in Eile 8 Bataillone Infanterie, 8 Schwadronen Reiterei, 2 Batterien unter dem Befehle des Generals vom Busche nach Göttingen. Die Bürgerschaft schien Anfangs zum Widerstande entschlossen: je näher aber der Feind herankam, je mehr sank ihr der Muth; als vollends mit der Aufhebung der Universität gedroht ward, wenn sie sich nicht augenblicklich fügte, so gab sie jeden Gedanken einer Vertheidigung

Digitized by Google

auf. Der neue Gemeinderath ward aufgelöst, einige Häupter der Bewegung, Schuster, Rauschenplat, Ahrens, retteten sich durch die Flucht, der General vom Busche zog am 16. Februar ein und besetzte die Stadt; was man noch an besonders Betheiligten vorfand, wurde gefangen genommen, so Dr. Eggeling und Seidenstücker.

Die Göttinger Revolution war demnach unterdrückt: allein die Gährung hatte damit im Königreiche noch nicht ihr Ende gefunden. Wenn man auch nicht die Art und Weise billigte, wie die Göttinger eine Veränderung der politischen Zustände erreichen wollten, so war man doch über das Ziel mit ihnen einverstanden. Man wünschte die Einführung einer Repräsentativverfassung, Sturz der bisherigen Adelsherrschaft, Erleichterung des Steuerdrucks, neue Gemeindeverfassungen, kurz eine Umwandlung der Zustände von Grund aus. Diese Stimmung wurde besonders unterhalten durch eine Flugschrift „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung“, welche von König und den Häuptern der Göttinger Bewegung ausgegangen war und zwar scharf, leidenschaftlich, hie und da übertrieben und halbwahr, im Ganzen aber doch richtig die hannöverischen Zustände schilderte und dem Volke mit Einem Male die Augen öffnete über das, was es bisher gedrückt hatte. Weit entfernt also, daß nach der Unterdrückung des Göttinger Aufstandes die allgemeine Stimmung sich beschwichtigt hätte, wurde sie vielmehr immer drohender: es erfolgten Unruhen in Hildesheim, in Osnabrück, in Lüneburg. Allenthalben bildeten sich jetzt politische Vereine: Adressen wurden berathen, Deputationen abgeschickt, selbst Bauern gingen nach London hinüber, um dem Könige die Lage der Dinge vorzustellen und um Abhülfe ihrer Beschwerden zu bitten.

Unter solchen Umständen sah sich der Graf Münster schon im Februar 1831 genöthigt, seine Entlassung einzureichen, die ihm alsobald gewährt wurde. Dagegen wurde der Herzog von Cambridge, der in Hannover allgemein geachtet und beliebt war, mit ausgedehnten Vollmachten zum Vicekönige ernannt. Dieser traf nun sofort Maßregeln, um die Unzufriedenheit einigermaßen zu beschwichtigen:

Digitized by Google

es wurden mehrere Steuern herabgesetzt, welche besonders die niedern Classen drückten, und dann wurden die Stände einberufen. Zwar waren es noch die alten; allein es fand in soferne eine bedeutende Veränderung statt, als viele Wahlbezirke ihre bisherigen Abgeordneten aufgefordert hatten, ihre Stellen niederzulegen, was denn sofort geschah: die Ausgetretenen wurden nun durch lauter Männer ersetzt, welche den neuen Ideen huldigten. Der Landtag von 1831 trug daher einen ganz anderen Charakter, als die bisherigen: es wurde mit einem Freimuthe gesprochen, den man in Hannover noch niemals gehört hatte.

Die Stände wurden vom Herzog von Cambridge am 7. März eröffnet. Die Thronrede erkannte im Allgemeinen die Nothwendigkeit an, Verbesserungen eintreten zu lassen und sagte die Mitwirkung der Regierung dabei zu. Sie erklärte sich auch einer Veränderung der Verfassung nicht abgeneigt, versäumte jedoch, sogleich mit entschiedenen darauf bezüglichen Vorschlägen hervorzutreten. Die zweite Kammer ergriff hierauf die Initiative, verlangte Preßfreiheit, Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, des Gerichtsverfahrens, bessere Ordnung des Staatshaushalts, Ablösung der bäuerlichen Lasten, Gemeindeverfassung, stieß jedoch auf den entschiedensten Widerspruch der ersten Kammer, welche, strengaristokratisch, so wenig wie möglich vom Bestehenden aufgeben wollte. Endlich vereinigten sich beide Kammern dahin, die Regierung um Vorlegung eines neuen Verfassungsentwurfes zu ersuchen, welcher von ständischen Ausschüssen zuerst geprüft werden sollte, und vertagte sich hierauf im Juni 1831.

Die Regierung schritt nun unverkennbar auf dem Wege der Reformen immer mehr voran. Die oberste Verwaltung wurde neu eingerichtet, in der Absicht, die Geschäftsführung zu erleichtern und zu vereinfachen: es ward selbst zugestanden, daß auch andere sachkundige Personen zur Theilnahme an den Berathungen und Abgebung von Gutachten zugelassen werden dürften. Die Regierung veränderte da und dort die Stadtverfassungen nach den Forderungen der Zeit, z. B. die von Göttingen. Sie suchte möglichst den Nothstand der nieder-

Digitized by Google

sten Volksclassen zu beseitigen; sie ließ fortwährend die drückendsten Steuern nach, ordnete öffentliche Arbeiten an, ließ Brennholz und Getreide vertheilen. Und endlich ging sie ernstlich an die zeitgemäße Veränderung der Verfassung. Sie ließ einen Entwurf ausarbeiten, der bereits im October fertig war und den Ständen zur Prüfung vorgelegt werden sollte.

Die übrigen norddeutschen Staaten.

Demnach sah sich auch die hannöverische Regierung zur Nachgiebigkeit gezwungen. In den übrigen nördlichen Ländern fielen ebenfalls Unruhen vor, wenn sie auch nicht die entschiedenen Erfolge hatten, wie die Bewegungen in den eben angeführten Staaten.

In Holstein, wo bereits in den zwanziger Jahren die Einwohnerschaft die Verleihung einer Verfassung, jedoch vergebens verlangt hatte, weckte der politische Aufschwung, der jetzt das Vaterland ergriffen, von Neuem jene Forderungen. Im October 1830 traten zu Kiel viele patriotische Männer zusammen, um eine Adresse an den König von Dänemark zu erlassen, in welcher sie von ihm die endliche Erfüllung des Artikels 13. der deutschen Bundesacte und Abstellung mehrerer anderer Beschwerden verlangten. Zugleich schrieb Lornsen ein kleines Schriftchen über diesen Gegenstand, welches, in 10,000 Exemplaren über das Land verbreitet, nicht wenig die politische Aufregung vermehrte. Er verlangte Zusammenberufung von Volksvertretern zu einem Landtage für Schleswig und Holstein, welche eine neue Verfassung gründen sollten, Errichtung eines obersten Gerichtshofes für die beiden Herzogthümer, Einsetzung zweier Regierungscollegien in Kiel und Schleswig, Bildung eines obersten Staatsrathes in Kiel zur Regierung beider Herzogthümer. Beide Herzogthümer sollten in administrativer Hinsicht gänzlich von Dänemark getrennt sein. Diese Forderungen entsprachen durchaus der öffentlichen Meinung. Lornsen wurde nun zwar festgesetzt und später zu einjähriger Festungsstrafe

Digitized by Google

verdammt; aber die Aufregung in den Herzogthümern wurde dadurch nur vermehrt. Der König von Dänemark sah sich demnach veranlaßt, zwar nicht in ihrem ganzen Umfange die Forderungen der Holstein-Schleswiger zu erfüllen, aber doch wenigstens einige Zugeständnisse zu machen. Er versprach im Anfange 1831, Provinzialstände eintreten zu lassen, und zwar für Schleswig, Holstein, Jütland und die Inseln. Dagegen verwahrten sich allerdings die Holsteiner. Die Regierung führte sie indessen durch ein Gesetz vom Mai 1831 ein. Die Rechte dieser Provinzialstände sind zwar sehr beschränkt, sie haben nur eine berathende Wirksamkeit: es war jedoch damit der Anfang für eine weitere Entwicklung des ständischen Wesens gemacht, und so hatten denn die Bewegungen von 1830 auch hier wenigstens einigen Erfolg.

In Hamburg waren schon im September 1830 Unruhen ausgebrochen, die nächste Veranlassung gab eine Erhöhung der Accise: zugleich wollte der Pöbel bei dieser Gelegenheit seinen Haß gegen die Juden auslassen, die sich größtentheils Reichthümer gesammelt. Es kam zu blutigem Zusammenstoß zwischen Volkshaufen und der bewaffneten Macht. Die letztere blieb jedoch Sieger und nach einigen Tagen war die Ruhe wieder hergestellt. Aber das Jahr darauf war Hamburg noch mehrere Mal der Schauplatz unruhiger Auftritte: besonders heftig waren die im August, welche wegen des Sperrgeldes entstanden: auch diese jedoch wurden bald wieder beigelegt.

In Bremen sah sich der Magistrat veranlaßt, um nicht von der öffentlichen Stimmung dazu gezwungen zu werden, den städtischen Haushalt zur öffentlichen Kunde zu bringen, der bisher in tiefstes Geheimniß gehüllt war.

Ebenso glaubte der Großherzog von Oldenburg Vorkehrungen treffen zu müssen, um den Ausbruch einer revolutionairen Bewegung in seinem Lande zu verhüten. Im October 1830 richtete er eine Ansprache an das Volk, in welcher er erklärte, daß er den Artikel 13. der Bundesacte nächstens zur Ausführung bringen werde — Oldenburg hatte nämlich bis jetzt noch keine landständische Verfassung; — ferner daß er bei der vielleicht nothwendigen Veränderung des Steuer-

Digitized by Google

und Abgabensystems die Wünsche seiner Unterthanen gerne vernehme: endlich, daß diese sich mit ihm vereinigen möchten, um vor Allem dem Nothstande der ärmeren Classen zu Hülfe zu kommen.

Auch Mecklenburg wurde einigermaßen aus seinem tiefen Schlafe aufgerüttelt. Zwar die Unruhen, welche im September 1830 in Schwerin ausbrachen, scheinen nur von der Hefe des Volkes ausgegangen und der Zweck derselben Plünderung des Münzgebäudes gewesen zu sein: auch wurden sie, wenn auch nicht ohne Blutvergießen, bald wieder gedämpft. Aber die Unzufriedenheit mit so manchen Mißbräuchen, namentlich der städtischen Verwaltungen bemächtigte sich jetzt auch der bemittelten Bürgerschaft und zeigte sich so unverholen, daß die Regierung auf Abstellung derselben bedacht sein zu müssen glaubte. In Schwerin selbst hob der Großherzog das verhaßte Sperrgeld an den Thoren auf: in Wismar, wo die Bürger eigenmächtig ihren Magistrat abgesetzt, suchte die Regierung klug zu vermitteln: im Jahre 1831 erhielten die Wismarer eine neue freisinnigere städtische Verfassung. Der Landtag von 1830, der im December geschlossen wurde, traf im Verein mit der Regierung die geeigneten Maßregeln, um wenigstens die nächsten Veranlassungen zur Unzufriedenheit hinwegzuräumen. Er sorgte dafür, daß kein Getreidemangel entstände, daß die Abgaben nicht erhöht wurden: er eröffnete die Aussicht, daß manche verhaßte Steuern, wie die Schlacht- und Mahlsteuer, entweder ganz beseitigt oder verändert würden, und gab die Zustimmung zu einem Gesetze, wornach die Bebauung wüster Plätze und ungenutzt gebliebener Landstrecken geregelt werden sollte. Dieß Alles beschwichtigte zwar die Aufregung nicht sogleich, indessen kam es doch wenigstens zu keinen weiteren Ausbrüchen derselben.

Endlich ging die Bewegung selbst nach Preußen hinein, und es fehlte in diesem Staate nicht an Orten, welche gleich bei dem ersten Sturme von ihr ergriffen wurden. Abgesehen von den schon erwähnten Unruhen in der Rheinprovinz brachen im September in Breslau und sogar in Berlin Tumulte aus. Das waren zwar nur Auflaufe: in Breslau galt es besonders den Juden, in Berlin war

Digitized by Google

die Veranlassung die Verhaftung einiger Schneidergesellen, welche Freiheitslieder gesungen hatten. Indessen zeigte sich doch auch hier, welch mächtige Aufregung sich der Gemüther bemächtigt hatte. In Berlin dauerten die Unruhen doch zwei Tage und konnten nur dadurch unterdrückt werden, daß die ganze Garnison, 14,000 Mann stark, unter die Waffen trat. Auch erstreckte sich die Bewegung nicht blos auf die niederen Classen. Man hatte nicht vergessen, daß der König vor 15 Jahren eine freisinnige Verfassung versprochen, die noch nicht eingeführt worden war. Daß die Provinzialstände keineswegs als eine Erfüllung jenes Versprechens betrachtet werden durften, hatte man zur Genüge erkannt: wurden ja alle ihre nur einigermaßen freien Anträge ohne Weiteres abgewiesen, abgesehen davon, daß ihr Wirkungskreis äußerst beschränkt war. Und so rief denn die Julirevolution auch bei den Preußen den lebhaften Wunsch hervor, durch die Verleihung einer Repräsentativverfassung in die Reihe der constitutionellen Staaten einzutreten, und die deutsche Presse lieh diesem Wunsche Worte. Eine Zeit lang trug man sich auch mit dem Gerüchte, daß der König in der That beabsichtige, diesen Wunsch zu erfüllen: man sagte, daß der ehemalige Minister Wilhelm von Humboldt den Auftrag erhalten habe, eine Verfassungsurkunde zu entwerfen. Aber jenes Gerücht bewies sich, wie viele ähnliche in früheren Zeiten, ungegründet. Die preußische Regierung, durch die politische Aufregung ängstlich geworden, verfügte vielmehr eine Reihe reactionairer Maßregeln, welche die freie Meinungsäußerung über politische Dinge nicht nur in der Presse, wo dieß schon lange der Fall war, sondern auch in der Gesellschaft, an öffentlichen Orten beschränkten und die darauf berechnet waren, die geringste Bewegung sofort zu unterdrücken. Nichts desto weniger beharrte die öffentliche Meinung auf ihrer Forderung, und noch im Jahre 1831 beantragten die westphälischen Provinzialstände die Einführung einer Reichsverfassung. Indessen geschah von Seite des preußischen Volkes kein weiterer entscheidender Schritt. Die Ursache dieses ruhigen Verhaltens war, daß im Vergleich mit anderen deutschen Staaten die preußische Verwal-

Digitized by Google

tung im Ganzen doch eine geregelte und tüchtige genannt werden mußte, daß noch aus den Zeiten Stein's und Hardenberg's sich eine Reihe freisinniger Einrichtungen erhalten hatten, welche den Absolutismus der Könige weniger hart erscheinen ließen, und endlich, daß der König Friedrich Wilhelm III., der so Vieles erlebt, so schwere Schicksale erduldet hatte, bei dem Volke noch zu beliebt war, als daß dieses es über sich gebracht hätte, ihn zu drängen und mit Gewalt gegen ihn aufzutreten. Genug: die Bewegung war zwar an Preußen nicht spurlos vorüber gegangen, hatte hier jedoch zu keinen Erfolgen geführt.

Werfen wir nun einen Blick zurück auf die Bewegungen im nördlichen Deutschland, die wir bisher geschildert, so ergiebt sich Folgendes. Die allgemeine Unzufriedenheit über den materiellen und politischen Druck, der auf den Völkern dieser Länder gelastet, macht sich zuerst bei den niederen Classen Luft, welche die erste beste Veranlassung ergreifen, um Excesse zu begehen, sich entweder an ihren Drängern zu rächen oder sich von den nächstliegenden Uebelständen zu befreien. Diese Tumulte werden zwar unterdrückt, meistens aber dadurch, daß die bemittelteren Einwohner zu Bürgergarden zusammentreten und für die Aufrechthaltung der Ordnung sorgen. Zugleich jedoch nehmen sie die Bewegung selber in die Hand und verlangen mit Entschiedenheit Abstellung der verschiedenen Mißbräuche, vor Allem Einführung von Repräsentativverfassungen im Gegensatze zu den aristokratischen landständischen, welche im Norden, wenn überhaupt welche existirten, nur allein vorhanden waren. Dieß Ziel wird erreicht in Churhessen, im Königreich Sachsen, in Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen, wo noch vor dem Herbste des Jahres 1831 Repräsentativverfassungen zu Stande kommen, in Hannover und Braunschweig, wo sie versprochen werden, aber erst einige Jahre später zur Ausführung gelangen. In Schleswig-Holstein, wo bisher keine Verfassung bestand, werden wenigstens Provinzialstände errichtet. Nichts geschieht in Oldenburg, Mecklenburg, Preußen, welche bei den bisherigen Regierungsformen beharren, obschon es auch hier nicht an Unruhen gefehlt hat. Einen

Digitized by Google

ganz andern Charakter aber, als im Norden, mußte die politische Bewegung in Süddeutschland annehmen, wo die Verfassungen, wie man sie im Norden erstrebte, bereits vorhanden waren. Hier dachte man zunächst an keine Revolutionen. Was man hier wünschte, war nur eine Erweiterung und Vervollkommnung des constitutionellen Lebens. Dazu war ein gesetzlicher Weg vorhanden, der parlamentarische in den Kammern. Während daher in Norddeutschland Unruhen auf Unruhen folgten und die Bewegung fast überall einen revolutionairen Charakter angenommen hat, ist der Süden auffallend ruhig: die Thätigkeit zeigt sich vornehmlich in den Ständeversammlungen auf dem sogenannten gesetzlichen Wege, und nicht oft genug kann die liberale Presse diesen Unterschied hervorheben, nicht oft genug darauf hinweisen, daß Staaten mit freien Einrichtungen weit weniger revolutionairen Erschütterungen ausgesetzt seien, als solche, in denen das Volk der ihm zukommenden Rechte entbehre.

Aber noch durch etwas Anderes charakterisirt sich die süddeutsche Bewegung: durch die Aufmerksamkeit, welche den politischen Zuständen des gesammten Deutschland zugewendet wird.

Das constitutionelle Süddeutschland:

Baiern, Würtemberg, Baden.

In Baiern bestieg im October 1825 König Ludwig den Thron seiner Väter. Dieser Fürst hatte schon als Kronprinz große Hoffnungen geweckt, theils durch seine deutsche nationale Gesinnung, die er bereits zur Zeit der Freiheitskriege an den Tag gelegt, theils durch seine Hinneigung zu den liberalen Ideen. Man erzählte von ihm, daß er in Würzburg, wo er seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt, früher in sehr genauen Beziehungen zu der dortigen Burschenschaft gestanden sei; auch pflegte er sich nach ihrer Weise zu kleiden, in altdeutschen Rock mit herausliegendem Hemdkragen und Barett. Die Erwartungen, welche das Volk von ihm hegte, wurden auch in den

Digitized by Google

ersten Jahren seiner Regierung nicht getäuscht. Er beseitigte viele Mißbräuche, suchte namentlich eine größere Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen, und wo nur immer möglich zu sparen, wünschte den Druck aufgehoben zu sehen, der seit der letzten Reaction auf der politischen Thätigkeit des Volkes lastete, beseitigte daher die verschiedenen hemmenden Verordnungen gegen die Universitäten, wie er denn die Burschenschaften wieder erlaubte, selber mit ihren Farben und Abzeichen, unterdrückte nicht nur die Untersuchungen gegen die wegen hochverrätherischer Umtriebe Angeklagten, sondern beförderte sie theilweise sogar zu Aemtern, gab die Presse, wenn auch nicht gesetzlich, aber doch wenigstens thatsächlich freier, als sie seit langer Zeit gewesen, und beabsichtigte, wie es schien, auch noch in anderen Punkten, wie z. B. bezüglich der Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, die Forderungen der öffentlichen Meinung zu befriedigen.

Durch diese Handlungsweise erwarb sich König Ludwig in demselben Grade die Liebe des Volks, als er die beiden deutschen Großmächte ängstlich machte. Metternich besonders konnte sich einer großen Unruhe über die Schritte des neuen Königs von Baiern nicht entschlagen, und glaubte Schritte thun zu müssen, um ihm entgegen zu arbeiten*). Ludwig ließ sich jedoch nicht irre machen. Unter sei-

*) Vergl. einen Brief Metternich's an Fürst Hatzfeld bei Dorow, Erlebtes aus den Jahren 1790—1827. III. S. 365. „Gewöhnt, Ihnen, lieber Fürst, stets mit vollem Vertrauen zu sagen, was ich — angemessen glaube, theile ich Ihnen einen Wunsch mit, der von rechtlichen Männern mitten im baierischen Chaos an mich ergangen ist. In den Stand der Dinge in München, wie er uns bekannt ist, habe ich Sie volle Einsicht nehmen lassen. Ich rede Ihnen demnach nicht eigends von selben. Der Herr (König Ludwig) kann nicht lange gehen, ohne sich festzufahren, und die Stelle, an der ihm das Unglück begegnen wird, kann alsdann die Art und die Mittel der Hülfe bezeichnen. Mit einem Charakter, wie es — — der dieses Herrn ist, läßt sich die Stelle nicht vorhinein bestimmen. Eine Hülfe ist aber heute alsbald nöthig und anwendbar, und sie kann sich nur in der Sorge finden, manche mögliche und wahrscheinliche Extreme, mittelst gutem Beispiel zu verhindern. Nun fürchten die Gutgesinnten und Hellsehenden, daß die liberale Faction denselben wohl ins Garn der ebenso undeutschen als schlechten Form der französischen Gerechtigkeitspflege verstricken dürfte. Ich gestehe, daß ich diese Furcht persönlich theile.“ u. s. w.

Digitized by Google

nem Schutze hob sich allmählig die Presse aus dem langen Schlafe, in den sie bisher versenkt gewesen. Mit dem Anfange des Jahres 1829 gab Eisenmann in Würzburg, früher ein Mitglied des Jünglingsbundes, das „baierische Volksblatt" heraus, eine Zeitschrift, welche den liberalen Ideen huldigte und die mancherlei Gebrechen aufdeckte, die im baierischen Staatswesen vorhanden waren. Dieses Blatt erfreute sich bald einer großen Verbreitung und hat wesentlich zur Förderung politischer Bildung im Volke beigetragen. Mit dem Anfange des Jahres 1830 erschienen ebenfalls in Baiern die „allgemeinen politischen Annalen," deren Fortsetzung Cotta dem Führer des Liberalismus, Karl von Rotteck, aufgetragen hatte. Diesem so wenig wie Eisenmann wurden Hindernisse in den Weg gelegt. Endlich that sich auch noch eine dritte, ebenso freimüthige Zeitschrift, „der Thron- und Volksfreund," auf. Diese Blätter bearbeiteten sattsam den politischen Boden; indem sie alle Verhältnisse in den Kreis ihrer Betrachtungen zogen, die Gebrechen und Mängel rügten, die Nothwendigkeit von Verbesserungen darthaten, eröffneten sie dem Volke einen Blick in das eigentliche Wesen des Staats und in das, was noth thue. Indessen bei aller wachsenden politischen Bildung hielt sich das Volk doch in den Schranken der Mäßigung, selbst in Bezug auf seine Wünsche, und so wenig ihm auch die mancherlei Gebrechen des Staats verborgen sein mochten, so wenig that das doch der Verehrung gegen den Fürsten Eintrag, von dem man vielmehr noch immer Größeres erwartete.

Unter solchen Umständen fiel die durch die Julirevolution verursachte Bewegung allerdings auf einen fruchtbaren Boden, und es ist gar nicht zu läugnen, daß die politische Aufregung im Volke dadurch neue Nahrung erhielt. Man kann aber nicht sagen, daß dieses sich nur irgendwie zu Excessen hingeneigt hätte. Die Bewegung nahm vielmehr nur einen gesetzlichen, innerhalb der Schranken geistiger Thätigkeit verharrenden Charakter an. So geschah es allerdings, daß neue Blätter erschienen, daß die Presse lebhafter ward, daß die Opposition in dieser sich mehr bemerkbar machte, daß die Forderungen

Digitized by Google

höher gestellt wurden. Dabei blieb es aber. Ja selbst in demjenigen Landestheile, dessen Einwohner sich durch größere Beweglichkeit und Reizbarkeit immer auszeichneten, und welche noch dazu durch die Nähe von Frankreich neue Veranlassungen erhalten mußten, selbst in Rheinbaiern war Anfangs eine durchaus gemäßigte gesetzliche Stimmung. Schrieb ja Siebenpfeiffer in seinem gleich nach dem Beginn der Bewegung erscheinenden „Rheinbaiern" einen Artikel, dessen Ueberschrift lautete: „Ja keine Revolution in Deutschland," und bemühte sich Dr. Wirth, in dem von ihm zuerst redigirten „Inland" von einer systematischen Opposition abzurathen, indem es die Regierung offenbar gut meine.

Nur in München fanden Ende December 1830 von Seite der Studenten Unruhen statt, welche durch das ungeschickte Benehmen der Polizei hervorgerufen worden waren und allerdings einige Tage währten, indessen durchaus keinen politischen Charakter an sich trugen. Aber die Reactionspartei stellte sie doch von dieser Seite dem Könige dar, machte ihn ängstlich und bewog ihn endlich, seine Zustimmung zu einer Maßregel zu geben, die mit seinem sonstigen Verhalten nicht im Einklange stand. Am 28. Januar 1831 erließ er nämlich eine Verordnung über die Presse, wonach sämmtliche Zeitungen und periodische Blätter einer strengen Censur unterworfen wurden. Diese Verordnung war verfassungswidrig; denn die periodischen Blätter standen gesetzlich bisher unter keiner Censur. Zu gleicher Zeit wurde mehreren freisinnigen Abgeordneten, die aber Staatsdiener waren, z. B. dem Bürgermeister Behr in Würzburg, der Eintritt in die Kammer versagt. Dieß stand zwar der Regierung verfassungsmäßig zu, beleidigte aber die öffentliche Meinung.

Unter dem Eindrucke dieser und ähnlicher reactionairer Maßregeln seitens der Regierung kamen die Kammern zusammen, am 1. März 1831. Sie waren frisch gewählt worden, der Einfluß der Zeitereignisse hatte sofort seine Wirkung geäußert. Die Mehrzahl hing den liberalen Ideen an. Dieser Landtag beobachtete daher eine ganz andere Haltung, als man von den letzten behaupten konnte. Besonders

Digitized by Google

thaten sich als Redner hervor die Abgeordneten Seuffert aus Würzburg, Schwindel, von Closen, Culmann, Schüler, Rudhardt, letzterer jedoch mehr auf Seiten der Regierung. Vor Allem wurde der Staatshaushalt einer scharfen Kritik unterworfen, mehrere Posten gestrichen oder verringert, eine Erleichterung der Steuern durchgesetzt; dann machte die Kammer Anträge auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, auf Vereidigung des Heeres auf die Verfassung; und endlich wurde auch der Minister des Innern, von Schenk, wegen der Verordnung vom 28. Januar in Anklagestand versetzt, während die Kammer zugleich mit aller Entschiedenheit Preßfreiheit forderte. Hinter der Kammer stand die öffentliche Meinung, welche immer mächtiger anschwoll und durch die Presse ihren würdigen Ausdruck fand. Hier zeichnete sich vor Allem das schon erwähnte „baierische Volksblatt" aus, dessen Herausgeber, Eisenmann, auch noch die Landtagsverhandlungen veröffentlichte und zu diesem Ende sich nach München begeben hatte; sodann Dr. Wirth, welcher in der ersten Hälfte des Jahres 1831 das „Inland," ein halboffizielles Organ der Regierung, redigirte, aber seit dem Juli ein entschiedenes Oppositionsblatt, die „deutsche Tribüne" herausgab.

Es ist nicht zu verkennen: die entschiedene Haltung der zweiten Kammer, welche Anfangs auch noch von der ersten unterstützt ward, machte Eindruck auf die Regierung, und sie war nicht abgeneigt, auf freisinnige Ideen einzugehen und den Forderungen der öffentlichen Meinung gerecht zu werden. Die Verordnungen vom 28. Januar wurden zurückgenommen, der Minister von Schenk entlassen, wogegen dann die Kammer die Anklage fallen ließ, und im Juni vom Minister des Innern, Staatsrath Stürmer, ein Preßgesetz vorgelegt, welches zwar die öffentliche Meinung sowie die Kammern nicht ganz befriedigte, aber wenigstens die Preßfreiheit in innern Angelegenheiten zugestand und sogar für Preßvergehen ein Geschwornengericht eingerichtet wissen wollte. Ja, es erwachten unter den Männern von der unmittelbaren Umgebung des Königs noch größere Plane, welche sich auf die Umgestaltung von ganz Deutschland bezogen. Man dachte

Digitized by Google

daran, von Baiern aus die politische Einheit Deutschlands zu bewerkstelligen, und den König Ludwig zum deutschen Kaiser zu machen, ein Gedanke, der schon in der burschenschaftlichen Zeit vielfach gepflegt worden war. Schon hatte der General von Raglovich, der geistreichste unter den baierischen Heerführern, einen militairischen Plan entworfen, wie jener Gedanke zur Ausführung gebracht werden könnte: dieser Plan wurde dem Könige Ludwig vorgelegt. Schon dachte man daran, durch die Presse in jener Richtung wirken zu lassen, und deshalb mit den bedeutendsten Vertretern derselben sich in Verbindung zu setzen *).

So standen die Dinge in Baiern bis zum Herbste 1831. In Würtemberg war verhältnißmäßig viel weniger politische Aufregung. Die Reaction von 1823 hatte sich allerdings auch in diesem Lande fühlbar gemacht, und eine Zeitlang tritt eine Stagnation im politischen Leben ein. Aber die Regierung schien hierin doch eigentlich mehr äußeren Umständen nachzugeben, als selbstthätig voranzugehen. Auch bemühte sie sich unverkennbar, die Lage des Volkes zu verbessern, Ersparnisse eintreten zu lassen, die Steuern zu verringern. Im Jahre 1829 richtete der König öffentliche Audienzen ein, so daß alle Freitage Jedermann den König persönlich sprechen und ihm seine Anliegen vorbringen konnte. Mit dem Anfange des Jahres 1830 kam der vierte ordentliche Landtag seit der Verleihung der Verfassung von 1819 zusammen. Auf diesem konnte die Regierung den Ständen das angenehme Ergebniß mittheilen, daß man eine ganze Million weniger, als bisher, für den Staatshaushalt brauche. Auch gab der König fortwährend Zusicherungen seiner constitutionellen Gesinnung, wie denn auch die Regierung es sich angelegen sein ließ, da und dort Verbesserungen einzuleiten. Auch ist nicht zu übersehen, daß in Würtemberg die Presse wenigstens gegen das Ende der zwanziger Jahre hin sich ziemlich frei bewegen durfte, in dieser Beziehung hinter Baiern durchaus nicht zurückbleibend: hier sind besonders die „Neckarzeitung"

*) Nach mündlichen zuverlässigen Mittheilungen. Unter den Männern, welche für jenen Gedanken besonders wirkten, wurde namentlich Herr von Hormayr genannt.

Digitized by Google

und der „Hesperus" zu erwähnen. All dieß rief im Volke eine günstige Stimmung für die Regierung hervor, und wenn die tiefer Blickenden sich auch nicht darüber täuschten, daß die würtembergischen Zustände noch an manchen schweren Gebrechen litten und daß im Grunde die Dinge mehr auf einen sogenannten aufgeklärten Despotismus hinausliefen — denn die Büreaukratie spielte auch in Würtemberg eine große Rolle — als auf ein in der That volksthümliches Staatswesen, so mußte man doch im Allgemeinen den guten Willen der Regierung anerkennen, was hinreichend war, um Unzufriedenheit zu verhindern. Daher hatte hier die Julirevolution, obschon sie die Geister ebenfalls in nicht geringe Bewegung setzte, dennoch nicht die großen Wirkungen, wie anderwärts. Es kam hinzu, daß erst im April 1830 der letzte Landtag geschlossen worden war und daß also verfassungsmäßig noch einige Jahre verstreichen mußten, bis ein neuer zusammentreten konnte.

Dagegen entfaltete sich in Baden ein großartiges politisches Leben. Seit der Vertagung des Landtags im Jahre 1823 trat in Baden eine arge Reaction ein. Obschon die Regierung mit den Kammern sich nicht über den Staatshaushalt hatte verständigen können, wurden die Steuern doch nach wie vor erhoben, und die Stände nicht wieder einberufen. Endlich, im Jahre 1824 wurde die widerspenstige Kammer aufgelöst und die Wahlen zu einer neuen angeordnet. Bei diesen wandte aber die Regierung alle Mittel der Gewalt, der Bestechung, der Einschüchterung in einem so großen Maßstabe an, daß es ihr gelang, eine Kammer zu Stande zu bringen, welche aus lauter servilen Abgeordneten bestand: die Opposition beschränkte sich in der That nur auf die drei Männer Föhrenbach, Duttlinger und Grimm. Natürlich konnte die Regierung mit einer solchen Kammer anfangen, was sie wollte. Sie ging auch sofort an eine Abänderung der Verfassung, welche von der Kammer gutgeheißen ward: sie setzte nämlich die Landtagsperioden auf drei statt der bisherigen zwei Jahre fest, und bestimmte eine vollständige Erneuerung der Kammer, während bis jetzt alle zwei Jahre nur ein Viertel ausgetreten war und frisch

Digitized by Google

gewählt werden mußte. Der folgende Landtag von 1828, von derselben servilen Kammer gebildet, war nicht besser, wie der frühere. Auch dieser sagte zu allen Vorschlägen der Regierung Ja, erhöhte die Steuern und gefiel sich in Unterthänigkeit. Das ganze Land, so von seinen Vertretern verlassen, seufzte unter einem schweren politischen Druck. Die Presse war in Fesseln gehalten, so daß es nicht einmal über die unglücklichen Zustände klagen durfte. Im März 1830 starb aber der bisherige Großherzog Ludwig. Ihm folgte, da er keine ebenbürtigen Nachkommen hinterließ, sein Halbbruder, Leopold, Markgraf von Hochberg. Dieser Fürst, ein Sohn des edeln Karl Friedrich und seiner zweiten Gemahlin, der Freiin Geyer von Geyersberg, später zur Gräfin Hochberg erhoben *), einfach erzogen — denn in seiner Jugend dachte er nicht daran, später einmal zum Throne gelangen zu können, — von wohlwollendem Herzen und dem aufrichtigen Streben, wie man allgemein annahm, sein Volk glücklich zu machen, wurde von den Badenern mit unendlichem Jubel begrüßt: alle hofften, daß mit ihm eine neue schöne Zeit angebrochen sei. Und Leopold täuschte auch diese Hoffnungen nicht. Seine ersten Regierungshandlungen waren darauf gerichtet, die Lasten des Volks so viel thunlich zu erleichtern: er befahl die Herabsetzung des Salzpreises, hob das Stra-

---

*) Zur Uebersicht der Verwandtschaftsverhältnisse:

Karl Friedrich,
geboren 1728, folgt in der Regierung von Baden-Durlach 1738, erbt Baden-Baden 1771, wird Kurfürst 1803, Großherzog 1806, † 1811. Vermählt 1) mit Karoline Louise von Hessen-Darmstadt, † 1783. 2) mit Louise Karoline Geyer von Geyersberg, Gräfin von Hochberg.

1. **Karl Ludwig** † 1801.	1. **Ludwig,** geboren 1763, Großherzog von Baden 1818, † 1830.	2. **Leopold,** geboren 1790. Markgraf von Hochberg Großherzog v. Baden 1830, vermählt 1819 mit Sophie, Tochter d. Königs Gustav IV. von Schweden.

Karl, Großh. v. Baden 1811, † 1818. vermählt mit Stephanie Beauharnais, Adoptivtocht. Napoleons.

- **Luise**, geb. 1811, verm. m. Gustav v. Wasa 1830, geschied. 1843.
- **Josephine**, geb. 1813, vermählt m. dem Erbprinzen v. Hohenzollern-Sigmaringen
- **Marie**, geb. 1817, verm. m. dem Marq. von Duglas.
- **Zwei Söhne**, die aber in frühester Jugend starben.

Kinder Leopolds:

- **Alexandrine** geb. 1820. vermählt mit dem Herzog v. Coburg.
- **Ludwig**, geb. 1824, Erbgroßherz.
- **Friedrich**, geb. 1826.
- **Wilhelm**, geb. 1829.
- **Karl**, geb 1832.
- **Marie**, geb. 1834.
- **Cäcilie**, geb. 1839.

Digitized by Google

ßengeldgesetz auf, ließ an Dürftige in den Gemeinden unentgeldlich Holz vertheilen, verordnete, daß in den Domanial- und Privatjagdrevieren der Wildstand auf eine der Landwirthschaft nicht mehr nachtheilige Zahl herabgebracht werde, erließ den Weinbauern die Steuer von ihren Rebengeländen für das Jahr 1830 und auch die früheren Rückstände jeder Art. Sodann wurden in Bezug auf die bisherigen Rathgeber der Krone wichtige Veränderungen vorgenommen. Personen, welche in der unmittelbaren Nähe des verstorbenen Großherzogs sich befunden und einen höchst verderblichen Einfluß auf ihn ausgeübt hatten, wurden vom Hofe entfernt. Auch das Ministerium erlitt bald eine theilweise Erneuerung. Die zwei Staatsminister, des Aeußern und des Innern, von Berstett und von Berkheim, welche die Seele des reactionairen Systems gewesen, wurden entlassen und an ihre Stellen traten die Staatsräthe Jolly und Winter, von denen besonders der letzte als Chef des Ministeriums des Innern von nun an eine den Constitutionalismus rasch fördernde Wirksamkeit entfaltete. Er wußte neue Kräfte aufzufinden und glücklich zu verwenden, zog selbst anerkannt liberale Männer, wie z. B. Peter, in das Ministerium und dachte für sich selber groß genug, mit zeitgemäßen Verbesserungen voranzugehen, anstatt sie sich erst abdringen zu lassen. Im Jahre 1831 sollte ein neuer Landtag zusammen kommen. In der Verordnung, welche die neuen Wahlen ausschrieb, verbot die Regierung den Beamten ausdrücklich, einen gesetzwidrigen Einfluß auf die Wahlen zu äußern, und legte dadurch das Zeugniß ab, daß sie eine Volksvertretung im wahren Sinne des Wortes wolle.

Alle diese Dinge erfüllten das Volk mit Liebe und Verehrung gegen den „bürgerfreundlichen" Leopold, wie es ihn nannte, und auch die Julirevolution änderte an dieser Stimmung im Wesentlichen nichts. Denn die Unruhen, welche im Herbste in Karlsruhe und Mannheim vorfielen, waren durchaus nicht politischer Natur, sondern nur gegen die Juden gerichtet und waren im Augenblicke wieder unterdrückt. Dagegen wollte das Volk die wiedergewonnene Freiheit benutzen, um eine ächte Volksvertretung zu Stande zu bringen. In der That fielen

Digitized by Google

die Wahlen fast alle in liberalem Sinne aus. Der badische Landtag von 1831, welcher im März eröffnet wurde und im December endete, war noch bedeutender, als der baierische, nicht nur wegen der Gesinnung — denn das liberale Princip war weitaus das überwiegende — sondern auch wegen der Menge geistiger Kräfte, die sich hier zusammenfanden. Karl von Rotteck, in ganz Deutschland bereits rühmlichst bekannt; Karl Welcker, früher von Preußen in Untersuchungen wegen demagogischer Umtriebe gezogen, damals Professor der Rechte in Freiburg, ein Schriftsteller von ebenso viel Freimuth als Gelehrsamkeit: eben erst hatte er ein Buch für die Preßfreiheit geschrieben; Duttlinger, ebenfalls Professor in Freiburg, der sich früher schon durch seine parlamentarische Wirksamkeit ausgezeichnet und selber auf den zwei letzten Landtagen die liberalen Ideen verfochten hatte; Mittermaier, Professor in Heidelberg, als Schriftsteller und akademischer Lehrer ein weithin berühmter Name; von Itzstein, bereits auf dem Landtage von 1822 einer der Führer der Opposition; Rindeschwender, durch kaustischen Witz; Winter von Heidelberg, durch seine gerade derbe Weise, die immer den Nagel auf den Kopf trifft, ausgezeichnet; Fecht, Aschbach, Bader, Bekk, Föhrenbach, Knapp, Gerbel, um nur einige zu nennen, waren lauter Männer, die jedem Parlamente Ehre gemacht hätten. Der Geist der Kammer zeigte sich sogleich in der Wahl der Präsidenten: Föhrenbach, einer der drei Oppositionsmänner in den letzten Landtagen, wurde zum ersten, Rotteck zum zweiten und Duttlinger zum dritten Vorsitzenden ernannt. Sodann wurden alsobald eine Menge Motionen angekündigt, welche fast alle den Ausbau des constitutionellen Systems im Sinne der Freiheit bezweckten, und diese wurden mit ebenso viel Gründlichkeit, als Freimuth und Rednergabe besprochen. Dergleichen Motionen waren die über die Preßfreiheit, über die Aufhebung der Frohnden, der Zehnten, über die Verantwortlichkeit der Minister, über die Vereinfachung der Justiz, über die Aufhebung der Landesdirectorien und Einführung von unbezahlten Landräthen; über Volksbewaffnung, Aufhebung der Verwaltungsjustiz, Verbesserung des Wahlgesetzes, des Postwesens, des Volksschulwesens,

Digitized by Google

Einführung der Capitaliensteuer. Es ist nicht zu läugnen, die Regierung ging in den liberalen Geist der Kammer ein: sie kam ihr in ihren Wünschen theils entgegen, theils zuvor, und wenn sie auch nicht in Allem ihr zu Willen war, so hegte sie doch offenbar die Absicht, sich mit ihr zu verständigen, mit ihr in gutem Vernehmen zu bleiben. So gab sie gleich dem ersten Antrage der Kammer, die Verfassung in den beiden Punkten, welche der Landtag von 1825 abgeändert hatte, wieder herzustellen, bereitwillig nach, und alsobald wurde ein darauf bezüglicher Gesetzesvorschlag den Kammern unterbreitet, und als dieselben ihn angenommen, sofort verkündet. Die Regierung war sogar in manchen Punkten noch liberaler, wie die erste Kammer, bei welcher das Junkerthum nicht aufgehört, eine große Rolle zu spielen, obschon auf diesem Landtage auch diese Kammer im Ganzen einen versöhnlicheren Geist an den Tag gelegt hatte. Im Allgemeinen hatte daher dieser Landtag schöne und große Erfolge. Vor Allem aber zeichnete er sich durch drei Gesetze aus, die auf ihm zu Stande gekommen: durch eine neue Gemeindeverfassung, durch die Aufhebung der Frohnden und Ablösung der Zehnten und durch ein Preßgesetz, welches die Preßfreiheit verbürgte.

Die Abschaffung der Herrenfrohnden wurde von dem Abgeordneten Knapp beantragt: die Regierung ging darauf ein und brachte einen Gesetzesentwurf, welcher sie gänzlich abschaffte, jedoch gegen eine Entschädigung an die Betroffenen und diese sollte der zwölffache Betrag der jährlichen Frohnden sein; zur Hälfte wird diese Entschädigung vom Staate, zur Hälfte von den bisherigen Frohndpflichtigen geleistet. Die Abschaffung der Zehnten wurde vom Abgeordneten Rotteck beantragt. Die Regierung ging auch hierauf ein und brachte gleich noch in dieser Sitzung zwei Gesetzesentwürfe, welche sich auf die Ablösung einiger Zehntarten bezogen, wodurch die der anderen vorbereitet wurde. — Die neue Gemeindeordnung brachte die Regierung von selber vor die Kammer. Der Staatsrath Winter hatte den Entwurf ausgearbeitet. Schon nach dem Regierungsentwurfe war dieses Gesetz als eine wichtige Errungenschaft für den politischen Fortschritt zu bezeichnen.

Digitized by Google

Die zweite Kammer nahm aber manche Veränderungen vor, wodurch das Gesetz noch verbessert ward. Große Verdienste erwarb sich dabei der Berichterstatter Mittermaier. So wie das Gesetz endlich zu Stande kam und von der Regierung verkündet ward, war es ein lebendiges Zeugniß theils von dem liberalen Geiste der Kammer, theils von dem aufrichtigen constitutionellen Sinne des Ministeriums. Diese neue Gemeindeordnung beruhte auf durchaus demokratischer Grundlage und war darauf berechnet, theils die Gemeinden im Ganzen unabhängiger zu stellen von den Einflüssen der Staatsgewalt, theils der Idee des allgemeinen Staatsbürgerthums und der politischen Gleichheit zur praktischen Geltung zu verhelfen, indem die bisher bestandenen verschiedenen Classen und Kasten der Gemeindebürger aufgehoben und dagegen Allen gleiche Rechte zugetheilt wurden. — Die Preßfreiheit endlich wurde von dem Abgeordneten Welcker beantragt. Einstimmig sprach sich die Kammer dafür aus. Die Regierung ging ebenfalls darauf ein und brachte ein darauf bezügliches Preßgesetz vor die Kammer. Dieses Gesetz stellte den Grundsatz der Preßfreiheit auf, und behielt die Censur nur bei in Bezug auf den deutschen Bund und die Bundesstaaten*). Dieses Gesetz zeichnete sich auch sonst noch durch freisinnige Bestimmungen aus. Für die Herausgabe einer Zeitschrift ist keinerlei polizeiliche Erlaubniß nöthig, wenn nur ein verantwortlicher Redacteur genannt ist. Derselbe hat jedoch eine Sicherheit von ein- bis zweitausend Gulden zu hinterlegen. Ueber Preßvergehen haben allein die Gerichte zu entscheiden. Das Verfahren ist öffentlich und mündlich. Die zweite Kammer machte zwar an diesem Gesetze zu Gunsten der Freiheit noch einige Aenderungen, welche jedoch von der ersten nicht angenommen wurden, und so blieb dasselbe im Ganzen,

*) §. 12. „Zeitungen und Zeitschriften, in so weit sie die Verfassung und Verwaltung des deutschen Bundes oder einzelner deutscher Bundesstaaten, außer Baden zum Gegenstande haben, und andere Schriften dieses Inhalts, die nicht über zwanzig Bogen im Druck stark sind, sollen nur mit Vorwissen und auf vorgängige Genehmhaltung der Staatsbehörde, welche solche nur nach den Bestimmungen der §§. 18—28 für strafbar zu achtenden Schriften oder Schriftstellern zu versagen hat, zum Drucke befördert werden."

Digitized by Google

wie die Regierung es vorgeschlagen hatte. Mit dem Anfange des Jahres 1832 wurde es von ihr verkündet.

Und so hatte denn Baden durch diese drei Gesetze einen außerordentlichen Fortschritt in dem constitutionellen Staatsleben gemacht. Durch die Abschaffung der Frohnden und Zehnten wurde die materielle Lage, besonders des Landmanns, verbessert: durch die Gemeindeordnung erhielt der Staatsbürger die Möglichkeit, sich für eine Wirksamkeit im öffentlichen Leben vorzubereiten; durch die Preßfreiheit wurde ihm das unschätzbare Gut zu Theil, sich über die gesammten Zustände des Vaterlandes und über das ganze Staatswesen aufzuklären. Auch wußten die Badener die Erfolge dieses Landtags von 1831 sehr wohl zu schätzen. Und sie vergaßen dabei nicht, daß sie dieselben eben so sehr dem bereitwilligen Entgegenkommen der Regierung, wie der unermüdlichen Thätigkeit der Stände zu danken hätten. Der Großherzog Leopold und sein Ministerium wurden daher mit aufrichtiger Freude gelobt und gepriesen, und die Stände, sogar die Führer der Opposition, gingen hier mit dem Beispiele voran. So erkennt Rotteck in den allgemeinen politischen Annalen mit Dank sowohl „die Herzensgüte und Liebe des volksfreundlichen Fürsten, welcher die Bürgschaft einer bessern Zukunft gewähre," als auch die wackere constitutionelle Gesinnung der Minister, wie eines Winter und Böckh, Finanzminister, und ihre staatsmännische Tüchtigkeit an. Ein schönes Zusammenwirken zwischen Regierung und Volk und seinen Vertretern war bereits eingetreten und war auch für die Zukunft in Aussicht gestellt.

Rückblick. Wünsche für das gesammte Deutschland. Der Bundestag.

Fassen wir noch einmal zusammen, was wir über die deutsche Bewegung mitgetheilt. Sie bemächtigte sich zuerst des Nordens, wo der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des Volkes und den bestehenden Einrichtungen am schroffsten hervorgetreten war. Sie nimmt fast überall einen revolutionairen Charakter an, und es gelingt ihr,

Digitized by Google

mit Ausnahme von Preußen und einigen kleineren Staaten, Erfolge zu erzielen. Sie erreicht den vorzüglichsten Zweck, den sie im Auge gehabt, nämlich Umgestaltung der Verfassungen im Sinne des Repräsentativsystems. Der Süden tritt ebenfalls in die Bewegung ein, aber nicht in umwälzendem, sondern in reformatorischem Sinne: man hat dort bereits Repräsentativ-Verfassungen, man will sie blos vervollkommnen, zur Wahrheit machen. Die Bewegung zeigt sich daher vorzugsweise auf gesetzmäßigem Wege, in den Ständeversammlungen. Diese aber treten mit einer Kühnheit auf, wie man seit lange nicht an ihnen gewohnt gewesen, und reißen auch die Regierungen mit fort. Diese gehen, wenn auch nur theilweise, in die neuen Ideen ein. Damit aber beschwichtigen sie insofern den Geist der Bewegung, als er nicht über das constitutionelle Fürstenthum hinausgeht. Ja, sie erreichen damit, daß selbst der Liberalismus mit Liebe und Vertrauen zu den Fürsten emporblickt, von der Hoffnung beseelt, daß nun eine neue Aera des constitutionellen Lebens beginne. Diese Erscheinung wiederholt sich auch im Norden, seitdem hier repräsentative Verfassungen eingeführt worden. Die Bewegung hält sich innerhalb des Gesetzes, will nicht Revolution, sondern Reform. Aber sie ist nichts desto weniger entschieden. Sie schreitet mächtig einher und besiegt schon durch ihre moralische Macht die entgegenstehenden Hindernisse. Dieß zeigt sich besonders in der Presse. Trotz dem, daß die Freiheit derselben nirgends außer in Baden, und auch hier erst mit dem Anfange des Jahres 1832 durch ein Gesetz zugestanden worden, war sie thatsächlich doch vorhanden, wenn auch nicht überall, so doch in den kleinen und mittleren Staaten: die Censur scheu'e sich mit der früheren Rücksichtslosigkeit aufzutreten, jetzt, nachdem das Princip der Freiheit, wie es schien, den Sieg erfochten hatte.

Unter solchen Umständen tauchten allmählig alle die Ideen und Forderungen wieder auf, welche bereits zur Zeit der Freiheitskriege und nachher die öffentliche Meinung beherrscht hatten. Namentlich ist es die Idee der deutschen Einheit, welche sich noch einmal mit neuer Kraft geltend zu machen strebt. Eine Erfahrung von 15 Jah-

Digitized by Google

ren hatte hinreichend die Unzulänglichkeit, ja Verwerflichkeit des Bundestags und der von ihm eingeschlagenen politischen Richtung dargethan. Der Mangel von allgemeinen einheitlichen Bestimmungen hatte sich am augenscheinlichsten in Industrie und Handel fühlbar gemacht, wie denn ein großer Theil der Unruhen allernächst ihren Grund in den vielen und harten Mauthen und Zöllen gehabt. Jetzt zeigte die Aussicht auf einen Krieg mit Frankreich die Mangelhaftigkeit der deutschen Bundeseinrichtungen auch von Seite des Kriegswesens. Man fürchtete das Auseinanderfallen des Bundes bei dem wirklichen Eintritt jenes gefürchteten Ereignisses. Und endlich war auch für die neue constitutionelle Freiheit keine rechte Bürgschaft vorhanden, so lange mit dem Bunde selber nicht eine Veränderung von Grund aus vorgenommen würde. In jedem Betrachte erschien eine Verbesserung der Bundesverfassung, gegründet auf das Princip der Einheit, nicht nur wünschenswerth, sondern sogar nothwendig.

Wie aber sollte die Einheit bewirkt werden und durch wen? Zunächst dachte man wieder an Preußen, an welches sich in den Freiheitskriegen so große Hoffnungen geknüpft hatten. Noch einmal wurde dieser Staat aufgefordert, sich an die Spitze eines großen und freien Deutschlands zu stellen. Und diese Forderung ging sogar von der liberalen Partei aus. Sie verfuhr hierbei mit einer großen Selbstverleugnung. Obschon Preußen seit der Reaction die Liberalen auf die hartherzigste Weise verfolgt hatte und sein Verhalten vorzugsweise Schuld war an der traurigen Wendung, welche seit den Freiheitskriegen die deutschen Geschicke genommen, so wird Preußen von der liberalen Presse dennoch auf die schonendste Weise behandelt. Sie erkennt bereitwillig alles Gute an, wodurch sich dieser Staat auszeichne, sie stellt ihn hoch in Bezug auf die Unterstützung und Förderung der Intelligenz*), sie lobt seine vortreffliche Verwaltung, sein geordnetes

*) Vergleiche darüber die Schrift: „Gregor, ein Gespräch über Papstthum und Monarchie." Nürnberg, 1833, aber schon im Sommer 1831 geschrieben. Durch die ganze Schrift zieht sich die Vorliebe für Preußen, obschon der Verf. diesem Staate nicht angehört.

Digitized by Google

Finanzwesen, seine militairischen Einrichtungen, seine Gemeindeverfassung, sein Streben, von unten herauf den Bürger zu befreien und für den Staat vorzubereiten, sogar seine Provinzialstände, in soferne diese Einrichtung auch nur eine vortreffliche Vorbereitung sei; sie findet es sogar in der Ordnung, daß die Regierung bisher noch keine reichsständische Verfassung gegeben: nur jetzt, meint sie, sei es an der Zeit, jetzt dürfe Preußen nicht länger zögern, es müsse sich an die Spitze Deutschlands stellen. Auch hierzu habe es bereits einen Anfang gemacht durch seine Bestrebungen, den preußischen Zollverein weiter auszudehnen: die Bedeutung dieses Ereignisses wird richtig gewürdigt, eine größere Zukunft daran geknüpft. Ja, es wird sogar der Gedanke ausgesprochen, von Oesterreich bei einer Neugestaltung Deutschlands unter Preußens Vortritt ganz abzusehen, da diese Macht von jeher doch kein rechtes Herz zu Deutschland gehabt und mit seiner ganzen Weltstellung mehr auf den Osten angewiesen sei*). Die liberale Partei war also gar nicht feindselig gegen Preußen gestimmt, und würde diesen Staat bereitwillig unterstützt haben, wenn er im Sinne der Einheit vorangegangen wäre. Dazu kam aber noch eine besondere Anhänglichkeit der Preußen angränzenden Völker, welche, bisher unter einem schweren Druck ihrer kleinen Despoten seufzend, hofften, durch eine Vereinigung mit Preußen aus ihrer traurigen Lage herausgerissen werden zu können. So war die Stimmung in Nassau und Churhessen**), in Sachsen, wo man in religiöser wie merkantiler Beziehung durch den Anschluß nur zu gewinnen hoffte, selbst im fränkischen Baiern***), wo sogar von liberalen Schriftstellern jene Idee, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, ausgesprochen ward†).

Außer Preußen dachte man aber auch an Baiern. Die liberale Presse, nicht nur die baierische, wies zu wiederholten Malen auf die

*) Vergl. besonders einen Aufsatz von W. Schulz, „das Eine was Deutschland Noth thut," in Rotteck's politischen Annalen. 1831. VII. S. 1—44.

**) Gregor. S. 18. Pfeiffer, Geschichte der landständischen Verfassung in Churhessen. S. 270.

***) Gregor. S. 19.

†) Wirth im Inland und Siebenpfeiffer im Rheinbaiern.

Digitized by Google

gewichtige Stellung hin, welche Baiern einzunehmen berufen sei, und besonders schmeichelte sie dem Könige Ludwig, dessen Persönlichkeit und Bestrebungen unter dem anerkennendsten Gesichtspunkte dargestellt werden. Es ist von Bedeutung, daß selbst Rotteck's politische Annalen in diesem Sinne von König Ludwig sprechen. „Baierns jetziger König," heißt es in einem Aufsatze*), „ist an persönlichen Anlagen wie in öffentlichen Grundsätzen ganzen Fürstenreihen weit überlegen; er geht einen festen Schritt vorwärts zwischen Frankreichs Sturmlauf und Oestreichs Rückgang." Und wir haben bereits gesehen, wie diese Stimmung der öffentlichen Meinung nicht ohne Einfluß auf die baierische Regierung gewesen, wie die nächste Umgebung des Königs den Gedanken, die deutsche Einheit von Baiern aus zu bewirken, aufgegriffen habe.

Uebrigens hatte man auch den König von Würtemberg nicht vergessen und seine hartnäckige Opposition im Beginn der zwanziger Jahre. Auch jetzt, wie damals, fehlte es nicht an Männern, welche diesen König für den geeignetsten Fürsten hielten, an der Spitze Deutschlands zu stehen. Nicht lange dauerte es, so wurde die Reihe dieser Fürsten, die man zu Oberhäuptern des deutschen Reiches ausersehen, auch noch durch den Großherzog Leopold von Baden vermehrt, der ohnstreitig unter Allen am meisten wirkliche Zugeständnisse an das Princip der Freiheit gemacht hatte.

Indessen: dieß Alles waren Wünsche, Hoffnungen, Träumereien. Die Idee der deutschen Einheit wurzelte aber tiefer in dem Gemüthe der Nation, als daß sie die Ausführung derselben dem bloßen Zufalle hätte anheimgeben wollen. Es wurden auch Vorschläge gemacht von praktischer Natur, deren Verwirklichung nicht so unmöglich gewesen wäre. Dahin ist vor Allem die Forderung zu rechnen, welche bereits zur Zeit der Freiheitskriege gemacht worden war, daß neben dem Bundestage, der doch nur eine Versammlung von Gesandten der Fürsten sei, auch noch eine Vertretung des deutschen Volkes eingerichtet würde.

*) In den Anzeigen von neuesten Flugschriften. Politische Annalen. VII. S. 88.

Digitized by Google

Diese Idee einer deutschen Nationalrepräsentation, wobei der Bundestag die Stellung einer ersten, die Volksvertretung die einer zweiten Kammer einnehmen sollte, wurde alsbald von der liberalen Presse aufgegriffen und zu wiederholten Malen besprochen*). Es ist jedoch bedeutsam, daß diese Idee besonders in Süddeutschland gehegt und gepflegt wurde. Später war auch eine süddeutsche Kammer, die badische, die erste, in welcher diese Idee zu einem Vorschlage erhoben werden sollte. Welcker kündigte schon im April 1831 eine darauf bezügliche Motion an, die er aber erst im October begründete, obschon unter dem Widerspruche der Minister**).

Und der Bundestag selber, wie verhielt sich dieser zu der allgemeinen Bewegung?

Man kann sich denken, wie aufgebracht Metternich über die Stürme war, welche wenige Wochen nach der Julirevolution über Deutschland hereingebrochen. Kaum, daß er den Regierungen gegenüber, welche dem Drängen ihrer Völker nachgegeben, innerhalb der Schranken hergebrachter Höflichkeit sich erhielt***). Uebrigens glaubte er sei noch nichts verloren: er hoffte mit seinen alten Künsten die Bewegung wieder eindämmen zu können. Schon am 18. September 1830 mußte der östreichische Gesandte am Bundestage, Graf Münch-Bellinghausen, die übrigen Bundestagsgesandten zu einer vertraulichen Sitzung einladen, in welcher er ihnen Vorschläge zur schleunigen Unterdrückung der in Deutschland ausgebrochenen Unruhen machte. Diese Vorschläge betrafen besonders drei Punkte, nämlich Aufstellung einer

*) Besonders in dem schon erwähnten Aufsatze von W. Schulz: „das Eine, was Deutschland Noth thut," und „Wünsche für Deutschland" von Ephorus Reuß in Blaubeuern. Polit. Annalen. VII. S. 159 folg.

**) Er hat diese Motion auch drucken lassen unter dem Titel: „Die Vervollkommnung der organischen Entwickelung des deutschen Bundes, zur bestmöglichen Förderung deutscher Nationaleinheit und deutscher staatsbürgerlicher Freiheit." Karlsruhe 1831.

***) Vergl. Metternich's Brief an den östreichischen Gesandten in Dresden, Graf Colloredo, vom 28. September 1830. Portfolio. II. S. 289—291. Er spricht hier die Hoffnung aus, daß der sächsische Hof weder dem „unsinnigen Pöbel" noch den „irre geführten Bürgern" etwas nachgebe.

Digitized by Google

bedeutenden Militairmacht, Beschränkung der Presse und Nichtigkeitserklärung aller der Zugeständnisse, zu welchen die deutschen Fürsten durch ihre Völker etwa gezwungen werden sollten. Da nun aber die Gesandten von ihren Höfen erst Vollmachten für diese Punkte einholen mußten, so konnte vor der Hand noch nicht darüber entschieden werden, und die Beschlußfassung wurde daher noch auf einige Wochen verschoben. Aber gleich darauf fielen die Unruhen in der Provinz Hanau und in Oberhessen vor, welche Anfangs eine so drohende Gestalt angenommen und deren Bedeutung das Gerücht noch vergrößert hatte. Der östreichische Gesandte brachte daher gleich in der Sitzung vom 30. September die Sache vor und machte den Vorschlag, daß von den benachbarten Bundesstaaten eiligst Truppen an die hessischen Gränzen vorgeschoben werden sollten, um den Aufruhr zu unterdrücken. Am 1. October wurde sodann beschlossen: 1) die Aufstellung eines Truppencorps von beweglichen Colonnen, 7000 Mann stark, bestehend aus Nassauern, Baiern, Badenern, Hessen-Darmstädtern, welche in Höchst, Dettingen, Offenbach und Steinheim sich zusammenziehen sollten; 2) Bildung dreier Reservecorps bei Heilbronn von Würtemberg, 4 — 6000 Mann, bei Brückenau von Baiern, 4000 Mann, bei Wetzlar von Preußen, 6000 Mann. Da nun aber bald darauf die Unruhen in Hessen wieder gedämpft worden waren, so begnügte sich der Bundestag mit einer Aufstellung eines Truppencorps von 5300 Mann, wobei die Baiern weggelassen wurden; auch die Zusammenziehung von Reservecorps unterblieb.

Am 14. October wurden die Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland überhaupt näher besprochen. Der östreichische Gesandte erklärte, daß die aufrührerischen Bewegungen nicht ungestraft bleiben dürften, durch unzeitige Nachgiebigkeit würde das Uebel nicht nur im eigenen Lande vergrößert, sondern sogar auf ruhige Nachbarstaaten verbreitet*). Könnten die Regierungen in ihren Ländern nicht allein fertig werden, so müßten sie sich an den

*) Protokolle der deutschen Bundesversammlung v. J. 1830. Zweit. Bd. S. 1050.

Digitized by Google

Bund wenden. Da dieß aber zu viel Zeit erfordere, so müßte beschlossen werden, daß eine bedrohte Regierung sich an die nächste um Hülfe wenden dürfe, welche sodann die Hülfe im Namen und Auftrage des Bundes alsbald zu leisten habe. Außerdem könne auch der Bund aus eigenem Ermessen einschreiten. Auch sei es durchaus nothwendig, daß die Gesandten von ihren Regierungen umfassende Instructionen einholten, um sofort die nöthigen Maßregeln mit möglichst geringem Zeitverlust beschließen zu können. Dem Vorschlag, daß der Bundestag sich selber für die Abstellung mancher Beschwerden in diesem oder jenem Lande verwenden solle, müsse er entschieden entgegen treten, da dieß unnöthig sei. Auch wäre er jetzt nicht mehr dafür, daß man solche Zugeständnisse, welche den Regierungen durch Revolte abgezwungen wären, von vorn herein für null und nichtig erkläre, denn dieses verstehe sich ja von selbst, aber ausgesprochen könnte es zu Mißdeutungen Anlaß geben. Dagegen müsse er darauf dringen, daß hinsichtlich der Presse die Karlsbader Beschlüsse mit aller Strenge aufrecht erhalten, und daß namentlich die Censoren dafür sorgten, daß die Nachrichten von aufrührerischen Bewegungen durch die Blätter nicht verbreitet würden.

Der preußische Gesandte, Herr von Nagler, erkennt an, daß es nicht blos der Pöbel sei, welcher die letzten Unruhen gemacht, sondern daß eine höher stehende Classe von Staatsangehörigen dieselbe benutzt habe, um den Regierungen Zugeständnisse abzuzwingen und tief eingreifende Veränderungen durchzuführen. Diese Erscheinung erkläre sich nicht blos aus dem Einflusse der Julirevolution, sondern aus einer schon länger vorhandenen Unzufriedenheit. Wie dem aber auch sei, so stehe dem Bundestage verfassungsmäßig das Recht zu, bei solchen Staaten einzuschreiten, die bekanntermaßen außer Stand sich befänden, sich entweder selber zu helfen oder die Hülfe des Bundes zu begehren. Diese Thatsache trete bei allen denen ein, welche eine von Schwäche zeugende Nachgiebigkeit bewiesen hätten. Er mache nun folgende Vorschläge: 1) jede von Aufruhr betroffene Regierung habe sofort Anzeige beim Bunde zu machen; 2) wenn sie

Digitized by Google

nicht könne, müsse der Bund selber Erkundigungen darüber einziehen; 3) könne sich die Regierung nicht selber helfen, müßten die benachbarten Staaten Truppen senden, jedoch sollten diese mehr einen moralischen Eindruck machen, als eigentliche physische Gewalt anwenden; 4) eigentlich executive Maßregeln sollten jedoch nur in Uebereinstimmung mit der betreffenden Regierung beschlossen werden können; 5) auch solle der Bundestag vorher untersuchen, ob nicht wirklich Grund zu Beschwerden gegen die Regierung vorhanden sei, und sodann die Abhülfe derselben ermitteln, um ungesetzliche Wege zu verhindern. Was die durch Revolte abgedrungenen Zugeständnisse betreffe, so sei es bedenklich, zu erklären, daß sie null und nichtig seien, obschon es sich in der That so verhalte. Es sei besser, den Regierungen selber zu überlassen, ob sie solche Concessionen später wieder zurücknehmen wollen*), wobei sie natürlich der Bund unterstützen würde. Für die Einschränkung der Presse sei er auch.

Man sieht: zwischen dem östreichischen und preußischen Gesandten bestand einige Verschiedenheit. Die Ansicht des letztern hatte eine mehr liberalisirende Färbung. Offenbar ging seine Absicht dahin, die mittleren Staaten dadurch, daß er ihnen den Bundesbeschlüssen gegenüber eine größere Selbstständigkeit zugesichert wissen wollte, von Oestreich ab und an Preußen heranzuziehen, und indem er auf Verwendung des Bundes für Abstellung wirklicher Beschwerden drang, auch bei der öffentlichen Meinung einen Fuß zu fassen. Bei den Gesandten der übrigen Staaten stieß jedoch Oestreich noch auf größere Widersetzlichkeit. Zwar die kleineren, und selbst Hessen-Darmstadt und Baden, welches letztere von Herrn von Blittersdorf, dem vertrautesten Freunde des östreichischen Gesandten, vertreten ward, stimmten ganz in die Wünsche des letztern ein. Nicht so war es mit den mittleren Staaten, mit Hannover, Sachsen, Würtemberg, Baiern. Sie weigern sich nicht nur auf die Forderung Oestreichs, noch ausgedehntere Vollmachten ihren Gesandten zu geben, einzugehen, sie wollen

*) Protokolle der d. Bundesversammlung. 1830. Zw. Bd. S. 1057.

Digitized by Google

vielmehr bei jedem wichtigen Falle ihre Entschließung nach reiflicher Ueberlegung fassen, sondern sie sind auch gegen eine neue Beschränkung der Censur, und können selbst mit jenem Grundsatze der Richtigkeit von abgedrungenen Zugeständnissen in dem von den beiden Großmächten angewandten Sinne nicht ganz übereinstimmen. Ja, Baiern, dessen Gesandter, Freiherr von Lerchenfeld, erst am 21. October seine Erklärung abgab, verlangt ausdrücklich Abstellung der Beschwerden, die in verschiedenen Ländern Deutschlands vorhanden seien, namentlich allenthalben Erfüllung des Artikels 13 der Bundesacte *).

Nun kam noch am 21. October folgender Bundesbeschluß zu Stande: 1) die Regierungen verpflichten sich, einander im Falle des Aufruhrs gegenseitige Hülfe zu leisten; 2) zu diesem Ende müssen die Bundescontingente in möglichster Bereitschaft gehalten werden; 3) die Regierungen haben im Falle des Aufruhrs schleunigste Anzeige an den Bund zu machen; 4) sie ertheilen ihren Gesandten am Bunde Vollmachten in möglichster Ausdehnung und mit thunlichster Beschleunigung; 5) die Censoren der öffentlichen Blätter sollen auf das Bestimmteste angewiesen werden, bei Zulassung von Nachrichten über stattgefundene aufrührerische Bewegungen mit Vorsicht und mit Vergewisserung der Quellen, aus welcher derlei Nachrichten geschöpft sind, zu Werke zu gehen und die bestehenden Bundesbeschlüsse vom 20. September 1819 sich gegenwärtig zu halten. Dabei soll sich die Wachsamkeit derselben auch auf die Blätter erstrecken, welche blos innere Verhältnisse behandeln. Zuletzt drückt der Bundestag die Hoffnung aus, daß die Regierungen einerseits gerechten Beschwerden abhelfen, andrerseits aber keiner unzeitigen und für die Gesammtheit gefährlichen Nachgiebigkeit Raum geben werden **).

Demnach hatte zwar der östreichische Gesandte im Wesentlichen doch den Sieg davon getragen. Aber die Ereignisse waren mächtiger, als der Bund. Inzwischen schritt die Bewegung immer weiter vor

---

*) Protokolle der d. Bundesversammlung. 1830. Zw. Bd. S. 1123.
**) Protokolle das. S. 1124—25.

Digitized by Google

und zog auch die Regierungen mit. Sie kümmerten sich wenig um die Bundesbeschlüsse. So verlangte der Bundestag auf Antrieb des östreichischen Gesandten mehrmals von der churhessischen Regierung vergebens eine Aufklärung über die politischen Zustände des Landes, welche dem Grafen Münch sehr bedenklich zu sein schienen — gar zu gern hätte Oestreich in dieses unruhige Land Executionstruppen geschickt — der churfürstliche Gesandte gab immer die beruhigendsten Erklärungen, Alles sei in das Geleise der Ordnung zurückgekehrt, fremde Hülfe sei nicht im Entferntesten nöthig; endlich mußte sich der östreichische Gesandte doch zufrieden geben. Ebenso wenig bekümmerte man sich um die Beschränkung der Preßfreiheit. Gegen Ende des Jahres 1830 schickte der Professor Welcker von Freiburg sogar an den Bundestag selber, dem er sie gewidmet, seine Schrift für die Preßfreiheit. Der Ausschuß, der mit ihrer Beurtheilung beauftragt worden war, fand *), daß sie Grundsätze enthalte, welche mit denen des Bundes in geradem Widerspruche ständen und entdeckte sogar, daß die Schrift keine zwanzig Bogen enthalte und daher der Censur hätte unterworfen werden müssen, was aber nicht geschehen sei. Die badische Regierung wird deshalb getadelt, Welcker's Schrift einfach ad acta gelegt. Aber bei dieser Gelegenheit klagt der östreichische Gesandte, daß die Regierungen die Karlsbader Beschlüsse hinsichtlich der Presse nicht mehr aufrecht erhalten, welche vielmehr immer zügelloser werde: die Beschlüsse vom 21. October werden daher noch einmal erneuert. Aber umsonst! Ebenso schlecht steht es mit den Beschlüssen hinsichtlich der Universitäten. Bei der Revolution in Göttingen war die Wirksamkeit der Burschenschaft wieder recht deutlich hervorgetreten. Der hannöverische Gesandte macht daher in der Sitzung vom 10. März 1831 den Vorschlag, neue noch schärfere Verordnungen gegen die burschenschaftlichen Verbindungen auf den Universitäten zu erlassen. Man beschließt, bei den betreffenden Regierungen Instructionen deshalb einzuholen. Aber die Instructionen bleiben aus, und wäh-

*) In der Sitzung vom 17. Februar 1831.

Digitized by Google

rend des ganzen Sommers kommt die Sache gar nicht mehr zur Sprache.

Wie gesagt, die Bewegung war mächtiger, als der Bund. Sie kümmerte sich wenig mehr um die Fesseln, welche er ihr angelegt: sie war nahe daran, sie ganz zu lösen. Merkwürdig ist aber, daß der Bund durch ein eigenthümliches Verhängniß dahin getrieben wurde, seinem eigenen Principe untreu zu werden und selber revolutionair zu erscheinen. Dieß geschah bei der braunschweigischen Frage. Als der Bundestag von der Revolution in Braunschweig, von der Verjagung des Herzogs Karl und der Besitznahme der Regierung durch den Herzog Wilhelm officielle Nachricht erhielt, so wollte sich der östreichische Gesandte mit dieser einfachen Thatsache gar nicht begnügen; er wollte nähere Aufklärung über den eigentlichen Sachverhalt und namentlich wissen, mit welchem Rechte der Herzog Wilhelm die Regierung führe. Es wurde sogar ein Ausschuß gewählt, der sich mit dieser Frage beschäftigen solle. Dieß geschah am 15. October. Inzwischen aber wurden Aufklärungen gegeben, Preußen wie Hannover verwendeten sich für Herzog Wilhelm, und endlich, was wohl das Wichtigste war, versuchte der Herzog Karl Ende Novembers 1830 die Contrerevolution, bei welcher er jene oben erwähnten Proclamationen erließ, welche so überschwänglich reich an demokratischen Zugeständnissen waren. Diese Proclamationen schienen dem Bundestage auf einmal die Gewißheit zu gewähren, daß der Herzog Karl unfähig zu regieren sei. Er beschloß am 2. December 1830, daß, da die Persönlichkeit des Herzogs Karl allein Schuld am Aufstande gewesen, da derselbe durchaus schlecht regiert habe, da mit seiner Wiederkehr die Unruhen wieder von Neuem ausbrechen würden, Ruhe und Ordnung aber nur zu erhalten sei, wenn er wegbliebe — der Herzog Wilhelm bis auf Weiteres die Regierung fortführen und im Namen des Bundes dieß veröffentlichen solle. Zugleich sollten die Agnaten des Herzogs über die Zukunft das Weitere bestimmen. Es wurde hierbei angedeutet, daß Wilhelm für immer die Regierung führen sollte. Durch diesen Beschluß hatte der Bundestag das Princip der Legitimität vollständig

Digitized by Google

über den Haufen geworfen. Der Herzog Karl legte Verwahrung gegen diesen Bundesbeschluß ein. Der Bundestag erklärt aber am 14. April 1831 mit Ausnahme Churhessens, daß dieser Verwahrung keine Folge zu geben, vielmehr der Herzog Karl lebenslänglich von der Regierung auszuschließen, dagegen diese nach dem Vorschlage der Agnaten dem Herzoge Wilhelm zu übergeben sei. Es handelte sich nur noch um die Erbfolge. Am 11. Mai 1831 beschloß nun der Bundestag, jedoch nicht einstimmig, daß durch die Regierung des Herzogs Wilhelm die etwaigen Nachkommen des Herzogs Karl von dem braunschweigischen Throne nicht ausgeschlossen seien.

Während nun der Bundestag in diesem Falle dem Principe der Revolution huldigte, that er es auch in einem anderen, wobei seine erbärmliche Haltung gegen außen recht ans Tageslicht trat. An der belgischen Revolution hatte sich auch das Großherzogthum Luxemburg betheiligt, welches zum deutschen Bunde gehörte. Die Belgier betrachteten Luxemburg als zu ihnen gehörend, revolutionirten es, die Einwohner wählten auch zum Nationalcongreß. Der König der Niederlande wandte sich nun an den deutschen Bund um Hülfe. Schon im October 1830 kam die Sache beim Bundestage zur Sprache, zog sich aber ein ganzes Jahr hindurch in die Länge, ohne daß die Versammlung zu irgend einem entscheidenden Beschlusse, oder, wenn auch, ohne daß dieser zur Ausführung gekommen wäre. Anstatt sogleich eine ansehnliche Truppenmacht abzusenden, um diese Provinz zu erhalten, unterhandelte der Bund mit der Conferenz in London: dann schickte er in die Festung Luxemburg zwar einige tausend Mann, aus den Lippe's und Waldeck's, welche aber nicht zu brauchen waren; und endlich überließ er die Sache der Conferenz in London ganz und gar, wozu er nicht einmal eigene Gesandte schickte, sondern wobei der östreichische und der preußische Gesandte die Rechte des Bundes wahren sollten! —

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß der deutsche Bund nach und nach bei der öffentlichen Meinung nicht die Achtung —

Digitized by Google

denn die hatte er nie besessen —, sondern selbst den Schrecken verlor, den er sonst einzuflößen pflegte. In der That: er fühlte, wie es schien, zuletzt selber, daß er nichts mehr bedeutete. Denn seit dem Frühjahr 1831 beschäftigt er sich gar nicht mehr mit der allgemeinen deutschen Politik. Er läßt die Bewegung ruhig gewähren. Freilich muß man dabei in Anschlag bringen, daß es um dieselbe Zeit nicht blos in Deutschland gährte, sondern daß die Revolutionen fast überall an seinen Gränzen ausgebrochen waren, in der Schweiz, Italien, Polen, welche besonders die zwei mächtigsten deutschen Staaten, Oestreich und Preußen, anderwärts beschäftigten und sie daher verhinderten, in Deutschland mit ihrer sonstigen Energie aufzutreten. Und überdieß verfolgte Preußen seine besonderen Plane.

Wir haben oben schon den Widerspruch zwischen Preußen und Oestreich angedeutet, wie er, jedoch kaum merklich, beim Bundestage zum Vorscheine gekommen. Dieser Widerspruch lag tiefer. Preußen schien jetzt wieder jenen Plan aufnehmen und mit mehr Lebhaftigkeit verfolgen zu wollen, welchen die preußische Denkschrift vom Jahre 1822*) bereits ausgesprochen hatte. Es wollte Oestreich wo möglich aus seiner einflußreichen Stellung verdrängen und die Oberleitung der deutschen Angelegenheiten allmählig in seine eigenen Hände spielen. Jetzt schien ein passender Zeitpunkt zu sein, um wenigstens einen guten Anfang damit machen zu können. Die Denkschrift des preußischen Ministers des Auswärtigen, Grafen von Bernstorff, vom Februar 1831 enthüllt diesen Plan zur Genüge**). Sie erkennt an, daß die gegenwärtige Bewegung ihren guten Grund habe, namentlich aber auch in den Einrichtungen und Maßnahmen des Bundes, welche der öffentlichen Meinung nicht immer entsprochen hätten. Die Lage der Dinge sei außerordentlich gefährlich, um so mehr, wenn ein auswärtiger Krieg hinzukomme. Was die preußische Regierung zu thun

---

*) Siehe ersten Band. S. 570.

**) Portfolio I. S. 9 folg.

Digitized by Google

habe, bestände in Folgendem. Sie müßte sich vor Allem an die besitzenden und gebildeten Leute anschließen und diese zu gewinnen suchen. Dieß würde geschehen, wenn sie sehen, daß die Regierung immer das Gemeinwohl fördere. Sodann müsse sie ein gewisses Vertrauen auf ihre Völker zeigen. Sie dürfe den gesetzmäßigen Weg nie verlassen; wenn sie sich blos auf die Gewalt stütze, zerstöre sie die Grundlage der Herrschaft. Dann müsse sie durch die Presse wirken, tüchtige Schriftsteller gewinnen. Endlich wäre von Bedeutung und wirksam die Errichtung allgemeiner Institutionen für ganz Deutschland und im Besonderen die Einführung eines allgemeinen Systems, welches die Freiheit des Handels und der Industrie sichere. Es wäre aber durchaus verfehlt, wenn man ein solches System beim Bundestage beantragen wolle. Dort komme es doch niemals zu Stande. Preußen müsse vielmehr allein damit vorangehen, es müsse mit den einzelnen Staaten unterhandeln und dahin wirken, daß sich der deutsche Bund nach und nach selber auflöse. Allmählig werde in den einzelnen Staaten von selber das Bedürfniß nach einer neuen Ordnung erwachen, dann sei die Zeit für Preußen, hervorzutreten und eine bessere Verfassung des deutschen Bundes in Uebereinstimmung mit den Principien Preußens durchzuführen.

Man sieht also, daß Preußen vor der Hand einen Plan verfolgte, der wesentlich verschieden war von den Absichten Metternich's. Dieser wollte den deutschen Bund mit allen seinen schlechten Einrichtungen erhalten, während Preußen darauf hinarbeitet, ihn aufzulösen. In einer Zeit der Ruhe und der Erschlaffung waren diese Gegensätze nicht hervorgetreten: in einer Zeit der Bewegung, welche so viele Kräfte zum Selbstbewußtsein brachte, so viele alte Einrichtungen umzustürzen drohte, so viele neue Formen möglicher Weise schaffen konnte, war es wohl am Platze, einmal die alten Gesichtspunkte zu verlassen und sich an neue zu gewöhnen. Und war nicht die Vorliebe, mit welcher die öffentliche Meinung sich über Preußen aussprach, die Aufforderungen, die sie an es ergehen ließ, verführerisch genug?

Digitized by Google

So viel ist also gewiß: die zwei Großmächte waren in jener ersten Zeit der Bewegung mit einander nicht einverstanden über die Rolle, welche sie spielen wollten, Deutschland gegenüber. Dieß verfolgte nun seine Bahn: die Bewegung schritt immer mächtiger einher, die Fluthen stiegen immer höher.

Aber indessen waren noch viel größere Umwandlungen in der benachbarten Schweiz erfolgt.

Digitized by Google

Sechstes Capitel.

Verfassungsveränderungen in der Schweiz.

Die Zustände bis zur Julirevolution.

Seit 1823 herrschte in der Schweiz das rückschreitende Princip nicht minder, wie in den angränzenden monarchischen Staaten, und trotzdem, daß sich dieses Land eine Republik nannte, wurde daselbst doch in einer Weise regiert, daß die heilige Allianz recht wohl damit zufrieden sein konnte.

Die Verfassungen der einzelnen Cantone waren mit wenig Ausnahmen aristokratisch, sowohl, was die Theilnahme des Volkes an politischen Rechten betrifft, als die Organisation der politischen Körper. Die Masse des Volkes mußte sich beherrschen lassen, ohne an der Entwicklung des Staatsorganismus einen thätigen Antheil nehmen zu dürfen: nur Wenige waren zur Ausübung der vollziehenden und gesetzgebenden Gewalt berechtigt. Diese befand sich entweder, wie in Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Genf, fast ausschließlich in den Händen alter patrizischer Geschlechter, oder, wie in den meisten anderen Cantonen in den Händen der reicheren Bürger. Das Land war fast überall im Nachtheil gegen die Stadt: es war entweder politisch gar nicht vertreten oder so gering, daß die Stadt das entschiedenste Uebergewicht ausübte. Die Regierung, in der Regel kleiner Rath genannt, war, obschon meist aus dem großen Rathe hervorgegangen, doch fast unabhängig von diesem, theils durch Lebenslänglichkeit, wie in Bern, theils durch zu lange Dauer der Amtsführung seiner Mit-

Digitized by Google

glieder: wo die Verfassung eine Erneuerung vorschrieb, waren den bisherigen Herrschern doch genug Mittel gegeben, um sich in ihrem Amte zu erhalten. Die Regierungen vereinigten in sich alle Gewalten, außer der vollziehenden auch noch die gesetzgebende und richterliche: jene in soferne, als die kleinen Räthe als solche zugleich Mitglieder der gesetzgebenden Körper waren und die Initiative bei der Gesetzgebung hatten, so daß also ohne ihren Willen nicht wohl eine Aenderung der Verfassung vorgeschlagen werden konnte; die richterliche Gewalt aber besaßen sie in soferne, als sie nicht nur die niederen Richterstellen besetzten, sondern in der Regel auch das höchste, das Appellationsgericht, wenn dieses nicht, wie in Luzern, einen Theil des kleinen Rathes selber ausmachte.

Dem kleinen stand zwar der große Rath zur Seite, welcher die gesetzgebende Behörde bildete, und bei welchem nach der Theorie die höchste Gewalt stehen sollte. Er war aber weit entfernt, eine Volksvertretung zu sein. Entweder waren die Stellen in demselben lebenslängliche, wie in Bern, Freiburg, Neuburg, Luzern, oder er ergänzte sich selbst, wie in Zürich, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Genf, wo zwar dem Volke, d. h. den bevorrechteten Bürgern, eine Mitwirkung bei der Wahl zugestanden war, aber nur eine theilweise und sehr mittelbare. In Bern bestand der große Rath aus 299 Mitgliedern. Davon gehörten 200 der Stadt Bern an, von den 99 andern ernannte nur einen Theil das Land, die übrigen der große Rath selbst. 200 Stellen des großen Rathes nahmen Patrizier ein. In Luzern gehörte die Hälfte des großen Rathes der Stadt, die andere Hälfte dem Lande an. In Freiburg saßen in dem großen Rathe, welcher 126 Mitglieder zählte, nur 36 von der Landschaft, die übrigen Stellen waren von Patriziern besetzt. In Solothurn bestand der große Rath aus 101 Mitgliedern. Davon ernannte das Land nur 18, die Stadt 44, die übrigen 38 der große Rath selber. In Basel zählte der große Rath 150 Mitglieder. Von diesen ernannte das Land 30, die Stadt 30, die übrigen 90 der große Rath selber, jedoch in der Weise, daß zwei Drittel derselben aus der

Digitized by Google

Stadt, und nur ein Drittel aus dem Lande genommen werden durften. Die Stadt zählte also im Ganzen 90 Mitglieder im großen Rathe, das Land nur 60. Ein ähnliches Verhältniß war in Schaffhausen. In Aargau bestand der große Rath ebenfalls aus 150 Mitgliedern. Von diesen wurden 48 durch die Kreisversammlungen gewählt, 52 von dem großen Rathe und 50 durch ein Wahlcollegium, welches aus dem kleinen Rathe, dem Appellationsgerichte und einigen Mitgliedern des großen Rathes gebildet wurde. In Thurgau zählte der große Rath 100 Mitglieder. Von diesen wurden zwei Drittel von dem großen Rathe selber gewählt. In Tessin werden von den berechtigten Bürgern Candidaten aufgestellt, aus denen der große Rath die neuen Mitglieder wählt. In Waadt, wo die Wahlart sehr zusammengesetzt ist, ist doch dem großen Rathe eine große Mitwirkung zugestanden.

Man sieht schon aus dem Angegebenen, daß die großen Räthe der schweizerischen Cantone auf den Namen einer Volksvertretung keinen Anspruch machen konnten. Es kommt nun noch hinzu, daß das Recht, in den großen Rath einzutreten, in der Regel an einen sehr hohen Census geknüpft war. Die Mitglieder der großen Räthe gehörten selber zu den Bevorrechteten und dachten daher nicht daran, freisinnige Verbesserungen vorzuschlagen. Ueberdieß waren die Rechte derselben sehr beschränkt. Sie hatten nicht einmal das vollständige Recht der Gesetzgebung, da, wie bereits bemerkt, das Recht des Vorschlages nur dem kleinen Rathe zustand. Bei alle dem jedoch hätten die großen Räthe weit mehr leisten können, als sie gethan: denn man weiß, welch moralische Wirkung eine Versammlung ausübt, welche durch Vaterlandsliebe, Intelligenz und Tüchtigkeit sich auszeichnet. Aber gerade diese Eigenschaften mangelten den Mitgliedern der großen Räthe fast ganz: es waren meist entweder unbedeutende schwache Menschen oder solche, welche höher steigen wollten und daher sich an die herrschenden Gewalten anlehnen zu müssen glaubten: in beiden Fällen aber waren sie abhängig von der Regierung und stimmten in ihrem Sinne.

Digitized by Google

Die Regierungen befanden sich daher thatsächlich ohne alle Controle. In der That wirthschafteten dieselben ganz nach Belieben. Bei der Besetzung der Stellen wurde großer Nepotismus geübt: man sah nicht auf Tüchtigkeit, sondern auf die Geburt, wie denn z. B. in Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn fast nur Patrizier wenigstens in die einträglicheren Stellen einrücken konnten, oder auf Verwandtschaftsverhältnisse oder auf reactionaire Gesinnung. Die Verwaltung befand sich daher meist in sehr schlechten Händen. Vor Allem erlangte die schweizerische Justizverwaltung wegen ihrer Schlechtigkeit eine traurige Berühmtheit. Die Finanzen wurden besser verwaltet, obschon auch hier in manchen Cantonen viele Fehler und Gebrechen vorhanden waren, und selbst in solchen, deren Finanzen thatsächlich in einem geordneten Zustande sich befanden, sprach gegen die Finanzverwaltung das Geheimniß, in welches die Regierungen den Staatshaushalt, wie überhaupt die ganze Verwaltung zu hüllen versuchten. Sie scheuten sich, irgendwie öffentliche Rechnung abzulegen, und wurde dergleichen verlangt, so erbosten sie sich gewaltig und schimpften nach der Weise der absolutistischen monarchischen Regierungen über Neuerungssucht und verderbliches demagogisches Treiben.

Es gab zwar noch Cantone, in welchen demokratische Verfassungen bestanden: außer den drei Urcantonen Uri, Schwyz und Unterwalden noch Glarus, Zug, Appenzell. In diesen war die oberste Gewalt der Theorie nach bei der Landesgemeinde, welche sich alljährig versammelte und aus allen männlichen Einwohnern bestand, die das 16. oder 18. Lebensjahr zurückgelegt hatten. Diese Versammlung wählte die obersten Behörden des Cantons und übte die gesetzgebende Gewalt aus. In St. Gallen, Graubündten, Wallis fand wenigstens eine bessere Repräsentation statt. Im Grunde aber waren die Verhältnisse auch hier nicht viel besser, wie in den andern Cantonen, indem thatsächlich Alles in den Händen der Regierungen lag und die demokratischen Einrichtungen wegen mangelnder Bildung der Einwohner eigentlich nur illusorische waren. Die Initiative bei der Gesetzgebung hatten sich ohnedieß auch hier die Regierungen angeeignet

Digitized by Google

und der Geist der Verwaltung war aristokratisch oder sogar oligarchisch.

Darin stimmten fast alle schweizerischen Regierungen unter sich und mit der heiligen Allianz überein, einen neuen frischen Geist in der Eidgenossenschaft nicht aufkommen zu lassen, und zu diesem Behufe alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden. Die Beschlüsse der Tagsatzung vom Jahre 1823, welche die Preßfreiheit aufhoben und die Censur einführten, kamen ihnen dabei trefflich zu Statten.

Hand in Hand mit der politischen Reaction ging die religiöse. Sowohl die protestantische Orthodoxie, das Sektenwesen, der Pietismus und Mysticismus in allen Formen machte sich breit, als auch der Jesuitismus, welcher besonders in Freiburg seinen Herd hatte. Die religiöse Unduldsamkeit wurde von den Regierungen unterstützt: in den katholischen Cantonen waren sie meist von den Jesuiten umgarnt, und in den protestantischen duldeten sie keine freiere religiöse Richtung, wenn sie wohl auch manchmal gegen den Unfug der Sekten einzuschreiten sich veranlaßt sahen. Mit der Religion in Verbindung stand das Erziehungswesen. Dieses war von den Regierungen den Händen der Pfaffen überlassen und befand sich daher, mit wenig Ausnahmen, in einem sehr verwahrlosten Zustande. Besonders das Volksschulwesen war außerordentlich vernachlässigt.

So die Verhältnisse in den einzelnen Cantonen. Was die allgemeinen eidgenössischen Zustände anbetrifft, so boten diese nicht weniger unerfreuliche Seiten dar. Die herrschenden Gewalten dachten so wenig, wie in Deutschland daran, die Bundesverfassung weiter auszubauen. Man begnügte sich, an dem einmal Bestehenden festzuhalten, dasselbe vortrefflich zu finden und als solches anzupreisen. So mußte der allgemeine vaterländische Sinn, in soferne er die Eidgenossenschaft als ein ganzes durch ein gemeinsames Band zusammengehaltenes Staatswesen betrachtete, es mußte der Gedanke der Einheit vor dem sogenannten Cantönligeist zurückweichen, der an nichts weiter dachte, als an den besonderen Canton. Daher dachte man auch nicht daran, gemeinsame Gesetze für den innern Verkehr und Handel

Digitized by Google

zu treffen. Die schweizerischen Cantone blieben in dieser Beziehung fast ebenso von einander geschieden, wie die einzelnen Staaten in Deutschland. Was das Verhältniß der Eidgenossenschaft zum Auslande betrifft, so begnügte man sich mit der Rolle der Unterwürfigkeit, welche man im Anfang der Zwanziger Jahre gespielt: man beugte sich demüthig vor den großen Mächten und kam allen Wünschen derselben nach, wie denn erst noch im Jahre 1829 die Tagsatzung mit Oestreich einen Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der Verbrecher schloß, in welchen die politischen mit eingeschlossen waren. Einen von den wichtigsten Gegenständen der Thätigkeit der Tagsatzung bildeten die Verhandlungen über die Verträge mit anderen Staaten, besonders mit Frankreich, Neapel, Holland wegen der Schweizer Truppen, welche in dem Solde dieser Staaten standen. Die öffentliche Meinung war mit der Reisläuferei, wie man dieses Verhältniß nannte, gar nicht zufrieden. Die Regierungen legten aber darauf großen Werth, weil dabei die Söhne der Patrizier ein Unterkommen fanden: ihnen wurden nämlich die Offizierstellen übergeben. Man ersieht daher aus Allem: an einen ächt republikanischen Geist war bei den schweizerischen Gewalthabern nicht zu denken: diese sonnten sich vielmehr in der Gunst des monarchischen Auslandes und beherrschten nach dessen Sinne die Eidgenossenschaft, eifrig darauf bedacht, die alten Zustände zu erhalten und den Geist der Zeit zurückzudämmen.

Indessen: diese Gesinnung war keinesweges die allgemeine. Wie in Deutschland entwickelte sich auch in der Schweiz seit der letzten Revolution ein frischer Geist auf dem Gebiete der Politik, wie der Kirche, welcher mit jedem Jahre stärker anschwoll und bald den Kampf gegen die veralteten Zustände beginnen konnte. Zu ihm bekannte sich meist das jüngere Geschlecht; aber auch unter dem reiferen Alter zählte er viele Anhänger, wie denn in der Regel die in geistiger Bildung hochstehenden Männer, welche einen freien Blick in die Lage der Welt sich erworben oder bewahrt hatten, zu der Fortschrittspartei gehörten. Selbst unter den Patriziern und unter manchen der bisherigen Gewalthaber oder Bevorrechteten fanden sich Einige, welche die

Digitized by Google

Nothwendigkeit von tiefgreifenden Verbesserungen anerkannten und in diesem Sinne auch wirkten. Dieser neue Geist wurde besonders in den freien Vereinen genährt: so in dem Zofinger, in welchem die Jugend vertreten war, und in der helvetischen Gesellschaft, welche die gebildeten Männer umfaßte. Es kam dann noch die Schützengesellschaft hinzu, den Mittelstand begreifend, welche alljährlich, immer an einem andern Orte, das Schützenfest feierte, ein Fest, welches wesentlich auch einen politischen Charakter trug, und zwar den des politischen Freisinns. Von diesen Vereinen theilte sich der Geist einer neuen Zeit bald dem Volke mit: in den letzten Jahren der Restaurationszeit war auf keine Weise zu verkennen, wie er immer mächtigere Fortschritte machte. Bald begann der Kampf zwischen dem Alten und dem Neuen auf dem Gebiete der Erziehung, der Religion, der Wissenschaft und ging sodann auf das Feld der Politik hinüber. Es gelang in einigen Cantonen freisinnige Männer in den großen Rath zu bringen, die sofort eine Opposition organisirten und mit Ernst eine Umgestaltung der Verfassungen betrieben.

Während nun auf diese Weise das alte System sich angegriffen sah, mangelte ihm die Kraft, auf eine erfolgreiche Weise zu widerstehen: von Tag zu Tag enthüllten sich mehr Schäden desselben, und da wo es Widerstand leisten wollte, erbitterte es durch die angewandten Mittel nur noch mehr. Schon war es im Jahre 1827 in Genf und Appenzell zu Unruhen gekommen. Im Jahre 1829 machte Finsler, welcher die zürichschen Finanzen verwaltet hatte, Bankerott, wobei auch die Staatscasse verlor; zwar wurde das Deficit durch seine Freunde und Verwandten wieder gedeckt, aber dieß Ereigniß ließ nichts destoweniger beim Volke einen tiefen Eindruck zurück, welcher dem bisherigen Regimente nicht günstig sein konnte. In Aargau und in Waadt wurden zwei von dem schweizerischen Volke hochverehrte Männer, Heinrich Zschokke und Professor Monnard in Preßprozesse verwickelt und bestraft: in Folge davon legte Zschokke alle seine Aemter nieder, die er bekleidete. Das Verfahren der betreffenden Regierungen gegen diese beiden Männer vermehrte

Digitized by Google

nur im Volke die Erbitterung gegen sie. Um dieselbe Zeit wurden in Appenzell Innerrhoden, wie in Luzern Verfassungsänderungen durchgesetzt. In Appenzell wurde das volle Gesetzgebungsrecht der Landesgemeinde wieder hergestellt. In Luzern, wo besonders die beiden Pfyffer und Jakob Kolb seit 1826 im Sinne der Freiheit im großen Rathe thätig waren, wurde die bisher bestehende Selbstergänzung des kleinen Rathes aufgehoben, ebenso die Vereinigung der vollziehenden und richterlichen Gewalt. In Zürich wurde ebenfalls eine Verfassungsveränderung beantragt und theilweise auch durchgesetzt; die Befugnisse des großen Rathes wurden nämlich erweitert.

All dieß zeugte von einer so gewaltigen Bewegung der Geister, daß selbst die Tagsatzung nicht mehr wagte, die bisherige Bahn der Reaction fortzugehen. Schon im Jahre 1828 war der Antrag an sie gestellt worden, die Ausnahmegesetze von 1823, bezüglich der Presse und der Fremdenpolizei, aufzuheben: die Mehrheit entschied sich jedoch damals für die nochmalige Beibehaltung. Aber auf der Tagsatzung von 1829 wagte man schon nicht mehr, jene Ausnahmsgesetze aufrecht zu erhalten. Sie wurden aufgehoben und den einzelnen Cantonen überlassen, welche Maßregeln sie bezüglich der Presse ergreifen wollten. Bald darauf wurde die Preßfreiheit in mehreren Cantonen durchgesetzt: in Zürich, wo im Sommer 1829 die Censur aufgehoben und ein Preßgesetz erlassen wurde, mit dem die liberale Partei zwar nicht ganz zufrieden war; in Luzern; in Glarus; in Appenzell und anderen. In Zürich erschienen drei Zeitungen, welche dem Liberalismus die Bahn brechen sollten: die „Neue Züricher Zeitung", von dem Staatsrathe Usteri redigirt, der „Schweizerische Beobachter" von Heinrich Rüscheler und die „Zürcherische Monatschronik". In Appenzell erschien die „Appenzeller Zeitung", welche nicht selten mit beißendem Spotte die alten Zustände angriff und namentlich die berner Aristokratie gegen sich aufbrachte. Immer heftiger entbrannte der Kampf wider die herrschenden Gewalten. Die neue Partei sprach es offen aus, was sie wollte, nämlich Aufhören der localen und Geburtsvor-

Digitized by Google

rechte und eine Repräsentation des Volkes nach dem Principe der Demokratie.

Einzelne Regierungen, wie die in Appenzell, Luzern, Zürich hatten nachgeben zu müssen geglaubt. Auch die von Waadt, bei welcher bereits im Jahre 1829 Verfassungsveränderungen beantragt gewesen waren, hielt es für das Beste, diese selber in die Hand zu nehmen, um sie nach Wunsch leiten zu können, und brachte daher im April 1830 den Entwurf zu einer neuen Verfassung vor den großen Rath. Diese neue Verfassung befriedigte freilich die öffentliche Meinung keineswegs. Die Gewalt des kleinen Rathes wurde nämlich dadurch nur befestigt, während die Dauer der Mitglieder des großen Rathes auf 6 Jahre herabgesetzt ward. Die Verfassung wurde demohngeachtet angenommen. In einem ganz anderen Sinne ging die Verfassungsveränderung in Tessin vor sich. Die Zustände in Tessin waren äußerst traurig. Die Regierung, an deren Spitze der herrschsüchtige Quadri stand, trieb die Willkür bis aufs Aeußerste. Die Verwaltung befand sich nach allen Seiten hin in einem bedauerungswürdigen Zustande. Die Gerichte, welche alle sammt dem Appellationsgericht von der Regierung besetzt wurden, gehörten zu den schlechtesten in der ganzen Schweiz; das Schulwesen war ganz vernachlässigt, dagegen wurde die Geistlichkeit und die ultramontane Richtung derselben begünstigt, wie denn das Klosterwesen sich hier besonders breit machte; die Finanzen waren auf das Ungetreueste verwaltet: die Regierung scheute sich nicht, auf alle Weise, namentlich durch Verkaufung von Stellen, sich zu bereichern. Auf der andern Seite suchte sie auch durch schlechte Mittel aller Art, wie durch Bestechung, auf die Wahlen zum großen Rathe einzuwirken. Diese Zustände waren dem tessiner Volke nicht verborgen, und schon im Jahre 1829 wurde von der Opposition, welche doch auch in den großen Rath eingedrungen war, der Antrag auf eine Verfassungsrevision gestellt, aber verworfen. Die freisinnige Partei ließ aber in ihren Bestrebungen incht nach nnd suchte besonders durch die Presse zu wirken. Quadri glaubte nun durch Terrorismus die Bewegung niederschlagen zu können. Er brachte es dahin, daß

Digitized by Google

der von ihm beherrschte kleine Rath die härtesten Verfügungen gegen die Presse erließ. Der „Beobachter,“ das Organ der freisinnigen Partei in Tessin, wurde, unter welchem Titel er auch erscheinen möge, verboten, ebenso jedes andere Blatt, welches Aufsätze enthielte, die unmittelbar oder mittelbar dahin zielten, die bestehende Regierungsform zu ändern, oder gar die bestehende Regierung und Verwaltung zu verunglimpfen. Ja, es wurde sogar ein Prozeß gegen die drei verantwortlichen Herausgeber des „Beobachters“ eingeleitet. Dieß geschah im April 1830. Gegen diese Maßnahmen der Regierung erhob sich endlich das Volk in seinem ganzen Grimme. Im Monat Mai wurden durch den ganzen Canton Kreis- und Gemeindeversammlungen gehalten, und auf diesen wurde der gemeinsame Beschluß gefaßt, daß die ganze Verfassung und Verwaltung umgestaltet werden müßte. Die Stimme des Volkes hatte sich so entschieden ausgesprochen, die Haltung desselben erschien so drohend, daß der große Rath in seiner Mehrheit gegen die Regierung Opposition machte, und selbst von dieser hielt es die Mehrheit für gerathen, nachzugeben. Quadri wurde verlassen und dem Unwillen des Volkes geopfert. Im Juni 1830 kam eine neue Verfassung zu Stande, welche einen ganz neuen Geist athmete. Der große Rath bestand fortan aus 114 Mitgliedern, welche von den Bürgern in den 38 Kreisen des Cantons gewählt wurden. Er ernannte die Regierung oder den Staatsrath, der aus 9 Mitgliedern bestehen sollte. Die Gewalt desselben wurde bedeutend beschränkt. Er hatte nicht mehr die Friedensrichter zu ernennen, deren Wahl nunmehr den Kreisversammlungen zustand, auch nicht mehr das Appellationsgericht, welches von dem großen Rathe besetzt wurde. Er durfte den Sitzungen des großen Rathes beiwohnen, hatte aber kein Stimmrecht. Kein Beamter durfte länger als 4 Jahre im Amte bleiben. Er konnte zwar noch einmal gewählt werden, aber bei dem Ablauf der zweiten Amtsdauer war er erst nach einem Zwischenraume von zwei Jahren wieder wählbar. Die Mitglieder des großen Rathes durften keinerlei besoldete Stellen bekleiden, mit Ausnahme der Gemeindeämter. Die Verhandlungen sind öffentlich. Niemand durfte

Digitized by Google

verhaftet und verurtheilt werden, als gemäß dem Gesetze: die Preßfreiheit wurde gewährleistet, soferne sie nicht gegen die Sittlichkeit oder die katholische Religion verstieß, ebenso das Petitionsrecht, während zugleich die Hazardspiele und die Lotterie verboten wurden.

Diese Vorgänge ließen auf keine Weise verkennen, daß für die Eidgenossenschaft eine neue Zeit angebrochen sei. Die meisten Regierungen der Cantone aber, außer den angeführten, wo bereits Reformen begonnen hatten, dachten nicht daran, Zugeständnisse zu machen, sondern hielten mit Hartnäckigkeit und Verstocktheit an den alten Einrichtungen fest. Gerade dadurch aber unterhöhlten sie sich selber den Boden unter den Füßen.

Die Bewegungen in den Jahren 1830 und 1831.

So standen die Dinge, als die Nachricht von der Julirevolution auch nach der Schweiz hinüber erscholl. Sie verursachte hier keine geringere Aufregung, wie in Deutschland. Alsobald glaubte die bisher unterdrückte Partei, es sei die Zeit gekommen, großartige politische Veränderungen zu ihren Gunsten zu bewirken. Diese Stimmung trat entschieden genug überall hervor, und die freisinnige Presse gab sich besonders Mühe, die Ideen der neuen Zeit, den Grundsatz der politischen Gleichheit, Aufhebung der Vorrechte, gleiche Repräsentation, Trennung der verschiedenen Gewalten, Preßfreiheit, Petitionsrecht u. s. w. unter die Massen zu verbreiten. Den Regierungen konnte die Bewegung, welche die Geister ergriffen, nicht unbekannt bleiben. Aber weit entfernt, Zugeständnisse zu machen, mit den nothwendigen Reformen selber voranzugehen und dadurch die Leitung der Bewegung in die Hand zu nehmen, zögerten sie oder suchten wohl auch durch Gewaltmaßregeln die neuen Bestrebungen zu unterdrücken. Bern, unter allen Regierungen die aristokratischeste, damals gerade Vorort, verbot die „Neue Züricher Zeitung“ wegen ihrer freisinnigen Artikel und erließ unter dem 22. September an die andern schweizerischen Regie-

Digitized by Google

rungen ein Schreiben, in welchem sie dieselben aufforderte, mit aller Kraft gegen den revolutionairen Geist, der in der Eidgenossenschaft zu spuken beginne, aufzutreten und namentlich die Presse zu überwachen. Aber schon war die Bewegung zu bedeutend geworden, als daß es möglich gewesen wäre, sie wieder zu beseitigen. Im Gegentheile, sie schwoll von Tag zu Tag mächtiger an, und ging bald zu Thaten über. In die Monate Oktober und November fielen fast in allen Cantonen die ersten Anfänge zu Verfassungsveränderungen, welche meist mit Volksversammlungen begannen und mit Aufstellung neuer Verfassungen endigten.

In Zürich begann die Bewegung mit einer Versammlung von dreißig Cantonsräthen, welche am 13. Oktober 1830 zu Uster abgehalten wurde. Von dieser Versammlung wurde eine Denkschrift an den kleinen Rath übergeben, welche die Nothwendigkeit einer Verbesserung der Verfassung darlegte und zu diesem Behufe die schleunige Einberufung des großen Rathes verlangte. Die Regierung rief darauf wirklich den großen Rath bis zum 1. November ein. Derselbe ernannte sofort aus seiner Mitte einen Ausschuß für die Verfassungsänderung, an deren Spitze die Räthe Usteri und Muralt standen. Die Vorschläge, welche dieser Ausschuß machte, genügten jedoch der öffentlichen Meinung nicht, welche von Tag zu Tag aufgeregter ward und sich nun schon nicht mehr mit geringen Zugeständnissen zufrieden gab. Am 22. November 1830 wurde eine zweite Versammlung zu Uster gehalten, welche außerordentlich zahlreich besucht war: es sollen an 12,000 Menschen daselbst gegenwärtig gewesen sein. Hier wurde eine Denkschrift an den großen Rath unterzeichnet, in welcher eine verhältnißmäßige Repräsentation im großen Rath und ein besseres Wahlsystem verlangt ward. Der große Rath sollte zu zwei Dritteln aus Landbürgern, zu einem Drittel aus Stadtbürgern bestehen. Außerdem kein Census, überhaupt die Revision der Verfassung durchaus im demokratischen Sinne. Der große Rath wurde über diese Volksversammlung und die drohende Haltung der Fortschrittspartei so bestürzt, daß er auf Alles einging, was man von ihm verlangte. Er bewilligte

Digitized by Google

vorläufig sofort alle Forderungen der Versammlung zu Uster, verkündigte dieses bereits am 27. November, beschloß seine eigene Auflösung und die Zusammenberufung eines neuen großen Rathes nach den Wahlgrundsätzen, welche die Versammlung zu Uster aufgestellt. Derselbe sollte die neue Verfassung berathen und ins Leben rufen. Am 6. December begannen die Wahlen, am 14. wurde der große Rath eröffnet: am 18. ernannte er eine Verfassungscommission: und am 30. März 1831 trat die neue Verfassung ins Leben.

In Thurgau stand an der Spitze der Bewegung Thomas Bornhauser, Pfarrer in Mazingen. Dieser gab den Anstoß durch eine kleine Schrift über die Verbesserung der thurgauischen Staatsverfassung, welche am 1. Oktober 1830 herauskam. Die Regierung, obschon sie sich die Nothwendigkeit einer Verfassungsveränderung nicht abläugnete, schrieb doch für den 2. Oktober neue Wahlen für einen Theil des großen Rathes aus und zwar nach dem alten Wahlsysteme. Da das Volk aber von dem alten großen Rathe kein Heil erwartete, so weigerte es sich, zu wählen. Die Stimmung des Volkes wurde von Tag zu Tag gefährlicher. Der kleine Rath erließ schon am 13. Oktober eine Verkündigung, in welcher er zwar eine Verfassungsveränderung zugestand, jedoch sollte diese von dem alten großen Rathe ausgehen. Damit war aber die Fortschrittspartei nicht einverstanden. Am 18. Oktober traten in Weinfelden unter dem Vorsitze Bornhausers 30 Männer zusammen. Diese verlangten in einer Bittschrift an die Regierung, daß der große Rath ungesäumt das Werk der Reform vorbereite, den neuen Entwurf einem vom Volke erwählten Ausschusse zustelle und sodann das Volk selber in den Kreisversammlungen über Annahme oder Verwerfung desselben abstimmen lasse. Einige Tage darauf, am 22. Oktober, wurde eine neue viel zahlreichere Versammlung abgehalten, welche schon weiter ging, als jene Denkschrift. Sie verlangte, daß die neue Verfassung durch einen unmittelbar vom Volke gewählten Verfassungsrath zu Stande gebracht werden solle.

Die Regierung rief auf den 8. November den großen Rath zusammen. Die Volksstimmung hatte sich bereits so entschieden kund-

Digitized by Google

gegeben, daß er abzutreten beschloß. Zugleich verordnete er neue Wahlen zu dem großen Rathe, von dem ganzen Volke frei vorzunehmen. Dieß war am 9. November. Auf den 12. waren die Wahlen angeordnet. Die Fortschrittspartei war jedoch mit diesen Maßnahmen nicht ganz zufrieden: sie verlangte, daß jetzt gleich die Grundsätze der neuen Verfassung angegeben würden. Am 18. November kam daher eine neue Volksversammlung in Weinfelden zusammen. Die Regierung sah sich nun genöthigt, mit Bornhauser zu unterhandeln. Dieser begnügte sich zwar zuletzt mit dem Beschlusse vom 9. November, gab aber noch 7 gute Räthe für die Neuzuwählenden, welche unter Anderm den Grundsatz directer Wahlen für die zu berathende neue Verfassung aufstellten. Die Wahlen zum großen Rathe fielen, wie zu erwarten, liberal aus. Bornhauser, obschon nach dem Gesetze als Pfarrer nicht wählbar, wurde doch als Ehrenmitglied in den großen Rath und sogar als Vorstand des Verfassungsausschusses aufgenommen. Der Entwurf zur neuen Verfassung war bereits am 1. März 1831 fertig, wurde sodann vom großen Rathe besprochen, im April den Kreisversammlungen vorgelegt und von denselben angenommen.

In Aargau begann die Bewegung bereits am 12. September 1830. An diesem Tage wurde in Lenzburg eine Versammlung von 36 Männern abgehalten, welche eine Bittschrift an den großen Rath um Abänderung der Verfassung entwarfen. Die Regierung machte jedoch keine Anstalten, darauf einzugehen. Dadurch wurde das Volk, welches durch die Presse über jene Versammlung und die von ihr ausgegangenen Forderungen unterrichtet worden, mehr und mehr erbittert. Anfang Novembers erschien eine Schrift über die Verbesserung der aargauischen Verfassung, welche ungefähr dieselben Punkte, welche anderwärts auch gefordert worden, beantragte. Die Schrift wurde stark gelesen und regte noch mehr auf. Am 7. November wurde zu Wohlenschweiler eine Volksversammlung abgehalten. Diese machte die Bittschrift vom 12. September zu der ihrigen. Von Tag zu Tag steigerte sich die Bewegung. In jene Zeit fiel nun die theilweise Erneuerung des großen Rathes durch neue Wahlen. Aber das Volk

Digitized by Google

weigerte sich, wie in Thurgau, zu wählen. Unter solchen trüben Aussichten eröffnete sich am 26. November der große Rath. Die Regierung entwarf ein trauriges Bild von dem revolutionairen Zustande des Landes, ging indessen doch auf eine Verfassungsrevision ein und legte zu diesem Behufe dem großen Rathe einen Entwurf vor, welcher am 2. December von ihm angenommen wurde. Demnach sollte die Durchsicht der Verfassung durch einen Verfassungsrath, gewählt von allen stimmberechtigten Cantonsbürgern, vorgenommen werden: der Entwurf des Verfassungsrathes komme sodann zur Berathung an den großen Rath, und der von dem großen Rathe besprochene Verfassungsentwurf mit Abänderungen oder Zusätzen werde dann erst den Kreisversammlungen zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Dieser Beschluß des großen Rathes wurde dem Volke verkündet, zugleich aber mit mißbilligenden Aeußerungen über die Bewegung.

Diese Beschlüsse machten aber einen schlechten Eindruck. Man hielt sie für Lug: das Volk meinte, die alte Regierung wolle nur damit täuschen. Die Aufregung stieg: es wurden Freiheitsbäume errichtet, die Obrigkeiten nicht mehr geachtet, Berathungen betrieben. Am 4. December hielten die Häupter der Volkspartei eine Versammlung in Wohlen. Sie konnten sich zwar nicht vereinigen, indem die Gemäßigteren zuerst die Wahlen zum Verfassungsrathe abwarten wollten, während die Anderen zur Aufbietung des Landsturms riethen. Die Letzteren handelten nun auf eigene Faust. Schon am 5. December waren ihrem Aufrufe folgend gegen 600 Landstürmler nach Wohlen gekommen. Der Aufstand ergriff nun einen Kreis nach dem anderen. Ueber 3000 Mann stark zog der Landsturm gegen Aarau heran. Die Regierung bot nun ihrerseits auch den Landsturm auf, aber diesem Aufrufe wurde nur von Wenigen Folge geleistet. Sie schickte einige Truppen den Aufständischen nach Lenzburg entgegen: die Regierungstruppen wurden aber geschlagen, einige Kanonen erobert, 15 Officiere gefangen genommen. Noch am Abende dieses Tages (7. December) rückte der Landsturm in Aarau ein. Doch wurde die Regierung nicht gestürzt, die Führer der Bewegung begnügten sich, folgende

Digitized by Google

Veränderungen des Decrets vom 2. December zu beantragen: jeder nicht Ehrlose solle zum Verfassungsrathe wählen und wählbar sein; der Verfassungsrath allein hat die Durchsicht der Verfassung zu besorgen; sein Entwurf wird ohne Zusätze und Abänderungen den Kreisen zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Die Regierung berief jetzt den großen Rath auf den 10. December zusammen. Er ging augenblicklich in die Wünsche der Volksführer ein und verkündigte dieses noch an demselben Tage. Hierauf wurde das Heer der Aufständischen entlassen und kehrte in die Heimath zurück. In den Verfassungsrath wurden überwiegend freisinnige Männer gewählt: er versammelte sich am 3. Januar 1831. Einer der Führer der Bewegung, Fischer, wurde zum Vorsitzenden ernannt, Zschokke zum Stellvertreter. Am 15. April war die Verfassung fertig. Darauf wurden die Kreisversammlungen zusammenberufen, welche die neue Verfassung annahmen.

In St. Gallen wurde die Bewegung durch mehrere Schriften vorbereitet, welche Ende Octobers 1830 erschienen und eine Verfassungsänderung verlangten. Die Regierung ging darauf ein und versammelte zu diesem Behufe den großen Rath auf den 8. November. Derselbe ernannte einen Ausschuß aus 19 Mitgliedern, worunter drei aus dem kleinen Rathe, welcher einen Entwurf ausarbeiten sollte. Damit war aber das Volk nicht zufrieden, sondern es verlangte die Bildung eines Verfassungsrathes, vom ganzen Volke frei gewählt, von welchem die Verfassung ausgehen sollte. Diesen Wünschen wußte es durch Abhaltung von zahlreichen Versammlungen Nachdruck zu geben. Der große Rath gab nach: der Verfassungsrath wurde vom Volke gewählt und eröffnete am 7. Januar 1831 seine Sitzungen. Sie wurden mehrmals durch Volksaufläufe unterbrochen, welche dergestalt auf den Verfassungsrath einwirkten, daß die Verfassung einen besonders demokratischen Charakter erhielt. Am 2. März war sie fertig: am 7. April wurde sie vom Volke angenommen.

Die eigentlich patrizischen Regierungen stürzten mit Ausnahme Berns am schnellsten zusammen. In Solothurn war die Gährung

Digitized by Google

gleich nach der Julirevolution zu einem bedenklichen Grade angewachsen, aber die Regierung merkte nichts und täuschte sich vollkommen über die Stimmung des Volkes. Sie that daher auch gar nichts, um seinen Wünschen entgegen zu kommen. Endlich wurde, am 15. November 1830, zu Olten eine Volksversammlung abgehalten, welche Repräsentation nach Maßgabe der Bevölkerung, freie Volkswahl in den Bezirken, Beschränkung der Amtsdauer und Entwerfung einer neuen Verfassung durch Ausschüsse von Urversammlungen und Genehmigung jener durch diese verlangten. Jetzt gerieth die Regierung in Angst und rief den großen Rath zusammen. Dieser ging zwar auf eine Durchsicht der Verfassung ein, übergab diese jedoch einem aus seiner Mitte ernannten Ausschuß. Dieß war am 26. November. Der Verfassungsentwurf dieses Ausschusses genügte aber dem Volke keineswegs. Am 22. December fand eine neue große Versammlung in Barstell statt, welche unter Anderem Volkssouverainetät, vollkommene Trennung der richterlichen von der administrativen Gewalt, und Genehmigung oder Verwerfung der Verfassung durch das Volk verlangte. Zugleich lief die Nachricht von unruhigen Bewegungen und Volksaufläufen ein. Dadurch wurde der große Rath so eingeschüchtert, daß er sofort in die von der Volksversammlung zu Barstell geforderten Punkte einging. Die so geänderte Verfassung wurde im Januar 1831 dem Volke zur Bestätigung vorgelegt und von ihm angenommen. Mit dem 13. Januar trat sie ins Leben.

Auch in Freiburg, gegen dessen schroff aristokratische und fanatisch katholische Patrizierherrschaft der Unmuth des Volkes schon im August sich laut genug kundgegeben hatte, dachte die Regierung nicht daran, freiwillig die Wünsche des Volkes zu erfüllen. Die ernstliche Bewegung wurde hier von dem Stadtrathe in Murten begonnen, welcher unter dem 25. November 1830 eine Bittschrift an die Regierung um Verfassungsänderung richtete. Der kleine Rath — beschloß, die Bittschrift zu den Acten zu legen. Die Nachricht davon steigerte die Erbitterung der Einwohner. Endlich entschloß sich die Regierung, den großen Rath auf den 2. December einzuberufen. Dazwischen

Digitized by Google

aber rüstete sie, in der Absicht, mit Gewalt der Waffen die Bewegung niederzuschlagen. Am Tage der Eröffnung des großen Rathes strömte von allen Seiten Volk in die Stadt. Die Regierung traf Vorsichtsmaßregeln, verschanzte das Rathhaus, stellte Truppen und Kanonen vor demselben auf und gab sogar Befehl zum Feuern. Darauf gerieth das Volk in Wuth. Mit genauer Noth konnte es von den Führern abgehalten werden, in den Sitzungssaal des großen Rathes zu dringen und die Mitglieder zu mißhandeln. Diese wurden dadurch so eingeschüchtert, daß sie sogleich die Veränderung der Verfassung beschlossen. Sie vertagten sich nun auf einige Tage. Das Mißtrauen des Volkes in die bisherige Regierung war aber so groß, daß neue Unruhen ausbrachen; und die Regierung sah sich genöthigt, zu erklären, daß die neue Verfassung den Grundsatz der politischen Gleichheit und der Volkssouverainetät aufnehmen und daß der große Rath gewiß damit übereinstimmen werde. Derselbe kam am 7. December wieder zusammen. Hier wurde nun zwar auf den Antrag der streng aristokratischen Partei, welche dabei auf Anarchie hoffte, die augenblickliche Auflösung des großen Rathes und die Wahl einer constituirenden Versammlung beschlossen, welche frei von dem Volke ernannt und der alle Befugnisse des großen Rathes übertragen werden sollten. Der Verfassungsrath wurde gewählt und trat am 20. December zusammen. Am 27. Januar 1831 war er mit der Verfassung fertig, und schon im Februar wurden die Sitzungen des neuen großen Rathes eröffnet, der sofort die Regierung erwählte.

Luzern hatte zwar im Jahre 1829 eine theilweise Veränderung seiner Verfassung vorgenommen: diese genügte aber nach der Julirevolution nicht mehr. Schon am 25. September erließ die Appenzeller Zeitung einen Aufruf an Luzern zur Gründung einer neuen Verfassung. Im Volke von Luzern hatte dieß großen Anklang gefunden. Und während die Nothwendigkeit einer durchgreifenden politischen Veränderung sich mehr und mehr der Gemüther bemächtigte, verlor die Regierung an Ansehn und Macht. Endlich wurde am 21. November 1830 eine große Volksversammlung zu Sursee abgehalten. Auf dieser

Digitized by Google

wurde eine von Dr. Troxler verfaßte Bittschrift an den großen Rath angenommen. Sie verlangte eine neue Verfassung mit dem Grundsatze der Gleichheit, eine wahre repräsentative Demokratie. Der große Rath ernannte einen Ausschuß, um über den fraglichen Gegenstand vorzuberathen. Dieser, an dessen Spitze der schon früher als Führer der liberalen Partei bekannte Pfyffer stand, unterbreitete schon nach einigen Tagen seine Vorschläge dem großen Rathe, welcher sofort darauf einging. Demgemäß ward ein neuer Ausschuß, aus denselben Mitgliedern bestehend, ernannt: er sollte einen Verfassungsentwurf verfertigen, mit dem Grundsatze einer besseren Volksvertretung und der Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Stellen. Die neue Verfassung sollte dann dem Volke zur Bestätigung vorgelegt werden. Dieß wurde am 26. November beschlossen. Allein die Aufregung stieg von Tag zu Tag: das Volk verlangte, wie anderswo, einen Verfassungsrath, unmittelbar vom Volke gewählt. Dieser wurde denn auch am 9. December vom großen Rathe zugestanden. Er sollte aus 81 Mitgliedern bestehen, wovon 20 (nämlich jener Verfassungsausschuß und noch drei andere Mitglieder) von dem großen Rathe, die übrigen alle vom Volke gewählt werden sollten. Am 17. December eröffnete der Verfassungsrath seine Sitzungen. In ihm bestanden drei Parteien, die Aristokraten, die Liberalen, die Radicalen. Die Aristokraten versuchten hier ebenso wie in Freiburg, dadurch, daß sie sich auf die Seite der entgegengesetzten äußersten Partei stellten, die Reform der Verfassung zu untergraben. Es gelang ihnen aber nicht. Am 5. Januar war die Verfassung fertig. Sie wurde nun dem Volke vorgelegt. Die Aristokraten, unterstützt durch die Pfaffen, machten nun allerlei Umtriebe, um ihre Verwerfung durchzusetzen; umsonst! Das Volk nahm die Verfassung an: seit dem 15. Februar trat sie ins Leben.

Am langwierigsten und hartnäckigsten unter allen patrizischen Cantonen war der Verfassungskampf in Bern. Auch hier zeigte sich die Unzufriedenheit der Einwohner gleich nach den Juliereignissen. Die Regierung, welche sich allerdings darüber nicht täuschte, war doch keineswegs gesonnen nachzugeben. Vielmehr ging sie damit um, die

Digitized by Google

seit der Julirevolution aufgelösten französischen Schweizerregimenter in Sold zu nehmen, um vermittelst dieser den revolutionairen Geist zu Boden zu schlagen; aber gegen eine solche Maßregel erhob sich Widerspruch, selbst inmitten des kleinen Rathes, welcher fürchtete, daß es zuletzt auf Usurpation einiger weniger Familien abgesehen sei. Indessen fand man bereits im August nächtlicher Weise an den Straßen Berns Aufforderungen angeschlagen, das oligarchische Joch abzuschütteln. Die liberale Presse, namentlich die Neue Züricher Zeitung behauptete nun, dergleichen Kundgebungen von Unzufriedenheit gingen von der Regierung selber aus, um durch Bewirkung von Unruhen und Besorgnissen ihren gefährlichen Anträgen Eingang zu verschaffen. Die Neue Züricher Zeitung wurde hierauf, nachdem Bern vergebens bei Zürich wegen jenes Artikels geklagt, verboten, bald darauf auch die Appenzeller Zeitung. Das Verbot wurde in Bern selbst abgerissen und beschmutzt.

Seit dem 15. October 1830 begann die Bewegung eine bestimmte Gestalt anzunehmen. An diesem Tage stellte der Stadtrath von Burgdorf den Antrag, in einer Schrift an die Regierung Verfassungsveränderung zu verlangen, und setzte zu diesem Behufe einen Ausschuß nieder, welcher am 18. Bericht erstatten solle. Die Adresse sollte sodann von allen Gemeindeangehörigen genehmigt werden. Die Regierung, davon benachrichtigt, verbot alsobald dem Stadtrathe von Burgdorf, über jenen Gegenstand zu berathen. Derselbe stellte nun die Anfrage an die Regierung, auf welchem Wege die Stadt Burgdorf ihre Wünsche für Anwendung geeigneter Mittel zur Sicherung der Wohlfahrt des schweizerischen Vaterlandes gegen äußere und innere Stürme der hohen Regierung vorbringen könne. Die Regierung antwortete mit Hinweisung auf die bestehenden Gesetze. Diese Thatsache verbreitete sich bald durch den ganzen Canton und erregte die entschiedenste Mißstimmung. Es wurden nun kleinere und größere Versammlungen gehalten, der Widerstand gegen die Regierung mehrte sich von Tag zu Tag.

Diese benahm sich der anschwellenden Bewegung gegenüber un-

Digitized by Google

gewiß und schwankend. Es waren in ihr zwei Meinungen vertreten, welche einander freilich geradezu entgegenstanden. Die Einen riethen, Zugeständnisse zu machen und dadurch die Bewegung in die Hand zu nehmen, die Anderen wollten alle Mittel der Gewalt gegen dieselbe angewendet wissen. Keine dieser Ansichten konnte eine Mehrheit erlangen, und so geschah's, daß die Regierung gar nichts that: sie machte weder Zugeständnisse, noch entfaltete sie eine entschiedene Kraft gegen die Volksbewegung. Endlich glaubte der alte Schultheiß von Wattenwyl, einer der einsichtigsten Patrizier, nicht länger zögern zu dürfen: er stellte den Antrag zur Revision der Wahlordnung des großen Rathes, wurde jedoch zurückgewiesen. Die Kunde davon kam in das Volk und fachte den Brand nur noch heftiger an.

Am 3. December wurde eine große Volksversammlung in Burgdorf abgehalten. Schon wurde ein bewaffneter Zug gegen Bern vorbereitet. In Bern selber war die Stimmung sehr bedenklich. Der kleine Rath vermehrte zwar die Truppen daselbst, konnte sich aber nicht auf sie verlassen. Endlich, 5. December, entschließt er sich, da von allen Seiten immer dieselben Nachrichten eingingen, zur Verfassungsrevision. Am 6. December stattet er dem großen Rathe Bericht darüber ab, welcher sofort einen Ausschuß von 11 Mitgliedern ernennt, um sich der Arbeit zu unterziehen.

Dieß genügte aber nicht mehr. Die revolutionaire Stimmung war bereits so sehr angewachsen, daß man sich mit den vom großen Rathe in Aussicht gestellten Verfassungsänderungen nicht zufrieden geben mochte. Die Regierung verlor von Tag zu Tag an Ansehen, die Obrigkeiten wurden nicht mehr geachtet und den bisherigen Herrschern entschwand nach und nach jene trotzige Sicherheit, jenes übermüthige Selbstgefühl, von dem sie noch kurz vorher erfüllt gewesen. Um diese Zeit hatte in den meisten Cantonen das Volk bereits den Sieg davon getragen. Die Rückwirkung davon ließ sich alsobald auch auf der Tagsatzung verspüren, welche am 23. September 1830 in Bern eröffnet ward. Hier wurde sogleich beschlossen, den Grundsatz der Nichteinmischung der Tagsatzung auszusprechen, so daß es also

Digitized by Google

den einzelnen Cantonen ganz allein überlassen bleiben solle, wie sie ihre Verfassungsveränderungen ins Werk setzen wollten. Dieß war ein Sieg des liberalen Princips. Denn wenn die Regierungen sich nicht verbanden, das Volk war überall stark genug, um sich selber Recht zu verschaffen. Die Regierung von Bern fühlte das wohl und sollte bald von der Stärke des Volkswillens noch mehr überzeugt werden. Mit dem Anfange des Jahres 1831 wurde der schon länger vorbereitete Zug gegen Bern ins Werk gesetzt. Er ging vom Seelande aus. Die Regierung schickte den Aufständischen Truppen entgegen, sie wurden aber bei Nidau zurückgeworfen. Zugleich setzte sich vom Leberberg aus ein Zug in Bewegung. Die Regierung, in höchster Bedrängniß, glaubte sich nur dadurch retten zu können, daß sie die entlassenen Schweizersoldaten Karl's X. in Sold nehme. Die Kunde von diesem Verfahren erregte aber einen solchen Sturm selbst in Bern, daß der kleine Rath die Maßregel wieder fallen ließ: nichtsdestoweniger hatte er sich dadurch bereits den Todesstoß versetzt.

Am 10. Januar 1831 wurde nun unter dem Vorsitze Dr. Karl Schnell's eine große Volksversammlung in Münsingen gehalten. Diese führte zur Entscheidung. Sie beantragte die Niedersetzung eines Verfassungsrathes, unmittelbar vom Volke gewählt. Der große Rath, welcher jetzt einsah, daß Alles verloren sei, ging auf diesen Vorschlag ein, und ebenso erklärte die Regierung ihre Bereitwilligkeit abzudanken. Der Verfassungsrath wurde nun vom Volke gewählt und eröffnete am 28. Februar 1831 seine Sitzungen. Am 7. Juli war die Verfassung fertig und wurde vom Volke in den Gemeindeversammlungen angenommen. Darauf schritt man zur Wahl eines neuen großen Rathes und einer neuen Regierung. Die alte dankte im October ab.

In Waadt war zwar im Jahre 1829 eine Verfassungsveränderung erfolgt, sie genügte aber dem Volke so wenig mehr, wie in Luzern. Die Regierung ging jedoch nicht darauf ein, trotzdem, daß von allen Seiten Petitionen an sie ergingen. Am 14. December eröffnete sich der große Rath, auch dieser wies zuerst das Ansinnen nach einer Verbesserung der Verfassung zurück. Da zogen jedoch am 16. Decem-

Digitized by Google

der bewaffnete Volkshaufen nach Lausanne und schickten sich an, Gewalt zu gebrauchen. Schon drangen sie, am 18., in den Sitzungssaal des großen Rathes ein. Dieser wurde eingeschüchtert und beschloß die Verfassungsrevision durch einen vom Volke erwählten Verfassungsrath. Am 28. Mai 1831 war die Verfassung fertig und wurde im Juli vom Volke angenommen.

Schaffhausens Regierung gehörte ebenfalls zu denen, welche lange nichts von dem Sturme merkten, welcher sich gegen sie zusammenzog. Die Gährung war hier so stark, wie anderwärts; dazwischen wurden Bewaffnungen betrieben, endlich entschiedene Forderungen gestellt. Die Regierung berief nun den großen Rath auf den 20. Januar 1831 ein. Dieser weiß nicht, was er thun soll. Er ärgert sich über die neue Bewegung, beginnt zwar die Gefährlichkeit derselben einzusehen, kann es aber doch nicht über sich gewinnen, Zugeständnisse zu machen. Inzwischen wurde aber die Aufregung größer, die Stellung des Volkes drohender. Endlich entschließt sich der kleine Rath, abzudanken und einen Verfassungsrath aus dem ganzen Volke ernennen zu lassen. Der große Rath geht am 27. Januar darauf ein. Der Verfassungsrath wird gewählt, bestehend aus 31 Mitgliedern, und eröffnet am 2. März seine Sitzungen. Am 5. Mai war die Verfassung fertig und sollte dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden. Aber die Verfassung war der radicalen Partei nicht freisinnig genug, besonders bezüglich des Verhältnisses der Repräsentation von Stadt und Land. Sie wollte die Abstimmung darüber mit Gewalt verhindern und zog bewaffnet gegen die Stadt heran. Der Versuch, in die Stadt einzudringen, mißlang zwar; aber die Verfassung wurde bei der Abstimmung dennoch verworfen. Der Verfassungsrath machte sodann einige Aenderungen im Sinne der radicalen Partei, und diese also veränderte Verfassung wurde am 2. Juni vom Volke angenommen.

In allen diesen Cantonen siegte also die Bewegungspartei, geringe Aenderungen wurden in Wallis gemacht; dagegen blieben in Zug, Graubündten, Glarus, Appenzell, Uri, Unterwalden, Genf die

Digitized by Google

alten Verfassungen in Kraft. Wieder in anderen kam es zum Kampf zwischen dem Alten und dem Neuen, ohne daß eine Entscheidung erfolgte, wie in Basel und Schwyz: in einem Canton endlich, in Neuenburg, endigte sich der Streit mit dem Siege der bestehenden Regierung.

Was Letzteres anbetrifft, so bestand hier ein eigenthümliches Verhältniß. Neuenburg gehörte zur Eidgenossenschaft, aber der Souverain des Cantons war der König von Preußen, welcher 1707 dieses Land durch Erbschaft an sich gebracht hatte. Begreiflich war mit diesem Mißverhältniß ein Theil der Einwohner, insbesondere die freisinnige Partei, nicht einverstanden, und sie hoffte die Bewegung, welche seit dem Herbste 1830 die Schweiz ergriffen hatte, benutzen zu können, um den Verband Neuenburgs mit der Krone Preußen ganz zu lösen. Im Anfange des Jahres 1831 erhoben sich auch hier Stimmen nach einer Verfassungsveränderung. Friedrich Wilhelm III. glaubte diesen Forderungen wenigstens einigermaßen nachgeben zu müssen. Er änderte in etwas die Zusammensetzung des großen Rathes und bewilligte ein Preßgesetz. Damit jedoch war die liberale Partei nicht zufrieden. Die Bewegung wurde immer bedeutender und im September 1831 brach sie zu völliger Empörung aus. Die Aufständischen bemächtigten sich des Schlosses in Neuenburg und die Regierung mußte flüchten. Der Zweck des Aufstandes, Trennung von Preußen, wurde offen ausgesprochen. Jetzt schritt jedoch die Tagsatzung ein, welche aus Furcht, den König von Preußen zu beleidigen, sich alle Mühe gab, die Ruhe wieder herzustellen und die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen bewog. Der General von Pfuel, der als Gouverneur vom König von Preußen nach Neuenburg gesendet war, that dann das Seinige, um die Verletzung des monarchischen Princips zu rächen, und rief dadurch im December 1831 einen neuen Aufstand hervor, welcher jedoch ebenfalls mit blutiger Strenge unterdrückt wurde.

In Schwyz, wo die äußeren Bezirke mit dem inneren, der bisher bevorrechtet gewesen, eine Gleichstellung der Rechte verlangten, was

Digitized by Google

dieser aber nicht zugestehen wollte, kam es in Folge davon 1831 zu einer Trennung beider Landestheile, doch wurden die Zwistigkeiten später wieder beigelegt.

Am heftigsten und leidenschaftlichsten war offenbar der Kampf, welcher in Basel geführt wurde, zwischen Stadt und Land. Schon im September 1830 wurde in der Presse auf das Mißverhältniß zwischen Stadt und Land aufmerksam gemacht. Am 18. October hielten 40 Reformer eine Versammlung im Bade zu Bubendorf. Daselbst wurde eine Bittschrift an den großen Rath unterschrieben, welche eine neue Verfassung mit dem Grundsatze der Gleichheit aller Cantonsbürger verlangte. Unterschriften wurden durch den ganzen Canton gesammelt. Der große Rath, obschon er sich gegen die Nothwendigkeit einer Verfassungsänderung nicht geradezu erklärte, zögerte jedoch mit seinem Entscheid. Dieß vermehrte die Aufregung auf dem Lande. Es wurden Freiheitsbäume errichtet, Bewaffnungen betrieben, die Forderungen gesteigert. Am 2. December fand eine neue Versammlung beim Bubendorfer Bade statt. Von da ging ein Aufruf an den großen Rath, welcher Volkssouverainetät und politische Gleichheit verlangte, so wie auch, daß die neue Verfassung durch einen vom Volke gewählten Rath entworfen werden sollte. Der große Rath berieth nun allerdings die Verfassungsänderung und stellte dabei, auf die Vorschläge der Regierung eingehend, den Grundsatz auf, daß das Stimmenverhältniß von Stadt und Land im großen Rathe künftig gleich sein sollte, ja das Land erhielt noch einige Stimmen mehr. Dadurch beschwichtigte sich jedoch die Aufregung des Landvolkes nicht; die Meinung verbreitete sich mehr und mehr, daß von dem großen Rathe doch keine freisinnige Verfassung zu erwarten sei. Es wurde daher am 4. Januar 1831 eine große Versammlung in Liestal abgehalten. Diese verlangte Repräsentation nach der Kopfzahl, einen Verfassungsrath, Gleichheit der politischen und bürgerlichen Rechte zwischen Stadt und Land. Diese Forderungen wurden an den großen Rath gesendet und binnen 24 Stunden Antwort darauf verlangt. Die Regierung und der große Rath gingen jedoch auf diese Forderungen nicht

Digitized by Google

ein, da sie bereits mit ihrer Verfassung fertig geworden waren. Jetzt ernannte das Land eine provisorische Regierung, an deren Spitze das frühere Großrathsmitglied Gutzwiller und zwei Brüder Blaarer standen. Zugleich wurde gegen die Stadt gerüstet. Die Regierung von Basel verlangte zunächst Niederlegung der Waffen und Auflösung der provisorischen Regierung. Vergebens! Nun kam es zum Kampf. Die Stadt siegte, um die Mitte Januars, vollkommen; die provisorische Regierung entfloh. Die Stadt verhängte nun Strafen über die Rädelsführer und benutzte ihren Sieg keineswegs mit Mäßigung. Die vom großen Rath entworfene Verfassung wurde zwar angenommen, auch auf dem Lande, aber nur aus Furcht. Inzwischen steigerte sich der Uebermuth der Städter, die Erbitterung des Landvolkes. Im August 1831 erhob sich das Land von Neuem, und diesmal war es glücklicher. Die gegen sie ausgesendeten städtischen Truppen wurden mit blutigen Köpfen zurückgeworfen. Es bildete sich von Neuem eine provisorische Regierung. Jetzt schritt die Tagsatzung ein, welche im Canton die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen beabsichtigte. Die provisorische Regierung der Landschaft Basel löste sich auf, als die Tagsatzung Truppen einrücken ließ; aber die Stadt Basel dachte an keine Nachgiebigkeit zu Gunsten des Landes. Der große Rath faßte vielmehr (October 1831) den Beschluß, lieber in eine Trennung der Landgemeinden von der Stadt, als in eine Abänderung der Verfassung zu willigen. Diesen Gedanken ergriff das Land mit beiden Händen. Von dieser Zeit an war an eine Ausgleichung nicht mehr zu denken. Die Streitigkeiten und der Bürgerkrieg ging indessen noch einige Jahre fort. Basel-Land gab sich indessen im Mai 1832 eine neue Verfassung.

Wesentlicher Inhalt der neuen Verfassungen.

Die Bewegung von 1830 und 1831 hatte in der Schweiz mit wenigen Ausnahmen einen vollständigen Umsturz des bisherigen Sy-

Digitized by Google

stems bewirkt. Die neuen Verfassungen standen in geradem Gegensatze zu den gestürzten. Hatte in diesen das aristokratische Princip vorgeherrscht, so war der Charakter der neuen die Demokratie. Die Volkssouverainetät wurde überall als Grundsatz aufgestellt, und zwar entweder so, daß sie unmittelbar vom Volke geübt oder so, daß die Ausübung derselben seinen Vertretern, dem großen Rathe, aufgetragen würde. Ebenso wurde der Grundsatz der Gleichheit in Rechten und vor dem Gesetze entschieden ausgesprochen: es sanken demnach alle Vorrechte, welche bisher gewisse Familien oder die Reichen oder die Städte besaßen. Nur hie und da wurde ein mäßiger Census aufgestellt für Mitglieder des großen Rathes. Preßfreiheit, Petitionsrecht, Vereinsrecht, Freiheit des Handels und der Gewerbe, Freizügigkeit, Bürgschaften gegen die Willkür in der Rechtspflege, Schutz der persönlichen Freiheit, Oeffentlichkeit des Staatshaushalts und überhaupt der verschiedenen Zweige der Verwaltung, gleiche Besteuerung und Militairpflicht, Verantwortlichkeit der Beamten, Aufhebung der Militaircapitulationen mit fremden Mächten — all' diese wichtigen Punkte wurden in die neuen Verfassungen aufgenommen.

Die oberste Gewalt bildete der große Rath, welcher aus den freien Wahlen der Bürger hervorging, und dessen Mitgliederzahl in den verschiedenen Cantonen verschieden war. Er hatte die gesetzgebende Gewalt, Aufsicht über den Staatshaushalt, Steuerbewilligungsrecht, Begnadigungsrecht, Entscheidung über Krieg und Frieden. Er ernannte die höchstvollziehende Behörde, den kleinen Rath, und die höchste richterliche, das Appellationsgericht. Dem kleinen Rathe stand das Recht des Gesetzesvorschlages, wie dem großen Rathe zu. Nach dem Ablaufe einer gewissen Zeit wurden beide Räthe entweder theilweise oder gänzlich frisch gewählt. Die Verwaltungs- und richterlichen Beamten in den Bezirken wurden in der Regel von den Gemeinden selber gewählt. Das Princip der Trennung der Gewalten wurde in den meisten Cantonen festgehalten.

Am meisten unter den neuen Verfassungen hielten die Berner an aristokratischen Bestimmungen fest. In den großen Rath ist nur wähl-

Digitized by Google

bar, wer ein Vermögen von 5000 Schweizerfranken versteuert, oder angestellter Professor, oder für die erste Classe eines wissenschaftlichen Faches patentirt ist. Der große Rath besteht aus 240 Mitgliedern, von denen 200 durch die Bezirke, 40 durch den großen Rath gewählt werden. Der Regierungsrath wird von dem großen Rathe ernannt. Er besetzt die Statthalter der Amtsbezirke, und diese wiederum die Unterstatthalter. Die Gemeinden haben nur ihre Gemeindebeamten zu wählen. Selbst die Gemeindeverfassungen unterliegen der Bestätigung des Regierungsrathes.

Dagegen näherten sich am meisten der reinen Demokratie Basel-Land und St. Gallen. In Basel-Land ist die oberste Behörde der vom Volke gewählte Landrath, welcher die gesetzgebende Gewalt und die Oberaufsicht über alle Behörden übt. Aber ein Gesetz erlangt erst dann Gültigkeit, wenn nicht innerhalb vierzehn Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, wenigstens zwei Drittheile des souverainen Volks unter Angabe der Gründe in Zuschriften an den Landrath dasselbe verwerfen. Der Landrath wählt den Regierungsrath, die höchste vollziehende Behörde, aus der gesammten Bürgerschaft des Cantons. Er kann auf das Gutfinden des Landraths dessen Sitzungen, aber nur berathungsweise, beiwohnen. In St. Gallen erwählt der große Rath den kleinen nur auf 4 Jahre, ebenso den Vorsitzenden, den Landammann, der aber nur ein halbes Jahr diese Stelle versehen darf, worauf er wenigstens ein Jahr lang ruhen muß. Auch das Appellationsgericht wird vom großen Rathe ernannt. Alle anderen Beamten werden vom Volke erwählt. Alle Gesetze treten erst dann in Kraft, wenn binnen 45 Tagen ihre Anerkennung nicht verweigert wird. Sobald in dieser Zeit 50 Bürger einer politischen Gemeinde es verlangen, muß eine Gemeindeversammlung abgehalten werden, um zu berathen, ob gegen das Gesetz Einwendung erhoben werden solle oder nicht. Wird die Frage bejaht, so ist das Protokoll einzusenden. Beläuft sich die Zahl derjenigen, welche gegen das Gesetz gestimmt haben, auf eine Stimme über die Hälfte aller stimmfähigen Bürger des Cantons, so fällt das Gesetz. —

Digitized by Google

In der Schweiz hatte also nicht minder, wie in Belgien und in Deutschland die durch die Julirevolution angefachte Bewegung Erfolge gehabt. Ja die Veränderungen, welche hier eingetreten, waren vielleicht am durchgreifendsten. Wenden wir uns jetzt nach England.

Digitized by Google

Siebentes Capitel.

England und die pyrenäische Halbinsel.

Sturz des Ministeriums Wellington.
Kampf um die englische Reformbill bis zum Herbste 1831.

Seitdem in England die liberale Richtung durch die Emancipation der Katholiken einen so bedeutenden Sieg erfochten, stärkte sich der Geist der Opposition von Tag zu Tag: auf allen Seiten wurden die Mißbräuche in der Verwaltung und in der Gesetzgebung angegriffen, und da diese vor Allem in dem ungeheuren Uebergewichte der Aristokratie ihren Grund fanden, so drehte sich der Kampf vorzugsweise um die Beschränkung der Vorrechte und des Einflusses der Lords. Gerade in jenen Zeiten aber trat das Verwerfliche der politischen Einrichtungen um so schneidender hervor, als, besonders in Folge der schon seit einigen Jahren eingetretenen Handelskrise, die arbeitenden Classen sich in dem jammervollsten Zustande befanden: der ungeheure Unterschied der Vermögensverhältnisse, auf der einen Seite Tausende, welche mit dem Hungertode zu kämpfen hatten, auf der anderen einige Wenige, welche in Hülle und Fülle, in Saus und Braus lebten, mußte sich Jedem aufdrängen, welcher seine Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließen wollte, und ihn zu der Ansicht führen, daß die politischen Einrichtungen mangelhaft wären, bei welchen solche unglückselige Zustände statt haben könnten. Nirgends traten diese aber in einer schauderhafteren Gestalt auf, als in Irland, wo freilich alle Mißbräuche den höchsten Grad erreicht hatten. Die Irländer,

Digitized by Google

welche keine Erleichterung ihrer traurigen Lage zu hoffen wagten, faßten daher, von O'Connel geleitet, den Gedanken, sich von England zu trennen, wenigstens insofern, daß sie wieder ihre eigene Gesetzgebung, ihr eigenes Parlament erhielten, wie es bis zum Jahre 1801 gewesen war.

Die Opposition gegen die Mißbräuche in Verfassung und Verwaltung vereinigte sich indessen bald auf einen Punkt, von welchem aus man hoffte, auch in Bezug auf die übrigen Erfolge erringen zu können. Das war die Veränderung, welche mit der Zusammensetzung des englischen Unterhauses vorgenommen werden sollte. Denn da alle Gesetze vom Parlamente ausgingen, so war das Allernothwendigste, dahin zu wirken, daß dieses in der That den Ausdruck des Volkswillens werden konnte. Bisher war dieß nicht der Fall gewesen, vielmehr hatte im Unterhause die Aristokratie ebenso überwogen, wie im Hause der Lords.

Wir haben früher schon über diese Verhältnisse gesprochen *), hier ist nur noch Folgendes hinzuzufügen: Das englische Unterhaus bestand aus 658 Mitgliedern. Von diesen kamen auf Schottland 45, auf Irland 100; die übrigen auf England. In England hatten 31 Städte, von welchen keine unter 10,000, mehrere über 100,000 Einwohner zählten, kein Repräsentationsrecht. Dagegen besaßen dieses Recht 204 Burgflecken, welche, was Einwohnerzahl anbetrifft, mit jenen gar nicht verglichen werden konnten. Von diesen 204 Burgflecken gab es 75, welche nicht einmal 50 Wähler aufweisen konnten; über 125 hatten 89 Pairs das Patronatsrecht, über 70 Mitglieder des Unterhauses, über 6 die Regierung. Also 195 Mitglieder des Unterhauses wurden durch persönlichen Einfluß gewählt, bei den anderen Flecken konnte man die Wahl mit 50 bis 60 Pfund Sterling erkaufen. Aehnlich waren die Verhältnisse in Irland und Schottland. Die Wahlbestechung hatte nachgerade eine ganz erstaunliche Höhe erreicht, und sie war so offenbar getrieben worden, daß Jedermann davon sprach, Niemand ein Geheimniß mehr daraus machte.

*) Erster Band. S. 241 folg.

Digitized by Google

Schon seit den Zeiten der ersten französischen Revolution war die Nothwendigkeit einer Parlamentsreform gefühlt und selbst im Parlamente zu wiederholten Malen in Anregung gebracht worden. Sie wurde jedoch immer abgeworfen. Aber seit der Emancipation der Katholiken trat diese Forderung lebhafter wie je hervor: das englische Volk erkannte mit dem ihm eigenen praktischen Takte, daß vor Allem dieses Bollwerk der Aristokratie fallen müsse, um sodann zu weiteren Verbesserungen zu gelangen, und entfaltete von jetzt an alle ihm zu Gebote stehende Energie für diesen einen Zweck. Die Agitation für die Parlamentsreform begann sofort. Es wurden Vereine gestiftet, Versammlungen gehalten, in der Presse gewirkt. Doch war bei dem gegenwärtigen Parlamente auf ihren Sieg nicht zu hoffen. Denn alle die Verbesserungsvorschläge, welche von Seiten der Liberalen im Parlament gemacht wurden, wie z. B. hinsichtlich des Zustandes der arbeitenden Classen, in Bezug auf eine Kirchenreform, auf die Emancipation der Katholiken, und endlich auf die Parlamentsreform selber wurden von der Mehrheit verworfen.

Nun starb aber am 26. Juni 1830 der König Georg IV. Ihm folgte auf dem Throne Großbritanniens sein ältester Bruder, der bisherige Herzog von Clarence, als Wilhelm IV. Dieser Prinz war bekannt und beliebt wegen seiner liberalen Gesinnungen, und das englische Volk hegte daher von ihm große Hoffnungen. Auch wußte man, daß er mit dem ersten Minister, dem Herzoge von Wellington, auf einem gespannten Fuße stehe. Kurz vor seinem Tode hatte zwar Georg IV. eine Art Aussöhnung zwischen Wilhelm und dem Herzoge von Wellington zu Stande gebracht, und der neue König erklärte bei seinem Regierungsantritte, daß er das Ministerium Wellington beibehalten wolle; er versäumte aber nicht, hinzuzusetzen: „so lange es die Mehrheit des Parlaments auf seiner Seite haben werde." Das Parlament mußte jedoch nach englischem Brauche nach dem Tode des bisherigen Königs aufgelöst werden. Dieß geschah am 25. Juli. Bald darauf brach die Julirevolution aus. Sie wurde von dem englischen Volke mit der größten Begeisterung aufgenommen, und mit Einem Male schien

Digitized by Google

die Eifersucht verschwunden zu sein, welche beide Nationen seit Napoleons Zeiten gegen einander gehegt. Die politische Aufregung erhielt durch die großartige Erhebung des französischen Volkes nur neue Nahrung: die Engländer wollten in ihren politischen Zuständen ähnliche Veränderungen durchsetzen, wie sie die Franzosen soeben erreicht. Unter diesem außerordentlichen Einflusse der Julirevolution wurden die Wahlen zum neuen Parlamente vorgenommen. Begreiflich bot die Aristokratie allen Einfluß auf, um das Uebergewicht zu erlangen, und das schlechte Wahlsystem begünstigte allerdings ihre Bestrebungen. Nichts desto weniger kamen doch viel mehr liberale Elemente in das Unterhaus hinein, als seit lange der Fall gewesen.

Am 26. October 1830 trat das Parlament zusammen. Schon an diesem Tage erfuhr Wellington, wie sehr das Volk gegen ihn erbittert sei. Beim Nachhausefahren wurde er mit Schreien, Pfeifen und Steinwürfen empfangen und mit genauer Noth entging er seinen Verfolgern. Als aber am 2. November das Parlament vom Könige mit einer Thronrede eröffnet wurde, in welcher kein Wort von der Reform vorkam, welche im Gegentheile davon sprach, daß die Regierung die Aufregung mit aller Gewalt unterdrücken werde, so kannte die Wuth des Volkes keine Gränzen mehr. Selbst der König wurde nicht geschont: er wurde unter dem Wuthgeschrei: „Nieder mit den Ministern! Nieder mit der Polizei!“ von Volkshaufen nach Hause begleitet. Bald kam es zum Handgemenge zwischen dem Volke und der Polizei, wobei Viele verwundet und getödtet wurden. Die bewaffnete Macht blieb zwar Sieger. Aber der Tumult verbreitete sich jetzt auf das Land; in Kent und Sussex wurden von den niederen Classen die größten Excesse verübt. Diese, welche von der Parlamentsreform eine Besserung ihrer traurigen Lage erwarteten, wurden von dem größten Grimme gegen die Aristokratie erfüllt, sie ließen ihrer Wuth nun den Zügel schießen: eine Menge von Brandstiftungen kamen vor, große Banden vereinigten sich zur Zerstörung der Maschinen und zur Plünderung. Und während diese Dinge auf dem Lande vorfielen, nahm in London selbst die Aufregung von Tag zu Tag zu. Das Ministe-

Digitized by Google

rium, an sich schon unpopulair, vergrößerte die Mißstimmung noch dadurch, daß es den König abhielt, einem Festessen, welches die Behörden der City gaben, beizuwohnen, obschon er es versprochen, und zwar, wie die Minister sagten, weil sie einen Aufruhr gefürchtet, wobei das Leben des Königs bedroht gewesen wäre. Zugleich trafen sie außerordentliche militairische Vorkehrungen. Dagegen wurden große Versammlungen gehalten, auf welchen die wüthendsten Reden gegen die Minister gehalten wurden: von allen Seiten wurde ihre Entlassung gefordert.

So die Stimmung des Volkes. Das Parlament war dem Ministerium nicht weniger feindlich gesinnt. Wellington erklärte in den ersten Sitzungen entschieden seine Abneigung gegen die Parlamentsreform. Dieß war genug. Das Unterhaus gab bald seine Antwort darauf. Als die Civilliste zur Sprache kam, erlitt das Ministerium eine entschiedene Niederlage. Zugleich wurde es gefragt, ob es nun, bei dieser Stimmung des Parlaments, nicht endlich abtreten wolle? Am 16. November gab es nun wirklich seine Entlassung ein: sie wurde ihm gewährt.

Der König ernannte nun ein neues Ministerium, welches aus Wighs, aus Anhängern der Parlamentsreform bestand. An der Spitze desselben stand Graf Grey als erster Lord der Schatzkammer; Lord Brougham wurde Lordkanzler; Marquis von Landsdown Lordpräsident des geheimen Raths; Lord Durham Siegelbewahrer; Viscount Melbourne Minister des Innern; Lord Palmerston Minister des Auswärtigen; Viscount Goderich Minister der Colonien; Lord Althorp Kanzler der Staatskammer; James Graham erster Lord der Admiralität.

Lord Grey erklärte bereits am 22. November im Parlamente, daß er die Leitung der Geschäfte nur unter der Bedingung übernommen habe, daß ihn der König in seinen Ansichten über die zu bewirkende Parlamentsreform unterstütze. Zugleich stellte er große Ersparungen im Staatshaushalte in Aussicht, und in Bezug auf die äußere Politik nahm er den Grundsatz der Nichteinmischung in Anspruch. Auch ist nicht zu leugnen, daß das Ministerium diesem sei-

Digitized by Google

nen Programme treu blieb: das Budget wurde um mehrere Millionen vermindert, 210 Stellen wurden eingezogen, die Pensionen bedeutend vermindert, der Zeitungsstempel von 4 auf 2 Pence herabgesetzt, einige drückende Steuern abgeschafft.

Die Hauptsache aber war die Parlamentsreform. Man kann sich denken, mit welchem Jubel die entschiedene Erklärung des Ministeriums vom englischen Volke aufgenommen wurde. Die Presse bot alle ihre Kraft zu Gunsten der Reform auf; die Vereine entwickelten eine außerordentliche Thätigkeit, alle Schichten der Bevölkerung wurden in Bewegung gesetzt zur Erreichung dieses einen großen Ziels. Selbst O'Connel, der seit der Emancipation ins Parlament gewählt worden, glaubte die Minister mit aller seiner Kraft unterstützen zu müssen, obschon sie in Bezug auf Irland eine seinen Bestrebungen entgegengesetzte Politik befolgten. Er hatte noch unter dem Ministerium Wellington im Parlamente den Antrag gestellt: die Union Irlands mit England aufzuheben. Dieser Antrag konnte aber keine einzige Stimme für sich gewinnen. Darauf gründete er in Irland eine große Verbindung, welche den Zweck hatte, die Auflösung der Union durchzusetzen. Dieser Verein wurde vom Lordlieutenant von Irland verboten. Nun aber erfolgte in Irland ein Aufruhr, welcher von den Engländern mit gewohnter Hartherzigkeit niedergekämpft wurde. Inzwischen fiel zwar das Ministerium Wellington, aber Lord Grey glaubte im Ganzen nicht anders verfahren zu dürfen. Trotz dem aber stellte sich O'Connel, wenigstens in der Frage über die Parlamentsreform, auf seine Seite und ist ohne Zweifel einer der rüstigsten Kämpen für dieselbe gewesen.

Am 1. März 1831 brachte Lord Russell die Reformbill, wie sie das Ministerium ausgearbeitet, vor das Unterhaus. Die wichtigsten Punkte dieser Bill waren folgende: 1) die Anzahl der Parlamentsglieder soll von 658 auf 596 herabgesetzt werden; 2) jeder Flecken, dessen Bevölkerung im Jahre 1821 unter 2000 Seelen betrug, soll das Wahlrecht verlieren; 47 Flecken, deren Bevölkerung nicht 4000 Seelen erreicht, sollen statt zwei, künftig nur einen Abgeordneten wäh-

Digitized by Google

len; 3) sieben Städte von 20 bis 75,000 Einwohnern, nämlich Manchester mit Salford, Birmingham mit Ashton, Leeds, Greenwich mit Deptford und Woolwich, Wolverhampton mit Bilston und Sedgeley, Sheffield, Sunderland mit Wearmouth erhalten je zwei Abgeordnete; 20 andere Städte wählen je einen Abgeordneten; vier Haupttheile Londons mit 900,000 Einwohnern, die bisher noch nicht vertreten gewesen, erhalten jeder zwei Abgeordnete; 27 Grafschaften, die mehr als 150,000 Einwohner zählen, bekommen jede zwei neue Abgeordnete und 11 andere einen; 4) das Wahlrecht wird in den Städten und Flecken auf Alle ausgedehnt, welche 10 Pfund Steuern entrichten, in den Grafschaften auf Alle, welche ein freies Eigenthum von 50 Pfund Sterling besitzen oder einen jährlichen Pacht von demselben Betrage entrichten.

Man sieht: der ministerielle Vorschlag einer Parlamentsreform war nichts weniger als radikal: er lehnte sich an die bestehenden Wahlgesetze an und suchte nur die schreiendsten Mißbräuche und Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Sein Ziel war keineswegs ein allgemeines Wahlrecht, wobei die niedrigsten Classen desselben ebenfalls theilhaftig geworden wären; sondern vielmehr, dem besitzenden Mittelstande jenen Einfluß auf die Wahlen zum Unterhause zu sichern, den er der Natur der Sache nach haben sollte. Nichts desto weniger vereinigten sich die Radicalen, obschon der Entwurf nach ihren Grundsätzen nicht weit genug ging, gleichwohl mit den Ministern, um ihre Vorschläge durchzubringen, während die Aristokratie alle Kräfte aufbot, um sie zu bekämpfen. Von beiden Seiten wurde mehrere Tage lang auf das Heftigste gestritten: auf Seite der Tories standen Inglis, Stormont, Wetherell, Robert Peel: auf Seite der Reformer Althorp, Hume, Macauley, Hunt, Hobhouse, Palmerston, Jeffrey, O'Connel. Letztere errangen den Sieg, am 9. März wurde die Bill zum ersten Male verlesen. Nun aber wandten die Tories alle schlechten Mittel an, um die Mehrheit des Parlaments gegen die Bill zu stimmen: als sie zum zweiten Male zur Verlesung kam, am 22. März, erhielt sie zwar wieder die Mehrheit, aber nur mit einer Stimme. Und bei der dritten

Digitized by Google

Verlesung erlitten die Minister, wenn auch nur durch bedeutende Amendements, eine Niederlage. Sie boten jetzt dem Könige ihre Entlassung an; derselbe bewilligte sie jedoch nicht, vielmehr bevollmächtigte er Lord Grey, vollkommen nach den Umständen zu handeln. Das Ministerium schlug nun die Auflösung des Parlaments vor, und am 22. April begab sich der König in eigener Person nach dem Parlamente, um dieß zu verkünden.

Diese Handlung der Regierung wurde von dem Volke mit außerordentlichem Jubel begrüßt. Jetzt erfolgten neue Anstrengungen, um bei den Wahlen der Reformpartei den Sieg zu sichern. Und so sehr hatte die öffentliche Meinung bereits überwogen, daß es selbst bei dem schlechten Wahlsysteme den Tories nicht gelang, Erfolge zu erringen. Die Wahlen fielen in überwiegender Mehrzahl in reformistischem Sinne aus.

Am 21. Juni wurde das Parlament vom Könige eröffnet; am 24. legte Lord Russell die Reformbill dem Unterhause vor, mit einigen Veränderungen; am 30. wurde sie zum ersten Male verlesen. Bei den Debatten, welche der zweiten Verlesung vorangingen, strengten die Tories alle Kräfte an, um sie zu verhindern: umsonst! Sie wurde mit 367 Stimmen gegen 231 gutgeheißen. Aber noch gaben die Gegner ihre Hoffnungen nicht auf. Vor der dritten Verlesung, wo in die einzelnen Theile der Bill eingegangen ward, versuchten sie, durch Amendements die Bill umzustoßen oder wenigstens beträchtlich zu verändern. Vergebens! Am 21. September 1831 ging die Reformbill zum dritten Male im Unterhause durch und zwar mit einer Mehrheit von 109 Stimmen.

So standen die Dinge in England bis in den Herbst 1831. Die Partei des Fortschritts hatte bis dahin hier ebenso große Erfolge erzielt, wie in den bisher dargestellten Ländern. Die Regierung selber stand an der Spitze der Reformen, das Unterhaus hatte bereits gesprochen; es kam nur noch darauf an, wie das Haus der Lords sich verhalten würde.

Die große politische Veränderung, welche in England vor sich

Digitized by Google

gegangen, war natürlich von einer außerordentlichen Bedeutung für den Gang der Dinge auf dem Festlande: insbesondere äußerte sie, wie immer, ihre großen Wirkungen auf die pyrenäische Halbinsel, auf Spanien und Portugal.

Portugal.

Was zunächst Portugal anbetrifft, so verfuhr Dom Miguel mit gewohnter Grausamkeit. Die Julirevolution äußerte auf ihn keine Wirkung. Frankreich war zu entfernt, als daß die dortigen Veränderungen einen unmittelbaren Einfluß auf das von ihm beherrschte Land hätten äußern können. Desto unangenehmer war er von dem Sturze des Ministeriums Wellington berührt. Zwar hatte auch dieses in der letzten Zeit, gedrängt von der öffentlichen Meinung, Forderungen an ihn gestellt, die ihn ärgerten, so namentlich, daß er eine Amnestie für die politischen Verbrecher ertheilen solle: allein er hatte sich nicht viel darum zu kümmern gebraucht, hatte er doch unter den englischen Tories seine guten Freunde, welche mit Eifer seine Vertheidigung übernahmen. Das neue Ministerium jedoch, welches entschieden liberal war, flößte ihm Furcht ein; er besorgte ein ähnliches Auftreten von demselben, wie das Canning's. Er ließ daher gegen das Ende des Jahres 1830 etwas in seinen Grausamkeiten nach, ertheilte hie und da Begnadigungen, schien überhaupt milder auftreten zu wollen. Diese Veränderung dauerte jedoch nicht lange. Schon im Anfange des Jahres 1831 verübte er, gereizt durch einige neu entdeckte Verschwörungen, die fürchterlichsten Grausamkeiten. Nun aber zogen sich von allen Seiten Gewitter gegen den Tyrannen zusammen.

Dom Miguel hatte sich in seiner blinden Wuth so weit vergessen, daß er einige englische Unterthanen, die ihm verdächtig vorkamen, in den Kerker werfen und sie aufs Schmählichste mißhandeln ließ. Zugleich hatte er mehrere englische Kauffahrteischiffe in der Nähe von Terceira wegnehmen lassen. Das englische Ministerium verlangte von ihm

Digitized by Google

Genugthuung: Dom Miguel verweigerte sie. Da sandte Lord Grey eine kleine Flotte nach Lissabon und ließ dem „factischen Herrn" Portugals unumwunden erklären: falls er nicht vier Millionen für die gekaperten Schiffe zahle, die gefangenen Engländer nicht nur freilasse, sondern vollkommen entschädige, alle bei der Verhaftung derselben thätig gewesenen Beamten absetze und die Erfüllung dieser Bedingungen nicht genau im amtlichen Theile der Lissaboner Hofzeitung veröffentliche, so werde nach Verlauf von zehn Tagen das britische Geschwader feindselig verfahren. Auch darauf gab Dom Miguel keine Antwort. Als aber am 4. Mai die Engländer die Feindseligkeiten begannen, wurde der Usurpator demüthig und verstand sich zur Erfüllung aller Forderungen der britischen Regierung.

Aehnliche Zerwürfnisse hatte er mit der französischen Regierung. Denn auch französische Unterthanen ließ Dom Miguel in Ketten werfen und Grausamkeiten an ihnen verüben. Die französische Regierung verlangte im März 1831 Genugthuung und drohte mit Krieg, falls sie nicht geleistet würde. Dom Miguel, wüthend, weil er in der französischen Note nur Prinzregent genannt worden war, antwortete trotzig, daß er dieselbe als Donquixoterie verachte und nichts bewilligen werde. Darauf begann die französische Flotte die Feindseligkeiten, nahm zehn portugiesische Schiffe weg, beschoß Lissabon, brachte das Feuer der beiden Forts, welche der Flotte den Eingang verwehren sollten, zum Schweigen, zwang die portugiesischen Schiffe, die Flagge zu streichen, und drohte, die Stadt in den Grund zu schießen, wenn Dom Miguel nicht augenblicklich die von der französischen Regierung gestellten Forderungen bewillige. Jetzt gab Dom Miguel nach. Er that Alles, was man verlangte. Er setzte die gefangenen französischen Unterthanen sofort in Freiheit, entschädigte Jeden mit 20,000 Fr., bewilligte den Wittwen aller bei der französischen Unternehmung Getödteten Pensionen, versprach Sicherstellung der Franzosen vor künftigen willkürlichen Verhaftungen und verstand sich endlich, 80,000 Fr. an die Franzosen für die Expeditionskosten und noch andere Summen zur Entschädigung für den französischen Handel zu zahlen.

Digitized by Google

Es ist natürlich, daß diese Vorgänge der liberalen Partei in Portugal wieder neuen Muth einflößten; sie ersah daraus, daß Dom Miguel auf die beiden Großmächte England und Frankreich nicht nur nicht rechnen könne, sondern, daß beide als seine entschiedenen Gegner zu betrachten seien. Die absoluten Mächte aber waren zu entfernt und durch andere Bewegungen zu sehr in Anspruch genommen, um ihr Schooßkind ferner zu vertheidigen. Die liberale Partei in Portugal glaubte daher, jetzt sei der Zeitpunkt zu einer neuen Revolution gekommen. Im August 1831 erhob ein Regiment in Lissabon die Fahne des Aufruhrs. Der Plan mißglückte jedoch, und Dom Miguel übte an den Aufrührern eine schauderhafte Rache; er ließ nach kurzem Prozesse 60 an der Empörung betheiligte Offiziere und Bürger erschießen. Aber vier Wochen darauf brach in Oporto bei der dortigen Garnison der Aufruhr aus, obschon ebenfalls mit unglücklichem Erfolge. Der Tyrann ließ 39 Unglückliche erschießen und würde dieses Schicksal über noch mehr Personen verhängt haben, wenn nicht der Befehlshaber eines Regiments erklärt hätte, diese Grausamkeit würde die Empörung bei anderen Truppen zum Ausbruche bringen.

Die Versuche, in Portugal selber einen Umschwung herbeizuführen, mißlangen also. Aber desto größere Fortschritte machte die constitutionelle Partei von Terceira aus. Es gelang dem Grafen Villaflor, im Laufe des Sommers 1831 die übrigen Inseln der Azoren in Besitz zu nehmen. Zugleich kam Dom Pedro von Brasilien nach Europa herüber, um den Kampf gegen seinen Bruder zu Gunsten der Donna Maria da Gloria ernstlich zu betreiben. Er begab sich zuerst nach Paris, wo er von der dortigen Regierung sehr freundlich aufgenommen ward, und ging sodann im August nach London, wo er gleiche Erfolge hatte. Hier sammelte er ein Heer, unterhandelte mit dortigen Kaufmannshäusern über eine Anleihe und traf überhaupt die nöthigen Vorbereitungen, um gegen Dom Miguel den Krieg beginnen zu können.

Digitized by Google

Spanien.

Auch in Spanien war eine Rückwirkung der Julirevolution und des Sturzes des Wellington'schen Ministeriums nicht zu verkennen, obschon die freisinnige Partei für den ersten Augenblick keine Erfolge gewann.

Ferdinand VII. und die Camarilla geriethen über die Nachricht von der Julirevolution in großen Schrecken. Eine Zeitlang dachte man am Hofe sogar daran, eine mildere politische Richtung einzuschlagen, Amnestie zu bewilligen und dem spanischen Volke eine Verfassung zu verleihen, ähnlich der französischen Charte von 1814. Aber die Absolutisten und Pfaffen gewannen bald wieder das Uebergewicht und bestimmten den König zu neuen Gewaltthätigkeiten; es wurden eine Menge wegen constitutioneller Gesinnungen Verdächtiger eingekerkert und die polizeilichen Maßregeln verschärft. Indessen bald erhob sich gegen das absolute Regiment ein Feind von Außen, der leicht sehr gefährlich hätte werden können.

Die spanische Regierung verhehlte nämlich gar nicht ihren Aerger gegen die Julirevolution und die durch sie emporgekommene Dynastie. Sie zögerte mit der Anerkennung Ludwig Philipp's, betrieb vielmehr große Rüstungen und trat in geheimes Einverständniß mit den Anhängern Karl's X., welche im Süden Frankreichs eine Erhebung zu Gunsten desselben beabsichtigten. Auch scheuten sich spanische Blätter nicht, die Hoffnung auszusprechen, daß der Julirevolution bald der Garaus gemacht werde, indem von allen Seiten Europa's ein Kreuzzug der legitimen Mächte gegen sie im Werke sei. Ludwig Philipp war von dieser feindseligen Stimmung des spanischen Cabinets und von seinen geheimen Verbindungen mit der karlistischen Partei wohl unterrichtet und versäumte nicht, ein Mittel, das sich ihm gerade anbot, zu benutzen, um Ferdinand VII. zu schrecken.

Bald nach der Julirevolution sammelten sich nämlich in Paris die Häupter der nach der Reaction von 1823 entflohenen spanischen

Digitized by Google

Constitutionellen aus Frankreich, England und Nordamerika, und errichteten hier eine Art Junta, bestehend aus Mendizabel, Isturiz, Calatrava, San Miguel, Tivas, Martinez de la Rosa, Graf Toreno und Anderen. Sie hatten den Zweck, Spanien zu revolutioniren. In diesem ihren Bestreben wurden sie von der republikanischen Partei nicht nur, sondern selbst von dem Ministerium unterstützt; dieses letztere bestärkte sie in ihren Planen, gab ihnen Geld, und Ludwig Philipp selber empfing die Führer der spanischen Verbannten, um mit ihnen über die vorzunehmende Unternehmung zu sprechen. Diese boten ihm sogar den spanischen Thron für einen seiner Söhne an, den er jedoch ebenso wie den belgischen, ablehnte. Aber Ludwig Philipp war so sehr für den Plan der spanischen Flüchtlinge, daß er ihnen aus seiner Privatcasse 100,000 Fr. auszahlen ließ. Sie hegten nun die besten Hoffnungen und zogen zu Tausenden an die Pyrenäen, um von da einen bewaffneten Einfall in Spanien zu machen; sie hofften, daß sodann das ganze Volk sich erheben werde. An der Spitze dieser Schaaren standen Mina, Valdes, Romero Alpuente, Lopez Banos, Calatrava, Milans, Gurrea und Andere.

Ferdinand VII. und die Camarilla geriethen in Angst und Schrecken. Augenblicklich wurden starke Truppenabtheilungen gegen die französische Gränze gesendet, und der Oberbefehl Männern übertragen, die wegen ihrer strengen absolutistischen Grundsätze und ihrer Grausamkeit bekannt waren: es waren Juanito, Santos-Ladron, d'Espanna. Indessen verließ sich die spanische Regierung nicht blos darauf; sie trat jetzt mit dem Cabinette der Tuilerien in Unterhandlungen, erkannte Ludwig Philipp als König an und versprach, den französischen Legitimisten ihre Unterstützung zu entziehen. Dieß hatte Ludwig Philipp blos gewollt; nachdem er seinen Zweck erreicht hatte, war ihm die Unternehmung der spanischen Flüchtlinge nicht mehr vonnöthen. Er ließ sie also fallen und that wohl auch noch das Seinige dazu, um sie erfolglos zu machen.

Dieß war nicht so schwer. Denn im Lager der spanischen Flüchtlinge sah es nicht sehr erfreulich aus. Abgesehen davon, daß ihre

Digitized by Google

Anzahl nicht hinreichend groß war, um entschiedene Erfolge erwarten zu können, fehlte es unter den Führern an Einigkeit. Nun gelangten kurz vor der zum Einfalle anberaumten Zeit von Paris aus Weisungen an die dortigen Behörden, die Zusammenrottungen an der Gränze nicht zu gestatten. Ein Theil der Flüchtlinge begann nun, um die Mitte Octobers 1830, dennoch den Einfall in das spanische Gebiet, erlitt aber empfindliche Niederlagen von den spanischen Truppen, und als die übrigen auf französischem Gebiete noch verweilenden Schaaren nachrücken wollten, wurden sie auf Befehl der französischen Behörden entwaffnet. Die Unternehmung mißglückte vollkommen; mit genauer Noth retteten sich die Reste des geschlagenen aufständischen Heeres auf französisches Gebiet. Hier wurden sie entwaffnet und in das Innere Frankreichs abgeführt.

Die spanischen Absolutisten triumphirten. Aber bald darauf geriethen sie in neuen Schrecken durch die Kunde von dem Sturze Wellington's. Die gemäßigte Partei, welche freiere Institutionen eingeführt wissen wollte, benutzte dieses Ereigniß, um von Neuem mit ihren Planen hervorzurücken. Und Ferdinand VII. selbst war so eingeschüchtert, daß er eine Amnestie beschlossen und das Decret bereits in die Druckerei gesendet hatte: es wurde indessen wieder zurückgezogen. Denn auch diesmal siegte die Pfaffenpartei über den König, welcher überdieß durch die Unruhen, die im Jahre 1831 in verschiedenen Theilen Spaniens ausbrachen, in seiner Abneigung wider die liberalen Ideen bestärkt worden war.

Im März 1831 versuchte nämlich Torrijos einen Einfall in Andalusien, um dort die constitutionelle Fahne zu erheben; in Cadix brach in einem Bataillon Seesoldaten der Aufruhr aus: in Valencia, Murcia, selbst in Madrid regten sich die Liberalen; auch die nördlichen Provinzen Asturien und Gallizien wurden von der Gährung ergriffen, und nur mit genauer Noth wurden Arragonien und Catalonien durch Waffengewalt im Zaume gehalten. Diese Unruhen wurden zwar wieder unterdrückt, die Anführer selber, wie Torrijos, gefangen und erschossen; des Liberalismus Verdächtige, selbst wenn sie den höchsten

Digitized by Google

Ständen angehörten, eingekerkert: überhaupt die Schrecken des Despotismus allenthalben neuerdings angewendet. Aber Niemandem konnte entgehen, daß der Geist des Widerstandes gegen die bestehende Ordnung der Dinge von Tag zu Tag sich vergrößerte und daß auf die Länge der fürstliche und pfäffische Despotismus vor ihm erliegen mußte.

Digitized by Google

Achtes Capitel.

Die revolutionairen Bewegungen in Italien.

Revolution im Kirchenstaate, Modena, Parma.

In Portugal und Spanien hatte also die Julirevolution ebenfalls ihre Wirkungen geäußert, nur zeigten sie sich blos in Zeitungen, in vereinzelten Versuchen, die im Augenblicke zwar keinen Erfolg hatten, aber eine künftige Erhebung vorbereiteten. In Italien kommt die Revolution wirklich zum Ausbruche, obschon sie sich auch hier nicht zu behaupten vermochte.

Nach der Unterdrückung der Aufstände im Jahre 1821 führten die italienischen Regierungen sämmtliche Zustände zurück, welche die Veranlassung zur Revolution gegeben hatten: den Absolutismus mit allen seinen Schrecken, eine nichtswürdige Verwaltung, ein abscheuliches Gerichtswesen, wobei die Bestechlichkeit der Richter die Regel war, ungeheure Steuern, eine Polizei, welche zwar dem Lazzaroni durch die Finger schaute, aber desto eifriger in der Verfolgung freisinniger Männer sich bewies, Unterdrückung jeder freieren Geistesbildung durch die Pfaffen, welche allenthalben sich mit den Regierungen zur Knechtung der Völker verbunden hatten. Aber trotz der grausamen Strenge der Regierungen war die Oppositionspartei nicht erstickt worden: die Carbonaria, wie vielfachen Verfolgungen sie auch ausgesetzt gewesen, lebte doch fort und stärkte sich im Laufe der zwanziger Jahre von Jahr zu Jahr. Die Mitglieder dieser Gesellschaft aller Staaten stan-

Digitized by Google

den mit einander in Verbindung und unterhielten auch ihre Beziehungen zu den Häuptern der revolutionairen Bewegungen im Jahre 1821, welche in das Vaterland geflüchtet waren. Hie und da wurden wohl auch vereinzelte Versuche zur Empörung gemacht: in Neapel, im Kirchenstaate, in Piemont; diese Versuche mißlangen, und die Urheber derselben mußten sie mit dem Leben oder mit Kerkerstrafe büßen. Es gelang auch den Regierungen nicht selten, carbonaristische Verbindungen zu entdecken und der Häupter derselben sich zu bemächtigen. Gegen sie wurde natürlich auf das Grausamste verfahren. All' dieß aber verhinderte doch nicht dergleichen Gesellschaften, sie wurden nur vorsichtiger und steigerten in sich den Groll gegen die herrschenden Gewalten. Meist die gebildeten Stände gehörten der Carbonaria an, so wie auch die kräftige Jugend.

Die Carbonaria war klug genug, einzusehen, daß Italien für sich allein nichts vermochte, sie wußte, daß jeder offene Aufstand, wenn er auch im ersten Augenblicke gelänge, sofort von den Oestreichern niedergeschlagen wurde: sie schaute daher mit sehnsüchtigem Blicke nach Frankreich und hoffte von einer dortigen Revolution auch für Italien Erlösung. Die Umwälzung im Juli 1830 wirkte daher wie ein elektrischer Schlag auf die Carbonaria, sie glaubte, jetzt sei der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen.

Indessen sollten diese Hoffnungen vorderhand vereitelt werden. Im Königreich Sardinien, welches Frankreich am nächsten lag, kam es nämlich zuerst schon im Jahre 1830 zu Unruhen: im Städtchen Anecy in Savoyen, in Turin, in Genua. Alle diese wurden aber sofort von der Gewalt unterdrückt, und Karl Felix traf die geeigneten Maßregeln, um jeden ferneren Versuch niederschlagen zu können: er brachte sein Heer, 60,000 Mann stark, auf den Kriegsfuß, verdoppelte allenthalben seine Aufmerksamkeit und seine Strenge.

Jetzt beschlossen die Verschworenen, einen anderen Staat zum Schauplatze der Revolution zu bestimmen, dessen Zustände am allerersten die Aussicht auf ein Gelingen des Unternehmens darboten. Das war der Kirchenstaat.

Digitized by Google

Im Kirchenstaate waren alle politischen Gebrechen der italienischen Regierungen bis auf den höchsten Grad gesteigert worden. Die Verwaltung war die schlechteste und grausamste: sie war nämlich ganz in die Hände der Geistlichkeit gegeben. Die Rechtspflege war auf der einen Seite wegen der entsetzlichen Bestechlichkeit der Richter und zugleich wegen ihrer Barbarei berüchtigt. Die härtesten Strafen trafen auf gleiche Weise den Räuber und Mörder, wie denjenigen, welcher sich nur gegen ein Kirchengebot vergangen, z. B. das Fasten gebrochen hatte. Die Einwohner wurden von den geistlichen Beamten auf alle mögliche Weise ausgesaugt. Recht war natürlich nirgends gegen dergleichen Bedrückungen zu erlangen, denn die Personen der Geistlichen waren heilig und unverletzlich. Der Papst Leo XII., welcher Pius VII. im Jahre 1823 in der Regierung gefolgt war, suchte zwar einige Verbesserungen durchzusetzen, er stieß jedoch auf den entschiedensten Widerstand seitens der Cardinäle. Am 10. Februar 1829 starb dieser Papst, und nun nahm Pius VIII. den römischen Stuhl ein, welcher an Unduldsamkeit, Hartherzigkeit und fanatischer Verfolgungssucht seines Gleichen suchte. Sein Hauptaugenmerk war auf die Ketzer und auf die Carbonaria gerichtet, gegen welche die härtesten Strafen, Tod für ein wirkliches Mitglied, Galeere für Jeden, der einen Carbonari kannte und die Anzeige unterließ, ausgesprochen wurden. Auch ließ Pius während der kurzen Zeit seiner Regierung diese Verordnungen mit der größten Strenge vollziehen. Die Erbitterung gegen die päpstliche Regierung wurde nun noch gesteigert durch die Verordnung vom 1. Mai 1830, wonach ein neues Zollsystem eingeführt ward, welches nicht nur die höheren Stände, sondern auch die niederen ungemein drückte und dadurch den Geist der Opposition auch in diese warf.

Außer dem Kirchenstaate wurden auch noch Modena, Parma, Toscana zu Herden des Aufruhrs bestimmt; in allen diesen Staaten sollte die Empörung zugleich ausbrechen, und zwar am Anfange Februar 1831. Der Mittelpunkt sollte Bologna sein.

Aber die Revolution brach wider die Verabredung zuerst in Mo-

Digitized by Google

dena, aus. Der Herzog Franz IV. von Modena war allgemein verhaßt wegen seines Despotismus und der unermüdlichen Verfolgung der Liberalen. Man sagte, daß ihm von Oestreich die Oberleitung der geheimen Polizei in den gesammten italienischen Staaten übertragen worden sei. Nichts desto weniger war das Haupt der modenesischen Verschwornen Ciro Menotti so unvorsichtig, mit ihm in nähere Verbindung zu treten und ihn einen Blick in die Plane der italienischen Patrioten thun zu lassen. Franz IV. gab sich nämlich den Anschein, als ob er diesen Bestrebungen keineswegs so abhold sei, als man von ihm annehme: Menotti ließ sich dadurch täuschen, machte ihm den Vorschlag, an die Spitze der Bewegung zu treten und sich zum Könige von Italien machen zu lassen, und theilte ihm in Folge dessen das Vorhaben der Verschwornen mit. Der Herzog traf nun seine Vorkehrungen. Am Morgen des 3. Februar ließ er einen der Verschwornen verhaften. Menotti, welcher sah, daß er verrathen sei, sah Rettung nur im augenblicklichen Losschlagen. Er versammelte zu diesem Zwecke auf den Abend dieses Tages seine Genossen, 40 an der Zahl, in seiner Wohnung. Der Herzog, durch seine Spione davon unterrichtet, ließ das Haus mit Militair umstellen, und nahm die Verschwornen, nach der verzweifeltesten Gegenwehr, gefangen. Aber nicht lange erfreuete er sich dieses Sieges. Den Tag darauf ergriff die Gährung das ganze Herzogthum: am Morgen des 5. kam ihm die Kunde von dem Aufstande in Bologna zu. Er entfloh daher noch am Abende desselben Tages, schleppte aber einen Theil der Verschwornen, namentlich Ciro Menotti, mit. In Modena bildete sich darauf eine provisorische Regierung, an deren Spitze der Advocat Nardi stand.

Als die Kunde von dem verfehlten Unternehmen Menotti's nach Bologna, dem Mittelpunkte der Verschwörung gelangte, so wurden die Patrioten in die äußerste Aufregung versetzt. Sie beschlossen, nun augenblicklich loszuschlagen. Die Bewegung ergriff sofort die ganze Stadt und zeigte sich so gewaltig, daß selbst der päpstliche Commissair sich genöthigt sah, ein Decret zu unterzeichnen, kraft dessen eine provisorische Regierungscommission ernannt und eine provisorische Bürgergarde eingeführt wurde. Diese

Digitized by Google

Commission erklärte schon am 8. Februar auf das allgemeine Verlangen der Bevölkerung, daß die weltliche Herrschaft, welche der Papst zu Rom über Stadt und Provinz Bologna ausgeübt, factisch und rechtlich für immer aufgehört habe. Die Mitglieder der provisorischen Regierung waren der Advocat Johann Vicini, Präsident, der Marquis Ariosti, die Grafen Bianchetti, Aguchi, Pepoli, die Professoren Orioli, Silvani und der Advocat Zanolini.

Von Bologna aus flog die Revolution mit Blitzesschnelle durch den ganzen Kirchenstaat. Imola, Faenza, Ravenna, Forli, Cesena, Rimini, Pesaro, Ferrara, Comachio erhoben schon am andern Tage die Fahne der Empörung; Urbino, Fano, Fossombrone, Sinigaglia, Osimo, Chiaravalle und andere Städte der Mark folgten; am 17. Februar ergab sich Ancona; darauf schlossen sich Macerata, Perugia, Spoleto, Foligno und alle anderen Städte Umbriens an die Bewegung an. In Zeit von drei Wochen hatte fast die ganze Bevölkerung des Kirchenstaats, nahe an zwei und eine halbe Million das päpstliche Joch abgeworfen. Nur Rom, wo ein Versuch der Verschwornen mißglückte, Rieti und einige andere Städte blieben treu.

Zugleich griff die Bewegung auch nach Parma hinüber. Hier erhob die Bevölkerung am 13. Februar die Fahne der Empörung: die Erzherzogin Maria Louise flüchtete nach Piacenza. Darauf ward in Parma eine provisorische Regierung errichtet.

Mittlerweile hielt es die provisorische Regierung in Bologna für nöthig, für die verschiedenen aufgestandenen Provinzen des Kirchenstaates eine gemeinsame Regierung zu errichten. Zu diesem Behufe wurden jene eingeladen, Vertreter nach Bologna zu senden. Am 26. Februar wurde die Versammlung derselben eröffnet und von ihr sofort beschlossen: 1) die gänzliche Lossagung aller unter der weltlichen Herrschaft des Papstes stehenden Provinzen; 2) die vollständigste Vereinigung der Provinzen unter sich. Am 4. März verkündete sie eine provisorische Verfassung. An der Spitze des Staates sollte ein Präsident stehen nebst einem Ministerrath und einer gesetzgebenden Versammlung. Zum Präsidenten wurde Vicini ernannt.

Digitized by Google

Und wie verhielt sich nun die päpstliche Regierung? Gerade beim Ausbruch der Empörung kam ein neuer Papst Gregor XVI. (denn Pius VIII. war am 30. November 1830 gestorben) auf den römischen Stuhl. Er, wie das ganze Cardinalscollegium, war in die äußerste Bestürzung gerathen, so daß er glaubte, jetzt nur die Milde anwenden zu dürfen, um die Bewegung wieder zu beschwichtigen. Er erließ bereits unter dem 9. Februar 1831 eine Proclamation „an seine vielgeliebten Unterthanen", in welcher er ihnen Verzeihung versprach, wenn sie zum Gehorsam zurückkehren wollten. Es war umsonst. Er schickte darauf den Cardinal Benvenuti ab, um in den Provinzen heimlich die Gegenrevolution zu betreiben; dieser wurde aber gefangen genommen und nach Bologna geschleppt. Mit genauer Noth entrissen ihn die Führer der Bewegung den Mißhandlungen des erbitterten Volkes und einem grausamen Tode. Mit eigenen Mitteln, dieß sah Jedermann, vermochte der Papst die Bewegung nicht zu bewältigen. Aber die Helfer in der Noth blieben nicht aus: es waren die Oestreicher.

Unterdrückung der Revolution durch die Oestreicher. Zweideutigkeit Ludwig Philipp's.

Niemand konnte sich darüber täuschen, daß Oestreich Alles aufbieten würde, um die revolutionairen Bewegungen in Italien zu unterdrücken. Auch die italienischen Patrioten in Bologna wußten das sehr gut. Sie glaubten indeß, das Princip der Nichtintervention, welches Frankreich so feierlich ausgesprochen und welches von den anderen Großmächten stillschweigend anerkannt worden war, werde auch bezüglich Italiens angewendet werden. Auch dachten sie nicht, daß Frankreich eine Einmischung Oestreichs in die italienischen Angelegenheiten zugeben werde, wie denn allerdings die Haltung des Ministeriums Laffitte zu dieser Annahme berechtigte. In dieser Voraussetzung versäumte die provisorische Regierung in Bologna, die gehörigen Maßregeln zu treffen. Sie hütete sich, um ja keinen Vorwand der Ein-

Digitized by Google

mischung zu geben, Schritte zu thun, um die Lombardei zu revolutioniren; auch bei Sardinien wurde nichts dergleichen unternommen, so wenig wie in Toscana. Ja, selbst mit den aufgestandenen Ländern, Modena und Parma, trat man in keine nähere politische Verbindung. Aengstlich wollte man den Rechtsboden wahren, obschon derselbe bereits thatsächlich verlassen war. Und nicht einmal in dem empörten Theile des Kirchenstaates wurden die nöthigen Vorkehrungen getroffen, um einem bewaffneten Angriffe Widerstand leisten zu können. Es wurden einige der drückendsten Steuern aufgehoben, an der Verbesserung der Gerichte gearbeitet, Feste zur Verherrlichung der Revolution gegeben; aber an ernstliche kriegerische Rüstungen dachte man nicht.

Die Hoffnung auf Frankreich bewies sich aber bald als Täuschung. Gleich nach der Kunde von der Revolution in Bologna beschloß das östreichische Cabinet einzuschreiten, und traf dazu die erforderlichen Anstalten. Dieser Entschluß wurde sofort auch Ludwig Philipp mitgetheilt, und es ist jetzt gewiß, daß dieser, wenn auch nur im Geheimen, ohne Vorwissen seines Cabinets, sich damit einverstanden erklärte. Er hoffte dadurch dem östreichischen Cabinet einen unzweideutigen Beweis seiner politischen Richtung geben zu können. Damit in Uebereinstimmung war sowohl der Brief, welchen Ludwig Philipp an Seine Heiligkeit richtete, in welchem er sein aufrichtiges Bedauern über die Revolution aussprach, als auch das Benehmen gegen die in Frankreich sich aufhaltenden italienischen Flüchtlinge. Dieselben wollten nämlich in Savoyen einfallen, um dort die Empörung zum Ausbruche zu bringen. Ludwig Philipp ließ sie jedoch zurückhalten und entwaffnen. Dasselbe Geschick traf auch den General Pepe, welcher von Marseille aus sich nach Italien begeben wollte. Wie gesagt jedoch, sein Ministerium wußte von der Politik, welche Ludwig Philipp bezüglich Italiens einzuschlagen gedachte, noch nichts. Im Gegentheile, als der östreichische Gesandte officiell der französischen Regierung den Entschluß seines Cabinets, in Italien zu interveniren, mittheilte, so erklärte das Ministerium entschieden, die einzige Antwort, welche von Frankreich auf ein solches Vorhaben gegeben werden könnte,

Digitized by Google

sei der Krieg. Auch bekam der französische Gesandte in Wien, Marschall Maison, die entsprechenden Weisungen. Metternich antwortete ihm indessen höhnisch genug: „Bis hieher, sagte er, haben wir Frankreich das Princip der Nichtintervention aufstellen lassen, aber es ist Zeit, ihm wissen zu lassen, daß wir es nicht so verstehen, als dehne es sich auch auf Italien aus. Wir werden unsere Waffen überall hintragen, wohin sich die Empörung erstrecken wird. Wenn diese Einmischung den Krieg herbeiführen sollte, wohlan! so soll der Krieg kommen. Wir wollen uns lieber diesen Chancen aussetzen, als Gefahr laufen, mitten unter Emeuten umzukommen.“ Maison schickte augenblicklich diese Antwort Metternich's an den Minister des Auswärtigen Sebastiani, welchen Ludwig Philipp in seine Pläne eingeweiht hatte. Sebastiani erhielt den Brief am 4. März, aber erst am 8. bekam ihn der Ministerpräsident Laffitte zu Gesicht und zwar durch die Zeitung. Empört über ein solches Spiel hinter seinem Rücken forderte er seine Entlassung. Ludwig Philipp, dem er nun nachgerade genug gedient hatte, gab sie ihm, nebst seinen Collegen. Denn schon hatte er inzwischen ein anderes Ministerium gebildet. Es war das von Casimir Perier. Dieses, ganz mit Ludwig Philipp's äußerer Politik einverstanden, gab sofort die Italiener auf und begnügte sich damit, seinen Gesandten am päpstlichen Hofe der Ehre halber eine zahme Verwahrung gegen das Einrücken der Oestreicher abgeben zu lassen.

Unter solchen Umständen war für die italienische Umwälzung nichts mehr zu hoffen.

Die Oestreicher begannen schon Ende Februar die Feindseligkeiten, zunächst in Parma. Am 25. wurden die Truppen der Aufständischen bei Firenzuola überfallen, geschlagen, und bald darauf das ganze Land besetzt. Am 5. März drangen die Oestreicher unter Geppert in Modena ein. General Zuchi, ein alter versuchter Offizier, der schon unter Napoleon rühmlich gefochten und von der provisorischen Regierung von Modena zum Oberbefehlshaber ernannt worden war, trat den Oestreichern bei Novi entgegen. Die Aufständischen kämpften tapfer, mußten aber zuletzt der Uebermacht weichen. Die proviso-

Digitized by Google

rische Regierung von Modena entfloh nun nach Bologna. Am 9. März zogen die Oestreicher in Modena ein und Zuchi zog sich mit etwa 800 Mann und zwei Kanonen ebenfalls auf das bolognesische Gebiet zurück. Am 6. März war inzwischen ein drittes östreichisches Corps unter General Bentheim über den Po gegangen und besetzte Ferrara und Comachio.

Die provisorische Regierung in Bologna sah nun wohl, welches Schicksal ihr bevorstehe. Sie suchte jetzt nachzuholen was früher versäumt worden war. Eiligst wollte man die bewaffnete Macht organisiren. General Zuchi wurde zum Oberbefehlshaber ernannt. Der Schrecken und die Verwirrung war aber zu groß, als daß an einen glücklichen Erfolg gedacht werden konnte. Der östreichische General Frimont erließ jetzt, am 19. März, eine Proclamation, in welcher er das Einrücken der Oestreicher als Verbündete des Papstes verkündigte, und setzte sich gegen Bologna in Marsch. Die provisorische Regierung entfloh am 20. und begab sich nach Ancona. Ebenso zog sich die revolutionaire Armee in dieser Richtung zurück. Am 21. zogen die Oestreicher in Bologna ein. Sie rasteten indessen nicht lange, sondern verfolgten eifrigst die fliehenden Aufständischen. Am 25. März kam es bei Rimini zu einem ernstlichen Gefechte zwischen dem Vortrab der Oestreicher und dem Nachtrab der Insurgenten, welche Zuchi anführte, wobei sich Letztere sehr tapfer schlugen. Auch in Rimini selbst war dieß der Fall: Zuchi vertheidigte die Stadt bis zum Einbruch der Nacht und während dieser zog er unangefochten mit seinen Truppen weiter nach Ancona.

In Ancona sahen die meisten Mitglieder der provisorischen Regierung ein, daß die Revolution verloren sei, und sie suchten daher so viel zu retten, als möglich war. Sie hatten jenen Cardinal Benvenuti mit nach Ancona genommen, welcher vom Papste abgeschickt worden war, um die Contrerevolution zu betreiben. Mit diesem Gesandten des Papstes traten sie nun in Unterhandlungen und bewirkten, daß er im Namen des heiligen Vaters vollkommene Amnestie für alle Theilnehmer der Revolution bewilligte und auch denjenigen, welche im

Digitized by Google

Lande nicht zu bleiben gedächten, freien Abzug zugestand. Diese Uebereinkunft wurde am 26. März unterzeichnet. Darauf löste sich die provisorische Regierung auf und die meisten Mitglieder derselben, so wie General Zuchi und alle höheren Offiziere, entflohen zur See. Benvenuti versäumte nicht, seine Uebereinkunft dem östreichischen General Geppert, der bis Ancona vorgerückt war, mitzutheilen. Dieser kümmerte sich aber nicht darum: er rückte am 29. in Ancona ein und schickte sogleich Fahrzeuge aus, um die entflohenen Insurgenten aufzufangen. In der That gelang ihnen dieß: sie wurden alle gefangen und nach Venedig geschleppt.

Damit hatte die Revolution ein Ende.

Indessen schien die Revolution doch wenigstens einigermaßen eine Verbesserung der unglücklichen politischen Zustände des Kirchenstaates angebahnt zu haben.

Zwar im ersten Augenblicke hatte es den Anschein, als ob alle Schrecken des Absolutismus gegen die aufgestandenen Provinzen verhängt werden sollten. Das Uebereinkommen des Cardinal Benvenuti wurde für null und nichtig erklärt; vielmehr Commissionen angeordnet, welche mit Hinweglassung aller unnützen Weitläufigkeiten über die Empörer aburtheilen sollten, und zum Voraus schon die härtesten Strafen für die Ueberwiesenen ausgesprochen. Einer grausamen Rache aber, wie sie die fanatische Partei der Cardinäle verlangte, setzten sich mehrere Hindernisse entgegen. Einmal ein anderer Theil der Cardinäle, unter diesen besonders der beleidigte Benvenuti, und der Legat in Bologna, Oppizzoni, und wohl auch der Papst selber, welcher sich mehr zur Milde hinneigte. Sodann waren aber auch die Gesandten der Großmächte nicht damit einverstanden. Unter diesen war besonders der französische Gesandte angewiesen, eine energische Sprache zu führen. Die französische Regierung wurde nämlich wegen ihres Verhaltens in Italien von der Opposition auf das Heftigste angegriffen, und Ludwig Philipp glaubte nun wenigstens etwas thun zu müssen, um dieselbe zu beschwichtigen. Der französische Gesandte verlangte daher sogleich Abzug der Oestreicher aus den päpstlichen Staaten,

Digitized by Google

sodann eine allgemeine Amnestie und endlich Abstellung der auffallendsten Mißbräuche in der päpstlichen Verwaltung. Die anderen Großmächte waren damit einverstanden. Die Amnestie, mit Ausnahme der Häupter der Revolution, wurde bewilligt; die Provinzialverwaltung wurde neu geordnet, und zwar dergestalt, daß den sonst mit unumschränkter Vollmacht handelnden päpstlichen Legaten Räthe aus den Bürgern beigegeben werden sollten, die aber der Papst ernannte; auch wurde eine bessere Gemeindeordnung zugestanden. Und endlich zogen, Juli 1831, die Oestreicher wieder ab, nachdem die Gesandten der Großmächte die Einwohner aufgefordert hatten, sich mit den zugestandenen Verbesserungen zu begnügen.

In Modena aber übte der zurückgekehrte Herzog die grausamste Rache. Die an der Revolution Betheiligten wurden zum Tode und zur Galeere verurtheilt, welche Strafe der Herzog in Einsperrung in Jesuitenklöster verwandelte, die Güter derselben eingezogen und den Jesuiten geschenkt.

Neapel und Sardinien.

Nach der Unterdrückung der Revolution in Mittelitalien mußte man vorderhand den Gedanken an eine allgemeine Erhebung aufgeben. Gerade der Kirchenstaat war der wundeste Punkt, wo eine Revolution am allerersten gelingen konnte, während in Neapel sowohl, wie in Sardinien, welche Staaten 1820 und 1821 an der Spitze der Bewegung gestanden, eben jetzt an eine solche nicht zu denken war. In beiden Staaten nehmen um diese Zeit junge Monarchen die Throne ein, welche sich bemühen, wie es neu angehende Fürsten pflegen, manche Mißbräuche der frühern Verwaltung zu beseitigen und große Hoffnungen auf eine schöne Zukunft zu erregen. In Neapel folgte auf Ferdinand I., welcher im Jahre 1825 starb, sein Sohn Franz I., jener Prinz, welcher an der Revolution von 1820 einen so großen Antheil genommen: auf dem Throne befolgte er aber das System sei-

Digitized by Google

nes Vaters. Nun starb er am 8. November 1830, und ihm folgte sein Sohn Ferdinand II., ein Prinz von erst zwanzig Jahren. Sein erstes Auftreten berechtigte zu den schönsten Hoffnungen; er bahnte große Verbesserungen in dem Gerichtswesen, in den Finanzen, im Heere, überhaupt in der ganzen Verwaltung an, entfernte die bisherigen absolutistisch gesinnten Räthe aus dem Ministerium und ersetzte sie durch freier gesinnte, entzog der Geistlichkeit und insbesondere den Jesuiten einen Theil ihres frühern Einflusses und ließ sich, wie es schien, nur von dem Geiste der Milde leiten, wie er denn gleich nach seinem Regierungsantritte eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher bewilligte. Begreiflich wurde der junge Fürst von dem Volke mit großem Jubel begrüßt, und in Neapel wenigstens dachte Niemand daran, gegen die Regierung feindselige Gesinnungen zu hegen. Die Unruhen, welche in Sicilien erfolgten, wurden sofort unterdrückt, trugen auch weniger einen politischen, als einen Banditencharakter.

Ebenso war in Sardinien eine Thronveränderung vorgegangen, welche für diesen Staat nicht minder eine schöne Zukunft hoffen ließ. Karl Felix starb am 27. April 1831, und ihm folgte Karl Albert, Prinz von Carignan, welcher in der Revolution von 1821 eine so verhängnißvolle Rolle gespielt. Wir haben früher schon angedeutet, daß Metternich, der ihm seine Verbindung mit den Carbonaris niemals verzeihen konnte, sich Mühe gegeben, ihn von der Thronfolge auszuschließen; er gedachte sodann dem Herzoge von Modena die sardinische Krone zuzuwenden. Diese Intrigue gelang aber nicht. Bei Karl Albert's Thronbesteigung hofften die Liberalen zuerst, er werde sich sofort an die Spitze der Bewegung stellen. Auch ergingen genug Aufforderungen an ihn in diesem Sinne. Karl Albert war aber zu klug, als daß er, jetzt, bei der eben erfolgten Niederlage der italienischen Patrioten, seine Krone Oestreich gegenüber auf's Spiel gesetzt hätte. Er hielt sich also zurück. Allein auch er schritt doch mit Verbesserungen in seinen Ländern voran. Er entfernte die absolutisch gesinnten Minister, besetzte das Cabinet mit anerkannt liberalen Männern, ging ernstlich an eine Reform der Rechtspflege, hob die Gütereinziehung

Digitized by Google

auf, gestattete in Zukunft keine Bevorzugung vornehmer Personen in Rechtssachen, schlug die Untersuchungen wegen politischer Verbrechen nieder, verminderte das Heer um 12,000 Mann, setzte die Dienstzeit der Soldaten von 8 auf 2 Jahre herab und kündigte endlich, am 29. August 1831, die Errichtung eines Staatsrathes an, der aus 14 ordentlichen und einer unbestimmten größern Anzahl außerordentlicher Räthe bestehen, jährlich zu bestimmten Zeiten sich versammeln und über Gegenstände gutachtlich votiren sollte, die zum Voraus durch Ausschreiben bestimmt werden würden. Zugleich versprach der König in diesem Erlasse: er wolle nichts versäumen, um die Wohlfahrt seiner Unterthanen zu befördern; er wolle treu die ihm von der Vorsehung auferlegten Pflichten erfüllen und die Bedürfnisse seines Volkes stets beherzigend Freiheit des Cultus, individuelle Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit des Gewerbfleißes, der Meinungen und des Unterrichts beschützen — Versprechungen, welche den bisherigen italienischen Zuständen gegenüber allerdings eine ganz neue Zeit in Aussicht stellten. Die italienischen Liberalen setzten daher fortwährend auf ihn große Hoffnungen und glaubten durch ihn, vielleicht auf dem Wege der Reform das erreichen zu können, was eben auf dem Wege der Revolution mißlungen war.

Im Allgemeinen also waren die politischen Bewegungen von 1830 auch in Italien nicht ohne gute Früchte geblieben: der Papst mußte sich, wie gering sie auch sein mochten, dennoch zu einigen Reformen verstehen, und in zwei der größten italienischen Staaten, in Neapel und Sardinien, hatten junge Fürsten die Throne bestiegen, auf welche die Zeit einen so mächtigen Einfluß geübt, daß sie selber mit Zugeständnissen vorangingen.

Noch mächtiger aber, als auf der italienischen Halbinsel, zeigte sich der Geist der Revolution im Osten Europa's.

Betrachten wir zunächst Griechenland.

Digitized by Google

Neuntes Capitel.

Griechenland und die Türkei.

Unruhen in Griechenland bis zur Ermordung des Grafen Capo d'Istria.

Der Präsident von Griechenland, Graf Johann Capo d'Istria, entwickelte von Tag zu Tag mehr und mehr das absolutistische System, wovon wir bereits früher die Grundzüge entworfen; aber auch die Opposition nahm täglich an Kraft und an Schärfe zu. An sie schloß sich bald die öffentliche Meinung an, denn die Handlungen des Präsidenten gestatteten jetzt keinen Zweifel mehr über seine Absichten.

Vor Allem erregten die großen Steuern Unzufriedenheit, welche an den Staat gezahlt werden sollten, und welche Capo d'Istria durch Soldaten gewaltsam eintreiben ließ. Es ist richtig: die Finanzen standen schlecht und Geld brauchte der Staat, zumal da die Großmächte mit der Auszahlung der versprochenen Summen zögerten; aber die Art und Weise, mit welcher Capo d'Istria bei der Eintreibung der Steuern verfahren ließ, die Härte, welche gegen die Landleute angewendet wurde, drückte dem ganzen Verfahren den Stempel der Gehässigkeit, der Willkür und der Grausamkeit auf. Sodann zeigte der Präsident beim Schulwesen ganz deutlich, welches Ziel er im Auge habe. Die Lehrgegenstände in den Schulen, auch den höheren, wurden nämlich außerordentlich beschränkt und sorgfältig alle jene Elemente von ihnen ausgeschlossen, welche den Zöglingen freie Ideen

Digitized by Google

hätten beibringen können. So durften nicht einmal alle altgriechischen Schriftsteller auf ihnen gelesen werden, weil der Präsident fürchtete, daß durch diese die jungen Leute mit republikanischen Ansichten erfüllt würden. Mit einem Worte, Capo d'Istria wollte den griechischen Unterricht nach russischem Muster umwandeln. Dieß gelang freilich nicht. Denn die Zöglinge, welche die Absichten merkten, machten eben deshalb Opposition und neigten sich nur noch mehr zu den freien Richtungen hin. Auch in der Rechtspflege bot der Präsident viele und gerechte Ursache zur Unzufriedenheit dar. Um sie ganz und gar in seine Hände zu bekommen, ließ er ein neues Gesetzbuch und eine Revision der ältern Gerichtsordnung abfassen, welche gegen Ende des Jahres 1830 fertig wurden. In diesen ist alle richterliche Gewalt auf die unbeschränkteste Weise in den Händen des Staatsoberhaupts vereinigt, die gemeinsten Rechtsgrundsätze sind gröblich verletzt, absichtlich ist der Ausdruck dunkel gehalten, um der Willkür den weitesten Spielraum zu lassen. In diesem Gesetzbuch wird besonders den Majestätsverbrechen eine große Aufmerksamkeit gewidmet, was um so mehr auffallen mußte, als bis jetzt noch keine Majestät da war, wegen deren Verletzung Strafen hätten verhängt werden können. Aber Capo d'Istria ließ bald keinen Zweifel mehr darüber, wie jenes zu verstehen sei. Er umgab sich mit einem größeren Prunke, mit äußeren monarchischen Formen, er ließ den Jahrestag seiner Ernennung zum Präsidenten mit auffallender Festlichkeit begehen, und verfolgte gleich wie absolutistische Fürsten, Jeden mit härtester Strenge, welcher sich beleidigender oder mißbilligender Reden gegen ihn bedient hatte. Widerrechtlich, oft mit Umgehung aller Formen wurden solche Leute eingekerkert und verurtheilt.

All' dieß machte es begreiflich, wie nach und nach die Meinung allgemein wurde, Capo d'Istria suche das Wohl, die Freiheit und die Rechte der Nation mit berechnender Despotie zu vernichten.

Die Opposition, lange schon im Anwachsen begriffen, erhielt nun neue Nahrung durch die Julirevolution. Die Kunde dieses großen Ereignisses verursachte in Griechenland keine geringeren Wirkungen wie

Digitized by Google

anderswo. Und es dauerte auch gar nicht lange, so brach die Opposition gegen den Präsidenten zu offenem Aufruhr aus.

Den Anfang damit machte die Maina. In der Maina war von jeher von dem größten Einflusse, namentlich aber seit der Revolution, die Familie Mauromichali. Sie war ursprünglich gegen Capo d'Istria nicht feindlich gesinnt, sie hatte sogar seine Ernennung zum Präsidenten befördert. Aber Capo d'Istria, welcher gegen alle vornehmen Familien mißtrauisch war, verfolgte bald auch die Mauromichali. Schon im Juni 1828 wurde Georg Mauromichali als Staatsverbrecher verfolgt und verhaftet. Er entkam jedoch aus dem Gefängnisse. Seitdem setzte sich seine Familie in offene Opposition wider den Präsidenten. Capo d'Istria glaubte sich jetzt vor Allem des Hauptes der Familie, des Pietro Bei, bemächtigen zu müssen. Er ernannte ihn daher zum Mitglied des Senats, um ihn unter beständiger Aufsicht zu haben. Die Mauromichali ließen sich dadurch nicht irre machen, sie verharrten in ihrer oppositionellen Stellung. Bald nach der Julirevolution brachen in der Maina Unruhen aus, indem sich die Einwohner weigerten, die verlangten Steuern zu zahlen. Der Präsident schickte Kolokotroni mit einigen tausend Mann gegen die Provinz, um sie zu züchtigen. Nun aber erhob sich das ganze Land, die Beamten des Präsidenten wurden verjagt, ein Ausschuß von 12 Mitgliedern errichtet, welcher die Verwaltung der Maina übernehmen sollte, die Lossagung vom Präsidenten ausgesprochen, eine allgemeine Bewaffnung betrieben. Die Truppen, welche Capo d'Istria gegen die Mainotten geschickt, wurden zurückgetrieben. Jetzt bemächtigte er sich aller Mitglieder der Familie Mauromichali, deren er habhaft werden konnte. Pietro Bei, obzwar Senator, fürchtete ein gleiches Schicksal, er entfloh aus Nauplia, wurde aber unterwegs wieder aufgefangen und eingekerkert. Capo d'Istria klagte ihn jetzt als Hochverräther an. Er leitete ein höchst ungesetzliches Verfahren gegen ihn ein; anstatt ihn, wie es das Gesetz verlangte, durch Senatoren richten zu lassen und unter gewissen Förmlichkeiten, ernannte er eine besondere Commission, an deren Spitze des Präsidenten eigner Bruder stand.

Digitized by Google

Diese verdammte Pietro zur Einkerkerung. Er wurde auf die schmählichste Weise mißhandelt, wie ein gemeiner Verbrecher. Die Nachricht hievon vermehrte bei den Mainotten nur die Erbitterung gegen den Präsidenten. An ein Nachgeben dieser Völkerschaft war jetzt nicht mehr zu denken, zumal da eine Heeresabtheilung, welche der Präsident Anfang des Jahres 1831 gegen sie gesendet, wiederum geschlagen wurde. Auf die Unterwerfung der Maina mußte er also verzichten.

Aber um diese Zeit brach der Aufruhr auch an anderen Punkten aus.

In Rumelien verweigerte ein Bataillon der unregelmäßigen Truppen, an dessen Spitze Karatassos stand, dem Präsidenten den Gehorsam. Die Veranlassung dazu war zunächst der rückständige Sold, sodann überhaupt Unzufriedenheit mit der Regierung. Der Präsident erklärte jetzt Karatassos für einen Empörer und sandte Truppen gegen ihn, welche aber nichts ausrichteten. Nur durch Bestechung einiger der abgefallenen Häuptlinge gelang es, diesem Unternehmen die Spitze abzubrechen. Karatassos, nach und nach von seinen Leuten verlassen, sah sich gezwungen, auf türkisches Gebiet zu flüchten.

Am gefährlichsten aber war die dem Präsidenten feindselige Stellung, welche Hydra einnahm. Die Insel Hydra hatte während des Befreiungskrieges die rühmlichsten Thaten vollführt und für die gemeinsame Sache an Geld und Vermögen außerordentlich viel geopfert. Von der Nationalversammlung in Argos war ihr deshalb eine Entschädigung durch den Staat versprochen worden; der Präsident weigerte sich aber, dieselbe zu leisten, wenigstens nicht in der Ausdehnung, wie es beschlossen worden. Deshalb kam es schon zwischen Hydra und der Regierung zu Feindseligkeiten. Aber die Bewohner der Insel, von jeher freigesinnt, waren auch sonst mit dem Verfahren des Präsidenten nicht einverstanden. Sie verlangten die Wiederberufung einer Nationalversammlung, welche der Präsident gesetzwidrig versäumt. Die Streitigkeiten wuchsen nun von Tag zu Tag; bald wurde Hydra der Mittelpunkt der gesammten Opposition, die Unzufriedenen fast von allen Landstrichen sammelten sich daselbst.

Digitized by Google

Die Flucht des vom Präsidenten daselbst angestellten Gouverneurs veranlaßte endlich die Insel, im Januar 1831 eine provisorische Regierung, aus sieben Personen bestehend, zu errichten, an deren Spitze Konduriottis und der Admiral Miaulis standen. Dem Beispiele Hydra's folgte gleich darauf die Insel Ipsara, welche sich ebenfalls vom Präsidenten lossagte.

Um dieselbe Zeit, als dieses geschah, waren von Capo d'Istria neue Gewaltthätigkeiten begangen worden, die sich bald auch auf Hydra erstrecken sollten. Mit dem Anfange des Jahres 1831 erschien nämlich in Nauplia ein neues oppositionelles Blatt, der Apollon genannt, dessen Herausgeber ein geschätzter Gelehrter, Polizoides, war. Capo d'Istria ließ gleich die erste Nummer mit Beschlag belegen und verbot die weitere Herausgabe der Zeitung. Polizoides ging hierauf nach Hydra, und gab dort sein Blatt heraus, welches sofort die heftigste Opposition wider die Regierung eröffnete. Es fand reißenden Absatz, nicht blos wegen seines Inhaltes, sondern auch wegen der Verfolgung des Präsidenten. Dieser gebot nun, die herausgekommenen Nummern ebenfalls mit Beschlag zu belegen. Dieses Gebot war aber nicht auszuführen.

Jetzt gedachte Capo d'Istria die Preßfreiheit, welche bisher thatsächlich in Griechenland bestanden, gegen welche noch kein Gesetz erlassen worden war, ganz zu unterdrücken. Er legte zu diesem Ende dem Senat ein Preßgesetz vor. Aber dieser, ebenfalls schon von der Opposition ergriffen, weigerte sich darauf einzugehen. Jetzt erließ Capo d'Istria einseitig ein Preßgesetz. Darnach sollte die Presse zwar frei sein; doch sollte jeder Herausgeber einer Zeitung eine gewisse Summe Geldes erlegen und zwei angesehene Männer Bürgschaft für ihn leisten; auch sollte nichts gegen die Religion und die Moral, nichts gegen die griechische Regierung, nichts gegen die Schutzmächte des Landes und nichts gegen irgend eine andere Regierung gesagt werden dürfen. Das war freilich eine eigenthümliche Art von Preßfreiheit. Capo d'Istria handhabte aber sein Preßgesetz sehr streng, so weit es in seiner Macht stand. Er unterdrückte eine andere oppositionelle Zeit-

Digitized by Google

schrift, Aurora, die sich inzwischen in Nauplia aufgethan und welche mehr eine wissenschaftliche Richtung verfolgte. Der Apollon erschien aber trotz des Preßgesetzes fort. Jetzt begab sich Capo d'Istria Anfangs März selber nach Hydra, und verlangte die Auslieferung des Polizoides und Unterdrückung des Apollon. Beides wurde ihm aber von der provisorischen Regierung abgeschlagen. Der Präsident wollte nichs desto weniger mit den Hydrioten ferner unterhandeln und verlangte deshalb von den Mitgliedern der provisorischen Regierung, daß sie zu ihm an Bord des russischen Schiffes kommen sollten, das ihn hergetragen. Jene, welche vom Präsidenten eine Treulosigkeit vermutheten, schlugen auch dieses ab mit der Bemerkung, daß dieses sich nicht mit der Nationalehre vertrage. Sie verlangten vielmehr als Bedingung der Aussöhnung Aufhebung aller gesetzwidrigen Beschlüsse, eine Constitution, Preßfreiheit, Zusammenberufung einer Nationalversammlung und Prüfung der Staatsrechnungen.

Capo d'Istria kehrte unverrichteter Dinge nach Nauplia zurück. Von dieser Zeit an wandte er aber alle Kraft und alle Mittel an, um den Widerstand des Volkes, der jetzt überall zu Tage gekommen, zu brechen und die Gewaltherrschaft in dem ausgedehntesten Sinne einzuführen. In den Provinzen, über die er noch Herr war, zeigte er bereits, wie er es treiben wollte: er errichtete eine geheime Polizei, verletzte das Briefgeheimniß, ließ willkürliche Verhaftungen vornehmen, beraubte mißliebige Personen wegen angeblichen Hochverraths ihres Vermögens, und endlich ließ er auch eine Abtheilung russischer Soldaten nach Nauplia kommen, angeblich um sie bei den Schanzarbeiten zu gebrauchen, aber in der That nur, um sich nöthigen Falls ihrer gegen die Einwohner zu bedienen.

Inzwischen aber stärkten sich die Hydrioten, indem eine Insel nach der andern ihnen beitrat und der Geist des Widerstandes von Tag zu Tag auch auf dem Festlande eine immer größere Ausdehnung gewann. Capo d'Istria erklärte jetzt Hydra in Blokadezustand, angeblich der Cholera wegen. Die Hydrioten knüpften hierauf noch einmal Unterhandlungen mit ihm an; als sich diese zerschlugen, so be-

Digitized by Google

gannen sie den Krieg. Admiral Miaulis nahm den 30. Juli 1831 bei der Insel Poros die Fregatte Hellas, 2 Dampfschiffe und einige Corvetten weg, landete dann, besetzte das Marinearsenal und das Fort und begann die gesammte Insel in Besitz zu nehmen. Capo d'Istria sandte Truppen dahin und bat sodann den russischen Admiral Ricord, so wie auch die Befehlshaber der französischen und englischen Geschwader, ihm zu Hülfe zu kommen. Die beiden Letzten waren freundlicher für die Aufständischen gesinnt, während natürlich der russische Admiral sich auf die Seite des Präsidenten stellte. Er benutzte die Abwesenheit der englischen und französischen Geschwader, um, 6. August, einem hydriotischen Schiffe das Einlaufen in den Hafen von Poros zu verwehren. Es kam zum Kampfe, der zwar unentschieden blieb, aber den Aufständischen die Gewißheit von den feindseligen Absichten des russischen Admirals verschaffte. So, auf der einen Seite von den Russen bedroht, auf der andern von den heranrückenden Truppen des Präsidenten bedrängt, faßte Miaulis den Entschluß, die ganze griechische Flotte, welche in Poros versammelt war, zu verbrennen und das Fort in die Luft zu sprengen. Dieser Entschluß wurde ausgeführt. Miaulis zog sich hierauf nach Hydra zurück.

Hydra sollte nun eingeschlossen werden, da aber Capo d'Istria nicht genug Mittel hatte, um etwas Ernstliches gegen die Insel zu unternehmen, so blieb sie vorderhand unangefochten; auch unterhielt sie fortwährend ihre Verbindungen mit der Maina. Der Präsident fühlte zuletzt selber, daß er etwas thun müsse, um wenigstens scheinbar der öffentlichen Meinung gerecht zu werden. Er schrieb jetzt auf den 20. September eine Nationalversammlung aus, welche so oft und so lebhaft von der griechischen Bevölkerung verlangt worden war. Aber Capo d'Istria wollte natürlich keine eigentliche Volksvertretung, welche die Wünsche und die Forderungen der Einwohner rücksichtslos ausspräche, er wünschte eine ihm ergebene und unterwürfige Versammlung, und darum wandte er allen seinen Einfluß, alle Gewalt, alle schlechten Mittel an, um auf die Wahlen zu wirken, so daß man noch vor der Eröffnung derselben wissen konnte, daß auch diese Versammlung

Digitized by Google

nur dazu dienen würde, um die Absichten des Präsidenten zu befördern. Aber noch ehe sie zusammentrat, überraschte ihn der Tod.

Die Familie Mauromichali hatte sich seit der Verhaftung Pietro Bei's alle Mühe gegeben, um die Freiheit desselben zu bewirken. Alle Schritte, welche sie deshalb gethan, waren aber vergebens. Jetzt begab sich Constantin, der Bruder, und Georg Mauromichali, der Sohn Pietro Bei's nach Nauplia zum Präsidenten, um ihn persönlich um die Freilassung ihres Verwandten zu bitten. Die Antwort, welche Capo d'Istria ihnen gab, war, daß er sie beide festnehmen ließ und unter polizeiliche Aufsicht stellte, so daß sie nur unter Begleitung mehrerer Häscher sich öffentlich zeigen durften. Als auch dieser Versuch mißlungen, machte sich die 90jährige Mutter Pietro Bei's auf den Weg zum Präsidenten. Vergebens! Sie wandte sich jetzt an den russischen Gesandten, und dieser versprach sich bei Capo d'Istria für Pietro Bei zu verwenden, erwirkte auch, daß er aus dem Gefängnisse für so lange entlassen wurde, daß er den Gesandten bis zum Präsidenten begleiten konnte. Aber er wurde nicht vorgelassen, und nachdem er vergebens lange Zeit an den Stufen des Palastes gewartet, wurde ihm der Bescheid, daß er wieder in den Kerker wandern sollte. Diese fortgesetzte Mißhandlung ihrer Familie steigerte endlich bei Constantin und Georg den Haß gegen den Präsidenten bis zur gränzenlosesten Wuth. Sie beschlossen ihn zu ermorden. Als er am Morgen des 9. October, wie gewöhnlich, in die Kirche gehen wollte, fielen ihn beide vor der Thür derselben an; der eine zerschmetterte ihm durch einen Pistolenschuß das Haupt, der andere stieß ihm das Schwert durch den Leib. Die That war so rasch geschehen, daß die Häscher, welche die beiden Mauromichali begleiteten, sie nicht verhindern konnten. Aber gleich darauf wurde Constantin niedergehauen; Georg flüchtete sich in das Haus des französischen Gesandten, der ihn vorderhand schützte, aber am 19. October wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn zum Tode verurtheilte: am 22. wurde er erschossen.

Dieß war das Ende des Grafen Johann Capo d'Istria. Mit seinem Tode hörte zwar die von ihm ausgeübte Gewaltherrschaft noch

Digitized by Google

nicht augenblicklich auf, indem seine Familie dieselbe noch einige Zeit fortzuführen suchte, aber ihre Kraft war augenscheinlich gebrochen und über kurz oder lang konnte man für Griechenland eine Aenderung des unglücklichen Zustandes erwarten, in welchen er dasselbe versetzt hatte.

Unruhen in Albanien und Bosnien bis zum Herbste 1831*).

In der Türkei waren um jene Zeit nicht minder bedeutende Unruhen ausgebrochen. Der Schauplatz derselben waren Bosnien und Albanien.

Wir haben früher schon angegeben, welch große Unzufriedenheit die Reformen des Sultans bei der muselmännischen Bevölkerung hervorgerufen. Zu den Provinzen, welche sich am heftigsten denselben widersetzt, gehören Albanien und Bosnien. Die dortigen Häuptlinge fürchteten durch die Reformen die Aufhebung der Zustände, unter denen sie sich bisher glücklich gefühlt, und mit sicherem Instinkte erkannten sie, daß in Folge dieser vom Sultan angebahnten Veränderungen auch jene feudale Unabhängigkeit verschwinden werde, welche sie bisher besessen. Denn offenbar arbeitete der Sultan unter Anderem auch darauf hin, den Geist des Ungehorsams, welcher dem Paschathume eigenthümlich war, zu zerbrechen und an die Stelle dieser alt türkischen feudalen Einrichtung solche zu setzen, welche dem europäischen Regierungssysteme entsprächen, dergestalt, daß er in seinen Provinzen lauter Beamte hätte, die auch in der That von ihm abhängig wären und streng seine Befehle befolgten. Die alten edeln Familien in Bosnien und Albanien wollten aber ihre Vorrechte nicht aufgeben und traten daher gegen den Sultan in Opposition, welcher so als Neuerer auftritt, während sie die bisherigen Zustände erhalten wollten: wie man sieht, gerade das umgekehrte Verhältniß von dem, welches in den europäischen Staaten bestanden.

*) Vergl. darüber: „Die letzten Unruhen in Bosnien" in Ranke's histor.-politischer Zeitschrift II. S. 233 folg.

Digitized by Google

Schon zur Zeit des russischen Krieges hatte sich die Unzufriedenheit der Bosnier und Albanesen bemerklich gemacht. Der Vezier von Bosnien, ein dem Sultan ergebener Mann, hatte von ihm den Auftrag erhalten, mit seinen Truppen gegen die Russen anzurücken. Er sandte den größten Theil seiner Streitmacht nach Bielina. Dieß benutzten die Bosnier. Sie erschienen in großer Anzahl vor Sarajevo, wo sich der Vezier noch aufhielt, und nöthigten ihn, Juli 1828, zur Capitulation und zum Zugeständniß ihrer Forderungen. Gleich darauf ging der Vezier nach Bielina, aber schon vorher hatte sich sein Heer aufgelöst. Er konnte also dem Sultan keine Hülfe bringen. Dieser, im Augenblicke noch von den Russen bedroht, unternahm vorderhand nichts gegen die Bosnier, sondern versparte seine Rache auf eine gelegenere Zeit.

Zugleich mit den Bosniern erhob auch der Pascha Mustapha von Skutari (Scodra), aus der Familie der Buschatli, in welcher das Paschalik von Skutari erblich war, einer der angesehensten Häuptlinge der Albanesen, die Opposition gegen den Sultan. Zwar zog er im Jahre 1829 auf Befehl Mahmud's mit einem Heere von 40,000 Mann gegen die Russen, er kam aber nicht in den Kampf. Augenscheinlich hatte er die Absicht, mit seinem Heere gegen Constantinopel zu ziehen, um dort vereint mit den dortigen Verschwornen den Sultan abzusetzen. Als die Ereignisse eine andere Wendung genommen, blieb er bei Philippopel eine Zeitlang stehen, saugte das Land aus und kehrte endlich, mit Schätzen beladen, nach Albanien zurück. Die Albanesen betrugen sich seitdem so, als ob kein Sultan über sie zu gebieten hätte. An ihrer Spitze standen außer Mustapha Pascha noch drei Häuptlinge, Veli-Beg, Seliktar-Poda und Arclan-Beg, deren Horden sich raubend und plündernd über die benachbarten Provinzen ergossen.

Nach dem Abzuge der Russen glaubte endlich der Sultan, es sei Zeit, die Bosnier und Albanesen für ihren Ungehorsam zu züchtigen. Er schickte gegen sie im Sommer 1830 den Großvezier Reschid, einen ebenso tapfern als schlauen Heerführer.

Digitized by Google

Reschid wandte sich zuerst gegen die Albanesen. Da er jedoch nur 10,000 Mann bei sich hatte und die Tapferkeit der Albanesen bekannt war, so wollte er es nicht auf die ungewisse Entscheidung der Waffen ankommen lassen. Er gebrauchte zuerst die List. Also trat er mit den Häuptlingen der Albanesen in Unterhandlung und versprach ihnen Amnestie. Sie gingen darauf ein, weil sie glaubten, der Pforte sei es Ernst damit. Reschid lud nun alle Häuptlinge der Albanesen zu einem großen Feste bei Monastir ein, um ihre Aussöhnung mit dem Sultan zu feiern. Alle folgten dieser Aufforderung: als sie aber beisammen waren, ließ sie Reschid von seinen Truppen umzingeln und sämmtlich ermorden. Ihre Köpfe wurden abgeschnitten und eingesalzen an den Sultan nach Constantinopel geschickt.

Jetzt aber, Anfang 1831, brach der Aufruhr in Bosnien aus. Hussein Pascha, von Allen geachtet wegen seiner Tapferkeit und seines Heldenmuths — er nannte sich selbst den Drachen von Bosnien — setzte sich an die Spitze der Empörung. Der Vezier von Bosnien wurde von ihm gefangen genommen und gezwungen, allen Reformen zu entsagen: es gelang ihm indessen, später zu entkommen. Hussein rüstete nun gewaltig, nicht nur, um Bosnien gegen etwaige Angriffe des Sultan zu vertheidigen, sondern um diesen selber anzugreifen.

Und denselben Plan hatte Mustapha Pascha von Skutari, welcher bei jenem Blutbade zu Monastir nicht gegenwärtig gewesen. Dieser sammelte um sich 10,000 Mann, um mit diesen nach Constantinopel zu ziehen und den schon früher gefaßten Gedanken der Entthronung des Sultans auszuführen. Schon rückte er gegen Sofia vor. Es war im März 1831.

Die Dinge standen sehr gefährlich für den Sultan. Denn Mustapha Pascha hatte Verbindungen mit den Unzufriedenen in Adrianopel und Constantinopel angeknüpft. In dieser Stadt hatten die Verschwornen beschlossen, in demselben Augenblick, als Mustapha gegen Constantinopel heranziehen würde, loszubrechen und mit der Ermordung des Sultans zu beginnen.

Aber Mahmud war, wie im Jahre 1829, durch die Polizei die-

Digitized by Google

ser Verschwörung auf die Spur gekommen und unterdrückte sie im Blute der Empörer. Sodann schickte er den Großvezier Reschid gegen Mustapha.

Reschid sah, daß er gegen die Uebermacht der Feinde nichts ausrichten könnte. Er verhielt sich also vorderhand ruhig. Aber unterdessen unterhandelte er heimlich mit einzelnen Häuptlingen des albanesischen Heeres. Es gelang ihm, durch Bestechung viele auf seine Seite zu bringen, und die Zwietracht, die unter ihnen eingerissen, noch mehr zu schüren. Mustapha versäumte, rasch vorwärts zu gehen und die für ihn günstige Sachlage zu benutzen. Als Reschid endlich glaubte, es sei der Zeitpunkt gekommen, griff er, 20. April 1831, bei Perlepe das albanesische Heer an. Ein Theil desselben ging zu ihm über, der Rest wurde geschlagen, die meisten Häuptlinge gefangen genommen. Nur Mustapha selber entkam nach Skutari.

Reschid hatte aber noch nicht gewonnenes Spiel. Denn nun rüsteten sich die Bosnier unter Hussein und seinem Freunde Ali Wibaitsch. Sie rückten 25,000 Mann stark nach Kossowo vor, nahmen dieses ein und schlugen die Truppen, die ihnen Reschid entgegengesendet, gänzlich auf's Haupt. Reschid befand sich in der äußersten Verlegenheit. Denn er hatte nicht genug Truppen mehr, die er den Bosniern hätte entgegensetzen können, falls diese rasch vorangegangen wären. Sie konnten sich dann ungehindert mit Mustapha vereinen und mit diesem verbunden die türkische Macht vollends vernichten.

In dieser Lage der Dinge griff Reschid wieder zur List. Er unterhandelte mit den Bosniern und gestand ihnen alle ihre Forderungen zu: 1) ungestörte Erhaltung des bestehenden Zustandes ihrer Provinz ohne alle Reform; 2) Ernennung des Veziers aus den Eingebornen; 3) Ernennung Hussein's zu dieser Würde. Die Bosnier, froh, diese Zugeständnisse erhalten zu haben, vergaßen darüber ganz ihres Bundesgenossen, des Pascha von Skutari, und waren so unbesonnen, auf das bloße Wort des Großveziers zu vertrauen, ohne abzuwarten, ob der Sultan durch einen Ferman diese Zugeständnisse förmlich aner-

Digitized by Google

kennen werde. Sie bauten auf das Wort des Großvezierś und zogen sich wieder nach Bosnien zurück, wo das Heer auseinander ging. Man muß freilich mit in Anschlag bringen, daß Reschid auch im bosnischen Heere bereits Uneinigkeiten zu säen und zu befördern gewußt hatte.

Als der Großvezier sich auf diese Weise der Bosnier entledigt, zog er gegen Mustapha. Er verlor Anfangs gegen ihn einige kleine Gefechte bei Skutari. Dann aber knüpfte er mit ihm Unterhandlungen an, versprach ihm Amnestie, wenn er sich unterwerfe, und brachte es endlich dahin, daß Mustapha darauf einging. Merkwürdiger Weise wurde wirklich das Leben Mustapha's geschont: er ging selbst nach Constantinopel und wurde vom Sultan freundlich aufgenommen. Die Ursache dieses bei der Pforte ungewöhnlichen Verfahrens war aber, daß Mustapha dem Sultan den ganzen Plan der Verschwörung enthüllte und namentlich auch die Beziehungen darlegte, in welchen Mehmed Ali von Aegypten zu derselben gestanden. Es versteht sich von selbst, daß nun in Albanien auf eine furchtbare Weise von den Türken gehaust wurde: die Anhänger Mustapha's wurden auf das Grausamste ermordet: man versuchte Alles, was noch von rebellischen Häuptlingen übrig geblieben, auszurotten.

Dieß war die Lage der Dinge bis zum Herbste 1831. Man sieht: in einer der empörten Provinzen war der Sultan zwar Herr geworden: noch aber stand die andere unbesiegt, ja nur durch neue Zugeständnisse gewonnen, da; und in demselben Augenblicke drohte dem Sultan der gefährlichste aller seiner inneren Feinde, Mehmed Ali, Pascha von Aegypten.

Digitized by Google

Zehntes Capitel.

Die polnische Revolution.

Die Verschwörungen in Polen bis zum Ausbruch der Revolution.

Werfen wir einen Blick zurück auf den Schauplatz der revolutionairen Bewegungen, welche wir bis jetzt geschildert, so sehen wir: das ganze westliche, südliche und mittlere Europa war von denselben ergriffen. In Belgien, der Schweiz und einem Theile von Deutschland ist die Revolution entschieden siegreich; in England ist das Toryministerium gestürzt und die neue Verwaltung geht mit dem Volke Hand in Hand, um Reformen zu betreiben, welche dem liberalen Geiste in dem übrigen Europa entsprechen; in der pyrenäischen Halbinsel und in Italien sind zwar die Versuche, gewaltsam die bisherige Ordnung umzustoßen, unterlegen: doch ist diese Niederlage keine vollständige, dort bereitet sich vielmehr ein neuer Kampf vor, und hier sind wenigstens einige nicht unerhebliche Zugeständnisse dem liberalen Principe gemacht worden; in Griechenland führt die Unzufriedenheit mit der Regierung zum Bürgerkrieg und zum Mord des Präsidenten; in der Türkei sind Unruhen ausgebrochen, welche die Herrschaft des Sultans ernstlich bedrohen. Und zu diesen Bewegungen sollte endlich auch noch die polnische Revolution hinzukommen: unter allen bisher beschriebenen offenbar eine der wichtigsten, für die künftige politische Gestaltung Europa's von einer unermeßlichen Bedeutung; einmal schon an und für sich als gegen den mächtigsten Vertreter des absoluten

Digitized by Google

Princips, Rußland, gerichtet, dann aber besonders weil durch ihren Sieg dem revolutionairen Principe in Europa der Schlußstein hinzugefügt worden wäre. Denn ein freies Polen hätte ein festes Bollwerk für das freie Europa gegen das absolutistische Czaarenreich gebildet, hätte die Einflüsse von diesem auf den Westen gehindert, hätte dadurch die politische Freiheit in den bereits empörten Ländern befestigt, den unterdrückten einen neuen Anstoß gegeben und die Bewegung selbst in den bisher ruhigen ermöglicht. In Polen mußte also die Entscheidung erfolgen.

Die polnische Revolution war schon lange vorbereitet. Wir haben schon zu wiederholten Malen auf die geheimen Verbindungen hingewiesen, welche die polnischen Patrioten bald nach dem Wiener Congresse mit einander geschlossen und deren Zweck kein anderer war, als Polen aus der russischen Sklaverei zu erretten und es wieder zu einem unabhängigen Reiche zu machen. Der unglückliche Ausgang, welchen die russische Verschwörung im Jahre 1825 gehabt, wirkte auch auf die geheimen Verbindungen unter den Polen zurück. Denn im Laufe der Untersuchung war man in Petersburg auch auf diese gestoßen, welche ja mit den russischen Verschwornen in Berührungen gestanden. Die Häupter der polnischen patriotischen Gesellschaft wurden sofort eingekerkert: durch ihre Geständnisse, namentlich des Fürsten Jablonowsky, wurde man auf weitere Entdeckungen geführt, und so wurden nach und nach gegen 600 Individuen in Untersuchung gezogen und ins Gefängniß geworfen. Anfänglich war zur Aburtheilung derselben wider das Gesetz eine besondere Behörde, aus Militairpersonen bestehend, niedergesetzt worden. Die öffentliche Meinung in Polen sprach sich aber dagegen so unzweideutig aus, daß Kaiser Nikolaus sich endlich bewogen sah, sie vor ihren eigentlichen Richter, nämlich vor die erste Kammer oder den Senat zu stellen. Der Senat aber sprach die Angeschuldigten einstimmig frei. Es war am 17. October 1828. Ein solches Ergebniß hatte Nikolaus nicht erwartet und er tadelte deshalb den Senat wegen dieses Urtheils in einem Schreiben in den härtesten Ausdrücken. Und er hatte, vom russischen Standpunkte aus, voll-

Digitized by Google

kommen Recht, darin etwas höchst Gefährliches zu sehen. Denn von dieser Zeit an erhielt der patriotische Geist in Polen einen neuen Schwung; mit neuer Kraft verfolgte man den Gedanken der Befreiung des Vaterlandes: mit frischer Thätigkeit warf man sich in geheime Verbindungen und Verschwörungen zu diesem Zwecke.

Doch waren die Polen weder in Bezug auf den letzten Zweck, noch auf die zur Erreichung desselben anzuwendenden Mittel miteinander ganz einverstanden. Es bestanden vielmehr mehrere Parteien, welche sich im Ganzen auf zwei zurückführen lassen, von denen aber jede wieder zwei Abtheilungen bildete. Beide Parteien lassen sich am besten dadurch charakterisiren, daß die eine auf dem Wege der Reformen ihr Ziel erreichen wollte, während die andere nur durch Revolution, durch Anwendung der Gewalt zu ihm zu gelangen hoffte. Die erste Partei trennte sich aber wieder in zwei. Die eine, aus vornehmen Männern, dem hohen Adel und angesehenen Staatsbeamten bestehend, richtete ihr Augenmerk besonders darauf, die diplomatischen Verhältnisse auszubeuten und durch schlaue und kluge Benutzung derselben das Endziel ihrer Bestrebungen zu erreichen. Man nannte sie daher nur die diplomatische. Dieser Partei war es begreiflich darum zu thun, bei einer neuen Ordnung der Dinge an das Ruder zu kommen und bedeutende Stellungen einzunehmen: Aristokraten von Geburt, dachten die Mitglieder derselben auch nicht daran, ihre Rechte sich schmälern zu lassen und dem Volke Erleichterung seiner Lasten und eine Verbesserung seiner socialen Zustände zu verschaffen. Die andere der reformistischen Parteien kann man die constitutionelle nennen. Ihr Streben war darauf gerichtet, die Constitution von 1815 in ihrer Reinheit wieder herzustellen, die vielfachen Verletzungen derselben von Seite der russischen Regierung zu beseitigen, sie um Vieles zu verbessern und allmählig sie dermaßen umzugestalten, daß Polen dem Wesen nach in der That ein unabhängiges Reich bildete. Diese Zwecke, glaubte die Partei, vorzugsweise durch parlamentarische Thätigkeit durchsetzen zu können, weshalb denn der größte Theil derselben aus Landboten oder aus solchen bestand, welche sich dazu vorbereiteten.

Digitized by Google

Die revolutionaire Partei verfolgte ein viel weiteres und größeres Ziel, als diese beiden eben besprochenen. Sie wollte gänzliche Unabhängigkeit von Rußland und Wiederherstellung des ganzen alten Polens in seinem frühern Umfange. Zugleich aber gedachte sie im Innern des hergestellten Reiches Einrichtungen zu treffen, welche den liberalen Ideen des Jahrhunderts entsprächen, sie war demokratisch gesinnt und in sofern also mit jener ersten Partei im Widerspruch. Dieses Ziel ließ sich weder auf dem Wege der Diplomatie noch der parlamentarischen Thätigkeit erreichen; es war nur durch eine gewaltige Umwälzung zu ihm zu gelangen. Doch theilte sich auch diese Partei wieder in zwei besondere Richtungen. Zu der einen gehörten Militairpersonen, zu der andern Gelehrte, Journalisten und Studenten. Jene glaubten die Umwälzung nur mit Hülfe der Soldaten herbeiführen und durchsetzen zu können, weshalb ihr vorzüglichstes Augenmerk darauf gerichtet war, so viel wie möglich Militairs für die Revolution zu gewinnen und sich nach einem Heerführer umzusehen, der im geeigneten Augenblicke sich an die Spitze des Ganzen stellte und durch kühne und rasche Thaten die Revolution gewinnen mache. Die andere revolutionaire Partei glaubte durch unablässige Bearbeitung des Volkes, durch mündliche Belehrung wie durch politische Schriften auf jenes Ziel hinsteuern zu müssen. Sie konnte allmählig die öffentliche Meinung für ihre Plane gewinnen; wenn der ganze Boden unterwühlt sei, wenn das ganze Volk sich mit dem Gedanken der Revolution vertraut gemacht, werde es ein Leichtes sein, dieselbe, sowie sie einmal hervorgetreten, siegen zu machen.

An der Spitze der Diplomaten stand der Fürst Adam Czartoryski. Die Czartoryskis gehörten zu den angesehensten Familien Polens. Sie hatten sich früher geschmeichelt, den polnischen Thron einzunehmen; als diese ihre Hoffnung aber durch die Ereignisse vereitelt ward, gaben sie wenigstens die Hoffnung nicht auf, in irgend einer Weise Polen zu beherrschen. Adam Czartoryski, früher ein Liebling Alexander's, glaubte von ihm zum Vicekönig Polens ernannt zu werden; die Vereitelung dieser Hoffnung war kein geringes Motiv für die

Digitized by Google

spätere oppositionelle Stellung, welche er gegen Rußland einnahm. Bis zum Jahre 1824 war er der Curator der Universität Wilna, in welcher Eigenschaft er sich bemühte, den polnischen Nationalgeist daselbst zu wecken. Die geheimen politischen Verbindungen unter den dortigen Studenten, die in Rußland später entdeckt wurden, bestimmten Alexander, ihn von diesem Posten zu entfernen. Seitdem hielt er sich in Warschau auf und vereinigte um sich all' die unzufriedenen Elemente der höheren Aristokratie. Er wirkte oppositionell in der Hoffnung, später noch eine bedeutende Rolle spielen zu können. — An der Spitze der Constitutionellen standen die Gebrüder Niemojewski und der Graf Wladislaw Ostrowski. Der Führer der revolutionairen Partei, welche aus Gelehrten und Studenten bestand, war Lelewel, früher Professor in Wilna, wo er einen mächtigen Einfluß auf die dortige Jugend geübt, seit 1824 in Warschau, wo er den Mittelpunkt all' der unzufriedenen Elemente bildete, welche dem gebildeten Mittelstande angehörten. Die militairische Partei, zunächst von weniger bedeutenden Führern geleitet, setzte ihre Hoffnung auf den General Chlopicki, obschon dieser seiner ganzen Richtung nach mit ihren Bestrebungen keineswegs übereinstimmte.

Dieß war die Stellung der Parteien, als der unglückliche Ausgang des ersten russischen Feldzuges gegen die Türkei und die diplomatischen Verwicklungen, welche in Folge desselben entstanden, in den Polen die Hoffnung erzeugte, wenn sie jetzt losbrächen, ihre Bemühungen vom Erfolg gekrönt zu sehen. Damals stiftete der Offizier Peter Wysocki eine geheime Verbindung unter den Unterfähndrichen und Zöglingen der Warschauer Militairschule; eine andere, ebenfalls das Militair umfassende, wurde von Zaliwski gegründet, während zu gleicher Zeit auch unter den Studenten neue Verbindungen sich aufthaten. Zu der Wysocki'schen Verbindung traten bald Moritz Mochnacki, Adam Gurowski und Adam Cichowski, durch welche die Wysocki'sche Gesellschaft in Berührung mit den Constitutionellen und Diplomaten gebracht ward. Die für den Frühling 1829 in Warschau anberaumte feierliche Krönung des Kaisers Nikolaus zum König von

Digitized by Google

Polen schien eine vortreffliche Gelegenheit zum Ausbruch der Revolution darzubieten. Die Unterfähnbriche erboten sich, auf der Parade den Kaiser Nikolaus sammt allen ihn begleitenden Prinzen zu ermorden, die russischen Regimenter zu entwaffnen und sofort die Fahne der Revolution aufzupflanzen. Doch sollten vorher die Landboten auf dem Reichstage Herstellung der Constitution und Zurücknahme all' der dieselbe verletzenden einseitigen kaiserlichen Verordnungen, worunter namentlich die wegen Aufhebung der Oeffentlichkeit der Reichstagssitzungen, welche im Februar 1825 gegeben worden war, verlangen; wenn, wie zu erwarten, von Nikolaus diese Bitte verweigert würde, sollten die Landboten das Zeichen zur Revolution geben. Ein Theil der Landboten ging auch wirklich in diesen Plan ein: in dem Momente der Ausführung aber entfiel der constitutionellen Partei der Muth: sie meinte, es sei die Zeit noch nicht gekommen, gab das verabredete Zeichen nicht, und so unterblieb denn die Ausführung des revolutionairen Planes.

Von dieser Zeit an, welche eine nicht geringe Mißstimmung zwischen der revolutionairen und reformistischen Partei hervorgebracht, trat ein ganzes Jahr lang eine gewisse Erschlaffung und Unthätigkeit unter den Verschwornen ein. Die Julirevolution weckte aber auf einmal wieder die gesunkenen Hoffnungen und zwar in einem höheren Grade, wie jemals. Nun wurden die geheimen Verbindungen mit erneuertem Eifer in Angriff genommen, eine Menge von Offizieren in die Verschwörung gezogen; die militairischen Verschwornen traten in Verbindung mit den Studenten, den Bürgern, den Landboten und der höheren Aristokratie. Man glaubte, nicht lange mehr mit dem Losbrechen zögern zu dürfen. Schon im October 1830 trat ein engerer Ausschuß zur unmittelbaren Vorbereitung und Leitung des Aufstandes zusammen: bestehend aus den Landboten Roman Soltyk und Zwierkowski, aus den Literaten Moritz Mochnacki, Xaver Bronckowski, Joseph Boleslaw Ostrowski, Ludwig Nabielak, Michel Schweizer, aus den Offizieren Wysocki, Zaliwski, Schlegel und Zrawisza-Czarny. Diese beschlossen, bei dem Ausbruch der Revolution sofort eine provi-

Digitized by Google

sorische Regierung zu ernennen, in welcher alle Parteien vertreten wären: Ostrowski, Niemojewski, Lelewel, Zwierkowski und Roman Soltyk, mit dem Fürsten Czartoryski an der Spitze, sollten dieselbe bilden. Der Ausbruch der Empörung wurde schon auf den 18. October bestimmt. Aber verschiedene Umstände verhinderten ein so schnelles Vorangehen. Inzwischen arbeiteten die Verschwornen im Stillen: sie gaben sich außerordentliche Mühe, die polnischen Regimenter zu gewinnen, das Landvolk vorzubereiten, die revolutionaire Stimmung überall anzuregen. Diese große Thätigkeit war natürlich nicht ohne Erfolge: jeden Tag gab sich der revolutionaire Geist zu erkennen, in Maueranschlägen, in Gerüchten, selbst die Tage des Losbrechens wurden öffentlich genannt. Wie sollte nicht auch die russische Polizei Nachricht davon erhalten haben? In der That wurde der Großfürst Constantin vielfach von dem, was im Werke sei, unterrichtet: es wurden Verhaftungen vorgenommen, selbst Wysocki wurde in Untersuchung gezogen, doch wieder freigelassen. Endlich aber, gegen Ende November, mehrten sich die Verhaftungen: mehrere der eifrigsten Führer wurden eingekerkert: es lief das Gerücht umher, die Regierung habe Alles entdeckt und werde nächstens die Untersuchung beginnen: dazu kamen die Rüstungen Rußlands, welche unzweifelhaft gegen Frankreich gerichtet waren und zunächst Polen bedrohten: jetzt schien man keine Zeit mehr verlieren zu dürfen, und so wurde denn der Ausbruch der Empörung auf den 29. November 1830 festgesetzt.

Die Revolution vom 29. November 1830.

Die Verschwornen hatten folgenden Plan entworfen. Abends um 6 Uhr sollte das Zeichen zum Aufstande durch das Anzünden eines Brauhauses am südöstlichen Ende von Warschau gegeben werden. Auf dieses Zeichen sollten die Verschwornen in verschiedenen Theilen der Stadt zugleich losbrechen. Eine Abtheilung der Verschwornen, meist aus Studenten bestehend, unter der Führung Nabielak's, sollte

Digitized by Google

in die Wohnung des Großfürsten Constantin, das Lustschloß Belvedere, an dem südlichen Ende der Stadt gelegen, eindringen, um ihn zu ermorden. Ein anderer Theil, aus den Fähnrichen der Militairschule und den polnischen Jägerbataillonen bestehend, geführt von Wysocki, sollte die in der Nähe sich befindenden Casernen der russischen Reiterregimenter (Uhlanen, Cuirassiere und Husaren) überfallen und die Soldaten entwaffnen. Während dieses im Süden der Stadt vorginge, sollte zugleich im Norden derselben gehandelt werden. Hier sollte Urbanski, an der Spitze des Sappeurbataillons und einiger anderen aufständischen Truppen, die Entwaffnung der russischen Infanterie, deren Casernen sich in dem nördlichen Theile der Stadt befanden, übernehmen. Zaliwski sollte mit den übrigen Truppen sich des Zeughauses bemächtigen. Xaver Bronckowski endlich sollte den Volksaufstand bewerkstelligen und leiten und namenlich dafür sorgen, daß die Volksmassen sich in Besitz der wichtigsten Plätze, so des sächsischen Platzes setzten. Zugleich sollte der Major Kiekiernicki mit einigen Compagnien nach Praga sich begeben, um dort die Pulvermagazine wegzunehmen. Einen Oberbefehlshaber hatten die Verschwornen nicht: sie hofften jedoch im Augenblicke des Losbrechens oder mitten im Kampfe den einen oder den andern der polnischen Generale gewinnen zu können: sie dachten namentlich an Chlopicki, Pac, Sierawski. Denn sie zweifelten nicht an dem Gelingen ihres Unternehmens.

Aber Anfangs schien es ganz entschieden zu ihren Ungunsten gehen zu wollen. Wysocki zündete das Brauhaus, dessen Brand das Zeichen zum Aufstande geben sollte, mehrmals vergebens an: erst das dritte Mal fing es Feuer und zwar nicht einmal in heller Flamme, so daß man sie in den entfernteren Theilen der Stadt nicht bemerken konnte. Dieß verursachte Verwirrung, Ungewißheit, Furcht vor Verrath. Inzwischen setzte sich ein Theil der Verschwornen, 19 an der Zahl, nachdem sie endlich den Brand bemerkt, in Bewegung nach dem Belvedere. Die Wachen vor dem Palaste werden niedergestoßen, die Diener verwundet, die Verschwornen stürmen sodann die Treppen hinan, um den Großfürsten aufzusuchen. Dieser war inzwischen auf den

Digitized by Google

Lärm aufmerksam geworden und rettete sich noch zu rechter Zeit. Der Vicepräsident Lubowidzki, der den Verschwornen den Zugang zu den Zimmern des Prinzen verwehren wollte, sinkt von Bayonnettstichen durchbohrt nieder, ein Anderer, der General Gendre, welcher um Hülfe ruft, wird im Hofe erschossen. Indessen der Hauptzweck, nämlich die Ermordung oder Gefangennehmung Constantin's, war vereitelt. Und ebenso wenig glückte den Unterfähndrichen die Ausführung ihres Unternehmens. Nachdem Wysocki das Brauhaus angezündet, eilte er in die Schule der Fähndriche und rief sie zu den Waffen. Es waren ihrer 160. Diese waren aber zu schwach, um die Casernen der russischen Reiterei mit Erfolg anzugreifen: sie warteten daher auf die polnischen Jäger, welche ihnen nach der Verabredung zu Hülfe kommen sollten; als sie aber ausblieben, unternahm Wysocki mit seinen wenigen Leuten allein den Sturm der Uhlanencaserne, wurde jedoch zurückgeworfen. Inzwischen waren die anderen russischen Reiter durch den Lärm aufmerksam geworden. Die Cuirassiere saßen auf und rückten gegen die Fähndriche heran: mit genauer Noth gelang es ihnen, sich durchzuschlagen und in das Innere der Stadt zu entkommen, wo sie sich mit den übrigen Verschwornen zu vereinigen gedachten. Sie werden auf dem Wege dahin von den Uhlanen verfolgt, werfen sich in die halbausgebaute Radziwil'sche Caserne, unterhalten von hier aus ein lebhaftes Feuer gegen ihre Verfolger und zwingen sie endlich, umzukehren. Während diese Dinge im Süden der Stadt vorfielen und zwar keineswegs zum Vortheil der Verschwornen, traf sie ein neues Unglück im Innern der Stadt. Die Jägercompagnien nämlich, welche den Fähndrichen zu Hülfe kommen sollten, werden auf ihrem Marsche aufgehalten, von der reitenden Garde, die auf den ersten Lärm aufgesessen und von dem westlichen Theile in die Mitte der Stadt geeilt war, empfangen und sodann bis nach dem Belvedere geleitet, wo sich inzwischen die drei russischen Reiterregimenter (Uhlanen, Cuirassiere und Husaren) aufgestellt hatten. Die Jägercompagnien waren also für den Aufstand verloren. Ebenso wenig gelang die Entwaffnung der russischen Infanterieregimenter, womit Urbanski beauftragt worden

Digitized by Google

war. Die Verschwornen im nördlichen Theile der Stadt sahen nämlich nichts von dem Brande des Brauhauses, warteten mit dem Angriffe bis nach sieben Uhr, und geriethen, als sie immer noch keine Nachricht erhielten, in Verzweiflung. Endlich glaubten sie nicht länger zögern zu dürfen. Sie gaben jetzt das Zeichen dadurch, daß sie ein paar alte Häuser in der Nähe des Zeughauses in Brand steckten. Dadurch aber wurden die russischen Infanterieregimenter aufgeschreckt, die inzwischen auch von anderer Seite unterrichtet worden waren; sie standen schon in Reihe und Glied, als die Verschwornen gegen ihre Casernen heranrückten: der Gedanke an Ueberrumpelung und Entwaffnung mußte aufgegeben werden. Dagegen gelang die um dieselbe Zeit unternommene Erstürmung des Zeughauses, von Zaliwski geleitet. 40,000 Gewehre wurden sofort unter die Aufständischen vertheilt, unter Soldaten und Volk. Denn zugleich hatte Bronckowski seinen Auftrag vollführt, das Volk von Warschau zu den Waffen zu rufen und es durch das Vorgeben zu entflammen, als fielen die Russen über die Polen her und schlachteten sie. Die Volksmassen wurden dann auf den wichtigsten Punkten der Stadt aufgestellt.

Gegen Mitternacht standen die Dinge für die Russen noch gar nicht gefährlich, und die Verschwornen hatten verhältnißmäßig wenig Erfolge errungen. Sie mochten bis jetzt nicht stärker sein, als 4—5000 Mann polnische Truppen, die anderen, vorderhand noch treuen, polnischen Regimenter mochten an Zahl ebenso viel betragen: die Russen zählten gegen 7000 Mann. Die Momente, welche den Polen den Sieg verschafften, waren folgende. Für's Erste gelang es den Aufständischen, die russischen Generale und Regimentsbefehlshaber größtentheils entweder gefangen zu nehmen oder zu tödten, wenn sie, erschreckt durch den Tumult, von ihren Wohnungen zu ihren Regimentern eilten. Dadurch waren die meisten russischen und treuen polnischen Regimenter augenblicklich ohne Führer: sie wußten nicht, wie sie sich verhalten sollten, und blieben in Unthätigkeit. Sodann befand sich der Großfürst selber in der äußersten Bestürzung. Der Anschlag, der auf sein Leben gemacht worden war und dem er kaum hatte ent-

Digitized by Google

gehen können, machte einen tiefen Eindruck auf ihn und raubte ihm die Besinnung und die Kraft zum entscheidenden Handeln. Es kam hinzu, daß ihm von Seite polnischer Generale eingeredet wurde, der Aufruhr sei in der falschen Meinung entstanden, die Russen wären über die Polen hergefallen: um die Ruhe wieder herzustellen, sei es am besten, wenn man die Russen ganz aus dem Kampfe zurückziehe. Genug: Constantin, sonst so hart, grausam und eifrig in der Aufspürung freier Gesinnungen, verlor gänzlich den Kopf im Augenblicke der Gefahr. Er stellte sie sich zu groß vor, als daß er einen Widerderstand für erfolgreich gehalten hätte: er gedachte ihn deshalb aufzugeben. Die Aufständischen, so wie sie diese Haltung der Russen bemerkten, wurden immer kühner, warfen die russischen Truppen, welche etwas gegen sie unternahmen, zurück: von Moment zu Moment nahm die Empörung in innerer und äußerer Ausdehnung überhand: die Massen wuchsen zusehends an, sowie das Siegesgefühl. Gegen Morgen ruhte der Kampf auf einige Stunden. Um 6 Uhr begann er von Neuem. Die russischen Regimenter wurden nun von allen Seiten durch die Aufständischen angegriffen und mußten zurückweichen. Constantin gab jetzt den Befehl zum allgemeinen Rückzug. Im Laufe des Vormittags vom 30. November hatten alle russischen Truppen Warschau geräumt. Den Nachmittag folgten die treu gebliebenen polnischen.

Constantin blieb noch drei Tage in der Nähe von Warschau, hoffend, durch Unterhandlungen die Dinge wieder in's Geleise bringen zu können. Als dieß nicht gelang, die polnischen Regimenter vielmehr den unzweideutigen Wunsch ausdrückten, sich mit ihren Landsleuten zu verbinden, trat er auf dem linken Ufer der Weichsel seinen Rückmarsch an, setzte bei Pulawy über diesen Strom und zog unaufgehalten mit dem Reste seiner Truppen aus den polnischen Gränzen.

In ganz Polen aber wurde die Nachricht von der Revolution mit dem größten Jubel aufgenommen: alle Regimenter erklärten sich für sie: die Bevölkerung schwärmte und zeigte sich bereit, die größten Opfer für die Befreiung des Vaterlandes zu bringen.

Digitized by Google

Die Ereignisse bis zu dem Einrücken der Russen.

Die Revolution vom 29. November war allein durch die revolutionaire Partei vorbereitet und ausgeführt worden. Der diplomatischen wie der constitutionellen, obschon einige Mitglieder vorher davon unterrichtet sein mochten, kam dieses Ereigniß doch unerwartet und ungelegen. Sie fürchteten dadurch die Entwicklung in Bahnen getrieben zu sehen, welche nicht die ihrigen waren: sie besorgten nicht nur einen unvermeidlichen Krieg mit Rußland, dessen unglücklichen Ausgang sie ahnten, sondern auch eine mächtige Rückwirkung auf die inneren politischen Zustände: Auflösung der socialen Ordnungen, Gründung neuer Einrichtungen zum Nachtheil der bisher bevorrechteten Stände, namentlich des höheren Adels, schien die nothwendige Folge zu sein, wenn man die Revolution ihren naturgemäßen Lauf gehen lasse. Die Revolution, wie unangenehm sie auch der Erhaltungspartei sein mochte, war aber eine vollendete Thatsache: was sie thun konnte, um die, wie sie meinte, schädlichen Wirkungen derselben zu hemmen, war nichts Anderes, als daß sie sich an die Spitze der Revolution stellte, daß sie die Leitung der Geschäfte selber in die Hand nähme. Und dieß war gar nicht schwer. Denn die Bewegungspartei, welche die Empörung durchgeführt, bestand theils aus unfähigen Männern, zwar geschickt zu Verschwörungen und zur Leitung eines Straßenkampfes, aber nicht zu höheren Dingen, theils aus unbekannten Namen, wenn auch talentvoll, doch welche die öffentliche Meinung noch nicht für sich gewonnen hatten. Auch wenn sie gewollt, hätte die Bewegungspartei die Leitung des öffentlichen Wesens nicht an sich reißen können: sie würde im Augenblicke gar nicht unterstützt worden sein. Das Volk rief vielmehr nur nach den bekannten Namen, nach den alten Familien, nach Männern in bedeutenden Stellungen. Ueberdieß fühlte dieß die Bewegungspartei selber und

Digitized by Google

sie machte daher auch gar keinen Versuch, die Herrschaft selber in die Hand zu nehmen.

Unter solchen Umständen kam also die Regierung in die Hände der Erhaltungspartei. Zur Zeit der Revolution bestand neben dem Großfürsten Constantin ein Verwaltungsrath, welcher die Regierungsgeschäfte besorgte. Die Seele dieses Rathes war der Fürst Lubecki. Dieser, die Lage der Dinge augenblicklich überschauend, glaubte, um die bisherige oberste Behörde beibehalten zu können, nichts Eiligeres thun zu dürfen, als mehrere populaire Namen in dieselbe aufzunehmen. Schon am 30. November wurden also dazu ernannt der Fürst Adam Czartoryski, Michael Radziwill, Senator Kochanowski, General Ludwig Pac, der Dichter Niemcewicz, der General Chlopicki. Letzterem wurde der Oberbefehl über das Heer übertragen. Da jedoch der also veränderte Verwaltungsrath sofort eine Verkündigung bekannt machte, deren Wesen im Widerspruch mit den Ideen der Revolution stand, so setzte sich die Bewegungspartei mächtig entgegen, und der Verwaltungsrath sah sich genöthigt, die früheren mißliebigen Mitglieder aus ihm zu entfernen und noch mehr populaire Namen in ihn aufzunehmen, wie Leon Dembowski, Ladislaus Ostrowski, Gustav Malachowski, Lelewel. Noch später wurden sogar vier entschiedene Vertreter der Bewegungspartei, Bronckowski, Machincki, Mochnacki, Plichta, wenn auch nur als berathende Mitglieder aufgenommen. Endlich, am 4. December, glaubte man den Verwaltungsrath ganz fallen lassen zu müssen: er wurde aufgelöst, und an seine Stelle trat eine provisorische Regierung, bestehend aus Czartoryski, Präsident, Pac, Kochanowski, Dembowski, Niemcewicz, Lelewel, Ladislaus Ostrowski. Alle diese Männer gehörten mit Ausnahme Lelewel's entweder der diplomatischen oder der constitutionellen Partei an.

Es konnte nicht fehlen: die beiden Hauptparteien mußten gleich jetzt, wo es sich darum handelte, wie die Revolution zu benutzen und auszubeuten sei, in scharfen Gegensätzen wider einander auftreten. Die Bewegungspartei, welche die Revolution gemacht, hatte dabei im Sinn, ein freies unabhängiges Polen herzustellen und zwar wo

Digitized by Google

möglich in der ganzen ehemaligen Ausdehnung, oder doch wenigstens in der Weise, daß die von Rußland abgerissenen Provinzen wieder damit vereinigt würden. In diesem Sinne wünschte sie, daß sofort gehandelt würde. Ihre Meinung war, den Großfürst Constantin nicht ziehen zu lassen, sondern ihn sammt seinen russischen Truppen aufzuheben, sodann das Volk in großartigem Style zu revolutioniren, stehenden Fußes in die ehemals polnischen Provinzen Rußlands, Litthauen, Volhynien, Podolien einzudringen, diese, deren Einwohner noch gut polnisch gesinnt seien, in Besitz zu nehmen und zu revolutioniren, was um so leichter geschehen könnte, als Rußland entweder noch keine oder doch sehr wenig Truppen daselbst stehen habe.

Diese Vorschläge, welche sich auch vom Standpunkte der höheren Kriegskunst als die richtigen erwiesen, indem sie die kriegerische Kraft Polens verdoppelten, ja verdreifachten, während sie die russische in demselben Grade schwächten, waren im Grunde auch die der öffentlichen Meinung. Aber die Partei, welche sich vorzugsweise zu ihrer Vertheidigung aufwarf, die demokratische oder Bewegungspartei, beleidigte durch die Art und Weise, wie sie sich benahm, durch ihre Leidenschaftlichkeit, Heftigkeit und tobendes Gebahren die entgegengesetzten und brachte diese dadurch dermaßen wider sich auf, daß sie auch gegen solche Vorschläge derselben mißtrauisch wurden, welche sie unter anderen Umständen vielleicht gutgeheißen hätten. Die Bewegungspartei gründete gleich nach der Revolution eine patriotische Gesellschaft, in welcher sie sich alle Abende versammelte. Die heftigsten Reden wurden daselbst gehalten: an Mäßigung dachte Niemand: es konnte nicht fehlen, daß oft unreifes Zeug geschwatzt wurde und daß im Ganzen die Gesellschaft einen zerstörenden niederreißenden Charakter annahm. Da ihre Versammlungen aber außerordentlich zahlreich besucht wurden, besonders von den niederen Volksclassen, so entstand bei den höheren Ständen die Angst, daß es zuletzt nur auf anarchische Zustände abgesehen sei. Dazu kam noch die Art und Weise, wie von dieser Partei die Presse benutzt ward. Gleich nach der Revolution tauchten eine Menge neuer Blätter auf: unter diesen vertrat die

Digitized by Google

„Nowa Polska“ („das neue Polen“) vorzugsweise die Bewegungspartei. Die besten Talente derselben wandten ihr ihre Kräfte zu, wie Adam Gurowski, Moritz Mochnacki, Bronckowski, Pulawski, Zukowski, auch Lelewel. Diese Zeitung war mit der größten Schärfe und Leidenschaftlichkeit geschrieben, sie bewegte sich nicht blos in allgemeinen Ansichten und Vorschlägen, sondern sie griff auch Persönlichkeiten an, und zwar mit der ganzen Rücksichtslosigkeit, welche in revolutionairen Zeiten an der Tagesordnung zu sein pflegt. Dadurch wurden die entgegenstehenden Parteien noch mehr erbittert, und der Haß wurde immer größer.

Die Erhaltungspartei in ihren zwei Schattirungen, der diplomatischen und der constitutionellen, war von vornherein kühnen gewaltigen Entschlüssen abgeneigt. Sie hatte, wie gesagt, die Revolution nicht gewollt: und nachdem sie da war, so wollte sie wenigstens nicht in ihrem Sinne vorwärts gehen. Sie hoffte noch vermitteln und Alles auf ruhige Weise beilegen zu können. Ihr Ziel war die Constitution von 1815 mit Beseitigung aller durch die russische Regierung vorgenommenen Verletzungen: sie dachte weder an Trennung von Rußland noch auch, wenigstens nicht in der Mehrzahl, an Erweiterung der polnischen Gränzen. Und da ihre Forderungen so mäßig waren, so glaubte sie auch an einen glücklichen Erfolg ihrer Unterhandlungen mit dem Kaiser. Mittlerweile that sie aber auch nichts, um für das Gegentheil gerüstet zu sein. Das Wesen dieser Partei bestand in dem Vertrauen auf eine in ihrem Sinne glückliche Lösung der polnischen Frage und in einer in Folge dieses Vertrauens erstaunlichen Sorglosigkeit und Unthätgkeit. Doch konnte sie sich dieser nicht vollständig hingeben: sie wurde dazwischen immer von der Bewegungspartei aufgeschreckt, welche vorwärts trieb und die Erhaltungspartei zu mancher Handlung verleitete, die ihrem eigentlichen Wesen widersprach; aber eine Eigenthümlichkeit dieser Partei war eben auch diese, daß sie keine Selbstständigkeit besaß, sondern sich von den Ereignissen drängen und bestimmen ließ. Im Herzen war ihr die Bewegungspartei auf's Tiefste verhaßt, dennoch konnte sie sich ihren Ein-

Digitized by Google

flüssen nicht entziehen, und selbst die provisorische Regierung, welche aus Führern dieser Partei zusammengesetzt war, mußte dieses erfahren. Sie sah sich veranlaßt, einen Aufruf an das Volk im Sinne der Revolution zu erlassen und alle verabschiedeten Soldaten und Unteroffiziere unverzüglich wieder einzuberufen. So geschah von Seite der Regierung wohl so viel, als nöthig war, um den Kaiser von Rußland wider die Polen aufzubringen, und in seinen Augen als Aufrührer zu erscheinen, aber nicht genug, um ihm mit allen Mitteln und Kräften der Revolution entgegentreten und die Spitze bieten zu können.

Die Lage der Dinge änderte sich etwas, als Chlopicki Dictator ward. Der General Chlopicki, im Jahre 1772 in Gallizien geboren, von Jugend auf Soldat, hatte die Kriege seines Vaterlandes in den Jahren 1792 und 1794 unter Kosciuszko mitgemacht, zeichnete sich später in den napoleonischen Kriegen, in Italien, in Spanien und in Rußland aus und rückte bis zum Grade eines Brigadegenerals vor. Nach Napoleon's Sturze wurde er vom Kaiser Alexander zum Divisionsgeneral ernannt, nahm jedoch wegen eines Zwistes mit Constantin bald seine Entlassung und lebte zurückgezogen in Warschau. Er galt allgemein als der talentvollste polnische General, und da er seinen Abschied genommen, zählte man ihn auch zu den Unzufriedenen, weshalb die Verschwornen noch vor der Revolution die größten Hoffnungen auf ihn gesetzt: sie rechneten auf ihn in dem Kriege gegen Rußland, überhaupt in der Durchführung ihrer Entwürfe. Allein Chlopicki war durchaus nicht der Mann wie sie sich ihn dachten. Er vertrat vielmehr vollkommen die Erhaltungspartei. Ein nüchterner, etwas beschränkter Verstand, war er allen revolutionairen Entwürfen abgeneigt, weshalb er sich auch allen geheimen Verbindungen und Verschwörungen fern gehalten hatte. Seinem ganzen Wesen nach Soldat, Aristokrat, conservativ, haßte er gleich Napoleon die Volksbewegungen, die ihm nur Verwirrung herbeizuführen schienen: er hatte kein Vertrauen zum Volke und zu dem, was es in seiner Erhebung auszuführen vermöchte. Demnach läßt sich begreifen, wie un-

Digitized by Google

angenehm er von der Revolution des 29. November berührt war: um nicht genöthigt zu sein, irgend eine Rolle in derselben zu übernehmen, versteckte er sich den ganzen andern Tag, und erst, als er sah, daß die Dinge doch einen ruhigeren Gang nähmen, kam er hervor und übernahm den Oberbefehl über die Truppen. Er entwickelte jedoch bald seine Ansicht von der Revolution. Er erklärte, daß er sie für ein Unglück halte, that nichts, um den Großfürsten Constantin aufzuhalten, räumte vielmehr alle Hindernisse aus dem Wege, die sich ihm auf seinem Marsche entgegenstellen konnten. Der Bewegungspartei konnte diese Richtung Chlopicki's nicht lange unbekannt bleiben: sie richtete daher ihre Angriffe gegen ihn und setzte ihn sogar durch eine Abordnung wegen seines Verhaltens zur Rede. Chlopicki bei all' seiner Nüchternheit doch leidenschaftlich und von soldatischer Derbheit, benutzte diesen Vorgang dazu, um den öffentlichen Dingen mit Einem Male eine andere Wendung zu geben. Aergerlich über das Gebahren der Bewegungspartei und über den Einfluß, den sie auf das Volk, das Heer und selbst die Regierung ausgeübt, beschloß er, die Leitung des Staats selber in die Hand zu nehmen. Am 5. December verfügte er sich in die Sitzung der provisorischen Regierung und erklärte sich zum Dictator: „er wolle den Unordnungen ein Ende machen, er werde sich hauptsächlich mit den inneren Feinden beschäftigen, die bei weitem gefährlicher seien als die äußeren." Die provisorische Regierung, erschreckt, willigte sofort in dieses Ansinnen und stellte ihm eine Vollmacht darüber aus. Chlopicki behielt die bisherigen Mitglieder derselben, mit Ausnahme Lelewel's, als Ministerium bei.

Chlopicki konnte einen solchen Schritt wagen, ohne fürchten zu dürfen, daß er mißglückte. Denn er war der gefeiertste Mann in ganz Polen. Nicht nur das ganze Heer war ihm treu ergeben und mit dem größten Vertrauen zugethan, sondern auch die übrigen Classen des Volkes schauten auf ihn als auf ihren Retter. Er war einer von jenen Männern, welche das Volk in Zeiten von Umwälzungen, die zugleich eine äußere Gefahr heraufbeschworen haben, aus Instinct

Digitized by Google

mit all' den großen Eigenschaften ausschmückt, welche nothwendig sind, um jene zu überwinden. Chlopicki dachte man sich als den verkörperten Volksgeist: man fand Alles an ihm vortefflich und setzte eine Menge Eigenschaften bei ihm voraus, die er entweder gar nicht oder wovon er sogar die entgegengesetzten besaß. So groß war die Begeisterung des Volkes für ihn, daß die Führer der Bewegungspartei, welche sich gegen ihn erhoben, auf das Bitterste geschmäht wurden und kaum persönlichen Mißhandlungen entgingen.

Chlopicki ließ bald keinen Zweifel mehr darüber, in welchem Sinne er die Dictatur zu führen gedenke. Seine erste Thätigkeit war gegen die Bewegungspartei gerichtet. Er schloß die politischen Clubs, er beschränkte die Presse und suchte sogenannte Ruhe und Ordnung zu erhalten. Was das Verhältniß zu Rußland anbetrifft, so verzweifelte er von vornherein an jedem glücklichen Ausgange eines Krieges mit dieser Macht. Seine Absicht war daher nicht auf den Krieg gerichtet, sondern auf die Herstellung eines guten Einvernehmens mit dem Kaiser. Zu diesem Ende schickte er zwei Abgesandte an Nikolaus, den Fürsten Lubecki und den Grafen Jezierki. Diese hatten den Auftrag, nur die Wiederherstellung der Constitution von 1815 zu verlangen. An etwas Weiteres dachte Chlopicki nicht: es fiel ihm daher auch gar nicht ein, mit Ernst die Erweiterung der polnischen Gränzen, die Wiedervereinigung mit Litthauen und Volhynien zu betreiben: er wies alle Anträge der dortigen Einwohner auf eine Erhebung zurück, und ebenso ähnliche, welche ihm von Posen und Gallizien zugekommen. Sein Streben war darauf gerichtet, auch den auswärtigen Mächten zu zeigen, daß die dermalige polnische Regierung den Weg des Gesetzes durchaus nicht zu verlassen gedenke, und um ja keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Polen sich nicht von Rußland trennen wolle, behielt Chlopicki in allen öffenlichen Acten den Namen des Königs Nikolaus bei und auch bei den Kirchengebeten durfte er nicht vergessen werden.

Man kann sich denken, daß die Bewegungspartei diese Handlungsweise des Dictators höchlich mißbilligte. Obschon ihre Clubs

Digitized by Google

geschlossen waren, hielt sie doch noch, wenn auch geheim, Zusammenkünfte, und gab sich große Mühe, ihren Ansichten Eingang zu verschaffen. Die Eröffnung des Reichstags, welcher noch von der provisorischen Regierung auf den 18. December einberufen worden war, schien ihr ein neues Feld der Thätigkeit anzuweisen. In der That gelang es ihr, einen großen Theil der Landboten für gänzliche Trennung von Rußland und für die Wiedererwerbung der ehemaligen polnischen Provinzen zu stimmen. Ein Theil dieser Landboten begab sich zu Chlopicki, um seine Ansicht zu vernehmen, erfuhr aber von ihm mit Bestimmtheit, daß er nichts weiter, als die Constitution von 1815 und die Befreiung Polens von russischen Truppen wolle. Sie waren sehr darüber erstaunt, versäumten es aber, den Inhalt dieser Unterredung mitzutheilen, aus Furcht, daß derselbe eine unglückliche Rückwirkung auf den Geist des Volkes haben möchte.

Am 18. December eröffneten sich die Kammern. Sie erklärten sofort den Aufstand vom 29. November als eine Nationalsache und bestätigten ihn. Chlopicki, darüber entrüstet, legte nun seine Dictatur nieder. Dieß verursachte beim Volke einen großen Sturm, selber bei einem Theile der Bewegungspartei, welche den General noch immer nicht durchschaut hatte. Der Reichstag wurde gezwungen, Chlopicki die Dictatur zu bestätigen, und zwar unter folgenden Bedingungen: 1) er ist unverantwortlich; 2) neben ihm steht ein Reichtagsausschuß, der ihn nöthigenfalls der Dictatur wieder entheben kann; 3) der Dictator ernennt die Mitglieder der Regierung; 4) der Reichstag geht sofort auseinander. Dieß geschah am 20. December; gleich darauf löste sich der Reichstag auf, nachdem er vorher den Aufsichtsausschuß und einen zur Abfassung einer Proclamation gewählt hatte. Chlopicki ernannte nun einen Nationalrath und ein Ministerium.

Indessen der Widerspruch zwischen den Ansichten des Dictators und der öffentlichen Meinung konnte nicht lange mehr verborgen bleiben. Der vom Reichstag ernannte Ausschuß verabfaßte die Proclamation zur Rechtfertigung des Aufstandes. In dieser wurden als Grund desselben angegeben die Unterdrückung der Preßfreiheit, die

Digitized by Google

geheime Polizei, die mangelhafte Rechtspflege, der Aufenthalt der russischen Truppen in Warschau, Vorenthalt des Budgets, endlich das Verlangen nach Unabhängigkeit und nach Wiedervereinigung mit den litthauischen Provinzen. Chlopicki war mit dieser Proclamation durchaus nicht einverstanden, weil er glaubte, daß dadurch jede Ausgleichung mit Rußland unmöglich gemacht würde, er verbot daher ihre Veröffentlichung: nichts desto weniger wurde sie gedruckt, worüber er sich sehr erbitterte. Ein noch heftigerer Zusammenstoß erfolgte bei der durch Chlopicki veranstalteten Verhaftung Lelewel's. Die Bewegungspartei, als sie über das Streben des Dictators nicht mehr im Zweifel sein konnte, that Alles, um seine Stellung zu unterhöhlen, und setzte ihm heimlich und öffentlich Widerstand entgegen. Chlopicki glaubte einer Verschwörung gegen ihn auf die Spur gekommen zu sein und ließ ohne Weiteres die Häupter dieser Partei, unter Anderen Lelewel, verhaften. Diesem Verfahren widersetzte sich aber selbst sein Ministerium, da Lelewel Landbote und Mitglied des Aufsichtsausschusses, wie des Ministeriums war. Chlopicki sah sich gezwungen, die Verhafteten wieder freizugeben.

Von Tag zu Tag wurde seine Stellung unhaltbarer. Endlich beschleunigten die Nachrichten, welche aus Petersburg ankamen, seinen Sturz.

Der Kaiser Nikolaus erhielt die erste Nachricht von der polnischen Revolution in der Nacht vom 6. December 1830. Sofort befahl er die Zusammenziehung eines großen Heeres unter dem General Diebitsch. Unter dem 17. December erließ er einen Aufruf an die Polen, in welchem er ihnen Verzeihung des Begangenen versprach, wenn sie sich sofort unterwerfen und folgende Bedingungen erfüllen würden: Freilassung aller festgehaltenen russischen Unterthanen; Wiederherstellung des Verwaltungsrathes; Aufhebung jeder ungesetzlichen Behörde; Vereinigung der polnischen Truppen bei Plock, wo ihnen die Befehle des Kaisers zukommen würden; Wiedererstattung der aus dem Zeughause entwendeten Waffen. Dabei war aber den eigentlichen Führern des Aufstandes keineswegs Verzeihung zugesagt. Dieser

Digitized by Google

Aufruf war erlassen noch vor der Ankunft der polnischen Gesandten in Petersburg: diesen gelang es mit genauer Noth vorgelassen zu werden, und nur dadurch wurde ihnen die Audienz gestattet, daß sie nicht als Abgesandte irgend einer polnischen Behörde, sondern als Privatpersonen zu erscheinen erklärten. Der Erfolg ihrer Unterredung war vorherzusehen. Nikolaus verlangte unbedingte Unterwerfung: er denke nicht daran, mit seinen empörten Unterthanen sich in Unterhandlungen einzulassen. Bei dem ersten Kanonenschuß, den sie gegen seine Truppen losschießen würden, erklärte er, sei sein Entschluß gefaßt: er würde Polen umkehren. Alle Versuche, ihn milder zu stimmen, waren vergebens. Anfangs Januar 1831 verließ der Graf Jezierski Petersburg — der andere Abgesandte Fürst Lubecki, blieb daselbst zurück — am 15. langte er in Warschau an. Auf dem Wege dahin bemerkte er allenthalben die Märsche der russischen Truppen. Die Nachrichten, welche er mitbrachte, in Verbindung mit den Briefen des russischen Ministers Grabowski an Chlopicki, ließen keinen Zweifel mehr übrig, daß an eine Aussöhnung mit dem Kaiser nicht mehr zu denken sei. Denn auch in dem Briefe an Chlopicki wurde unbedingte Unterwerfung gefordert. Chlopicki berief sogleich den Nationalrath und sein Ministerium, theilte die erhaltenen Nachrichten mit und — schlug die vom Kaiser verlangte Unterwerfung vor. Dieser Vorschlag stieß aber auf Widerstand. Hierauf begab sich der Aufsichtsausschuß zu Chlopicki: auch gegen diesen blieb Chlopicki auf seiner Meinung. Aber daran war bei der Stimmung der Nation nicht mehr zu denken. Als Chlopicki nicht nachgeben wollte, entsetzte ihn der Aufsichtsausschuß der Dictatur, verlangte aber von ihm, daß er den Oberbefehl über das Heer beibehalten sollte. Chlopicki erklärte, daß er die Dictatur niederlege, wies aber störrig den Oberbefehl ab und, von einigen heftigen Mitgliedern gedrängt, die ihn auf die Gefahr des Vaterlandes aufmerksam machten, sprach er nur seinen Willen aus, als gemeiner Soldat zu dienen.

Der Rücktritt Chlopicki's, in Verbindung mit seinen nun erst allgemein bekannt gewordenen politischen Ansichten, stürzte ihn auf

Digitized by Google

einmal in der öffentlichen Meinung. Die Wuth und Erbitterung wider ihn wurde nun ebenso groß, wie unbegränzt vorher die Verehrung gegen ihn gewesen war. Ja, er wurde sogar einige Tage lang in seinem Hause bewacht, weil man in ihm einen Verräther vermuthete.

Es war aber jetzt vor Allem nöthig, einen neuen Feldherrn und eine neue Regierung zu ernennen. Die Kammern waren schon von Chlopicki auf den 19. Januar 1831 wieder einberufen worden. Gleich am 20. Januar beschäftigten sie sich mit der Wahl eines Oberfeldherrn. Es war schwer, einen passenden zu finden: unter allen polnischen Generalen war keiner, der in Bezug auf militairische Fähigkeit ein so unbedingtes Vertrauen genoß, als Chlopicki. Endlich vereinigten sich die Stimmen auf den Fürsten Radziwill, der zwar unbedeutend war, von dem man aber wußte, daß er mit Chlopicki gut stehe und sich von diesem die nöthigen Rathschläge ertheilen lassen würde.

Die Nachricht von dem Anmarsche der russischen Truppen, die Mittheilung der Unterredung Jezierski's mit Nikolaus, die Proclamation des Generals Diebitsch an die Polen — all' dieß hatte eine so große Aufregung unter die Polen geworfen, daß einen Augenblick lang selbst die verschiedensten Parteien mit einander Hand in Hand gingen und sich nur von dem Gedanken an die Befreiung des Vaterlandes leiten ließen. Diese Aufregung der Gemüther benutzte die Bewegungspartei, um den Reichstag zu einem entscheidenden Schritte zu stimmen. Auf den Vorschlag Roman Soltyk's wurde am 25. Januar 1831 vom Reichstage der polnische Thron für erledigt erklärt. Der Bruch mit Rußland war hiermit unwiderruflich ausgesprochen.

Und nun ging der Reichstag sogleich an die Ernennung einer neuen Regierung. Fünf unverantwortliche Männer wurden dazu ernannt: Czartoryski als Präsident, sodann Vincent Niemojewski, Theophil Morawski, Barzykowski und Lelewel. Auch von diesen gehörten die 4 ersten der gemäßigten, nur Lelewel der demokratischen Partei an. Diese fünf Herren hatten alle Rechte, welche nach der

Digitized by Google

Verfassung dem Könige zukamen, mit Ausnahme der Bestätigung oder Verwerfung der Reichstagsbeschlüsse, der Entscheidung über Krieg und Frieden, der Ernennung der Mitglieder der ersten Kammer, welche Rechte alle den Landboten vorbehalten wurden, und endlich der Bestimmung der Kriegsoperationen, welche nur dem Oberfeldherrn zukamen.

Die erste Phase der Revolution war vorüber: jetzt konnten nur noch die Waffen entscheiden.

Die Kriegsbegebenheiten bis zur Schlacht von Grochow*).

Wir haben oben schon angegeben, daß die Bewegungspartei gleich Anfangs darauf gedrungen hatte, unverzüglich in Litthauen einzufallen. In richtigem Gefühle hatte sie diesen Vorschlag gemacht: bis zum 15. December konnte Litthauen fast ohne Schwertstreich von den Polen besetzt werden, und sie konnten daselbst ein ebenso großes Heer auf die Beine bringen wie in Polen selber. Und zwar wurden diese Vorschläge nicht nur so obenhin gemacht: einer der gebildetsten polnischen Offiziere, der Oberst Chrzanowski, entwarf um die Mitte Decembers einen Feldzugsplan in diesem Sinne, welchen er Chlopicki vorlegte: auch der Oberstlieutenant Prondzynski that dergleichen. Die Antwort, welche Chlopicki darauf gab, war, daß er beide Offiziere von seiner Person entfernte und ihnen untergeordnete Posten in den Provinzen anwies. Noch um die Mitte Januar 1831 war es Zeit, jenen Gedanken zur Ausführung zu bringen: damals konnte wenigstens noch die Hälfte von Litthauen ohne Schwertstreich eingenommen werden. Indeß: man ließ auch diese Zeit verstreichen. Nach 14 Tagen

*) Vergl. Fr. von Smitt Gesch. des polnischen Aufstandes und Krieges 1830 und 1831. Drei Bände. Berlin 1839. Ludwig von Mieroslawski kritische Darstellung des Feldzugs von 1831. Zwei Bände. Berlin, 1847. Beide Werke haben wir bei der Darstellung der kriegerischen Begebenheiten zu Grunde gelegt.


Digitized by Google

war es zu spät: da standen die Russen bereits mit 118,000 Mann an den polnischen Gränzen.

Die acht Wochen, welche die Polen Zeit gehabt, wurden allerdings zu Rüstungen verwendet. Aber auch hier verspürte man den nachtheiligen Einfluß des Dictators. Beim Ausbruch der Revolution bestand die polnische Armee aus 35,000 Mann mit 106 Geschützen. Die neuen Aushebungen wurden nun nicht in der Weise angeordnet, daß sie unter die alten gedienten Bataillone vertheilt wurden, wodurch das ganze Heer in Kurzem zu einem tüchtigen hätte herangebildet werden können, sondern aus den Neuausgehobenen wurden dritte und vierte Bataillone gebildet, auf welche vermöge ihrer geringeren Uebung nicht recht zu zählen war. Einem Aufstande der Nation in Masse war nun vollends Chlopicki abgeneigt. Was in dieser Beziehung von Seite des Volkes vorbereitet ward, wurde von ihm viel mehr unterdrückt, als begünstigt. Im Ganzen konnte man die Stärke der polnischen Armee bis zum Februar auf 57,000 Mann Infanterie und 20,000 Mann Reiterei, 3000 Mann Artillerie mit 142 Stück Geschützen angeben: zusammen also 80,000 Mann. Diese konnten jedoch nicht alle im Felde verwendet werden: die active Armee war nicht stärker, als 36,550 Mann Infanterie, 10,500 Mann Reiterei. Sie war in vier Infanteriedivisionen unter Krukowiecki, Zymirski, Skrzynecki, Szembeck, und drei Reiterdivisionen unter Jankowski, Suchorzewski, Lubienski, und eine Reservereiterei unter Skarzynski und Kicki eingetheilt.

Die polnische Armee war tapfer und begeistert: sie ersetzte durch den Geist, der ihr inwohnte, und durch die Vaterlandsliebe, von welcher sie erfüllt war, das, was ihr an Stärke und Zahl abging. Aber es fehlte ihr an einer geschickten Leitung. Den Oberbefehl führte dem Namen nach Fürst Radziwill, allein dieser war vollkommen unfähig. Im Wesentlichen leitete Chlopicki die Bewegungen, dem dazwischen auch Prondzynski und Chrzanowski, die man in den Generalstab gerufen, an die Hand gingen. Aber auch Chlopicki war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Ein guter Divisionsgeneral, in der Schlacht

Digitized by Google

voll Muth, Unerschrockenheit und Ausdauer, entbehrte er jedoch jener höheren Fähigkeiten, welche den eigentlichen Feldherrn bezeichnen. Dazu kam, daß er von vornherein an einem glücklichen Ausgange des Krieges verzweifelte: jederlei strategischen Plan, der den Krieg hätte in die Länge ziehen können, hielt er daher für überflüssig. Er meinte, die polnische Armee hätte nichts weiter zu thun, als vor den Mauern von Warschau eine Hauptschlacht gegen die Russen zu liefern, um wenigstens die Ehre der Waffen zu retten: die Schlacht würde aber verloren gehen und mit ihr die Revolution. Aus dieser Anschauung Chlopicki's erklärte sich, warum von den Polen gar nichts geschah, um den Russen das Einrücken in ihre Gränzen zu verhindern. Ihr Plan war folgender. Zum Hauptpunkte ihrer Stellung war Warschau ausersehen, wo man zuletzt die Russen erwarten wollte. Von da aus wurden die Polen nach zwei Seiten hin staffelförmig aufgestellt, weil man nicht wußte, woher die Russen kämen — rechts auf der Straße nach Brescz, links auf der Straße nach Kowno. Den linken Flügel befehligte Krukowiecki, den rechten Zymirski. Zur Beobachtung der Gränze wurde Suchorzewski bei Siedlce und Wengrow aufgestellt: hinter ihm stand Skrynecki bei Stanislawow und Dobre. Der Rest des Heeres blieb unter Szembeck bei Warschau.

Der russische Anführer, Feldmarschall Diebitsch, hatte nun allerdings den Plan, in das von den Polen besetzte Dreieck einzudringen, und geradezu auf Warschau loszugehen, wo er die Polen zu sprengen, die Stadt zu nehmen und auf diese Weise den Krieg mit Einem Schlage zu beendigen gedachte. Zu diesem Ende sollten alle russischen Armeecorps von der äußersten rechten, wie von der äußersten linken Spitze, wie von dem Centrum aus ihre Richtung gerade auf diesen einen Punkt nehmen. Am 5. und 6. Februar 1831 ging das ganze russische Heer auf eilf verschiedenen Punkten, aber in drei Hauptrichtungen über die Gränze. Der äußerste rechte Flügel, bestehend aus dem Grenadiercorps der Militaircolonien unter Anführung des Fürsten Schachowski, drang auf der Chaussee von Kowno gegen Maryampol hin: der äußerste linke, bestehend aus dem fünften Reserve-

Digitized by Google

cavalleriecorps unter Graf Kreutz, drang bei Uscilug ein. Andere Abtheilungen gingen bei Grodno, Bielscz, Wlodawa über. Der Kern des russischen Heeres unter der Anführung Diebitsch's selber, bestehend aus den Corps von Pahlen, Rosen, Witt und den Reserven, im Ganzen 89,000 Mann, drang am 6. zwischen den Bug und Narew ein. Da die Polen nicht den mindesten Widerstand entgegensetzten, so ging Diebitsch über den Bug und war mit der Hauptarmee am 12. Februar bis Wengrow und Siedlce vorgerückt. Nun erst kam er in die Nähe der polnischen Stellung. Die polnischen Generale versäumten in diesen Tagen mehrere höchst günstige Gelegenheiten, die Russen mit Erfolg anzugreifen. Diebitsch rückte nun in zwei großen Massen von Wengrow und von Siedlce gegen Praga vor. Die ihm entgegenstehenden Generale Zymirski und Skrzynecki zogen sich langsam vor ihm zurück.

Um dieselbe Zeit war auch das Corps von Geismar, auf dem linken russischen Flügel, welches bei Wlodawa über den Bug gegangen war, in die Nähe der russichen Hauptarmee gekommen, um ihre Bewegungen zu unterstützen. Dieses Corps erlitt aber eben jetzt einen bedeutenden Unfall. Es wurde nämlich am 14. Februar vom polnischen General Dwernicki bei Stoczek überfallen und gänzlich geschlagen, verlor 8 Kanonen, 9 Pulverwagen, mehrere hundert Todte und Gefangene. Geismar mußte sich auf das Hauptquartier nach Siedlce zurückziehen. Dieses Treffen, welches dem General Dwernicki seinen Ruhm verschaffte, war von großer moralischer Wirkung: es hob den Geist der polnischen Truppen und weckte die Kühnheit der Heerführer. Am 15. Februar hatte Skrzynecki bei Pniewnik in der Nähe von Dobre ein glückliches Gefecht mit der Vorhut des Rosen'schen Corps. Am 17. Februar lieferte derselbe General dem ganzen Rosen'schen Corps ein Treffen bei Dobre. Nachdem sich Skrzynecki fast einen ganzen Tag gegen überlegene Streitkräfte mit der größten Unerschrockenheit behauptet, zog er sich langsam zurück. Auch Zymirski zog sich in guter Ordnung vor dem Pahlen'schen Corps nach Minsk zurück.

Digitized by Google

Die russische Armee folgte den sich zurückziehenden polnischen Truppen auf dem Fuße. Am 19. Februar kam es bei Wawer zur ersten bedeutenden Schlacht. Die polnischen Divisionen Szembeck und Zymirski kämpften gegen die russischen Corps Rosen und Pahlen, welche Diebitsch selber befehligte. Anfangs ist der Sieg auf Seite der Polen, doch wird er ihnen wieder entrissen, als die Russen neue Verstärkung erhalten. Die letzteren hatten aber bedeutend gelitten, sie verloren an 4000 Leute. Am 20. erneuerte sich der Kampf bei Grochow, ohne daß er jedoch zu einer Entscheidung geführt hätte. Die Polen nahmen eine feste Stellung bei Grochow ein.

Diebitsch war nun in der Nähe von Warschau angekommen und er gedachte die Hauptschlacht zu liefern. Allein er wollte sie nicht eher wagen, als bis sein rechter Flügel, unter dem Fürsten Schachowski, ohngefähr 24,000 Mann, angekommen wäre. Derselbe hatte den Weg über Augustowo, Lomza, Ostrolenka, Rozan, Pultusk eingeschlagen, und sollte nun über Sierock, Szczuczin, Nieponnt nach Bialokenka zu marschiren, um dort den Polen in die linke Flanke zu kommen, während sie von Diebitsch vorn und rechts angegriffen würden. Da nun aber Schachowski noch einige Tage brauchte, so wartete Diebitsch so lange, ohne etwas gegen die Polen zu unternehmen, und letztere versäumten es, vor der Vereinigung des erwarteten Corps mit der russischen Hauptmacht irgend etwas Entscheidendes zu wagen. Endlich aber, am 24. Februar, kam Schachowski mit seinem Corps in Bialokenka an. Chlopicki hatte, weil er für seinen linken Flügel fürchtete, eine Abtheilung unter Jankowski und Malachowski nach Bialokenka gesendet. Hier kam es nun zwischen den Polen und dem Corps Schachowski's zu einem mörderischen Treffen. Von beiden Seiten wurde mit der größten Erbitterung gefochten; zuletzt aber mußten sich die Polen zurückziehen, weil sie zu schwach waren, und erst gegen Anbruch der Nacht bekamen sie Unterstützung durch die Division Krukowiecki. Diebitsch hatte den Kanonendonner gehört, und weil er fürchtete, daß Schachowski, ehe er sich mit ihm vereinigen könnte, von den Polen erdrückt würde, so schickte er ihm noch in der

Digitized by Google

Nacht den Befehl, den andern Tag keine Schlacht mehr anzunehmen, sondern mit Umgehung der polnischen Stellung sich auf ihn zurückzuziehen. Krukowiecki griff aber am 25. Februar das Corps Schachowski's von Neuem an und fügte ihm beträchtlichen Schaden zu, vermochte es aber doch nicht an seinem Rückzug gegen die Hauptarmee zu hindern.

Als Diebitsch am Morgen des 25. den Kanonendonner hörte, so fürchtete er von Neuem die Erdrückung Schachowski's durch die Polen, und um diese daran zu hindern, beschloß er sie selber anzugreifen und also die Hauptschlacht zu liefern. Er mochte ohngefähr 70,000 Mann stark sein, die Polen 45,000. Den ganzen Tag über währte die Schlacht. Die Polen haben mit der größten Tapferkeit, mit dem ausdauerndsten Muthe gekämpft. Der Schlüssel der polnischen Stellung war ein Erlenwäldchen vor Grochow, um welches von früh neun Uhr an bis zwei Uhr Nachmittags gestritten wurde. Dreimal nahmen es die Russen, dreimal wurden sie zurückgeworfen. Endlich raffte Diebitsch an 36 Bataillone zusammen und führte sie selber gegen den Feind. Vor dieser Uebermacht mußten sich endlich die Polen, welche bis auf den Tod erschöpft waren, zurückziehen. Mit dem Erlenwäldchen hatten sie ihren Haltpunkt eingebüßt: sie mußten eine neue Stellung einnehmen: Diebitsch wollte diesen Augenblick benutzen, um sie vollends auseinander zu sprengen. Er ließ die Reiterei gegen sie voranrücken. Aber der Boden war für dergleichen Evolutionen nicht günstig. Die Sprengung der polnischen Linie mißlang: im Gegentheil, die russische Reiterei erlitt beträchtliche Verluste und die Polen zogen sich noch in guter Ordnung bis Praga und Warschau zurück.

Die Schlacht bei Grochow war ungemein blutig gewesen. Die Russen verloren gegen 12,000 Mann, die Polen ohngefähr die Hälfte. Letztere konnten sich indessen doch nicht verhehlen, daß sie geschlagen worden seien, und dieß verursachte eine augenblickliche Entmuthigung. Ein entschiedenes mächtiges Vordringen Diebitsch's bis Praga noch in dieser Nacht, wie es der Chef des russischen Generalstabs, Graf

Digitized by Google

Toll, angerathen, hätte vielleicht der Schlacht eine entscheidende Folge gegeben. Aber Diebitsch wagte nicht zu Vieles auf einmal: er brach ohngefähr um 5 Uhr die Schlacht ab und dachte daher nicht daran, den Brückenkopf von Praga noch zu erstürmen. Selbst den andern Tag wagte er keine Fortsetzung des Kampfes, ja ohngefähr noch 14 Tage nach der Schlacht bei Grochow ließ Diebitsch die Waffen ruhen — eine für die Polen kostbare, für die Russen verderbliche Zeit.

Diebitsch hatte seine guten Gründe, warum er den Kampf nicht fortsetzte. Den Uebergang über die Weichsel konnte er wegen des eingetretenen Thauwetters nicht mehr bewerkstelligen. Die Erstürmung des Brückenkopfes bei Praga getraute er nicht zu hoffen, und überhaupt hatte er in den letzten Gefechten zur Genüge die Tapferkeit der Polen kennen gelernt, um nicht zu fürchten, daß sie Warschau auf das Verzweifeltste vertheidigen würden. Diebitsch wollte nicht unnöthig seine Truppen opfern, er wollte nicht Alles auf einen Wurf setzen. Er mochte wohl auch bemerkt haben, daß durch die letzten ungeheuren Verluste seine Soldaten entmuthigt worden seien. Endlich — es fehlte ihm an dem nöthigen Schießbedarf: er mußte erst auf neue Zufuhren warten. Genug: Diebitsch ruhte nun eine Zeitlang aus: er verließ die Stellung vor Praga und legte seine Truppen in enge Winterquartiere. Die äußerste rechte Spitze reichte bis Pultusk, die äußerste linke bis Zelechow. Das Hauptquartier war in Siennica.

Unterdessen hatte sich in dem Lager der Polen Manches verändert. Chlopicki, welcher die letzten Treffen geleitet hatte, war in der Schlacht bei Grochow, wo er sich mit dem größten Heldenmuthe benommen, so gefährlich verwundet worden, daß er nicht weiter befehligen konnte. Die Unfähigkeit Radziwill's sah aber Jeder ein. Die Nothwendigkeit, einen neuen Oberbefehlshaber zu wählen, lag am Tage. Radziwill, der die Stimmung gegen ihn unverholen sich äußern sah, dankte selber ab. Die Generale beriethen sich nun, wen sie an seine Stelle setzen sollten. Unter allen hatte sich in den letzten Schlachten, besonders aber auch in der von Grochow, am meisten

Digitized by Google

Skrzynecki durch Tapferkeit und Kaltblütigkeit ausgezeichnet. Für ihn entschied sich auch die öffentliche Meinung. Er war noch im kräftigsten Alter, 44 Jahre. Die Generale schlugen ihn also vor, die Regierung war damit einverstanden, der Reichstag bestätigte die Wahl. Skrzynecki gab sich sofort außerordentliche Mühe, den Muth der Truppen aufzurichten, die gelichteten Bataillone wieder zu ergänzen, die verlornen Waffen zu ersetzen, Kriegsbedarf herbeizuschaffen, neue Aushebungen zu veranstalten. Mit den Personen der Befehlshaber nahm er auch große Veränderungen vor. Die Infanteriedivisionen erhielten lauter neue Anführer: Rybinski für Zymirski, welcher in der Schlacht bei Grochow geblieben war; Gielgud für Szembeck, welcher entlassen wurde; Malachowski für Skrzynecki; Mühlberg für Krukowiecki, welcher zum Befehlshaber von Warschau ernannt wurde. Oberst Chrzanowski wurde Chef des Generalstabs, Prondzynski Generalquartiermeister. Mehrere alte Generale, welche unter dem jüngern Manne nicht dienen wollten, verlangten und erhielten ihre Entlassung.

Aber Skrzynecki benutzte auch die Zeit der Ruhe, um mit Diebitsch Unterhandlungen anzuknüpfen. Der russische Feldmarschall verlangte anfänglich unbedingte Unterwerfung. Skrzynecki ließ sich dadurch nicht irre machen: er schrieb hierauf einen Brief an ihn, welcher veröffentlicht worden ist. In diesem Briefe gab er zu verstehen, daß die Polen sich wohl unterwerfen würden, aber nicht unter Bedingungen, welche ihrer Ehre widerstreiten. Sie hätten die Waffen nur erhoben, weil die Charte verletzt worden sei: es müßten zuerst Bürgschaften geboten werden für die Wiederherstellung derselben. Diebitsch, der es unter seiner Würde hielt, mit dem Anführer der Rebellen in unmittelbaren Verkehr zu treten, ließ durch einen seiner Adjutanten antworten: es könne nicht eher von Unterhandlungen zwischen den Polen und ihm die Rede sein, bis jene die Thronerledigungserklärung zurückgenommen hätten. Dieser Schritt würde aber günstige Folgen haben, denn der Kaiser liebe die Polen und wisse sehr wohl, daß nur eine sehr geringe Zahl diesem Acte beigepflichtet hätten. Auf dieses Schreiben hin wollte die Regierung die Unterhandlungen des Generals

Digitized by Google

abgebrochen wissen: Skrzynecki schrieb aber noch einmal an Diebitsch, wobei er von Neuem auf die Nothwendigkeit von Bürgschaften Seitens des russischen Kaisers zurückkommt. Jetzt erklärte Diebitsch alle Unterhandlungen für abgebrochen.

Diese Unterhandlungen waren von Skrzynecki in dem Sinne der Politik der Erhaltungspartei angeknüpft worden; zugleich sollten sie dem Auslande zeigen, daß Polen sich zu mäßigen wisse, und endlich wollte man Zeit gewinnen. In Bezug auf letztern Zweck hatte man offenbar am meisten Erfolg, denn als um die Mitte März die Feindseligkeiten wieder begannen, war die polnische Hauptarmee bis auf 51,000 Mann angewachsen, abgesehen von den besonderen Corps, welche 25,000 Mann zählten.

Die Kriegsbegebenheiten bis zur Schlacht bei Ostrolenka.

Während die zwei Hauptarmeen unthätig einander gegenüber lagen, fehlte es an den beiden Flügeln derselben nicht an Lebendigkeit. Was den rechten russischen Flügel anbetrifft, so rückten hier die russischen Garden auf der Straße von Kowno heran. Zugleich aber erhob sich auf dem rechten Ufer der Weichsel zwischen Rasielsk und Plonsk ein Volksaufstand, und General Uminski rückte von Modlin aus mit einem Streifcorps bis nach Ostrolenka vor. Diebitsch, um den russischen Garden zu Hülfe zu kommen, schickte nun den General Sacken von der Hauptarmee ab: dieser zerstreute die Volkshaufen und bewerkstelligte seine Verbindung mit den Garden, denen er zur Vorhut diente, ohne daß es Uminski gelungen wäre, ihn daran zu hindern. Bis gegen Ende des März waren die Garden, 30,000 Mann stark, bis in die Niederung zwischen dem Narew und Bug vorgerückt.

Inzwischen hatte Dwernicki den linken russischen Flügel in Angst und Schrecken gesetzt. Um dieselbe Zeit, als bei Praga gekämpft wurde, erstritt Dwernicki über das Corps des General Kreutz, der über die Weichsel gegangen war, bedeutende Vortheile, zwang diesen, sich wieder auf das rechte Ufer zurückzuziehen, überschritt Anfang

Digitized by Google

März selber diesen Strom, fiel, unterstützt von Volksaufständen, welche sich um Lublin herum erhoben hatten, über einzelne Abtheilungen des Kreutz'schen Corps her, schlug sie und schickte sich an, in Volhynien einzufallen, um dort den Volksaufstand zu bewerkstelligen. Diebitsch, von diesen Bewegungen unterrichtet, schickte ihm sogleich ein Corps unter General Witt, später vom Grafen Toll befehligt, nach, um ihn an seinem Vorhaben zu hindern, und es gelang dieß, in so fern, als Dwernicki, der sich zu schwach fühlte, um den vereinigten russischen Heermassen zu widerstehen, sich vorderhand in die Festung Zamosc warf. Hier wurde er von den Russen beobachtet: Dwernicki's Unternehmung, obschon im Augenblicke nicht geglückt, hatte doch wenigstens den Erfolg, daß die russische Hauptarmee bedeutend geschwächt werden mußte.

Diebitsch selber hatte endlich gegen die Mitte März seinen Entschluß gefaßt. Da er an dem glücklichen Ausgange eines Kampfes vor Praga und an einer Erstürmung Warschau's von dieser Seite her verzweifelte, so wollte er oberhalb Warschau bei Stezyca über die Weichsel setzen, und von da den Polen in die Flanke kommen. Zu diesem Ende ließ er allmählig seine Corps aus der Nähe von Praga aufbrechen und sich langsam gegen den zum Uebergange ausersehenen Punkt hinbewegen. Um diese seine Seitenbewegung zu verdecken, ließ er das Rosen'sche Corps noch vor Praga zurück, welches sich von Wawer bis nach Kaluszyn ausdehnte und sein Hauptquartier in Stanislawow hatte. Während diese Bewegung ausgeführt wurde, geschah es, daß eine Zeitlang die ganze russische Armee von der äußersten rechten bis zur äußersten linken Spitze in verschiedene kleinere Abtheilungen zerstreut war, welche so weit von einander entfernt waren, daß sie sich nicht zu Hülfe kommen konnten. Es war nun die Frage, ob der polnische Heerführer diesen äußerst günstigen Umstand zu benutzen wußte. Mit einiger Energie und Gewandtheit konnte ein russisches Corps nach dem andern von der polnischen Hauptarmee vernichtet werden, wenn diese sich mit Ueberlegenheit auf jedes vereinzelte warf.

Digitized by Google

Aber Skrzynecki war ebenso, wie Chlopicki, nur ein guter Divisionsgeneral, aber kein strategisches Genie. Er begnügte sich, ebenso wie Diebitsch, sein Heer auseinander zu reißen und es in entsprechenden Abtheilungen den einzelnen russischen Corps gegenüber zu stellen. Uminski mußte mit 6000 Mann eine Stellung um Rozan einnehmen, in Warschau blieben die Divisionen Gielgud und Malachowski und zwei Reitercorps mit 28,000 Mann; in Gora an der Weichsel rechts von Warschau stand die Division Rybinski mit 9000 Mann, in Kozienice dem Punkte gegenüber, wo Diebitsch über die Weichsel gehen wollte, 24,000 Mann unter General Pac und Mühlberg: endlich zwischen Solec und Pulawy 4000 Mann unter Sierawski.

Indessen im polnischen Generalstabe fehlte es nicht an Männern, welche, die Lage der Dinge richtig würdigend, darauf drangen, die russischen Corps einzeln anzugreifen und zu überwältigen. Besonders Prondzynski machte wiederholt diesen Vorschlag. Sein Gedanke war, das Rosen'sche Corps, welches zerstreut auf der Straße von Praga nach Siedlce stand, und nicht mehr als 21,000 Mann stark war, in seinen einzelnen Abtheilungen zu überfallen, aufzureiben und dann sofort auf das Schachowski'sche Corps loszugehen, welches bereits die Flankenbewegung zum Behuf des Weichselüberganges angetreten hatte, dem Rosen'schen aber noch am nächsten stand. Skrzynecki, nach langem Zaudern, geht endlich in den Gedanken eines Ausfalls aus Praga ein. In der Nacht vom 30. auf den 31. März fallen die Polen, die Divisionen Rybinski, Gielgud, Malachowski, Lubienski und Skarzynski, bei Wawer über die Vorhut des Rosen'schen Corps unter General Geismar her, zersprengen sie und jagen sie in die wildeste Flucht. Ein ganzes Regiment wurde gefangen, zwei Kanonen erobert. Leider aber wurde dieser Sieg von Skrzynecki nicht in der Weise benutzt, daß er rasch genug nachrückte, um Geismar von Rosen abzuschneiden und diesen ebenfalls unvermuthet überfallen zu können. Rosen wurde vielmehr benachrichtigt, sammelte schnell seine Truppen, nahm Geismar's fliehende Schaaren auf und stellte sich den Polen bei Wilkin-Dembe entgegen, wo diese erst Nachmittags ankamen.

Digitized by Google

Es erfolgte nun hier eine neue Schlacht, in welcher die Polen wieder einen glänzenden Sieg erfochten; 9 Kanonen, über 10 Pulverwagen, 1900 Gefangene fielen in ihre Hände. Sie konnten aber auch diesmal ihren Sieg nicht in vollster Ausdehnung verfolgen: denn beim Ende des Treffens war schon finstere Nacht eingebrochen. Die Verfolgung der Russen begann erst den andern Tag, wo noch viele getödtet und 5000 Gefangene gemacht wurden. Rosen floh mit den Resten seines Corps bis nach Siedlce. Er hatte über die Hälfte seiner Mannschaft eingebüßt, was übrig geblieben, war entmuthigt und hatte das Selbstvertrauen verloren.

Die Vernichtung des Rosen'schen Corps, obschon sie nicht vollständisch gelungen, war von einer außerordentlichen Bedeutung. Von den Polen recht benutzt, konnte dieses Ereigniß für den Feldzug von der entscheidendsten Wirkung sein. Aber alle in diesem Sinne von Prondzynski gemachten Vorschläge scheiterten an Skrzynecki's Aengstlichkeit und beschränktem Feldherrntalente. Er eroberte weder Siedlce, wohin sich Rosen zurückgezogen, noch ging er mit Entschiedenheit auf Schachowski los, sondern nahm zwischen dem Liewic und dem Swider mit der Hauptarmee eine beobachtende Stellung ein. Als Diebitsch die Niederlage Rosen's und die Bewegung der Polen erfahren, so gab er den Weichselübergang auf und beschloß sich mit der ganzen Armee wieder auf Siedlce zurückzuziehen. Demnach machten alle seine Corps rückgängige Bewegungen. Auch jetzt versäumte es Skrzynecki, diese vereinzelt in ihrem Marsche anzufallen. Endlich gab er den Bitten Prondzynski's nach, welcher, damit doch wenigstens etwas gethan würde, vorschlug, Rosen in Siedlce anzugreifen. Dieser hatte sich inzwischen durch neue Truppen, welche von Bielscz ankamen, und durch einige Abtheilungen des Pahlen'schen Corps verstärkt, und nahm eine feste Stellung in Iganie ein. Hier wurde er am 10. April von Prondzynski angegriffen und gänzlich geschlagen. Die Russen verloren gegen 5000 Mann an Todten und Gefangenen, und 3 Kanonen. Der Sieg der Polen war um so glänzender, als sie fast um die Hälfte schwächer waren als die Russen. Aber auch diese

Digitized by Google

Niederlage des Feindes wurde von Skrzynecki nicht benutzt, konnte freilich auch nicht benutzt werden, da er zu wenig Truppenmassen in Bereitschaft gehalten hatte, um sogleich in Siedlce eindringen zu können. So geschah es, daß Diebitsch immer näher kam und schon am 11. April in Siedlce einrückte. Er vereinigte um sich 60,000 Mann. Die Gelegenheit, die russische Armee corpsweise aufzureiben und zu vernichten, war vorüber.

Skrzynecki blieb nun mit der polnischen Hauptarmee mehrere Wochen lang Diebitsch unthätig gegenüberstehen: nur einzelne Scharmützeln erfolgten da und dort, ohne jedoch zu einem Ergebnisse zu führen.

Während nun durch Skrzynecki's Unthätigkeit für die Polen ein höchst günstiger Augenblick unbenutzt vorüberging, sollten die um dieselbe Zeit unternommenen Versuche, in Volhynien und Litthauen einzufallen und dort den Volksaufstand hervorzurufen, ebenfalls einen unglücklichen Ausgang haben.

Was zunächst Volhynien und die benachbarten Provinzen betrifft, so führte endlich Dwernicki das Vorhaben aus, an dem ihn Graf Toll gehindert. Als dieser sich nämlich in Folge der allgemeinen Rückbewegung der russischen Hauptarmee gegen Siedlce ebenfalls dorthin wendete, erhielt Dwernicki Luft und konnte nun von Zamosc aus in Volhynien einfallen. Dieß geschah am 1. April. Das Corps jedoch, welches ihm von Skrzynecki bewilligt worden war, 6000 Mann, war zu schwach für den angedeuteten Zweck. Denn inzwischen hatte der General Rüdiger gegen 15,000 Mann in jenen Gegenden zusammengebracht und stellte sich am 19. April dem polnischen Heerführer bei Woromel entgegen. Dwernicki stritt hier mit dem größten Heldenmuthe gegen einen mehr als doppelt so starken Feind, auch wurde er nicht geschlagen, nahm vielmehr dem Feinde 5 Kanonen weg: aber es war ihm doch unmöglich, seinen Zweck zu erreichen: denn Rüdiger zog immer neue Truppen an sich und verhinderte ihn, in das Innere des Landes zu dringen. In Volhynien sowohl wie in Podolien waren seit der Revolution vom 24. November Verschwö-

Digitized by Google

rungen angezettelt worden: die Häupter derselben hatten aber den rechten Zeitpunkt versäumt, um loszubrechen. Als jetzt vereinzelte Aufstände begannen, wurden sie durch die täglich sich ansammelnden russischen Truppen leicht unterdrückt. Dwernicki konnte also von da keine Hülfe mehr hoffen. Mehr und mehr von Rüdiger gedrängt, zog er sich endlich, 27. April, über die östreichische Gränze zurück, wo sein Corps, nicht mehr als 4000 Mann, entwaffnet wurde. Dwernicki selbst mußte als Gefangener in Oestreich bleiben und durfte während des Krieges nicht mehr gegen Rußland kämpfen. Dem größten Theil seiner Mannschaft gelang es jedoch, wieder nach Polen zu entkommen.

Mit diesem Ausgange der Unternehmung Dwernicki's waren freilich die Aufstände in jenen Provinzen noch nicht unterdrückt. Im Gegentheil; während des Monat Mai erhoben sich Empörungen in Volhynien, Podolien und der Ukraine, wo sich der Adel an die Spitze der Bewegung stellte. Allein die Aufstände hatten keinen Zusammenhang, keine oberste Leitung: die einzelnen Corps waren schlecht geführt und wurden daher mit Leichtigkeit von den russischen Truppen zerstreut. Nur der einzige Rozycki schlug sich bewundernswürdig: es gelang ihm, mit 200 Reitern durch die ganze russische Armee sich bis Zamosc durchzuschlagen.

Es war wiederum ein Fehler Skrzynecki's, daß dieser nicht die nöthige Truppenmasse zu dem Einbruche in jene Provinzen anwendete. Und sie war vorhanden, denn die Corps von Skrzynecki und Pac, welche an der obern Weichsel unthätig standen, machten zusammen gegen 17,000 Mann aus. Endlich erlaubte Skrzynecki dem General Sierawski über die Weichsel zu gehen. Dieser, in Erwartung der Hülfe Pac's, geht am 14. April mit einigen 1000 Mann über diesen Strom, wird aber bei Wronow am 17. von General Kreutz mit seinem ganzen Corps angegriffen und geschlagen. Von Pac, auf den er rechnete, im Stiche gelassen — aber Pac erhielt gegentheilige Befehle von Skrzynecki, der ihn zu sich rief —, kann er sich nur mit genauer Noth wieder auf die Weichsel zurückziehen. Er verlor in diesem

Digitized by Google

Gefechte 1200 Mann. Diese Schlacht ging also wieder verloren, weil man nicht die nöthigen Kräfte, die man hatte, zugleich verwendete. Diese Unfälle machen endlich Skrzynecki aufmerksam: er sieht, daß etwas gethan werden müsse, um den Süden zu retten. Er sendet daher Anfang Mai den General Chrzanowski mit etwa 6000 Mann ab, um Dwernicki, von dessen Niederlage man noch nichts weiß, zu Hülfe zu kommen. Aber ihm stellte sich Kreutz, der sich indessen auf 12,000 Mann verstärkt hatte, entgegen: mit genauer Noth entkam der polnische Anführer in die Festung Zamosc, wo er — inzwischen hatte man Dwernicki's Unfall erfahren — unthätig verblieb.

Unterdessen war der Aufstand auch in den nördlichen russischen Provinzen ausgebrochen. Samogitien erhob zuerst die Fahne der Empörung: bereits im März. Dann folgte Litthauen. Diese Bewegung, welche ebenfalls der Adel geleitet, konnte für die Russen außerordentlich gefährlich werden: da sie in jenen Gegenden fast gar keine Truppen stehen hatten, während die Aufständischen mit Leichtigkeit über 10,000 Mann zusammenbringen konnten. Aber derselbe Fehler, welcher die Empörung in den südlichen Provinzen scheitern machte, vereitelte sie auch im Norden. Die Aufständischen vereinigen sich nicht zu großen Massen, um die wichtigsten Punkte wegzunehmen und die wenigen Russen mit Uebermacht anzugreifen und zu schlagen. Vielmehr zerstreuen sie sich in vereinzelten Haufen über das ganze Land, um einen Parteigängerkrieg zu führen. Dadurch gewinnen die Russen Zeit: sie sammeln allmählig ihre Kräfte, raffen zusammen, was sie erlangen können, und gehen dann auf die einzelnen Haufen los, welche, ohne gegenseitige Unterstützung gelassen, leicht zerstreut werden. Bis gegen Ende Mai war der Aufstand in Litthauen fast ganz bewältigt.

Während diese Aufstände in den südlichen und nördlichen russischen Provinzen sich erhoben, blieb Skrzynecki mit seiner Armee Diebitsch gegenüber stehen, ohne eine Schlacht zu wagen, obschon er ebenso stark, ja noch um etwas stärker, wie dieser war und sich ihm wiederum mehrere Gelegenheiten darboten, den Russen Verluste beizubringen. Inzwischen gingen die Aushebungen fort und das polnische Heer wurde

Digitized by Google

Anfang Mai, ohne die Besatzungen von Warschau, Praga, Modlin und Zamosc, auf 76,000 Mann mit 141 Geschützen gebracht. Mit dieser Streitmacht ließ sich etwas ausführen, und die öffentliche Meinung drang daher mit Entschiedenheit in den Oberanführer, eine Hauptschlacht zu liefern. Da sich aber Skrzynecki nicht entschließen konnte, unmittelbar mit Diebitsch anzubinden, so machte Prondzynski den Vorschlag, die russischen Garden anzugreifen, welche auf dem äußersten rechten Flügel der Russen standen. Ihre Vernichtung schien unzweifelhaft, wenn sich die polnische Hauptarmee mit voller Wucht auf dieselbe stürzte.

Skrzynecki ging endlich in diesen Plan ein. Am 13. Mai zog er mit der Hauptarmee links nach Sierock ab, um von da zwischen den Narew und den Bug einzubringen, wo die Garden standen. Der russichen Armee unter Diebitsch gegenüber ließ er ein Corps von 12,000 Mann unter dem General Uminski, welches die Aufgabe hatte, den Abmarsch der polnischen Armee zu verdecken, Praga gegen einen etwaigen Ueberfall Diebitsch's zu vertheidigen und, falls dieser die Unternehmung Skrzynecki's gegen die Garden erriethe und ihnen daher zu Hülfe kommen wollte, seine Nachhut anzugreifen. Für alle diese Zwecke war aber Uminski's Corps viel zu schwach. Indessen hielt sich dieser doch wacker. Denn als Diebitsch wirklich am 13., wie Skrzynecki bereits abgezogen, Uminski bei Jedrzeiow auf der Straße von Siedlce nach Praga mit ungefähr 24,000 Mann angreifen ließ, so wurden die Russen zurückgeworfen, worauf sie nichts weiter unternahmen. Dieser russische Angriff hatte aber zur Folge, daß Skrzynecki, in der Angst, Diebitsch möge seine Absicht entdeckt haben und über Praga herfallen, mit halbem Muthe die Unternehmung gegen die Garden betrieb und die Hauptarmee um 20,000 Mann schwächte, welche er unter General Lubienski an das Ufer des Bug bis nach Nur beorderte, um nöthigenfalls Uminski zu Hülfe zu kommen. Links sandte er den General Dembinski mit 4000 Mann ab, um die Heerstraße nach Ostrolenka zu sichern. Er selber ging mit ohngefähr 32,000 vorsichtig und zaghaft gegen die Garden heran, welche der Großfürst

Digitized by Google

Michael befehligte. Dieser letztere merkte nichts von dem, was gegen ihn beabsichtigt wurde, und ließ die Polen bis Jakak zu sich heran, ohne die nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Er meinte nämlich, es handle sich nur um ein kleines Corps, welches unter Anführung des General Chlapowski nach Litthauen durchbrechen sollte, um den dortigen Aufstand zu unterstützen. Der Großfürst hatte Nachricht davon erhalten und wollte dieses Corps aufheben, was ihm indessen nicht gelang. Davon, daß die polnische Hauptarmee gegen ihn heranrücke, hatte er lange keine Ahnung. Es wäre daher Skrzynecki leicht gewesen, mit nur einiger Schnelligkeit und Energie, die Garden von Diebitsch ganz abzuschneiden und sodann über sie herzufallen. Aber Skrzynecki, welcher am 17. Mai Abends ganz in die Nähe des russischen Hauptquartiers in Sniadowo gekommen war, fürchtete sich, eine Schlacht zu liefern. Ja, wie er an dem Abende dieses Tages eine Kanonade auf der Straße von Ostrolenka vernahm, welche von dem Kampfe zwischen Dembinski und Sacken, der die Vorhut der Garden bildete, herrührte, so beschloß er, einen Theil der Armee unter Gielgud nach Ostrolenka zu schicken, was am 18. Mai wirklich geschah. Hierdurch wurde aber die Hauptarmee um 14,000 Mann geschwächt. Sacken aber verließ sofort Ostrolenka und zog sich auf der Straße nach Lomza zurück. Ein Glück für die Polen, daß der Großfürst in diesem Augenblicke, wo er den ihm entgegenstehenden polnischen Truppen überlegen war, nicht angriff. Bald darauf änderte sich die Stellung der streitenden Parteien wieder zu Gunsten der Polen, indem Dembinski's und Gielgud's 14,000 Mann dem Großfürsten in den Rücken kamen, während die übrige Armee unter Skrzynecki ihm bei Jamak noch gegenüberstand, so daß die Garden also zwischen zwei Feuer genommen werden konnten. So standen die Dinge noch am 19. Mai. Prondzynski beschwor Skrzynecki, diese vortreffliche Gelegenheit zu benutzen und den Großfürsten anzugreifen, welcher jetzt ohne allen Zweifel vernichtet werden mußte. Aber Skrzynecki — griff nicht an. Er schaute unthätig zu, bis endlich die Russen dieses wahrnehmend, sich ruhig aus der polnischen Klammer herauszogen und den Weg nach Tykoczin

Digitized by Google

einschlugen. Auch während dieser Bewegung wurden sie von Skrzynecki nicht angegriffen: unangetastet zogen sie während des 19. Mai weiter. Erst als sie vor den Polen einen Tag und eine Nacht Vorsprung voraus hatten, fiel es Skrzynecki ein, sie zu verfolgen. Er lief ihnen nach bis Tykoczin, natürlich ohne sie zu erreichen.

Inzwischen hatte Diebitsch, dem der Abzug der polnischen Armee in der That ganz entgangen war, am 19. Mai durch einen Boten des Großfürsten Michael die Lage der Dinge erfahren. In äußerster Bestürzung rüstete er sich sogleich, um den Garden zu Hülfe zu kommen. Am 21. Mai ging er bei Granne über den Bug und marschirte gegen Ciechanowiec. Er hatte ohngefähr 36,000 Mann bei sich, 4000 hatte er in Siedlce zurückgelassen. Wiederum bot sich für Skrzynecki eine schöne Gelegenheit, Diebitsch zu vernichten. Offenbar war er ihm, wenn er rasch seine verschiedenen Corps zusammenzog, bei weitem überlegen. Er konnte mit Leichtigkeit 50,000 Mann dem russischen Feldmarschall entgegenstellen. Statt dessen aber ertheilt er den verschiedenen Corps den Befehl, sich nach Ostrolenka zurückzuziehen und gestattet dadurch Diebitsch, sich mit den Garden zu verbinden, wodurch die Russen den Polen wieder überlegen wurden. Diebitsch läßt sich diesen Vortheil nicht entgehen, sofort beeilt er sich, Skrzynecki anzugreifen.

Am 26. Mai kommt es endlich zur Schlacht bei Ostrolenka. Skrzynecki machte gleich in der Aufstellung seiner Truppen die größten Fehler. Ostrolenka liegt am linken Ufer des Narew und wird mit dem rechten durch zwei Brücken verbunden. Skrzynecki ging mit der einen Hälfte seiner Truppen auf das rechte Ufer und ließ die andere Hälfte unter Lubienski auf dem linken, um sich dort mit der russischen Armee herumzuschlagen, während sie nicht einmal von der polnischen Artillerie auf dem rechten Ufer unterstützt werden konnte, weil dieselbe sonst auf ihre eigenen Leute geschossen hätte. Sodann zog er die Division Gielgud, welche in Lomza stand, nicht an sich heran, welche also gar nicht in Berechnung kommen konnte. Skrzynecki war demnach bei Ostrolenka nur 30,000 Mann stark, während Diebitsch deren 40,000

Digitized by Google

hatte, abgesehen von den Garden, welche ihm auf dem Fuße folgten und sein Heer auf 61,000 Mann verstärkten, mit 270 Geschützen. Um 7 Uhr Morgens greift Diebitsch die Polen auf dem linken Ufer des Narew an. Sie wehren sich hier bis 11 Uhr, dann ziehen sie sich über die Brücke zurück. Zwei Regimenter, das 8. und das 4., werden aber von den Russen abgeschnitten, und es gelingt ihnen nur durch die unglaublichste Tapferkeit, sich durch die russische Armee durchzuschlagen und, natürlich unter ungeheuern Verlusten, das jenseitige Ufer zu erreichen. Ein Theil des russischen Heeres rückt sogleich nach. Skrzynecki, jetzt erst von dem Uebergange der Russen benachrichtigt — das Hauptquartier befand sich eine kleine Meile entfernt —, sprengt eiligst heran, verliert aber völlig den Kopf. Er giebt den unsinnigen Befehl, die Brücke wieder zu nehmen und zu zerstören. Unsinnig war der Befehl deshalb, weil die polnischen Bataillone, um diesen Befehl auszuführen, das Kreuzfeuer von 140 russischen Geschützen auszuhalten hatten, welche auf dem linken Ufer des Narew auf beiden Seiten der Brücke aufgestellt waren. Prondzynski giebt Skrzynecki den Rath, lieber die ganze russische Armee herüber zu lassen, und sie in der vortheilhaften Stellung, welche die Polen hinter waldigen Anhöhen eingenommen, zu empfangen. Denn wenn sie sich auf dem rechten Ufer entwickelten, so müßte wenigstens das russische Geschützfeuer schweigen, welches sonst die eigenen Leute zerschmettere, während das polnische nach Gefallen die Russen beschießen könne. Skrzynecki hört aber nicht, sondern treibt eine Brigade nach der andern gegen die Brücke, welche natürlich von dem russischen Geschütz wie von dem Gewehrfeuer der übergegangenen Bataillone furchtbar zugerichtet zurückgeworfen werden. Die besten Truppen der Polen werden haufenweise niedergeschmettert. Jetzt befiehlt Skrzynecki drei Regimentern Reiterei vorzurücken, sie haben aber das nämliche Schicksal: außerdem können sie wegen des unvortheilhaften Bodens sich nicht einmal entwickeln, sondern bleiben im Moraste stecken. Zu allem Ueberflusse geht den polnischen Geschützen die Munition aus. Jetzt faßt Diebitsch den Entschluß, den letzten Rest seiner Infanterie über die Brücke zu schicken. Dieß rettet die

Digitized by Google

Polen. Denn nun kann das russische Geschütz auf dem Ufer nicht mehr spielen. In diesem Augenblicke rafft Prondzynski auf dem linken Flügel von Truppen zusammen, was ihm in den Weg kommt: es gelingt ihm, noch 10 Kanonen, die eben auf dem Schlachtfelde anlangen, aufzutreiben: mit diesen lichtet er die Reihen der russischen Bataillone furchtbar, stürzt dann mit den zusammengerafften Regimentern auf den Feind und stößt ihn auf die Brücke zurück. Diebitsch, der die große Entkräftung der Polen nicht ahnte, beschließt jetzt den Rückzug. Um diesen jedoch zu verdecken, läßt er einige Truppen noch einmal einen scheinbaren Angriff machen. Skrzynecki, welcher während der Schlacht die größte Tapferkeit gezeigt und zuletzt auch die Geistesgegenwart wiedergefunden hatte, ruft nun die reitende Batterie des Oberst Bem herbei, welcher zuletzt noch ein furchtbares Kartätschenfeuer gegen die Brücke eröffnet und dadurch den Rückzug der Russen vollends beschleunigt. Die Schlacht endete um 8 Uhr. Die Russen hatten 9000 Leute verloren, die Polen 7000.

Die polnischen Generale zweifelten keinen Augenblick, daß sie eine Niederlage erlitten hätten, obschon der Ausgang der Schlacht dagegen zu sprechen schien. Die Armee hatte ungeheuere Verluste erlitten, nicht nur durch Verwundete, Todte und Gefangene, sondern auch durch die Auflösung, in welcher sich die einzelnen Corps befanden. Sie beschlossen daher, den andern Tag den Rückzug gegen Warschau anzutreten. Diebitsch auf der andern Seite, ebenfalls schwer mitgenommen, dachte nicht daran, seinen Sieg zu verfolgen. Er ließ ruhig die Polen ziehen und nur scheinbar sendete er den Tag darauf das Corps des Generals Witt hinter ihnen her. Er selber folgte langsam nach. Nicht lange indeß überlebte er die Schlacht bei Ostrolenka. Am 10. Juni 1831 starb er plötzlich in Pultusk. Die Ursachen seines Todes werden verschieden angegeben. Die Einen sagen, er sei an der Cholera gestorben: die Anderen behaupten, es sei ihm Gift beigebracht worden: in Petersburg sei man unzufrieden mit seiner Kriegführung gewesen: man habe ihn auf diese Weise aus dem Wege räumen wollen. So viel ist gewiß: der Generaladjutant des

Digitized by Google

Kaisers, Graf Orloff, war einige Tage vorher bei Diebitsch angekommen, um sich nach dem Zustande der Truppen zu erkundigen, und er verhehlte ihm nicht, daß man schlimme Dinge darüber nach Petersburg berichtet habe. Auch soll Orloff dem Grafen Diebitsch die Entsetzung von dem Oberbefehl der russischen Armee überbracht haben. Und es wird behauptet, daß diese Ungnade des Kaisers die Krankheit des Feldmarschalls zum allerwenigsten beschleunigt habe. Wenige Tage darauf, am 27. Juni, starb auch der Großfürst Constantin zu Witepsk, und merkwürdig, ebenfalls kurz nach der Ankunft des Grafen Orloff. Er hatte während des Feldzugs, wobei er eine Abtheilung des russischen Heeres befehligte, eine sonderbare Rolle gespielt. Polnische Schriftsteller selbst erzählen, daß er sich über den Widerstand der polnischen Truppen gefreut habe, vielleicht weil er in ihrer Tapferkeit das Ergebniß seiner funfzehnjährigen Oberleitung zu erkennen glaubte, vielleicht auch aus anderen Gründen. Genug: er starb, und da man bei seinem Tode fand, daß seine geheimen Papiere abhanden gekommen, so gab sich die russische Regierung erstaunliche Mühe, ihrer wieder habhaft zu werden und wenigstens zu verhüten, daß sie gedruckt würden. Sie traf deshalb bei den deutschen Regierungen die geeigneten Maßregeln. Kaum ein halbes Jahr darauf, am 29. November, starb Constantins Gemahlin, eine polnische Gräfin Lowicz, welcher der Großfürst mit großer Zärtlichkeit zugethan war.

Digitized by Google

Elftes Capitel.

Polen und die Diplomatie. Untergang der Revolution.

Stellung der Großmächte, Schwedens und der Pforte zur polnischen Revolution.

Nach der Schlacht bei Ostrolenka stand die Sache der Polen trotz der in dieser Schlacht erlittenen Verluste an Mannschaft und Offizieren keineswegs so schlecht. Die Hülfsmittel waren noch lange nicht erschöpft: die Lücken des Heeres konnten wieder ergänzt werden: noch hatte man das Volk in Masse nicht aufgerufen: der augenblicklich wohl etwas gesunkene Muth des Heeres war leicht wieder zu beleben: der polnische Soldat hatte während des Feldzuges eine außerordentliche Tapferkeit bewiesen; fast immer hatten die Polen gegen eine Uebermacht zu kämpfen: wenn sie auch nicht immer siegten, so war es doch auch den Russen noch nicht gelungen, ihnen eine entscheidende Niederlage beizubringen.

Dagegen hatten die Russen ungeheuere Verluste erlitten. Nicht nur das Schwert der Polen, sondern auch Seuche und Krankheit, besonders die Cholera, hatten ihre Reihen auf eine furchtbare Weise gelichtet. Entbehrten sie doch der nöthigen Verpflegung, welche den Polen in reichlichem Maße zu Theil wurde. Hatten diese wohl manchmal mit den Mühen und Entbehrungen des Krieges zu kämpfen, so konnten sie sich doch wieder erholen und für künftige Drangsale vorbereiten, während die Russen fast immer Entbehrungen zu ertragen hatten. So war es gekommen, daß die so stolze russische Armee um

Digitized by Google

die Mitte des Jahres fast auf die Hälfte ihres ursprünglichen Bestandes herabgesunken war. Um diese Lücken auszufüllen, waren die größten Anstrengungen nöthig. Schon hatte man die Garden, wie wir gesehen, dem Heere des Feldmarschalls nachgesendet. Aber auch diese genügten nicht, und doch war es kaum möglich, noch mehr Truppen zu entbehren, denn die Aufstände in Litthauen und Samogitien erforderten immerhin eine ansehnliche Zahl von Truppen, wenn man nicht jeden Augenblick dort eine neue Erhebung befürchten sollte.

Und nun wurden eben jetzt in jene Gegenden einige polnische Hülfscorps abgesendet, welche den Zweck hatten, den Aufruhr von Neuem zu entflammen, und ihm eine bestimmte Richtung zu geben. Noch vor der Schlacht bei Ostrolenka war Chlapowski mit einer Schaar von etwa 600 Mann und 100 Offizieren vorausgeschickt worden. Nach jener Schlacht wurde ihm Gielgud mit seiner ganzen Division und General Dembinski mit einer Schaar von etwa 3000 Mann nachgesendet. Diese Truppen, im Ganzen etwa 12,000 Mann stark, schienen hinreichend, um der Empörung in Litthauen einen neuen Schwung zu geben.

Und um dieselbe Zeit eröffnete sich auch die Möglichkeit, Volhynien wieder für den Aufruhr zu gewinnen. General Rüdiger, nachdem er das Corps Dwernicki's über die östreichische Gränze getrieben und die Aufstände in Volhynien und Podolien unterdrückt, hatte Befehl erhalten, über den Bug zu gehen, um den linken russischen Flügel zu unterstützen. Es war Gelegenheit gegeben, dieses Corps zwischen die 6000 Mann Chrzanowski's, welche in Zamosc lagen, und zwischen eine Abtheilung der Polen, die von Warschau aus entsendet werden konnten, zu bringen und zu vernichten. Auch wurden die Anstalten dazu getroffen.

Wie gesagt also, die Dinge standen für die Polen noch nicht so schlecht. Mit einiger Energie und Schnelligkeit waren die begangenen Fehler leicht wieder gut zu machen und neue Erfolge zu erringen.

Aber wie? Hatten die Polen nicht auch von anderen Staaten Unterstützung zu gewärtigen?

Digitized by Google

Lag es nicht im Interesse Frankreichs, den Polen zu Hülfe zu kommen*, um den russischen Kaiser für das Benehmen zu züchtigen, welches er gegen die Julidynastie anzunehmen für gut befunden, und zugleich hier eine feste Stellung zu gewinnen, falls der Kaiser seinen frühern Vorsatz, gegen Frankreich Krieg anzufangen, ausführen wollte? Mußte es England nicht daran gelegen sein, den russischen Koloß zu erschüttern, da diese Macht unter allen ihm am gefährlichsten war? War es nicht auch Oestreichs Vortheil, ein unabhängiges Polen an seiner Seite zu haben; Oestreichs, welches erst noch vor zwei Jahren im Türkenkrieg so entschieden Partei gegen Rußland ergriffen und damals gezeigt hatte, daß es recht gut das Uebergewicht fühle, welches diese Macht im Osten gewonnen? Sollte nicht auch Preußen die Gelegenheit benutzen, um sich von der lästigen Vormundschaft Rußlands zu befreien? Durfte man ferner nicht auf Schweden rechnen, dem die Aussicht sich darbot, Finland wieder zu bekommen? und auf die Pforte, welcher die Gelegenheit gegeben war, sich für den Frieden von Adrianopel zu entschädigen?

Es ist nicht zu läugnen: die Polen dachten an alle diese Verhältnisse. Noch während der Dictatur Chlopicki's wurden an die verschiedenen Höfe Bevollmächtigte gesendet, um die Stimmung für die Polen zu erforschen und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Am meisten hoffte man auf Frankreich und England. Nach Paris wurde Wolycki geschickt, nach London Wielopolski. Indessen hatten diese Sendungen Anfangs nicht den gewünschten Erfolg. Der Grund lag in der zweideutigen unsichern Haltung, welche die polnische Regierung Rußland gegenüber angenommen hatte. Chlopicki wünschte mit dem Kaiser, wie erwähnt, in Unterhandlungen zu treten; es war möglich, daß dieselben zu einem Vergleiche führten. Warum sollten die fremden Mächte sich der Gefahr aussetzen, sich zu compromittiren und das gute Verhältniß mit Rußland zu stören, da jeden Augenblick der von der polnischen Regierung gewünschte Vergleich zu Stande kommen konnte? Palmerston konnte den Endzweck des polnischen Aufstandes nicht begreifen, da man sich ja innerhalb der

Digitized by Google

Constitution halten wolle. In London wurde daher der polnische Gesandte kühl empfangen. Besser ging es dem polnischen Bevollmächtigten in Paris. Das französische Ministerium mußte etwas der öffentlichen Meinung zu Lieb thun, welche sofort für den polnischen Aufstand Partei ergriffen; auch wußte man im Palais Royal immer noch nicht, wessen man sich von Rußland zu versehen habe: die in Warschau gefundenen und veröffentlichten Papiere der Kanzlei Constantin's ließen kaum einen Zweifel darüber, daß Rußland kurz vor der polnischen Revolution eben im Begriffe gewesen, einen Kreuzzug gegen Frankreich zu unternehmen. Es schien jedenfalls gut, die Polen nicht ohne Weiteres von sich zu stoßen. Indessen hinderte auch hier die zweideutige Haltung Chlopicki's ein entschiedenes Auftreten. Das Einzige, was Wolycki erlangen konnte, war, daß der Herzog von Mortemart nach Petersburg gesendet wurde, um die Vorschläge Jezierick's zu unterstützen.

Inzwischen aber erfolgte die Thronerledigungserklärung durch den polnischen Reichstag, und nun nahmen die Sachen eine andere Wendung.

Den Polen bot sich eine neue Hoffnung von Unterstützung durch eine Macht dar, die ganz in ihrer Nähe lag, von welcher sie aber am wenigsten gehofft. Das war Oestreich. Hier hatte sich gleich Anfangs die öffentliche Meinung ganz entschieden zu Gunsten der Polen erklärt: es waren nicht nur die slavischen Völkerschaften, welche aus Mitgefühl für den Bruderstamm laut ihre Wünsche für einen glücklichen Ausgang ihres Unternehmens aussprachen, sondern auch das streitfertige Volk der Ungarn that dies auf die energischeste Weise. Fast von allen Comitaten wurden Adressen an den Kaiser von Oestreich eingesendet, welche ihn um Unterstützung der Polen baten: und selbst der ungarische Reichstag sprach laut seine Zustimmung zu dem polnischen Aufstande aus. Auch wurden eine Menge von Unterstützungen an Geld, Lebensmitteln und Kriegsbedarf von Ungarn nach Polen gesendet. Diese Stimmung der Ungarn durfte aber von der östreichischen Regierung um so weniger übersehen werden,

Digitized by Google

als der Geist des Liberalismus seit der Julirevolution sich auch Ungarns bemächtigt hatte und zum Theil auf der Reichsversammlung, zum Theil in den niederen Schichten des Volks zum Ausbruch gekommen war. Der ungarische Reichstag von 1830 verlangte ein Nationalheer, welches nicht ohne seinen Willen auswärts verwendet werden sollte; und in den Comitaten gab die Cholera Veranlassung zu den wildesten Ausschweifungen der Bauern und Leibeigenen. Oestreich, welches eben jetzt genöthigt war, einen Theil seiner Truppen gegen die italienischen Empörungen zu verwenden, mußte jedes Umsichgreifen einer unzufriedenen Stimmung in seinen anderen Staaten verhüten: und durch was schien dieß leichter erreicht werden zu können, als dadurch, daß man in den Wunsch der öffentlichen Meinung einging, die Polen zu unterstützen, wodurch man zugleich den russischen Eroberungsentwürfen einen empfindlichen Schlag versetzte? Auch ist so viel gewiß: das östreichische Cabinet sah die polnische Revolution mit geheimer Schadenfreude. Obgleich scheinbar entgegengesetzte Befehle gegeben wurden, ließ es doch die Polen auf alle Weise unterstützen. Von Oestreich kamen Waffen, Pulver, Pferde und was man sonst zur Kriegsführung brauchte, ungehindert nach Polen herein. Dwernicki's Corps wurde zwar entwaffnet, aber nach den zwischen Oestreich und Rußland bestehenden Verträgen hätte es an Rußland ausgeliefert werden müssen, was jedoch nicht geschah; ja, wie wir gesehen, entkam doch der größte Theil dieses Corps wieder nach Polen. Endlich aber trat Metternich in Unterhandlungen mit der revolutionairen Regierung. Er ließ dieser durch den östreichischen Consul, der Warschau auch nach der Revolution nicht verlassen, eröffnen: Oestreich wolle seine Hand zur Wiederherstellung der polnischen Nationalität bieten und sogar selber Gallizien abtreten, aber nur unter zwei Bedingungen: 1) daß Polen einen östreichischen Prinzen zum Könige wähle, 2) daß der Vorschlag dazu von Frankreich und England gemacht würde*).

---

*) Louis Blanc histoire de dix ans. Livre II. Chap. 12.

Digitized by Google

In Folge dieser Mittheilungen wurde Walewski, den Tag nach der Schlacht bei Grochow, eiligst nach Paris geschickt, um das Cabinet der Tuilerien davon zu benachrichtigen und seine Ansicht darüber zu vernehmen. Die französische Regierung schien dem Vorschlage Oestreichs nicht abgeneigt, nur erklärte sie, nichts ohne England thun zu können. Walewski begab sich daher nach London. Die Antwort Lord Palmerston's lautete Anfangs nicht tröstlicher, als die, welche dem ersten Gesandten der Polen gegeben worden war. Nachher aber scheint er doch auf die Vorschläge Frankreichs eingegangen zu sein. Beide Regierungen wollten aber nicht den Anfang machen, sondern andere Mächte voranschieben. Das waren Schweden und die Pforte.

Was Schweden anbetrifft, so war hier die polnische Revolution ebenso populair, wie in Frankreich oder Deutschland, und die öffentliche Meinung bestürmte den König, den günstigen Augenblick zu benutzen, um Finland wieder von den Russen zu erobern, welche von den Schweden auf das Tiefste gehaßt wurden. Auch ist nicht zu läugnen: Karl Johann verhehlte sich die Lage der Dinge keineswegs und gar mancherlei drängte sich ihm auf, was ihn bestimmte, den Vorschlag einer Unterstützung der polnischen Revolution in die reiflichste Erwägung zu nehmen. Er glaubte schon vor der Julirevolution Anzeichen bemerkt zu haben von einer feindseligen Gesinnung Rußlands gegen seine Dynastie, und noch im September 1830 erklärte ein schwedischer Großer vom Hofe des Königs von Schweden gegen den polnischen Grafen Roman Soltyk, daß Rußland beabsichtige, Karl Johann zu stürzen und die Wasas wieder auf den schwedischen Thron zu setzen: der König würde sich aber vertheidigen: ob er sich in diesem Falle auf die Polen verlassen könnte?*) Nach dem Ausbruch der polnischen Revolution trug sich Karl Johann in der That eine Zeitlang mit dem Gedanken, mit Rußland Krieg anzufangen oder doch wenigstens eine Erhebung der Finländer zu veranlassen**).

*) Roman Soltyk Polen und seine Helden, übersetzt von Elsner II. S. 147.
**) Crusenstolpe Karl Johann und die Schweden. VI. S. 53.

Digitized by Google

Aber das Petersburger Cabinet kannte sehr gut die Wichtigkeit der schwedischen Freundschaft unter den gegenwärtigen Umständen und gab sich daher alle Mühe, den König Karl Johann auf seine Seite zu ziehen. Der russische Gesandte Graf Süchtelen hob alle Gesichtspunkte hervor, unter welchen die polnische Revolution und eine Theilnahme an derselben betrachtet werden konnte: er sprach von der unfehlbaren Unterdrückung Polens durch Rußlands Uebermacht, von dem Mißvergnügen, welches diese Revolution bei den Höfen Europas hervorgebracht: er deutete an, daß eine Unterstützung der Polen durch irgend eine andere Macht von jenen sehr ungern gesehen würde, und daß gerade eine Unterstützung derselben durch Karl Johann jenen Gelegenheit geben könnte, ihn, den Illegitimen, vom Throne zu stoßen; daß das Gelingen des polnischen Aufstandes der revolutionairen Gesinnung überhaupt noch größere Erfolge liefere, wobei doch auch Karl Johann leiden müßte; endlich, daß, im Gegentheile, wenn der König von Schweden in dem fernern guten Verhältnisse mit Rußland bleiben wolle, er der entschiedensten Freundschaft und Unterstützung des Kaisers sicher sein dürfte. Dabei gab sich Rußland besondere Mühe, auf den Kronprinzen Oscar zu wirken, und es war um so leichter, diesen Prinzen für Rußland zu gewinnen, als er seit seiner Anwesenheit in Petersburg im Sommer 1830, wo er freundlich und zuvorkommend aufgenommen worden, sehr gut für Rußland gestimmt war*). Genug: zuletzt trug die russische Diplomatie den Sieg davon: der polnische Gesandte, Zaluцki, durfte nicht einmal nach Stockholm kommen, sondern wurde an den Gränzen angehalten, und mußte die Erklärung der schwedischen Regierung entgegennehmen, daß sie sich in keine Verbindung mit den Rebellen einlassen wolle**). Unter diesen Umständen konnte selbst der von England und Frankreich gemeinsam an Karl Johann abgesandte Unterhändler in seiner Stellung zu den Polen keine bedeutende Veränderung hervorbringen. Karl Johann erklärte wohl, mit der Ansicht der beiden Mächte hinsichtlich der pol-

*) Crusenstolpe. VI. S. 89.
**) Soltyk. II. S. 146.

Digitized by Google

nischen Unabhängigkeit einverstanden zu sein, verlangte jedoch, daß sie zuerst damit vorangehen möchten; aber die Mächte verlangten dieß gerade vom König von Schweden. Die Sache zerschlug sich also*): Karl Johann schloß sich fester als je an die russische Politik an und bewies das herzliche Einvernehmen mit dem Kaiser Nikolaus auch dadurch, daß er denselben bat, bei seinem eben geborenen dritten Enkel Pathenstelle zu vertreten.

Noch mehr als bei Schweden waren bei der Pforte Aussichten auf eine Unterstützung der polnischen Revolution vorhanden. Unmittelbar nach der Ankunft Walewski's in Paris begab sich Wylocki, der bis dahin polnischer Gesandter daselbst gewesen, nach Verständigung mit dem französischen Minister des Auswärtigen nach Constantinopel, um dort, unterstützt durch den französischen Gesandten, General Guilleminot, die Pforte zum Kriege gegen Rußland zu bewegen. Die Pforte hatte die Empörung der Polen mit lebhaftem Interesse verfolgt und wußte recht gut die Gelegenheit zu würdigen, welche diese ihr darbiete, sich an Rußland für alle in den letzten Jahren erduldeten Unbillen zu rächen. Sie nahm auch den polnischen Gesandten mit großem Wohlwollen auf und sprach unverholen die freundschaftlichsten Gesinnungen für die Revolution aus. Im Augenblicke fühlte sie sich aber zu erschöpft, um thätige Hülfe leisten und einen neuen Krieg gegen Rußland anfangen zu können. Außerdem wurde sie durch die Unruhen in ihren eigenen Ländern, in Albanien und Bosnien in Anspruch genommen. Indessen ließen weder Wylocki noch Guilleminot in ihren Bemühungen nach. Und bald merkten sie Erfolge. Dem Sultan wollte die polnische Sache nicht aus dem Kopfe: Tag und Nacht beschäftigte er sich mit ihr. „Unerhörte Begebenheit seit der Gründung des Islam," sagte einmal der Seraskier zu Wylocki: „der Sultan ist fünfmal in der großen Moschee gewesen, um Gott für Christenhunde, wie Ihr seid, zu bitten!" Endlich entschloß sich die Pforte zum Handeln. Gegen Ende des Monat Mai

*) Crusenstolpe. VI. S. 62. 63.

Digitized by Google

sollten 300,000 Mann des allgemeinen Aufgebots gegen die Gränzen marschiren und Rußland angreifen. Schon war man auch mit den Persern und den Völkern des Kaukasus in Unterhandlungen getreten, um diese gleichfalls zum Kriege gegen Rußland zu bestimmen*).

Aber diese Dinge konnten natürlich den Gesandten der übrigen Mächte in Constantinopel nicht verborgen bleiben. Und da sich bald ergab, daß die Pforte insbesondere durch den französischen Gesandten Guilleminot veranlaßt worden sei, Kriegsrüstungen zu betreiben, daß dieser ihr den baldigen Ausbruch eines allgemeinen Krieges als unzweifelhaft hinstellte, so glaubten die Gesandten, die französische Regierung wünsche einen solchen Krieg, und ermangelten nicht, ihre Höfe sofort von diesen Vorgängen in Kenntniß zu setzen. Die Mächte, besonders Rußland, Oestreich und Preußen, stellten nun die französische Regierung deshalb zur Rede. Ludwig Philipp war in tödtlichster Verlegenheit. Guilleminot hatte wirklich den Auftrag erhalten, die Pforte zum Kriege zu drängen: denn für den Fall, welcher damals nicht so unmöglich war, daß Frankreich von den Mächten angegriffen würde, wollte sich Ludwig Philipp einstweilen nach Bundesgenossen umsehen. Dieß sollte jedoch ganz im Geheimen geschehen und Niemand etwas davon merken. Denn zugleich schien Ludwig Philipp nichts eifriger, als den Frieden zu wünschen, und officiell mußten seine Gesandten keine anderen, als friedliebende Gesinnungen äußern, wie er denn in der That auch den Frieden wollte. Durch das Bekanntwerden der kriegerischen Schritte Guilleminot's schienen aber auf einmal alle friedliebenden Versicherungen Ludwig Philipp's Lügen gestraft zu werden. Ludwig Philipp mußte, um das Vertrauen der Mächte wieder zu erhalten, einen entscheidenden Schritt thun: er mußte Guilleminot verläugnen. Dieß geschah denn auch: Guilleminot wurde 3. April 1831 von Constantinopel abgerufen unter dem Vorwande, daß er seine Vollmachten überschritten hätte**). Unter solchen Umständen, von Frankreich verrathen, von keiner andern Macht unter-

*) Soltyk. II. S. 144. 145.
**) Capefigue l'Europe depuis l'avènement de Louis Philippe III. S. 57.

Digitized by Google

stützt — denn auch der englische Gesandte Gordon erklärte sich gegen den Krieg — glaubte die Pforte nichts Eiligeres thun zu dürfen, als die Kriegsrüstungen sofort einzustellen und dem russischen Gesandten die Versicherung zu geben, daß man nicht entfernt feindselige Gesinnungen gegen Rußland hege*). So mußte denn Polen auch auf diese Hülfe verzichten.

Nachgerade änderte sich auch die Ansicht Oestreichs hinsichtlich Polens. Sei es, daß Metternich die Ueberzeugung gefaßt, ohne einen allgemeinen Krieg sei sein Plan, einen östreichischen Prinzen auf den polnischen Thron zu setzen, nicht durchzuführen, sei es, daß die Furcht vor dem Umsichgreifen des revolutionairen Elementes, welches durch die Anerkennung des polnischen Aufstandes bedeutend unterstützt wurde, seine Anschauungen und Bestrebungen in der äußern Politik zurückdrängte: genug, Metternich nahm im Laufe des Sommers eine andere Haltung gegenüber dem polnischen Aufstande an. Vielfach wird auch erzählt, daß nicht blos die Betrachtung der Weltlage den östreichischen Staatskanzler zu dieser Politik bestimmt habe, sondern es sei noch etwas Anderes gewesen. Metternich sei von Rußland bestochen worden: dieses habe ihm von dieser Zeit an einen Jahrgehalt von einer Million ausgesetzt gegen das Versprechen, nie mehr feindlich gegen Rußland aufzutreten. Wir können natürlich die Richtigkeit dieser Angabe nicht verbürgen: sie ist aber so allgemein verbreitet, namentlich auch unter den Polen und insbesondere unter solchen, welche dem diplomatischen Getriebe ziemlich nahe gestanden haben, daß wir es für Pflicht hielten, sie mitzutheilen. Sie beweist wenigstens, wessen man den östreichischen Staatskanzler für fähig gehalten. Entschieden trat die Aenderung der östreichischen Politik Ende Juli 1831 hervor. Da schrieb Metternich an Skrzynecki, er könne den Polen keinen andern Rath geben, als sich ihrem rechtmäßigen Herrn zu unterwerfen**).

Es blieben jetzt nur noch England und Frankreich übrig. Es ist nicht zu läugnen: das französische Cabinet nahm sich der Sache

*) Venturini Chronik des 19. Jahrhunderts. Jahr 1831. S. 585. 586.

**) v. Smitt Geschichte der poln. Revolution. III. S. 268.

Digitized by Google

der Polen fortwährend an. Einmal ohne Zweifel, weil es durch die öffentliche Meinung dazu getrieben wurde, dann aber auch, weil es in den Polen einen Schild sah, womit es die Streiche der absolutistischen Staaten auffangen konnte. Darum war aber auch die Unterstützung der Polen Seitens der französischen Regierung keine aufrichtige und unzweideutige, sondern sie ging nicht weiter, als sich mit dem Interesse des herrschenden Systems vertrug. Was England anbetrifft, so war das Ministerium Grey viel zu sehr mit der Reformbill und mit der belgischen Frage beschäftigt, als daß es den polnischen Angelegenheiten eine größere Aufmerksamkeit hätte schenken mögen: außerdem wünschte das Ministerium keinen Krieg, um sich desto mehr der Hebung der materiellen Interessen des Landes widmen zu können; und zuletzt war selbst die liberale Partei in England weniger von dem Kampfe der Polen um ihre Freiheit berührt, als dieß überall auf dem Festlande der Fall gewesen. Indeß: einen Augenblick schien es, als ob Palmerston mit Ernst sich der polnischen Frage widmen wolle. Dieß war damals, als es sich um die Annahme der 18 Artikel Seitens des belgischen Nationalcongresses handelte, von welcher Leopold von Coburg die Annahme der belgischen Krone abhängig machte. Palmerston, welcher diese Annahme wünschte, erklärte gegen Talleyrand, den französischen Gesandten in London, wenn die Belgier darauf eingingen, so würde man sich nachher auch mit der polnischen Sache beschäftigen. Sofort eilte Zaluski nach Brüssel, um durch diese Aussicht die Belgier, denen die polnische Freiheit ebenfalls am Herzen lag, zur Annahme der 18 Artikel zu bestimmen. Nachdem dieß aber geschehen war, wollte Palmerston doch nichts mehr von den Polen wissen: im Gegentheile, er lehnte jetzt ganz entschieden jede Einmischung in die polnische Sache ab*). Sebastiani, der französische Minister des Auswärtigen, hatte indeß, vertrauend auf jene frühere Aeußerung Palmerston's, noch im Juli den Polen die Versicherung gegeben, daß ihre Sache gut stehe: sie sollten sich nur noch etwa

*) Louis Blanc. Livre II. Chap. 12.

Digitized by Google

zwei Monate gedulden. Die Polen vertrauten darauf nur zu sehr, und wir werden gleich sehen, daß dieß Vertrauen zu ihrem Verderben gereichte. Denn von Seite Frankreichs geschah von dieser Zeit an gar nichts mehr zu Gunsten der Polen.

Während nun die Polen von allen den Mächten, die sich ihnen anfänglich freundlich erwiesen und Hoffnungen eingeflößt hatten, im Stiche gelassen wurden, handelte eine andere ihnen benachbarte Macht, Preußen, offenbar feindselig gegen sie. Die öffentliche Meinung zwar nahm ebenso, wie im übrigen Deutschland, ein großes Interesse an dem Freiheitskampfe dieses Volkes und wünschte aufrichtig einen glücklichen Ausgang desselben, von Posen insbesondere zogen Tausende nach Polen, um am Streite Theil zu nehmen; aber die Regierung, ganz von der russischen Diplomatie umstrickt, verfolgte die entgegengesetzte Politik. Sie rief gleich nach der Revolution vom 29. November ihren Consul von Warschau ab, wies alle Unterhandlungen, welche die Polen mit ihr anzuknüpfen suchten, zurück, verbot den Posenern bei Strafe der Gütereinziehung jeden Antheil am Kampfe in russisch Polen, stellte an der Gränze vier Armeecorps auf, ließ keine Unterstützung, weder an Geld, noch Waffen, für die Aufständischen durch, selbst nicht einmal französische Couriere, nahm die Gelder der polnischen Bank in Preußen in Beschlag und that überhaupt Alles, was in ihrer Macht stand, um den Aufständischen Abbruch zu thun. Ja gegen Ende des Krieges that sie etwas, was wesentlich zum unglücklichen Ausgange der Revolution beigetragen. Nach dem Tode des Feldmarschalls Diebitsch übernahm nämlich Graf Paskiewitsch-Eriwanski, welcher sich in dem Kriege mit den Persern und in dem letzten türkischen hervorgethan, den Oberbefehl über die russischen Truppen in Polen. Dieser beschloß den Krieg auf eine andere Weise zu fassen. Er verlegte den Kriegsschauplatz an die untere Weichsel und wollte diesen Strom von der preußischen Seite her überschreiten. Dieß geschah deshalb, weil die Gegenden, welche Diebitsch zu seiner Operationnbasis gewählt hatte, zu ausgesaugt waren, um dem russischen Heere den nöthigen Lebensunterhalt zu verschaffen, weil ferner

Digitized by Google

der Kriegsbedarf des Heeres wegen des Aufruhrs der litthauischen Provinzen nicht mehr aus dem Innern Rußlands mit Sicherheit bezogen werden konnte und endlich weil die Russen, wenn sie in Folge einer Niederlage gezwungen worden wären, Polen zu räumen, unfehlbar in den aufständischen litthauischen Provinzen ihren Untergang gefunden hätten. Die preußische Regierung aber lieferte dem russischen Heere Lebensmittel, Kriegsbedarf, Aerzte, kurz Alles, was es nöthig hatte, und hätte zuletzt im Falle einer Niederlage das russische Heer gastfreundlich in ihrem Lande aufgenommen. So im Rücken gedeckt, konnte Paskiewitsch ruhig an die Ausführung seines Planes gehen, der sonst in strategischer Beziehung mit den größten Gefahren verknüpft war. Unter solchen Umständen waren also die Polen lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen. Leider aber wurde diese unendlich geschwächt durch die unseligen Zwiste, welche jetzt unter ihnen ausbrachen.

Innere Zerwürfnisse. Ereignisse bis zur Absetzung Skrzynecki's. Ausgang der Unternehmung nach Litthauen.

Wir haben früher schon von den beiden Parteien gesprochen, welche sich gleich nach der Revolution des 29. November bei den Polen aufgethan. Es ist nöthig, dieselben noch einmal in's Auge zu fassen.

Die eine, die Bewegungspartei, wollte entschieden die Unabhängigkeit von Rußland und die Wiederherstellung des alten Polens in seinen früheren Gränzen. Um diesen Zweck zu erreichen, glaubte sie, müßten auch alle dazu führenden Mittel angewendet werden. Sie verlangte deshalb die Anstrengung aller Volkskräfte, gleich im Anfang ein Aufgebot in Masse, aber auch, um das gemeine Volk für den Aufstand zu interessiren und zu begeistern, eine Verbesserung der Lage der nie-

Digitized by Google

deren Classen, insbesondere der Bauern. Sie wollte diese aus ihren ungemein drückenden Verhältnissen, welche im Wesentlichen der Leibeigenschaft gleichkamen, obschon sie rechtlich aufgehoben war, herausreißen und ihnen im Ganzen dieselben Rechte sichern, welche sie in anderen freien Ländern genossen. Die revolutionaire Partei war also zugleich eine demokratische.

Die Erhaltungspartei, meistens aus der Aristokratie bestehend, und an den Vorrechten derselben mit Zähigkeit festhaltend, haßte die revolutionaire Partei besonders wegen ihrer demokratischen Grundsätze. In der Besorgniß, daß diese zuletzt zur Verwirklichung gelangten, wenn die Revolution in allen ihren Consequenzen Erfolge erränge, haßte sie auch die Revolution und suchte ihr entgegen zu wirken. Ihr letzter, geheimer Zweck war kein anderer, als sich Rußland wieder zu unterwerfen, unter dessen Herrschaft die demokratischen Grundsätze keine Aussicht auf Verwirklichung hätten; doch sollte diese Unterwerfung allerdings unter vortheilhafteren Bedingungen geschehen, als vor der Revolution bestanden hatten. Polen sollte in Verfassung und Verwaltung unabhängiger von Rußland sein, insbesondere unter einem Vicekönig stehen, der ein geborner Pole sein müßte, und zu diesem Amte hatte sie bereits den Präsidenten der revolutionairen Regierung, Fürst Czartoryski, ausersehen. Den Krieg mit Rußland betrachtete diese Partei eigentlich nur als Mittel, um damit von dem Kaiser günstigere Bedingungen zu erhalten, keineswegs aber als einen Kampf auf Leben und Tod. Daher hütete sich diese Partei, alle Kräfte der Nation mit Einem Male in Anspruch zu nehmen, daher ist auch im Ganzen die Lässigkeit zu erklären, mit welcher der Krieg von Seiten der Generale geführt ward.

Von diesen Parteien hatte die erste die Jugend und wohl auch den größten Theil des Volkes, wenn auch unbewußt, auf ihre Seite. Auch befand sie sich so ziemlich im Besitze der gesammten Presse. Aber die zweite besaß die Macht und die Herrschaft, nämlich die Mehrheit des Reichstags, die Regierung, das Heer, auch den Oberbefehlshaber und die Generale.

Digitized by Google

Doch kann man nicht sagen, daß Letzteres so unbedingt der Fall gewesen. Die demokratische Partei hatte überall ihre Anhänger und Vertreter, wenn sie sich auch in der Minderheit befanden. In der Regierung gehörte Lelewel zu ihr, und auch B. Niemojewski ging öfter in ihre Ideen ein, während Czartoryski mit den beiden anderen zur Erhaltungspartei gehörte. Ebenso zählte im Reichstag die Bewegungspartei eine Anzahl Anhänger, und nicht minder war dieß im Heere der Fall. Die Gegensätze gingen daher durch alle öffentlichen Organe hindurch und lähmten, wie nicht anders zu erwarten, die Zusammenwirkung. Es gelang weder der Erhaltungspartei, vollständig in ihrem Sinne zu verfahren, noch der demokratischen, ihren Ansichten den Sieg zu verschaffen. Die Demokratie erlangte gerade so viel Einfluß, als nöthig war, um der Erhaltungspartei Furcht einzuflößen und die Regierung zu halben Maßregeln zu bestimmen, aber nicht so viel, um mit Energie die revolutionaire Bahn zu durchschreiten.

Im Laufe der Zeit, unter dem Feuer des Streites, stellten sich die Gegensätze immer schroffer heraus, wurden die Parteien immer erbitterter.

Die demokratische Partei stellte auf dem Reichstage zu wiederholten Malen, den Antrag, die bäuerlichen Verhältnisse zu ordnen, den polnischen Landmann von dem Drucke des Feudalismus zu befreien. Die Aristokratie ging auf diese Frage niemals ernstlicher ein, und wenn, so geschah es in einer Weise, daß man ihr anmerkte, sie werde bei der letzten Entscheidung dagegen stimmen. Was in dieser Beziehung geschah, geschah nur von einzelnen wohlwollenden Edelleuten. Durch diese Haltung der Aristokratie verlor die polnische Sache nicht nur im Auslande, sondern in Polen selbst setzte sich die Meinung immer fester, die Aristokratie wolle und möge sich zu keinem Opfer entschließen, sei daher auch nicht patriotisch gesinnt, man könne ihr nicht trauen: mit Einem Worte, die Erbitterung von Seite der Demokratie gegen die Erhaltungspartei wurde immer größer.

Dagegen ereiferte sich die letztere beständig gegen den Unfug der Presse, gegen den Terrorismus der patriotischen Gesellschaft,

Digitized by Google

gegen die offenbaren Bestrebungen derselben, die Republik einzuführen, die Constitution aufzulösen, eine völlige Umwandlung der socialen Verhältnisse durchzusetzen.

Zu diesen principiellen Gegensätzen kamen nun noch persönliche Zwiste und Zerwürfnisse. Einer beneidete dem Andern seine Stellung, seinen Einfluß und suchte ihn daraus zu verdrängen. Besonders im Heere war dieß der Fall: die mannichfachen Unfälle im Kriege, das Scheitern so mancher Unternehmung hatte sehr oft seinen Grund in dem Ungehorsam der Generale.

Immer größer wurde diese Uneinigkeit seit der Schlacht bei Ostrolenka. Die letzten Ereignisse mußten jedem nur etwas hellblickenden Offizier die Unfähigkeit Skrzynecki's zur Genüge dargethan haben, und selbst das Heer verlor nachgerade das Vertrauen zu ihm. Prondzynski, welcher die tiefe Ueberzeugung gewonnen hatte, daß dieser Führer noch Alles zu Grunde richte, fertigte eine Denkschrift aus, in welcher alle Fehler Skrzynecki's ohne Schonung aufgedeckt wurden. Er hoffte ihn dadurch zum freiwilligen Niederlegen seines Amtes bewegen zu können. Alsobald kamen auch die geheimen und offenen Widersacher Skrzynecki's hervor, welche diese Gelegenheit benutzen wollten, um ihn zu stürzen, unter diesen besonders Krukowiecki, den der Oberbefehlshaber dadurch gekränkt, daß er ihm das Commando über die vierte Division genommen und ihn zum Gouverneur von Warschau gemacht hatte, sodann eine Partei, in der Regierung von Niemojewski vertreten, welcher Skrzynecki ebenfalls nicht leiden konnte. Aber Skrzynecki gehörte zur Erhaltungspartei und war besonders ein Schützling Fürst Czartoryski's. Derselbe bot seinen ganzen Einfluß auf, um den Generalissimus zu halten, und brachte es wirklich dahin, daß der Reichstag nicht nur von jedem Gedanken ihn seines Amtes zu entsetzen, absah, sondern sogar noch eine feierliche Abordnung zu ihm schickte, um ihm im Namen des Vaterlandes zu danken. Skrzynecki, dergestalt befestigt, ließ nun sofort seine Rache an seinen Gegnern aus, nahm Krukowiecki die Befehlshaberstelle über Warschau, entsetzte Uminski, dem er das Mißlingen seines Zuges gegen die Garden ungerechter Weise zuschrieb,

Digitized by Google

seines Commandos, und verhehlte nicht den tiefsten Haß gegen Prondzynski. Aber Czartoryski hatte den Generalissimus noch zu etwas Anderem aufgespart. Derselbe sollte nun den Vorschlag zu einer Aenderung der Regierungsform machen, deren Sinn kein anderer war, als dem Fürsten Czartoryski allein an die Spitze der Geschäfte zu bringen. Skrzynecki mußte nämlich gegen die Abordnung des Reichstages erklären, daß alles Unglück von der schlechten Regierungsform herkomme, welche jede Kraft und Einheit unmöglich mache. An die Stelle einer fünfköpfigen Regierung sollte die eines einzigen Hauptes treten, mit dem Namen Statthalter. Dieser vom Generalissimus hingeworfene Vorschlag wurde alsbald von der Erhaltungspartei aufgegriffen und dem Reichstage zur Prüfung vorgelegt.

Die demokratische Partei wußte recht gut, was man mit diesem Vorschlage beabsichtige. Man wollte damit die wenigen demokratischen Elemente, die sich noch in der Regierung befanden, und die der Erhaltungspartei, wenn auch nur als beaufsichtigend, höchst unangenehm waren, daraus entfernen und die Leitung der Dinge jener Partei und dem Haupte derselben, dem Fürsten Czartoryski allein in die Hände spielen. Die Demokraten boten alle Kräfte auf, um diesen Vorschlag fallen zu machen: auch die constitutionelle Partei, welche zwischen ihr und der Erhaltungspartei in der Mitte stand, war mit dem Vorschlage nicht einverstanden. Er fiel also am 8. Juni, als er zur Abstimmung kam, jedoch nur mit einer geringen Mehrheit durch.

Die Verhandlungen über diesen Vorschlag hatten jedoch die Leidenschaften in und außerhalb des Reichstags auf's Neue aufgeregt und den Riß zwischen beiden Parteien noch mehr erweitert. Am allerwenigsten gewann Skrzynecki dabei, den man unlauterer Absichten beschuldigte, als ob er einen 18. Brumaire spielen wollte, obschon er nach dem Verluste einer Schlacht Niemand weniger, als einem Napoleon gleiche.

Ueber diesen politischen Beschäftigungen hatte Skrzynecki ganz den Feind außer Augen gelassen, der sich indessen ruhig um Pultusk lagerte, bemüht, neue Verstärkungen an sich zu ziehen, namentlich das

Digitized by Google

Corps von Kreutz, welches durch General Rüdiger in den südlichen Gegenden Polens ersetzt worden war. Endlich glaubte Skrzynecki doch etwas thun zu müssen. Er ging daher auf den Gedanken Chrzanowski's ein, jenen Rüdiger, der ohngefähr 12,000 Mann stark war, zu erdrücken, indem Chrzanowski von Zamosc aus mit 6000 Mann, und mehrere andere Corps von Warschau aus, im Ganzen 25,000 Mann stark, gegen den russischen General operiren sollten. Unglücklicher Weise übergab Skrzynecki die Ausführung dieses Unternehmens den unfähigsten Generalen der Armee, Jankowski und Butowski, welche sich trotz ihrer Uebermacht von Rüdiger bei Lysobyki am 19. Juni schlagen ließen und dann, nicht ohne Einwirkung des Generalissimus selber, sich eiligst zurückzogen, obschon ihr Heer gleich darauf durch Vereinigung mit dem Corps Ramorino's auf 30,000 Mann angewachsen war. Inzwischen war Chrzanowski, in dem festen Vertrauen, von Jankowski unterstützt zu werden, von Zamosc gegen Rüdiger herangerückt: mit genauer Noth entging er dem doppelt so starken Feinde und zog sich sodann über die Weichsel zurück.

In der Hauptstadt war die Erbitterung gegen Jankowski und Skrzynecki gränzenlos. Man verlangte jenen sammt den anderen Generalen vor ein Kriegsgericht gestellt. Skrzynecki, in Angst, daß bei dieser Gelegenheit seine eigenen Fehler aufgedeckt würden, suchte dieß zu umgehen, und glücklicher Weise bot sich ihm ein Gegenstand dar, durch den er die öffentliche Meinung von sich ablenken konnte. Es war ihm nämlich eine Anzeige zugekommen, daß mehrere angesehene Männer, unter diesen einige Generale, namentlich auch Jankowski und Butowski, in verrätherischen Verbindungen mit den Russen ständen. Sofort ließ er diese Leute verhaften. Es entstand dabei ein Auflauf. Die Wuth des Volks war furchtbar gegen diese angeblichen Verräther: kaum daß man sie vor den Händen desselben retten konnte, welche sie zu zerreißen drohten. Indessen: Skrzynecki hatte dadurch die Meinung von sich wieder etwas gehoben.

Inzwischen war Paskewitsch, Ende Juni, beim russischen Heere angekommen. Er brachte nicht mehr als 15,000 Mann neue Truppen

Digitized by Google

mit. Die russische Hauptmacht betrug etwa 65,000 Mann. Die Polen, welche sich inzwischen verstärkt, konnten ihnen 60,000 Mann entgegensetzen. Mit dem Anfang Juli begann Paskewitsch seinen Flankenmarsch längs des rechten Ufers der Weichsel bis nach Plock, von da bis nach Osiek, dicht an der preußischen Gränze, um hier den Uebergang über die Weichsel auszuführen. Dazu brauchte er drei Wochen. Ende Juli kam er in Osiek an und bewerkstelligte hier seinen Uebergang. Darauf zog er längs des linken Ufers dieses Stromes langsam gegen Warschau heran.

Sowohl während des Zuges des russischen Heeres bis nach Osiek, als beim Uebergange über die Weichsel, als beim Zuge nach Warschau heran, boten sich für die Polen die günstigsten Gelegenheiten dar, die Russen mit Erfolg anzugreifen. Skrzynecki that nichts von dem Allen. Er ließ den russischen Feldherrn ruhig gewähren. Nur einmal versuchte er eine kleine Unternehmung gegen die Russen und zwar gegen das etwa 8000 Mann starke Corps des General Golowin, welches in Siedlce stand. Er schickte dagegen zuerst die Generale Ramorino und Rybinski, die aber, weil sie nicht gemeinschaftlich handeln mochten, einzeln von Golowin geschlagen wurden. Dann zog er selber mit Chrzanowski 20,000 Mann stark gegen diesen Golowin: aber Skrzynecki's Lässigkeit war daran Schuld, daß der russische General nicht gänzlich aufgehoben wurde. Er entkam glücklich den Schlingen, welche ihm die Polen gelegt und flüchtete nach Brzesc.

Warum handelte aber nicht Scrzynecki? Warum ließ er die Russen ruhig die Weichsel überschreiten? Daran waren die diplomatischen Unterhandlungen Schuld. Dem polnischen Heerführer kamen damals gerade jene Nachrichten der französischen Regierung zu, welche eine glückliche Beilegung der polnischen Frage in etwa zwei Monaten in Aussicht stellten. Skrzynecki verstand die Sache so, daß er sich mit den Russen nicht schlagen solle. Ohnedieß hat der französische Gesandte in Berlin, Flahaut, angerathen, die Gefahren einer Hauptschlacht zu meiden.

Das Heer wußte natürlich von diesen Dingen nichts. Die un-

Digitized by Google

begreifliche Unthätigkeit des Oberfeldherrn, in Verbindung mit den unglücklichen Versuchen gegen geringere Gegner warfen einen Geist der Entmuthigung, der Unzufriedenheit und wohl auch der Zuchtlosigkeit in das polnische Heer, welches unbeschäftigt bei Warschau stand. Dazu kamen nun noch in jener Zeit die Nachrichten von dem unglücklichen Ausgang der Unternehmung nach Litthauen.

Die Schuld trug theils die Unfähigkeit, theils die Uneinigkeit der Führer. Gielgud, der als General der 4. Division an der Spitze der Unternehmung stehen sollte, war derselben durchaus nicht gewachsen. Er verlor gleich Anfangs den Kopf und versäumte oft das Allernothwendigste. Chlapowski, welcher noch der fähigste der Führer war, befand sich in einer untergeordneten Stellung: auch war er in beständigem Widerspruch mit Dembinski, welcher seinem eigenen Kopf folgte und sein Corps fast immer von dem Ganzen absonderte. So geschah es, daß diese Unternehmung, welche Anfangs nicht ohne Erfolg war, vollkommen scheiterte. Von den Russen bei Wilna geschlagen, zogen sich die Polen nach Samogitien, in der Absicht, Polangen zu erobern, um durch diesen Hafen eine Verbindung zwischen der französischen Propaganda und Warschau herzustellen. Sie wurden aber von den Russen verfolgt. Die Führer der Polen dachten jetzt schon nicht mehr daran, sich ernstlich zu schlagen, obschon sie mit den einzelnen Corps der Aufständischen noch 18,000 Mann stark waren. Ihre Absicht stand danach, über die preußische Gränze zu flüchten. Weil sie aber mit Recht eine Empörung der entrüsteten Truppen fürchteten, führten sie dieselben noch einmal bei Szawle gegen den Feind, absichtlich aber so schlecht, daß sie eine Niederlage erleiden mußten. Darauf gingen Gielgud und Chlapowski am 12. Juli bei Memel über die preußische Gränze, um dort die Waffen zu strecken. Gielgud erreichte aber in diesem Augenblicke sein Schicksal. Er wurde von einem polnischen Offizier, der längst in ihm einen Verräther gesehen, erschossen. Der einzige Dembinski, dachte nicht daran, zu flüchten. Er zog die Reste der Polen, ohngefähr 4000 Mann, an sich, und führte diese unter den mühsamsten und schwierigsten Märschen, beständig verfolgt von

Digitized by Google

den Russen, fast allerseits von ihnen eingeschlossen, von den äußersten Gränzen Samogitiens durch Litthauen hindurch glücklich bis nach Warschau zurück, wo er am 3. August, begrüßt von dem endlosen Jubel der Bevölkerung ankam. Wie schmerzlich berührt die Polen auch von dem Ausgange des Gielgud'schen Corps sein mochten, so wurde ihre Hoffnung doch wieder gehoben durch den glücklichen Rückzug dieser 4000 Tapfern: Dembinski wurde daher der Held des Tages und eine Zeit lang war er der gefeiertste Mann des Heeres.

Inzwischen rückte das russische Heer, nachdem es das Corps von Kreutz an sich gezogen und rechts mit Rüdiger, welcher inzwischen oberhalb Warschau über die Weichsel gehen sollte, die Verbindung eingeleitet hatte, immer weiter vor. Anfang August kam es bis nach Bolimow. Skrzynecki war aus seiner Unthätigkeit nicht herauszubringen. Die Entrüstung des Heeres über dieses unverzeihliche Verhalten erreichte den höchsten Grad. Einzelne Scharmützel, welche zwischen den polnischen und russischen Vorhuten geliefert wurden, und in denen die Polen gewöhnlich siegten, zeigten zur Genüge, welchen Erfolg ein ernsthafter gut geleiteter Angriff auf das russische Heer gehabt haben würde. Um so erbitterter wurden die polnischen Soldaten bei dem Gedanken, daß man den Russen geduldig das Feld räume. Endlich konnte sich auch der Reichstag der allgemeinen Unzufriedenheit mit Skrzynecki nicht mehr entziehen. Er beschloß eine Abordnung an das Heer zu schicken, um sich über das Verhalten des Generalissimus zu erkundigen. Weitaus die größte Anzahl der Generale und höheren Offiziere erklärten Skrzynecki für unfähig der Oberbefehlshaberschaft. So wurde er denn am 10. August seiner Stelle entsetzt.

Die Ereignisse des 15. August. Der Fall Warschau's. Ausgang der Revolution.

Es war nun die Frage, wen man an seine Stelle setzen sollte. Die Meisten richteten ihre Augen auf Dembinski, welcher durch sei-

Digitized by Google

nen glücklich vollbrachten Zug das Vertrauen der Nation in hohem Grade gewonnen hatte. In der That wurde er vorderhand zum Stellvertreter des Generalissimus ernannt.

Diese Wahl war aber keine glückliche. Sofort nämlich bemächtigten sich Skrzynecki und die Erhaltungspartei Dembinski's, der, obzwar ein feuriger Patriot und entschiedener Anhänger des Krieges mit Rußland, wegen seiner langen Abwesenheit von Warschau über die eigentliche Stellung der Parteien nicht unterrichtet war und sich leicht täuschen ließ. So sprach er sich denn öffentlich gegen die Bewegungspartei und das Treiben der patriotischen Gesellschaft aus, die er nur aus den Schilderungen Czartoryski's und Skrzynecki's kannte. Die Folge war, daß jene und die Hauptstadt überhaupt sein geschworner Feind wurde. Sodann wurde er am 11. von Skrzynecki selbst dem Heere als sein Nachfolger vorgestellt, und bei dieser Gelegenheit erklärte Dembinski, daß er in die Fußstapfen seines Vorgängers treten wolle. Er verlor dadurch auch das Vertrauen des Heeres. Das Mißtrauen stieg, als Dembinski, trotz der Vorstellungen Prondzynski's, den er wegen seines Streites mit Skrzynecki haßte, den Rückzug des Heeres nach Warschau anordnete, ohne eine Schlacht zu liefern.

Unter solchen Umständen, glaubte die Bewegungspartei, sei keine Zeit mehr zu verlieren, um durch eine rasche und kühne That das bisherige System, welches auf den Untergang des Vaterlandes hinarbeite, zu stürzen und die Leitung der Dinge in ihre Hände zu bringen. Ihr Plan war, einen Aufstand in Masse zu bewerkstelligen, alle Verdächtigen festzunehmen, den Reichstag zusammenzuberufen und ihn zu zwingen, seine Macht in die Hände von 15 Männern aus der Kammer und den einflußreichsten Bürgern der Hauptstadt niederzulegen. Diese sollten mit der vollen Gewalt der Dictatur bekleidet werden. Zu diesen Männern hatte man ausersehen, den Fürsten Radziwill, den General Pac, die Senatoren Rakwaski und Olizar, die Landboten Bonaventura Niemojewski, Morewski, Zwierkowski, Lelewel, Szczaniecki, Trzcinski und aus der patriotischen Gesellschaft Mochnaki, Pulawski, Bronikowski und Morawski. An der

Digitized by Google

Spitze sollte ein Triumvirat stehen, nämlich Lelewel, Pulawski und Zaliwski.

Man gedachte die Revolution damit zu beginnen, daß man die Leidenschaften des Volkes aufstachelte und es zu Mordthaten verführte. Eine gute Gelegenheit bot sich den Verschwornen dadurch dar, daß jene angeblichen Verräther, die Ende Juni verhaftet worden waren, freigesprochen wurden, weil man keine Beweise gegen sie gefunden. Sie wurden indeß noch in Gefangenschaft gehalten. Am 15. August, gegen Abend bewegte sich ein zahlloser Haufe gegen das Regierungsgebäude: Abgesandte, die Leiter der patriotischen Gesellschaft, begaben sich in das Zimmer, wo die Regierungsmitglieder ihre Sitzungen hielten, und stritten sich mit ihnen über das bisher befolgte System herum. Czartoryski suchte zu begütigen: Barzykowski verwies den Abgesandten mit rauhen Worten ihr Benehmen. Lelewel, der von dem Unternehmen vorher schon gewußt, verhielt sich ruhig. Der Auftritt führte zu keinem Ergebniß. Von da zog das Volk gegen das Schloß, wo die angeblichen Verräther eingekerkert waren. Das Schloß wird gestürmt, die Gefangenen herausgerissen und auf das Gräulichste ermordet. Es waren die Generale Jankowski, Bukowski, Hurtig, Salaki, der Beamte des Kriegsministeriums Bentkowski, der Kammerherr des Großfürsten Constantin Banshawe und eine russische Frau, Bashanow. Von da begab sich der Haufe in andere Gebäude, wo russische Spione gefangen waren, und mordete Schuldige oder Unschuldige, ohngefähr dreißig an der Zahl.

Mitten in diesem Tumult verlieren alle Behörden der Hauptstadt den Kopf: Czartoryski entflieht in das Lager, die übrigen Mitglieder der Regiernng verstecken sich, nur V. Niemojewski ist an seinem Platze. Indessen aber zeigt sich ein anderer Mann, der die Verwirrung benutzt, um die Gewalt an sich zu reißen. Das ist der General Krukowiecki. Dieser ehrgeizige Edelmann hatte sich seit seinem Zwiste mit Skrzynecki an die patriotische Gesellschaft, deren Ansichten er übrigens keineswegs theilte, angeschlossen, um vermittelst ihrer und der Bewegungspartei die Ziele seines Ehrgeizes zu erreichen. Er hatte

Digitized by Google

nicht versäumt, sich populair zu machen, sowohl bei den Soldaten, als beim Volke, und dadurch, daß er auf Skrzynecki schimpfte und von energischen Maßregeln sprach, die Meinung zu erwecken gesucht, daß er allein der Mann sei, welcher es verstände, das Vaterland zu retten. In diesem Augenblicke der Verwirrung nun, als die Anstifter der Revolution nicht wußten, wie sie dieselbe benutzen sollten, um sich der Leitung des Staats zu bemächtigen, erschien Krukowiecki, wandte sich an das Volk, wurde von demselben begrüßt, und stellte eine gewisse Ruhe her. Man ernannte ihn alsbald zum Gouverneur der Hauptstadt und die Regierung, von der sich nach und nach drei Mitglieder wieder zusammen gefunden, bestätigte ihn in dieser Würde. Von diesem Augenblicke an stieß Krukowiecki die Bewegungspartei, die ihn gehoben, bei Seite und handelte nach seinem eigenen Plane.

Am Morgen des 16. August legten die fünf Regierungsmitglieder ihre Würde nieder. Krukowiecki ließ absichtlich die Unordnungen und Mordscenen am 16. noch fortdauern um die Männer, welche bisher die Gewalt in Händen gehabt, einzuschüchtern, und sie desto leichter zum Abdanken zu bewegen; ja er theilte Allen, welche er beseitigt wünschte, unter der Hand Proscriptionslisten mit, auf welchen ihre Namen standen. Der Schrecken wurde allgemein.

Indessen noch hatte er nicht gewonnen. Die Regierung ernannte vor ihrer Abdankung Prondzynski zum Generalissimus, und allerdings wäre er, was Geist und Talent anbetrifft, der geeignetste Mann dazu gewesen. Prondzynski nahm nach langem Weigern die Stelle an, war aber entschlossen, alle Gewalten, die ihn in der Ausführung seiner Plane hätten hindern können, zu beseitigen, und sich zum Dictator aufzuwerfen. Er merkte indessen sowohl an Dembinski, als an Krukowiecki, daß diese ihm niemals gehorchen würden, und so legte er den Oberbefehl sogleich wieder nieder. Darauf hatte Dembinski denselben Gedanken wie Prondzynski. Er erschien am 17. August in Warschau, sprach sich mit äußerstem Unwillen über die Vorgänge der letzten Tage aus und ließ die Anstifter der Unruhen verhaften. Dieß geschah, ohne daß Widersetzlichkeiten von Seite des Volkes

Digitized by Google

stattgefunden hätten. Die Leiter der demokratischen Partei hatten nicht Muth genug, um ihr Unternehmen vollständig durchzuführen. Als aber Dembinski mit seinem Plane, sich zum Dictator aufzuwerfen, herausrückte, erklärten sich alle Parteien gegen ihn: er, dieses bemerkend, besaß ebenfalls zu wenig Energie, um entschieden durchzugreifen: er verließ Warschau und kehrte zum Heere zurück.

Nur Krukowiecki blieb auf dem Platze. Inzwischen versammelte sich der Reichstag. Krukowiecki war schlau genug, allen Parteien zu schmeicheln und jeder das hoffen zu lassen, was sie am meisten wünschte. So kam's, daß der Reichstag die Regierungsform änderte, an die Spitze des Staats einen Einzigen, mit dem Namen Präsident, nebst einem Ministerium stellte, und zu diesen Krukowiecki ernannte, welcher das Recht hatte, auch den Generalissimus zu wählen. Krukowiecki bestätigte vorderhand Dembinski in dieser Würde. Bald aber ernannte er Malachowski dazu, einen alten Mann, der ihm wenig im Wege stand. Er trieb eine Zeit lang die Versuche fort alle Parteien sich geneigt zu erhalten: entfaltete eine unermüdliche Thätigkeit und erließ pomphafte Proclamationen.

Unterdessen zog sich das polnische Heer in die Verschanzungen von Warschau zurück; das russische folgte ihm auf dem Fuße. Die polnischen Generale beriethen nun, was zu thun sei. Am 20. August wurde folgender Kriegsplan beschlossen. Man wollte den Russen unter den Mauern von Warschau eine Schlacht liefern. Ein kleines Corps unter Lubienski sollte nach Plock, ein anderes größeres, 20,000 Mann stark, unter Ramorino sollte nach Podlachien rücken, beide, um die Hauptstadt mit Lebensmitteln zu versorgen, die kleineren russischen Abtheilungen zu zerstreuen und zu geeigneter Zeit wieder in Warschau zu sein, um an der Schlacht Theil nehmen zu können. In Warschau blieben 34,000 Mann zurück. Den linken Flügel dieses vor den Mauern Warschau's aufgestellten Heeres befehligte Uminski, den rechten Routié, das Centrum Dembinski, die Artillerie General Bem. Die Flügel dieses Heeres waren aber sehr ungleich vertheilt. Der rechte und das Centrum war zusammen nicht so stark, wie der

Digitized by Google

linke, obschon er auf einer größern Fläche verbreitet war. Man glaubte aber, daß der Hauptangriff der Russen auf den linken Flügel erfolgen werde.

Ramorino verließ am 21. August Warschau mit seinem Corps und wandte sich gegen Siedlce. Paskewitsch, welcher Anfangs nicht wußte, was dieser Abzug bedeute, gerieth in Unruhe. Bald aber erfuhr er durch General Rosen, daß der polnische General sich weit von Warschau entfernt habe, indem er Rosen bis nach Brescz verfolge. Dieß wollte der russische Heerführer benutzen, und er beschloß den 6. September die Schlacht. Ramorino war vorher vergebens aufgefordert worden, eiligst zurückzukehren, um der Schlacht von Warschau beizuwohnen.

Paskewitsch richtete den Hauptangriff auf den rechten Flügel des polnischen Heeres und auf die Verschanzungen, welche von ihm vertheidigt wurden, namentlich auf die größte und wichtigste von Wola. Dieser Flügel war aber zu schwach, um dem Andrange der russischen Massen auf die Länge Widerstand leisten zu können. Die fehlerhafte Anlage der Schlachtordnung trat jetzt recht zu Tage und sie konnte nicht wieder gut gemacht werden, weil die Führer nicht übereinstimmten. Der Oberbefehlshaber Malachowski genoß kein Ansehen: Krukowiecki, welcher die Oberleitung der Schlacht an sich gerissen, gab keine Befehle, Rybinski, der angegangen wurde, dem rechten Flügel zu Hülfe zu eilen, gehorchte nicht. Was half zuletzt alle Tapferkeit der Polen, namentlich die heldenmüthige Aufopferung derer, welche Wola vertheidigten, was half Bem's wohlgezieltes Feuer! Die Russen erlitten allerdings ungeheure Verluste: sie nahmen aber Wola und die erste Reihe der Verschanzungen und trieben die Polen an diesem Tage hinter die zweite Reihe derselben zurück.

Der Ausgang dieses ersten Schlachttages bewirkte eine außerordentliche Entmuthigung unter vielen polnischen Generalen; selbst Prondzynski verlor in äußerster Bestürzung jede Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang. Die Erhaltungspartei, welche von jeher mit Rußland hatte unterhandeln wollen, rückte natürlich jetzt mit Vor-

Digitized by Google

schlägen dazu hervor. Paskewitsch selbst bot die Hand dazu, indem er den General Berg als Unterhändler wegen der Unterwerfung nach Warschau schickte. Krukowiecki hatte unter allen am meisten die sonst zur Schau getragene Zuversicht verloren: sei es, daß er sich früher selber getäuscht, und daß er wirklich im Augenblicke den Kopf verloren, oder sei es, daß er früher schon den Verrath beabsichtigte: genug, er erklärte gleich nach dem ersten Schlachttage, Alles sei verloren und nichts könne retten, als Unterwerfung. Er trat daher in der Nacht vom 6. auf den 7. September mit General Berg in Unterhandlungen, bei denen ihn Prondzynski unterstützte. Am Morgen des 7. war Reichstagssitzung und Krukowiecki verlangte von dem Reichstage Ermächtigung, mit Paskewitsch einen Vertrag abzuschließen. Der Reichstag wollte jedoch vorderhand davon nichts wissen und verweigerte dem Krukowiecki die Ermächtigung.

Nachmittag um 2 Uhr begann die Schlacht von Neuem. Der Angriff der Russen wandte sich zuerst auf den linken Flügel, den Uminski befehligte, sie konnten jedoch hier keine Erfolge erringen. Um 4 Uhr aber begann der Sturm auf die Vorstadt Czyste und die damit in Verbindung stehenden Verschanzungen. Diese Werke waren außerordentlich wichtig und wurden von den Polen auf das Tapferste vertheidigt. Da aber auch hier, wie am ersten Tage, viel zu wenig Truppen verwendet wurden, so wurden sie zuletzt doch von den Russen genommen: sie hatten an diesem Schlachttage die zweite Linie der Verschanzungen erobert.

Trotz dieser Unfälle, welche nur aus der schlechten Führung entsprangen, war aber das polnische Heer noch kampfbegierig. Es hatte wohl Verluste erlitten, aber bei Weitem keine so großen wie die Russen. Diese hatten in den beiden Tagen gegen 20,000 Mann eingebüßt. Auch mangelte es ihnen bereits an Schießbedarf, besonders für die Artillerie, während die Polen noch reichlich mit Allem versehen waren. Immerhin also wäre der Ausgang dieses Kampfes vor Warschau noch sehr zweifelhaft gewesen, wenn die Polen sich nur noch einen Tag gehalten hätten. Gelang es ihnen, den Russen nur noch einen Tag

Digitized by Google

Stand zu halten, so konnte mit einem Male eine neue Wendung erfolgen, Ramorino mit seinen 20,000 Mann anrücken und dadurch das Uebergewicht der Kräfte auf die Seite der Polen bringen. Eine Niederlage Paskewitsch's aber bedrohte sein ganzes Heer mit dem Untergange, und es war das letzte, was Rußland hatte auftreiben können. Die Russen erkannten sehr wohl die Lage der Dinge und darum betrieben sie so eifrig die Unterhandlungen. Krukowiecki, ärgerlich über den Beschluß des Reichstags, verlangte seine Entlassung und schüchterte diesen dadurch so ein, daß er in seiner Abendsitzung, welcher indessen wenig Mitglieder beiwohnten, dem General Krukowiecki die Ermächtigung gab, Verträge abzuschließen, um den Krieg zu beendigen. Krukowiecki, eifrigst bemüht, so schnell wie möglich wieder die Gnade des Kaisers zu erhalten, giebt Berg einen Brief an den Kaiser mit, wonach Polen sich ohne irgend eine Bedingung Rußland wieder unterwirft. Dieß geschah um 6 Uhr Abends, am 7. September. Bald darauf befahl Krukowiecki den Rückzug des polnischen Heeres nach Praga.

Nun aber ermannen sich die kräftigeren Mitglieder des Reichstags, die besseren der Generale: sie durchschauen Krukowiecki's Spiel und wollen ihm mit Einem Male ein Ende machen. Noch um 10 Uhr Abends versammelt sich der Reichstag und beschließt die Absetzung Krukowiecki's. Bonaventura Niemojewski wurde zum Präsidenten ernannt, der Reichstag nach Praga verlegt. Als Berg von Paskewitsch mit neuen Vorschlägen nach Warschau zurückkommt, um mit Krukowiecki zu unterhandeln, findet er diesen entsetzt. Der Landtagsmarschall Ostrowski erklärt gegen Berg, daß er im Namen der Nation wider alle Verträge mit Rußland sich verwahre. Berg muß also auf völlige Unterwerfung der Nation verzichten. Das Einzige, was man erreichte, war die Räumung Warschau's durch das polnische Heer, dem später noch die Räumung Praga's beigefügt wurde, wogegen die Russen den Polen 48 Stunden Waffenstillstand zusicherten, um die Stadt zu verlassen und ihre Streitkräfte in Modlin zu vereinigen. Am 8. zogen die Russen in Warschau ein.

Digitized by Google

Auch nach dem Falle Warschau's war die Sache der Polen noch keineswegs als eine verlorene zu betrachten. Ihre Streitkräfte betrugen sammt den Besatzungen im Ganzen noch 68,000 Mann. Davon konnten 47,000 sogleich zusammengezogen werden, ohngefähr 23,000 betrug noch die Armee von Warschau, welche nach Modlin zog, 6000 die Besatzung von Modlin, 18,000 das Corps Ramorino's. Auch dachte weder der Reichstag, noch die Regierung, noch Malachowski daran, den Kampf aufzugeben. Vielmehr wurde Ramorino aufgefordert, sich mit der polnischen Hauptmacht in Modlin zu vereinigen.

Aber so wenig Ramorino vor der Schlacht bei Warschau gehorcht hatte, so wenig gehorchte er jetzt. Er handelte indeß nicht aus eigenem Ermessen, sondern unter den Einflüssen der Partei Czartoryski's, welche nach ihrem Sturze seit dem 15. August nach irgend einem Werkzeuge suchte, durch welches sie wieder an die Herrschaft käme. Czartoryski und seine Anhänger fanden dieses Werkzeug in Ramorino, sie begleiteten daher sein Corps als Freiwillige und bestimmten seine Schritte. Diese Partei verhinderte sein Eintreffen in Warschau: diese Partei verhinderte seinen Anschluß an das Heer in Modlin. Ramorino war indeß ein viel zu unbedeutender Heerführer, um Erfolge erringen zu können. Von den Russen gedrängt, zieht er sich an die östreichische Gränze nach Gallizien zurück, und überschreitet endlich diese am 16. September, wo er mit etwa 10,000 Mann, die ihm noch übrig geblieben, die Waffen streckt.

Ramorino's Verhalten und Ausgang übte natürlich eine mächtige Wirkung auf das noch übrig gebliebene polnische Heer. Schon gleich nach der Ankunft in Modlin legte Malachowski den Oberbefehl nieder und die Generale wählten Rybinski zu seinem Nachfolger. Rybinski gehörte zu jener Partei, welche keinen Kampf mehr wollte, sondern das Heil nur in Unterhandlungen sah. Die Russen, welche ihre Leute kannten, benutzten dieß mit der ihnen eigenthümlichen Schlauheit und hielten den Feldherrn der Polen so lange mit Unterhandlungen und Versprechen hin, bis er die rechte Zeit zum Handeln hatte vorüber gehen lassen. Unter den Generalen fehlte es nicht an Männern,

Digitized by Google

welche entschieden für die Fortsetzung des Krieges stimmten; dahin gehörten Uminski, Dembinski, Bem, Malachowski. Da sie aber nicht die Oberleitung hatten, so wurden natürlich ihre Vorschläge nicht angenommen. Nachdem die Russen endlich gesehen, daß Ramorino verloren sei, daß das polnische Heer durch Desertion sich verringere, so nahmen sie in den Unterhandlungen auf einmal eine andere Sprache an, sie verlangten unbedingte Unterwerfung und stellten überhaupt so demüthigende Bedingungen, daß die Polen nicht gut darauf eingehen konnten. Jetzt schien es, als wolle sich Rybinski zur Schlacht entschließen. Sie wurde jedoch wieder hinausgeschoben. Inzwischen zogen sich die Polen bis Plock, um über diesen Fluß zu gehen und sich mit dem Corps des General Rozyki zu vereinigen, welches auf dem linken Ufer der obern Weichsel stand und mit General Rüdiger sich herumschlug. Endlich kam die Nachricht vom Ausgange Ramorino's. Rybinski dachte nun an keinen Kampf mehr. Er zog sich an die preußische Gränze, welche er am 5. October mit 21,000 Mann, den Resten der polnischen Hauptarmee überschritt. Kurz vorher, am 25. September, war Rozyki auf Krakauisches Gebiet geflüchtet. Bald darauf übergaben sich die Festungen Modlin und Zamosc. Die Russen waren wieder die Herren von Polen.

Die ausgewanderten Polen fanden eine gastliche Aufnahme in Frankreich. Aber ehe sie dahin gelangten, hatten sie noch mit den größten Widerwärtigkeiten zu kämpfen. Die Russen nämlich machten allerlei Versuche, bei Oestreich und Preußen, um die Auslieferung der Ausgewanderten zu bewirken. Bezüglich der Offiziere, so wollten sie sich an diesen rächen, und mit den Soldaten gedachten sie die gelichteten Reihen ihres Heeres auszufüllen. Die öftreichische Regierung dachte menschlich genug, um ein solches Ansinnen zurückzuweisen: sie zeigte äußerlich wenigstens Achtung vor dem entsetzlichen Unglücke, das eben eine ganze Nation betroffen. Aber die preußische, treu ihrem Verfahren, welches sie während der ganzen polnischen Revolution angewendet, schämte sich nicht, auf das Verlangen Rußlands einzugehen und dessen Büttel zu spielen. Sie versuchte jedes nur erdenkliche

Digitized by Google

Mittel, um die Polen wieder über die Gränze zurückzutreiben. Sie verweigerte zuerst den Offizieren Pässe nach Frankreich. Wie dieses nichts half, so suchte sie auf jede Weise, die Offiziere von den Soldaten zu trennen, um auf diese, ihrer Rathgeber entblößt, leichter einwirken zu können. Ein Theil von Offizieren und Soldaten erlag auch der Versuchung und kehrte nach Polen zurück. Die Mehrzahl war aber durchaus nicht zu bewegen, in die gewisse Knechtschaft, die ihrer wartete, zurückzugehen. Gegen diese verfuhren nun die Preußen barbarisch. Man gab ihnen nicht genug zu essen, man trieb sie von einem Orte zum andern, immer näher der russischen Gränze zu, um sie gelegentlich hinüber zu schaffen; man gebrauchte sogar offenbare Gewalt, wenn die Unglücklichen, das, was man mit ihnen vorhatte, ahnend, nicht weiter gehen wollten. Im December wurden polnische Soldaten mit Kolbenstößen genöthigt, die Richtung nach der russischen Gränze einzuschlagen. Da warfen sich die Waffenlosen auf den Boden, klammerten sich an diesen fest mit den Händen und erklärten, sich eher tödten, als den Russen überliefern zu lassen. So ließ man ihnen endlich ihren eigenen Willen.

Die Reaction.

Durch die Unterdrückung der polnischen Revolution war Rußland einer ungeheuren Gefahr entgangen. Dieß ergiebt sich schon aus dem großen Schauplatz, auf welchem die revolutionairen Bewegungen spielten: denn nicht blos das Königreich Polen hatte sich erhoben, sondern auch der Süden Rußlands, Volhynien, Podolien, Ukraine hatte sich empört: ebenso der Norden, Litthauen und Samogitien; selbst Finland stand im Begriff, die Waffen zu ergreifen, und noch kurz vor dem Ausgange der polnischen Revolution, im August, waren die Militaircolonien daran, sich der allgemeinen Erhebung anzuschließen: schon hatten unter ihnen gefährliche Emeuten begonnen. Und wenn man bedenkt, wie viel Aufopferung und Hingebung an die Sache

Digitized by Google

der Befreiung in all' diesen Aufständen zu Tage gekommen, welche Begeisterung durch fast alle Schichten der Gesellschaft, durch alle Alter und Geschlechter — denn selbst das weibliche zeichnete sich durch Aufopferung, Kühnheit und Heldenmuth aus — hindurchgegangen, so sieht man leicht, wie Rußland dicht an dem Rande des Verderbens stand. Es wurde nur gerettet durch die verkehrte Kriegführung der Aufständischen, dadurch daß die Bewegungen eine nach der andern, nicht zugleich, begannen und daß die Kräfte derselben selbst in einzelnen Provinzen sich nicht vereinigten, sondern vereinzelt handelten. Rußland fühlte die ungeheure Gefahr, welche ihm drohte, sehr wohl. Es bot daher alle seine Kräfte auf, um sie zu beschwichtigen. Es sandte alle Truppen, die es entbehren konnte, nach einander auf den Kriegsschauplatz: an 120,000 hatte der Krieg gefressen, gegen Ende desselben hatte es nichts weiter zu verwenden. Wäre Paskewitsch im August oder nur vor Warschau geschlagen worden, so war Rußland verloren.

Wie gesagt: Nikolaus fühlte das sehr wohl. Nun, da er gerettet war, wollte er sich auch an denen rächen, die ihm eine solche Gefahr bereitet; zugleich wollte er aber auch die Quelle verstopfen, aus welcher eine solche Gefahr entsprungen. Dieß war die polnische Nationalität. Sein Entschluß war gefaßt: er wollte diese vernichten, und zwar rasch, so bald wie möglich. Zu diesem Ende wandte er ein furchtbares Schreckenssystem an. Er hoffte durch dasselbe das polnische Nationalbewußtsein ausrotten, die Polen zu Russen umschaffen zu können.

Die russische Politik ging jedoch, wie immer, so auch hier schlau zu Werke. Sie heuchelte Anfangs Milde, theils um die Ausgewanderten, namentlich die Soldaten, wieder zur Rückkehr zu bewegen, theils um das Volk im Ganzen sicher zu machen und die aufrührischen Elemente zu vollkommener Unterwerfung zu vermögen. Am 1. November 1831 wurde sogar eine allgemeine Amnestie erlassen. Ausgeschlossen von ihr sollten nur sein: 1) die Urheber des Aufstandes vom 29. November; 2) die Anstifter des Aufstandes vom 15. Au-

Digitized by Google

gust; 3) die Mitglieder der revolutionairen Regierung; 4) die Reichstagsmitglieder, welche die Absetzung des Kaisers vorgeschlagen und unterstützt hatten; 5) die Offiziere der Heeresabtheilungen von Ramorino, Rybinski, Rozycki, Kaminski. Auf die anfänglichen Versprechungen vertrauend, waren Viele geblieben, Andere nach der Erlassung der Amnestie zurückgekehrt. Aber bald sollten sie enttäuscht werden. Unzählige Verhaftungen erfolgten: in der Regel des Nachts: die Menschen verschwanden, man wußte nicht, wohin sie gekommen waren. Die polnischen Soldaten aber wurden in das Innere Rußlands abgeführt.

Bald kam das System des Schreckens mehr und mehr zu Tage. Die ganze Nation wurde entwaffnet: den Bauern nahm man selbst ihre Sensen, Beile und alle schneidenden Werkzeuge, die sie doch zur Bewirthschaftung nöthig hatten: Verheimlichung der Waffen wurde sofort mit dem Tode bestraft. Ueber ganz Polen breitete sich ein furchtbares Netz von Spionen aus: nicht nur an öffentlichen Orten wurden die Einwohner überwacht, sondern auch in ihren Häusern: überall waren sie von Angebern umringt: selbst die Dienstboten standen im Dienste der geheimen Polizei, so daß man nicht einmal im eigenen Zimmer ein freies Wort zu äußern wagen durfte. An persönliche Freiheit war nicht mehr zu denken: nicht einmal von einem Orte zum andern durfte der Einzelne gehen, ohne Erlaubniß der Polizei, ohne sich einen Paß von ihr haben geben zu lassen. Das Land wurde gegen Außen chinesisch abgeschlossen: man wollte ihm alle Berührung mit dem Auslande entziehen. Natürlich durften keine Zeitungen, keine Bücher herein: selbst die officiellen Organe mancher Regierungen waren der russischen noch zu freisinnig. Wurde denn doch das Hereinschmuggeln verbotener Schriften versucht, so wurden die betretenen „Verbrecher“ mit dem Tode bestraft. Dann begannen die Urtheile über die Theilnehmer an der Revolution. Mehr wie 800 wurden bestraft, meist mit Verbannung nach Sibirien, die Meisten hatten sich aber bereits in's Ausland geflüchtet. Aber dabei blieb es nicht. Es wurden auch ihre Güter eingezogen, und diese

Digitized by Google

theils dem Staatsschatze zugewiesen, theils russischen Edelleuten. So verlor der Fürst Czartoryski Alles, was er in Rußland und Polen besessen, an Werth 30 Millionen polnische Gulden. Es blieben ihm nur die Einkünfte aus Gallizien, im Betrag von 2000 Ducaten. Für die polnischen Generale, welche zurückgeblieben, 18 an der Zahl, wurde in Moskau eine Rechtfertigungsbehörde errichtet. Dorthin wurden alle abgeführt, unter ihnen auch Krukowiecki. Da sie sich nicht gehörig zu rechtfertigen gewußt, mußten sie weiter in das Innere Rußlands wandern.

Unter dem 26. Februar 1832 erließ der Kaiser endlich ein organisches Statut, welches von nun an die Verhältnisse Polens regeln sollte. Dieses Statut hebt die Verfassung von 1815, welche der Kaiser Alexander den Polen verliehen, für immer auf und vernichtet den letzten Rest von Freiheit und Selbständigkeit der Nation. Polen verliert sein selbständiges Heer: die Polen wurden von nun an in russische Regimenter gesteckt und nach den entferntesten Ländern gesendet, namentlich nach dem Kaukasus, um sich dort aufreiben zu lassen. Der Reichstag wird aufgehoben, es bleibt nur ein Staatsrath, dessen Mitglieder der Kaiser ernennt, und die auch aus Russen bestehen können. An der Spitze der Regierung steht von nun an Paskewitsch, den der Kaiser zum Fürsten von Warschau ernannt. Auch die Steuern werden nicht blos zur Bestreitung der Bedürfnisse der polnischen Verwaltung erhoben, sondern nach russischem Maßstabe geordnet, zur Bestreitung der Bedürfnisse des ganzen Kaiserreichs bestimmt. Zwar war noch eine Phrase von der Sicherheit der Person und des Eigenthums angebracht. Aber das war eine Täuschung, da für sogenannte Staatsverbrecher die russischen Gesetze gelten sollten und die Einziehung des Vermögens.

Aus dieser Verordnung konnte man schon ersehen, daß es auf die Vernichtung Polens als eines besondern Königreichs abgesehen war, daß es zu einer bloßen russischen Provinz herabgewürdigt werden sollte. Andere Maßnahmen ließen diese Absicht noch deutlicher wahrnehmen. Im Mai 1832 wurden Tausende von Knaben von 6

Digitized by Google

bis zu 17 Jahren eingefangen, unter dem Weinen und Wehklagen ihrer Mütter, um in die Militaircolonien gebracht zu werden. Die Absicht war, den polnischen Sinn in ihnen zu ertödten und sie zu Russen heranzuziehen. Aber nur die wenigsten dieser armen Kinder erreichten den Ort ihrer Bestimmung. Der größte Theil verkam auf dem Wege durch schlechte Verpflegung, Angst und Verzweiflung. Sodann wurde eine starke Aushebung der männlichen Bevölkerung für den Kriegsdienst veranstaltet: 20 von je 500 Einwohnern wurden ausgehoben. Die Bauern flüchteten in die Wälder, um diesem schrecklichen Schicksale zu entgehen. Denn der russische Soldat hat 25 Jahre zu dienen, und die Polen wußten, daß sie dazu bestimmt seien, ihr Vaterland niemals wieder zu sehen. Den Unglücklichen wurden aber Kosacken in die Wälder nachgesendet, um die Widerspenstigen einzufangen.

Aber die russische Regierung gebrauchte noch eine andere Maßregel, von welcher sie noch eine dauerndere Unterdrückung des polnischen Nationalgefühls hoffte. Sie hob die Universitäten Warschau und Wilna auf, und überhaupt alle polnischen Schulen, an deren Wiedererrichtung bis zum Herbste 1833 nicht mehr gedacht wurde. Die Bibliotheken und andere Sammlungen wurden nach Petersburg gebracht und jede wissenschaftliche Regung gehemmt. Erst um jene Zeit wurden wieder neue Schulen eröffnet, aber mit Einrichtungen, welche ebenfalls darauf abzielten, die polnische Nationalität zu ertödten. In diesen Schulen war die Erlernung der russichen Sprache, der russischen Geschichte und Lebensverhältnisse der Hauptzweck. Bezeichnend ist, daß zu Directoren der höheren Lehranstalten meist russische Offiziere genommen wurden. Von einer eigentlichen wissenschaftlichen Ausbildung konnte natürlich keine Rede mehr sein: es durfte nichts gelehrt werden, als was die Regierung vorgeschrieben, keine anderen Lehrbücher eingeführt, als die sie angegeben, und sie war vorsichtig genung, Alles aus den Lehrgegenständen zu entfernen, was nur entfernt freiheitliche Gedanken erwecken konnte. So wurden viele Schriftsteller der Alten, unter Anderen auch Tacitus, verboten. So war es in

Digitized by Google

Polen, ebenso in den ehemals polnischen Provinzen, in Litthauen, Volhynien, Podolien.

Und ebenso, wie durch die Erziehung, wollte der Kaiser auch durch die Religion die polnische Nationalität untergraben. Die Polen sind Katholiken und bekanntlich ist ihr religiöses Bekenntniß so innig mit ihnen verwebt, daß es als ein Theil ihrer Volksthümlichkeit betrachtet werden kann. Die russische Regierung gab sich alle Mühe, den Katholicismus zu drücken und ihn durch die griechische Religion zu verdrängen. Ein kaiserlicher Ukas verordnete, daß Kinder von gemischten Ehen, zwischen Katholiken und Griechen, unter allen Umständen in der griechischen Religion erzogen werden sollten. Mehrere Bischöfe, welche diesen Ukas nicht anerkennen wollten, wurden verhaftet und ihrer Stellen entsetzt. Der Kaiser ließ absichtlich leere Bischofsstühle unbesetzt, so daß bis zum Jahre 1839 von acht nur zwei übrig geblieben waren.

Dieß war das System, welches die russische Regierung nach der Unterdrückung der Revolution in Polen anzuwenden für gut befunden. Im Jahre 1835 sprach es der Kaiser Nikolaus in Warschau gegen die Abordnung des Stadtraths selber unverholen aus, daß er keine polnische Nationalität mehr anerkenne. „Sie haben," sagte er zu den Polen, „zwischen zwei Dingen zu wählen. Entweder beharren Sie bei Ihren Täuschungen über ein unabhängiges Polen, oder Sie leben ruhig und als treue Unterthanen unter meiner Regierung. Wenn Sie aber auf Ihren Träumen von einem eigenen Volksthum, von einem unabhängigen Polen und von allen jenen Hirngespinnsten bestehen, so können Sie nur großes Unglück bereiten. Ich habe hier eine Citadelle errichten lassen, und ich erkläre Ihnen hiermit, daß ich beim ersten Aufstande die Stadt Warschau in Grund schießen lassen und vernichten werde; und wahrlich, nicht ich werde sie wieder aufbauen lassen. Bei Ihnen, meine Herren, steht es, das Vergangene in Vergessenheit zu bringen; nur durch Ihr gutes Betragen und durch Ihre Ergebenheit für meine Regierung können Sie dahin gelangen. Ich weiß, daß mit dem Auslande ein Briefwechsel unterhalten wird, daß

Digitized by Google

schlechte Druckschriften hieher geschickt werden und daß man die Gemüther zu verderben sucht. Die beste Polizei von der Welt kann bei einer Gränze, wie die Ihrige, dergleichen Verbindungen nicht hindern. Sie selbst müssen die Polizei üben, um das Uebel zu verhüten. Wenn Sie Ihre Kinder wohl erziehen und ihnen die Grundsätze der Religion und der Treue gegen ihren Souverain einprägen, bleiben sie auf der guten Bahn. Mitten unter allen den Unruhen, die Europa bewegen, ist Rußland allein stark und unversehrt geblieben. Glauben Sie mir, meine Herren, es ist ein wahres Glück, diesem Lande anzugehören und sich seines Schutzes zu erfreuen. Wenn Sie sich gut aufführen, wenn Sie alle Ihre Pflichten erfüllen, wird sich auch meine väterliche Sorge über Sie Alle erstrecken und trotz dem, was vorgefallen, wird meine Regierung stets auf Ihr Wohl bedacht sein. Vergessen Sie nicht, was ich Ihnen hier gesagt habe."

Digitized by Google

Digitized by Google

Fünftes Buch.

Kampf des Liberalismus mit der Reaction

und

Sieg der letztern.

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Capitel

Politischer Kampf in Deutschland

bis in den Sommer 1832.

Einleitung. Weltgeschichtliche Bedeutung von Polens Fall.

Die polnische Revolution war fast von allen Völkern Europas mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt worden. Wohl wußten sie, daß hier um die Entscheidung gekämpft würde, ob fortan das liberale Princip in Europa herrschen oder ob der Absolutismus mit neuer Kraft die Völker unter das Joch beugen sollte. Keine Volkserhebung hatte daher in den Augen der öffentlichen Meinung eine solche Wichtigkeit, als die polnische. Mit der äußersten Spannung folgte sie dem Gange des Krieges: jeden Sieg der Polen begrüßte sie mit Jubel, jede Niederlage vernahm sie mit Trauer und Schmerz. Auch verfehlte sie nicht, die Regierungen zur Unterstützung der Polen aufzufordern: besonders gegen Ende des Krieges, als sich herausstellte, daß sie nicht, wie man gehofft, allein mit den Russen fertig werden würden, wenden sich die Völker in vielfachen Adressen an die Regierungen — namentlich auch in Deutschland war dieß der Fall —, um diese Unterstützung zu erwirken. Es war jedoch umsonst: Polen fiel. Und nun bemühten sich die Völker wenigstens, das traurige Loos der aus dem Vaterlande Verbannten dadurch zu lindern, daß sie ihnen auf alle Weise ihr Mitgefühl an den Tag legten und sie gastfreundlichst unterstützten. Die Wanderungen der polnischen Krieger durch Mitteleuropa bis nach Frankreich glichen wahren Triumphzügen: mit solcher Begeisterung wurden sie allenthalben empfangen, mit solchem

Digitized by Google

Stolz rühmte man sich ihrer Bekanntschaft, ihrer Bewirthung. Niemals seit den Zeiten des griechischen Aufstandes waren so große Sammlungen für Unglückliche zu Stande gekommen, als jetzt für die Polen. Fast jede bedeutende Stadt in Deutschland hatte ihren eigenen Ausschuß, um die Sammlungen für die Polen in Empfang zu nehmen und ihre Beförderung zu besorgen. Und wie in Deutschland, so wurden sie auch in den Niederlanden, in England empfangen, von Frankreich gar nicht zu reden, welches sie eingeladen hatte, dort sich niederzulassen, wo die Regierung weiter für sie sorgen wolle.

Aber mit der polnischen Revolution, wie gesagt, war auch die Vormauer gegen den nordischen Absolutismus gefallen und man mußte die Hoffnung aufgeben, die Herrschaft Rußlands auf seine alten Provinzen beschränkt, seinen Einfluß auf Europa gebrochen zu sehen. Es ist nicht zu läugnen: durch dieses Ereigniß kam sofort Entmuthigung in einen Theil des europäischen Liberalismus: die moralische Wirkung dieser Niederlage war außerordentlich und zeigte sich besonders bei den Massen, welche zuletzt doch immer den Ausschlag geben.

Nicht minder aber fühlte der Absolutismus die Größe des Sieges, den er soeben erfochten. Fast widerstandlos hatte sich seit der Julirevolution der Liberalismus über den Westen, Süden und die Mitte Europas ergossen, um zuletzt auch im Osten den Kampf zu beginnen und dort die dichteste Mauer der Willkürherrschaft, Rußland zu zerbrechen. Und wir haben gesehen, wie nahe er daran gewesen. Der Absolutismus wußte so gut, wie die öffentliche Meinung, daß mit dem Siege der Polen auch seine Stunde geschlagen, daß er somit, indem er gegen die Polen kämpfte, für seine eigene Erhaltung stritt. Aber nachdem er diesen mächtigen Widerstand gebrochen, glaubte er auch, rasch den erfochtenen Sieg benützen, den durch die eben erlittene Niederlage bestürzten Liberalismus, ehe er sich noch erholen konnte, angreifen, und indem er ihn vor sich herdrängte, sich immer weiter gegen den Westen vorschieben zu müssen, um hier das liberale Pincip wo möglich auch in seinem eigentlichen Herde zu vernichten.

Digitized by Google

In der That: gleich nach der Besiegung der Polen werden diese Plane gefaßt. Die drei absoluten Mächte schließen sich wieder enger an einander: die Spannung, welche noch vor kurzem zwischen Oestreich und Preußen bestanden haben mochte, wird rasch beseitigt: der neue preußische Minister des Auswärtigen, Ancillon, obschon früher etwas liberalisirend, geht ganz in die Plane Metternich's ein: seit lange war der diplomatische Verkehr zwischen Petersburg, Berlin und Wien nicht so lebhaft gewesen, wie eben jetzt, und bald sind die Cabinette mit einander über den Plan im Reinen. An vier Punkten zugleich sollen die Versuche des Absolutismus beginnen: in Deutschland, wo der Bundestag alsobald die Reaction einzuleiten und die Regierungen unter den Einflüssen Oestreichs und Preußens sie weiter auszuführen haben; in Italien, welches wieder von Oestreich besetzt werden soll, um theils die Reste der liberalen Regungen vollends zu erdrücken, theils die französischen Einflüsse zu beseitigen; in den Niederlanden, wo sich die absoluten Mächte von nun an entschiedener, als es bisher geschehen, auf die Seite des Königs von Holland stellen und gegen das revolutionaire Belgien feindselig auftreten sollen; in Portugal endlich, wo Dom Miguel gegen seinen Bruder Dom Pedro, der sich eben anschickte, den Krieg zu beginnen, unterstützt werden sollte. Auf allen diesen Punkten, wenigstens den drei letzten, griff der Absolutismus nicht nur das liberale Princip überhaupt, sondern insbesondere auch die zwei dasselbe vertretenden Großmächte, England und Frankreich an, und offenbar war das Streben der drei absoluten Cabinette darauf gerichtet, den Einfluß derselben auf die Gestaltung der allgemeinen europäischen Politik so viel wie möglich zu beschränken und dagegen die Grundsätze der heiligen Allianz auf's Neue zur alleinigen Geltung zu bringen. Und schon hatte es den Anschein, als ob sie in diesem Streben durch einen jener zu bekämpfenden Staaten selber unterstützt werden sollten: denn unmittelbar nach Warschau's Fall erfocht in England das rückschreitende Princip einen Sieg: die Reformbill erlitt im Oberhause eine Niederlage, und die Tories gedachten schon das liberale Ministerium zu

Digitized by Google

stürzen. Ein Toryministerium in England aber mußte den Entwürfen der absoluten Monarchien den Weg bahnen.

Indessen war der Sieg der Reaction doch keineswegs so leicht. Der Liberalismus stemmte sich ihr vielmehr noch mit großer Kraft entgegen, und eine Zeitlang wogte der Kampf zwischen diesen beiden Principien unentschieden hin und her. Betrachten wir jetzt denselben näher: beginnen wir mit Deutschland.

Anfänge der Reaction in den deutschen Einzelstaaten und am Bundestage. Steigende Aufregung im Volke.

Gleich nach dem Falle Warschau's erließ das Petersburger Cabinet eine Note an die deutschen Regierungen, in welcher es dieselben aufforderte, den seit der Julirevolution in Deutschland auftauchenden revolutionairen Geist im Zaume zu halten und den Gährungsstoff zu unterdrücken, dessen Ausbruch die gesetzliche Ruhe und Ordnung zu stören drohe. Zugleich wurde den Regierungen jede mögliche Hülfe bei den Bestrebungen zugesagt, welche sie an den Tag legen würden, um ihr Ansehen gegen die frevelhaften Versuche jenes schädlichen Geistes aufrecht zu erhalten. Denn Rußland könne unmöglich das Umsichgreifen der Demagogie in Deutschland mit Gleichgültigkeit ansehen, insofern nämlich die deutschen Regierungen eine nur von Schwäche zeugende Nachsicht dagegen bewiesen*).

In Deutschland war schon von dem Augenblicke an, als die Sache der Polen zu sinken begann, die Reaction kecker hervorgetreten: noch entschiedener war dieses der Fall nach dem Untergange der Revolution. Die Regierungen zogen die Zügel straffer an: die Polizei trat wieder mit allerlei Quälereien hervor: man suchte die damals herumgegebenen Adressen bezüglich der Polen zu vereiteln, wie in Würtemberg und Hessen-Darmstadt: man verbot den Offizieren

*) Venturini Chronik des neunzehnten Jahrhunderts. Jahr 1831. S. 189.

Digitized by Google

das Politisiren und das Besuchen solcher Gesellschaften, wo über politische Dinge gesprochen wurde. Wo es zu Unruhen kam, wie in Leipzig am 30. August, wurden sie mit der ganzen frühern Strenge niedergeschlagen. Sodann wurde die Censur wiederum verschärft. Hier ging Preußen mit dem Beispiele voran. Es verbot neuerdings nicht nur alle freisinnigen Zeitungen, die in Deutschland herauskamen, sondern auch alle Bücher, welche sich günstig über die polnische Revolution, nachtheilig gegen Rußland aussprachen und den allgemeinen deutschen Verhältnissen in liberalem Sinne ihre Aufmerksamkeit widmeten. Selbst der Auszug aus Rotteck's Weltgeschichte wurde verboten, und sogar der neueste Jahrgang des historischen Taschenbuchs von Raumer, weil sich in diesem eine Geschichte des Untergangs von Polen im Jahre 1794 befand, obschon Raumer selbst Mitglied des Obercensurcollegiums war. Er sah sich deshalb veranlaßt, im October 1831 aus dieser Behörde auszutreten. Die anderen deutschen Regierungen folgten allmählig diesem Vorgange Preußens nach, wenn schon mit mehr Behutsamkeit. So wurde in Baiern, Würtemberg, Hessen, Sachsen die Censur verschärft, in Frankfurt ein liberales Blatt, „die Zeitbilder," unterdrückt.

Gleichzeitig mit dieser Verschärfung der Censur wurde die Sprache der Regierungen und ihrer Organe gegen den Liberalismus und die oppositionelle Volksvertretung gehässiger. Man scheut sich nicht, mit Hochverrath um sich zu werfen, den Liberalismus französischer Sympathien und der Ausländerei zu zeihen, ja darauf hinzudeuten, als ob er in verrätherischem Einverständnisse mit den Franzosen stehe, während die Reaction ein deutschthümliches Gewand anzuziehen sich bemüht. Die reactionaire Presse in Berlin und Wien bekämpft fortwährend den Constitutionalismus: hie und da wird selbst in constitutionellen Staaten durch Regierungsorgane offen der Wunsch ausgesprochen, die Verfassungen wieder beseitigt zu sehen.

Unter solchen Bewandnissen ließ auch der Bundestag nicht lange mit reactionairen Maßregeln auf sich warten. Am 27. October 1831 machte der östreichische Gesandte bei Gelegenheit der Adressen zu

Digitized by Google

Gunsten der Polen den Antrag, alle dergleichen Adressen zu verbieten, weil sie die Wirksamkeit eines in Deutschland nur allzusehr verbreiteten Geistes der Anmaßung bekunden, und es wurde einstimmig beschlossen: „Da der Bundesversammlung gemeinschaftliche Vorstellungen oder Adressen über öffentliche Angelegenheiten des deutschen Bundes eingereicht worden sind, eine Befugniß hiezu aber in der Bundesverfassung nicht begründet ist, das Sammeln der Unterschriften zu dergleichen Adressen vielmehr nur als ein die Autorität der Bundesregierungen und die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdender Versuch, auf die gemeinsamen Angelegenheiten und Verhältnisse Deutschlands einen ungesetzlichen mit der Stellung der Unterthanen zu ihren Regierungen und dieser letzteren zum Bunde unvereinbaren Einfluß zu üben, anzusehen ist, so erklärt die Bundesversammlung, daß alle dergleichen Adressen als unstatthaft zurückzuweisen seien.“

Am 10. November folgte sodann ein Beschluß hinsichtlich des Mißbrauchs der Presse. Die Regierungen werden aufgefordert, ihren darauf bezüglichen Verpflichtungen nachzukommen und den Unfug, der neuerdings mit der Presse getrieben werde, nicht mehr zu gestatten. Am 19. November wurde Seitens des Bundes die erste liberale Zeitschrift, das in Straßburg erscheinende „Constitutionelle Deutschland,“ verboten. Andere sollten folgen.

Die öffentliche Meinung wurde durch diese offenbaren Anzeichen der Reaction etwas erschüttert. Sie birgt sich nicht, daß ein gewaltiger Sturm gegen die Freiheit im Anzuge sei; sie malt denselben sogar mit den schwärzesten Farben aus; sie fürchtet, daß alle Verfassungen aufgehoben werden, daß Deutschland unter russischem Despotismus erliege. Und es ist nicht zu läugnen: diese Furcht brachte zum Theil unerfreuliche Wirkungen hervor. So nimmt die baierische zweite Kammer, welche während des Sommers 1831 ganz entschieden gewesen war, und dieß sowohl bei den Abstimmungen über das Preßgesetz, wie über das Budget bewiesen hatte, nach dem Falle Warschau's auf einmal eine andere Haltung an. Die Mehrheit schwankt zagend hin und her: nimmt ihre Abstimmung über die

Digitized by Google

Presse, welche auf gänzliche augenblickliche Aufhebung der Censur gelautet hatte, wieder zurück, um sich der ersten Kammer zu nähern: ebenso ihre Abstimmung bezüglich der Civilliste, die sie auf 3 Millionen erhöht, während sie früher nur für 2½ gestimmt hatte, hoffend, daß durch dieses Entgegenkommen der Kammer der König bewogen werden möchte, ihr in anderen Dingen nachzugeben. Es war aber Alles falsch gerechnet. Die Regierung war entschlossen, von dem Preßgesetze ganz abzusehen, und um dieß auf anständige Weise thun zu können, durfte die erste Kammer auf gar keinen, auch noch so zahmen, Vorschlag der zweiten Kammer eingehen: eine Verständigung war also unmöglich. Die Kammern wurden Ende des Jahres geschlossen: der Landtagsabschied vom 29. December war in einem ganz andern Tone abgefaßt, als die Thronrede vom März dieses Jahrs. Hatte diese den König sagen lassen, er möge nicht unumschränkter Herrscher sein, so enthielt jener manche Bitterkeit über die Stände, namentlich über ihr Verhalten bezüglich des Budgets. Während dieses ganzen Landtags war gar kein erkleckliches Resultat erzielt worden: kein Gesetz von irgend welcher Erheblichkeit war zu Stande gekommen. Nach dem Schlusse des Landtags wurde auch das baierische Ministerium verändert: auch darin bemerkte man einen Wechsel des Systems. Zentner, Stürmer, Armansperg waren auf die constitutionellen Ideen eingegangen und suchten den Forderungen der Zeit gerecht zu werden. Sie wurden entlassen: Minister des Innern wurde Fürst Wallerstein, Minister des Aeußern Freiherr von Giese, der bisherige Gesandte in Petersburg, Minister der Justiz Freiherr von Zu-Rhein, der Finanzen Wirschinger, des Kriegs Weinrich. Unter diesem Ministerium ließ man die nationalen und liberalen Ideen fallen: man schloß sich wieder enger an Preußen und Oestreich an, während zugleich die Pfaffenpartei alle Mittel aufbot, um auf den König zu wirken, und ihn zu ihrem Systeme herüberzuziehen.

Während nun ein Theil des Liberalismus unter dem Eindrucke der Reaction von Zaghaftigkeit und Kleinmuth befallen wird, welche ihn bestimmen, seine Forderungen niederer zu stellen, in der Meinung,

Digitized by Google

daß diese von den Regierungen jetzt noch angenommen werden, obschon gerade Baiern bewies, daß die Reaction unaufhaltsam weiter schreite, glaubte der andere Theil des Liberalismus, an seinen Grundsätzen und Forderungen jetzt nur noch fester halten zu müssen, je mächtiger und gewaltthätiger die Reaction zu werden begann. Die übrigen Ständeversammlungen, welche damals noch beisammen waren, die badische, die churhessische, die nassauische, gingen hier mit gutem Beispiele voran. Die badische protestirte auf das Energischste gegen die Bundesbeschlüsse vom 10. und 19. November, und wir haben gesehen, wie es ihr gelang, trotz der überhandnehmenden Reaction, durch ihr treues Ausharren das Preßgesetz durchzubringen. Die churhessische, welche im Mai 1831 zusammengekommen, zeichnete sich nicht nur durch ihr Bestreben, die Verfassungsurkunde durch neue in constitutionellem Geiste abgefaßte Gesetze zu erweitern und zu befestigen, sondern auch dadurch aus, daß sie den allgemeinen deutschen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwendete. Jordan brachte einen ähnlichen Vorschlag wie Welcker bezüglich der Verbesserung des Bundestags vor die Kammer. Er ging zwar nicht so weit wie jener: er verlangte nur, daß die Bundestagsverhandlungen wieder veröffentlicht werden, ferner daß die Gesandten am Bunde von ihren Regierungen Instructionen erhalten sollten, daß sie nur in constitutionellem Sinne zu stimmen hätten. Dieser Vorschlag ging um dieselbe Zeit in der Kammer durch, als der Bundestag sich zu neuen Reactionsmaßregeln anschickte. Die nassauischen Stände waren am 21. Februar 1831 eröffnet worden. Da sie jedoch überwiegend aus Liberalen bestanden, so nahmen sie dem Ministerium Marschall gegenüber eine ganz andere Haltung an. Sie verlangten namentlich die Domainen, welche der Herzog 1815 unrechtmäßigerweise für sich selber in Anspruch und in Besitz genommen hatte, wieder für den Staat zurück. Sie wurden daher am 2. Mai vertagt. Erst am 24. October wurden sie wieder einberufen. Aber die Stände änderten ihre Gesinnungen nicht. Der Minister Marschall ernannte nun am 29. October ganz verfassungswidrig fünf neue Mitglieder für die erste Kammer, um dadurch in den

Digitized by Google

vereinigten Kammern die Mehrheit zu erlangen. Dagegen protestiren die Stände und sind eben daran, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen und die Steuern zu verweigern, als sie 9. Januar 1832 aufgelöst werden.

Mit der Volksvertretung hielt die liberale Presse gleichen Schritt, ja sie überholte sie. Von Tag zu Tag wurde sie leidenschaftlicher und bitterer. Sie war bisher constitutionell gewesen, hatte ihre Angriffe niemals gegen die Fürsten gerichtet, welche vielmehr mit auffallender Schonung behandelt worden waren, sondern nur gegen die Aristokratie, Bureaukratie und das Pfaffenwesen. Sie wollte auch von Revolution nichts wissen, welche sie unter allen Umständen für ein Unglück hielt, und bemühte sich, die Anschuldigungen der servilen Blätter, als beabsichtige die liberale Partei nur Umsturz und Anarchie, gründlich zu widerlegen. Sie stellte vielmehr Fürst und Volk dergestalt hin, als ob ihre Interessen dieselben wären, und nur die Zwischenpartei, nämlich Aristokraten, Beamte und Pfaffen, seien die Gefährlichen, und zwar für die Fürsten, wie für das Volk. Diese fürstenfreundliche Anschauungsweise verliert sich jedoch allmählig in der Oppositionspresse, seitdem die Reaction immer deutlicher hervortritt, seitdem man bemerkt, daß die Fürsten, auf welche man so großes Vertrauen gesetzt, die Stimme des Volkes nicht hören, sondern in gewohnter Weise fortregieren, und ebenso wie früher den Einflüsterungen der drei absoluten Mächte Gehör geben. Das constitutionelle Moment tritt jetzt in den Hintergrund vor dem Gedanken der Einheit, welcher, seitdem Welcker in der badischen Kammer die Idee einer Nationalrepräsentation am Bunde angeregt, wunderbar gezündet hatte und nicht blos bei dem gebildeten Theile des Volkes, wo sich dieser Gedanke seit den Freiheitskriegen erhalten, sondern auch in den niederen Schichten der Gesellschaft. Die deutschen Farben, Schwarz Roth Gold, bisher nur von der Burschenschaft getragen, kommen jetzt auf und werden bei jeder schicklichen Gelegenheit angewendet. Man wiegt sich in der angenehmen Hoffnung, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo Deutschland, in sich einig und kräftig, der liberal-

Digitized by Google

sten Einrichtungen sich erfreuend auch gegen Außen die ihm gebührende, Stellung einnehmen werde. Man konnte sich nicht denken, daß die große Bewegung, welche die Julirevolution hervorgerufen, keine Resultate haben, daß die vielen Hoffnungen, welche man sich über die Zukunft gebildet, unerfüllt bleiben sollten. Im Gegentheile: man glaubte, daß die Ideen des Fortschritts siegen müßten, daß jeder Reactionsversuch von Seite der herrschenden Gewalten zuletzt nur dem Liberalismus zu Gute käme, und daß es nur der Ausdauer und der Kraft Seitens des Volkes bedürfe, um den Sieg desselben auch jetzt schon herbei zu führen.

In diese Stimmung der Gemüther hinein fielen nun die beiden ersten Bände von Börne's Briefen aus Paris. Sie wurden zwar gleich nach ihrem Erscheinen (November 1831) verboten, zuerst von Preußen und Oestreich, dann von Hamburg, wo sie verlegt wurden, dann von Baiern und den übrigen Bundesstaaten. Dieß Verbot half aber nicht viel: es machte, wie gewöhnlich, das Publicum erst auf das Buch aufmerksam, und außerdem trugen auch die reactionairen Blätter dazu bei, welche ohne Unterlaß über die Börne'schen Briefe herfielen und sie mit Schimpfworten und Gemeinheiten zu widerlegen suchten. Jedermann wurde jetzt neugierig, die Briefe zu lesen, und so erfreuten sie sich bald eines großen Leserkreises. Noch niemals seit der Restauration war von einem deutschen Schriftsteller die ganze Nichtswürdigkeit unserer politischen Zustände so klar und offen dargelegt worden, als es von Börne geschah: da war keine Rücksicht genommen weder auf einen Censor, noch auf besondere obwaltende Verhältnisse, welche sonst die Schriftsteller beschränken: völlig nackt und unverschleiert erschienen die zahllosen Gebrechen des herrschenden Systems: die Fürstenwirthschaft, der Absolutismus, die Aristokratie, das Spießbürgerthum, die Gemeinheit der Gesinnung, wodurch allein jenes System das herrschende bleiben konnte: nichts war vergessen. Und dabei waren diese Briefe sehr schön geschrieben: in angenehmer fließender Sprache, mit Witz und Spott durchwebt: durch die Abwechslung der behandelten Gegenstände ergötzend: kurz, sie waren zugleich eine Unterhaltungs-Lectüre und drangen eben darum in die

Digitized by Google

weitesten Kreise ein. Es ist nicht zu verkennen: Börne selber machte in diesen Briefen an der Hand der Ereignisse eine innere Entwicklung durch. Er ist anfänglich noch für die constitutionelle Monarchie. Bald aber merkt er, wie die bisherigen Gewalten durch List und Schlauheit, unterstützt durch das Vertrauen der Völker und ihre Ungewandtheit in politischen Dingen, wieder zur Herrschaft zu gelangen suchen: er sieht ihren Sieg voraus, und erblickt daher nur in völliger Umkehrung der Verhältnisse die dauernde Befreiung der Völker*). Bei jeder Gelegenheit kommt er darauf zurück.

Die Börne'schen Briefe trugen wesentlich mit dazu bei, die radicale Gesinnung unter den deutschen Liberalen, besonders bei feurigen und jugendlichen Gemüthern zu verstärken und die Forderungen derselben immer höher zu steigern. Die Presse**) wird von Tag zu Tag

*) Interessant ist folgende darauf bezügliche Stelle in dem dritten Bande der Briefe, vom 3. Dec. 1831 S. 243: „Jetzt wird man noch an größere Sachen gehen: Und ist man mit den Sachen fertig, sobald man alle Hoffnungen des Vaterlandes niedergerissen, wird man unter deren Schutt hervor auch die Menschen zerren, die in den Gebäuden wohnen, und sie dafür züchtigen, daß sie zu edel waren, so lange sie die Macht gehabt, sich gegen jede Rache zu schützen. An meinem Schmerze hat wenigstens getäuschte Hoffnung keinen Theil; ich wußte vorher, daß es so kommen würde. Aber die Anderen! Der gute, feurige Welcker hat zu früh Triumph! gerufen. Diese edeln oder schwachen Männer haben mich ausgelacht, als ich ihnen schon vor neun Monaten sagte: Seht Euch vor, Ihr werdet betrogen, benutzt die Zeit, seid schnell. Sie haben sich bedacht, als hätten sie die Ewigkeit gepachtet; sie sind den Schneckengang des Rechts, der zaudernden Ueberlegung bergauf geschlichen, und haben in ihrem Vertrauen den Verrath, in ihrer Gründlichkeit den Abgrund gefunden, und haben uns mit hineingezogen. Geschmaust haben sie mit den Edelleuten, gezecht haben sie mit den Ministern, und haben ihre geheimsten Gedanken dem Weine anvertraut, der sie den ewig Nüchternen verrathen."

**) Die bedeutendsten liberalen Zeitungen in jener Zeit waren: 1) in Baiern: die deutsche Tribüne in München, seit Anfang 1832 in Rheinbaiern; das baierische Volksblatt von Eisenmann, der Volkstribun von Dr. Wiedemann, beide in Würzburg; der Westbote und Rheinbaiern, später Deutschland, von Dr. Siebenpfeiffer in Zweibrücken; 2) in Würtemberg: der Hochwächter von Lohbauer und die Stuttgarter (später deutsche) allgemeine Zeitung von Mebold in Stuttgart; 3) in Baden: der Freisinnige in Freiburg, der Wächter am Rhein in Mannheim von Stromeier, beide erst seit März 1832; 4) in Hessen: das hessische Volksblatt; 5) in Churhessen: die neuen Zeitschwingen in Hanau und die Hanauer Zeitung, der Verfassungsfreund in Kassel, das Volksblatt in

Digitized by Google

kühner, greift schonungslos einzelne reactionaire Maßregeln der Regierungen an, entfaltet vor den Lesern immer trübere Bilder von den herrschenden Zuständen, ist namentlich unerbittlich gegen die Censur, und kommt nachgerade auch darauf, ihre Angriffe gegen die Fürsten selber zu richten, deren Hofhaltungen ungeheure Summen kosteten und welche Schuld an der Zersplitterung Deutschlands seien. Zugleich wird die Fahne der deutschen Einheit immer höher emporgehoben: natürlich denkt man nicht mehr an die Verwirklichung derselben durch Preußen, seitdem man bemerkt, wie dieser Staat sich wieder an die Spitze der Reaction gesetzt: aber man hofft durch eine engere Verbindung des constitutionellen Deutschlands, besonders der süddeutschen und mitteldeutschen Staaten zu diesem Ziele gelangen zu können. Ja nachgerade taucht auch der Gedanke eines Bundes mit Frankreich auf: nur dadurch hofft man den Entwürfen der drei absoluten Mächte gegen die deutsche Freiheit mit Erfolg begegnen zu können.

Man ist indessen weit entfernt, die deutsche Einheit in französischer Weise durchsetzen zu wollen: man will keine Centralisation nach dem Zuschnitte dieses Nachbarreiches: man will das deutsche Stammesleben nicht gefährden, aber ebenso wenig gedenkt man die 34 deutschen Staaten in ihrer willkürlichen ungeschichtlichen Zusammensetzung beizubehalten, sondern hält nur die alten Stämme nach ihren natürlichen und geschichtlichen Grundlagen für berechtigt, als Glieder in dem neu zu schaffenden Organismus eines deutschen Reiches aufzutreten. Ueber die Form der Nationalregierung, ob Kaiserthum, oder Republik, oder vereinigter Freistaat, glaubt man noch nicht streiten zu dürfen: aber desto entschiedener verlangt man Nationalvertretung neben der Reichsregierung, eine allgemeine deutsche Gerichtsverfassung, deutsches Bürgerrecht, deutsche Nationalkirche, deutsche Heerverfassung, gleiche Münze, Maß und Gewicht; deutsche Handels- und Posten-

---

Fulda; 6) in Hildburghausen: der Volksfreund; 7) in Braunschweig: die Nationalzeitung; 8) in Hannover die Clausthaler allgemeine Volkszeitung, 9) in Sachsen: die Biene und die Blätter aus dem Voigtlande.

Digitized by Google

verfassung*). Und je erregter die Stimmung, je größer die Forderungen, um so mehr glaubt man den Weg der Theorie verlassen und unmittelbar in das Leben eingreifen zu müssen. Es bilden sich politische Vereine, es werden Versammlungen gehalten, Feste veranstaltet, zu welchen besonders die Durchzüge der Polen, aber auch andere politische Ereignisse die Veranlassung geben: man hält begeisterte Reden, sucht sich und Andere in der liberalen Gesinnung zu kräftigen und vorwärts zu stoßen. Dazwischen giebt sich die Unzufriedenheit des Volks in Handlungen kund: es fallen neuerdings Excesse vor, besonders durch die Cholera veranlaßt, weil man den Maßregeln der Regierung gegen dieselbe feindselige Absichten unterlegte, wie in Königsberg, Breslau, Berlin: auch in Hamburg und Bremen kommt es zu neuen Unruhen, selbst Frankfurt, der Sitz des Bundestags, blieb nicht davon verschont.

Den Mittelpunkt dieser neuen Bewegung bildete indessen offenbar Süddeutschland, und hier nahm wiederum Baiern die erste Stelle ein. Auf den König von Baiern hatte man, wie früher erwähnt, große Hoffnungen gesetzt: um so bitterer wurde die Stimmung, als man sich enttäuscht sah. Doch gilt dieß weniger von Altbaiern, von wo aus vielmehr unter dem Einflusse von Pfaffen, Beamten und Aristokraten Ergebenheitsadressen an den König gesandt wurden, unter denen die der Gautinger eine traurige Berühmtheit erlangt hat**).

---

*) Vergl. deutsche Tribüne, Westbote und Deutschland von Siebenpfeiffer, namentlich den Artikel: Deutschlands Wiedergeburt, 1832. Auch das Volksblatt von Eisenmann.

**) Sie ist vom 10. December 1831 und lautet folgendermaßen: „Wir Bauern von Gauting hören, daß Viele an Ew. Majestät geschrieben, um ihre Pflichttreue zu versichern; wir halten das zwar für unnöthig, denn wir sind Baiern und keine Franzosen, die selbst nicht wissen, was sie wollen: und Treue zum König und Baier ist gleichbedeutend zu allen Zeiten. Doch sagt man uns, daß einige alberne Pinsel, als Tribüne, Conversationsblatt, Landbötin und andere dumme Schreiber und Stände sich erfrecht, die heilige Majestät unseres allgeliebten Königs zu beleidigen. Wir bitten also Ew. Majestät, uns Bauern in Baiern, und wir denken alle gleich, nur einen Wink zu geben und in Einer Secunde haben Ew. Majestät keine lebenden Feinde mehr.“ u. s. w. Der Verfasser dieser Adresse war

Digitized by Google

Desto entschiedener war die oppositionelle Stimmung in den neu hinzugekommenen Provinzen, namentlich in Franken. Besonders in den großen Städten, in Würzburg, Bamberg, Nürnberg trat sie hervor. Die Presse war der treue Ausdruck dieser Stimmung: in Würzburg das schon mehrmals erwähnte „baierische Volksblatt" von Eisenmann, der Volkstribun von Dr. Wiedemann; in Fürth „die freie Presse oder die Frankenblätter"; in Nürnberg „der Zuschauer an der Pegnitz," beide von Dr. Coremans, und „der Volksbote" von Dr. Manso. In Augsburg war ebenfalls die liberale Partei bedeutend vertreten: auch hier hatte sie mehrere Blätter gegründet: so „die Zeit" von Dr. Kurz, und das „Augsburger Tagblatt" von Oesterreicher. Die größte Wirksamkeit von allen Blättern entfaltete indessen die in München herauskommende „deutsche Tribüne." Der Herausgeber, Dr. Wirth aus Hof, bekannte sich früher zu den gemäßigten Grundsätzen, und wir haben bereits bemerkt, wie er Anfangs der Redacteur eines halbministeriellen Organs, des „Inlands," gewesen. Wie er aber einsah, daß er sich in dem guten Willen der Regierung getäuscht und daß diese sich immer weiter von seinen Ansichten entferne, so wendete er der Regierung den Rücken und gründete die „deutsche Tribüne," welche sofort als Oppositionsblatt auftrat. Diese Zeitschrift wurde mit großem Geschicke redigirt, war sehr schön geschrieben, legte in allen Aufsätzen rücksichtsloseste Hingabe an die Sache des Volks, Kühnheit, Unerschrockenheit, Wahrheitsliebe an den Tag und erwarb sich durch diese Vorzüge bald einen außerordentlich großen Leserkreis, nicht blos in Baiern, sondern auch außerhalb dieses Landes. Die Regierung, so wie sie diesen Einfluß der Zeitung wahrnahm, legte ihr allerlei Hindernisse in den Weg, und fing bald an, ihr durch die Censur einen Artikel nach dem andern streichen zu lassen. Wirth, dadurch gereizt, setzte der Gewalt die unerschütterlichste Beharrlichkeit entgegen: er ließ zuerst die gestrichenen Artikel in besonderen Flugschriften, welche gesetzlich der Censur nicht unterlagen, drucken und an

der Gutsherr von Gauting, der Freiherr von Hallberg, bekannt unter dem Namen des Eremiten von Gauting.

Digitized by Google

die Abonnenten verschicken; später druckte er die gestrichenen Stellen in der Zeitung selber ab. Er wurde deshalb mit bedeutenden Geldbußen, später mit Gefängniß bestraft, so daß er während der letzten Zeit seines Aufenthalts in München fast gar nicht mehr aus dem Kerker kam. Im Verlauf dieses Kampfes mit der Gewalt ging Wirth in seinen Ansichten immer weiter: die Gegner selber trieben ihn Schritt für Schritt vorwärts, bis die „deutsche Tribüne" eines der radicalsten Blätter der deutschen Presse wurde. In München war indessen jetzt seines Bleibens nicht mehr. Gegen Ende des Jahres 1831 siedelte er mit seinem Blatte nach Rheinbaiern über, wo er von den dortigen Gesetzen mehr Schutz für seine schriftstellerische Thätigkeit erwartete, als ihm in München zu Theil geworden.

Als Wirth in dem Rheinkreise ankam, hatte dort bereits die Aufregung einen großen Grad erreicht. Unter den Männern, welche besonders dazu beitrugen, ist vor Allen Dr. Siebenpfeiffer zu nennen, früher baierischer Beamter, aber wegen seiner freien Gesinnung seiner Stelle enthoben. Dieser gab zuerst die Zeitschrift „Rheinbaiern," später den „Westboten" heraus, ein Blatt, welches die entschiedenste demokratische Gesinnung vertrat, und unter den rücksichtslosesten Formen. Neben ihm wirkte Kolb, der Herausgeber der „Speierer Zeitung," ebenso entschieden in der Gesinnung, aber gemäßigter in der Form. Wirth wurde von den Bewohnern des Rheinkreises mit großem Jubel empfangen. In Verbindung mit den Führern der liberalen Partei begann er mit verstärkter Kraft den Kampf gegen die Censur, gegen die herrschenden Zustände, besonders auch gegen den deutschen Bund, der auf das Schärfste gegeißelt ward. Noch niemals seit der Restauration war in Deutschland so geschrieben worden: Wirth und Siebenpfeiffer kümmerten sich durchaus nicht mehr um die Censur, sondern ließen drucken was sie wollten.

Bald sahen indessen die Führer der Opposition ein, daß, um Erfolge zu erzielen, die Partei des Widerstandes organisirt werden müßte. Sie gründeten daher den Verein zur Unterstützung der freien Presse. Schon im Anfang des Februar 1832 erließ Wirth in der „deutschen

Digitized by Google

Tribüne" einen darauf bezüglichen Aufruf an das deutsche Volk und alsobald wurde er ins Leben gerufen. An der Spitze standen die Advocaten Schüler, auch Abgeordneter der zweiten baierischen Kammer, eines der bedeutendsten Mitglieder derselben, Savoie und Geib. Dieser Preßverein sollte sich über ganz Deutschland erstrecken, zunächst darauf berechnet, die liberalen Bücher und Zeitungen zu befördern, nöthigenfalls durch besondere Boten, wenn die Post die Mitwirkung verweigere, die Geldstrafen für Preßvergehen zu bezahlen und für die Familien derjenigen Schriftsteller zu sorgen, die wegen Preßvergehen eingekerkert würden; dann sollte er zugleich den Keim für einen allgemeinen großen Bund der deutschen Fortschrittspartei bilden, wodurch eine völlige Umwandlung der deutschen Politik im Sinne der Einheit und der Demokratie erwirkt werden könnte.

Dieser Gedanke fand ungemeinen Beifall. Kaum war das Unternehmen bekannt geworden, so erfolgten fast von allen Theilen Deutschlands Beitrittserklärungen: von Baiern, Würtemberg, Baden, den beiden Hessen, Nassau, Frankfurt, Thüringen, Sachsen, selbst von Preußen, Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Man sah in diesem Verein eine allgemeine deutsche Angelegenheit, eine Brustwehr gegen die immer weiter fortschreitende Reaction. Und nicht blos auf Deutschland beschränkte er sich: auch die Liberalen anderer Nationen erkannten in ihm seine Bedeutsamkeit. Sie sahen, daß, wie früher Polen, so jetzt Deutschland den Wall gegen die Barbarei des Ostens bilde und daß der Sieg der deutschen Freiheit zugleich der Sieg der europäischen sei. Die polnischen, italienischen, spanischen Flüchtlinge in Paris, wohin Savoie noch im Februar gereist war, traten daher diesem Verein bei, unterstützten ihn*).

Unter solchen Umständen glaubte der Bundestag nicht länger zögern zu dürfen, Maßregeln gegen die immer zunehmende Bewegung zu treffen. Schon seit dem Beschluß vom 10. November 1831 hatte er sein Augenmerk auf die freie Presse gerichtet und die betreffenden

*) Börne Briefe aus Paris. IV. S 333. 334.

Digitized by Google

Regierungen mehrmals aufgefordert, dem Unfuge derselben ein Ziel zu setzen: so machte er die würtembergische auf den „Hochwächter" und die „deutsche allgemeine Zeitung," die baierische wiederholt auf die „Tribüne" und den „Westboten" aufmerksam. Beide Regierungen scheuten sich aber noch zu sehr vor der öffentlichen Meinung, als daß sie mit entschiedenen Gewaltmaßregeln vorangegangen wären. Endlich beschloß der Bund am 2. März 1832 die Unterdrückung der Zeitschriften „deutsche Tribüne," „Westbote" und „neue Zeitschwingen," welche letztere in Hanau herauskamen und dieselbe Richtung verfolgten wie die ersten beiden Blätter, auch mehrere Aufsätze aus ihnen aufgenommen hatten. Alle Gesandten stimmten für diesen Beschluß, so wie auch dafür, daß die Herausgeber dieser Zeitungen, Wirth, Siebenpfeiffer und Georg Stein, innerhalb 5 Jahren in keinem Bundesstaate zur Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werden dürften. Nur Baiern und Churhessen enthielten sich der Abstimmung und erklärten erst Weisungen von ihren Regierungen abwarten zu müssen. Zugleich wurden vom Bundestage die einzelnen Regierungen auf die Gefährlichkeit der Vereine zur Unterstützung der freien Presse aufmerksam gemacht.

Die baierische Regierung hatte schon vorher einzuschreiten gesucht: sie erließ ein Verbot gegen den Preßverein und untersagte das Erscheinen des „Westboten" und der „Tribüne" (1. März) so lange, bis die Herausgeber sich der Censur unterwerfen würden. Dieß half aber nichts: die Zeitungen erschienen fort und wurden durch besondere Boten verschickt. Darauf wurden die Pressen von Siebenpfeiffer in Oggersheim, von Wirth in Homburg versiegelt, bei Letzterm nicht ohne Anwendung von Gewalt. All' diese Maßregeln steigerten die Aufregung der Einwohner, und selbst Beamte, besonders Richter waren damit unzufrieden. Die Regierung scheute sich daher, bis zum Aeußersten vorzugehen und erklärte, auch nach dem Bundesbeschlusse vom 2. März, der „deutschen Tribüne" und dem „Westboten" allen Schutz zu gewähren, so wie sie sich nur dem Gesetz, d. h. der Censur unterwürfen. Siebenpfeiffer gab 18. März seine Zeitschrift auf: Wirth

Digitized by Google

aber ging consequent weiter. Er wurde daher am 16. März in Zweibrücken verhaftet und des Hochverraths angeklagt. Die „deutsche Tribüne" erschien nichts desto weniger fort, bis zum 21. März. Sie wurde nun von Dr. Georg Fein aus Braunschweig redigirt. An diesem Tage erhielt aber der Buchdrucker Ritter von der Regierung den Befehl bei schwerer Verantwortung das Weiterdrucken der „Tribüne" einzustellen. Zugleich wurde Fein als Fremder aus Rheinbaiern ausgewiesen: er sollte durch Gensdarmen über die Gränze gebracht werden. In Winnweiler setzte ihn aber der dortige Friedensrichter Klein, auf Grund der Institutionen des Rheinkreises, augenblicklich in Freiheit. Fein kehrte unter dem Jubel der ihn begleitenden Freunde nach Zweibrücken zurück. Hier jedoch wurde durch die gerichtliche Polizei der Beschluß des Friedensrichters Klein für null und nichtig erklärt, und Fein auf einem andern Wege doch über die Gränze nach Baden gebracht. Von hier aus kehrte er unter mannichfachen Schicksalen, überall gestoßen von der deutschen Polizei, über Hessen-Darmstadt und Churhessen nach Braunschweig zurück.

Inzwischen wurde Wirth am 15. April von dem Appellationsgericht in Zweibrücken freigesprochen, und zwar theils wegen seiner Aufsätze in der „Tribüne," theils wegen der Stiftung des Preßvereins, welcher vielmehr als gesetzlich erlaubt erklärt wurde. Begreiflich wurde durch diesen richterlichen Spruch die liberale Gesinnung nur noch mehr gehoben. Wirth wurde im Triumph nach Hause geführt: die politische Thätigkeit nahm einen neuen Schwung: mit verstärktem Eifer warf man sich in den Preßverein und suchte durch besondere Flugschriften die eingegangenen Blätter zu ersetzen. Diese Flugschriften nahmen einen immer leidenschaftlichern Ton an. Die Regierung verbot die Versendung derselben durch die Post. Vergebens! sie wurden durch besondere Boten verschickt. Zugleich erstanden andere Blätter, wie der „Bürgerfreund," in Kaiserslautern von Pfarrer Hochdörfer herausgegeben und der „rheinbaierische Anzeiger," mit derselben Schärfe und Leidenschaftlichkeit geschrieben, wie die „deutsche Tribüne:" auch sie wollten sich der Censur nicht unterwerfen. Auch

Digitized by Google

ihre Pressen wurden mit Gewalt verschlossen. Nun halfen sich auch die Herausgeber dieser Blätter durch Flugschriften.

Auf diese Weise war die Aufregung von Tag zu Tag gestiegen. Auf der einen Seite sah man den bösen Willen der Gewalt, die Freiheitsbestrebungen zu unterdrücken, auf der andern die Erfolglosigkeit dieser Versuche. Die Einwohner, ohnedieß lebhaftern Temperaments, wurden nun immer kühner und maßloser in ihren Forderungen, wie in ihren Hoffnungen. Und die Art und Weise, wie sich diese Stimmung aussprach, nahm nicht selten den Charakter der Unordnung und der Gesetzlosigkeit an. Man pflanzte Freiheitsbäume auf, machte Lärmen dabei: man verhöhnte die Behörden, welche sich solchem Treiben widersetzen wollten: man zwang wohl auch mißliebige Bürgermeister, ihre Stellen niederzulegen, und dergleichen mehr.

In ähnlicher Weise, wie in Rheinbaiern, nahm die politische Aufregung in anderen Staaten von Süd- und Mitteldeutschland überhand. In Hessen-Darmstadt, wo der Preßverein mit Begeisterung aufgenommen wurde, und bald eine Menge Mitglieder zählte, wurde er von der Regierung verboten. Zugleich erlaubte sie sich andere Willkürlichkeiten. Die rheinischen Gerichte erklärten sich dagegen, wie in Rheinbaiern. Man ging jetzt damit um, eine Veränderung mit ihnen vorzunehmen, um ihre Unabhängigkeit zu brechen. Dieß Alles steigerte den Unwillen der Einwohner, und besonders in Rheinhessen, in Mainz namentlich, griff die radicale Gesinnung immer weiter um sich. In Frankfurt protestirte die Bürgerschaft förmlich durch eine Adresse gegen die Bekanntmachung der Bundesbeschlüsse vom 2. März durch den Senat. In Nassau wurden die Abgeordneten der aufgelösten Ständeversammlung überall mit dem größten Jubel empfangen: man veranstaltete ihnen, besonders dem Präsidenten Herber, glänzende Feste. Der Minister Marschall, wüthend darüber, suchte sich auf allerlei Weise zu rächen: unter Anderm wurde das Hofgericht von Wiesbaden, welche Stadt sich besonders liberal gezeigt, nach Usingen verlegt. All' dieß half nichts. Zu der nächsten Ständeversammlung wurden doch wieder lauter liberale Männer gewählt, mit Ausnahme

Digitized by Google

der fünf Abgeordneten, welche von der Geistlichkeit gewählt wurden. Der Landtag wurde am 30. März eröffnet. Sofort entspann sich der Kampf um die Domainen von Neuem. Die Mehrheit der zweiten Kammer verlangte die Ausstoßung der vom Ministerium verfassungswidrig ernannten Mitglieder der ersten und erklärte die Wahlen der fünf von der Geistlichkeit gewählten Abgeordneten für ungültig wegen Verletzung der Wahlform und Beschränkung der Wahlfreiheit. Als das Ministerium auf diese Forderungen nicht einging, trat die Mehrheit der zweiten Kammer, aus 15 Abgeordneten bestehend, am 18. April aus und rechtfertigte diesen Schritt durch eine weitläufige Darlegung der Sachlage. Das Ministerium aber ließ durch die erste Kammer und die zurückgebliebenen fünf Abgeordneten der zweiten, deren Wahlen für null und nichtig erklärt worden waren, die Ausgetretenen ihres Abgeordnetenrechts verlustig und für unfähig erklären, ferner als Abgeordnete erwählt zu werden. Jene fünf Männer beschlossen hingegen ihre Befugniß, die Geschäfte des Landtags zu erledigen, thaten natürlich Alles, was das Ministerium wollte, und bewilligten die Steuern. Darauf wurden sie entlassen. Natürlich erregte dieß unter dem Volke die größte Erbitterung: in Wiesbaden kam es in der Nacht vom 10. bis 11. Mai 1832 zu den heftigsten Auftritten: das Volk wollte das Haus eines jener fünf Abgeordneten stürmen, und nur durch das schnelle Einschreiten des Militairs konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Die ausgetretenen Abgeordneten erklärten aber die Steuerbewilligung für null und nichtig. Dafür wurden sie vor Gericht gefordert: sie aber antworteten, daß sie keinem Gerichte über ihre landständischen Handlungen Rechenschaft zu geben schuldig wären.

In Churhessen dachte der Prinz-Regent schon seit der Uebernahme der Regierung daran, auf irgend eine Weise sich der Verfassung zu entledigen. Er war daher weit entfernt, die Arbeiten der Stände zu unterstützen: vielmehr verweigerte er beharrlich allen Gesetzen, welche diese gemacht, die Sanction, so dem Preßgesetze, dem Gesetze über die Bürgergarde, dem Gemeindegesetze und anderen. Dagegen wurden die

Digitized by Google

alten Mauthordnungen wieder hergestellt, die Soldaten gegen den Bürger gehetzt und jede Gelegenheit gesucht, um Gewaltmaßregeln anzuwenden, wodurch die Einwohner zum Aufruhr gereizt werden sollten, der dann wieder Veranlassung hätte geben können, den verfassungsmäßigen Zustand aufzuheben. In dieser Beziehung zeichneten sich besonders die Ereignisse des 7. December 1831 aus. Der Churprinz war seit längerer Zeit mit seiner Mutter gespannt, weil diese seine Maitresse, die er zur Gräfin Schaumburg erhoben und sich zur linken Hand hatte antrauen lassen, nicht bei sich sehen wollte. Die Churfürstin gedachte nun am 7. December zum ersten Male wieder nach langer Zeit das Theater zu besuchen. Das Volk benutzte dieses zu Demonstrationen, versammelte sich in großen Massen vor dem Theater, brachte der Churfürstin Lebehochs aus und gedachte ihr nach dem Schlusse des Theaters einen Fackelzug zu bringen. Die Polizei ließ Truppen aufstellen und gab diesen Befehl, auf das versammelte Volk, das nicht im entferntesten an Aufstand dachte und großen Theils aus Weibern und Kindern bestand, einzuhauen. Viele wurden verwundet. Begreiflich erregte dieß die größte Erbitterung unter der Einwohnerschaft. Auch nahm sich die Ständeversammlung so tapfer der Sache an, daß der Polizeidirector Gieseler vor Gericht gestellt und von ihm verurtheilt ward. Der Churprinz begnadigte ihn indessen: auch die Offiziere, welche an jenem Abende befehligt hatten, wurden freigesprochen. Man ersah aus diesen Dingen recht gut den bösen Willen der Regierung und die öffentliche Meinung wurde immer heftiger und bitterer. In Hanau kam es Anfangs Januar 1832 abermals zu Unruhen wegen der Mauthgesetze, ebenso in Bergen: bald darauf brach unter den dortigen Soldaten, welche schon 12 Jahre gedient hatten, und troß der Verfassungsurkunde doch nicht ihren Urlaub erhielten, eine Emeute aus, welche nur durch die Versicherung, daß ihrem Begehren willfahrt werden sollte, gestillt werden konnte. Dann gaben die Durchzüge der Polen vielfache Veranlassung zu Reibereien zwischen den Bürgern und der Gewalt. Die Presse versäumte nicht, Alles zu rügen, was zu rügen war, und konnte sich

Digitized by Google

um so freier bewegen, als sich in Churhessen kein Mensch mehr zum Censor hergeben wollte. Besonders in Hanau war die Presse außerordentlich thätig. Nach der Unterdrückung der „Zeitschwingen" wurde von denselben Redacteuren (Funk, Sauerwein, Freieisen, Oehler, sämmtlich von Frankfurt) der „neue Eulenspiegel" gegründet, dann „die deutsche Volksleuchte," der „Proteus" u. s. f.

In Thüringen und Sachsen machte die politische Aufregung ebenfalls immer größere Fortschritte, obschon sie sich nicht in Handlungen hervorthat. Nur in dem zum Herzogthum Coburg gehörenden Fürstenthum Lichtenberg, besonders in der Hauptstadt St. Wendel, hatte der Radicalismus einen ähnlichen Grad, wie in Rheinbaiern erreicht. An der Spitze der Bewegung standen der Pfarrer Juch und Advocat Hallauer von St. Wendel.

Auch in Würtemberg war seit dem Herbste 1831 eine Gährung der Gemüther eingetreten, welche von Tag zu Tag einen immer höhern Grad erreichte. Die liberale Presse verfolgte jeden reactionairen Schritt des Ministeriums und suchte namentlich auf die Wahlen zum nächsten Landtage zu wirken. Die Regierung arbeitete dagegen, so viel sie vermochte. Aber es war umsonst: die Wahlen fielen in der weitaus überwiegenden Mehrzahl im liberalen Sinne aus. Die öffentliche Meinung verlangte nun die augenblickliche Zusammenberufung der Landstände. Die Regierung weigerte sich, diesem Verlangen nachzukommen. Dadurch stieg die Aufregung. Es bildeten sich politische Vereine: sie wurden durch eine Verordnung vom 24. Februar 1832 aufgehoben. Die neugewählten Abgeordneten hielten nun 30. April 1830 unter dem Vorsitze Dr. Schott's eine Versammlung in Boll, wo sie feierlich erklärten, daß das Verlangen des Volks begründet sei. Die Censur verweigerte dieser Erklärung die Druckerlaubniß: sie wurde doch gedruckt.

In Baden trat das neue Preßgesetz mit dem 1. März 1832 in's Leben. Natürlich thaten sich sofort eine Menge neuer Blätter auf, welche die frisch gewonnene Freiheit alsbald benutzen wollten. Unter diesen nimmt „der Freisinnige" die erste Stelle ein. Er wurde

Digitized by Google

von Rotteck, Welcker, Duttlinger, sämmtlich Professoren in Freiburg, herausgegeben, und erfreute sich bald eines großen Leserkreises, auch außerhalb Badens. Nächst ihm war der von Stromeier in Mannheim herausgegebene „Wächter am Rhein" von Bedeutung. Die Regierung dieses Landes hatte an das Princip des Fortschritts mehr Zugeständnisse gemacht, als jede andere in Deutschland: Volk und Presse erkannten dieß auch dankbar an, und darum erstreckt sich hier die politische Aufregung mehr auf die allgemeinen deutschen Verhältnisse. In der Presse wird die große Politik besprochen, die inneren Zustände werden anfänglich mit Schonung behandelt, des Fürsten und des Ministeriums nicht selten rühmend Erwähnung gethan. Aber das Volk wirft sich mit Lebhaftigkeit in die allgemeinen Fragen des Tages: darin besteht überhaupt von dieser Zeit an die Bedeutung Badens, daß es nicht blos den provinziellen Verhältnissen seine Aufmerksamkeit zuwendet, sondern ebenso entschieden die allgemeine politische Entwicklung Deutschlands in's Auge faßt. Sehnsüchtig blickten auch die Patrioten aller deutschen Länder nach diesem Staate, der von der Bewegung offenbar den meisten Gewinn gezogen. Es ist bedeutsam, daß Rotteck und Welcker von allen Seiten des deutschen Vaterlandes Zuschriften erhielten, welche sie als Vertreter nicht blos des badischen, sondern des deutschen Volkes begrüßten. So erblickte man auch in der badischen Preßfreiheit den Anfang der deutschen. Das Fest für die badische freie Presse, welches am 1. April 1832 zu Weinheim an der Bergstraße abgehalten wurde, hatte daher eine allgemeine deutsche Bedeutung. Von allen Nachbarländern strömten Männer herbei, um es zu begehen: von Baden, von den beiden Hessen, von Frankfurt, von Rheinbaiern, darunter bedeutende Namen, wie Itzstein, Mittermaier, Winter von Heidelberg, Reinganum aus Frankfurt, Strecker aus Mainz, Höpfner, Buchner, Dr. Schulz aus Darmstadt; auch einige Polen und Griechen waren da. Dieses Fest hatte einen heitern ermuthigenden Charakter: mit freudiger Begeisterung blickte man in eine schönere Zukunft, in die Zeit, wo alle deutschen Stämme durch das gemeinsame Band der Freiheit und der Ein-

Digitized by Google

heit verknüpft sein würden. Indessen hielt man sich streng in den Formen der Gesetzlichkeit. Als Küchler von Heidelberg, noch ein ganz junger Mann, in seiner Rede den Gedanken aussprach, man müsse, um das Aeußerste abzuwenden, auch muthig zum letzen Mittel, zum Schwerte, greifen, so wurde er unterbrochen: „Auf dem Wege des Gesetzes wolle man bleiben; man wolle nicht zu weit gehen."

Dieses Fest machte Aufsehen: bei den benachbarten Regierungen erregte es Furcht und Besorgniß, beim Volke stärkte es das Bedürfniß nach gemeinsamem Handeln und Zusammenwirken aller deutschen Völker. Der Gedanke von großen Volksversammlungen, wo Männer von allen deutschen Gauen sich zusammenfänden, um die vaterländischen Dinge zu besprechen, greift immer weiter um sich. Endlich bemächtigen sich die Führer der Bewegung in Rheinbaiern desselben, um ihn auszuführen.

Das Hambacher Fest und die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832.

Schon am 20. April erließ Dr. Siebenpfeiffer von Neustadt an der Hardt aus einen Aufruf an alle deutschen Stämme zur Begehung eines großen Nationalfestes, das, als der Deutschen Mai, am 27. dieses Monats auf dem Schlosse zu Hambach, in der Nähe von Neustadt abgehalten werden sollte. Es sollte ein Verbrüderungsfest sein für alle die, welche nach der Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes streben. Dieses Fest erschien jedoch der Regierung des Rheinkreises so bedenklich, daß es am 8. Mai von ihr verboten wurde. Zugleich wurde für den 26., 27., 28. Mai der Zutritt aller Fremden für Neustadt und die Umgegend untersagt, jede Versammlung von mehr als 5 Personen auf den Straßen und öffentlichen Orten für unerlaubt erklärt. Dieses Verbot erregte aber eine so furchtbare Erbitterung und rief so viele Protestationen hervor, daß die Regierung sich genöthigt sah, dasselbe am 17. Mai wieder zurückzunehmen.

Digitized by Google

Von allen Seiten, von nah und fern, strömte es zu diesem Feste. Fast alle deutschen Länder waren daselbst vertreten: Baden, Würtemberg, Baiern, die beiden Hessen, Frankfurt, Nassau, Preußen, Thüringen, Sachsen: selbst Franzosen besuchten das Fest in großer Anzahl und natürlich fehlten auch Polen nicht. Wer sich nur irgendwie in dem Kampfe für die Freiheit hervorgethan, besonders das jüngere leidenschaftlichere Geschlecht, eilte nach Hambach. Doch fehlten Rotteck, Welcker, Duttlinger, die Koryphäen des Liberalismus, ebenso Jordan, das Haupt der churhessischen Opposition, wie noch manche der bekannteren parlamentarischen Namen. Jene blieben aus, weil sie glaubten, daß den Fremden der Zutritt verwehrt sei: Jordan war durch seine ständische Thätigkeit abgehalten. Dagegen war Börne aus Paris gekommen. Ihm wurden die größten Huldigungen dargebracht. Schon seine Reise bis Neustadt glich einem Triumphzuge: in dem Städtchen selber drängte sich Alles an ihn, um ihn zu sehen, zu sprechen, ihm seine Verehrung zu bezeugen: er wurde wie ein Napoleon angestaunt: wo er ging, wurde er mit Vivats begrüßt: natürlich fehlten auch die gewöhnlichen Ehrenbezeugungen, Fackelzug und Ständchen nicht*).

Am Morgen des 27. Mai setzte sich von Neustadt aus ein endloser Zug, gegen 30,000 Menschen, nach der Schloßruine von Hambach in Bewegung. Alle waren mit den schwarzrothgoldenen Farben geschmückt, Fahnen von denselben Farben wurden voraufgetragen. Auch Frauen, mit schwarzrothgoldenen Gürteln, schlossen sich in großer Anzahl dem Zuge an. Als der Zug auf der Ruine angekommen war, begrüßte zuerst Dr. Hepp aus Neustadt die Versammlung mit kurzen Worten: dann hielt Siebenpfeiffer die Eröffnungsrede. Ihm folgten Wirth, Cornelius, früher Herausgeber des „constitutionellen Deutschlands," Dr. Große, Pfarrer Hochdörfer, Advocat Hallauer, Stromeier, Student Brüggemann aus Heidelberg und Andere. Die Reden zeichneten sich fast durchgängig durch die größte Leidenschaftlichkeit

*) Börne's nachgelassene Schriften 1850. V. S. 238.

Digitized by Google

aus: sie ließen das, was Wirth und Siebenpfeiffer hatten drucken lassen, noch weit hinter sich: sie schilderten mit den schwärzesten Farben Deutschlands Erniedrigung, nur hervorgebracht durch die Fürsten und durch die Aristokraten. Wirth brachte daher „den vereinigten Freistaaten Deutschlands" und „dem conföderirten republikanischen Europa" ein Hoch aus und rief, das Schwert schwingend, das ihm der Frankfurter Preßverein als Ehrengeschenk überreichte, einen dreimaligen Fluch über Deutschlands Fürsten aus. Solche Worte fanden wenigstens in einem Theil der Versammlung Anklang. Man rief: „Nieder mit den Fürsten! Waffen! Waffen!"

Indessen auf einen unmittelbar praktischen Zweck war das Hambacher Fest nicht berechnet: selbst nicht einmal die Führer dachten daran, dasselbe in irgend einer Weise für einen entscheidenden eingreifenden Beschluß auszubeuten. Wie die bisherige radicale Presse bei all' ihrer Leidenschaftlichkeit und Heftigkeit doch niemals von dem gesetzmäßigen Wege sich entfernen wollte, sondern die Wiedergeburt Deutschlands nur auf ihm erlangen zu können hoffte, so riefen auch die Redner des Hambacher Festes nicht gerade zur Revolution auf, wie sehr auch ihre Aeußerungen geeignet sein mochten, revolutionaire Stimmungen zu erzeugen oder zu kräftigen. Und ebenso wenig, wie gesagt, dachte man daran, durch die Versammlung irgend entscheidende Beschlüsse fassen zu lassen. Es bestand daher nur aus phrasenreichen Reden, welche für die Regierungen allerdings bitter genug waren, aber aus keinen Handlungen. Man wollte sich nur gegenseitig erheben und kräftigen. Selbst am andern Tage, als die Führer mit einander zusammenkamen, um sich über zu fassende Beschlüsse zu einigen, kam nichts dergleichen zu Stande, weil man sich nicht verständigen konnte.

Indessen trug allerdings das Hambacher Fest wesentlich dazu bei, die politische Aufregung immer mehr zu steigern. Nicht nur in Rheinbaiern war dieses der Fall, wo sie sich meist in Aufrichtung von Freiheitsbäumen zeigte, und wohl auch in offenbarer Widersetzlichkeit gegen die Behörden hervortrat, sondern auch in anderen deutschen Ländern. Angeregt durch das Hambacher Fest, waren in Baiern

Digitized by Google

an demselben Tage an verschiedenen Orten ähnliche Volksversammlungen veranstaltet worden, welche, ursprünglich zur Feier der baierischen Verfassung bestimmt, mehr oder weniger sich jenem näherten: in Franken zu Königshofen; zu Gaibach, wo besonders die Würzburger Liberalen, Dr. Behr, Dr. Eisenmann, von Hornthal, der Abgeordnete Ziegler durch Reden sich hervorthaten; zu Bach in der Nähe von Erlangen, wo unter Anderen der Verfasser dieses, damals noch Student, eine Rede hielt; zu Regensburg; zu Augsburg; zu Dünkelsbühl; selbst in München in der Vorstadt Au wurde ein Versuch dazu gemacht. In Baden wurde 11. Juni zu Badenweiler ein Volksfest in ähnlichem Sinne gefeiert, dem Rotteck und Welcker beiwohnten. Am 27., 28., 29. Mai wurden in St. Wendel im Fürstenthum Lichtenberg Volksversammlungen gehalten, welche zugleich von Unruhen begleitet waren. Bald darauf fand eine Volksversammlung auf dem Niederwalde bei Rüdesheim statt, wo der damalige Lieutenant Metternich einen Freiheitsbaum errichtete, später aber verhaftet und nach Wiesbaden gebracht wurde. Auf dem Sandhofe bei Frankfurt wurde am 27.; in Bergen, einem churhessischen Orte, in der Nähe von Frankfurt, am 31. Mai eine Volksversammlung gehalten. Am bedeutendsten unter allen diesen war aber die auf dem Wilhelmsbade bei Hanau, am 22. Juni, von etwa 7000 Menschen besucht: von Rheinbaiern, Baden, Würtemberg, beiden Hessen, Frankfurt, Rheinpreußen waren Leute gekommen: selber die Nassauer ließen sich nicht abhalten, obschon die Regierung ihnen den Besuch dieses Festes bei 30 Gulden Strafe verboten hatte, so wenig wie die Franken, welche zwar von der baierischen Polizei in Aschaffenburg angehalten worden, aber zum Theil dennoch entkommen waren. Auf diesem Volksfeste wurden auf Anregung von Dr. Wilhelm Schulz — einem der thätigsten und unermüdlichsten Liberalen jener Zeit, bekannt als politischer Schriftsteller schon von den Zeiten der Befreiungskriege her, einem Mitarbeiter der bedeutendsten freisinnigen Zeitungen, wie der Rotteck'schen „Annalen," der „deutschen Tribüne," von der Polizei hin und hergestoßen, aber gleichwohl muthig und unverdrossen — wirklich Beschlüsse ge-

Digitized by Google

faßt: es wurden nämlich an die eben zusammengetretene hannöverische und an die churhessische Ständeversammlung Adressen unterschrieben, in welchen die Volksvertreter jener Länder aufgefordert wurden, muthig und unverdrossen das Werk der deutschen Reform zu betreiben.

Man sieht also: die Bewegung war von Tag zu Tag mächtiger geworden: längst hatte sie den beschränkten Provincialismus abgestreift: sie strebte nach einer Umgestaltung des gesammten Deutschland, und so wie dieser Gedanke einmal die Massen ergriffen, so beginnt man auch an die Mittel zu denken, um ihn zur Ausführung zu bringen. Nur durch gemeinsame Zusammenwirkung war das Ziel zu erreichen: den Weg dazu sollten allgemeine deutsche Volksversammlungen bahnen.

Der Reaction blieb dieses nicht verborgen. Sie glaubte, es sei hohe Zeit, mit den energischsten Mitteln einzuschreiten, und die Bewegung selber, welche nicht frei von allerlei einzelnen Unordnungen war, gab ihr die erwünschte Veranlassung. Gleich das Hambacher Fest wurde auf alle Weise von der Reaction ausgebeutet. Als Metternich die Nachricht davon erhielt, so schrieb er an den preußischen Bundestagsgesandten von Nagler: „Das Hambacher Fest, wenn es gut benützt wird, kann das Fest der Guten werden; die Schlechten haben sich mindestens sehr übereilt.“ Der Bundestag beschäftigte sich angelegentlichst mit der Vorbereitung der nöthigen Maßregeln, und schon in der Sitzung vom 30. Mai wurden von ihm die Einzelregierungen angetrieben, einstweilen mit Strenge gegen die Bewegung voranzugehen. Namentlich sollten sie die deutsche Nationalcocarde, Volksversammlungen, Leseclubs verbieten, sodann die polnischen Flüchtlinge nicht mehr im Lande dulden, und besonderes Augenmerk auf liberale, herumziehende Journalisten wie Funk, Herold, Freieisen, Sauerwein, Große, Fein, Wirth, Siebenpfeiffer, Cornelius, Spatzier richten*). Die Polizei entfaltete nun in den einzelnen Staaten eine immer größere Strenge: es begannen Ausweisungen, Verhaftungen,

---

*) Protokolle der deutschen Bundesversammlung. Jahrgang 1832. I. S. 780

Digitized by Google

Verbote von Versammlungen, politischen Vereinen, härteste Censur oder völlige Unterdrückung liberaler Zeitschriften, Versetzungen oder Enthebungen liberaler Beamten und dergleichen mehr.

Unter allen aber am energischsten schritt die baierische Regierung voran. Sie unterdrückte schon im Mai die „Zeit" und das „Augsburger Tageblatt" in Augsburg und ließ die Redactoren dieser Zeitschriften Dr. Kurz und Dr. Oesterreicher verhaften. Der „Volkstribun" von Dr. Wiedemann in Würzburg folgte, bald darauf die in Nürnberg erscheinenden liberalen Blätter von Dr. Coremans — ein Auflauf, der am 21. Mai in Nürnberg stattgefunden, gab die Veranlassung dazu: auch Coremans wurde verhaftet. Sodann wurde Jagd auf die Abzeichen der liberalen Partei, auf besondere Kleidung, Mützen und deutsche Farben gemacht. Sämmtliche nicht gewöhnliche Kleidungsstücke, namentlich Kreuze auf Mützen wurden durch ein Regierungsrescript verboten. Am strengsten jedoch verfuhr die Regierung mit Rheinbaiern.

Sie nahm Veranlassung von dem Hambacher Feste, welches sie durch einen Erlaß vom 2. Juni revolutionairer Absichten beschuldigte. Sie schickte den Feldmarschall Wrede mit einer Anzahl Truppen nach dem Rheinkreise, um dort die Ruhe herzustellen. Wirth, Siebenpfeiffer, Geib und eine Menge Personen, welche eine politische Rolle gespielt, wurden verhaftet, andere, wie Kolb, in politische Untersuchung gezogen. Schüler, Savoie, Große und Andere entflohen nach Frankreich. Von nun an herrschte in Rheinbaiern der Schrecken, die politische Bewegung, von welcher diese Provinz ergriffen gewesen, wurde mit Gewalt niedergedrückt. Nun scheute man sich auch nicht, alle Mittel anzuwenden, welche man für ersprießlich hielt, um die Rückkehr ähnlicher Ereignisse zu verhüten. Man nahm eine Menge Versetzungen mit liberalen Beamten, namentlich Richtern vor, und hob auch den Cassationshof in Zweibrücken auf, um ihn mit dem Oberappellationsgerichte in München zu verbinden.

Am 28. Juni 1832 rückte endlich der Bundestag mit seinen längst beabsichtigten Maßregeln heraus. Sie galten zunächst der Wirk-

Digitized by Google

samkeit der Landstände. Auf den gemeinschaftlichen Antrag von Oestreich und Preußen wurde von ihm einhellig beschlossen: 1) Zurückweisung jedes ständischen Antrags durch die Einzelregierungen, welcher das monarchische Princip gefährde; 2) entschiedene Verneinung des Rechts der Stände, die Steuern zu verweigern, oder die Bewilligung derselben an Bedingungen zu knüpfen: sollte dieß irgendwo geschehen, so habe der Bund nöthigenfalls mit Waffengewalt einzuschreiten; 3) Unterordung der innern Gesetzgebung der Einzelstaaten unter die des Bundes; 4) Ueberwachung der Thätigkeit der Ständeversammlungen durch den Bund; 5) Beschränkung der Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen; 6) Auslegung der Bundesacte ausschließlich durch den Bundestag *).

*) Die Beschlüsse lauten wörtlich folgendermaßen: „I. Da nach dem Art. 57 der Wiener Schlußacte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann, so ist auch ein deutscher Souverain, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Petition der Stände nicht nur berechtigt, sondern die Verpflichtung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor.

II. Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art. 57 der Schlußacte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausspricht, keinem deutschen Souverain durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen sein, auf welche die Art. 25 und 26 der Schlußacte (betreffend die Execution durch Bundestruppen) in Anwendung gebracht werden müßten.

III. Die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in dem Art. 2 der Bundesacte und in dem Art. 1 der Schlußacte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch darf dieselbe die Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten gegen den Bund und namentlich der dahin gehörigen Leistung von Geldbeiträgen hinderlich sein.

IV. Um die Würde und Gerechtsame des Bundes und der den Bund repräsentirenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich aber in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und ihren Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, soll am Bundestage eine mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Commission vor der Hand auf 6 Jahre ernannt werden, deren Bestimmung sein wird, insbesondere auch

Digitized by Google

Am 5. Juli folgten weitere Beschlüsse *). Danach durfte von nun an keine in einem nichtdeutschen Staate in deutscher Sprache im Druck erscheinende Zeit- oder nicht über zwanzig Bogen betragende sonstige Druckschrift politischen Inhalts in einem Bundesstaate ohne vorherige Genehmhaltung der Regierung desselben zugelassen und ausgegeben werden; alle politischen Vereine, alle außerordentlichen Volksversammlungen und Volksfeste sind verboten, bei gewöhnlichen Volksfesten wenigstens die politischen Reden, ebenso das öffentliche Tragen von Abzeichen in Bändern, Cocarden und dergleichen, das Aufstecken von Fahnen und Flaggen, das Errichten von Freiheitsbäumen. Sodann werden die früheren Beschlüsse (vom Jahre 1819 und 1824) über die Universitäten erneuert. Die Bundesregierungen werden angewiesen, die genaueste polizeiliche Wachsamkeit auf alle Einheimische und Fremde, welche wegen revolutionairer Gesinnungen verdächtig sind,

---

von den ständischen Verhandlungen in den deutschen Bundesstaaten fortdauernd Kenntniß zu nehmen, die mit den Verpflichtungen gegen den Bund oder mit den durch die Bundesverträge garantirten Regierungsrechten in Widerspruch stehenden Anträge und Beschlüsse zum Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit zu machen und der Bundesversammlung davon Anzeige zu thun, welche demnächst, wenn sie die Sache zu weiteren Erörterungen geeignet findet, solche mit den dabei betheiligten Regierungen zu veranlassen hat. Nach Verlauf von 6 Jahren wird die Fortdauer der Commission weiterer Vereinigung vorbehalten.

V. Da nach Art. 59 der Wiener Schlußacte, da wo Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, die Gränzen der freien Aeußerung weder bei den Verhandlungen selbst noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaats oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden darf, und dafür durch die Geschäftsordnung gesorgt werden soll; so machen auch sämmtliche Bundesregierungen sich gegen einander anheischig, zur Verhütung von Angriffen auf den Bund in den ständischen Versammlungen und zur Steuer derselben jede nach Maßgabe ihrer inneren Landesverfassung die angemessenen Anordnungen zu erlassen und zu handhaben.

VI. Da der Bundestag schon nach dem Art. 17 der Schlußacte berufen ist, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte und der darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollte, dem Bundeszwecke gemäß zu erklären, so versteht es sich von selbst, daß zu einer Auslegung der Bundes- und der Schlußacte mit rechtlicher Wirkung auch nur allein und ausschließend der deutsche Bund berechtigt ist, welcher dieses Recht durch sein verfassungsmäßiges Organ, die Bundesversammlung, ausübt."

*) Protokolle der deutschen Bundesverf. 1832. I. S. 951 folg.

eintreten zu lassen und sich gegenseitig die gemachten Entdeckungen mitzutheilen, ebenso diejenigen Personen, welche wegen politischer Vergehen in einen andern Bundesstaat geflüchtet sind, gegenseitig auszuliefern. Auch sichern sie einander die schnellste militairische Hülfe zu, wenn solche nöthig sein sollte. Besonders Oestreich und Preußen erbieten sich, in dieser Beziehung überall einzuschreiten.

Das badische Preßgesetz und der Bundestag.

An demselben Tage, am 5. Juli, wurde vom Bundestage noch ein anderer äußerst wichtiger Beschluß gefaßt, nämlich das badische Preßgesetz zu unterdrücken.

Unter allen deutschen Staaten war der Reaction, besonders Preußen und Oestreich, keiner verhaßter, als das Großherzogthum Baden. Nicht, als ob daselbst große Aufregung und revolutionaire Stimmung vorhanden gewesen wäre, sondern im Gegentheil, weil hier ein freundliches Verhältniß zwischen Fürst und Volk statt fand, weil dieser Staat, ähnlich wie früher Weimar unter Karl August, den Beweis lieferte, daß das Eingehen der Regierung in die Wünsche des Volks am ersten geeignet ist, Vertrauen zu erwecken und die öffentliche Zufriedenheit zu befestigen. Einen solchen handgreiflichen Beweis von der Vorzüglichkeit freier Verfassungsformen und einer aufgeklärten Politik durfte aber die Reaction nicht dulden. Die badische Regierung mußte also entweder zum System der deutschen Großmächte herübergebracht oder, wenn sie sich widersetzte, gedemüthigt werden. Eine Veranlassung, diese Regierung anzugreifen, war glücklicher Weise vorhanden. Es war das Preßgesetz, welches weder mit den bestehenden Bundesgesetzen, noch viel weniger mit dem Geiste der Bundesversammlung in Einklang stand. Dieses Preßgesetz wurde also zum Angriffspunkte ausersehen.

Schon im Anfang Februar 1832, ehe das badische Preßgesetz in's Leben getreten, drangen Oestreich und Preußen in den Großherzog Leopold, dasselbe zurückzunehmen. Dann brachten sie die Sache

Digitized by Google

vor den Bund, und bereits am 20. Februar erstattete die damit beauftragte Commission, in welcher die reactionairsten Mitglieder saßen (der preußische Gesandte von Nagler, der dänische von Pechlin, der nassauische von Marschall), Bericht darüber, welcher dahin lautete, daß das badische Preßgesetz mit den Bundesgesetzen durchaus nicht in Uebereinstimmung zu bringen sei, und daß daher die badische Regierung aufgefordert werden sollte, die Verwirklichung desselben aufzuschieben. Der Bundestag machte diesen Vorschlag der Commission zu seinem eigenen.

Aber weder der Großherzog von Baden noch sein Ministerium dachte daran, das einmal den Ständen gegebene Wort zu brechen. Trotz aller Abmahnungen von Seiten Preußens und Oestreichs, trotz des Bundesbeschlusses trat das Preßgesetz mit dem 1. März ins Leben, und am 8. März ließ die badische Regierung beim Bundestage durch ihren Gesandten Folgendes erklären *): das Preßgesetz widerspreche den Bundesgesetzen nicht, auch nicht dem provisorischen Gesetz vom 20. September 1819. Andere Bundesstaaten, wie Baiern und Hessen, hätten dieselben Vorschläge gemacht. Ueberhaupt hieße es die Selbständigkeit der Einzelstaaten verletzen, wenn man ihnen nicht erlaube, solche Gesetze zu geben, welche ihren besonderen Bedürfnissen entsprächen. Die Censur sei eine durchaus schlechte Einrichtung und in ihrer Ausübung immer mit Willkür verbunden. Die öffentliche Meinung wolle sie schon lange nicht mehr: außerdem hätten zwei badische Landtage (1823 und 1831) die Aufhebung derselben einstimmig gefordert. Die Regierung habe überdieß das Preßgesetz schon lange den Ständen vorgelegt: warum der Bund damals keine Einwendungen dagegen gemacht? Wenn jetzt die Regierung das Gesetz zurücknähme, so würde sie in die äußerste Verlegenheit gerathen. Sie habe den Landtag mit einem Einverständniß über die wichtigsten Interessen des Landes beendigt; bei der hierdurch bewirkten allgemeinen Beruhigung und Zufriedenheit habe sie nichts von der Presse zu fürchten. Aber es würde einen bedenklichen Eindruck machen, wenn ein im Verfassungswege zu

*) Protokolle der deutschen Bundesversammlung für das Jahr 1832. I. S. 403 folg.

Digitized by Google

Stande gekommenes Gesetz durch eine Einwirkung des Bundes angegriffen und durch dieselbe die Autorität einer im Lande feststehenden Regierung erschüttert würde. Aus allen diesen Gründen könne sich die Regierung nicht zum Aufheben des Gesetzes entschließen.

Als Baden eine so entschiedene Haltung angenommen, glaubten Preußen und Oestreich um so thätiger sein zu müssen. Bei der ungemeinen Aufregung in Deutschland, welche gerade damals im Steigen begriffen war, schien ein gewaltthätiges Auftreten gegen die Regierung dieses Landes zu den bedenklichsten Folgen führen zu können. Sie bemühten sich daher, die einzelnen deutschen Regierungen zu bearbeiten, und gelangten bei der Mehrzahl zu ihrem Zwecke. Vor Allem aber kam es dabei auf die süddeutschen Regierungen, auf Baiern und Würtemberg an. Letzteres schien auf die Plane der Großmächte nicht eingehen zu wollen. Baiern aber suchte man durch die Aussicht auf eine Theilung Badens zu locken. Dieser Staat machte Ansprüche auf die badische Pfalz schon von dem Wiener Congresse her *); von Zeit zu Zeit erneuerte er diese Ansprüche **), und erst noch bei dem Regierungsantritte des Großherzogs Leopold im Jahre 1830 trat er mit ihnen hervor: beinahe wäre es damals zu einem Kriege gekommen. Es war natürlich, daß Baiern auf den Plan einer badischen Theilung gern einging, um dadurch zu seinem vermeintlichen Rechte zu gelangen, und daß es im Falle eines Krieges sich gern mit den Großmächten gegen Baden verbündet hätte ***). Natürlich ließen es die Großmächte nicht an Drohungen gegen Baden fehlen und versuchten alle Mittel, um es einzuschüchtern.

Die badische Regierung glaubte Preußen und Oestreich dadurch zufriedenstellen zu können, daß sie die früheren Bundesbeschlüsse unverzüglich verkündete, ferner daß sie die einheimische Presse ängstlich überwachte. Es wurden schon Ende März mehrere Blätter des „Frei-

---

*) S. ersten Band. S. 47.

**) Daselbst S. 191.

***) Vergl. über diesen Theilungsplan die „Gazette de France" vom 28. März 1832 und den „Freisinnigen," vom 3. April 1832.

Digitized by Google

sinnigen," welche die neuesten Bundesbeschlüsse einer scharfen Beurtheilung unterwarfen, mit Beschlag belegt und später der Redacteur des „Wächters am Rhein," welcher noch schärfer schrieb, mehrmals wegen Preßvergehen vor Gericht gestellt. Dieß brachte aber nur noch heftigere Angriffe gegen die Regierung zu Wege und der Ton der Blätter wurde von jetzt an leidenschaftlicher. Später, am 19. Mai, verbot das Ministerium auch Volksversammlungen, am 5. Juni politische Reden an gewöhnlichen Volksfesten. Dieß half aber nichts; am 11. Juni fand doch die Volksversammlung in Badenweiler statt. Uebrigens hielt sich das Volk in den Schranken der Ordnung und der Gesetzlichkeit, und als im Juni der Herr von Reizenstein, der seiner Zeit einen großen Antheil an der Abfassung der badischen Verfassungsurkunde gehabt, zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, so stieg das Vertrauen nur noch mehr. Die badische Regierung versäumte nicht, durch ihre Gesandten in Wien und Berlin diesen äußerst befriedigenden öffentlichen Zustand von Baden darlegen zu lassen.

Aber all' diese Maßnahmen der badischen Regierung, welche darauf berechnet waren, eines Theils Ausbrüche einer erregten politischen Volksstimmung zu verhüten und zugleich den Bund günstiger zu stimmen, verfehlten bei letzterm ihren Zweck. Als am 26. April das badische Preßgesetz beim Bundestage wieder zur Sprache kam *), so erklärte Oestreich unumwunden, daß dieses Gesetz mit der Bundesgesetzgebung unvereinbar sei und sonach nicht bestehen könne: die großherzogliche Regierung habe daher das Gesetz augenblicklich zu suspendiren. Damit einverstanden waren Preußen, Dänemark, Niederlande, Braunschweig und Nassau, Hannover, sächsische Herzogthümer, Hohenzollern, Liechtenstein, die freien Städte. Baiern und Sachsen traten dem Vorschlage Oestreichs im Wesentlichen bei, nur verlangten sie baldigst, da die Bundespreßgesetzgebung unzureichend sei, ein allgemeines Preßgesetz. Würtemberg allein nahm sich Badens an: es widerlegte zwar die Ansicht, als ob das badische Preßgesetz mit der Bundesge-

*) Protokolle d. d. B. 1832. I. S. 530 folg.

Digitized by Google

setzgebung in Uebereinstimmung sei, verlangte aber vom Bunde solche Maßregeln, daß Baden sich mit Ehren aus der Sache ziehen könne, und drang mit Entschiedenheit auf die Aufhebung der Gesetze von 1819, auf ein neues Preßgesetz, ferner auf möglichste Freiheit der Einzelregierungen in der Ausführung desselben.

Die letzte Abstimmung über das badische Preßgesetz zog sich indessen, weil die einzelnen Gesandten erst Weisungen von ihren Regierungen einzuholen hatten, bis zum 5. Juli hin. An diesem Tage aber erstattete die Commission wieder Bericht, schilderte mit den schwärzesten Farben die Zügellosigkeit der in Baden erscheinenden Blätter, namentlich des „Freisinnigen" und des „Wächters am Rhein," welche den Bundestag und sämmtliche Regierungen auf das Gröbste beleidigten, und schloß, an all' dem sei nichts weiter als das badische Preßgesetz Schuld. Die badische Regierung ließ durch ihren Gesandten erklären, noch ehe ein förmlicher Beschluß gefaßt wurde, „daß sie sich einem Beschlusse auf förmliche Zurücknahme oder Suspension des Gesetzes in keinem Falle unterwerfen werde, indem sie dieß nicht nur mit dem Rechte, sondern auch mit ihrer Würde unvereinbar halte. Die großherzogliche Regierung würde sich alles Vertrauens ihrer Unterthanen berauben, und den Feinden jeder öffentlichen Ordnung die schärfste Waffe verleihen. Jetzt sei es aber wahrlich nicht an der Zeit, dergleichen hervorzurufen" *).

Der öftreichische Gesandte erwiderte darauf, die Bundesversammlung dürfe sich an diese Drohung Badens nicht kehren. Wolle die Regierung nicht nachgeben, so werde man eben mit Executionsmaßregeln gegen sie verfahren müssen **). Darauf wurde mit Mehrheit der Stimmen beschlossen, daß das badische Preßgesetz für unvereinbar mit der bestehenden Bundesgesetzgebung über die Presse zu erklären sei und daher nicht bestehen dürfe: die badische Regierung habe das Gesetz sofort aufzuheben; die Bundesversammlung erwartet die Anzeige über den Vollzug dieses Beschlusses binnen 14 Tagen ***).

*) Protokolle d. d. B. 1832. I. S. 940. **) Daselbst S. 941 ***) Daselbst S. 942.

Digitized by Google

So war demnach das Urtheil gesprochen. Die badische Regierung versuchte später, am 12. Juli, noch einmal, den Bundestag zu einer Aenderung des Beschlusses vom 5. Juli zu vermögen. Sie verlangte nämlich eine Suspension dieses Beschlusses, dagegen Beschleunigung eines allgemeinen Preßgesetzes; bis dieses in's Leben getreten sei, solle das badische Preßgesetz bestehen*). Allein der Bundestag ging nicht darauf ein: das Einzige, was Baden erlangen konnte, war eine Verlängerung der ursprünglich gestellten Frist für den Vollzug dieses Beschlusses. Statt 14 Tage wurden nämlich 4 Wochen gewährt.

Was sollte nun die badische Regierung thun?

Es war ein höchst bedeutsamer Moment. Von der Haltung der badischen Regierung hing offenbar die ganze Entwicklung ab, welche von jetzt an die deutschen Angelegenheiten nehmen sollten. Hier mußte sich's entscheiden, ob fortan der Absolutismus Preußens und Oestreichs Deutschland von Neuem das Joch auferlegen, oder ob das constitutionelle Princip zu selbständiger Geltung gelangen würde. Auf Baden blickten daher alle Patrioten mit gespannter Hoffnung: die öffentliche Meinung verlangte, daß sich der Großherzog an die Spitze der Bewegung stellen solle. Die begeistertsten Zurufe waren ihm deshalb zugekommen: nicht nur das badische Volk war von einem heiligen Kampfgefühl durchdrungen und verkündete in zahllosen Adressen seinem Fürsten, daß es entschlossen sei, Alles für ihn und für die Freiheit des Landes einzusetzen, sondern auch in den anderen deutschen Ländern machte sich dieses Gefühl geltend. Denn eben war die Aufregung durch die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli bis zum höchsten Grade gesteigert worden. Die Erbitterung war gränzenlos. Die deutschen Kammern, welche eben beisammen waren, die churhessische und die hannöverische, begannen sofort, diese Beschlüsse ihrer Kritik zu unterziehen. Die Presse, wo sie nicht in Fesseln gehalten wurde, erhob sich mit äußerster Kraft dagegen. Ueberall wurden Adressen gesammelt, welche gegen sie protestirten. Und so mächtig

*) Protokolle d. d. B. 1832. I. S. 958.

war die öffentliche Meinung, daß die einzelnen Regierungen, wie die sächsische, baierische, würtembergische, es für nöthig hielten, bei der Verkündigung jener Beschlüsse zu bemerken, daß dadurch den bestehenden Verfassungen in den einzelnen Ländern kein Abbruch geschehen solle. Genug: die Erbitterung war auf den höchsten Grad gesteigert, und zugleich das Bewußtsein, daß Alles verloren sei, wenn man sich jetzt nicht mit aller Kraft gegen die Reaction stemme. Das Volk zwar in seinen aufgelösten Gliedern vermochte nichts gegen die geschlossene Phalanx der herrschenden Gewalten auszurichten. Wie aber? wenn sich für diese Glieder ein Mittelpunkt fand, an welchen sie sich anschließen könnten? wenn eine bereits bestehende Regierung, mit einem gesalbten Haupte an der Spitze, die Bewegung leitete? War da nicht ein großer Erfolg zu erwarten? Und überdieß muß man noch bemerken, daß die Idee der deutschen Einheit und der Wiedergeburt des Vaterlandes nicht nur die Jünglinge und das Volk ergriffen hatte, sondern daß sie theilweise bereits in die Heere eingedrungen war. Lag es demnach außer der Möglichkeit, daß im Beginne des Kampfes die Schaaren der Krieger in das Lager desjenigen Fürsten übergegangen wären, welcher eine so große Sache verfocht?

Indessen: nicht blos auf Deutschland brauchte man zu hoffen. Durfte man nicht auch der Unterstützung des Nachbarreiches gewärtig sein? Begannen sich nicht die feindseligen Bestrebungen der absoluten Mächte gegen Frankreich zu entwickeln? Lag es nicht im Interesse Ludwig Philipp's, in Deutschland diejenigen Elemente zu unterstützen, welche gegen jene Mächte in die Schranken traten? War er nicht ein natürlicher Verbündeter Badens und der liberalen Bewegung?

In der That: die großherzogliche Regierung fand sich veranlaßt, bei Ludwig Philipp anzufragen, in wiefern sie auf ihn rechnen könne, wenn sie sich den Zumuthungen von Preußen und Oestreich ernstlich widersetze*). Sie hatte demnach vor, auszuharren, sich auf

*) Nach mündlichen Mittheilungen. Eine Andeutung dieser Verhältnisse findet sich in dem Bericht der Bundescommission über die badische Angelegenheit, in der Sitzung vom 5. Juli 1832. Protokolle der d. Bundesvers. S. 938.

Digitized by Google

die öffentliche Meinung zu stützen und den Ereignissen entgegenzugehen.

Noch einmal! Es war ein höchst bedeutsamer Moment. Denn nicht nur in Deutschland waren die Dinge auf dem Punkte der Entscheidung angelangt, sondern auch in den benachbarten Reichen, fast in ganz Europa, war in demselben Augenblicke eine Wendung eingetreten, welche dem Siege des liberalen Princips die größten Hoffnungen versprach.

Digitized by Google

Zweites Capitel.

Günstige Momente für den Liberalismus.

Belgien, England, Frankreich, Italien bis in den Sommer 1832.

Die belgisch-niederländische Frage.

Was zunächst Belgien anbetrifft, so schien hier allerdings das System der absoluten Großmächte bedeutende Erfolge erringen zu wollen. Die Ereignisse hatten ihnen den Weg dazu gebahnt.

Der König von Holland war weit entfernt, die sogenannten 18 Artikel anzunehmen, welche noch unter den Einflüssen der siegenden Revolution und durch das Uebergewicht von Frankreich und England zu Stande gekommen waren. Er gedachte, den nächsten glücklichen Augenblick zu benutzen, um durch die Gewalt der Waffen den Dingen eine andere Wendung zu geben. Deshalb betrieb er außerordentliche Rüstungen, während die Belgier, vertrauend auf die Conferenz, sich einer unentschuldbaren Sorglosigkeit hingaben. Am 2. August 1831 rückten die Holländer, über 70,000 Mann stark, unvermuthet in Belgien ein, jagten am 8. den rechten Flügel der Belgier unter Daine bei Hasselt in die wildeste Flucht, und bereiteten dieses Schicksal auch der andern Armee, die bei Löwen stand und welche der König Leopold selber befehligte. Den Holländern stand der Weg nach Brüssel offen: das belgische Heer war aufgelöst, eine entsetzliche Bestürzung war über Alle gekommen. Aber in diesem Augenblicke rückten auf die Aufforderung Leopold's die Franzosen unter Marschall Gerard ein, welche an der Gränze gestanden hatten, und zwangen die Holländer, schon am 13. das belgische Gebiet wieder zu verlassen.

Digitized by Google

Die moralische Wirkung dieser Niederlage war sehr groß. Der König von Holland glaubte nun schon ganz andere Bedingungen verlangen zu können, während bei den Belgiern das frühere Selbstvertrauen bedeutend gesunken war. Unter solchen Umständen erlangten die drei absoluten Mächte, besonders nach dem Falle Warschau's, ein bedeutendes Uebergewicht in der Londoner Conferenz; sie setzten es (15. October 1831) durch, daß die für Belgien so günstigen 18 Artikel zurückgenommen und daß an die Stelle derselben ein anderer Vertrag, in 24 Artikeln bestehend, gesetzt wurde, welcher den Belgiern viel härtere Bedingungen auferlegte. Nach diesem Vertrage wurde die luxemburgische Frage dergestalt geordnet, daß Luxemburg und Limburg zwischen Holland und Belgien getheilt werden sollten. Die Frage wegen der Schulden wurde dahin ausgeglichen, daß Belgien jährlich an Holland die Summe von 8,400,000 Gulden zu zahlen habe. Die Schifffahrt auf der Schelde sollte gleichmäßig frei sein.

Die Belgier unterwarfen sich auch diesem Vergleich, und am 15. November 1831 wurde zwischen dem Könige Leopold und den Gesandten der fünf Großmächte die neue Uebereinkunft, bekannt unter dem Namen der 24 Artikel, abgeschlossen. Es fehlte nur noch die Bestätigung dieses Vertrags durch die betreffenden Höfe. Diese erfolgte auch bald von Seiten Frankreichs und Englands. Dagegen ließen die drei absoluten Mächte mit der Ratification dieses Vertrages auf sich warten, und es hatte eine Zeitlang den Anschein, als ob sie gar nicht ratificiren wollten.

Denn der König von Holland war auch nicht mit den 24 Artikeln zufrieden. Sie erschienen ihm immer noch zu günstig für Belgien: er weigerte sich daher, dieser Uebereinkunft sich zu unterwerfen. Er hoffte dabei auf die Unterstützung der drei absoluten Höfe. Und allerdings um jene Zeit, Ende 1831 und Anfang 1832, gingen diese ernstlich mit dem Gedanken um, die belgische Frage in einer den Grundsätzen der heiligen Allianz entsprechenden Weise zu erledigen, d. h. die Revolution auch hier vollständig zu vernichten. Sie hofften damals auf einen Sieg der Tories in England, sie meinten, nachdem

Digitized by Google

eben die Reformbill gefallen, müßte ein toristisches Ministerium an das Ruder kommen: mit diesem würden sie ihre Absichten leicht durchsetzen können. Sie unterstützten daher allerdings heimlich den König von Holland in seiner Weigerung und zögerten, wie gesagt, mit der Ratification der 24 Artikel.

Eine Zeitlang sah es also mit der belgischen Frage sehr bedenklich aus: alle Augenblicke, meinte man, würden die Schwerter entblößt, der Friede gebrochen, die Unabhängigkeit Belgiens in Frage gestellt werden.

Nach einiger Zeit legten sich diese kriegerischen Aussichten. Wenigstens über Belgien wollten die absoluten Mächte sich den Krieg nicht entzünden lassen: auch hielten sie es für besser, noch zu warten, bis in England eine Veränderung des Cabinets erfolgt sei, auf welche sie immer noch hofften. Großen Einfluß übten auch die Verwicklungen in Italien, über welche später. Der Kaiser von Rußland sandte daher seinen Adjutanten, den Grafen Orloff, nach dem Haag, um den König von Holland zu bestimmen, vorderhand nachzugeben und sich den 24 Artikeln zu fügen. Er vergebe sich ja nichts dadurch, mußte dieser ihm sagen, denn früher oder später würde Belgien doch unter seine Herrschaft zurückkehren müssen: im Augenblicke könnte man nichts weiter thun, als abzuwarten, bis die Zeit gekommen, wo man im Vereine mit Europa den Krieg beginnen könne. König Wilhelm blieb jedoch auf seiner Meinung und gab nicht nach. Endlich ratificirten die drei absoluten Mächte doch, Preußen im Januar, Oestreich im März, Rußland im Mai 1832, allein mit Zusätzen, welche die 24 Artikel wieder in Frage stellten. Preußen und Oestreich nämlich behielten sich die Rechte des deutschen Bundes vor, rücksichtlich der Artikel, welche die Abtretung und den Austausch eines Theils des Großherzogthums Luxemburg betreffen: und Rußland ratificirte nur „unter Vorbehalt der Modificationen, welche bei einer endlichen Ausgleichung zwischen Holland und Belgien bei den Artikeln 9, 12 und 13 angebracht werden könnten.“ Diese Artikel betrafen aber die freie Schifffahrt und das Schuldenwesen, also zwei

Digitized by Google

der wichtigsten Punkte, ebenso, wie der Vorbehalt von Preußen und Oestreich nicht minder einen der erheblichsten Punkte betraf. Durch diese Vorbehalte war demnach die ganze belgische Sache wieder in Frage gestellt. Offenbar wollten die drei absoluten Mächte durch dieses ihr Verfahren nur Zeit gewinnen.

Wenn sie aber glaubten, den Sturz des Whigministeriums in England abwarten zu können, so täuschten sie sich. Nie standen die Minister sicherer: denn eben in diesem Augenblick war endlich der Sieg der Reformbill erfochten worden.

Sieg der englischen Reformbill.

Am 21. September 1831, wie wir gesehen, war die Reformbill im englischen Unterhause durchgegangen: Tags darauf kam sie vor das Haus der Lords.

Eben war Warschau gefallen: dieses Ereigniß, welches den Muth des rückschreitenden Princips allenthalben wieder belebte, verfehlte auch nicht, auf die englische Aristokratie seine Rückwirkung zu äußern. Sie faßte neue Hoffnungen: sie glaubte durch entschlossene Weigerung den Versuch, ihre Vorrechte zu schmälern, über den Haufen werfen zu können. Die erste Verlesung, am 22. September, wurde gestattet: bei der zweiten, am 3. October, begann der Kampf: als am 8. darüber abgestimmt ward, wurde die Bill mit 41 Stimmen Mehrheit von dem Oberhause verworfen. Bald darauf erfolgte eine Vertagung des Parlaments bis zum 6. December.

Die Verwerfung der Reformbill erregte in dem englischen Volke eine ungeheure Erbitterung. Die Aufregung stieg bis zu dem bedenklichsten Grade. Gleich bei dem Bekanntwerden dieses Ereignisses thaten sich die Handwerker der Hauptstadt zusammen, um dem Könige eine Petition zu überreichen, welche ihn aufforderte, ja nicht von dem einmal eingeschlagenen Wege abzuweichen: ein Riesenzug, von vielen Tausenden, überbrachte dem Könige persönlich diese Adresse. Die Wuth des Volks gegen die Lords und die Bischöfe, welche, wie ge-

Digitized by Google

wöhnlich, am eifrigsten bei der Bekämpfung jeder Reform sich bewiesen, war gränzenlos. Man verbrannte sie im Bildniß, hängte sie an den Galgen, machte Carricaturen auf sie. Auch persönlich wurden sie angegriffen, wo sie sich zeigten. Wellington entging mit genauer Noth der Steinigung: Londonderry, welcher, um seinen persönlichen Muth zu zeigen, durch die Straße ritt, wurde vom Pferde gerissen: kaum errettete ihn die Polizei aus den Händen des wüthenden Pöbels. Die Häuser der Lords, die als eifrige Gegner der Reform bekannt waren, wurden mehrere Tage lang von der Menge belagert: sie sahen sich genöthigt, eiserne Läden an die Fenster machen zu lassen, um sich vor den Steinwürfen zu schützen. In den Provinzen war die Aufregung eben so stark. In Derby, in Nottingham wurden die Häuser der Gegenreformer geplündert, zerstört, völlig abgebrannt, wie das Schloß des Herzogs von Newcastle. Am furchtbarsten war der Aufruhr in Bristol. Hier zog am 29. October Sir Charles Wetherell, einer der heftigsten Feinde der Reform, triumphirend ein. Die Menge empfing ihn mit Steinwürfen, warf die Constabler zurück, stürmte das Haus und zerstörte Alles, was sie darin fand: Wetherell flüchtete sich mit genauer Noth über das Dach. Es wurde sodann Militair gegen die Unruhestifter aufgeboten: es war umsonst: mehrere Tage lang blieb Bristol in den Händen des Pöbels, der alle Häuser von anerkannten Reformgegnern zerstörte, und bei dieser Gelegenheit auch plünderte.

Ueberall wurden große Volksversammlungen gehalten, die zu Hunderttausenden besucht wurden. Besonders zahlreich waren die in London, Birmingham, Manchester, Glasgow abgehaltenen. Man sprach hier den entschiedenen Willen aus, an der Reform festzuhalten, allen Lords zum Trotze: schon machte man den Vorschlag, die Pairs überhaupt abzuschaffen, die ohnedieß nur ein Unglück für das Land seien. Schon machte man auf das Schicksal Karl's I. und Karl's X. aufmerksam, welches auch den jetzigen Beherrscher Großbritanniens treffen könne, wenn er etwa dem Willen der Lords nachgäbe. Man beschloß die energischsten Petitionen an den König, die in einer

Digitized by Google

Sprache abgefaßt waren, welche selbst die englischen Blätter zu stark fanden.

Zugleich wurden allenthalben Reformvereine gestiftet, welche den Zweck verfolgten, mit allen möglichen Mitteln die Reform durchzuführen. Sie organisirten sich vollständig, wählten sich ihre Vorsteher und Führer, so daß sie im Nothfalle mit den Waffen in der Hand ihre Plane durchsetzen konnten. Von Tag zu Tag stieg die Aufregung und die Erbitterung.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß sich das Volk den ganzen unglückseligen Zustand vor die Seele rief, welcher durch die bevorrechtete Stellung der Aristokratie hervorgebracht war, und daß die Forderungen noch viel weiter gingen, als die Reformbill gewährte. Die Ansichten der Radicalreformer, welche bereits zu den Zeiten der Befreiungskriege zum Vorschein gekommen, verbreiteten sich immer weiter unter den Massen und nahmen bestimmtere Gestalten an. Nicht nur verlangte man jetzt allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung und jährlich wiederkehrende Parlamentswahlen, sondern auch Aufhebung jedes Geburtsvorrechtes und Vertheilung des Grundbesitzes. Besonders unter den arbeitenden Classen hatten diese Ansichten überhand genommen. Der Verein der Arbeiter in London stellte bereits folgende Grundsätze auf: 1) Alles ehrbar erworbene Eigenthum ist heilig und unverletzlich. 2) Alle Menschen sind frei geboren und besitzen gewisse natürliche und unveräußerliche Rechte. 3) Alle Regierungen sollen auf diese Rechte gegründet sein und alle Gesetze eingerichtet zum allgemeinen Wohl, Schirm und Schutz des ganzen Volks und nicht zum Privatvortheile eines einzelnen Mannes, einer Familie oder eines Standes. 4) Alle erblichen Unterschiede der Geburt sind unnatürlich und widersprechen der Gleichheit der Menschenrechte und sollen deshalb abgeschafft werden. 5) Jeder Mann von 25 Jahren, der von gesundem Verstand, durch kein Verbrechen befleckt ist, hat das Recht, in Person oder durch einen Vertreter frei mitzustimmen bei Ausmittlung des Bedürfnisses der öffentlichen Beisteuern, ihrer Verwendung, Vertheilung und Dauer. 6) Um eine unparteiische Wahl der

Digitized by Google

zu Volksvertretern geeigneten Personen zu treffen, soll die Abstimmung durch Kugelung geschehen; geistige Tauglichkeit und sittlicher Werth sollen allein zur Vertretung berechtigen und die Parlamente jedes Jahr neu gewählt werden. 7) Diese Grundsätze betrachten die Arbeiter der Hauptstadt als wesentliche Bedingungen ihrer Existenz, weshalb sie alle ihre Mitarbeiter im Königreiche auffordern, Versammlungen zu halten, um die Anerkennung dieser unerläßlichen Bürgschaften durch gemeinsame Bemühungen durchzusetzen*). Aehnliche Ansichten thaten sich auf allen Arbeiterversammlungen kund: unverholen verlangten sie, daß aller Unterschied der Stände abgeschafft und das Kirchengut und das Eigenthum der Großen, welches deren Ahnen von früheren Königen verliehen worden, unter das Volk vertheilt werden sollte**).

Mitten in dieser immer stärker anschwellenden Aufregung des Volkes trat das Parlament wieder zusammen. Das Ministerium brachte am 12. December 1831 die Reformbill noch einmal vor das Unterhaus. Es waren nur wenige Veränderungen daran gemacht worden. Statt der Bevölkerung wurde die Häuserzahl und der Betrag der Steuern zum Maßstab bei der Beantwortung der Frage genommen, ob verrottete Flecken ihr Stimmrecht behalten sollten oder nicht. Dann wurde die alte Zahl von 658 Parlamentsmitgliedern beibehalten, was einem Theile der verrotteten Flecken zu Gute kam. Das Stimmrecht wurde im Ganzen noch etwas weiter ausgedehnt. Die Bill ging im Unterhause ohne Anstand durch. Die dritte Verlesung erfolgte am 22. Januar 1832, mit einer Mehrheit von 116 Stimmen.

Am 26. März kam die Bill vor das Oberhaus. Die erste Verlesung ging am 9., die zweite am 14. April durch, und schon glaubte die Bevölkerung, wenn auch mit einiger Ueberraschung, die Bill gesichert zu sehen. Aber die Tories hatten ihren Hauptangriff auf die

*) Geschichte der englischen Parlamentsreform. Stuttgart, Schweizerbart's Verlagshandlung 1832. S. 220.

**) Daselbst S. 304.

Digitized by Google

dritte Verlesung aufgespart, welche am 7. Mai vor sich gehen sollte. Sie sahen recht gut ein, daß bei der großen Aufregung des Volkes an völlige Abweisung der Parlamentsreform nicht mehr zu denken sei. Sie lenkten daher ein und ließen durchblicken, daß sie sich einer solchen nicht widersetzen würden: nur die von dem Ministerium vorgeschlagene könnten sie nicht annehmen. Es war ihnen nämlich nur darum zu thun, das Whigministerium zu stürzen und statt dessen an das Ruder zu kommen: sie hätten sodann, um sich möglich zu machen, eine Reform durchgeführt, wenn auch keine so durchgreifende wie die vom Ministerium Grey vorgeschlagene. Um diesen ihren Plan durchzuführen, machten sie folgendes Maneuvre. Lord Lyndhurst machte den Vorschlag, vorerst über die Wahlrechtsertheilungen abzustimmen und die Frage, welche verrottete Flecken das Wahlrecht verlieren sollten, für später aufzuschieben. Scheinbar war dieser Vorschlag unbedeutend für die Hauptfrage. Aber Lord Grey sah augenblicklich ein, daß man ihn nur benutzen wolle, um bei der spätern Abstimmung die verrotteten Flecken zu retten. Er trat ihm also mit aller Schärfe entgegen. Nichts destoweniger wurde Lyndhurst's Vorschlag mit einer Mehrheit von 35 Stimmen angenommen. Darauf zog Grey die Bill zurück. Alsobald aber brachten die Tories durch Lord Ellenborough einen andern in Bereitschaft gehaltenen Entwurf zu einer Reform ein, um das Volk, wenn sie an's Ruder kämen, zu beruhigen.

Lord Grey verlangte jetzt von dem Könige die Ermächtigung, neue Pairs ernennen zu dürfen, um vermittelst derselben im Oberhause zu siegen.

Aber der König war inzwischen von den Tories auf alle mögliche Weise bearbeitet worden. Sie bestürmten ihn täglich mit Bitten, der Reform seine Zustimmung zu versagen, brachten alle Augenblicke Petitionen ein, welche freilich mit so wenig Unterschriften bedeckt waren, daß sie gegen die Riesenadressen der Reformfreunde nichts sagen wollten, und ließen überhaupt kein Mittel unversucht, um zum Ziele zu kommen. Es gelang ihnen nur zu gut. Mit ihren Bestrebungen vereinigte sich die Königin, eine meiningische Prinzessin,

Digitized by Google

durchaus der hohen Aristokratie zugethan, wie diese gleichgültig gegen die Wünsche und Bedürfnisse des Volks, und sie hatte genug Einfluß auf den König, um seine Politik zu bestimmen. Zugleich wandten die absoluten Höfe durch ihre Gesandten alle Künste an, um die Anstrengungen der Tories zu unterstützen. Denn es war ihnen außerordentlich viel daran gelegen, das liberale Ministerium zu beseitigen, welches ihren Entwürfen so viele Hindernisse bereiten konnte: mehr oder minder hingen ihre Erfolge von der Frage ab, ob die Tories in England wieder an's Ruder kämen oder nicht. Genug: der König gab endlich nach. Er verweigerte dem Lord Grey die Ermächtigung, neue Pairs zu ernennen. Das Ministerium reichte darauf, am 9. Mai, seine Entlassung ein: sie wurde angenommen und der Herzog von Wellington beauftragt, ein neues Cabinet zu bilden.

Die Nachricht von der Entlassung des Ministeriums erregte aber im Volke einen furchtbaren Sturm. Noch niemals war die Stimmung des Volks so drohend, so unheilverkündend gewesen. Es verließ die gewohnten Beschäftigungen, um nun ernstlich an die Mittel zu denken, seinen Wünschen und Forderungen Befriedigung zu verschaffen. Handel und Wandel stockte: die ganze Bevölkerung bereitete sich zum Kampfe vor. Fast jeden Tag wurden Volksversammlungen gehalten: in Birmingham waren auf einer solchen an 260,000 Menschen beisammen. Man sprach offen den Wunsch aus, die Waffen zu ergreifen. Die Schotten standen zu 90,000 schon bereit, loszubrechen. In den englischen Grafschaften schickten sie sich ebenfalls zu Hunderttausenden an, nun mit dem Schwerte zu versuchen, die Forderungen des Volks durchzusetzen. Die Irländer blieben nicht zurück. Die Stimmung war furchtbar: die Erbitterung gegen die Aristokratie gränzenlos. Aber auch der König wurde nicht mehr geschont. Mit Einem Male hatte er seine Popularität verloren: er wurde verhöhnt, wenn er sich öffentlich zeigte: auf Volksversammlungen scheute man sich nicht zu sagen, er verdiene nicht mehr als 10,000 Pfund jährlich: der Präsident der nordamerikanischen Freistaaten habe nur 5000, und das sei doch das erste Volk der Welt.

Digitized by Google

Man schmähte nicht minder auf die Königin: Weiberröcke taugten nicht für die Politik: sie solle über den Canal zurückkehren. Besonders aber gegen Wellington richtete sich die allgemeine Erbitterung. Er hatte geäußert, in ein paar Wochen wolle er der Bewegung Herr werden: das Volk rief, wenn auf ihn die Rede kam: „Hängt ihn! hängt ihn!“ Der Birminghamer Reformverein erließ eine förmliche Verwahrung gegen ein Ministerium Wellington, welche er durch Eilboten in alle Theile des Reiches verschickte. „Die Gründe, warum wir so großen Abscheu vor dem Herzog von Wellington empfinden, hieß es darin, sind folgende: 1) des Herzogs allgemeines Bekenntniß zu den Grundsätzen der Willkür; 2) seine Reden wider alle Reform; 3) seine Protestation gegen die Reformbill vom 17. April; 4) seine Aeußerungen im Parlament, wonach er zu bedauern scheint, daß das irländische Volk sich nicht vom Gesetze losreißt; 5) seine Soldbezüge von ausländischen Despoten, wodurch er ihrem Einflusse preisgegeben und untauglich wird, ein freies Volk zu regieren; 6) sein Benehmen gegen den Marschall Ney, welcher gemordet ward durch die bourbonische Regierung, mit Verletzung des Pariser Vertrags und ungeachtet seiner Appellation an den Herzog von Wellington, den Unterzeichner dieses Vertrags; 7) seine allgemeine Unterstützung der Willkürherrschaft auf dem Festlande und die Ueberzeugung, daß seine Politik, wenn seinen Principien treu, nothwendig die Nation verwickeln muß in ungerechte und verderbliche Kriege gegen die Freiheit der europäischen Völker; 8) seine völlige Unfähigkeit, England durch andere Mittel zu regieren, als durch's Schwert, was sich das britische Volk nie gefallen ließ, nie gefallen lassen wird.“ Und diese Ansichten finden sich überall in der Presse wieder: fast in allen Blättern verkündete man, daß Wellington's erstes Geschäft als Minister sein würde, das Unterhaus augenblicklich aufzulösen, die Freiheiten der Nation zu unterdrücken, Dom Miguel anzuerkennen und das Reich der Reaction, von der englischen Oligarchie unterstützt, in dem äußersten Westen von Europa zu beginnen und bis zum äußersten Norden auszudehnen.

Digitized by Google

Diese entschiedene, zum Aeußersten entschlossene Haltung des Volks machte denn doch zuletzt Eindruck auf die Tories. Sie konnten sich nicht verhehlen, daß eine längere Weigerung von ihrer Seite zweifelsohne den Bürgerkrieg herbeiführen würde, und was dieser für einen Ausgang nähme, war nicht schwer vorauszusehen. Wellington war es daher nicht möglich, ein Ministerium zusammenzubringen. Selbst die entschiedensten Tories, besonders aber die Fähigeren, die man doch brauchte, weigerten sich bei dieser Lage der Dinge, in die neue Verwaltung einzutreten. Wellington gab daher schon am 14. Mai dem Könige die Vollmacht zurück. Dieser berief jetzt wieder das Grey'sche Ministerium. Grey wollte aber nur unter der Bedingung die Verwaltung von Neuem übernehmen, daß ihm die Mittel in die Hand gegeben würden, die Reformbill durchzuführen. Dieses Mittel war die Ernennung von neuen Pairs. Die Tories sahen nun wohl ein, daß ein Pairsschub unvermeidlich sei, wenn sie noch länger zögerten. Sie entschlossen sich also lieber nachzugeben.

So wurden denn die Verhandlungen über die Bill am 21. Mai von Neuem aufgenommen und am 4. Juni ging sie auch im Oberhause durch, mit wenigen unbedeutenden Aenderungen: am 5. wurden diese von dem Hause der Gemeinen gutgeheißen und am 7. Juni wurde die Bill vom Könige bestätigt. Bald darauf, im Juli, gingen auch die beiden anderen Reformbills, für Schottland und für Irland, ohne Anstand in beiden Häusern durch.

Auf diese Weise war endlich der Sieg der Reformbill erfochten worden. Durch diesen Ausgang des Kampfes war nicht nur an sich eine Verbesserung der englischen Verfassung und zwar zu Gunsten des demokratischen Princips gewonnen, sondern durch die Art und Weise, wie er sich erledigte, hatte die englische Aristokratie eine schwere Niederlage erlitten: an eine toristische Verwaltung war lange nicht mehr zu denken: der demokratische Geist machte vielmehr immer größere Fortschritte.

In diesem Lande also hatte die Reaction fortan keine Hoffnungen mehr. Aber auch die französische Politik schien in diesem Augenblicke eine Richtung einzuschlagen, welche die liberalen Ideen begünstigte.

Digitized by Google

Frankreich bis Anfang 1832. Ministerium Casimir Perier.

Als Casimir Perier, im März 1831, an die Spitze des französischen Ministeriums trat, waren schon manche Hoffnungen des französischen Volks auf eine thatsächliche Verbesserung seiner Zustände gefallen. Kurz vorher hatte die Kammer zwei Gesetzentwürfe angenommen, welche wesentlich darauf gerichtet waren, die demokratischen Elemente aus den politischen Einrichtungen zu entfernen. Im Februar 1831 nahm sie das Gemeindegesetz an, welches die Verwaltung der Gemeinden wieder ganz in die Hände der Regierung legte: denn in den größeren Städten ernennt der König den Maire, in dessen Händen die ganze Verwaltung vereinigt ist, in den kleineren der Präfect. Der Gemeinderath, eine blos berathende Behörde, wird aus den höchstbesteuerten Personen der Stadt gewählt. Dieses Gemeindegesetz war viel schlechter, als das früher von Martignac vorgelegte. Am 9. März 1831 wurde von der Kammer das Wahlgesetz angenommen: dieses war allerdings etwas besser, als das unter der Restauration bestandene. Während unter dieser das Wahlrecht an einen Census von 300 Franken geknüpft war, wurde jetzt dieser Census auf 200 Franken herabgesetzt. Zur Wählbarkeit war früher ein Census von 1000 Franken erforderlich, jetzt genügte ein Census von 500. Immerhin aber stand dieses Wahlgesetz weit unter den Hoffnungen der Franzosen. Denn nach ihm beschränkte sich das Wahlrecht nur auf 200,000 Personen, die Wählbarkeit auf 24,000 bei einer Bevölkerung von 30 Millionen. Das englische Wahlgesetz war viel freisinniger. Von etwa 21 Millionen hatten etwa 900,000 Engländer das Recht, zu wählen.

Casimir Perier setzte sein Ministerium aus folgenden Personen zusammen: er selbst übernahm das Innere; Montalivet den Unterricht; Barthe die Justiz; Soult den Krieg; Rigny die Marine; d'Argout den Handel; Louis die Finanzen; Sebastiani das Auswärtige. Perier, gefühllos, zäh, berechnend, der ächte Repräsentant der Bourgeoisie — wie Lafitte, war er Banquier — war entschlossen, das System, welches

Digitized by Google

bald nach der Julirevolution zur Herrschaft gekommen, mit aller Kraft und Folgerichtigkeit durchzuführen. Gegen Außen suchte er den Frieden zu bewahren, selbst auf Kosten der Ehre des französischen Volkes, gegen Innen suchte er die Ruhe und die Ordnung wieder herzustellen, d. h. den Volksgeist niederzuhalten und die freien Ideen, welche durch die Julirevolution aufgekommen waren, zu unterdrücken. Ein solches System durfte sich allerdings noch nicht in seiner vollen Nacktheit zeigen. Casimir Perier nahm daher noch zu allerlei schönen Worten seine Zuflucht. Die Freiheit, meinte er, könnte ohne die Ordnung nicht bestehen, man müßte also diese aufrecht erhalten, um jene zu retten, die wahre Politik sei die rechte Mitte (juste milieu). Aber die Thatsachen mußten jedem Unbefangenen zeigen, wie diese rechte Mitte zu verstehen sei. Es ist bezeichnend, daß Casimir Perier gleich nach dem Antritte seines Amtes den Kammern ein Gesetz vorlegte, was diese auch annahmen, wonach jede Zusammenrottung, d. h. jedes Zusammenstehen von größeren Massen verboten sein sollte; nach dreimaliger Aufforderung sollte Feuer auf sie gegeben werden. Sodann verfolgte Perier auf alle Weise die politischen Gesellschaften, er erklärte jeden Beamten zu entsetzen, welcher Theil an ihnen nehme. Er ließ durch seine Polizei die Republikaner überwachen, ließ manche der bedeutendsten, wie z. B. Cavaignac, vor Gericht stellen, warf den republikanischen Journalen Preßprocesse an den Hals, und that Alles, um, wie er sagte, die Revolution zu bekämpfen. Freilich kam Perier nicht überall zum Ziele, denn dergleichen Angeklagte wurden von den Geschwornen freigesprochen.

Von der Mehrheit der Kammer aber wurde Perier's System gutgeheißen. Indessen nachdem das neue Wahlgesetz angenommen war, mußte sie aufgelöst werden. Dieß geschah am 31. Mai. Perier verhehlte sich die Möglichkeit nicht, daß die neue Kammer in einem ganz andern Sinne ausfallen möchte, als ihm lieb war. Er gab sich daher alle Mühe, um auf die Wahlen zu wirken. Nichts desto weniger bestand die Mehrheit der neuen Kammer aus Männern, welche sich an die Ideen des Julius anschlossen und wenigstens nicht voll-

Digitized by Google

ständig auf die Ansichten Perier's eingingen. Dieß zeigte sich schon bei der Wahl des Präsidenten, Ende Juli. Mit genauer Noth konnte der Minister seinen Candidaten Girod de l'Aine, gegen Laffitte durchbringen. Zum Stellvertreter des Präsidenten wurde Dupont de l'Eure gewählt, gegen den von Perier vorgeschlagenen Dupin. Die Verhandlungen über die Adresse auf die Thronrede ließen den liberalen Geist der Kammer noch entschiedener hervortreten.

Perier mußte nun suchen, die Kammer zu täuschen. Er wußte sehr wohl, daß die Franzosen am empfindlichsten im Punkte der Nationalehre seien. Die erbärmliche Rolle, welche der Julithron in der äußern Politik spielte, hatte ihm viele Feinde zugezogen. Perier gab sich das Ansehen, als ob gerade hier die Ehre der Nation auf das Beste gewahrt worden sei. Mehrere Ereignisse kamen nun gerade in jenem Augenblicke zusammen, um ihn zu unterstützen. Er wies darauf hin, daß die Oestreicher auf den Antrieb des französischen Cabinets Italien geräumt hätten, daß Dom Miguel gezüchtigt worden sei, daß die französische Armee durch rasches Einrücken in Belgien die Holländer aus diesem jungen Staate vertrieben. Ja, er erklärte sogar, daß die Unterhandlungen wegen der Unabhängigkeit Polens im besten Gange seien und einen erfreulichen Erfolg versprächen. Die Kammer ließ sich täuschen, obschon es nicht an Rednern fehlte, welche, wie Mauguin, Lamarque, Lafayette, die äußere Politik des Ministeriums scharf genug angriffen.

Sodann gelang es Perier, durch kluge Benutzung der Umstände einen Gesetzentwurf durchzubringen, welcher dem Throne wieder eine neue Gewalt in die Hände spielte. Dieß war das Gesetz über die Zusammensetzung der ersten Kammer. Gegen die Erblichkeit der Pairie hatte sich die öffentliche Meinung so entschieden ausgesprochen, daß an ihre Aufrechthaltung nicht mehr zu denken war. Auch die Kammer der Abgeordneten war mit Ausnahme einiger Wenigen gegen diese Einrichtung. Das Ministerium stellte sich nun Anfangs, als ob es für die Erblichkeit sei, und, wenn es davon abgehe, der Kammer ein Zugeständniß mache. Dadurch sollte bewirkt werden, daß die

Digitized by Google

Kammer nun auch einen Schritt entgegenkomme und in den Plan des Ministeriums eingehe, welcher in nichts Geringerem bestand, als die Erwählung zu Mitgliedern der ersten Kammer ganz und gar dem Könige zu überlassen. Der Entwurf zu diesem Gesetze wurde am 22. August in die Kammer gebracht, im September von ihr angenommen, trotz des Widerspruchs der Demokraten, und später, im December, von der Pairskammer gutgeheißen. Dadurch war es um die Unabhängkeit der Pairs geschehen; denn es war zu erwarten, daß Ludwig Philipp nur solche Männer dazu erwählen würde, von deren ihm geneigten Gesinnungen er überzeugt war.

So weit gingen also die Dinge nach dem Wunsche des Ministers: aber am 15. September kam die Nachricht vom Falle Warschau's nach Paris und diese verursachte eine unbeschreibliche Aufregung unter der Bevölkerung. Das französische Volk hatte die Unterstützung der Polen als eine Ehrensache angesehen, da ihm von da aus die größten Zusicherungen geworden waren. Auch verleitete das Ministerium durch seine Aeußerungen in der Kammer zu dem Glauben, daß es wirklich ernstlich sich der Polen annehme. Warschau's Fall enthüllte nun mit Einem Male die ganze Täuschung, welche das Ministerium mit der öffentlichen Meinung getrieben. Die Erbitterung war furchtbar. Am 26. September sammelten sich große Haufen auf allen Plätzen von Paris unter den leidenschaftlichsten Verwünschungen und Drohungen gegen die Minister. Schon fing man an, die Waffenläden zu stürmen, Barrikaden zu errichten: schon wälzte sich ein Haufe gegen das Palais Royal. Eiligst aber wurde die bewaffnete Macht aufgeboten und in großen Massen dem erbitterten Volke gegenüber gestellt. So kam es zu keinem Aufstand: aber mehrere Tage lang lebten die Minister in Angst und Zagen: jeden Augenblick fürchteten sie den Ausbruch der Empörung und sie verhehlten sich nicht, daß dieselbe mit ihrer Guillotinirung enden könnte.

In der Abgeordnetenkammer begann nun ein furchtbarer Angriff auf die Minister, besonders in Bezug auf ihre äußere Politik. Mauguin, Lamarque, Lafayette, Odilon Barrot hielten ihnen das

Digitized by Google

ganze Gewebe von Trug und Erbärmlichkeit vor, welches ihre Haltung dem Auslande gegenüber charakterisire: sie fragten, warum das Ministerium, wenn es nichts für Polen habe thun wollen, wenigstens nicht die scandaleuse und barbarische Einmischung Preußens zu Gunsten Rußlands verhindert habe? warum man den General Guilleminot von Constantinopel zurückgerufen? warum man sich von Preußen habe gefallen lassen, daß es die französischen Couriere, die nach Warschau gehen sollten, aufgehalten? warum man die Polen mit Hoffnungen hingehalten, und sie noch zur Unthätigkeit verpflichtet habe, unter dem Vorwand, daß die Diplomatie ihre Sache beendigen würde? Auf diese Fragen wußten die Minister keine befriedigenden Antworten zu geben, und wenn sie, wie dieß Sebastiani that, sich mit Lügen helfen wollten, so rückte die Opposition sogleich mit Actenstücken heraus, welche sie vernichteten. Das Ministerium erlitt in dieser Frage die schwersten Niederlagen, und die Rückwirkung auf die Stimmung des Volkes machte sich alsobald bemerkbar. Da die Regierung durch ihre schmähliche Politik allgemein in der Achtung gefallen, so glaubten die verschiedenen ihr feindlichen Parteien, jetzt sei die Zeit gekommen, wo sie mit Erfolg gegen sie auftreten könnten.

In den westlichen und südlichen Provinzen erhoben die Legitimisten das Haupt wieder und bereiteten im Stillen einen Aufstand vor. Sie setzten sich mit der vertriebenen Familie in Verbindung, und es ward beschlossen, daß die Herzogin von Berry, die Mutter des Herzogs von Bordeaux, sich persönlich an die Spitze des Aufstandes stellen sollte. Daher verließ sie im Herbste 1831 England und begab sich vorderhand nach Italien, um von da aus in die südlichen Provinzen Frankreichs einzufallen, wo die Empörung beginnen sollte.

Die republikanische Partei hatte bereits im Laufe des Jahres 1831 an Stärke und Ausdehnung zugenommen. Sie unterhielt fortwährend eine Menge politischer Vereine, unter welchen immer noch der der Volksfreunde der bedeutendste war. Dieser dehnte sich auf fast alle Provinzen aus. Er wirkte theils durch Verbreitung von Flug-

Digitized by Google

schriften, theils dadurch, daß er die Partei zu organisiren suchte und namentlich Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstande traf. Seit dem Falle Warschau's, der die ehrlose Politik des Ministeriums so deutlich herausstellte, vermehrten sich die Reihen der Republikaner von Tag zu Tag. Nachgerade vermochten sie auch bedeutende Namen für sich aufzuweisen, außer Lafayette einen Lamarque, Mauguin, Salverte, Armand Carrel, Garnier Pagès, Cormenin. In der Presse waren sie vertreten durch die „Tribüne," die „Revolution," die „Bewegung," und den „National," lauter Blätter von großem Rufe und Einfluß. In den Provinzen trat unmittelbar nach der Nachricht von dem Untergange Polens die der Regierung feindselige Stimmung der Bevölkerung offen hervor. In Straßburg, in Perpignan, in Toulouse, in Toulon, in Grenoble kam es zu bedenklichen Unruhen: sie wurden meistens nur dadurch beschwichtigt, daß die Behörden und das Militair sich ruhig verhielten und das Volk sich austoben ließen. Am bedeutendsten aber waren die Unruhen, welche im November 1831 in Lyon ausbrachen.

Schon lange hatten daselbst Streitigkeiten zwischen den zahlreichen Arbeitern — gegen 40,000 Seidenweber — und den Fabrikanten stattgefunden. Jene verlangten eine Erhöhung des Lohnes. Von Seite der Arbeiter und der Fabrikanten wurden endlich Bevollmächtigte gewählt, welche einen Tarif aufstellen sollten, an den sich künftig beide Parteien zu halten hätten. Die Arbeiter waren mit dem aufgestellten neuen Tarif zufrieden: die Fabrikanten aber weigerten sich, ihn anzunehmen. Die Arbeiter beharrten auf ihm, als auf ihrem guten Rechte, und als die Fabrikanten nicht nachgeben wollten, so stellten sie ihre Arbeiten ein. Die Erbitterung wuchs auf beiden Seiten: die Arbeiter versammelten sich, da sie nichts zu thun hatten, in zahlreichen Haufen auf den Straßen: die Fabrikanten, welche einen Angriff fürchteten, riefen die bewaffnete Macht zu Hülfe. Endlich, am 23. November, wurde das Zeichen zum Kampfe dadurch gegeben, daß von einer Abtheilung Nationalgarde, welche aus Fabrikanten bestand, zuerst auf die Arbeiter geschossen wurde. Diese riefen

Digitized by Google

nun: „Zu den Waffen!" errichteten Barricaden, bemächtigten sich zweier Kanonen, welche der Lyoner Nationalgarde gehörten, und begannen auf allen Seiten den Kampf gegen die bewaffnete Macht. Ein Theil der Nationalgarde schließt sich ihnen an: der General der Linientruppen und der Präfect fällt in ihre Hände. Zwei Tage lang dauerte der Kampf: am Abende des 22. aber hatte er sich zu Gunsten der Arbeiter entschieden. Die Linientruppen wurden aus der Stadt herausgeschlagen und zogen sich auf die nahe gelegenen Festungswerke auf dem Berge Montessue zurück. Die Arbeiter waren Herren der Stadt. Sie benutzten jedoch den eben erfochtenen Sieg nicht weiter: sie ließen die Behörden bestehen, begnügten sich damit, daß einige ihrer Leute dazu gezogen wurden, und gaben sich außerordentliche Mühe, die musterhafteste Ordnung herzustellen: nichts wurde zerstört, nichts geplündert: einige Menschen, welche aus Häusern von reichen Fabrikanten etwas stehlen wollten, wurden von den Arbeitern selber erschossen.

In Paris nahm man die Nachricht von dem Lyoner Aufstande mit großer Bestürzung auf. Perier glaubte so rasch wie möglich denselben unterdrücken zu müssen. Es wurde daher ein zahlreiches Heer unter der Anführung des ältesten Sohnes Ludwig Philipp's, des Herzogs von Orleans, nach Lyon geschickt, welches am 3. December daselbst einzog. Die Arbeiter wurden entwaffnet, viele verhaftet, die Nationalgarde aufgelöst, die Stadt in Belagerungsstand erklärt, der Präfect Dumoulard, weil er nicht energisch genug gehandelt, abgesetzt: natürlich war auch von der Aufrechthaltung des Tarifs, wegen dessen die Unruhen angegangen, keine Rede mehr. Die öffentliche Gewalt schützte die Fabrikanten, die Reichen, gegen die Arbeiter, die Nichtbesitzenden.

Die Strenge, welche die Regierung bei der Unterdrückung des Lyoner Aufstandes angewendet, vermehrte nur ihre Feinde. Die unglückseligen Verhältnisse, welche in Lyon obgewaltet, waren fast überall vorhanden: täglich wurden die Steuern erhöht und doch stockte Handel und Verkehr: doch verarmten die Menschen zusehends: doch

Digitized by Google

gab es Massen ohne Brod. Diese unzufriedene Stimmung wurde eben jetzt durch die Forderung Ludwig Philipp's bezüglich der Civilliste bedeutend verstärkt. Der König hatte bei seiner Thronbesteigung gegen Dupont de l'Eure geäußert: „Man braucht keinen Hof mehr: was bedarf seiner ein Bürgerkönig? Sechs Millionen Civilliste ist übrig genug!" Aber nachdem Ludwig Philipp seine Gewalt befestigt, so veränderte er natürlich auch in Bezug auf die Civilliste seine Meinungen. Schon das vorige Ministerium war beauftragt worden, die Sache in's Reine zu bringen: es hatte sich aber zu den Forderungen Ludwig Philipp's nicht recht verstehen wollen. Das jetzige sollte nun die Frage erledigen. Ludwig Philipp verlangte nicht weniger, als 18 Millionen Civilliste, 4 Millionen Einkünfte von Ländereien und Forsten, 11 prächtige Paläste, ein kostbares Mobiliar, 2 Millionen 594,912 Franken Apanage. Ueber diese Forderungen war die öffentliche Meinung gewaltig erstaunt. Man rechnete aus, daß sie 37 mal mehr betrügen, als das, was Napoleon als erster Consul bezogen, und 148 mal mehr, als was der Präsident der Vereinigten Freistaaten bekommt. Man ging die Summen durch, welche für die einzelnen Bedürfnisse des königlichen Hauses angesetzt wurden, und fand sie lächerlich übertrieben. Man konnte nicht recht begreifen, wie der Hof 80,000 Franken jährlich für Arzneien brauchen könnte: man fand es komisch, daß von den 300 Pferden des königlichen Marstalls jedes zu 1000 Thalern angesetzt sei, was nicht weniger betrage als den Gehalt eines Richters und zweimal mehr, als den Gehalt eines Mitgliedes des Instituts. Für die 200,000 Franken, welche für die Kleidung der Bedienten angesetzt seien, meinte man, könnte man hundert Procuratoren des Königs bezahlen oder dem ersten Unterricht zu Hülfe kommen, und wie viel arme Leute unterstützen! Am meisten aber schadete den Forderungen des Hofes die Schrift Cormenin's über diesen Gegenstand. Er deckte mit Scharfsinn, Gründlichkeit und feiner Ironie alle Schwächen der königlichen Forderung auf und stellte sie Jedermann klar vor Augen.

Auch auf die Kammer verfehlten diese Dinge nicht ihre Wirkung

Digitized by Google

und zwar keineswegs zu Vortheil der Regierung. Bei den Verhandlungen, welche sich über die Civilliste eröffneten, wurde das königliche Ansehen bedeutend heruntergezogen, und als bei dieser Gelegenheit einem der Minister der Ausdruck: „Unterthanen" entfuhr, so erregte dieß einen ungeheuren Sturm. „Männer, welche Könige machen," rief man ihm zu, „sind keine Unterthanen." Man verlangte, der Präsident solle den Minister zur Ordnung rufen: Alles schrie wild durcheinander: die Sitzung mußte aufgehoben werden. Den andern Tag legte Odilon Barrot nebst 124 Abgeordneten eine Verwahrung ein gegen jenes Wort, welches mit dem Grundsatze der Volkssouverainetät unvereinbar sei. Zuletzt wurde der Streit über die Civilliste dahin entschieden, daß sie auf 12 Millionen festgesetzt wurde, abgesehen von den übrigen Forderungen, die der König gemacht und die man ihm bewilligte.

Kaum waren diese Dinge beseitigt, so wendete ein anderes Ereigniß von Neuem die Aufmerksamkeit des Publicums auf den König hin: das war der Prozeß wegen der Erbschaft des Herzogs von Bourbon*), welcher eben jetzt zur Entscheidung kam. Die Richter sprachen zwar das Urtheil zu Gunsten des Königs und des Herzogs von Aumale aus, aber die öffentliche Meinung hatte sich während der Verhandlungen wider Ludwig Philipp gerichtet: man gab auch in dieser Sache den Feinden des Königs recht.

Und zu all' diesem kam nun die Sprache der Blätter, welche immer kühner ward und nichts unberührt ließ, was die neue Dynastie heruntersetzen konnte: die Menge von Carricaturen auf den König und seine Minister: mit beiden, mit Carricaturen und Journalen wurde ein in's Große gehender Handel getrieben: die einzelnen Blätter wurden durch besonders dazu aufgestellte Personen auf den Straßen, in den Wirthshäusern verkauft, so daß gerade die stärksten Aufsätze sicher eine um so größere Verbreitung fanden. Perier kannte die Gefährlichkeit der Presse sehr gut: er war daher unermüdlich in

*) Siehe S. 67 Note.

Digitized by Google

ihrer Verfolgung: da er aber die darüber bestehenden Gesetze nicht umzustoßen wagte, so waren diese Versuche ohne Erfolg. Je gewaltthätiger Perier, um so unermüdlicher und schärfer die Presse.

Die Julidynastie befand sich daher in einer sehr bedenklichen Lage: von allen Seiten drohten ihr Feinde: alle Augenblicke wurde eine neue Verschwörung entdeckt, entweder von Legitimisten oder von Republikanern ausgegangen: die öffentliche Meinung wandte sich der Regierung mehr und mehr ab, weil sie im Innern offenbar die Absicht hatte, gewaltthätig zu verfahren, während sie gegen Außen sich Alles gefallen ließ. Auf die Kammer konnte sie nicht sicher rechnen, am wenigsten bei Fragen, welche die Principien der Julirevolution angegriffen hätten. Die Regierung sah sich daher genöthigt, eine andere Richtung einzuschlagen oder wenigstens nach einem Ereignisse zu suchen, welches ihr die Möglichkeit verschaffte, das wankend gewordene Vertrauen wieder zu befestigen. Glücklicher Weise bot sich ihr ein solches dar: es war das zweite Einrücken der Oestreicher in Italien.

Neue Bewegungen in Italien.

Einrücken der Oestreicher und Franzosen im Kirchenstaate *).

Als die päpstliche Regierung im Juli 1831 die Zugeständnisse bewilligte, welche die Großmächte für nöthig erachteten, um die römischen Provinzen wieder zu beruhigen, war es keineswegs ihre Absicht, dieselben zu halten. In diesem Vorhaben wurde sie noch bestärkt, als die römischen Provinzen unmittelbar nach dem Abzuge der Oestreicher den Gesandten der fünf Mächte eine Denkschrift überreichten, welche die Bewilligungen des Papstes für unzureichend erklärte und ein wahres Bild von den zahllosen Gebrechen des römischen Staates entwarf, denen nur durch die völlige Trennung der geist-

*) Vergl. den Artikel „Italien“ im Conversationslexikon der Gegenwart. Zweiter Band 1839. S. 1099 folg.


Digitized by Google

lichen Gewalt von der weltlichen abgeholfen werden könne. Der ganze Unfug der geistlichen Wirthschaft, der Nepotismus, die geflissentliche Unterdrückung jeder administrativen Fähigkeit, die Hemmung aller geistigen Entwicklungen, Mangel jeder Bürgschaft für persönliche Sicherheit und Freiheit, die Käuflichkeit der Gerichte, die Verwirrung der Finanzen, die Hemmung des Handels, das abscheuliche System der Besteuerung, welches die Armen drücke, die Begüterten frei lasse, die vollkommene Willkürherrschaft der Legaten — all' dieß wurde auf das Lebhafteste geschildert und vollkommen der Wahrheit entsprechend. Die Denkschrift verlangt zuletzt gänzliche Säcularisation der zeitigen Herrschaft der Päpste, Aufhebung des Tribunals der Inquisition und der Bischöfe in Civilsachen, Befreiung des Unterrichts aus mönchischer und pfäffischer Unterdrückung, Bürgschaft darüber, daß künftig Niemand ohne richterlichen Befehl verhaftet werden dürfe.

Man kann sich denken, wie erbittert die päpstliche Regierung über diese Denkschrift war. Auch beschloß sie, die Provinzen dafür zu züchtigen. Aber dazu bedurfte es Zeit. Ihre Absicht war, sie auf alle Weise zu quälen, um sie zu einem neuen Aufstande zu reizen, um dann mit desto größerer Wuth über sie herzufallen. Zu dem Ende verabredete sie mit den Oestreichern das neue Einrücken derselben, worauf diese natürlich sogleich eingingen: ohnedieß hatten sie wider ihren Willen, blos durch die Umstände gezwungen, das päpstliche Gebiet jetzt schon verlassen. Sie blieben daher an den Gränzen der Lombardei stehen, um auf den Wink des Papstes gewärtig zu sein.

Von der päpstlichen Regierung wurden jetzt in die Provinzen die hartherzigsten Priester als Legaten gesendet; die Universität Bologna geschlossen: ein Studienedict verkündet, welches in geradem Widerspruche mit der von den Einwohnern verlangten Unterrichtsfreiheit stand: darnach waren eine Menge junger Leute von dem Besuch der Universitäten ausgeschlossen, die Leitung des Unterrichts, die Prüfungen ganz der geistlichen Behörde in die Hände gegeben, dabei nicht nur die Fähigkeiten, sondern auch politische Tadellosigkeit, priesterliches Zeugniß, Vermögensverhältnisse zum Maßstabe genommen. Am 5. Octo-

Digitized by Google

der erfolgte ein Erlaß, welcher die Rechtspflege regeln sollte. Es war ein wahrer Hohn, wenn in demselben versprochen war, daß künftig nicht mehr willkürlich in den Gang der Prozesse eingegriffen werden sollte, daß die Unterrichter nicht mehr Recht sprechen dürften, bevor sie die Parteien gehört haben; daß sie ihr Urtheil begründen, sich dabei der Landessprache bedienen müßten, daß die Einrichtung eines päpstlichen Auditors aufgehoben sei, welcher früher die Macht gehabt hatte, alle richterliche Entscheidung aufzuheben. Die Hauptsache aber wurde nicht verändert: die Gerechtigkeitspflege blieb in den Händen der Geistlichkeit. Am 5. November erließ die päpstliche Regierung eine peinliche Gerichtsordnung, die selbst die gemäßigtsten Hoffnungen nicht im entferntesten befriedigte.

Die neuen Verordnungen des Papstes erregten in den Provinzen den größten Unwillen. Man verwahrte sich gegen sie: Abgeordnete einzelner Städte, wie von Bologna, Forli, Ravenna, kamen im December 1831 zusammen, um sich zu berathen: sie beschlossen unter Anderm, daß sie keine päpstlichen Truppen aufnehmen wollten. Denn nach dem Abzuge der Oestreicher hatten sich allenthalben wieder Bürgergarden gebildet. Die Aufregung stieg. Davon nahm der Cardinalstaatssecretair Bernetti Veranlassung, 10. Januar 1832, eine Note an die Gesandten der fünf Mächte zu richten, in welcher er erklärte, daß der Papst sich genöthigt sähe, um Unruhen vorzubeugen, sein Militair in Bologna, Ravenna und Forli einrücken zu lassen. Besondere Nachtheile hätten die Bürgergarden verursacht. Der Cardinal Albani sei zum außerordentlichen Bevollmächtigten ernannt und habe den Auftrag, die Bürgergarden zu entwaffnen. Sollten die Truppen Widerstand treffen, so rechne der Papst auf die Hülfe, deren er nöthig haben werde, sich Autorität zu verschaffen.

Die Gesandten der Großmächte waren sowohl mit den neuen Verordnungen des Papstes, welche sie vortrefflich oder, wie der preußische Gesandte Bunsen meinte, von unsterblicher Weisheit fanden, als auch mit seinem militairischen Einschreiten einverstanden. Darauf zog der Cardinal Albani, der gehaßteste Mann im ganzen Kirchenstaate, mit einem

Digitized by Google

Haufen bewaffneten Gesindels und in Begleitung eines östreichischen Generals gegen die Provinzen. Die Bürgergarden setzten sich an einigen Orten zur Wehr, aber ohne Erfolg. Am 21. Januar 1832 zog Albani in Forli ein. Bei dem Einrücken der Truppen fiel ein Schuß, wahrscheinlich aus ihrer Mitte. Darauf stürzten die päpstlichen Soldaten über die unbewaffneten unschuldigen überraschten Einwohner her und mordeten Alles, was ihnen in den Weg kam, Männer, Weiber und Kinder: sie verübten die gräulichsten Schandthaten, ohne daß ihnen von ihren Oberen Einhalt gethan worden wäre. Jetzt wurde von östreichischer Seite bekannt gemacht: „Unordnungen, welche in Forli vorgefallen, bewogen den Cardinal Albani, die Gegenwart der östreichischen Truppen nachzusuchen, um die Disciplin der päpstlichen zu erleichtern und die Volksaufregung gegen letztere zu mildern. Diese Anwesenheit der kaiserlichen Truppen ist am geeignetsten, die Unterwerfung und Beruhigung der Provinzen zu bewirken. Deshalb ist die Brigade Grabowsky nach Imola und Faenza vorgerückt." Am 28. Januar 1832 zogen die Oestreicher in Bologna ein.

Aber dieses zweite Einschreiten Oestreichs in Italien durfte die französische Regierung nicht geduldig mit ansehen, wenn sie nicht einen furchtbaren Sturm gegen sich heraufbeschwören wollte. Schon bei der ersten Einmischung jener Macht war das französische Ministerium wegen seiner zuwartenden unthätigen Haltung auf das Heftigste angegriffen worden und fast bei jeder Gelegenheit kam die Opposition darauf zurück. Neulich erst hatte das Cabinet in der polnischen Sache eine so schwere Niederlage erlitten: von Tag zu Tag stieg die Unzufriedenheit des französischen Volks mit der Regierung: es war nicht abzusehen, wie man sich noch behaupten konnte, wenn man auch diesmal feig die Hände in den Schooß legte. Casimir Perier überschaute die Lage der Dinge vollständig. Er sah ein, daß Frankreich ebenfalls einschreiten mußte. Dadurch gewann er zweierlei: er entfernte nicht nur eine Veranlassung zu einem neuen Angriffe auf die Regierung, sondern er hob sie sogar in der öffentlichen Meinung. Zugleich bekam Frankreich eine gefährliche Waffe in die Hände gegen die feind-

Digitized by Google

seligen Absichten der drei absoluten Mächte. Casimir Perier war daher bald entschlossen: er schickte drei Kriegsschiffe unter dem Capitain Gallois mit der nöthigen Mannschaft unter dem Obersten Combes nach Italien, um sich der Festung Ancona zu bemächtigen. Der General Cubieres, welchem der Oberbefehl über die ganze Unternehmung übergeben wurde, sollte auf seiner Reise Rom berühren, um sich mit dem Papste zu verständigen.

Nach Capefigue *) theilte Perier vorher seinen Plan dem Fürsten Metternich selber mit, um seine Zustimmung zu erlangen. Perier soll dem östreichischen Staatskanzler dargelegt haben, daß er in Anbetracht der inneren Zustände Frankreichs nicht anders könne, als interveniren. Er habe jedoch keineswegs die Absicht, den Aufständischen zu helfen, sondern im Gegentheil die päpstliche Gewalt zu unterstützen und überall mit Oestreich Hand in Hand zu gehen. Metternich habe die Lage Perier's sehr wohl begriffen und sei auf seinen Vorschlag eingegangen, jedoch nur unter folgenden Bedingungen: überall müßte die Fahne des Papstes bleiben, auch eine angemessene päpstliche Besatzung: die dreifarbige Fahne eingeschlossen in die Casernen, vollständige Freiheit des Papstes in Verwaltung und Polizei.

Wie dem auch sein mag: gewiß ist, daß die Ausführung des Unternehmens wenigstens im Anfange durchaus nicht im Einklange mit diesen Bedingungen war. In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar landeten die Franzosen in Ancona, verlangten Einlaß von der päpstlichen Besatzung, schlugen die Thore ein, als sie sich weigerte, entwaffneten die Posten, nahmen den Obersten gefangen und machten sich zu Herren der Stadt. Den andern Tag setzten sie sich gegen die Citadelle in Bewegung: aber die päpstlichen Truppen ließen sich in keinen Kampf ein, sondern zogen ab: die Franzosen nahmen Besitz von der Festung und pflanzten die dreifarbige Fahne auf. In wenig Augenblicken sah man die drei Farben auf allen Straßen und Plätzen. Mit ungeheurem Jubel wurden die Franzosen empfangen. Ihr Ruf:

*) L'Europe depuis l'avènement du roi Louis-Philippe. VI. p. 22. 23.

Digitized by Google

„Es lebe die Freiheit!“ ließ sie den Italienern als ihre Retter erscheinen. Alsobald wurden die Gefängnisse geöffnet und die politischen Gefangenen befreit. Den Abend wurden im Theater Freiheitslieder gesungen, die Stadt erleuchtet. In einem der besuchtesten Kaffeehäuser erklärte ein französischer Offizier öffentlich, sie seien nur die Vorhut, um dem Lande die Befreiung zu verkünden. Diese Worte wurden mit der lebhaftesten Freude gehört: die Bürger weinten Thränen der Begeisterung.

In dem ganzen Kirchenstaate verursachte die Nachricht von der Einmischung der Franzosen die freudigste Aufregung. Ueberall sah man sie als Befreier an, und die französische Regierung unterstützte diese Ansicht. Als in der Kammer die Sache zur Sprache kam, sagte Perier: „Das Wiener Cabinet intervenirt, um dem Papste Bürgschaft für den Gehorsam seiner Unterthanen zu geben; mit gleichem Rechte interveniren wir, den Unterthanen für die Erfüllung der Versprechungen des Papstes Bürgen zu sein. Bleiben die Oestreicher, so bleiben auch wir, gehen sie, so werden auch wir gehen.“ Man braucht nicht hinzuzufügen, daß das Verfahren des Ministeriums die volle Zustimmung der Kammer erhielt.

Der Papst war wüthend über diese Handlung der Franzosen. Er legte sofort in einer Note an den französischen Gesandten St. Aulaire Verwahrung ein gegen diesen „Angriff auf seine Souverainetät, gegen diese Verletzung des päpstlichen Gebiets.“ Der französische Gesandte, ebenso wie der General Cubieres, der in demselben Augenblicke in Rom ankam, als die Nachricht von der Besetzung Ancona's dahin gelangte, waren in einiger Verlegenheit, weil diese Handlung durchaus im Widerspruch mit der Sprache war, welcher sonst die französische Gesandtschaft gegen den heiligen Vater sich bediente. Sie suchten nun die Sache so darzustellen, als habe der Oberst Combes seine Vollmachten überschritten: die Franzosen seien in bester Absicht gekommen, im Interesse seiner Heiligkeit: der Papst dürfe sie ebenso als seine Hülfstruppen betrachten, wie die Soldaten des Kaisers von Oestreich.

Digitized by Google

Die nächsten Thatsachen straften aber diese Worte Lügen. Die Einwohner von Ancona ließen sich im ersten Freudentaumel über die thatsächliche Befreiung von der Herrschaft des Papstes zu allerlei Ausschweifungen hinreißen. Sie mißhandelten die Priester und trieben selbst mit dem Cultus Unfug. Man warf Madonnenbilder mit Steinen, stürmte die Pfarrhäuser. Ein Haufe junger Leute bildete sofort eine bewegliche Colonne, die sich den Anhängern der Regierung furchtbar zu machen suchte. Die päpstliche Regierung schickte, um ihr Ansehen wieder herzustellen, eine Abtheilung Carabinieri nach Ancona: sie wurde aber mit solcher Erbitterung von den Einwohnern empfangen, daß sie nur durch das Dazwischentreten der Franzosen geschützt werden konnte. Die Priester flohen heimlich aus der Stadt: denn nichts, was an die päpstliche Herrschaft erinnerte, schien mehr sicher zu sein. Die Reibereien zwischen den Einwohnern und den päpstlichen Truppen hörten nicht auf, und endlich sah sich der Papst genöthigt, die letzteren aus Ancona zurückzuziehen, so wie überhaupt aus den Marken und ganz Umbrien. Die Freude darüber war außerordentlich und zeigte sich in Spielen, Gesängen und Aufzügen. Schon glaubten die Einwohner, am Ziele ihrer Wünsche angelangt zu sein. Eine Abordnung der Bürger Ancona's begab sich zu dem General Cubieres, der jetzt den Befehl über die Stadt übernommen, und überreichte ihm eine Bittschrift, in welcher sie die Vermittlung der Mächte anriefen, um die zahllosen Uebel des Landes zu beseitigen und bessere Gesetze zu verleihen. In feierlichem Zuge schritt diese Abordnung einher: eine Fahne wurde ihr vorangetragen, auf welcher die Worte standen: „Gute Gesetze und Bürgschaft für ihre Unverletzlichkeit!“ Die ganze Stadt war in Bewegung: Thränen der Rührung und der Begeisterung wurden vergossen: man blickte in eine schönere Zukunft: die Stadt wurde erleuchtet, zahllose Lebehochs den Franzosen und ihrem General ausgebracht. Jetzt verließ auch der Prolegat, Graf Fiorenzi, die Stadt und mit ihm die letzte päpstliche Regierungsgewalt. Die Bürger traten hierauf zusammen und erklärten, selbst für Ruhe und Ordnung sorgen zu wollen.

Digitized by Google

Dieß geschah Anfangs Juni. Am 21. that der Papst Ancona in den Bann. Er blieb aber ohne Wirkung: die Einwohner verhöhnten den Bannstrahl des Papstes, ja die Bannbulle wurde als Fahne an einen Stock gebunden und mit einem kleinem Luftballon dem Winde preisgegeben.

Dergestalt war die Wirkung der französischen Einmischung bei den Einwohnern von Ancona. In anderen Landstrichen des päpstlichen Gebiets war sie nicht minder bedeutend: besonders in den vier Legationen Bologna, Ravenna, Ferrara und Forli. Dahin war, wie oben bemerkt, der Cardinal Albani als päpstlicher Bevollmächtiger geschickt. Derselbe wurde wüthend über das Erscheinen der Franzosen und beschloß jetzt den ihm untergebenen Provinzen seinen Zorn um so mehr fühlen zu lassen. Er setzte sogleich eine Behörde nieder, welche über Verschwörungen und hochverrätherische Umtriebe richten sollte, stellte Untersuchungen an über die politischen Gesinnungen der Gemeindebehörden und der Einwohner überhaupt, zu welchem Behufe er förmliche Listen von allen des Liberalismus verdächtigen Einwohnern verfertigen ließ, schrieb eine gezwungene Anleihe aus, ließ die Habseligkeiten derer, welche nicht bezahlen wollten, auf öffentlicher Straße versteigern, errichtete eine geheime Polizei, wählte zu seinen Agenten Menschen, die offenkundig die schwersten Verbrechen begangen, löste die bestehenden Gemeinderäthe eigenmächtig auf und besetzte sie durch neue, wozu ihm das Gesetz ausdrücklich die Befugniß verweigerte. Durch all' dieß vermehrte der Cardinal die Wuth der Einwohner dergestalt, daß sie sogar trotz der Anwesenheit der Oestreicher zum Ausbruche kam. Die Gemeinderäthe verwahrten sich fast einstimmig gegen die Ernennung neuer Räthe durch den Cardinal, da er dazu kein Recht habe: die Einwohner schlossen sich an und erklärten offen, daß sie die neuen Räthe schon deshalb nicht anerkennen könnten, weil sie aus schändlichen und unfähigen Personen beständen. Der Cardinal hatte nämlich dafür gesorgt, nur dergleichen auszuwählen. Albani, erbittert über solche Widersetzlichkeit, ließ jetzt eine neue Abtheilung päpstlichen Militairs in Bologna einrücken. Diese wurde aber sofort

Digitized by Google

von den Einwohnern mit der größten Erbitterung angegriffen, der Befehlshaber selber verwundet, und nur durch das Dazwischentreten der östreichischen Truppen war es den päpstlichen Soldaten möglich, zu ihrer Caserne zu gelangen. Albani erließ nun eine Bekanntmachung, in welcher er sagte, daß er die revolutionairen Rotten sämmtlich mit Stumpf und Stiel vertilgen wollte, damit die Gesellschaft von Niederträchtigen gesäubert werde. Diese Bekanntmachung bewirkte so viel, daß der Abscheu der Einwohner vor der päpstlichen Herrschaft sich nur vergrößerte. Die päpstliche Curie, gedrängt dazu von den Großmächten, sah endlich selber ein, daß Albani mehr verderbe als nütze, und rief ihn im Mai von Bologna ab.

So waren die Verhältnisse im Kirchenstaate. Man sieht: die revolutionaire Gesinnung war nicht unterdrückt, sie war durch die Maßregeln der Regierung nur gesteigert worden: durch die Gewalt eine Zeitlang niedergehalten, kam sie seit der Besetzung Ancona's durch die Franzosen zum offenen Ausbruch, und es bedurfte nur einer kleinen Unterstützung dieser Macht, um der Revolution auf's Neue den Sieg zu verbürgen.

Und ebenso, wie im Kirchenstaate, war die Stimmung in anderen italienischen Gebieten. In Modena hatte sich trotz der grausamsten Verfolgung des Herzogs eine revolutionaire Partei erhalten, welche diesem beständig die größte Furcht einflößte. Er glaubte schon im März 1832 einer Verschwörung auf die Spur gekommen zu sein, deren Zweck in nichts Geringerm bestehe, als ihn selbst zu ermorden. Er ließ Haussuchungen anstellen: sie führten aber zu keinem Ergebniß. Er ließ sein Schloß in furchtbaren Vertheidigungszustand versetzen, und rief die Oestreicher zu Hülfe, welche in der Nähe von Modena ein Lager bezogen. Auf diese Weise hielt er sich für sicher, aber all' diese Anstalten zeigten zur Genüge, daß der Herzog auf einem Vulcane stände. In Sardinien hatte die öffentliche Meinung ebenfalls einen großen Umschwung erlitten. Der König Karl Albert, auf den man bei seiner Thronbesteigung, so große Hoffnungen gesetzt und der auch in den ersten Monaten seiner Regierung dieselben be-

Digitized by Google

friedigen zu wollen schien, schlug seit dem Falle Polens eine wesentlich verschiedene Richtung ein. Er gab sich anderen Einflüssen hin und ließ die Reaction ebenso gewähren, wie er früher die liberalen Ideen begünstigen zu wollen schien. Die angebahnten Verbesserungen geriethen in's Stocken, die Geistlichkeit gewann wieder ihre frühere Macht, die Polizei wurde verschärft, die Censur strenger, das Heer auf den Kriegsstand gebracht, überall Kundschafter aufgestellt. Diese Handlungsweise ließ in dem Volke alle Hoffnungen verschwinden, die sie ehedem von Karl Albert gehegt. Die Unzufriedenheit nahm überhand, die revolutionaire Partei verstärkte sich von Tag zu Tag und war um so gefährlicher, je mehr sie ihre Absichten in das Dunkel des Geheimnisses zu hüllen wußte. Denn nach dem Scheitern der Revolutionsplane im März 1831 that sich sofort eine neue politische Verbindung auf, welche den Namen des „jungen Italiens“ führte, mit wesentlich republikanischen Grundsätzen, meist das jüngere Geschlecht umfassend und über fast alle italienischen Gebiete sich erstreckend. Sie war unermüdlich thätig und wartete nur auf einen günstigen Augenblick, um von Neuem loszubrechen.

Digitized by Google

Drittes Capitel.

Wendung der Dinge durch Ludwig Philipp. Reaction in Italien.

Ludwig Philipp's Diplomatie. Unterdrückung der legitimistischen und republikanischen Aufstände in Frankreich.

Also um die Mitte des Sommers 1832 war die Weltlage so, daß sich das absolute Princip noch keineswegs des Sieges rühmen durfte. Im Gegentheile der Kampf zwischen ihm und den liberalen Ideen hatte eben eine Wendung zu Gunsten der letzteren genommen. In Italien ist das Volk in einer neuen Erhebung begriffen; in Frankreich hat die öffentliche Meinung eine solche Stärke erlangt, daß sich Ludwig Philipp, um sich zu halten, zu einer freisinnigen äußern Politik entschließen muß, welche dem europäischen Liberalismus eine neue in den Folgen unberechenbare Unterstützung gewährt; in England ist die Reformbill durchgegangen und das freisinnige Ministerium in seiner Stellung gesichert; in Deutschland die Bewegung auf einem Punkte angelangt, von welchem aus sie Erfolge haben muß, wenn sie nur irgendwie von Außen unterstützt wird. Und dazu rechne man, daß eben in diesem Augenblicke Dom Pedro den Krieg gegen die absolutistische Herrschaft seines Bruders in Portugal beginnt, daß in Spanien Zerwürfnisse eintreten, welche dem liberalen Principe gleichfalls eine Hoffnung zum Siege erwecken. Das ganze westliche, mittlere und südliche Europa stand gegen den nordischen Absolutismus in den Schranken. Handelten die Völker vereinigt, nach einem gemeinsamen Plane und unter einer gemeinsamen Lei-

Digitized by Google

tung, so war ihr Sieg gewiß, die Niederlage des Absolutismus unzweifelhaft.

Aber eben diese letztere Bedingung war nicht vorhanden. Offenbar hing die nächste Zukunft Europas in diesem Augenblicke von Frankreich oder vielmehr von dem zeitweiligen Beherrscher desselben, von Ludwig Philipp ab. Die Verhältnisse hatten ihm eben jetzt eine außerordentlich bedeutsame Stellung angewiesen. Auf der einen Seite hielt er Italien in seiner Hand: ein Wort von ihm und die ganze Bevölkerung dieser Halbinsel sammelte sich unter seine Fahnen; auf der andern konnte er die Politik Deutschlands bestimmen: die Zusicherung an den Großherzog von Baden, ihn zu unterstützen, machte dort den Liberalismus siegen und ganz Deutschland begrüßte in Ludwig Philipp seinen Bundesgenossen. Eine solche Politik riß Frankreich mit Einem Male aus der untergeordneten Stellung heraus, welche es bisher unter dem Rathe der Großmächte eingenommen: es konnte dann wieder ein Gewicht in die Wagschale der europäischen Diplomatie legen und fortan gebietend auftreten, während es sich bisher nur demüthig dem Machtspruche der anderen Cabinette unterworfen und sich wohl auch ihre Fußtritte gefallen lassen mußte. Und war nicht Ludwig Philipp auch durch den Trieb der Selbsterhaltung darauf angewiesen, jene angedeutete Politik zu befolgen? Er kannte sehr gut die feindseligen Gesinnungen der absoluten Mächte gegen die Julidynastie und daß diese von jenen nur so lange geduldet ward, als es die Nothwendigkeit gebot, daß sie aber bei der ersten schicklichen Gelegenheit, welche Erfolg versprach, sie über den Haufen werfen würden. Eben bereitete die Herzogin von Berry einen Aufstand in den südlichen Provinzen Frankreichs vor: sie wurde von italienischen Fürsten, von dem Herzog von Modena sowohl, wie von dem Könige von Sardinien unterstützt: beide besuchte sie in Italien: der Herzog von Modena wies ihr zu ihrem Aufenthaltsorte sogar Massa an: von Karl Albert war sie mit bedeutenden Summen versehen worden. War nicht zu erwarten, daß diese und andere Fürsten ihren Sohn sofort als den rechtmäßigen König von Frankreich anerkennen würden, so

Digitized by Google

wie ihr Unternehmen nur einigermaßen Erfolge hatte? Und wenn man auch von der Familie Karl's X. absehen wollte, war nicht noch ein anderer Kronprätendent vorhanden? hatten die Napoleoniden ihre Ansprüche aufgegeben? und befand sich nicht der Sohn Napoleon's, der Herzog von Reichstadt, in der Gewalt einer jener absoluten Mächte, welche den Julithron mit Mißtrauen überwachten? hatte nicht schon der Regierung Karl's X. Metternich mit dem Herzoge von Reichstadt gedroht? *) warum sollte sich diese Drohung nicht gegen einen illegitimen Thron wiederholen?

Freilich war mit jener angedeuteten großartigen Politik eine andere Gefahr verbunden. Sie konnte nur dann Erfolge versprechen, wenn sich Ludwig Philipp an die Spitze der liberalen Ideen stellte. Wir wissen aber, daß dieß nicht im geringsten seine Absicht war, daß er vielmehr die Regierungsgrundsätze der Restauration auch zu den seinigen gemacht. Deshalb unterstützte er auch nicht bei den auswärtigen Staaten die liberalen Ideen. Wenn er sich eben, durch die Besetzung Ancona's, zu einer freisinnigen äußern Politik entschlossen zu haben schien, so geschah dieß, wie bemerkt, nur deshalb, weil er durch die öffentliche Meinung in Frankreich dazu getrieben worden war; es geschah in dem Gefühle, einen mächtigen Feind hinter sich zu haben, welchem er nur neue Waffen in die Hände gegeben hätte, wenn er anders gehandelt haben würde. Von der Stärke dieses Feindes hing also wesentlich seine Haltung in der äußern Politik ab. Aber dieser Feind war gerade in diesem Augenblicke überwunden worden: er hatte eine schwere Niederlage erlitten.

Ludwig Philipp hatte über zwei seiner gefährlichsten Gegner einen Sieg erfochten: über die Legitimisten und die Republikaner.

Schon im Anfange des Jahres 1832 war die Pariser Polizei einer legitimistischen Verschwörung auf die Spur gekommen: der Schlupfwinkel der Verschwornen wurde entdeckt, ein großer Theil gefangen genommen. In den westlichen Provinzen, namentlich in der Vendée, zeigten sich ebenfalls bedeutende Unruhen und mit genauer

*) Siehe ersten Band S. 730.

Digitized by Google

Noth konnten die Gegenden im Schach gehalten werden. Endlich beschloß auch die Herzogin von Berry den längst gefaßten Plan zur Ausführung zu bringen. Sie reiste am 24. April von Massa ab und segelte mit ihren Getreuen nach Marseille, wo der Aufstand am 28. seinen Anfang nehmen sollte. Von Seiten der Legitimisten war daselbst Alles vorbereitet, aber auch die Regierung hatte Nachricht von der beabsichtigten Empörung erhalten und traf die nöthigen Gegenanstalten. Ein Theil der Verschwornen wurde festgenommen: die Herzogin von Berry, noch zeitig unterrichtet, entkam mit genauer Noth den Händen der Polizei; diese bemächtigte sich aber des Schiffes, auf dem sie hergefahren, des Carlo Alberto, in welchem man ihre Papiere fand und den ganzen Plan der Verschwörung. Als die Berry sah, daß ihr Unternehmen im Süden Frankreichs mißglückt sei, so wollte sie es mit der Vendée versuchen. Unter den abenteuerlichsten Verkleidungen und den mannichfachsten Gefahren durchzog sie die Departemente, bis sie in der Vendée angekommen, wo sie ihre Getreuen um sich versammelte. Sie gab nun den Befehl, daß mit dem 24. Mai der Aufstand beginnen sollte. Aber es war keine rechte Einigkeit unter den Führern der legitimistischen Partei: die Einen glaubten überhaupt den Zeitpunkt zum Losschlagen noch nicht gekommen, die Anderen hielten die westlichen Gegenden nicht dazu geeignet: die Mehrzahl war mit dem Unternehmen nicht einverstanden, besonders diejenigen nicht, welche sich in Paris befanden. Die Herzogin wurde daher von ihnen bestürmt, von ihrem Plane abzustehen. Sie gab nach; dann aber kamen ihr wieder neue günstige Nachrichten aus dem Süden zu: sie ertheilte darauf noch einmal den Befehl zum Kampfe. Aber inzwischen hatte der Marschall von Bourmont, durch andere Rücksichten geleitet, Gegenbefehle gegeben. Von vornherein war daher in dem Aufstande keine rechte Einigkeit. Er war bei Weitem nicht massenhaft genug, brach nicht mit einem Male auf allen Punkten zugleich aus und trug auf diese Weise den Tod in sich selber. Nichts destoweniger aber war er doch sehr gefährlich: nicht nur die Vendée ergriff die Waffen, sondern auch die angränzenden Departemente,

Digitized by Google

die niedere Loire, Maine und Loire, Deux Sevres und die Bezirke Laval, Vitié und Chateau Gontier. Auch ist nicht zu läugnen: die Legitimisten kämpften heldenmüthig und mit der äußersten Todesverachtung. Aber zuletzt erlagen sie eben doch der Uebermacht. Sie wurden allenthalben überwältigt, und die siegenden Soldaten der Julidynastie erlaubten sich gegen die Ueberwundenen die größten Grausamkeiten: freilich hatten sich auch die Chouans nicht mindere zu Schulden kommen lassen. Die Herzogin von Berry floh nun von Ort zu Ort und begab sich zuletzt nach Nantes, einer Stadt, welche dem Aufstande fremd geblieben, wo sie eben deshalb sicher zu sein glaubte.

Um dieselbe Zeit, als der legitimistische Aufstand losgebrochen, versuchte auch die republikanische Partei ihr Glück.

Ihre Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen hatte die letzte Zeit noch neue Nahrung bekommen. In Grenoble waren am 11. März 1832 Unruhen ausgebrochen: die Einwohner führten einen Fastnachtszug auf, der allerdings politische Bedeutung hatte, indem Anspielungen auf das herrschende politische System, selbst auf den König nicht fehlten, der als Civilliste in der beliebten Form einer Birne dargestellt ward. Die Polizei wollte diese Aufführung nicht leiden und bot Militair dagegen auf. Es kam zum Kampfe: die Nationalgarde von Grenoble stellte sich auf die Seite der Angegriffenen: die Truppen wurden aus der Stadt hinausgeschlagen. Gleich darauf aber schickte die Regierung eine größere Anzahl von Truppen nach Grenoble, verfuhr dort mit äußerster Strenge, ließ eine Menge Verhaftungen vornehmen, hob die dortige Nationalgarde auf. Die Reibungen zwischen Bürgern und Soldaten hörten aber nicht auf, und zuletzt sah sich die Regierung doch genöthigt, das 35. Regiment, welches besonders Veranlassung zu den Unruhen gegeben, wegzuziehen. Die Kammern wurden am 21. April entlassen: bald darauf, am 16. Mai, starb der Premierminister Casimir Perier. Die freisinnigsten Abgeordneten, 140 an der Zahl, hielten den Zeitpunkt für passend, in einer Zuschrift an ihre Wähler sich über den Zustand des Reiches auszulassen, und das bisherige System der Regierung einer scharfen Kritik zu unterwerfen. Das

Digitized by Google

Ergebniß bestand darin, daß Ludwig Philipp das bisherige System verlassen und ein anderes einschlagen müsse, welches mehr in Einklang mit den Grundsätzen der Julirevolution und mit den Forderungen des französischen Volkes sei. Am 29. Mai wurde diese Schrift ausgegeben: ein paar Tage darauf starb der General Lamarque, einer der bedeutendsten Oppositionsmänner der französischen Kammer. Er gehörte zur republikanischen Partei. Sein Leichenbegräbniß sollte am 5. Juni gehalten werden, und es war zu erwarten, daß dabei außerordentliche Feierlichkeiten statt finden würden.

Die republikanische Partei, lange schon gegen die Regierung erbittert, neuerdings erst aufgeregt durch den Schritt der 140 Abgeordneten, berathschlagte, ob sie nicht jene Feierlichkeit zum Losschlagen benutzen sollte. Diese Partei, tapfer, muthig, kühn oft bis zur Tollheit in ihren einzelnen Gliedern, war aber noch nicht gehörig organisirt, sie stand noch unter keiner gemeinsamen Leitung: nicht nur, daß verschiedene Verbindungen bestanden, welche keinen Zusammenhang mit einander hatten, so hatte der Geist der Freiheit, welcher diese Partei besonders charakterisirt, eine solche Richtung genommen, daß sich nicht leicht der Eine dem Andern unterordnen wollte. Denn die bedeutenden Namen dieser Partei, welche im Parlamente und durch ihre sonstige bürgerliche Stellung sich hervorthaten, standen keineswegs in so nahen Verbindungen mit den republikanischen Massen, daß diese sich auf sie als Führer hätten verlassen können. So hatte sich der Gedanke des Losschlagens wohl im Allgemeinen der republikanischen Massen bemächtigt, welche besonders auch durch die Legitimisten bearbeitet worden waren, aber es war kein zusammenhängender Plan entworfen: die Gesellschaft der Volksfreunde hatte beschlossen, nicht selber anzugreifen, aber, wenn es zum Zusammenstoß mit der öffentlichen Gewalt kommen sollte, den Kampf aufzunehmen und mit Entschlossenheit durchzuführen.

Am 5. Juni wurden nun bei dem Leichenbegängnisse Lamarque's, bei welchem sich eine unübersehbare Menge eingefunden hatte, wirklich mehrere Veranlassungen zu Reibungen zwischen den Republikanern

Digitized by Google

und dem Militair gegeben. Die Volksmassen riefen: „Es lebe die Republik!" Darauf drangen die Dragoner auf sie ein. Jetzt erscholl der Ruf: „Zu den Waffen!" In einem Nu waren Barricaden errichtet, hatten sich die Republikaner eines Zeughauses, mehrer wichtiger Posten bemächtigt, und hatte der Aufstand sich über fast alle Punkte der innern Stadt ausgedehnt. Der Kampf dauerte bis tief in die Nacht hinein, und zwar ohne Entscheidung. Der Regierung hatte sich Furcht und Bangigkeit bemächtigt: manchen Gliedern des Ministeriums mochte sich die Ueberzeugung aufgedrängt haben, daß Ludwig Philipp ein ähnliches Schicksal, wie Karl X. bevorstehe. Selbst von Soult, dem damaligen Kriegsminister, wird behauptet, daß er geschwankt und Vorkehrungen getroffen habe, um alsobald zu der siegenden Partei überzugehen. Aber den Republikanern fehlte das bei den Franzosen Wichtigste, nämlich ein Name. Lafayette, obschon eifrig der Partei ergeben, seitdem er über Ludwig Philipp's Absichten enttäuscht worden war, war damals krank und hinfällig und daher nicht zu gebrauchen. Die übrigen Namen von Bedeutung, wie Marschall Clauzel, Cormenin, Mauguin, Armand Carrel, hielten es für zu gewagt, sich an die Spitze zu stellen. So ging der günstige Augenblick verloren. Während der Nacht ließ die Regierung noch mehr Truppen einrücken, Ludwig Philipp selbst kam von St. Cloud herein, und mit dem Morgen des 6. Juni konnte die bewaffnete Macht mit neuen Kräften und von allen Seiten den Kampf gegen die Aufständischen beginnen. Diese letzteren schlugen sich aber mit dem größten Heldenmuthe: der Kampf währte noch den ganzen Tag. Gegen Abend waren aber die Republikaner auf allen Punkten geworfen und hielten sich nur noch in Saint-Mery. Hier von einer zehnfachen Uebermacht angegriffen, unterlagen sie zuletzt nach der tapfersten Gegenwehr. Fast alle wurden niedergemacht: wenige gefangen genommen: ein geringer Theil entkam.

Ludwig Philipp empfand eine außerordentliche Freude über diesen Sieg. Er glaubte schon am Ziel seiner Wünsche angelangt zu sein. Denn gleich am andern Tage wurde Paris in Belagerungszustand

Digitized by Google

erklärt und ein Kriegsgericht niedergesetzt, um über die des Hochverraths Angeklagten zu urtheilen. Es wurden eine Menge Verhaftungen vorgenommen und zwar trafen sie zugleich die angesehensten Leute, wie z. B. Chateaubriand, Hyde de Neufville, Fitz James, Garnier Pagès, Laboissier, Cabet, Montserrat.

Also hatte Ludwig Philipp zu gleicher Zeit über die Legitimisten und die Republikaner einen entscheidenden Sieg erkämpft: beide Parteien hatten so starke Niederlagen erlitten, daß der König auf lange vor ihnen sicher zu sein glaubte. Nur die Napoleonisten standen noch ungeschwächt da, und diese hatten allerdings in der letzten Zeit besondere Thätigkeit entwickelt: es war ihnen gelungen, mit dem Herzog von Reichstadt in Verbindung zu treten, und eben kam Joseph Bonaparte aus Amerika herüber, um sich der Sache seiner Partei anzunehmen: schon glaubte man auf einen Theil der Truppen rechnen zu können, welche an der Gränze aufgestellt waren*).

In Bezug auf die äußere Politik brauchte jetzt Ludwig Philipp sich nicht mehr so von der öffentlichen Meinung bestimmen zu lassen, wie zur Zeit der Besetzung Ancona's: er konnte jetzt wiederum nach anderen Rücksichten handeln.

Ludwig Philipp war es vor Allem darum zu thun, die absoluten Großmächte mit sich zu versöhnen und sich die Gewißheit zu verschaffen, daß sie ihm den Besitz des neuen Throns nicht streitig machten. Dieß konnte er auf keine Weise besser erreichen, als wenn er durch recht auffallende Handlungen bewies, daß er mit dem Systeme der Großmächte bezüglich der Freiheitsbestrebungen der Völker vollkommen übereinstimme.

Auf der andern Seite hatte Frankreichs Einschreiten in Italien ein außerordentliches Aufsehen bei den Cabinetten hervorgebracht: sie sagten, jetzt endlich werfe Ludwig Philipp die Maske ab und zeige sich in seiner wahren Gestalt. Alles, was er vorher über seine Friedensliebe gesagt, sei Täuschung gewesen; er halte es mit den Revo-

*) Louis Blanc. Livre III. Chap. VII.

Digitized by Google

lutionairen aller Länder und werde diese gegen ihre Regierungen unterstützen. Wir brauchen wohl nicht erst hinzuzufügen, daß diese Ansicht die Furcht vor Frankreich beträchtlich vermehrte und dem Beherrscher dieses Landes in den Augen der absoluten Mächte eine viel bedeutsamere Stellung anwies, als er vordem eingenommen.

Genug: durch die Gefahr, welche Ludwig Philipp den absoluten Mächten bereiten konnte, wenn er die Gewalt, welche ihm die Umstände in die Hände gegeben, hätte anwenden wollen, befand er sich ihnen gegenüber in der Lage, bessere Bedingungen von ihnen verlangen zu können, als sie sonst wohl zugestanden hätten.

Offenbar sind geheime Unterhandlungen zwischen Ludwig Philipp und den absoluten Großmächten, vor Allem mit Oestreich gepflogen worden. Von diesen geheimen Unterhandlungen wissen wir nichts. Wahrscheinlich aber erhielt Ludwig Philipp den französischen Thron zugesichert, und zwar gegen alle Arten von Prätendenten, vielleicht auch die Nachgiebigkeit der Großmächte in der belgischen Angelegenheit, wogegen sich Ludwig Philipp verbindlich machte, die liberale Partei in Italien sowohl, wie in Deutschland preiszugeben. So viel ist gewiß, daß fast um ein und dieselbe Zeit, im Juli 1832, folgende Thatsachen stattgefunden haben: erstens die völlig veränderte Sprache, welche Frankreich gegen die Unterthanen des Papstes annimmt; zweitens nicht nur das Abweisen des Großherzogs von Baden von Seite Ludwig Philipp's, sondern auch die Anzeige seiner Anfrage bei den deutschen Großmächten; drittens der Tod des Herzogs von Reichstadt, welcher am 22. Juli erfolgte.

Durch diese Ereignisse war einerseits Ludwig Philipp des Hauptes der dritten ihm feindseligen Partei entledigt: andererseits war das südliche und mittlere Europa dem Absolutismus preisgegeben. Der Verrath, den Ludwig Philipp an Italien und Deutschland geübt, war wesentlich mit daran Schuld, daß jetzt in beiden Ländern die politischen Dinge auf einmal einen Umschwung erleiden, welcher die vollkommene Niederlage des Liberalismus zur Folge hat.

Digitized by Google

Reaction in Italien.

Was zunächst Italien anbetrifft, so erhielt General Cubieres in Ancona Anfangs Juli von der französischen Regierung neue Vollmachten. Alsobald ließ er die Anführer der beweglichen Colonne verhaften: darauf machte er dem Stadtrath bekannt, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, bis zur Rückkehr der päpstlichen Behörden nach eigenem Ermessen zu verfahren und der päpstlichen Regierung Achtung zu verschaffen. Bald kam der päpstliche Delegat an und zwar ein geistlicher, mit ihm päpstliche Dragoner. Er übernahm sofort die Polizei; die dreifarbige Fahne verschwand: Alles kehrte in den frühern Zustand zurück. Die Einwohner mußten sich fügen, denn die Franzosen standen ja nunmehr auf Seite ihrer Dränger. Ebenso kehrten in die Marken päpstliche Behörden und Truppen zurück und mit ihnen die ehemaligen traurigen Verhältnisse.

Von Reformen im Kirchenstaate war keine Rede mehr. Zwar gab sich Oestreich das Ansehen, als ob es sich dieselben habe angelegen sein lassen: es war aber bloße Täuschung. Oestreich unterstützte vielmehr den Papst bei allen seinen Reactionsmaßregeln, und Frankreich — schwieg. Nur England war offen genug, das unwürdige Spiel, welches in Italien von den Großmächten getrieben ward, offen aufzudecken. Es gab im September 1832 seinem Gesandten Lord Seymour den Befehl, sich von den Conferenzen der Gesandten der fünf Großmächte, welche über die römische Angelegenheit gepflogen wurden, zurückzuziehen, weil doch nichts dabei herauskomme. Von dieser Zeit an verschwand nun selbst der Schein von Reformen: die Einwohner des Kirchenstaats mußten wieder das frühere harte Joch ertragen, denn jede Spur von Bewegung wurde gleich in der Geburt von den östreichischen Truppen erstickt.

Und ebenso wie im Kirchenstaate nahm die Reaction auch in den anderen Ländern Italiens überhand. Von Karl Albert's veränderter

Digitized by Google

Richtung haben wir schon gesprochen; sie setzte sich fort, um so entschiedener nach der Reaction hindrängend, je siegreicher dieselbe nun allenthalben aufzutreten begann. Ebenso war auch mit dem jungen Könige von Neapel eine vollkommene Veränderung vor sich gegangen. Die liberalen Anmuthungen der ersten Zeit seiner Regierung verschwanden, und machten dem politischen Systeme Platz, welches unter seinen nächsten Vorfahren gang und gäbe gewesen war. Die angebahnten Verbesserungen verschwanden: in der Politik huldigte der König von nun an ebenso dem Absolutismus, wie die anderen Fürsten Italiens; in der Religion gab er sich den Einflüssen der Jesuiten hin, besonders seitdem er sich (Ende 1832) mit der bigotten Tochter des verstorbenen Königs Victor Emanuel von Sardinien verheirathet hatte. Dabei hatte Ferdinand eine sehr kostspielige Liebhaberei, nämlich an dem Soldatenwesen. Dieses beschäftigte ihn so sehr, daß er darüber die anderen Gegenstände der Verwaltung aus den Augen verlor. Unter solchen Umständen wuchs auch in Neapel die Unzufriedenheit — in Sicilien hatte sie nie aufgehört — und Ferdinand griff nun nach dem gewöhnlichen Mittel der Absolutie, nämlich nach immer größerer Strenge der Polizei und nach dem geheimen Kundschafterwesen. Kurz: Neapel befand sich bald in keinem bessern Zustande, als die übrigen Länder Italiens, welche sämmtlich unter dem Drucke des Absolutismus seufzten: nur kurze Zeit war es ihnen gegönnt, sich an der Sonne der Freiheit zu erwärmen.

Digitized by Google

Viertes Capitel.

Sieg der Reaction in Deutschland.

Nachgiebigkeit Badens.
Die Reaction in Deutschland bis zu dem Frankfurter Attentat.

Um dieselbe Zeit, wie in Italien, erfolgte auch in Deutschland der entscheidende Sieg der Reaction.

Und, wie schon angedeutet, auch hier wurde er ermöglicht durch das Verhalten Ludwig Philipp's. Nicht nur gab er dem Großherzog von Baden eine abweisende Antwort, sondern er theilte die Anfrage desselben bei ihm, wie uns versichert wurde, auch den absoluten Höfen mit. Diese wurden natürlich um so erbitterter auf Baden und drängten es zur Entscheidung. Auch unter so bewandten Umständen soll aber ein Theil des badischen Cabinets zum Widerstande ermahnt haben: unter den Ministerialräthen war es besonders Peter, der dafür sprach: aber auch von dem Großherzog Leopold selber wird gesagt, daß er entschlossen gewesen sei, das Schwert zu ziehen für sein gutes Recht. Die Zahl der Kleinmüthigen aber überwog in dem Ministerium, und so faßte man denn endlich den Entschluß, nachzugeben. Nachdem vorher der Bundestagsbeschluß, welcher das fernere Erscheinen des „Freisinnigen" und des „Wächters am Rhein" verbot, von der badischen Regierung verkündet worden war, so veröffentlichte sie unter dem 28. Juli 1832 die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli, und hob zugleich das Preßgesetz auf, d. h. sie machte einige Aenderungen daran, welche im Wesentlichen darin bestanden,

Digitized by Google

daß wieder Censur bei Zeitungen und bei Schriften unter 20 Bogen eingeführt und die Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen über Preßvergehen aufgehoben wurde. Andere Bestimmungen dieses Preßgesetzes, wie z. B. daß die Polizei allein über die Beschlagnahme von Büchern nicht gebieten dürfe, sondern daß die Entscheidung über ihre Staatsgefährlichkeit nur den Gerichten zustehe, blieben.

Da die Regierung einmal nachgegeben, so ging sie auch in anderen Punkten in das Reactionssystem ein. Sie schloß vorderhand die im Rufe des Liberalismus stehende Universität Freiburg, erließ sodann eine vollkommene Aenderung ihrer Statuten in aristokratischem Sinne und versetzte auf den Befehl des Bundestags*) die beiden Professoren Rotteck und Welcker, dem Bundestage und den absoluten Höfen besonders verhaßt, sowohl wegen ihrer parlamentarischen als wegen ihrer schriftstellerischen Thätigkeit, in den Ruhestand.

Nachdem sich die badische Regierung gefügt, überließ sich der Bund mit Lust und Behagen dem weitern Ausbau des reactionairen Systems. Er verbot nach und nach alle Zeitungen, welche liberalen Principien huldigten: am 16. August die von Rotteck herausgegebenen „allgemeinen politischen Annalen“; am 6. September den in Hildburghausen erscheinenden „Volksfreund“ und die von Mebold herausgegebene „deutsche allgemeine Zeitung“ in Stuttgart. Zugleich wurde verordnet, daß die Redacteure dieser Blätter fünf Jahre lang kein anderes Blatt herausgeben dürften. Der Bund gab sich besondere Mühe, die eigentlichen Redacteure der verbotenen Zeitschriften zu erfahren, denn z. B. bei dem „Freisinnigen,“ dem „Wächter am Rhein,“ den „Zeitschwingen,“ dem „Volksfreund“ waren die rechten nicht genannt. Es ist bezeichnend, welche Ansichten der verbotenen Blätter dem Bundestage mißliebig waren. Bei Rotteck findet es der Berichterstatter Minister Marschall tadelnswürdig, daß er den badischen Landtag von 1831 ein europäisches Ereigniß genannt: dadurch habe er bewiesen, daß ihm der Landtag nur zur Beförderung anderer Zwecke, sogar

*) Protokolle der d. Bundesvers. 1832. II. S. 1190. 1297.


Digitized by Google

zum Umsturz der Verfassung Badens, gedient habe. Ebenso wird ihm verübelt, daß er die Politik Ludwig Philipp's und die Opposition der Tories gegen die englische Parlamentsreform getadelt, wie auch, daß er eine Verbesserung der Bundesverfassung gewünscht. Am schwersten wird ihm aber angerechnet, daß er das Vernunftrecht dem historischen entgegensetze: die Lehre von dem Vernunftrecht führe in ihrer strengen Consequenz auf Zerstörung jedes Eigenthums und Besitzes, indem es Gleichheit in allen Dingen fordere, während Ungleichheit schon im Gesetz der Natur begründet sei. „Wird die Freiheit als ein angebornes Recht gefordert, so steht die Lehre der Republik geschlossen da, und um sie zu erkennen, bedarf es mehr nicht, als die leichte Hülle abzustreifen, womit der Verfasser sie bekleidet"*). Die Strenge, womit der Bundestag gegen die liberale Presse verfuhr, erstreckte sich auch auf die Regierungen. Der östreichische Präsidialgesandte versäumt nicht, bei jeder Gelegenheit die Lässigkeit zu tadeln, welcher sich die Censoren in den mittleren Bundesstaaten immer noch schuldig machten, und sie auf ihre Pflicht hinzuweisen. Die Regierungen glaubten nun in Zukunft dergleichen Rügen zuvorkommen zu müssen. Sie verbieten liberale Zeitungen in ihren Ländern, auch ohne vom Bund aufgefordert zu sein: so Baiern den „rheinbaierischen Anzeiger," die „Zweibrücker Zeitung" in der Pfalz, das Eisenmann'sche „Volksblatt," in Würzburg; Churhessen das „Schaumburger Volksblatt" und das „Fuldaer deutsche Volksblatt"; Hessen-Darmstadt den „deutschen Volksboten"; Sachsen die „Biene." Der Bundestag gab sich ferner große Mühe, die Vorgänge bei den jüngsten Volksversammlungen und unruhigen Bewegungen zu ermitteln: er, d. h. der östreichische Gesandte in Verbindung mit dem preußischen, dringt beständig in die deutschen Regierungen, ja keine Schonung zu beweisen, sondern die Strafe gegen die Liberalen in vollem Umfange eintreten zu lassen. Auch hier wird ihre Lässigkeit vielfach getadelt, und sie angewiesen, wen sie in Untersuchung zu ziehen und zu strafen

*) Protokolle der d. Bundesverf. 1832. II. S. 1097.

Digitized by Google

hätten. Die Regierungen, durch den Zorn Oestreichs und Preußens eingeschüchtert, bestreben sich offenbar, die Bewegungen in ihren Ländern, Volksversammlungen und dergleichen in einem günstigen Lichte darzustellen, um sich der Rüge wegen der Lässigkeit ihrer Polizei zu entziehen. Es hilft ihnen aber wenig: der Bundestag läßt sich schwer befriedigen, außerdem sitzt er ihnen beständig auf dem Nacken, überwacht sie in allen Stücken und ist besonders darauf bedacht, etwaige Anmuthungen derselben, Milde auszuüben oder den Ständen zu viel Freiheit zu gestatten, zu durchkreuzen. So machen sie es denn mit der Polizei und der innern Verwaltung ebenso, wie mit der Presse: um dem Bunde Genüge zu thun, verfahren sie so reactionair in ihren Ländern, als es nur immer die Verhältnisse gestatten.

Allen anderen geht der König von Baiern hierin voran. Verhaftungen von angeblichen Hochverräthern, Versetzungen von liberalen Staatsdienern, Professoren, Ausweisungen, Verurtheilungen hören gar nicht auf. Professor Oken, welcher nach seiner Ausweisung aus Jena zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse an der Universität München eine Unterkunft gefunden, sollte nach Erlangen versetzt werden; er verwahrte sich dagegen: als dieß nichts half, legte er lieber die Professur nieder, und begab sich nach Zürich, wo er eine Anstellung an der dortigen Universität erhielt. Professor Seuffert von Würzburg, der als freisinniger Abgeordneter in der zweiten Kammer eine Rolle gespielt, wurde eben deshalb seiner Professur enthoben und als Assessor an ein Appellationsgericht versetzt. Dasselbe geschah mit dem Professor der Medicin Friedreich in Würzburg, welcher zur Strafe für seinen politischen Liberalismus als Gerichtsarzt nach Weissenburg versetzt wurde. Dessen Collegen Schönlein, welcher eine ganz entschiedene freisinnige Richtung zur Schau getragen, sollte noch ein härteres Schicksal treffen: es war schon der Befehl zu seiner Verhaftung gegeben, als er noch zur rechten Zeit gewarnt wurde und sich dem ihm zugedachten Loose durch die Flucht entzog. Er ging in die Schweiz, wo er ebenfalls an der Universität Zürich Professor wurde. Auf Würzburg war überhaupt der König Ludwig schlecht zu sprechen.

Digitized by Google

Denn diese Stadt war so zu sagen der Mittelpunkt des fränkischen Liberalismus: außer den drei erwähnten Männern, die als Lehrer an der Universität thätig waren, lebten dort Dr. Eisenmann, der Herausgeber des „baierischen Volksblatts," Dr. Behr, der als Bürgermeister der Stadt natürlich von großem Einflusse war und in dieser seiner Stellung Vieles zur Hebung des Liberalismus beigetragen hatte, endlich mehrere freisinnige Abgeordnete, wie Ziegler. Die ganze Bürgerschaft war von den liberalen Ideen ergriffen: es bestanden daselbst mehrere politische Gesellschaften: die Gesinnung war sogar radical. Der König wollte sich nun an der Einwohnerschaft rächen: als er im Sommer 1832 das Bad Brückenau besuchte, nahm er absichtlich nicht seinen Weg über Würzburg, wie er doch zu thun pflegte. Der Magistrat gerieth in Schrecken über die königliche Ungnade, und als noch dazu das Gerücht verlautete, daß das Appellationsgericht von Würzburg nach Aschaffenburg verlegt werden sollte, so glaubte er, um dieses Unglück abzuwenden, nichts Besseres thun zu können, als den Dr. Behr, welcher besonders das Mißfallen des Königs erregt hatte, seiner Stelle als Bürgermeister zu entheben. Dieß half aber dem Magistrate nichts: das Appellationsgericht wurde doch nach Aschaffenburg verlegt. Zugleich wurden Verhaftungen vorgenommen — Eisenmann wurde im September 1832, Dr. Behr im Januar 1833 verhaftet —, die politischen Gesellschaften aufgelöst und der Schrecken in großem Style angewendet. Viele von den Verhafteten mußten lange im Gefängnisse schmachten, ehe sie nur überhaupt erfuhren, welchen Verbrechens sie angeklagt seien *). Hie und da wurde aber jetzt schon ein Urtheil bekannt. Die des Hochverraths oder des Versuchs zum Hochverrath, oder der Majestätsbeleidigung Angeklagten wurden außer zum Gefängniß oder zum Zuchthaus auch noch zur Abbitte vor dem Bildniß des Königs verurtheilt.

---

*) Der Grund von Behr's langjähriger Verfolgung war offenbar die Thatsache, daß er bei dem Volksfeste zu Gaibach in die Höhe gehoben, umhergetragen und mit dem Rufe begrüßt wurde: „Dieß ist unser Frankenkönig!" Protok. der d. Bundesvers. für 1839. S. 814.

Digitized by Google

In Würtemberg wird Presse und Polizei immer strenger gehandhabt: Versammlungen, zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten werden verboten; Adressen an den König gegen die bekannten Bundesbeschlüsse mit höchstem Mißfallen zurückgegeben. Ende 1832 wird auch das Ministerium des Innern verändert. An die Stelle Weishaar's kommt Schlayer, ein Bürgerlicher zwar, aber immerhin ein eingefleischter Bureaukrat. Anfang 1833 treten endlich die Kammern zusammen: sie sprechen sich entschieden gegen das bisherige System der Regierung, namentlich gegen die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni aus. Der Abgeordnete Paul Pfizer stellt den Antrag, jene Beschlüsse für null und nichtig zu erklären. Darauf muthet der geheime Rath der Kammer zu, Pfizers Antrag mit verdientem Unwillen zu verwerfen. Die Kammer jedoch weist in einer von Uhland entworfenen Adresse diese Zumuthung der Regierung mit Entschiedenheit zurück. Darauf werden die Stände 22. März 1833 aufgelöst.

In Churhessen *) erleiden die Stände dasselbe Schicksal, in dem Augenblicke, als sie auf Jordan's Antrag sich anschicken, gegen die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni Verwahrung einzulegen. Ihre Auflösung erfolgte 26. Juli 1832. Inzwischen nämlich war Hassenpflug Minister geworden, welcher entschlossen war, die durch die Revolution von 1830 errungenen Freiheiten wieder zunichte zu machen. Der von den Ständen erwählte Ausschuß führt nun die von der Kammer beabsichtigte Verwahrung gegen die Bundesbeschlüsse aus: Hassenpflug bestreitet aber dem Ausschusse seine Befugniß hiezu. Im Lande beginnen jetzt die Verhaftungen: zunächst solcher Personen, welche gegen die Bundesbeschlüsse protestirt hatten: sie wurden zu Festungsstrafe verurtheilt. Das Obergericht in Rinteln sprach zwar den Bundesbeschlüssen rechtliche Wirksamkeit ab, weil sie die landständische Zustimmung nicht erhalten hätten: aber einen entgegengesetzten Beschluß faßte das Obergericht in Hanau, wie das Oberappellationsgericht in Kassel. Hassenpflug schärfte jetzt die Censur: außerdem verlangte er Einho-

*) Vergl. Wippermann Churhessen seit dem Freiheitskriege. S. 278 folg.

Digitized by Google

lung der Erlaubniß der Regierung für ferneres Erscheinen der Blätter, trotzdem daß die Gerichte eine solche Erlaubniß für unnöthig erklärten, und ließ die Blätter, welche sich nicht daran kehrten, mit Beschlag belegen oder ganz unterdrücken. Wie feindselig Hassenpflug gegen die Verfassung gesinnt war, beweist das Verbot der öffentlicher Feier des 15. September, an welchem Tage der Churfürst die Verfassung versprochen hatte. Die Wahlen zu der neuen Ständeversammlung fielen wieder in liberalem Sinne aus: Hassenpflug verweigerte aber den liberalen Staatsbeamten, zu welchen er auch die Advocaten rechnete, den Urlaub. Dieß geschah namentlich mit dem Professor Jordan von Marburg. Manche traten zurück: Andere folgten doch der Einberufung zur Ständeversammlung, welche am 26. Januar 1833 eröffnet werden sollte. Der Ständeausschuß, welcher verfassungsgemäß die Wahlen zu prüfen hatte, erklärte jene Männer, denen Hassenpflug den Urlaub verweigert, für befugt, in die Ständeversammlung einzutreten. Darauf weigerte sich aber Hassenpflug, dem Landesherrn die Liste der von den Ständen zur Präsidentenwürde vorgeschlagenen Candidaten vorzulegen, weil an deren Wahl Männer Theil genommen hätten, die er nicht für rechtmäßig erwählte Ständemitglieder ansehen könne. Auf diese Weise wurde von ihm die Eröffnung des Landtags sechs Wochen lang hinausgeschoben. Der ständische Ausschuß entschloß sich endlich, 4. März, Hassenpflug in Anklagestand zu versetzen. Jetzt gab dieser in sofern nach, als er einigen Abgeordneten den früher verweigerten Urlaub ertheilte. Am 8. März wurden die Stände eröffnet. Bald kam es aber zwischen ihnen und der Regierung zu neuen Händeln wegen des Abgeordneten Jordan von Marburg. Die Stände beschlossen mit einer Mehrheit von drei Viertheilen, daß Jordan's Zulassung zur Ständeversammlung kein verfassungsmäßiges Hinderniß im Wege stehe, und waren eben daran, Hassenpflug wegen vieler Verfassungsverletzungen anzuklagen, als sie wiederum, am 18. März, aufgelöst wurden. Eine landesherrliche Verkündigung, welche dieser Auflösung der Ständeversammlung folgte, versäumte nicht, diese auf alle Weise zu schmähen und zu verdächtigen.

Digitized by Google

In Hessen-Darmstadt verfolgte die Regierung ebenfalls die Männer, welche Unterschriften zu Protestationen gegen die Bundesbeschlüsse sammelten, ermahnte sämmtliche Landräthe und geistliche Inspectoren bei jeder Gelegenheit, sich genau nach der Stimmung der ihnen untergebenen Geistlichen und Schulmänner zu erkundigen und die Ergebnisse an das Ministerium zu berichten. Ja die Landräthe und Inspectoren sollten sogar allen Schullehrern bekannt machen, daß man sie dafür verantwortlich machen werde, wenn aus ihren Schulen Jünglinge hervorgingen, die vom politischen Schwindelgeiste ergriffen seien. Am 6. December 1832 wurde die neue Ständeversammlung eröffnet. Sie war in ihrer Mehrheit liberal ausgefallen, trotz der Einwirkungen der Regierung. Diese versagte aber sofort mehreren Beamten, welche als freisinnig galten, den Urlaub, darunter Professor Vogt in Gießen und Vicepräsident Mohr in Mainz. Die Ständeversammlung legte sofort Verwahrung gegen die Bundesbeschlüsse ein und forderte die Regierung auf, zu erklären, aus welchen Gründen sie den Bundestagsgesandten zum Beitritte der fraglichen Beschlüsse ermächtigt habe. Auf diese Adresse der Stände ließ der Großherzog ihnen sein großes Mißfallen zu erkennen geben, und das Ministerium behauptete in einem Erlasse vom 7. Januar 1833, die Regierung sei gar nicht verpflichtet, mit den Ständen in nähere Erörterung über die Theilnahme des Großherzogs an den Verhandlungen und Beschlüssen des Bundes sich einzulassen. Außerdem ständen die Bundesbeschlüsse in Einklang mit der Bundesacte, der Wiener Schlußacte und der hessischen Verfassung: die Regierung würde nie dulden, daß die Ständeversammlung ihrer Wirksamkeit weitere Gränzen steckte.

In Nassau wurde fortwährend die persönliche Freiheit der Einwohner durch das Schreckenssystem des Ministers Marschall bedroht: er entblödete sich nicht, den Präsidenten der frühern Ständeversammlung, den 70jährigen Herber, in das Gefängniß werfen zu lassen: einige Monate darauf, im März 1833, befreite den würdigen Mann der Tod vor langwieriger Untersuchung. Darauf übte die Regierung einen so verfassungswidrigen mit Drohungen begleiteten Einfluß auf

Digitized by Google

die Wahlen aus, daß es ihr gelang, eine Ständeversammlung zu Stande zu bringen, die ihren Wünschen entsprach.

In Sachsen begannen ebenfalls neben strenger Verfolgung der freisinnigen Presse die Untersuchungen gegen die Liberalen. In Hannover, wo seit dem Mai 1832 die Stände zusammen gekommen, gelingt es der Regierung, besonders durch die Unterstützung des Professors Dahlmann, die Mehrheit für sich zu gewinnen. Vergebens bringt die Opposition, von Stüve, Christiani, Professor Saalfeld vertreten, auf die Freilassung oder Begnadigung der wegen der Göttinger und Osteroder Unruhen gefangen gehaltenen Männer: selbst die Verwahrung gegen die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni fiel zahm genug aus. So wurde denn die Regierung durch die Stände nicht verhindert, die Polizei zu verschärfen, die Censur auf eine unerträgliche Weise zu handhaben, die Polen auszuweisen, ihnen sogar ihre Papiere abzunehmen, und den Professor Saalfeld von Göttingen wegen seiner politischen Richtung im März 1833 seines Amtes zu entheben: einige Monate darauf starb er.

Im Großherzogthum Sachsen-Weimar wagten es die Stände, den vielen Petitionen um Einführung der Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen Folge zu geben und dieselbe zu beantragen. Darüber wurden sie aber von dem Landesherrn — 13 Jahre früher hatte der damalige Großherzog Karl August selber dafür gestimmt — sehr ungnädig angelassen: er erklärte in einem Erlasse vom Januar 1833, daß ihn besonders die Petitionen mit den angeblich zahlreichen Unterschriften geärgert hätten, und niemals würde man bei ihm etwas erreichen, wenn man auf seinen Willen durch Adressen und dergleichen einwirken wolle. Auch würde gegen die Sammler solcher Petitionen noch verfahren werden. Der Landtag wurde eingeschüchtert und legte daher die vielen Petitionen, welche gegen die Bundesbeschlüsse eingegangen waren, zu den Acten, ebenso die Petitionen wegen Verbesserung der Gemeindeverfassungen und der Lage der Volksschullehrer.

Digitized by Google

Die Parteien: Liberalismus und Radicalismus. Das Frankfurter Attentat.

Auf diese Weise dehnte sich die Reaction, dem Bundestage entsprechend, in den Einzelstaaten aus. Die Hoffnungen auf eine Erweiterung und Vervollkommnung des constitutionellen Lebens, denen sich die Nation seit der Julirevolution hingegeben, waren verschwunden: wenigstens die Regierungen dachten nicht mehr daran, diese Hoffnungen zu erfüllen: sie waren vielmehr in Begriff, das Volk wieder in jenen Zustand der politischen Bevormundung zurückzustoßen, in dem es sich bis zum Jahre 1830 befunden, und an allen den Männern ihre Rache auszulassen, welche zur Erweckung eines großartigen neuen politischen Lebens beigetragen.

Wie aber? konnte die Nation dieses dulden? sie, welche so lebhaft erregt war, welche von einer so tiefen Ueberzeugung von ihrem Recht auf eine schönere Zukunft erfüllt zu sein schien, welche sich eben erst so entschieden und mit so edlem Unwillen gegen die Maßregeln des Bundes ausgesprochen hatte? Sollte diese Nation sich wieder gutwillig unter das alte Joch beugen lassen? sollte sie nicht, wenn der Weg des Gesetzes nicht ausreichte, sich zuletzt entschließen, mit Gewalt die ihr angethane Unbill abzuwenden?

Allerdings: ein Theil des Volkes ging in der That mit dem Gedanken an eine Revolution um: aber es war nur ein sehr kleiner Theil, und außerdem war er nicht im geringsten von den Verhältnissen begünstigt.

Auch revolutionaire Zeiten entwickeln sich nach bestimmten Gesetzen: es giebt in ihnen Momente, welche, recht benützt, zu den größten Erfolgen führen können; verabsäumt, sind sie unwiederbringlich verloren, trotz aller künstlichen Mittel, sie wieder herbeizulocken. Die Macht einer politischen Bewegung liegt in ihrem Anfange, wo die ganze Kraft derselben sich noch beisammen findet, wo ihre eigentliche Stärke mehr oder minder Geheimniß ist, aber sich zugleich in einer

Digitized by Google

Weise äußert, daß die angegriffenen Gewalten bestürzt vor ihr den Nacken beugen. Diesen Augenblick hat die Bewegung zu benutzen, um ihre Forderungen durchzusetzen und sich mit den nöthigen Einrichtungen zu verschanzen. Versäumt sie diesen Augenblick, so geschieht es in der Regel, daß, um das Gleichniß fortzuführen, das eben siegende Heer sich zur Verfolgung der Gegner in verschiedene Abtheilungen auflöst, welche vereinzelt und zerstreut von dem wieder gesammelten Feinde mit Uebermacht angegriffen und auf diese Weise nach und nach aufgerieben werden.

Die erste Bewegung im Jahre 1830 war gewaltig und flößte den Fürsten dermaßen Furcht ein, daß sie sich, wie wir gesehen, überall, wo sie zum Ausbruche gekommen, zu Zugeständnissen entschließen mußten. Aber sie war weder allgemein, noch war sich die öffentliche Meinung über das zu erstrebende letzte Ziel klar genug, als daß damals schon die errungenen Erfolge in umfassender Weise hätten benutzt werden können. Im Sommer 1832 verhielt es sich schon ganz anders, was die politische Erkenntniß anbetrifft. Doch darf man nicht vergessen, daß die Bewegung sich nur auf das südliche und mittlere Deutschland erstreckte, daß aber der Norden seit den Revolutionen im Jahre 1830 sich wieder beruhigt hatte und den Bestrebungen seiner südlichen Brüder fremd geblieben war, abgesehen davon, daß ohnedieß in einem großen Theile desselben, wie namentlich in Preußen, schon das Jahr 1830 keine großen politischen Bewegungen zur Folge gehabt. Aber selbst die Bewegung im mittlern und südlichen Deutschland war keine einheitliche. Denn alsobald stellten sich innerhalb der Partei des Fortschritts verschiedene Richtungen heraus, welche einander sowohl in den Grundsätzen und in dem zu erstrebenden Ziele, als auch in den Mitteln, um es zu erreichen, gegenüber traten.

Die eine Partei und zwar die zahlreichste war die constitutionelle oder die gemäßigte. Sie verlangte weitere Entwicklung und Ausbau der Verfassungen im Sinne der Freiheit, glaubte aber, daß dieses nur auf dem gesetzmäßigen Wege zu erlangen sei. Sie gab sich der Hoffnung hin oder heuchelte sie wenigstens, um dadurch die Fürsten

Digitized by Google

besser zu stimmen, daß diese es wirklich gut mit dem Volke meinten, und daß sie, wenn ihre Handlungen dieser Voraussetzung nicht entsprächen, blos durch schlechte Rathgeber, durch Aristokratie und Bureaukratie, dazu verleitet würden. Sie erging sich gern in den Versicherungen ihrer Treue und Anhänglichkeit an den angestammten Monarchen, von der Nothwendigkeit eines Wechselverhältnisses zwischen Fürst und Volk, von ihrer Liebe zu Gesetz und Ordnung. Ihre politische Thätigkeit beschränkte sich entweder auf eine parlamentarische, wo sie zwar freie Einrichtungen forderte, aber möglichst behutsam und auch mit Wenigem zufrieden, oder auf Adressen und Bittschriften, wenn es hoch kam, auf Verwahrungen.

Die andere Partei, die radicale, hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß von den deutschen Fürsten nichts zu hoffen sei, daß man auf ihr Wort nicht bauen könne, da sie es so oft gebrochen, daß sie nur auf die Unterdrückung des deutschen Volkes bedacht seien, wie dieß augenscheinlich bei Preußen und Oestreich der Fall sei, und daß die anderen, gesetzt auch, sie meinten es besser und seien Zugeständnissen im Sinne der Freiheit nicht abgeneigt, doch nicht für selbständig angesehen werden könnten, da sie ja doch nur nach den Befehlen der beiden deutschen Großmächte und Rußlands handelten. Unter solchen Umständen sei an eine gedeihliche Entwicklung der Freiheit in Deutschland nicht zu denken: das Ständewesen sei nichts als bloßer Schein, die Willkür allenthalben an der Tagesordnung, und nicht eher werde für Deutschland eine schönere Zukunft erblühen, als bis man das ganze bisherige System vollständig über den Haufen geworfen. Es sei also nur von einer Revolution etwas zu hoffen. Was man, falls dieselbe gelänge, an die Stelle des Alten setzen wollte, darüber war man sich noch nicht ganz klar: den größten Anklang fand aber der Gedanke des vereinigten Freistaats, nach dem Muster des nordamerikanischen*).

*) Besonders ausgeführt von Wirth in seiner Schrift: „Die politische Reform Deutschlands.“ Straßburg 1832. Im Juni geschrieben.

Digitized by Google

Zwischen diese beiden Parteien hinein fallen eine Menge von Schattirungen. Es gab Manche, besonders unter den bedeutenderen der Volksvertreter, welche ihrer Gesinnung nach mit der radicalen Partei übereinstimmten, aber den Versuch zu einer Revolution gewagt und erfolglos fanden. Dieselben forderten in den Kammern das möglichst weiteste Maß von Freiheit, rügten mit Freimuth jeden Uebergriff der Regierungen und nahmen gegen sie alle wegen angeblicher politischer Umtriebe Verfolgten in Schutz. Andere waren aufrichtig dem constitutionellen Systeme ergeben und grundsätzlich gegen jede Revolution, aber innerhalb dieser Gränze kräftig, entschieden, consequent und frei von Täuschungen über den bösen Willen der Regierungen. An Anhängern der republikanischen Verfassungsform, theoretisch betrachtet, fehlte es selbst unter Männern dieser Schattirungen nicht, doch zweifelten sie an ihrer Ausführbarkeit für Deutschland in dem jetzigen Augenblick. Der Gedanke der deutschen Einheit war ihnen wohl allen eigen: aber seit dem Falle Warschau's und der in Folge desselben sich immer schärfer hervorkehrenden absolutistischen Tendenzen der Großmächte gab man die Hoffnung auf, dieselbe in Verbindung mit Preußen und Oestreich bewerkstelligen zu können: vielmehr beschäftigte man sich vielfach mit dem Gedanken einer engern Vereinigung des südlichen und westlichen, d. h. des constitutionellen Deutschlands, welches mit seinen gesammten Kräften fähig sei, dem nordischen Absolutismus die Spitze zu bieten.

Die verschiedenen Parteien der fortschreitenden Richtung waren Anfangs miteinander Hand in Hand gegangen, selbst die Radicalsten wollten nichts weiter, als Ausbau des constitutionellen Systems: aber ohngefähr seit dem Falle Warschau's traten die Gegensätze immer schärfer heraus, und so wie man sich derselben bewußt geworden, begingnen sofort die Feindseligkeiten und die Fehden innerhalb der Fortschrittspartei selber. Den Anfang damit machten die Radicalen, welche die gemäßigte constitutionelle Partei der Halbheit beschuldigten und gegen einzelne Volksvertreter, die dieser Richtung angehörten, mit nicht minderer Schärfe zu Felde zogen, wie gegen die Reaction. Die

Digitized by Google

nächste Veranlassung bot die Haltung der baierischen Kammer, deren Mehrheit, wie oben erwähnt, seit Warschau's Fall eine von der frühern verschiedene Richtung eingeschlagen. Später trat die radicale Presse selbst gegen Männer, wie Rotteck und Welcker auf, welche doch zu der äußersten Linken in den deutschen Ständeversammlungen gerechnet werden mußten. Auch sie wurden von einem Theile der Radicalen der Halbheit beschuldigt, und Siebenpfeiffer verdächtigte sie, als Mitherausgeber des „Freisinnigen," als knechtisch gesinnt, als Feinde der wahrhaft Freigesinnten, warf ihnen vor, daß sie die Knie beugten vor der Gewalt, auch da, wo sich diese in ihrer ganzen Brutalität zeige, daß sie schwärmten, aber nicht für die Wiedergeburt des deutschen Volkes, sondern für fürstliche Windeln, daß sie die Heldenthaten der Landesväterlichkeit priesen und die „Bürgerfreundlichkeit" umräucherten*). Diese leidenschaftlichen Angriffe der Radicalen auf die Constitutionellen stießen natürlich die Letzteren von jenen ab und trugen wesentlich dazu bei, den Riß zwischen beiden zu erweitern. Vollends aber seit dem Hambacher Feste, welches von den Constitutionellen, selber den am weitesten gehenden, entschieden mißbilligt wurde — so sah Rotteck voraus, daß die Reaction dieses Fest, wie einst die That Sand's, benutzen werde**), — entfernten sich die gemäßigten Constitutionellen immer auffallender von der radicalen Partei und bemühten sich, ihre Sache von dieser zu trennen, in der Hoffnung, dadurch die verfassungsmäßige Freiheit, welche sie erstrebten, in sichern Hafen bringen zu können.

Es war nun die Frage, ob die Radicalen nach dieser Trennung der Constitutionellen noch mächtig genug waren, um ihre Entwürfe durchzusetzen.

Es ist nicht zu läugnen: die radicale Presse hatte einen großen Einfluß gewonnen, namentlich in den unteren Volksschichten: die revo-

---

*) Vergl. Siebenpfeiffer's Brief an Rotteck in dessen Leben von Hermann von Rotteck. Nachgelassene Schriften Karl von Rotteck's. IV. S. 385 folg.

**) Daselbst. S. 384.



lutionaire Stimmung unter diesen Classen war offenbar die überwiegende. Aber abgesehen davon, daß gerade dieser Umstand die Besitzenden scheu und dem Radicalismus abwendig machte — denn die Reaction versäumte nicht, immer darauf hinzuweisen, daß die revolutionaire Partei das Eigenthum bedrohe — so wollte selbst diese revolutionaire Stimmung nicht viel bedeuten. Sie bestand im Grunde genommen nur aus Lärm und Geschrei; sie äußerte sich in der Aufpflanzung von Freiheitsbäumen, in dem Absingen von revolutionairen Liedern, in nächtlichen Katzenmusiken und Fenstereinwerfen, in Händeln mit der Polizei, hie und da in der Zerstörung von Wohnungen mißliebiger Personen und dergleichen: es war aber noch sehr die Frage, ob solche tobende Haufen zu einem hartnäckigen Widerstande gegen geordnete Truppenmassen zu gebrauchen seien; wenigstens war überall, wo dergleichen erschienen, in Kurzem die vorher unterbrochene Ruhe wieder hergestellt. Die Massen mußten erst organisirt werden. Aber von wem sollte dieses ausgehen? Es bedurfte dazu bedeutender Namen. Diese fehlten aber der radicalen Partei. Es waren meist junge Männer, Studenten, angehende Advocaten, Journalisten, von geringer Lebenserfahrung, von Selbsttäuschungen befangen. Unter den älteren Führern der radicalen Partei genossen allerdings Männer wie Wirth, Siebenpfeiffer, Schüler, Savoye eines bedeutenden Rufes. Sie waren jedoch schon zur Zeit des Hambacher Festes in Zwiespalt miteinander gerathen: von Einigen, wie z. B. von Siebenpfeiffer wurde namentlich auch die Ehrenwerthigkeit des Charakters in Zweifel gezogen. Man schilderte ihn als herrschsüchtig, von selbstischen Beweggründen geleitet. Außerdem waren sie sammt und sonders nicht in der Lage, thätig einzugreifen: Schüler und Savoye waren nach Frankreich entflohen, Wirth und Siebenpfeiffer gefangen. Dadurch entbehrte die revolutionaire Partei der einzigen Namen von Bedeutung, welche an ihrer Spitze mit einigem Erfolg hätten wirken können. Und zudem sahen diese Männer selber, wenigstens Wirth und Schüler ein, daß eine Revolution unter den jetzigen Umständen auf keinen Fall gelingen würde.

Digitized by Google

Es kam aber noch etwas hinzu, um die radicale Partei in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen. Dieß war ihre Hinneigung zu Frankreich. Und zwar zeigte sich dieselbe nicht blos in der Vorliebe für die politischen Einrichtungen dieses Landes, insofern dieselben die Freiheit verbürgen — diesen Vorwurf hatte die Reaction schon seit lange dem Liberalismus gemacht, seine Freiheitsbestrebungen als ausländische, antinationale verdächtigend —, sondern in dem Versuche, eine engere Verbindung mit dem Nachbarreiche herzustellen, in Folge welcher Deutschland gegen die Vergewaltigung der absoluten Großmächte geschützt würde. Ja, man war sogar entschlossen, um diesen Preis das linke Rheinufer an die Franzosen abzutreten, und die Bewohner jener Länder, bei denen sich von Napoleon's Zeiten her noch eine gewisse Vorliebe für Frankreich erhalten hatte, welche der frühern Vereinigung mit diesem Staate die besten ihrer politischen Einrichtungen, wie das Geschwornengericht, verdankten, wären, wie es schien, einem solchen Uebereinkommen gar nicht abgeneigt gewesen. Aber diese Hinneigung zu Frankreich fand nicht einmal innerhalb der radicalen Partei vollkommene Zustimmung. Das nationale Element, die Idee der deutschen Einheit war noch zu mächtig vertreten, und einer der bedeutendsten Stimmführer der radicalen Partei, Dr. Wirth, erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Ansinnen; zuerst auf dem Hambacher Feste, und dann weitläufig in seiner „politischen Reform Deutschlands.“ Er sagte, vor Allem müßte Deutschland seine Nationalehre wahren: um die Unverletzlichkeit seines Gebiets gegen die Franzosen zu schützen, müßte es sogar mit den inneren Verräthern, mit den Fürsten sich verbinden: die Nationalität sei die Hauptsache. Wenn nun schon innerhalb der radicalen Partei die französischen Sympathien in der angedeuteten Weise Widerspruch fanden, so war dieß außerhalb derselben noch mehr der Fall. Nicht nur die Reste der deutschthümelnden Partei, sondern auch der Liberalismus erklärte sich mit Entschiedenheit dagegen, und es ist gar nicht zu läugnen, daß diese französischen Sympathien des Radicalismus wesentlich dazu beitrugen, ihn in der öffentlichen Meinung in Mißachtung zu

Digitized by Google

bringen. Daß nun vollends die Reaction nichts unversucht ließ, um dieses Moment zu ihren Gunsten auszubeuten, versteht sich von selbst.

Die Spaltung der Fortschrittspartei kam natürlich nur der Reaction zu Gute. Wenn die Constitutionellen hofften, durch ihre Lossagung von den Radicalen ihr Ziel zu erreichen, so täuschten sie sich gewaltig. Zwar versuchten die Entschiedensten unter den Constitutionellen auf dem sogenanten gesetzlichen Wege noch Alles zu thun, um dem Umsichgreifen der Willkürherrschaft Hemmnisse in den Weg zu werfen. Sie veranstalteten Volksversammlungen, welche im Gegensatze zu dem Hambacher Feste alle Uebertreibungen vermeiden und doch zugleich den Geist des Widerstandes unter den Bürgern verstärken sollten: sie wirkten sodann in den Kammern, wo sie, wie wir gesehen, gegen die volksfeindlichen Maßregeln der Regierungen in die Schranken traten. Abgeordnete der Opposition von Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt kamen im März 1833 in Pforzheim zusammen, um sich über eine gemeinschaftliche Taktik zu berathen. Was half aber dieses Alles, wenn sie kein Volk hinter sich hatten, auf das sie sich unter allen Umständen verlassen konnten? Die Volksversammlungen wurden und blieben verboten; der Widerspruch der Kammern nicht geachtet, oder dadurch gebrochen, daß man sie auflöste. Die Reaction, welche die Macht hatte, schritt unaufhaltsam weiter, entschlossen, ihre Waffen nicht blos gegen die revolutionaire Partei, sondern auch gegen die gemäßigte constitutionelle, überhaupt gegen alle Volksfreiheiten zu kehren.

Unter solchen Umständen dachte die revolutionaire Partei ernstlich daran, eine Schilderhebung zu bewerkstelligen.

Schon auf dem Hambacher Feste war unter den Führern die Rede davon gewesen. Man machte daselbst bereits den Vorschlag, eine provisorische Regierung zu errichten. Aber aus Mangel an Uebereinstimmung, wohl auch aus dem Grunde, daß die Mehrzahl die Zeit dafür noch nicht reif glaubte, kam nichts zu Stande. Im Laufe des Sommers 1832 jedoch, besonders seit der Verkündigung der Bun-

Digitized by Google

desbeschlüsse, welche allenthalben eine so große Entrüstung hervorgerufen, gelangten die Führer der revolutionairen Partei zu der Ueberzeugung, daß man nun nicht länger zögern dürfe, und daß eine Schilderhebung, nur an einem Orte mit Erfolg begonnen, eine allgemeine Revolution nach sich ziehen würde. Sie trafen jetzt im Ernste Vorbereitungen zur Revolutionirung Deutschlands. Den Mittelpunkt der Verschwörung bildete Frankfurt am Main, wohin nach der in Rheinbaiern eingetretenen Reaction der leitende Ausschuß des Preß- und Vaterlandsvereins verlegt worden war. Hier hatte die radicale Gesinnung besondern Anklang gefunden, und eine Reihe von jungen Männern, den gebildeten Ständen angehörend, bemühten sich, durch Wort und Schrift für ihre Verbreitung zu wirken. Funk, Freieisen, Sauerwein, Reinganum haben wir schon genannt. Diese waren indessen größtentheils wegen ihrer politischen Wirksamkeit im Herbste 1832 verhaftet worden. An die Spitze traten jetzt die Doctoren Gärth, Körner, Bunsen, Neuhof, Berckelmann, Jucho und Andere. Diese suchten mit Gleichgesinnten in den benachbarten Ländern Verbindungen anzuknüpfen: in Hessen-Homburg mit dem Militairarzte Dr. Breidenstein; in Hessen-Darmstadt mit dem Rector Weidig in Butzbach, dem Apotheker Trapp in Friedberg, dem Privatdocenten Dr. Hundeshagen, Ernst Schüler und mehreren Studenten in Gießen, dem Pfarrer Flick in Petterweil; in Churhessen mit Apotheker Döring in Marburg; in Würtemberg mit dem Oberlieutenant Koseritz und Gürtler Dorn in Ludwigsburg, dem Buchhändler Franckh und Hardegg in Stuttgart; in Baden mit Obermüller in Karlsruhe und Anderen. Zugleich setzten sie sich mit den Universitäten in Verbindung. Die Burschenschaften, bei welchen in Folge der politischen Entwicklungen in den letzten Jahren die germanische Richtung weitaus das Uebergewicht gewonnen hatte, traten unter den Einflüssen jener Führer jetzt entschieden in die praktische Tendenz ein, und setzten auf dem Burschentage in Stuttgart im December 1832 ausdrücklich als ihren Zweck die Revolutionirung Deutschlands fest. Ebenso setzte man sich mit den deutschen Flüchtlingen in Frankreich und der Schweiz in Verkehr:

Digitized by Google

sie wurden genau von dem, was im Werke sei, unterrichtet. Einzelne davon, wie Wolfrum, Venedey und Dr. von Rauschenplat, reisten jetzt schon in Deutschland herum, um die Stimmung zu erforschen. Auch mit den französischen Republikanern wurden Verbindungen angeknüpft, nicht minder mit den polnischen Ausgewanderten.

Es war nun die Frage, ob die Kräfte, über welche die radicale Partei zu gebieten hatte, hinreichten, um Aussicht auf Erfolg zu gewähren. Die Führer verhehlten sich nicht, daß ihnen Namen fehlten, welche eine moralische Wirkung hervorzubringen geeignet seien. Sie bemühten sich daher, die ausgezeichneteren Oppositionsmitglieder der deutschen Kammern für ihren Plan zu gewinnen, und sie zu vermögen, sich an die Spitze zu stellen. Sie fragten deshalb bei Jordan von Marburg, bei dem Grafen Benzel-Sternau, bei Itzstein, Rotteck und Welcker an. Im Herbste 1832 wurden diese Männer nebst mehreren Anderen, wie Jaup, nach Frankfurt eingeladen, um mit ihnen die allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu besprechen. Bei dieser Versammlung waren Benzel-Sternau, Rotteck und Welcker gegenwärtig, außerdem Rauschenplat, Döring, Trapp, Flick und die Frankfurter. Es wurde der Vorschlag zu geheimen Verbindungen gemacht, für welche sich der Graf Benzel-Sternau erklärte, welcher aber von Welcker bekämpft wurde. Rotteck warf den Gedanken einer Revolutionirung nicht ganz von sich. Im Allgemeinen aber lehnten alle diese bedeutenden Männer eine unmittelbare Betheiligung bei einem revolutionairen Unternehmen ab, wenn auch vielleicht der Eine oder der Andere sich bereit erklärt haben mochte, falls die Sache gelinge, in die provisorische Regierung einzutreten. Und ebensowenig gelang es, das Volk zum Losschlagen zu bewegen. Die Zeiten der Aufregung waren vorüber: die Reaction hatte überall wieder Fuß gefaßt: die Masse der Schwankenden und Unselbständigen ging, wie immer, dahin, wo augenblicklich die Gewalt sich befand: und selber die entschieden Freisinnigen hatten kein rechtes Vertrauen zu der Sache. Ein halbes Dutzend hessen-homburgische Soldaten, einige Leute in den beiden Hessen, einige hundert Bauern in der Nähe von Frankfurt, in dieser

Digitized by Google

Stadt selbst einige junge Leute — das war Alles, was sich im mittlern Deutschland für den Plan der Verschwornen bereit erklärte. Desto bedeutender schienen die Aussichten in Würtemberg zu sein. Dort hatte Koseritz unter der Besatzung von Ludwigsburg eine Verschwörung angezettelt und er glaubte darauf rechnen zu dürfen, daß wenigstens zwei Regimenter sich für die Revolution entscheiden würden. Doch sah er zugleich ein, daß eine bloße Militairrevolution, ohne von einem Volksaufstande unterstützt zu sein, keinen Erfolg habe: aber was das Volk anbetrifft, so war dasselbe in Würtemberg, so wenig wie in Hessen, geneigt loszuschlagen.

Trotz dieser Geringfügigkeit der Mittel gaben jedoch die Leiter der Verschwörung ihren Plan nicht auf: und zwar einfach aus dem Grunde, weil sie sich gegenseitig über die eigentliche Sachlage täuschten. Der Buchhändler Franckh, welcher im Jahre 1831 in Paris gewesen, dort mit den Revolutionairen aller Länder zusammen gekommen, und in der Absicht, die deutsche Revolution zu Stande zu bringen, im Frühlinge 1832 wieder nach Deutschland gereist war, ein Mann von großem Selbstgefühl, Eitelkeit und der unüberwindlichen Sucht, eine große Rolle zu spielen, dabei vermögend und bereit Opfer zu bringen, reiste hin und her, von Würtemberg nach Frankfurt und Hessen, und von da wieder nach Würtemberg, um der Revolution auf die Beine zu helfen: den Frankfurtern sagte er, daß das ganze würtembergische Heer gewonnen sei und vom Volke unterstützt würde: die Frankfurter versicherten ihm, daß die beiden Hessen, Nassau, Rheinbaiern bereit zum Aufstande seien, ebenso wie der badische Schwarzwald. Diese Nachrichten theilte er dann wieder Koseritz und den anderen Verschwornen in Würtemberg mit, um diese sicher zu machen. Franckh und Harbegg wurden zwar schon im Februar 1833 in Stuttgart verhaftet, die Verbindung zwischen Koseritz und den Frankfurtern, welche Franckh eingeleitet, wurde jedoch dadurch nicht unterbrochen. Am 1. März fand in Schlüchtern, einem Dorfe an der badisch-würtembergischen Gränze eine Zusammenkunft zwischen Koseritz und Dr. Gärth statt, auf welcher endlich entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden. Gärth

Digitized by Google

hatte Breidenstein und Trapp, Koseriz den Gürtler Dorn von Ludwigsburg mitgebracht. Gärth erklärte, daß die Frankfurter Bürgerartillerie mit 16 Kanonen, zwei preußische Regimenter in Mainz, ebenso das nassauische Militair gewonnen sei. Zugleich würde eine Abtheilung Polen von Besançon aus aufbrechen, um ihren Weg über Baden oder Rheinbaiern nach Frankfurt zu nehmen, eine andere werde von der Schweiz aus in den Schwarzwald vorbringen, um den dortigen Aufstand zu leiten. In demselben Augenblicke, daß die Revolution in Deutschland ausbreche, werde in Lyon ein Aufstand erfolgen, ebenso in Savoyen und nicht minder in russisch Polen, wohin bereits ein Theil der ausgewanderten Offiziere zurückgekehrt sei. Es wurde nun beschlossen, daß zu gleicher Zeit in Frankfurt und in Ludwigsburg losgebrochen werden sollte, und zwar längstens innerhalb vier Wochen. In Frankfurt wollte man sich der Bundesgesandten und der Bundescasse bemächtigen, eine provisorische Regierung ernennen und überhaupt diese Stadt zum Mittelpunkte des Aufstandes machen. Wäre der Aufstand hier geglückt, so sollten die Verschwornen in Hessen, in Butzbach, Gießen, Marburg u. s. w. ebenfalls losbrechen.

Jetzt wurden die burschenschaftlichen Verbindungen an den verschiedenen Universitäten aufgefordert, bis Anfang April ihre Streitkräfte nach Frankfurt zu senden. Auch ihnen spiegelte man vor, daß man über Tausende zu gebieten habe: in Würtemberg 40,000 Mann außer dem Heere; in Baden 30,000; in den beiden Hessen 50,000, dazu ganz Rheinbaiern und Nassau, der Sieg sei unzweifelhaft. Die kühnen Jünglinge, begeistert von der großen Sache der Freiheit und des Vaterlands, folgten dem Rufe. Als sie aber in Frankfurt ankamen, fanden sie sich bitter getäuscht.

Die Frankfurter, welche ihre geringen Mittel sehr wohl kannten, mutheten um die Mitte des März Koseriz zu, seinerseits zuerst loszuschlagen und mit den empörten Regimentern nach Frankfurt zu ziehen. Aber Koseriz dachte so wenig daran, diesem Begehren zu willfahren, daß er vielmehr am 29. März Dorn nach Frankfurt sandte, um den dortigen Führern wissen zu lassen, daß in Würtemberg die Sache noch

Digitized by Google

nicht hinlänglich vorbereitet sei und daß er daher zur bestimmten Frist nicht losschlagen könne. Gärth war wüthend: er schickte Eilboten an Koseriz, um ihn zu bestimmen, seinem gegebenen Worte treu zu bleiben: es war vergebens.

Auf diese Weise waren die Frankfurter auf ihre eigenen Streitkräfte angewiesen. Diese beliefen sich, die Bauern in der Umgegend abgerechnet, mit Einschluß der Studenten höchstens auf 60 bis 70 Mann. Damit konnte man keine Revolution durchführen. Auch täuschten sich die Studenten und Andere, wie Dr. Rauschenplat, nicht im geringsten über die Erfolglosigkeit des Unternehmens, und waren im ersten Augenblicke bereit, die Sache, die doch nichts verspreche, aufzugeben. Die Frankfurter Führer griffen sie aber bei ihrer Ehre an, warfen ihnen Feigheit vor, wenn sie jetzt zurückträten, und so blieben sie.

Am 3. April, Abends um halb 10 Uhr, wurden von den Verschwornen zu gleicher Zeit die beiden Wachen, die Hauptwache und die Constabler-Wache angegriffen. Den Angriff auf jene leitete Rauschenplat, den auf diese Dr. Gärth und ein polnischer Offizier. Die Soldaten werden mit leichter Mühe überrumpelt, gefangen genommen, die Wachen besetzt, die politischen Gefangenen befreit. Das Volk wurde nun aufgefordert, sich anzuschließen, ihnen Waffen angeboten: es fand keinen Anklang. Sobann vereinigen sich beide Haufen. Die Abtheilung, welche die Hauptwache genommen, zieht gegen die Constabler-Wache: ohngefähr fünf Mann werden abgesendet, um auf dem Pfarrthurme Sturm zu läuten, das verabredete Zeichen für die Bauern der Umgegend, um gegen Frankfurt zu ziehen. Sie finden diesen Thurm bewacht, überwältigen aber leicht die Polizeisoldaten und steigen endlich den Thurm hinauf, um ihr Vorhaben auszuführen. Als dieß aber geschah, hatte schon die ganze Unternehmung ein Ende.

Das Frankfurter Militair rückte nämlich auf die erste Kunde von dem Attentat rasch heran, nahm ohne Weiteres die Hauptwache wieder, welche nur ein einziger Student, Rubner, heldenmüthig vertheidigte, der aber zuletzt niedergehauen wurde, und zog sodann gegen die Con-

Digitized by Google

stabler-Wache, wo sich die Masse der Aufständischen befand. Hier kam es zu einem ernsthaften Gefechte. Die Vorhut der Frankfurter Truppen wurde zuerst geworfen, und erst nachdem Verstärkungen nachgekommen, zogen sich die Aufständischen und zwar in guter Ordnung zurück und zerstreuten sich in den Straßen. Die ganze Unternehmung hatte nicht über eine Stunde gedauert.

Nachher kamen die Bauern von Bonames, ohngefähr 60 Köpfe, in der That am Friedberger Thore an, fanden es aber verschlossen: sie kehrten also wieder zurück, zerstörten indeß auf dem Heimwege noch ein Mauthgebäude. Auch die Polen waren von Besançon und anderen Orten aufgebrochen, um durch die Schweiz nach Deutschland einzubrechen. Ludwig Philipp traf aber die geeigneten Gegenmaßregeln, nicht minder die angränzenden deutschen Regierungen, welche Ludwig Philipp alsbald benachrichtigt hatte, und so wurde ihr Plan vereitelt, ebenso wie ein Versuch der Ausgewanderten, um dieselbe Zeit von Gallizien aus nach Russisch-Polen einzubrechen, um hier einen neuen Aufstand zu bewerkstelligen.

Ohngefähr die Hälfte der beim Frankfurter Attentate Betheiligten, etwa dreißig an der Zahl, wurden noch an demselben, oder an den folgenden Tagen verhaftet: die übrigen, unter diesen die Führer, entkamen sämmtlich, mit Ausnahme Dr. Neuhof's, welcher zuerst in Darmstadt gefangen genommen, der Polizei glücklich entwischte, aber endlich im Nassauischen wieder entdeckt wurde. Er starb bald darauf im Gefängnisse.

Folgen des Frankfurter Attentats. Verschärfung der Reaction.

Der Reaction kam das Frankfurter Attentat äußerst erwünscht. Darum that sie geflissentlich nichts, um es zu verhindern. Sie hätte das leicht gekonnt. Denn sowohl die Einzelregierungen als der Bundestag und der Frankfurter Senat waren längst vorher davon unterrichtet. Von verschiedenen Seiten her war ihnen Kunde darüber geworden. Die Ludwig Philipp'sche Polizei in Paris hatte schon

Digitized by Google

mehrere Wochen vorher den Plan entdeckt und nach Deutschland Nachricht davon gegeben: sodann hielten die deutschen Regierungen ihre Spione unter den Verschwornen, und wenigstens von Einem, Kuhl, ist gewiß, daß er zu rechter Zeit der darmstädtischen Regierung die Anzeige von dem vorhabenden Attentat gemacht *); endlich hatte der baierische Bundesgesandte, Herr von Lerchenfeld, schon den Tag vorher die Anzeige davon erhalten, und ebenso der regierende Bürgermeister von Frankfurt **). Man war also in der Lage, die geeigneten Vorkehrungen zu treffen, das Attentat zu verhindern. Es geschah aber für diesen Zweck gar nichts. Die Wachen wurden zwar verstärkt, aber unbedeutend: die Mannschaft wurde in der Wachstube gehalten, ihre Gewehre ungeladen außen stehen gelassen, so daß also der erste Ueberfall der Aufständischen gelingen mußte. Den Soldaten sagte man natürlich gar nichts von dem, was beabsichtigt werde. Dagegen war Befehl an die Mainzer Garnison gegeben worden, sich marschfertig zu halten, die Thore wurden gesperrt und mit verstärkten Wachen versehen. Man wollte also den Aufstand zum Ausbruch kommen lassen und opferte, um dieses zu erreichen, mit leichtem Herzen das Leben einiger Soldaten — sieben blieben todt auf dem Platze oder starben bald nachher an ihren Wunden —; dagegen traf man Maßregeln, um ihn, so wie er ausgebrochen sei, sogleich vollkommen niederschlagen zu können. Alles war nach Wunsch gegangen: und nun beeilte sich die Reaction, aus diesem verunglückten Unternehmen alle Vortheile zu ziehen, welche daraus gezogen werden konnten. „In einem mangelhaften Ausgange dieser Untersuchung, schrieb Metternich an den östreichischen Bundestagsgesandten Münch-Bellinghausen bereits am 13. April ***), ginge vielleicht eine nie wiederkehrende Gelegenheit verloren, auf den eigentlichen Grund des Uebels, welches seit Jahren feindselig auf den

*) Vergl. Wilhelm Schulz und Karl Welckers „Geheime Inquisition, Censur und Cabinetsjustiz in verderblichem Bunde." Karlsruhe 1845. S. 106 folg. 108. 109.

**) Daselbst S. 107.

***) Kombst authentische Actenstücke aus den Archiven des deutschen Bundes. 1835. S. 58.

Digitized by Google

Fürsten wie auf den Völkern lastete, zu kommen." Die Gelegenheit wurde wirklich bestens benutzt.

Vor Allem wurden sofort die einzelnen Regierungen über die Natur des Frankfurter Attentats unterrichtet und aufgefordert, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um den Theilnehmern der Verschwörung allenthalben auf die Spur zu kommen. Die Verhaftungen mehrten sich jetzt außerordentlich: nicht nur diejenigen, welche erwiesenermaßen in die Verschwörung verwickelt gewesen oder von denen man es ihrer revolutionairen Gesinnungen wegen überzeugt sein mochte, wurden ins Gefängniß geworfen, wie z. B. alle Theilnehmer an burschenschaftlichen Verbindungen, namentlich an der Germania, sondern man benutzte diese Gelegenheit, um auch solche Männer ihrer persönlichen Freiheit zu berauben, von denen man recht gut wußte, daß sie sich ihren Ansichten nach in keine dergleichen Umtriebe einlassen konnten, an denen man sich aber wegen ihrer sonstigen politischen Wirksamkeit rächen wollte. So wurde der Freiherr von Closen in Baiern, Dr. Wilhelm Schulz in Darmstadt, der Rector Weidig in Butzbach verhaftet, obschon Letzterer von dem Frankfurter Unternehmen abgerathen. Die verschiedenen Bestimmungen, welche über die Verhaftungen in den einzelnen Verfassungen niedergelegt waren, wurden natürlich gar nicht geachtet, sondern man ließ sich nur von der Willkür leiten. Aus Furcht, es möchten die wichtigsten Personen entgehen, griff man zu den unerhörtesten polizeilichen Maßregeln. Man gab den Gensdarmen Vollmacht, mit verdächtig scheinenden Leuten anzufangen, was sie wollten, sie auf das Gröbste zu mißhandeln: selbst wenn sich die Unschuld der Mißhandelten auf die glänzendste Weise herausstellte, bekamen sie doch niemals Recht gegenüber den rohen Dienern der Gewalt. In manchen Ländern, wie z. B. in Baiern, war es so arg, daß man nicht einmal vier Stunden weit von seinem gewöhnlichen Wohnort sich entfernen durfte ohne einen Paß. Die Studirenden durften nirgends außerhalb ihrer Universitätsstadt übernachten, und wurden, wenn sie es doch thaten, bestraft. In Sachsen ließ man die Fremden, welche gekommen waren, um die

Digitized by Google

sächsische Schweiz zu durchreisen, nicht ruhig gewähren, sondern gab ihnen ganze Abtheilungen von Soldaten und Polizeidienern mit, um sie zu überwachen. Der Bundestag fand, daß trotz alledem die Polizei in Deutschland immer noch nicht scharf genug eingerichtet sei und daß namentlich die Posteinrichtungen in dieser Beziehung noch Manches zu wünschen übrig ließen. Die Regierungen wurden daher aufgefordert, die preußischen Einrichtungen sich zum Muster zu nehmen, wornach es gar nicht möglich sei, daß ein verdächtiges Individuum durch die Post befördert werden könnte*). Aber selbst das war nicht genug. Man erstreckte seine Wachsamkeit auch auf die sogenannten Hauderer, und beschloß, den Kutschern zu verbieten, bei Strafe irgend Jemanden zu fahren, der sich nicht durch einen Paß gehörig ausgewiesen hätte: man wollte also auch die Kutscher zu Polizeidienern machen**).

Was nun die Untersuchung über das Attentat vom 3. April und die damit zusammenhängende Verschwörung selbst anbetrifft, so hielt der Bundestag die Sache für bedeutend genug, um wiederum eine Centraluntersuchungscommission niederzusetzen, wie im Jahre 1819. Es geschah am 20. Juni 1833. Man wollte sie Anfangs wieder nach Mainz verlegen. Aber Metternich, welcher fürchtete, daß man sie mit jener verwechseln möchte, die sich verhaßt und lächerlich zugleich gemacht hatte, widersprach, und so erhielt sie denn ihren Sitz in Frankfurt. Am 8. August war sie gebildet. Sie bestand aus dem östreichischen Geheimerath Freiherr von Wagemann, aus dem preußischen Kammergerichtsrath Eichmann, aus dem baierischen Appellationsgerichtsdirector von Heinrichen, aus dem würtembergischen Oberjustizrath von Prieser, aus dem hessischen Oberappellationsgerichtsrath von Preuschen. Der Bundestag fürchtete nun, die Frankfurter Polizei sei nicht aufmerksam genug, um das Entweichen der Gefangenen zu verhindern: er machte daher den Vorschlag, diese letzteren nach Mainz

*) Beschluß vom 17. Januar 1834. Protokolle der deutschen Bundesvers. vom Jahr 1834. S. 47.

**) Beschluß vom 6. März 1834. Daselbst S. 110.

Digitized by Google

zu schaffen. Da aber der Frankfurter Rath dieses Anerbieten ablehnte, so beschloß der Bundestag trotz des Widerspruchs von Frankfurt, östreichische und preußische Truppen von Mainz kommen zu lassen, und sie in die Stadt einzuquartieren. Dieß hat später zu mannichfachen Reibereien Anlaß gegeben, und der Frankfurter Senat verlangte bereits im April 1834 das Wegziehen der fremden Truppen, da sie nicht nöthig wären. Auf dieses Verlangen ging aber der Bundestag nicht nur nicht ein, sondern der Frankfurter Gesandte wurde deshalb gar hart angelassen. Unglücklicher Weise erfolgte bald darauf, am 2. Mai 1834, ein Versuch, die Gefangenen zu befreien, der zwar verunglückte — Rubner wurde bei dieser Gelegenheit erstochen: die anderen wieder eingefangen, nur Einer, Alban, entkam —, aber dem Bundestage einen Vorwand gab, das Frankfurter Militair den Befehlen des Generals der Bundestruppen unterzuordnen. Frankfurt wollte sich diesem Beschlusse nicht fügen: zugleich nahmen sich der englische und der französische Gesandte seiner an, indem sie sich auf die Verträge von 1815 beriefen, nach welchen Frankfurt ein souverainer Staat sei, ohne dessen Willen auch keine fremden Truppen in seinem Gebiete sich aufhalten dürften. Der Bundestag aber erwiederte, die beiden Staaten hätten kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten von Deutschland zu mischen, fragte drohend den Frankfurter Gesandten, ob etwa der Senat diese Einmischung der beiden Gesandten veranlaßt hätte, was aber verneint wurde, und verhängte die Execution gegen die Stadt Frankfurt, wenn sie sich dem Bundesbeschlusse nicht füge. Der Senat gab endlich, am 5. Juni 1834, nach, ordnete seine Truppen dem östreichischen General unter und sagte nichts mehr über das Bleiben derselben. Zwischen den Gesandten von England und Frankreich und dem Bundestag wurden aber noch verschiedene Noten über diese Angelegenheit gewechselt, obschon ohne Erfolg.

Die Centralbehörde beschäftigte sich eifrig mit ihrer Aufgabe, die Verschwörung und die politischen Umtriebe überhaupt in ihrem ganzen Umfange zu entdecken: zu diesem Ende forderte der

Digitized by Google

Bundestag alle Regierungen auf, die Acten über die in ihren Ländern geführten Untersuchungen an die Centralbehörde einzuschicken. Der Reaction war es daran gelegen, sich an ihren politischen Gegnern so gründlich wie möglich zu rächen. Aber es standen diesem Wunsche, wenigstens in einigen Ländern, die Gerichte entgegen. Wo Geschwornengerichte bestanden, wurden die Angeschuldigten ohnedieß frei gesprochen. Dieß war namentlich bei den rheinbaierischen Angeklagten der Fall, Dr. Wirth, Dr. Siebenpfeiffer, Dr. Große, Dr. Pistor, Schüler, Savoye, Geib, Eiffler und Anderen, welche sämmtlich des Hochverraths angeklagt gewesen wegen ihrer Theilnahme am Preßverein. Die Regierung hatte Alles gethan, um auf die Geschwornen einzuwirken. Nichts destoweniger wurden sämmtliche Angeklagten freigesprochen, 16. August 1833. Einen mächtigen Einfluß auf dieses Urtheil hatte offenbar die öffentliche Meinung: aber auch die Rede der Angeklagten, namentlich Dr. Wirth's, mag nicht ohne große Wirkung gewesen sein. Er sprach kühn und muthig seine politischen Ansichten aus und entwickelte sogar, daß nicht er und seine Genossen, sondern die Fürsten die Hochverräther wären. Die Reaction hielt daher da, wo Geschwornengerichte bestanden, mit der Verfolgung inne. So hätte sie z. B. gar zu gern den Dr. Strecker von Mainz, welcher, Mitglied der zweiten hessischen Kammer, bekannt wegen seiner liberalen Gesinnungen war und namentlich auch mit den Frankfurtern in Berührungen gestanden, in Untersuchung gezogen: sie fürchtete sich aber vor dem Geschwornengericht *).

Aber auch da, wo keine Geschwornengerichte bestanden, fällten die Gerichte manchmal Urtheile, welche die Angeklagten entweder ganz freisprachen, oder doch mildere Strafen erkannten, als die Reaction gewünscht**). Dieß war namentlich bei den badischen Gerichten

*) Protokolle der d. Bundesvers. Jahrgang 1839. S. 716.

**) Bericht der Centralbehörde an den Bundestag vom 20. März 1834. Protok. der d. Bundesvers. für 1834. S. 1042 folg. „Auch die Landes-Justizcollegien sind von den Irrthümern der Zeit nicht frei geblieben; leider spricht dafür die Erfahrung des Tages.“

Digitized by Google

der Fall und bei den Schöppenstühlen auf Universitäten, welche unter Anderm bei den freien Städten in erster und zweiter Instanz erkannten. So waren die Frankfurter Schriftsteller Funk, Freieisen, Sauerwein, Reinganum theils wegen der Protestation gegen den vom Bunde verfügten Preßzwang, theils wegen anderer Zeitungsartikel auf den Antrag des Bundestages in Untersuchung gezogen und wohl von dem Frankfurter Gericht verurtheilt worden, aber die Juristenfacultäten in Tübingen, Göttingen, Leipzig sprachen sie frei: und zwar unter Umständen, welche der Reaction höchst ärgerlich waren. In den Entscheidungsgründen nämlich sprachen sie sich mehr oder minder offen gegen das System des Bundestages, namentlich gegen den Preßzwang aus. Sogar die Berliner Juristenfacultät fällte ein milderes Erkenntniß gegen einen politisch angeklagten Frankfurter Bürger *).

Hier wußte sich die Reaction jedoch zu helfen. Sie versetzte ohne Weiteres die Richter, welche nicht nach ihrem Wunsche sprachen, oder drohte ihnen auf andere Weise, so daß in Kurzem die Gerichte in einer der Reaction entsprechenden Weise zusammengesetzt waren. Da wo das Urtheil bereits gefällt war, wie bei Wirth und Genossen, wußte sie immer noch eine Hinterthür zu finden: die Freigesprochenen wurden von dem Zuchtpolizeigericht zu einigen Jahren Zuchthaus verurtheilt. Auf die Beschlüsse hinsichtlich der Juristenfacultäten werden wir später noch zurück kommen. Aber wenn die Regierungen selber nicht in den Gang der Gerichte eingreifen oder sie nach dem Wunsche der Reaction zusammensetzen wollten, wie dann? Auch hier wurde ein Ausweg gefunden.

Die Veranlassung dazu gab die Freisprechung eines politischen Angeklagten, Namens Joseph Gamier, durch das Hofgericht in Rastadt, im Jahre 1833. Die Centralbehörde in Frankfurt war sehr ungehalten darüber, weil ihr dieser Gamier sehr gefährlich dünkte und sie aus ihm noch Manches herauszupressen hoffte. Sie stellte daher den Antrag, daß künftig keine Regierung einseitig einen politischen

*) Daselbst S. 1042.

Digitized by Google

Angeklagten, den die Gerichte freigesprochen, frei lassen dürfte, bevor die Erklärung der Centralbehörde eingeholt sei *). Dieß hieß offenbar in die Selbständigkeit der einzelnen Staaten tief eingreifen, und die badische Regierung setzte sich auch diesem Antrage entgegen. Nichts destoweniger wurde er vom Bundestage angenommen und zum Beschlusse erhoben, am 5. Juni 1834 **).

Wie gesagt, die Reaction wollte sich ihre Opfer nicht so bald entschlüpfen lassen, sie weidete sich an ihren Qualen. Ueber 1800 Menschen wurden eingekerkert und in Untersuchung gezogen. Die Gefangenen wurden in der Regel auf eine schauderhafte Weise behandelt und körperliche Züchtigungen, selbst gegen Männer, die den gebildeten Ständen angehörten, fielen nicht selten vor. Eines der gräßlichsten Beispiele ist der Pfarrer Weidig, der durch die Behandlung des Untersuchungsrichters Georgi in Darmstadt zum Selbstmorde getrieben ward. Auch Behr, Eisenmann, Wirth wurden schrecklich behandelt. Manche starben unter den Qualen, wie zwei der Aprilgefangenen in Frankfurt, Andere wurden wahnsinnig und mußten in's Irrenhaus gebracht werden. Natürlich kam davon und überhaupt von dem Gange der Untersuchungen Manches in die Zeitungen und dadurch in's Publicum. Der Reaction war dieß aber sehr unangenehm, weil dadurch das Mitleid für die Gefangenen erregt und, was die natürliche Folge davon war, der Haß gegen ihre Verfolger verstärkt werden mußte. Schon im September 1833 faßte daher der Bundestag den Beschluß, daß in den Zeitungen keinerlei Nachrichten über die politischen Untersuchungen und über die Behandlung der Gefangenen aufgenommen werden dürften und daß die Censoren die betreffenden Weisungen erhalten sollten. Trotz dem, daß die Einzelregierungen sich bemühten, diesem Beschlusse nachzukommen, so geschah es doch, daß hie und da noch fernere Mittheilungen gemacht wurden, so namentlich in der „Hanauer Zeitung," in dem „schwäbischen Merkur," in der „Aschaffenburger Zeitung." Die Regierungen von Churhessen, Wür-

*) Prot. der d. Bundesverf. für 1833. S. 1163.

**) Prot. d. d. B. für 1834. S. 129. S. 263. S. 277.

Digitized by Google

temberg und Baiern wurden daher, 14. März 1834, aufgefordert, eine bessere Censur üben zu lassen, widrigenfalls man die betreffenden Zeitungen verbieten würde, und am 6. Nov. 1834 faßte der Bundestag den Beschluß, alle Zeitungen ohne Weiteres zu unterdrücken, welche noch einmal Nachrichten über die Untersuchungen gegen die Hochverräther mittheilten.

Durch dieses Schreckenssystem wurde die Nation eingeschüchtert und gezwungen, ihre Meinungen in die Brust zu verschließen. Nur hie und da kam es zum Ausbruch der den Machthabern feindseligen Gesinnungen, die natürlich der Reaction nur Veranlassung zu Verschärfung ihrer Maßregeln boten. So wurde im Mai 1833 nochmals ein Versuch gemacht, das Hambacher Fest zu feiern: er endete mit den rohesten Gewaltthätigkeiten von Seiten der baierischen Soldaten. Zur Zeit der Assissen in Landau, welche die politischen Angeklagten freigesprochen, war die Aufregung außerordentlich, und es kam hier wie in Speier öfters zu blutigen Händeln zwischen dem Volke und den Soldaten. Die Folgen waren nur fernere Verhaftungen. Später wurde der Versuch gemacht, den Dr. Wirth auf seinem Wege ins Zuchthaus zu befreien: er scheiterte und trieb die Polizei zu neuen Gewaltthätigkeiten an. In Frankfurt und in den beiden Hessen bildeten sich geheime politische Vereine, bekannt unter dem Namen des Männerbundes. Von diesem gingen besonders mehrere revolutionaire Schriften aus, wie das „Bauernconversationslexikon," „der Comet vom Jahre 1834," das „Glaubensbekenntniß eines Geächteten," der „hessische Landbote," die „Menschenrechte" und andere. Diese Schriften zeichneten sich durch ihre entschieden republikanische Gesinnung und besonders auch durch ihre socialistische Tendenz aus, wie denn namentlich das Glaubensbekenntniß eines Geächteten progressive Einkommensteuer, Steuerfreiheit der Aermeren und Beschränkung des allzugroßen Vermögens verlangte, indem das Streben des Staats dahin gehen müsse, die Vermögensverhältnisse der Einzelnen einander immer näher zu bringen. Alle diese Versuche aber wurden entdeckt und riefen nur noch eine schärfere Beaufsichtigung der Presse Seitens des Bundes

Digitized by Google

hervor. Schon im August 1833 wird Meiningen vom Bunde angehalten, eine bessere Censur gegen die „Dorfzeitung" zu führen, widrigenfalls sie verboten werden würde. Im November dieses Jahres wird der „Beobachter in Hessen bei Rhein" und das „neue hessische Volksblatt" durch die hessische Regierung und den Bund unterdrückt; am 15. November die „Neckarzeitung" in Stuttgart; im Jahre 1834 wird nach den oben angegebenen Schriften und ihren muthmaßlichen Verfassern gefahndet; am 10. Juli wird auf Preußens Antrag der gesammte Verlag von Campe und Heidelloff in Paris verboten, am 11. September die Zeitschrift „der Geächtete" von Venedey. Und so wie der Bund die Presse überwacht, so auch die Menschen. Gleich nach dem Frankfurter Attentat hat er große Angst vor den einigen hundert Polen, welche nach Deutschland ziehen wollten. Er fürchtete, sie würden nun einzeln sich in die deutschen Gebiete einschleichen und hier Unruhen stiften. Er machte daher den Vorschlag, zu verkündigen, daß man Jeden, der keinen genügenden Paß von der russischen oder preußischen Regierung habe, nach Russisch-Polen bringen werde. Baiern meinte dabei, man sollte das nicht vorher verkündigen, sondern ohne Weiteres darnach handeln. Doch stimmten nicht alle Regierungen damit überein, und man beschloß nur, die Polen dahin zurückzuschaffen, wo sie hergekommen seien. Ebenso hatte der Bund große Angst vor den deutschen Handwerksburschen, d. h. vor ihrer Ansteckung mit politischen Ideen. Der betreffende Ausschuß machte daher den Vorschlag, den Handwerksburschen das Reisen nach Frankreich, Belgien und der Schweiz, drei Länder, wo sich die deutschen Flüchtlinge aufhielten und die liberalen Ideen noch besonders verbreitet waren, ohne Weiteres zu verbieten. Oestreich änderte den Vorschlag dahin, daß überhaupt das Reisen in alle Länder untersagt sei, in welchen erwiesenermaßen revolutionaire Verbindungen beständen *).

---

*) Protok. d. d. Bundesversf. für 1834. S. 845. S. 1030.

Wirksamkeit der Ständeversammlungen.

Auf diese Weise unterdrückte die Reaction alle Regungen des Volksgeistes in Deutschland, sofern sie eine freiheitliche Richtung einschlagen wollten. Aber wie? waren nicht noch die Kammern vorhanden? war von ihnen kein Widerstand gegen die maßlose Unterdrückung der Regierungen zu erwarten?

Nur von einem Theile derselben konnte man dieß behaupten. Die anderen stimmten in ihrer Mehrheit mit dem zur Herrschaft gekommenen Systeme überein oder wagten doch nicht, sich ihm mit Kraft zu widersetzen.

Betrachten wir zuerst den Norden, wo in der zweiten Hälfte des Jahres 1830 so lebhafte Bewegungen stattgefunden haben. Wir bemerkten bereits, daß er sich bald wieder beruhigt und den revolutionairen Aufregungen Süddeutschlands fremd geblieben war. Die neuen Verfassungen, welche im Jahre 1830 erstrebt wurden, kamen wohl zu Stande, aber sie erfüllten nicht die Forderungen, welche damals die öffentliche Meinung an eine wahrhaft volksthümliche Verfassung gestellt.

In Braunschweig wurde die neue Verfassung im October 1832 fertig. Sie war im Vergleich mit der von 1820 allerdings ein Fortschritt zu nennen. Die Stände, welche aus 10 Abgeordneten der Ritterschaft, 12 der Städte, 10 des Bauernstandes und 16 der sogenannten Intelligenz, wozu die Prälaten gehören, bestehen, bilden eine Kammer. Sie haben das Recht der Zustimmung bei Gesetzen, welche die Verfassung, die Finanzen, die Militairpflicht, das bürgerliche oder Strafrecht, den bürgerlichen oder Strafprozeß betreffen. Sie haben mit der Regierung die Gelder für den Staatshaushalt zu bestimmen. Die Minister sind verantwortlich. Die Gerechtigkeitspflege ist unabhängig: der Polizei die Justiz entzogen. Freiheit der religiösen und politischen Meinungen ist zugesichert. Es besteht ein landständischer Ausschuß, welcher unter Andern das Recht hat, die Ständeversamm-

Digitized by Google

lung einzuberufen, bei allgemeiner Landesgefahr oder wenn die Regierung innerhalb dreier Jahre dieselbe nicht einberuft. Indessen hatte die Verfassung auch ihre Mängel. Vor Allem, daß die ständischen Verhandlungen der Oeffentlichkeit entbehren; sodann daß die Stände zwar das Recht haben, die Steuern zu bewilligen, aber nicht, die zum Staatsbedürfnisse erforderlichen Mittel zu verweigern; ferner daß sie bei dem Erlaß von polizeilichen Gesetzen kein entscheidendes Wort zu reden haben; endlich daß die Verantwortlichkeit der Minister dergestalt verclausulirt ist, daß man sie im Grunde blos eine Täuschung nennen kann.

Im Juni 1833 wurde die neue Ständeversammlung eröffnet. Sie dauerte bis in das Jahr 1835. Von einer eigentlichen Opposition im Sinne der süddeutschen Bewegung war keine Rede: der einzige Steinacker näherte sich ihr. Die Kammer begnügte sich vielmehr mit Fragen rein provincieller Natur: in dieser Beziehung war besonders die zu Stande gebrachte Ablösungsordnung und die Städteordnung von Bedeutung: aber an eine Verwahrung gegen das allgemeine reactionaire System des Bundestags, dem sich auch die braunschweigische Regierung angeschlossen, dachte sie nicht.

In Hannover wurden die Stände gegen Ende des Jahres 1832 mit dem Verfassungswerke fertig und es wurde nun dem Könige zur Bestätigung vorgelegt. Der König änderte Einiges daran zu Gunsten der Regierungsgewalt und veröffentlichte endlich am 26. September 1833 die neue Verfassung. Auch diese Verfassung war im Vergleich zu der frühern ein Fortschritt zu nennen, obschon die Forderungen der öffentlichen Meinung keineswegs alle berücksichtigt waren. Ein Fortschritt war, daß nun auch der Bauernstand auf der Ständeversammlung vertreten ist; daß die Finanzen geordnet, daß namentlich die Domainen als Staatsgut erklärt worden; daß die Stände das Budget zu bestimmen, zugleich mit der Regierung die Initiative bei der Gesetzgebung haben, daß die Verhandlungen der Stände — wenn letztere es selber wünschen — öffentlich sind; daß Unabhängigkeit der Rechtspflege, Sicherstellung gegen Ausnahmsgesetze, Glaubens- und

Digitized by Google

Gewissensfreiheit als staatsbürgerliche Rechte anerkannt wurden, ebenso wie die Verantwortlichkeit der Minister. Mängel der Verfassung aber waren die Beschränkung des Steuerbewilligungsrechtes der Stände, insofern als diese, wie bei Braunschweig, die zur Führung des Staatshaushalts erforderlichen Mittel nicht verweigern durften; ferner die Theilung der Stände in zwei völlig gleich berechtigte Kammern, wovon die erste aus der auf ihre Vorrechte eifersüchtigen Aristokratie bestand und jedem freisinnigen volksthümlichen Vorschlage der zweiten die Zustimmung versagte, so daß also, da nach dem Grundgesetze nur von beiden Kammern gemeinschaftlich ausgehende Anträge an die Regierung gelangen durften, von vornherein jede Möglichkeit eines freisinnigen Ausbaues der Verfassung abgeschnitten war. Preßfreiheit war zwar zugesichert, jedoch unter den durch die Bundesgesetze gebotenen Beschränkungen, d. h. sie bestand auch verfassungsgemäß nicht. Unter solchen Umständen war von den hannöverschen Landtagen von 1833 und 1834 wenig zu erwarten. In der That war auf ihnen die liberale Gesinnung noch viel weniger vertreten, wie auf dem braunschweigischen, und alle etwaigen Versuche einer Opposition, welche von der zweiten Kammer ausgehen mochten, wurden durch den Widerspruch der ersten todtgeschlagen. Das System der bundestäglichen Reaction, dem sich die hannöversche Regierung, wie die braunschweigische angeschlossen, wurde also durch die Kammern nicht im geringsten erschüttert.

Auch der sächsische Landtag, von 1833 und 1834, zeigte keinen Widerstand gegen die Reaction. Die Mehrheit desselben ging vielmehr in allen Stücken mit der Regierung, was um so erklärlicher ist, als diese, den Minister von Lindenau an der Spitze, in der That große Thätigkeit entfaltete, um neue zeitgemäße Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung einzuführen und namentlich die materiellen Interessen zu fördern. Die Kammer, ohnedieß dem süddeutschen Liberalismus fremd, übersah dabei, daß die Regierung ebenso, wie die anderen, gezwungen durch den Bundestag und die zwei deutschen Großmächte, in Presse und Polizei den Grundsätzen der Reaction huldigte.

Digitized by Google

Von Nassau haben wir schon erwähnt, wie es im Jahre 1833 dem Minister Marschall gelungen war, einen Landtag zusammenzubringen, welcher sich allen Wünschen der Regierung fügte. Am 22. Januar 1834 starb nun zwar dieser gewaltthätige Minister; es wurde dadurch aber nichts gebessert, vielmehr verordnete die Regierung eigenmächtig das Aufhören der Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen, welche durch die Verfassung verbürgt war und der Landtag ließ dieß ruhig geschehen.

Ebenso war mit dem baierischen Landtage, welcher im März 1834 eröffnet wurde, eine merkwürdige Veränderung vorgegangen. Er bestand mit wenigen Ausnahmen noch aus denselben Personen, wie der von 1831; aber es war keine Spur mehr des Geistes zu entdecken, welcher jenen belebt hatte. Der Landtag bewies den Geist der Unterwürfigkeit gleich darin, daß er einen Minister zum Präsidenten erwählte. Alle Vorschläge der Regierung wurden angenommen, besonders auch diejenigen, welche sich auf die Finanzen bezogen. Was die Regierung verlangte, wurde von der Kammer bewilligt, zuletzt die Civilliste, 3½ Millionen, auf ewige Zeiten festgesetzt. An Beschwerden gegen die reactionairen Maßregeln der Regierung war nicht zu denken: die Opposition war fast nur von dem Abgeordneten Willich aus Frankenthal vertreten.

Von diesen Ständeversammlungen also, von der braunschweigischen, hannöverschen, sächsischen, nassauischen, baierischen, hatte die Reaction nichts zu fürchten. Es blieben aber noch die würtembergische, die badische und die beiden hessischen übrig. Und diese stemmten sich allerdings mit Kraft gegen die Reaction.

In der badischen Ständeversammlung, welche im Mai 1833 eröffnet ward, war zwar ebenfalls Manches anders geworden: die Mehrheit beobachtete keine so feste und entschiedene Haltung mehr, wie auf dem Landtage von 1831. Immerhin aber war der Liberalismus noch im Uebergewicht, und je mehr Einzelne zu schwanken begannen, um so energischer und kräftiger glaubten die wahrhaft freisinnigen Männer auftreten zu müssen. Gleich im Anfang des Land-

Digitized by Google

tags stellte Rotteck den Antrag, eine Commission zu ernennen, welche den Zustand des Vaterlandes in Erwägung ziehe. Dieser Antrag wurde zwar durch eine motivirte Tagesordnung beseitigt, bei dieser Gelegenheit wurden aber die heftigsten Reden gegen das in Deutschland emporgekommene reactionaire System gehalten und zuletzt verwahrte sich die Kammer feierlich gegen alle Eingriffe in die verfassungsmäßige Freiheit. Ebenso wurde die Aufhebung des Preßgesetzes besprochen, allerdings in geheimer Sitzung, aber auch hier legte die Kammer eine Verwahrung nieder gegen die unrechtmäßig erfolgte Aufhebung jenes Gesetzes. Auch versprach der Minister Winter, nächstens ein anderes Preßgesetz vorzulegen, welches den Wünschen der Kammer besser entspreche, was jedoch unterblieb. Begnügte sich die Kammer in allen diesen Stücken mit feierlichen Protestationen, weshalb dieser Landtag von den Gegnern der der Verwahrungen genannt ward, so erfocht die liberale Partei doch wenigstens in einem wichtigen Punkte einen entscheidenden Sieg: sie erlangte, daß alle die Verordnungen von der Regierung wieder zurückgenommen wurden, welche das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkten, so daß dieses also gesetzlich wieder festgestellt war.

In Würtemberg hatte die Regierung, wie oben bemerkt, im März 1833 den Landtag aufgelöst. Um die neuen Wahlen zu beherrschen, ließ sie die Censur bezüglich der landständischen Angelegenheiten auf die empörendste Weise handhaben: sie verbot ferner alle Versammlungen, alle Besprechungen über die vorzunehmenden Wahlen. Zuwiderhandelnde wurden verhaftet und in Untersuchung gezogen. Nichts destoweniger fiel der Landtag im Ganzen doch wieder liberal aus: die bedeutendsten Oppositionsmänner, ein Schott, Uhland, Römer, Paul Pfizer, Menzel wurden alle wieder gewählt. Die Regierung verweigerte jetzt Uhland, Professor in Tübingen, und Römer, Ministerialrath im Departement des Kriegs, den Urlaub, weil sie Staatsdiener seien. Beide Männer gaben aber ihre Entlassung ein, die ihnen in kränkender Weise bewilligt wurde, und traten doch in die Kammer. Die Opposition griff bei jeder Gelegenheit das herr-

Digitized by Google

schende System an, beschränkte das Budget, namentlich die Ministerbesoldungen, verlangte eine Verminderung des stehenden Heeres, dagegen Volksbewaffnung, und drang vor Allem auf Beseitigung der Censur und Einführung der verfassungsmäßig verbürgten Preßfreiheit. Bei der Abstimmung erklärten sich 64 für und nur 27 gegen die Preßfreiheit. Der König vertagte nun im December 1833 sehr ärgerlich den Landtag: tadelte die Haltung der zweiten Kammer, wogegen er die erste lobte, welche freilich alle volksthümlichen Vorschläge der zweiten durch ihren Widerspruch vereitelt hatte.

Der Landtag im Großherzogthum Hessen war, wie bereits erwähnt, am Schlusse des Jahres 1832 zusammengekommen und hatte sogleich sich in Opposition gegen die Regierung gesetzt. Diese Haltung behielt er bei: denn die Mehrheit der zweiten Kammer war entschieden liberal. Unter den freisinnigen Abgeordneten zeichneten sich besonders aus der Oberappellationsgerichtsrath Höpfner, der geheime Staatsrath Jaup, E. E. Hoffmann, Heinrich von Gagern, Aull. Der Landtag verlangte einstimmig Preßfreiheit, machte verschiedene Anträge auf Verbesserung der Verfassung, forderte namentlich Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, bei Strafsachen Geschwornengericht, lehnte die illiberalen Gesetzesentwürfe des Ministeriums ab, beschnitt die Forderungen der Regierung bezüglich des Staatshaushalts und griff überhaupt das ganze System der Regierung an, insofern dasselbe der bundestäglichen Reaction huldigte. In diesem Sinne wurde von einigen Abgeordneten der Antrag gestellt, 12 Verordnungen der Regierung als ungesetzmäßig und verfassungswidrig zu erklären. Als die Kammer darauf einging, wurde sie, 2. November 1833, aufgelöst. Die Regierung entließ nun einige der bedeutendsten Oppositionsmitglieder, welche zugleich Staatsdiener waren, wie Jaup, Heinrich von Gagern, damals Regierungsrath, den Oberforstrath von Brandis, aus dem Staatsdienste und drohte allen Beamten mit Entlassung oder Zurücksetzung, wenn sie nur im geringsten gegen die Regierung in Opposition treten würden: sie unterdrückte vollends die Presse und wandte alle ihr zu Gebote stehenden

Digitized by Google

Hülfsmittel an, um auf die Wahlen zu wirken. Aber es gelang ihr so wenig, wie der würtembergischen Regierung. Der Landtag, welcher Ende April 1834 eröffnet ward, bestand fast aus denselben Mitgliedern. Alle hervorragenden Persönlichkeiten der Opposition waren wieder gewählt worden. Jetzt griff die Regierung zu dem Mittel der Urlaubsverweigerungen: es half nichts: andere Männer mit gleichen Gesinnungen traten an ihre Stelle. Der Landtag beobachtete, wenn auch mit Mäßigung und Besonnenheit, die nämliche Haltung, wie der aufgelöste: fast dieselben Anträge kamen vor. Nun entschloß sich die Regierung, auch diesen Landtag aufzulösen. Sie nahm Veranlassung von einer heftigen Aeußerung Heinrichs von Gagern gegen den Regierungscommissair Staatsrath Knapp. Den Tag darauf, am 25. October 1834, erfolgte die Auflösung.

In Churhessen hatte, wie bereits erzählt, der Minister Hassenpflug den Landtag am 18. März 1833 aufgelöst. Er versuchte nun alle Mittel, um bei dem neuen die Wirksamkeit der Opposition zu lähmen. Zu diesem Ende trat er mit dem Professor Jordan in Unterhandlungen und versprach diesem eine Gehaltszulage, wenn er sich nicht wieder wählen lasse. Jordan ging darauf ein; er verzichtete auf seine Wiedererwählung durch die Universität Marburg und lehnte die Wahl eines andern Bezirkes ab; indessen die ihm von Hassenpflug versprochene Gehaltszulage wurde ihm dennoch vorenthalten. Anderen freisinnigen Abgeordneten, welche zugleich Staatsdiener waren, wurde hartnäckig der Urlaub verweigert. Dennoch war die neue Ständeversammlung in der Mehrzahl wiederum liberal. Als Führer der freisinnigen Partei zeichneten sich Eberhard, Baumbach, Schomburg, Wippermann, Schwarzenberg aus. Der Kampf gegen Hassenpflug begann sofort. Die neue Ständeversammlung unterstützte die Anklage, welche der zurückgelassene ständische Ausschuß gegen ihn erhoben hatte, und fügte neue Anklagepunkte hinzu. Hassenpflug wurde freilich (1836) vom Oberappellationsgerichte freigesprochen. Die Beschwerden der Stände wendeten sich besonders gegen die Censur, welche von Hassenpflug auf die drückendste Weise gehandhabt wurde.

Digitized by Google

Er legte den Ständen auf ihr Verlangen ein Preßgesetz vor, welches die Freiheit der Presse vollständig aufheben sollte: es wurde verworfen. Dasselbe Schicksal hatten mehrere andere Vorlagen des Ministeriums: besonders bezüglich der Finanzen. Die Stände wollten sparen und beschnitten die Forderungen der Regierung. Endlich vereinigten sie sich mit ihr über ein Budget, fügten aber ausdrücklich hinzu, daß sich das Ministerium genau an die Vorschläge der Stände hinsichtlich der Vertheilung der Ausgaben für bestimmte Zwecke halten müsse, so daß sie nicht etwa den Ueberschuß von dem einen Departement für ein anderes verwenden dürfe. Am 31. October 1833 wurde der Landtag geschlossen. Gleich darauf begann der neue. Er bestand mit wenig Abänderungen aus den nämlichen Personen. Auch die Haltung war im Ganzen dieselbe, wie die des letzten. Er setzte sich den verfassungsfeindlichen Planen Hassenpflug's, wo er konnte, entgegen und blieb treu seinem Bestreben, Ersparungen zu ermöglichen und dadurch die Lasten des Landes zu erleichtern.

Die Wiener Conferenzbeschlüsse vom Jahre 1834.

Man sieht: die Ständeversammlungen von Churhessen, Hessen-Darmstadt, Baden und Würtemberg machten der Reaction noch genug zu schaffen. Wenn sie auch keineswegs all' das erreichten, was sie wünschten, so waren die Regierungen durch sie doch vielfach in ihren Uebergriffen beschränkt und schon das war von großer Bedeutung, daß sie die öffentliche Meinung beständig wach erhielten und über die eigentliche Lage des Vaterlandes aufklärten. Dieß Hinderniß mußte die Reaction noch hinwegräumen. Deshalb kamen die Minister von Oestreich, Preußen und Rußland schon im Sommer 1833 in Töplitz zusammen, um sich über die vorzunehmenden Maßregeln zu verständigen. Gleich darauf, im September, sahen sich auch die Monarchen von Oestreich, Rußland und Preußen in München-Grätz. Auf diesen Zusammenkünften wurden Berathungen über die Lage Eu-

Digitized by Google

ropas gepflogen, namentlich darüber, welche Stellung die absoluten Mächte gegen die Revolution einnehmen sollten. Zugleich wurden aber auch die Grundzüge der Wiener Conferenzbeschlüsse entworfen. Gleich darauf wurden von Preußen und Oestreich die deutschen Regierungen eingeladen, mit dem Anfange des Jahres 1834 Bevollmächtigte nach Wien zu senden, um daselbst gemeinsame Beschlüsse zur vollständigen Unterdrückung der revolutionairen Partei in Deutschland zu fassen. Daß die Reaction unter der letztern auch die constitutionelle verstand, geht aus der Rede des Fürsten Metternich bei der Eröffnung der Ministerconferenzen hervor. „Aus den Stürmen der Zeit," sagte er*), „ist eine Partei entsprossen, deren Kühnheit, wenn nicht durch Entgegenkommen, so doch durch Nachgiebigkeit, bis zum Uebermuth gesteigert ist. Jede Autorität anfeindend, weil sie selbst sich zur Herrschaft berufen wähnt, unterhält sie mitten im europäischen Frieden einen innern Krieg, vergiftet den Geist und das Gemüth des Volks, verführt die Jugend, bethört selbst das reifere Alter, trübt und verstimmt alle öffentlichen und Privatverhältnisse, stachelt mit voller Ueberlegung die Völker zu systematischem Mißtrauen gegen ihre rechtmäßigen Herrscher auf und predigt Zerstörung und Vernichtung gegen Alles, was besteht. Diese Partei ist es, welche sich der Formen der in Deutschland eingeführten Verfassungen zu bemächtigen gewußt hat. Ob sie diesen scheinbar gesetzlichen, langsamen und sichern Weg, oder den des offenen Aufruhrs einschlage, immer verfolgt sie den nämlichen Zweck. Planmäßig vorschreitend begnügte sie sich zuerst damit, in den ständischen Kammern den Regierungen gegenüber eine Position zu gewinnen. Allmählig ging ihr Streben weiter; die gewonnene Stellung sollte thunlichst verstärkt werden; dann galt es, die Regierungsgewalt in möglichst enge Gränzen einzuschließen: endlich sollte die wahre Herrschaft nicht länger in dem Staatsoberhaupte concentrirt bleiben, sondern die Staatsgewalt in die Omnipotenz der ständischen Kammern verpflanzt werden."

*) Die Rede, wie die Beschlüsse der Wiener Ministerconferenzen überhaupt sind unter Anderm abgedruckt bei Welcker Urkunden 2c. S. 372 folg.

Digitized by Google

Der Hauptzweck der Wiener Conferenzen bestand also darin, die bestehenden Repräsentativverfassungen der einzelnen deutschen Staaten zu vernichten, d. h. alle diejenigen Punkte, welche sie in der That als Repräsentativverfassungen charakterisirten, herauszunehmen und sie dadurch illusorisch zu machen. Es wurden aber auch noch fernere Beschlüsse über die Presse, die Universitäten und die Rechtspflege gefaßt. Die Conferenzen nahmen im Januar ihren Anfang und waren am 12. Juni 1834 beendet. Der wesentlichste Inhalt der daselbst gefaßten Beschlüsse ist folgender*).

Was die Hauptsache, nämlich die Verfassungen, betrifft, so wurde gleich im ersten Artikel wiederholt, daß nach dem Grundprincipe des deutschen Bundes die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben müsse, daß jede auf eine Theilung der Staatsgewalt abzielende Behauptung mit dem Staatsrechte des deutschen Bundes unvereinbar sei und bei keiner deutschen Verfassung in Anwendung kommen dürfe. Die Regierungen werden demnach eine mit den Souverainetätsrechten unvereinbare Erweiterung ständischer Befugnisse in keinem Falle zugestehen. Für den Fall, daß es zwischen Regierung und Ständen zu Streitigkeiten über die Auslegung gewisser Stellen in den Verfassungsurkunden kommen sollte, wurde die Einrichtung des Schiedsgerichts beschlossen. Dieses Schiedsgericht sollte der Reaction den Schein einer gewissen Gerechtigkeitsliebe geben. Näher betrachtet war es aber nichts als Täuschung und nur darauf berechnet, unter anderen Formen die vollständige Unumschränktheit der Regierungen gegenüber ihren Ständen festzustellen. Denn dieses Schiedsgericht sollte aus 34 Männern bestehen, welche von

*) Die Minister, welche diesen Conferenzen beiwohnten, waren folgende: für Oestreich Metternich und Münch-Bellinghausen; für Preußen Alvensleben; für Baiern Mieg; für Sachsen Minkwitz; für Hannover Ompteda; für Würtemberg Beroldingen; für Baden Reitzenstein und Tettenborn; für Churhessen Trott; für Hessen-Darmstadt Gruben; für Holstein Reventlow-Criminil; für Luxemburg Verstolk van Sölen; für die großherz. und herzogl. sächsischen Fürstenthümer Fritzsch; für Mecklenburg Plessen; für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg Berg; für Liechtenstein, Hohenzollern, Reuß, Lippe, Waldeck von Strauch; für die freien Städte Smidt.


Digitized by Google

sämmtlichen Bundesregierungen, von den 17 Stimmen des engern Rathes, gewählt wurden. Daraus soll nun im betreffenden Falle die Ständeversammlung drei und die Regierung drei auswählen zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten. Diese 6 wählen sich einen Obmann aus den übrigen der 34. Stimmenmehrheit entscheidet. Es ist nun eine Lächerlichkeit, anzunehmen, daß von den Regierungen andere Männer in das Bundesschiedsgericht gewählt werden würden, als solche, welche nur zu ihren Gunsten entschieden. Auch that sich Fürst Metternich auf diese Erfindung des Schiedsgerichts besonders viel zu Gute und er bezeichnete sie in der Schlußrede als den eigentlichen Mittelpunkt der Beschlüsse der Conferenz. Durch diese Einrichtung würde die Gewalt der Kammern gebrochen, den Regierungen ihre entscheidende Macht erhalten. Aber außerdem vergaß man keinen einzigen der Punkte, welche zur Erreichung dieses Zieles nothwendig erschienen. Im Artikel 16 wurde festgestellt, daß alle Verordnungen der Regierungen für die Unterthanen verbindliche Kraft haben und von jenen mit Nachdruck gehandhabt werden sollten, selbst, wenn sie den bestehenden Gesetzen widersprächen. Sie sollen sich in diesem Falle weder um die Einsprachen der Gerichte, noch um die Nichtanerkennung der Stände kümmern, sondern dem Widerstande beider standhaft begegnen. Ueberhaupt dürfte der Gang der Regierung durch ständische Einsprüche in keiner Weise gestört werden. Ebenso (Art. 12) dürften die Regierungen nicht gestatten, daß die Stände über die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse berathen und beschließen.

Von großer Wichtigkeit erschien der Reaction, und zwar mit Recht, die Frage über das Steuerbewilligungsrecht der Stände. Um dasselbe zu einem bloßen Schein herabzuwürdigen, kamen die Minister über folgende Punkte überein (Art. 18—22): 1) So wie die Stände die Steuern verweigern, werden sie aufgelöst; 2) sie haben durchaus keine Bedingungen an die Bewilligung der Steuern zu knüpfen, selbst nicht einmal unter der Benennung von Voraussetzungen oder unter irgend einer andern Form; 3) sie haben nicht das Recht, einzelne innerhalb des Betrages der im Allgemeinen für den

Digitized by Google

Staatshaushalt bestimmten Summen vorkommende Ausgabeposten festzusetzen oder zu streichen, sondern sie haben nur das Budget im Allgemeinen zu bestimmen; Mehrausgaben der Regierung müssen schließlich von den Ständen gutgeheißen werden, wenigstens haben sie nicht das Recht, über die Unrechtmäßigkeit der Mehrausgaben zu entscheiden; 4) können Stände und Regierung über das Budget sich nicht vereinigen, so hat sich die Regierung an das Bundesschiedsgericht zu wenden; weigern sich dessen die Stände, oder gestehen sie nicht einmal für die Zeit, während welcher die Streitigkeit beim Schiedsgericht anhängig ist, die Steuern zu, so soll die Regierung diese nur ohne Weiteres erheben: der Bund wird sodann die nöthige Hülfe eintreten lassen; 5) die Civillisten sollen wo möglich auf Domanialgefälle gegründet sein oder wenigstens in der Weise festgesetzt werden, daß sie während der Lebenszeit des Regenten nicht vermindert werden dürfen, auch nicht bei einem neuen Regierungsantritte ohne die Einwilligung des Landesherrn.

Die übrigen Bestimmungen über die Stände und Verfassungen waren folgende: Staatsbeamte bedürfen zu ihrem Eintritte in ständische Kammern der Genehmigung des Landesherrn. Einer Beeidigung des Militairs auf die Verfassung wird nirgends und zu keiner Zeit Statt gegeben. Die Oeffentlichkeit der Ständeversammlungen wird soviel wie möglich beschränkt. Angriffe auf den Bund oder einzelne Bundesregierungen von Seite der Abgeordneten werden nicht geduldet. Die, welche sich dergleichen erlauben, müssen zur Ordnung gewiesen oder sonst gestraft werden. Sollte eine ganze Kammer solche Angriffe billigen, oder ihnen nicht entgegentreten, so haben die Regierungen sie zu vertagen oder selbst aufzulösen. Wenn in den Kammern Dinge zur Sprache kommen, welche dem Bunde gefährlich sein könnten, so haben die Regierungen dafür zu sorgen, daß die Sitzungen in geheime verwandelt werden.

Dieß waren die Beschlüsse über die Verfassungen. Was die Presse anbetrifft, so glaubte man dieselbe durch folgende Bestimmungen (Art. 28—35) gänzlich unterdrücken zu können. 1) Das Amt

Digitized by Google

des Censors sollte nur Männern von „erprobter Gesinnung und Fähigkeit“ übertragen und diesen „eine dem ehrenvollen Vertrauen, welche dasselbe voraussetzt, entsprechende Stellung“ gesichert werden; 2) den Censoren werden bestimmte Instructionen ertheilt; 3) Censurlücken nirgends geduldet; 4) die Zahl der politischen Tagblätter wird soviel wie möglich vermindert, da ihre übermäßige Anzahl schädlich sei; 5) die Herausgabe neuer Blätter wird ohne vorgängige Erlaubniß der Regierungen nicht gestattet, und diese haben auf die „Befähigung“ des Redacteurs Rücksicht zu nehmen; jede Erlaubniß ist unbedingt widerruflich; 6) das in einem Bundesstaate einer Druckschrift von einem Censor ertheilte Imprimatur befreit diese Schrift nicht von den in anderen Bundesländern bestehenden Aufsichtsregeln; 7) auswärtige Zeitungen darf die Post nur nach Genehmigung der Regierung bestellen; 8) die Verhandlungen der Ständeversammlungen unterliegen ebenso der Censur wie andere Druckschriften; besonders müssen alle die Aeußerungen gestrichen werden, welche einen Ordnungsruf veranlaßt haben, d. h. gegen den Bund und die Bundesregierungen gerichtet waren; 9) auch die Verhandlungen vor Geschwornengerichten unterliegen der Censur.

Ueber die Universitäten wurden die früheren Bestimmungen erneuert und theilweise verschärft. Privatdocenten werden nur mit Genehmigung der Regierungen an den Universitäten zugelassen. Ihre Erlaubniß zu lehren, ist eine widerrufliche. Kein Studirender darf auf derselben Universität, auf welcher er studirt, vor Verlauf von 2 Jahren als Privatdocent zugelassen werden. Die Bedingungen zur Aufnahme der Studenten an der Universität werden verschärft: Theilnahme an verbotenen Verbindungen wird theils mit dem concilio abeundi, theils mit Carcer, theils mit Relegation bestraft: zugleich aber auch mit dem Verlust von Stipendien u. s. w. Die Mitglieder einer burschenschaftlichen Verbindung sollen außerdem zu keinem Civildienst, zu keinem kirchlichen oder Schulamte, zu keiner akademischen Würde, zu keiner Advocatur, zu keiner ärzlichen oder chirurgischen Praxis zugelassen werden. Die akademischen Senate werden

Digitized by Google

der von ihnen bisher ausgeübten Strafgerichtsbarkeit in Criminalsachen allenthalben enthoben. Auch auf andere Erziehungsanstalten werden, so weit es thunlich ist, diese Bestimmungen angewendet. Vor Allem haben die Regierungen darauf zu sehen, daß politischen Verbindungen allenthalben kräftigst vorgebeugt werde.

Was endlich die Gerichte betrifft, so war die Reaction höchst unangenehm berührt durch die freisprechenden Urtheile in politischen oder Preßprocessen, welche von den juristischen Facultäten mehrerer Universitäten erfolgt waren. Es wurde daher auf den Conferenzen (Art. 57) beschlossen, daß der Artikel 12 der Bundesacte, welcher ihnen die Befugniß, Recht zu sprechen, ertheilt, so auszulegen sei, daß die Facultäten in Polizei- und Criminalsachen kein Erkenntniß mehr zu geben hätten, sondern blos in Civilsachen. Auch die Geschwornengerichte sollten bei dieser Gelegenheit beseitigt werden. Metternich machte wenigstens diesen Vorschlag. Er scheiterte jedoch an dem Widerspruche Baierns, welches überhaupt auf den Conferenzen unter allen am liberalsten auftrat und namentlich bewirkte, daß die meisten Beschlüsse nur auf 6 Jahre gültig sein sollten. Die Furcht, seine Selbständigkeit zu verlieren, war wohl der eigentliche Beweggrund.

Eben so wenig gelang es der Reaction, eine umfassende Anerkennung des Grundsatzes, politische Verbrecher auszuliefern, zu bewirken. Die Absicht war dabei unverkennbar, den kleineren Staaten die Untersuchung und das Endurkenntniß über des Hochverraths Angeklagte zu entziehen und diese den größeren in die Hände zu spielen. Allgemein aber fürchteten die kleinen Staaten, dadurch ihrer Souverainetät etwas zu vergeben, und so mußte man diesen Gedanken fallen lassen. Später kam er auf dem Bundestage während des Jahres 1835 mehrmals zur Sprache, erhielt aber zuletzt eine den ursprünglichen Absichten der Großmächte keineswegs entsprechende Erledigung.

Zuletzt (Art. 59) wurde noch bestimmt, daß die Regierungen unter allen Umständen verpflichtet seien, die Conferenzbeschlüsse in ihren Ländern durchzuführen: selbst dann, wenn die bestehenden Verfassungen oder bereits geltende gesetzliche Vorschriften hindernd ent-

Digitized by Google

gegen ständen; in diesem Falle hätten die Regierungen auf die Beseitigung dieser Hindernisse hinzuwirken.

Von den Conferenzbeschlüssen wurden die Artikel über das Bundesschiedsgericht durch den Bundestag bereits am 30. October 1834 angenommen und veröffentlicht; die Bestimmung wegen der Juristenfacultäten wurde 12. November 1834 zu einem Bundesbeschlusse erhoben. Die Beschlüsse wegen der Universitäten wurden 25. Juni 1835 angenommen. Die übrigen Artikel der Conferenzbeschlüsse wurden streng geheim gehalten: erst im Jahre 1843 gelangten sie, und zwar wider Willen der Regierungen, zur Oeffentlichkeit.

Mit den geheimen Beschlüssen der Wiener Ministerconferenzen war das System der Reaction vollendet. Es galt nun, dasselbe durchzuführen. Und dieß geschah überall mit wenigen Ausnahmen. Von dieser Zeit an sinkt das Repräsentativsystem in Deutschland wieder zu eitel Gaukelspiel herab. Die Regierungen bestreiten in übereinstimmender Sophistik den Ständen alle Rechte, deren Ausübung sie zu etwas mehr, als zu bloßen Schatten gemacht hätte, und da sie, die Regierungen, die Gewalt besaßen, so behielten sie natürlich immer Recht. Außerdem war gar bald selbst von den Ständen wenig Widerspruch mehr zu besorgen. Der allgemeine Sieg der Reaction übte unverkennbaren Einfluß auf die Abgeordneten und selbst auf das Volk, welches, bei der gegenwärtigen Sachlage verzweifelnd, den bisher bewiesenen Eifer für die öffentlichen Angelegenheiten nachgerade verlor und das Schlachtfeld der Reaction überließ. Als im Großherzogthum Hessen nach dem im October 1834 aufgelösten Landtage im April 1835 der neue zusammentrat, hatte sich das bisherige Parteiverhältniß bedeutend geändert: die liberale Partei zählte nicht mehr als ein Drittel der Ständeversammlung. Der churhessische Landtag wurde im April 1835 entlassen. Mit dem neuen, welcher im Herbste 1836 zusammentrat, war eine ähnliche Umwandlung der Stimmung, wie mit dem hessendarmstädtischen vorgegangen. Auch die würtembergische Kammer verlor nachgerade ihre Anfangs bewiesene Energie und neigte sich in der Mehrheit dem Ministerium zu; und selbst der badische

Digitized by Google

Landtag gab allmählig die frühere Haltung auf. In der Sitzung vom Jahre 1835 hatte die liberale Partei nicht die Majorität, und nur in einzelnen Fragen, wie bezüglich der Presse, blieb sich die Kammer treu. Einem Antrage Rotteck's, ähnlich dem vom Jahre 1833, den Rechtszustand Badens und Deutschlands in Betracht zu ziehen, widersetzte sich das Ministerium und verbot ausdrücklich dessen Druck: nicht einmal in den Protokollen der Ständeversammlung durfte Rotteck's Rede aufgenommen werden. Man sah deutlich den Einfluß der Wiener Conferenzbeschlüsse. Eines jener drei wichtigen Gesetze des Landtags von 1831, nämlich die Gemeindeordnung, wurde bedeutend geändert, und zwar zum Nachtheil des demokratischen Princips. Die Kammer gab ihre Zustimmung dazu, obschon erst in der Sitzung von 1837, in welcher die liberale Partei bei den inzwischen stattgehabten theilweisen Neuwahlen noch mehr verloren hatte. Bald darauf sollte das constitutionelle Princip in Baden einen noch empfindlichern Verlust erleiden. Im März 1838 starb nämlich der Minister des Innern Winter. Dieser, obschon er in der letzten Zeit die Reaction mit eingeleitet hatte, war doch im Herzen derselben gram — nur gezwungen gab er ihr nach — und suchte ihr so viel wie möglich die Spitzen abzubrechen*). Baden war deshalb in jener Zeit immerhin noch das freieste deutsche Land. Aber schon lange suchte die eigentlich reactionaire Partei Winter zu stürzen. Bereits im Jahre 1835 war ohne sein Wissen der Minister des Aeußern, Herr von Türkheim, ein red-

*) Wie Winter über die Reaction urtheilte, geht aus einer Stelle eines Briefes hervor, den er im Juni 1835 an Rotteck geschrieben, abgedruckt in Hermanns von Rotteck Leben Karls von Rotteck (Nachgelassene Schriften IV. S. 441 folg.). „Was aber die Reaction anbetrifft, haben wir nicht gesehen, daß alle diese Plane seit mehr als 40 Jahren gescheitert sind; wenn die Reactionaire mit der größten Anstrengung ihren Kuchen bis vor das Ofenloch gebracht haben, um ihn in den Ofen zu schieben, daß er noch vor dem Ofenloch in den Koth gefallen ist, und zwar durch Ereignisse, die außer aller menschlichen Berechnung liegen? Wenn ich nun sehe, daß eine höhere Macht den Gang der Dinge lenkt, warum soll ich mich berufen fühlen, dieser Macht in ihr Räderwerk einzugreifen. Die Sache hat noch eine andere Seite. Wie, wenn diese Reactionaire nur Werkzeug der Vorsehung, wenn es ihr Beruf wäre, auf der einen Seite das Rad, das Sie, mein Herr Hofrath,

Digitized by Google

licher, kenntnißreicher und constitutionell gesinnter, wenn auch aristokratischer Staatsmann, entlassen worden und an seine Stelle kam der Herr von Blittersdorf, bisher Gesandter am Bundestage, der Schüler Metternich's, welcher als Mitglied der Commission für Preßangelegenheiten und für hochverrätherische Umtriebe in der Regel der Berichterstatter gewesen und die härtesten Maßregeln vorgeschlagen hatte. Blittersdorf's Eintritt in das badische Ministerium war ein Zeichen, daß die Regierung nun endlich der Reaction sich zuzuwenden entschlossen sei. Winter, schien es, suchte dieselbe noch aufzuhalten. Aber mit seinem Tode war auch dieses Hinderniß hinweggeräumt.

In Deutschland also hatte die Reaction einen vollkommenen Sieg erfochten. Sie begnügte sich aber damit nicht, sondern sie dehnte ihn weiter aus. Das Land, welches ihr vor Allem gefährlich schien, war die Schweiz. Gegen diese begannen sofort die Operationen.

---

und Ihres Gleichen, in ihrer tollen Weise kopfüber kopfunter den Berg hinunter treiben, von Zeit zu Zeit etwas aufzuhalten, damit es nicht Alles zerschmettert, auf der andern Seite aber, wenn es den Athem verlieren und langsamer gehen will, kleine Steine in den Weg zu werfen, die, indem es über sie hinrollt, seinen Lauf wieder befördern; — wenn dieses der Plan der Vorsehung wäre, wer Teufels heißt Sie der Vorsehung in das Handwerk zu pfuschen?"

Fünftes Capitel.

Die Flüchtlinge und die Schweiz.

Der Savoyerzug.

Die Schweiz war der Sammelplatz fast des ganzen europäischen Radicalismus, und zwar ebensowohl wegen ihrer freien republikanischen Einrichtungen, als wegen ihrer geographischen Lage. Die Schweiz liegt gerade in der Mitte dreier Länder, welche außer Polen den mächtigsten Antheil an den revolutionairen Bewegungen der letzten Jahre genommen hatten, und wo die Schwingungen derselben noch keineswegs verklungen zu sein schienen. Die Flüchtlinge nährten wenigstens die Hoffnung, wenn sie ihre Kräfte vereint auf irgend einen Punkt richteten, noch Erfolge erringen zu können.

Am zahlreichsten waren in der Schweiz die italienischen, polnischen und die deutschen Flüchtlinge vertreten. Von letzteren befanden sich daselbst bis Anfang 1835 über 70: einige 60 hielten sich in Paris auf; 30 waren nach Amerika, 4 nach England, 3 nach Belgien gegangen. Die bedeutendsten in der Schweiz waren Dr. Breidenstein, welcher, noch vor dem Frankfurter Attentat verhaftet, im Mai 1833 entsprang; Georg Büchner aus Hessen-Darmstadt, welcher erst 1834 entfloh; Georg Fein aus Braunschweig; Ludwig Frey aus Neustadt an der Hardt, Privatdocent in Bern; Freieisen; Dr. Gärth, Staatsanwalt in Bern; Joseph Garnier; Glück in Chur, später in Bern; Dr. Große; Kombst, 1834 entflohen, früher beim deutschen Bunde angestellt; Lohbauer, der ehemalige Herausgeber des „Hochwächters“; Oesterreicher;

Digitized by Google

Peters; Rheinwald an der Universität Bern; Dr. von Rauschenplat, Privatdocent in Bern; Pistor; Scharpff; Ernst Schüler; Dr. Schulz, 1833 in Darmstadt verhaftet, December 1834 aber aus der Festung entsprungen; Siebenpfeiffer; Stromaier. Polen waren gegen 500 im April 1833 von Frankreich aus nach der Schweiz aufgebrochen, um, wie erwähnt, an dem Frankfurter Attentat Theil zu nehmen. Als dieß mißglückt war, wollte sie die französische Regierung nicht mehr aufnehmen. Sie blieben also in der Schweiz, meistens im Canton Bern.

Es konnte nicht fehlen, daß bei dem Zusammensein so vieler Flüchtlinge der Gedanke entstand, die vereinigten Kräfte zu benutzen, um einen neuen Schlag auszuführen. Zuerst dachte man an Deutschland. Da dieser Plan aber unausführbar erschien, so ging man in einen andern ein, nämlich Italien, und zwar zunächst Savoyen, zu revolutioniren.

Die Seele dieser Unternehmung war Joseph Mazzini. Er war aus einem angesehenen reichen genuesischen Hause, um den Anfang des Jahrhunderts geboren. Einer jener Männer, welche ihr Leben, ihr Glück, ihre Habe, kurz Alles zu opfern entschlossen sind für die Durchführung einer Idee, und an diesem Gedanken nicht nur mit der Lebhaftigkeit der Jugend, sondern selbst mit dem Ernste und der Zähigkeit des Mannes hängen. Mazzini umfaßte von jeher den Gedanken der Befreiung Italiens mit der ganzen Kraft seiner Seele und nahm den regsten Antheil an den revolutionairen Bewegungen, welche bald nach der Julirevolution Ober- und Mittelitalien durchzuckten. Als sie unterlagen, flüchtete er (1831) nach Marseille. Hier beschäftigte ihn der Gedanke der Befreiung seines Vaterlandes unaufhörlich. Er glaubte aber, daß man einen andern Weg einschlagen müsse, als den bisher die Carbonaria gegangen. Dieselbe hatte einen zu centralisirenden Despotismus ausgeübt und zu viel auf Förmlichkeiten gesehen. Mazzini gründete im Jahre 1832 die Gesellschaft des „jungen Italiens“, welche in Kurzem eine große Verbreitung gewann. Schon im Frühlinge 1833 glaubte er die Revolutionirung Savoyens

Digitized by Google

bewerkstelligen zu können: wie wir gesehen, sollte dieser Plan zu derselben Zeit ausgeführt werden, als das Frankfurter Attentat unternommen ward. Als dieses scheiterte, unterblieb jener auch. Bald darauf erfolgten in Genua und Piemont eine Menge von Verhaftungen und Hinrichtungen. Mazzini, der sich unterdessen in die Schweiz nach Genf begeben, arbeitete aber fortwährend an der Ausführung dieses Unternehmens, und endlich, gegen den Schluß des Jahres 1833, war der Plan zur Reife gediehen. Polen, Deutsche und Italiener sollten daran Theil nehmen: in der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar 1834 sollte der Einbruch auf das sardinische Gebiet erfolgen: die Leitung des Unternehmens war dem polnischen General Ramorino anvertraut, der von Mazzini zum Voraus 40,000 Franken dafür erhalten hatte.

Das Unternehmen scheiterte aber vollkommen. Die Verschworenen hatten, wie gewöhnlich, die Sache vorher ausgeplaudert, so daß die Genfer Behörden Kunde davon erhielten. Diese ließen eine Abtheilung der Flüchtlinge, 321 Mann stark, worunter die Deutschen, in dem Augenblick, als sie das Genfer Gebiet verlassen wollten, von bewaffneter Macht umzingeln, entwaffnen und von der Gränze zurückbringen. Eine andere Abtheilung, etwa 400 Mann, brach am 1. Februar 1834, in der That von Carouge aus nach Savoyen ein, zerstörte ein Zollhaus, überwältigte einen kleinen Posten sardinischer Soldaten und besetzte mehrere Dörfer. Aber von einer Theilnahme des Volkes ließ sich nichts verspüren. Ramorino, der überhaupt die ganze Sache mit großer Lässigkeit geführt hatte, und deshalb der Verrätherei angeklagt ward, gab jetzt den Befehl zum Rückzug und war der Erste, welcher die Invasion verließ. Noch an demselben Tage zogen sich daher die Flüchtlinge wieder auf das Schweizer Gebiet zurück.

Der Ausgang dieses Unternehmens war also kläglich genug. Dennoch bot er den Mächten die Handhabe zu feindseligem Auftreten gegen die Schweiz.

Digitized by Google

Die Mächte gegen die Schweiz. Das junge Europa.

Schon das Einbrechen der Polen im Frühlinge 1833 flößte den Mächten, besonders Oestreich und dem deutschen Bunde, große Besorgnisse ein, und damals bereits trat der Bund mit der schweizerischen Eidgenossenschaft in Unterhandlungen. Die Schwierigkeit, diese Sache zu erledigen, lag vor Allem darin, daß Frankreich sich weigerte, die ausgewanderten Polen wieder aufzunehmen, und daß diese selbst keine Lust dazu hatten. Die Unterhandlungen zogen sich nun hin bis zum Savoyerzuge. Als dieses Ereigniß bekannt geworden, so richteten nicht nur die benachbarten Mächte, Sardinien, Oestreich, der deutsche Bund, sondern auch Rußland energische Noten an die Eidgenossenschaft, in welchen sie ohne Weiteres das Ausweisen aller beim Savoyerzuge Betheiligten verlangten. Der Vorort, damals Zürich, antwortete darauf in einem Schreiben vom 18. März, man habe gleich nach dem Savoyerzuge, noch ehe die Noten der Mächte angelangt, beschlossen, die Theilnehmer auszuweisen, könne dieß jedoch nicht eher thun, als bis die ihm entgegenstehenden Hindernisse hinweggeräumt seien. Zugleich verwahrte sich der Vorort gegen jeden etwaigen Eingriff der Mächte in die Selbständigkeit der Schweiz. Aber weder Oestreich, noch der Bund, noch die übrigen Mächte waren durch diese Antwort zufrieden gestellt. Sie richteten neue noch energischere Noten an die Schweiz, in welchen sie im Falle der Weigerung mit Zwangsmaßregeln drohten. Sie verlangten die Ausweisung aller Flüchtlinge, welche direct oder indirect zur Störung der Ruhe der Nachbarstaaten hinwirkten.

Diese Zumuthungen der Mächte erregten in der Schweiz große Erbitterung, vor Allem unter den Radicalen. Es wurden Versammlungen gehalten, Petitionen entworfen, die Regierungen aufgefordert, der Ehre der Schweiz nichts zu vergeben. Auch gab es einige Regierungen, welche im Augenblicke nicht entfernt an Nachgiebigkeit

Digitized by Google

dachten: dahin gehörten vor Allem die von Bern, Luzern und Aargau. Anders dachte der Vorort Zürich und die meisten anderen Cantone. Als die auswärtigen Mächte sich wirklich anschickten, Zwangsmaßregeln gegen die Schweiz vorzubereiten, eine Gränzsperre anzuordnen, den Handwerksgesellen das Reisen in die Schweiz zu verbieten, so gaben sie nach. Bereits unter dem 24. Juni 1834 richtete der Vorort Zürich an die Mächte ein Schreiben, in welchem er die Entfernung aller ihr Asylrecht mißbrauchenden Fremdlinge verhieß. Vier Wochen darauf trat die Tagsatzung diesem Beschlusse bei. Der größte Theil der an dem Savoyerzuge Betheiligten war vorher schon aus der Schweiz ausgewiesen worden.

Mit diesem Verfahren des Vororts gaben sich die Mächte einstweilen zufrieden. Aber bald traten neue Zwiste und Zerwürfnisse ein. Bern, Luzern, Aargau protestirten gegen den Beschluß der Tagsatzung und gaben ihm keine Folge. In der That hielten sich im Canton Bern fortwährend Flüchtlinge, und zwar solche, die sich am Savoyerzuge stark betheiligt hatten, auf: selbst Mazzini. Die Berner Polizei that nicht das Geringste, um den revolutionairen Geist der Flüchtlinge im Zaume zu halten. Am 27. Juli 1834 wurde eine Versammlung von deutschen Handwerkern und Flüchtlingen im sogenannten Steinhölzli bei Bern gehalten. Hier wurden die Farben mehrerer deutscher Regierungen beschimpft, dagegen die dreifarbige deutsche Fahne aufgepflanzt, Freiheitslieder gesungen, revolutionaire Reden gehalten. Die deutschen Regierungen, welche in der Schweiz überall ihre Spione unterhielten, wurden von diesen Vorgange alsbald unterrichtet. Oestreich verlangte Genugthuung: die Regierung von Bern verweigerte sie, indem sie jene Versammlung als ein harmloses Fest hinstellte und zugleich erklärte, freie Meinungsäußerung auf dem Gebiete der Republik nicht unterdrücken zu wollen. Oestreich verbot jetzt den östreichischen Handwerksgesellen den fernern Aufenthalt in Bern: die Regierung weigerte sich, dieses Verbot öffentlich bekannt zu machen. Darauf ließ Oestreich der Berner Regierung durch den Vorort Zürich eröffnen, daß aller diplomatische Verkehr mit

Digitized by Google

ihr abgebrochen sei. Desgleichen thaten die angränzenden deutschen Staaten.

Der Canton Bern führte eine solche Sprache gegen die Mächte, weil er heimlich von Frankreich aufgemuntert ward, welches eben um jene Zeit, wie wir später noch weiter sehen werden, mit den östlichen Cabinetten in keineswegs freundlichen Beziehungen stand. Frankreich wünschte die Spannung der Schweiz gegen die Mächte zu unterhalten, um sie nöthigen Falls benutzen zu können. Nachgerade änderte sich aber wieder das Verhältniß zwischen Frankreich und den Mächten: Ludwig Philipp gab nun wie gewöhnlich den Bundesgenossen, nachdem er ihn benutzt, seinen Gegnern preis, und er verständigte sich mit Oestreich dahin, daß er nicht nur die Schweiz oder vielmehr Bern in keinem Falle unterstützen, sondern daß er sogar die von Oestreich gegen Bern beliebten Maßregeln gutheißen und fördern werde.

Unter solchen Umständen befand sich die Berner Regierung in großer Verlegenheit. Sie näherte sich jetzt wieder Oestreich und suchte durch eine dem Fürsten Metternich Anfang December 1834 eingehändigte Denkschrift die Mißverhältnisse beizulegen. Obschon Bern in dieser Denkschrift eine ganz andere Sprache führte, als bisher, obschon die Regierung versprach, nichts auf ihrem Gebiete zu dulden, was die Ruhe der Nachbarstaaten stören könnte, so war Metternich doch nicht damit zufrieden. Er wollte Bern noch mehr demüthigen. Er verlangte die früher ihm verweigerte Genugthuung wegen der Steinhölzligeschichte. Zugleich erließen auch andere deutsche Bundesstaaten, zunächst die angränzenden, Baiern, Würtemberg, Baden, dann der deutsche Bund, das Verbot für die deutschen Handwerksgesellen, die gesammte Schweiz zu bereisen. Denn mit dem Jahre 1835 wurde Bern Vorort, und da man annehmen zu wollen schien, als ob sodann die Berner Politik die der gesammten Schweiz werden würde, so wollte man durch jene Maßregel die ganze Schweiz den Haß fühlen lassen, den man gegen Bern hegte. Endlich entschloß sich denn Bern wirklich zur Nachgiebigkeit. Die Regierung nahm Veranlassung von dem ihr angezeigten Todesfalle des Kaisers Franz von Oestreich und der

Digitized by Google

Thronbesteigung Ferdinand's: in dem Antwortschreiben (21. März) leistete Bern die gewünschte Genugthuung wegen der Steinhölzligeschichte, indem dieses ein „bedauerliches und gemißbilligtes Ereigniß" genannt wurde. Damit gab sich endlich Metternich, und ebenso die deutschen Regierungen, denen ähnliche Schreiben zugesandt wurden, zufrieden. Denn thatsächlich hatte die Berner Regierung hinsichtlich der Flüchtlinge schon seit geraumer Zeit ein ganz anderes Verfahren angewendet, wie das früher zur Schau getragene, und bald sollte es sich sogar in das vollkommene Gegentheil verkehren.

Uebrigens hatte jener frühere Beschluß der Tagsatzung nur einen Theil der Flüchtlinge getroffen, und selbst von den damals ausgewiesenen verließen nicht alle die Schweiz: Andere kamen nach einiger Zeit wieder zurück. Ja, seitdem nahm das Treiben der Flüchtlinge einen immer revolutionaireren Charakter an. Mazzini faßte gleich nach dem Savoyerzuge den Gedanken, einen geheimen politischen Bund zu stiften, der sich über alle Völker Europas ausdehnen, und von dem der Mittelpunkt und die oberste Leitung in der Schweiz sich befinden sollte. Der Zweck dieses Bundes, das „junge Europa" genannt, sollte die Revolutionirung und Republikanisirung von ganz Europa sein. Der Wahlspruch war: „Freiheit — Gleichheit — Humanität." Das „junge Europa" theilte sich nun wieder in verschiedene, den Völkern Europas entsprechende Bünde. Außer dem „jungen Italien" hatten sich im April 1834 bereits ein „junges Polen" und ein „junges Deutschland" gebildet, dem sich bald auch eine „junge Schweiz" anschloß. An der Spitze des „jungen Italien" stand außer Mazzini noch Ruffini, an der Spitze des „jungen Deutschland" Dr. Breidenstein, Stromaier, Peters, Ernst Schüler. Es wurden auch Versuche gemacht zu der Gründung eines „jungen Frankreich" und eines „jungen Spanien." Das „junge Spanien" entfaltete in Spanien selbst eine ziemlich bedeutende Wirksamkeit, scheint aber mit dem „jungen Europa" in keiner Verbindung gestanden zu haben. Das „junge Frankreich" war von keiner Bedeutung. Auch das „junge Polen" verschwand bald wieder, seit der Ausweisung der polnischen Flücht-

Digitized by Google

linge aus der Schweiz, und es blieben also nur das „junge Italien," die „junge Schweiz" und das „junge Deutschland" zurück. Das letztere war am zahlreichsten vertreten. Nicht nur ein großer Theil der Flüchtlinge trat in diese Verbindung — die bedeutenderen hielten sich indessen fern —, sondern auch viele Handwerker wurden hineingezogen: sie soll gegen 300 Mitglieder gezählt haben. Uebrigens hatten auch diese Verbindungen keine rechte Wirksamklit. Sie konnten sich untereinander nicht verständigen über die Mittel und Wege: persönliche Antipathien kamen hinzu. So verging das „junge Europa" in sich selber, ehe diese Gesellschaft es zu irgend einer Lebensfähigkeit gebracht hatte.

Das „junge Italien" entfaltete noch die größte Thätigkeit. Es gelang ihm, in den benachbarten italienischen Staaten fortwährend Verbindungen zu unterhalten, trotz der Thätigkeit der Polizei und trotz dem, daß hie und da Mitglieder des „jungen Italiens" entdeckt, eingekerkert, hingerichtet wurden. Dagegen scheint das „junge Deutschland" die Gränzen der Schweiz nicht überschritten zu haben. Und die „junge Schweiz," ohnedieß aus wenig Mitgliedern bestehend, löste sich bald ganz auf, um in andere Verbindungen überzugehen.

Die einzige That von Bedeutung, welche von der Gesellschaft des „jungen Europa" ausgegangen zu sein schien, und welche einen gewissen Schrecken vor ihr hertrug, war die Ermordung des Studenten Lessing am 3. November 1835 bei Zürich. Wie bereits angedeutet, unterhielten die deutschen Regierungen in der Schweiz eine Menge von Spionen, welche sich in die Gesellschaften der Flüchtlinge eindrängen, dort die Uebertriebenen spielen und sie ausforschen mußten. Eine Zeitlang trieben sie ungestraft ihr Wesen. Dann aber wurde hie und da ein Spion entdeckt. Um sich vor dergleichen Kundschaftern zu retten, beschlossen nun die Flüchtlinge, an ihnen Rache zu üben. Sie richteten eine Art Vehme unter sich ein, wonach jeder Verräther mit dem Tode bestraft werden sollte. Schon früher waren mehrere Ermordungen, meist an Italienern, verübt worden. Jetzt traf dieses Schicksal auch einen Deutschen. Der Student Lessing galt als Spion

Digitized by Google

der preußischen Regierung. Am Abende des 3. November 1835 wurde er in ein Gehölz in der Nähe von Zürich gelockt und dort ermordet. Die Untersuchung führte durchaus zu keinem Ergebniß. Noch heute sind die Thäter unentdeckt, obschon gewiß ist, daß der Mord ein politischer gewesen. Diese That war aber zu bedeutsam, als daß sie zu keinen weiteren Maßregeln gegen die Flüchtlinge hätte führen sollen. Als diese angewendet wurden, im Sommer 1836, hatte indeß die Reaction nicht nur in Mitteleuropa sondern auch in Frankreich den entschiedensten Sieg erfochten.

Digitized by Google

Sechstes Capitel.

Die Quadrupelallianz.

Belagerung Antwerpens.
Friede zwischen Belgien und Holland.

Bis zum Jahre 1834 hatten die absoluten Mächte den Liberalismus in Deutschland und Italien vollkommen überwältigt, und selbst die Schweiz hatte sich wenigstens in der Flüchtlingsfrage ihren Forderungen fügen müssen. Aber während der Absolutismus in Mitteleuropa so große Siege erfochten, konnte er sich im Westen nicht gleicher Erfolge rühmen: im Gegentheile, hier gestalteten sich gerade um jene Zeit die Dinge in einer Weise, daß der Liberalismus das unzweifelhafte Uebergewicht zu erlangen schien.

Wir haben gesehen: in Italien sowohl wie in Deutschland verdankte der Absolutismus seine Siege zum großen Theile dem Verhalten Ludwig Philipp's. Dieser befolgte die oben dargestellte Politik in der Hoffnung, von den absoluten Mächten zu Gnaden aufgenommen zu werden. Aber alle seine Nachgiebigkeit, all' sein Eingehen in die Plane der absoluten Cabinette hatte nicht vermocht, ihre Mißstimmung gegen den Julithron und das Mißtrauen gegen dessen Politik zu beseitigen. Im Gegentheile, die feindliche Stellung der absoluten Cabinette verstärkte sich mit jedem Siege über das liberale Princip. Ludwig Philipp sah sich nun schon durch die Selbsterhaltung genöthigt, eine ähnliche Politik anzuwenden, wie die bei der Besetzung von Ancona, das heißt, sich an die liberalen Ideen anzu-

Digitized by Google

schließen und dadurch seine Kräfte zu verstärken: die nothwendige Folge davon war aber zugleich die Verstärkung des Liberalismus. Das Letztere lag zwar nicht im Plane Ludwig Philipp's: es war aber nicht zu umgehen.

Die nächste Frage, bei welcher der Widerstreit des absoluten Ostens mit dem liberalen Westen zu Tage kam, war die belgische.

Wir haben gesehen: bis zum Sommer 1832 hatte sich unter den Einflüssen der absoluten Mächte die Frage keineswegs zum Vortheile Belgiens gestaltet. Diese hatten zwar die Uebereinkunft vom 11. November 1831 ratificirt, jedoch unter Vorbehalten, welche dem Könige von Holland die Veranlassung geben konnten, gegen die 24 Artikel Einwendungen zu machen. Dieß geschah wirklich von seiner Seite, und endlich erklärte er förmlich, daß er sie nicht anzunehmen gesonnen sei.

Was war nun zu thun? Ludwig Philipp sah bei all' seiner Nachgiebigkeit gegen die östlichen Cabinette doch so viel ein, daß er unter allen Umständen die Unabhängigkeit Belgiens aufrecht erhalten müsse. Dieser Staat war ihm ein zu nothwendiges Bollwerk gegen die etwaigen Kriegsgelüste der absoluten Mächte. Deshalb gab er auch dem Könige Leopold seine älteste Tochter zur Gemahlin: die Vermählung erfolgte am 9. August 1832. Und nun durfte er auch nicht länger mit energischen Maßregeln zögern, um die Existenz dieses Staates zu sichern und den König von Holland zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Frankreich verständigte sich mit England. In der Sitzung der Conferenz vom 1. October 1832 erklärten diese beiden Staaten, daß sie gegen den König von Holland physische Zwangsmaßregeln eintreten zu lassen entschlossen seien. Die drei absoluten Mächte, obschon sie die Nothwendigkeit von Zwangsmaßregeln nicht abzuläugnen wagten, wollten sich jedoch nur zu pecuniairen, nicht zu physischen verstehen. Da man sich nicht einigen konnte, wurden die Verhandlungen abgebrochen, die Conferenz löste sich auf. Frankreich und England schlossen aber am 22. October 1832 einen Vertrag, zufolge dessen sie sich verpflichteten, zur Vollziehung der 24 Artikel

Digitized by Google

vom 15. November zu schreiten; der Anfang dieser Vollziehung solle mit der Gebietsräumung gemacht werden; die holländische und belgische Regierung seien zu ersuchen, diese Räumung beiderseits am 12. November zu bewerkstelligen; gegen diejenige dieser Regierungen, welche am 2. November ihre Einwilligung nicht gegeben habe, sollte Gewalt angewendet werden; im Falle einer Weigerung von Seite Hollands seien die holländischen Schiffe mit Beschlag zu belegen, und am 15. November solle eine französische Armee in Belgien einrücken, um die Citadelle von Antwerpen zu belagern.

Die belgische Regierung erklärte, den Forderungen der beiden Mächte zu entsprechen: die holländische aber weigerte sich. Sofort begannen die Operationen. Es handelte sich vor Allem darum, die Citadelle von Antwerpen, welche nach dem Vertrage vom 15. November den Belgiern zuerkannt worden war, welche aber die Holländer immer noch im Besitze hatten, ihnen abzunehmen und ferner die von ihnen gesperrte Schelde frei zu machen. Am 15. November 1832 überschritt die französische Armee unter Marschall Gérard die Gränze; am 19. stand sie unter den Mauern von Antwerpen. General Chassée befehligte die Citadelle.

Allgemein glaubte man damals an einen europäischen Krieg. Man dachte nicht, daß die absoluten Mächte die Feindseligkeiten, welche von Frankreich und England gegen den König von Holland ausgeübt wurden, ruhig mit ansehen würden: um so weniger glaubte man dieß annehmen zu dürfen, als ein preußisches Armeecorps gegen den Rhein vorrückte und eine Stellung zwischen diesem Strom und der Maas einnahm. Nichts destoweniger kam es zu keinem allgemeinen Kriege. Offenbar hielten sich die absoluten Mächte noch für zu schwach, um aus diesem als Sieger hervorzugehen: denn damals war weder in Deutschland noch in Italien der Liberalismus vollständig besiegt: ein allgemeiner Krieg hätte diesem einen neuen Schwung gegeben, und der Ausgang war wenigstens noch sehr zweifelhaft. Man ließ also von Seite der absoluten Mächte Frankreich und England gewähren. Aber auch diesen war es nicht im Geringsten um einen

Digitized by Google

allgemeinen Krieg zu thun. Sie beeilten sich, der Welt zu zeigen, daß der Feldzug gegen Holland in der That keinen andern Zweck gehabt, als den König zur Annahme der Beschlüsse der Conferenz zu zwingen.

Die Citadelle von Antwerpen, nachdem sie Chassée heldenmüthig vertheidigt, mußte sich am 23. December 1832 den Franzosen übergeben. Sie wurde sofort von den Belgiern besetzt. Auch die Forts Lillo und Liefkenshök, wodurch die Schelde gesperrt werden konnte, verlangte Marschall Gérard von General Chassée: dieser bewilligte auch die Herausgabe, aber der König von Holland weigerte sich, diese Uebereinkunft gutzuheißen. So verblieben diese Forts in den Händen der Holländer, wodurch sich die Belgier veranlaßt sahen, auch die holländischen Theile der Provinzen Luxemburg und Limburg nicht herauszugeben. Chassée aber und die ganze Antwerpner Besatzung blieben französische Kriegsgefangene. Gleich nach der Eroberung Antwerpens verließ das französische Heer den belgischen Boden: der Kriegslärm verstummte im Augenblicke, und die Gefahr eines europäischen Krieges war somit beseitigt.

Nun wurden die Unterhandlungen zwischen den Cabinetten von Paris und London und dem Könige von Holland wieder aufgenommen. Sie führten endlich zu der Uebereinkunft vom 21. Mai 1833, wonach zwischen Belgien und Holland so lange die Waffen ruhen sollten, bis ihre Verhältnisse durch einen definitiven Vertrag geregelt seien. Beide Mächte bleiben in dem Besitze der Länder, welche sie inne haben. Holland verspricht die freie Schifffahrt auf der Schelde und auf der Maas; dagegen erhält es die Kriegsgefangenen zurück und werden die mit Beschlag belegten Schiffe freigegeben.

Diesem Vertrage folgte ein weiterer, vom 18. November 1833, welcher die Militairverbindungen der Festung Maestricht regelte. Im Anfange des Jahres 1835 hatte es zwar den Anschein, als ob Holland von Neuem den Krieg gegen Belgien beginnen wolle, indem es von dem im December 1834 erfolgten Sturze des Whigministeriums Vortheil zu ziehen hoffte: da aber das neue Toryministerium nur bis April 1835 sich halten konnte, so stellte auch Holland wieder seine

Digitized by Google

Rüstungen ein. Endlich, im Jahre 1838, erklärte der König von Holland seine Zustimmung zu den 24 Artikeln, welche er bis dahin verweigert hatte. Hiemit waren die Streitigkeiten zwischen Belgien und Holland erledigt: die belgische Unabhängigkeit gesichert und allenthalben anerkannt.

In der belgischen Angelegenheit also war das absolute Princip unterlegen. Und der Sieg, welchen der Liberalismus hier erfochten, stellte sich um so bedeutender heraus, wenn man bedenkt, daß an der höchst freisinnigen belgischen Verfassung nichts geändert ward, vielmehr das liberale Princip hier ungestört sich entwickeln konnte.

Aber um dieselbe Zeit machte auch auf der pyrenäischen Halbinsel der Liberalismus seine Eroberungen, und die Stellung, welche hiebei Frankreich und England einnahmen, ließ sie den absoluten Mächten noch viel gefährlicher erscheinen, als bei der Schlichtung der belgischen Frage.

Der Bürgerkrieg in Portugal bis zum Ende des Jahres 1833.

Dom Pedro hatte bis zum Frühlinge des Jahres 1832 seine Rüstungen vollendet. Am 27. Juni ging er von Terceira aus mit seinem 7500 Mann starken Heere unter Segel, und landete am 7. Juli in Oporto. Die miguelistische Besatzung entfloh, Dom Pedro setzte sich also ohne Widerstand in Besitz der Stadt. Die Hoffnung jedoch, daß sich alsobald auf die Nachricht von seiner Landung das ganze Volk auf seine Seite stellen werde, ging nicht in Erfüllung. Nur einzelne Versuche wurden dazu gemacht, die aber sogleich unterdrückt wurden. Denn Dom Miguel hatte überall die nöthigen Vorbereitungen getroffen, um Empörungen zu verhindern oder in der Geburt zu ersticken. Und er wurde hierin eifrigst von der Geistlichkeit unterstützt, welche Dom Pedro's freie religiöse Ansichten und seinen Haß gegen die Pfaffen kannte und daher in dem Siege desselben zugleich ihren eigenen Sturz erblickte. Sie fanatasirte also das

Digitized by Google

Volk gegen den Bruder Dom Miguel's, und bei der schrecklichen sittlichen und geistigen Verwahrlosung des Volkes, das eigene Werk der Geistlichkeit, war es ihr leicht, zum Zwecke zu gelangen. Dom Pedro, auf diese Weise blos auf sein kleines Heer, das er allerdings in Oporto vermehrte, beschränkt, konnte es nicht wagen, in das innere des Landes einzudringen: er blieb daher in Oporto stehen, welches er bestmöglichst verschanzte.

Dom Miguel hatte nicht sobald die Nachricht von der Landung seines Bruders in Oporto erhalten, als er den Befehl ertheilte, die Stadt anzugreifen. Es setzte sich ein ziemlich zahlreiches Heer dagegen in Bewegung, und bereits im September 1832 begannen die Stürme.

Oporto wurde jedoch von Dom Pedro tapfer vertheidigt und trotz der immer nachrückenden Verstärkungen, trotz der Anwesenheit Dom Miguel's selbst, gelang es nicht, die Stadt einzunehmen. Der Kampf um Oporto zog sich ohne Erfolg von Seite der Miguelisten bis in den Sommer 1833 hinein. Um die Mitte des Jahres aber erfolgte eine Wendung zu Gunsten Dom Pedro's.

Er hatte indessen Verstärkungen erhalten durch Freiwillige aus England, Frankreich und eine Anzahl Polen. An die Spitze seiner Flotte trat ein versuchter englischer Seeheld, der Capitain Napier. Dieser führte in Verbindung mit dem General Villaflor, der zum Herzog von Terceira ernannt worden war, eine That aus, welche auf einmal den Schauplatz des Krieges veränderte. Napier und Villaflor segelten nämlich mit einer Anzahl Truppen, die man in Oporto entbehren konnte, an die südliche Küste von Portugal. Hier landete Villaflor, drang in die Provinz Algarbien ein, welche fast ganz von Truppen entblößt war, nahm dieselbe in Besitz, verstärkte seine Truppen, und zog gegen Lissabon heran. Tellez Jordao stellte sich ihm am 23. Juli entgegen, wurde aber gänzlich geschlagen: er selber verlor dabei sein Leben. Kurz vorher, am 5. Juli, war Napier mit der miguelistischen Flotte in der Nähe von Lissabon zusammengestoßen. Er griff sie an trotz ihrer Uebermacht, schlug sie gänzlich, und nahm die Schiffe größtentheils weg. Die miguelistische

Digitized by Google

Flotte war somit vernichtet. Auf die Kunde von diesen Unfällen ergriff Miguel's Stellvertreter in Lissabon, der Herzog von Cadaval, mit den Truppen, die noch in der Stadt lagen, die Flucht. Sofort brach in Lissabon eine Empörung aus: die politischen Gefangenen wurden befreit, die Zeughäuser erstürmt, Donna Maria als Königin ausgerufen. Nun stand Villaflor nichts mehr im Wege, in Lissabon einzuziehen. Am 24. Juli rückte er daselbst ein, unter dem endlosen Jubel der Bevölkerung. Bald darauf kam auch Dom Pedro in der Hauptstadt an.

Nach dem Falle Lissabons hofften die Anhänger Dom Pedro's den Krieg bald beendigt zu sehen. Sie täuschten sich aber. Denn auch Dom Miguel hatte sich inzwischen verstärkt, wenn auch nicht mit physischen, so doch mit geistigen Kräften. Die absolutistische Partei in ganz Europa erkannte in jenem Streite zwischen den zwei Brüdern den Kampf zwischen dem absolutistischen und constitutionellen Principe, und glaubte daher Dom Miguel unterstützen zu müssen. Besonders aber die französischen Legitimisten strengten sich an: sie sandten ihm eine Menge Offiziere, unter Anderen den Marschall Bourmont, welcher, um die Mitte des Jahres 1833 angekommen, von nun an die Oberleitung des miguelistischen Heeres übernahm. Um dieselbe Zeit, als Villaflor jene erwähnte Waffenthat ausführte, unternahm Bourmont noch einmal einen furchtbaren Angriff auf Oporto, welcher Dom Pedro viele Leute kostete, indessen doch nicht glückte. Die Belagerung Oportos wurde nun aufgegeben: das Hauptheer Dom Miguel's zog gegen Lissabon heran: vor den Mauern der Hauptstadt kam es zu einem mörderischen Treffen: Dom Miguel mußte sich aber zurückziehen, und er nahm nun eine feste Stellung in Santarem ein.

Von nun an wogte das Kriegsglück hin und her. Und nicht blos die Waffen entschieden keineswegs immer zu Gunsten Dom Pedro's, sondern auch in anderer Beziehung stellten sich ihm Widerstände entgegen. In seinem Lager fehlte es nicht an Uneinigkeit und Verwirrung. Er ließ sich zu sehr von Günstlingen leiten und gab

Digitized by Google

ihren Intriguen Raum, wodurch es denn häufig geschah, daß er tüchtige Persönlichkeiten von sich entfernte und außer Thätigkeit setzte, welche seiner Sache mehr genutzt hätten, als jene Intriguanten. Sodann legte er bald nach der Besitznahme von Lissabon einen Geist der Rachsucht und der Verfolgung an den Tag, welcher nur zu sehr daran erinnerte, daß er der Bruder Dom Miguel's wäre. Die Anhänger desselben wurden auf das Härteste bestraft, ihrer Stellen entsetzt, oft ihrer Güter beraubt. Besonders aber der Geistlichkeit ließ er seine Rache fühlen. Der päpstliche Nuntius wurde aus dem Lande gewiesen, weil er mit Dom Miguel in Uebereinstimmung gehandelt; alle Bisthümer und Erzbisthümer, welche Dom Miguel besetzt, für erledigt erklärt; eine Menge von Geistlichen ihrer Stellen beraubt; viele Klöster aufgehoben und ihre Güter als Nationalgüter eingezogen; alle Novizen, welche sich in Klöstern zur Zeit aufhielten, aus denselben entlassen; allen geistlichen Orden verboten, Novizen aufzunehmen; sämmtliche geistliche Patronatsrechte aufgehoben. Man kann sich denken, daß die Pfaffen Alles aufboten, um Dom Pedro's Sache nicht aufkommen zu lassen, daß sie nichts unversucht ließen, um das Volk gegen ihn aufzubringen, und daß selbst ein großer Theil des Adels, welcher Dom Miguel angehangen, seinen ganzen Einfluß verwandte, um eine Regierung zu bekämpfen, welche ihm so schlechte Aussichten eröffnete.

Bis gegen das Ende des Jahres 1833 war daher in Portugal zwischen den beiden streitenden Parteien noch gar nichts entschieden. Ja, in diesem Augenblicke war ein Moment hinzugekommen, welches leicht gegen Dom Pedro entscheiden konnte: das waren die Ereignisse in Spanien seit dem Tode Ferdinand's VII.

Spanien bis zum Anfange des Jahres 1834.

Ferdinand VII. war viermal vermählt. Aus seinen drei ersten Ehen waren keine Kinder vorhanden. Die vierte Gemahlin jedoch,

Digitized by Google

Christine, Tochter des Königs Franz I. von Neapel, Schwester der Herzogin von Berry, seit dem 11. December 1829 mit Ferdinand VII. verheirathet, hatte ihm zwei Töchter geboren: Isabella, geboren am 10. October 1830, und Luise, geboren 30. Januar 1832. Es ist natürlich, daß Ferdinand VII. für seine Kinder den spanischen Thron erhalten wünschte. Diesem Wunsche stand aber ein Hinderniß entgegen: nämlich das Gesetz vom 10. Mai 1713, welches Philipp V., der Begründer der bourbonischen Dynastie in Spanien, gegeben, wornach die Frauen von der Thronfolge ausgeschlossen sein sollten, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sein würden. Indeß ein unumschränkter König konnte ein solches Hinderniß hinwegräumen. Bereits am 29. März 1830, als Christine sich schon in der Hoffnung fühlte, hob Ferdinand VII. das Gesetz von 1713 auf und stellte das alte Gesetz wieder her, wornach die Thronfolge zwar in einer Linie und gleichem Grade zuerst den männlichen Nachkommen zusteht, das weibliche Geschlecht aber nicht nur überhaupt erbfolge- und regierungsfähig ist, sondern auch die dem Grade und der Linie nach nähere Frau die entfernten männlichen Verwandten ausschließt, also die Tochter eines Königs ihren Oheimen vorgeht.

Aber mit dieser Handlung Ferdinand's war sein Bruder Don Carlos durchaus nicht einverstanden, da er hiermit von der Regierung ausgeschlossen wurde, während er nach dem Gesetze von 1713 der rechtmäßige Thronfolger gewesen wäre. Und Don Carlos stand nicht allein, sondern er war von einer außerordentlich mächtigen Partei unterstützt, von der apostolischen Junta, welche bei dieser Frage in sofern betheiligt war, als sie Don Carlos als ihr vollkommenes Werkzeug betrachten konnte, so daß sie also durch seine Thronbesteigung zum unbestrittenen Besitze der Herrschaft gekommen wäre. Schon öfter war sie damit umgegangen, Ferdinand vom Throne zu stürzen und Don Carlos hinaufzusetzen: selbst offene Empörungen hatte sie nicht gescheut: sie mißglückten jedoch. Auch der Versuch der apostolischen Junta, Ferdinand von seiner letzten Vermählung abzuhalten, weil sie fürchtete, daß aus dieser Ehe noch Kinder entstehen würden,

Digitized by Google

scheiterte. Und als ihre Besorgniß sich bewahrheitete, als Ferdinand sogar durch die Aufhebung des Gesetzes von 1713 Don Carlos förmlich vom spanischen Throne ausschloß, so glaubte sie keine Mittel mehr scheuen zu dürfen, um den Eintritt jenes Ereignisses zu verhindern, sei es, daß man den König bestimmte, das Gesetz vom März 1830 zurückzunehmen, sei es, daß man es mit der Empörung versuchte.

Auf der andern Seite erblickte die liberale Partei in diesen Verhältnissen den Keim einer schönern Zukunft. Das Glaubensbekenntniß der apostolischen Junta war nämlich der äußerste weltliche und pfäffische Despotismus. Bestieg daher Don Carlos den spanischen Thron, so war nicht nur an das Aufgeben des Absolutismus nicht im Geringsten zu denken, sondern die Willkürherrschaft drohte noch furchtbarer zu werden, wie bisher; denn das gerade hatte die apostolische Junta an Ferdinand VII. zu tadeln, daß er gegen die Liberalen nicht noch grausamer und tyrannischer aufgetreten, als er gethan. Hingegen war die Regierung, wie sie nach dem Gesetze von 1830 eintreten sollte, auf freisinnigere und mildere Grundsätze angewiesen, und durch die Umstände früher oder später zu dem constitutionellen Systeme hingetrieben. Es ist daher natürlich, daß die Liberalen sich für das Gesetz von 1830 entschieden, während die Apostolischen Alles aufboten, um es zu bekämpfen.

Nun geschah es, daß im September 1832 Ferdinand VII. schwer erkrankte. Die Krankheit erschien so gefährlich, daß man seine baldige Auflösung für unvermeidlich erkannte. Diesen Augenblick suchte die apostolische Junta bestens zu benutzen: sie ließ den König durch seinen Beichtvater, durch seinen Minister Calomarde, den sie für sich gewonnen, und durch andere Personen seiner nächsten Umgebung so bearbeiten, daß er das Gesetz vom 29. März 1830 wieder aufhob und demnach seine eigenen Kinder von der Thronfolge ausschloß. Wider Aller Vermuthen aber erholte sich Ferdinand wieder von seiner Krankheit, und er bereute jetzt die Erklärung, welche ihm von der apostolischen Junta abgelistet worden war. Am 1. October 1832 entließ er seine bisherigen Minister und seinen Beichtvater, und am

Digitized by Google

6. übertrug er seiner Gemahlin für die Dauer seiner Krankheit die Leitung der Staatsgeschäfte. Christine sah augenblicklich ein, daß sie etwas thun müsse, um die öffentliche Meinung zu gewinnen. Sie erließ also eine Amnestie, welche sich auf alle Staatsverbrecher ausdehnte, mit Ausnahme derer, welche in Sevilla für die Absetzung des Königs gestimmt und welche bewaffnete Macht gegen ihn befehligt hatten. Den Zurückkehrenden sollten ihre Güter und Ehrenzeichen zurückgegeben und alle Processe politischer Natur niedergeschlagen werden. An die Spitze des Ministeriums wurde Zea Bermudez gestellt, welcher zwar von einer constitutionellen Verfassung vorderhand nichts wissen wollte, aber doch eine mildere Verwaltung einführte und viele Verbesserungen vorbereitete. Am 31. December 1832 erklärte Ferdinand VII. in einer feierlichen Versammlung der Minister, Prälaten, Granden, das Decret, durch welches er während seiner Krankheit das Gesetz vom 29. März 1830 umgestoßen habe, für erschlichen und nichtig und setzte dieses wieder in Kraft. Am 4. Januar 1833 übernahm er selber wieder die Leitung der Geschäfte, und um seinem Willen eine noch größere Kraft zu verleihen, berief er auf den Betrieb seiner Gemahlin am 20. Juni 1833 die Cortes, um seiner Tochter Isabella den Eid der Treue zu leisten, was auch geschah.

Die apostolische Junta war durch die letzten Vorgänge auf das Aeußerste gebracht: sie sah deutlich voraus, daß, falls der Wille des Königs vollzogen wurde, eine vollkommene Umwandlung des politischen Zustandes von Spanien die nothwendige Folge sei und daß es sodann um sie ganz geschehen wäre. Sie strengte daher alle ihre Kräfte an, um die Bevölkerung gegen das Gesetz von 1830 und die Thronerbin Isabella aufzubringen, zettelte bereits Verschwörungen an und bereitete einen Aufstand vor. Ferdinand VII. verwies jetzt Don Carlos aus Spanien. Dieser begab sich nach Portugal zu seinem Neffen Dom Miguel und machte mit ihm gemeine Sache. Von Portugal aus erklärte er seinem Bruder, daß er das Gesetz von 1830 nicht anerkenne und seine Ansprüche auf den spanischen Thron nie aufgeben werde. Darauf erhielt er von Ferdinand den Befehl, Portugal zu

Digitized by Google

verlassen und sich nach Italien zu begeben. Dieser Befehl wurde aber nicht beachtet. Vielmehr vereinigte Don Carlos die Kräfte, welche ihm zu Gebote standen, mit denen Dom Miguel's, um ihm zum Siege zu verhelfen: wogegen dann dieser sich verpflichtete, Don Carlos in seinen Ansprüchen zu unterstützen.

Endlich starb Ferdinand VII. am 29. September 1833. Sofort erklärte sich Don Carlos von Portugal aus zum Könige von Spanien, und seine Anhänger begannen allenthalben den Bürgerkrieg. In den baskischen Provinzen, in Navarra, Aragonien, Castilien, Catalonien erhoben die Carlisten die Waffen, bildeten sich zu Guerillas und hatten in Kurzem ganze Provinzen in den Aufruhr hineingerissen. Man sah: diese Partei war gut organisirt. Die Führer hatten es verstanden, beim Volke die rechten Saiten anzuschlagen, um es für die Sache des Prätendenten zu entflammen. Besonders die Geistlichkeit, in so inniger beständiger Berührung mit dem Volke, versäumte keines der ihr zu Gebote stehenden Mittel, um auf die Bevölkerung zu Gunsten Don Carlos zu wirken. Daher kam es, daß namentlich die Bauern, in Bildung ohnedieß zurück, und den Einflüssen der Pfaffen gänzlich preisgegeben, die Sache des Prätendenten ergriffen. Anderen, wie den Basken, stellte man vor, daß ihnen ihre alten Rechte von der neuen Regierung genommen seien, während Don Carlos sie alle bestätigte. Genug: schon im October 1833 war die Partei Don Carlos so mächtig angeschwollen, daß in einzelnen Provinzen Regierungen unter seinem Namen errichtet werden konnten.

Was konnte die Königin dem entgegensetzen? Ferdinand VII. hatte sie kurz vor seinem Tode zur Regentin ernannt und ihr noch einen Rath an die Seite gegeben. Auf ihr lag also die ganze Wucht der Verwaltung. Präsident des Ministeriums war immer noch Zea Bermudez, der sich allerdings mit allerlei Verbesserungen herumtrug. Diese konnten aber nicht helfen jetzt, da der Noth des Bürgerkriegs augenblicklich entgegengetreten werden mußte. Aber dazu fehlte es an Allem. Die Regierung Ferdinand's VII. hatte alle Theile der Verwaltung in der äußersten Zerrüttung zurückgelassen: das Heer in

Digitized by Google

dem schlechtesten Stande, angeblich auf 75,000 Mann sich belaufend, aber kaum zum dritten Theil zu gebrauchen, weil für die Uebrigen die Ausrüstung fehlte: kein Geld im Staatsschatze, um das Fehlende anzuschaffen: dabei keine brauchbaren Generale. Die Folge war, daß die Truppen, weit entfernt, des Aufruhrs Herr zu werden, ihn nur noch weiter anfachten, da die Banden der Carlisten, kühn gemacht durch einige gewonnene Vortheile, immer weiter vordrangen und überall Verstärkungen fanden. Der Pfarrer Merino, bekannt aus dem Bürgerkrieg vom Jahre 1822, schweifte mit seinen Schaaren ungestraft bis in die Nähe von Madrid. Dazu kam, daß die Carlisten bekannte versuchte Führer besaßen, während die Generale der Königin alle Augenblicke wechselten: ließ sich einer schlagen, wurde er abgerufen und durch einen andern ersetzt, den bald das nämliche Schicksal erreichte.

Es konnte keinem Unbefangenen entgehen, daß gegen die Carlisten keine Erfolge zu erringen seien, so wie man ihnen nicht eine Idee entgegensetzte, für welche sich die Menschen zu entflammen vermochten. Stritten jene für den legitimen Thronerben, für den absoluten König, für den Freund der Geistlichkeit, so konnten sie nur durch das liberale Princip mit Erfolg bekämpft werden. Es war nothwendig, daß die Regentschaft den Absolutismus beseitigte und dadurch, daß sie eine freie Verfassung gab, die edleren Kräfte der Nation für ihre Sache interessirte. Auch fehlte es nicht an Männern, welche alsobald nach dem Tode Ferdinands der Königin Christine die Nothwendigkeit einer solchen Handlungsweise auf das Gründlichste darlegten. Besonders that dieß der Marquis von Miraflores*). Aber der Minister Zea Bermudez wollte darauf nicht eingehen. Eine Constitution war ihm ein Gräuel: er glaubte über die Carlisten Herr werden zu können, ohne daß er den Liberalen Zugeständnisse machte, und versäumte durch diese Verblendung eine außerordentlich kostbare Zeit.

*) Memorias vom Marquis von Miraflores. Aus dem Spanischen von Starklof. Leipzig 1847. I. 39. 40.

Digitized by Google

Erst nachdem die Carlisten immer größere Erfolge gewonnen, nachdem die öffentliche Meinung immer lauter geworden, nachdem in der unmittelbaren Umgebung der Königin die liberale Ansicht immer weiter um sich gegriffen, sah Christine ein, daß Zea Bermudez Meinung nicht mehr zu halten sei. Anfang 1834 wurde er also entlassen, und Martinez de la Rosa, bekannt aus den zwanziger Jahren her, trat an die Spitze des Ministeriums.

Die Gefährlichkeit der Lage entging ihm keinen Augenblick. Die Regierung glaubte sich in der That auf die Länge nicht gegen die Carlisten halten zu können, da die Schaaren derselben von Tag zu Tag anwuchsen, und mit dem Anfange des Jahres 1834 in der Person des Zumalacarreguy einen General erhalten hatten, welchem kein einziger unter den Führern der Christinos gewachsen war. Und dazu kam, daß der Bürgerkrieg in Portugal noch nicht beendet war, daß von da aus jeden Augenblick ein Einbruch des Don Carlos drohte, wodurch die Regentschaft in die verzweifeltste Lage gebracht worden wäre. Es war also Rettung nur von ausländischer Hülfe zu hoffen. Hier konnte aber nur an zwei Mächte gedacht werden, an England und Frankreich. Im Februar 1834 erhielt daher der Marquis von Miraflores von der Königin Christine den Auftrag, nach London zu reisen, um dort die geeigneten Schritte zu thun. Am 5. April kam er in London an.

Die Quadrupelallianz und ihre nächsten Folgen. Ende des Krieges in Portugal.

Um dieselbe Zeit, als die Dinge auf der pyrenäischen Halbinsel die eben beschriebene Entwicklung genommen, hatte sich die Spannung zwischen den drei absoluten Mächten und zwischen England und Frankreich, welche schon durch die bewaffnete Einmischung dieser beiden letzteren in der belgischen Angelegenheit hervorgetreten war, noch vergrößert, und zwar besonders durch jenen oben erwähnten Congreß in Töplitz und München-Grätz, welchen die Monarchen von

Digitized by Google

Rußland, Oestreich und Preußen mit ihren Ministern abgehalten hatten. Frankreich und England fürchteten, daß auf diesem Congresse, zu welchem sie nicht eingeladen worden, Beschlüsse gefaßt seien, die zu ihrem Nachtheile gereichten, oder gar, daß ein Bündniß gegen sie beschlössen worden wäre. Die nothwendige Folge davon war, daß die beiden Mächte, welche schon in der belgischen Sache Hand in Hand miteinander gegangen, überhaupt sich noch enger gegenseitig anschlossen, um wider die absoluten Cabinette gemeinsame Sache zu machen. Diesen Gedanken hegten wenigstens die bedeutendsten der französischen Staatsmänner, welche überzeugt waren, daß Frankreich und England im Bunde jenen wohl die Spitze zu bieten, ja über die gesammte europäische Politik ein Uebergewicht auszuüben vermöchten. Und die portugiesische und spanische Frage war ein neuer Punkt, in welchem sie übereinstimmten, während die absoluten Cabinette auch hierin ein entgegengesetztes Verhalten beobachteten. Denn Frankreich wie England konnten keinen Augenblick darüber in Zweifel sein, welche von beiden streitenden Parteien auf der pyrenäischen Halbinsel sie anerkennen müßten. Das englische Wighministerium unterstützte natürlich diejenige Partei, welche die constitutionellen Principien vertrat und welche sich auch an England angeschlossen hatte. Und Ludwig Philipp fand es ebenfalls in seinem Interesse, Maria und Isabella anzuerkennen, da Dom Miguel und Don Carlos die Schützlinge der Legitimisten waren: kamen sie auf den Thron, so war die pyrenäische Halbinsel ein beständiger Herd carlistischer Umtriebe gegen die Regierung Ludwig Philipp's. Schon im Jahre 1833 war daher Isabella sowohl wie Donna Maria da Gloria von England und Frankreich anerkannt worden. Dagegen war von Seite der absoluten Mächte eine solche Anerkennung nicht erfolgt, und wenn sich ihrer auch Dom Miguel und Don Carlos nicht erfreuen konnten, so wußte doch Jedermann, daß diese Prinzen von den absoluten Mächten im Geheimen unterstützt würden.

Eine andere Frage war nun, wie sich Frankreich und England zu den Wirren auf der pyrenäischen Halbinsel verhalten, ob sie im

Digitized by Google

Falle der Noth zu Gunsten der von ihnen anerkannten Königinnen dort interveniren, und welcherlei Einfluß sie hier ausüben würden.

Ludwig Philipp beunruhigte die Bewegung des Nachbarstaates ungemein. Er fürchtete, wenn Christine die Bahn des Constitutionalismus beschreite, so würde in Folge davon eine revolutionaire Partei sich hervorthun, welche in Verbindung mit den französischen Republikanern ihm selber höchst gefährlich werden könnte. Eben deshalb suchte er so lange wie möglich das Ministerium Zea Bermudez zu halten, von dem er wußte, daß es von einer Constitution nichts wissen wollte. England dagegen unterstützte die constitutionelle Partei. Von dem eben erwähnten Gesichtspunkte aus, nämlich die politische Entwicklung in Spanien auf einem gewissen Punkte festzuhalten, dachte auch Ludwig Philipp schon im October 1833 an eine Einmischung in Spanien und er fragte daher bei den Gesandten von Oestreich und Rußland an, wie von ihren Höfen eine Einmischung Frankreichs in dem angegebenen Sinne aufgenommen würde. Sie antworteten aber: ihre Höfe würden sie keinesfalls zugeben. Auch England war nicht damit einverstanden. Denn dieses besorgte einen zu großen überwiegenden Einfluß Frankreichs auf Spanien, der ihm nothwendig daraus erwachsen mußte. So beschränkte sich denn Ludwig Philipp darauf, an die Gränze ein Beobachtungscorps zu schicken.

Aber die französischen Staatsmänner gaben die Absicht nicht auf, bei den spanischen Angelegenheiten Frankreich eine einflußreiche Rolle spielen zu lassen, und besonders Talleyrand, der Gesandte Frankreichs in London, trug sich lange mit dem Gedanken, die Wirren auf der pyrenäischen Halbinsel zu benutzen, um zwischen Frankreich und England eine engere Vereinigung zu Stande zu bringen.

So standen die Dinge, als der Marquis von Miraflores in London ankam. Er theilte Talleyrand den Zweck seiner Sendung mit. Er beschränkte sich zunächst darauf, zwischen Frankreich, England, Dom Pedro und Christine einen Vertrag zu Stande zu bringen, zufolge dessen die vier Mächte sich verpflichteten, mit gemeinsa-

Digitized by Google

men Kräften Dom Miguel und Don Carlos aus Portugal zu vertreiben. Er hoffte, wie gering auch der ausgesprochene Zweck des Vertrags sein mochte, doch die größten moralischen Wirkungen davon. Talleyrand ging sogleich in diesen Gedanken ein. Darauf begab sich Miraflores zu Palmerston. Dieser wollte aber in der ersten Unterredung nichts davon wissen, indem dem Vorschlage zu große Schwierigkeiten im Wege ständen. Der Marquis entwickelte aber seine Gründe, und endlich ging auch Palmerston und das englische Ministerium darauf ein. Allein Miraflores, der die Furcht des britischen Cabinets vor einem zu großen Einflusse Frankreichs in Spanien kannte, hatte die Vorsicht, anfänglich Frankreich als Theilnehmer des Vertrags gar nicht zu erwähnen, und erst, als das britische Cabinet sich zur Einmischung in Portugal entschieden hatte, rückte er damit hervor. Palmerston war dies anfangs ärgerlich, nachher gab er aber doch nach, behielt sich indessen vor, den Vertrag in einer Weise abzufassen, daß die Einmischung Frankreichs in weite Ferne gerückt würde*).

Der Vertrag, bekannt unter dem Namen der Quadrupelallianz, wurde am 22. April 1834 zu London abgeschlossen, zwischen Palmerston, Talleyrand, Miraflores und de Moreas Sarmiento, dem portugiesischen Gesandten, und bald darauf von den betreffenden Regierungen ratificirt. Der Inhalt dieses Vertrages bestand darin, daß Christine und Dom Pedro vereinigt Dom Miguel und Don Carlos aus Portugal vertreiben sollen, während England ihre Unternehmungen durch eine Flotte unterstützt. Sollte Frankreichs Mitwirkung nöthig befunden werden, so verpflichtet sich der König von Frankreich, in diesem Punkte all dasjenige zu thun, worüber er und seine Verbündeten übereinkommen.

Am 18. August 1834 wurden jenem Vertrage noch einige Artikel von wesentlicher Bedeutung hinzugefügt. Es wurde in denselben ausgesprochen, daß der Zweck des Vertrags Herstellung der Ruhe

*) Miraflores. I. S. 56—61.

Digitized by Google

auf der Halbinsel und Sicherung beider Kronen auf den Häuptern der Königinnen Isabella und Maria da Gloria sei. Ferner wurde genau die Art und der Umfang der Hülfen, welche jeder der vertragenden Theile zu leisten hatte, bestimmt. England bot seine Marine an: Frankreich erklärte, für's Erste würde es hinreichen, seine Gränzen zu bewachen, damit die „Rebellion und die Rebellen" — so werden die Carlisten genannt — keine Hülfe von Außen erhielten*).

Die Quadrupelallianz hatte eine große politische Bedeutung insofern, als dadurch das innige Einvernehmen der Cabinette von Paris und London sich ausdrückte: sie erschien gewissermaßen als eine Demonstration gegen die absoluten Mächte, als eine Verbindung des constitutionellen Europa gegen den absolutistischen Osten. In diesem Sinne hatte wenigstens Talleyrand den Vertrag aufgefaßt*) — bei Palmerston war dieß, wie wir gesehen, wenigstens Anfangs nicht der Fall — und auch die absoluten Mächte faßten ihn augenblicklich in diesem Sinne auf. Sie erschraken über dieses Ereigniß und bemühten sich alsobald bei dem Cabinet von St. James, die Verbindung mit Frankreich wieder zu lösen, denn sie hegten ohngefähr dieselbe Besorgniß, wie Frankreich und England bei der Nachricht von dem Congreß in München-Grätz.

Auch ist nicht zu läugnen: die Quadrupelallianz übte sofort große moralische Wirkungen aus. Die nächste war die Beendigung des Bürgerkriegs in Portugal.

Im Anfange des Jahres 1834 standen sich die beiden streitenden Brüder noch mit gleichen Kräften gegenüber, ja im Februar erfocht Dom Miguel nicht unbedeutende Vortheile über seinen Bruder. Dann aber wurde Dom Pedro durch spanische Hülfe unter dem General Rodil verstärkt, und es waren schon wieder einige Siege gewonnen, als die Quadrupelallianz bekannt wurde. Diese Nachricht

*) Miraflores. I. S. 77.
**) Miraflores. I. S. 62.


Digitized by Google

entmuthigte die Anhänger Dom Miguel's und am meisten ihn selbst. Gleichwohl wollte er noch einmal das Glück der Waffen versuchen. Am 15. Mai kam es zu einer entscheidenden Schlacht bei Thomar. In dieser erlitt Dom Miguel eine furchtbare Niederlage: sein ganzes Heer wurde gesprengt: es war ihm nicht mehr möglich, die zerstreuten Haufen wieder zu sammeln. So entschloß er sich endlich, die englische Vermittlung nachzusuchen, um mit seinem Bruder ein Abkommen zu treffen. Am 26. Mai 1834 unterzeichnete er den Vertrag zu Evora, wonach er auf die portugiesische Krone verzichtete, Portugal innerhalb 14 Tagen zu verlassen und nie mehr dahin zurückzukehren versprach. Am 29. Mai fügte er dieser Uebereinkunft noch die Erklärung hinzu, daß er sich in die portugiesischen und spanischen Angelegenheiten niemals einzumischen verpflichtete, dagegen erhielt er eine Pension von 375,000 Franken. In der That verließ Dom Miguel Portugal und begab sich nach Italien. Von da aus widerrief er zwar am 24. Juni diesen Vertrag, den er als ihm abgezwungen darstellte, es hatte dieß aber vorderhand weiter keinen Einfluß auf den Gang der Dinge in Portugal.

Don Carlos, welcher kaum der Verfolgung des spanischen Generals Rodil entgangen war, sah sich ebenfalls genöthigt, die englische Vermittlung anzurufen. Man gestattete ihm, an Bord des englischen Schiffes Donegal zu gehen, welches ihn denn nach England überführte, wo er am 11. Juni 1834 ankam.

Dom Pedro hatte also den Thron von Portugal für seine Tochter Donna Maria erobert. Er als Regent entfaltete jetzt eine außerordentliche Thätigkeit, um den Staat neu zu ordnen. Schon Ende Mai erließ er ein Decret, welches Aufhebung aller Mönchsorden, Hospitien und Klöster in ganz Portugal und den dazu gehörenden Inseln befahl, auch alle deren Güter dem Staatsvermögen einverleibte, jedoch den Mönchen und Nonnen eine jährliche Pension zum Lebensunterhalte versprach, mit Ausnahme derer, welche von dem Usurpator ein Beneficium erhalten oder gar gegen die rechtmäßige

Digitized by Google

Autorität der Königin gepredigt, das Volk aufgeregt oder die Waffen für Dom Miguel ergriffen hätten. Eine andere Verordnung berief die Cortes bis zum 15. August ein. Sodann wurde eine Nationalgarde gebildet, das Heer auf den Friedensfuß zurückgebracht. Die Verordnungen und Gesetze seit 1828, ebenso wie alle Erkenntnisse der miguelistischen Tribunale gegen angebliche politische Verbrecher wurden für null und nichtig erklärt: den Betroffenen sollten ihre eingezogenen Güter, Aemter und Ehrenstellen zurückgegeben werden. Dabei wurde bestimmt, daß alle Richter, welche dergleichen gesetzwidrige Erkenntnisse erlassen, den Betheiligten oder deren Erben für alle Verluste und etwaige Einbußen verantwortlich sein sollten. In diesem Geiste wurde denn überhaupt gegen die Anhänger Dom Miguel's verfahren. An der Universität Coimbra wurden aus diesem Grunde 37 Professoren ihrer Stellen entsetzt. Milde gegen die besiegte Partei wurde nicht geübt.

Die Cortes wurden am 15. August wirklich eröffnet. Diese bestätigten Dom Pedro als Regenten von Portugal und er leistete als solcher gemäß seiner Constitution von 1826 den Eid der Treue. Aber seine Tage waren gezählt. Bereits am 24. September 1834 unterlag er einer Krankheit, welche ihm die Anstrengungen der letzten Jahre zugezogen. Schon vor seinem Tode wurde Donna Maria, im Falle er stürbe, als volljährig erklärt. Ihr stand Palmella, als Ministerpräsident zur Seite. Eine Amnestie, welche sie bei ihrem Regierungsantritte verkündete, sollte die Parteien versöhnen und ihr die Herzen gewinnen.

Diese Wirkungen übte die Quadrupelallianz in Bezug auf Portugal. Was Spanien anbetrifft, so hatte zwar Zumalacarreguy gerade um jene Zeit mehrere Siege erfochten: aber die Nachricht von jenem Vertrage beängstigte ihn so sehr, daß er die Sache Don Carlos für verloren erachtete, wenn nicht die energischsten Mittel ergriffen würden. Er sandte daher einen Boten an Don Carlos nach Portugal, um ihn aufzufordern, schleunigst bei dem Heere der Aufständischen zu erscheinen und durch seine persönliche Gegenwart die

Digitized by Google

Gemüther seiner Anhänger wieder aufzurichten. Don Carlos versprach auch zu kommen. Aber gleich darauf erfolgte der Ausgang des portugiesischen Krieges, in Folge dessen Don Carlos nach England gebracht ward. Hier begann die Regierung mit ihm zu unterhandeln über die Bedingungen, unter welchen er der spanischen Krone entsagen sollte.

Digitized by Google

Siebentes Capitel.

Neue Niederlagen des Liberalismus.

Siege der Carlisten in Spanien. Ministerium Wellington-Peel in England. Durchgreifende Reaction in Frankreich.

Der Bürgerkrieg in Spanien während der Jahre 1834 und 1835.

Im Herbste 1831 erkämpfte die Reaction den ersten großen Sieg über die europäische Bewegung nach der Julirevolution, und zwar wurde dieser Sieg am äußersten Westen des civilisirten Europa erfochten, bis wohin die Revolution vorgedrungen war. Im Jahre 1832 hatte sich die Reaction bereits bis an den Rhein vorgeschoben. Der Liberalismus stemmte sich ihr freilich entgegen: in Deutschland, wie in Italien machte er ihr den Sieg streitig: es half nichts, er wurde überwunden. Nun aber (1834) tritt ihr der Westen entgegen: zwei neue Länder, Portugal und Spanien, eröffnen sich eben jetzt dem Liberalismus, und durch die Verbindung derjenigen Parteien in jenen Ländern, welche den liberalen Ideen huldigten, mit England und Frankreich, schien das constitutionelle Princip eine so große Kraft gewonnen zu haben, daß der bisher siegreiche Absolutismus erschreckt zurückwich und eine Zeitlang seinen Gegner gewähren ließ. Ja, eben schicken sich England und Frankreich an, den nordischen Mächten den Sieg selbst in Deutschland streitig zu machen: in jene Zeit fallen ihre Noten wegen der Besetzung Frankfurts durch Bundestruppen. Nicht lange aber sollten die Erfolge dauern, welche der Liberalismus durch die Quadrupelallianz gewonnen: bald wandte sich wieder das

Digitized by Google

Blatt, und zwar zu Gunsten der Reaction. In drei Ländern von außerordentlicher Wichtigkeit trat das hervor, in Spanien, in England und in Frankreich.

Betrachten wir zuerst Spanien. Es war ein großer Fehler, daß man Don Carlos Portugal zu verlassen gestattete, ohne daß er eine ähnliche Erklärung, wie Dom Miguel zu Evora unterzeichnet hatte. In England unterhandelte zwar das Cabinet mit ihm über seine Entsagung. Er ging aber nicht darauf ein und endlich, in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli, entfloh er heimlich aus Portsmouth, in Begleitung eines Herrn von St. Silvain, den er später zum Baron de los Valles ernannte, und langte nach einer abenteuerlichen Reise durch Frankreich glücklich in Navarra an. Seine Erscheinung belebte auf's Neue seine Anhänger und vermehrte ihre Zahl. Viel trugen dazu bei die Grausamkeiten der christinischen Generale und Soldaten, welche auf die unmenschlichste Weise gegen die Carlisten verfuhren, sowohl gegen solche, die sie mit den Waffen in der Hand ergriffen hatten, als gegen bloße Anhänger des Prätendenten. Sogar Weiber und Kinder wurden nicht verschont. Während durch diese Grausamkeiten der Haß der Carlisten gegen die Christinos nur noch mehr angefacht ward, wurde zugleich ihr Muth gehoben durch die militairischen Erfolge ihres Generals Zumalacarreguy. Er besaß ein außerordentliches Organisationstalent, so daß er in kurzer Zeit die ungeübten ungeordneten Schaaren der Aufständischen zu tüchtigen Soldaten herangezogen. Sodann verstand er vortrefflich die Art des Krieges, welche der Natur der Oertlichkeiten allein angemessen war. Er wußte mit wenig Mitteln ungemein viel auszurichten. Er neckte unaufhörlich die Schaaren der Christinos, verleitete sie, indem er einmal da, dann dort erschien, ihre Truppen zu theilen, überfiel dann die Getrennten mit Uebermacht und schlug sie. Keiner der christinischen Generale war ihm gewachsen. Nachdem nach einander Sarsfield, Valdes, Quesada den Oberbefehl gegen ihn geführt, ohne allen Erfolg, wurde dieser dem General Rodil übergeben. Auch er jedoch wurde zu wiederholten Malen geschlagen, und mußte daher im Herbste

Digitized by Google

1834 den Befehl in die Hände des Generals Mina niederlegen, welcher erst kürzlich in Folge der politischen Veränderungen wieder nach Spanien zurückgekehrt war und von der öffentlichen Meinung als der einzige Feldherr angesehen wurde, der Zumalacarreguy gewachsen sei. Aber selbst Mina's Ruhm erbleichte vor diesem Namen. Auch Mina gelang es nicht, Erfolge gegen ihn zu erringen, obschon er im Ganzen glücklicher als seine Vorgänger war. Nachdem er mehrere Monate lang die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, um den Feind zu Boden zu werfen, mußte er zuletzt doch einsehen, daß es ihm nicht gelinge. Seine Kräfte waren erschöpft: er verlangte im April 1835 seinen Abschied, der ihm auch gegeben wurde. General Valdes kam an seine Stelle. Mit einem prahlerischen Aufruf an das Heer übernahm er den Oberbefehl. Aber schon in den letzten Tagen des April wurde er unweit Estella von Zumalacarreguy angegriffen und in einer dreitägigen mörderischen Schlacht fast gänzlich vernichtet. Nur wenige Reste des christinischen Heeres retteten sich: gegen 20,000 Mann waren in diesem Treffen umgekommen. Um dieselbe Zeit erlitt auch ein anderes Corps der Christinos unter General Iriarte eine schwere Niederlage bei Guernica. Die Sache der Königin schien verloren.

Diese Wendung der Dinge hatten außer der Unfähigkeit der christinischen Generale noch andere Ursachen verschuldet. Eine nicht geringe war die Uneinigkeit unter den Christinos, welche durch die politischen Parteiungen unter ihnen hervorgebracht worden war.

Das Ministerium Zea Bermudez hatte weichen müssen, weil es den Forderungen des Volkes nach liberalen Einrichtungen nicht genug Rechnung hatte tragen wollen. Die Königin Christine ernannte hierauf das Ministerium Martinez de la Rosa, in der Hoffnung, durch die Veränderung der Personen über die Erfüllung der Volkswünsche hinwegschlüpfen zu können. Denn im Herzen war Christine keineswegs constitutionell gesinnt: sie wandte sich zur liberalen Partei nur aus Nothwendigkeit. Indessen die Spanier ließen sich nicht täuschen: sie verlangten laut die Zusammenberufung der Cortes. Das

Digitized by Google

Ministerium suchte anfänglich die öffentliche Meinung durch allerlei Verordnungen zu beschwichtigen, wie durch ein neues bürgerliches Gesetzbuch, durch die Befreiung des Getreidehandels von allen Beschränkungen, durch die weitere Ausdehnung der schon früher bewilligten Amnestie, durch die Bildung einer Bürgergarde. Alles half nichts: man verlangte eine Verfassung!

Endlich erschien unter dem 10. April 1834 das königliche Statut über die Cortes. Die Cortes sollten aus zwei Kammern bestehen, aus den Proceres oder Pairs und aus den Procuratores oder Abgeordneten. Die Kammer der Pairs sollte gebildet sein aus den Erzbischöfen und Bischöfen, den Granden von Spanien, den zu hohen Würden wegen ausgezeichneter Dienste erhobenen Männern, den großen Landeigenthümern und Fabrikherren, wie auch aus ausgezeichneten Gelehrten, welche die Königin dazu ernennt. Die Abgeordneten sollten wenigstens 30 Jahre alt sein und ein jährliches Einkommen von 3000 Franken besitzen. Die Rechte der Cortes waren sehr beschränkt. Sie erstreckten sich nur auf die Berathung derjenigen Gegenstände, welche ihnen die Regierung vorlegen würde, auf ein sehr beschränktes Petitionsrecht und auf das Recht der Steuerbewilligung. Auch dieses war jedoch durch die Bestimmung verkümmert, daß die Regierung die Steuern auch ohne neue Bewilligung der Cortes noch zwei Jahre lang forterheben dürfte.

Das Volk war in der Mehrzahl mit diesem Statut durchaus nicht zufrieden. Und seine Stimmung wurde von Tag zu Tag bedenklicher. Von jedem Ereigniß wurde Veranlassung genommen, um die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen, mitunter auf die gewaltthätigste Weise, an den Tag zu legen. Als die Cholera nach Madrid kam, glaubte der Pöbel, die Pfaffen und Mönche hätten die Brunnen vergiftet: die Klöster wurden gestürmt und Mönche und Nonnen auf eine jämmerliche Weise niedergemetzelt. Die Regierung in ihrer Angst hob nun sofort das Inquisitionsgericht auf und bestimmte alle Güter und Einkünfte derselben zur Tilgung der Staatsschuld. Ebenso wurden die Jesuiten aus Spanien verbannt.

Digitized by Google

Diese Nachgiebigkeit der Regierung hinderte aber nicht, daß die Wahlen zu den Cortes in der Mehrzahl in liberalem Sinne ausfielen. Am 24. Juli 1834 wurden sie eröffnet. Sofort erhob sich in ihnen eine gewaltige Opposition gegen das Ministerium, an deren Spitze der Graf de las Navas stand. Sie verlangten eine durchgreifende Umgestaltung des politischen Zustandes im Sinne der Demokratie. Sie forderten Schutz der individuellen Freiheit, Freiheit der Presse, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Berechtigung zu allen bürgerlichen und militairischen Stellen, Unverletzlichkeit des Eigenthums, Aufhebung der Güterconfiscation, Bestrafung aller Behörden und Beamten, welche die persönliche Freiheit oder das Eigenthum eines Spaniers antasteten, Verantwortlichkeit der Minister, allgemeine Einführung der Nationalgarde im gesammten Königreiche. Sodann wurde die ganze Verwaltung angegriffen und schonungslos getadelt: es erfolgten oft die stürmischsten Auftritte in den Cortes. Gegen diese Angriffe vermochte sich das Ministerium Martinez de la Rosa nicht zu behaupten. Ein Minister nach dem andern wurde zum Abtreten gezwungen: endlich legte auch Martinez de la Rosa unmittelbar nach dem Schlusse der Cortes am 2. Juni 1835 sein Amt nieder: sein Nachfolger war der Graf Toreno.

Außerhalb der Cortes war die Opposition gegen die Regierung nicht geringer. Schon im Januar 1835 kam es in Madrid zu einer Soldatenempörung. Der General Canterac, der sie unterdrücken wollte, verlor dabei sein Leben. Die Regierung sah sich genöthigt, mit den Aufrührern zu unterhandeln. Diese Schwäche trug natürlich nur dazu bei, den Geist des Widerstandes allenthalben zu fördern. Vergebens versprach Toreno Preßfreiheit, Aufhebung aller Mönchsorden, Provinzialjunten zu allgemeiner Bewaffnung und dergleichen. Schon war die öffentliche Meinung über das königliche Statut hinaus und die radicale Gesinnung, welche zum wenigsten die Wiederherstellung der Verfassung von 1812 verlangte, griff immer weiter um sich. In einzelnen Städten, wie in Saragossa und in Barcelona kam es zu den blutigsten Excessen. In Barcelona wurde das Standbild Ferdinands

Digitized by Google

VII. zertrümmert, Gebäude in Brand gesteckt, der General Bassa ermordet, dessen Leichnam durch die Straßen geschleift und zuletzt verbrannt. Ueberall wurden Provinzialjunten errichtet, welche gegen die Regierung eine feindselige Stellung einnahmen. Endlich kam es auch in Madrid am 16. August 1835 zu einem gefährlichen Aufstande, dessen Absicht keine andere war, als die Regierung zu stürzen. Diesmal siegte diese jedoch: der Aufstand wurde durch General Quesada im Blute erstickt, und nun schickte sich die Regierung an, eine furchtbare Reaction eintreten zu lassen. Eine Menge Personen, selbst die angesehensten Männer wurden verhaftet, Andere entkamen. Die Provinzialjunten wurden aufgelöst und als aufrührerisch erklärt, die Nationalgarde aufgehoben, Madrid in Belagerungszustand versetzt. Diese Maßregeln des Ministeriums hemmten aber so wenig die radicale Bewegung, daß diese vielmehr nur noch heftiger ward. Schon sammelten die Führer der radicalen Partei, wie der Graf de las Navas, ihre Anhänger unter ihre Fahnen, um den Krieg gegen die Regierung zu beginnen, und diese hatte daher nicht nur mit den Carlisten, sondern auch noch mit den Radicalen zu kämpfen.

Diese Verhältnisse machen es begreiflich, warum der Kampf gegen die Carlisten so schlechte Erfolge hatte. Selbst nach dem Tode des tapfern Zumalacarreguy, welcher bei der Belagerung von Bilbao am 14. Juni 1835 sein Leben verlor, können sich die Christinos nicht erholen, und sind gegen die Carlisten beständig im Nachtheil.

Unter solchen Umständen war es Noth, daß England und Frankreich die Hülfe leisteten, welche sie in dem Quadrupelvertrage versprochen hatten. Aber auch in diesen Staaten waren inzwischen Veränderungen vor sich gegangen, welche nicht nur die versprochene Hülfsleistung verhinderten, sondern überhaupt dem Liberalismus neue Niederlagen bereiteten.

Digitized by Google

England von dem Durchgehen der Reformbill bis zum Sturze des Whigministeriums.

Durch die Reformbill war zwar einer der schreiendsten Mißstände in der englischen Verfassung beseitigt: immerhin war man damit einen großen Schritt vorwärts gekommen. Aber noch gab es eine Menge von Gebrechen in Verfassung und Verwaltung, deren Abschaffung nicht minder nothwendig erschien. Auch kann man nicht läugnen, daß das Ministerium nach Kräften Verbesserungen durchzusetzen suchte, besonders in der Justizverwaltung, und daß es sich fortwährend angelegen sein ließ, die Steuern zu vermindern. Unter allen die wichtigste Frage war aber die irische. Da diese von jetzt an in den Vordergrund tritt, ist es nothwendig, sie näher zu beleuchten.

Irland war schon seit den Zeiten Heinrichs II., in der zweiten Häfte des 12. Jahrhunderts, das Ziel englischer Eroberungen. Auch brachten es die englischen Könige in der That dahin, die Insel sich zu unterwerfen: doch bestand diese Unterwerfung bis zu den Zeiten der Königin Elisabeth nur dem Namen nach. Unter ihr aber begann der Vernichtungskrieg gegen die Irländer, welcher um so mehr diesen Charakter annahm, als es sich nicht blos um nationale Gegensätze, sondern auch um religiöse handelte. Denn die Iren blieben Katholiken, während die Engländer im Laufe des 16. Jahrhunderts zu dem Protestantismus übergegangen waren. Elisabeth unterwarf nun das Land wirklich, beraubte die Einwohner eines großen Theils ihrer Besitzthümer und vertheilte diese unter englische Colonisten. Dieses System setzte sich unter Jakob I. fort, wo unter den willkürlichsten Vorwänden die irischen Großen ihrer Güter beraubt und diese an Engländer gegeben wurden. Nun aber erfolgte 1640 ein furchtbarer Aufstand: mehr als 12,000 englische Colonisten wurden erschlagen. Darauf ertheilte das englische Parlament Oliver Cromwell den Auftrag, das Land wieder zur Ruhe zu bringen. Mit 50,000 Mann zog er

Digitized by Google

gegen Irland. Alles, was sich widersetzte, wurde erschlagen: mehrere Städte gänzlich vernichtet. Man berechnete, daß an 500,000 Iren damals ihr Leben verloren hätten. Das bisher angewendete System der Güterberaubung wurde nun ins Große getrieben. Von 11 Millionen Morgen urbaren Landes behielten die Iren nur 2 Millionen: die übrigen bekamen die Engländer. Später, nach der Vertreibung der Stuarts, wurden selbst diese 2 Millionen auf 1,600,000 verringert.

Trotz all dieser Willkürlichkeiten und Grausamkeiten war aber doch der Katholicismus nicht ausgerottet worden. Nun suchte man ihn durch Gesetze zu vertreiben. Das katholische Kirchengut war vorher schon eingezogen und der protestantischen Geistlichkeit übergeben worden. Nun verbot man alle äußeren Zeichen des Katholicismus. Die Geistlichen durften sich auf den Straßen nicht in ihrem Ornate zeigen, die Kirchen weder Thürme noch Glocken haben. Alle Wallfahrten und Processionen mußten eingestellt werden. Keinem Katholiken war es erlaubt, Unterricht zu ertheilen: alle katholischen Lehrer wurden des Landes verwiesen und zugleich bei schwerer Strafe verboten, die Kinder außerhalb Landes erziehen zu lassen, so daß also die Kinder katholischer Eltern in protestantische Schulen gehen mußten. Kein Katholik war fähig, ein Amt zu bekleiden, ins Parlament zu wählen oder gewählt zu werden. Kein Katholik durfte Grundbesitz erwerben: kein Katholik durfte von Protestanten erben, keiner Vormund sein. Vormund selbst für katholische Kinder konnte nur ein Protestant sein. Wenn der älteste Sohn eines Katholiken zum Protestantismus übertrat, so wurde er der ausschließliche Erbe. Jede eheliche Verbindung zwischen Katholiken und Protestanten wurde aufs Strengste untersagt. Und um der Barbarei auch noch den Hohn hinzuzufügen wurde bestimmt, daß kein Katholik ein Pferd öffentlich reiten durfte, das mehr als 5 Pfund werth sei, und daß jeder Katholik bestraft wurde, welcher am Sonntag nicht eine protestantische Kirche besuchte. Man sieht schon aus diesen Gesetzen, daß die Iren nicht viel anders denn als Sklaven behandelt wurden: zu all' diesem kam

Digitized by Google

noch, daß alle Gerichte mit Protestanten besetzt waren, so daß die Katholiken also nirgends und in keinem Falle Recht finden konnten.

In den Iren aber lebte der Groll und die Erbitterung fort. Sie warteten nur auf eine günstige Gelegenheit, um loszubrechen. Im Jahre 1760 zeigte sich wieder die erste Spur einer politischen Aufregung, welche von Jahr zu Jahr anschwoll und um so gefährlicher erschien, als bald darauf der Unabhängigkeitskampf der nordamerikanischen Colonien ausbrach. Die Engländer fanden sich daher veranlaßt, in den Gesetzen einige Milderungen eintreten zu lassen. Man gestattete den Katholiken wieder, Grundbesitz zu erwerben, Unterricht zu ertheilen, Schulen zu errichten; auch wurde jenes höhnende Gesetz abgeschafft, welches den Katholiken erlaubte, nur ein Pferd von höchstens 5 Pfund Werth zu reiten.

Bald darauf brach die französische Revolution aus. Sie übte den größten Einfluß auf Irland. Es entstand daselbst ein Verein, dessen Zweck war, mit Hülfe der Franzosen die Unabhängigkeit von England zu erringen. Die Engländer gaben daher wieder nach. Sie erlaubten jetzt den katholischen Iren, als Advocaten aufzutreten, ferner an Parlamentswahlen Theil zu nehmen, wenn sie auch selbst nicht wählbar waren, sodann zu niederen Aemtern zugelassen zu werden, und ebenso wurde das Verbot von gemischten Ehen aufgehoben.

Aber der Groll gegen England war zu groß. Im Jahre 1796 wollten die Iren wirklich losbrechen und setzten sich zu diesem Ende mit dem revolutionairen Frankreich in Verbindung. In der That kam General Hoche mit einer Flotte von Frankreich an, kehrte aber unverrichteter Dinge wieder zurück. Der Aufstand, den die Iren 1798 für sich allein versuchten, mißlang. Die Engländer unterdrückten ihn mit gewohnter Hartherzigkeit. Ueber 200 Iren wurden hingerichtet.

Die Engländer benutzten aber ihren Sieg, um den Iren ihr Parlament zu nehmen, welches sie bisher für sich allein gehabt. Man gebrauchte alle schlechten Mittel, um das irische Parlament zu bestimmen, auf den Vorschlag der englischen Regierung, daß von nun an das irische Parlament mit dem englischen vereinigt sein sollte, einzu-

Digitized by Google

gehen. In der That erreichte die englische Regierung diesen Zweck im Jahre 1800, jedoch nur gegen das Versprechen, daß zugleich alle übrigen beschränkenden Gesetze für die Katholiken wegfallen, daß also diese den Protestanten gleichgestellt werden sollten. Nachdem aber die Vereinigung der irischen und der englischen Gesetzgebung, bezeichnet mit dem Namen der „Union," bewerkstelligt war, so dachten die Engländer nicht daran, ihr Versprechen wegen der Emancipation der Katholiken zu erfüllen. Da nun die Irländer in das englische Unterhaus nur 100, in das Oberhaus nur 32 Mitglieder zu stellen hatten, so war es ihnen nicht möglich, auf dem Wege der Gesetzgebung Abstellung der vielfachen Uebel zu erlangen, die immer noch auf dem Lande lasteten. Jetzt begann eine ungeheure Agitation in diesem Lande, welche seit dem Jahre 1810 von Daniel O'Connell geleitet wurde, damals noch ein ganz junger Advocat, der aber bereits sein ungeheures Talent als Volksredner und Volksführer entwickelte. Die Anstrengungen der Iren hatten, freilich erst nach einigen Jahrzehenden, Erfolg: im Jahre 1829 ging die Emancipationsbill durch.

Mit dieser Bill, welche die Katholiken den Protestanten dem Rechte nach gleich stellte, war aber der That nach nur das gewonnen, daß die Katholiken nun auch in das englische Parlament kommen konnten. In den übrigen Verhältnissen war wenig geändert, weil die Engländer das Gesetz umgingen, und weil die Iren nicht die Macht besaßen, von demselben Gebrauch zu machen. Denn fortwährend blieb alles Grundeigenthum in den Händen der Protestanten, fortwährend blieb die protestantische Kirche im Besitz alles Kirchenguts, während die katholischen Priester von der armen irischen Bevölkerung erhalten werden mußten, die dadurch kein Mittel mehr übrig hatte, um katholische Schulen zu errichten; fortwährend wurden die Geschwornengerichte blos aus Protestanten zusammengesetzt; fortwährend wurden die Katholiken in allen Gegenständen der Verwaltung gedrückt und auf das Ungerechteste behandelt. Am härtesten und ungerechtesten aber war die Verpflichtung der katholischen Iren, an die

Digitized by Google

protestantische Geistlichkeit den Zehnten abzugeben. Irland zählte etwas mehr als 7 Millionen Einwohner. Von diesen zählte die anglicanische Kirche ohngefähr eine halbe Million Anhänger. Die übrigen gehörten der katholischen Kirche an. Nichts destoweniger hatte jedes Kirchspiel seinen protestantischen Pfarrer, und an diesen mußte von allem Ertrage des Grundes und Bodens der zehnte Theil abgegeben werden. Der arme katholische Bauer, der von dem kleinen Stück Feld, das er von dem protestantischen Gutsherrn gepachtet, ohnedieß einen unverhältnißmäßig hohen Zins abgeben mußte, sollte nun auch noch an den protestantischen Geistlichen seine Abgaben entrichten, von dem er nichts hatte: und außerdem mußte er auch noch beisteuern, um den katholischen Geistlichen, seinen eigentlichen Seelsorger zu erhalten.

Alle diese Verhältnisse machen die Unzufriedenheit der Iren mit der englischen Oberherrschaft begreiflich genug. Als daher O'Connell nach der Julirevolution den Gedanken aussprach, daß man vor Allem die Aufhebung der Union (Repeal) durchsetzen müsse, so fand dieser den größten Beifall, und in Irland erhob sich eine Bewegung, welche mit gewöhnlichen Mitteln nicht wieder zu unterdrücken war. Sie zeigte sich besonders darin, daß man keine Zehnten mehr an die anglicanische Geistlichkeit bezahlen wollte. Das Whigministerium erkannte nun wohl, daß man Zugeständnisse machen müsse, und brachte daher ein Gesetz wegen der Zehnten vor das Parlament. Dieses Gesetz verschaffte aber den Iren keine Erleichterung, weil es nichts weiter, als eine Ablösung der Zehnten war. Die Bewegung wurde dadurch nicht erstickt: sie schritt vielmehr immer weiter vor. Es fehlte nicht an Gewaltsamkeiten und Mordthaten, welche von den mißhandelten Iren an ihren Drängern verübt wurden.

Unter solchen Umständen glaubte das Ministerium Grey zu härteren Maßregeln schreiten zu müssen. Es brachte im Jahre 1833 einen Gesetzentwurf vor das Parlament, welcher den Lordlieutenants der Grafschaften die Macht ertheilte, sobald sich Spuren der Aufregung zeigten, nicht nur alle Volksversammlungen zu verbie-

Digitized by Google

ten, sondern auch das Kriegsrecht zu verkündigen, wodurch alle gesetzlichen Bürgschaften der persönlichen Freiheit aufgehoben wurden. Das Gesetz ging durch. Aber die Aufregung in Irland wurde dadurch nicht beschwichtigt. Die Zehnten wurden doch nicht bezahlt: der Gedanke einer völligen Trennung von England gewann immer mehr Boden.

Ein Theil des Ministeriums gewann jetzt die Ueberzeugung, daß gegen Irland ein milderes Verfahren zu beobachten sei. Mehrere Mitglieder desselben setzten sich zu diesem Ende mit O'Connell in Verbindung, der ihnen seine Unterstützung versprach, so wie nur einigermaßen den Forderungen der Iren Rechnung getragen würde. Aber der andere Theil des Ministeriums, unter diesen besonders Lord Grey selber, wollte darauf nicht eingehen. Es kam zu einer Spaltung im Cabinette, in Folge dessen Grey mit mehreren Gleichgesinnten im Juli 1834 austrat.

Dieß hatte die Folge, daß ein neues Ministerium zusammengesetzt wurde, welches noch liberaler war, als das bisherige. An der Spitze desselben stand Lord Melbourne, bisher Minister des Innern: dessen Stelle bekam Lord Duncannon; Hobhouse wurde Minister der Domainen. Die übrigen Minister behielten ihre Stellen. Das neue Ministerium nahm sofort die irische Zwangsbill zurück und brachte einen Gesetzesentwurf vor die Kammern, nach welchem die irischen Zehnten unter viel günstigeren Bedingungen, als die frühere Bill festgesetzt, aufgehoben werden sollten. O'Connell machte noch Verbesserungsanträge, welche von den Ministern nicht widersprochen und deshalb von dem Unterhause angenommen wurden. Die Lords aber, wüthend darüber, verwarfen die Bill. Gleich darauf wurde das Parlament vertagt. O'Connell, nach Hause zurückgekehrt, erklärte nun offen, daß er mit dem Ministerium Frieden geschlossen und daß er es unterstützen wolle. Diese Erklärung gab den Tories nur neue Mittel gegen das liberale Ministerium in die Hand, und sie wandten jetzt alle Kräfte an, um es zu stürzen. Sie wurden besonders von der anglicanischen Geistlichkeit unterstützt, welche in treuloser Weise dem

Digitized by Google

englischen Volke den Glauben beibringen wollte, daß die Minister es auf den Sturz des Protestantismus abgesehen hätten. Von allen Kanzeln wurde gegen sie gepredigt. Zuletzt gab auch der König den Bestürmungen der Tories nach: am 14. November 1834 entließ er das Ministerium Melbourne und ertheilte dem Herzog von Wellington den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden.

Wellington, welcher die geringe Popularität kannte, deren er in England genoß, lehnte die Stelle eines ersten Lords der Schatzkammer für sich ab und schlug dafür Robert Peel vor, welcher damals auf Reisen sich befand und daher eiligst zurückgerufen wurde. Vorderhand verwaltete Wellington fast sämmtliche Ministerien allein. Robert Peel kam am 6. December in London an. Dieser Staatsmann, welcher die Lage der Dinge vollkommen kannte, glaubte, daß ein strenges Toryministerium sich nicht auf die Länge halten könne, und versuchte daher noch einige Mitglieder der frühern Verwaltung zu vermögen, in das neue Cabinet einzutreten. Da dieß nicht gelang, so wurde das Ministerium blos aus Tories zusammengesetzt. Peel wurde erster Lord der Schatzkammer; Wellington Minister des Aeußern; Graf Aberdeen Minister der Colonien; Lord Lyndhurst Lordkanzler; Goulbourn Minister des Innern; Harries Minister des Kriegs; Grantham erster Lord der Admiralität; Baring Präsident des Handelsbureaus; Lord Ellenborough Präsident des ostindischen Controlbureaus. Da Robert Peel einsah, daß dieses Ministerium bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Unterhauses nicht bestehen könne, so wurde dieses Ende December 1834 aufgelöst.

Unter solchen Umständen war von England für die Sache der Christinos in Spanien nichts zu hoffen. Die Tories hatten bisher durch alle möglichen Mittel Don Carlos unterstützt: das Ministerium durfte es daher nicht wagen, ernstlich Partei für die Königin Christine zu nehmen. Zwar wagte das neue Cabinet nicht, den Quadrupelvertrag zurückzunehmen, es that aber auch nichts, was dem eigentlichen Zwecke desselben entsprochen hätte. Das Einzige, was in dieser Angelegenheit geschah, kam ebenso den Carlisten, wie den Christinos

Digitized by Google

zu Gute. Es war nämlich der sogenannte Elliotische Vertrag, Ende des Jahres 1834 abgeschlossen, wornach der Krieg zwischen beiden streitenden Parteien von nun an auf eine menschlichere Weise wie bisher, geführt werden sollte.

Ebensowenig, wie von England, war von Frankreich zu hoffen. Denn hier war endlich die Reaction in ihre letzte Phase getreten.

Frankreich vom Sommer 1832 bis zum September 1835.

Als Ludwig Philipp im Juni 1832 den großen Sieg über die Republikaner erfochten, glaubte er denselben in dem vollsten Maße ausbeuten zu können, um nicht nur die republikanische Partei, sondern die Freiheit selbst mit Einem Schlage zu vernichten. Er ließ daher den Belagerungszustand verkünden, Kriegsgerichte einsetzen, welche über die der Theilnahme an der Emeute Angeklagten, mit Umgehung der in der Verfassung verbürgten gewöhnlichen Geschwornengerichte, das Urtheil fällen sollten, und schließlich eine Menge Personen verhaften, welche nicht alle der republikanischen Partei, sondern zum Theil auch der legitimistischen angehörten, wie z. B. Hyde de Neufville und Chateaubriand.

Indem aber Ludwig Philipp diese Maßregel anwandte, verrechnete er sich doch in der Stimmung der Bevölkerung. Denn nicht nur die Republikaner, sondern auch die ehrlichen Constitutionellen waren empört über die Verhängung des Belagerungszustandes, nachdem der Sieg bereits erfochten war, und über die Niedersetzung außerordentlicher Gerichtshöfe, was im geraden Widerspruche mit der Charte stand. Nichts destoweniger versuchte Ludwig Philipp, wie weit er komme. Aber nachdem die Kriegsgerichte einen Angeklagten zum Tode verurtheilt hatten, erklärte der Cassationshof, an welchen der Angeklagte appellirte, die Verordnung wegen des Belagerungszustandes und der Kriegsgerichte für ungesetzlich und mit der Charte im Wider-

Digitized by Google

spruch und hob daher den Urtheilsspruch gegen den Angeklagten als ungültig und nichtig auf.

Dieß war ein harter Schlag. Wenn Ludwig Philipp nicht Alles auf einen Wurf setzen wollte, wofür er zu klug war, so mußte er nachgeben. Belagerungszustand und Kriegsgerichte wurden daher aufgehoben und die Angeklagten den gewöhnlichen Gerichten übergeben: ein großer Theil wurde ohne Weiteres freigelassen. Indessen fuhr die Regierung in anderer Weise in ihrer Willkürlichkeit fort. Namentlich wurde die Presse auf die empörendste Weise verfolgt. Es rückte aber die Zeit der Parlamentssitzungen heran. Das Ministerium hielt es für nöthig, sich der Mehrheit der Abgeordneten zu versichern, fand aber bei derselben die entschiedenste Mißbilligung der letzten Schritte des Cabinets. Dasselbe gab daher noch vor der Eröffnung der Kammern seine Entlassung ein. Ludwig Philipp bildete nun 11. October 1832 ein neues Ministerium, aus den sogenannten Doctrinairs zusammengesetzt. An der Spitze desselben stand Marschall Soult, zugleich Kriegsminister; der Herzog von Broglie wurde Minister des Auswärtigen; Thiers, der frühere Redacteur des „National," seit der Julirevolution aber, welche ihn in den höhern Staatsdienst gebracht, seinen Meinungen vielfach abtrünnig geworden, Minister des Innern; Guizot Minister des öffentlichen Unterrichts; Human Finanzminister; Barthe blieb Justizminister; Graf d'Argout Minister der öffentlichen Arbeiten; Admiral Rigny Minister der Marine. Später vertauschten Thiers und d'Argout ihre Ministerien mit einander.

Dieses Ministerium huldigte im Ganzen den Absichten Ludwig Philipp's, die Revolution zu unterdrücken und der Regierung die größtmöglichste Gewalt zu verschaffen. Nur über die Mittel, um dazu zu gelangen, wie über das Verhältniß zum Ausland mochte Verschiedenheit herrschen. Was Letzteres anbetrifft, so besaßen Thiers und Broglie genug vom französischen Nationalstolze, um Frankreich nicht mehr jene demüthige Rolle der Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit gegen das Ausland spielen zu lassen, zu welcher es Ludwig Philipp herabgedrückt hatte. Ihrem Einflusse ist es besonders zuzuschreiben,

Digitized by Google

daß Frankreich seit dem Herbste 1832 bis zum Abschlusse der Quadrupelallianz in der äußern Politik wieder mit mehr Festigkeit und Selbstvertrauen auftrat, was sofort, wie wir gesehen, so tiefen Eindruck auf die östlichen Cabinette hervorbrachte. Doch war Ludwig Philipp mit dieser Politik im Herzen nicht einverstanden: im Geheimen, d. h. hinter dem Rücken seiner Minister, suchte er die absoluten Cabinette zu überzeugen, daß er es so schlimm eigentlich nicht meine, und auffallend genug ist es, auf welche Weise der Fürst Metternich auf dem Congresse von München-Grätz (1833) für Ludwig Philipp das Wort nahm. Als auf diesem Congresse der drei absoluten Großmächte die Frage aufgeworfen wurde, ob die französische Regierung den aufrichtigen Willen habe, den Geist der Rebellion in Italien und Deutschland zu unterdrücken, so weit sich seine Wirkung verspüren lasse, und ob sie mit diesem Willen auch die nöthige Kraft verbinde, um den Geist der Revolutionen niederzuhalten? so anwortete Metternich darauf Folgendes:*) „Daß Ludwig Philipp Anstrengungen macht, die Propaganda zu unterdrücken, sieht man aus seinen täglichen Mittheilungen, aus seiner Ueberwachung der Flüchtlinge. Er hat eine harte und schwere Aufgabe: aus einer Revolution entsprungen, kann er nicht ohne Weiteres mit ihr brechen. Man muß Geduld haben. Aber schon rüstet er sich, die Associationen anzugreifen und den gesetzlichen Kampf mit den Republikanern zu beginnen. Man wird dieses Jahr Gesetze gegen die Presse und gegen die Associationen erhalten"**). Wenn Ludwig Philipp die äußere Politik seines Ministeriums scheinbar wenigstens dennoch gut hieß, so geschah es eines Theils, um dadurch einen guten Eindruck auf das französische Volk hervorzubringen und dieses zu einer bessern Aufnahme seiner beabsichtigten Reactionsmaßregeln zu stimmen, theils um die absoluten Mächte, sofern

*) Vergl. Capefigue l'Europe depuis l'avènement du roi Louis-Philippe. VII. 244.

**) Dieß sagt Metternich im Herbst 1833: die erwähnten Gesetze werden wirklich Ende 1833 und April 1834 gegeben. Ein Beweis also, daß man von Seite Ludwig Philipp's mit den absoluten Höfen in beständigen freundlichen Beziehungen und Unterhandlungen selbst über die inneren Angelegenheiten Frankreichs gestanden.

Digitized by Google

sie ihn immer noch nicht als Glied ihres Bundes aufnehmen wollten, einzuschüchtern und ihm geneigter zu machen. Sein eigentliches Streben ging aber wirklich auf einen Anschluß an die heilige Allianz hinaus, von welcher er wiederum in seinen Reactionsmaßregeln unterstützt werden zu können hoffte, während diese auf der andern Seite beitrugen, ihm die Freundschaft der absoluten Mächte zu verschaffen.

Noch ehe im Spätherbste 1832 die Kammern eröffnet wurden, war es Ludwig Philipp gelungen, sich zweier Gegner zu entledigen. Der eine war die Herzogin von Berry, welche durch Verrätherei am 8. November 1832 zu Nantes, wo sie sich bisher verborgen gehalten, in die Hände der Ludwig Philipp'schen Polizei gerieth. Dieser Fang an sich wäre nicht sehr bedeutend gewesen: im Gegentheile hätte sich Ludwig Philipp in Verlegenheit befunden, was er mit der Dame hätte anfangen sollen. Aber nach einiger Zeit sah sich die Berry veranlaßt zu gestehen, daß sie in guter Hoffnung sei. Der Vater des Kindes sollte zwar ein sicilianischer Graf, Luchesi-Palsi sein, mit dem sie seit längerer Zeit heimlich vermählt gewesen. Doch ließen sich zeitliche und örtliche Verhältnisse mit dieser Angabe nicht recht in Einklang bringen. Im Mai 1833 kam die Berry in der That mit einer Tochter nieder, und seit dem April 1832 befand sie sich bekanntlich in Frankreich. Genug: dieses Ereigniß brachte der legitimistischen Partei die schwerste Niederlage bei, die sie noch je erlitten: selbst viele der bisherigen treuesten Anhänger wandten ihr nun den Rücken, und Ludwig Philipp durfte nun auf lange Zeit vor Umtrieben der Carlisten sicher sein.

Ein anderer Gegner, den er fürchtete, waren die Kammern. Er kannte ihre Anhänglichkeit an die Ideen des Julius, ihre Verdammung des Belagerungszustandes und besorgte einen schweren Angriff auf die letzten Maßnahmen der Regierung. Auch vor diesem Gegner rettete ihn ein unvorhergesehenes Ereigniß. Als der König am 19. November 1832 zur Eröffnung der Kammern ins Parlament ritt, wurde aus einem Haufen Volkes eine Pistole auf ihn abgefeuert. Niemand wurde zwar getroffen, auch konnte man des Thäters nicht

Digitized by Google

habhaft werden. Das Ereigniß machte aber einen so tiefen Eindruck, rief namentlich einen solchen Abscheu gegen die Republikaner hervor, von denen man das Attentat ausgegangen wähnte, daß fast alle Herzen sich wieder dem Könige zuwandten und namentlich die Abgeordnetenkammer es für Pflicht hielt, ganz entschieden ihre loyalen Gesinnungen an den Tag zu legen. Sie wählte den Regierungscandidaten Dupin zum Präsidenten, ging in der Adresse über die Vorgänge nach der Unterdrückung des republikanischen Aufstandes leise hinweg und sprach überhaupt ihre Zufriedenheit mit der Regierung aus, welche seit der Eroberung Antwerpens eine neue Grundlage gewann. Später stellte sich freilich heraus, daß jener angebliche Schuß auf Ludwig Philipp, welcher so große Wirkungen hatte, wahrscheinlich von der Polizei angestiftet gewesen sei. Denn trotz aller Bemühungen derselben war der Thäter doch nicht aufzufinden. Ludwig Philipp aber verstand es, die Kammern sich fortwährend geneigt zu erhalten. Denn er verschmähte kein Mittel, welches zu diesem Zwecke führen konnte. Unter ihm stieg die Bestechlichkeit der Volksvertretung auf eine Höhe, wie sie unter den Bourbons niemals stattgefunden. Die Beamten wurden auf einträglichere Stellen befördert, Banquiers und Fabrikanten durch öffentliche Arbeiten, Anleihen, Eisenbahnen und dergleichen, wobei sie große Vortheile ziehen konnten, gewonnen, Andere dadurch geneigt gemacht, daß man ihre Söhne und Vettern beförderte. Kurz es wurde nachgerade mit der französischen Volksvertretung so arg, daß Jeder, der nicht entschiedener Republikaner oder Legitimist war, seine Abgeordnetenstelle mehr oder minder als Erwerbsquelle benutzte. Und dieß geschah von den Höchstbesteuerten, von Männern, welche einer Classe angehörten, der man deshalb das ausschließliche Recht der Wählbarkeit zuertheilte, weil man von ihr wegen ihres Vermögens Unabhängigkeit des Charakters und der politischen Meinung voraussetzte!

Von der Kammer durfte also Ludwig Philipp der Unterstützung gewiß sein: waren die Mitglieder derselben nicht bestochen, oder als Beamte von der Regierung abhängig, so wurden sie für die Maßre-

Digitized by Google

geln der Regierung durch das drohende Gespenst der Revolution und der Republik gewonnen, welches ihnen das Ministerium nicht versäumte beständig vorzuhalten. Dieses Gespenst war hinreichend, ihr Jawort zu allen Reactionsmaßregeln zu erpressen, wenn diese die persönliche Freiheit auch noch so sehr in Frage stellten. So gab die Kammer gedankenlos dem Vorschlag des Ministeriums, Paris zu befestigen, ihre Zustimmung, nicht erwägend, daß diese Maßregel darauf berechnet war, die innere Freiheit zu unterdrücken.

Aber wenn Ludwig Philipp auch die Kammer gewonnen hatte, so war dieß doch nicht mit der Masse des Volkes der Fall. Gleich bei der Ausführung der letzterwähnten Maßregel stieß er auf so unzweideutigen Widerstand der Nationalgarde, daß er sofort den Befehl ertheilte, mit den Arbeiten zur Befestigung von Paris inne zu halten. Auch diese Maßregel kam noch zu früh, wie die des Belagerungszustandes.

Ueberhaupt standen den Reactionsgelüsten Ludwig Philipp's noch drei gesetzliche Einrichtungen entgegen, welche es ihm außerordentlich schwer, ja unmöglich machten, Erfolge zu erringen und die daher erst beseitigt oder verändert werden mußten, bis er sich mit jenen schmeicheln durfte. Dieß war die Preßfreiheit, das Vereinsrecht und das Geschwornengericht.

Was die Presse anbetrifft, so versäumten die Oppositionsblätter nicht, den Gang der Regierung bis in das Einzelnste hinein zu verfolgen und Alles herauszuheben, was zu tadeln war, was sich als im Widerspruche mit den Ideen der Revolution und den Zusagen der neuen Regierung erwies oder offenbar die Unterdrückung der politischen Freiheit beabsichtigte. Die Oppositionspresse wirkte besonders auf die Mittelclasse, und es ist keinem Zweifel unterworfen, daß sie wesentlich mit die öffentliche Meinung bestimmte und daß sie eben dadurch die Regierung mehrmals zwang, reactionaire Maßregeln zurückzunehmen. Einen großen Theil ihrer Wirksamkeit verdankte die Oppositionspresse der Einrichtung, daß einzelne Nummern von eigends dazu aufgestellten Personen täglich an öffentlichen Plätzen, in Wirths-

Digitized by Google

häusern, Schenken u. s. w. feilgeboten und verkauft wurden, wodurch diese Blätter auch in die Hände der niedersten Classen kamen, die sonst nicht in der Lage waren, sich auf einen ganzen Jahrgang zu abonniren. Natürlich waren die einzeln verkauften Nummern gerade solche, in welchen recht auffallende Sachen standen, die eine ungesetzliche Handlung der Regierung in das rechte Licht stellten oder Enthüllungen brachten oder einzelne Personen des Ministeriums antasteten, kurz, die darauf berechnet waren, der Regierung zu schaden. Die Presse wurde in dieser ihrer Wirksamkeit bestens durch zahllose Caricaturen unterstützt, welche entweder die Politik der Regierung im Allgemeinen oder die Person des Königs betrafen und niemals ihre Wirkung verfehlten.

Das Vereinsrecht wurde ebenfalls von der Oppositionspartei, besonders von der republikanischen ausgebeutet. Unter allen Vereinen erreichte jedoch der der Menschenrechte die größte Ausdehnung und Bedeutung. Er war vollkommen organisirt, mit Waffen versehen und konnte jeden Augenblick mehrere Tausend Streiter auf den Kampfplatz schicken. Der Leiter dieses Vereins war der kühne Cavaignac. Die Regierung suchte zwar auf alle Weise das Vereinsrecht zu beschränken, und berief sich zu dem Ende auf eine Verordnung Napoleons, die noch nicht aufgehoben war, wornach keine Gesellschaft, die mehr als 20 Personen zählte, ohne Erlaubniß der Regierung bestehen durfte. Aber diese Verordnung wurde dadurch umgangen, daß sich der Verein der Menschenrechte in viele kleinere Vereine unter 20 Personen vertheilte, welche durch ihre Vorsteher mit einander in Verbindung traten. Von Paris aus verbreitete sich diese Gesellschaft über ganz Frankreich, und besonders in den größeren Städten, in Lyon, Saint Etienne, Chalons-sur-Saone, Grenoble, Marseille, Perpignan, Dijon, Clermont-Ferrand, Epinal, Artois hatte sie zahlreiche Mitglieder gefunden.

Die Regierung wußte die Gefahr, welche ihr von der Presse und von den Vereinen drohte, recht wohl zu würdigen. Von letzteren hatte sie besonders durch Spione Kunde, welche sie unter allen

Digitized by Google

Gestalten und Formen in alle Schichten der Gesellschaft sendete. Auch versäumte sie nicht, sowie ihr entweder ein aufrührerischer Aufsatz in den Blättern zu Gesichte gekommen, oder sowie sie Kunde von beabsichtigten Attentaten der Republikaner erhalten, die Denuncirten vor Gericht zu stellen. Allein die Geschwornengerichte, obschon noch aus den Zeiten des Kaiserreiches stammend und daher nicht gerade sehr zu Gunsten der Freiheit eingerichtet, waren gleichwohl aus Männern des Volkes zusammengesetzt und bewiesen sich selbst in ihrer mangelhaften Einrichtung als Bollwerke für die persönliche und politische Freiheit. Die meisten der von der Regierung entweder wegen Preßvergehen oder politischer Vergehen Angeklagten wurden von den Geschwornen freigesprochen.

Ludwig Philipp richtete daher sein Augenmerk darauf, diese drei Einrichtungen, welche seinen Entwürfen so sehr im Wege standen, zu beseitigen oder dergestalt zu verändern, daß sie ihm nicht mehr gefährlich werden konnten. Als die Kammern im Herbste 1833 wieder zusammenkamen, so ließ er ihnen ein Gesetz vorlegen, welches von nun an das Ausrufen und Feilbieten der Zeitungen an öffentlichen Plätzen verbot. Vergebens stellten die liberalen Journale, wie die freisinnigen Abgeordneten in der Kammer diesen Entwurf als einen Eingriff in die Preßfreiheit und als eine Verletzung der Charte hin. Die Mehrheit der Abgeordnetenkammer nahm den Entwurf December 1833 an. Bald darauf, im Februar 1834, brachte das Ministerium einen andern Gesetzentwurf vor die Kammer, welcher die Vereine betraf. Darnach sollten jederlei Vereine, selbst solche, welche keinen politischen Zweck hatten, der Erlaubniß der Regierung bedürfen: das Vereinsrecht war hiermit vollständig aufgehoben. Die Regierung hatte dabei aber noch eine andere Absicht: sie wollte zugleich die Wirksamkeit der Geschwornengerichte lähmen. Denn ein Artikel dieses Entwurfes besagte, daß die diesem Gesetze Zuwiderhandelnden nicht vor das Geschwornengericht, sondern vor das Zuchtpolizeigericht kommen sollten, und, wären die Angeklagten zugleich eines Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates verdächtig, vor die Pairskammer.

Digitized by Google

Man kann sich denken, welch ungeheuren Sturm dieser Vorschlag bei den demokratischen Journalen und bei der Opposition in der Kammer hervorgebracht. Auch eröffnete sich über diesen Entwurf eine große parlamentarische Schlacht. Die Opposition warf den Ministern ihre politische Apostasie vor, erinnerte sie daran, wie sie einst selbst politischen Gesellschaften angehört, Guizot dem Vereine „Hilf Dir selbst, so wird Dir der Himmel helfen," Barthe den Carbonaris. Und Legitimisten erklärten, daß nach vier Jahren einer Revolution, die im Namen der Freiheit gemacht sei, es keine Freiheit gebe, die nicht von den Ministern angetastet worden sei. Aber alle Anstrengungen der Opposition waren vergeblich: der Entwurf der Regierung wurde am 31. März 1834 von der Kammer angenommen.

Dieß war aber die Losung zu einem allgemeinen Losbrechen der republikanischen Partei. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Emeuten, welche nun erfolgten, nicht blos durch den Ungestüm der vielen jungen thatkräftigen Leute, welche zu jener Partei gehörten, sondern auch durch die Agenten der geheimen Polizei hervorgerufen worden sind. Die Regierung wünschte nichts sehnlicher, als noch einen gewaltsamen Ausbruch der „Feinde der gesellschaftlichen Ordnung," um dadurch ihre Reactionsmaßregeln, welche sie theils schon angewendet, theils noch eintreten lassen wollte, bei dem besitzenden Bürgerstande rechtfertigen zu können. Der Aufstand begann in Lyon, am 9. April, wo die Arbeiter und Republikaner 6 Tage lang mit dem größten Heldenmuthe gegen eine soldatische Uebermacht kämpften. In Paris erfolgten Unruhen am 12. und 13.; um dieselbe Zeit fanden aufrührerische Bewegungen in St. Etienne, in Artois, in Nimes, Grenoble, Befort, Luneville statt. Ueberall jedoch siegte die Regierung, welche auf die Unruhen vorbereitet war. Am schwersten wurde ihr der Sieg in Lyon: leichter in Paris, wo nicht einmal die Führer des Vereins der Menschenrechte für das Losschlagen gestimmt und dieses also nur von einem kleinen Häuflein Republikaner ausgegangen war, welches ohne Unterstützung von den Volksmassen sich nur auf einen kleinen

Digitized by Google

Theil der Stadt beschränken konnte und ohne viele Mühe bereits am 14. Morgens überwältigt wurde.

Unmittelbar nach diesen Unruhen, ja kaum daß in Lyon die Aufrührer besiegt waren, brachte das Ministerium ein neues Gesetz vor die Kammern, welches den Besitz und die Aufbewahrung von Waffen ohne polizeiliche Ermächtigung bei schwerer Strafe verbot. Auf die Theilnahme an einer aufrührerischen Bewegung wurde für Personen, die nicht selbst die Waffen ergriffen hatten, entehrende Zwangsarbeit, und wenn sie von ihnen Gebrauch gemacht, die Todesstrafe gesetzt. Zugleich verlangte der Kriegsminister eine Verstärkung des Heeres um 35,000 Mann, so daß die gesammte bewaffnete Macht Frankreichs sich auf 360,000 Mann belaufen sollte. Ohne diese Verstärkung, erklärte das Ministerium, der Empörung — die aber bereits unterdrückt war — nicht Herr werden zu können. Diese Gesetze, welche die gesammte Nation entwaffneten und der Willkür der Regierung überlieferten, wurden trotz des entschiedensten Widerspruchs der liberalen Partei von der Kammer angenommen. Ludwig Philipp hatte aber noch nicht genug: er erließ eine Verordnung, nach welcher die der Theilnahme an den Aprilunruhen Angeklagten nicht von dem Geschwornengerichte, sondern nach einer willkürlichen Auslegung eines Artikels der Charte, der bei der Revision übersehen worden war, von der Pairskammer gerichtet werden sollten. In kurzer Zeit also hatte Ludwig Philipp es dahin gebracht, die Presse zu beschränken, die Vereine aufzulösen, das Volk zu entwaffnen und die Wirksamkeit des Geschwornengerichts zu lähmen.

Gleichsam als Symbol für den Sieg der Reaction starb gleich nach der Annahme jener Gesetze der alte Lafayette, am 20. Mai 1834. Bald darauf wurde die Kammer geschlossen und aufgelöst. Obschon sie der Regierung sich durchaus willfährig erwiesen, so war sie ihr doch immer noch zu liberal, sie hoffte unter den Eindrücken der letzten Unruhen und des Sieges der Regierung eine neue Kammer zusammenbringen zu können, in welcher sich noch viel weniger republikanische oder liberale Elemente fänden, wie in der letzten. Und

Digitized by Google

in dieser Hoffnung täuschte sich auch Ludwig Philipp nicht. Die Ende December 1834 zusammentretende Kammer zählte 80 liberale Abgeordnete weniger, als die letzte, und ließ sich blindlings zu Allem gebrauchen, was die Regierung von ihr verlangte.

Die bisher befolgte Politik in den inneren Angelegenheiten Frankreichs war ganz allein das Werk Ludwig Philipp's. Seine Minister waren nicht mehr, als seine Werkzeuge. Hie und da wünschte aber der eine oder der andere mehr Unabhängigkeit und Selbständigkeit, oder es suchte wohl auch das gesammte Ministerium den König zu einer Maßregel zu bewegen, welche es für angemessen und nothwendig hielt. In solchen Fällen entließ Ludwig Philipp den einzelnen Minister oder das ganze Cabinet, und ersetzte es durch ein neues. Seit dem Ministerium der Doctrinairs vom 11. October 1832 ist daher ein beständiger Wechsel in den höchsten Staatsstellen. Doch kehrte Ludwig Philipp immer wieder zu den Doctrinairs zurück; denn jedes neue Cabinet wollte den Anfang seiner Verwaltung durch einen großartigen Act der Begnadigung bezeichnen und überhaupt in dem Systeme der Regierung eine Aenderung im Sinne der Milde und des Freisinns eintreten lassen. Aber das gerade war Ludwig Philipp zuwider. Er entschloß sich deshalb gewöhnlich, die Doctrinairs wieder in sein Cabinet zu nehmen, welche, von Guizot geleitet, am meisten mit Ludwig Philipp's feindseligen Absichten gegen die freien Einrichtungen des französischen Volkes übereinstimmten. Doch darf man nicht übersehen, daß unter den Doctrinairs selber eine gewisse Verschiedenheit der Ansichten statt fand, wie denn z. B. Thiers und Guizot keineswegs in allen Punkten übereinstimmten, und Ersterer die innere Reaction im Ganzen mehr als eine vorübergehende und als bloßes Mittel zum Zweck eines starken Frankreich betrachtete, während Guizot die Unterdrückung des Liberalismus Zweck war.

Ludwig Philipp sah sich aber immer noch nicht an dem Ziel seiner Wünsche. Eben jetzt fürchtete er eine neue, wenn auch nur moralische Niederlage, bei dem Processe der Aprilangeklagten. Obschon sie dem Pairshofe zugewiesen worden waren, von welchem ihre Ver-

Digitized by Google

urtheilung zu erwarten stand — indeß hatte doch auch der Pairshof einen großen Theil der Angeklagten von vornherein als verdachtlos erklärt —, so war doch zu besorgen, daß bei den Vertheidigungen Alles aufgeboten werden würde, um den gegenwärtigen Zustand Frankreichs, die freiheitsfeindliche Politik der Regierung, ihre Abtrünnigkeit von der Julirevolution, den Bruch ihrer Versprechungen und die ganze Corruption mit den schwärzesten Farben zu schildern, welche durch die Julidynastie in Frankreich aufgekommen. Auch waren die bedeutendsten Redner in Frankreich von den Angeklagten bereits zu Vertheidigern ausersehen worden. Ludwig Philipp suchte sich zwar zu helfen: er erließ eine Verordnung, wonach im Widerspruche mit dem Gesetze, welches dem Angeklagten gestattet, sich jeden beliebigen Vertheidiger zu wählen, nur solche Vertheidiger zugelassen werden durften, welche als Advocaten in der Liste eines königlichen Gerichtshofes eingezeichnet seien. Nichtsdestoweniger aber traten alle jene Befürchtungen ein. Die Angeklagten weigerten sich, Antwort zu geben, da man ihnen ihre Vertheidiger entzogen, die Advocaten sprachen laut die Ungesetzlichkeit des Verfahrens der Regierung aus, die öffentliche Meinung nahm Partei für die Angeklagten und zwar um so lebhafter, je gewaltthätiger die Pairskammer mit den Angeklagten verfuhr, durch deren Widerspruch sie sich so erbitterte, daß sie sich über alle Gesetze, über alle Menschlichkeit hinwegsetzte. Die Angeklagten wurden mit Gewalt in den Sitzungssaal geschleift, und als sie trotzdem gegen den Gerichtshof der Pairs, als einen ungesetzlichen, protestirten, und Antwort zu geben sich weigerten, wurde der Proceß in ihrer Abwesenheit fortgeführt. Bei diesen Verhandlungen hatten jedoch die Angeklagten Gelegenheit genug, gegen die Regierung die furchtbarsten Anschuldigungen auszustoßen und die Nichtswürdigkeit und Gesetzlosigkeit ihres ganzen Verfahrens offen darzulegen. Uebrigens gelang es im Juli 1835 den bedeutendsten Angeklagten, namentlich den Parisern, unter diesen Cavaignac und Marrast, aus dem Gefängnisse zu entkommen und nach England zu flüchten. Damit hatte der Proceß sein Interesse verloren: die Zurückgebliebenen wurden mit

Digitized by Google

wenig Ausnahmen alle verurtheilt, zu größeren und geringeren Strafen.

Dieser Proceß nützte also Ludwig Philipp nichts, schadete ihm vielmehr. Aber gleich darauf wurde der Nachtheil, der ihm hierdurch geworden, durch ein anderes Ereigniß mehr als aufgewogen. Am 28. Juli 1835 wurde nämlich ein Versuch auf sein Leben gemacht. An diesem Tage begab sich Ludwig Philipp, umgeben von einem glänzenden Generalstabe, auf die Boulevards, um die Truppen zu mustern. Als er auf den Boulevards des Tempels angekommen war, erfolgte eine furchtbare Explosion von einem Hause aus, welche den Marschall Mortier und mehrere andere Personen tödtete, andere schwer verwundete, den König aber nicht verletzte. Man entdeckte bald den Thäter, Fieschi genannt, welcher noch zwei andere Pariser Bürger, Pepin und Morey, als seine Mitschuldigen angab und sie sogar als die Urheber des Verbrechens bezeichnete, indem sie ihn zu dem Morde des Königs aufgefordert hätten. Der Proceß wurde später der Pairskammer übergeben, welche alle drei Personen, obschon sich gegen Pepin und Morey keine hinreichenden Verdachtsgründe ergaben — sie waren aber bekannt als eifrige Republikaner —, zum Tode verurtheilte: am 19. Februar 1836 wurden sie hingerichtet. Noch auf dem Blutgerüste betheuerten Pepin und Morey ihre Unschuld.

Dieses Attentat benutzte sogleich Ludwig Philipp, um endlich den lange vorbereiteten Schlag gegen die Presse zu führen, und zugleich auch gegen die Geschwornengerichte. Am 4. August 1835 legte der Herzog von Broglie der Kammer drei Gesetzesentwürfe vor, die er mit einer Schilderung des grauenhaften Zustandes von Frankreich begleitete, wie er durch die rastlosen Bemühungen der Umsturzpartei herbeigeführt worden sei: niemals werde man zur Ruhe kommen, wenn man nicht die energischsten Maßregeln dagegen ergreife. Der erste dieser Gesetzesentwürfe betraf die Assisenhöfe und sollte nachträglich das ganze ungesetzliche Verfahren der Pairskammer in dem Processe der Aprilangeklagten gesetzlich machen. Es wurde demnach bestimmt, daß der Assisenhof sich in so viele Abtheilungen theilen könne,

Digitized by Google

als er wolle; daß der Präsident des Assisenhofes das Recht habe, die Angeklagten mit Gewalt herbeiführen zu lassen, und daß, falls sie sich weigerten, Antwort zu geben, der Proceß auch in ihrer Abwesenheit seinen Fortgang nehme, das Urtheil nur auf Grund von Actenstücken gefällt werden sollte. Das zweite Gesetz betraf die Geschwornengerichte. Von nun an sollten die Geschwornen ihre Stimme geheim — bisher geschah es öffentlich — abgeben, ferner sollte zur Verurtheilung eines Angeklagten die einfache Mehrheit, nämlich 7 Stimmen hinreichen, während nach dem bisher geltenden Gesetze zwei Drittel der Stimmen, nämlich 8 erforderlich waren, um das Schuldig über einen Angeklagten auszusprechen. Das wichtigste Gesetz war das dritte über die Presse. Dieses Gesetz bestimmte: 1) daß jede Beleidigung der Person des Königs und jeder Angriff auf das Princip oder die Form der Regierung durch die Presse als ein Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates angesehen, als solches den Geschwornengerichten entzogen und der Pairskammer überwiesen werden sollte, welche denn außer den gewöhnlichen Gefängnißstrafen auch noch entsprechende Geldstrafen von 10,000 bis zu 50,000 Franken zu verhängen habe. 2) Es wird ferner verboten unter Androhung der strengsten Strafen, die Anhänglichkeit an die Republik auszudrücken, die Person des Königs in Handlungen der Regierung zu mischen, den Wunsch oder die Hoffnung kund werden zu lassen, daß die monarchische Ordnung zu Grunde gehe oder daß die verbannte Königsfamilie wieder den französischen Thron einnehme, die Namen der Geschwornen vor oder nach der Verurtheilung zu veröffentlichen, zu Sammlungen für verurtheilte Journale aufzufordern oder sie bekannt zu machen. Im Wiederholungsfalle werden die Strafen bis zu 20 Jahren Gefängniß erhöht und können wohl auch die völlige Einziehung der Caution zur Folge haben. 3) Die Caution für größere Journale wird von 50,000 auf 100,000 Franken erhöht. Der Gerant eines Journals ist verpflichtet, den Verfasser eines angeschuldigten Artikels zu nennen: ist er einmal verurtheilt, kann er das Journal nicht mehr unterzeichnen, und es muß ein neuer an seine Stelle treten.

Digitized by Google

4) Ferner darf keine Zeichnung, kein Kupferstich, keine Lithographie veröffentlicht und verkauft werden ohne Genehmigung der Polizei. Ebenso sind die Theaterstücke der vorgängigen Censur unterworfen.

Gegen diese Gesetze, welche der freien Presse den Todesstoß versetzten, den Franzosen die Wohlthat des Geschwornengerichts bei politischen Vergehen oder Verbrechen verkümmerten, die Carricaturen, deren Wirkung eine ungeheure gewesen, unmöglich machten, erhob sich freilich ein Sturm in der öffentlichen Meinung. Die Journale boten Alles auf, um das Schicksal, das ihnen drohte, von sich abzuwenden: auch das Häuflein Liberaler in der Kammer focht ritterlich gegen die vorgeschlagenen Gesetze. Es war Alles umsonst: am 5. September 1835 wurden sie von der Abgeordnetenkammer, am 9. von den Pairs angenommen, und noch an letzterm Tage von der Regierung verkündigt.

Mit diesen Gesetzen war das System der innern Reaction vollendet. Auch hatte Ludwig Philipp von dieser Zeit an wenig mehr von den ihm feindlichen Parteien zu fürchten. Zwar bestanden die republikanischen Verbindungen fort, wenn auch nur im Geheimen: sie verloren aber ihre Bedeutsamkeit, da sie nicht mehr auf einen allgemeinen Umschwung rechnen konnten. Allmählig trat in der ganzen Nation eine große Erschlaffung ein. Dazwischen hinein fallen zwar noch einige Attentate, wie am 25. Juni 1836 von Alibaud, am 27. December von Meunier. Auch von der napoleonischen Partei wurde im Jahre 1836 eine Empörung versucht. Ludwig Napoleon, der Sohn des ehemaligen Königs von Holland gleichen Namens, hatte einen Theil der Garnison in Straßburg gewonnen und begann am 30. October den Aufruhr. Die Sache war aber so ungeschickt angelegt, daß sie in der Geburt erstickt ward. Ludwig Napoleon wurde gefangen, später deportirt: seine Mitschuldigen wurden von den Geschwornen des Elsasses freigesprochen. Dieß Alles waren aber nur Zwischenspiele, welche wohl augenblicklich das Interesse fesselten, aber keine Veranlassung zu einer allgemeinen Bewegung werden konnten. Ludwig Philipp befestigte sich vielmehr vollkommen in seiner Gewalt,

Digitized by Google

so daß er schon im Jahre 1836 und 1837 eine Amnestie aussprechen konnte, in Folge welcher auch die ehemaligen Minister Karl's X., Chantelauze, Peyronnet, Polignac und Ranville ihre Freiheit erhielten.

Ludwig Philipp und die äußere Politik. Anschluß an das System der absoluten Mächte.

Unter solchen Umständen, da Ludwig Philipp in einer Weise mit der Revolution gebrochen, wie es die absoluten Cabinette nur immer wünschen konnten, war es begreiflich, daß sich sein Verhältniß zu diesen immer freundlicher gestaltete. Jetzt hatte er nicht mehr nöthig, auf die öffentliche Meinung in Frankreich Rücksicht zu nehmen, die, wie wir gesehen, nicht selten seine Haltung in der äußern Politik bestimmt und ihn öfter wie einmal veranlaßt hatte, gegen die absoluten Großmächte eine feindliche Stellung einzunehmen. Wie gesagt, dieß hatte er jetzt nicht mehr nöthig, nachdem er die republikanische Opposition vollständig besiegt und die politische Freiheit des französischen Volkes in noch engere Gränzen eingeschlossen hatte, als unter den Bourbons stattgefunden. Frankreich, insofern dessen Politik durch Ludwig Philipp bestimmt wurde, war daher den absoluten Mächten nicht mehr gefährlich; ja es war auf dem Wege, sich in jeder Beziehung und in allen wichtigen Fragen an die Politik der heiligen Allianz anzuschließen. Denn Ludwig Philipp war es nicht sowohl um Frankreichs Ruhm und Größe oder nur um die Aufrechthaltung seiner Ehre zu thun, als vielmehr um das gute Vernehmen mit den absoluten Cabinetten und um die Erhaltung seiner Dynastie auf dem französischen Throne, was ihm ohne jene Freundschaft nicht möglich schien. Ludwig Philipp gab daher den absoluten Cabinetten in Allem nach, was sie verlangten, zeigte sich wohl auch demüthig und unterwürfig, wenn es nicht anders ging, und suchte das französische Volk, das immer noch etwas auf Nationalehre hielt, für die schlechte Rolle, welche Frankreich den nordischen Mächten gegenüber

spielte, dadurch zu entschädigen, daß er gegen kleinere Staaten als unbändiger Bramarbas auftrat. Es ist nicht zu verkennen: Ludwig Philipp hatte bei dieser seiner Politik mit manchen Hindernissen zu kämpfen. Denn, wie schon oben erwähnt, seine Minister, in denen eben auch ein Theil des französischen Nationalgefühles steckte, wollten wirklich Frankreich eine ehrenvolle Rolle in der äußern Politik spielen lassen, und machten daher manchmal dem Könige einen Strich durch die Rechnung. Dieß gilt insbesondere von Broglie und Thiers, welcher letztere seit dem 22. Februar 1836 an der Spitze des Ministeriums stand. Indessen Ludwig Philipp wußte sich immer zu helfen: er setzte doch seine Meinung durch.

Die absoluten Mächte machten natürlich den besten Gebrauch von dieser Freundlichkeit des Königs von Frankreich. Sie beuteten das Uebergewicht, welches sie seit 1834 in der großen Politik gewonnen, vollkommen aus und handelten so, als ob sie an einen Widerspruch der anderen Cabinette gar nicht dächten. In dem Freistaate Krakau, dessen Unabhängigkeit auf dem Wiener Congresse ausdrücklich festgesetzt worden war, hielten sich mehrere polnische Flüchtlinge auf. Die drei nordischen Mächte verlangten von der Regierung die Ausweisung derselben. Diese, unvermögend, Widerstand zu leisten, versprach das Begehren zu erfüllen, nur möchten die Mächte noch so lange warten, bis die Flüchtlinge, von denen sich mehrere häuslich niedergelassen und Geschäfte angefangen, ihre Angelegenheiten in Ordnung gebracht hätten. Vergebens! Am 17. Februar 1836 rückten Oestreicher ein, darauf kamen Russen und Preußen, verhafteten an Flüchtlingen wen sie fanden, verhängten die schwersten Strafen über die Einwohner, welche die Flüchtlinge verbargen, und benahmen sich überhaupt in diesem freien unabhängigen neutralen Staate auf die gewaltthätigste Weise. Die französische Regierung sagte so gut wie kein Wort zu dieser Verletzung des Völkerrechts, und selbst die englische, obschon sie in der Kammer sich dagegen aussprach, wagte doch keinen entschiedenen Schritt zu thun, weil sie wußte, daß sie von Frankreich nicht unterstützt würde.

Digitized by Google

In dem Verfahren der Mächte gegen die Schweiz übernahm Frankreich sogar die thätigste Rolle. Seit dem an Lessing verübten Morde waren die absoluten Mächte neuerdings aufmerksam auf die Schweiz geworden: sie drangen im Jahre 1836 noch einmal auf Entfernung der Flüchtlinge, welche großentheils seit ihrer Ausweisung im Jahre 1834 wieder gekommen waren. Inzwischen hatten aber die Schweizer Behörden die Verbindung des „jungen Europa" entdeckt und fingen ihrerseits an, zu verhaften, zu untersuchen und auszuweisen. Und zwar dieses Mal auf eine ziemlich harte und gewaltthätige Weise. Dieß Alles war jedoch den Mächten nicht genug. Besonders der französische Gesandte, der Herzog von Montebello, richtete an die Eidgenossenschaft eine Note, welche in den übermüthigsten Ausdrücken abgefaßt war und von der Schweiz um so mehr die Wegweisung aller verdächtigen Fremden verlangte, als sich unter diesen viele befänden, welche zur französischen Umsturzpartei gehörten und sogar in die Attentate gegen den König verwickelt gewesen seien. Ludwig Philipp glaubte nämlich, diese Gelegenheit, seine Uebereinstimmung mit der Politik der absoluten Mächte recht auffallend an den Tag zu legen, mit beiden Händen ergreifen zu müssen, da die Schweiz ein kleiner Staat war, gegen den aufzutreten keine große Tapferkeit erforderte, und da gerade in Bezug auf die Schweiz Ludwig Philipp's Politik noch vor zwei Jahren eine ganz andere gewesen. Damals nämlich, wie wir gesehen, hatte er die Partei der radicalen Schweiz gegen die großen Mächte genommen. Die Eidgenossenschaft, welche bereits im Jahre 1834 und 1835 nachgegeben, war nicht gesonnen, dießmal Widerstand zu leisten. Sie begnügte sich, in einer Note sich gegen etwaige Eingriffe in ihre Unabhängigkeit zu verwahren, that aber doch was man verlangte, und es wurden von nun an wirklich alle verdächtigen Flüchtlinge fortgeschafft; auch Mazzini mußte entfliehen. Allein bei dieser Gelegenheit entspann sich ein neuer Streit mit Frankreich, dessen Veranlassung freilich für die französische Regierung nichts weniger als ehrenvoll war. Der Herzog von Montebello verlangte nämlich von Bern unter Anderm auch die Ausweisung eines gewissen

Digitized by Google

Conseil, welcher ein französischer Flüchtling sei. Bei näherer Untersuchung stellte sich aber heraus, daß derselbe ein Spion der französischen Regierung wäre, mit mehreren falschen Pässen versehen, unter andern mit einem vom Herzog von Montebello selber ausgestellt. Dieser Conseil war nämlich als Spion von der französischen Regierung nach der Schweiz gesendet worden, um dort die Flüchtlinge auszuforschen, nicht blos französische, sondern auch deutsche und italienische, zugleich aber, um der französischen Regierung einen scheinbaren Grund zu geben, von der Schweiz die Ausweisung der Flüchtlinge zu verlangen: denn Conseil hatte von ihr den Auftrag, damit zu prahlen, als sei er in die Attentate Fieschi's und Alibaud's verwickelt. Die Eidgenossenschaft, über die übermüthige Note Frankreichs ohnedieß aufgebracht, benutzte nun die Entdeckung dieser Niederträchtigkeit, um sich an der französischen Regierung zu rächen. Sie veröffentlichte sogleich die Sache und richtete auch eine nicht sehr schmeichelhafte Note an den Gesandten darüber. Die französische Regierung, vor aller Welt beschimpft, obschon durch ihr eigenes Verschulden, spielte nun den Beleidigten, verlangte Genugthuung, drohte mit Gränzsperre und dergleichen. Später jedoch, im November 1836, kam eine Aussöhnung zu Stande, indem sie sich mit der Erklärung der Eidgenossenschaft begnügte, daß sie die französische Regierung nicht habe beleidigen wollen.

Und wie gegen den Osten, so wurde auch gegen den Westen eine andere Politik befolgt. Die Quadrupelallianz war in der Absicht abgeschlossen worden, daß im Falle der Noth von England und Frankreich der Königin Christine Hülfe gegen Don Carlos geleistet würde. Diese Hülfe war in den Jahren 1834 und 1835 nöthig genug. Aber Ludwig Philipp konnte sich nicht dazu entschließen, weil er fürchtete, dadurch bei den absoluten Mächten anzustoßen. Um die Mitte des Jahres 1835 aber drang man spanischer Seits unaufhörlich in ihn, und auch in England, wo inzwischen die Whigs wieder an das Ruder gekommen, sah man endlich die Nothwendigkeit thätiger Hülfeleistung ein. Ludwig Philipp fand endlich einen Mittelweg.

Digitized by Google

Er überließ nämlich der Königin Christine die Fremdenlegion, welche schon im Jahre 1831 aus Flüchtlingen gebildet, bisher in Algier gedient hatte und einige tausend Mann stark war. Diese Fremdenlegion landete im August 1835 in Spanien und nahm sofort an dem Kriege Theil. Auch die Engländer sandten eine Fremdenlegion unter Lacy Evans. Die Hülfe war aber viel zu unbedeutend, als daß sie einen wesentlichen Einfluß auf den Gang des Krieges hätte üben können. Thiers, welcher die Nothwendigkeit einsah, Spanien für Frankreich zu erhalten, entschloß sich daher, diesen Krieg mit Ernst zu betreiben, und ein Heer von etwa 25,000 Mann zu bilden, welches über die Pyrenäen marschiren sollte. Marschall Bugeaud sollte den Oberbefehl darüber erhalten. Schon waren die Anstalten dazu getroffen. Aber Thiers hatte dieß Alles gethan, ohne vorher den König zu fragen. Als dieser es erfuhr, so war die einfache Antwort, die er darauf ertheilte, die Entlassung des Ministeriums Thiers, im August 1836. Ihm folgte das Ministerium Molé, welches gegen Spanien sich ganz so benahm, wie Ludwig Philipp wünschte, d. h. jede Art von Hülfe verweigerte und der Königin Christine überließ, mit Don Carlos allein fertig zu werden.

Nach allen Seiten hin also näherte sich Ludwig Philipp der Politik der absoluten Mächte. Und zum Zeichen seines völligen Einverständnisses mußten seine zwei ältesten Söhne, die Herzöge von Orleans und Nemours, im Jahre 1836 eine Reise nach Deutschland machen, mußten Berlin und Wien besuchen, wo sie auf das Zuvorkommenste und Freundlichste aufgenommen wurden. Der eine Zweck aber, den Ludwig Philipp dabei hatte, daß nämlich der Kronprinz, der Herzog von Orleans, sich in Wien unter den kaiserlichen Prinzessinnen eine Gemahlin holen solle, ging nicht in Erfüllung: der Herzog von Orleans bekam einen Korb. Die absoluten Höfe freuten sich zwar sehr über die Politik der Julidynastie, waren aber weit entfernt, dieselbe sich ebenbürtig zu halten. Später, im Jahre 1837, vermählte sich der Herzog von Orleans mit einer mecklenburgischen Prinzessin.

Digitized by Google

Um die Mitte des Jahrzehends erscheint also die Reaction allenthalben siegreich. Sie hat nicht nur den Osten, Deutschland, Italien überwältigt, die Schweiz gedemüthigt, sondern auch den Herd der europäischen Bewegung, Frankreich, sich dienstbar gemacht, und selbst in dem äußersten Westen, wo eine Zeitlang der Liberalismus Erfolge gewonnen, schien die Zeit nicht mehr fern zu sein, wo er vor der siegenden Reaction erliegen mußte.

Es liegt aber in der Natur eines Kampfes, welcher um Ideen geführt wird und ein so großes Theater begreift, wie der, von dem wir reden, daß er nicht mit Einem Schlage und nicht an allen Punkten zugleich beendet werden kann. Die eben niedergeworfenen Ideen verschwinden scheinbar an dem einen Orte, wo sie augenblicklich unterdrückt worden sind, um an einem andern nur um so gewaltiger wieder aufzuerstehen. Und nicht lange dauert es, so erheben sie sich mit neuer Kraft und unter neuen Formen selbst da, wo die Gegner ihrer auf lange Zeit Herr geworden zu sein scheinen.

Auch dießmal, wie zur Zeit nach der Unterdrückung der Bewegung in den zwanziger Jahren, ist es das britische Eiland, wo die Freiheit unversehrt aus dem Kampfe hervorgegangen, während die Willkür fast überall auf dem Festlande ihren Thron aufgeschlagen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Sechstes Buch.

Die orientalische Frage

Anfänge zu einem Umschwunge der Meinung.

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Capitel.

England bis zum Jahre 1839.

Sturz des Toryministeriums Wellington-Peel.

Die Tories erfreuten sich nicht lange der Herrschaft. Kaum, daß sie fünf Monate im Ministerium gesessen, mußten sie dasselbe wieder räumen und ihren Gegnern von Neuem überlassen.

Sir Robert Peel sah recht gut ein, daß eine Verwaltung mit streng toristischen Grundsätzen die größten Hindernisse zu bekämpfen habe und daß er bei dem Stande der öffentlichen Meinung in England unmöglich auf die Länge sich halten könne. Er entschloß sich daher, den Forderungen der liberalen Partei Zugeständnisse zu machen und sich der Whigverwaltung so sehr zu nähern, als nur immer möglich war, ohne den toristischen Charakter ganz und gar aufzugeben. In diesem Sinne veröffentlichte er ein Schreiben an seine Wähler, hoffend, dadurch einen so günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung zu machen, daß diese Vertrauen zu ihm faßte und das neu zu wählende Parlament zu seinen Gunsten ausfiele. Auch strengten die Tories alle Mittel an, die ihnen zu Gebote standen, um auf die Wahlen zu wirken: sie verschwendeten ungeheure Summen, um ihren Zweck zu erreichen, und es gelang dieß ihnen in der That mit den Wahlen in England, die in der Mehrzahl im Sinne des Ministeriums ausfielen. Ein ganz anderes Ergebniß jedoch hatten die Wahlen in Schottland und Irland. Hier erfochten die Whigs große entscheidende Siege, so daß im Ganzen das Parlament doch ein whigistisches

Digitized by Google

wurde. Dieß zeigte sich sofort bei der Wahl des Präsidenten, wobei die Whigs mit einer Mehrheit von 10 Stimmen ihren Candidaten durchsetzten.

Nichtsdestoweniger hoffte Peel immer noch, die Mehrheit des Parlaments für sich gewinnen zu können. Am 20. Februar 1835 wurden die Sitzungen eröffnet. Die Thronrede war so gemäßigt gehalten und stellte so viele Verbesserungen in Aussicht, daß sich die Mehrheit des Parlaments unter anderen Verhältnissen wohl damit hätte begnügen können. Allein man wollte die Tories nicht in der Verwaltung. Bei den Verhandlungen über die Adresse auf die Thronrede wurde von den Whigs eine Stelle vorgeschlagen, welche ein Mißtrauensvotum wider das gegenwärtige Ministerium enthielt. Trotz der äußersten Anstrengungen der Tories ging diese Stelle doch durch. Auch jetzt noch blieben die Tories auf dem Platze. Peel hoffte durch die Gesetzesentwürfe, welche er nun einbrachte, die Mehrheit mit sich versöhnen zu können. Der erste Gesetzesentwurf hatte die Aufhebung der geistlichen Localgerichte zum Zweck, gegen welche schon lange die dringendsten Beschwerden erhoben worden waren. Der zweite sollte die Dissenters von der drückenden Last befreien, sich durch Geistliche der anglicanischen Kirche trauen zu lassen. Der dritte schlug bedeutende Verbesserungen im englischen Kirchenwesen vor. Endlich brachte Peel sogar einen Gesetzesentwurf über die Aufhebung der irischen Zehnten. Alle diese Vorschläge waren im Sinne der Whigs und theilweise von dem letzten Ministerium selber vorbereitet worden. Die irische Zehntenbill Peel's unterschied sich nur wenig von der, welche das Whigministerium den letzten Kammern vorgelegt und welche die Pairs hatten fallen lassen. Nichtsdestoweniger gaben sich die Whigs doch nicht zufrieden. Und gerade bei der irischen Bill beschlossen sie, das Ministerium zu stürzen. Russell schlug nämlich die Verbesserung vor, daß die Ueberschüsse des irischen Kircheneinkommens zu der allgemeinen Verbesserung des Erziehungswesens in Irland zu verwenden wären. Dagegen setzte sich Peel: er werde nie darein willigen, erklärte er, daß irgend ein Theil des Kircheneinkom-

Digitized by Google

mens, gleichviel ob in Irland oder in England, zu anderen als kirchlichen Zwecken verwandt werde, weil er dieses für eine Verletzung des Eigenthumsrechts halte. Am 3. April wurde über Russell's Vorschlag abgestimmt und er ging mit einer Mehrheit von 33 Stimmen durch.

Nun bat das Toryministerium um seine Entlassung, die ihm gegeben ward. Lord Melbourne erhielt den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, und er setzte dieß fast aus denselben Whigs zusammen wie das frühere. Nur wurde Lord Russell Minister des Innern; Duncannon Minister der Domainen; Spring Rice Finanzminister; Lord Howick Kriegsminister; Sir Henry Parnell Kriegszahlmeister. Lord Brougham trat nicht wieder in die Verwaltung. Er hatte durch seine Leidenschaftlichkeit zu häufig Anstoß erregt.

Der Parteienkampf bis zum Tode König Wilhelms IV.

Die neuen Minister zeigten sogleich, in welchem Sinne sie ihre Verwaltung zu führen gedachten. Sie ernannten zum Lordlieutenant von Irland Lord Mulgrave, einen Mann, der wegen seiner freisinnigen Grundsätze bekannt und namentlich in der irischen Frage durchaus zu Gunsten des unglücklichen Volkes gesinnt war. Die Ernennung dieses Mannes wirkte auch so günstig auf die Stimmung der Irländer, daß dort auf einmal die Aufregung, sofern sie einen gefährlichen Charakter angenommen hatte, verschwand. Die Irländer faßten wieder Vertrauen zu dem Ministerium und erwarteten von seiner Gerechtigkeit die Erfüllung ihrer sehnlichsten Wünsche. Aber die Tories benutzten gerade diese gute Stimmung, welche die Irländer gegen das Ministerium zeigten, um dasselbe in den Augen des englischen Volkes herabzusetzen. Sie beschuldigten es, nichts weiter, als das Werkzeug O'Connell's zu sein, und besonders die anglicanische Geistlichkeit kam immer wieder mit ihrer abgeschmackten Behauptung, daß die Vorliebe der Minister für Irland und für O'Connell nichts geringeres bedeute, als die Begünstigung des Papismus.

Digitized by Google

Die Minister ließen sich aber dadurch nicht abschrecken. Noch im Jahre 1835 brachten sie mehrere Gesetzesentwürfe vor das Parlament, welche wesentliche Verbesserungen enthielten. Der eine betraf die Reform der englischen Städteverfassung. Dieß war eine nothwendige Ergänzung der Parlamentsreform. Nach dem bisherigen Gebrauch ergänzten sich nämlich die Magistrate in den Städten selbst und führten die Verwaltung des Gemeindewesens, ohne irgend Jemand Rechenschaft abzulegen. Dadurch war es geschehen, daß die entsetzlichsten Mißbräuche überhand genommen. Sie waren so offenkundig, daß die Verbesserung der englischen Städteverfassung jedem Unbefangenen schon längst als nothwendig erschienen war. Die Minister faßten sie aber auch zugleich als politische Maßregel auf. Denn die alten Magistrate waren meist toristisch gesinnt, und da sie als solche einen großen Einfluß auf die Wahlen übten, so lag es im Interesse des Whigministeriums, diese Magistrate zu beseitigen und durch freier gesinnte Männer zu ersetzen. Der Entwurf, den die Minister vorlegten, warf die ganze bisherige Verfassung um und beruhte auf durchaus demokratischen Grundlagen: sie verlangten, daß die städtischen Behörden von nun an durch freie Wahl ernannt werden sollten, und alle zu den städtischen Steuern beitragenden Einwohner sollten auch zu der Theilnahme an diesen Wahlen berechtigt sein. Im Hause der Gemeinen ging dieser Gesetzesentwurf ohne Anstand durch. Die Lords aber erhoben Opposition dagegen. Denn sie wußten wohl, daß sie mit der Annahme des ministeriellen Entwurfes ein weiteres Stück ihres Einflusses verloren. Indessen lagen die Mißbräuche der städtischen Verwaltungen so zu Tage, daß es die Lords nicht wagen konnten, das Gesetz ganz zu verwerfen. Sie verlangten nur, daß die alten Magistrate sich gegen die wider sie erhobenen Beschuldigungen vertheidigen dürften. Dieß geschah denn, aber ohne weitern Erfolg. Zuletzt sahen sich die Lords eben doch genöthigt, der Bill im Wesentlichen ihre Zustimmung zu ertheilen.

Aber das Ministerium brachte auch noch die irische Zehntenbill vor die Kammern. Nach ihr sollten fortan die Zehnten von den

Digitized by Google

protestantischen Grundeigenthümern (nicht wie bisher, von den katholischen Pächtern) übernommen und ihnen zur Entschädigung für ihre Mühe bei der Erhebung 30 Procent von dem Betrage erlassen werden. Zugleich verfügte die Bill, daß alle Pfarreien in Kirchspielen, die weniger als 50 protestantische Einwohner hätten, aufgehoben, und daß die dadurch gewonnenen Ueberschüsse des kirchlichen Einkommens zu der Verbesserung des Erziehungswesens angewandt werden sollten. Im Hause der Gemeinen wurde die Bill angenommen, obschon nicht ohne harten Kampf. Die Lords verwarfen sie aber. Ueberhaupt gaben sie sich alle Mühe, in und außer dem Parlamente der Whigverwaltung die größten Schwierigkeiten zu bereiten, und es gelang ihnen nur zu gut, weil sie in diesem Streben von der anglicanischen Geistlichkeit unterstützt wurden, welche leider noch einen zu großen Einfluß auf das in religiöser Beziehung ziemlich verwahrloste englische Volk besaß.

Den Whigs kam aber zu Gute, daß eben jetzt Dinge enthüllt wurden, welche den Tories den furchtbarsten Schlag versetzen mußten. Um diese Zeit wurden nämlich die geheimen hochverrätherischen Absichten des sogenannten Orangebundes aufgedeckt. Der Bund wurde schon zu den Zeiten Wilhelms von Oranien gegründet, von dem er auch den Namen hat. Er war ursprünglich nur auf Irland berechnet, und sein Zweck war, dort den Protestantismus und die streng englischen Gesetze aufrecht zu erhalten. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als die irischen Bewegungen immer gefährlicher zu werden drohten, stärkte sich auch wieder der Orangebund. Er erhielt neue Einrichtungen: er theilte sich in Logen nach Art der Freimaurer. Dieser Bund gewann aber von dem Augenblicke, als das Whigministerium die irischen Zustände zu verbessern trachtete, eine noch größere Bedeutung. Alle Tories traten in denselben: fast überall wurden Logen errichtet: er erstreckte sich namentlich auch auf die Armee: man zählte im Ganzen an 300,000 Mitglieder. Haupt des Bundes war der Bruder des Königs, der Herzog von Cumberland, der jetzige König von Hannover. Dem Orangebunde war es nun nicht mehr

Digitized by Google

blos um die Aufrechthaltung der alten ungerechten Gesetze in Bezug auf Irland zu thun, sondern um die Herrschaft der streng toristischen Grundsätze in Großbritannien überhaupt, und zu diesem Zwecke scheute er sich nicht, Mittel zu ergreifen, welche nahe an den Hochverrath hinstreiften, oder solche vorzubereiten, deren Anwendung in der That Hochverrath gewesen wäre. Der Orangebund oder wenigstens mehrere seiner einflußreichsten Häupter hatten die Absicht, dem Herzog von Cumberland zum britischen Throne zu verhelfen. Der König Wilhelm IV. war nämlich krank und man erwartete bald seinen Tod. Da er aber keine Kinder hinterlassen hatte, so folgte ihm nach englischem Rechte seine Nichte Victoria, die Tochter seines ältesten Bruders, des verstorbenen Herzogs von Kent. Victoria war aber in Whiggrundsätzen erzogen worden und gehörte der freisinnigen Richtung in einem weit entschiedeneren Grade an, als Wilhelm IV., welcher in den letzten Jahren seiner Regierung den Einflüssen der Tories zugänglicher geworden war. Mit der Thronbesteigung Victoria's war daher jede Aussicht der Tories auf die Wiedergewinnung der Herrschaft verloren, wohingegen sie im Herzog von Cumberland als König von England die Bürgschaft für die Durchführung ihrer kühnsten Entwürfe erblickten, da dieser Prinz von jeher als das Haupt der Ultratories erschienen und in der letzten Zeit sogar der Großmeister des Orangebundes war*). Die Umtriebe des Orangebundes für den

*) Zur Uebersicht der Verwandtschaftsverhältnisse:

Georg III. König von England 1760 † 1820.

Georg IV. König 1820 †1830.	Wilhelm IV. König 1830 †1837.	Eduard, Herzog v. Kent †1820, vermählt mit Victoria, Tochter des Herz. Frz. v. Coburg.	Ernst August, Herzog v. Cumberland, seit 1837 König von Hannover.	Adolph Friedrich, Herzog v. Cambridge.

Victoria, Königin 1837.

Franz, Herzog von Coburg †1806.

Ernst, Herzog v. Koburg-Gotha †1844.	Ferd., Herz. v. Coburg-Koharv, östr. General.	Leopold, König v. Belgien.	Victoria, vermählt 1818 mit dem Herz. v. Kent.
Ernst, geb. 1818 Herz. v. Coburg-Gotha. — Albert, geb. 1819, vermählt 1840 mit der Königin Vict. v. England.	Ferd., vermählt 1836 mit Donna Maria da Gloria, Königin von Portugal.		Victoria, geb. 1819, Königin v. England, vermählt 1840 mit Albert, Prinz von Coburg.

Digitized by Google

Herzog von Cumberland wurden nun gerade in jener Zeit — 1835 — enthüllt, und der Abgeordnete Hume stellte im Unterhause einen darauf bezüglichen Antrag. Bei der nächsten Sitzung des Parlaments, Anfang 1836, wurde von Hume ein noch kühnerer Angriff auf die Orangelogen unternommen: er trug auf eine Adresse an den König an, welche die gänzliche Unterdrückung der Orangelogen verlangte. Die Tories versuchten die Anschuldigungen, welche Hume gegen die Orangelogen erhob, zurückzuweisen. Hume aber antwortete, indem er auf drei dicke Foliobände von Actenstücken hinwies, die auf dem Tische des Hauses niedergelegt waren, daß er jede von ihm gemachte Behauptung beweisen könne und, wenn man es verlange, im Augenblicke thun werde. Da schwiegen die Tories, weil sie sehr gut wußten, wie weit sie gegangen waren und was sie im Schilde führten. Das Unterhaus ging nun auf Hume's Antrag ein, milderte ihn indessen nach dem Vorschlage der Minister noch in etwas. Die Wirkung war aber dieselbe. Denn die Orangemänner fühlten sich dadurch so entmuthigt, daß der Herzog von Cumberland in der nächsten Sitzung des Oberhauses sich veranlaßt sah, zu erklären, daß er sämmtlichen Orangelogen empfohlen habe, sich aufzulösen.

Die Niederlage, welche die Tories durch diese Geschichten erlitten hatten, war schwer genug. Sie erholten sich indessen bald von dem Schrecken, um sich jedem Verbesserungsversuche der Minister mit der größten Hartnäckigkeit entgegenzusetzen. Noch im Jahre 1836 brachten diese eine Bill, welche die Verbesserung der irischen Städteverfassung in derselben Weise bezweckte, wie die englische Städtereform. Im Unterhause ging diese Bill durch: im Hause der Lords wurde sie verworfen. Sodann beantragte das Ministerium eine Reform der protestantischen Kirche in Irland, welche auf denselben Grundsätzen fußte, wie die im Jahre 1835 verworfene irische Zehntenbill. Auch diese Bill wurde von den Gemeinen angenommen, von den Lords zurückgewiesen. Und dieses Schicksal hatten fast alle Vorschläge der Minister mit wenigen Ausnahmen. Nur die Herabsetzung

Digitized by Google

der Stempelsteuer von den Zeitungen setzten sie durch, wodurch die Presse, namentlich die kleinere, freigesinnte, einen neuen Schwung erhielt.

Durch die unausgesetzten Angriffe der Lords und namentlich der anglicanischen Kirche sah sich das Ministerium genöthigt, auch nach dieser Seite hin sich sicher zu stellen. Bekanntlich sind die englischen Universitäten hinter dem Geiste der Zeit außerordentlich zurückgeblieben: der Torismus ist von ihnen durchgängig vertreten: sie stehen ganz unter den Einflüssen der anglicanischen Kirche, was so weit geht, daß Jedem die Aufnahme verweigert wird, welcher nicht die 39 Artikel der anglicanischen Glaubenslehre beschworen, so daß also Katholiken und Dissenters (Andersgläubige) von der Universitätsbildung geradezu ausgeschlossen sind. Die Minister gründeten nun im Jahre 1836 die Universität London, welche sie ausdrücklich unabhängig machten von der anglicanischen Kirche. Dieß war aber ein neuer Anlaß für die Tories und die Pfaffen, über die Minister herzufallen und sie in den Augen des Volkes zu verdächtigen. Der Kampf begann im Jahre 1837 im Parlamente von Neuem. Er drehte sich wieder um die irischen Verhältnisse. Den Ministern gelang es nur, die irische Armenbill durchzusetzen, wodurch dem immer zunehmenden Pauperismus in Irland einigermaßen abgeholfen werden sollte. Aber weder die irische Städteordnung, noch die irische Zehntenbill, welche dießmal wiederum, wenn auch unter etwas anderer Fassung eingebracht wurden, konnten die Zustimmung der Lords erlangen, so wenig wie der Antrag auf gänzliche Aufhebung der Kirchensteuern, wodurch freilich der anglicanischen Geistlichkeit tief in das Herz gegriffen wurde. Und dennoch war jener Antrag ebenso vernünftig, wie ausführbar. Denn die englische Kirche ist ohnedieß reich genug dotirt und brauchte die Kirchensteuern nicht mehr, welche noch dazu nicht blos von den Anhängern der anglicanischen Kirche, sondern auch von den Dissenters an sie gezahlt werden mußten. Das einzige wohlthätige Gesetz, was die Minister außer der irischen Armenbill durchsetzten, war die Bill, welche die Aufhebung der Todes-

Digitized by Google

strafen bei 21 Verbrechen verfügte. Es blieben nur noch 10 Verbrechen übrig, auf welche Todesstrafe stand.

Mitten in diese Kämpfe hinein fiel der Tod des Königs Wilhelm IV. am 20. Juni 1837. Ihm folgte seine Nichte Victoria auf dem englischen Throne. Gleich nach ihrer Thronbesteigung verfügte sie englischem Brauche gemäß die Auflösung des Unterhauses.

Die inneren Zustände bis zum Jahre 1839.
Zunahme der Radicalen.

Victoria neigte sich, wie oben schon erwähnt, zu den Whigs. Sie behielt daher das Ministerium Melbourne bei. Noch mehr: bei der Einrichtung ihres Hofstaats wurden vorzugsweise whigistische Familien begünstigt. Um so größer der Aerger der Tories, um so eifriger ihr Bemühen, bei den bevorstehenden Wahlen den Sieg zu erringen. Und dießmal glückte es ihnen weit mehr wie im Jahre 1835. Die Ursache war die Uneinigkeit ihrer Gegner.

Schon geraume Zeit war unter der antitoristischen Partei eine Spaltung eingetreten. Von den Whigs sonderte sich nämlich ein Theil ab, welcher noch weiter ging, als diese, und den Namen der Radicalen führte. Die Radicalen waren übrigens keine neue Erscheinung: wir sind ihnen schon in den Jahren 1815 bis 1820 begegnet. Damals aber hatten sie sich meist auf die geringste Volksclasse erstreckt und nur vereinzelte Anhänger unter den gebildeten Ständen gefunden. Nachgerade aber, besonders seit der Julirevolution und dem Streit um die Parlamentsreform, breitete sich die radicale Richtung immer weiter aus, griff auch in die höheren Stände hinüber und wurde selbst im Parlamente, wenn auch nicht sehr zahlreich, vertreten. Die Radicalen unterschieden sich von den Whigs dadurch, daß die letzteren im Ganzen doch noch aristokratisch gesinnt waren, daß sie die Grundvesten der englischen Verfassung, namentlich insofern sie dem Adel eine privilegirte Stellung anweisen, nicht antasten lassen wollten,

Digitized by Google

während die Radicalen darauf ausgingen, die Aristokratie zu brechen und für das Volk solche Einrichtungen zu erkämpfen, daß es auch auf gesetzlichem Wege über die Aristokratie das Uebergewicht zu erlangen vermöge. Die Radicalen stellten zu diesem Ende besonders drei Forderungen auf: erstens die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen; zweitens allgemeines Stimmrecht; drittens jährliche Wiederkehr der Parlamentswahlen statt der bisherigen siebenjährigen Dauer. Lange Zeit waren die Radicalen mit den Whigs Hand in Hand gegangen. Es galt zunächst, die Tories zu besiegen. Als aber dieser Zweck erreicht zu sein schien, so glaubten die Radicalen Anstalten zur Verwirklichung ihrer Grundsätze treffen zu müssen. Je entschiedener sie auftraten, um so mehr stellte sich der Gegensatz heraus, der zwischen ihnen und den Whigs bestand. Und da die Whigs ihnen entgegentraten, so glaubten die Radicalen auch ihrerseits zum Angriffe übergehen zu müssen. Jetzt galt es vor Allem, so viel wie möglich Anhänger der radicalen Richtung in das Parlament zu bringen. Die Radicalen wollten dazu die neuen Wahlen benutzen. Sie arbeiteten daher für sich: und da sich die Whigs ebenfalls nur für sich selber bemühten, so war an ein Zusammenhalten der antitoristischen Parteien nicht zu denken. Aber weder die Whigs noch die Radicalen waren für sich allein stark genug, um es mit den Tories aufnehmen zu können. Diese letzteren zogen daher aus der Trennung ihrer Gegner den einzigen Vortheil, und es gelang ihnen wirklich, bei den englischen und schottischen Wahlen zu siegen. Noch aber blieb Irland übrig. Hier machte O'Connell, welcher sah, daß Alles auf dem Spiele stand, die riesigsten Anstrengungen, und ihm gelang es auch, bei den irischen Wahlen ein solches Ergebniß zu erzielen, daß sich die Schale doch wieder auf die Seite der Minister neigte. Die Whigs hatten noch einmal die Mehrheit im Parlamente, wenn auch keine so große, wie das letzte Mal.

Man kann sich denken, daß die Tories keine Gelegenheit vorübergehen ließen, um die Minister anzugreifen und ihre Plane zu durchkreuzen. Sie wurden noch dazu von Lord Brougham unterstützt,

Digitized by Google

welcher, ärgerlich darüber, daß er nicht mehr in das Ministerium aufgenommen wurde, deshalb seine Rache an den Ministern auslassen wollte. So gelang es den Ministern in dem Parlamente von 1837 auf 1838 nur die irische Zehntenbill endlich durchzubringen, aber keineswegs in ihrer ursprünglichen Gestalt, sondern mit der wesentlichen Veränderung, daß die Bestimmung wegfiel, wornach ein Theil des irischen Kircheneinkommens für das Erziehungswesen verwendet werden sollte. Die irische Städtebill aber fiel bei den Lords wieder durch, weil sie hier Veränderungen beantragten, welche die demokratische Grundlage der Bill vollkommen umgestoßen hätten. Darauf wollten aber die Minister nicht eingehen, da sich O'Connell widersetzte, der als der eigentliche Beherrscher der öffentlichen Meinung von Irland den Ministern nothwendig war. Sie ließen also die Bill fallen.

Man sieht, die Stellung der Minister war mißlich genug. Sie wurde es aber noch mehr durch das von Tag zu Tag zunehmende Umsichgreifen des Radicalismus. An der Spitze desselben stand Fargus O'Connor, der eine große Thätigkeit entwickelte und die Partei zu organisiren strebte. Er richtete besonders sein Augenmerk auf die arbeitenden Classen, welche allerdings von einer außerordentlichen Bedeutung waren. Indessen trennte sich auch der Radicalismus bald in zwei Parteien. Zu den gemäßigten Radicalen gehörten diejenigen, welche sich zu den Grundsätzen bekannten, welche wir oben mitgetheilt. Die Ultraradicalen fügten denselben noch mehrere andere Forderungen bei, unter anderen die, daß eine neue Eintheilung des Landes in Wahldistricte nach der Kopfzahl der Bevölkerungen stattfinden sollte. Die Absicht war die Durchführung einer ähnlichen socialen Revolution, wie die in Frankreich, welche die Eintheilung in Departemente hervorgebracht. Die Ultraradicalen verfaßten einen Gesetzesentwurf, in welchem alle ihre Forderungen enthalten waren, und dem sie den Namen der Volkscharte (the people's charter) gaben, woher sie von nun an den Namen der Chartisten erhielten. Es wurden die großartigsten Anstrengungen gemacht, um für diese Charte so viel wie möglich Proselyten zu werben. Es wurden große Volksversammlungen

Digitized by Google

veranstaltet, Unterschriften gesammelt. Im Jahre 1839 zählte die Petition, welche vom Parlamente die Einführung der Volkscharte verlangte, nicht weniger als 1,500,000 Unterschriften. Diese Thatsache hob den Muth und die Hoffnungen der Chartisten außerordentlich, und schon gingen sie mit allerlei Entwürfen um, ihrer Sache auch auf anderem, als gesetzlichem Wege den Sieg zu verschaffen. Das Ministerium traf aber die geeigneten Gegenmaßregeln und so blieb es vorderhand bei der friedlichen Agitation.

Indessen war an einen Erfolg der Chartisten nicht zu denken. Wie gesagt, sie hatten nicht einmal alle Radicale für sich. Vom Parlamente, wo allerdings die Radicalen dießmal viel stärker vertreten waren wie sonst — sie zählten an 86 Mitglieder — wurde daher ihre Petition mit großer Mehrheit verworfen.

In England sehen wir also einen großen Parteienkampf: das Whigministerium auf nicht ganz starken Füßen, weniger jedoch wegen des Ueberwiegens der Tories, als vielmehr deshalb, weil inzwischen eine neue politische Partei aufgekommen ist, welche noch weiter geht als die Whigs, und, wie es scheint, die Zukunft für sich hat, wie denn jetzt schon die Massen des Volks sich zu ihr bekennen.

Ebenso, wie in Großbritannien gewann in Spanien das fortschreitende Princip von der Mitte des Jahrzehnds an ein steigendes Uebergewicht.

Digitized by Google

Zweites Capitel.

Die pyrenäische Halbinsel bis zur Regentschaft Espartero's.

Die politische Entwicklung in Spanien bis zur Revolution von La Granja.

Wir haben Spanien in dem Augenblicke verlassen, als sich von allen Seiten ein Sturm gegen die Regierung der Königin Christine erhob. Zu dem Umschwunge der Meinung im Sinne des Liberalismus oder Radicalismus hatte die Persönlichkeit der Königin selber ein gutes Theil beigetragen. Sie hatte sich in einen Leibgardisten, Namens Munnoz, aus niederem Stande, verliebt, und trug so wenig Sorge, das Verhältniß, in welchem sie zu ihm stand, zu verbergen, daß alle Welt es wußte. Die scandalösesten Dinge wurden erzählt: die Einen sagten, die Königin sei in der Hoffnung, die Anderen, sie sei schon seit October 1834 mit Munnoz heimlich vermählt, wieder Andere, sie gebrauche den Geburtshelfer Castello, das Haupt der Camarilla, zu gewissen Zwecken. Genug: das Ansehen der Königin Regentin war gänzlich gesunken, und die Spanier, welche so viel auf äußere Ehrbarkeit besonders bei ihren Königinnen hielten, machten sich kein Gewissen mehr daraus, gegen Christine aufzustehen, welche die Sitte dermaßen mit Füßen getreten. Christine selber war entsetzt über die feindselige Stimmung, welche von allen Seiten gegen sie laut wurde: sie fürchtete, sie sei verloren, und dachte schon an Flucht. Da erklärte der Finanzminister Mendizabal, ein entschiedener Liberaler,

Digitized by Google

er wolle sie retten, wenn sie in seine Vorschläge einginge. Dieß that sie denn: das Ministerium Toreno wurde im September 1835 entlassen: Mendizabal trat an die Spitze eines neuen.

Mendizabal verfolgte nun eine durchaus liberale, ja sogar radicale Bahn. Er gewährte fast unbeschränkte Preßfreiheit, berief die Cortes ein, damit sie eine Veränderung in dem königlichen Statut vornehmen sollten, und ließ zu diesem Ende einen Entwurf ausarbeiten, gab den Nationalgarden einen neuen Schwung, verordnete eine allgemeine Aushebung aller waffenfähigen unverheiratheten Männer von 18 bis 40 Jahren, bewerkstelligte die Ehrenrettung Riego's, seines ehemaligen Freundes, in Folge dessen das gegen Riego gefällte Urtheil für null und nichtig erklärt und seiner Familie eine Pension ausbezahlt ward. Durch alle diese Maßregeln gewann Mendizabal, wie kein Minister vor ihm, die öffentliche Meinung. Die Ruhe stellte sich alsobald her: die Junten lösten sich auf: das Volk blickte mit Vertrauen auf die neue Regierung und glaubte in der That Mendizabal, wenn er in einer Verkündigung erklärte, daß er in Zeit von 6 Monaten den Bürgerkrieg beenden und den Staat herstellen wolle, ohne daß die Nationalgüter angegriffen oder die Steuern erhöht oder neue Anleihen gemacht würden. Auch die Cortes, welche im November 1835 zusammenkamen, ertheilten Mendizabal ein Vertrauensvotum, indem sie ihn zur Anwendung aller Mittel ermächtigten, welche zur Erreichung des besagten Zweckes nöthig erscheinen würden.

Mendizabal hatte indessen mehr versprochen, als er halten konnte. Die Finanzen waren schon unter Ferdinand VII. in der gräulichsten Zerrüttung gewesen. Der Bürgerkrieg brachte neue Verwirrung, indem er viel Geld erforderte, während die Quellen für die Staatseinnahme durch den Abfall der karlistischen Provinzen sich verringert hatten. Schon die vorigen Ministerien hatten sich daher gezwungen gesehen, unter schweren Bedingungen neue Anleihen aufzunehmen. Mendizabal griff wieder zu demselben Mittel, nur unter anderen Formen. Außerdem half er sich durch die Versetzung solcher Einkünfte, welche erst in späteren Zeiten fällig waren. Dieß Alles reichte jedoch nicht aus.

Digitized by Google

Zuletzt sah Mendizabal eben keinen andern Ausweg, als zur Veräußerung der Klostergüter zu schreiten.

Um diese Zeit war eine solche Maßregel nicht mehr so unpopulair, wie früher. Die öffentliche Meinung hatte inzwischen einen großen Umschwung erlitten. Die Geistlichkeit hatte gar zu sehr das System der Unterdrückung unterstützt oder selber hervorgerufen, als daß nicht nachgerade der Haß gegen sie bis auf den höchsten Grad hätte anschwellen sollen. Der Liberalismus war von vornherein ein Gegner der Geistlichkeit, und wo er daher zur Herrschaft gelangte, war zugleich auch der Einfluß der Geistlichkeit dahin: ja an die Stelle desselben trat Haß und Verfolgung. Schon im Sommer 1835, als überall revolutionaire Bewegungen sich erhoben hatten, wurden diese in der Regel von den blutigsten Verfolgungen der Geistlichkeit begleitet. Diese setzten sich fort, selbst als Mendizabal im Ganzen die Ruhe hergestellt hatte: es fehlte nicht an entsetzlichen Gräueln, zur Rache an denen verübt, welche früher mit unbefriedigter Grausamkeit die Liberalen verfolgt und gemartert hatten. Viele Klöster wurden gestürmt, die Mönche und Nonnen herausgerissen und ermordet. Zu Hunderten wanderten daher die spanischen Pfaffen aus, nach Frankreich zu, und im Herbste 1835 hatten sich an der französischen Gränze bereits gegen 500 eingefunden.

Bei solcher Stimmung der Bevölkerung konnte daher Mendizabal die härtesten Maßregeln gegen die Geistlichkeit verfügen, ohne zunächst Widerspruch befürchten zu müssen. Schon vorher, im Juli, war die Aufhebung eines Theiles der Klöster und die Einziehung ihrer Güter für den Staat verordnet worden. Mendizabal fügte die Aufhebung des privilegirten Gerichtstandes der Geistlichen in peinlichen Sachen hinzu: ferner verordnete er, daß künftig kein Geistlicher angestellt würde, der nicht von der Civilbehörde nach strenger Prüfung ein Zeugniß seines Patriotismus beibringen könne. Endlich, am 9. März 1836, befahl er die Aufhebung aller in Spanien befindlichen Klöster der Mönchs- und Ritterorden, und nur eine Ausnahme für drei den Missionairen gehörende Collegien und für einige Häuser der

Digitized by Google

barmherzigen Brüder von St. Juan de Dios wurde gestattet. Auch die Nonnenklöster traf zu einem großen Theil dieses Schicksal. Alle sollten aufgehoben werden, welche weniger als zwanzig Nonnen enthielten. In keinem Orte sollten mehrere Nonnenklöster desselben Ordens bestehen. In keines sollten Novizen aufgenommen werden. Jeder Nonne war es erlaubt, zu jeder Stunde auszutreten. Die Güter der aufgehobenen Klöster wurden der Staatsschuldentilgungscasse zugeschlagen. Dafür erhielt jeder secularisirte Mönch und jede secularisirte Nonne täglich 5 Realen.

Durch diese Maßregeln Mendizabal's war der ganze bisherige gesellschaftliche Zustand Spaniens aus seinen Fugen gerissen. Mit dem pfäffischen Despotismus war nun für immer gebrochen. Die Regierung mußte jetzt vorwärts gehen, und es konnte unmöglich eine Entwicklung im Sinne demokratischer Freiheit ausbleiben.

Mendizabal war indessen ein schlechter Finanzmann. Selbst die Klostergüter halfen der Verwirrung der spanischen Finanzen nicht ab: die Verlegenheiten Mendizabal's steigerten sich von Tag zu Tag, und um so mehr, je größer vorher seine Versprechungen gewesen waren. Es konnte nicht fehlen, daß er in den Cortes vielfach angegriffen wurde, nicht nur von den Gemäßigten, den Moderados, sondern auch von den Radicalen, den Exaltados. Ja, es wurde ihm vorgeworfen, daß er das Finanzministerium zu seiner eigenen Bereicherung benutzt hätte. Mendizabal, im Ganzen mehr Charlatan, als tüchtiger Staatsmann, vermochte diesen Angriffen nicht mit Erfolg zu begegnen, und so sah er sich denn endlich gezwungen, im Mai 1836 abzudanken.

An seine Stelle kam Isturiz, Präsident der Cortes, bisher eines der Häupter der Radicalen. Dieser nahm jedoch, seitdem er an die Spitze des Ministeriums getreten, eine ganz andere Haltung an. Ueberzeugt, daß die Cortes ihn in der beabsichtigten moderadistischen Richtung seiner Verwaltung nicht unterstützen würden — gleich nachdem seine Ernennung bekannt geworden gab es furchtbaren Scandal in der Versammlung —, löste er sie am 22. Mai 1836 auf und verordnete bald darauf neue Wahlen.

Digitized by Google

Aber ehe die Cortes wieder zusammentraten, erfolgte eine gewaltige Umwälzung. Die radicale Partei, welche von Tag zu Tag zugenommen hatte, und in den geheimen Gesellschaften, welche sie gebildet, die revolutionairsten Plane verfolgte, hatte nach den Verkündigungen Mendizabal's eine Umgestaltung der Verfassung in ihrem Sinne gehofft, sah sich jedoch bald enttäuscht, und fürchtete besonders nach dem Sturze Mendizabal's und nach der Auflösung der Cortes das Eintreten einer Reaction. Sie erhob jetzt überall die Fahne der Empörung. Voran ging Barcelona, dann folgte Valencia, Saragossa, Aragonien, Malaga, Granada, Sevilla, Cadix: in Kurzem dehnte sie sich fast über das ganze spanische Gebiet aus. Die Aufständischen verlangten die Einführung der Constitution von 1812. Vergebens versuchten die Minister, die Bewegung durch Waffengewalt zu unterdrücken, denn auch in das Heer war der Geist des Radicalismus gedrungen, und es weigerte sich entschieden, gegen seine Brüder zu fechten. Bald zeigten sich auch in Madrid revolutionaire Versuche. Sie wurden zwar augenblicklich durch General Quesada unterdrückt, die Nationalgarde aufgelöst, Madrid in Belagerungszustand erklärt, die radicalen Blätter verboten: allein es dauerte nicht lange, so brach die Empörung in der Nähe von Madrid, in La Granja, aus, wo sie nur um so gefährlicher war. Dorthin nämlich hatte sich die Königin Christine mit ihrem Hofstaate zurückgezogen. In der Nacht vom 12. auf den 13. August empörte sich das vierte Garderegiment, den Sergeanten Garcia an der Spitze, drang zur Königin in den Palast und verlangte augenblicklich die Verkündigung der Constitution von 1812. Christine weigerte sich Anfangs, diesem Begehren zu willfahren: die Verschwornen drohten aber, ihren Geliebten Munnoz zu ermorden. Darauf gab Christine nach: am 15. August 1836 wurde in der Madrider Hofzeitung von ihr erklärt, daß von nun an die Constitution von 1812 eingeführt sei, und so lange gelten solle, bis die Cortes eine neue Verfassung gemacht.

Die Minister, welche während dieser Bewegung den Kopf verloren hatten, flüchteten nun aus dem Lande, weil sie sich nicht sicher

Digitized by Google

wähnten. Und in der That: die Sieger übten eine Zeitlang eine Schreckensherrschaft aus. Viele Opfer der Parteiwuth fielen, unter Anderen der General Quesada, welcher auf seiner Flucht erkannt und von dem wüthenden Volke ermordet wurde. An die Spitze des Ministeriums trat nun Calatrava, nebst anderen Männern, welche der radicalen Richtung angehörten und die von den siegenden Empörern bezeichnet worden waren. Auch Mendizabal trat als Finanzminister wieder in das Cabinet ein.

Im October 1836 kamen die Cortes zusammen. Ihr hauptsächlichstes Geschäft war, eine Durchsicht der Verfassung von 1812 vorzunehmen. Die Regierung gab sich viele Mühe, auf die Cortes in der Weise einzuwirken, daß die neue Verfassung möglichst der französischen sich nähere, was ihr auch gelang. Nach mehr als sechsmonatlicher Berathung wurde sie endlich fertig und am 18. Juni 1837 verkündet. An der Spitze stand der Grundsatz der Volkssouverainetät. Sodann wurden gewährleistet Preßfreiheit und Geschwornengericht über Preßvergehen; allgemeines Petitionsrecht; Gleichheit vor dem Gesetz; gleiche Berechtigung zu allen Classen von Aemtern; Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens; Sicherheit der Person und des Eigenthums, daher Aufhebung der Güterconfiscation; Unterhaltung des Cultus und der Diener der katholischen Religion aus Staatsmitteln; sie wurde ähnlich der französischen Charte als diejenige bezeichnet, „welche die Spanier bekennen." Die gesetzgebende Gewalt ist zwischen dem König und den Cortes getheilt. Der König hat ein absolutes Veto. Die Cortes bestehen aus zwei Kammern, aus der Kammer der Senatoren und der Abgeordnetenkammer. Die Senatoren müssen ein Einkommen von 50,000 Realen (3611 Thaler) nachweisen, 40 Jahre alt sein und werden aus einer von den Wählern aufgestellten Liste von dem Könige erwählt. Die Abgeordneten werden direct durch die Wahlberechtigten ernannt, d. h. durch diejenigen, welche eine directe Steuer von 200 Realen (14 Thaler 13 Sgr.) zahlen. Die Wahlfähigkeit ist an keinen Census gebunden. Die Rechte der Stände ganz so, wie in anderen repräsentativen Verfassungen.

Digitized by Google

Außerdem aber haben sie über die Thronfolge zu entscheiden, im Falle der Minderjährigkeit einen Regenten oder eine Regentschaft zu erwählen und einen Vormund für den König zu ernennen. In jeder Provinz soll eine Provinzialdeputation und in jeder Gemeinde ein Gemeinderath durch freie Wahl ernannt werden. Sodann wurde die Aufhebung der geistlichen Zehnten, sämmtlicher Klöster und die Einziehung sämmtlicher Güter des Klerus zu Gunsten der Staatscasse beschlossen.

Bürgerkrieg bis zur Flucht des Don Carlos aus Spanien.

Diese großen Veränderungen waren augenblicklich von keiner günstigen Wirkung auf den Gang des Krieges mit den Carlisten. Natürlich hatte die neue Ordnung der Dinge die gesammte Geistlichkeit zum entschiedensten Feind, und diese ging entweder förmlich zu Don Carlos über, oder arbeitete, wenn sie auch scheinbar auf Seite der Christinos blieb, heimlich der Sache des Prätendenten in die Hände. Sodann wurde ein großer Theil der Aristokratie und überhaupt der höheren Classen von dem Augenblicke an der Sache der Königin abgeneigt, als sie sahen, daß die Demokratie die Dinge an sich gerissen. Sie gingen nun zu Don Carlos über, nicht aus Liebhaberei für seine Person, sondern weil er ein Princip vertrat, welches mehr mit ihren Ansichten und Interessen übereinstimmte, als dasjenige, welches eben im Lager der Christinos zur Herrschaft gekommen. Auch war gar nicht zu läugnen, daß vor und nach der Revolution von La Granja eine nicht geringe Anarchie in Spanien eingerissen, selbst unter dem Heere, und daß es Parteien gab, welche nicht einmal mit dem zufrieden waren, welches eben bewilligt worden. Zwar versuchte Christine die Regierung wieder zu stärken: noch vor dem Zustandekommen der neuen Verfassung wurde das revolutionaire Ministerium aufgelöst und durch andere ersetzt, welche Reactionen einzuleiten suchten. Aber gerade diese Versuche reizten nur die weitergehenden Parteien zu bestän-

Digitized by Google

digen Unruhen und Empörungen, und so bot in der That mehrere Jahre hindurch das christinische Spanien den Anblick von Verwirrung und Anarchie dar.

Dieser Umstand wirkte natürlich äußerst unvortheilhaft auf das Ausland zurück, namentlich auf die absoluten Großmächte und Frankreich. Die ersteren hatten ohnedieß gleich von Anbeginn die Sache des Don Carlos begünstigt: sie wagten es zwar nicht, ihn offen als rechtmäßigen König anzuerkennen, weil sie einen allgemeinen Krieg fürchteten, der daraus entstehen könnte; aber desto eifriger förderten sie seine Sache im Geheimen, theils durch Geldunterstützungen, theils durch Waffensendungen und durch geschickte Offiziere, welche als Freiwillige in dem Heere des Don Carlos dienen und ihn mit Rath und That unterstützen mußten. Daher besonders sind die kriegerischen Erfolge des Don Carlos zu erklären, welche nur möglich waren durch geschickte Leitung und tüchtige Organisation und Disciplin, die ohnstreitig in dem Heere des Prätendenten anzutreffen waren und wesentlich mit auf die Rechnung der fremden Offiziere kommen. Was Frankreich anbetrifft, so schrieb sich dessen Lauheit und Gleichgültigkeit in Bezug auf den Gang des Krieges in Spanien, ein Verhalten, welches mit den Bestimmungen der Quadrupelallianz im geradesten Widerspruche stand, wesentlich mit aus dem Umstande her, daß dort die demokratische Partei gesiegt, und somit politische Grundsätze zur Herrschaft gekommen waren, welche Ludwig Philipp mit genauer Noth in Frankreich überwältigt hatte. Nur England hielt es auch jetzt noch mit der Sache der Christinos, ja es begünstigte offenbar die demokratische Partei. Aber ein mächtiges entscheidendes Einschreiten dieser Macht war ebenfalls nicht zu erwarten, weil sich England so gut wie die absoluten Mächte vor einem allgemeinen Kriege fürchtete, weil ferner das Whigministerium sich scheute, etwas zu thun, was den Tories eine neue Handhabe zu Angriffen gegeben hätte, und endlich weil sich die spanische Regierung weigerte, die englische Hülfe um den Preis zu erkaufen, den das britische Cabinet forderte. Dieser bestand in nichts Geringerem, als in einem Handelsvertrag, in Folge

Digitized by Google

dessen ein Theil der spanischen Industrie, die catalonische Wollenweberei, wahrscheinlich ganz zu Grunde gegangen wäre. All' diese Dinge machen es begreiflich, wie die Sache der Christinos mehr und mehr versank, während Don Carlos von Tag zu Tag größere Erfolge erreichte.

Nach dem Tode Zumalacarregui's schien eine Zeitlang das Glück von den carlistischen Waffen gewichen zu sein: die Carlisten wurden mehrmals von dem Feldherrn der Christinos, Cordova, geschlagen. Aber bis gegen Ende des Jahres 1835 erholten sie sich wieder und gewannen neue Erfolge. Don Carlos hatte es nun doch schon zu einer Streitmacht von 30,000 Mann gebracht. Diese bestand allerdings meistens aus Fußvolk: Reiterei hatte er wenig; aber bei dem eigenthümlichen Terrain des Kampfsplatzes war die letztere wohl zu entbehren. Auch Artillerie besaß er nicht viel. Diesem Uebelstande wurde aber abgeholfen durch die Stückgießereien, welche nun gegründet wurden. Der Mittelpunkt der carlistischen Stellung waren immer noch die baskischen Provinzen, Onate war der Sitz der Regierung und das Hauptquartier. Aber schon hatte sich der Aufstand auf Aragonien und Catalonien ausgedehnt und erstreckte sich also über das ganze östliche Spanien. Außerdem befanden sich auch in anderen Provinzen, namentlich in Castilien, Anhänger des Don Carlos genug.

Die Christinos konnten den Carlisten eine viel größere Streitmacht entgegenstellen. Allein sie waren schlecht geführt: die Oberbefehlshaber verstanden den Krieg nicht, hatten auch keine Gelegenheit, sich in ihn einzuüben, da sie sehr oft wechselten: und außerdem, daß ihnen die Fähigkeiten mangelten, hatten sie mit dem Ungehorsam der Unterfeldherren zu kämpfen und wohl auch mit der Zuchtlosigkeit der Soldaten. Es kam häufig vor, daß Generale von ihren Soldaten zu einer Schlacht gezwungen wurden, von der sie unter den obwaltenden Verhältnissen zum Voraus wußten, daß sie nicht gewonnen werden könnte, und die sie auch richtig verloren. Auch Ermordungen der Heerführer von Seite der Soldaten kommen nicht selten vor. Dagegen herrschte unter den Carlisten wenigstens anfänglich viel

Digitized by Google

größere Einigkeit. Auch wurden sie von Generalen geführt, welche den Guerillaskrieg vortrefflich verstanden. Unter diesen zeichneten sich besonders Villareal, Gomez, Cabrera aus.

Das Jahr 1836 war voll von Verlusten der Christinos. Die Versuche der christinischen Generale, die Carlisten aus ihrer festen Stellung, den baskischen Provinzen, herauszuwerfen, mißlangen alle. Es half nichts, daß Cordova durch Rodil ersetzt wurde: dem letzteren gelang es so wenig, wie jenem, Erfolge zu erringen. Und inzwischen durchbrach Gomez mit einer Schaar von wenigen tausend Mann das christinische Heer, warf sich nach Asturien und Gallizien, überall raubend und plündernd, schlug sich mit bewundernswürdiger Kühnheit durch alle ihn verfolgenden Truppen hindurch, kam in die Nähe von Madrid, erfüllte die Einwohner mit Schrecken, und durchzog von da das ganze mittlere und südliche Spanien, immerfort seinen Verfolgern entwischend oder ihnen da und dort eine Schlappe beibringend, und kehrte endlich am Schlusse des Jahres 1836 mit unermeßlicher Beute beladen wieder in das Baskenland zurück. Dergleichen Raubzüge wurden überhaupt sehr häufig von den Carlistenbanden unternommen, wie denn ein großer Theil der Truppen Don Carlos aus Raubgesindel bestand, wodurch der Krieg auch den grausamen barbarischen Charakter erhielt. Jener Vertrag von Elliot, wornach die gegenseitigen Gefangenen mit größerer Schonung und Menschlichkeit behandelt werden sollten, wurde nicht gehalten. Don Carlos brach ihn zuerst: die Christinos folgten, und so wurden denn wiederum von beiden Seiten die entsetzlichsten Gräuel verübt. Plünderungen, Ermordungen von Greisen, Weibern, Kindern, Nothzüchtigungen, die grausamsten Martern, all dieß kam täglich vor und machte den Krieg um so fürchterlicher.

Die Erfolge der carlistischen Waffen während des Jahres 1836 bestimmten endlich Don Carlos, wiederum die Belagerung von Bilbao zu betreiben. Wirklich wurde die Festung mit Erfolg bestürmt, schon waren einige Forts genommen, und die Besatzung konnte sich nicht länger mehr als 24 Stunden halten. Da kam Hülfe zu rechter

Digitized by Google

Zeit. Der General Espartero, der inzwischen von der Königin zum Oberbefehlshaber ihrer Truppen ernannt worden war, ein Heerführer, der an Glück und Geschicklichkeit alle seine Vorgänger hinter sich ließ, griff am 24. December 1836 die Carlisten an und brachte ihnen in einer mörderischen zweitägigen Schlacht eine empfindliche Niederlage bei. Zum Lohne für diesen Sieg wurde Espartero zum Grafen von Luchana ernannt.

Die Carlisten erholten sich indessen bald wieder von diesem Verluste, und nachdem sie in der ersten Hälfte des Jahres 1837 den Christinos wieder mehrere Niederlagen beigebracht, so entschloß sich endlich Don Carlos, mit seiner Hauptmacht aufzubrechen und geradezu auf Madrid loszuziehen, um seine Fahne auf dem königlichen Schlosse der Hauptstadt aufzupflanzen. In der That gelang ihm anfänglich dieser Zug vortrefflich: die Christinos, die sich ihm entgegenstellten, wurden bei Huesca, Barbastro, Herrera geschlagen: in Madrid befanden sich außer der Nationalgarde keine Truppen: die Bestürzung war allgemein: schon glaubten die Carlisten gewonnen zu haben: alle ihre Anhänger zweifelten keinen Augenblick an dem glücklichen Ausgange dieses Unternehmens; denn zu zuversichtlich war es von Don Carlos und seinen Heerführern zum Voraus verkündet worden. Aber das Glück des Prätendenten schlug auf einmal um. Espartero eilte in Gewaltmärschen dem Heere des Don Carlos nach und erschien gerade noch zu rechter Zeit zum Schutze Madrids. Don Carlos wagte nicht, es auf eine Schlacht ankommen zu lassen. Er befahl vielmehr den Rückzug, 12. September 1837, welcher sich bald in wilde Flucht auflöste; fast wäre der Prätendent selber bei Miranda in die Hände der Christinos gefallen, und nur durch die Vorsicht des carlistischen Feldherrn Zariateguy wurde er gerettet.

Dieser schlechte Ausgang der Unternehmung gegen Madrid bildet überhaupt den Wendepunkt im spanischen Bürgerkrieg. Bis dahin war die Sache des Don Carlos in beständigem Steigen begriffen: von jetzt an nimmt sie zusehends ab. Der moralische Eindruck des verfehlten Unternehmens war noch viel größer, als die materiellen

Digitized by Google

Verluste, welche die Carlisten erlitten. Viele zweifelten jetzt an der Möglichkeit, daß Don Carlos siegen werde, da es ihm unter so günstigen Verhältnissen nicht gelungen sei. Außerdem mußte die Wahrnehmung entmuthigend wirken, daß das Volk sich bei der Annäherung des Don Carlos nicht für ihn erhoben: dieß war ein deutliches Zeichen, daß die Mehrheit der Spanier nicht zu Gunsten des Prätendenten gestimmt sei.

Es kamen aber noch andere Dinge hinzu, welche wesentlich zur Abnahme der Sache des Don Carlos mitwirkten. Vor Allem sind dahin die Zwistigkeiten zu rechnen, welche im Lager des Prätendenten eingerissen.

In den ersten Jahren des Krieges dachte man vor Allem an militairische Erfolge: vor den Kriegsfragen traten alle anderen zurück. Seitdem aber die Sache des Don Carlos zu steigen begann, so daß sein endlicher Sieg unzweifelhaft erschien, machten sich sofort in seiner Umgebung verschiedene Parteien bemerklich. Die eine Partei war die der apostolischen Junta. Diese Partei beabsichtigte die Zurückführung Spaniens auf den Zustand von 1823: die unbeschränkte Herrschaft des Pfaffenthums, den Absolutismus in seiner ganzen Härte. Sie athmete Haß und Vernichtung der Gegner, dachte an keine Zugeständnisse, weder an Personen noch an Grundsätze, und hielt Jeden für einen Verräther, welcher zur Milde rieth und den unläugbaren Forderungen der Zeit, wenn auch nur entfernt, Rechnung tragen wollte. Die andere Partei bestand meist aus jüngeren Leuten, aus glücklichen Kriegern, welche durch ihr Schwert der Sache des Don Carlos aufgeholfen hatten und nicht gesonnen waren, sich zum Danke dafür von der Kutte beherrschen zu lassen. Es waren verständige Leute, deren Blick nicht von den Vorurtheilen des Dogma getrübt war. Sie waren nicht gerade für die constitutionelle Regierungsform, wünschten aber doch die Monarchie auf anderen, milderen Grundlagen errichtet, als die fanatischen Pfaffen für gut hielten, und glaubten jedenfalls, daß von der Wiederherstellung der unduldsamen Pfaffenwirthschaft keine Rede sein könnte. Diese beiden Parteien, die gemäßigte und

Digitized by Google

die apostolische, standen sich nun gegenüber und stritten sich um die Herrschaft. Es kam vor Allem darauf an, welche von ihnen den Don Carlos für sich zu gewinnen wußte. Der Prätendent neigte sich seiner eigentlichen Gesinnung nach zu der apostolischen Junta, die ihn von früher her umstrickt hatte. Aber Don Carlos war ein äußerst schwacher Mann, ohne selbständiges Urtheil, ohne Festigkeit des Charakters und ohne alle diejenigen Talente, welche in einer Lage, wie die seinige, nöthig sind, um den Sieg erringen zu können. Er für sich selber vermochte daher gar nichts, er war immer an Andere gewiesen. Von diesen war er abhängig. Es kam nun darauf an, welcher Partei die Männer angehörten, die er augenblicklich nöthig hatte wegen ihrer Talente und ihrer kriegerischen Erfolge. Gehörten sie der gemäßigten an, siegte diese: gehörten sie der apostolischen an, hatte diese gewonnen. Das Glück oder das Unglück der Schlachten vor Allem war keine geringe Ursache von dem Sinken oder dem Steigen der einen oder der andern Partei.

Je länger nun der Kampf zwischen diesen beiden Parteien dauerte, desto erbitterter wurde er. Jede sah zuletzt ihre Rettung nur in der Vernichtung der gegnerischen, weil sie sonst jeden Augenblick auf ihren eigenen Sturz gefaßt sein mußte. Welche daher zur Herrschaft gekommen, benutzte diese zur Unterdrückung der andern und zur Beseitigung namentlich der hervorragenden Talente. Auf diese Weise zerfleischten sich die Kräfte im Lager des Don Carlos selber, und dieß konnte nur äußerst unvortheilhaft auf den Gang des Krieges zurückwirken.

Die Unternehmung gegen Madrid war von Führern, welche der gemäßigten Partei angehörten, geleitet worden. Den schlechten Ausgang derselben benutzte nun sofort die Pfaffenpartei, an deren Spitze Arias Tejeiro und der Bischof von Leon standen, um sie zu stürzen. Villareal, Zariateguy, Elio, Gomez und Andere wurden entsetzt und zum Theil ins Gefängniß geworfen; Andere aus der Nähe des Hofes entfernt. Dagegen wurde zum Oberbefehlshaber des carlistischen Heeres die Creatur der Pfaffenpartei, der General Guergué ernannt,

Digitized by Google

ein gänzlich unfähiger Mensch, dabei als Dieb und Gauner bekannt, der sich und seine Partei am besten durch die Worte bezeichnet, welche er an Don Carlos richtete. „Wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, sagte er, haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Classe gehört, ist ein Verräther." Aber Guergué wurde während des Jahres 1838 mehrmals von Espartero geschlagen, und leitete überhaupt die Kriegsunternehmungen so schlecht, daß die Sache des Don Carlos mehr und mehr in Verfall gerieth. Dazu kam, daß endlich auch die Basken des Krieges überdrüssig wurden. Diesen war es, wie früher schon erwähnt, als sie die Waffen ergriffen, nicht um Don Carlos, als vielmehr um die Erhaltung ihrer Fueros (Provinzialrechte) zu thun. Da sie aber wahrzunehmen glaubten, daß Don Carlos sie so wenig beachten würde, im Falle des Sieges, wie die Christinos, so wurden sie seiner Sache abgeneigt, und schon bereitete sich unter ihnen eine Opposition vor.

In dieser Lage der Dinge kam der Pater Cirilo, General des Franciskaner-Ordens, Erzbischof von Cuba, in Navarra an. Er hatte auf seiner Reise durch Europa die nordischen Höfe besucht und dabei erfahren, daß sie auf keinen Erfolg des Don Carlos rechneten, so lange er sich von der apostolischen Junta leiten ließe: sie begünstigten vielmehr die gemäßigte Partei, durch welche sie das monarchische Princip besser gewahrt glaubten, und forderten den Pater Cirilo auf, in diesem Sinne zu wirken*). Cirilo, von großem Ehrgeize, aber klug genug, um einzusehen, daß man heut zu Tage unmöglich die Herrschaft auf die Länge behaupten könne, so wie man dem Geiste der Zeit nicht einige Zugeständnisse mache, verband sich sofort mit der gemäßigten Partei und brachte es durch seinen Einfluß auf Don Carlos dahin, daß der unfähige Guergué des Oberbefehls entsetzt, und dieser dem General Maroto übergeben wurde, welcher der gemäßigten Partei angehörte.

Aber die Apostolischen arbeiteten jetzt aus allen Kräften daran,

---

*) Miraflores. I. S. 187.

Digitized by Google

die Herrschaft wieder in ihre Hände zu bekommen und Maroto sammt der ganzen gemäßigten Partei zu stürzen. „Herr," sagte der Bischof von Leon, das Haupt der Apostolischen, in der Ministersitzung zu Don Carlos, „Herr! die Sache Ihrer Majestät ist Gottes Sache. Sie haben seine Vertheidigung gegen Aufruhr unternommen, darum muß Ihnen der Sieg bleiben. Aber Ihre Majestät müssen sich von manchen Täuschungen losmachen. Die Leute, welche lesen und schreiben können, die Generale mit Karte und Zirkel arbeitend, wollen nicht den Triumph der Religion und Ihrer Majestät. Die wollen nur den Cabrera wegschaffen, den Don Basilio und Balmaseda in Unthätigkeit versetzen, weil diese im rechten Glauben sind, und weil sie Ihre Majestät in den Gesinnungen geprüfter Treue verehren*)." Die Apostolischen zettelten im Carlistenlager eine Verschwörung an, deren Zweck der Sturz des Obergenerals Maroto sein sollte. Dieser aber war derselben auf die Spur gekommen, und erklärte gegen Don Carlos, daß er die verschwornen Gegner erschießen lassen wolle. Don Carlos erwiderte: „Das wirst du nicht thun." „Doch ich werde es thun!" war die Antwort Maroto's. In der That erfüllte er diese Drohung, als er sah, daß er durch Don Carlos nicht unterstützt wurde. Am 18. Februar 1839 ließ er die Häupter der übertriebenen Partei, die Generale Garcia, Guergué, Sanz und Carmona und den Civilbeamten Ibanez zu Estella erschießen. Dabei blieb er aber nicht stehen, sondern er rückte mit seinem Heere nach dem königlichen Hauptquartiere vor, um dort die Vernichtung seiner Gegner zu vollenden. Als diese die Hinrichtungen ihrer Freunde erfuhren, so bestürmten sie sofort Don Carlos, die nöthigen Schritte zu thun; er ließ sich von ihnen überreden, eine Proclamation zu erlassen, wornach Maroto des Oberbefehls entsetzt und als Verräther erklärt, auch wegen der willkürlichen Hinrichtungen zur Rechenschaft gezogen wurde. Maroto rückte nichtsdestoweniger mit seinen Truppen vor. Don Carlos schickte ihm nun die Generale Urbistondo, Villareal, la Torre

*) Miraflores. I. S. 214.

Digitized by Google

entgegen. Allein diese gehörten selber zur Richtung Maroto's, und dachten nicht daran, wider ihn zu fechten. Don Carlos ergriff jetzt eine entsetzliche Angst: in dieser ließ er sich bestimmen, am 24. Februar, drei Tage nach jener ersten Proclamation, eine andere zu erlassen, in welcher er erklärte, Maroto sei, indem er jene Hinrichtungen befohlen, ganz im Rechte gewesen, er solle, wie früher an der Spitze des Heeres bleiben: Don Carlos hoffe, daß der General sich durch seine frühere kränkende Proclamation nicht mehr beleidigt fühle, und daß die Genugthuung, die er ihm hiermit gebe, genüge. Zu diesem Zwecke sollten alle Exemplare des erwähnten früheren Manifestes eingezogen und verbrannt, das jetzige dagegen drei Tage hinter einander vor der Fronte der Bataillone verlesen werden. Auch damit war indessen Maroto nicht zufrieden. Er verlangte die Verbannung aller Häupter der apostolischen Partei: Don Carlos willigte auch darein. Es wurden demnach 35 Personen, welche Maroto bezeichnet hatte, aus der Nähe des Prätendenten entfernt und an die französische Gränze abgeführt, mit der Weisung, sich nie mehr in den Don Carlos unterworfenen Landestheilen blicken zu lassen. Die bedeutendsten darunter waren der Bischof von Leon, der Hofcaplan Echeverria, Arias Tejeiro, der Finanzminister Labandero, der Capuziner Larraga, Beichtvater des Don Carlos, und der Hofprediger Domingo *). Die gemäßigte Partei hatte demnach einen glänzenden Sieg über die ultraabsolutistische davon getragen. Die Rückwirkungen davon ließen sich sogleich verspüren: denn alle die Generale, welche unter der Herrschaft der apostolischen Partei ins Gefängniß geworfen worden waren, Zariateguy, Elio, Gomez, Cabannas und wie sie alle hießen, wurden alsobald freigelassen, die aus dem Hoflager entfernten zurückberufen und wieder angestellt, und auf diese Weise viele Ungerechtigkeiten, welche die Pfaffenpartei begangen, wieder gut gemacht.

Zu läugnen ist aber nicht, daß diese Geschichten der Sache des Don Carlos den Todesstoß gegeben. Die Unfähigkeit, Schwäche,

*) Lichnowsky Erinnerungen aus den Jahren 1837, 38, 39. II. S. 352.

Digitized by Google

Charakterlosigkeit des Prätendenten hatte sich niemals so blosgegeben, wie dieses Mal, und dieß bewirkte nicht nur in Spanien das Sinken seiner Sache, sondern auch außerhalb, namentlich auch bei den ihm befreundeten Cabinetten. Noch im Jahre 1838 hatte er überall seine Agenten herumgeschickt, um Geldunterstützungen zu betreiben: diese fanden damals noch eine sehr günstige Aufnahme, namentlich beim Kaiser von Rußland, welcher dem Prätendenten mehrere seiner Offiziere anbot*): die Höfe stellten sich in Don Carlos einen energischen Mann vor, dessen Persönlichkeit großentheils die Erfolge hervorgerufen, welche er in den früheren Jahren gehabt. Durch das Ereigniß von Estella wurden auf einmal alle enttäuscht: sie sahen durch Don Carlos das monarchische Princip entsetzlich compromittirt und hielten von dieser Zeit an seine Sache für verloren. Der Eindruck, den diese letzten Begebenheiten machen mußten, kam nun den Sendlingen der Königin Christine zu Gute, welche mit dem Anfange des Jahres 1839 an die europäischen Höfe geschickt würden, um dort die Anerkennung Isabella's zu betreiben. Zugleich sollten sie am Wiener Hofe anfragen, ob nicht der Sohn des Erzherzogs Karl die Königin Isabella heirathen und somit den Thron mit ihr theilen wolle. Dadurch hoffte man das östreichische Cabinet entschieden auf die Seite bringen zu können**). Mit dieser Sendung wurde Marliani beauftragt, welcher über Paris nach Karlsruhe reiste, um sich mit Zea Bermudez zu verbinden, der seit seinem Rücktritte im Jahre 1834 sich in Baden aufgehalten und nichts unversucht gelassen hatte, um das badische Ministerium für die Sache der Königin zu gewinnen, wodurch

*) Miraflores. II. S. 271—282, wo die Unterredung zwischen dem Abgesandten des Don Carlos, Baron de los Valles, und dem Kaiser von Rußland mitgetheilt ist, welche im Januar 1838 stattgefunden. Nikolaus sagte, daß er dem Don Carlos längst mit Truppen zu Hülfe gekommen wäre, wenn seine Staaten nicht so entfernt von Spanien lägen: außerdem müsse er sich in Acht nehmen, da er der Gegenstand des Hasses und der Wachsamkeit der liberalen Regierungen sei. Diese Unterredung ist in jeder Beziehung sehr merkwürdig, da sie unter Anderm auch zeigt, daß der Kaiser von Rußland sich für berufen hielt, in ganz Europa die gefährdete monarchische Ordnung wieder herzustellen.

**) Daselbst. S. 203.

Digitized by Google

er auch auf andere Cabinette einwirken zu können hoffte. In der That gelang es Zea Bermudez, den Minister Blittersdorf von der Rechtmäßigkeit der Sache der Christinos zu überzeugen, und da vorderhand ein weiterer Einfluß nicht wohl möglich war, so beschränkte man sich darauf, den Professor der Rechte Zöpfl in Heidelberg zu veranlassen, ein Buch für die Königin Isabella zu schreiben, welches die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlte. Von Karlsruhe aus begaben sich Marliani und Zea Bermudez nach Dresden, von da nach Berlin, wo sie wohlwollend aufgenommen wurden und unterstützt von dem englischen Gesandten ihre Sache ziemlich förderten: da indessen Berlin nicht ohne die Zustimmung von Wien und Petersburg handeln wollte, so wurde die Anerkennung noch nicht ausgesprochen. Doch konnte man schon so viel sehen, daß das preußische Cabinet nicht abgeneigt sei. Anders verhielt es sich freilich mit dem Wiener Cabinet. Marliani mußte Wien innerhalb 18 Stunden verlassen, weil er auf dem Verzeichnisse der östreichischen Polizei stehe als Theilnehmer an der Revolution in Piemont im Jahre 1821. Und selbst Zea Bermudez, dem es gelang, Metternich zu sprechen, erhielt durchaus keinen günstigen Bescheid, so daß von der Heirathsangelegenheit gar keine Rede sein konnte: Metternich bat ihn sogar, Wien sobald wie möglich zu verlassen, weil seine Anwesenheit das östreichische Cabinet in große Verlegenheit setze*). Inzwischen aber war in dem französischen Cabinet eine bedeutende Veränderung erfolgt. Das Ministerium Molé, gegen Spanien so lau gesinnt, wurde im Mai 1839 gestürzt und an seine Stelle kam das von Soult, welches in der äußern Politik und so namentlich auch gegen Spanien eine andere Richtung verfolgte. England und Frankreich betrieben nun weit eifriger, als vorher, die endliche Erledigung der spanischen Sache und leiteten die dazu nöthigen Schritte ein.

Während nun nach Außen hin Don Carlos Sache verlor — seit dem Vorfalle in Estella blieben auch die fremden Unterstützungen

*) Miraflores. I. S. 205—212.

Digitized by Google

aus, — entwickelten sich im Innern mehr und mehr die Keime des Verfalls. Der moralische Muth des carlistischen Heeres vermochte sich seit dem Rückzuge von Madrid nicht mehr zu heben: die Verluste in Schlachten, welche sich seitdem vermehrten, beschleunigten den Verfall: die Basken, bisher die thätigsten und eifrigsten Kämpfer, wurden endlich des Krieges überdrüssig und verlangten nach Frieden, den sie im Augenblicke angenommen hätten, auch von der Königin Christine, so wie man ihnen nur ihre Fueros gesichert hätte. Der General Maroto, obschon augenblicklich und scheinbar Herr seiner Gegner geworden, befand sich doch in einer höchst unsichern Stellung. Er wußte, daß Don Carlos ihn haßte und ihm die Demüthigung, die er ihm bereitet, nicht vergeben würde. Er wußte, daß im Geheimen wieder gegen ihn gearbeitet werde, und daß selbst Don Carlos diese Umtriebe unterstützte*). Er mußte schon seiner Selbsterhaltung willen so bald wie möglich aus dieser Lage herauskommen. Er mußte entweder siegen oder — mit dem Feinde unterhandeln. Das Erste war ihm nicht möglich, da Espartero ihm überlegen war: er ergriff also das Andere. Im Laufe des Sommers wurden vielfache Unterhandlungen zwischen Maroto und den Basken einerseits und Espartero und der christinischen Regierung andererseits geführt. Auch England und Frankreich mischten sich in diese Unterhandlungen. Besonders thätig dabei war Lord Hay. Sodann wurden die Zwiste unter der Carlistenpartei fortwährend geschürt durch geschickte christinische Agenten, unter denen besonders Eugenio Avinareta sich auszeichnete**). So kam denn endlich am 31. August 1839 die Uebereinkunft von Vergara zu Stande, zufolge welcher Maroto mit seinem ganzen Heere, 21 Bataillons und 3 Schwadronen, zu den Christinos überging. Die Bedingungen waren Anerkennung der baskischen Fueros von Seite der Königin Christine, ferner Anerkennung der Grade und Würden aller übergehenden carlistischen Führer, während dagegen diese die

---

*) Miraflores. II. S. 46.

**) Daselbst. II. S. 85 folg.

Digitized by Google

Königin Isabella, die Regentin Christine und die Verfassung von 1837 anerkennen.

Durch die Uebereinkunft von Vergara war die Macht des Don Carlos gebrochen. Es blieben ihm nur noch 8 bis 10 Bataillone. Mit diesen war gegen Espartero nichts mehr auszurichten. Er gab daher den Kampf auf und flüchtete schon am 14. September über die französische Gränze. Ein Theil seiner Anhänger unter Cabrera, welcher in Catalonien befehligte, setzte zwar den Krieg noch fort, bis in das Jahr 1840 hinein. Aber von Espartero zu wiederholten Malen geschlagen, wurde er von einer Stellung in die andere getrieben, bis endlich auch er sich entschließen mußte, im Juli 1840, mit dem Reste des carlistischen Heeres, etwa 8000 Mann, nach Frankreich zu flüchten. Hiermit war der Bürgerkrieg in Spanien geendet.

Die innere politische Entwicklung Spaniens bis zur Flucht Christinens und der Regentschaft Espartero's.

Der Ausgang des Bürgerkriegs war von wesentlichem Einflusse auf die Entwicklung der innern Politik des von Christine beherrschten Spaniens.

Die Regentin hatte wider Willen und nur durch die revolutionaire Bewegung von La Granja genöthigt, die neue constitutionelle Bahn beschritten. Ihre Absicht war, sobald es nur immer die Verhältnisse gestatten würden, wieder einzulenken und die Reaction zu versuchen. Schon die Verfassung von 1837 war ein bedeutendes Zugeständniß für die Kräftigung der Regierungsgewalt: noch mehr die neuen Wahlen im Herbste 1837, welche in der Mehrzahl aus Gemäßigten (Moderados) bestanden. Den neuen Kammern entsprechend wählte Christine ihre Ministerien, welche obschon häufig wechselnd — Bardaji bis December 1837, Ofalia bis September 1838, Frias bis December 1838, Perez de Castro bis 1839 — doch immer denselben Gedanken verfolgten, nämlich die zugestandenen Volksfreiheiten

Digitized by Google

zu beeinträchtigen. Allein dagegen erhoben sich mannigfache Oppositionen, und je entschiedener die Regierung mit reactionairen Maßregeln voranging, desto leidenschaftlicher wurden die Exaltados, desto mehr griff die revolutionaire Stimmung um sich, desto weiter gingen die Meinungen. An vielen Orten zeigte sich eine republikanische Partei, außerordentlich thätig, Aufruhr predigend und beginnend. Besonders Saragossa, Valencia, Barcelona, Murcia und Madrid selber gingen hier voran. Bis in die Mitte des Jahres 1839 war die oppositionelle Bewegung so mächtig geworden, daß das Ministerium kein anderes Mittel, sie zu beschwichtigen, fand, als die moderadistischen Cortes aufzulösen.

Die neuen Kammern, welche im September 1839 eröffnet wurden, bestanden in der Mehrzahl aus Exaltados. Diese sprachen aber gleich in der Adresse so entschieden ihre Mißbilligung des reactionairen Systems der Regierung aus, namentlich sofern sich dasselbe in Beschränkung der Preßfreiheit, der Gemeindeverfassungen und der Bürgerwehren offenbarte, daß Christine sie im November dieses Jahres auflöste. Hierauf erklärten aber die Abgeordneten in ihrer letzten Sitzung, daß kein Spanier zur Bezahlung der Steuern verpflichtet sei.

Die Regierung wandte jetzt alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, rechtmäßige und unrechtmäßige an, um auf die neuen Wahlen zu wirken, und es gelang ihr allerdings, die Mehrzahl ihrer Candidaten durchzubringen. Die Moderados hatten in den Cortes die Oberhand. Sie wurden am 18. Februar 1840 eröffnet. Weder die Regierung noch die Cortes konnten sich aber mäßigen und trotz der von Tag zu Tag steigenden Aufregung im Volke, trotz dem Ausbrechen von Unruhen in den bedeutendsten Städten beschlossen die Cortes mehrere höchst unpopuläre Gesetze, unter denen besonders das Ajuntamientogesetz Mißfallen erregte, nach welchem den Gemeinden die freie Wahl ihrer Behörden entzogen und der Regierung übergeben wurde. Die Regentin bestätigte unverzüglich dieses Gesetz.

Bald darauf brach aber der Aufruhr fast in ganz Spanien aus. Die Hauptstadt ging damit voran. Der Gemeinderath ernannte eine

Digitized by Google

Regierungsjunta und forderte alle Provinzen des Reiches auf, sich der Bewegung anzuschließen und Abgeordnete nach Madrid zu schicken. Dieser Aufforderung wurde überall entsprochen. Christine war um diese Zeit nicht mehr in Madrid. Sie hatte mit ihrer Tochter eine Reise in die Provinzen Aragon, Catalonien und Valencia unternommen. In Barcelona kam sie mit Espartero zusammen, von welchem allein sie Rettung gegen die überhandnehmende revolutionaire Bewegung erwartete. Espartero war allerdings eine Macht. Er hatte das ganze Heer auf seiner Seite, und war von Christine selber mit allen möglichen Ehren und Würden überschüttet worden: neuerdings erst hatte sie ihn zum Herzog von Victoria ernannt. Wenn sie aber glaubte, daß Espartero ihr seinen Arm leihen würde zur Unterstützung des reactionairen Systems, so täuschte sie sich. Gleich nach der Auflösung der Cortes hatte er sich mißbilligend über diese Maßregel der Regierung geäußert: seitdem wurde die Spannung zwischen ihm und den Moderados immer stärker. Jetzt verlangte Christine seine Unterstützung und bot ihm die Präsidentschaft des Ministeriums an. Espartero aber erklärte, daß eine vollkommene Aenderung des Regierungssystems erfolgen müsse, vor Allem Auflösung der Cortes, Zurücknahme des Gemeindegesetzes, Wiederanstellung der abgesetzten freisinnigen Beamten. Darauf wollte aber Christine nicht eingehen. Nun erfolgten stürmische Auftritte in Barcelona, welche nur durch die Dazwischenkunft Espartero's wieder gedämpft wurden. Dennoch konnte sich Christine nicht entschließen, in die von Espartero gemachten Forderungen zu willigen. Ende August verließ sie Barcelona, um sich nach Valencia zu begeben. Dort bildete sie ein neues moderadistisches Cabinet. Aber bald darauf vernahm sie die Empörung Madrids: der Stadtrath richtete an sie ein Manifest, welches bei aller Versicherung von Anhänglichkeit an Thron und Verfassung nichts destoweniger einen revolutionairen Charakter trug. Es verlangte, daß die früheren Rathgeber der Krone als Verräther zur Rechenschaft gezogen und die neuen Cortes als constituirende Versammlung mit besonderen Vollmachten versehen werden sollten. Ganz Madrid stand

Digitized by Google

in den Waffen: die Truppen machten gemeinsame Sache mit den Bürgern: die revolutionaire Partei war die siegende. Jetzt forderte Christine den Herzog von Victoria auf, nach Madrid zu ziehen, um den Aufstand zu unterdrücken. Aber Espartero weigerte sich, zu gehorchen, suchte vielmehr die Bewegung zu rechtfertigen und drang auf die Erfüllung aller seiner früheren Forderungen, als der einzigen Bedingung zur Wiederherstellung der Ordnung. Christine, auf diese Weise von Allen verlassen, machtlos, nirgends eine Stütze findend, entschloß sich endlich, am 16. September 1840, Espartero zum Ministerpräsidenten zu ernennen, mit der Vollmacht, sich selbst ein Cabinet zu bilden. Espartero wählte sich nun ein Ministerium aus lauter Männern der Fortschrittspartei, zog unter dem Jubel der Bevölkerung am 29. September in Madrid ein, und begab sich am 5. October mit seinen Ministern nach Valencia zur Regentin, um derselben sein Programm zu überreichen. Es verlangte Zurücknahme des Gemeindegesetzes, Auflösung der Cortes, Verabschiedung der Camarilla. Christine, welche sah, daß sie unter diesen Umständen doch nichts mehr bedeute, zog es vor, abzudanken und dem Ministerium die Regentschaft zu übertragen. Dieß geschah am 12. October; am 14. reiste sie nach Frankreich ab. In Spanien aber hatte die radicale Partei den entschiedensten Sieg erfochten.

Um dieselbe Zeit waren ähnliche Umwandlungen auch in Porrugal erfolgt.

Portugal vom Tode Dom Pedro's bis zum Jahre 1840.

Donna Maria da Gloria war beim Tode ihres Vaters Dom Pedro erst 16 Jahre alt. Unerfahren mit dem Leben, wie mit der Politik, wie es ein solches Alter mit sich bringt, war sie der Spielball der Hofparteien. Die Camarilla, welche sie umgab, weckte in ihr absolutistische Gelüste und den Versuch, sich über die von Dom Pedro gegebene Verfassung hinwegzusetzen. In diesem Verhältnisse wurde auch

Digitized by Google

nach ihrer Vermählung nichts geändert. Das erste Mal verheirathete sie sich, dem Wunsche ihres verstorbenen Vaters gemäß, mit August, Herzog von Leuchtenberg, dem ältesten Sohne des Vicekönigs Eugen, am 27. Januar 1835. Aber schon am 25. März dieses Jahres starb er. Ihr zweiter Gemahl war Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Kohary *), dem sie am 1. Januar 1836 angetraut wurde. Dieser mischte sich sofort in die Politik und zwar im Sinne der absolutistischen Hofpartei. Er wurde von seiner Gemahlin zum Oberbefehlshaber des portugiesischen Heeres ernannt, in welcher Eigenschaft er einen höchst bedenklichen Einfluß auf die Gestaltung der Verfassungsverhältnisse üben konnte. Dieß Alles rief den Haß des Volkes gegen ihn auf, welches überhaupt mit steigendem Unwillen die Hofwirthschaft mit angesehen und auch in den Cortes Vertreter seiner Stimmung gefunden hatte. Donna Maria löste aber noch im Jahre 1836 wiederholt die widerspenstigen Cortes auf.

Da kam die Kunde von der Revolution von La Granja aus dem Nachbarlande herüber. Die Unzufriedenen erblickten in diesem Ereignisse die Aufforderung zur Nachahmung, und da in Folge der Reactionsmaßregeln seit Dom Pedro's Tode die demokratische Partei in Portugal außerordentlich gestiegen war, so war es ihnen leicht, eine Revolution zu bewerkstelligen. Am 9. September 1836 kam sie zum Ausbruch. Die Regierung suchte sie zuerst durch militairische Gewalt zu unterdrücken, aber die Truppen gingen zum Volke über, und so sah sich denn Donna Maria am 10. September gezwungen, in das Begehren des Volkes zu willigen, die Constitution von 1822 zu verkündigen und das Ministerium zu entlassen. An die Spitze der Verwaltung traten nun lauter Männer der freisinnigen Partei, von denen Passos, Sa da Bandeira und Castro die bedeutendsten waren.

Indessen sollte dem Volke der Sieg doch noch streitig gemacht werden. Die conservative Partei, an deren Spitze Palmella, Terceira, Saldanha, Carvalho, Villareal sich befanden, versuchte eine Gegenre-

---

*) Vergl. die genealogische Tafel. S. 548.

Digitized by Google

volution: die Königin entließ das neue Ministerium und stellte die Charte Dom Pedro's wieder her. Aber das Volk ließ sich nicht schrecken. Die Nationalgarde von Lissabon griff zu den Waffen, und da sich die Regierung auch dießmal nicht auf die Linie verlassen konnte, so bequemte sie sich 5. November 1836 noch einmal zu der Annahme der Verfassung von 1822; jedoch sollte sie, wie es in Spanien war, von den Cortes noch einmal durchgesehen und verbessert werden. Auch das Ministerium Passos, Bandeira und Castro wurde wieder hergestellt.

Am 18. Januar 1837 versammelten sich die constituirenden Cortes. Die Mehrzahl neigte sich, wie die damals in Spanien tagenden, zu gemäßigten Ansichten hin, und versuchte eine Vermittlung zwischen der demokratischen Verfassung von 1822 und der conservativeren Dom Pedro's. Damit war aber weder die radicale Partei, noch die reactionaire einverstanden. Die letztere erhob bereits im Sommer 1837 wieder eine Empörung, geleitet von den Marschällen Saldanha, Schwalbach, Terceira, Albuquerque und Anderen. Der Mittelpunkt dieser Gegenrevolution war der Norden Portugals. Sie breitete sich aber immer weiter aus, und bereits im August 1837 rückten die Führer gegen Lissabon heran, zu derselben Zeit, als Don Carlos Madrid zu erobern trachtete. Es gelang ihnen aber sowenig wie Don Carlos, der Hauptstadt sich zu bemächtigen. Von überlegener Macht angegriffen mußten sie sich zurückziehen, wurden auf ihrer Flucht mehrmals geschlagen und zuletzt am 20. September 1837 zu einer Capitulation gezwungen, zufolge welcher die höheren Anführer der Empörung das Königreich verlassen mußten, die untergeordneten Offiziere aber aus der Liste des Heeres gestrichen wurden.

Die Cortes setzten nun ihre Verfassungsarbeiten fort und wurden am 19. März 1838 mit der neuen Constitution fertig. Wie gesagt, sie näherte sich in den Grundzügen der spanischen von 1837. Im Allgemeinen wurde die Charte Dom Pedro's zu Grunde gelegt. Deshalb wurde auch das Zweikammersystem beibehalten. Während aber nach der Charte Dom Pedro's die erste Kammer aus erblichen Mit-

Digitized by Google

gliedern bestand, so wurde sie nach der neuen Verfassung in eine Wahlkammer von Senatoren verwandelt. Und zwar sollten diese unmittelbar vom Volke auf 6 Jahre gewählt werden. Bedingung der Wählbarkeit ist eine jährliche Grundrente von 2000 Milreis (3300 Thalern) ein jährliches Einkommen von 4000 Milreis (6600 Thalern), aus anderen Erwerbsquellen, oder die Bekleidung eines hohen militairischen oder bürgerlichen Amtes. Ferner wurde die Wahlordnung zu den Abgeordneten der zweiten Kammer verändert. Die Wahlen wurden nämlich directe, während sie bisher indirecte gewesen. Das Wahlrecht ist an ein jährliches Einkommen von ohngefähr 132 Thalern, die Wählbarkeit an eines von 660 Thalern geknüpft. Kein Abgeordneter darf ein öffentliches Amt annehmen. Weder der König noch die königlichen Prinzen dürfen den Oberbefehl über die bewaffnete Macht übernehmen. Die Cortes haben das Recht, nach dem Aussterben der regierenden Dynastie eine neue zu wählen.

Kurz vor dem Zustandekommen der Verfassung hatten die Demokraten einen Aufstand versucht, um die Ideen der Verfassung von 1822 zur Herrschaft zu bringen. An der Spitze dieses Aufstandes stand das Arsenalbataillon, welches sich überhaupt durch seine entschiedene demokratische Richtung auszeichnete, weshalb dieser Aufstand auch mit dem des Arsenals bezeichnet wird. Dieser Versuch mißlang jedoch. Indessen übte die Regierung keine Rache an den Theilnehmern aus, begnadigte sie vielmehr, weil sie vorhatte, eine allgemeine Amnestie zu verkünden, was wirklich geschah, in Folge welcher auch jene reactionairen Empörer von 1837 wieder zurückkehren und in ihre alten Stellungen eintreten durften. Ueberhaupt schlug jetzt die Regierung wieder einen streng monarchischen Weg ein, welcher sich bald mit der Verfassung von 1838 in Widerspruch zu setzen begann. Dagegen erhoben sich indessen die Cortes, welche im December 1838 zusammenkamen, und zwangen die Königin, das Ministerium zu entlassen und ein neues zu wählen, welches vorzugsweise aus Septembristen — so nennt man die Anhänger der Revolution vom September 1836 — bestand. Auch dieses Ministerium wurde zwar wieder

Digitized by Google

beseitigt und durch ein anderes ersetzt, dessen hauptsächlichsten Bestandtheile Pedristen — Anhänger der Charte Dom Pedro's, oder vielmehr Conservative — waren. Aber gleich darauf fielen die im Januar 1840 eröffneten Cortes durchaus in radicalem Sinne aus, so daß die Regierung sich genöthigt sah, sie aufzulösen. Die neuen, im Mai 1840 zusammentretenden Cortes waren zwar gemäßigter, nichts destoweniger aber Anhänger der Verfassung, wodurch denn auch der Regierung die Richtung angewiesen wurde.

Man sieht also, in Portugal, wie in Spanien, herrschte noch ein lebhaftes Spiel der Parteien. Hier, wie dort aber war die liberale Partei die siegende, und die verschiedenen Versuche der Reaction endeten mit ihrer Niederlage.

Digitized by Google

Drittes Capitel.

Griechenland seit der Ermordung des Grafen Capo d'Istria's.

Die Verhältnisse bis zur Ankunft des Königs Otto.

In England und auf der pyrenäischen Halbinsel hatten also die freien Principien um dieselbe Zeit einen neuen Aufschwung genommen, als ihre letzten Regungen in Frankreich und in Mitteleuropa von der Reaction überwunden worden waren. Dieß war von einer großen Bedeutung für die allgemeine politische Entwicklung. Die Wendung, welche die Dinge in Großbritannien, wie in Spanien und Portugal nahmen, hemmte dießmal ebenso die Entwürfe des Absolutismus, wie dieß früher Canning nach der Unterdrückung der spanischen Revolution gethan. Die absoluten Cabinette mußten jetzt den Gedanken aufgeben, das ganze europäische Festland ihren Principien zu unterwerfen: die Freiheit hatte nun wenigstens in einigen Ländern wieder ein Asyl gefunden, von wo aus sie nach einiger Zeit auf die dem Gebote der Willkürherrschaft verfallenen zurückwirken konnte.

Aber während der Liberalismus im Westen Europas triumphirte, errang im Orient das absolute Princip neue Siege. Oder besser gesagt: diejenige Macht, welche den Absolutismus am entschiedensten vertrat, welche die Plane desselben entwarf und ihre Ausführung leitete, nämlich Rußland, gewann einen Einfluß in den orientalischen Angelegenheiten, welcher fast einer Herrschaft gleich kam. Die Erfolge, deren sich Rußland hier erfreute, wogen leicht die Niederlagen auf, welche der Absolutismus in Spanien erlitten. Denn wenn es

Digitized by Google

sich auch hier im Orient nur zunächst um die äußere Politik handelte, weniger um innere Kämpfe der beiden feindseligen Principien, welche die Welt bewegten, so ist es doch keinem Zweifel unterworfen, daß eine Erweiterung des russischen Einflusses einer Erweiterung des absoluten Principes gleichkommt, wie schlau auch Rußland die Tendenzen, welche auf Letzteres abzielen, nöthigenfalls durch scheinbar liberale Handlungen zu verdecken weiß. Indessen wurden Rußland dieser Einfluß allerdings streitig gemacht, und zwar von derjenigen Macht, welche ebenso das Princip eines auf Volksfreiheit gegründeten Staates vertritt, wie Rußland das des Absolutismus, nämlich von England. Die Opposition, welche von letzterem gegen Rußland unternommen ward, entsprang allerdings ebenfalls aus Beweggründen der äußern Politik, weniger aus Motiven der Humanität und der Freiheit. Es handelte sich bei England, wie bei Rußland, um die Aufrechthaltung und Erweiterung der Herrschaft, sei es auch nur über die Meere und über den Handel. Aber dennoch spielte auch hier die Idee der politischen Freiheit eine durchaus nicht unbedeutende Rolle, wie denn die ganze Weltstellung Englands vorzugsweise auf diesem Principe beruht.

Im Orient eröffnet sich uns also ein außerordentlich großartiges Schauspiel von dem Kampfe der zwei mächtigsten Staaten der Erde, ein Kampf, der darum nichts an seiner Großartigkeit verliert, als nicht gerade Heere gegen Heere kämpfen, sondern Diplomatie gegen Diplomatie. Und zugleich gewinnt er dadurch ein neues Interesse, daß der große Streit um Absolutismus und Freiheit, welcher im übrigen Europa geschlichtet zu sein scheint, hier wieder aufgenommen wird, wenn auch unter anderen Formen und in Verbindung mit andern Interessen.

Ehe wir aber zu der Darstellung der Ereignisse übergehen, welche wir beim Obigen besonders im Auge gehabt, wollen wir zuerst noch einen Blick auf Griechenland werfen, dessen Unabhängigkeitskampf in den zwanziger Jahren die orientalischen Verwicklungen herbeigeführt, welche damals bereits Rußland so gut zu benutzen wußte. Wir wer-

Digitized by Google

den sehen, daß diese Macht auch jetzt nicht gesonnen war, den großen Einfluß aufzugeben, den sie durch die politischen Entwicklungen am Schlusse der zwanziger Jahre auf Griechenland gewonnen hatte.

Nach der Ermordung des Präsidenten Johann Capo d'Istria glaubte man Anfangs, der russische Einfluß habe hiermit sein Ende erreicht. Dieß war jedoch nicht der Fall. Zwar die Mehrzahl der Griechen war der Herrschaft Capo d'Istria's herzlich müde und ebenso des russischen Einflusses. Aber seitdem die drei Seemächte, Rußland, Frankreich und England, die Schlichtung der griechischen Angelegenheiten an sich gerissen, hing das Schicksal dieses Landes zugleich von der Ansicht dieser drei Schutzmächte ab. In London hielten sie ihre Conferenzen, an denen Palmerston für England, Talleyrand für Frankreich, Lieven und Matusczewiz für Rußland Theil nahmen. Die Protokolle dieser Conferenzen waren für Griechenland maßgebend. Diese aber richteten sich natürlich nach den Berichten, welche die Residenten der drei Mächte in Griechenland über die Zustände desselben dorthin abstatteten. Leider aber waren diese nicht scharfsichtig genug, um die Absichten Rußlands zu durchschauen. Zwar von dem französischen Gesandten, Rouan, konnte man dieß nicht behaupten, wohl aber von dem englischen, Dawkins, welcher, seiner Gesinnung nach Tory, also ein Gegner des Whigministeriums, sich ganz von dem russischen, Rückmann, der später von Katakazy abgelöst wurde, leiten ließ und in alle seine Ansichten einstimmte. Sei es nun, daß er überhaupt einen Widerwillen an der Opposition hatte, sei es, daß ihm die Dinge ganz falsch dargestellt wurden — genug, Dawkins war ganz mit dem russischen Gesandten darüber einverstanden, daß man die Partei, welche die Herrschaft in den Händen habe, und dieß war die russische, unterstützen müsse. In diesem Sinne war noch vor der Ermordung des Präsidenten über die Unruhen auf Hydra an die Londoner Conferenz von den Gesandten berichtet worden, und diese hatte daher unter dem 16. September 1831 ein Protokoll abgefaßt, zufolge dessen die Gesandten der drei Mächte und die Befehlshaber der betreffenden Flotten sich mit der griechischen Regierung über

Digitized by Google

die besten Mittel verständigen sollten, den Aufstand in Hydra zu beseitigen und der Ausdehnung der Unruhen auf dem ägeischen Meere vorzubeugen. Zugleich werden die Gesandten angewiesen, ihren ganzen moralischen Einfluß aufzubieten für diesen Zweck und endlich sollen sie eine und dieselbe Sprache führen, dieselbe Taktik befolgen, überhaupt in Uebereinstimmung und vereinigt handeln: Absonderung des einen oder des andern Gesandten findet nicht statt. Diese letzte Bestimmung war besonders das Werk des russischen Einflusses. Dadurch wurde bewirkt, daß von nun an die russische Diplomatie die griechischen Angelegenheiten leitete, da, wie wir gesehen, der englische Gesandte, Dawkins, immer auf die Seite des russischen trat, wodurch der französische überstimmt wurde.

Dieses Protokoll gelangte nach Griechenland, als Johann Capo d'Istria bereits nicht mehr lebte: der Inhalt desselben paßte also eigentlich nicht mehr, da die zur Zeit der Abfassung des Protokolls bestehende Regierung nicht mehr existirte. Inzwischen hatte sich aber eine neue Regierung aufgethan. Der Senat, bestehend aus Creaturen Capo d'Istria's, also aus russisch Gesinnten, riß sofort die Herrschaft an sich und ernannte im Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen, welche diese Befugniß nur der Nationalversammlung ertheilten, eine Regierung von drei Männern, nämlich Kolokotroni, Kolettis und Augustin Capo d'Istria, dem Bruder des ermordeten Grafen. Dieser letztere wurde auch zum Präsidenten ernannt. Die neue Regierung wurde sofort von den Gesandten der drei Schutzmächte anerkannt und auf sie der Inhalt des Protokolls vom 16. September angewendet. Hydra blieb daher blokirt, alle Versuche von Seite der Opposition, sich mit der Gegenpartei auszusöhnen, wurden von den Capo d'Istrianern zurückgewiesen, die Gewaltherrschaft änderte sich nicht im Geringsten, um so weniger, als die Regierung der Unterstützung der Gesandten sicher war.

Inzwischen wagte es die Regierung doch nicht, die bereits vom ermordeten Präsidenten angeordnete Nationalversammlung zu hintertreiben. Sie verfuhr jedoch bei den Wahlen auf die niederträchtigste

Digitized by Google

Weise, indem sie dieselben unter ihren Bajonetten vornehmen ließ und Alle bedrohte, welche nicht in ihrem Sinne wählen würden. Als nichts destoweniger trotz aller angewendeten Gewaltmittel die Wahlen dennoch gegen sie ausfielen, so mußten die Gouverneure in den Provinzen die Abreise der liberalen Abgeordneten verhindern, und zuletzt setzte die Regierung eigenmächtig und gesetzwidrig eine Behörde nieder, die sie aus dem feilen Senate ernannte, welche die Wahlen prüfen sollte und natürlich alle diejenigen ausschloß, von deren der Regierung feindseligen Gesinnungen sie überzeugt war. Auf diese Weise wurde zwar die Nationalversammlung von oppositionellen Elementen gesäubert: es blieben aber nicht so viel Mitglieder übrig, als nöthig waren, um die Versammlung beschlußfähig zu machen. Die Regierung wußte sich jedoch auch hier zu helfen: sie selber wählte nun die fehlenden Abgeordneten und drang sie der Nationalversammlung auf. Diese wurde endlich, im December 1831, zu Argos eröffnet. Natürlich ging sie auf alle Wünsche der Regierung ein: sie ernannte sofort den Grafen Augustin Capo d'Istria zum Präsidenten von Griechenland.

Aber außer diesen Creaturen der Regierung waren noch andere Abgeordnete in Argos angekommen, meist Rumelioten, welche auf das Heftigste das ungesetzliche Verfahren der Regierung angriffen. Sie waren nicht nur insofern von Bedeutung, als sie die Gesinnungen der Mehrheit des griechischen Volkes vertraten, sondern auch weil sie zugleich mit bewaffneter Macht angekommen waren, um sich nöthigenfalls gegen die Gewaltthätigkeiten der Capo d'Istrianer zu schützen. An die Spitze dieser Opposition setzte sich Kolettis, früher eines der Mitglieder der Regierung, aber mit ihrer Gewaltherrschaft nicht im Geringsten einverstanden. Die Regierung, welche diese Opposition mit Recht fürchtete, wollte sie mit Gewalt unterdrücken, sie ließ daher Truppen nach Argos kommen und sie ohne Weiteres angreifen. Die Rumelioten wehrten sich aber tapfer, und es gelang ihnen, sich ohne große Verluste zurückzuziehen. Sie bildeten indeß in Perachora eine andere Nationalversammlung, wohin sie die frei gewählten Abgeordneten aus allen griechischen Provinzen einluden. Auch eine proviso-

Digitized by Google

rische Regierung wurde hier erwählt, bestehend aus Kolettis, Konduriottis, Zaimis.

Nun begann der Bürgerkrieg von Neuem. Die Partei der Rumelioten hatte aber weitaus den größten Theil der Griechen für sich, und es dauerte gar nicht lange, so wurde dieß offenbar, ebenso wie das Zusammensinken der Sache Capo d'Istria's.

Aber Rußland wollte den Capo d'Istrianern auf alle Weise die Herrschaft sichern: es wandte daher alle Kunstgriffe an, welche dazu führen konnten. Wiederum sollte die Londoner Conferenz aushelfen. Diese verfaßte unter russischem Einfluß am 7. Januar 1832 ein Protokoll, zufolge dessen die von der Nationalversammlung zu Argos gesetzmäßig erwählte Regierung von den Residenten der drei Mächte als griechische Nationalregierung anerkannt und unterstützt werden soll: zugleich sollen die Gesandten alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um Ruhe und Gehorsam wieder herzustellen und der provisorischen Regierung das erforderliche Ansehen zu sichern. Dieses Protokoll gelangte Ende Februar 1832 nach Griechenland, und die Gesandten legten es sofort zu Gunsten der Capo d'Istrianer aus, d. h. sie unterstützten die Regierung Capo d'Istria's aus allen Kräften, obschon derselben die Eigenschaft abging, welche im Protokoll der Conferenz ausdrücklich verlangt worden war, nämlich daß sie gesetzmäßig erwählt sei.

Die Opposition gerieth durch dieses Verhalten der drei Gesandten in eine traurige Lage. Sie sah ein, daß sie geopfert sei, wenn sie, wie die Residenten verlangten, die Waffen niederlege. Zwar hatte Capo d'Istria eine Amnestie bewilligt: diese war aber so gehalten, daß gerade die Führer der Opposition davon ausgeschlossen gewesen wären. Und doch war vorauszusehen, daß sie sich, falls die Schutzmächte auf ihrer Ansicht beharrten, auf die Länge nicht halten könne. Vorderhand indeß beschloß die Opposition auszuharren, ja sogar das Aeußerste zu versuchen. Sie sammelte ein Heer, drang im März 1832 siegreich in den Peloponnes ein, nahm Argos und versetzte dadurch der Partei Capo d'Istria's die empfindlichsten Schläge. Glück-

Digitized by Google

licher Weise kam eben um diese Zeit ein neues Protokoll der Londoner Conferenz an, welches mehr zu Gunsten der Opposition sprach. Inzwischen nämlich war die englische Regierung durch ihren Gesandten in Constantinopel, Sir Stratford Canning, welcher sich in Griechenland um diese Zeit aufgehalten, von dem eigentlichen Stande der Dinge unterrichtet worden: die Conferenz verlangte daher in dem Protokoll vom 8. März die Einsetzung einer gerechten und nationalen Regierung. Dieß war ein ungeheurer Schlag für die russische Partei. Die Trümmer derselben lösten sich vollends auf und gingen zu den Rumelioten über: Augustin Capo d'Istria dankte am 9. April ab und entfloh einige Tage hernach auf einem russischen Schiffe nach Korfu, später nach Petersburg.

Damit aber hatte die nationale Partei noch nicht gewonnen. Die Reste der Capo d'Istrianer, geführt von Kolokotroni, Metaxas und Anderen, unterstützt durch die Russen, suchten auch jetzt die Leitung der Dinge wieder in ihre Hände zu bringen. Der Senat schlug sogleich eine neue Regierung vor, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl der gestürzten Partei angehörten: unter Anderen wurde Kolokotroni und Metaxas dazu vorgeschlagen. Die Rumelioten waren aber mit dieser Wendung der Dinge nicht zufrieden, sie zogen daher bewaffnet gegen Nauplia, um den Kampf noch einmal zu beginnen, und nur mit genauer Noth ließen sie sich beschwichtigen. Besondere Mühe gab sich dabei Hofrath Thiersch von München, der sich schon seit einiger Zeit in Griechenland aufgehalten und den öffentlichen Angelegenheiten mit Interesse gefolgt war. Indessen gedachten die Rumelioten sich den Sieg nicht aus den Händen winden zu lassen, und der Festigkeit ihres Führers, Kolettis, verdankten sie zuletzt den Ausgang des Streites, der zu ihren Gunsten endete. Es wurden nämlich Unterhandlungen zwischen ihnen und den Capo d'Istrianern gepflogen, deren Ergebniß darin bestand, daß eine neue Regierung, aus 7 Mitgliedern bestehend, errichtet werden sollte. Vier davon, nämlich Kolettis, Konduriottis, Demetrius Ypsilantis und Joannes Zographos, gehörten der Partei der Rumelioten an, während die

Digitized by Google

Minderheit, nämlich Metaras, Zaimis, Koliopulos (auch Plaputos genannt), aus den Capo d'Istrianern genommen wurden. Zwar versuchten die Letzteren noch allerlei Intriguen, indem sie an die Stelle des Zographos einen andern, Trikupis, setzen wollten, welcher früher zu der nationalen Partei gehörte, neuerdings aber sich den Capo d'Istrianern angeschlossen hatte. Es gelang ihnen aber nicht. Denn zuletzt wurde diese Stelle durch Kosta Bozzaris besetzt, welcher die nationale Partei vertrat. Auch der Senat, aus lauter Capo d'Istrianern bestehend, erhob noch allerlei Anstände, um das Zusammentreten der neuen Regierung zu verhindern: er wurde indeß durch das Volk in Nauplia zur Nachgiebigkeit gezwungen.

So hatte denn scheinbar die nationale Partei gesiegt: es war eine Regierung zu Stande gekommen, welche in ihrer Mehrheit aus den Anhängern derselben bestand. Aber die russische Partei gab darum ihre Intriguen nicht auf: sie bemühte sich vielmehr aus allen Kräften, der Regierung Hindernisse zu bereiten und den Capo d'Istrianern wieder zur Herrschaft zu verhelfen. Die Regierung selber, aus den verschiedensten, einander entgegengesetztesten Elementen bestehend, entbehrte, wie nicht anders zu erwarten, der nöthigen Einigkeit: sie war darum schwach und vermochte nicht mit der nöthigen Kraft aufzutreten. Ohnedieß dauerte es nicht lange, so erhoben sich allenthalben Oppositionen von Seite der Capo d'Istrianer. An die Spitze derselben stellte sich Kolokotroni, welcher im Süden von Morea in Verbindung mit Nikitas und Kalergis den Aufruhr begann. Zugleich empörte sich in Patras Zavellas, der Anführer eines Capo d'Istrianischen Truppencorps, der Verwandte Kolokotroni's: ebenso pflanzten mehrere Inseln die Fahne der Empörung auf. Die Regierung bewies sich machtlos diesen Aufruhrversuchen gegenüber. Alle Maßregeln, welche etwa von der Mehrheit vorgeschlagen worden, wurden durch die Capo d'Istrianische Partei in derselben vereitelt. Dazu kam, daß die Residenten der drei Schutzmächte, durch russischen Einfluß bestimmt, offenbar die Partei der Empörer nahmen, wie sie dieß z. B. den Zavellas wissen ließen, der dadurch natürlich in seiner Widerset-

Digitized by Google

lichkeit nur bestärkt ward*). Die Regierung gerieth dadurch in immer größere Verlegenheit: sie setzte ihre letzte Hoffnung auf die Ankunft des neuen Souverains.

Die Londoner Conferenz war, nachdem sie lange vergeblich nach einem Könige für Griechenland herumgesucht, endlich auf den Prinzen Otto von Baiern gefallen, dessen Vater König Ludwig von jeher als Griechenfreund bekannt war und unter allen Fürsten zuerst diese seine Gesinnungen durch die That bewährt hatte. Mit ihm wurden Unterhandlungen gepflogen, und als er die Einwilligung zur Wahl seines Sohnes gegeben, wurde derselbe durch die Londoner Conferenz am 7. Mai 1832 zum erblichen König von Griechenland erwählt. Da er aber noch minderjährig war, so sollte, bis er das 20. Jahr zurückgelegt, was den 1. Juni 1835 der Fall war, eine Regentschaft aus drei Personen bestehend, niedergesetzt werden, die der König von Baiern zu ernennen habe. Die drei Mächte übernahmen zugleich die Garantie für eine Anleihe von 60 Millionen Franken, und der König von Baiern verpflichtete sich, vorderhand ein Corps von 3500 Mann nach Griechenland zu schicken, worauf die wenigen Truppen der Schutzmächte sich vollends entfernen würden.

Die Nachricht von der Erwählung des Prinzen Otto zum König von Griechenland machte einen sehr guten Eindruck auf die Griechen. Sie gaben sich nun der Hoffnung hin, daß der provisorische unerträgliche Zustand des neuen Staates bald ein Ende nehmen werde. Ein frisches Leben kam in die Bevölkerung: dieß zeigte sich namentlich in der Theilnahme an den Wahlen für die Nationalversammlung. Die Londoner Conferenz hatte nämlich festgesetzt, daß die griechische Nation die Wahl des Königs Otto gutheißen sollte; zu diesem Ende wurde die Nationalversammlung zusammenberufen. Am 22. Juli 1832 wurden ihre Sitzungen in Pronia, einer Vorstadt Nauplia's, eröffnet, und schon am 8. August beschloß sie die Anerkennung des Königs Otto. Hofrath Thiersch empfing den Auftrag, diesen Beschluß nach München zu überbringen.

*) Gordon Gesch. Griechenlands, fortgesetzt von Zinkeisen. II. 781. 782.

Digitized by Google

Die Nationalversammlung hielt jedoch durch diesen Beschluß ihre Thätigkeit noch nicht für beendet. Sie beschloß zugleich die Auflösung des Senats, jener aus lauter Capo d'Istrianern und russisch Gesinnten bestehenden Behörde, und gedachte sich ferner mit den Grundzügen einer neuen dem König Otto vorzulegenden Verfassung, sodann mit der Regulirung der Staatsschuld zu beschäftigen. Dieser Gang der Nationalversammlung war aber Rußland sehr unbequem: die Residenten der drei Mächte, von Rußland geleitet, sprachen daher in einer Note an die griechische Regierung die Mißbilligung der Beschlüsse der Nationalversammlung aus, erklärten, daß es überhaupt unnöthig gewesen wäre, sie zusammenzuberufen, daß sie nun gar ihre Befugnisse überschritten habe, bezüglich der Beschlüsse über den Senat und die neue Verfassung. Die Nationalversammlung antwortete darauf ziemlich derb, ließ sich durchaus nicht irre machen und war eben daran, auch die Regierung zu ändern, d. h. die Mitglieder der Capo d'Istrianischen Partei daraus zu entfernen, als die russische Partei, welche dadurch allen Einfluß zu verlieren besorgte, durch einen Handstreich sich ihrer Gegner zu entledigen beschloß. Es sollte nämlich durch geworbene Haufen die Nationalversammlung gestürmt und die bedeutendsten Mitglieder derselben getödtet werden. Dieser Plan wurde ausgeführt, jedoch nur theilweise: neun der ausgezeichnetsten Mitglieder der Nationalversammlung wurden am 22. August 1832 von geworbenen Banden überfallen und ins Gebirge geschleppt. Sie wurden erst nach einiger Zeit gegen ein ansehnliches Lösegeld wieder frei gegeben. All' dieß geschah, ohne daß von Seite der Residenten der Großmächte eine Mißbilligung ausgesprochen wurde: gingen ja diese Gewaltthätigkeiten von der russischen Partei aus.

Bald darauf kam die Nachricht, daß Otto wirklich den griechischen Thron angenommen habe: die Nationalversammlung vertagte sich nun am 1. September 1832.

Inzwischen gewann die Gegenrevolution immer größern Boden. Kolokotroni rückte gegen den Norden des Peloponnes vor, vereinigte sich in Argos mit Zavellas, schlug den General der Regierung,

Grivas, auf's Haupt und bedrohte Nauplia. Der Senat löste sich trotz des Beschlusses der Nationalversammlung doch nicht auf, nahm vielmehr die ausübende Gewalt für sich in Anspruch und trat der Regierung feindlich entgegen. Da er sich indessen in Nauplia nicht mehr sicher glaubte, so siedelte er nach Astros über, am 29. November 1832, und ernannte hier eine neue Regierung, an deren Spitze als Präsident von Griechenland der russische Admiral Ricord stehen sollte: fernere Mitglieder waren Kolokotroni, Zaimi, Metaras. Nachher, als diese Versuche keinen Anklang fanden, und die Ankunft König Otto's bald bevorstand, wählte der Senat eine militairische Regierung, aus Kolokotroni, Zavellas und fünf anderen Capitanis bestehend, welche der Regentschaft Gesetze vorschreiben sollten*).

Die Regierung in Nauplia, schwach und ohne alle Mittel, von Geld entblößt, da die Finanzen durch die Capo d'Istrianische Wirthschaft in die unsäglichste Zerrüttung gekommen waren, daher nicht einmal fähig, einen kleinen Theil von Truppen zu bezahlen, im Geheimen selbst von der fremden Diplomatie bekriegt, sah zuletzt keinen andern Ausweg, als sich den französischen Truppen in die Arme zu werfen, welche, wenn auch in geringer Anzahl, seit der frühern Expedition in Griechenland stehen geblieben waren. Sie wurden beordert, Argos von den Rebellen zu säubern, damit doch wenigstens dieser Platz frei sei, wenn, wie verlautete, der König Otto daselbst landen wolle. Die französischen Truppen besetzten in der That Argos, im Januar 1833, wurden aber bald darauf von den Haufen Kolokotroni's angegriffen. Nach einem hitzigen Gefechte blieben die Franzosen Sieger und die Rebellen wurden in die Flucht geschlagen.

Dergestalt befand sich Griechenland in der vollständigsten Anarchie: die Regierung ohne Ansehen, ohne Kraft, von allen Seiten bekriegt, die Empörung allenthalben, das Land mit Raub und Plünderung erfüllt — und dieser Zustand offenbar bewirkt durch die fremde Diplomatie, welche, von Rußland geleitet, es in Griechenland zu

*) Siehe die Abhandlung über die griech. Angelegenheiten im Portfolio III. S. 397.

Digitized by Google

keiner nationalen Regierung kommen lassen will und nur diejenige Partei begünstigt, welche auf Rußland gestützt die verhaßte Gewaltherrschaft wieder begründen möchte.

Die Zeiten der Regentschaft.

Diese Zustände waren unter Anderem auch dadurch ermöglicht worden, daß der neue König so lange auf sich warten ließ. Seine Abreise war durch allerlei Ursachen verzögert. Zuvörderst mußten die Gränzen mit der Pforte ins Reine gebracht werden; dann dauerte es eine Zeitlang, bis man die Anleihe gemacht hatte: endlich stieß selbst die Zusammensetzung der Regentschaft auf einige Schwierigkeiten. Der König von Baiern ernannte dazu den Grafen von Armansperg als Präsidenten, ferner den Staatsrath von Maurer und den General von Heideck, genannt Heidegger. Diesen wurde indeß noch der Ministerialrath von Abel beigegeben. Anfang December 1832 reiste endlich König Otto und die Regentschaft von München ab und 30. Januar 1833 landeten sie in Nauplia.

Der Regentschaft war allerdings keine leichte Aufgabe geworden. Außerordentliche Schwierigkeiten stellten sich ihr entgegen. Sie fand das Land in vollkommener Anarchie, von Parteien zerrüttet, die Regierung ohne Kraft, die Verwaltung im Stocken, die Finanzen gänzlich verwahrlost, die Gerichte in keiner Thätigkeit mehr. Doch hatte die Nation das Bedürfniß, aus diesem schrecklichen Zustande herauszukommen: die Regentschaft wurde daher mit Hoffnung und Vertrauen empfangen, man erwartete von ihr in Kurzem die Herstellung erträglicherer Verhältnisse.

Auch verfuhr die Regentschaft mit Eifer und Umsicht. Sie verkündete sofort allgemeine Amnestie für politische Verbrecher, suchte die Sicherheit der Straßen wiederherzustellen, den Räubereien und dem Faustrechte Einhalt zu thun, weshalb sie das Waffentragen beschränkte, traf Einleitungen für die allernöthigsten Gesetze, für das

Digitized by Google

Schul- und Kirchenwesen, die Gerichts- und Gemeindeverfassung, suchte in die Finanzen Ordnung zu bringen, die Quellen des Staatshaushaltes zu erweitern und gab sich überhaupt Mühe, dem neuen Staat zu einem geordneten, selbständigen Dasein zu verhelfen.

Aber gerade diese Bestrebungen mißfielen den Capo d'Istrianern, welche von der Mehrheit der Regentschaft allerdings weit weniger berücksichtigt worden waren, als sie gewünscht und gehofft haben mochten. Sie gingen also damit um, die Regentschaft zu stürzen, und in diesen Umtrieben fanden sie nur zu gute, wenn auch blos heimliche, Unterstützung von Rußland. Außerdem wurden sie noch durch mehrere Mißgriffe begünstigt, die sich die Regentschaft hatte zu Schulden kommen lassen.

Der am meisten in die Augen fallende Mißgriff betraf die militairischen Verhältnisse. Der König von Baiern hatte, wie bemerkt, vorderhand ein Hülfscorps von 3500 Mann mit seinem Sohne nach Griechenland gesendet. Außer diesem kleinen Heere aber, welches ohnedieß nur einige Zeit in Griechenland bleiben sollte, wurden für das eigentliche griechische Heer in Baiern Werbungen veranstaltet, welches in kleineren Abtheilungen nach Griechenland gebracht werden sollte. Dieses Heer war in europäischer Weise gekleidet und bewaffnet, mit sehr geringer Rücksicht auf die Natur des Landes, für das es bestimmt war, und mit noch weniger Rücksicht auf die Sitten und Gewohnheiten der Einwohner. Die Regentschaft verlangte nun von den Griechen, daß sie, mit Aufgeben ihrer Volkstracht, in dieses neue Heer eintreten sollten: die Palikarenhaufen, die unregelmäßigen Truppen, die bisher die Kämpfe ausgefochten, wurden aufgelöst, ohne daß ihnen Sold ausgezahlt worden wäre, und selbst wenn die Offiziere in die neuen Regimenter eintreten wollten, wurde ihnen die demüthigende Bedingung gestellt, daß sie um einen Grad niederer gestellt würden*). Dagegen wurden die fremden Offiziere überall vorgezogen und befördert, oft in unglaublich kurzer Zeit. Daß dieses bei den

*) Geschichte der griech. Revolution, von G. A. Baron von St . . . t. Leipzig, 1845. S. 14.

Digitized by Google

Griechen, namentlich aber bei den Palikaren, böses Blut verursachen mußte, versteht sich von selbst.

Aber auch in der Civilverwaltung wurden ähnliche Mißgriffe gemacht. Auch hier wurden die Ausländer, namentlich die Baiern, ungebührlich den Griechen vorgezogen. Um nur alle Personen, denen man schon in München Anstellung versprochen, unterzubringen, wurden unnöthig viele Stellen geschaffen, ziemlich gut besoldet, und die Eingebornen vielfach übergangen. Dieß war um so schlimmer, als viele von den baierischen in den griechischen Staatsdienst übergetretenen Beamten die Landessprache nicht verstanden, sich auch keine Mühe gaben, sie zu erlernen, ja naiv genug waren, von den Griechen das Erlernen der deutschen Sprache binnen Jahr und Tag zu verlangen *).

Die Wahrnehmung dieser Dinge verletzte den griechischen Nationalstolz. Das Volk, ohnedieß eifersüchtig und mißtrauisch, kam zu dem Glauben, all' diese Fremdlinge, im Heere, wie unter dem Beamtenstande, seien nur nach Griechenland gekommen, um von dem Schweiße des Volkes zu zehren und die Eingebornen aus ihrem guten Rechte zu verdrängen. Eine andere Bestimmung bezüglich der kirchlichen Verhältnisse regte die religiösen Ueberzeugungen in etwas auf. Die Regentschaft hielt es nämlich für gut, die griechische Kirche in Griechenland, welche bisher unter dem Patriarchen von Constantinopel gestanden, für unabhängig und selbständig und den König zum Oberhaupte derselben zu erklären. Zugleich wurden fast alle Klöster mit Ausnahme einiger weniger aufgehoben, und die Güter derselben größtentheils dem Staatsschatze zugeschlagen, der sie für gemeinnützige Zwecke, für Schule und Kirche verwenden sollte. An sich war gegen diese Maßregel gar nichts zu sagen: aber der mißtrauische Grieche sah Anfangs etwas Anderes hinter ihr, und meinte, es sei vor Allem um die Beraubung des Kirchengutes zu thun gewesen.

Zu diesen Dingen kam nun noch, daß die Regentschaft ver-

*) Geschichte der griech. Revolution, von G. A. Baron von St . . . t. Leipzig, 1845. S. 5.

Digitized by Google

säumte, eine Constitution zu geben. Dieß war zuerst in München im Plane; der baierische Minister des Auswärtigen, Freiherr von Giese, schrieb wenigstens noch im Sommer 1832 an den griechischen Minister Trikupi, daß es die erste Sorge der Regentschaft sein würde, eine Nationalversammlung zu berufen und mit ihr die definitive Constitution für Griechenland zu Stande zu bringen*). Die Regentschaft unterließ dieß jedoch; wie Maurer sagt, weil sie es für besser hielt, zuerst die Grundlagen des Staates zu schaffen, ehe sie an den Ausbau der Verfassung gehen wollte; auch sind wir überzeugt, daß Maurer später selber die Constitution gegeben hätte. Indeß: im Augenblicke wurde sie vorenthalten, und dieß war jedenfalls für einen Theil der Griechen kein geringer Grund der Unzufriedenheit.

Man sieht also, in kurzer Zeit hatten sich mannichfache Elemente für eine Opposition gegen die Regentschaft gebildet. Aber nun sollte noch hinzukommen, daß in ihr selber die unheilvollsten Zerwürfnisse eingetreten.

Gleich Anfangs, schon auf der Reise nach Griechenland, machte sich zwischen dem Grafen Armansperg einerseits und den übrigen Mitgliedern der Regentschaft, namentlich von Maurer und von Abel, eine ernstliche Spannung bemerklich, welche in dem Stolze und dem Hochmuthe des Grafen ihren vorzüglichsten Grund hatte. Armansperg als Präsident der Regentschaft hielt sich nämlich für mehr, als die Anderen, und legte dieß bei jeder Gelegenheit an den Tag. In Griechenland nahm er die Repräsentation der Regentschaft für sich in Anspruch, weshalb er eine große Summe für Tafelgelder sich auszahlen ließ, wie er denn überhaupt seine Stellung in pecuniärer Beziehung ergiebig zu machen gewußt hat**). Die anderen Mitglieder der Regentschaft durchschauten den Grafen, bildeten gegen ihn Opposition, und da sie die thätigen, kenntnißreichen und eifrigen Arbeiter waren, so geschah es, daß sie in den Regentschaftssitzungen die Mehr-

*) Geschichte der griech. Revolution rc. S. 21.

**) Maurer, das griech. Volk bis zum 31. Juli 1834. Heidelberg, 1835. II. S. 50 folg.

Digitized by Google

heit bildeten, und Armansperg sich ihnen fügen mußte, obschon er eigentlich, wie wenigstens Maurer erzählt, nie eine entgegengesetzte Meinung ausgesprochen hat. Dieß Verhältniß war aber Armansperg unbequem; er wünschte, der lästigen Genossen los zu sein und die Regentschaft allein zu führen, oder sie wenigstens mit gefügigeren Collegen zu theilen. Auch ließ er nichts unversucht, was dazu führen konnte.

Diese Mißverständnisse in der Regentschaft wurden nun sofort von der oppositionellen Partei und zwar zunächst von den Diplomaten, von dem englischen und russischen Gesandten, aufgegriffen und bestens benutzt. Denn beide, wie wir gesehen, waren Beschützer der Capo d'Istrianischen Partei und suchten noch vor der Ankunft der Regentschaft der nationalen Regierung so viel wie möglich Hindernisse zu bereiten. Bald nach der Ankunft der Regentschaft merkten sie sogleich, daß Maurer, Heideck und Abel — Letzterer war damals noch liberal — nicht gesonnen waren, sich unter die Einflüsse Rußlands oder Englands zu stellen, sondern einen selbständigen Weg zu gehen. Auf der andern Seite entdeckten sie sogleich die Feindseligkeiten zwischen Armansperg und den übrigen Gliedern der Regentschaft. Sie schlossen sich daher an Armansperg an, welcher umgekehrt sich ganz unter ihre Fittige stellte, und beide zusammen arbeiteten jetzt gegen die Mehrheit der Regentschaft. Ja, sie traten nun auch mit der Opposition der Capo d'Istrianer in Verbindung und ermuthigten sie, in ihren Umtrieben fortzufahren.

So wurde im Laufe des Sommers 1833 eine Verschwörung gegen die Regentschaft angezettelt, bei welcher Rußland seine Hände stark im Spiele hatte. An der Spitze standen die Häupter der Capo d'Istrianer, Kolokotroni, Metaxas und Franz der Secretair des Grafen Armansperg: ja es ist erwiesen, daß Armansperg selber in die Verschwörung verwickelt war. Der nächste Zweck der Verschwörung sollte sein, Maurer, Heideck und Abel, also die unabhängigen Mitglieder der Regentschaft, zu stürzen und Armansperg allein die Regentschaft zuzuweisen, also demjenigen, welcher mit dem russischen und

Digitized by Google

dem englischen Gesandten in so gutem Vernehmen stand. Indessen wurde die Sache entdeckt: Franz wurde verbannt, und die Mitglieder der Regentschaft waren edel genug, der Sache nicht weiter auf den Grund zu sehen, um dadurch den Grafen Armansperg nicht noch mehr zu compromittiren. Bald darauf aber, am 16. September, sollte die Verschwörung doch losbrechen. Auch dahinter war indeß die Regentschaft gekommen: sie ließ die Häupter derselben darunter Kolokotroni, fast alle zu gleicher Zeit verhaften. Es wurde ein Proceß gegen sie eingeleitet. Im März 1834 wurden sie zur Todesstrafe verurtheilt: diese jedoch in 20jähriges Gefängniß durch königliche Gnade gemildert.

Die Kraft, welche die Regentschaft bei der Unterdrückung der Verschwörung und unmittelbar nachher entwickelt, machte einen sehr guten Eindruck auf die öffentliche Meinung. Auch das wirkte günstig für sie, daß sie gleich darauf das Ministerium veränderte. In dem früheren, unmittelbar nach der Ankunft der Regentschaft zusammengesetzten, befanden sich noch viele Capo d'Istrianer: diese wurden größtentheils entlassen und dafür Männer von der nationalen Partei hereingenommen, unter denen Kolettis als Minister des Innern die wichtigste Stelle einnahm. Offenbar stellte sich jetzt mehr und mehr die liberale Richtung der Regentschaft heraus: nach und nach war das Gesetz über die Gerichtsverfassung zum Abschluß gediehen, welche das Geschwornengericht einführte, sodann eine sehr volksthümliche Gemeindeverfassung.

All' dieß erbitterte die russische Partei nur noch mehr und sie arbeitete daher unverdrossen an dem Sturze der Regentschaft. Die Leitung der von dieser Zeit an gegen sie in Bewegung gesetzten Umtriebe ist aber offenbar vom russischen Gesandten Katakazy ausgegangen. Dieser benahm sich bei jeder Gelegenheit auf das Uebermüthigste gegen die Mehrheit der Regentschaft und wußte auch den englischen Gesandten, Dawkins, dazu zu veranlassen, so daß sich die Regentschaft genöthigt sah, um die Abberufung dieser beiden Gesandten bei den betreffenden Regierungen nachzukommen. Bei Rußland half dieß von vornherein

Digitized by Google

nichts. Aber bei England schien es eher möglich, weil Dawkins dadurch, daß er sich vom russischen Gesandten ins Schlepptau nehmen ließ, eigentlich ganz im Widerspruche mit dem britischen Interesse handelte. Aber Rußland verstand es, den englischen Minister des Auswärtigen, Palmerston, zu täuschen. Die russische Diplomatie redete Palmerston ein, Maurer sei französisch gesinnt, er arbeite darauf hin, den Franzosen das Uebergewicht in Griechenland zu verschaffen, und da sie wußte, wie eifersüchtig England überhaupt auf Frankreich ist, und selbst auch in jener Periode war, so war es ihr leicht, zum Ziele zu gelangen. Zugleich mußte Dawkins an Palmerston schreiben, die Mehrheit der Regentschaft wäre russisch gesinnt, eine Eigenschaft, welche in den Augen des britischen Ministers nicht weniger verdammungswürdig war, wie die erste. Genug: Palmerston wurde über die griechischen Zustände durchaus im Dunkeln erhalten, und das Gesuch der Regentschaft, Dawkins abzuberufen, daher abgeschlagen.

Damit begnügte sich übrigens die russische Diplomatie nicht. Sie suchte auch den König von Baiern gegen Maurer und seine Genossen einzunehmen. Ihm gegenüber ließ sie hervorheben, daß Maurer zu liberal wäre, republikanisch gesinnt, und durch die freien Einrichtungen, die er treffe, das Land in den Abgrund stürze. Diese Beschuldigung war um so ergötzlicher, als dieselbe Partei wider Maurer den Griechen gegenüber gerade die entgegengesetzten Beschuldigungen vorbrachte, nämlich, daß er ein Aristokrat sei, während Armansperg den einzig liberalen Mann in der ganzen Regentschaft vorstelle. Beim König von Baiern hätte Letzteres nichts gefruchtet: diesem mußte man also vorstellen, daß Maurer ein Revolutionair, ein Sansculotte sei, während Armansperg das monarchische Princip aufrecht erhalte. König Ludwig, damals, wie wir gesehen, eben mit der eifrigen Verfolgung der liberalen Ideen in seinem eigenen Lande beschäftigt, und gegen Alles eingenommen, was daran erinnerte, ließ sich von der russischen Diplomatie überlisten und ertheilte dem baierischen Gesandten in Griechenland, von Gasser, die Weisung, mit dem russischen

Digitized by Google

Gesandten, Katakazy, in Allem Hand in Hand zu gehen. Der Mehrheit der Regentschaft war daher auch diese Stütze entzogen.

Unter diesen Umständen hatten die Intriguen freies Feld. Noch einmal, im Sommer 1834, wurde von den Capo d'Istrianern eine Verschwörung angezettelt, welche diesmal ihren Sitz in der Maina hatte. Es wirkten dabei allerdings noch einige andere Momente mit. Die Regierung wollte die alten festen Thürme niederreißen lassen, welche den dortigen Häuptlingen gehörten und zunächst zum Schutz gegen Ueberfall, aber ebenso oft zu Schlupfwinkeln für Raubgesindel und Empörer dienten. Bei der Ausführung dieses Befehles wurde von Seite der Truppen mit einiger Rohheit verfahren: nun griffen alle Einwohner zu den Waffen, um ihre Burgen zu vertheidigen: die Truppen der Regierung erlitten nicht unbeträchtliche Verluste. Zuletzt wurde aber doch wieder die Ruhe hergestellt.

Aber unterdessen wurde der Zwist in der Regentschaft immer größer. Die Mehrheit entzog jetzt dem Grafen Armansperg die Repräsentationsgelder und das Recht, die diplomatische Correspondenz allein zu führen. Der Graf beklagte sich bei dem König Ludwig von Baiern, und dieser, längst von der russischen Partei bearbeitet, rief endlich, im Juni 1834, Maurer und Abel aus Griechenland zurück. Dieß lief eigentlich gegen den Vertrag vom 7. Mai 1832, wornach die ganze Regentschaft bis zur Volljährigkeit des Königs in Griechenland bleiben sollte. Auch scheint man einige Widersetzlichkeit von ihnen oder wenigstens vom griechischen Volke besorgt zu haben: denn dem Grafen Armansperg und dem russischen Gesandten Katakazy wurden russische Bayonnette zur Verfügung gestellt, wenn etwa beide Mitglieder der Regentschaft dem Befehle nicht Folge leisten wollten. Indessen war daran nicht zu denken: am 31. Juli 1834 erhielten Maurer und Abel ihr Abberufungsschreiben, und schon einige Tage darauf verließen sie Griechenland. An ihre Stellen kamen der Herr von Kobell und der Herr von Greiner. Nach der Entfernung Maurer's und Abel's wurde auch das Ministerium wieder verändert, und zwar im Sinne der Capo d'Istrianischen Partei.

Digitized by Google

Die Veränderung des Personals der Regentschaft hob zwar den Zwist, der in ihr bestanden, auf, denn Kobell und Greiner handelten ganz nach dem Sinne Armansperg's, und Heideck spielte eine indifferente Rolle. Aber für die Verwaltung des Landes war dadurch nichts gewonnen. Denn die entfernten Regentschaftsmitglieder waren tüchtige Arbeiter, während Armansperg sich nur mit der Repräsentation beschäftigte, und die beiden anderen, welche jene ersetzen sollten, ihre Geschäfte meist Anderen überließen. Mit Rußland und England war man im besten Verhältnisse. Die Gesandten hatten ihren Zweck erreicht. Indessen wurde Dawkins bald abberufen und durch Lyons ersetzt. Die Nation aber fand sich nicht glücklicher. Die Unzufriedenheit wurde nicht gedämpft, da die oben berührten Mißgriffe der Verwaltung noch fortdauerten. Dazu kamen noch andere Ungehörigkeiten, wie die mit unermeßlichen Kosten bewerkstelligte Uebersiedlung der Regierung von Nauplia nach Athen, welche mitten im Winter, im December 1834, erfolgte. Indessen vertröstete man sich noch auf den Regierungsantritt des Königs, welcher am 1. Juli 1835 stattfand.

Die ersten Jahre von Otto's Regierung.

Jedoch wurde Anfangs nichts dadurch gebessert. Armansperg blieb als Staatskanzler an der Spitze der Verwaltung und handelte in der bisherigen Richtung. Der junge König, dessen aufrichtiger Wunsch, das Wohl des Landes zu fördern, von den Griechen selbst anerkannt wurde, war doch noch zu unerfahren, als daß er in Staatsgeschäften ein selbständiges Urtheil hätte haben können. Er ließ sich ganz von Armansperg leiten und lobte seine Politik. Es ist bezeichnend für die letztere, daß bei dem Regierungsantritte des Königs die Häupter der Capo d'Istrianischen Verschwörung, die zu 20 Jahren Gefängniß verurtheilt worden waren, begnadigt, freigelassen und theilweise sogar in den neu errichteten Staatsrath genommen, während Männer, welche der nationalen Partei angehörten, wie Kolettis, aus

Digitized by Google

dem Ministerium entfernt wurden und ihre Stellen anderen unbedeutendern Persönlichkeiten überlassen mußten.

Indessen fühlte doch Armansperg nach einiger Zeit, daß, um sich in seiner Stellung zu sichern, es nothwendig sei, mehr Rücksicht auf die griechische Nationalität zu nehmen, als es bisher geschehen, zumal da der Haß gegen die begünstigten Fremden immer mächtiger wurde. Er traf also einige Einrichtungen, welche die Griechen versöhnen sollten. Die eine war das Dotationsgesetz, nach welchem jede Familie von den Staatsländereien einen betreffenden Antheil zur Nutznießung erhalten; die andere war die Errichtung des Staatsrathes, eine Behörde, welche vorderhand die Nationalversammlung ersetzen sollte. Bei der Ausführung des Dotationsgesetzes wurden aber bedauernswerthe Mißgriffe gemacht, und der Staatsrath erschien schon dadurch bedeutungslos, als lauter Günstlinge der Regierung in denselben genommen wurden, welche also der Selbständigkeit des Urtheils entbehrten. Die Opposition bekam daher fortwährend Nahrung und der Ruf nach einer Constitution, schon in den Zeiten der Regentschaft erhoben, hörte nicht auf. Indeß gab sich Armansperg Mühe, das Land mehr und mehr in einen geregelten Zustand zu bringen, und wenn es auch an Mißgriffen nicht fehlte, wenn namentlich viel über die schlechte Finanzverwaltung, über unmäßige Steuern, über die Verschleuderung der Staatsgelder geklagt ward, so befestigten sich doch allmählig die Zustände, wozu der Drang der Nation, einmal zu einem erträglichen Dasein zu gelangen, wohl das Meiste beigetragen haben mochte. Armansperg blieb übrigens nicht lange mehr auf seinem Posten. Im Frühlinge 1836 verließ der König auf einige Zeit Griechenland, um nach Deutschland zu reisen und sich eine Frau zu holen. Er vermählte sich 22. November 1836 mit Amalie, Tochter des Großherzogs von Oldenburg. In München wurde nun beschlossen, den Grafen Armansperg seiner Stelle zu entheben. Sei es, daß man bei ihm das Streben mißfällig wahrgenommen habe, sich nach und nach von dem baierischen Einflusse frei zu machen, sei es, daß andere Beweggründe obgewaltet: genug, den Tag nach Otto's

Digitized by Google

Rückkehr in Griechenland, im Februar 1837, wurde Armansperg entlassen und an die Spitze des Ministeriums trat Rudhardt, ebenfalls ein Baier, bisher Regierungspräsident in Regensburg, der sich auf den Landtagen seit 1831 als vorzüglicher Redner einen Namen gemacht.

Die Verwaltung Rudhardt's war aber keine glückliche. Die russische Partei wußte sich seiner noch viel mehr zu bemächtigen, als Armansperg's, bei dem sich doch wenigstens der englische und der russische Einfluß die Wage gehalten. Rudhardt aber, ganz in den Händen des russischen Gesandten Katakazy, begünstigte auffallend die Capo d'Istrianische Partei, setzte sein Ministerium mit Männern dieser Farbe zusammen, übergab namentlich das wichtigste Ministerium, das des Innern, einem Führer derselben, Glarakis, und ließ sich auch in Bezug auf die einzelnen Gegenstände der Verwaltung ganz von russischen Einflüssen leiten. So beschränkte er die Preßfreiheit, verschärfte die Polizei, trug das in Deutschland beliebte System der Ausweisungen auch auf Griechenland über und dachte noch viel weniger, wie seine Vorgänger, daran, Griechenland eine Constitution zukommen zu lassen. Durch diese seine politische Richtung brachte er aber die Mehrzahl der Nation dermaßen gegen sich auf, daß er sich in Kurzem von allen Seiten angegriffen sah.

Indessen blieb es nicht blos dabei. Auch mit der fremden Diplomatie hatte er zu kämpfen. Es war besonders England, welches feindselig gegen ihn auftrat. Oben haben wir schon bemerkt, daß eine Personalveränderung mit der britischen Gesandtschaft vorgegangen war. Dawkins, dessen Unfähigkeit oder bösen Willen die englische Regierung endlich erkannt zu haben schien, wurde abgerufen und durch Sir Edmund Lyons ersetzt. Dieser wahrte das britische Interesse in Griechenland viel entschiedener und trat den russischen Umtrieben, wo er konnte, entgegen. Auch schloß er sich enger an den französischen Gesandten an, und beide vereint verlangten nun von der griechischen Regierung die Einhaltung eines Ganges, den sie für den zuträglichsten hielten. Sie waren der Ueberzeugung, daß die grie-

Digitized by Google

chischen Zustände nur dadurch dauerhaft befestigt werden könnten, wenn das Land eine freie Verfassung erhielte, was ohnedieß der nothwendige Schlußstein zu den demokratischen Einrichtungen sei, welche die Griechen schon zu den Zeiten der Regentschaft erhalten hätten. Aber damit war Rußland durchaus nicht einverstanden. Abgesehen von dem absoluten Principe, als dessen vorzüglichster Vertreter es sich ansah, erblickte Rußland in der Verleihung einer Constitution für das griechische Volk nur eine Bürgschaft für eine weitere Befestigung des jungen Staates. Und gerade das wollte es verhüten: denn nur ein schwacher, haltloser, zerrütteter Staat gewährte Rußland die Möglichkeit, einen beständigen Einfluß zu üben. Rußlands Einfluß gerade bezüglich dieser Frage, unterstützt durch Oestreich und Preußen, ist es auch vorzugsweise zuzuschreiben, daß bis dahin noch keine Verfassung gegeben wurde. Und, wie schon bemerkt, gerade auch der neue Ministerpräsident ging in diesen Gedanken ein. Begreiflich aber fühlte sich der englische Gesandte durch die offenbare Bevorzugung Rußlands verletzt, und da Lyons leidenschaftlicher Natur war, kam es nicht selten zwischen ihm und Rudhardt zu hitzigen Erörterungen; besonders, als Rudhardt sich einmal beigehen ließ, einen Italiener, der mit einem englischen Passe versehen nach Griechenland reiste, von dort ausweisen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit wurden die heftigsten Noten gewechselt zwischen Lyons und Rudhardt. Letzterer, in der Diplomatie unerfahren, hatte sich dabei keine geringen Blößen gegeben. England benutzte diese Gelegenheit, um den Sieg zu verfolgen, und ruhte wirklich nicht eher, als bis Rudhardt im December 1837 entlassen wurde. Er reiste nach Deutschland zurück, starb aber auf der Rückkehr, in Triest. Dießmal also hatte England über Rußland den Sieg davon getragen.

Allein der Sieg war nur ein augenblicklicher. Auch nach Rudhardt's Entfernung huldigte die Regierung der russischen Partei: Glarakis, das Haupt der Capo d'Istrianer, blieb Minister des Innern: an eine Constitution wurde nicht gedacht, im Gegentheile die Strenge der Verwaltung fortgeführt. Bald indeß wandte sich das Blatt wieder

Digitized by Google

zu Gunsten der englischen Partei. Nämlich im Jahre 1839 zettelten die Capo d'Istrianer eine neue Verschwörung an. Der Zweck sollte sein, den König zu vermögen, zur griechischen Religion überzutreten, und wahrscheinlich sich ganz in ihre Hände zu geben. Die Verschwörung wurde aber entdeckt und zwar mit durch die unermüdlichen Nachforschungen des englischen Gesandten. An der Spitze derselben standen Georg Capo d'Istria, ein Bruder Johanns und Augustins, Nikitas, Oeconomos und sogar der Minister des Innern selber, Glarakis. Dieser letztere Umstand erschien dem Könige wichtig genug, eine gänzliche Veränderung mit seinem Ministerium vorzunehmen. Glarakis wurde entfernt und durch Theocharis ersetzt, einen tüchtigen und liberalen Mann, welcher der nationalen Partei angehörte. Auch Zographos, welcher Minister des Aeußern wurde, gehörte dazu.

So stritten denn England und Rußland um den Einfluß auf Griechenland. Der Streit dieser Mächte aber um den jungen griechischen Staat war gleichsam nur als Vorspiel zu bezeichnen, im Vergleich mit dem gewaltigen Kampfe, welcher sich zwischen ihnen auf einem andern, größern Schauplatze entsponnen.

Digitized by Google

Viertes Capitel.

Erster Krieg Mehemed Ali's mit der Pforte.

Unterdrückung der Empörung in Bosnien.

Die Pforte hatte, wie wir gesehen, in den Jahren nach der Julirevolution nicht minder mit Empörungen ihrer Untergebenen zu kämpfen, wie die Regierungen des christlichen Europa. Besonders die Bosnier machten ihr zu schaffen, welche, angeführt von dem tapfern Hussein, im Jahre 1831 den Truppen des Sultans die empfindlichsten Niederlagen beigebracht hatten, und nur dadurch zu augenblicklicher Ruhe gebracht werden konnten, daß der Großvezier Reschid ihnen alle ihre Forderungen bewilligte.

Inzwischen aber war es Reschid, wie bemerkt, gelungen, die Verbündeten der Bosnier, die Albanesen, zur Unterwerfung zu zwingen und für ihren Ungehorsam zu züchtigen. Gleich darauf beschloß er, die Bosnier anzugreifen und auch diese zu unterwerfen. Diese dachten an keinen weitern Angriff der Türken. Sie bauten auf das Wort des Großveziers. Aber freilich Reschid hatte ihnen nichts Schriftliches darüber gegeben: auch dachte er nicht daran, sein Versprechen zu halten. Die Bosnier warteten vergebens auf eine Bestätigung der Zugeständnisse des Großveziers durch einen Ferman des Sultans: er blieb aus. Inzwischen versuchte Reschid unter den Bosniern dieselben Ränke, welche ihm bei den Albanesen so gut gelungen waren: es dauerte nicht lange, so trat Eifersucht und Uneinigkeit unter den

Digitized by Google

Häuptlingen der Bosnier ein, und Hussein sah sich nicht mehr in dem Besitze unbestrittener Macht über die gesammte bosniakische Bevölkerung.

Jetzt ernannte Reschid einen andern Vezier von Bosnien, Kara Mahmud. Dieser zog mit 30,000 Mann heran, um die Provinz in Besitz zu nehmen. Jetzt erst merkte Hussein, daß es auf seinen Sturz abgesehen sei. Aber schon stand er nicht mehr sicher genug, um den andringenden feindlichen Schaaren mit allen Streitkräften entgegengehen zu können. Nur kleinere Abtheilungen sandte er ihnen entgegen: sie wurden aber bei Kossowo und an der Brücke des Lim geschlagen. Unaufhaltsam rückte Kara Mahmud gegen die Hauptstadt Sarajewo vor.

Nunmehr sammelte Hussein seine Schaaren und bot dem Feinde die Stirn, beim Berge Wites, fünf Stunden von Sarajewo. Es war am 30. Mai 1832. Aber das Glück war von dem Häuptlinge gewichen: seine Schaaren kamen nicht einmal alle ins Gefecht: er wurde geschlagen. Noch einmal aber, am 5. Juni, setzte er sich zur Wehre, unmittelbar vor den Mauern von Sarajewo. Hussein, unterstützt von seinem Freunde Widaitsch, entfaltete in diesem blutigen Treffen alle Kraft, alle Tapferkeit: die Türken erlitten auch schwere Verluste, und eine Zeitlang neigte sich sogar das Treffen zu Gunsten der Bosnier. Da aber erhielten die Türken noch zu rechter Zeit Unterstützung: Hussein wurde nun in der Flanke angegriffen und erlitt eine vollständige Niederlage.

Jetzt war Alles verloren: Hussein entfloh mit seinen Getreuen, ohngefähr 200, über die östreichische Gränze. Kara Mahmud aber war klug genug, seinen Sieg mit Milde und Schonung zu verfolgen. So gelang es ihm bald, ganz Bosnien zu unterwerfen, und die zurückgebliebenen Häuptlinge, einen nach dem andern, zur Ergebung zu nöthigen. Natürlich war jetzt an eine Einstellung der Reformen des Sultans nicht mehr zu denken: die alten erblichen Häupter der Bosnier verloren ihre Stellen und wurden durch Beamte des Veziers ersetzt. Und nun gestattete der Sultan selbst den ins Ausland Ent-

Digitized by Google

flohenen wieder zurückzukehren: er hoffte sie im Lande besser überwachen zu können, als an der Gränze. Fast Alle machten von dieser Erlaubniß Gebrauch: selbst Hussein entschloß sich dazu: er ging nach Belgrad, von da nach Constantinopel.

Aber während die Pforte mit den Bosniern zu thun hatte und ihr bester General, ihr schlauester Staatsmann mit ihrer Unterwerfung beschäftigt war, benutzte Mehemed Ali, der Pascha von Aegypten, die Gelegenheit, um seine schon lange vorbereiteten Entwürfe zur Ausführung zu bringen: ein Ereigniß, welches der Pforte noch viel größere Verlegenheiten bereitete, als es die bosnischen Unruhen je vermocht.

Mehemed Ali's Absichten auf Syrien.
Krieg mit der Pforte bis zur Schlacht bei Konieh*).

Mehemed Ali verlangte von dem Sultan zum Lohne für seine Unterstützung gegen die Griechen in den Jahren 1824 bis 1827**) das Paschalik von Damascus. Diese Forderung wurde indeß vom Sultan abgeschlagen: er gab ihm dafür Kreta, das er ihm vorher schon versprochen. Mehemed Ali war aber nicht damit zufrieden. Er rächte sich an der Pforte zunächst durch seine Unthätigkeit in dem russisch-türkischen Kriege. Sodann betrieb er große Rüstungen und trat mit allen Feinden des Sultans in geheime Verbindungen, wie er denn namentlich die albanesischen und bosnischen Empörer mit Geld unterstützt und dazu mitgewirkt hat, daß sie um dieselbe Zeit die Waffen gegen die Pforte erhoben, als er seinen Plan auf Syrien auszuführen gedachte. Mehemed Ali war es nämlich nicht blos um das Paschalik von Damascus, sondern um die Eroberung ganz Syriens zu thun, und er glaubte, gerade in dem von ihm gewählten

---

*) Vergl. den Artikel Ibrahim Pascha im Conversationslexikon der Gegenwart, 1839. II.

**) Siehe erster Band S. 673 folg.

Digitized by Google

Augenblick um so leichter zu seinem Ziele gelangen zu können, als damals alle Mächte Europas mit den durch die Julirevolution hervorgebrachten Verwicklungen beschäftigt waren und daher keine Zeit hatten, ihre Blicke auf den Orient zu richten, während die Pforte selber, wie bemerkt, mit den bosnischen Unruhen zu thun hatte.

Doch war Mehemed Ali zu klug, an die Ausführung seines Planes zu gehen, ohne einen scheinbaren Rechtstitel für sein Unterfangen aufweisen zu können. Unter den vier syrischen Paschaliks ist das von Akre das bedeutendste. Pascha von Akre war Abdallah, ein verworfener Mensch, der die ihm Untergebenen auf das Maßloseste drückte und sich auch gegen den Sultan in mannichfacher Weise vergangen hatte. Der letztere hatte deshalb den benachbarten Paschas von Damascus, Haleb und Adana den Auftrag ertheilt, Abdallah zu züchtigen, ohne daß es ihnen jedoch gelungen wäre. Auch Mehemed Ali hatte sich erboten, an dem Pascha von Akre die Strafe des Sultans zu vollziehen: dieser aber das Anerbieten abgelehnt, weil er recht gut mußte, daß Mehemed Ali diese Gelegenheit nur zu benutzen gedachte, um sich selber in den Besitz des Paschaliks zu setzen. Jetzt faßte Mehemed die Sache von einer andern Seite. Er fing Streit mit Abdallah an, machte eine alte Schuldforderung von 11 Millionen Piaster geltend, verlangte von ihm die Auslieferung ägyptischer Unterthanen, welche nach Syrien geflohen, und dergleichen mehr. Als Abdallah Mehemed Ali's Forderungen zurückwies, verklagte dieser ihn bei der Pforte. Die Pforte, nur auf einen Punkt des Streites, die Auslieferung der Unterthanen, eingehend, entschied zum Nachtheile Mehemed Ali's. Jetzt rüstete dieser. Aber während seiner Rüstungen ließ er das Gerücht verbreiten, daß er im Auftrage der Pforte handle, und es war durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Mehemed Ali von dem Sultan aufgefordert worden sei, den treulosen Abdallah zu züchtigen, um so weniger, als die Pforte nichts that, dieses Gerücht zu widerlegen.

Am 29. October 1831 überschritten die Truppen Mehemed Ali's unter Anführung Ibrahim Paschas die ägyptischen Gränzen, nahmen

Digitized by Google

Gaza, Jaffa, Kaipha, selbst Jerusalem ohne Widerstand ein, und schickten sich am 27. November zur Belagerung Akre's an. Das Landheer wurde durch eine Flotte gehörig unterstützt, und nichts versäumt von Seite der Belagerer: aber wider Vermuthen hielt sich Akre; Abdallah antwortete der Aufforderung sich zu übergeben damit, lieber wolle er sich in die Luft sprengen.

Jetzt schickte die Pforte einen Gesandten an Mehemed Ali nach Alexandrien, welcher von ihm die Räumung Syriens verlangen und zugleich dem Abdallah jede Einmischung in die Angelegenheiten Aegyptens untersagen sollte. Mehemed Ali aber ließ den Abgesandten der Pforte dreißig Tage Quarantaine halten, und inzwischen schickte er Ibrahim Pascha Verstärkungen, welcher immer weiter vorrückte und auch Tripoli besetzte. Dann versicherte er zwar die Pforte seines Gehorsams, verlangte aber die Paschaliks von Akre und Damascus. Die Pforte that immer noch nichts Entscheidendes. Sie ließ inzwischen in Kleinasien Truppen ausheben, welche sich bei Haleb unter dem Befehl des Pascha von Haleb sammeln sollten. Dann ernannte sie Osman zum Pascha von Tripoli. Tripoli gehörte zum Paschalik von Akre. Die Pforte gab also dadurch, daß sie einen neuen Pascha für eine Stadt ernannte, welche bisher unter der Botmäßigkeit Abdallah's gestanden, zu erkennen, daß sie letzteren fallen lasse. Endlich im März 1832, sprach sie ihre Unzufriedenheit mit Mehemed Ali deutlicher aus. Sie suspendirte Mehemed Ali und Ibrahim Pascha solange von ihren Aemtern und Würden, „bis sie auf die letzten kaiserlichen Depeschen geantwortet, welche geschrieben sind, um sie von dem Ungehorsam abzuwenden, den sie bewiesen haben."

Dieß war immer noch keine Absetzung. Mehemed Ali glaubte sich beeilen zu müssen um, ehe die Pforte den äußersten Schritt thäte, mit einer vollendeten Thatsache ihr entgegentreten zu können. Er gebot Ibrahim, um jeden Preis Akre zu nehmen. Dieser versuchte mehrere Stürme, aber vergebens. Die ägyptische Flotte wurde sogar so beschädigt, daß sie zur Ausbesserung wieder nach Alexandrien zurückgebracht werden mußte. Doch ließ sich Ibrahim nicht irre machen.

Digitized by Google

Er ließ vor Akre einen Theil seines Heeres und rückte mit dem andern vor, um die wichtigsten militairischen Punkte in Besitz zu nehmen, noch vor der Ankunft des türkischen Heeres. Tripoli, welches Osman Pascha bedrohte, wurde entsetzt, dieser in einem Treffen sogar geschlagen.

Jetzt endlich, am 23. April, wurde Mehemed Ali von der Pforte in den Bann gethan, als Verräther am Propheten und am Sultan erklärt, und zugleich setzte sich ein türkisches Heer gegen ihn in Bewegung. Doch nun folgte in Syrien Schlag auf Schlag. Am 25. Mai 1832 wurde endlich Akre von Ibrahim mit Sturm genommen: Abdallah gerieth in seine Gefangenschaft und wurde Mehemed Ali nach Aegypten geschickt. Am 15. Juni verließ der Pascha von Damascus, dem die Einwohner jede Mitwirkung zur Vertheidigung der Stadt abgeschlagen, dieselbe: und gleich darauf nahm sie Ibrahim in Besitz. Hier erhielt er auch eine Adresse der Einwohner von Haleb, welche sich ihm im voraus schon unterwarfen. Fast ganz Syrien drohte ohne Schwertstreich an ihn verloren zu gehen.

Endlich erschien das türkische Heer unter dem Oberbefehle Hussein's. Es war aber keine rechte Einigkeit in demselben. Wie so häufig, fehlte es an Subordination. Hussein genoß kein rechtes Vertrauen im Heere: einer seiner Unterfeldherrn, Mehemed Pascha hielt sich für weit vorzüglicher. Dieser kümmerte sich nichts um Hussein's Anordnungen und rückte wider seinen Befehl nach Homs vor. Hier wurde er am 9. Juli 1832 von Ibrahim angegriffen und gänzlich geschlagen. Die Türken verloren 2000 Todte, 3000 Gefangene, 12 Geschütze und das ganze Gepäck. Hussein war wüthend, weil er den Verlust der Schlacht dem Ungehorsam gegen seine Anordnungen zuschrieb. Indessen auch er wurde am 27. Juli bei Beylan von Ibrahim angegriffen und vollständig geschlagen: das ganze türkische Heer wurde zersprengt.

Die Nachricht von diesen Unfällen verursachte dem Sultan großen Schrecken. Doch gab er die Sache noch nicht verloren, Hussein wurde der Oberbefehl abgenommen und dem Großvezier Reschid über-

Digitized by Google

geben, dem einzigen Manne im türkischen Reiche, welcher fähig war, Ibrahim Pascha die Spitze zu bieten und die Sache des Sultans wieder herzustellen. Auch Mehemed Ali fürchtete gerade diesen Gegner am meisten, und als er hörte, daß er zum Oberbefehlshaber ernannt sei, hielt er Ibrahim für verloren. Aber alle Kunst und alle Tüchtigkeit Reschid's war vergebens, da in der unmittelbaren Umgebung des Sultans Intriguen gegen ihn gesponnen wurden, welche sogar seine Niederlage bezweckten. Der Seraskier Chosrew Pascha, ein herrschsüchtiger, ehrgeiziger Mann, der kein Mittel scheute, um seine Zwecke zu erreichen, hatte das ganze Vertrauen Mahmud's gewonnen und bestimmte seine Handlungen. Er hielt sich für einen großen Kriegshelden und wünschte deshalb den Oberbefehl gegen Ibrahim zu erhalten. Schon bei dem ersten Feldzuge sprach er diesen Wunsch aus, und da er ihm abgeschlagen wurde, so that er wenigstens Alles, um die Erfolge Hussein's zu vereiteln: er ließ es der Armee, so weit es an ihm lag, an Allem fehlen, an Munition, Bekleidung, Lebensmitteln, und auch der Mangel an Subordination wurde von ihm genährt. Nach Hussein's Niederlage glaubte er sicher, zum Oberbefehlshaber ernannt zu werden: fußfällig bat er den Sultan darum. Aber Mahmud wußte bei aller Werthschätzung seines Seraskiers doch seine militairischen Talente gehörig zu beurtheilen: auch dießmal that Chosrew eine Fehlbitte, und, wie schon bemerkt, wurde der Großvezier Reschid ihm vorgezogen. Jetzt begann er gegen diesen dasselbe Spiel, wie gegen Hussein. Reschid beschloß gegen Ibrahim nicht in offener Feldschlacht das Glück zu versuchen, sondern ihn im kleinen Kriege, wozu seine Truppen, meist irregulaire, Bosnier und Albanesen, am meisten taugten, zu schwächen und allmählig aufzureiben. Chosrew aber drängte zur Schlacht und wußte auch Mahmud für diese Ansicht zu gewinnen. Der Sultan gab also dem Großvezier den Auftrag, so bald als möglich eine Hauptschlacht zu liefern. Reschid verlangte nun wenigstens zu diesem Behufe die Reserve, 25,000 Mann, meist ausgesuchte Truppen. Aber auf Chosrew's Anrathen wurde ihm diese vorenthalten, weil man sie nothwendig

Digitized by Google

zum Schutze Constantinopels brauche. So entschloß sich denn Reschid unter höchst ungünstigen Bedingungen, aber gehorsam dem Befehle des Sultans, zur Schlacht bei Konieh, am 20. December 1832. Diese Schlacht ging an Ibrahim verloren: 3000 Todte, 9000 Gefangene, 46 Stück Geschütze ließen die Türken zurück: Reschid selbst gerieth in die Gefangenschaft Ibrahim Paschas. Diesem stand jetzt der Weg nach Constantinopel offen. Er gebot über mehr, als 100,000 Mann, während der Sultan im Augenblicke ihm kein einziges Heer mehr entgegenstellen konnte.

Einmischung der Mächte.

Der Friede zu Kutajeh und der Vertrag von Unkiar-Skelessi.

Und die europäische Diplomatie — wie benahm sie sich diesen Ereignissen gegenüber, welche die Integrität der Pforte noch viel mehr bedrohten, als Alles, was seit Jahren im Oriente vorgefallen? Mehemed Ali hatte Recht, wenn er glaubte, daß sich dieselbe nichts um ihn kümmern werde. In der That schienen weder Frankreich noch England die Entwürfe und Handlungen des Vicekönigs von Aegypten zu beachten: sie thaten nichts, um die Pforte aus ihrer Verlegenheit zu reißen; ja, als sich dieselbe an England wandte, im October 1832, um von dieser Macht bewaffnete Schiffe zu verlangen, erhielt sie keine Antwort, was ihr den hinlänglichen Beweis geben konnte, daß sie auf Englands Unterstützung in ihrer höchst mißlichen Lage nicht rechnen dürfe. Die englische und französische Diplomatie war damals zu sehr mit der belgischen Frage, mit der Belagerung Antwerpens, mit der Blokade der holländischen Häfen beschäftigt, als daß sie ihre Blicke auf den Orient hätte richten können, wo sich Dinge vorbereiteten, welche den Keim zu den wichtigsten Entwicklungen in sich trugen.

Dagegen war Rußland keine einzige Bewegung Mehemed Ali's entgangen. Es erkannte sogleich, welche Bedeutung diese Ereignisse

Digitized by Google

für die eigenen Entwürfe im Orient haben mußten, und beschloß den größtmöglichen Vortheil daraus zu ziehen. Trat aber die russische Diplomatie etwa auf die Seite des rebellischen Mehemed Ali, wie früher auf die Seite der aufgestandenen Griechen? Nichts weniger, als dieses. Im Gegentheile: dießmal zog sie es vor, der Pforte sich zum Beschützer anzubieten, in demselben Augenblicke, als die zwei Mächte, welche sich sonst zu Vertheidigern der Pforte und der Integrität ihres Gebietes, so wie ihrer Selbständigkeit aufzuwerfen pflegten und denen allerdings eine gesunde Politik eine solche Rolle Rußland gegenüber anwies, dieselbe im Stiche gelassen. Der Kaiser Nikolaus begann damit, daß er von dem Augenblicke an, als Mehemed Ali's Ungehorsam gegen die Pforte als unzweifelhaft sich herausstellte, den russischen Consul von Alexandrien abrief, damit andeutend, daß er Mehemed Ali's Unterfangen mißbillige. Sodann bot der russische Gesandte in Constantinopel dem Sultan die Hülfe des Kaisers an, Flotte und Landheer, schon vor der Schlacht bei Konieh, und nach der Schlacht wurde dieses Anerbieten mehrmals wiederholt. Der Sultan war in gränzenloser Verlegenheit. Sollte er wirklich von der russischen Hülfe Gebrauch machen, von der Hülfe einer Macht, deren feindselige Gesinnungen ihm nur allzubekannt waren? Aber wenn er es nicht that, so drohte ihm von Mehemed Ali das Verderben. Ibrahim Pascha rückte beständig vor, und schon verbreitete sich das Gerücht, daß er es auf den Sturz des Sultans abgesehen habe. Mahmud brauchte augenblickliche Hülfe: die konnte ihm weder England noch Frankreich gewähren: sie hatten augenblicklich weder Schiffe noch Mannschaft in den griechischen Gewässern stehen: und Mehemed Ali wies alle Friedensanerbietungen zurück: er verlangte für sich ganz Syrien und das Gebiet von Adana: dazu konnte sich aber der Sultan nicht entschließen. Endlich, glaubte er, bleibe ihm kein Ausweg weiter, als die Annahme der russischen Hülfe. Er verlangte sie förmlich am 21. Januar 1833, nämlich eine Flotte im schwarzen Meere mit der nöthigen Mannschaft, sodann noch 25 bis 30,000 Mann, welche von den Ufern der Donau zum Schutze der Hauptstadt vorrücken

Digitized by Google

sollten. Die Russen hatten Alles vorbereitet, und es dauerte daher gar nicht lange, so lag eine russische Flotte im Bosporus und landete ein russisches Heer auf der Küste von Kleinasien, in Skutari, während ein anderes sich von der Donau her gegen Constantinopel in Bewegung setzte.

Jetzt erst wurde die französische und englische Diplomatie aufmerksam. Denn nun schien ja Rußland, wenn auch unter anderen Formen, das erreicht zu haben, woran es die beiden anderen Mächte bisher zu hindern getrachtet, nämlich einen überwiegenden Einfluß auf das ottomanische Reich. Eine russiche Armee im Besitz von Constantinopel, eine russische Flotte im Bosporus, Rußland der alleinige Protector der Pforte, der Schlichter ihrer innerlichen Zwiste — was wollte man mehr? Es war hohe Zeit, daß die anderen Mächte sich rührten. Und auch Oestreich konnte unmöglich die Entwicklung, welche die Dinge im Oriente durch die russische Hülfe genommen, angenehm sein. Rußland kam aber, was letzteres anbetrifft, zu Statten, daß bei Metternich die äußere Politik immer vor der inneren zurückstehen mußte: Metternich sah in England und Frankreich die Vertreter des liberalen Princips, das er eben in jenem Augenblicke so lebhaft bekämpfte, er mochte daher mit ihnen nicht gemeinsame Sache gegen Rußland, diese gewaltige Stütze des Absolutismus, machen. Das Einzige, was man von ihm erlangen konnte, war, daß er nicht gerade gegen die Plane der Anderen, Rußland aus der gewonnenen Stellung wieder herauszuwerfen, auftrat. Am meisten ließ es sich Frankreich angelegen sein, die unverzeihlichen Fehler, die man eben begangen, wieder gut zu machen. Es schickte als außerordentlichen Gesandten den Admiral Roussin nach Constantinopel, mit ziemlich ausgedehnten Vollmachten versehen: sein nächster Zweck war, die russische Hülfe zu beseitigen. In der That kostete es ihm keine große Mühe, den Sultan von der Gefährlichkeit der russischen Hülfe zu überzeugen. Roussin versicherte ihn zugleich der Hülfe Frankreichs und der Beilegung des Streites mit Mehemed Ali. Mahmud erklärte

Digitized by Google

jetzt dem russischen Gesandten, die Hülfe Rußlands sei nicht mehr nöthig: der Kaiser möge sie daher wieder zurückziehen.

Die Russen, welche recht wohl wußten, was es dem Sultan gekostet, sie um Unterstützung zu bitten, benahmen sich bei dieser Gelegenheit so artig, wie möglich. Sie schienen von dieser Sinnesänderung Mahmud's gar nicht unangenehm berührt zu sein, so wenig wie von der Dazwischenkunft Frankreichs. „Wir sind nur deshalb nach Constantinopel gekommen," sagte der russiche Gesandte Butenieff zum Admiral Roussin, „weil uns der Sultan gerufen hat. Könnt ihr Mehemed Ali unterwerfen, nimmt der Sultan einen Vergleich an, und ist der Pascha damit zufrieden, so ist ohne Zweifel die Gegenwart unserer Flotte und unseres Heeres unnütz, und dann werden wir auch die nöthigen Befehle ertheilen"*). Vorderhand blieb aber die russische Hülfe, denn die russische Diplomatie sah recht gut voraus, daß jeder Vergleichsversuch der vermittelnden Mächte an der Halsstarrigkeit Mehemed Ali's scheitern würde, und in der That wünschte man zu Petersburg nichts sehnlicher, als gerade dieses.

Die Hauptsorge des Admiral Roussin ging nun dahin, einen Vertrag zwischen dem Sultan und dem Pascha von Aegypten zu Stande zu bringen, dessen Bedingungen beiden genehm seien. Er schlug dem Sultan folgende Vergleichspunkte vor: die Feindseligkeiten zwischen beiden kriegführenden Pärteien hören auf; Ibrahim Pascha räumt sofort die Gebiete, welche im Frieden der Pforte vorbehalten bleiben; die russische Flotte verläßt den Bosporus; Mehemed Ali erhält die Districte Akre, Jerusalem, Tripoli und Naplus; dagegen erkennt er wie früher den Sultan als seinen Oberherrn an. Mahmud war damit zufrieden. Anders Mehemed Ali. Roussin schickte an ihn seinen Adjutanten, welcher den Auftrag hatte, zuerst alle Mittel der Ueberredung anzuwenden, um den Vicekönig zur Annahme der von Roussin vorgeschlagenen Bedingungen zu vermögen: sollte aber alles nichts helfen, mit Gewalt zu drohen, welche von England und

*) Capefigue, l'Europe depuis l'avènement du roi Louis Philipp. VII. 111.

Digitized by Google

Frankreich gemeinschaftlich gegen ihn angewendet werden würde. Unglücklicher Weise dachte der französische Consul in Alexandrien, Mimaut, anders, als der Gesandte in Constantinopel. Er war von Mehemed Ali eingenommen, wie zum großen Theil die öffentliche Meinung in Frankreich; er glaubte, daß Roussin weiter gehe, als die französische Regierung wünsche: genug, anstatt den Gesandten zu unterstützen, scheint er sogar Mehemed Ali in seiner Weigerung bestärkt zu haben. Dieser antwortete Roussin auf seine Depesche vom 22. Februar, die er ihm durch seinen Adjutanten geschickt: mit welchem Rechte er die erwähnten Opfer von ihm verlangen könne? Er, Mehemed, habe die ganze Nation für sich: es hänge nur von ihm ab, ganz Rumelien und Anatolien aufzuwiegeln. Er könne noch mehr thun, aber er habe sich gemäßigt. Zum Danke dafür solle er nun die bereits eingenommenen Gebiete räumen und sich mit ein Paar kleinen Paschaliks begnügen? Das hieße ja den politischen Tod gegen ihn aussprechen. Er hoffe indeß, daß Frankreich und England ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen werden. Jedenfalls sei sein Entschluß gefaßt: er werde eher den Tod wählen, als die Schmach erdulden, die man von ihm verlange*). Mehemed Ali blieb also auf seinen früheren Forderungen: er wollte ganz Syrien und das Gebiet von Adana.

Was war zu thun? Roussin konnte seinen Drohungen keinen Nachdruck geben; denn er gebot in der That augenblicklich über keine Streitkräfte. Inzwischen konnte Ibrahim jeden Augenblick vorrücken, und die russische Hülfe erschien daher dem Sultan auf's Neue unentbehrlich. Von Tag zu Tag vermehrten sich die russischen Truppen, die russische Flotte: auch der Vertraute des Kaisers, Graf Orloff, kam an, um den Bund zwischen der Pforte und Rußland noch fester zu knüpfen. Die Gesandten von Frankreich und England, denen sich auch der östreichische anschloß, glaubten jetzt unter jeder Bedingung den Frieden zwischen Mehemed Ali und der Pforte zu Stande bringen

*) Capefigue, VII. 114—118.

Digitized by Google

zu müssen, um nur ja sobald als möglich die Russen aus dem türkischen Gebiete fortschaffen zu können. Da aber Mehemed Ali nicht nachgeben wollte, so entschlossen sie sich zuletzt, seine Forderungen bei dem Sultan zu bevorworten und in diesen zu dringen, dieselben zu gewähren. Mahmud ging endlich darauf ein, und Rußland — erhob keinen Widerspruch. So kam denn am 6. Mai 1833 der Vertrag von Kutajah zu Stande, in Folge dessen Mehemed Ali das erhielt, was er wollte, nämlich ganz Syrien und das Gebiet von Adana, außer Aegypten, Kreta und den Paschaliks von Arabien, welche er bereits inne gehabt.

Jetzt stand der Entfernung der Russen nichts mehr im Wege. Auch verließ bald darauf Flotte und Landmacht das türkische Gebiet. Aber die Russen thun nichts umsonst. Am 8. Juli 1833 schlossen sie mit der Pforte den Vertrag von Unkiar-Skelessi, welcher das Abhängigkeitsverhältniß des Sultans von Rußland nur befestigen sollte. Die russische Diplomatie wußte aus der Art und Weise, wie die anderen Mächte den Streit zwischen der Pforte und Mehemed Ali geschlichtet, die größten Vortheile zu ziehen. Sie stellte dem Sultan vor, daß Frankreich und England offenbar Mehemed Ali begünstigt hätten, und daß bei dieser Gesinnung der Mächte die Wiederholung eines feindlichen Auftretens Mehemed Ali's gegen die Pforte so unmöglich nicht sei: für diesen Fall habe sich der Sultan vorzusehen. Niemand meine es aufrichtiger mit ihm, wie Rußland: dieß allein könne ihm Unterstützung gewähren. Der Sultan ließ sich überreden, und so schloß er denn den Vertrag von Unkiar-Skelessi ab.

Diese Uebereinkunft sollte zunächst nur auf acht Jahre gelten, obschon sie eine ewige genannt wurde. Es war ein förmlicher Defensivvertrag zwischen Rußland und der Pforte. Beide Mächte schließen ewige Freundschaft, Friede und Bündniß mit einander, um sich gegenseitig wider jeden Eingriff zu vertheidigen, und zwar soll sich diese Vertheidigung auf alle Gegenstände erstrecken, welche die Ruhe und Sicherheit der respectiven Staaten betreffen. Im Falle der Noth verpflichtet sich Rußland, der Pforte so viel Streitkräfte zu stellen, als

Digitized by Google

beide Mächte für nothwendig erachten. Auch werden alle Verträge, welche zwischen Rußland und der Pforte seit dem Frieden von Adrianopel, am 2. September 1829, abgeschlossen worden sind, ausdrücklich bestätigt. Diesem Vertrage war noch ein geheimer Artikel beigefügt, welcher lautete: da es der Pforte Beschwerlichkeit verursachen würde, die im Vertrage festgesetzte Hülfe im Falle der Noth an Rußland zu leisten, so verzichtet der Kaiser darauf, verlangt aber dafür von der Pforte zu seinen Gunsten die Schließung der Dardanellen, d. h. keinem fremden Kriegsschiffe unter keinerlei Vorwand den Eingang zu erlauben.

Durch den Vertrag von Unkiar-Skelessi war die Abhängigkeit der Pforte von Rußland entschieden ausgesprochen. Durch ihn erhielt Rußland das Recht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Pforte und zwar in einem sehr ausgedehnten Sinne; denn Rußlands Hülfe soll sich ja auf alle Gegenstände der Ruhe und Sicherheit des türkischen Reiches ohne Ausnahme erstrecken. Auch die Größe der Unterstützung zu Land und zu Wasser hängt nicht blos von dem Ermessen des Sultans ab, sondern diese haben Rußland und die Pforte zugleich zu bestimmen, was unter den obwaltenden Verhältnissen nichts Anderes heißt, als daß Rußland allein darüber zu entscheiden hat. Vollends nun aber der geheime Artikel! Er war offenbar gegen Frankreich und England, besonders aber gegen letzteres, gerichtet. Man wollte diesen beiden Staaten nicht nur die Dardanellen, sondern auch das schwarze Meer verschließen und obschon zunächst nur von Kriegsschiffen die Rede war, doch zugleich ihren Handel beeinträchtigen!

Auch setzten die beiden Mächte dem Vertrage von Unkiar-Skelessi den lebhaftesten Widerspruch entgegen. Es dauerte nicht lange, so wurde er bekannt, selbst der geheime Artikel, da bald darauf einem fremden Kriegsschiffe der Durchgang durch die Dardanellen verweigert ward, was zu Erörterungen führte. Frankreich und England erklärten, daß sie den Vertrag nicht anerkennten: er gebe die Türkei einer baldigen Besetzung von Seiten Rußlands Preis: sie verlangten daher

Digitized by Google

seine Auflösung. Die Pforte zauderte lange mit Antwort. Endlich, am 20. September 1833, ertheilte sie dieselbe: der Vertrag sei blos im Interesse der Pforte geschlossen und keineswegs angreifender Art: übrigens habe die unabhängige Pforte gewiß das Recht, zu ihrer eigenen Erhaltung mit befreundeten Mächten Verträge abzuschließen, wie sie es für angemessen halte, fühle sich auch nicht verpflichtet, ihr Benehmen gegen irgend Jemand zu rechtfertigen.

Frankreich und England waren von Rußland überlistet. Dieses übte von nun an einen außerordentlichen Einfluß auf den Divan und bemühte sich, jene beiden Mächte mehr und mehr daraus zu verdrängen. Daß aber seine Absicht dabei keine für die Pforte wohlwollende wor, konnte Niemanden entgehen, welchem die Entwürfe der russischen Diplomatie auch nur oberflächlich bekannt waren.

Digitized by Google

Fünftes Capitel

Die russische und die englische Politik im Orient.

Rußland, England und die Pforte. Wirksamkeit David Urquhart's.

Der Vertrag von Unkiar-Skelessi war ganz dazu geeignet, England und Frankreich die Augen zu öffnen über ihre sorglose und darum verkehrte Politik im Orient und sie auf die weitgehenden Entwürfe Rußlands aufmerksam zu machen. Von dieser Zeit an beobachten beide Mächte in der That ein ganz anderes Verfahren: sie schließen sich enger aneinander in der orientalischen Frage; der bald darauf erfolgende Quadrupelvertrag, welcher zwar zunächst nur die pyrenäische Halbinsel zum Gegenstande hatte, einigte die beiden Mächte noch mehr: und so nahmen sie denn Rußland gegenüber im Oriente eine drohende Haltung an: es erscheinen französische und englische Escadren in den türkischen Gewässern und drohen die nächste Gelegenheit zu benutzen, Rußland anzugreifen, wie sie denn fortwährend den Frieden von Unkiar-Skelessi als nicht für sie bindend betrachten. Zugleich bemühen sie sich, das Bündniß Rußlands und der Pforte zu lösen und letztere zu vermögen, sich an ihre Politik anzuschließen.

Einen mächtigen Einfluß auf diese Umwandlung der Politik von Frankreich und namentlich von England hatte unverkennbar David Urquhart. Dieser, aus einer bürgerlichen englischen Familie entsprossen, ursprünglich Privatmann, aber mit allen Eigenschaften von der Natur ausgerüstet, welche den ächten Staatsmann bezeichnen, von

Digitized by Google

seltener Beobachtungsgabe, von einem Scharfsinn, welcher immer in das Wesen der Dinge eindrang und mit sicherem Blicke die Bezüge der politischen Verhältnisse und die Plane der Cabinette durchschaute, hatte seit dem Jahre 1827 mehrmals Reisen in den Orient unternommen und sich so umfassende Kenntnisse über den eigentlichen Geist der dortigen Völkerschaften und ihre politischen Zustände erworben, wie sich kein anderer deren rühmen konnte. Zugleich aber wurden ihm auch die Entwürfe Rußlands offenbar und zwar in ihrer ganzen riesenhaften Ausdehnung. Namentlich seit dem Vertrage von Unkiar-Skelessi war dieß der Fall: unmittelbar darauf kam nämlich Urquhart zum dritten Male in den Orient und nach Constantinopel. Er erkannte sofort, welch' ungeheure Gefahr für ganz Europa und besonders für England in dem Gelingen der russischen Entwürfe liege, und bot von jetzt an seine ganze geistige Kraft auf, um diese Entwürfe zu vereiteln, was zunächst nur dadurch geschehen konnte, daß er durch die Presse die Völker und Regierungen Europas auf die ihnen drohende Gefahr aufmerksam machte. Alles, was er fortan schrieb, verfolgte dieses eine Ziel. Im Jahre 1833 gab er ein Werk über die Türkei und ihre Hülfsquellen heraus, was augenblicklich großes Aufsehen erregte; 1834 folgte eine Flugschrift „England und Rußland," „Sultan Mahmud und Mehemed Ali." In allen diesen Schriften wurde die orientalische Frage von neuen überraschenden Gesichtspunkten aus beleuchtet, die verkehrte Politik, welche die europäischen Mächte Rußland gegenüber bisher beobachtet, in das rechte Licht gestellt und die Entwürfe Rußlands sowohl, wie seine außerordentlich schlaue und hinterlistige Taktik, um zu den gesteckten Zielen zu gelangen, zum ersten Male vollständig enthüllt. Urquhart's Schriften übten auf die öffentliche Meinung in England eine ungewöhnliche Wirkung aus: fast die gesammte Tagespresse beschäftigte sich damit und machte sich die Anschauungsweise des Verfassers zu eigen: selbst in die höheren, in die diplomatischen Kreise drangen sie ein und erregten zuletzt sogar das Interesse des Königs Wilhelm IV. selber, welcher die persönliche Bekanntschaft Urquhart's suchte und von nun an

Digitized by Google

ihn aus seiner Dunkelheit emporhob und unterstützte. Der König brachte ihn auch mit Palmerston zusammen, welcher versprach, in seine Ideen einzugehen, und ihn auf den Wunsch Wilhelms IV. im Herbste 1835 zum ersten Gesandtschaftssecretair in Constantinopel ernannte. Urquhart stellte indessen mehrere Bedingungen. Er verlangte vor Allem eine Vermehrung der Marine, ein engeres Anschließen Englands an Frankreich, die Herstellung eines guten Vernehmens zwischen Persien und der Pforte, die Anerkennung der Unabhängigkeit der kaukasischen Bergvölker, und die Aufstellung dreier Handelsverträge, nämlich mit der Pforte, mit Persien und Oestreich. Diese drei Verträge sollten den Zweck haben, die drei erwähnten Staaten dem Bereiche des russischen Einflusses zu entziehen und mit England zu verbinden. Der Pforte sollte namentlich wieder das Uebergewicht über Mehemed Ali verschafft werden. Lord Palmerston schien auf alle diese Ideen eingehen zu wollen, und nun begann Urquhart, um die öffentliche Meinung von ganz Europa über Rußlands Entwürfe und Politik aufzuklären, die Herausgabe des Portfolio. Diese Zeitschrift, im Herbste 1835 begonnen, im Frühjahre 1837 aufhörend, etwas über fünf Bände umfassend, ist eine der bedeutendsten Erscheinungen auf dem Gebiete der gesammten politischen und historischen Literatur. Sie hat einen bleibenden Werth theils durch die Mittheilung vieler wichtiger Actenstücke, welche die diplomatische Geschichte der Jahre von 1820 bis 1836 erhellten, theils durch die ausführliche Behandlung geschichtlicher Verhältnisse ganzer Staaten und Völker. Der Mittelpunkt aber, um den sich alle diese Mittheilungen drehten, war immer Rußlands Politik. Diese wurde in dem Portfolio bis in alle Staaten verfolgt: auch nicht der kleinste Zug derselben blieb ihm verborgen. Es wurde gezeigt, auf welch' verschiedenen, oft den entgegengesetztesten Wegen Rußland nach seinem Ziele steure, nach Vergrößerung auf allen Seiten, nach allmähliger Schwächung der Nachbarn, um sie später zu verschlingen, und wie sein Streben besonders darauf gerichtet sei, England auf alle mögliche Weise zu schaden. Es wurde die russische Handelspolitik, ein Mo-

Digitized by Google

ment von der größten Bedeutung, namentlich für die englische Nation, ins Auge gefaßt, auch diese von allen Seiten beleuchtet: es wurden die Trugkünste dieser Macht bei den europäischen Cabinetten, bei Griechenland, der Pforte, bei den Donaufürstenthümern, in Mittelasien und selbst bei China aufgedeckt: kurz, nichts wurde vergessen, was zur Enthüllung der russischen Plane, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung über jene Macht dienen konnte.

Auch ist gar nicht zu läugnen, das Portfolio schadete Rußland mehr, als alle bisherigen Schritte der Diplomatie. Nicht nur auf England übte es eine mächtige Wirkung, wo von jetzt an die Stimmung gegen Rußland immer kriegerischer wurde und zuletzt auch im Parlamente ihren Ausdruck fand, sondern auch auf andere europäische Staaten und Regierungen. Es wurde ins Französische, ins Deutsche übersetzt, in Deutschland zwar auf Rußlands Geheiß zunächst von der preußischen Regierung, dann von anderen verboten, aber nichts destoweniger gelesen. Rußland sah, wie sich ein Sturm gegen es vorbereitete und suchte ihm zu begegnen. Auf der einen Seite schmeichelte es dem Divan, den türkischen Ministern, den Befehlshabern, den Offizieren, dem Heere, ertheilte überall hin reiche Geschenke, kostbare Dosen, Orden, Ehrenmedaillen, um den von Frankreich und England angestrebten Einfluß bei der Pforte wieder aufzuheben. Zugleich ließ es die Dardanellen befestigen, um dem etwaigen Versuche jener beiden Staaten, mit Gewalt den Durchgang durch die Dardanellen zu erzwingen, begegnen zu können: fortwährend kreuzte eine russische Flotte an der Mündung des Bosporus und die Ufer des schwarzen Meeres waren mit Truppen angefüllt. Aber Rußland richtete seine Blicke noch weiter. Im Falle eines Krieges mit England, das ihm vor Allem durch seine Flotte furchtbar werden mußte, suchte es in der Ostsee sich sicher zu stellen: es unterhandelte mit Schweden, erneuerte mit diesem im April 1835 den Handelsvertrag und suchte mit ihm ein Bündniß zu Stande zu bringen, das gegen England gerichtet sein sollte. Sodann befestigte es den Bund mit Preußen und Oestreich. Zwar letzteres vermochte die russische Diplomatie nicht

Digitized by Google

so weit zu bestimmen, daß es mit Rußland gemeinsame Sache gegen die zwei westlichen Mächte in der orientalischen Frage gemacht hätte. Denn Metternich war immerhin noch zu sehr Staatsmann, um die Gefahr, welche von Rußland auch für Oestreich drohte, zu übersehen. Indeß verstand sich doch Oestreich zur Neutralität im Falle eines Krieges zwischen England und Rußland, was für letzteres schon ein großer Vortheil war. Preußen befand sich seit 1831 wieder ganz im Schlepptau der russischen Politik und ließ sich durch letztere in allen Fragen bestimmen. Um dieses innige Einvernehmen zwischen den beiden absoluten Höfen aller Welt zu zeigen, ferner um den Rußland feindlichen Mächten zu imponiren, veranstaltete der Kaiser Nikolaus eine prachtvolle Heerschau bei Kalisch, im August und September 1835, wo gegen 60,000 russische und preußische Truppen beisammen waren und mehrere Wochen hindurch kriegerische Uebungen ausführten. Absichtlich legte dabei der Kaiser großen Prunk an den Tag: er ließ seine Truppen auf 10 Linienschiffen nach Danzig bringen: er war von einem glänzenden Generalstabe umgeben, ließ sich von dem Prinzen von Preußen die Aufwartung machen, das innige Verhältniß zwischen den beiden Armeen, der russischen und der preußischen recht auffallend hervorheben und verschwendete bei dieser Gelegenheit Millionen, dadurch auch bezüglich des Standes seiner Finanzen zu imponiren suchend. Auf die militairischen Festlichkeiten folgte ein politischer Congreß in Töplitz: der Kaiser von Oestreich, Ferdinand I. — Franz I. war am 1. März dieses Jahres gestorben —, der König von Preußen, Kaiser Nikolaus sahen sich da: ihre bedeutendsten Staatsmänner begleiteten sie: es wurden wichtige Verhandlungen über die Lage Europas gepflogen. Indessen gelang es auch hier der russischen Diplomatie blos, gemeinsame Maßregeln der absoluten Mächte gegen die revolutionaire Propaganda, gegen den Liberalismus in Deutschland, gegen die Republik Krakau, einen Herd polnischer Unzufriedenen, zu bewirken; bezüglich der orientalischen Frage aber vermochte der Kaiser von Rußland den Fürsten Metternich zu keiner andern Verhaltungsweise zu bringen.

Digitized by Google

Endlich bemühte sich die russische Diplomatie, besonders seit dem Abschluß des Quadrupelvertrages, das Bündniß zwischen England und Frankreich zu lösen und dadurch ersteres zu vereinzeln. Versuche dazu wurden sowohl in London, als in Paris gemacht. Obschon Nikolaus persönlich Ludwig Philipp beständig entfremdet blieb, obschon er seine Abneigung gegen die Julidynastie, welche ihr Bestehen der Revolution verdankte und durch ihr bloßes Dasein ein fortwährendes Zeugniß von der Niederlage des Grundsatzes der Legitimität ablegte, niemals verläugnete, so daß der Hof von Petersburg sich nicht dazu entschließen konnte, zu dem Hofe der Tuilerien in das gewöhnliche Höflichkeitsverhältniß zu treten, so hielt er es doch nicht unter seiner Würde, Ludwig Philipp bearbeiten zu lassen, um ihn von England zu entfernen. Auf der andern Seite mußte sich in London die russische Gesandtschaft Mühe geben, die Eifersucht gegen Frankreich zu nähren.

Indessen alle diese Versuche glückten vorderhand nicht: im Gegentheile, wie bereits erwähnt, die Stimmung in England wurde immer kriegerischer gegen Rußland, die Hinneigung zu Frankreich nahm zu und die englische Diplomatie gab sich seit 1835 alle Mühe, bei der Pforte den verlornen Einfluß wieder zu gewinnen und Rußland daraus zu verdrängen. Auch kam der Divan diesen Bestrebungen entgegen. Die russische Freundschaft wurde ihm nachgerade unbequem: sie kehrte trotz aller Artigkeit von Tag zu Tag eine größere Anmaßung heraus, mischte sich in alle innere Verhältnisse, drang zum Beispiel auf die Absetzung des griechischen Patriarchen in Constantinopel, weil dieser kein Russenfreund war und setzte dieß durch, so wie auch die Einsetzung eines anderen, von Rußland vorgeschlagenen. Allerdings war dieser Forderung Rußlands die Erklärung der griechischen Bischöfe gegen den Patriarchen vorhergegangen: aber der Patriarch war auch zugleich ein Schützling des Sultans. Man sah also schon bei dieser einzelnen Begebenheit, wer in Constantinopel herrschte. Die Pforte wünschte daher aus dieser lästigen Vormundschaft loszukommen und ergriff die dargebotene Hand Englands mit

Digitized by Google

Freuden. Bereits im April 1835 schickte sie einen Gesandten nach London, um das frühere freundschaftliche Verhältniß wieder herzustellen. Dann ertheilte sie England einen Ferman, eine Dampfschifffahrt auf dem Euphrat zu errichten, ferner einen andern, bezüglich Aegyptens, der darauf berechnet war, Mehemed Ali's Monopolsystem zu brechen, und schließlich wurde auch, als der nach Petersburg bestimmte englische Gesandte, Lord Durham, nach Constantinopel kam, erlaubt, daß ein englisches Kriegsschiff durch die Dardanellen segelte.

Diese Erfolge der englischen Politik beunruhigten Rußland ungemein. Es ließ auch nicht lange auf Antwort warten. Der russische Gesandte Butenieff richtete im März 1836 eine Note an die Pforte*), in welcher er dieselbe wegen ihres freundlichen Verhältnisses zu Frankreich und England zur Rede stellte: warum die Pforte bei jenen Mächten beständige Gesandte angestellt, was noch nie dagewesen, warum sie sich ihrer zu gewissen Sendungen bedient habe, welche das gute Vernehmen mit Rußland schwächen oder gar auflösen könnten? Besonders das Verhältniß der Pforte zu England finde der Kaiser sehr tadelnswerth, weil Englands Absicht sei, das türkisch-russische Bündniß aufzulösen. Der Kaiser habe es mit besonderem Mißfallen vernommen, daß der Sultan die englische Regierung ermächtigt habe, eine Dampfschifffahrt auf dem Euphrat zu errichten, daß er die Ausführung von Englands ehrgeizigen Entwürfen auf Aegypten begünstigt, indem er ihm einen Ferman gegeben, welcher bei der ersten günstigen Gelegenheit zu einem Angriff auf Mehemed Ali benutzt werden könne. Im Falle einer Feindseligkeit zwischen England und Mehemed in Folge einer Weigerung des letztern, dem Ferman der Pforte zu gehorchen, werde Rußland kein Zuschauer eines so ungleichen Kampfes bleiben, sondern eine Stellung einnehmen, die es ihm unmöglich mache, seine freundlichen Beziehungen zu der Türkei fortzusetzen.

Während Rußland auf diese Weise die Pforte einzuschüchtern

---

*) Portfolio. II. 425.

Digitized by Google

trachtete und sogar die Begünstigung ihres Hauptfeindes, Mehemed, in Aussicht stellte, machte es zugleich den Versuch, den englischen Handel im Orient zu beeinträchtigen. Es errichtete auf einigen Inseln an der Donaumündung Quarantaineanstalten, angeblich blos der Cholera wegen, welche aber zugleich den Zweck hatten, die Handelsschiffe lästigen Bedingungen zu unterwerfen und unter allerlei Vorwänden Zölle von ihnen zu erheben. Dieß war den Verträgen durchaus zuwider, aber England hatte seit einiger Zeit angefangen, mit der Moldau und Wallachei Handel zu treiben; dieß suchte Rußland zu verhindern, da es den Handel mit diesen Provinzen ganz allein für sich in Beschlag nehmen wollte, und begann also auf die angegebene Weise seine Absicht auszuführen: weitere Beschränkungen wären später nachgekommen, wenn auf die erste stillgeschwiegen worden wäre.

Eine dritte Antwort Rußlands auf die Bemühungen der englischen Diplomatie war die bereits oben*) erwähnte Besetzung Krakau's am 17. Februar 1836 durch russische, östreichische und preußische Truppen, die gänzliche Veränderung der dortigen Verfassung, wodurch diese Republik sogar den Schein der Selbständigkeit verlor und von nun an vollkommen und in jeder Beziehung von den drei absoluten Mächten, d. h. vorzugsweise von Rußland abhängig wurde. Diese Maßregel, auf Betrieb Rußlands vollzogen — denn Rußland war zunächst betheiligt, indem sich polnische Flüchtlinge in Menge in Krakau aufgehalten, und ein russischer Spion daselbst ermordet wurde — galt nicht blos der Unterdrückung der revolutionairen Partei, sondern sollte zugleich eine Demonstration gegen England und Frankreich sein: Rußland wollte damit aussprechen, daß es die orientalischen Angelegenheiten ganz allein mit Oestreich und Preußen zu ordnen entschlossen sei und daß es die westlichen Mächte nicht darum frage, auch auf ihren Widerspruch kein Gewicht lege, da es sich der Unterstützung der beiden absoluten Mächte versichert halten könne.

Die Erbitterung über diese Schritte Rußlands war aber in Eng-

---

*) S. 535.

Digitized by Google

land außerordentlich und auch in Frankreich sprach sich wenigstens bezüglich der letztern Maßregel die öffentliche Meinung mit der größten Entrüstung aus. Im englischen Parlamente kamen alle diese Dinge zur Sprache: es wurde förmlich eine Kriegserklärung gegen Rußland beantragt, und wenn diese auch nicht durchging, und Palmerston noch den diplomatischen Anstand zu wahren suchte, so war doch auf keine Weise zu verkennen, daß in den ersten Monaten des Jahres 1836 die Aussichten kriegerischer, wie je waren: auch rüsteten die Engländer gewaltig. Zugleich wurde von Seite der englischen Regierung gegen die Besetzung Krakau's, wie gegen die russischen Maßregeln zur Beschränkung des englischen Handels protestirt.

Aber Rußland wollte es zu keinem Kriege kommen lassen. Zwar bei der französischen Regierung hatten allmählig die russischen Intriguen Eingang gefunden, und wir haben bereits erwähnt, wie Ludwig Philipp sich bemühte, mit den absoluten Mächten freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und sich ihrer auswärtigen Politik anzuschließen: die Versicherung Rußlands gegen Schweden, Dänemark, Holland, daß Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Rußland und England sich neutral verhalten werde, mochte daher nicht ganz grundlos sein. Immerhin aber war der Erfolg eines Krieges sehr zweifelhaft. Rußland versuchte es daher noch einmal mit der Diplomatie. Um diese Zeit wurde, wie schon bemerkt, Lord Durham vom britischen Cabinette nach Petersburg als Gesandter geschickt. Lord Durham war bekannt wegen seiner liberalen Gesinnungen, ja er wurde sogar zu den Radicalen gerechnet: um so bedeutender erschien er gegenüber der öffentlichen Meinung. Nikolaus erkannte sofort, was ihm für ein außerordentlicher Vortheil daraus erwachse, diesem Manne eine andere Ueberzeugung über Rußlands Absichten beizubringen, als damals in England herrschte. Er glaubte, um diesen Preis, vorderhand einige kleine Vortheile aufgeben, einige Nachgiebigkeit zeigen zu können: denn vermittelst Durham konnte die öffentliche Meinung irre geführt, konnte der englischen auswärtigen Politik eine andere Richtung gegeben werden. Durham wurde also vom Kaiser auf das Zu-

Digitized by Google

vorkommendste empfangen: ja er reiste ihm selbst entgegen: er ließ es an keiner Auszeichnung, an keiner Freundlichkeit fehlen und wußte in Kurzem den edlen Lord durch seine fortgesetzten Aufmerksamkeiten so zu umspinnen, daß er wirklich eine ganz andere Anschauung von der russischen Politik erhielt, als die in England durch das Portfolio gang und gäbe gewordene. Auch versäumte man in Petersburg nicht, ihm von den freundlichen Gesinnungen, die man gegen England hege, zu sprechen, den Wunsch eines Bündnisses anzudeuten, und, um Durham und mit ihm das britische Ministerium noch sicherer zu fangen, diesen Versicherungen einige Thaten hinzuzufügen. Rußland gab beschwichtigende Erklärungen hinsichtlich des Vertrages von Unkiar-Skelessi, ferner über die Quarantaineanstalten an der Donaumündung und entschloß sich endlich großmüthig, die türkische Festung Silistria, welche es seit dem Frieden von Adrianopel besetzt gehalten, zu räumen und der Pforte sogar einen Theil der Kriegskosten zu erlassen, welche sie nach jenem Vertrage noch zu entrichten verpflichtet war. Durch all' dieß wurde Durham so von Rußland eingenommen, daß er auf das Eifrigste zum Frieden rieth und sich in dem Gedanken gefiel, daß Rußland und England zusammen bestimmt seien, die Ruhe der Welt aufrecht zu erhalten.

Aber während dessen intriguirte Rußland im Geheimen bei der Pforte gegen England, und suchte das gute Verhältniß beider Mächte wieder zu stören. Es benutzte jede Gelegenheit dazu. So war ein englischer Privatmann, Churchill, von den türkischen Behörden mißhandelt und auf die Galeeren geschickt worden. Der britische Gesandte Ponsonby verlangte Genugthuung. Sie wurde ihm verweigert, selbst vom Reis-Effendi, und an dieser Weigerung war Niemand weiter, als der russische Gesandte, Schuld. Ponsonby sah sich nun genöthigt, am 10. Mai 1836, eine drohende Note an den Divan zu erlassen. Darauf hin gab freilich die Pforte nach: Churchill wurde freigelassen, alle bei seiner Verhaftung und Verurtheilung thätig gewesenen Beamten entsetzt, und zuletzt sogar der Reis-Effendi entlassen. Uebrigens zog die russische Diplomatie doch daraus nicht den Vor-

Digitized by Google

theil, den sie hoffte. Denn bald darauf kam Urquhart als Gesandtschaftssecretair nach Constantinopel, und der Einfluß dieses Mannes auf die Pforte war schon von früheren Zeiten her so bedeutend, daß er bald das Uebergewicht wieder auf die Seite Englands brachte.

Indessen verfolgte Rußland auf anderen Schauplätzen seine Entwürfe.

Moldau und Wallachei.

Rußland hatte von jeher bei seinen Absichten auf die Pforte die Augen auf die türkischen Donaufürstenthümer gerichtet und darnach getrachtet, die dortigen Völkerschaften allmählig durch Künste aller Art so zu umstricken, daß es noch vor dem Zusammenbrechen des türkischen Reiches daselbst den mächtigsten Einfluß besäße und es später nicht einmal der Eroberung bedürfe, um diese Länder in Besitz zu nehmen. Die russische Diplomatie befolgte dabei eine äußerst schlaue Taktik. Sie trat als Beschützer, als Reformator, als Vertheidiger der nationalen Unabhängigkeit, mitunter sogar als Beförderer der politischen Freiheit, wenigstens als Begünstiger solcher Einrichtungen auf, welche der Herrschaft gewisse Schranken setzten. Ihre Absicht war dabei, die Völker daran zu gewöhnen, in Rußland nicht nur die schützende, sondern auch die humane, wohlwollende Macht zu erblicken.

Unter den Donaufürstenthümern waren die Moldau und die Wallachei die ersten, welche mit den Russen in Berührung kamen. Schon unter Peter dem Großen war dieß der Fall. Seitdem ist kein Friede zwischen Rußland und der Pforte geschlossen worden, ohne daß zugleich dieser beiden Länder gedacht wäre. Das Wesentliche dieser Verträge betraf immer die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Regierung und Verwaltung, Schutz der christlichen Religion und Anerkennung Rußlands als Schutzmacht. Am wichtigsten aber waren die Verträge von Akjerman 1826, und von Adrianopel 1829, welche das Verhältniß Rußlands zu den beiden Fürstenthümern und dieser

Digitized by Google

zu der Pforte vortheilhafter, wie alle früheren, feststellten. Nach dem Vertrage von Akjerman sollen die Hospodare der Moldau und Wallachei von den dortigen Divanen aus den ältesten und fähigsten Bojaren, den adeligen Geschlechtern der Länder, gewählt, und von der Pforte bestätigt werden. Mißfällt der Gewählte der Pforte und billigt Rußland die Gründe der Verwerfung, so schreitet der Divan zu einer neuen Wahl. Die Hospodare bekleiden ihre Würde sieben Jahre: nach dem Ablaufe dieser Zeit können sie wieder gewählt werden. Absetzung des Hospodars findet nur unter Bewilligung Rußlands statt. Die jährlichen Steuern und Lasten des Landes werden durch den Divan und die Hospodare bestimmt: doch haben sie dabei auf die Vorstellungen der russischen Bevollmächtigten Rücksicht zu nehmen. Beide bestimmen auch die Verwaltungsbehörden. Der Vertrag von Adrianopel*) sicherte den Fürstenthümern wie Rußland noch entschiedenere Rechte zu. Den Fürstenthümern werden alle bisherigen Privilegien bestätigt, nationale und unabhängige Verwaltung, vollkommene Handelsfreiheit zugesprochen. Sie stehen blos unter der Lehnshoheit der Pforte, welcher sie jährlich einen bestimmten Tribut entrichten, Rußlands Schutzrecht wird ausdrücklich anerkannt. Die Würde der Hospodaren sollte von nun an lebenslänglich sein: sie ordnen und leiten völlig frei die innere Verwaltung mit Zuratheziehung des Divans.

In dem Vertrage von Adrianopel wurde ferner bestimmt, daß die russischen Truppen so lange in den Fürstenthümern stehen sollten, bis die Pforte die Kriegskosten erstattet hätte. Während dieser Zeit waren die Russen die eigentlichen Herren des Landes: ein russischer General, Kisseleff, verwaltete die beiden Fürstenthümer und hatte den Auftrag, so wohlwollend als möglich zu regieren, um den Einwohnern die russische Herrschaft nicht von vornherein zu verleiden. In der That wurde Kisseleff's Verwaltung sehr gerühmt. Zugleich ließ der russische Kaiser eine Constitution ausarbeiten, welche zum Schein der Versammlung der Bojaren vorgelegt und von ihnen angenommen

---

*) S. ersten Band S. 748.

Digitized by Google

ward. Diese Constitution wurde am 29. Januar 1834 von der Pforte gutgeheißen. Nach ihr wurde der Hospodar lebenslänglich von einer außerordentlichen Versammlung der Bojaren aus der ersten Reihe derselben gewählt und von Rußland bestätigt. Ausnahmsweise sollte für das erste Mal der Pforte die Ernennung zustehen. Der Hospodar regiert das Land. Ihm steht eine Bojarenversammlung zur Seite, welche jährlich zusammenkommt, das Budget bestimmt, die vorgelegten Gesetzesentwürfe bespricht und auch selbständige Vorschläge machen darf. Sie besteht aus der Geistlichkeit, den Abgeordneten der Bojaren des ersten und des zweiten Rangs oder dem hohen und dem niedern Adel. Die Abgeordneten werden auf 5 Jahre gewählt: sie erhalten Diäten und können Staatsämter bekleiben; die Minister sind verantwortlich.

Der Beweggrund Rußlands für diese constitutionellen Bemühungen ist leicht zu entdecken*). Es wollte durch die Verfassung einen Zankapfel in die Fürstenthümer werfen, um beständig Gelegenheit zu haben, sich in die inneren Verhältnisse derselben zu mischen. Ein unumschränkter Hospodar bot solche Gelegenheiten weniger. Auch war von einem solchen zu fürchten, daß, wenn er gegen innen unabhängig war, er auch nach Unabhängigkeit von außen streben werde. Man mußte also dafür sorgen, neben seiner Gewalt eine andere zu errichten, welche man, falls sich der Hospodar Rußland nicht gefügig zeigte, nur in Bewegung zu setzen und zu unterstützen brauchte, um seine Stellung unhaltbar zu machen. Daß Rußland bei dieser Verfassung nur den angegebenen Zweck, nicht einen wohlwollenden im Auge gehabt, geht schon daraus hervor, daß die Ständeversammlung lediglich aus dem Adel besteht, nicht aus dem eigentlichen Volke, so daß ihr also von vornherein der Charakter einer wahrhaften Volksvertretung, die allein heilsame Erfolge haben konnte, abzusprechen ist, und daß Rußland auch gar nichts that, um das Loos der niederen Classen, namentlich der armen Bauern zu verbessern, welche, ohne alle poli-

*) Vergl. über das Folgende: F. A. Guitzmann's deutsche Briefe über den Orient. Stuttgart, 1848. S. 306 folg.

Digitized by Google

tische Rechte, nur der Willkür ihrer adeligen Gutsherren preisgegeben sind.

Mit der Einführung der Verfassung hörte auch die Besetzung der Donaufürstenthümer durch russische Truppen auf. Sie räumten dieselben bereits am 11. Mai 1834. Zum Hospodaren der Wallachei wurde Fürst Alexander Demetrios Ghika, zu dem der Moldau Michael Sturdza ernannt. Natürlich waltete dabei der russische Einfluß ob. Von dem Letzteren wird zwar gesagt*), daß er, obschon früher russischer Staatsrath, doch keineswegs russisch gesinnt gewesen sei und daß ihn deshalb das russische Cabinet aus der Liste der Candidaten gestrichen habe: die Pforte habe jedoch erklärt, keinen Andern denn Sturdza als Hospodar bestätigen zu wollen, und so habe zuletzt Rußland nachgegeben, zugleich aber ausstreuen lassen, daß es sich von Sturdza's Tüchtigkeit überzeugt habe, und daß er ganz im russischen Interesse sei.

Es dauerte gar nicht lange, so begannen sich die Folgen der von Rußland den Fürstenthümern verliehenen neuen politischen Einrichtungen zu entwickeln. Unter den Abgeordneten der Moldau sowohl wie der Wallachei erhob sich eine Opposition gegen die Hospodare, in der Moldau schon im Winter 1835 auf 1836, in der Wallachei im Jahre 1837. Die Opposition in der Moldau warf dem Hospodar Sturdza allerlei Gesetzwidrigkeiten vor und wandte sich zuletzt an Rußland, im Jahre 1836, welches die Bittsteller freundlich aufnahm und, wenn auch nach einiger Zögerung, eine Untersuchung gegen Sturdza anordnete. Ebenso wurde die Opposition in der Wallachei von Petersburg aus gutgeheißen. Die Folge davon war, daß die Hospodare nun Alles aufboten, um Rußlands Beifall zu gewinnen: Regierung wie Volksvertretung wetteiferten demnach miteinander, an Unterwürfigkeit gegen Rußland sich den Rang abzulaufen.

Indessen war der russische Einfluß nicht so ganz unbestritten. Seit dem Ende des Jahres 1834 wurde der englische Handel leb-

---

*) Portfolio. III. 157

Digitized by Google

hafter mit den Fürstenthümern, und nachdem sich die Engländer einmal festgesetzt, so suchten sie natürlich immer mehr Boden zu gewinnen, um den Russen ihren Einfluß streitig zu machen. Im Jahre 1835 kam ein englischer Consul nach Bucharest, um die britischen Interessen wahrzunehmen. Wie Rußland sich bemühte, den englischen Handel in den Fürstenthümern in der Geburt zu ersticken, haben wir schon gesehen, ebenso, daß es nicht gelang. Natürlich sahen die Russen sehr gut ein, daß ihre Industrie mit der englischen auf die Länge nicht concurriren könne. Die Engländer suchten nun auch politischen Einfluß zu gewinnen, sie unterstützten die nationale Partei, welche sich trotz Rußlands Bemühungen in den letzten Jahren gebildet und deren Absicht dahin ging, die beiden Fürstenthümer zu einem einzigen Reiche zu vereinen und dieses in der That unabhängig, namentlich auch von russischem Einfluß, zu machen. Rußland war dieß natürlich sehr unbequem und es bot Alles auf, diese Partei zu unterdrücken. Auch gelang ihm dieß insofern, als die Regierungen, ganz von Rußland bestrickt, sich dazu hergeben mußten, sie zu verfolgen.

Die Moldau und die Wallachei waren aber nicht die einzigen Donaufürstenthümer, in welchen Rußland seine Netze stellte: auch bei Serbien machte es Versuche, wenn auch mit weniger Erfolg.

Serbien*).

Bereits im Jahre 1804 erhoben die Serbier den Freiheitskampf, um das unerträgliche Joch abzuschütteln, welches die Türken ihnen auferlegt. An ihrer Spitze stand Kara oder Czerni (der schwarze)

*) Vergl. Cyprian Robert die Slawen der Türkei. Aus dem Franz. von Marko Fedorowitsch. Dresden und Leipzig 1844. I. S. 155—254. Wuttke Aufschlüsse und Enthüllungen über den serbischen Verfassungskampf in Weil's constitutionellen Jahrbüchern, 1844. I. S. 27—71. Guitzmann deutsche Briefe über den Orient. S. 102—122. Leopold Ranke in seiner serbischen Revolution (zweite Ausgabe 1844) ist zu wenig in die russische Politik eingeweiht oder verschweigt absichtlich das was er davon wußte.

Digitized by Google

Georg, ursprünglich ein Gutsbesitzer, welcher mit Schweinen handelte, das angesehenste und einträglichste Geschäft im Lande, eine gewaltige kraftvolle Natur, ebenso tapfer, als klug und umsichtig als Feldherr, dabei ein Mann des Volks im wahren Sinne des Worts, welcher für die Freiheit seines Stammes jedes Opfer, selbst sein eigenes Leben darzubringen entschlossen war. Unter der Führung dieses Mannes fielen die Serben über die Türken her, schlugen sie und befreiten das Land. Indessen sahen sie wohl ein, daß sie auf die Länge diese ihre Freiheit nicht wohl behaupten könnten, und sie fühlten daher die Nothwendigkeit fremden Schutzes. Bereits im Jahre 1805 wandten sie sich an den russischen Czar. Dieser benutzte sofort diese Gelegenheit, um sich in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen und hier ein ähnliches Verhältniß herbeizuführen, wie in der Moldau und Wallachei. Nur zu bald gaben die in Serbien ausgebrochenen Zwistigkeiten die Veranlassung dazu.

In Serbien gab es eigentlich keinen Adel. Von frühen Zeiten her hatten sich hier einfache demokratische Einrichtungen erhalten: die Volksversammlung, Skuptschina, galt als die höchste Gewalt. Im Laufe des Unabhängigkeitskrieges jedoch hatten sich neue Verhältnisse entwickelt. Aus den Anführern, kriegerischen Häuptlingen, Vorstehern der Bezirke, in der Regel aus den reichsten Leuten bestehend, suchte sich ein neuer Adel zu bilden, ähnlich den Bojaren in der Moldau und Wallachei, welcher sowohl gegen das Volk als gegen die oberste Gewalt des Landes eine gewisse bevorzugte Stellung beanspruchte. Diesem Streben setzte sich aber Czerni Georg, welcher als der Dictator des Landes angesehen werden konnte, entgegen. Es kam daher nicht selten zwischen ihm und den Häuptlingen zu Streitigkeiten. Die letzteren riefen Rußland zu Hülfe. Czerni Georg aber, welcher die Unabhängigkeit des Landes wahren wollte, mochte von den Russen nichts wissen. Es war natürlich, daß diese die Häuptlinge begünstigten und die Stellung des Dictators zu untergraben suchten. Auf ihren Betrieb hin wurde ein Senat errichtet, der die Regierung des Dictators beaufsichtigen, gewissermaßen die Macht mit ihm theilen

Digitized by Google

sollte. Von jetzt hörte die Opposition gegen Czerni Georg nicht auf: Rußland schürte sie beständig. Indessen war die russische Diplomatie schlau genug, zugleich auch den Dictator zu bearbeiten. Dieser, obschon im Allgemeinen mit einem Widerwillen gegen Rußland erfüllt, war doch zu ehrlich, um alle seine Schliche zu durchschauen, und ließ sich oft gerade in den wichtigsten Augenblicken von ihm überlisten. Die Pforte, immer wieder von Neuem gegen die Serbier im Nachtheil, ließ endlich Czerni Georg die Fürstenwürde über Serbien anbieten und für das Land ähnliche Privilegien, wie sie die Moldau und Wallachei genieße; auch habe sie nichts dagegen, wenn eine auswärtige Macht die Bürgschaft für diese Rechte der Serbier übernehme, nur dürfe diese nicht Rußland sein. Aber Czerni Georg ließ sich von der russischen Diplomatie überreden, dieses Anerbieten der Pforte auszuschlagen. Freilich muß man hinzufügen, daß er vergeblich sowohl bei Oestreich, als bei Napoleon um Schutz für Serbien gebeten und daß zuletzt unter allen Mächten Rußland die einzige war, welche sich Serbiens anzunehmen versicherte.

Was indeß diese Versicherung bedeute, sollte sich nur zu bald zum Schrecken der Serbier enthüllen. Es drohte ein Krieg Napoleons mit Rußland. Dieses beeilte sich, mit der Pforte, mit der es bisher Krieg geführt, Frieden zu schließen. In dem Frieden zu Bucharest, im Mai 1812, wird zwar der Serbier gedacht, aber nur mit wenigen Worten: es wird zwar die Unabhängigkeit der innern Verwaltung zugestanden, aber nichts Näheres darüber bestimmt. Dagegen sollten die serbischen Festungen türkische Besatzungen aufnehmen. Kaiser Alexander dachte vor Allem daran, sich des Krieges mit der Pforte zu entledigen, um alle seine Kräfte gegen Napoleon richten zu können: diesem Zwecke mußten sich die serbischen Angelegenheiten unterordnen. Aber bei dem Frieden von Bucharest blieb es nicht. Die Pforte neigte sich, als nun der Krieg zwischen Napoleon und Rußland wirklich ausgebrochen war, wieder zu Frankreich hin und drohte, die Feindseligkeiten gegen Rußland neuerdings zu beginnen. Rußland suchte diese um jeden Preis zu verhindern, und — opferte des-

Digitized by Google

halb die Serbier. Im Jahre 1813 begannen die Türken den Krieg gegen Serbien, im geheimen Einverständniß mit Rußland. Czerni Georg hätte den Türken wohl die Spitze bieten können: die Streitkräfte des Landes standen jetzt sogar besser wie je. Die russische Diplomatie mußte daher die türkischen Waffen unterstützen, um ihnen den Sieg zu verschaffen. Fürs Erste bestimmte der russische Consul Radoba den serbischen Dictator, seinen ursprünglichen Operationsplan, nämlich die gesammte Streitmacht beisammen zu halten und sich mit dieser auf die einzelnen bedrohten Punkte zu werfen, aufzugeben, dagegen sein Heer zu zersplittern, wodurch es geschah, daß die einzelnen Abtheilungen von den Türken aufgerieben wurden; ferner in eigener Person nicht an dem Kampfe Theil zu nehmen, so wie auch die Reserven nicht zusammenkommen zu lassen. Endlich, als eine unglückliche Nachricht nach der andern bei Czerni Georg eintraf, bestürmte ihn Radoba, zu flüchten: die Sache sei doch verloren: seine Person hindere allein noch ein erträgliches Abkommen mit der Pforte: er solle dieses Opfer der Freiheit des Landes bringen: die Russen würden dann Alles zum Wohle des Landes thun, was in ihren Kräften stehe. Czerni Georg ließ sich bethören: er folgte dem Rathe des russischen Consuls, zwar widerstrebend und mit blutendem Herzen: er entfloh, und zwar heimlich, ohne Jemandem etwas davon gesagt zu haben, denn auch diese Bedingung stellte Radoba. Nach der Entfernung Czerni Georgs, welche natürlich bald bekannt ward, gaben die Serbier Alles verloren: die Russen erklärten zu allem Ueberflusse, daß die Türken im Einverständniß mit ihnen gehandelt. Letztere bemächtigten sich des ganzen Landes wieder und übten die furchtbarsten Gräuel aus.

Auf diese Weise erhielten die Russen den Frieden mit der Türkei: sie erreichten aber noch etwas Anderes dabei, nämlich die Beseitigung desjenigen Mannes, welcher dem russischen Einfluß am entschiedensten widerstrebte und der im serbischen Volke zu tiefe Wurzeln gefaßt hatte, als daß man ihn so leicht hätte stürzen können: durch seine Entfernung untergrub sich Czerni Georg, wie Rußland hoffte,

Digitized by Google

selber die gute Meinung beim Volke, da er über die Beweggründe derselben schweigen mußte.

Die Serbier ertrugen eine Zeitlang die Grausamkeiten der Türken, dann aber erhoben sie sich von Neuem. An ihre Spitze stellte sich Milosch Obrenowitsch. Dieser, zuerst ebenfalls Schweinehändler, wie Czerni Georg, war in dem Befreiungskriege einer der tapfersten Häuplinge gewesen. Nach dem unglücklichen Kriege im Jahre 1813 unterwarf er sich dem Sultan und wurde dafür zum Oberknees von Rudnik ernannt. In dieser Eigenschaft half er sogar den Türken die Unterjochung seiner eigenen Landsleute betreiben. Bald aber wurden die Türken auf ihn eifersüchtig und bedrohten ihn mit dem Leben. Milosch verband sich nun mit seinen Landsleuten und begann 1815 den Unabhängigkeitskampf. In diesem Kampfe, der wieder zu Gunsten der Serbier ausfiel, zeichnete sich Milosch so aus und wußte sich so großen Einfluß zu verschaffen, daß er im Jahre 1817 vom Volke zum Oberhaupte ernannt ward. Endlich, im Jahre 1820, bewilligten die Türken wiederum den Frieden, gegen 50,000 Ducaten Tribut, welche die Serbier jährlich an die Pforte zu zahlen haben: sie sollten indeß ihre inneren Angelegenheiten selber ordnen, Freiheit des Cultus, des Handels, das Recht, Schulen, Hospitäler, Druckereien zu errichten, besitzen, ihre Oberhäupter selber wählen u. s. w. Die Türken behielten übrigens noch vier Festungen, unter diesen Belgrad.

All' dieß war durch die Serbier allein errungen worden, ohne daß die Russen sie irgendwie dabei unterstützt hätten. Diese ließen aber das Land keineswegs aus den Augen. Im Vertrag von Akjerman 1826 wurde der serbischen Verhältnisse wieder Erwähnung gethan: die Bestimmungen des Vertrags von Bucharest wurden erneuert, ebenso der Vertrag von 1820 bestätigt. Zwei Jahre darauf brach der Krieg Rußlands mit der Pforte aus. Die Serbier rüsteten sich zum Kampfe, um Rußland dabei zu unterstützen. Aber diesem war es seit lange unbequem, daß die Serbier durch eigene Kraft ihre Unabhängigkeit sich erworben: Serbien sollte von nun an nichts sich selber, sondern Alles nur Rußland zu danken haben: es gebot also dem

Digitized by Google

Fürsten Milosch, sich ruhig zu verhalten, widrigenfalls ein russisches Heer in Serbien einrücken würde. War dieß nicht die Anmaßung einer Oberhoheit Rußlands über Serbien, welche ihm von den Einwohnern noch nie zugestanden worden war? Aber Rußland konnte das wohl wagen: denn es kannte Milosch und seine Entwürfe nur zu gut. Milosch wünschte sich zum erblichen Fürsten zu machen: bereits im Jahre 1827 hatte er diesen Wunsch auf einer Skuptschina dem Volke durch seine Anhänger vortragen lassen, und das Volk hatte diesen Vorschlag zum Beschluß erhoben. Rußland hütete sich bis dahin wohlweislich, über das Verhältniß des Fürsten Milosch sich zu äußern: selbst in dem Vertrag von Akjerman war von ihm nicht die Rede, sondern blos von der freien Wahl der serbischen Oberhäupter. Es kam Rußland vor Allem darauf an, wie sich Milosch ihm gegenüber benehme: dessen größere oder geringere Unterwürfigkeit gegen Rußland bestimmte das Verhalten desselben. Milosch merkte das und ging ganz in die russischen Wünsche ein. Jetzt, beim bevorstehenden Kriege, ließ Rußland durchblicken, daß es der Erblichkeit von Milosch's Fürstenwürde nicht abgeneigt sei, wenn er sich füge. Milosch war von dieser Zeit an noch unterwürfiger: die Serben verhielten sich also Rußlands Wunsche gemäß während des russisch-türkischen Krieges ganz ruhig. In dem Vertrage von Adrianopel 1829 wurde endlich das Verhältniß Serbiens zur Pforte ganz festgestellt: den Serbiern wurde freier Gottesdienst, Bauen von Schulen und Kirchen, freie Wahl der Richter, Selbständigkeit der innern Verwaltung, Beschränkung der Abgaben an die Pforte auf einen einzigen Tribut zugestanden. Ferner sollte alles türkische Grundeigenthum den Eingeborenen überlassen werden: kein Türke sollte in Serbien leben und wohnen dürfen. Aber auch in diesem Vertrage war noch keine Rede von Milosch. Er gab sich daher alle Mühe, bei Rußland sowohl, wie bei der Pforte, die Anerkennung seiner Erblichkeit zu bewirken, die denn endlich im August 1830 erfolgte.

Aber die Regierung des Milosch war nichts weniger, als eine volksthümliche. Weit entfernt von der aufopfernden Vaterlandsliebe

Digitized by Google

Czerni Georgs dachte er nur an sich selber, an die Aufhäufung von Schätzen, an die Ausübung unumschränktester Gewalt, an die Unterdrückung und Aussaugung seiner Landsleute. Er suchte nach und nach alle bedeutenden Männer, die sich in dem früheren Kriege ausgezeichnet und ihm auf irgend eine Weise gefährlich werden konnten, aus dem Wege zu räumen. Mit dem gefährlichsten, nämlich mit Czerni Georg selber, machte er den Anfang gleich beim Beginne seines Emporkommens. Georg eilte, als er die neue Erhebung seiner Landsleute vernommen, wieder nach Serbien, um am Kampfe Theil zu nehmen. Milosch setzte sich mit ihm in Verbindung; nachdem er aber seinen Aufenthaltsort erfahren, ließ er ihn heimlich ermorden. Und in dieser Weise fuhr er fort. Wehe dem, der es wagte, ihm sich zu widersetzen: er schonte keines Menschen, der ihm die Herrschaft streitig machen konnte. Und nicht blos auf solche erstreckte sich seine Grausamkeit: auch bei geringfügigen Gelegenheiten ließ er seiner Despotenlaune die Zügel schießen. Mit der Grausamkeit wetteiferte die Habsucht: er erpreßte große Summen von seinen Unterthanen, nahm ihnen Aecker, Wiesen, Häuser, die schönsten Schweine, Pferde, Kühe, die ihm gerade behagten, und setzte selber den Preis dafür fest, wie er denn überhaupt darauf ausging, den ganzen Handel des Landes in seinen Händen zu vereinigen. Auch den schnödesten Lüsten gab er sich hin: keine Frau, kein Mädchen war vor ihm sicher: beklagten sich dann die Männer oder die Verlobten, so ließ er sie tödten.

Man kann sich denken, daß die Grausamkeit und Tyrannei des Milosch den Serbiern endlich unerträglich werden mußte, obschon er durch Künste aller Art sich das Ansehen zu geben wußte, daß er nicht das gemeine Volk, sondern nur die Reichen und die Vornehmen verfolge, welche allerdings am meisten von ihm zu leiden hatten, da sie theils allein etwas besaßen, das er ihnen abnehmen konnte, theils ihm gefährlich werden konnten. Schon mehrmals hatten sich Aufstände wider ihn erhoben, sie wurden aber leicht unterdrückt. Im Anfang des Jahres 1835 wurde aber die Bewegung allgemein: an ihrer Spitze standen angesehene, einflußreiche Männer, wie Petronie-

Digitized by Google

witsch, Resawaz, Protitsch, Simitsch, Miletta Radoikowitsch. Auch der Kriegsminister Wutschitsch schloß sich ihnen an. Milosch erschrak so furchtbar, daß er im ersten Augenblicke aus seiner Residenz Kragujewaz entfloh und nach der Gränze eilte. Die Volksversammlung verlangte anfangs seine Absetzung, ließ sich aber wieder durch Wutschitsch beschwichtigen und beschränkte sich auf die Forderung einer Verfassung, welche die Freiheit und das Eigenthum der Serbier sicher stellte. Sie übertrug die Abfassung derselben dem Minister des Innern, Dawidowitsch, einem der gebildetsten Serbier, welcher sich namentlich viel mit französischer Literatur beschäftigt hatte, und mit Schmerz über die Gewaltthätigkeit Milosch's erfüllt war, aber doch nicht vermocht hatte, ihn von dem eingeschlagenen Wege abzubringen. Dawidowitsch arbeitete in Kurzem die Verfassung aus, welche, so frei sie auch war, doch nicht für Serbien paßte, indem sie die Zustände des Abendlandes auf Serbien übertrug. Milosch kehrte am 24. Januar wieder nach Kragujewaz zurück und beschwor am 2. Februar feierlich vor der ganzen Versammlung die neue Verfassung. Das ganze Volk war erfreut und glaubte, nun sei eine neue Zeit für es angebrochen.

Milosch dachte aber nicht daran, die Verfassung zu halten, und es ward ihm leicht, sich darüber hinwegzusetzen. Denn er wurde darin von Rußland unterstützt. Rußland wünschte für Serbien keine freie Verfassung, da diese bei dem Mangel einer Aristokratie das Volk nur gekräftigt haben würde: es unterstützte vielmehr die Gewaltherrschaft Milosch's, welche allmählig den unabhängigen kräftigen Sinn der Serbier brechen zu müssen schien. Also bearbeitete Rußland die Pforte, die sich gegen die Verfassung erklären mußte. Milosch, dergestalt sicher gestellt, hob die Verfassung förmlich auf, ließ alle Exemplare derselben durch seine Schergen aufbringen und verbrennen und begann nun ganz wieder das frühere Spiel. Natürlich verfolgte er vor Allem die Häupter der Bewegung, ließ sie entweder tödten oder zwang sie, aus dem Lande zu flüchten, damit das Volk, der Führer beraubt, nichts gegen ihn unternehmen könne, und verfuhr auf dieselbe grausame und despotische Weise, wie vordem.

Digitized by Google

Die Stimmung des Landes änderte sich aber nicht im Geringsten zum Vortheile Milosch's: im Gegentheile sie wurde von Tag zu Tag drohender. Rußland sah zuletzt ein, daß Milosch sich auf die Länge doch nicht halten lasse und daß er über kurz oder lang einer neuen Revolution erliege. Es fürchtete in einem solchen Falle, wenn es fortwährend Milosch begünstige, seinen Einfluß auf das serbische Volk zu verlieren, und beschloß, jetzt eine andere Taktik zu befolgen. Als daher die geflüchteten serbischen Patrioten sich an Rußland wendeten, um von ihm die Abstellung der heillosen Mißbräuche des Milosch zu erlangen, so wurden sie freundlich aufgenommen und die russische Diplomatie versprach, bei der Pforte sich für die Patrioten zu verwenden. Auch erwirkte sie, daß sie wieder nach Serbien zurückkehren durften.

Um diese Zeit richtete aber auch England sein Augenmerk auf Serbien und glaubte endlich, es sei die Zeit gekommen, dieses Land dem russischen Einfluß zu entziehen. Es schickte einen Consul dahin, den Oberst Hodges. Milosch, welcher die Sinnesänderung Rußlands bald durchschaute und nicht gesonnen war, von seinem System abzulassen, fühlte das Bedürfniß, sich an eine andere Großmacht anzulehnen: er kam daher England entgegen, in der Hoffnung, hier den Schutz zu finden, den ihm früher Rußland gewährt. England war aber unglücklicher Weise durch Oberst Hodges schlecht bedient: dieser, anstatt tiefer in die serbischen Verhältnisse einzudringen und sich über die Stimmung und die Bedürfnisse des Volkes zu unterrichten, glaubte Alles gethan zu haben, wenn er nur Milosch gewinne: er bestärkte daher den Fürsten in seinen absolutistischen Gesinnungen und versicherte ihm Englands Schutz, wogegen Milosch mit England einen Handelsvertrag abschloß. Je mehr sich aber der Fürst mit den Engländern einließ, um so mehr entfremdete er sich Rußland, und dieses glaubte jetzt gerade die Volkspartei begünstigen zu müssen. Als diese daher im Jahre 1838 sich noch einmal an Rußland wandte, seine Verwendung um eine serbische Verfassung beanspruchend, so that Rußland ernstliche Schritte deshalb. Auch die Pforte mahnte Milosch,

Digitized by Google

ein anderes System zu befolgen. So von außen unterstützt, wurde die Volkspartei immer kühner, und endlich mußte sich Milosch noch einmal zu der Bewilligung einer Verfassung verstehen.

Da er aber fürchtete, wenn die Abfassung derselben den Serbiern allein überlassen würde, daß sie zu liberal, für ihn zu beschränkend ausfallen möchte, so ging er auf den Rath des Oberst Hodges ein, die Verfassung dem Sultan anheimzustellen. Er hoffte nämlich durch Bestechung den Divan vermögen zu können, die Verfassung nur in Milosch's Sinne auszuarbeiten. Dieser Rath war aber für Milosch wie für das Land verderblich. Denn indem der Divan die Verfassung machte, war sie zugleich dem russischen Einflusse preisgegeben. In der That war die von der Pforte verfertigte, December 1838 vollendete serbische Verfassung wesentlich Rußlands Werk. Zwar schickte Milosch einen Agenten nach Constantinopel und ließ es sich Geld genug kosten, auch die Volkspartei schickte einen ihrer Häupter, Petroniewitsch, hin: aber weder der eine noch der andere vermochte viel auszurichten. Rußland setzte in der Hauptsache seinen Zweck doch durch, denselben, den es bei der Constitution in der Moldau und Wallachei gehabt, nämlich die Macht des Fürsten zu schwächen, und zwar dadurch, daß er dieselbe mit einer andern Behörde theilen mußte, welche letztere aber keine Volksvertretung sei, sondern aus Elementen bestehe, bei denen man Ehrgeiz, Selbstsucht und ähnliche schlechte Eigenschaften voraussetzen, die man also für gewisse Zwecke ausbeuten konnte. Dem Fürsten wurde nämlich ein Senat, aus 17 Personen bestehend, zur Seite gesetzt, welcher außer den wesentlichen Rechten von Ständeversammlungen, auch noch einen Theil der ausübenden Gewalt besaß, während der Fürst nichts ausführen konnte, als was der Senat gutgeheißen. Zwar sollten die Mitglieder des Senats vom Fürsten ernannt werden: ihre Stellen waren aber lebenslänglich: auch waren sie nicht absetzbar, außer mit Genehmigung der Pforte.

Die Serbier waren mit dieser Verfassung, in welcher sie Rußlands Einfluß witterten, gar nicht zufrieden, so wenig wie Milosch.

Digitized by Google

Letzterer beschwor sie zwar, im Anfange 1839, aber alsobald veranstaltete er eine Gegenrevolution. Diese mißlang jedoch: die Serbier erhoben sich gegen ihn für die Verfassung, die ihnen doch noch lieber war, als Milosch's Gewaltherrschaft, und die Bewegung, von Wutschitsch geleitet, war dießmal mächtiger und erbitterter, wie je. Milosch wurde besiegt: dießmal aber begnügte sich das Volk nicht mit seiner geheuchelten Reue, sondern setzte ihn ab und jagte ihn aus dem Lande. An seine Stelle wurde sein ältester Sohn Milan zum Fürsten gewählt: da dieser aber schon nach einigen Monaten starb, so wurde eine provisorische Regierung errichtet, aus den Häuptern der Bewegung, Wutschitsch und Petroniewitsch, bestehend, denen noch Milosch's Bruder Jephrem, der die letzte Zeit der Opposition sich angeschlossen, beigegeben wurde.

Diese Entwicklung der Dinge war aber Rußland unbequem. In dieser Bewegung hatte sich wieder ein starker Volksgeist geoffenbart: an der Spitze des Volkes standen Männer, unabhängige feste Charaktere: die konnte Rußland nicht brauchen. Es mußte daher auf Mittel denken, sie zu beseitigen, und überhaupt die serbischen Zustände in andere Bahnen zu führen. Als daher die provisorische Regierung und der Senat den Sohn Czerni Georgs, Alexander, zum Fürsten wählen wollte, so that Rußland entschiedenen Einspruch. Auf seinen Vorschlag wurde Milosch's zweiter Sohn, Michael, gewählt. Der war erst 17 Jahre alt: den hoffte Rußland leiten zu können.

Die Pforte durchschaute aber Rußland und verlangte ausdrücklich, daß Michael den Wutschitsch und Petroniewitsch zu Räthen nehme. Von diesen entschiedenen Charakteren besorgte sie weniger, als von einem unfertigen Jüngling, der fremden Einflüssen zugänglich sei. Aber kaum ist Michael im Besitze des Fürstenstuhls, so verfolgt er gerade diese beiden Männer und ihre Anhänger, die er wohl selber ebenso hassen mochte wie sein Vater oder seine Mutter, die ihn leitete: zugleich aber steckten die Russen dahinter. In der That werden Wutschitsch und Petroniewitsch aus dem Lande getrieben und mit ihnen viele andere Patrioten: Michael herrscht ohngefähr ebenso will-

Digitized by Google

kürlich, wie Milosch: aber er wird von Rußland gehalten, als dessen Geschöpf er sich beweist: Rußland übt jetzt auf Serbien einen mächtigen Einfluß, freilich weniger auf das Volk, welches seine Führer nicht so leicht vergißt, als auf den Fürsten, der sein Werkzeug ist.

Bosnien und Montenegro.

In der Moldau und Wallachei war es Rußland gelungen, gesetzlich einen so bedeutenden Einfluß auf die inneren Angelegenheiten zu erlangen, daß man diese Macht als die eigentlich herrschende bezeichnen konnte, die Oberhoheit der Pforte aber nur dem Namen nach bestand. In Serbien hatte es Rußland noch nicht so weit gebracht, wie in den beiden Fürstenthümern, da ihm hier der kräftige freie Sinn der Einwohner einen ungewöhnlichen Widerstand entgegensetzte, aber immerhin weit genug, um nicht hoffen zu dürfen, nach und nach das ganze Land umstricken zu können, da es jetzt schon den Fürsten in seiner Gewalt hatte. In Bosnien war sein Einfluß vorderhand noch weniger wirksam wie in Serbien: aber doch begann es hier ebenfalls seine Künste zu entwickeln.

Der Aufstand in Bosnien in den Jahren 1830 bis 1832 war, wie erwähnt, von der dortigen Aristokratie ausgegangen, welche sich ihre Vorrechte durch des Sultans Reformen nicht beeinträchtigen lassen wollte. Diese Aristokratie war muselmännisch. Die christliche Bevölkerung, die Raja, hatte mit dem Aufstande nichts zu thun, da sie vielmehr von dem Untergange der muselmännischen Aristokratie eine Verbesserung ihrer Lage erwartete, ja sie unterstützte sogar die Türken gegen die Aufständischen, und die Erfolge des Sultans waren zum großen Theile dieser Unterstützung der christlichen Bevölkerung zuzuschreiben.

Nach der Unterdrückung des Aufstandes machte nun die Raja Ansprüche auf Verbesserung ihrer Lage, während begreiflich die bosnische Aristokratie noch erbitterter auf sie wurde und sie auf jede Weise

Digitized by Google

zu drücken suchte. Es standen sich also hier ebenfalls zwei große Parteien gegenüber, die sich bekämpften, und wenn auch die muselmännische Aristokratie in so fern der Raja überlegen war, daß sie das Waffenhandwerk verstand, das sie von Jugend auf geübt, so war doch die christliche Bevölkerung weitaus die zahlreichere, und konnte sich aus dem oben angegebenen Grunde des Schutzes des Sultans oder seiner Stellvertreter erfreuen. Indessen verhielt es sich damit auf eine eigenthümliche Weise: fest war darauf nicht zu bauen: die Taktik der Pforte wechselte je nach den Umständen und nach der Persönlichkeit ihrer Stellvertreter in Bosnien: und überhaupt waren die Verhältnisse in diesem Lande äußerst traurig, da trotz der Unterdrückung der Bewegung im Jahre 1832 immer wieder Empörungen von Seiten der Aristokratie erfolgten. Am bedeutendsten war die vom Jahre 1836 und 1837, welche anfangs glückte, dann aber doch wieder mit der Niederlage der Aufständischen und der Hinrichtung ihrer Führer endigte.

Diese Verhältnisse waren ganz dazu geeignet, Rußland zur Einmischung aufzufordern. Es verhielt sich jedoch hiebei, da die Umstände wesentlich verschieden waren von denen in Serbien, Moldau und Wallachei, anders wie dort. In Bosnien strebte nach Unabhängigkeit die muselmännische Bevölkerung, die Aristokratie: die christliche, die Raja, dachte vorderhand noch nicht daran. Es wäre aber taktlos von Rußland gewesen, wenn es hier die Aufständischen begünstigt hätte, welche ihren Muhamedanismus auf eine fast fanatische Weise an den Tag legten und in diesem Fanatismus die Christen verfolgten, da Rußland in den übrigen Donaufürstenthümern als der Hort und Beschützer des christlichen Glaubens aufzutreten pflegte. Und überhaupt diente die Religion der russischen Diplomatie als eines ihrer Eroberungsmittel: sie durfte dasselbe nicht in Zweifel ziehen, nicht abschwächen lassen. Daher nahm Rußland keineswegs die Partei der aufständischen muselmännischen Bosnier: aber es sandte Mönche und Priester in das Land, welche dort der christlichen Bevölkerung das Lob des russischen Kaisers verkünden mußten: es gab

Digitized by Google

sich Mühe, die Raja allmählig an den Gedanken zu gewöhnen, daß sie aus ihrer unglückseligen Lage am Ende doch nur durch Rußland herausgerissen werden könnte und daß es besser wäre, diesem mächtigen Reiche, das mit ihr gleiche Religion habe, anzugehören, als von der Gnade der bosnischen Aristokratie oder des Sultans zu leben.

Und dasselbe Mittel, die Religion, hatte Rußland bereits in einem andern kleinen Ländchen den entschiedensten Einfluß verschafft, nämlich in Montenegro. Dieses Land, von dem schwarzen Gebirge, in der Landessprache Czernagora, so genannt, zwischen Albanien, der Herzegowina und der dalmatischen Küste liegend, nicht größer denn ohngefähr 30 Qu.-Meilen, ist aber von einem heldenmüthigen Volke bewohnt, welches trotzdem, daß es nicht mehr als gegen 60,000 Einwohner zählt, gleichwohl seine Freiheit bis auf den heutigen Tag behauptet hat und obschon zum türkischen Reich gerechnet, in der That unabhängig von demselben ist. Mit den Montenegrinern kamen die Russen schon im Anfange des 18. Jahrhunderts in Berührung, als nämlich Peter der Große Krieg mit der Pforte führte und zu diesem Ende die ganze christliche Bevölkerung des osmanischen Reiches gegen dieses in die Waffen rief. Die Montenegriner folgten diesem Aufrufe Peters und leisteten ihm sehr gute Dienste. Von dieser Zeit an blieb Rußland mit ihnen in beständiger Berührung und wußte sie namentlich auch im Anfange dieses Jahrhunderts gegen Napoleon zu benutzen. Montenegro wurde nämlich damals der Mittelpunkt für die Versuche, den Franzosen die ehemals venetianischen Besitzungen an der dalmatischen Küste, welche ihnen seit 1805 abgetreten worden waren, wieder zu entreißen. Zwar erlitten die Montenegriner damals von den Franzosen beträchtliche Verluste: der bald darauf folgende Friede gestattete ihnen aber sich wieder zu erholen, und ihre Freiheit gegenüber den Türken blieb unangetastet. Nur im Jahre 1832 machte der Großvezier Reschid, unmittelbar nachdem er die Bosnier gebändigt, einen Versuch, auch Montenegro dem Sultan zu unterwerfen. Seine Truppen wurden aber von den tapfern Hochländern so wacker zurückgeschlagen, daß er sich scheute, den Kampf

Digitized by Google

fortzusetzen: ohnedieß wurde er bald darauf abgerufen, um gegen Ibrahim Pascha zu fechten.

Da die Montenegriner ihre Freiheit der eigenen Tapferkeit zu verdanken hatten, so war der Schutz Rußlands sehr überflüssig. Und da dieses Bergvolk äußerst eifersüchtig auf seine Freiheit ist, so wäre jeder Versuch Rußlands, dieselbe in irgend einer Weise zu beschränken, auf Widerstand gestoßen. Rußland begnügte sich daher blos mit der Aeußerung des fortwährenden Wohlwollens, welches es den Montenegrinern schenke, mit der Erhaltung guter Freundschaft und suchte auf andere Weise sich einen zwar weniger in die Augen fallenden, aber desto sicherern Einfluß zu verschaffen.

Die Montenegriner haben von jeher eine republikanische Verfassung gehabt. An ihrer Spitze standen zwei Oberhäupter, ein geistliches, der Vladika, und ein weltliches, der Gubernator. Beide hatten denselben Rang. In der That aber galt der Vladika mehr: dieser bestimmte eigentlich die gesammte Politik des kleinen Staates, während der Gubernator blos die ausführende Behörde war. Die große Bedeutung des Vladika war besonders durch Peter I. Petrowitsch festgestellt worden, welcher fast ein halbes Jahrhundert regierte und im Jahre 1830 in einem Alter von 84 Jahren starb. Das war ein äußerst kluger, umsichtiger, dabei wohlwollender Mann, der sich die Liebe seines Volkes im höchsten Grade erworben hatte. Ihm folgte sein Neffe Peter II., erst 18 Jahr alt, aber von großen Fähigkeiten. Er gedachte in Montenegro im Sinne der europäischen Civilisation große Reformen zu betreiben. Diesem mißbehagte die Stelle des weltlichen Oberhauptes, welche ihm die Gewalt beschränkte. Er klagte also den damaligen Gubernator Radonitsch des hochverrätherischen Einverständnisses mit Oestreich an, verwies ihn mit seiner ganzen Familie aus dem Lande, und ließ seine Stelle unbesetzt. Da aber der Gubernator im Lande eine Partei hatte, welche gegen den Vladika Opposition machen konnte, so suchte sich dieser an irgend einer Großmacht einen Stützpunkt. Er begab sich zuerst nach Wien. Dort wurde er indessen schlecht aufgenommen. Jetzt ging er nach

Digitized by Google

Petersburg, und ließ sich dort zum Bischof weihen. Der Einfluß Rußlands war dadurch gesichert.

So klein Montenegro ist, so ist immerhin seine Freundschaft für Rußland von Bedeutung, da von hier aus Oestreich bedroht werden kann. Ohnedieß sind die Montenegriner nicht sehr gut auf Oestreich zu sprechen, da dieses die Meeresküste, den wichtigen Busen von Cattaro besitzt, auf welchen die Montenegriner von alten Zeiten her Anspruch zu haben glauben. Erst im Jahre 1838 kam es zwischen ihnen und Oestreich über die Gränzen zu einem Kriege, in welchem sich die Montenegriner mit gewohnter Tapferkeit schlugen. Indessen wurde im März 1840 der Friede vermittelt und zwar — durch Rußland.

Tscherkessien.

Auf diese Weise setzte sich Rußland in den nördlichen Gebieten der europäischen Türkei fest. Aber es richtete seine Blicke noch weiter: es gedachte das osmanische Reich noch von einer andern Seite, von Süden her zu umschlingen, und zu dem Ende trachtete es darnach, auch in Kleinasien Fuß zu fassen. Der Anfang dazu war bereits im Jahre 1802 durch die Erwerbung Georgiens gemacht: in dem Frieden mit Persien 1828 erwarb Rußland Eriwan und Nahitschewan: endlich im Frieden zu Adrianopel 1829 wurde ihm von der Pforte Akhalzik und Akalkalakah abgetreten. Diese Besitzungen waren scheinbar gering, aber Rußland wußte sie zu benutzen. Von ihnen aus begann sich der russische Einfluß in den benachbarten türkischen und persischen Gebieten auszubreiten. Auch hier mußte Rußland die Religion für seine Zwecke dienen: dießmal aber war es nicht die griechische, sondern die armenische. Die Bewohner jener Gegenden gehörten nämlich größtentheils zur armenischen Kirche: der Patriarch derselben wohnte in Constantinopel. Indessen auch in den neu erworbenen von Persien und der Türkei abgetretenen russischen

Digitized by Google

Provinzen wohnten Armenier. Rußland verlangte nun von der Pforte 1836, daß der Patriarch der armenischen Kirche nicht mehr in Constantinopel wohnen, sondern daß es der von Utchmiadzin in der russischen Provinz Eriwan sein sollte. Die Pforte mußte sich fügen*).

Rußland sah aber wohl, daß einer engeren und ununterbrochenen Verbindung mit Kleinasien von dieser Seite aus ein Hinderniß im Wege stände. Dieß waren die in den Gebirgen des Kaukasus wohnenden Völker, unter verschiedene Stämme, Lesghier, Osseten, Abighe, Tschetschenzen, Abasen vertheilt, die aber unter dem Namen der Tscherkessen oder Circassier bekannt sind. Diese Stämme, von alten Zeiten her bekannt durch ihre Freiheitsliebe und Tapferkeit, haben ihre Unabhängigkeit bis auf den heutigen Tag zu bewahren gewußt, und wenn auch mit dem türkischen Sultan in gutem Vernehmen, den sie als Nachfolger Muhameds als ihr religiöses Haupt betrachten, waren sie ihm doch eigentlich niemals unterworfen. Diese Bergvölker beherrschen das kaukasische Gebirge, welches sich vom schwarzen bis zum caspischen Meere hinzieht, und erschweren also Rußland die Verbindung seiner südlichen Länder mit Kleinasien und Persien. Zugleich beeinträchtigen sie die ausschließliche Herrschaft Rußlands an dem östlichen Ufer des schwarzen Meeres.

Die Wichtigkeit des Kaukasus für ihre Entwürfe auf Asien, wozu er eigentlich der Schlüssel ist, wußte die russische Diplomatie schon sehr frühe zu würdigen: bereits Peter der Große wandte seine Blicke auf jene Gegenden. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts machte Rußland ernstliche Versuche, sich in ihren Besitz zu setzen, und fast in jedem Kriege mit Persien oder mit der Pforte trachtete es darnach. Die Bergvölker durchschauten aber die Russen, von denen sie mit sicherem Instincte erkannten, daß sie ihnen ihre Freiheit zu nehmen beabsichtigten, und unterstützten immer in diesen Kriegen die Feinde der Russen. Letztere versuchten es nachher mit Unterhandlungen, mit

*) Portfolio. III. S. 171.

Digitized by Google

Anknüpfung freundschaftlicher Verhältnisse. Auch dieses wollte ihnen nicht gelingen. Aber Rußland giebt seine Plane so bald nicht auf, um soweniger, wenn sie von solcher Wichtigkeit sind, wie diese. Es gedachte jetzt die Bergvölker allmählig von allen Seiten einzuschließen und von der Außenwelt abzusperren. Durch die Erwerbung von Georgien im Jahre 1802 setzte sich Rußland bereits im Süden des Kaukasus fest: durch die Erwerbung von Daghestan und Schirwan im Jahre 1813, welche Länder den Persern abgenommen wurden, sperrte es die Bergvölker vom caspischen Meere ab. Sie waren also bereits von drei Seiten eingeschlossen, vom Norden durch das alte Rußland, dessen Gränzen bis zum Kuban und zum Tereck reichten, vom Osten durch die neu erworbenen persischen Provinzen Daghestan und Schirwan, vom Süden durch Georgien. Es fehlte jetzt nur noch die westliche Gränze, und diese war die wichtigste: denn die Gränze bildeten hier die Ufer des schwarzen Meeres. Hierdurch konnten die Bergvölker in beständigem Verkehr mit dem Abendlande, namentlich mit der Türkei bleiben und von dort her Unterstützung aller Art erhalten.

Aber Rußland wußte auch hier seinen Plan durchzusetzen. In dem Frieden von Adrianopel, 1829, welcher, wie erwähnt, den Russen die türkischen Gebiete von Akhalzik und Akalkalakah zugestand, wurde ihnen außerdem von der Pforte abgetreten die ganze kaukasische Küste längs des schwarzen Meeres von Anapa bis nach Nicolai. Dazu hatte die Pforte eigentlich gar kein Recht, da ihr die betreffenden Gebiete selber nicht gehörten. Auch sprach der darauf bezügliche Artikel des Friedens allerdings nur von einer Festsetzung der Gränze. Es sollte also nur damit gesagt werden, daß die Pforte keinen Einspruch machen wolle, wenn sich Rußland jene Gebiete aneigne. Rußland aber benahm sich jetzt als rechtlichen Besitzer des Kaukasus, und auf den russischen Landkarten wird er auch fortan als zum russischen Reiche gehörend bezeichnet.

Merkwürdiger Weise wurden diese Bestimmungen des Vertrags von Adrianopel von der europäischen Diplomatie gänzlich übersehen.

Digitized by Google

Erst dann wurde man auf diese Verhältnisse aufmerksam, als der gewaltige Kampf der Tscherkessen gegen die Russen schon einige Jahre gedauert hatte. Denn die Russen, nachdem sie die Bergvölker dergestalt von allen Seiten umsponnen, bereiteten sich jetzt zu ihrer ernstlichen Unterwerfung vor. Natürlich fehlte es ihnen nicht an allerlei schönen Gründen: die Tscherkessen seien Räuber, plünderten die angränzenden russischen Länder aus: diesem Unfuge müsse ein Ende gemacht werden: Rußland müsse seine Untergebenen schützen, und dergleichen mehr. Erst mit dem Jahre 1834 übrigens begann der Krieg in größerer Ausdehnung und mit größeren Massen. Aber die Russen waren weit entfernt, Erfolge zu erringen; denn sie hatten es mit Männern zu thun, welche, in der Freiheit geboren und aufgewachsen, alles Andere lieber ertrugen als die Knechtschaft.

Bei den Tscherkessen haben sich bis auf den heutigen Tag uralte gesellschaftliche Zustände und politische Einrichtungen erhalten, welche auffallend an die Zustände der alten deutschen Völkerschaften erinnern, wie sie uns die Römer geschildert: außerordentliche Gastfreundschaft, Einfachheit der Sitten, Vorherrschen des patriarchalischen Familienlebens, Blutrache, oberste Gewalt der Volksversammlung, welche, wie bei den alten Germanen, über Alles entscheidet, überhaupt republikanische Verfassung, zufolge welcher Alle an Rechten und Pflichten sich gleich sind, obschon es auch einen Adel giebt, und zwar von Einfluß, den er jedoch nur seiner Tüchtigkeit, seinem Namen und seiner sonstigen gesellschaftlichen Stellung verdankt. Waffenfähigkeit ist das nothwendige Erforderniß des freien Mannes: jeder Tscherkesse ist daher geborener Krieger, und nur wer sich im Kampfe ausgezeichnet, kann auf die Achtung seiner Mitbürger und auf Einfluß Anspruch machen. Gleich allen unverdorbenen von der Civilisation noch nicht berührten, kriegerischen Völkern haben es die Tscherkessen in der Waffenfertigkeit bis zu einem bewundernswerthen Grade gebracht. Auch alle Eigenschaften, die damit in Verbindung stehen, sind merkwürdig ausgebildet. Sie sind die besten Schützen, die besten Reiter: ihr Auge erspäht den Feind schon in weiter Ferne, und ihre Ohren vernehmen

Digitized by Google

den Hufschlag seiner Pferde oder den Anmarsch seines Fußvolks, wenn dieser noch lange nicht daran denkt, bemerkt zu sein. Dabei sind sie vollkommen zu Hause in den Schluchten und Engpässen ihrer Gebirge: sie kennen alle Oertlichkeiten auf das Genaueste und wissen sie bestens für den Krieg auszubeuten, so daß sie ihnen nur Vortheil gewähren, während sie dem Feinde Verderben bringen.

Mit diesen Völkern war also der Kampf nicht so leicht: auch vermochten die Russen trotz aller Anstrengungen in den ersten Jahren des Krieges nichts gegen sie: sie erlitten vielmehr von den Bergvölkern theils in förmlichen Schlachten, mehr aber noch durch Hinterhalt und Ueberfälle die empfindlichsten Niederlagen.

Es währte nicht lange, so wurden die Engländer auf diesen Krieg aufmerksam. Und zwar war es wiederum David Urquhart, welcher zuerst die Blicke seiner Landsleute dahin richtete. Im Juni 1834 machte er eine Reise in den Kaukasus, um sich über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten. Er wurde von den Tscherkessen auf das Begeistertește aufgenommen und verfehlte nicht, sie in dem Kampfe gegen die Russen zu bestärken und mit England bekannt zu machen, von dem sie am ersten Unterstützung zu gegenwärtigen hätten, da diesem ebensoviel an der Schwächung und der Niederlage Rußlands liegen müßte, als den Tscherkessen selber. Seitdem beschäftigte man sich in England angelegentlich mit dem Kaukasus: Urquhart hob zu wiederholten Malen, namentlich im Portfolio die unermeßliche Bedeutung des Kampfes im Kaukasus hervor, und bemühte sich, seine Landsleute zu überzeugen, daß die Tscherkessen das einzige Volk seien, welches die russischen Entwürfe auf Asien aufzuhalten vermöchte, und daß daher England nichts Besseres thun könne, als diese Stämme zu unterstützen.

In der That wurde jetzt zwischen den Tscherkessen und den Engländern ein Verkehr eingeleitet: die letzteren brachten ihnen Pulver und sonstigen Kriegsbedarf. Indessen war der Verkehr mit großen Schwierigkeiten verbunden. Seit dem Vertrag von Adrianopel betrachtete nämlich Rußland die ganze kaukasische Küste als sein Eigen-

Digitized by Google

thum und traf die nöthigen Anstalten, um den freien Verkehr mit der Gebirgsbevölkerung unmöglich zu machen. Es errichtete zwei Quarantainen und Zollanstalten an der Küste, nämlich in Anapa und in Redut-Kale und erklärte ausdrücklich, daß fremde Schiffe nirgends anders auf der ganzen kaukasischen Küste anhalten dürften, als an diesen beiden Orten, welche zwar dem Handel geöffnet waren, aber natürlich mit Berücksichtigung des russischen Tarifs, der die Einfuhr einer Menge von Gegenständen verbot, wie z. B. auch Pulver. Die russische Regierung machte diese Verordnung bereits im October 1831 theils der Pforte, theils den fremden Gesandtschaften bekannt. Nichts desto weniger war es mehreren englischen Schiffen im Jahre 1834 und 1835 gelungen, die Wachsamkeit der Russen zu täuschen, an der kaukasischen Küste zu landen und an die Einwohner Waaren abzusetzen.

Rußland verdoppelte seine Wachsamkeit, aber die Engländer ließen sich dadurch nicht irren. Im Gegentheil, sie wurden immer kühner, und da dazwischen die eigentliche Lage der Dinge aufgeklärt wurde, da sogar die Tscherkessen eine Unabhängigkeitserklärung an England erließen, in welcher sie das Grundlose der russischen Ansprüche des Weiteren auseinandersetzten, so erkannten die englischen Kaufleute das Recht der Russen auf die kaukasische Küste nicht mehr an, und ebensowenig die verschiedenen Zoll- und Quarantaineverordnungen, welche sie erlassen. Ja, als der englische Schooner Vixen im Herbste 1836 in das schwarze Meer auslief, um an die tscherkessische Küste Pulver und Kanonen zu bringen, so wurde dieses Vorhaben ausdrücklich in englischen Zeitungen besprochen, gleichsam als wolle man die Russen herausfordern.

Der russische Gesandte in Constantinopel, Butenieff, machte den englischen Lord Ponsonby wiederholt auf die kaiserlichen Verordnungen bezüglich des Handels an der kaukasischen Küste aufmerksam. Auch theilte dieß Ponsonby dem Eigenthümer des Vixen, Bell, mit, fügte aber hinzu, daß er dem englischen Consul nicht empfohlen habe, das russische Verbot bekannt zu machen. Bell ließ sich von seinem Vor-

Digitized by Google

haben nicht abbringen, und Ponsonby hinderte ihn nicht daran: kurz, es schien, als wollte man von Seite Englands die Hindernisse, welche Rußland in diesem Punkte entgegensetze, durchbrechen. Was geschah? Der englische Schooner lief in Sudschuh-Kale ein, setzte hier, wie es schien, einen Theil seiner Ladung ab, wurde aber bald darauf, am 26. November 1836, von einem russischen Kriegsschiffe aufgegriffen und mit Beschlag belegt, nach Gelendschik gebracht, dort von einer niedergesetzten Commission als gute Prise erklärt, indem das Schiff Contrebande geführt und den kaiserlichen Verordnungen zuwidergehandelt hätte, und darauf nach Sebastopol gebracht.

Die Nachricht hievon verursachte eine unbeschreibliche Aufregung bei den Briten. Dieser England angethane Hohn, glaubte man, müßte entweder die glänzendste Genugthuung finden, oder es müßte zum Kriege kommen. Besonders das Portfolio kam unaufhörlich auf diesen Gegenstand zurück, drängte zur Entscheidung, und man kann sich denken, daß Urquhart in seiner Eigenschaft als Gesandtschaftssecretair Alles aufbot, um das englische Ministerium zu einem entscheidenden Schritte zu bestimmen. Aber das englische Ministerium war anderer Ansicht. Es ist möglich, daß Urquhart's Persönlichkeit auf das Verhalten Lord Palmerston's in dieser Angelegenheit von wesentlichem Einflusse gewesen. Der Minister des Auswärtigen hatte es schon früher übel vermerkt, mit welcher Ueberlegenheit der eben erst aus dem Dunkel emporgehobene Urquhart sich ihm gegenüber benommen: nur der ausdrückliche Wille des Königs bestimmte Palmerston, sich mit Urquhart über die orientalische Frage zu verständigen und ihm den Posten eines Gesandtschaftssecretairs in Constantinopel zu übergeben. Auch Lord Ponsonby, obschon er früher Urquhart beschützt und in seine Ideen eingegangen war, blieb mit ihm in keinem guten Vernehmen, da dieser, obschon in untergeordneter Stellung, sich doch als denjenigen fühlte, der die Ideen hatte und lebhaft auf ihre Ausführung drang. Genug, Urquhart war Palmerston sowohl wie Ponsonby unbequem. Der König Wilhelm aber lag damals auf dem Krankenbette uud konnte sich um die öffentlichen Angelegenheiten nicht

Digitized by Google

mehr annehmen; sein baldiger Tod stand bevor, man brauchte sich um ihn nicht mehr zu bekümmern. So wurde Urquhart von Constantinopel abgerufen, im Jahr 1837. Was den Vixen anbetrifft, so gab sich allerdings Palmerston den Anschein, als ob er Rußland zur Rede stellen wollte; er verlangte Erläuterungen; die wurden ihm nicht vorenthalten; Palmerston begnügte sich damit, der Schimpf wurde hingenommen. Hiermit aber war auf einmal wieder die überlegene Stellung eingebüßt, welche England um die Mitte des Jahres 1836 gegen Rußland erlangt hatte: dadurch erlitt England eine moralische Niederlage, von der es sich nicht so leicht wieder erholen konnte.

Auf den Gang des Krieges mit den Tscherkessen hatte dieß jedoch weiter keinen Einfluß, die Bergvölker fuhren fort, ihre Freiheit zu behaupten und bald sollten sie noch größere Erfolge erringen, da sich ein großer Mann unter ihnen erhob, der den ersten Volksbefreiern in der Geschichte an die Seite gesetzt werden darf: Schamil, aus dem Stamme der Tschetschenzen. Er wußte die vereinzelten Stämme zu vereinigen, ihre Kräfte dadurch zu verdoppeln und zu verdreifachen; er wußte dem Hasse gegen die Russen die Weihe religiösen Fanatismus zu geben, und dadurch dem Kampfe ein höchst wichtiges, in seinen Wirkungen unberechenbares Element zuzuführen. Dabei war er ein vortrefflicher Heerführer, der mit der angeborenen Schlauheit halbwilder Naturvölker den Sinn für zweckmäßige Verbesserungen verband und daher die Russen nicht blos durch die verwegene Tapferkeit jener Stämme, sondern selbst mit ihren eigenen Künsten, mit den Künsten einer vorgeschrittenen Kriegskunst zu bekämpfen trachtete. Seitdem Schamil an die Spitze des Volkskriegs getreten, erlitten die Russen schwere Verluste: nicht nur gelang es ihnen nicht vorwärts zu kommen, sondern es wurden ihnen selbst solche Völkerschaften abtrünnig, die es bisher mit ihnen gehalten. Soviel konnte man sehen, daß ihnen die Absichten auf die Tscherkessen weit weniger gelingen würden, als alle anderen Entwürfe ihrer Diplomatie.

Digitized by Google

Engländer und Russen in Asien.

Wir haben oben gesagt, daß der Kaukasus der Schlüssel für die russischen Entwürfe auf Asien sei. Denn Rußland hat es nicht blos auf das türkische Reich, nicht blos auf Europa abgesehen, sondern auch auf Asien. Hier versucht es sich ebenso auszudehnen und die künftige Herrschaft durch vorhergehenden politischen Einfluß auf die Regierungen ebenso vorzubereiten, wie dieß in Europa der Fall ist. Rußland besitzt in Asien bereits eine ungeheuere Länderstrecke. Seine Herrschaft dehnt sich über den ganzen nördlichen Theil von Asien aus und selbst bis nach Amerika erstreckt sie sich. Von den 880,000 □Meilen, welche Asien begreift, gehören Rußland allein 252,300 an. Aber gerade diese russischen Besitzungen sind der unfruchtbarste und darum unbevölkerteste Theil von ganz Asien. Die Bevölkerung des russischen Asiens ist nicht stärker als etwa 6 Millionen, während der ganze Welttheil 454 Millionen zählt. Rußland drängt daher begreiflicher Weise nach dem Süden Asiens, welchen die Natur in demselben Grade reichlich und unüberschwenglich begabt hat, als sie gegen den Norden stiefmütterlich verfahren. In diesem Streben nach dem Süden stößt aber Rußland überall mit den Engländern zusammen. Denn auch die Engländer haben sich in Asien festgesetzt, und zwar in einem der fruchtbarsten südlichen Länder dieses Welttheils, in Ostindien. Aus diesen Länderstrichen, welche eine Bevölkerung von mehr als 100 Millionen ernähren, zieht England unermeßliche Schätze. Es wacht daher mit Eifersucht über diese Quelle seines Reichthums. Von Ostindien aus sucht es seinen Einfluß gegen Osten, Norden und Westen auszudehnen, theils des Handels wegen, theils um sich den Besitz Ostindiens zu sichern, was nur dadurch möglich scheint, daß es nach allen Seiten hin befreundete Staaten zu Nachbarn hat.

Unter solchen Verhältnissen, während Rußland nach dem Süden drängt, England dagegen seinen Einfluß von dem Mittelpunkte seiner

Digitized by Google

asiatischen Besitzungen aus in immer weiteren Kreisen auszudehnen strebt, ist es begreiflich, daß beide Mächte vielfach an einander stoßen und zwar in feindlicher Weise. Hier in Asien wiederholt sich daher jene Eifersucht zwischen Rußland und England, welcher wir schon in Europa und an der Gränzscheide beider Welttheile, im Kaukasus, begegnet sind. Ja, hier tritt der Gegensatz noch schroffer und klarer heraus, weil die Interessen beider Mächte viel unmittelbarer berührt sind, als dieß in Europa der Fall zu sein scheint. Auch ist hier ein viel größeres ausgedehnteres Theater und bei der geringen politischen Bildung der asiatischen Völkerschaften ein unmittelbarerer Erfolg von den Künsten europäischer Diplomatie zu erwarten. Denn auch in Asien kommt es nicht zu einem ausgesprochenen Kriege zwischen Rußland und England. Auch hier dreht sich der Kampf zunächst nur darum, sich den Einfluß auf die verschiedenen Staaten streitig zu machen und einander unter dem Scheine des besten Einverständnisses den größtmöglichen Schaden zuzufügen. Zu verkennen ist aber nicht, daß auch in Asien die englische Diplomatie von der russischen überflügelt wird.

Es liegt in dem Wesen des englischen Nationalcharakters, fremden Völkern gegenüber mit fast unverholener Rücksichtslosigkeit aufzutreten. Der Engländer, dessen Nationalgefühl durch die insularische Lage und durch die imposante Weltstellung seines Staates auf das stärkste ausgebildet ist, kann sich schwer dazu entschließen, seinen Sitten und Gewohnheiten im Auslande zu entsagen und sich denen anderer Völker anzubequemen: im Gegentheil, er macht nicht selten den Anspruch, daß jene sich nach ihm, dem Fremdlinge, richten sollen. Uebt nun schon dieses Gebahren auf fremde Völker, besonders auf uncivilisirte, bei denen das alte Herkommen noch viel heiliger gehalten wird, als bei in der Bildung vorgeschrittenen, einen unvortheilhaften Eindruck, so gewinnt der Engländer noch weniger, wenn er als Geschäftsmann auftritt. Der Britte verfolgt überall sein Interesse mit der ganzen Energie und Ausdauer seiner Natur, aber auch mit der ganzen Rücksichtslosigkeit auf die Interessen anderer, die ihm eigen ist. Er scheint

Digitized by Google

es kaum zu begreifen, wenn Andere ihm gegenüber auch ihren Vortheil wahren wollen: ist es möglich, schlägt er die seinem Interesse entgegenstehenden Hindernisse mit Gewalt nieder; geht dieß nicht an, so gebraucht er die List, in der Regel aber keine sehr fein angelegte oder weit ausgesponnene, sondern die zunächst liegende, die denn meist plump ist und von den Betheiligten entdeckt wird. Natürlich ist ein solches Verfahren nicht geeignet, ihn beliebt zu machen. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß er mit den Waaren selber, die er absetzt, nicht betrügt: diese sind vielmehr vortrefflich, im Verhältniß zu ihrer Güte wegen der ungeheuern Ausdehnung der industriellen Kraft Englands auch wohlfeil und der Käufer verliert jedenfalls nichts dabei. Ferner bringen die Britten überall hin, wo es ihnen gelungen ist, fremde Völker ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen, ihre freien politischen Einrichtungen mit, welche, wie sehr auch Anfangs die Eingeborenen durch die merkantilen Speculationen der Engländer materiell heruntergebracht sein mögen, doch den Keim zu einer allmähligen freieren Entwickelung der Einwohnerschaft in sich tragen. Sie eröffnen die Aussicht, daß nach einiger Zeit die Unterworfenen zu einem reiferen politischen Dasein sich heranbilden und die Uebelstände beseitigen, welche die fremde Herrschaft zuerst herbeigeführt. — In Ostindien trat der eben besprochene Charakter der englischen Herrschaft in seiner ganzen Härte hervor. Es gelang ihnen Anfangs, in der Form einer Handelsgesellschaft, der sogenannten ostindischen Compagnie, welche von den eingeborenen Fürsten Privilegien sich zu verschaffen wußte, in dem Lande festen Fuß zu fassen. Allmählig dehnten sie sich immer weiter aus, benutzten die politischen Zerwürfnisse der Eingeborenen vortrefflich, fingen unter allerlei Vorwänden Krieg mit einigen Fürsten an, besiegten sie, nahmen ihre Ländereien in Besitz und brachten es denn bis zum Jahre 1820 dahin, daß ihnen ganz Vorderindien vom Himalaja bis zum Vorgebirge Comoria entweder unterthan oder tributpflichtig wurde. Später, im Jahre 1826 setzten sie sich auch in Hinterindien, in Birma und in Siam fest. Die Eingeborenen gewannen kein glückliches Loos. Sie wurden benutzt, um für die Engländer zu arbeiten

Digitized by Google

unter den schlechtesten Bedingungen. Die Engländer zogen vermittelst der Eingeborenen unermeßliche Reichthümer aus dem Lande, während diese darben mußten. Zwar wurden die politischen Einrichtungen Großbritanniens hier ebenfalls theilweise eingeführt: zunächst aber verbesserten sie die materiellen Zustände der Eingeborenen gar nicht. Diese befanden sich vielmehr um jene Zeit, von der wir reden, noch in den traurigsten Verhältnissen, und nicht selten waren sie der Hungersnoth preisgegeben. Die Eroberungen in Ostindien wurden von der ostindischen Compagnie gemacht, welche auch das Monopol des ostindischen Handels bis 1814 hatte. In diesem Jahre wurde ihr aber dieß Monopol genommen und ihr nur die Regierung Ostindiens gelassen. Die Actionaire der Compagnie wählen das Directorium aus ihrer Mitte aus 24 Personen bestehend, welches die oberste Behörde für Ostindien ist, und seinen Sitz in London hat. Neben diesem Directorium steht die Controlbehörde, von dem Könige ernannt, welcher die Oberaufsicht über das Directorium zusteht. Das Directorium ernennt das Regierungspersonale in Ostindien, den Generalgouverneur, die Gouverneure, die Generale, die Räthe u. s. w. Doch bedürfen diese Ernennungen der Bestätigung der Krone. Die Krone giebt der Compagnie ohngefähr 23,000 brittische Truppen. Diese würden aber nicht ausreichen, um den Besitzstand aufrecht zu erhalten. Das Hauptheer der Compagnie besteht aus Eingeborenen, etwa 157,000 Mann stark. Diese Macht ist nicht zu groß: denn das brittische Ostindien ist ein äußerst zweifelhafter Besitz. Nicht nur unter den brittischen Unterthanen fehlt es nicht an Unzufriedenheit, sondern auch die benachbarten Fürsten, theils unabhängige, theils mit der Compagnie in Bundesverhältniß, sind mißtrauisch gegen die Engländer, von denen sie ein ähnliches Schicksal besorgen, wie das, welches die früheren unabhängigen Fürsten getroffen hat. Sie sind daher fremden Einflüssen leicht zugänglich, welche die Schwächung der brittischen Macht in Asien bezwecken.

Keine Macht arbeitet aber mehr darauf hin, als Rußland, keine macht zu diesem Ende mehr Versuche, mit den asiatischen Staaten

Digitized by Google

in freundschaftliche Beziehungen zu treten und diese an sich zu fesseln. Und das erste Auftreten Rußlands begünstigt weit mehr diese seine Bemühungen, als man dieß von dem Benehmen der Engländer sagen kann. Der Russe hat bei seinen ersten Berührungen mit fremden Völkern durchaus nichts Abstoßendes: er tritt vielmehr mit einer gewissen Bescheidenheit, Freundlichkeit und Gutmüthigkeit auf; er weiß sich den Sitten der fremden Völker unterzuordnen und sich in ihre Anschauungsweise und in ihre Gewohnheiten einzuleben. Ebenso benimmt sich die Diplomatie. Sie giebt sich anfänglich den Anschein, als ob sie blos menschenfreundliche Absichten hätte, als ob es ihr nur um das Wohl der Völker, mit denen sie in Berührung kommt, zu thun sei: sie leistet auch wohl mehrere Male scheinbar uneigennützige Dienste, und zwar in der äußersten Noth, wenn Niemand anders helfen wollte oder konnte. Während sie so auf der einen Seite den Eindruck einer vielvermögenden Macht hervorbringt, sorgt sie zugleich dafür, daß diese nicht als eine solche erscheine, welche die Volksthümlichkeit und Unabhängigkeit der mit ihr verbündeten Staaten bedrohe: im Gegentheil, sie giebt sich das Ansehen, nur zu ihrem Schutze da zu sein und weiß sich dermaßen einzuschmeicheln, daß die Staaten viel eher von den russischen Fesseln umschlungen sind, als sie es merken. Ist aber die russische Diplomatie bei diesem Stadium angelangt, wirft sie die Maske ab. Die Volksthümlichkeit wird nicht mehr geachtet oder nur insofern, als sie sich mit der Russificirung verträgt: die alten Institutionen, namentlich alle diejenigen, welche an eine gewisse Freiheit erinnern, werden beseitigt, und über die vorher so sehr geschmeichelten Völker wird das Sklavenjoch geworfen. Die materiellen Bedrückungen sind ungleich härter, als bei den Engländern. Denn die Völker unter russischer Herrschaft haben nicht blos an den Staat zu zahlen, sondern sie werden auch noch von den räuberischen russischen Beamten bis auf das Blut ausgesaugt. Hindern die Verhältnisse die völlige Einverleibung dergleichen befreundeter Völker in das russische Reich, ist vielmehr die russische Diplomatie gezwungen, aus allerlei Rücksichten ein solches Verfahren noch aufzu-

Digitized by Google

schieben, so sucht sie doch wenigstens durch die Anknüpfung von Handelsverbindungen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Denn Rußland verfolgt nicht minder, wie Großbritannien, das merkantile Interesse. Es unterscheidet sich aber auch hier sehr bedeutend von England. Denn während die englischen Waaren anerkannt tüchtig sind, obschon weniger auf äußeren Schein berechnet, ist die russische Industrie zwar in die Augen fallend durch Zierlichkeit und Glanz, aber unsolid, auf Täuschung berechnet, so wie denn überhaupt ein Hauptelement des russischen Handels im Betruge besteht. Man sieht also: beide Mächte, England wie Rußland, werden in ihren Beziehungen zu fremden Völkern von Selbstsucht geleitet. Aber was Rußland beabsichtigt, ist ungleich schrecklicher, als was England zu erreichen trachtet. Denn letzteres, wie erwähnt, giebt durch die politischen Institutionen, welche es mitbringt, wenigstens die Möglichkeit freier Staatszustände, während Rußland neu unterworfenen Völkern nur Sklaverei bringt. Gleichwohl ist Rußland gegen England im Vortheil, weil es mit außerordentlicher Schlauheit seine eigentlichen Absichten zu verdecken weiß, während England, gerader, offener, rücksichtsloser, sich keine große Mühe giebt, dieselben zu verdecken.

Der Kampf zwischen beiden Mächten in Asien tritt besonders bei drei Staaten hervor, bei Persien, Afghanistan und China.

Persien und Afghanistan*).

Was Persien anbetrifft, so erkannten die Engländer sehr wohl die Wichtigkeit der Freundschaft dieses Staats und sie suchten daher schon früh mit ihm Beziehungen anzuknüpfen; besonders enge war das Verhältniß zur Zeit Napoleons. Die Perser ergriffen gern die dargebotene Hand Englands, denn sie glaubten diese Hülfe nöthig zu haben in den fortwährenden Kämpfen mit den Russen. Diese hatten

*) Vergl. die Artikel Persien und Kabul im Conversationslexikon der Gegenwart. IV. 1.


Digitized by Google

schon seit Peters Zeiten ihr Augenmerk auf Persien gerichtet und suchten auf die Kosten dieses Staates ihre Gränzen zu erweitern. Im Jahre 1810 entbrannte ein neuer Krieg mit Rußland. Er war zum großen Theil Englands Werk, welches um so mehr Rußland Verlegenheiten zu bereiten trachtete, als diese Macht damals mit Napoleon verbündet war. Aber bald darauf erfolgte das Zerwürfniß zwischen Rußland und Napoleon: es kam zum Kriege von 1812, nun wurde Rußland Englands Verbündeter und damit ersteres im Jahre 1813 seine ganze Kraft gegen Napoleon richten konnte, vermittelte England selber den Frieden mit Persien, 1814, in dessen Folge Daghestan an die Russen verloren ging. Diese Thatsache trug nicht dazu bei, die englische Politik den Persern beliebt zu machen, und als bei dem im Jahre 1826 ausgebrochenen Kriege zwischen Persien und Rußland ersteres von den Engländern wieder verlassen wurde, vielmehr sich 1828 zu dem Frieden von Turkmantschai entschließen mußte, durch den es Eriwan und Nachitschewan verlor*), da sank das Ansehen der Engländer bei den Persern bedeutend, denn sie mußten sich sagen, daß man sich auf die Engländer im Falle der Noth nicht verlassen könne, daß sie wenigstens nicht gesonnen seien, unmittelbar gegen Rußland aufzutreten. Und da Rußland ein gefährlicher Feind war, so schien es immerhin gerathener, mit dieser Macht in freundlichen Verhältnissen zu leben, als auf einem gespannten Fuße. In der That gewann von jetzt an die russische Diplomatie an dem persischen Hofe, in Teheran, ein immer größeres Feld.

Schah von Persien war Feth Ali, welcher im Jahre 1796 auf den Thron gekommen. Dessen ältester Sohn und vermuthlicher Thronerbe war Abbas Mirza. Dieser starb aber im Jahre 1833. Er hinterließ einen Sohn Mohamed Mirza, im Jahre 1806 geboren. Außerdem waren aber noch mehrere Brüder Abbas Mirzas vorhanden, und nach dem persischen Herkommen hätte der älteste derselben den Thron besteigen können. Aber dieser war ein Feind Rußlands

*) Siehe ersten Band, S. 720.

Digitized by Google

und mit den Engländern in gutem Vernehmen, während Mohamed Mirza unter russischem Einflusse stand. Die Russen brachten es daher bei dem alten Feth Ali dahin, daß dieser den Mohamed zu seinem Nachfolger ernannte. Unbegreiflicher Weise waren die Engländer ganz mit dieser Wahl einverstanden. Im Herbste 1834 starb Feth Ali. Mohamed bestieg den Thron. Aber sein Oheim machte ihm denselben streitig, und er hatte Anhänger genug, um nicht auf Erfolg hoffen zu dürfen. Da waren es wieder die Engländer, welche Alles aufboten, Geld und Ueberredung, um diese Opposition zu unterdrücken, und Mohamed Mirza den Thron zu sichern, während die Russen ruhig zusahen, wie die Engländer sich für sie abarbeiteten. War der neue Schah dadurch etwa dankbarer gegen die Engländer und ihrem Einflusse zugänglicher geworden? Mit nichten. Er glaubte vielmehr in diesem ganzen Verfahren der englischen Diplomatie das wahrzunehmen, daß sie nur dann energisch handle, wenn Rußland es wünsche, und daß dieses sich der Engländer bediene. Der russische Einfluß wurde von dieser Zeit am persischen Hofe gewaltiger, wie je.

Und nicht lange zauderte Rußland, um denselben gegen England und gegen dessen Uebergewicht in Asien zu benutzen. Es drängte den Schah heimlich zum Kriege gegen Herat. Das Fürstenthum Herat in Afghanistan gehörte früher zu Persien: seit 1749 hörte es auf, eine persische Provinz zu sein; gegenwärtig wurde es vom Fürsten Kamran beherrscht. Schon Abbas Mirza, der überhaupt mit Eroberungsentwürfen schwanger ging, wollte Herat wieder unterwerfen. Er starb aber darüber weg. Mohamed verfolgte diesen Gedanken mit Eifer, und wurde darin von Rußland bestärkt. Rußland wußte wohl, warum es dieß that. Dehnte sich nämlich die persische Herrschaft gegen den Osten hin aus, so rückte damit zugleich der russische Einfluß vor und Rußland war Englands verwundbarer Seite, Ostindien, um ein Beträchtliches näher gekommen. Hatte es einmal in Afghanistan Fuß gefaßt, so ließen sich Verbindungen mit den dortigen Fürsten anknüpfen, die zum Theil jetzt schon eingeleitet wurden. Deßhalb also drängte Rußland zum Kriege gegen Herat. Mohamed betrieb seit

Digitized by Google

1835 beträchtliche Rüstungen: er verhehlte nicht, daß dieselben Herat gälten, ja daß er seine Ansprüche noch weiter auszudehnen beabsichtige.

Die englische Gesandtschaft in Teheran verkannte keinen Augenblick die Gefährlichkeit einer solchen Unternehmung für die englischen Besitzungen in Asien, weil sie recht gut merkte, daß Rußland seine Hände dabei im Spiele habe, und daß es im Fall der Noth Hülfe leisten werde. Unglücklicher Weise aber hatte sie unzureichende Instructionen und trotz aller Berichte an Lord Palmerston behandelte dieser doch lange Zeit diese Geschichte mit einer außerordentlichen Gleichgültigkeit, ließ seinen Gesandten ohne alle erforderlichen Vollmachten, so daß dieser in Ermanglung derselben ruhig zusehen mußte, wie die persisch-russischen Entwürfe ihrer Ausführung immer rascheren Schrittes sich näherten.

Der Schah von Persien hatte allerdings verschiedene Veranlassungen zum Kriege gegen Herat. Der Fürst Kamran hatte mehrere Verpflichtungen gegen Persien eingegangen, die er nicht erfüllt; sodann machte er von Zeit zu Zeit Einfälle in das persische Gebiet, um dort Menschen zu rauben, die er dann als Sklaven verkaufte. Also ohne Zweifel war auch eine genügende Veranlassung zum Kriege vorhanden. Auch wagte die englische Gesandtschaft die Rechtmäßigkeit desselben nicht zu bestreiten; wohl aber beunruhigten sie die Eroberungsentwürfe des Schah und das im Hintergrunde lauernde Rußland. Ohne Zweifel hätte ein entschiedenes Auftreten Englands zu rechter Zeit den Krieg verhindern können: wie gesagt aber dazu hatte der englische Gesandte keine Instructionen. Im Sommer 1836 ging allerdings eine Veränderung vor: M'Neill, ein Freund und Gesinnungsgenosse Urquhart's, der gleich ihm die russischen Entwürfe durchschaute und die Nothwendigkeit eines kräftigen Auftretens von Seiten Englands eingesehen, wurde als Gesandter nach Persien geschickt. Aber auch er bekam nur äußerst ungenügende Vollmachten, die ihm die Hände banden und wenigstens ihn nicht ermächtigten, den Zug nach Herat nöthigenfalls durch Drohungen zu verhindern.

Digitized by Google

Schon im Jahre 1836 wurde derselbe begonnen, zunächst gegen die Turkmannen, hatte indeß einen schlechten Ausgang, und man mußte für dieses Jahr den Zug gegen Herat aufgeben, obschon der russische Gesandte Graf Simonitsch beständig auf die Fortsetzung drang. Im Jahre 1837, im Juli, wurde ein neuer Zug unternommen und zwar unmittelbar gegen Herat. Unvermuthet hielt sich aber die Festung äußerst tapfer und die Perser lagen mehrere Monate davor, ohne einen Schritt weiter gekommen zu sein, obschon russische Militairs in großer Anzahl die Unternehmungen leiteten und der Graf Simonitsch selber mit Rath und That an die Hand ging. M'Neill schrieb einen dringenden Bericht nach dem andern nach London, um das Ministerium zum Einschreiten aufzufordern: um so nothwendiger erschien dieses, als der Schah die englische Gesandtschaft offenbar mit Zurücksetzung behandelte und sogar Genugthuung dafür verweigerte, daß ein Bote des Gesandten von den Persern angehalten, beraubt und ins Lager geschleppt worden war. Inzwischen machte M'Neill neue Versuche, um den Zwist zwischen Persien und Herat auszugleichen. Da der Schah wider Vermuthen keine Erfolge vor Herat hatte, so war er nicht so abgeneigt: schon glaubte M'Neill die Sache ins Reine gebracht zu haben. Aber im entscheidenden Augenblicke wurde der Schah durch den russischen Gesandten Simonitsch umgestimmt und die Unterhandlung abgebrochen. Simonitsch glaubte jetzt Alles aufbieten zu müssen, um die Eroberung von Herat ins Werk zu setzen: er selber leitete den Hauptsturm, am 23. Juni 1838, aber auch dieser mißlang. Großen Antheil an der heldenmüthigen und erfolgreichen Vertheidigung Herats hatte ein englischer Lieutenant Pottinger, welcher ebenso die kriegerischen Bewegungen der Afghanen leitete, wie Simonitsch die der Perser. Endlich, im Mai 1838, entschloß sich Palmerston dem englischen Gesandten in Persien die nöthigen Vollmachten zu schicken, die ihn ermächtigten, Persien mit Krieg zu drohen, wenn es die Belagerung Herats nicht aufgebe. M'Neill machte sofort davon Gebrauch. Er richtete eine energische Note an den Schah; zugleich hatte der Gouverneur von Ostindien, der gleich Anfangs wie

Digitized by Google

M'Neill die Gefährlichkeit des Krieges erkannt hatte, eine Flotte in den persischen Meerbusen gesendet und die Insel Karek wegnehmen lassen. Der Schah sah jetzt, daß endlich die brittische Regierung Ernst zu machen entschlossen sei; er hob also die Belagerung von Herat im September 1838 auf. Uebrigens war hiermit das freundschaftliche Verhältniß zu England noch nicht wieder hergestellt. Da der Schah wegen anderer Punkte nicht die verlangte Genugthuung leistete, so brach der englische Gesandte M'Neill allen diplomatischen Verkehr mit ihm ab und kehrte nach England zurück.

Auf diese Weise war also die eine Gefahr, welche den Engländern in Asien drohte, beseitigt: aber damit waren noch keineswegs alle Verwicklungen hinweggeräumt, welche ihnen die Russen bereitet. Um dieselbe Zeit bemühten sich diese vielmehr, den Britten in Afghanistan selber gefährliche Feinde zu erwecken.

Afghanistan, gegen Westen an Persien, gegen Osten an das Pendschab und Ostindien gränzend, aus einer Menge unabhängiger Staaten und Völkerschaften bestehend, war 1747 durch Achmed Schah aus dem Geschlechte des Subdosis zu einem einzigen Reiche verbunden worden. Nach dem Tode von dessen Sohn Timur im Jahre 1793 gerieth das Reich durch Thronstreitigkeiten in Verfall. Die Söhne Timur's Siman, Mahmud, Schudschah stritten sich um die Herrschaft, wurden aber alle gestürzt und mußten die Herrschaft der Familie der Baruksis abtreten. Das Reich löste sich jetzt in verschiedene Fürstenthümer auf, von denen folgende um den Anfang der dreißiger Jahre die bedeutendsten waren. In Peshawer regierte ein Baruksi, Namens Mohamed Khan; in Kabul ein Bruder desselben Dost Mohamed; in Kandahar ebenfalls ein Bruder, Schere Dit Khan; in Herat der schon erwähnte Kamran, welcher aber kein Baruksi, sondern ein Subdosi, der Sohn des ehemaligen Schah Mahmud war. Gegen Osten bestand der Staat der Emirs von Sind, welche an die brittischen Besitzungen gränzten.

Unter allen diesen Staaten war Kabul offenbar der bedeutendste geworden durch die seltenen Regenteneigenschaften Dost Mohameds.

Digitized by Google

Dieser aber war in beständige Gränzstreitigkeiten verwickelt mit dem angränzenden Reiche der Sikhs, welche das Pendschab inne hatten und seit dem Anfange des Jahrhunderts von einem der kühnsten und schlauesten Fürsten, Rundschit Singh, beherrscht wurden. Rundschit suchte sich auf Kosten der Afghanen immer weiter auszudehnen: Peshawer war ihm schon zinsbar geworden, er begnügte sich aber nicht damit, sondern trachtete nach weiterer Vergrößerung. Daher zwischen ihm und Dost Mohamed beständiger Krieg.

Nun geschah es, daß im Jahre 1833 Schah Schudschah, der Sohn Timurs, welcher nach seinem Sturze eine Zuflucht bei den Briten in Ostindien gefunden hatte, den Plan faßte, sein Reich wieder zu erobern. Zu diesem Ende verband er sich mit Rundschit Singh, dem er einen Theil der afghanischen Besitzungen zusicherte. Der Versuch Schah Schudschahs mißlang aber vollkommen: er wurde 1834 von Dost Mohamed geschlagen und flüchtete wieder nach Ostindien. Rundschit Singh hatte allein aus dieser Unternehmung Gewinn gezogen: er nahm fast ganz Peshawer in Besitz.

Dieser wiewohl mißlungene Versuch Schudschah's machte aber Dost Mohamed mißtrauisch gegen die Engländer. Denn Schudschah war ein Pensionair der ostindischen Compagnie, und Rundschit Singh war ein Verbündeter derselben. Es stand also nicht zu erwarten, daß die Unternehmung ohne die Zustimmung der Engländer begonnen worden sei. Dost Mohamed fürchtete bei den fortwährenden Feindseligkeiten Rundschit Singh's für sein Reich. Er hoffte zuerst die Engländer auf seine Seite bringen und ihre Unterstützung gegen Rundschit erlangen zu können. Da aber seine deßfallsigen Bemühungen fehl schlugen, da vielmehr die Engländer die Freundschaft Rundschit's vorzuziehen und ihn zu unterstützen schienen, so fand er sich genöthigt, nach anderer Hülfe sich umzusehen. Er wandte sich an Persien und an Rußland schon im Jahre 1835.

Rußland ergriff diese Gelegenheit, in Afghanistan Einfluß gewinnen zu können, mit beiden Händen. Es wurden Verbindungen angeknüpft: mit dem Fürsten von Kandahar wurde ausgemacht, daß

Digitized by Google

er Herr von Herat werden sollte unter persischem Schutz und unter russischer Gewährleistung; und im Jahre 1837 wurde ein russischer Agent, Witkowitsch nach Kabul gesendet. Er brachte einen eigenhändigen Brief des Kaisers Nikolaus und des Schah von Persien mit, und versicherte Dost Mohamed der russischen Unterstützung gegen Rundschit. Die Verbindung wurde immer inniger. Die Russen benutzten sie alsbald, um Handelsbeziehungen anzuknüpfen und hier einen Markt für ihre Waaren zu bekommen.

Dem englischen Gesandten, Burnes, entging nichts von allen diesen Unterhandlungen und er beeilte sich, den Gouverneur von Ostindien, Lord Auckland, davon in Kenntniß zu setzen. Dieser erkannte, daß Gefahr im Verzuge sei und verlangte von Dost Mohamed augenblickliches Abbrechen jeder Verbindung mit einer westlichen Macht. Es war natürlich, daß Dost Mohamed, welcher wußte, daß die Engländer Rundschit unterstützten, diesem Begehren nicht willfahrte.

Jetzt wußten sich die Engländer durch nichts anders zu helfen, als durch Krieg. Da sie aber in eigenem Namen denselben nicht beginnen wollten, so bedienten sie sich dazu des Schah Schudschah. Der sollte noch einmal sein Land zu erobern suchen, die Engländer aber die Truppen und das Geld liefern. Am 27. Juli 1838 wurde zwischen der ostindischen Compagnie, Rundschit Singh und Schah Schudschah ein Bündniß abgeschlossen. Im Oktober erließen die Engländer ein Manifest, welches sich über die Gründe zum Kriege gegen Afghanistan verbreitete. Sie waren aber nichtssagend, da die Engländer sich scheuten, mit dem eigentlichen Grunde herauszurücken, der kein anderer war, als weil sich Dost Mohamed dem russischen Einflusse hingegeben. Noch am Schlusse des Jahres 1838 begann der Feldzug, und obschon die englischen Truppen mit den größten Hindernissen zu kämpfen hatten, so waren sie doch siegreich. Sie schlugen die Afghanen, eroberten ihre festen Plätze und schon im August 1839 konnte Schah Schudschah in Kabul einziehen und den Thron in Besitz nehmen. Das Jahr darauf versuchte zwar Dost Mohamed einen Einfall, wurde aber von den Engländern zurückgeschlagen, ge-

Digitized by Google

fangen genommen und nach Ostindien abgeführt, wo er von der Compagnie unterhalten ward.

Demnach waren die Britten auch hier siegreich. Um sich für diese Erfolge der brittischen Waffen zu entschädigen, unternahmen die Russen, welche es so wenig wie bei Herat wagten, mit England in offenen Krieg zu treten, den Zug gegen Khiwa. Sie hatten eine ähnliche Veranlassung, wie der Schah von Persien, als er den Zug gegen Herat unternahm. Die Einwohner raubten nämlich russische Unterthanen und verkauften sie als Sklaven. Der Zug wurde im November 1839 von Orenburg aus unternommen, mißlang aber vollständig wegen der schlechten Jahreszeit und der unwirthlichen Gegenden, die man durchziehen mußte. Ohne irgend etwas erreicht zu haben, mußten sich die Russen schon im Februar 1840 zum Rückzuge entschließen.

Die Engländer hegten aber große Besorgniß vor dieser Unternehmung und knüpften daher Unterhandlungen mit dem Fürsten von Khiwa an. Später kam durch ihre Vermittlung ein Friede mit Rußland zu Stande, in Folge dessen der Fürst dem Sklavenhandel zu entsagen versprach.

Nachdem sich die Engländer in Afghanistan festgesetzt und bereits mit Khiwa Verbindungen angeknüpft, wünschten sie dieselben auch auf Bochara auszudehnen, um hier dem russischen Einfluß gleichfalls zu begegnen. Dieser war aber mächtiger als der englische, und so geschah es, daß die englischen Agenten daselbst festgenommen, in Gefangenschaft gehalten, später sogar getödtet wurden.

China.

Die russische Politik ging vor Allem darauf aus, den Engländern Verlegenheiten zu bereiten, sie in Händel mit den benachbarten Völkern zu verwickeln, welche auf der einen Seite ihren moralischen Einfluß untergrüben und zugleich ihre physischen Kräfte schwächten,

Digitized by Google

während Rußland gleich einem klugen Feldherrn ruhig zusah, wie sein gefährlichster Gegner sich abmühte, entschlossen so lange mit dem Angriffe zu warten, bis dessen Erfolg auch gewiß wäre. Rußland hatte Afghanistan den Engländern preisgegeben, und keine Miene gemacht, den Sultan, seinen Verbündeten, zu unterstützen. Es wußte, daß Afghanistan von den Engländern nicht zu halten sei und daß die Eroberung dieses Landes ihnen viel mehr Gefahren bereiten, ihnen für die Zukunft viel weher thun könnte, als ein augenblicklicher hartnäckiger Widerstand, als eine Unterstützung der Einwohner durch die Russen. Freilich war den Engländern sehr wohl bekannt, wie die Russen gegen sie in Persien und in Afghanistan gewühlt: sie sahen ja mit eigenen Augen, wie der russische Gesandte vor Herat das persische Heer geführt, und wußten auch ganz genau, welcher Art die Instructionen des russischen Gesandten Witkowitsch in Kabul gewesen. Die englische Regierung sah sich daher veranlaßt, sich bei der russischen über diese Umtriebe zu beklagen und Erläuterungen zu verlangen. Aber die russische Diplomatie ist mit solchen niemals in Verlegenheit. Sie erklärte, Simonitsch habe seine Instructionen überschritten und rief ihn vom persischen Hofe ab: von Witkowitsch, einem geborenen Polen, behaupteten sie, er habe nur einen Handelsvertrag mit Kabul abschließen sollen: auch diese Persönlichkeit verschwand vom politischen Schauplatz: man sagte, er habe sich selber um's Leben gebracht. Jedenfalls konnte er über die Instructionen, die er gehabt, nun nichts mehr ausplaudern. Die englische Regierung begnügte sich mit den von der russischen gegebenen Erklärungen, und so hatte der Streit scheinbar ein Ende. Aber inzwischen thürmten sich vor den Briten neue Gefahren auf. Denn außerdem, daß in Afghanistan die englische Herrschaft von den Einwohnern mit dem tiefsten Unwillen ertragen wurde, bereiteten sich auch in den indischen Staaten mannichfache Oppositionen wider die Engländer vor. Rundschit Singh, Englands treuer Verbündeter, starb noch im November 1839, und die neuen Herrscher der Sikhs waren den Engländern

Digitized by Google

nicht günstig. Endlich aber drohte — wohl von allen die unangenehmste Verwicklung — ein Krieg mit China.

Das chinesische Reich, eines der größten der Erde, über 250,000 □ Meilen groß, und eine Bevölkerung zwischen 200 und 300 Millionen zählend, hatte von jeher die Aufmerksamkeit der Engländer wegen des Handels auf sich gezogen. Aber der chinesische Markt war ihnen nur zu einem sehr kleinen Theile eröffnet. Sie durften nämlich, ebenso wie andere Nationen, blos in einen einzigen Hafen, Kanton, einlaufen, um hier ihre Geschäfte zu machen: auch war es ihnen nur erlaubt, mit einer gewissen Handelsgesellschaft, den Hongs, zu verkehren. Die Engländer versuchten mehrmals mit der chinesischen Regierung in nähere Verbindung zu treten: es war aber vergebens, weil sie sich nicht zu benehmen wußten und durch auffallende Mißachtung der Landesgesetze den Hochmuth und das Selbstgefühl der Chinesen verletzten. Selbst mehrere feierliche Gesandtschaften an den Kaiser von China hatten keine Erfolge: der Kaiser betrachtete sie als blos deßwegen veranstaltet, um ihm Tribut und Geschenke zu bringen oder ihn anzustaunen: aber von Abänderungen der Gesetze zu Gunsten der „rothborstigen" Barbaren, wie die Engländer genannt wurden, war keine Rede. Die Engländer machten nun allerlei Versuche, um die Chinesen zu zwingen, ihnen bessere Bedingungen zu bewilligen. Oefter als einmal drohten sie ganz wegzubleiben, wenn man ihre Forderungen ihnen nicht gewähre. Allein diese Drohungen wurden nie ausgeführt, weil die Engländer wohl wußten, daß sie sich selber den größten Schaden anthun würden, denn der chinesische Handel war außerordentlich bedeutend und warf jährlich einen Ueberschuß von fast 7 Millionen Dollars zu Gunsten Englands ab. Sie blieben also, begannen von Neuem mit ihren Forderungen, drohten wieder, dachten aber niemals daran, fortzugehen. Dieses Benehmen machte einen äußerst schlechten Eindruck auf die Chinesen, weßhalb die Engländer von den Behörden nicht selten mit einem gewissen Hohne behandelt wurden: die Regierung durchschaute ihre „schnöde Gewinnsucht," wie sie es nannte und hielt auch gar nicht damit zu-

Digitized by Google

rück, sie ihnen gelegentlich derb genug vorzuwerfen. Mit dem Jahre 1834 aber wurden die Mißverständnisse zwischen Engländern und Chinesen immer bedeutender.

Bis zum Jahre 1833 nämlich war der Handel nach China ein Monopol der ostindischen Compagnie gewesen: in diesem Jahre aber wurde durch eine Parlamentsacte dieses Monopol aufgehoben und der Handel nach China fortan jedem Engländer erlaubt. Natürlich nahm der Handel jetzt einen neuen Schwung: aber die Engländer fühlten nun doppelt und dreifach die Beschränkungen, die demselben aufgelegt wurden, und meinten, man müsse Alles aufbieten, um sie zu beseitigen. Um dieselbe Zeit ernannte die englische Regierung, nachdem die Agenten der ostindischen Compagnie zurückgezogen worden, drei Aufseher für Kanton, deren Aufgabe war, den britischen Handel daselbst zu schützen: auch sollten sie einen Gerichtshof für die englischen Unterthanen bilden. Im Jahre 1834 kam Lord Napier als erster Aufseher nach Kanton. Er fing gleich damit an, daß er es versäumte, den chinesischen Behörden seine Ankunft anzuzeigen und seine Vollmachten mitzutheilen. Auf das Ungeeignete dieses Benehmens von den chinesischen Behörden aufmerksam gemacht, gab er doch nicht nach, verwickelte sich mit ihnen in endlose Streitigkeiten, und wurde zuletzt mit Schimpf und Schande aus Kanton fortgeschafft: bald darauf, im Oktober 1834, starb er in Macao. Sein Nachfolger Robinson suchte durch Nachgiebigkeit wieder gut zu machen, was Napier verschuldet, erreichte aber damit doch nur, daß die Chinesen jetzt glaubten, den Engländern Alles bieten zu dürfen. Die chinesische Regierung entschloß sich endlich, den Engländern an die Wurzel ihres Handels nach China zu greifen, durch die strengsten Maßregeln gegen den Opiumverkauf.

Der Haupthandel der Engländer nach China ist nämlich Opiumhandel. Dieser Artikel, welcher in Ostindien gebaut und zubereitet wird, wird in so ungeheurer Menge nach China ausgeführt, daß er allein die Handelsbillanz zwischen China und England zu Gunsten des letzteren bewirkt, während sonst China im Vortheil sein würde.

Digitized by Google

Das Opium aber in der Weise, wie es in den asiatischen Gegenden, und namentlich in China genossen wird — es wird geraucht — ist äußerst schädlich, untergräbt die Gesundheit, entnervt die Bevölkerung und ist unstreitig einer der in seinen Folgen gefährlichsten Luxusartikel. Die chinesische Regierung verbot daher schon im Jahre 1796 die Einfuhr des Opiums: im Jahre 1821 wurde das Verbot verschärft. Dieß half aber nichts: das Opium wurde nun in großartigem Maßstabe eingeschmuggelt, und seine Einfuhr nahm trotz des Verbots von Jahr zu Jahr zu. Seit dem Jahre 1836 beschäftigte sich daher die chinesische Regierung ernstlich damit, noch strengere Maßregeln als bisher, gegen diesen Artikel anzuordnen, und alsobald schritt sie damit voran. Sie nahm die Opiumboote der Einheimischen weg, verbrannte sie und ließ wohl hie und da einen Chinesen wegen des Opiumrauchens hinrichten. Nun übernahmen die Engländer auf ihren Booten das Schmuggeln des Opiums — bisher hatten die Einheimischen dieß Geschäft besorgt, von der Insel Lintin bei Kanton aus, wo die Engländer alle ihre Opiumvorräthe aufgespeichert hatten. Die Chinesen wagten sich vorderhand nicht an die englischen Boote, welche bemannt und bewaffnet waren und hofften durch die strengen Maßregeln gegen die Einheimischen sie endlich zum Aufgeben des Schmuggelhandels zu bringen. Da dieß nichts half, so befolgten sie ein anderes Verfahren. Sie machten sich nun an die Engländer selber. Dieß führte endlose Zwiste herbei. Die chinesische Regierung verlangte endlich im Jahre 1839 von den englischen Kaufleuten in Kanton die Auslieferung alles Opiums, welches sich auf ihren Schiffen oder in den Faktoreien befand und eingeschmuggelt werden sollte. Natürlich weigerten sich die Engländer. Die Chinesen wandten aber Gewalt gegen sie an, belagerten sie förmlich in der Faktorei und bewogen endlich den Capitain Elliot, Robinson's Nachfolger, den Forderungen der Chinesen zu willfahren und den ganzen Vorrath von Opium, 20,291 Kisten an sie auszuliefern.

Jetzt glaubten die Chinesen gewonnenes Spiel zu haben: sie nahmen das Recht in Anspruch, vorher die englischen Schiffe zu durch-

Digitized by Google

suchen, ehe sie zugelassen würden und forderten die Auslieferung jedes Engländers, der sich bei dem Schmuggelhandel betheilige. Die Engländer verließen Kanton, der Handel stockte, die Feindseligkeiten mehrten sich. Im November 1839 kamen die chinesische Kriegsflotte und die englische Handelsflotte mehrmals mit einander ins Gefecht, ohne daß der Krieg erklärt worden wäre. Darauf erklärte der chinesische Gouverneur von Kanton den Handel mit der englischen Nation und ihren ostindischen Besitzungen für immer abgebrochen. Die Engländer konnten nun nicht anders: sie begannen das Jahr darauf, 1840, den Krieg.

Während sich Britanien auf diese Weise in Asien einen neuen Feind geschaffen, gab sich Rußland inzwischen alle Mühe, daraus Vortheil zu ziehen, und seinerseits die freundschaftlichen Beziehungen zu China immer fester zu knüpfen. Seit Peter dem Großen bestand ein Handelsvertrag zwischen China und Rußland, zufolge dessen alle drei Jahre russische Karawanen frei bis nach Peking ziehen durften, und auch die Aufstellung einer russischen Gesandtschaft wurde in dieser Hauptstadt zugestanden. Der russische Handel ging über Kiachta. Besonders lebhaft wurde er seit den Zerwürfnissen der Engländer mit den Chinesen, an denen den Russen ein guter Theil auch gebühren mag: namentlich suchten sie die Gelegenheit zu benutzen, um mit den Chinesen über die Freigebung der Schifffahrt auf dem Amur zu unterhandeln, der einzige bedeutende Strom, der von Sibirien aus, wo er entspringt, ostwärts in ein offenes Meer fließt, durch den Rußland eine unmittelbare Verbindung mit dem stillen Meere herstellen konnte, so wie die Chinesen, durch deren Gebiet er fließt, und in dem er auch mündet, seine Benutzung gestatten wollten.

Der Aufstand in Canada. Russisch-Amerika.

Aber die Verlegenheiten Englands waren noch nicht zu Ende. Um dieselbe Zeit, als sich ihnen in Mittelasien Gefahren aufthürm-

Digitized by Google

ten, als mit China die Mißverständnisse immer bedeutender wurden, empörten sich gegen sie die Colonien in Nordamerika — und auch hier stießen die Russen und Engländer aneinander. Die beiderseitigen Gebiete berühren sich hier, in dem Norden Amerikas sogar unmittelbar.

Die Colonien, von welchen die Empörung ausging, waren die beiden Canadas. Sie waren von den Franzosen entdeckt und gehörten ihnen bis zum Jahre 1763, in welchem sie von den Franzosen an die Engländer abgetreten werden mußten. Für die Colonien war dieß zunächst kein Nachtheil: denn die Engländer hoben die drückenden Steuern auf, führten ihre freien Institutionen ein und gaben den Canadiern, woran sie gar nicht gedacht, eine Verfassung mit Volksvertretung. An der Spitze der Colonie stand der Gouverneur: ihm zur Seite ein Ober- und Unterhaus. Das letztere bestand aus den Vertretern der Grundeigenthümer: die Mitglieder des erstern ernannte der Gouverneur auf Lebenszeit. Nach einiger Zeit schlichen aber Mißbräuche ein: einige Familien des Landes rissen alle Stellen an sich, in den Finanzen herrschte Unordnung und Verschleuderung, und es wurde der Volksvertretung nicht einmal Rechenschaft darüber abgelegt. Es erhob sich nun eine Opposition, welche von Jahr zu Jahr immer heftiger wurde. Oefter als einmal kamen ihre Beschwerden vor das britische Parlament: dieses erledigte sie aber niemals zu Gunsten der Canadier, und diese verlangten endlich Umgestaltung der Verfassung im demokratischen Sinne, namentlich sollte das Oberhaus, welches immer aus strengen Tories, aus Mitgliedern jener bevorrechteten Familien bestand, ebenso, wie das Unterhaus, vom Volke gewählt werden. Da aber darauf nicht eingegangen wurde, so erbitterte sich die Opposition immer mehr: das Volkshaus verweigerte die Steuern, das Oberhaus verwarf die von jenem vorgeschlagenen Gesetze: der Gouverneur löste jenes auf. Jetzt kam bei der Opposition der Gedanke auf, sich ganz vom Mutterlande zu trennen, und eine Republik zu gründen: in diesem Sinne wurden Vereine gegründet, die Bewegung griff immer weiter um sich: an der Spitze derselben stand in Untercanada Papineau, in Obercanada Makenzie. Dem

Digitized by Google

Gouverneur war all' dieses nicht verborgen und er berichtete nach London, daß es nothwendig sei, Ernst zu zeigen. So standen die Sachen, als im Jahre 1837 im englischen Parlament die Zerwürfnisse von Canada zur Sprache kamen: das Ministerium machte den Vorschlag, die Forderungen der Canadier abzuweisen und ihnen zu befehlen, 142,160 Pfund Sterling zur Deckung der rückständigen und der laufenden Ausgaben, welche das Volkshaus verweigert hatte, zu entrichten. Das englische Parlament nahm diesen Vorschlag an. Aber als die Kunde davon nach Canada gelangte, so kam es zu offener Empörung. Im November 1837 erhoben sich die Untercanadier, im December die Obercanadier.

Diese Aufstände gewannen dadurch erst an Bedeutung, daß die Insurgenten mit den benachbarten nordamerikanischen Freistaaten Verbindungen angeknüpft hatten und von ihnen vielfach unterstützt worden waren, namentlich auch mit Mannschaft. Es kam hinzu, daß die englischen Heerführer, welche sich sofort beeilten, den Aufstand niederzuschlagen, in Verfolgung desselben das Gebiet der vereinigten Freistaaten verletzten, was eine so große Entrüstung bei denselben hervorrief, daß man eine Zeit lang an den Ausbruch eines Krieges zwischen England und den vereinigten Staaten dachte. Ohnedieß bestanden schon seit einiger Zeit Gränzstreitigkeiten mit Maine. Nun wurde zwar von den Engländern der Aufstand bis zum Anfang des Jahres 1838 unterdrückt, und bald darauf wurde Lord Durham, — bekannt wegen seiner freien Gesinnung, früher, wie wir gesehen, am Hofe von Petersburg, später abgerufen, — als Generalgouverneur mit unumschränkten Vollmachten nach Canada gesendet. Ihm gelang es, die Gemüther zu beschwichtigen durch die Abstellung der auffallendsten Mißbräuche und durch zweckmäßige Reformen in der Verwaltung. Da er sich aber, obschon in guter Absicht und vom höhern politischen Gesichtspunkte aus, eine Verletzung der bestehenden Gesetze hatte zu Schulden kommen lassen — er verbannte nämlich die Hauptführer der Bewegung nach den Bermudasinseln, anstatt sie vor Gericht zu stellen, jedoch mit der Aussicht, daß sie später wieder zu-

Digitized by Google

rückkehren dürften — so benutzten dieß seine Feinde im englischen Parlament, um ihn anzugreifen: da das Ministerium selber ihn nicht in Schutz nahm, so gab er seine Entlassung ein, und kehrte noch Ende 1838 wieder nach England zurück. Dieß machte auf die Canadas einen schlechten Eindruck: die Spannung stieg wieder, und ebenso die mit den vereinigten Staaten, welche die Streitigkeiten wegen Maine mit doppeltem Eifer wieder aufnahmen.

Es wird behauptet, daß selbst an diesen canadischen Unruhen die Russen nicht ohne Schuld gewesen wären. Jedenfalls kamen sie ihnen höchst gelegen: die Engländer geriethen dadurch in eine neue Verwicklung.

Ja, mit den Russen unmittelbar bereiteten sich ihnen in Amerika Zerwürfnisse vor. Schon im vorigen Jahrhundert war von den Russen die Westküste im äußersten Norden Amerikas nebst dem Archipelagus der Aleuten in Besitz genommen worden. Die russisch-amerikanische Compagnie erhielt von der kaiserlichen Regierung ausgedehnte Privilegien, um sie aufzumuntern zu weiteren Entdeckungen und Ausbreitungen. In der That schon am Anfange des 19. Jahrhunderts war sie bis zum Norfolk-Sunde, (56° N.) vorgerückt: 1805 gründete sie Neuarchangel auf Sitka: 1806 wollte sie sogar an der Mündung des Columbia festen Fuß fassen, und die russische Regierung nahm die ganze Westküste Nordamerikas bis zu diesem Strome für sich in Anspruch, wogegen natürlich England sowohl wie die vereinigten Freistaaten sich verwahrten. 1812 gelang es den Russen, in Californien, was den Spaniern gehörte, die Erlaubniß zu Niederlassungen auszuwirken: daraus machten sie ein Fort, Roß genannt, und breiteten sich immer weiter aus. Von den Spaniern jetzt ausgewiesen, behaupteten sie sich doch, und machten sogar den Spaniern ihr Anrecht auf Californien streitig. Im Jahre 1821 erklärte die russische Regierung die ganze Westküste Amerikas vom Königin Charlottensunde an, so wie die ganze Ostküste Asiens im Norden von 45° 30′ sammt allen um- und nebenliegenden Inseln für ausschließliches Besitzthum des Kaisers von Rußland; allen Fremden ist unter Androh-

Digitized by Google

ung schwerer Strafen verboten, sich auf weniger als fünfzig Stunden diesen Küsten zu nähern: endlich nahm Rußland auch die volle Souveränität über den ganzen stillen Ocean im Norden des 51° für sich in Anspruch. Auch diese Ansprüche wurden weder von der Union, noch von England anerkannt, sondern die entschiedendste Verwahrung dagegen eingelegt. Aber Rußland schloß nichts destoweniger die Amerikaner von seinen Niederlassungen aus, und den Engländern machte es das Recht streitig, die Flüsse zu befahren, welche aus dem Innern durch die russische Gränzlinie hindurch ins Meer fallen. Darüber kam es zwischen der englischen Hudsonsbaygesellschaft und zwischen der russisch-amerikanischen Handelscompagnie schon seit 1834 zu Streitigkeiten. Jene wollte nämlich an der Mündung des Flusses Stikine, der in den Prinz-Friedrichssund fällt, einen Handelsposten anlegen. Die Russen errichteten sofort am Stikine ein Blockhaus, und wiesen die Engländer zurück. Diese wollten sich das nicht gefallen lassen, und so kam es denn zu weitläufigen Streitigkeiten, welche natürlich nicht blos zwischen den beiden Handelsgesellschaften geführt wurden, sondern in die sich auch die Cabinette mischten. Endlich wurden sie dahin ausgeglichen, daß die Küste des Festlandes vom 54° 40′ nordwärts bis zum Cap Spenser unter 58° von der russisch-amerikanischen Compagnie an die Hudsonsbaygesellschaft vom 1. Juni 1840 an pachtweise auf 10 Jahre, gegen eine jährliche Abgabe von 2000 Seeotterfellen, überlassen werden solle*).

Dampfschifffahrt auf dem Euphrat. Besitznahme Adens durch die Briten. Die Landenge von Suez.

Ueberblicken wir noch einmal den Schauplatz des geheimen diplomatischen Kampfes zwischen Rußland und England. Von Griechenland beginnend erstreckt er sich über das türkische Reich, das schwarze

*) Siehe Dr. Karl Andree Amerika. 1851. I. S. 215—221.

Meer, den Kaukasus, Mittelasien, China bis nach Nordamerika hinein. Er umfaßt mithin drei Welttheile der Erde. Wir haben gesehen, beide Mächte hüten sich, den geheimen Krieg zu einem öffentlichen ausgesprochenen werden zu lassen: und zwar hat Rußland mehr Grund dazu, dieß zu verhüten, als England, da es recht gut weiß, daß es in wirklicher Kraft weitaus hinter jenem zurücksteht. Abgesehen von dem unermeßlichen Reichthum Britaniens und seiner unübertroffenen Seemacht gebietet es über eine Bevölkerung von mehr als dritthalb hundert Millionen, während das russische Reich bei all' seiner Größe nicht mehr als 62 Millionen zählt. Ein ausgesprochener Krieg mit England setzt Rußland der Gefahr aus, seine noch junge Seemacht, welche noch sehr der Kräftigung bedarf, vernichtet zu sehen: außerdem ist Rußland nicht im Stande, außerhalb des Reiches viele seiner Truppen zu verwenden, da es dieselben fast alle zum innern Dienste gebraucht: am wenigsten vermöchte es so viel zu entbehren, als ein auswärtiger Krieg mit der ersten Macht der Welt, mit England, erfordern würde. Rußland sucht also seinem Feinde auf andere Weise zu schaden. Es hat, ebenso wie Napoleon, erkannt, daß der Handel die eigentliche Seele der britischen Macht ist, und daß die Vernichtung oder wenigstens Beeinträchtigung des britischen Handels zugleich den Sturz der britischen Macht nach sich ziehen würde. Dahin also vorzugsweise ist das Streben Rußlands gerichtet, und all' seine Maßnahmen, all' seine Intriguen gegen die Engländer im Orient haben zugleich den Zweck, den britischen Handel in Asien zu schwächen, und ihn wo möglich sich selber anzueignen. Auch sind seine Erfolge hierin nicht gering. Mit China ist Rußlands Verkehr in lebhaftem Gange, während Englands Handel mit diesem Reiche bereits unterbrochen ist: mit Turkestan hat es Verbindungen angeknüpft, und in Persien ist Rußlands Handelsübergewicht nicht minder bedeutend, als das politische. Ebenso sichern ihm die verschiedenen Verträge mit der Pforte die ausgedehntesten Vortheile. Durch seine Herrschaft über das caspische und das schwarze Meer ist es in den Stand gesetzt, über einen der alten Handelswege zwi-

Digitized by Google

schen Europa und Asien zu gebieten und dieser ist bei dem außerordentlichen Aufschwung, den neuerdings die Communicationsmittel zu Lande genommen haben, nahe daran, dem Seewege über das Vorgebirge der guten Hoffnung den Rang abzugewinnen. Schon denkt es an einen Kanal, welcher den Amu, den Oxus der Alten, mit dem caspischen Meere verbindet, wodurch der Verkehr dieser Gegenden mit Khiwa, Buchara und Balkh einen neuen Aufschwung erhielte.

Aber England, in keinem Punkte scharfsichtiger als was den Handel betrifft, durchschaut vollkommen diese Bestrebungen Rußlands und erkennt die Nothwendigkeit, nun seinerseits ebenfalls eine kürzere Verbindung mit dem östlichen Asien aufzufinden. Auch England denkt nun daran, die alten Handelsstraßen wieder zu benutzen und auch in dieser Beziehung Rußland zuvorzukommen. Zwei Wege bieten sich ihm dar: der eine über das mittelländische Meer durch Syrien bis an den Euphrat, von da in den persischen Meerbusen: der andere über die Landenge von Suez durch das rothe Meer. Was den ersteren Weg anbetrifft, so haben wir schon bemerkt, wie es der britischen Diplomatie gelang, von dem türkischen Sultan die Erlaubniß auszuwirken, auf dem Euphrat die Dampfschifffahrt zu versuchen, und in der That wurde im Jahre 1836 dieser Plan ausgeführt. Die Engländer brachten zwei eiserne Dampfschiffe an den Euphrat, setzten sie wieder zusammen und begannen die Fahrt. Rußland betrachtete diesen Versuch mit Eifersucht und wir haben bereits erwähnt*), wie es deßhalb an den Sultan eine mißbilligende Note gerichtet. Indessen hatte dieser Versuch kein glückliches Ergebniß: theils wurde der Euphrat zu seicht befunden, theils hinderten die dem Strome anwohnenden räuberischen Stämme die Schifffahrt. Jetzt dachten die Engländer an den anderen Weg über die Landenge von Suez durch das rothe Meer. Es wurde der Gedanke gefaßt, durch diese Landenge, welche das mittelländische von dem rothen Meere trennt, einen Kanal zu graben — was übrigens nichts Neues war, denn schon unter

*) Siehe S. 627.

Digitized by Google

den Alten, und auch während der Herrschaft der Araber im 7. Jahrhundert hatte ein solcher bestanden — wodurch offenbar dieser Weg von Europa nach Asien der kürzeste geworden wäre. In einem solchen Falle war es von unschätzbarem Vortheile, diese Handelsstraße zu beherrschen. Als der wichtigste Punkt in dieser Beziehung erschien Aden, ein Vorgebirge an dem südlichen Theile Arabiens, wo das rothe Meer mit dem indischen sich verbindet, einer der berühmtesten Handelsplätze der alten Welt und des Mittelalters. Die Engländer begriffen die Wichtigkeit dieses Platzes vollkommen und benutzten die erste Gelegenheit, die sich ihnen darbot, um sich in seinen Besitz zu setzen. Im Jahre 1838 strandete in Aden ein englisches Schiff. Es wurde von den Bewohnern ausgeraubt. Die Engländer verlangten Genugthuung: als sie verweigert wurde, begannen sie den Krieg gegen den Beherrscher jener Gegenden, einen arabischen Fürsten, und das Ende war, daß ihnen Aden am Anfange des Jahres 1839 überlassen werden mußte. Auf diese Weise gelang es ihnen, zwischen dem rothen und indischen Meere einen ebenso bedeutenden Punkt zu erhalten, wie Gibraltar zwischen dem atlantischen und dem Mittelmeere ist. Jetzt war nur noch die Frage, in welchem Verhältnisse jene dem mittelländischen Meere anliegenden asiatischen Gegenden, welche die kürzere Verbindung zwischen Europa und Asien ermöglichten, nämlich Syrien und die angränzende Landenge von Suez, zu den Engländern ständen. Jene Gegenden standen aber unter der Herrschaft Mehemed Ali's, und Mehemed Ali war kein Freund der Engländer. Es war natürlich, daß auch sie keine Freunde des Vicekönigs von Aegypten waren, und daß ihnen daran gelegen sein mußte, seine Herrschaft zu beschränken. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die folgenden Ereignisse, der zweite Krieg Mehemed Ali's mit der Pforte, aufzufassen. In diesen Krieg verwebt sich wieder der allgemeine große Streit der zwei mächtigsten Staaten um die Herrschaft der Welt, aber in die bereits dargestellten Elemente mischen sich noch andere neue, welche den Wettkampf noch verwickelter machen und seinen Schauplatz noch weiter ausdehnen.

Digitized by Google

Sechstes Capitel.

Zweiter Krieg Mehemed Ali's mit der Pforte*).

Die Pforte, Mehemed Ali und England. Ereignisse bis zu der Schlacht bei Nisib.

Seit dem Vertrage von Kutajah stieg der Haß des Sultans Mahmud gegen seinen widerspenstigen Vasallen Mehemed Ali von Jahr zu Jahr. Er konnte es ihm nie verzeihen, daß er sich vor ihm hatte demüthigen, daß er, um sich vor ihm zu retten, in die Arme seiner Todfeinde, der Russen, sich hatte werfen müssen. Vom Jahr 1834 an brütete er über Rachegedanken. An die Ausführung derselben war aber vorderhand nicht zu denken, weil sich der Sultan seinem wohlgerüsteten Vasallen gegenüber noch zu schwach fühlte, und außerdem in den verschiedenen Theilen des türkischen Reichs unaufhörliche Empörungen ausbrachen: in den Donaufürstenthümern, in Albanien, in Samos, in Trapezunt, in Bagdad. Dazwischen wurden Verschwörungen in Macedonien, Thessalien, selbst in Constantinopel entdeckt, deren Zweck kein geringerer, als die Ermordung des Sultans war. Denn die Oppositionen der Rechtgläubigen gegen den Sultan hörten nicht auf, da dieser, weit entfernt mit seinen europäischen Reformen inne zu halten, vielmehr mit immer größerem Eifer dieselben betrieb, in der Hoffnung, dadurch das sinkende Reich zu neuem Le-

*) Vergl. über die welthistorischen Gesichtspunkte Chr. Kapp's geistvolle Abhandlung: „geheime Zwecke und Folgen des Vierbundvertrages vom 15. Juli 1840." in der deutschen Volkshalle 1841. Nr. 14—18.


Digitized by Google

den wecken zu können. Freilich erstreckten sich diese Reformen nicht selten auf höchst kleinliche Dinge, auf Verhältnisse des alltäglichen Lebens, auf althergebrachte Gewohnheiten und Sitten, deren Abschaffung oder rücksichtslose Bestrafung die Massen noch viel mehr erbitterte, als die großen Umwandlungen in der Verwaltung, weil sie unmittelbar und täglich oder stündlich davon berührt wurden. Bei alledem ließ aber Mahmud den Vicekönig von Aegypten nicht aus den Augen: er suchte ihm, da er ihn augenblicklich nicht unmittelbar angreifen konnte, eine Menge von Verlegenheiten zu bereiten: so wühlte er ins Geheim die syrischen Stämme, namentlich die Drusen, gegen ihn auf, und diese folgten um so leichter dieser Aufforderung, als sie sich bald von Mehemed Ali's Herrschaft außerordentlich bedrückt fühlten. Er führte nämlich in Syrien sein Handels- und Monopolsystem ein, das er bereits Jahre lang in Aegypten geübt, welches ihm zwar ungeheure Summen einbrachte, aber auch die Unterthanen aussaugte. Bereits im Jahre 1834 erhoben sich die Drusen gegen Ibrahim Pascha; sie wurden zwar das Jahr darauf von ihm besiegt, aber damit war die Zufriedenheit keineswegs hergestellt, denn außerdem daß die früheren unglücklichen Verhältnisse fortdauerten, ließ Mehemed unverhältnißmäßig viel Truppen ausheben. Er brauchte Soldaten, um sich dem Sultan gegenüber auf einem achtunggebietenden Fuße zu erhalten. Im Jahre 1838 kommt es daher in Syrien wieder zu neuen Unruhen, die diesmal nur durch einige Zugeständnisse an die Einwohner gedämpft worden zu sein schienen.

Mittlerweile aber dachte Sultan Mahmud auch an Krieg. Schon die Selbsterhaltung schien ihm die Vernichtung des gefährlichen Vasallen anzurathen. Mehemed Ali erkannte zwar äußerlich und mit einer gewissen Ostentation die Oberherrlichkeit des Sultans an, zahlte ihm auch regelmäßig seinen Tribut und äußerte bei mehreren Gelegenheiten wenigstens in den ersten Jahren nach dem Vertrage von Kutajah gegen die europäische Diplomatie, daß ihm entfernt nicht in den Sinn komme, sich von der Pforte unabhängig zu machen. Man wußte aber, daß er fast mit allen Empörern des türkischen Reiches in

Digitized by Google

geheimen Verbindungen stand, daß er sich unter den Türken selbst eine Partei zu machen suchte, und daß sein Streben unter anderm auch darauf ging, als der eigentliche Hort und Beschützer des ächten muhamedanischen Glaubens zu erscheinen, im Gegensatze zu Sultan Mahmud, welcher durch seine Reformen sich der Ketzerei schuldig machte. Zwar auch Mehemed, wie wir gesehen, machte sich die Ergebnisse der europäischen Civilisation zu eigen: doch beleidigte er nicht so auffallend die Sitten der Muhamedaner, sofern sie sich auf das gewöhnliche Leben erstreckten. Hier verfuhr er mit mehr Takt und Schonung, als der Sultan. Und nicht ohne Bedeutung war es, daß Mehemed Ali sich im Besitz der zwei heiligsten Orte der Muselmänner, Mekkas und Medinas, befand. Dieß Alles konnte zu der Vermuthung führen, welche auch häufig genug ausgesprochen ward, daß Mehemed den Sultan stürzen wolle und selber nach dem Chalifate trachtete. Und wenn auch dieß keineswegs seine Absicht war, so verhehlte er doch später, im Jahre 1838, gegen den französischen und englischen Consul nicht, daß er sich unabhängig zu erklären und die Oberherrschaft des Sultans abzuwerfen gedenke.

Mahmud dachte also an Krieg und betrieb denselben seit dem Jahre 1838 mit großem Eifer. Er wurde in diesem Gedanken von Rußland sowohl wie von England unterstützt. Rußland konnte bei neuen Verwicklungen im Orient nur gewinnen, und es war zu genau über die eigentlichen Kräfte des türkischen Reiches unterrichtet, um nicht zu wissen, daß der Sultan durch seine kriegerischen Unternehmungen dasselbe nur noch mehr schwächen werde. England aber war aufgebracht gegen Mehemed Ali und zwar aus mehr, als einem Grunde. Fürs Erste ärgerte es Mehemed's Handels- und Monopolsystem, wornach der englische Handel nicht nur in Aegypten, sondern auch in Syrien bedeutenden Abbruch erlitt, da die Engländer sowohl für die Waaren, welche sie einführten, als für die Erzeugnisse, welche sie ausführten, ungeheure Zölle zahlen mußten. Schon im Jahre 1836, wie wir oben bemerkt*), wirkten sie zwar bei der Pforte einen

*) S. Seite 627.

Digitized by Google

Ferman aus, welcher diese Uebelstände beseitigte, Mehemed Ali kümmerte sich aber nicht darum, und um so weniger, als damals Rußland ihn gegen die englischen Entwürfe in Schutz nehmen zu müssen glaubte. Mehemed Ali gewann indeß für die Engländer eine noch größere Bedeutung dadurch, daß er den kürzeren Weg nach Ostindien beherrschte, durch den Besitz Syriens und der Landenge von Suez. Und Mehemed wußte die außerordentliche Wichtigkeit dieser Punkte gerade in merkantiler Beziehung sehr wohl zu schätzen. Denn er trachtete darnach, in einem noch ausgedehnteren Sinne sich zum Herrn der neuen Handelsstraße zu machen. Er suchte sich in Besitz der ganzen Ostküste des rothen Meeres zu setzen, und alle Kämpfe gegen die Araber, die nach dem Vertrage von Kutajah von ihm unternommen worden, haben vorzugsweise dieses Ziel im Auge. Und in der That, es gelang ihm bis zum Jahre 1839 alle Häfen an der Westküste Arabiens sich anzueignen und seine Besitzungen durch die Eroberung von Jemen bis an die südlichste Spitze Arabiens auszudehnen. Hierdurch aber wurde er den Engländern gefährlich: denn nun war er in die Nähe von Aden gekommen, welches er zu bedrohen vermochte. Aber auch damit begnügte sich Mehemed nicht. Er dachte jetzt auch an die Ostküste von Arabien: auch den persischen Golf wollte er beherrschen, die Mündung des Euphrat in diesen Meerbusen, so daß also die zwei neuen Handelswege über Suez und durch Syrien auf dem Euphrat in seine Macht gegeben gewesen wären. Zu diesem Ende suchte er den Sultan von Maskat, den Beherrscher von Oman an der südöstlichen Spitze Arabiens, sich zu unterwerfen: nahm er die Behreininsel in der Mitte des persischen Meerbusens in Besitz und bedrohte er sogar im Mai 1839 Bassora, die wichtige Handelsstadt, nicht weit von der Mündung des Euphrat in den persischen Golf.

Diese gewaltige Stellung eines Fürsten, der so wenig gesonnen war, ihnen Handelsvortheile zuzugestehen, — noch im Jahre 1839 schlug er ihnen die geforderte Handelsstraße durch Suez ab — war

Digitized by Google

also den Engländern sehr unbequem, und es ist begreiflich, daß sie die feindseligen Gesinnungen der Pforte gegen Mehemed Ali nährten. Ohnedieß mußten sie suchen, das Vertrauen des Sultans wieder zu gewinnen, um die Russen aus ihrer vortheilhaften Stellung zu verdrängen. Dieß war aber nur möglich, wenn sie eine Unterstützung der kriegerischen Absichten Mahmud's gegen den Vicekönig von Aegypten von Seite Englands in Aussicht stellten. In der That gelang es den Engländern allmählig, ihren Einfluß auf die Pforte zu steigern, und von ihr Vergünstigungen zu erhalten, welche den an Rußland ertheilten sich ziemlich näherten. Am 16. August 1838 wurde zwischen der Pforte und England ein Handelsvertrag abgeschlossen. Nach diesem genießen die englischen Schiffe alle Vortheile der am Meisten begünstigten Nationen: den englischen Unterthanen ist es erlaubt, alle Erzeugnisse in dem ganzen Reiche zu kaufen: alle Monopole sind aufgehoben. Die englischen Unterthanen werden ganz wie die türkischen gehalten: sie haben einen freien Durchgang durch das ganze Gebiet, ohne Abgaben zu bezahlen, außer den gewöhnlichen bei der Ausfuhr. Der Durchgang durch die Dardanellen ist für englische Schiffe frei, für die Schifffahrt im schwarzen Meer ist jede Erleichterung zugesagt. In diesem Vertrage ist von Bedeutung, daß die verschiedenen Bestimmungen desselben, namentlich die Aufhebung der Monopole und die freie Ausfuhr, in allen Theilen des türkischen Reiches in Kraft treten sollen, sowohl in den europäischen und asiatischen, als in den afrikanischen und ägyptischen Statthalterschaften. Dadurch war also ausgesprochen, daß auch das Monopolsystem Mehemed Ali's fallen müßte. Und um ja keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es der Pforte damit Ernst sei, verpflichtete sie sich, alle diejenigen, welche dem öffentlichen Dienst vorstehen, auf das strengste für die genaue Befolgung obiger Bestimmungen verantwortlich zu machen und im Fall einer oder der andere Unterthan Englands in Folge des Mißbrauchs der Amtsgewalt eines Dieners der Pforte beeinträchtigt werden sollte, ihm den nöthigen Ersatz dafür leisten zu lassen. Dieser Artikel ist besonders gegen Aegypten gerichtet und bedeutet

Digitized by Google

Krieg gegen Mehemed Ali, falls er sich den Bestimmungen des Handelsvertrages nicht fügen wolle, da man nicht annehmen kann, daß die Pforte aus ihrem eigenen Beutel den von einem ihrer Beamten verschuldeten Ersatz leisten würde. Er bedeutet ferner Unterstützung Englands, falls die Pforte aus Anlaß eines Ungehorsams gegen eine Bestimmung dieses Vertrags zu den Waffen greifen müßte.

Schon Ende 1838 hatte die Pforte ihr Heer in Kleinasien verstärkt: mit dem Anfange 1839 näherte es sich unter dem Oberbefehl Hafiz Pascha's immer mehr der syrischen Gränze. Mehemed Ali, der den Krieg hatte kommen sehen, war gerüstet. Ibrahim Pascha stand mit einem ansehnlichen Heere in Syrien. Im April überschritten endlich die türkischen Truppen die Gränze und es konnte jetzt kein Zweifel mehr darüber sein, daß der Krieg losbrechen werde. Die europäische Diplomatie, namentlich die französische, versuchte zu vermitteln. Auch gab sich Mehemed den Anschein der Nachgiebigkeit: er werde gewiß die Feindseligkeiten nicht beginnen, und zu Allem, was man billiger Weise von ihm verlangen könne, seine Zustimmung geben: ja er nahm sogar am 29. April den Handelsvertrag zwischen England und der Pforte an, von welchem man meinte, daß er sich ihm widersetzen werde, und an welchem er allerdings Anfangs Manches auszusetzen gehabt: und endlich befahl er, auf Antrieb des französischen Gesandten Caillé, seinem Sohne Ibrahim Pascha mit seinen Truppen da Halt zu machen, wo Caillé ihn treffe, auch die Feindseligkeiten einzustellen, wenn sich Hafiz ebenfalls dazu verstehe. Mehemed wußte, daß all' seine scheinbare Nachgiebigkeit den Sultan doch auf keine friedlichen Gedanken bringen werde. In der That dachte der Sultan an keine Aussöhnung: er wies alle vermittelnden Vorschläge zurück, erklärte Mehemed Ali für einen Hochverräther, entsetzte ihn aller seiner Stellen und gab Hafiz Pascha den Befehl vorzurücken.

So kam es denn am 24. Juni 1839 zwischen dem türkischen Heere und zwischen dem ägyptischen, welches Ibrahim Pascha befehligte, zu der Schlacht von Nisib. Die Türken mochten 37,000

Digitized by Google

Mann stark sein, Ibrahim 30,000. Anfangs schwankte der Sieg: schon gerieth ein Theil des ägyptischen Heeres in Auflösung und Flucht. Soliman Pascha, der Chef des Generalstabes bei Ibrahim, stellte aber bald das Treffen wieder her und in Kurzem erfocht Ibrahim über die Türken einen glänzenden Sieg. 4000 derselben blieben auf der Wahlstatt oder geriethen in Gefangenschaft: fast das ganze Gepäck ging verloren und der größte Theil der Artillerie. Hafiz, bestürzt über diese schmähliche Niederlage, trat alsobald den Rückzug an. Ibrahim verfolgte ihn bis nach Konieh: wie im Jahre 1832 stand ihm der Weg nach Constantinopel offen.

Dieß Unglück kam aber nicht allein. Um dieselbe Zeit starb auch der Sultan Mahmud. Man weiß nicht genau den Tag seines Todes, da er eine Zeit lang verheimlicht worden zu sein scheint: erst am 1. Juli wurde er bekannt. Er hinterließ die Regierung seinem Sohne Abdul Medschid, einem 16jährigen unerfahrenen Jüngling, der wahrlich nicht geeignet war, bei diesem äußerst bedenklichen Zustande des Reiches die Zügel der Regierung zu ergreifen. Und nicht lange dauerte es, so kam zu dieser Nachricht noch eine andere nicht minder erschütternde. Der Kapudan Pascha, der am 5. Juli von den Dardanellen ausgesegelt, ging mit der ganzen türkischen Flotte zum Vicekönig von Aegypten, zu Mehemed Ali über.

Die Pforte befand sich in der traurigsten Lage, und Mehemed Ali schien seinen Sieg sofort benutzen zu wollen. Er wies alle Vermittlungsvorschläge der Pforte zurück und verlangte für sich nichts Geringeres, als die Erblichkeit in allen seinen Besitzungen, in Aegypten, Syrien und Kreta, und zugleich die Absetzung Chosrews, welcher nach Mahmuds Tode zum Großvezier ernannt ward und die Regierung der Pforte leitete.

Digitized by Google

Einmischung der Diplomatie.
Frankreichs besondere Stellung zur orientalischen Frage.
Seine Colonie Algier und seine maritimen Entwürfe.

Was war zu thun? Offenbar war durch die letzten Ereignisse die orientalische Frage in eine Verwicklung hineingerathen, welche, wenn man sie nicht rasch zu lösen wußte, zu ebenso verhängnißvollen Folgen führen konnte, wie der Krieg des Jahres 1832. Es galt vor Allem, die russische Hülfe zu beseitigen, welche nach dem Vertrage von Unkiar Skelessi nicht ausbleiben konnte, so wie die europäische Diplomatie zögerte, die Entscheidung in die Hand zu nehmen. Denn nach dem Vertrag von Unkiar Skelessi war Rußland verpflichtet, der Pforte in diesem höchst gefährlichen Augenblicke mit angemessener See- und Landmacht zu Hülfe zu kommen. Keine von den Großmächten, wenigstens England, Frankreich und Oesterreich nicht, konnte dieß aber wünschen. Also mußte man vor Allem einen Beschluß fassen, in Folge dessen die russische Hülfe von vornherein als unnöthig erschiene. So vereinigten sich denn die vier Großmächte: Frankreich, England, Oesterreich, Preußen zu der Collectivnote vom 27. Juli 1839, welcher auch Rußland beitrat, obschon ihm ihr Inhalt nicht angenehm war. In dieser Note erklärten die Gesandten der fünf Mächte bei der Pforte, nämlich Ponsonby, Butenieff, Roussin, Stürmer und Königsmark, im Auftrage ihrer Höfe, daß die Frage des Orients in ihre Hände genommen sei, daß Einigkeit unter ihnen herrsche, und daß die Pforte jede endliche Entscheidung bezüglich der Eröffnungen des Vicekönigs von Aegypten aufschieben, vielmehr den Erfolg der Bemühungen der Mächte abwarten solle.

Damit war also die einseitige Einmischung Rußlands, die man fürchtete, vorderhand abgewendet. In der Frage selbst war aber noch nichts entschieden. Es war nur bestimmt, daß die fünf Mächte zusammen die Frage in die Hand genommen hätten, und daß sie die

Digitized by Google

Einigkeit unter einander voraussetzen. Auf welche Weise aber die Frage erledigt werden sollte, darüber war noch gar nichts ausgemacht, und es fragte sich noch sehr, ob hier wirklich die vorausgesetzte Einigkeit unter den Großmächten bestand. Es war zu fürchten, das Rußland Alles aufbieten würde, um die Frage zu seinem Vortheile zu erledigen. Um dieß zu verhüten, bedurfte es vor Allem der Einigkeit unter den andern Mächten, oder, da Preußen als Vasall Rußlands keine selbstständige äußere Politik befolgte, und Metternich, obschon mit Eifersucht Rußlands Schritte beobachtend, doch sich in der Regel passiv und neutral verhielt, zum wenigsten des Einverständnisses zwischen England und Frankreich.

Aber gerade die englisch-französische Allianz, welche diesen beiden Mächten den absoluten gegenüber eine außerordentliche Bedeutung verschaffte und namentlich Rußland in Schach zu halten vermochte, war schon seit geraumer Zeit gelockert, ja gegenseitige Eifersucht an ihre Stelle getreten.

Und der Grund lag nicht blos in der bereits dargestellten persönlichen Politik Ludwig Philipps, welcher ängstlich und eifrig um die Freundschaft der absoluten Cabinette buhlte, sondern er ist noch viel mehr in den Bestrebungen Frankreichs zu suchen, eine größere maritime Bedeutung zu gewinnen. Und dazu wurde es durch den Besitz Algiers aufgefordert.

Wir haben gesehen, wie sich Ludwig Philipps äußere Politik bis zum Jahre 1836 gestaltete, wie er jeden Anlaß zum Streite mit den absoluten Mächten vermied, deßhalb die Ehre der französischen Nation leicht in die Schanze schlug, während er zugleich gegen kleinere Staaten mit außerordentlicher Anmaßung auftrat, in der Meinung, hier das einbringen zu können, was er den absoluten Mächten gegenüber dem Nationalstolze vergeben. Diese Politik änderte er nicht, und noch das Jahr 1838 bot auffallende Beispiele dar. In diesem Jahre räumten endlich die Franzosen auf den Wunsch Oesterreichs Ancona und gaben hiemit auch äußerlich den Einfluß auf Italien auf. Zugleich aber suchte die Regierung Händel mit der kleinen

Digitized by Google

Schweiz. Die Veranlassung dazu gab der Aufenthalt Ludwig Napoleons. Derselbe war nach dem verunglückten Versuche in Straßburg von der Regierung nicht vor die Assisen gestellt, sondern an die Gränze gebracht und nach Amerika eingeschifft worden. Er kehrte aber nach einiger Zeit nach Europa zurück und nahm seinen Aufenthalt in der Schweiz. Die französische Regierung, welche Umtriebe befürchtete, verlangte von der Eidgenossenschaft seine Ausweisung. Als diese abgeschlagen ward, drohte Ludwig Philipp, der früher selber in der Schweiz eine Freistätte gefunden, mit Krieg. Die Eidgenossenschaft war diesmal nicht gewillt, nachzugeben: sie bereitete sich zum Kampfe vor. Aber auch Ludwig Philipp traf alle Anstalten zum Kriege. Zuletzt verließ Ludwig Napoleon, um ihn zu verhindern, aus eigenem Antriebe den schweizerischen Boden. Ludwig Philipps Zorn war dadurch beschwichtigt: die kriegerischen Rüstungen wurden wieder eingestellt.

Mit nicht minderer Energie wurde von der französischen Regierung gegen mehrere amerikanische Staaten verfahren. Der Freistaat Haiti schuldete Frankreich noch von der Zeit des Unabhängigkeitskrieges her eine Summe von 120 Millionen: auf so viel machte wenigstens Frankreich Ansprüche. Haiti wollte aber diese Summe nicht zahlen. Es kam zu Unterhandlungen: Frankreich drohte mit Krieg; da entschloß sich die haitische Regierung am 12. Februar 1838 zu einem Vertrage mit Frankreich, zufolge dessen sie sich zur Zahlung einer Summe von 60 Millionen Franken verpflichtete und den Franzosen ausgedehnte Handelsvortheile gewährte. — In Mexiko und in den La Plataſtaaten waren mehrere französische Unterthanen, welche kaufmännischer Speculationen wegen sich in diesen Staaten aufgehalten, vielfachen Bedrückungen und Eigenthumsverletzungen ausgesetzt gewesen, sie beklagten sich bei der französischen Regierung. Diese verlangte Genugthuung: sie wurde verweigert. Jetzt setzte Frankreich selber die Entschädigungssumme für die klagenden französischen Unterthanen fest, und verlangte dabei für die Zukunft ganz außerordentliche Privilegien für alle französische Unterthanen. Diesem Begehren wurde noch we-

Digitized by Google

niger willfahrt. Darauf erklärte Frankreich im Jahre 1838 die Mündung des La Plata, wie die ganze östliche Küste Mexicos in Blokadezustand, und sandte mehrere Flotten ab, um die betreffenden Staaten zur Nachgiebigkeit zu nöthigen. Mit den La Platastaaten begannen die Feindseligkeiten schon im Sommer 1838, und am 11. Oktober bemächtigten sich die Franzosen der kleinen Insel Martin Garcia an der Mündung des La Plata. Mit Mexiko begannen die Feindseligkeiten im Oktober. Ein Sohn Ludwig Philipps, der Prinz von Joinville, war selber bei der Expedition gegenwärtig. Die Absicht der Franzosen war, sich Vera Cruz's zu bemächtigen. Am 27. November 1838 wurde von ihnen das Castell San Juan Ulloa mit Sturm genommen und der Befehlshaber zur Capitulation genöthigt, in Folge welcher auch Vera Cruz den Franzosen übergeben werden sollte. Der Präsident Mexiko's, Bustamente, verweigerte aber die Zustimmung, der Congreß erklärte am 30. November den Krieg an Frankreich. Ein Versuch der Franzosen, Vera Cruz durch Ueberrumpelung zu gewinnen, scheiterte. Unter englischer Vermittelung kam sodann im März 1839 der Friede zu Stande. Die Forderung der Franzosen wurde von 800,000 auf 600,000 Piaster ermäßigt; von ihren anderen Ansprüchen mußten ebenfalls einige aufgegeben werden. Auch bei den La Platastaaten wollte England vermitteln, die Unterhandlungen zogen sich aber bis zum Jahre 1840 hin. — In Oceanien waren auf Otahiti, einer der Gesellschaftsinseln, welche die Königin Pomare beherrschte, französische Missionaire mißhandelt worden. Auch dafür verlangte Frankreich Genugthuung und drohte, wenn sie nicht geleistet würde, mit Krieg. Die Königin Pomare fügte sich, und schloß im August 1838 mit den Franzosen einen Handelsvertrag ab, der sie den meist begünstigten Nationen gleichsetzte. Das Jahr darauf, im April 1839, wurde ihnen auch die Errichtung einer katholischen Mission gestattet, welche sofort dazu benutzt wurde, um den französischen Einfluß auf der Insel auszudehnen.

Auf diese Weise suchte Ludwig Philipp die Franzosen für die schlechte Rolle zu entschädigen, welche er den absoluten Mächten ge-

Digitized by Google

genüber in Europa spielte. Aber all' diesen Unternehmungen lag offenbar noch ein anderes Motiv zu Grunde: Frankreich strebte nach einer größern Bedeutung als Handels- und Seemacht. Mit dem Versuch, das Ansehn seiner Flagge in den amerikanischen und australischen Gewässern zu steigern, hingen auf das Innigste seine Eroberungen auf der afrikanischen Küste zusammen, ja, wie ich bereits angedeutet, diese waren eigentlich der Ausgangspunkt für jene Bestrebungen.

Zwar anfänglich gedachte Ludwig Philipp die Eroberung von Algier nicht in dem angegebenen Sinne zu benutzen. Schon Karl X. mußte bei seiner Unternehmung den Engländern versprechen, daß er es nicht auf die Eroberung Algiers abgesehen habe und Ludwig Philipp wiederholte dieses Versprechen bei seiner Thronbesteigung, um so mehr, als ihm die Freundschaft Englands damals doppelt nothwendig war. Bei dem Stande der öffentlichen Meinung in Frankreich war es aber unmöglich, Algier ohne Weiteres aufzugeben. Ludwig Philipps Taktik beschränkte sich also in den ersten Jahren darauf, so geringe Mittel für die neue Eroberung zu verwenden, daß sie sich nicht befestigen und ausdehnen konnte. Außerdem sorgten auch die Befehlshaber, die Beamten, die Soldaten durch die grausame, räuberische und despotische Art und Weise, wie sie sich zu den Eingeborenen verhielten, dafür, daß Algier kein gesicherter Besitz werden konnte. Die Kriege mit den streitbaren Beduinen hörten gar nicht auf, und wenn auch hie und da einige Stämme sich unterwarfen, so war doch darauf nicht zu rechnen, besonders seitdem Abdel-Kader, (von 1832 an) sich an ihre Spitze stellte. Dazu kam, daß bei den Franzosen kein durchgreifender mit Consequenz durchgeführter Plan gefunden werden konnte. Und dieß hatte seinen Grund in dem unaufhörlichen Wechsel der Gouverneure. Vom September 1830 bis Februar 1831 bekleidete General Clauzel diese Stelle: dieser gedachte große Plane auszuführen, was den Absichten Ludwig Philipps widersprach. Er wurde also abgerufen und durch den unfähigen Barthezene ersetzt. Im December 1831 mußte aber dieser schon dem General Savary, Herzog von Rovigo weichen, welcher bis zum März 1833 blieb. An seine Stelle kam Voirol bis

Digitized by Google

zum September 1834. Dann erhielt der 70jährige Drouet d'Erlon den Oberbefehl, und nach ihm, im Sommer 1835, kam Clauzel wieder. Aber schon im Anfange 1837 wurde Clauzel noch einmal abberufen, um dem General Damremont zu weichen. Die beständigen Kämpfe mit den Eingeborenen, die beträchtlichen Verluste, welche die Franzosen dabei erlitten, die offenbar äußerst unsichere Stellung, welche sie hier einnahmen, waren nicht dazu geeignet, dieses Besitzthum in der Hand der Franzosen beneidenswerth und gefährlich zu finden.

Aber ohngefähr mit dem Jahre 1836 änderte sich dieß. Inzwischen hatte sich Ludwig Philipp wieder den absoluten Cabinetten genähert und brauchte daher die englische Freundschaft nicht mehr so nothwendig. Er konnte jetzt daran denken, den Besitz Algiers auszubeuten, es für größere Entwürfe zu benutzen. Um dieselbe Zeit kam Thiers an die Spitze der Verwaltung, welcher immer weit aussehende Plane für Frankreichs äußere Politik verfolgte. Die Colonie Algier schien ganz dazu geeignet, den Franzosen ein Uebergewicht im Mittelmeere zu verschaffen, wenn man die Verhältnisse gehörig benutzte. Von Algier aus konnte man den französischen Einfluß längs der afrikanischen Küste bis nach Aegypten, bis nach Syrien hin ausdehnen. Mit Tunis, dem an Algier gränzenden Staate, waren schon früher Verbindungen angeknüpft worden: seit 1836 wurde der französische Einfluß immer mächtiger: ebenso suchte er sich in Tripolis festzusetzen. Seit der Eroberung von Constantine im November 1837 hatte die französische Herrschaft einen festen Halt gewonnen und sich den benachbarten Stämmen achtunggebietender gezeigt. Um diese Zeit wurde auch mit Abdel-Kader ein Abkommen getroffen, welches den Franzosen die Möglichkeit gewährte, der inneren Verwaltung größere Aufmerksamkeit zu schenken und solidere Grundlagen zu errichten. Die Plane stiegen jetzt immer höher. Frankreich richtete sein besonderes Augenmerk auf Mehemed Ali von Aegypten. Wir haben schon früher bemerkt, daß die französische Nation eine gewisse Vorliebe für diesen Charakter hegte: seit dem Vertrage von Kutajah steigerte sie sich. Umgekehrt näherte sich Mehemed Ali den Franzosen um so mehr, als ihm

Digitized by Google

die feindseligen Gesinnungen Englands nicht verborgen waren. Die französische Diplomatie erkannte ebenso wie die englische die außerordentliche Wichtigkeit Mehemed Ali's, wegen des Besitzes von Aegypten und Syrien. Sie hoffte, wenn sie mit ihm in gutem Vernehmen blieb, nicht nur durch die Unterstützung seiner Flotte den Engländern ihr Uebergewicht im Mittelmeere streitig machen zu können, nicht nur Handelsvortheile in Bezug auf Syrien zu erlangen, sondern auch den Engländern in Bezug auf den neuen Handelsweg über Suez und das rothe Meer den Rang abzugewinnen. In dieser Absicht knüpfte Frankreich bereits Handelsverbindungen in Abyssinien an, suchte es mit dem Sultan von Maskat an der Ostküste Arabiens in Beziehungen zu treten.

Die Engländer verfolgten mit steigender Eifersucht diese Bestrebungen Frankreichs. Auch versäumten sie nicht, dieselben, wo sie konnten, zu durchkreuzen. Ihre Agenten mußten in Tunis und Tripolis den französischen Einfluß zu verdrängen suchen. Dann knüpften sie zu Bengazi in Barka Verbindungen an, um den Franzosen auf der afrikanischen Küste die Wage zu halten. Ja sie munterten den Sultan Mahmud im Jahre 1836 auf, eine Flotte nach Tunis zu schicken, um den dortigen Bey, der ganz von Frankreich abhängig war, wieder zu unterwerfen. Dem Namen nach gehörten nämlich Tripolis, Tunis und Algier noch zum türkischen Reiche, wenn auch von jeher die Abhängigkeit dieser Staaten von der Pforte nur eine sehr geringe gewesen. In der That segelte eine türkische Flotte im August 1836 zu diesem Zwecke nach Tunis. Als die Franzosen dieß erfuhren, so sandten sie ebenfalls eine Flotte nach Tunis und erklärten, die türkische in keinem Falle in den Hafen zu lassen, weil der Dey Frankreichs Verbündeter sei und unter seinem Schutze stehe. Die Pforte gab nun vor der Hand ihre Absicht auf und blieb in Tripolis, wo sie mit Hülfe Englands ihren Einfluß wieder herstellte. Damit begnügte sich aber England nicht. Es trieb den Sultan an, den Franzosen die Herrschaft über Algier streitig zu machen. Im Jahre 1838 wurde Reschid nach Paris geschickt, um von der französischen Regierung die Aner-

Digitized by Google

kennung der Oberhoheit des Sultans über Algier, Oran und Constantine zu verlangen oder eine jährliche Geldentschädigung*). Natürlich ging Frankreich nicht darauf ein. Alles dieses konnte das gute Vernehmen zwischen der Pforte und Frankreich nicht sehr fördern. Uebrigens wurde zwischen beiden Mächten im Jahre 1838 ebenfalls ein Handelsvertrag abgeschlossen: oder vielmehr Frankreich trat dem türkisch-englischen bei.

All' diese Bestrebungen Frankreichs, seine Versuche in Afrika, seine Absichten auf Erweiterung der Herrschaft im Mittelmeer, sein Bemühen um den neuen Weg nach Ostindien, seine Uebergriffe in Amerika und Australien versetzten England in eine gereizte Stimmung gegen Frankreich. Von dem guten Einvernehmen beider Mächte war daher um jene Zeit, als die europäische Diplomatie die Verhältnisse zwischen Mehemed Ali und der Pforte ordnen sollte, keine Rede mehr.

Und gerade in Bezug auf den eben zu verhandelnden Gegenstand herrschte zwischen England und Frankreich eine große Verschiedenheit der Ansicht. England, wie wir gesehen, war gegen Mehemed Ali und suchte seine Macht so viel wie möglich zu verringern, während Frankreich seine Parthie nahm. Namentlich verlangte England, daß ihm Syrien genommen werde, während Frankreich nur in dem Falle sich damit einverstanden erklärte, wenn Mehemed Ali freiwillig seine Zustimmung gebe, was natürlich auf keine Weise zu erwarten war.

Bis zum September 1839 hatte sich der Widerspruch zwischen Frankreich und England bezüglich der orientalischen Frage als unzweifelhaft herausgestellt. England drang darauf, daß Mehemed Ali nöthigenfalls von den Mächten durch Waffengewalt gezwungen werde, jene Gebiete zu räumen, die ihm England entreißen wollte: Frankreich ließ nicht undeutlich merken, daß es sich jedem Versuche, gegen Mehemed Gewalt anzuwenden, widersetzen werde. England führte für seine Meinung an: um die Integrität der Pforte zu erhalten, sei eine Verringerung der Macht Mehemed Ali's durchaus nothwendig: eben

---

*) Capefigue. IX. 436.

Digitized by Google

die gegenwärtige Machtstellung des Vicekönigs von Aegypten bedrohe beständig die Unabhängigkeit der Pforte. Frankreich meinte: es müsse vor Allem der Zweck der europäischen Diplomatie sein, Rußlands Einfluß auf das türkische Reich zu beseitigen; die Pforte sei aber altersschwach, könne sich selber nicht schützen; dagegen sei Mehemed Ali der Mann, Rußland die Spitze zu bieten. Diesen dürfe man daher nicht schwächen, im Gegentheil ein gutes Verhältniß zwischen ihm und der Pforte herzustellen suchen: als Freund und Verbündeter der Pforte würde er, weit entfernt, diese zu schwächen, vielmehr seine ganze Kraft aufbieten, um sie gegen ungerechte Ansprüche zu vertheidigen.

Der Vierbundvertrag vom 15. Juli 1840.

Diese Mißverständnisse zwischen England und Frankreich glaubte Rußland sofort benutzen zu müssen, um den schon lange gewünschten Bruch zwischen beiden Mächten zu einem vollständigen zu machen. Wir haben bereits an mehreren Orten angedeutet, wie Rußland danach strebte, den englisch-französischen Bund aufzulösen, welcher seinem eigentlichen Gegner, England, eine so bedeutende Waffe in die Hand gab. Früher in den ersten Jahren nach dem Vertrag von Unkiar Skelessi versuchte die russische Diplomatie Frankreich von England zu trennen: später, seitdem die maritimen Bestrebungen Frankreichs sich mehr bemerklich machten, hielt sie es für besser, es mit England zu versuchen. Sie gab sich alle Mühe, die Eifersucht Englands auf Frankreich zu nähren, sie unterstützte sogar manche Bestrebungen Englands, jene Plane Frankreichs zu durchkreuzen. So vereinigte sie sich mit England, um den Sultan zu jener Unternehmung gegen Tunis, die eigentlich wider Frankreich gerichtet war, zu vermögen: ebenso unterstützte sie mit England die Forderungen, welche die Pforte durch Reschid Pascha in Paris bezüglich Algier, Constantine und Oran machen ließ. Jetzt, im September 1839, schickte Rußland den Baron v. Brunnow, einen zwar jungen, aber sehr gewandten Diplomaten,

Digitized by Google

nach London, um mit dem Ministerium über die Erledigung der orientalischen Frage zu unterhandeln und zwar in einem Frankreich geradezu entgegengesetzten Sinne, was den Bruch Englands und Frankreichs zur Folge haben mußte. Rußland verhehlte sich nicht, daß dieß nicht so leicht zu erreichen sein werde, da die öffentliche Meinung in England den Bund mit Frankreich für nothwendig erachtete, den Bestrebungen Rußlands gegenüber, und ein großer Theil der englischen Staatsmänner von demselben Gedanken erfüllt war. Rußland glaubte daher sich zu allerlei Zugeständnissen entschließen zu müssen, wenn auch nur zu scheinbaren. Uebrigens wurden die Absichten der russischen Diplomatie durch die Lage der Dinge außerordentlich begünstigt. Fürs Erste stimmten die augenblicklichen Wünsche Rußlands bezüglich der ägyptisch-türkischen Frage mit den englischen überein. Palmerston verlangte das Besitzthum Mehemed Ali's auf Aegypten beschränkt, überhaupt eine Verringerung seiner Macht, weil dann England Einfluß auf Syrien gewinnen und vermöge des Handelsvertrages mit der Pforte in diesem äußerst wichtigen Lande vortheilhafte Handelsverbindungen anknüpfen konnte. Rußland wünschte ebenfalls eine Beschränkung der Macht Mehemed Ali's, weil dieser energische Fürst den russischen Entwürfen viel gefährlicher war, als die Pforte: namentlich war dieß der Fall, so lange er sich im Besitze Syriens befand, weil er hier jeden Versuch Rußlands, Kleinasien und von da aus Konstantinopel zu bedrohen, scheitern machen konnte. Syrien in der schwachen Hand der Pforte war dagegen eine weit leichtere Beute Rußlands. Also die geheimen Absichten Rußlands und Englands führten zu einem und demselben Ziele, zur Verminderung der Macht Mehemed Ali's und namentlich zur Wiedererstattung Syriens an die Pforte. Rußland gab sich aber das Ansehen, als ob es mit diesem Punkte an England ein Zugeständniß mache: Brunnow mußte Palmerston eröffnen, daß Rußland Mehemed Ali an England preisgebe, daß es nichts gegen seine Heerstraße durch Suez habe, daß es ihm vielmehr hier jeden glücklichen Erfolg wünsche. Dieß war aber nicht genug. Ein Hauptärgerniß für England bestand, wie wir gesehen, in dem

Digitized by Google

Vertrage von Unkiar Skelessi. Brunnow mußte nun erklären, daß dieser Vertrag als nicht mehr bestehend zu betrachten sei: die Engländer hätten alle Freiheit im schwarzen Meere, ihrem Handel würden gar keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt und dergleichen. Endlich mußte Brunnow erklären, daß Rußland für das nächste Jahr die Feindseligkeiten gegen die Tscherkessen einzustellen gedenke. Dieß Alles verfehlte nicht seine gehörige Wirkung. Um nun aber die Eifersucht Palmerstons gegen Frankreich nicht erkalten zu lassen, wurden neuerdings alle Versuche dieses Staates, England entgegenzutreten und seinen politischen Einfluß zu durchkreuzen, dem englischen Minister des Auswärtigen vor die Augen gestellt. So wurde die Absendung eines französischen Gesandten, Serceys, an den persischen Hof von Brunnow gegen Lord Palmerston als ein Versuch Frankreichs ausgelegt, in Persien dem englischen Einfluß entgegenzutreten*).

In diesen Versuchen, England vollends von Frankreich zu trennen und ersteres zu einer Erledigung der orientalischen Frage in einem Frankreich feindlichen Sinne zu vermögen, wurde Rußland durch Oesterreich und Preußen und sogar durch Frankreich selber unterstützt. Was Preußen anbetrifft, so handelte dieses, wie schon oft bemerkt, blindlings nach Rußlands Befehl, es war also auch in der orientalischen Frage mit Rußlands Politik einverstanden. Oesterreich betrachtete allerdings den russischen Einfluß in Constantinopel mit Aengstlichkeit. Um diesen handelte es sich jedoch zunächst nicht. In Bezug auf Mehemed Ali aber hatte Metternich dieselbe Ansicht, wie das britische Ministerium: er glaubte durch die Machtstellung des Vicekönigs von Aegypten die Integrität der Pforte bedroht, außerdem betrachtete er Mehemed als Rebellen; als solcher war er ein Feind der politischen Prinzipien Metternichs und durfte folglich nicht unterstützt werden. Im Wesentlichen stimmten also die vier Cabinette überein: nur Frankreich hatte eine gegentheilige Ansicht, Frankreich, dem die absoluten Mächte die Julirevolution immer noch nicht verziehen

*) Capefigue. X. 188.

Digitized by Google

hatten. Da dieses bald merkte, daß es in dem Rathe der fünf Mächte mit seiner Meinung in der Minderheit bleiben würde, so versuchte es, im Widerspruch mit der Collektivnote vom 27. Juli 1839, für sich besonders die orientalische Frage zu schlichten. Es machte Versuche bei der Pforte, bei Metternich, bei Rußland. Sie hatten aber alle keine Erfolge. Man wies Frankreich an die gemeinsamen Verhandlungen der fünf Mächte hin, welche in London gepflogen wurden, und denen seit Februar 1840 auch ein türkischer Bevollmächtigter beiwohnte. Frankreich entfernte sich aber von den Verhandlungen immer mehr, und der französische Gesandte hatte den ausdrücklichen Befehl, kein Protokoll zu unterzeichnen.

Unter solchen Umständen war es nicht schwer, die vier Mächte zu gemeinsamen Beschlüssen, mit Ausschließung Frankreichs, zu vermögen. Bereits im Januar 1840 waren England und Rußland mit einander ins Reine gekommen. Am 15. Juli 1840 wurde endlich zu London zwischen England, Rußland, Oesterreich, Preußen und der Pforte der Vertrag abgeschlossen, welcher unter dem Namen des Vierbundvertrages bekannt ist. Die Hauptpunkte dieses Vertrages sind folgende: 1) Mehemed Ali wird die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten, ferner die Lebenslänglichkeit des Paschaliks von Akre und noch eines Theiles von Syrien, dessen Gränzen bestimmt werden sollen, zugestanden. Dagegen muß er aufgeben Arabien, Kreta, Adana und den übrigen Theil von Syrien. Innerhalb 10 Tagen muß Mehemed Ali diese Vorschläge angenommen und den Befehl zur Räumung der ihm entzogenen Gebiete ertheilt haben. Wo nicht, zieht der Sultan die Bewilligung wegen Akre und eines Theiles von Syrien zurück und gesteht nur noch die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten zu, falls der Pascha in weiteren 10 Tagen diesen Vorschlag annimmt. Wo nicht, steht es dem Sultan frei, auch dieses Anerbieten zurückzunehmen und nach seinen Interessen und nach den Rathschlägen der Mächte zu handeln. Auch muß die türkische Flotte unter allen Umständen von Mehemed Ali ausgeliefert werden. 2) Die Pforte wird unter den gemeinsamen militärischen Schutz der vier Mächte

Digitized by Google

gestellt: sie verpflichten sich, Mehemed Ali zu der Annahme obiger Bedingungen zu vermögen, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden. Um die Hauptstadt des osmanischen Reiches gegen einen etwaigen Angriff sicher zu stellen, werden die Dardanellen und der Bosporus, so wie der Sultan es begehrt, von den Mächten gemeinsam besetzt, müssen indeß gleichzeitig wieder geräumt werden, wenn der Sultan die fremde Hülfe nicht mehr für nothwendig erachtet. 3) Der Sultan erneuert das alte Gesetz, daß in Friedenszeiten kein fremdes Kriegsschiff weder in die Dardanellen, noch in den Bosporus einlaufen darf, und die Mächte verpflichten sich, diese Entschließung zu achten. Doch behält sich der Sultan vor, fernerhin kleineren fremden Kriegsschiffen, welche zum Gesandtschaftsdienste gebraucht werden, den Durchgang zu ertheilen. 4) Die zur Erfüllung dieses Vertrages nothwendigen militärischen vorläufigen Maßregeln werden jetzt schon getroffen, ohne auf die Ratification des Vertrages von Seiten der vier Höfe zu warten.

Die Bestimmungen dieses Vertrages scheinen also das ausschließliche Recht Rußlands, der Pforte zu Hülfe zu kommen, welches dasselbe durch den Vertrag von Unkiar Skelessi erhalten hat, zu beseitigen, da die Viermächte gemeinsam diese Verpflichtung auf sich nehmen. Hierin allein muß man das angebliche Aufgeben des Vertrages von Unkiar Skelessi suchen, welches früher der russische Gesandte versprochen und dessen sich Palmerston dem britischen Parlamente gegenüber rühmte. Eine der wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages aber, nämlich die in dem geheimen Artikel enthaltene, wurde durch den Vierbundvertrag nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar von den anderen drei Mächten ausdrücklich anerkannt, nämlich, daß fremde Kriegsschiffe von den Dardanellen ausgeschlossen sein sollen. Zwar sind auch russische Kriegsschiffe vom Bosporus ausgeschlossen; dafür aber bleibt Rußland Herr über das schwarze Meer, und nöthigenfalls ist es ihm leicht, durch den unbefestigten Bosporus zu dringen, während die Dardanellen, wie wir gesehen, auf Rußlands Antrieb auf das Beste befestigt worden waren.

Man sieht also: die Zugeständnisse, welche Rußland in dem Vier-

Digitized by Google

bundvertrage an die anderen Mächte oder vielmehr an England machte, waren im Wesentlichen unbedeutende, im Vergleich mit dem großen Vortheil, den es durch die Zerreißung der französisch-englischen Allianz gewonnen. Denn daß der Vertrag vom 15. Juli den Bruch mit Frankreich herbeiführen mußte, war unzweifelhaft. Schon die Art und Weise des Abschlusses des Vertrags mußte Frankreich auf das tiefste beleidigen. Der französische Gesandte in London, Guizot, war vorher nicht davon in Kenntniß gesetzt worden; erst nachdem der Vertrag von den Gesandten der vier Mächte unterzeichnet worden war, benachrichtigte ihn Lord Palmerston davon mit der Bemerkung, daß Frankreich durch sein Benehmen selber die Ausschließung verschuldet habe: übrigens stände ihm der Beitritt offen.

Die Nachricht von dem Abschlusse des Vierbundvertrags kam am 19. nach Paris. Sie erregte eine ungemeine Entrüstung, nicht nur im Ministerium, sondern noch vielmehr in der Nation. Man erblickte darin eine Verhöhnung Frankreichs, eine Art Kriegserklärung. Und man war nicht gesonnen, sich diese Behandlung gefallen zu lassen. Eine ungemeine Aufregung bemächtigte sich des ganzen Volkes: sie wurde von der Regierung nicht beschwichtigt, im Gegentheile noch genährt. Ihre Sprache war eine entschiedene, kriegerische. Auch wurden sofort die größten Rüstungen betrieben, die Flotte vermehrt, Anstalten zur Befestigung von Paris gemacht. Frankreich schien auf das Aeußerste gefaßt zu sein, nicht im Geringsten nachgeben zu wollen. Allgemein glaubte man an einen europäischen Krieg.

Frankreichs innere Entwickelung von 1836 bis 1840.

Aber wie ist auf einmal diese kriegerische Haltung Frankreichs zu erklären, da wir ja gesehen, wie sich Ludwig Philipp seit Jahr und Tag scheute, mit irgend einer der absoluten Mächte in Verwicklung zu gerathen, und jetzt stand er feindlich sogar allen europäischen Großmächten gegenüber!

Digitized by Google

Diese Erscheinung findet ihre Erklärung in der eigenthümlichen Wendung, welche die innern Zustände Frankreichs in den letzten Jahren genommen.

Nachdem Ludwig Philipp über die verschiedenen ihm feindlichen Parteien den Sieg davon getragen, dachte er doch nicht daran, ein milderes, wahrhaft constitutionelles System an die Stelle des bisher befolgten treten zu lassen, sondern seine Absicht war vielmehr, die Reaction immer weiter auszubauen und die constitutionelle Regierungsform zur Täuschung zu machen. Dem zu Folge fuhr er fort, seinen persönlichen Willen als den maßgebenden für die Richtung der Verwaltung zu betrachten, weßhalb seine Minister im Grunde nichts Anderes, als die einfachen Ausführer seines Willens waren, und weder ihre eigene Meinung, noch die der Mehrheit der Kammern durchsetzen durften. Die Tendenzen Ludwig Philipps gingen aber eines Theils dahin, die persönliche Freiheit der Franzosen so viel wie möglich zu beschränken, andern Theils, sich auf Kosten des Staats zu bereichern, weßhalb er immer wieder mit Forderungen von Apanagen für seine Kinder auftrat.

Diese Handlungsweise war aber keineswegs geeignet, seine Regierung bei den Franzosen beliebt zu machen, ja sogar in den Kammern bildete sich nachgerade eine Opposition dagegen. Schon im Jahre 1837 erlitt Ludwig Philipp mannichfache Niederlagen. Er ließ den Kammern im Januar mehrere Gesetzesentwürfe vorlegen, die sämmtlich darauf berechnet waren, nach jenen zwei Richtungen hin sein System zu befestigen. Nach dem ersten Gesetz sollte künftig bei Verbrechen, die gemeinschaftlich von Civilisten und Militairpersonen begangen wurden, eine Trennung des Gerichtshofes stattfinden. Jene sollten allerdings vor die Geschworenen, letztere aber vor Kriegsgerichte kommen. Dieß Gesetz wurde hervorgerufen durch die Freisprechung der in die Verschwörung Ludwig Napoleons Verwickelten von den Geschworenen des Elsaßes. Das zweite Gesetz bezeichnete die Insel Bourbon als Deportationsort, wodurch diese Strafe für politische Verbrechen, die bisher nur theoretisch vorhanden war, in die Wirk-

Digitized by Google

lichkeit einzutreten drohte. Der dritte Gesetzesentwurf verhängte die schwerste Gefängnißstrafe gegen Denjenigen, welcher Kunde von einer Verschwörung, oder von einer Unternehmung gegen das Leben des Königs erhalten und innerhalb 24 Stunden dieselbe nicht angezeigt. Ein ferneres Gesetz verlangte für den Herzog von Nemours, den zweiten Sohn des Königs, als Apanage die große Domäne Rambouillet nebst Chateauneuf, deren Einkünfte vom Hofe nur auf 460,000 Franken angeschlagen wurden, während sie 40 Millionen werth war. Endlich wurde für die Königin der Belgier nachträglich noch 1 Million als Brautgeschenk verlangt.

Von diesen Gesetzen wurden die drei ersten von der Kammer zurückgewiesen. Gegen die Apanage des Herzogs von Nemours trat die Presse so entschieden auf, daß Ludwig Philipp es für besser hielt, sie vorderhand fallen zu lassen. Dagegen verlangte er eine Erhöhung der Apanage des Herzogs von Orleans auf 2 Millionen bei Gelegenheit seiner Heirath, die ihm denn auch von der Kammer bewilligt wurde; ebenso verstand sie sich zur Bewilligung der Million für die Königin der Belgier. Ludwig Philipp glaubte trotzdem, sich auf die Kammer nicht mehr verlassen zu können; sie wurde aufgelöst, und für 1838 neue Wahlen angeordnet. Aber die neue Kammer fiel keineswegs besser für die Regierung aus. Vielmehr bereitete sich in ihr eine viel entschiedenere Opposition gegen dieselbe vor.

Das Ministerium Molé, unter dessen Namen die persönliche Politik Ludwig Philipps geführt wurde, stieß nach den verschiedenen Richtungen seiner Thätigkeit an. Im Innern ging die Reaction ihren Gang fort, die Presse wurde unausgesetzt verfolgt, politische Prozesse hörten nicht auf, wurden aber, wenn es anging, der Pairskammer überwiesen, die natürlich nur Verurtheilungen aussprach, die Finanzen geriethen in immer größere Verwirrung, weßhalb an eine Herabsetzung der Steuern nicht zu denken war, zugleich kamen eine Reihe von Veruntreuungen, Bestechungen und Niederträchtigkeiten von höheren Staatsbeamten an den Tag, welche jedem Unbefangenen die sittliche Verworfenheit der Ludwig Philippischen Regierung zeigen mußten.

Digitized by Google

Unter diesen machte der Prozeß Gisquets, des ehemaligen Polizeipräfecten, besonderes Aufsehen. Dazu kam noch die erbärmliche Rolle, welche Frankreich in der äußeren Politik spielte.

All' dieß weckte den Unwillen der Bevölkerung und rief auch bei den Kammern Widerspruch hervor. Schon in der Sitzung von 1838 nahmen sie eine das Ministerium bedrohende Haltung an; es wurden mehrere Gesetzesentwürfe angenommen, trotz des Widerspruchs der Minister, welche eine Niederlage derselben ausdrückten, wie z. B. das Gesetz zur Sicherstellung der höheren Offiziere gegen willkürliche Entlassung und die Forderung der Rentenreduction der Staatsschuld. Indessen gelang es Ludwig Philipp immer wieder, die Mehrheit zu täuschen und zu beschwichtigen. Endlich jedoch wurde eine Vereinigung der Linken und der Doctrinairs herbeigeführt und zwar durch die unermüdlichen Bemühungen Thiers. Als die Kammer Anfang 1839 eröffnet wurde, hatte die Vereinigung der beiden Parteien, zum Behufe des Sturzes des Ministeriums Molé, bereits stattgefunden, und die von Thiers geleitete Opposition, an welcher selbst Guizot lebhaften Antheil nahm, trat gleich bei der Adresse auf die Thronrede so furchtbar gegen die Regierung auf, daß Ludwig Philipp, der auf keinen Fall nachgeben wollte, sich genöthigt sah, die Kammer aufzulösen, Februar 1839, und neue Wahlen anzuordnen. Die Regierung wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um bei den neuen Wahlen den Sieg davon zu tragen; sie ließ besonders auch in der Presse wirken, schilderte den Bourgeois, auf deren Schrecken sie es abgesehen hatte, die Gefahren einer neuen Revolution, welche von der Opposition beabsichtigt würde, mit den schwärzesten Farben, erreichte aber trotz alledem nicht ihren Zweck. Denn die Wahlen fielen in der Mehrheit gegen die Regierung aus. Das Ministerium Molé dankte nun ab. Das Einfachste und dem constitutionellen Systeme Gemäße wäre nun gewesen, wenn Thiers, der Führer der Opposition, an die Spitze eines neuen Ministeriums berufen worden wäre. Allein Thiers stellte Bedingungen, auf welche Ludwig Philipp nicht eingehen wollte, da er nicht gesonnen war, seine persönliche Regierung aufzugeben.

Digitized by Google

Er hielt nun die Franzosen Wochen, Monate mit der Bildung eines neuen Ministeriums hin. Inzwischen stieg die Aufregung im Volke, und am 12. Mai 1839 kam es sogar wieder einmal nach langer Zeit zu einem republikanischen Aufstand in Paris, der jedoch keinen Erfolg weiter hatte, als den, daß Ludwig Philipp noch am Abende desselben Tages sich genöthigt sah, ein definitives Ministerium zu ernennen. An der Spitze desselben stand der Marschall Soult als Minister des Auswärtigen. Passy bekam die Finanzen, Teste die Justiz, Dufaure die öffentlichen Arbeiten, Villemain den Unterricht, Duchatel den Unterricht, Cunin Gridaine den Handel, Duperré die Marine.

Dieses Ministerium, durch die letzten Erfahrungen klug gemacht, berücksichtigte im Ganzen die öffentliche Meinung in Frankreich viel mehr, als die bisherigen und suchte namentlich in den Beziehungen zum Auslande derselben gerecht zu werden. Wir haben bereits seine Haltung bezüglich Spaniens angeführt, und auch seine orientalische Politik ist besonders dem Umstande zuzuschreiben, daß es die Nothwendigkeit einsah, die Regierung bei den Franzosen wieder populär zu machen. Auch konnte dies Ministerium auf die Kammer rechnen. Aber Ludwig Philipp dachte zu sehr an die Bereicherung seiner Familie, als daß er nicht auch bei dieser Kammer den Versuch hätte machen sollen, sie für seine deßfallsigen Absichten zu gewinnen. Er brachte noch einmal den Vorschlag der Apanage des Herzogs von Nemours. Sein Ministerium war schwach genug, denselben zu unterstützen. Der Vorschlag wurde aber von der entrüsteten Kammer im Februar 1840 mit großer Mehrheit verworfen. Das Ministerium gab nun seine Entlassung ein und erhielt sie.

Ludwig Philipp befand sich jetzt in einer sehr schwierigen Lage. Er versuchte zuerst, ein Ministerium Molé, dann Broglie zu Stande zu bringen. Beide Männer weigerten sich aber, darauf einzugehen, weil inzwischen die Stimmung in Frankreich sich immer entschiedener nach der liberalen Seite hingeneigt hatte; sie sahen ein, daß Thiers nicht mehr zu vermeiden sei. Auch Ludwig Philipp mußte sich zuletzt dazu entschließen, ihn an die Spitze der Geschäfte zu stellen.

Digitized by Google

Das Ministerium Thiers — Thiers Aeußeres, Remusat Inneres, Vivine Justiz und Cultus, Pelet Finanzen, Cousin Unterricht, Cubieres Krieg, Roussin Marine und Colonien, Jaubert öffentliche Arbeiten — wurde am 1. März 1840 gebildet. Es war aus der Linken hervorgegangen und stützte sich daher vorzugsweise auf dieselbe. Kein Ministerium seit langer Zeit suchte sich so sehr an die revolutionairen Sympathien anzulehnen, wie das von Thiers. Es setzte eine ausgedehnte Amnestie durch, besetzte die Aemter im Ganzen mit liberalen Männern, gab die Presse frei und weckte absichtlich die Erinnerung an den kriegerischen Ruhm Frankreichs. Von diesem Ministerium, Mai 1840, wurde die englische Regierung um die Erlaubniß ersucht, die Asche Napoleons von der Insel Helena nach Paris bringen zu dürfen, was sofort zugestanden wurde. Ein Sohn Ludwig Philipps, der Prinz von Joinville, stand an der Spitze der zu diesem Ende veranstalteten Expedition. In Paris selber wurden große Feierlichkeiten vorbereitet, welche die Franzosen auf einige Zeit das Reactionssystem vergessen ließen, das Ludwig Philipp gegen sie ausgeübt. Von Tag zu Tag stieg die Aufregung und Thiers begünstigte sie absichtlich. Denn er gedachte in der äußeren Politik Frankreich endlich die ehrenvolle Rolle spielen zu lassen, welche er ihm schon bei seinem früheren Ministerium zugedacht, und wovon er nur durch den persönlichen Willen des Königs zurückgehalten worden war. Ludwig Philipp schien aber im Augenblicke selber dem Drange der Umstände nachzugeben; wenigstens ließ er sein Ministerium gewähren, und als vollends die Kunde von dem Vierbundvertrage nach Paris gelangte, so ertheilte er sofort die Zustimmung zu den kriegerischen Rüstungen, welche Thiers für nothwendig erachtete.

Die Entwicklung der orientalischen Frage bis zum Frieden Mehemed Ali's mit der Pforte.

Seit lange war der Glaube an einen europäischen Krieg nicht so allgemein, wie dieses Mal. Frankreich schien es wirklich auf einen

Digitized by Google

Krieg mit den Großmächten ankommen lassen zu wollen; und der Charakter, den es hierbei zu entwickeln gedachte, war offenbar ein revolutionairer. Denn sofort bemühte es sich, die Sympathien der liberalen Partei in den benachbarten Ländern zu gewinnen; ja Thiers knüpfte sogar Verbindungen mit den deutschen Flüchtlingen an, in der Absicht, ihre Unterstützung bei einem allenfallsigen Kriege Frankreichs mit den deutschen Regierungen in Anspruch zu nehmen. Doch waren diese theils zu patriotisch, theils zu mißtrauisch gegen Thiers, als daß sie darauf eingegangen wären. Die absoluten Mächte fürchteten indeß wirklich den Krieg und insbesondere die Folgen, welche sich daraus entwickeln konnten zu Gunsten des Liberalismus; ebenso die deutschen Regierungen. Denn es war keinem Zweifel unterworfen, daß die Kriegsgerüchte eine ganz außerordentliche Bewegung auch in Deutschland hervorgerufen, und wir werden später noch auf die Rolle, welche dieses dabei gespielt, und auf die Entwicklung, welche in Folge davon die öffentlichen Angelegenheiten bei uns genommen, zurückkommen.

Indessen die zwei Mächte, welche besonders in Betracht kamen, England und Rußland, kannten die politischen Gesinnungen Ludwig Philipps zu genau, als daß sie sich durch den augenblicklichen Kriegslärm Frankreichs täuschen ließen. Selbst Thiers war es mit seinen großen Rüstungen nicht so sehr Ernst; im Grunde sollten sie nur eine Demonstration sein; er hoffte, sie würden hinreichen, die Mächte zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Vollends nun aber Ludwig Philipp dachte im Herzen niemals an Krieg; wenn er eine Zeit lang die Rüstungen gewähren ließ, so hatte er dabei eine den augenblicklichen Sympathien der Nation durchaus entgegengesetzte Absicht; er wollte sie benutzen, um bei dieser Gelegenheit die Befestigung von Paris zu Stande zu bringen. Nachdem er seinen Zweck erreicht, opferte er Thiers. Im Oktober 1840 wurde er entlassen, und 29. Oktober das Ministerium Soult-Guizot gebildet, welches alsbald den Frieden mit den Mächten suchte, und in die allgemeinen diplomatischen Beziehungen derselben wiederum eintrat. Diese Wendung der Dinge ahnten die

Digitized by Google

Seemächte, und darum ließen sie sich durch Frankreich in der Verfolgung ihrer Plane durchaus nicht beirren. Nachdem sie anfänglich vergebens Mehemed Ali zur Annahme der in dem Protokoll vom 15. Juli 1840 enthaltenen Vorschläge aufgefordert hatten, begannen die Viermächte die Feindseligkeiten. Eine östreichisch-englische Flotte kreuzte an den syrischen und ägyptischen Küsten. Zugleich entsetzte der Sultan den Pascha aller seiner Aemter und erklärte ihn auch des Paschaliks von Aegypten verlustig. Mehemed Ali, damals noch auf die Hülfe Frankreichs vertrauend, gab immer noch nicht nach. Jetzt, im September 1840, wurde Beirut von den Verbündeten bombardirt und eingenommen. Nun gerieth ein fester Platz nach dem andern an der syrischen Küste in ihre Hände; die Truppen Mehemeds wurden zu wiederholten Malen geschlagen; endlich, 4. November, wurde auch die wichtigste Festung, Akre, mit Sturm genommen. Jetzt sah Mehemed wohl ein, daß längerer Widerstand vergeblich sei, zumal da sich die Hülfe Frankreichs als Täuschung erwiesen, schon da noch Thiers am Ruder war, vollends aber nach seinem Sturze.

Unter diesen Umständen hielt England mit der hartnäckigen Verfolgung Mehemed Ali's etwas inne. Es bekämpfte ihn besonders deßhalb so energisch, weil er den Franzosen den Vorzug vor ihm gegeben, weil diese durch Mehemeds Anschluß an sie die maritimen Entwürfe Englands durchkreuzen konnten. Seitdem jedoch Frankreich Mehemed im Stiche gelassen, war auch der Einfluß dieser Macht in Aegypten gebrochen; Mehemed wandte nun entschieden Frankreich den Rücken. England hoffte aber in demselben Augenblicke die Vortheile erlangen zu können, welche Frankreich in Aegypten besessen, und darum glaubte es jetzt, die völlige Vernichtung Mehemed Ali's aufhalten, ja sogar sich einigermaßen seiner annehmen zu müssen. Es bevorwortete bei den Großmächten und ebenso bei der Pforte, daß man Mehemed Ali die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten lassen solle, obschon er dasselbe nach den Bestimmungen des Vertrags vom 15. Juli bereits verwirkt hatte. Ja, der englische Commodore Napier, welcher im November 1840 Alexandrien beschoß, brachte mit Mehemed Ali

Digitized by Google

eine Uebereinkunft zu Stande, in Folge welcher er dem Pascha wirklich die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten zusicherte. Diese Uebereinkunft wurde zwar später wieder aufgehoben, weil sie einseitig, ohne Wissen der anderen Mächte, geschlossen worden war, indeß arbeitete doch England beständig in diesem Sinne, und wußte auch die übrigen Mächte für diesen Punkt zu gewinnen, so daß zuletzt, Anfang 1841, auch die Pforte nachgab. Mehemed Ali, froh, wenigstens noch so viel gerettet zu haben, gab jetzt in Allem nach, was die Mächte verlangten, räumte alle anderen Besitzungen, Candia, Syrien, Arabien, gab die türkische Flotte heraus, und erhielt dafür die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten.

Auf diese Weise erledigte sich die ägyptisch-türkische Frage. Am Meisten hat durch diese Art der Lösung Frankreich verloren. Denn es verscherzte nicht nur seinen Einfluß bei der Pforte, durch die offenbare Begünstigung Mehemed Ali's, sondern auch noch seinen Einfluß bei Mehemed Ali, dadurch, daß es ihn im entscheidenden Moment im Stiche gelassen. England gewann in sofern, als es Mehemed Ali auf seine Seite brachte und dadurch die Straße von Suez gesichert erhielt; allein es verlor zugleich seinen Einfluß bei der Pforte, welche es ihm übel vermerkte, daß vorzüglich durch seine Verwendung Mehemed Ali gerettet wurde. Rußland allein wußte sich auch diesmal das Ansehen zu geben, daß es der Pforte treuester Freund sei; denn es ließ England und die anderen Mächte gewähren, und wenn es auch im Geheimen ganz mit der Art der Lösung einverstanden war und daher nichts dagegen machte, so erschien es doch mehr passiv als thätig einschreitend. Dagegen war es Rußland gewesen, welches den Vertrag vom 15. Juli 1840 zu Stande brachte, der dem Sultan so bedeutende Vortheile über den Vicekönig von Aegypten sicherte, und dessen genaue Befolgung jedenfalls die Frage zu größerem Gunsten des Sultans gelöst haben würde.

Digitized by Google

Siebentes Capitel.

Deutschland bis 1840.

Russischer Einfluß.
Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen. Zollverein.

Aber während Rußland im Osten eine so schlaue und consequente Politik befolgte, war sein Augenmerk nicht minder auf den Westen gerichtet. Besonders auf Deutschland hatte es die russische Diplomatie abgesehen, denn sie erkannte seit lange die außerordentliche politische Wichtigkeit dieses Landes und wußte sehr gut, daß eine freie Entfaltung des deutschen Volksgeistes für die russische Politik der gefährlichste Feind sei. Sie bemühte sich daher, wie wir gesehen, schon seit dem zweiten Pariser Frieden aus allen Kräften, die politische Entwicklung in Deutschland aufzuhalten. Dieses Bestreben gelang ihr nur zu gut, da sie hierin von den zwei deutschen Großmächten auf das Beste unterstützt wurde. Jedoch war es keineswegs Rußlands Absicht, den Einfluß dieser beiden Mächte auf die übrigen deutschen Staaten in einem weiteren Sinne zu verstärken; Preußen und Oesterreich wurden von Rußland nur dazu benutzt, das deutsche Volk in politischer Unmündigkeit, in Schwäche und Kraftlosigkeit zu erhalten. Zugleich aber bemühte sich Rußland, den Einfluß dieser beiden Mächte bei den deutschen Regierungen zu untergraben; was sie in Rußlands Geiste gegen das deutsche Volk gearbeitet, sollte nicht ihnen, sondern Rußland zu Gute kommen, welches gesonnen war, beim nächsten

Digitized by Google

günstigen Augenblick die Beute ganz allein für sich zu nehmen. In diesen Absichten wurde Rußland durch die gegenseitige Eifersucht unterstützt, welche zwischen Oesterreich und Preußen stattfand, und welche von vornherein ein Zusammenhalten beider Mächte in nationalem deutschen Sinne unmöglich machte.

Wir haben schon öfter Gelegenheit gehabt, auf diese Eifersucht hinzudeuten. Das letzte Mal trat sie hervor in den Bewegungen nach der Julirevolution, wo, wie wir gesehen*), Preußen im Plane hatte, die Bundesverfassung, welche ihm ein geringes Feld der Wirksamkeit gestattete, allmälig aufzulösen und solche politische Verhältnisse einzuleiten, welche die preußische Hegemonie ermöglichten. Ja, noch im Jahre 1832 machte Preußen einen Versuch, in das System, welches Metternich am Bundestage aufgebracht, eine Bresche zu schießen, indem es den Vorschlag machte, die Bundesprotokolle wieder zu veröffentlichen, ein Vorschlag, der liberal lautend, die öffentliche Meinung sowohl wie die anderen Regierungen für Preußen gewinnen, dagegen den österreichischen Einfluß verringern sollte. Metternich setzte sich aber mit solcher Entschiedenheit diesem Vorschlage, dessen eigentlichen Zweck er durchschaute, entgegen, daß Preußen davon abstand**). Indessen verfolgte es doch den Plan, außerhalb des Bundestags seinen Einfluß in Deutschland zu verstärken, den schon Bernstorff in der Denkschrift von 1831 auseinandergesetzt. Es gab sich außerordentliche Mühe, seinen Zollverein zu erweitern und so viel wie möglich Staaten zum Beitritte zu bestimmen. Im Jahre 1828 waren die meisten preußischen Enclaven und Hessen-Darmstadt beigetreten; im August 1831 trat Kurhessen hinzu; 1833 schlossen sich Baiern, Würtemberg, Königreich Sachsen und Thüringen an, 1835 Baden und Nassau, 1836 Frankfurt am Main.

Dieses Ereigniß war von einer nicht geringen Bedeutung und

*) S. Seite 191.

**) S. die preußische und österreichische Denkschrift in Kombsts Aktenstücken 1835 S. 58. f.


Digitized by Google

verschaffte Preußen einen weit größeren Einfluß auf Deutschland, als man im ersten Augenblicke meinte. Es gewann durch die Anbahnung der Einheit, wenigstens auf dem Gebiete des Handels, einen großen Theil der Nation für sich, welcher dafür der Regierung leichter die Reaction verzieh, die sie auf dem Gebiete der Politik noch ferner übte. Die Zollvereinsstaaten geriethen mehr oder weniger in eine Art Abhängigkeit von Preußen, und dieses konnte später den merkantilen Einfluß zu einem politischen ausdehnen.

Metternich durchschaute die Plane Preußens bei der Gründung und Erweiterung des Zollvereins ganz gut. Er wagte aber nicht, etwas dagegen zu thun, weil er sich vor nichts mehr fürchtete, als vor einer auffallenden Störung des politischen Systems oder des äußerlichen guten Einvernehmens der absoluten Mächte. Jeder Bruch zwischen Oesterreich und Preußen, glaubte er, müßte der revolutionairen Partei nur erwünscht sein, er vermied ihn daher, um so mehr, als er recht wohl wußte, daß auch die österreichische Monarchie auf keinen allzu festen Füßen stand. Denn seit 1830 entwickelte sich in Ungarn eine Opposition, welche zunächst zwar nur einen nationalen Charakter trug, aber bald sich stärkte durch die Aufnahme der liberalen Ideen des Jahrhunderts und im Laufe des Jahrzehends eine so bedeutende Entwickelung genommen hat, daß sie 1839 bereits höchst bedenklich erscheinen mußte. Hier in Ungarn hatte wegen der Verfassung die Opposition Gelegenheit, sich bemerklich zu machen, sich kund zu geben. In den übrigen Theilen der Monarchie durfte sie sich nicht zeigen; nichts desto weniger aber machte auch hier der öffentliche Geist Fortschritte, und jedenfalls war die Stimmung in der Lombardei eine sehr bedenkliche. Dieß Alles ins Auge gefaßt, hielt es Metternich für nothwendig, kurz nach dem Regierungsantritte des neuen Kaisers eine Amnestie zu erlassen wegen politischer Verbrechen, welche später noch erweitert wurde. Diese Amnestie machte allerdings einen sehr günstigen Eindruck, und im ersten Augenblicke gewann dadurch Oesterreich in der öffentlichen Meinung Preußen gegenüber, welches sich zu keiner Amnestie entschließen konnte und überhaupt in

Digitized by Google

politischer Beziehung hartherzig blieb. Aber das reelle Uebergewicht stand doch auf Preußens Seite wegen des Zollvereins.

In dieser Lage der Dinge, während Preußen und Oesterreich sich gegenseitig den Einfluß auf Deutschland streitig machten, hielt es Rußland für an der Zeit, einem etwaigen Uebergewichte der einen oder der andern Macht auf die kleinern deutschen Staaten vorzubeugen und zu diesem Ende von vornherein ihren Einfluß zu unterhöhlen, dadurch daß es die kleineren Regierungen mißtrauisch gegen die Absichten von Oesterreich und Preußen machte. Bereits im Jahre 1834 sandte Rußland an die Höfe der mittleren und kleineren deutschen Staaten eine Denkschrift „über Gegenwart und Zukunft Deutschlands“, deren Zweck kein anderer war, als die deutschen Regierungen zu warnen vor den Mediatisirungsgelüsten von Oesterreich und Preußen und ihnen darzuthun, daß die eigentliche Bürgschaft für ihre Souveränität Niemand anders leisten könne, als Rußland, sie sollten daher den russischen Kaiser zu ihrem Protector wählen*). Die Art und Weise, wie diese Ansichten entwickelt wurden, zeichnete sich durch den Scharfsinn und die geistreiche Behandlung aus, welche den russischen Staatsschriften beizuwohnen pflegt, aber nicht minder durch große Perfidie und Sophistik. Auf der einen Seite tadelt die Denkschrift die Politik der zwei deutschen Großmächte und scheut sich wohl auch nicht, hie und da etwas zu liberalisiren und namentlich das österreichische Stabilitätssystem lächerlich zu machen, während doch diese zwei deutschen Großmächte die Verbündeten Rußlands waren und ihre innere Politik theilweise sogar von Rußland eingegeben war. Rußland spielt in der Denkschrift sogar eine deutschnationale Rolle, weil es hofft, durch das Anschlagen dieser Saite bei den deutschen Regierungen gegenüber den Gelüsten Oesterreichs und Preußens mehr Eingang finden zu können, ja es verdächtigt sogar Oesterreich,

*) Die Denkschrift steht im Portfolio I. Zweites Heft. S. 9 folg. Sodann ins Deutsche übersetzt in „Deutschland und Rußland“ Mannheim bei Hoff, 1839. S. 103 folg. Eine ausführliche Würdigung derselben in der deutschen Monatsschrift von Kolaczek von 1851. Juni-Heft, in dem Aufsatze: „Rußlands Politik gegen Deutschland, Oesterreich und Preußen.“

Digitized by Google

als vorzugsweise slavischen Staat, der daher für die deutsche Unabhängigkeit nicht sehr vortheilhaft sein könne; aber zugleich schlägt es den deutschen Regierungen Maßregeln vor, welche nicht nur denen Preußens und Oesterreichs vollkommen gleichkommen, sondern sie sogar überbieten, welche darauf ausgehen, jede ächte nationale Entwickelung im deutschen Volke von vornherein im Keime zu ersticken, und theils den Knechtssinn, theils den Particularismus für ewig unter den Deutschen zu erhalten. Mit Einem Worte: Rußland gönnte Deutschland nicht den zwei deutschen Großmächten, sondern suchte es für sich selber aufzusparen; es reizt und nährt zu diesem Ende die Eifersucht und das Mißtrauen der kleineren Staaten gegen die zwei großen, geht sogar scheinbar in die Ideen ein, von welchen die kleinen mehr oder minder geleitet wurden, im Grunde genommen sucht es aber vermittelst der Regierungen der kleinen Staaten dieselbe Schwächung und Entsittlichung im Volke herbeizuführen, wie Preußen und Oesterreich dieß erstreben. So müssen alle drei Parteien Oesterreich, Preußen und die übrigen Regierungen Rußland für seine Zwecke dienen.

Die Ansichten und Bestrebungen, wie sie in der russischen Denkschrift von 1834 niedergelegt sind, sind seitdem die der russischen Diplomatie geblieben. Im Jahre 1839 wurden sie sogar in einem größern Buche, in der berüchtigten „europäischen Pentarchie" weitläufiger, wenn auch mit einiger Vorsicht, auseinandergesetzt. Auch das Ergebniß der Untersuchungen dieses Buches ist kein anderes, als dieß: die deutschen Staaten seien nicht sicher vor Oesterreich und Preußen, würden bei einem zwischen beiden Mächten ausbrechenden Kriege mit dem Untergange bedroht, und könnten daher nur gerettet werden durch Rußlands Protektorat. Rußland sei der ächte Bürge für deutsche Freiheit und Bildung.

Diesen Bestrebungen suchte die russische Diplomatie noch mehr Nachdruck zu geben durch die häufigen Reisen des Kaisers oder einzelner Glieder seiner Familie in Deutschland. Diese Reisen haben theils den Zweck, unmittelbar auf die kleineren Höfe im russischen Sinne zu wirken, theils sind sie in der Absicht unternommen, durch Heirathen nä-

Digitized by Google

here Verbindungen mit den deutschen Dynastien anzuknüpfen. Mit der preußischen Königsfamilie bestand ein solches Verhältniß schon seit 1817, in welchem Jahre sich der damalige Großfürst, jetzige Kaiser Nicolaus, mit der Schwester des jetzigen Königs von Preußen vermählte. 1824 heirathete der Bruder des Kaisers, Michael, eine würtembergische Prinzessin. 1839 vermählte sich Nikolaus' Tochter, Maria, mit dem Herzog von Leuchtenberg. Später wurden mit den Höfen von Nassau, Hessen-Darmstadt und Hessen-Cassel dergleichen Verwandtschaftsverhältnisse angeknüpft. Auf jenen Reisen erschien der russische Kaiser allenthalben als ein liebenswürdiger Fürst, als der zärtlichste Gatte und Vater; er führte wohl mitunter vor dem versammelten Volke mit seiner Gemahlin Schauspiele auf, wie z. B. wenn sie sich wieder fanden, einmal in der Nähe von München, wo sie sich vor allen Leuten umarmten, herzten und küßten und Freudenthränen weinten. Natürlich läßt es der Kaiser bei diesen Reisen nicht an Aufmerksamkeiten für die Höflinge und die höheren Staatsbeamten fehlen; ganze Kisten von Orden und goldnen Dosen werden nachgeschleppt; was man vielleicht nicht durch Ueberredung erlangen kann, erreicht man durch Geschenke oder durch Auszeichnuhg. Und dazu kommt noch die Presse, die in russischem Sinne schreiben muß, und für deren Bestechung man freilich ungeheure Summen zu opfern genöthigt war.

Aber all' dieß nützte im Ganzen wenig. Die öffentliche Meinung nahm demohngeachtet in den letzten Jahren des vierten Decenniums eine immer entschiedenere Richtung im Sinne des Liberalismus und gerade der Haß und das Mißtrauen gegen Rußland stieg von Jahr zu Jahr. Dieser Haß wurde zugleich dem deutschen Fürstenthum zu Theil, welches sich von Rußland brauchen ließ.

Das deutsche Fürstenthum verstand es überhaupt nicht — Ausnahmen waren selten — von dem Siege über die liberalen Ideen einen verständigen Gebrauch zu machen. Es erbitterte durch die fortgesetzte hartherzige Verfolgung der sogenannten politischen Verbrecher und bewirkte dadurch die Theilnahme an diesen selbst von Seite sol-

Digitized by Google

cher Parteien, welche sonst nicht mit ihnen übereingestimmt. Jedermann freute sich daher, wenn es politischen Gefangenen gelang, durchzubrechen; so wie dieß mit dem größten Theil der an dem Frankfurter Attentat Betheiligten der Fall war, von denen die letztern im J. 1837 entkamen. Das Fürstenthum that nichts, um die Finanzen in bessern Stand zu bringen, denn trotz des Friedens minderten sich die Steuern nicht, und fuhr fort, das constitutionelle System zur Täuschung herabzuwürdigen und die Gesetze durch Auslegungen aller Art illusorisch zu machen. Durch den Zollverein wurde zwar der Anfang gemacht, eine so oft ausgesprochene Forderung der öffentlichen Meinung zu befriedigen; zugleich wurde durch Dampfschifffahrt und Eisenbahnen der Verkehr erleichtert und daher lebhafter; aber all' dieß trug nur dazu bei, die anderen unglücklichen Verhältnisse den Deutschen mehr zum Bewußtsein zu bringen. Nichts aber vermochte ihnen den Zustand der Rechtlosigkeit deutlicher zu zeigen, als die Aufhebung der hannöverischen Verfassung im Jahre 1837. Dieses Ereigniß ist nach verschiedenen Seiten hin von einer solchen Wichtigkeit, daß es nöthig ist, es etwas näher zu besprechen.

Die hannöverische Verfassungsfrage.

Wir haben früher dargestellt, wie die Verfassung vom Jahre 1833 zu Stande kam. Diese war vier Jahre in Gang. Sie gehörte nicht gerade zu den freisinnigsten Verfassungen, aber auch nicht zu den schlechteren. Nun starb 20. Juni 1837 der König Wilhelm IV. von England, der zugleich König von Hannover war. Ihm folgte in England Victoria, die Tochter seines nach ihm ältesten Bruders, des Herzogs von Kent, welcher 1820 gestorben war. In Hannover jedoch galt das salische Gesetz: Victoria konnte also hier nicht folgen, sondern den Thron dieses Landes bestieg ihr Oheim, Ernst August, Herzog von Cumberland, der im Jahre 1771 geboren ist*). Dieser

*) Siehe die genealogische Tafel. S. 548.

war, wie wir gesehen, bisher der Führer der englischen Tories gewesen und stand bei den Briten im schlechtesten Rufe; ja ein englisches Blatt sagte einmal von ihm, er habe alle erdenklichen Verbrechen im Leben geübt, nur eines fehle ihm noch, der Selbstmord. Begreiflich waren die Hannoveraner nicht sehr erbaut über den Regentenwechsel. Bisher hatte der jüngere Bruder des Königs, der Herzog von Cambridge, das Land verwaltet und die allgemeine Achtung der Einwohner sich erworben. Mit Trauer und Bangigkeit sah man ihn das Land verlassen. Der König Ernst August zog 28. Juni 1837 in Hannover ein. Gleich bei seiner Ankunft enthüllten sich seine Gesinnungen. Die Ständeversammlung schickte ihm eine Abordnung entgegen, um ihn zu bewillkommen; sie wurde aber nicht vorgelassen, vielmehr wurden die Stände zwei Tage darauf durch eine Verordnung entlassen.

Dann ernannte der König den Geheimerath Schele zum Staats- und Cabinetsminister. Dieser, 1771 geboren, unter der französischen Regierung eines der gefügigsten Werkzeuge der fremden Herrschaft, ein Neffe des Grafen von Münster, seit 1830 etwas zurückgesetzt, galt als einer der unversöhnlichsten Feinde der liberalen Ideen und namentlich der Verfassung von 1833, gegen die er schon bei Lebzeiten des verstorbenen Königs aus allen Kräften gearbeitet hatte. Die Ernennung dieses Mannes zum Haupte der Regierung konnte Niemandem mehr Zweifel lassen über die Entwürfe des Königs. Schon am 3. Juli erließ dieser das Patent, daß er die Verfassung von 1833 nicht anerkenne, weil sie ihn nicht binde, weder formell noch materiell, und weil er sie für das Wohl seiner Unterthanen nicht zuträglich halte. Uebrigens wolle er noch die Stände zusammenrufen und ihnen seinen Willen eröffnen.

An der Verfassung von 1833 mißfiel dem Könige besonders die Bestimmung, daß die Domänen als Staatsgut erklärt wurden. Ernst August hatte Schulden und wollte diese durch die Einkünfte der hannöverischen Domänen decken; es war aber nicht zu erwarten, daß sich die Stände gar zu willfährig erweisen würden, also wollte man

Digitized by Google

lieber die ganze Verfassung aufheben, bei welcher Gelegenheit man auch alle anderen Bestimmungen beseitigen konnte, welche dem Volke gewisse Rechte verbürgten und die Regierungsgewalt einigermaßen beschränkten. Ernst August, als geborner Brite, wußte recht gut, daß er hiemit die Rechte des Volkes antastete, und daß dieses befugt war, ihm den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen; auch spottete er selber über die Thorheit der Hannoveraner, welche ihn früher in das Land gelassen und als König anerkannt hätten, ehe er die Verfassung beschworen. Wie war aber in Deutschland und vollends in Hannover eine solche Kühnheit der politischen Haltung zu erwarten, wo höchstens die Pedanten und die Doctrinaire selbst in der Zeit der Bewegung das große Wort geführt hatten? Das königliche Patent erregte allerdings eine ungünstige Stimmung, und hie und da versäumten wohl auch die Behörden, es anschlagen und verkünden zu lassen. Nichts desto weniger erließ der König am 1. November 1837 ein neues Patent, zufolge dessen das Staatsgrundgesetz von 1833 förmlich aufgehoben wurde; es sei auf ungültige Weise errichtet worden, nicht vertragsmäßig zwischen Regierung und Ständen zusammengekommen — weil der König vor der Publication einseitig einige Punkte daran geändert —; außerdem habe Ernst August seine Zustimmung nicht dazu gegeben, wozu er als Agnat das Recht gehabt. Und überdies beschränke das Gesetz gar zu sehr die Rechte des Königs.

Der König verlangte nun den Huldigungseid. Viele Beamten verweigerten ihn oder leisteten ihn doch nur mit ausdrücklicher Hinweisung auf das Grundgesetz; andere gaben ihre Entlassung ein. Am Bekanntesten wurde der Schritt der sieben Göttinger Professoren, Dahlmann, Jakob und Wilhelm Grimm, Albrecht, Ewald, Weber und Gervinus. Sie übergaben dem Curator der Universität die Erklärung, daß sie sich dem auf das Staatsgrundgesetz von 1833 geleisteten Eid für verpflichtet erachteten; sie könnten mit ihren Eiden nicht spielen; das passe am wenigsten für Lehrer der Jugend; sie würden also die verlangte Huldigung nicht leisten. Darauf wurden sie, 14. Decem-

Digitized by Google

der 1837, ihrer Stellen entsetzt; an Gervinus, Dahlmann, Jakob Grimm, welche am gefährlichsten schienen, erging die Weisung, sich binnen drei Tagen aus dem Königreiche zu entfernen. Von den anderen Professoren schlossen sich später noch sechs an die Erklärung der sieben an; die übrigen schickten eine Deputation an den König, um das Benehmen der sieben zu perhorresciren und ihn ihrer loyalen Gesinnungen zu versichern.

Die That der Sieben machte ein außerordentliches Aufsehen nicht blos in Hannover, sondern in ganz Deutschland. Es war eine höchst bedeutende Demonstration. Die Bedeutung lag darin, daß es gelehrte, rechtliche, sogar conservativ gesinnte Männer gewesen waren, die das thaten, endlich Professoren an Universitäten, von deren politischer Freisinnigkeit, Rechtlichkeitssinn und Aufopferungsfähigkeit man, mit Ausnahme etwa Jordans von Marburg und der Freiburger, seit geraumer Zeit kein Beispiel gesehen hatte. Es zeigte sich sofort in ganz Deutschland die regste thätigste Anerkennung. In Leipzig bildete sich sogleich ein Verein zur Unterstützung der sieben Professoren, welcher bald das nöthige Geld zusammenbrachte.

Der König von Hannover ließ sich aber durch den Schrei des Unwillens, der sich überall in Deutschland erhob, nicht irre machen. Durch seine rücksichtslose Consequenz schüchterte er ein, namentlich die Staatsdiener. Die meisten leisteten jetzt den Huldigungseid. Im Lande war noch zu wenig politischer Sinn, als daß man über eine allgemeine bestimmte Taktik hätte übereinkommen können. Auch wollte der König sich nicht über alle Formen hinwegsetzen; er wollte nicht ganz absolut regieren, sondern nur die Verfassung von 1819 wieder herstellen, mit einigen Abänderungen. Zu diesem Ende ließ der König eine neue Ständeversammlung ausschreiben. Zu dieser, welche nach der Wahlordnung der Verfassung von 1819 gewählt werden sollte, weigerte sich ein Theil des Landes, namentlich die Städte, zu wählen. Von den Landbezirken erschienen aber so viele Abgeordnete, daß man die Versammlung eröffnen konnte. Uebrigens wurden alle Wahlen, welche mit ausdrücklicher Bezugnahme auf das Staatsgrund-

Digitized by Google

gesetz von 1833 vorgenommen worden, vom Ministerium einseitig für ungültig erklärt und den Städten, welche liberale Abgeordnete geschickt hatten, Garnisonen und dergleichen entzogen.

Die Ständeversammlungwurde im Februar 1838 eröffnet. Ernst August legte ihr einen Verfassungsentwurf vor. Nach ihm haben die Stände blos das Recht, die Gesetze zu begutachten, ebenso das Budget. Der König hat vorzugsweise das Recht der Gesetzgebung. Die Steuern dürfen niemals von den Ständen verweigert werden; die Domänen fallen wieder dem König anheim. Die Minister sind unverantwortlich, die Staatsdiener absetzbar und von dem willkürlichen Ermessen der Regierung abhängig. Die Ständeverhandlungen sind geheim. Von ihnen darf nichts gedruckt werden, als die Angabe der Tagesordnung, die gestellten Anträge und das Ergebniß der Abstimmung.

Die Ständeversammlung, bei welcher, da nicht alle Bezirke gewählt hatten, die Opposition in entschiedener Minderheit sich befand, wagte gleichwohl nicht, die Verfassung von 1833 zu verwerfen. Sie nahm den neuen Entwurf entgegen, aber nur zur einstweiligen Prüfung. Im April 1838 wurde sie auf einige Wochen vertagt. Inzwischen berieth sich die Opposition über den Gang, den sie einschlagen wollte, und fand für das Beste, daß die zurückgebliebenen Städte und Bezirke wählen sollten. Nun verstärkten sich die Reihen der Opposition in der Kammer. Dieselbe war bald so mächtig, daß sie auf Conradi's Antrag mit 34 Stimmen gegen 24 die Incompetenzerklärung aussprach, weil die Volksvertretung nicht nach den Vorschriften des Grundgesetzes von 1833 zusammengesetzt sei. Zugleich wurde eine von 28 Mitgliedern der Mehrheit unterschriebene Eingabe an den Bundestag verfaßt, in welcher um Schutz für die Verfassung von 1833 gebeten wurde.

Natürlich wurden jetzt die Stände vertagt, und zwar auf unbestimmte Zeit. Im Lande stieg aber die Aufregung, und die Opposition nahm einen bestimmteren und entschiedeneren Charakter an. Mit dem Jahr 1837 lief das Budget ab. Es war zwar von den Ständen auf ein Jahr verlängert worden; allein wer die Verfassung von

Digitized by Google

1833 als zu Recht bestehend betrachtete, der konnte die Berechtigung der nach der Verfassung von 1819 zusammengesetzten Ständeversammlung zu einer solchen Handlung nicht annehmen. Man dachte an Steuerverweigerung. Um sicher zu sein, wandte man sich an auswärtige Juristen-Facultäten. Dies geschah namentlich von der Stadt Osnabrück, die sich, den Bürgermeister Stüve an der Spitze, überhaupt in dem ganzen Verfassungskampfe auf eine ehrenwerthe Weise hervorgethan. Die preußische Regierung untersagte der Berliner Facultät ausdrücklich, ein Gutachten über die hannöverische Frage abzugeben, wie schon vorher der Minister von Rochow den Elberfeldern den derbsten Verweis wegen ihrer Adresse an die 7 Göttinger Professoren gegeben hatte. Aber die Facultäten von Jena, Tübingen, Heidelberg gaben das Gutachten, und wenn auch im Einzelnen verschieden, kamen sie doch alle darin überein, daß das Grundgesetz von 1833 gültig, und daß die Hannoveraner rechtlich nicht verpflichtet seien, Steuern zu zahlen. Am entschiedensten war das Tübinger Gutachten abgefaßt, welches das Recht des Widerstandes in ziemlicher Ausdehnung anerkannte. Dafür wurde nun gegen den Magistrat von Osnabrück eine Untersuchung eingeleitet, und Ernst August verlangte von der Regierung von Würtemberg die Entlassung oder Bestrafung der Juristenfacultät von Tübingen.

In Hannover erfolgten jetzt hie und da Steuerverweigerungen und passiver Widerstand. Man setzte sich indeß nicht zur Wehre, wenn die Steuern mit Gewalt eingetrieben wurden. Im Februar 1839 berief die Regierung die Stände wieder zusammen. Allein die Opposition, welche ihre Stärke gefühlt, erschien nicht; die Ständeversammlung ward dadurch unvollzählig. Die Regierung drohte den Ausgebliebenen; umsonst. Sie sah sich genöthigt, auch diese Versammlung zu vertagen. Nun sollten neue Wahlen vorgenommen werden. Die Regierung wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um auf die Wahlcollegien zu wirken; sie drohte, sie gab Versprechungen, sie begnügte sich mit den auffallendsten Minderheitswahlen, es kam wohl vor, daß in einem Wahlcollegium nur ein einziger Wäh-

Digitized by Google

ler vorhanden war, und die Regierung begnügte sich mit dem durch diesen Einzigen gewählten Abgeordneten, nichts desto weniger war die am 3. Mai 1839 eröffnete Ständeversammlung wiederum unvollzählig; nicht mehr, als 22 Abgeordnete hatten sich eingefunden. Mit genauer Noth brachte man nach einiger Zeit die erforderliche Zahl (37) zusammen; aber selbst diese, aus fast lauter ministeriellen Abgeordneten bestehende Versammlung wagte nicht die Ungültigkeit der Verfassung von 1833 auszusprechen; auch sie wurde im Juli 1839 vertagt. Erst die Ständeversammlung von 1840 nahm den neuen Verfassungsentwurf der Regierung an, mit einigen Abänderungen. Die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs blieben aber, nämlich die sogenannte Trennung der königlichen von der Landescasse, wodurch die Domänen wieder Eigenthum des Königs wurden; die äußerste Beschränkung des Gesetzgebungsrechts der Stände, welches in den meisten Fällen auf bloßes Gutachten reducirt ward, ferner die Geheimhaltung der Sitzungen und die Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit.

Diese hannöverische Geschichte machte einen unbeschreiblichen Eindruck auf das ganze deutsche Volk. Offenbar schreibt sich von daher die Entstehung einer neuen Opposition, welche von Jahr zu Jahr an Ausdehnung und an Kraft gewann. Denn die Reaction war dadurch in ein neues Stadium getreten, wodurch auch Solchen die Augen geöffnet wurden, welche noch auf die Weisheit und den guten Willen der Regierungen vertrauten. Man muß zugestehen, daß die Reaction seit 1832, wie gewaltthätig sie auch verfuhr, und wie sehr sie auch durch willkürliche Auslegung bestehende Gesetze verletzte, im Ganzen doch noch einen gewissen Anstand und den Schein einer gewissen Gesetzlichkeit bewahrte; die Aufhebung der Verfassung von Hannover war der erste offenbare, durch nichts zu beschönigende Rechtsbruch; sie war der erste rohe Faustschlag, welcher der öffentlichen Meinung in das Gesicht gegeben wurde. Man fühlte jetzt den Boden unter den Füßen wanken, die Grundlagen jedes geordneten gesetzlichen Gemeinwesens verschwinden, Willkür und rohe Gewalt an

Digitized by Google

die Tagesordnung kommen. Dieses Gefühl wurde noch bestärkt durch die Haltung, welche in dieser Frage der Bundestag annahm.

Gleich Anfangs wandten sich mehrere Corporationen in Hannover an den Bundestag um Schutz für die Verfassung von 1833; so der Magistrat von Osnabrück, die Landstände von Ostfriesland, mehrere osnabrückische Landgemeinden, die Städte Esens, Hildesheim, Harburg, Hameln, Stade, Hannover, die Wahlcorporationen des Landes Kehdingen, Neuhaus-Osten u. s. w. Auch ein Theil der Ständeversammlung von 1838 hatte es gethan, wie wir gesehen. Diese Eingaben wurden unterstützt durch die Ständeversammlungen von Baden, Baiern, Würtemberg, Sachsen, Hessen-Darmstadt, Braunschweig, welche sich sämmtlich zu Gunsten der Verfassung von 1833 erklärten und die betreffenden Regierungen aufforderten, sich beim Bundestage für die Herstellung des Rechtszustandes in Hannover zu verwenden.

Es ist nicht zu läugnen: ein Theil der deutschen Regierungen verkannte die große Gefahr, welche dieses Vorgehen Hannovers dem monarchischen Prinzipe bereitete, keineswegs. Besonders die Mittelstaaten, Baiern, Würtemberg, Baden, Königreich Sachsen, Großherzogthum Hessen und die thüringischen Fürstenthümer waren darüber einig, daß die Verfassungsverletzung in Hannover, wenn dieselbe ungeahndet bliebe, mehr als irgend ein anderes Ereigniß das Vertrauen des deutschen Volkes zu den Regierungen erschüttern müßte; denn obschon die Regierungen dieser Staaten mehr oder minder selber sich Verfassungsverletzungen hatten zu Schulden kommen lassen, so war dies meist nur in Folge von Bundesbeschlüssen geschehen, oder es geschah in Punkten, für welche man wenigstens einen Schein des Rechts aufbringen konnte, jedesfalls dachte keine Regierung daran, die bestehende Verfassung völlig umzustoßen. Die Regierungen der erwähnten Staaten, an welche sich auch noch die freien Städte anschlossen, wirkten daher am Bundestage in diesem Sinne. Zwar stimmten sie theilweise mit der Abweisung der verschiedenen Petitionen, die von Hannover aus an den Bundestag gelangten, überein, indem sie den Bitt-

Digitized by Google

stellern ein formelles Recht dazu absprachen. Aber auf die Anträge Sachsens, Würtembergs, Baierns und Badens, welche theils schon im Herbste 1838, theils im April 1839 gestellt wurden, ging der Bundestag selbstständig in diese Frage ein. Man muß den erwähnten Regierungen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie Alles aufboten, um am Bunde ihrer Ansicht den Sieg zu verschaffen, und daß sie bei dieser ganzen Angelegenheit eine Einsicht an den Tag legten, die sie weder 1832 und später gehabt, noch insbesondere in unseren Tagen. Sie sprachen darin aus, wenn man auf diese Weise, wie in Hannover verfahre, so arbeite man dadurch nur der revolutionairen Partei in die Hände, und gerade eine umsichtige Politik müsse sich gegen das Verfahren von Hannover erklären*).

*) Beispielsweise, um zu zeigen, wie weit unsere heutigen Regierungen hinter denen von 1839 zurück sind, theilen wir eine Stelle aus dem baierischen Votum mit, in der Bundestagssitzung vom 22. August 1839. Protokolle der deutschen Bundesversammlung vom J. 1839. S. 606. „Gefährlicher dagegen erscheint es aus dem Standpunkte der Politik für das monarchische Princip, wenn die Unterthanen der dem deutschen Charakter besonders eigenen und dessen sittlichen Werth erhöhenden Achtung des gesetzlich Bestehenden entwöhnt werden, indem sie so bald von oben herab in Frage gestellt sehen, was die Sanction des Monarchen erhalten hat, und wenn sie in raschem Uebergange dasjenige als ungültig und verwerflich betrachten sollen, was sie kurz vorher noch angewiesen waren, als unverbrüchlich und unverletzlich zu verehren. Für eines der größten Uebel, von welchen einzelne Staaten im deutschen Bunde sowohl, als dieser selbst bedroht werden können, und als das wirksamste Förderungsmittel revolutionairer Tendenzen wäre gewiß die Erschütterung des Glaubens und Vertrauens auf einen festen Rechtszustand unter dem Schutze der Bundesverfassung zu betrachten. Ueberzeugt, daß die Ruhe und die moralische Macht des Bundes, die Würde der Souveraine und die ehrerbietige Zuversicht auf dieselben in Wahrung dieses Rechtsbestandes ihre sicherste Begründung finden, und daß derselbe dadurch zum Gegenstande der gemeinsamen Betheiligung der verbündeten Staaten wird" u. s. w. Aehnlich äußert sich Würtemberg in der Sitzung vom 30. August 1838. Protokolle d. d. B. v. J. 1838 S. 790. 791. „Es ist nicht zu mißkennen, daß der vorliegende Fall die Augen des gesammten deutschen Vaterlandes auf sich gezogen hat und dessen Erledigung nicht ohne folgenreichen Einfluß auf das Vertrauen in die Bürgschaft sein wird, welche die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen in der Heiligkeit der Verträge, in der Sicherheit des Bestehenden, in den Grundgesetzen des deutschen Bundes und in einer dessen Verpflichtungen entsprechenden Handhabung derselben durch die Bundesversammlung finden sollen. Durch eine die vertragsmäßigen Rechte des Bundes wahrende Erfüllung der aus denselben hervorgehenden Verpflichtungen wird wohl weder die Auf-

Digitized by Google

Offenbar kam auch der reactionairen Partei, selbst Metternich, das Ereigniß in Hannover ungelegen; denn diese Rücksichtslosigkeit, mit welcher Ernst August verfuhr, stimmte mit der schlauen und vorsichtigen Taktik Metternichs nicht überein. Nachdem aber einmal der Fürst die Verfassung umgestoßen, so war für Metternich kein Zweifel mehr, daß er in diesem seinem Rechtsbruche gegen das Volk unterstützt werden müßte, schon aus Grundsatz. Das österreichische Votum sprach auch beim Bundestage offen dieses sein Motiv aus. Es sagte, zwinge man den König von Hannover, die Verfassung von 1833 wieder herzustellen, so sei er moralisch unmöglich geworden, und ein solches Ereigniß würden die Revolutionaire benutzen, um immer entschiedener voranzugehen; die Fürstengewalt würde nicht nur in Hannover, sondern in ganz Deutschland tief erschüttert.

Es kam nun darauf an, welche Ansicht beim Bunde die vorwiegende sein würde. Für Hannover erklärten sich zwar die zwei großen Mächte, denn auch Preußen ging in dieser Frage treu mit Oesterreich; aber die Mittelstaaten, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Sachsen waren sämmtlich der liberalen Ansicht und eine nur halbwegs verständige Politik mußte auch die kleinen Staaten auf diesen Weg führen. In der That war dieses mit den thüringischen Staaten und mit den freien Städten der Fall. Allein auf die anderen wirkten die Großmächte ein, so daß bei der endlichen Abstimmung am 5. September 1839 die Vorschläge der Mittelstaaten mit 9 Stimmen (1. Oesterreich, 2. Preußen, 3. Kurhessen, 4. Dänemark, 5. Niederlande, 6. Mecklenburg, 7. Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg, 8. Braunschweig und

regung im Lande genährt, noch werden hierdurch die Umtriebe der Feinde des Rechts und der Ordnung begünstigt werden. Vielmehr wäre zu besorgen, daß die Letzteren eine längere Zurückhaltung der Einwirkung des Bundes dazu mißbrauchen werden, die gegenwärtige Lage der Verfassungsangelegenheit als einen Zustand der Rechtlosigkeit darzustellen, eben dadurch aber ihren Umtrieben einen um so sicherern und ausgebreiteteren Eingang zu verschaffen; wogegen eine beschleunigte vermittelnde Einwirkung des Bundes allen dergleichen Versuchen eine Grenze setzen und die Erwartung einer der Würde des Bundes entsprechenden Lösung der eingetretenen Verwickelungen begründen dürfte."

Digitized by Google

Nassau, 9. Hohenzollern, Lichtenstein, Reuß, Lippe und Waldeck) gegen 7 (Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Königreich Sachsen, thüringische Staaten, die freien Städte) verworfen wurden, „da bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einwirkung in diese innere Landesangelegenheit nicht bestehe."

Der Schritt des Königs von Hannover erhielt also die Billigung des Bundestags, die offenbare Rechtsverletzung wurde durch letzteren sanctionirt, und um dies noch deutlicher dem deutschen Volke kund zu thun, wurden am 30. September 1839 auch die Gutachten der drei Juristenfacultäten in der hannöverischen Verfassungsangelegenheit, welche Dahlmann herausgegeben hatte, auf Antrag Hannovers verboten. Letzteres hatte sich zuerst an die würtembergische Regierung gewendet und von dieser besonders die Bestrafung der Tübinger Juristenfacultät verlangt. Die würtembergische Regierung wies aber dieses Ansinnen entschieden zurück. Darauf wandte sich Hannover an den Bundestag. Hier war es glücklicher: es wurde von ihm, obschon nur mit weniger Stimmenmehrheit, jener obenerwähnte Beschluß gefaßt und zugleich die würtembergische Regierung aufgefordert, gegen die Tübinger Juristenfacultät das Geeignete zu verfügen, d. h. sie abzusetzen, oder sonst zu bestrafen. Würtemberg erklärte jedoch am Bundestage ganz entschieden, daß es sich um diesen Beschluß der Mehrheit nicht kümmern werde*), hat auch nichts gegen die Tübinger Professoren gethan, ja sogar einen der sieben Göttinger Professoren, Ewald, in Tübingen angestellt.

Der Beschluß des Bundestages wirkte also in einer für das monarchische Princip höchst unvortheilhaften Weise, und da die Verhandlungen der Bundesversammlung geheim waren, man also nicht wissen konnte, wie sich die einzelnen Regierungen in dieser Frage benommen, so traf der Haß der öffentlichen Meinung alle insgesammt, und nur vielleicht Würtemberg und Baden wurden mit günstigeren Augen betrachtet. Zugleich verbreitete sich das Gerücht, daß der Prinzregent von Kur-

*) Protokolle der deutschen Bundesvers. v. J. 1839. S. 908.

Digitized by Google

hessen gesonnen sei, es dem Könige von Hannover nachzumachen. Ohnedies nahm die Willkür in diesem Lande von Jahr zu Jahr zu; selbst Hassenpflugs Entfernung (1837), welche der persönlichen Abneigung des Regenten zuzuschreiben war, änderte hierin nicht das Geringste; die Bestimmungen der Verfassungsurkunde wurden täglich mehr und mehr verletzt, und ein Streit, der sich zwischen der Ständeversammlung und der Regierung über die Verwendung der Einkünfte der Rotenburger Quart erhoben, und weßhalb sich die Stände an den Bundestag gewendet, wurde von diesem gleichfalls als seiner Befugniß fremd zurückgewiesen. Zugleich mehrten sich die Verfolgungen gegen liberale Männer; im Jahr 1839 wurde der Professor Jordan von Marburg auf Grund einer Denunciation eines politischen Ueberläufers, Döring, verhaftet, und eine Untersuchung wegen angeblicher Betheiligung an den revolutionairen Umtrieben der dreißiger Jahre eingeleitet. Auch von Baiern sagte man, daß dort die Regierung mit der Aufhebung der Verfassung umgehe, obschon gerade sie in der hannöverischen Angelegenheit sich mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Beginnen ausgesprochen. Man brachte aber damit die im November 1837 erfolgte Entlassung des Ministers Fürsten von Wallerstein in Verbindung, von der man sagte, daß sie deßhalb statt gefunden, weil der Minister zu Verfassungswidrigkeiten seine Unterschrift verweigert habe. Wallerstein wurde durch Abel ersetzt, unter dessen zehnjährigem Ministerium die Reaction in Baiern so große Fortschritte machte.

All' diese und ähnliche Dinge riefen eine neue Opposition ins Leben. Man bemerkte sie in der Tagespresse, so weit es die Censur gestattete, in der geschlossenen Literatur, welche von Tag zu Tag kühner ward, und endlich in den Ständeversammlungen. Wir haben schon bemerkt, wie sie sich zum Schutze der hannöverischen Verfassung erhoben. Auch in anderen Beziehungen ging manche Veränderung zu Gunsten der liberalen Richtung vor. Zwar in Würtemberg trat 1838 die Opposition aus der Kammer, weil sie glaubte, daselbst nicht mehr mit Erfolg wirken zu können. In Sachsen dagegen ge-

Digitized by Google

wann die liberale Richtung auf den Landtagen seit 1836 immer größeres Gebiet, besonders durch die Bemühungen Todts, von Dieskaus und von Watzdorfs. Die Zeit der Abspannung und Erschlaffung war vorüber; das deutsche Volk begann in ein neues Stadium der politischen Entwickelung einzutreten.

Digitized by Google

Achtes Capitel

Die Cölner Angelegenheit und die Bewegung auf dem religiös-kirchlichen Gebiete.

Bestrebungen des Ultramontanismus.

Um dieselbe Zeit, als die Aufhebung der hannöverischen Verfassung eine neue politische Bewegung hervorrief, sollte ein anderes Ereigniß einen ebenso lebhaften Kampf auf dem Gebiete der Religion und Kirche erzeugen. Das war der Streit über die gemischten Ehen und die Gefangennahme des Erzbischofs Droste Vischering in Cöln.

Die einfache Thatsache war folgende. 1835 war der Cölner Erzbischof Graf Spiegel vom Desenberge gestorben, ein äußerst milder und freisinniger Mann, der wegen seiner friedlichen Gesinnungen allgemein geschätzt und auch bei der Regierung beliebt war. Ihm folgte der Freiherr Droste Vischering, bisher Domcapitular in Münster, offenbar der streng papistischen Partei angehörend. Dieser weigerte sich, die Ehe zwischen Katholiken und Protestanten zu gestatten, wenn nicht die Kinder katholisch erzogen würden. Als die preußische Regierung ihn umsonst zum Nachgeben zu bringen versucht, auch nicht seinen freiwilligen Rücktritt zu erwirken vermocht hatte, so wurde er am 20. November 1837 in seinem Palaste gefangen genommen und durch Gensdarmen nach Minden geführt.

Diese Begebenheit erregte den furchtbarsten Sturm in der katholischen Welt, und es eröffnete sich sofort der erbitterste Streit nicht

Digitized by Google

nur gegen die preußische Regierung, sondern gegen den Protestantismus überhaupt. Dieses Ereigniß gewann deßhalb eine allgemeine Bedeutung, weil es gewissermaßen der Mittelpunkt des großen Streites wurde, welcher auf dem religiös-kirchlichen Gebiete theils schon entbrannt war, theils mit neuen Kräften und neuer Heftigkeit fortgeführt wurde.

Es war eine Hauptschlacht, welche der Jesuitismus dem Geiste der Zeit lieferte. Um den Zusammenhang zu begreifen, ist es nöthig, daß wir kurz zusammenfassen, was die kirchliche Reaction seit 1814 beabsichtigt, welche Stellung sie eingenommen, welche Schicksale sie in den einzelnen Ländern erfahren hat.

Nach Napoleons Sturze war das Streben der römischen Hierarchie darauf gerichtet, in großartigem Maßstabe den früheren Einfluß wieder zu gewinnen. Zu diesem Ende wurde gleich 1814 der Orden der Jesuiten hergestellt, welcher alsbald eine außerordentliche Thätigkeit entfaltete. Die Taktik der Hierarchie bestand zunächst darin, sich mit der politischen Reaction zu verbinden, da Kirche und Regierungen einen gemeinsamen Feind an dem Liberalismus hatten. Die Hierarchie suchte also die Gewalthaber zu umstricken und ihnen darzuthun, daß ihnen gegen die liberalen Ideen nur die Kirche den wirksamsten Schutz zu gewähren vermöge. In der That gelang es dem Pfaffenthum, nicht nur in allen italienischen Staaten das gewünschte Uebergewicht zu erlangen, sondern auch auf der pyrenäischen Halbinsel, in Frankreich, der Schweiz und einem nicht geringen Theile Deutschlands, wo es sich in Oesterreich, Baiern, Sachsen und am Rhein wieder festzusetzen wußte. Selbst in Rußland, wo übrigens der Jesuitismus auch nach seiner Auflösung im Jahre 1776 geduldet war, wußte er sich noch bis 1820 zu behaupten.

Da jedoch das Pfaffenthum in allen diesen Ländern mit einem furchtbaren Fanatismus auftrat und nichts weniger als segensreiche Wirkungen erkennen ließ, so fehlte es nicht an Oppositionen. Diese gingen theils von den Regierungen aus, theils von der Wissenschaft, theils vom politischen Liberalismus.

Digitized by Google

Was die Regierungen anbetrifft, so gelang es nicht alle zu überzeugen, daß eine schrankenlose Herrschaft des Pfaffenthums im Stande sei, die Throne zu befestigen. Im Gegentheile, jene Ansicht vom Staate und von seinem Verhältniß zur Kirche, wie sie zur Zeit Napoleons aufgekommen, wonach er Alles zu überwachen und zu bevormunden hat, verschwand nicht so bald, und so sehen wir in Deutschland die Regierungen der südwestlichen Staaten mit großer Entschiedenheit den Anmaßungen der Hierarchie sich widersetzen*), in Rußland seit 1820 den Jesuitismus vertrieben, in Holland einen lebhaften Kampf der Regierung mit der Kirche. Die wissenschaftliche Opposition gegen die Bestrebungen des Ultramontanismus geht insbesondere von Deutschland aus. Von großer Bedeutung war hier, daß derselbe nicht blos von Protestanten oder Laien bekämpft wurde, sondern daß sich innerhalb des Katholicismus, im Schooße der Geistlichkeit selber eine mannichfache Opposition bildete. Zwei Männer sind hier insbesondere zu nennen, Wessenberg und Hermes. Wessenberg, Generalvicar des Bisthums Constanz, ein sehr aufgeklärter freisinniger Mann, war von jeher von dem Gedanken einer unabhängigen nationalen deutschen Kirche erfüllt und hat zu verschiedenen Malen diesem Gedanken Worte geliehen. Er wünschte vor Allem die Uebergriffe Roms beseitigt, und wenn er für die Kirche auch die Unabhängigkeit von der weltlichen Macht forderte, so war der Inhalt der Glaubenslehren, die er als wahrhaft katholische annahm, von der Art, daß weder der Staat, noch die Gewissensfreiheit dadurch beeinträchtigt worden wären. Wessenberg bildete eine zahlreiche Schule; sein Einfluß auf das südwestliche Deutschland war ein unermeßlicher; fast die ganze katholische Geistlichkeit in jenen Gegenden bekannte sich zu seinen Lehren und diese Wirkung wurde auch dann nicht beseitigt, als Wessenberg nach der Auflösung des Bisthums Constanz außer Thätigkeit gesetzt und von Rom aus verfolgt ward. Die Ansicht von der Verwerflichkeit des Priestercölibats, einer der Hauptpunkte der

---

*) Vergl. ersten Band S. 190 u. 482.

Digitized by Google

römischen Kirchenlehre, verbreitete sich in immer größerer Ausdehnung unter den katholischen Geistlichen, und an die badische Kammer kamen öfter Petitionen um die Aufhebung desselben. Wie Wessenberg in diesen Gegenden, so wirkte Hermes am Rhein. Dieser, 1775 geboren, seit 1807 Professor der katholischen Dogmatik an der Universität Münster, seit 1819 in derselben Eigenschaft an der Universität Bonn, im Jahre 1831 gestorben, entfaltete als Lehrer eine außerordentliche Wirksamkeit. Er hat während seines vier und zwanzigjährigen Lehramts viele Schüler gezogen und den Samen seiner Lehren weithin ausgestreut. Zwar war er weit entfernt, die katholische Kirche und ihre Dogmen anzugreifen, im Gegentheile, er suchte die Wahrheit und Richtigkeit derselben im Ganzen und Großen darzuthun; allein als philosophisch gebildeter Mann glaubte er dies nur vermittelst der Vernunft thun zu können, d. h. als den Ausgangspunkt, als die Quelle auch der katholischen Kirchenlehre erkennt er die Vernunft und nimmt jene nur deßhalb an, weil ihm die Vernunft die Richtigkeit derselben bewiesen. Diese durchaus philosophische mit den Lehren des Ultramontanismus im geraden Widerspruche stehende Grundlage seines Systems mußte schon deßhalb gefährlich wirken, weil sie das Denken beförderte, und wenn Hermes auch vorderhand mit der katholischen Glaubenslehre übereinstimmte, so war doch auf keine Weise die Möglichkeit abgewendet, daß man auf derselben Grundlage, auf der Vernunft, auch einmal zu einem entgegengesetzten Ergebnisse kömmen könne. So viel war jedenfalls gewiß, daß die Hermesische Schule eine Richtung in der katholischen Theologie beförderte, welche mit den jesuitischen streng hierarchischen Bestrebungen der kirchlichen Reaction nichts weniger als übereinstimmte. An diese beiden Oppositionen am Rhein und im südwestlichen Deutschland schloß sich nun eine dritte, im Osten Deutschlands, an, in Schlesien, wo ein Theil der katholischen Geistlichkeit ungefähr dieselben freisinnigen Tendenzen verfolgte.

Zu gleicher Zeit bemühte sich die politische Opposition in den südlichen katholischen Ländern das Pfaffenwesen an der Wurzel an-

Digitized by Google

zugreifen, weil sie sehr gut einsah, daß der weltliche Absolutismus und die kirchliche Reaction mit einander zusammen hingen. Die Freimaurerei in Spanien und Portugal, die Carbonaria in Italien, die geheimen Verbindungen in Frankreich waren nicht minder gegen den Jesuitismus, wie gegen die Throne gerichtet. Und als es im Anfang der zwanziger Jahre diesen Verbindungen gelang, auf der pyrenäischen Halbinsel, wie in Italien Erfolge zu erzielen, die absoluten Regierungen zu stürzen und demokratische Verfassungen einzuführen, so war eine Verfolgung der Geistlichkeit, ein Beschneiden des übermäßigen Einflusses der Kirche eine der ersten Maßregeln der neuen Machthaber.

Indessen diese Bewegungen wurden überwunden, und seit der Mitte des Jahrzehends setzte sich die Hierarchie und der Jesuitismus, unterstützt von den weltlichen Gewalten, fester als je. Wir haben gesehen, wie sie Italien, Spanien und Portugal beherrschten, in welch' unglückliche Zustände sie die Völker jener Länder versetzten, wie sie den König von Frankreich, Carl X., umsponnen. Auch in Deutschland machten sie immer größere Fortschritte. In Oesterreich wurden die Jesuiten seit 1820 von Metternich bedeutend unterstützt, wo sie unter dem Namen der Ligorianer auftraten. In Preußen wußten sie sich in der Rheinprovinz einzuschleichen, ohne daß die Regierung irgend etwas dagegen unternahm, ja sie gingen sogar damit um, den König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., der durch seine pietistische Richtung ohnedies empfänglich genug für dergleichen Bestrebungen war, zum Uebertritte in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche zu vermögen; die katholische Gräfin Auguste von Harrach, mit der er sich 1824 vermählte, sollte besonders dabei verwendet werden. In Sachsen setzten sie sich gegen Ende der zwanziger Jahre fest; in Anhalt-Cöthen gelang es ihnen wirklich, den Herzog Friedrich Ferdinand 1825 zum Uebertritte zu bestimmen.

Diesen Erfolgen der Hierarchie wurde auf einmal durch die Julirevolution Einhalt gethan. Die Erschütterung, welche dieses Ereigniß in ganz Europa auf dem politischen Gebiete hervorbrachte, er-

Digitized by Google

streckte sich naturgemäß auch auf das kirchliche, da der weltliche Absolutismus fast überall in innigem Bunde mit der Hierarchie aufgetreten war.

Was zunächst Frankreich anbetrifft, so wurde der ungeheuere Einfluß des Pfaffenthums nicht nur beseitigt, die Uebergriffe, welche sich die Hierarchie in vielfachen Beziehungen hatte zu Schulden kommen lassen, aufgehoben, sondern im Gefolge der Julirevolution entwickelte sich auch noch eine andere Erscheinung, welche in ihrem weiteren Verlaufe der Kirche außerordentlich gefährlich werden konnte. Mit dem Anfange des Jahres 1831 bildete sich eine neue französisch-katholische Kirche. An der Spitze derselben stand der Abbé Franz Chatel, Auzou und Blachère. Diese Kirche wollte nicht umwälzen, sondern reformiren, den reinen Geist des Christenthums herstellen, den Fanatismus verbannen. Sie protestirte gegen die Unfehlbarkeit des Papstes und der allgemeinen Concilien und bekannte sich zu folgenden Lehren: „Die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes und alle Gewalt emanirt aus dem Volke. Da Gehorsam unter die Staatsgesetze die erste und heiligste Pflicht ist, so darf ein Geistlicher nie den Regeln der kirchlichen Disciplin gehorchen, wenn sie jenen widersprechen; doch ist die geistliche Autorität der Geistlichen völlig unabhängig von der weltlichen Gewalt. Die Vernunft eines Jeden muß die Grundregel seiner Glaubensmeinungen sein, und man muß seiner eignen Ueberzeugung folgen, selbst wenn sie sich im Widerspruch mit der allgemeinen Glaubensmeinung befindet. Das Evangelium ist die einzige Glaubensregel, das apostolische, nizänische und athanasische Glaubenssymbol Ausdruck der evangelische Lehre. Die sieben Sacramente werden beibehalten, der Priestercölibat verworfen, ebenso die Abstinenz- und Fastengebote und die Ohrenbeichte. Messe und Sacramente werden in der Landessprache gespendet. Nur der Staat hat das Recht, Ehehindernisse festzustellen. Keiner bürgerlich geschlossenen Ehe kann die Trauung versagt werden. Die Hierarchie besteht aus Patriarchen, Coadjutoren, Bischöfen, Priestern und Diaconen.“ Bald bekannten sich viele Franzosen zu dieser neuen Kirche, viele

Digitized by Google

Geistliche traten über, ganze Gemeinden verlangten von Chatel Prediger. Seit dem Jahre 1832 trat indeß eine Spaltung ein zwischen Chatel und Auzou, und beide Männer stifteten nun besondere Kirchen. Chatel, dessen Kirche von Tag zu Tag mehr Anhänger gewann, wurde immer radicaler, sah die Sacramente nur noch als Symbole an, erklärte die Vernunft als das eigentliche Wort Gottes, die Tugend allein führe zum Himmel, nur die Religion sei die wahre, welche uns das Gewissen anrathe, Christus Lehre sei nichts weiter, als die Lehre der Natur. Auzou dagegen hielt sich noch strenger an die Lehren der katholischen Kirche, verwarf nur den Papst, den Priestercölibat und die Ohrenbeichte.

Wie in Frankreich, so drohte auch in Italien einen Augenblick das Pfaffenregiment zusammenzustürzen. Die durch die Julirevolution daselbst hervorgerufenen Bewegungen trugen, wie die früheren, zugleich einen antikirchlichen Charakter. Sie wurden zwar mit Hülfe der Oesterreicher wieder überwunden, aber dafür verlor die Kirche im Laufe der dreißiger Jahre zwei Länder, in welchen sie bisher fast unbestritten geherrscht hatte, nämlich Spanien und Portugal. Dies war ein schwerer Verlust. Und zugleich entwickelte sich auch in Deutschland eine neue heftige Opposition gegen Hierarchie und Jesuitismus. Im Anfange der dreißiger Jahre wird der Gedanke einer unabhängigen deutschen Kirche von Neuem besprochen; man macht wiederholte Versuche, die Aufhebung des Priestercölibats durchzusetzen, die katholische Kirchenlehre mit der Vernunft in Einklang zu bringen. Aus Sachsen werden die Jesuiten vertrieben und in der Verfassungsurkunde dieses Landes die Bestimmung aufgenommen, daß weder neue Klöster errichtet, noch Jesuiten oder irgend ein anderer geistlicher Orden jemals im Lande aufgenommen werden dürfen.

Die Hierarchie hatte daher von ihrer Verbindung mit dem Absolutismus schlechte Früchte geerntet, und die Ereignisse der dreißiger Jahre mußten zu ernsten Betrachtungen auffordern. Aber sie weiß sich zu helfen. Sie ist nur consequent in ihrem letzten Zwecke; die Mittel, um dahin zu gelangen, verändert sie nach den Umständen.

Digitized by Google

So nahm sie auch keinen Anstand, sich mit der Demokratie zu verbinden und gemeinsam mit ihr den Thron zu bekämpfen, wenn sie glaubte dabei ihre Rechnung zu finden, wie sie denn schon in früheren Zeiten das Princip der Volkssouveränität gegenüber dem vom Fürstenthum in Anspruch genommenen göttlichen Ursprung der königlichen Gewalt aufgestellt hat. Ja um dieselbe Zeit, als sie in Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Oesterreich den absoluten Thron unterstützte und in Folge dieser Unterstützung ihren Einfluß verloren hat, kämpfte sie in einem anderen Lande, in Belgien, auf der Seite des Volkes und der Freiheit gegen den Thron und hat hier in der That Erfolge errungen. Wir haben gesehen, wie durch die Verbindung der Liberalen und der Ultramontanen die belgische Revolution ermöglicht wurde. Die Hierarchie mußte zwar eine freisinnige Verfassung zugestehen, dagegen wurde jener von den Liberalen die Freiheit des Unterrichts zugestanden, was nichts Anderes heißen wollte, als daß dieser nun ganz und gar in die Hände der Pfaffen kam. Ueberhaupt hatten die Liberalen aus dieser Verbindung weit weniger Vortheil gezogen, als die Kirche. Letztere wußte durch das Wahlgesetz in den Kammern, durch diese in der Regierung das Uebergewicht zu erlangen. Selbst die Preßfreiheit diente nur den Pfaffen, denn sie wußten durch ihren Einfluß und ihre sonstigen Mittel die Presse sich dienstbar zu machen und etwaige oppositionelle Blätter zu Grunde zu richten oder in ihren Wirkungen zu zerstören. So kann man wohl sagen, war der Sieg der belgischen Revolution bis 1840 nicht blos ein Sieg des demokratischen Princips, sondern ebenso und mit noch größerem Recht ein Sieg des Ultramontanismus zu nennen.

Und wie in Belgien, so suchte die Hierarchie auch in zwei angränzenden großen Ländern aus der Verbindung mit der Demokratie Vortheil zu ziehen. In Deutschland unterstützte sie in Rheinpreußen die politische Opposition, in Frankreich glaubte sie, um die neue Dynastie entweder zu stürzen oder sie sich geneigt zu machen, ebenfalls die demokratischen Grundsätze sich zu eigen machen zu müssen. In diesen Ländern traten um jene Zeit zwei Männer auf, welche durch

Digitized by Google

die eigenthümliche Verbindung demokratischer und kirchlicher Grundsätze einen mächtigen Einfluß auf die öffentliche Meinung schon geübt hatten und noch ferner übten. Dies waren Görres und Lamennais. Nur unterscheiden sie sich in so fern von einander, als Lamennais vom strengen Papisten Demokrat wird, während Görres vom Demokraten zum Papisten sich wendet.

Lamennais war unter der Restauration der Bourbons einer der literarischen Führer jener streng katholischen Richtung, welche nur in der entschiedensten Unterordnung des Staates unter die Kirche, nur in der Wiederherstellung des strengsten Papismus das Heil der Menschheit erblickte. Man konnte ihn füglich als einen kirchlichen Fanatiker bezeichnen. Die Julirevolution, welche den Sieg der Freiheit und des Volkes auf eine so mächtige Weise veranschaulichte, machte einen großen Eindruck auf ihn und er suchte nun die religiösen Ideen und die der politischen Freiheit miteinander in Verbindung zu bringen. 1834 schrieb er die „Worte eines Gläubigen", welche in Kurzem über dreißig Auflagen erlebten und von einer unermeßlichen Wirkung gewesen sind. Diese Schrift, im Bibelton gehalten, der ganz und gar getroffen ist, scheinbar einfach und doch auf Effect berechnet, theilt die Ideen, welche sie ausspricht, gleichsam als unumstößliche Wahrheiten, als Offenbarungen mit, und der Grundgedanke, welcher sich hindurchzieht, ist kein anderer, als daß die erste Sünde der Welt das Königthum ist, der Abfall von dem göttlichen Rechte der Volkssouveränität. Die Opposition gegen das Fürstenthum war so stark, daß der Papst, der sonst Lamennais' Wirksamkeit sehr anerkennenswerth gefunden, sich bewogen sah, die Verdammung dieses Buches auszusprechen. Dadurch wurde Lamennais immer weiter getrieben und er gab allmählig seinen ursprünglichen Papismus auf. Auf Ludwig Philipp machte indeß die Haltung der Hierarchie einen nicht geringen Eindruck, und wenn er sich auch in den ersten Jahren nach der Julirevolution bewogen sah, der öffentlichen Meinung bezüglich des Pfaffenwesens nachzugeben, so erkannte er doch die außerordentliche Wichtigkeit der Hierarchie für die Durchführung seiner Plane. Seit

Digitized by Google

der Mitte des Jahrzehends ist er dem Pfaffenthum zugänglicher. Dies erkennt man aus der Art und Weise, wie er sich zu den neuen französischen Kirchen verhielt. Diesen wurden nämlich von Seite der Polizei die größten Hindernisse in den Weg geworfen und dadurch die Wirksamkeit derselben gelähmt. Endlich wurden sie förmlich unterdrückt. Auch die Jesuiten kamen wieder, wenn auch nicht unter ihrem Namen und wurden, obschon die Regierung recht wohl darum wußte, doch von ihr geduldet. In Frankreich also neigte sich die Regierung wieder zu der Hierarchie, aus Furcht, sie möchte sich sonst mit der Demokratie verbinden, und daher giebt denn die Hierarchie in Frankreich bald wieder die demokratische Färbung auf.

In Deutschland wurde die Verbindung zwischen der Kirche und der Demokratie durch Joseph Görres vermittelt. Wir haben schon früher angegeben, daß dieser Mann, indem er zur strengkirchlichen Partei übertrat, sich weit weniger eines Systemwechsels schuldig machte, als es den Anschein hat; denn schon in den Zeiten der Freiheitskriege trugen seine Ansichten eine ziemlich mittelalterliche Färbung, wie er denn umgekehrt den eigentlichen Kern seiner politischen Richtung, die Opposition gegen das moderne Fürstenthum und den Polizeistaat, das Wirken für die Herstellung eines deutschen Reiches, selbst in den Reihen der Ultramontanen nicht aufgegeben hat. Bald nach seinem Uebertritte zur strengkirchlichen Partei äußerte er gegen einen ehemaligen politischen Gesinnungsgenossen, welcher ihn verwundert wegen seines scheinbaren Systemwechsels zur Rede stellte: „Die Fürsten können nur durch die Hierarchie überwunden werden, man muß daher diese um jeden Preis unterstützen.“*) In der That zeugen seine späteren Schriften von keinem großen Respecte vor dem Fürstenthum, und bezüglich der politischen Zukunft Deutschlands sind von ihm Ansichten ausgesprochen, welche bei jedem anderen die Censur gestrichen haben würde. In Deutschland aber hatte die Hierarchie eine gewisse demokratische Färbung schon deßhalb nöthig, weil es

*) Nach mündlichen Mittheilungen.


Digitized by Google

galt, den mächtigsten protestantischen Staat daselbst, Preußen, anzugreifen und zu demüthigen, welches ohne die Unterstützung der politischen Opposition nicht wohl möglich war. Preußens Gefährlichkeit für die Entwürfe der Hierarchie war von dieser schon lange erkannt worden; denn ein Hauptelement seines Einflusses auf Deutschland bestand offenbar darin, daß sich dieser Staat als den Hort und Beschützer des Protestantismus, der wissenschaftlichen Forschung, überhaupt einer freieren Geistesbildung betrachtete. Diese Bedeutung Preußens, von Rußland ebenfalls erkannt und in der oben angeführten Denkschrift ausgesprochen, wurde von den preußischen Staatsmännern von Zeit zu Zeit ausgebeutet, und gerade nach dem Siege über die liberalen Bewegungen der dreißiger Jahre, als es damit umging, den Zollverein zu gründen und zu erweitern, suchte es diesen Bestrebungen durch das Hervorkehren jenes Elementes einen größeren Nachdruck zu geben. Es ist bedeutsam, daß um jene Zeit Ranke's Werk über die Geschichte der Päpste erschien, das beste, was er geschrieben, bei aller Ruhe und Objectivität der Darstellung doch tief ergreifend und für die Bestrebungen der Hierarchie, vielleicht ohne daß der Verfasser es beabsichtigte, von größerem Nachtheile, als eine noch so scharfe Polemik. Es war keinem Zweifel unterworfen: die Erweiterung von Preußens politischem Einfluß in Deutschland war zugleich ein Fortschritt des protestantischen Princips; um diesen zu verhindern, mußte man Preußen angreifen, die Regierung dieses Landes entweder für die hierarchischen Bestrebungen willfährig machen oder, falls sie sich weigerte, den offenen Kampf beginnen. Wir haben schon angedeutet, was sich die Jesuiten für Mühe gegeben, um den König Friedrich Wilhelm III. zu gewinnen; es war ihnen gar viel gelungen, aber immerhin nicht so viel, als sie wünschten. Sie glaubten nun andere Maßregeln ergreifen zu müssen. Es kam ihnen zu Gute, daß sie den Beherrscher des größten deutschen Staates nach Preußen und Oesterreich, König Ludwig von Baiern, in ihren Netzen gefangen hatten. Ludwig, von seiner Jugend her der romantischen Richtung ergeben, in den ersten Jahren seiner Regierung etwas liberalisirend, dann mit

Digitized by Google

Eifer in die Bahn der Reaction einlenkend, wurde um diese Zeit ganz von der Hierarchie umsponnen und ging in alle ihre Plane ein. In umfassender Weise sollte die strengkatholische Richtung in Baiern wieder zur Herrschaft gebracht werden; die Widerstände, welche hie und da diesen Bestrebungen entgegengesetzt wurden, wurden mit Gewalt niedergeschlagen, im November 1837 auch der Minister des Innern, Wallerstein, der sich den Planen der Jesuiten nicht gefügig zeigte, entlassen und seine Stelle mit Abel besetzt, welcher von dieser Zeit an das willfährigste Werkzeug des Ultramontanismus war. Aber Baiern hatte der Jesuitismus noch für eine größere Rolle bestimmt. Es sollte der Mittelpunkt für seine Bestrebungen im übrigen Deutschland werden. In München wurden alle darauf bezüglichen Plane gefaßt und durchgesprochen; hier wirkte Görres, seit 1827 Lehrer an der Universität, hier wirkte Döllinger, Phillips und wie sie alle hießen; hier war der Sammelplatz der italienischen, der schweizerischen, der französischen Jesuiten; hier wurde der Feldzugsplan gegen den König von Preußen entworfen. Vortrefflich wußte die hierarchische Partei die Jugendträume des Königs von Baiern zu diesem Zwecke auszubeuten. Wir haben früher schon angedeutet, wie sich Ludwig als Kronprinz mit dem Gedanken einer Einheit Deutschlands getragen, wie dieser Gedanke im Jahre 1831 ihm näher gerückt wurde; jetzt nahm die ultramontane Partei diesen Gedanken wieder auf, erinnerte an die historischen Bezüge zwischen den Wittelsbachern und den Rheinfranken und stellte die Möglichkeit in Aussicht, daß sich am Rhein, ähnlich, wie in Belgien, ein unabhängiges Königreich bilden könne, unter einem baierischen Prinzen. Und nun wurde die politische Opposition der Rheinländer gegen Preußen unterstützt, das Feuer täglich mehr geschürt, besonders auch von Belgien her, bis es zum Ausbruche kommen mußte..

Der Cölner Streit.

Die Veranlassung war der Streit über die gemischten Ehen.

Digitized by Google

Schon im Jahre 1817 war deßhalb die preußische Regierung mit der katholischen Geistlichkeit in der Rheinprovinz in Zwiespalte gekommen. Jene verlangte die Rechtsgleichheit der Ehegatten und bezüglich der Erziehung der Kinder die Theilung nach dem Geschlechte, während die Kirche die Erziehung aller Kinder nach dem katholischen Glaubensbekenntnisse in Anspruch nahm, widrigenfalls sie die Trauung verweigerte. Die preußische Regierung unterhandelte deßhalb mit dem römischen Stuhl, konnte aber nichts erreichen; sie entschloß sich nun, diese Unterhandlungen fallen zu lassen und sich mit dem Erzbischof und den Bischöfen auf dem Privatwege zu verständigen. Es gelang ihr, da der Erzbischof von Cöln, Graf Spiegel vom Desenberg, ein friedliebender verständiger Mann war und der Regierung gern nachgab. Aber im Jahre 1835 starb Spiegel und an seine Stelle kam der Freiherr Droste Vischering. Dieser versprach zwar vor seiner Bestätigung durch die Regierung mündlich, sich ganz genau an das Uebereinkommen seines Vorgängers halten zu wollen. Allein bald darauf entwickelte er eine Thätigkeit, welche in geradem Widerspruche mit der seines Vorgängers stand. Er begann damit, die Lehre des Hermes zu verfolgen, darin unterstützt durch ein päpstliches Breve vom Jahre 1835, welches diese Lehre als dem katholischen Glauben zuwider verdammte, und die Anhänger dieser Lehre von ihren Stellen zu entfernen. Sodann trat er gegen die bisher übliche Praxis in den gemischten Ehen auf und verbot jede kirchliche Trauung, wenn nicht das Versprechen der Ehegatten vorliege, die Kinder in der katholischen Religion erziehen zu lassen. Die preußische Regierung machte zuerst allerlei Versuche, den Erzbischof zu einem andern Verfahren zu bestimmen; als dieses nichts half und Droste Vischering zuletzt die ganz entschiedene Erklärung abgab, nicht nachgeben zu wollen, wurde er am 20. November 1837 festgenommen und als Staatsgefangener nach Minden abgeführt.

Diese That war die Losung zu einem allgemeinen Losbruche der ultramontanen Partei. Zwanzig Tage darauf, am 10. December 1837, sprach sich der Papst Gregor XVI. in der vor dem Cardinals-

Digitized by Google

collegium gehaltenen Allocution über dies Ereigniß aus. Er erklärte dadurch die Freiheit der Kirche verletzt, die bischöfliche Würde verhöhnt, die heilige Jurisdiction usurpirt und die Rechte der katholischen Kirche, so wie des heiligen Stuhles unter die Füße getreten. „Wir erklären zugleich öffentlich und feierlich", fügte er hinzu, „daß wir jede im Königreiche Preußen unrechtmäßig und gegen den wahren Sinn der von unserem Vorgänger erlassenen Erklärung über die gemischten Ehen eingeführte Praxis gänzlich verwerfen." So war denn von der römischen Curie der preußischen Regierung der Handschuh hingeworfen, und alsobald erhob sich gegen diese ein gewaltiger Sturm. In den Rheinprovinzen zunächst begann die Bewegung; alle unzufriedenen Elemente scharten sich um die katholische Fahne; die Bischöfe und die Geistlichen, mit Ausnahme der Hermesianer, nahmen die Partei des Erzbischofs; das Volk wurde fanatisirt; hie und da kam es zu Tumulten, welche nur durch Waffengewalt unterdrückt werden konnten. Und bald theilte sich die Bewegung auch den östlichen Provinzen der Monarchie mit. Im Februar 1838 erließ der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin Dunin, einen Hirtenbrief, in welchem er ebenso wie Droste Vischering, sämmtlichen Geistlichen seiner Diöcese die Einsegnung gemischter Ehen untersagte, wenn nicht vorher der nicht katholische Theil mit aller Sicherheit gelobt haben werde, daß alle aus dieser Ehe zu erzeugenden Kinder im katholischen Glauben erzogen werden sollen. Und dieser Hirtenbrief fand hier im Osten denselben Wiederhall, wie das Verfahren Droste Vischerings im Westen.

Zugleich bemächtigte sich die Opposition auch der Presse. Aus der Fluth von Schriften, welche nun über diesen Gegenstand erschienen, that sich vor Allem der „Athanasius" von Görres hervor. Dieses Buch ist mit demselben Feuer, derselben Leidenschaftlichkeit, demselben unvergleichlichen Talent des Aufregens und Aufreizens geschrieben, durch welche sich die früheren Schriften dieses Mannes auszeichneten; logischen Gedankengang, Klarheit und Deutlichkeit sucht man freilich vergebens darin, obschon sich der Verfasser das Ansehen giebt, als wolle er aufklären und nur den objectiven Sachverhalt darstellen.

Digitized by Google

Dagegen verstand er es vortrefflich, den bittersten Unmuth gegen die preußische Regierung hervorzurufen; die Erinnerung an den Corporalstock Friedrich Wilhelms I., an die Willkür der preußischen Büreaukratie verfehlte nicht die beabsichtigte Wirkung. Zugleich wurde in München unter des alten Görres Leitung von Phillips und dem jungen Görres eine neue katholische Zeitschrift, die historisch-politischen Blätter, ins Leben gerufen, welche sich zur Aufgabe stellte, nach allen Gebieten hin dem Katholicismus von Neuem den Weg zu bahnen, und in einer umfassenderen Weise, als es bisher geschehen, mit den Waffen der Wissenschaft und des Geistes für ihn aufzutreten. Es ist nicht zu leugnen: diese Blätter äußerten ihre Wirkung, eine größere, als man von protestantischer Seite zugestehen wollte; auch waren sie mit viel Geschick redigirt und zeichneten sich durch eine ziemliche Mannichfaltigkeit der von ihnen behandelten Gegenstände aus. Die Wirkungen der in Folge des Cölner Ereignisses hervorgerufenen katholischen Opposition zeigten sich auch bald. Nicht nur in Baiern traten immer größere Beeinträchtigungen des Protestantismus ein, sondern auch in den benachbarten Ländern, wo bisher der Ultramontanismus entweder gar nicht, oder doch sehr unbedeutend vorhanden gewesen, gewinnt er jetzt ein größeres Gebiet; in Würtemberg und in Baden thun sich dergleichen Tendenzen auf, ebenso in den beiden Hessen, und selbst in Sachsen zeigt sich der Jesuitismus wieder. Sodann in der Schweiz steigt er von Tag zu Tag. In der Revolution von 1830 und 1831 war er etwas in den Hintergrund gedrängt worden, jedoch nur scheinbar. Seit der Mitte der dreißiger Jahre wird er immer bedeutender. Den Mittelpunkt bildet der Canton Freiburg, der eigentliche Herd des Jesuitismus, nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die benachbarten Länder die Pflanzschule der Jünger Loyolas. Diese bemächtigten sich auch der demokratischen Cantone, zuerst der kleineren. Luzern wurde seit 1835 bearbeitet, in welchem Jahre der päpstliche Nuntius diese Stadt verließ, weil der demokratische Rath nicht auf seine Forderungen eingehen wollte. Seit 1838 kam es in Aargau zwischen der katholischen Partei und der

Digitized by Google

Regierung wegen der Klöster zu Händeln. Im Jahre 1839 gelingt es der katholischen Partei sogar, eine protestantische Regierung, die freisinnige Zürcher, zu stürzen, weil sie den Dr. Strauß als Lehrer der Theologie an die Hochschule berufen.

So war denn auf einmal eine mächtige katholische Bewegung entstanden, die schon durch die Ausdehnung, in welcher sie auftrat, beurkundete, daß sie längst vorbereitet gewesen. Was wollte ihr nun die preußische Regierung, gegen die sie zunächst gerichtet war, entgegensetzen?

Sie gebrauchte zuerst ihre gewöhnlichen Mittel, die Gewalt und die Polizei. Sie schlug die Unruhen in der Rheinprovinz nieder, nahm Verhaftungen vor, verbot den Athanasius von Görres, die historisch politischen Blätter und ähnliche Schriften, die in Baiern mit königlicher Censur gedruckt wurden. Zugleich schlug sie den diplomatischen Weg ein. Die Diplomatie ist aber seit dem Tode des großen Friedrich die schwächste Seite der preußischen Regierung gewesen; es war daher zu erwarten, daß sie zumal einem so schlauen Cabinette, wie dem römischen, gegenüber, den Kürzeren ziehen würde. Und so geschah es auch. Nach der päpstlichen Allocution vom 10. December 1837 richtete der preußische Gesandte in Rom, Dr. Bunsen, eine Note an den Cardinal-Staatssecretair, in welcher er gewissermaßen seine Regierung entschuldigte wegen des gegen den Erzbischof von Cöln angewendeten Verfahrens und Alles der Weisheit des Papstes anheim gab. Doch verlangte er Erläuterung wegen der Allocution. Der Cardinal antwortete, die Allocution sei eine öffentliche Erklärung über eine öffentliche Thatsache, eine förmliche Beschwerde gegen eine offenbare und Aergerniß erweckende Verletzung der Rechte der Kirche; er fordere vor Allem die Sühne des begangenen Unrechts, bevor man zur Annahme der Mittheilungen des Gesandten sich verstehen könne. In dieser Antwort sieht nun Bunsen einen erwünschten Schritt zur Vereinigung und richtet in diesem Sinne eine neue Note an den Cardinal; dieser aber bleibt bei seiner Erklärung. Bunsen wurde zwar bald darauf abberufen, aber der neue Gesandte,

Digitized by Google

von Buch, war nicht glücklicher. Die Curie war nicht im Geringsten gesonnen nachzugeben; sie bestätigte zwar den inzwischen erwählten Generalvicar des Erzbisthums Cöln, Hüsgen, aber nur unter der Bedingung, daß er sich bezüglich der gemischten Ehen und des Hermesianismus ganz nach den Vorschriften des Papstes und nach dem Verfahren Droste Vischerings richte. Die preußische Regierung war stillschweigend damit einverstanden. Sie bestätigte die Wahl Hüsgens. Ebenso wagte sie lange nicht, mit Entschiedenheit gegen den Erzbischof von Posen vorzugehen. Sie knüpfte Unterhandlungen mit ihm an, die aber zu keinem Ziele führten, da sich der Erzbischof weigerte, nachzugeben; sie leitete sodann eine Criminaluntersuchung gegen ihn ein, in Folge welcher er zwar zu sechsmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt wurde, allein die Regierung begnadigte ihn und sprach auch nicht die Entsetzung von seiner Stelle aus; nur solle er so lange, bis der Streit ausgemacht sei, in Berlin bleiben. Erst als er wider den Willen der Regierung nach Posen zurückkehrte, wurde er Ende 1839 festgenommen und auf die Festung Colberg geführt. Inzwischen aber war an ein Nachgeben weder von Seite des Papstes, noch von Seite der preußischen Bischöfe zu denken, und in der Wirklichkeit behielten diese die Oberhand.

Also auf diplomatischem Wege gewann die Regierung nichts. Sie war zu schwankend, zahm und haltlos. Es konnte also nur die Macht des Geistes, die Wissenschaft, die Presse entscheiden. Aber welche? Die protestantische? Auch die protestantische Kirche, wie sie sich um jene Zeit gestaltet hatte, war nicht in der Lage, den Kampf mit irgend einer Aussicht auf Erfolg aufzunehmen.

Die religiöse und literarische Entwickelung innerhalb des Protestantismus.

Im Protestantismus waren seit den Freiheitskriegen, wie wir dies schon mehrmals angedeutet, fast dieselben Erscheinungen eingetreten, wie sie sich uns eben von Seite der katholischen Kirche darge-

Digitized by Google

stellt haben. Auf die Zeiten der Aufklärung und des religiösen Indifferentismus, wie sie in der Napoleonischen Epoche herrschend geworden, folgte eine Reaction des streng religiösen Bewußtseins. Dieses trat bald in der Form der Rechtgläubigkeit auf, wie die katholische Kirche den Papismus und den Jesuitismus hervorkehrte. Man glaubte die alten Glaubenssätze der Reformatoren wieder hervorsuchen zu müssen; und in der strengen Festhaltung derselben erblickte man den wahren Protestantismus und das ächte Christenthum. Doch tritt die protestantische Reaction nicht in gleicher Weise auf; sie theilt sich vielmehr in manche Abstufungen, welche sich unter drei Categorien bringen lassen: Mysticismus, Supranaturalismus und Pietismus.

Der Mysticismus, aus einer schwärmerischen phantastischen Gefühlswelt hervorgegangen, sucht eine unmittelbare Verbindung des Menschen mit Gott, welche durch die innere Stimme in uns vermittelt wird. In früheren Zeiten lebte in ihm ein ziemlich bedeutendes pantheistisches Element; und er bildete deßhalb in der Zeit der Reformation*) und noch im 17. Jahrhundert nicht selten Opposition gegen die herrschende Kirchenlehre, wie denn auch heut zu Tage immerhin noch eine gewisse Verwandtschaft zwischen ihm und den freien theologischen Richtungen besteht. Da aber im Laufe der Zeit die Philosophie sich dieses Elementes bemächtigt hatte, so beschränkte er sich jetzt vorzugsweise auf die Lehre von jenem übernatürlichen Verhältnisse, in welchem der Mensch zu Gott und zu der Geisterwelt stehe. Im Ganzen war diese Richtung nicht stark vertreten; vor Allem zeigte sie sich in Würtemberg, wo sich Justinus Kerner, Eschenmaier, Hofacker und andere zu ihr bekannten, und durch eine Reihe von Schriften über die Seherin von Prevorst und ähnliche Erscheinungen ihre Meinungen von einem Herüberragen der Geisterwelt in die unsrige zu beweisen suchten. Diese Richtung, so harmlos sie im ersten Augenblick erscheinen mochte, trug doch nicht wenig dazu bei, unter dem gemeinen Volke den Wunder- und Aberglauben neuerdings zu verbreiten und eine

*) Siehe meine Schrift: Geist der Reformation. Zweiter Theil. 1844.

Digitized by Google

verständige Ansicht von den Dingen der Welt zu erschweren, zumal da jene Geisterseherei zuletzt auf allerlei Teufelsspuk und Teufelsaustreiberei führte, Dinge, von welchen man glaubte, daß sie das achtzehnte Jahrhundert gründlich überwunden hätte.

Während sich der Mysticismus auf dem Gebiete des Gefühles und einer schrankenlosen Phantasie bewegte, beschränkte sich der Supranaturalismus oder die Orthodoxie (Rechtgläubigkeit) darauf, die alten Glaubenslehren der protestantischen Kirche, wie sie in den symbolischen Büchern enthalten sind, wieder hervorzusuchen und von Neuem in den Protestantismus einzuführen. Die Hauptgrundsätze dieser Richtung bestanden in der Bekämpfung der Vernunft als der Quelle der religiösen Erkenntniß und des Criteriums der Wahrheit, Eigenschaften, welche sie nur der Bibel, deren göttlichen Ursprung sie in allen ihren Theilen zu beweisen suchte, zuerkannte; ferner in der Lehre von der Göttlichkeit Christi, von der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur, von der Unfreiheit des Willens, von der Rechtfertigung des Menschen nicht durch seine Werke, sondern durch den Glauben an Christus den Erlöser und von der dadurch bewirkten göttlichen Gnade. Diese Grundsätze, als deren vornehmste Vertreter Hengstenberg in Berlin, Harms in Kiel, Tholuck und Leo in Halle, Harleß und Höfling in Erlangen, Roth in München, Krummacher in Bremen zu betrachten sind, wurden mit all' dem Fanatismus und all' der Unduldsamkeit gegen Andersgläubige vorgetragen, wie sie die protestantischen Theologen des 16. und 17. Jahrhunderts an den Tag gelegt. Nur in ihnen erblickten sie das wahre Christenthum, während sie die Rationalisten als Heiden, als dem Teufel verfallen, darstellten.

Der Supranaturalismus versuchte die Erneuerung seiner Herrschaft auf dem Gebiete der Wissenschaft; er wurde indessen unterstützt durch die dritte Richtung der religiösen Reaction, welche unmittelbar in das Leben eingriff, durch den Pietismus. Dieser, welcher die oben angeführten Grundsätze ebenfalls als die seinigen annahm, insbesondere die Lehre von der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur,

Digitized by Google

von der Nichtsnutzigkeit der guten Werke, von der Rechtfertigung des Menschen durch den bloßen Glauben an den Erlöser, fügte dem dogmatischen Gebäude noch ein anderes Element hinzu, welches unmittelbar an das Mittelalter erinnerte: nämlich eine äußerliche Frömmigkeit, eine Abtödtung des Fleisches, ein Sichzurückziehen von der Welt und deren Freuden und Vergnügungen, welche als teuflisch und unchristlich verschrieen wurden, ein Sichabschließen von den gewöhnlichen Menschen durch Conventikel und dergleichen, und, was nothwendig damit zusammenhing, einen entsetzlichen geistlichen Hochmuth und Dünkel, indem die Anhänger dieser Richtung sich als die Auserwählten des Herrn betrachteten und auf die Weltkinder mit Verachtung und Anmaßung herabblickten. Der Pietismus machte unter den Massen und selbst auch bei den Gebildeten nicht unbedeutende Fortschritte, da er eine so wohlfeile Frömmigkeit predigte, wie der unbedingte Glaube ist, dem die Werke nicht einmal zu folgen brauchen, und da er seine Anhänger für die Verachtung der Welt und ihrer Freuden in den Conventikeln reichlich zu entschädigen wußte mit Dingen, die freilich nichts weniger, als wie Abtödtung aussahen.

Der Rationalismus, von Paulus in Heidelberg, Wegscheider und Gesenius in Halle, Röhr in Weimar, Bretschneider in Gotha, Ammon in Dresden, Stephani in Baiern vertreten, setzte sich zwar dem Umsichgreifen der religiösen Reaction im Protestantismus entgegen, aber ohne daß es ihm gelungen wäre, dieselbe aufzuhalten. Denn offenbar hatte diese Richtung, welche allerdings fähig genug war, um mit den Gründen des Verstandes die Thorheit und Abgeschmacktheit alter verrotteter Glaubenssätze darzuthun, zu wenig Inhalt, um die Bedürfnisse der religiös angeregten Menschheit zu befriedigen oder den Anforderungen einer philosophisch gebildeten Nation zu genügen. Der Rationalismus war von einer gewissen Plattheit und Dürftigkeit nicht frei zu sprechen, wenn er die negative Seite seiner Wirksamkeit verließ und ein positives System aufstellen wollte. Außerdem gerieth er leicht in Widerspruch mit sich selbst. Denn wie unbedingt er auch die Vernunft als die Grundlage der religiösen Erkenntniß

Digitized by Google

hinstellte, so zog er doch wieder eine Schranke für die kritische Forschung, indem er sich hütete, über das Christenthum selber und über die Bibel hinauszugehen, vielmehr eifrigst sich bestrebte, für seine Grundsätze ohne Unterschied die Christlichkeit und die Uebereinstimmung mit der Bibel in Anspruch zu nehmen. Diese Mangelhaftigkeit des Rationalismus hatte bei geistreicheren bedeutenderen Naturen, welche zu gescheid waren, sich der beschränkten Rechtgläubigkeit oder dem Pietismus in die Arme zu werfen, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Theologie hervorgerufen, welche über den Rationalismus und die Orthodoxie gleicherweise hinausgehend die Forderungen der Vernunft und eines philosophisch gebildeten Geistes mit den Bedürfnissen eines innigen christlichen Bewußtseins in Einklang zu bringen vermöchte. Diese Richtung, an deren Spitze Schleiermacher stand, aber von vielen Anderen, wie Daub, Marheinecke auf mannichfache Weise entwickelt und ausgebildet, war zwar nicht gesonnen, die religiöse Reaction zu unterstützen, schadete aber immerhin dem Rationalismus wenigstens insofern, als sie ihm Bekenner entzog und also dazu beitrug seine Reihen zu lichten. Auch Schelling wirkte in diesem Sinne. Ganz entschieden aber verlor der Rationalismus, als es der Orthodoxie und dem Pietismus gelungen war, die Regierungen gegen ihn in die Waffen zu rufen. Wie nämlich der Jesuitismus in der Zeit der Restauration sich an den Absolutismus der Könige anschloß, um vermittelst der weltlichen Macht seinen Einfluß zu erweitern, so glaubte auch der Pietismus verfahren zu müssen. Um aber die Regierungen zu gewinnen, mußte man den Rationalismus und die Aufklärung als staatsgefährlich und revolutionair hinstellen, dagegen als nothwendige Wirkung des Pietismus die Erzielung guter gehorsamer Unterthanen darzuthun suchen. Diese Verdächtigung des Rationalismus ward nun von Seite der protestantischen Dunkelmänner in großartigem Maßstabe betrieben, und es gelang ihnen nur zu gut, ihren Zweck zu erreichen. Die deutschen Regierungen beginnen jetzt in demselben Maße pietistisch und orthodox zu werden, als sie in der Zeit der Napoleonischen Herrschaft freigeisterisch gesinnt ge-

Digitized by Google

wesen waren. Schon glaubt der Pietismus so weit gekommen zu sein, alle andersdenkenden Lehrer von den Universitäten entfernen zu können; die evangelische Kirchenzeitung, das Organ Hengstenbergs, begann mit Wegscheider und Gesenius, Lehrer der Theologie in Halle, deren Absetzung sie von der preußischen Regierung verlangte. Doch kam diese Forderung immer noch zu früh, und war zu plump, als daß darauf eingegangen werden konnte.

Bald darauf wurden die Fortschritte des Pietismus durch die Julirevolution. ebenso unterbrochen, wie die Fortschritte der römischen Propaganda. Während der politischen Aufregung im Anfange der dreißiger Jahre verlor auch der Pietismus an seinem Einflusse. Erst nachdem die Reaction eingetreten war, gewinnt er wieder ein größeres Gebiet. Und nicht ohne Einfluß darauf ist offenbar die Trostlosigkeit der öffentlichen Zustände gewesen, welche besonders schwache Gemüther, die an der Gegenwart verzweifelten, jener Glaubensrichtung in die Arme führte. Jetzt aber tritt die Unduldsamkeit, Härte und Verfolgungssucht der Pietisten immer deutlicher hervor; da die höchsten Aemter der protestantischen Kirche durch den Einfluß, den sie auf die Höfe üben, meistens mit Anhängern derselben besetzt werden, so gelingt es ihnen wenigstens in den bedeutendsten deutschen Ländern, die Pfarreien mit Leuten ihrer Farbe zu versorgen oder mindestens diejenigen Pfarrer, welche Anhänger des Rationalismus waren, durch Drohungen und Verfolgungen aller Art einzuschüchtern. In Baiern entblödete man sich nicht, allgemein geachtete Geistliche wegen ihrer religiösen Ansichten vor eine Art Ketzergericht zu fordern und sie ihrer Stellen zu entsetzen, weil ihre religiöse Richtung eine andere war, als die vom Oberconsistorium gebotene. So erging es dem Vater des Verfassers, dem Decan Hagen in Windsheim in Mittelfranken, und dem Decan Stephani in Gunzenhausen. Beide Männer standen in allgemeiner Achtung theils wegen ihrer Gelehrsamkeit, theils wegen ihres Charakters und der Unabhängigkeit ihrer Gesinnung. Freilich waren sie auch dadurch in den Stand gesetzt, der Opposition gegen die hereinbrechende Finsterniß in dem Protestantismus,

Digitized by Google

an deren Spitze sie standen, eine größere Bedeutung zu geben.

Auf diesem Punkte angelangt, unterschied sich die protestantische Kirche wenig mehr von der katholischen, ja genau betrachtet, war sie noch tiefer gesunken als letztere. Sie theilte mit der katholischen Kirche, oder vielmehr mit dem Jesuitismus die Unduldsamkeit, die Ketzermacherei, den blinden Glauben; sie nahm also dem Protestantismus das einzige Element, wodurch er der katholischen Kirche gewachsen war, den Geist der freien Forschung; zugleich entbehrte sie aber jenes starken gegliederten Organismus und jener innerlichen Consequenz, welche der katholischen Kirche von jeher eine so bedeutende Macht verliehen haben, und wiederum jener Unabhängigkeit von fremden Einflüssen, namentlich von dem Staate, welche dem Katholicismus gestattete, wenn er wollte, eine ehrenvolle Stellung gegenüber der Willkür der Throne einzunehmen, während die protestantische Kirche, die den Fürsten als ihren obersten Bischof betrachtete, von dem Gnadenbrote der weltlichen Macht leben mußte.

Und nun begreift man wohl, wie unter so bewandten Umständen die protestantische Kirche nicht in der Lage war, den gewaltigen Angriffen des Katholicismus Stand zu halten, da sie die einzige Waffe aufgegeben hatte, die ihr hier helfen konnte, das Schwert des Geistes. In der That, was von Seite der protestantischen Orthodoxie gegen die katholischen Angriffe geschieht, will wenig bedeuten, und Görres hatte leichtes Spiel mit der Widerlegung solcher Gegner, er durfte nur die innern Widersprüche in ihrem Systeme nachweisen, die sie ihm selber in reichlichem Maße boten, wie z. B. Leo in Halle, welcher selber zugesteht, daß er mit Görres in den Grundprincipien einverstanden sei, aber andere Folgerungen daraus zieht, als dieser, freilich mit weniger logischer Berechtigung, als sein Gegner.

Allein nicht blos der strenggläubige Protestantismus trat als Gegner der jesuitischen Anmaßungen auf, sondern eine andere diesem geradezu entgegengesetzte Richtung, welche sich eben jetzt zu entwickeln begann und offenbar die Sendung hatte, die religiöse Reaction in

Digitized by Google

ihrer Richtigkeit aufzudecken, einen andern Inhalt an ihre Stelle zu setzen.

Nachdem die politischen Bestrebungen in Deutschland vor der Reaction erlegen waren, hörte damit die geistige Aufregung, welche die Julirevolution bei uns hervorgerufen, keineswegs auf. Eine Menge von neuen Ideen, von neuen Anschauungen, von Anforderungen an die Wirklichkeit waren durch jenes Ereigniß in die Gemüther geworfen, welche durch einen blos äußerlichen Sieg der herrschenden Gewalten nicht beseitigt werden konnten. Naturgemäß entwickelten sie sich weiter, und da es ihnen nicht vergönnt war, sich auf dem politischen Felde zu bethätigen, so warfen sie sich auf das Einzige, was noch übrig geblieben, auf die Literatur. Der deutsche Geist suchte sich innerlich frei zu machen, die Hindernisse, welche seiner Entwicklung im Wege stehen, hinwegzuräumen. Aber die bisherigen Versuche reichten nicht mehr aus; die Waffen, welche der Rationalismus gegen die fortschreitende Knechtung der Geister angewendet, waren stumpf geworden; die Angriffe des Liberalismus auf die bestehende Ordnung der Dinge blieben nur bei den äußersten Spitzen der Gesellschaft stehen, drangen aber nicht bis auf den Grund der Dinge ein. Es war eine neue, eine entschiedenere, eine radicalere Opposition vonnöthen. In der That ungefähr seit der Mitte des Jahrzehends, um dieselbe Zeit, als der Sieg der Reaction äußerlich wenigstens ein vollständiger schien, bildet sie sich. Sie tritt mit Kühnheit und Rücksichtslosigkeit, mit von Jahr zu Jahr steigender innerer Consequenz gegen die bisherigen Autoritäten, gegen die unnatürlichen gesellschaftlichen Zustände, gegen die Geistestyrannei auf, dafür eine neue vernünftigere, natürliche Ordnung der Dinge, unbedingte Freiheit des Geistes auf jeglichem Gebiete in Anspruch nehmend.

Diese neue Richtung der Opposition zeigt sich zugleich auf zwei Gebieten: in der schönen Literatur und in der ernsten Wissenschaft.

Was jene anbetrifft, so haben wir schon erwähnt, wie Heinrich Heine noch vor dem Ausbruche der Julirevolution den Anstoß zu einer neuen Richtung in der Literatur gegeben hat, wie er wesentlich

Digitized by Google

dazu beigetragen, den Glauben an die alten Autoritäten zu erschüttern. An ihn anschließend bildet sich jetzt eine neue Literatur, bekannt unter dem Namen des „jungen Deutschland", als deren vorzüglichste Kräfte Gutzkow, Laube, Wienbarg, Mundt erscheinen. Die ersten Erzeugnisse dieser Männer fallen allerdings noch in die Jahre der heftigsten politischen Aufregung, in die Jahre 1832 und 1833; von eigentlicher Bedeutung erscheinen sie aber erst seit 1834 und 1835, also unmittelbar nachdem der Sieg der Reaction erfolgt war. Ihre Bedeutung für die Literatur bestand darin, daß sie die Strebungen der Epoche, Alles, wovon die jetzige Generation erfüllt war, hereinziehen in die Dichtkunst und dadurch dieser selber einen neuen, tieferen lebendigeren Inhalt verschaffen, wodurch sie die Unerquicklichkeit und Unzulänglichkeit der Restaurationsepoche überwanden und der Literatur neue größere Bahnen eröffneten. Dieser Lebendigkeit und Unmittelbarkeit des Stoffs entsprach auch die Darstellung, welche sich vortheilhaft vor der bisherigen Manier auszeichnete, indem sie Heine nud Börne zum Muster nehmend eine außerordentliche Leichtigkeit, Natürlichkeit, Anmuth und Geistreichigkeit entfaltete, welche den Leser in immerwährender Spannung hielt, selbst wenn sie sich nicht blos mit unterhaltenden, sondern auch mit ernsten, unmittelbar in den Kampf der Gegenwart eingreifenden Gegenständen befaßte. Die Richtung selber aber, die sich in dieser jungen Literatur aussprach, war eine der wieder herrschend gewordenen Reaction geradezu entgegengesetzte. Sie griff die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände als unnatürlich und unvernünftig an, insbesondere das Verhältniß beider Geschlechter zu einander. Der Punkt, auf den hier die Untersuchung zuletzt leitete, war die Religion. Dem Pietismus, der sich, wie wir gesehen, unmittelbar nach der Reaction so breit gemacht, so große äußere Erfolge errungen hatte, dieser Glaubensrichtung mit der Abtödtung des Fleisches, mit der unnatürlichen Verzerrung des ächt Menschlichen stellte die junge Literatur die Berechtigung der Natur, des sinnlichen Elementes gegenüber; sie verlangte die „Emancipation des Fleisches" nicht minder, wie die Emancipation des Geistes. Diese Richtung war die noth-

Digitized by Google

wendige Reaction gegen die Unnatur des Pietismus, und hatte eine um so größere Berechtigung, als sich bereits in diesem selber seine widernatürlichen Grundsätze gerächt hatten. Eben um diese Zeit kommen die fleischlichen Vergehungen in den pietistischen Conventikeln zu Tage; ja eine Secte des Pietismus, die Muckerei, welche besonders in Königsberg ihren Sitz hatte, machte den Geschlechtsgenuß zu einer Art Cultus und trieb den Unfug so weit, daß zuletzt von Seite der Polizei eingeschritten werden mußte. Neben dieser Heuchelei des Pietismus nahm die junge Literatur offenbar eine ehrenvollere Stellung ein, indem sie offen das Recht der Natur und der Sinnlichkeit vertheidigte und für diese eine sittliche Grundlage zu erringen strebte. Diese Aufgabe, so zeitgemäß und so berechtigt sie auch war, wurde freilich von der jungen Literatur nicht gelöst; es war ihr aber auch nicht möglich, den Gegenstand gründlicher durchzuarbeiten, da sofort die Reaction gegen sie auftrat und die polizeiliche Verdammung über sie aussprach.

Denn die junge Literatur erschien ihr nicht blos wegen der Emancipation des Fleisches, ein Grundsatz, der allerdings in den Vordergrund geschoben wurde, gefährlich, sondern besonders wegen ihrer religiösen Richtung, welche nicht nur gegen den Pietismus, sondern gegen das Christenthum überhaupt auftrat, und wegen der freiheitlichen Gesinnung, die wie ein rother Faden sich durch alle ihre Erzeugnisse hindurchzog. In dieser Verfolgung der jungen Literatur wurde indeß die Reaction unterstützt durch die mannichfachen Angriffe, die auch von anderer Seite gegen sie unternommen wurden; und unter diesen nahm Wolfgang Menzel die erste Stelle ein. Dieser Mann, welcher sich in der Restaurationsepoche durch seine kritische Zeitschrift „das Literaturblatt" einen nicht unbedeutenden Namen gemacht, indem er die gewohnten Wege verlassend, mit mehr Geist, Freiheitssinn und Natürlichkeit, als die gewöhnlichen Journale, verfuhr, gerieth mit Gutzkow, den er früher selbst gehoben und gepriesen hatte, wegen Persönlichkeiten in Streit und denuncirte ihn wegen seiner gefährlichen Richtung, besonders wegen seines Romanes „Wally, die Zweiflerin" dem deut-

Digitized by Google

schen Publicum. Es erhob sich nun ein großer Streit über die junge Literatur; der Bundestag zog sogleich Vortheil daraus, indem er die Schriften des jungen Deutschlands als unsittlich verbot; das Motiv, das ihn dabei leitete, war aber kein anderes, als die Besorgniß, daß diese jungen Schriftsteller eine weit gefährlichere, weit revolutionärere Wirksamkeit entfalteten, als sämmtliche Schriften, die directen Umsturz predigten, indem sie wegen der Form der Darstellung in weit größere Kreise drängen und viel mehr Proselyten gewännen*). Diese Verdammung des Bundestags war ganz dazu geeignet, der jungen Literatur eine noch größere Bedeutsamkeit zu verschaffen, wären nicht bald unter den einzelnen Mitgliedern derselben Spaltungen eingerissen, die nur in Persönlichkeiten ihren Grund hatten, und hätte sich nicht nachgerade herausgestellt, daß ihnen mit wenigen rühmlichen Ausnahmen jener sittliche Ernst fehlte, welcher nöthig ist, um große Umwandlungen auf dem Gebiete des Geistes und der gesellschaftlichen Ordnung durchzuführen.

Denn wie große Verdienste immerhin diese junge Schule sich um die Literatur erworben, indem sie ein neues frisches Leben in sie brachte — sie verfiel doch nachgerade in eine nach Effect haschende Manier, welche von Unnatur, der sie doch entfliehen wollte, nicht frei war, in eine ungebührliche Anwendung von Fremdwörtern, in einen verschwimmenden Cosmopolitismus; und wenn sie den Ernst des Lebens und die vielfachen geistigen Bestrebungen der Menschheit zum Gegenstande ihrer dichterischen Muse machte und auf diese Weise Wissenschaft und Leben, Ernst und Schönheit in Einklang zu bringen trachtete, so geschah dies nicht selten mit Oberflächlichkeit; anstatt die Fragen zu lösen, verfiel sie in eine gewisse affectirte Zerrissenheit, oder glaubte die höchsten Probleme mit ein paar geistreichen Worten abthun zu können.

Dies genügte nicht. Es bedurfte einer ernsteren gründlicheren wissenschaftlicheren Bekämpfung des herrschenden Glaubens und der herr-

*) Protokolle der d. Bundesverf. 1835.


Digitized by Google

schenden Zustände. Und diese stellte sich die zweite Seite unserer Literatur, die streng wissenschaftliche, zur Aufgabe.

Wir haben früher schon die Hegel'sche Philosophie als eines jener Momente bezeichnet, welche den Kampf gegen die geistige und religiöse Reaction vorbereiteten*). Hegel war freilich Professor in Berlin und mußte deßhalb vorsichtig sein. Auch gelang es ihm in der That, sein System dergestalt zu verklausuliren und den herrschenden Zuständen anzupassen, daß die Regierung das Gefährliche daran nicht merkte, ja sogar conservative Richtungen seine Philosophie zur Unterstützung ihrer Meinungen benutzten. Nach dem Tode Hegels (1831) traten aber alsobald die Consequenzen seines Systemes heraus. Es erfolgte eine Spaltung der Hegel'schen Schule in eine rechte und in eine linke Seite; die erste lehnte sich an die bestehenden staatlichen und kirchlichen Ordnungen an, während die letztere, bekannt auch unter dem Namen der Junghegelianer, das Princip der freien Forschung in dem ausgedehntesten Sinne für sich in Anspruch nahm und folgerichtig nach und nach zu der entschiedensten Opposition gegen die herrschenden Zustände gelangen mußte. Das erste bedeutende Werk, das von ihr ausging, war das Leben Jesu von David Strauß, Repetent in Tübingen, welches im Sommer 1835 erschien. Dieses Werk griff der christlichen Theologie an die Wurzel; es ging viel weiter, als der Rationalismus mit all seinen Streitmitteln bisher gewagt hatte. Dieser hatte sich begnügt, die Wunder, welche in dem neuen Testamente von Christus erzählt werden, natürlich zu erklären und also auf diese Weise die Bibel mit der Vernunft in Einklang zu bringen; Strauß aber stellte die ganze Erzählung von Christus, wie sie in den Evangelien enthalten ist, als einen Mythus hin, der sich im Laufe der nächsten Jahrhunderte nach Christus gebildet, und erst nachdem dieser Mythus fertig dagestanden, seien darnach die Evangelien abgefaßt worden. Der historische Christus wurde demnach vollkommen abgeleugnet; nur einige wenige Züge wurden von ihm übrig gelassen. Dieses Werk,

---

*) Siehe S. 122.

Digitized by Google

welches unstreitig mit einer großen Gelehrsamkeit, streng wissenschaftlichen Forschung und einer bisher auf dem Gebiete der Theologie seltenen Gabe der Darstellung abgefaßt worden, machte gleich bei seinem Erscheinen ein ungeheures Aufsehen und drang trotz seiner streng wissenschaftlichen Haltung doch nicht blos in die theologischen und philosophischen Kreise ein, sondern verbreitete sich in alle Schichten der Gesellschaft, selbst bis in die tiefsten herunter. Es war natürlich, daß sich sofort die religiöse Reaction dagegen wappnete; zahllose Streitschriften erschienen gegen dieses Leben Jesu, und auch diesmal wurde die Reaction von anderer Seite her unterstützt; auch diesmal war es wieder Wolfgang Menzel, welcher zu Gunsten der Orthodoxie eine Lanze mit dem Verfasser des Lebens Jesu brechen zu müssen glaubte. Aus diesem Kampfe ist aber die Orthodoxie, wie nicht anders zu erwarten, nicht als Siegerin hervorgegangen; wenn Strauß auch nicht auf allen Einzelnheiten seiner Ausführung stehen bleiben konnte, so hatte er der Theologie doch offenbar einen neuen Anstoß gegeben, der sich sofort als ein lebenskräftiger durch die Zeit berechtigter erwies. In ähnlichem Sinne wie Strauß schrieben nun Bruno Bauer, Gfrörer, Weiße, und Andere, wohl im Einzelnen mit ihm in Widerspruch, im Wesentlichen aber seiner Richtung, oder noch über sie hinausgehend. Als Ergebniß stellte sich immer klarer heraus, daß das Christenthum nur in dem Sinne ein historisches sei, als es eine Phase der Entwickelung der Menschheit darstelle. Strauß selber hatte durch die gegen ihn erhobenen Angriffe Veranlassung, die theologischen Systeme der Gegenwart zu kritisiren; und dies geschah mit einer Schärfe, Wahrheit und Trefflichkeit, daß dadurch der religiösen Reaction nur immer neue tiefere Wunden beigebracht wurden. Die geschichtliche wie die philosophische Haltlosigkeit eines persönlichen Christus, der zugleich Gott sei, wurde mit den glänzendsten Gründen dargethan, dagegen wurde an Christus Stelle die Gattung, das Geschlecht, die Idee der Menschheit gesetzt, als die endliche Verkörperung des unendlichen Geistes.

Seit diesem Leben Jesu von Strauß war eine ungemeine Bewe-

Digitized by Google

gung unter den jüngern philosophischen Kräften von Deutschland entstanden; der Kampf gegen die beschränkte unduldsame Theologie, gegen den heuchlerischen Pietismus von einem radicaleren Standpunkte aus, als wovon er bisher geführt wurde, nahm eine immer größere Ausdehnung, und bald gründete sich in diesem Sinne ein wissenschaftliches Organ. Das waren die Hallischen Jahrbücher, mit dem Anfange des Jahres 1838 von den Doctoren Arnold Ruge und Echtermaier herausgegeben. Diese Zeitschrift, eigentlich von der junghegelischen Partei ausgegangen — Ruge selbst war ein Schüler Hegels — sammelte alle jüngeren Kräfte der deutschen Literatur um ihre Fahnen*) und ist offenbar für die geistige Durchbildung der neuen oppositionellen Richtung von einer außerordentlichen Bedeutung gewesen. Wie das junge Deutschland in die schöne Literatur, so brachte die wissenschaftliche Richtung, wie sie sich in den hallischen Jahrbüchern aussprach, in die ernste mehr Frische und Lebendigkeit; sie stieß den Zopf, welcher der deutschen Wissenschaft und Gelehrsamkeit anhing, und welcher auch noch bei Hegel sich ziemlich breit gemacht hatte, gänzlich von sich ab, und trachtete nach einer unmittelbaren Verbindung mit dem Leben. Dagegen aber zeichnete sie sich vor dem jungen Deutschland vortheilhaft durch die Gründlichkeit und die solide Gelehrsamkeit aus, welche ihr nicht im Geringsten abgesprochen werden konnte, und wodurch sie eben auch unter den streng Wissenschaftlichen eine achtungsvolle Stellung sich erworben hat. Sie ging über die todte abgeschmackte Gelehrsamkeit hinaus, überall nach dem geistigen Zusammenhange der Dinge, nach ihrer logischen Gliederung, nach ihrer philosophischen Begründung suchend; sie bebte vor nichts zurück, vor keinen Autoritäten, vor keinem Buchstabenglauben.

Diese neue Richtung, mit ihrem Freiheitssinn, mit ihren Kennt-

*) Wir erwähnen beispielsweise nur L. Feuerbach, Strauß, Vischer in Tübingen, Bayrhoffer in Marburg, Stuhr in Berlin, Rosenkranz in Königsberg, Robert Prutz, Biedermann in Leipzig, Adolf Stahr in Oldenburg, Dr. Baier in Erlangen, Batke, Köppen in Berlin, Carové, Georg Funke, Droysen, Pott, v. Uechtritz Marx, Schaller, Weiße, Röpell, G. O. Marbach, Preller, Laube, Kugler, Reiff, Mitarbeiter der ersten Jahrgänge.

Digitized by Google

nissen, mit ihrer logischen Schärfe, mit ihrer Gewandtheit der Darstellung war, wie man sieht, besonders befähigt, den ultramontanen Anmaßungen, wie sie in Folge des Cölner Streites hervorgetreten, die Spitze zu bieten. Auch erfolgten sofort sowohl von Seite des jungen Deutschlands, wie von Seite der hallischen Jahrbücher und deren Mitarbeitern Angriffe auf Görres und die Kirche, welche viel schwerer zu widerlegen waren als die Angriffe der Orthodoxie, weßhalb Görres wohlweislich sich hütete, sich mit ihrer Beantwortung zu befassen. Gutzkow schrieb „die Jakobinermütze und die Kapuze", die hallischen Jahrbücher behandelten die Streitfrage in vielen Artikeln, Carové gab mehrere Broschüren darüber heraus, anderer nicht zu gedenken. Aber die protestantische Orthodoxie dachte nicht daran, solche Streiter als Bundesgenossen aufzunehmen; im Gegentheil, sie wies die Unterstützung dieser Richtung in dem gemeinsamen Kampfe aus Grundsatz zurück, und gerade bei der Gelegenheit des Cölner Streites, in der Sendschrift gegen Görres denuncirte Leo in Halle förmlich die hallischen Jahrbücher als unchristlich und staatsgefährlich und erklärte somit offen den Krieg. Die Jahrbücher nahmen den Handschuh auf und kämpften fortan mit den mächtigsten eindringlichsten Waffen gegen die gesammte Reaction auf dem Gebiete der Religion und Theologie. Die Aufsätze, die zu diesem Zwecke geschrieben sind, gehören zu den besten polemischen Schriften unserer Literatur. Vor Allen zeichnete sich darin Arnold Ruge selber aus, der mit eben so viel logischer Schärfe und philosophischer Bildung, als mit kaustischem Witz und Spott die ganze Blöße der Gegner aufdeckte und sie in ihrer Jämmerlichkeit, in ihrer geistigen Armuth, wie in ihrer Verfolgungswuth und in ihrer Tyrannei dem deutschen Publicum vor die Augen führte.

Seitdem griff die freie religiöse Bewegung in Deutschland immer weiter um sich. Man braucht nicht erst zu bemerken, daß sie, je heftiger die Gegner wurden, von einem Schritt zum andern gedrängt ward, einen Schluß nach dem andern aus ihren Prämissen zog. Diese Bewegung schadete dem Pietismus, wie der katholischen Reaction

Digitized by Google

ungemein; auch fühlte sich letztere dadurch auf das Gefährlichste bedroht. Sie fand sich daher veranlaßt, die Verbindung mit der Demokratie, welche ihr bei Gelegenheit des Cölner Streites so oft zum Vorwurfe gemacht worden, entschieden von sich abzulehnen, um wenigstens die Regierungen auf ihrer Seite zu behalten, da sie nicht darauf rechnen konnte, die Intelligenz der Nation zu gewinnen. Diese Cölner Geschichte, von dem Jesuitismus mit Absicht angesponnen, in der Hoffnung, dadurch den Hauptschlag gegen den Protestantismus führen zu können, schreckte also den freien Geist des Volkes wieder auf, der mit Einem Male die große Gefahr erkannte, die ihm drohte, und es beginnt jetzt eine antipietistische und antijesuitische Bewegung in Deutschland, welche in ihren letzten Wirkungen gar nicht zu berechnen war.

Digitized by Google

Neuntes Capitel.

Rückblick. — Beginn der socialistischen Bewegung.

Ueberblicken wir noch einmal die Entwicklung, die wir in diesem letzten Buche geschildert, so ergiebt sich dasselbe Resultat, welches wir unmittelbar vor der Julirevolution wahrgenommen haben. Die Reaction ist äußerlich siegreich, innerlich aber macht die freie Richtung nur desto größere Fortschritte, ja nicht nur innerlich, in manchen Punkten siegt sie auch äußerlich.

Im Orient hat zwar Rußland das Uebergewicht; es dehnt seinen mächtigen Einfluß selbst bis nach Deutschland aus, wo die Regierungen, vom Bundestage beherrscht, nach der gewohnten reactionairen Weise verfahren; Italien seufzt unter dem schweren Drucke Oesterreichs; Frankreich scheint seit der Mitte des Jahrzehends sich geduldig seinem neuen Herrscher und dessen volksfeindlicher Politik unterworfen zu haben.

Aber dagegen ist England frei; auf der pyrenäischen Halbinsel ist die demokratische Richtung zur Herrschaft gelangt; in Deutschland durch die Aufhebung der hannöverischen Verfassung eine neue Opposition in der Bildung begriffen; der Geist des Widerstands selbst in Preußen und Oesterreich bemerkbar; Frankreich endlich seit 1839 wieder in voller Gährung. Und dazu in Belgien die demokratische Verfassung in Wirksamkeit; ebenso in der Schweiz die

Digitized by Google

Ergebnisse der wichtigen Veränderungen seit 1831 noch in voller Kraft.

Zugleich mit der politischen Reaction bricht sich die religiöse Bahn. Seit der Mitte des Jahrzehends wird sie immer mächtiger. Aber desto entschiedener sind auch die Widerstände, die sich ihr entgegensetzen. Indem sie sich zuletzt das Herz Europas, Deutschland, zum Felde ihrer Wirksamkeit ausersehen, ruft sie die gewaltigste gefährlichste Opposition gegen sich auf. Der Geist der freien Forschung, nirgends so zu Hause wie in Deutschland, erhebt sich mit Macht wider die neue Zwingherrschaft; er überschreitet die bisherigen Gränzen der Opposition und strebt nach einem Ziele, welches der Kirche bis in das innerste Leben greift. Es thut sich eine Bewegung auf, welche Alles hinter sich läßt, was seit einem Menschenalter im Widerspruche mit den kirchlichen Satzungen gestanden.

Und in der Politik ist es nicht anders. Auch die staatliche Opposition ist im Begriff, die bisherigen Bahnen zu verlassen und sich Ziele zu suchen, welche über die bisher angestrebten weit hinausgehen.

Was hatte die europäische Menschheit nach Napoleons Sturze gewollt? Eine Vermittlung des historischen Rechts mit dem Rechte der Vernunft, mit den Forderungen der Freiheit. Sie wollte die Throne bestehen lassen, aber zugleich verlangte sie die Anerkennung der Volksrechte. Sie wollte die Rechte des Adels bestehen lassen, sofern sie nicht die andern Volksclassen und das Princip der Freiheit und Gleichheit beeinträchtigten. Sie hoffte dies Alles in der constitutionellen Monarchie zu erreichen, welche auf der einen Seite der königlichen Macht, auf der andern dem Volke die nöthige Bürgschaft gewähre.

Aber weder die Könige, noch der Adel wollten darauf eingehen. Entweder behielten die Herrscher den Absolutismus bei, oder wo die constitutionelle Monarchie eingeführt ward, war sie leerer Schein. Der Adel strebte nach Wiederherstellung aller seiner Vorrechte, schloß sich deßhalb an die Throne an, deren Gewaltherrschaft er unterstützte, um von ihnen ebenfalls unterstützt zu werden; ein Eingehen in die For-

Digitized by Google

derungen des Volks ist nirgends zu sehen; die Opposition gegen die Büreaukratie, im Anfange der Periode hie und da versucht, verschwindet bald wieder, um der vollkommenen Unterwerfung des Adels unter die Regierungen Platz zu machen.

Was war die Folge davon? Der Adel verlor jede moralische Grundlage in den Völkern, und da er mit Ausnahme vom englischen und russischen nicht reich war, also mit dem Bürgerstande nicht rivalisiren konnte, so verlor er auch seine sociale Bedeutung. An ein Wiederaufleben seiner frühern Stellung war nicht zu denken; er fiel mit der Monarchie, zu deren Anhängsel er sich herabgewürdigt hatte, ja er fiel auch ohne sie, da die Wirkungen der socialen Umwandlungen seit der ersten französischen Revolution so mächtig waren, daß die Monarchie auch mit dem besten Willen ihn nicht zu heben vermochte.

Die Monarchie aber untergrub sich ebenfalls durch das gänzliche Verkennen der Zeitforderungen den sittlichen Boden.

Es kam die Julirevolution. Die europäische Bewegung, welche in Folge derselben entstanden, trug im Allgemeinen allerdings einen constitutionellen Charakter. Die Völker wollten versuchen, die constitutionelle Monarchie zur Wahrheit zu machen. Aber zugleich ist das republikanische Element schon in einer mächtigen Weise vertreten. Wir haben gesehen, wie die Republikaner Jahre lang der neuen Dynastie in Frankreich den Thron streitig machten, wie sie in Italien, Polen, Deutschland die revolutionairen Bewegungen hervorgerufen, welch' große Wirksamkeit sie in Spanien gehabt haben. Diese Bestrebungen wurden zwar überwunden, aber die unmittelbar darauf folgende hartherzige Reaction vergrößerte die Reihen der Republikaner um ein Bedeutendes; wenigstens trug sie dazu bei, den Glauben an die gegenwärtigen Machthaber zu erschüttern und den Zweifel hervorzurufen, ob die Freiheit überhaupt mit der Monarchie bestehen könne. Am Ende der dreißiger Jahre ist dieser Zweifel schon weit verbreiteter als beim Beginn derselben.

Aber auch dabei blieb man nicht stehen. Aus dem politischen bildete sich ein neues Element, das sociale, heraus.

Digitized by Google

Was hatte denn das Volk aus all' den politischen Bewegungen für Vortheile gezogen? Hatte sich die Lage der Massen verbessert? Oder war sie nicht vielmehr schlechter geworden? Selbst da, wo constitutionelle Monarchieen bestanden, wie in England, Frankreich, Belgien, war hier ein Fortschritt der materiellen Wohlfahrt bemerkbar, oder wurden nicht täglich die Massen tiefer in das Elend heruntergedrückt? Das Ziel jeder politischen Bewegung, einen Zustand herbeizuführen, unter dem man besser und glücklicher leben könne, als unter dem bisherigen, war wenigstens für die niederen Classen des Volks nicht erreicht. Diese fühlten sich vielmehr in einer unglücklicheren und traurigeren Lage als je.

Was war daran Schuld? Waren es die politischen Einrichtungen? Bewies sich selbst die constitutionelle Monarchie in ihrer Mangelhaftigkeit? Oder hütete man sich, bis zu den äußersten Consequenzen derselben voranzugehen? Gewiß: die politischen Einrichtungen trugen einen nicht geringen Theil der Schuld; die constitutionelle Monarchie war auch nach der Julirevolution nicht viel mehr, als eitel Gaukelspiel; aber darin allein lag es nicht.

Was war das Stichwort aller politischen Bewegungen seit der ersten französischen Revolution? Was wurde als Grundsatz wenigstens in der constitutionellen Monarchie aufgestellt? Freiheit und Gleichheit! Gleiche Berechtigung Aller! Wurde dieser Grundsatz in der Wirklichkeit ausgeführt? Nein! Im günstigsten Falle, da nämlich, wo die constitutionelle Monarchie sich mehr oder weniger der ihr zu Grunde liegenden Idee näherte, erstreckte sich der Grundsatz der gleichen Berechtigung nur auf den besitzenden Bürgerstand. Dieser allein, außer den bisher bevorzugten Classen, besaß politische Rechte, d. h. konnte mittelbar durch Betheiligung an der Volksvertretung mitwirken zu dem Gange der allgemeinen Politik; alle Classen aber, die noch unter dem besitzenden Bürgerstande sich befanden, waren von den politischen Rechten ausgeschlossen. Was bewirkte ihre Ausschließung? Der Mangel des Besitzes.

Was war also der eigentliche Gegner der Freiheit und der Gleich-

Digitized by Google

heit? Der Besitz. Wie aber? War es nicht Jedem möglich, durch eigene Kraft und Tüchtigkeit sich Besitz zu erwerben und dadurch zu den berechtigten Classen emporzusteigen? Eben darin bestand das Unglück, daß dies einer ganzen Classe von Menschen, den sogenannten Proletariern, gar nicht mehr möglich war, daß diese dazu verdammt schienen, gleich den Heloten der Spartaner einen erblichen Stand auszumachen, der theoretisch zwar frei, aber praktisch gänzlich unfrei war.

Diese Erscheinung hing mit der Entwickelung der Industrie zusammen. Seit dem Frieden hatte sich diese ungemein gehoben. Das Maschinenwesen erhielt von Jahr zu Jahr eine größere Ausdehnung. Bald wandten sich alle größeren Capitalien auf die Industrie, weil diese die größte Aussicht auf Gewinn bot. Es entstand eine außerordentliche Concurrenz. Was war die Folge davon? Die Fabrikanten konnten den andern nur durch größere Wohlfeilheit ihrer Erzeugnisse den Rang abgewinnen. Sie mußten daher suchen, so wohlfeil als möglich zu arbeiten. Es entsteht nun ein Wetteifer unter den Fabrikanten um die Wohlfeilheit. Dies bewirkt zunächst, daß nach und nach alle Handwerker, welche mit den Fabriken nicht mehr rivalisiren können, zu Grunde gehen, und daß sich die Arbeitskraft auf die Fabriken wendet. Der Aufschwung der letzteren wird dadurch immer größer. Aber noch eine andere Folge tritt ein. Durch was war die Wohlfeilheit der Waaren zu erzielen? Wenn die Unternehmer keinen Schaden leiden wollten, so war dies nur dadurch möglich, daß die Arbeit weniger kostete. Die Fabrikanten verringerten daher den Arbeitern ihren Lohn. Diese Herabsetzung des Lohnes nahm in demselben Grade zu, als die Concurrenz größer ward, und in je größerer Ausdehnung die Arbeitskraft sich zu den Fabriken wendete. Zuletzt wurde der Arbeitslohn so gering, daß er höchstens hinreichte, um die allernothwendigsten Bedürfnisse des Arbeiters zu decken; an Ersparniß war nicht zu denken, und wenn der Arbeiter krank wurde, so daß er also nicht mehr arbeiten konnte, so war er vollends verloren.

Wie war es unter solchen Umständen dem Proletarier möglich,

Digitized by Google

sich einen Besitz zu erwerben und dadurch den höheren bevorzugteren Ständen gleich zu werden? Eine ganze Classe der Gesellschaft schien für ewig dazu verurtheilt, in den unglücklichsten Verhältnissen zu leben und alle edleren Genüsse des Lebens zu entbehren.

Konnte das Bewußtsein dieser unglücklichen Lage dem Proletariate auf die Länge hin entgehen? Dies war um so weniger möglich, als das Proletariat täglich sich vergrößerte und die Massenhaftigkeit desselben, die Fülle von Kraft, die in ihm beisammen war, sich jedem aufdringen mußte. Und mit dem bittern Gefühle von den unglücklichen Verhältnissen, in denen man lebt, erwacht zugleich der Wunsch, diese Lage zu verbessern.

Wie aber war dieses möglich? Durch bessere politische Institutionen? Die Arbeiter versuchten diesen Weg. Wir sehen sie seit 1815 sich mit großer Lebhaftigkeit an allen politischen Bewegungen betheiligen. Sie unterstützen immer die freisinnige Richtung, und wo es galt, durch materielle Kraft den Ausschlag zu geben, fehlen sie nie. Besonders aber seit der Julirevolution sind sie ein äußerst wichtiges Element der Opposition: die Reihen der Republikaner in Frankreich, der Reformbewegung in England werden vorzugsweise aus den Arbeitern gebildet. Sie hoffen in Frankreich durch die Republik, in England durch die Reformbill eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen.

Aber die Republik wurde überwunden, und die Reform erfüllte nicht die Hoffnungen, die man von ihr gehegt. Die Verhältnisse der Arbeiter verbesserten sich nicht, sie blieben so unglückselig wie vorher, ja sie verschlechterten sich zusehends.

Was war natürlicher, als daß das Proletariat, nachdem es einmal zum Bewußtsein seiner Lage und zum Bewußtsein seiner Kraft gekommen, immer weiter diesen Verhältnissen nachdachte, und daß es sich klar zu machen suchte, worin die eigentliche Quelle des Unglücks bestehe? Was war der eigentliche Feind des Proletariats? Auf welchen letzten Punkt führten alle Untersuchungen hin? Es konnte kein Zweifel sein: nichts Anderes trug die Schuld, als die Gesellschaft,

Digitized by Google

jene Gesellschaft, welche den Unterschied des Vermögens verbürgte, wodurch von vornherein die Ungleichheit festgesetzt ward, welche das Capital bevorzugte und die Arbeitskraft dermaßen von diesem abhängig machte, daß an eine Selbstständigkeit der letztern nicht zu denken war. Wenn man eine Verbesserung der arbeitenden Classen von Grund aus erstreben wollte, so mußte man also vor Allem die Gesellschaft angreifen.

Und so entwickelt sich denn naturgemäß aus der Politik heraus eine sociale Bewegung.

Diese Bewegung geht also über den Staat hinaus, sie greift die tiefsten Grundlagen der bisherigen Ordnung der Dinge an. Will man ihr Wesen mit wenigen Worten bezeichnen, so besteht dieses darin, daß der vierte Stand, der Arbeiterstand, der bisher factisch unfrei und in gewissem Sinne rechtlos war, darnach strebt, mit den andern Ständen auf gleiche Stufe gesetzt zu werden, was man aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf keine andere Weise erreichen zu können glaubt, als durch eine gänzliche Umkehr der gesellschaftlichen Zustände.

Es sind darüber zu gleicher Zeit in England sowohl als in Frankreich Systeme aufgestellt worden, und zwar schon lange vor der Julirevolution. In England war es Robert Owen, geb. 1771, in Frankreich Saint Simon, geb. 1760, und Charles Fourier, geb. 1772, welche bereits zur Napoleonischen Zeit die Nothwendigkeit erkannten, eine neue Gesellschaftsordnung an die Stelle der bisherigen zu setzen. Es ist hier nicht der Ort, ihre Grundsätze im Einzelnen weitläufiger darzulegen*). Die Hauptsache besteht darin, daß sie diese neue Ordnung nur möglich halten durch die Aufhebung des Erbrechtes, und durch solche Einrichtungen, wornach jeder nur nach seiner Fähigkeit und nach seiner Arbeit belohnt wird.

Diese Theorien blieben lange unbeachtet. Erst seit der Julire-

*) Vergleiche Stein, Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich. 1850, besonders den zweiten Band.


Digitized by Google

volution gewinnen sie Bedeutung. Eben in dieser Zeit gelangt das Proletariat zum Bewußtsein; es findet in jenen Theorien die Mittel, seinen Bedürfnissen und Wünschen Befriedigung zu verschaffen, und besonders seitdem die republikanischen Bestrebungen für immer überwunden zu sein schienen, wandte sich das Proletariat mit immer steigendem Interesse jenen socialen Theorien zu.

Doch ist hier allerdings ein Unterschied zwischen dem englischen und dem französischen Proletariate zu machen. In England, wo das praktische Element durch alle Classen vorwiegend ist, glaubte das Proletariat zunächst dahin trachten zu müssen, sich eine politische Stellung zu erkämpfen, was nur dadurch möglich war, daß das Stimmrecht bei den Parlamentswahlen auf dasselbe ausgedehnt wurde. Dies ist der Charakter der Chartistenbewegung, welche in den letzten Jahren des Decenniums begonnen hat, und von der wir oben gesprochen. Es ist das Streben des Proletariats nach gleicher politischer Berechtigung mit den bisher bevorzugten Ständen.

In Frankreich dagegen, wo seit 1835 die Aussicht auf einen Umsturz des politischen Systems verschwunden ist, tritt das Streben hervor, die Ideen zu einer Umgestaltung der Gesellschaft weiter zu entwickeln; hier bilden sich nach einander verschiedene sociale Systeme und Theorien, die allerdings nur Versuche, aber keine völlige Lösung der Frage enthalten. Die Arbeit ist mehr eine geistige, theoretische, aber nichts destoweniger einflußreiche. Denn sie umfaßte ein außerordentliches Gebiet.

Die bisherige Gesellschaft, die man stürzen wollte, beruhte auf zwei mächtigen Stützen, auf dem Staate und auf Religion und Kirche. Wollte man jenen Zweck erreichen, so mußte man also zugleich diese Stützen angreifen. Die sociale Bewegung ist daher zugleich eine dem Wesen des Staats entgegengesetzte und eine antikirchliche und antireligiöse, d. h. letzteres insofern, als man eben die bisher geltenden Religionen und ihre Grundsätze nicht gelten lassen wollte. In diesem Sinne schließen sich an den Socialismus alle die Bestrebungen an, welche in Opposition wider die Kirche und ihre Lehre aufgetreten sind.

Digitized by Google

Es ist bemerkenswerth, daß um dieselbe Zeit, als der Socialismus anfing, seine Bedeutung zu entfalten, in Deutschland jene Theorie von der Emancipation des Fleisches gepredigt wurde, welche im Widerspruche mit der strengen widernatürlichen Moral des Pietismus stand, daß gleichzeitig die Romane der George Sand in Frankreich erschienen, welche das Institut der Ehe angriffen, ein wesentliches Glied der bisherigen Gesellschaft. Denn auch der Socialismus griff die Ehe, wie die Familie an — in ihrer jetzigen Gestalt. Von dem Grundsatze ausgehend, daß die Bestimmung des Menschen das Glück sei, und daß die Triebe, die die Natur in ihn gelegt, ihre Befriedigung finden müssen, suchte er alle Hemmungen des Glücks, sie mochten erscheinen in welcher Form und in welchen Verhältnissen sie wollten, vom Menschen abzuwenden, und kam folgerecht zu der Behauptung, daß auch das Verhältniß beider Geschlechter eine Veränderung in jenem Sinne erleiden müßte. Im Socialismus ist daher zugleich ein religiöses Element, und es ist von Bedeutung, daß sich ihm um jene Zeit ein Mann anschloß, den wir schon auf einem andern Gebiete kennen gelernt, und der bereits einen außerordentlichen Einfluß erlangt — Lamennais, der seit 1834 sich mit immer größerer Entschiedenheit dem Volke, besonders den niedern Ständen zuwandte, deren sociale Verbesserung er als das wichtigste Gebot des Christenthums, das ja die Religion der Liebe sei, hinstellte.

Aber eine so mächtige Bewegung, einmal begonnen, bleibt nicht auf einem Punkte stehen. Bald ging sie über den Socialismus, welcher nur das Erbrecht aufheben wollte, dagegen das Eigenthum noch anerkannte, hinaus, um eine neue Phase zu durchschreiten. Dies war der Communismus, welcher das Heil nur in der gänzlichen Aufhebung alles Eigenthums erblickte. Diese Ansicht war bereits in der ersten französischen Revolution hervorgetreten, wo Babeuf im Jahre 1796 eine Verschwörung vorbereitet hatte, welche die gänzliche Aufhebung des Eigenthums, aber auch die Zerstörung der Städte, überhaupt aller Elemente der Bildung zum Zwecke hatte. An diesen knüpft sich jetzt die

Digitized by Google

communistische Bewegung an, welche seit 1837 etwa sich in Frankreich zu bilden angefangen und im Jahre 1839 bereits so weit gediehen war, daß sie jenen Aufstand vom Mai *) unternehmen konnte, welcher aber mißglückte. Seitdem verlor sich zwar jene rohe Auffassung des Communismus, der Gedanke entwickelte sich aber immer weiter, besonders seitdem Cabet, ein bekannter Demokrat, der in den republikanischen Aufständen der dreißiger Jahre eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, sich auf die Durchbildung desselben geworfen.

Dies war also die neue Phase, welche gegen Ende der dreißiger Jahre die europäische Menschheit beschritten. Man sieht: sie begreift ein Gebiet, welches noch weit umfassender ist, als das, auf dem sie bisher gekämpft, und erstrebt die tiefgreifendsten Veränderungen. Diese Richtung war zwar um jene Zeit zunächst blos in England und Frankreich als bedeutend hervorgetreten; es war aber vorauszusehen, daß sie sich auch der übrigen Länder in Kurzem bemächtigen werde, Deutschlands zumal, wo theils in der Wissenschaft, wie denn hier vor Allem der Philosoph Krause zu nennen ist, theils in der politischen revolutionairen Literatur **) Vorläufer jener Richtung nicht zu verkennen sind. Ihre eigentliche Bedeutung erhält indeß die sociale Bewegung erst seit 1840.

In all' diese gährenden Elemente hinein fiel nun die Kriegsgefahr von 1840. Fast überall regte sie die größten Hoffnungen an. Insbesondere aber in drei Ländern war sie von einem ungeheuren Einfluß: in Deutschland, Italien, Frankreich. Hier bezeichnet sie den Anfangspunkt einer neuen Bewegung.

Diese Bewegung zeichnet sich zwar nicht durch äußere Ereignisse aus; denn der Krieg unterblieb, der Friede wurde wieder hergestellt. Aber desto reicher war sie an geistigen Thaten, an einer durchgreifen-

---

*) S. Seite 708.
**) S. Seite 457.


Digitized by Google

den innern Entwickelung all' der Ideen, welche der Kampf gegen die Reaction hervorgerufen hatte. Diese geistige Bewegung zieht sich von Jahr zu Jahr immer mächtiger anschwellend fast volle acht Jahre hin, bis sie endlich so weit gediehen war, daß sie die europäische Revolution von 1848 erzeugen konnte.

Ende des zweiten Bandes.

Digitized by Google

Druckfehler des ersten Bandes.

Seite 620 Z. 14 u. 15 v. o. statt sich zu regen lies: zu siegen.
„ 668 „ 7 v. o. sind nach den Worten: nicht ohne Wirkung war die, Worte Z. 2 v. u. Rußland, welches wohl wußte bis nachzukommen, einzuschalten.
„ 739 „ 9 v. o. statt feindlich lies: friedlich.
„ 749 „ 2 v. o. statt den lies denn.

Druckfehler des zweiten Bandes.

S. 89 Z. 12 v. o. statt bgesandten die A lies: die Abgesandten.
„ 225 „ 16 v. o. statt Katholiken lies: Juden.
„ 238 „ 2 v. o. statt Zeitungen lies: Zuckungen.
„ 239 „ 3 v. o. statt Vaterland lies: Ausland.
„ 455 „ 5 v. u. statt Gamier lies: Garnier.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

RETURN TO → CIRCULATION DEPARTMENT
202 Main Library
642-3403

LOAN PERIOD 1 HOME USE	2	3
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS
1-month loans may be renewed by calling 642-3405
6-month loans may be recharged by bringing books to Circulation Desk
Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

STANFORD
INTERLIBRARY LOAN
AUG 1 1977

REC. CIR. OCT 4 '77
REC. CIR. OCT 4

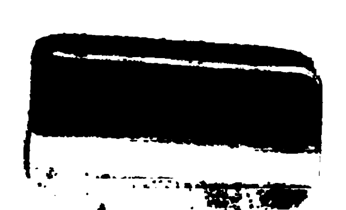
FORM NO. DD 6, 40m, 6'76
UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

Digitized by Google

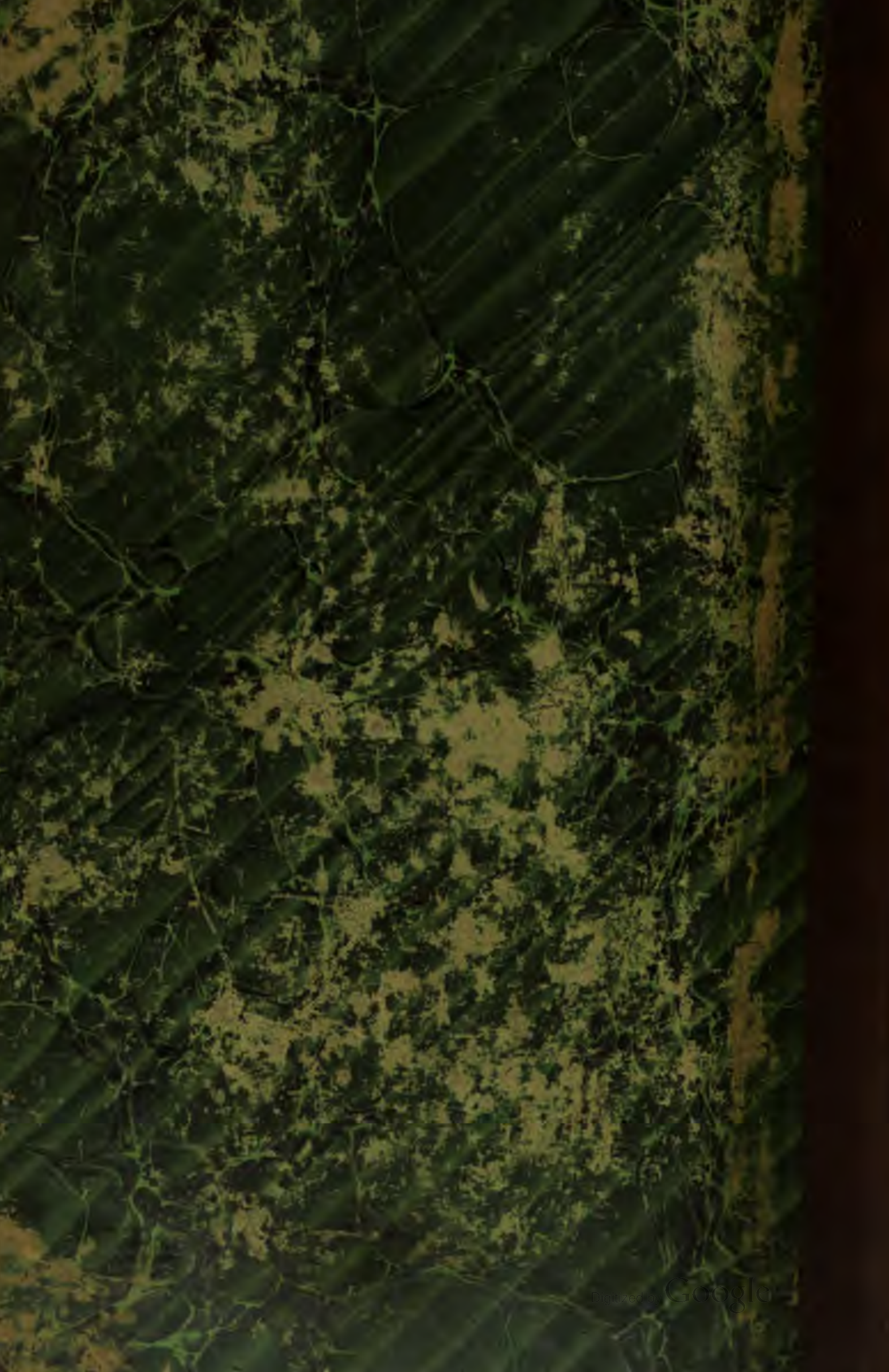
YC 29416

783946 D359
H13
v.2

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY



Digitized by Google


Digitized by Google